

लाल बहादुर शास्त्री प्रशासन अकादमी  
Lal Bahadur Shastri Academy

of Administration

मसूरी

MUSSOORIE

पुस्तकालय

LIBRARY

अवाप्ति संख्या

Accession No. 9531

वर्ग संख्या

Class No. 327.43

पुस्तक संख्या

Book No. Ten





A. S. JERUSSALIMSKI  
DIE AUSSENPOLITIK UND DIE DIPLOMATIE  
DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS  
ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS

A. S. JERUSSALIMSKI

---

DIE AUSSENPOLITIK  
UND DIE DIPLOMATIE  
DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS  
ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS



DIETZ VERLAG BERLIN

Russischer Originaltitel:

А. С. ЕРУСАЛИМСКИЙ

ВНЕШНЯЯ ПОЛИТИКА И ДИПЛОМАТИЯ ГЕРМАНСКОГО  
ИМПЕРИАЛИЗМА В КОНЦЕ XIX ВЕКА

(Zweite, ergänzte Auflage)

Übersetzt von Leon Nebenzahl

Professor A. S. Jerussalimski wurde auf Beschluß des Ministerrats der UdSSR vom 3. März 1950 für das 1948 veröffentlichte wissenschaftliche Werk „Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts“ der Stalinpreis Zweiter Klasse verliehen.

1. - 20. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin • 1. Auflage 1954 • Printed in Germany • Die Kartenbeilagen sind unter »Mdl der DDR Nr. 1614« genehmigt • Alle Rechte vorbehalten • Typographie: Dietz Entwurf • Einband und Schutzumschlag: Erich Rohde • Papierformat: 60×92 cm  
Autorenbogen: 56,25 • Druckbogen: 53 • Lizenznummer 1  
Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38

DIESES WERK  
IST DEM ANDENKEN  
MEINER TOCHTER

NATASCHA

GEWIDMET



## Vom Verfasser

Zwei Motive haben den Verfasser bewogen, die Arbeit zur Vorbereitung einer zweiten Auflage dieses Buches in Angriff zu nehmen:

erstens die Überzeugung, daß heute, da sich die neuen, amerikanischen Anwärter auf die Weltherrschaft in den ihnen unterstellten Teilen Deutschlands so offen mit der Wiederherstellung der Positionen der deutschen Monopolisten und Militaristen befassen, während jene wiederum offen mit einem Programm der Revanche und des Krieges auftreten, eine der aktuellen Aufgaben des sowjetischen Historikers darin besteht, die Entstehung, die Methoden und Ziele der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus zu zeigen;

zweitens der Wunsch, an dem Buch einige Ergänzungen vorzunehmen, die eine Reihe wichtiger Momente auf Grund neuen, zum Teil unveröffentlichten Materials unterstreichen sollen. Dabei bemühte sich der Verfasser, die wertvollen Ratschläge und Bemerkungen zu berücksichtigen, die in der Presse von dem Akademiemitglied E. W. Tarlé („Literaturnaja Gasete“), vom Korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. D. Skaskin („Iswestija Akademii Nauk“, Serie für Geschichte und Philosophie), von Professor I. S. Galkin („Nowy Mir“), von A. L. Narotschnizki („Woprossy Istorii“), von A. D. Nikonow („Slawjane“) sowie von den Teilnehmern an der Besprechung des Buches im Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in der Moskauer Staatlichen M.-W.-Lomonossow-Universität sowie auf der Leserkonferenz in der Staatlichen Öffentlichen Historischen Bibliothek in Moskau geäußert wurden.

In die vorliegende Ausgabe wurden folgende Ergänzungen aufgenommen: Der Verfasser machte den Versuch, eine allgemeine Charakteristik

des preußisch-deutschen Militarismus und insbesondere des Generalstabs Ende des 19. Jahrhunderts zu geben; die Einstellung verschiedener Strömungen in der deutschen Sozialdemokratischen Partei und insbesondere des rechten, reformistischen, opportunistischen Flügels zu den einzelnen Fragen der Außenpolitik des deutschen Imperialismus wurde ausführlicher behandelt; etwas erweitert wurde das Material, das die Verstärkung der polen- und überhaupt slawenfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts charakterisiert; neue Archivforschungen ermöglichten es dem Verfasser, die Versuche Joseph Chamberlains und anderer englischer Imperialisten, die China versklaven und auf dieser Grundlage England, Deutschland, die USA und Japan zu einer breiten rußlandfeindlichen Koalition vereinigen wollten, ergänzend zu beleuchten; die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus, der 1898 den Krieg gegen Spanien entfesselte, die Politik, die auf die Versklavung Kubas, auf die Eroberung der Philippinen und auf die Verstärkung der Expansion in China ausging, wurde ausführlicher umrissen. Außerdem wurden noch andere weniger bedeutsame Ergänzungen und redaktionelle Berichtigungen vorgenommen.

Der Verfasser möchte hervorheben, daß das Archiv der Außenpolitik Rußlands beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und das Zentrale Staatliche Historische Archiv in Leningrad ihm die Möglichkeit geboten haben, für diese Ausgabe einige neue, unveröffentlichte historische Dokumente heranzuziehen. Gedrucktes Material schöpfte der Verfasser zusätzlich aus den reichen Buchbeständen der Bibliothek für Gesellschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der Staatlichen W.-I.-Lenin-Bibliothek der UdSSR.

Bei der Vorbereitung der vorliegenden Ausgabe zum Druck wurde der Verfasser vom Kandidaten der Geschichtswissenschaften L. W. Posdejewa und von B. A. Aisin unterstützt.

Allen aufgezählten Personen und Institutionen sowie den Lesern, die ihre Bemerkungen eingesandt haben, spricht der Verfasser seinen tiefempfundenen Dank aus.

## Einleitung

### 1

Der Historiker der neuen und neuesten Zeit braucht sich weder über Mangel an Themen noch über Mangel an Material zu beklagen, dessen Heranziehung für die wissenschaftliche Ausarbeitung dieser Themen notwendig ist. Das Leben selbst und die politische Erfahrung des Sowjetvolkes, das eine neue, kommunistische Gesellschaft aufbaut und an der Spitze des Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte der Menschheit gegen den Imperialismus steht, decken weite historische Horizonte auf und weisen beharrlich auf diese Themen hin. In angespanntem Kampf, in heroischer Arbeit bahnt das von begeistertem Elan mitgerissene sowjetische Volk neue Wege in die Zukunft, und es muß wissen, welche Kräfte es waren, die in der Vergangenheit die militärischen Aggressionen hervorgebracht haben, und die noch heute bestrebt sind, seine historische Vorwärtsbewegung zu behindern.

Der deutsche Imperialismus hat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Laufe des Lebens einer Generation zwei Kriege entfesselt. Beide Kriege waren Kriege um die Neuaufteilung der Welt, Kriege von weltweitem Maßstab. In beiden Kriegen stellte sich der deutsche Imperialismus die Aufgabe, seine Weltherrschaft aufzurichten, und in beiden Kriegen erlitt er eine Niederlage. Wenn jedoch die reaktionären Klassen — das Monopolkapital und das Junkertum — vermochten, ihre Positionen nach der militärischen Niederlage des kaiserlichen Deutschlands im Jahre 1918 in vollem Umfang zu behaupten und die Vorbereitung der neuen Aggression in Angriff zu nehmen, so erhielt das deutsche Volk nach der militärischen Zerschmetterung Hitlerdeutschlands im Jahre 1945 dank der Unterstützung durch die Sowjetunion erstmalig in seiner Geschichte die Möglichkeit, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und an die Schaffung eines einheitlichen friedliebenden Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu gehen. Die



Bedeutung dieser Tatsache ist schwer zu überschätzen. Sie geht weit über den Rahmen der Geschichte Deutschlands hinaus. „Die Bildung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik“, so stellte J. W. Stalin fest, „ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung europäischer Länder durch die Welt-imperialisten unmöglich macht.“<sup>1</sup>

Somit waren die Lehren, die dem deutschen Volk von der Geschichte erteilt wurden, nicht umsonst und werden sich gewiß noch stärker in der Zukunft auswirken, wenn die erwachten, wahrhaft demokratischen Kräfte und Traditionen des deutschen Volkes das Werk der Vereinigung Deutschlands als eines friedliebenden Staates vollendet haben werden. Man darf aber die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß in Westdeutschland mit Unterstützung der anglo-amerikanischen Imperialisten auch jene reaktionären Kräfte, die die historischen Träger der Eroberungsbestrebungen und der militärischen Aggression des deutschen Imperialismus sind – das Monopolkapital und das Junkertum –, nicht nur bestehen, sondern auch erstarken.

Diese reaktionären Kräfte, die in Deutschland geherrscht haben, versuchten schon in den ersten Etappen ihrer Formierung die Geschicke Europas und später auch die der ganzen Welt zu beeinflussen. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann der deutsche junkerlich-bürgerliche Imperialismus rasch „Weltpolitik“ zu betreiben in dem Bestreben, am Kampf um den Abschluß der Aufteilung der Welt auf das aktivste teilzunehmen und sich zugleich zum Kampf um ihre Neuaufteilung zu rüsten. Und noch früher haben die reaktionären und aggressiven Kräfte in Deutschland die historische Konzeption geschaffen, wonach der Militarismus und der Krieg, die die Einheit Deutschlands zusammengeschweißt haben, auch die Grundlage seiner weiteren Existenz darstellen sollten. Sie hämmerten beharrlich und hartnäckig die Vorstellung ein, als wäre es nur mit „Blut und Eisen“, auf militaristischer Grundlage möglich, die Einheit des deutschen Volkes zu verwirklichen, und als wäre es nur durch Krieg oder durch ständige Kriegsbereitschaft möglich, diese Einheit gegen Gefahren von außen zu sichern. Der Urheber dieser Konzeption war Bismarck. Später, in der Epoche des Imperialismus, wurde sie sowohl von Wilhelm II. als auch von Hitler übernommen.

Ende des 19. Jahrhunderts erklärte Wilhelm II. das Deutsche Reich zum

---

<sup>1</sup> „Die Sowjetunion und die Frage der Einheit Deutschlands und des Friedensvertrages mit Deutschland“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 4.

„Weltreich“. Einige Jahre später, nach der ersten militärischen Zerschmetterung Deutschlands, schrieb Hitler, in dem Bestreben, sein imperialistisches Programm von Weltmaßstab zu rechtfertigen: „Die Frage darf also nicht heißen: Was hat Bismarck damals getan? sondern vielmehr: Was würde er heute tun?“ So waren die deutschen Militaristen und Imperialisten, von Bismarck bis Hitler, nachdem sie sich der Idee der Einheit Deutschlands bemächtigt hatten, bestrebt, sie zu ihren reaktionären und aggressiven Zwecken zu mißbrauchen.<sup>2</sup>

Man muß jedoch feststellen, daß diese Idee ihrer historischen Herkunft nach nicht etwa militaristisch, sondern demokratisch ist. Karl Marx und Friedrich Engels, die größten Demokraten des 19. Jahrhunderts und die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, waren die konsequentesten Anhänger der demokratischen Vereinigung des deutschen Volkes und die aktivsten Kämpfer gegen alle reaktionären Kräfte. Diese Kräfte waren zunächst gegen die Idee der Vereinigung Deutschlands, trachteten jedoch später danach, nachdem sie den demokratischen Sinn und Charakter dieser Ideen ausgemerzt hatten, sie im Interesse der Errichtung und Erweiterung ihrer Herrschaft zu mißbrauchen.

Die offizielle deutsche Geschichtswissenschaft verfälschte die Geschichte Deutschlands. Sie rückte die Idee in den Vordergrund, daß die Außenpolitik der Hauptfaktor der deutschen Geschichte sei, der auch die Aufgaben der Innenpolitik bestimmt. In einer Reihe von Arbeiten wurde das „Primat“ der Außenpolitik vor der Innenpolitik behauptet. Die einen deutschen Historiker brachten die Idee der „Staatsmacht“, die anderen die Idee der „Staatsräson“ vor und versuchten sodann zu zeigen, wie diese Ideen in der Geschichte Deutschlands, vorwiegend in der Geschichte seiner Außenpolitik und Diplomatie, verkörpert wurden. Sie behaupteten, diese Geschichte sei nicht durch den Kampf verschiedener Klassengruppen der deutschen Gesellschaft, sondern ausschließlich durch die geographische Lage Deutschlands in Mitteleuropa bestimmt worden, die die „Unabänderlichkeit des Schicksals“ des deutschen Volkes und des deutschen Staates geschaffen habe.

In den Jahren des ersten Weltkrieges schrieb Hermann Onken, einer der Führer der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung: „Wir sind das Land der Mitte, mit ungesichert verfließenden Landgrenzen... Wir sind das Herz Europas, auf das alle Pfeile gerichtet sind.“<sup>3</sup> Aus dieser Mittel-

<sup>2</sup> Siehe W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949, S. 425/426, 555.

<sup>3</sup> Hermann Onken, „Das alte und das neue Mitteleuropa. Historisch-politische Betrachtungen über deutsche Bündnispolitik im Zeitalter Bismarcks und im Zeitalter des Weltkrieges“, Gotha 1917, S. 3/4; siehe ferner Ernst Jacdch, „Deutschland, das Herz Europas“, Berlin 1928.

stellung des von Feinden umgebenen Deutschlands erklärte Oncken sowohl die Schaffung des militärisch-politischen Bündnisses mit Österreich-Ungarn als auch die Schaffung des Dreibunds, der angeblich defensiven Charakter hatte, und sogar die ganze Richtung der Außenpolitik Deutschlands in bezug auf Rußland und England. Er behauptete, daß Deutschland, auf den Dreibund gestützt und mit Hilfe einer Politik des Balancierens zwischen England und Rußland, deren Rivalität in der Welt anwuchs, bestrebt war, das Gleichgewicht der Großmächte aufrechtzuerhalten, und dadurch die Sache des Friedens stützte. Somit wurde der aggressive Charakter der deutschen Politik durch die Aufgabe gerechtfertigt, die Sicherheit des Deutschen Reiches als einer mitteleuropäischen Macht, an deren Stärke angeblich alle übrigen Mächte des europäischen Kontinents interessiert seien, zu gewährleisten. „Die starke Mitte“, so schrieb Oncken, „erprobte sich als Wächter des europäischen Friedens.“ Es war nicht schwer, hieraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß jeder, der sich der Schaffung „Mitteleuropas“ als einer Politik, die die Sicherheit Deutschlands gewährleistet, widersetzt, Verräter des Friedens sei. Später hat Oncken diese Konzeption dem großen historischen Werk „Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges“<sup>4</sup> zugrunde gelegt, in dem er zu beweisen versuchte, daß die Lage Deutschlands im Herzen Europas es zu dem am stärksten verwundbaren Zentrum der feindseligen Politik der europäischen Staaten mache. Er versuchte ferner zu beweisen, daß sich für Deutschland aus seiner „Mittel“lage die Notwendigkeit ergebe, ständig und in großem Maßstab zu rüsten. So wurde die Konzeption geschaffen, die den deutschen Militarismus historisch zu rechtfertigen versuchte.

Oncken unterstützt den Kult Bismarcks, des Begründers des Deutschen Reiches auf militaristischer Grundlage, und rückt die Idee der Nachfolgerschaft, in der er den „tiefsten Sinn und die Eigenart der deutschen Geschichte“ erblickt, in den Vordergrund. Von diesem Standpunkt aus rechtfertigt er auch die „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus, die er als eine Äußerung der autarken Interessen des deutschen Staates betrachtet, der nach seinen Worten einen „vollendeten Ausdruck des Lebenswillens des Volkes“ darstellt.

## 2

Der Übergang Deutschlands von der Bismarckschen „Kontinentalpolitik“ zum „neuen Kurs“ — der imperialistischen „Weltpolitik“ — hat die Aufmerksamkeit der Historiker schon lange auf sich gezogen. Die deutsche

<sup>4</sup> Hermann Oncken, „Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges“, Bd. 1—2, Leipzig 1933

bürgerliche Geschichtsschreibung hat in dieser Frage von Anfang an eine eigene Linie eingeschlagen. Unter Ausnutzung des Monopols auf das historische Material, das sie heranziehen und auswählen konnte, redete sie der Welt eifrig ein, die berüchtigte deutsche Gründlichkeit und die genaue Forschungsmethode seien eine Garantie für die Unwiderlegbarkeit der von ihr mitgeteilten Tatsachen. Aber Tatsachen brauchen eine Auswahl, sie können ohne eine sie verbindende Idee nicht existieren, und die deutsche bürgerliche Geschichtsschreibung hat nicht wenig daran gearbeitet, um unter Benutzung von Tatsachen diese mit ihrer der Form nach wissenschaftsähnlichen, ihrem Wesen nach jedoch wissenschaftsfeindlichen Idee zu durchsetzen. Zunächst behauptete die deutsche Geschichtsschreibung, daß Deutschland die Verantwortung für die Entstehung des ersten Weltkrieges in nicht größerem Maße als andere Länder zu tragen habe. Bald darauf ging sie daran, eine andere These – die These von der ständigen Friedensliebe Deutschlands – auszuarbeiten; die Hauptverantwortung für den Ausbruch des ersten Weltkrieges versuchte sie Rußland aufzubürden. Im Laufe von zwei Jahrzehnten, zwischen der Beendigung des ersten Weltkrieges und dem Anfang des zweiten Weltkrieges, wuchs der Einfluß der deutschen Geschichtsschreibung, er drang in verschiedene Länder ein und hat in den historischen Konzeptionen einiger Autoren seinen Niederschlag gefunden.<sup>5</sup>

Neben Arbeiten, die die Außenpolitik des deutschen Imperialismus priesen, erschienen auch einige andere, die man als polemisch bezeichnen könnte. Dazu gehört die bekannte Arbeit des Grafen Reventlow, die während und selbst nach dem ersten Weltkrieg mehrere Auflagen erlebte. Ihr Verfasser, ein extremer Imperialist, kritisierte die deutsche „Weltpolitik“ nicht wegen jener Ziele, die sie aufstellte, sondern deswegen, weil sie die Erreichung dieser Ziele nicht gewährleisten konnte. Er war ein eifriger Anhänger des Baus einer großen Kriegsflotte als der Hauptwaffe der Außenpolitik und des Kampfes gegen England. Er hielt England für den Hauptrivalen Deutschlands in der Arena der „Weltpolitik“ und behauptete, nur die englische „Eifersucht“ auf das wirtschaftlich gedeihende Deutschland treibe es auf den Weg eines bewaffneten Konflikts. Er kritisierte die deutsche Regierung, weil sie die Notwendigkeit einer aktiveren Vorbereitung jener Mittel, mit deren Hilfe man die „Weltpolitik“ betreiben und den Kampf gegen England zu Ende führen könnte, nicht zu begreifen ver-

---

<sup>5</sup> Siehe zum Beispiel: Sidney Bradshaw Fay, „The Origins of the World War“, Bd. 1–2, New York 1932; William L. Langer, „The Diplomacy of Imperialism, 1890–1902“, Bd. 1–2, New York-London 1935; G. P. Gooch, „Studies in Modern History“, London 1931; М. Н. Покровский, «Империалистская война», Sammlung von Artikeln aus den Jahren 1915 bis 1927, Moskau 1929, und andere.

mochte. Er charakterisierte die ersten Schritte dieser Politik gegen Ende des 19. Jahrhunderts und schrieb: „In diesem Mißverhältnis zwischen Ziel und Mitteln beruhte, zum Teil wenigstens, die Tragik verschiedener Mißerfolge der deutschen Politik im Laufe des nächsten Jahrzehntes.“<sup>6</sup>

Somit versuchte Reventlow zu beweisen, daß Deutschland von den ersten Schritten seiner „Weltpolitik“ an die Unfähigkeit gezeigt habe, diese Politik durch stärkere Kampfmittel zu verstärken. Er hielt diese Politik für nicht aggressiv genug. Es ist nicht erstaunlich, daß einige Jahre nach der militärischen Niederlage Deutschlands von 1918 Reventlow der Hitlerpartei beitrug, die, wie J. W. Stalin hervorhebt, die Partei der „gierigsten und räuberischsten Imperialisten unter allen Imperialisten der Welt“<sup>7</sup> war.

Die militärische Niederlage Deutschlands im Jahre 1918 zwang die deutschen Historiker, sich mit einer Revision der früher entstandenen historischen Konzeptionen zu befassen. Da aber die herrschenden Klassen, die monopolistische Bourgeoisie und das Junkertum, ihre wirtschaftliche Stellung und ihren politischen Einfluß in Deutschland voll und ganz beibehalten hatten, wurde die Umwertung der Werte durch die allgemeinen Aufgaben der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus bestimmt. In dieser Situation erscheinen wie aus einem Füllhorn zahlreiche historische Arbeiten, die die Ursachen der militärischen Niederlage und des Zusammenbruchs der Eroberungspläne des deutschen Imperialismus festzustellen versuchen. Vor allem versuchen sie zu beweisen, daß es eigentlich überhaupt keine militärische Niederlage gegeben habe. Was war es aber? Deutschland war deshalb zur Kapitulation gezwungen, weil die im Lande aufflammende Revolution der Armee einen „Dolchstoß in den Rücken“ versetzt habe. So begann die Rehabilitierung des deutschen Militarismus. Zugleich begann auch eine Rehabilitierung des deutschen Imperialismus. Bereits 1920 behauptete Fritz Hartung<sup>8</sup>, der Imperialismus sei das gesunde Streben des Volkes zur Herrschaft und zur Verbreitung seiner Kultur, der Ausdruck seiner „Lebenskraft“. Die negative Seite des Imperialismus, so behauptete er ferner, sei der Krieg. Im imperialistischen Krieg aber erblickte Hartung die höchste Rechtfertigung, die darin bestehe, daß er ein neues Gleichgewicht der Kräfte schaffe. Da jedoch als Ergebnis des Krieges 1914–1918 keinesfalls ein Gleichgewicht zugunsten Deutschlands entstanden war, versuchte dieser Apologet des Imperialismus, die historischen Ursachen des Mißerfolgs

<sup>6</sup> Graf Ernst zu Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik, 1888–1914“, Berlin 1918, S. 100.

<sup>7</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 28.

<sup>8</sup> Fritz Hartung, „Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles (1871–1919)“, Bonn-Leipzig 1924.

Deutschlands zu analysieren. Auf der Suche nach diesen Ursachen wendet er sich jener Periode zu, da Deutschland die ersten Schritte auf dem Wege der „Weltpolitik“ machte. Genau wie Oncken ist er der Meinung, daß diese Wege die richtigen waren, da sie die durch die geographische Lage Deutschlands in Mitteleuropa bedingte „Machtpolitik“ verkörperten. Ferner versuchte er zu beweisen, daß diese Politik, wenn sie von Anfang an mit aller Entschlossenheit betrieben worden wäre, ganz andere Ergebnisse gezeitigt hätte. Es bleibt jedoch eine Tatsache, daß Deutschland, nachdem es diesen Weg betreten hatte, zur Katastrophe schritt. Ihre Ursache besteht nach der Meinung Hartungs darin, daß die deutsche Regierung, als sie den Aufbau des „Weltreichs“ begann, zuviel Hoffnungen auf ihre Diplomatie und zuwenig auf Armee und Flotte setzte. Der grundlegende Fehler der deutschen Regierung, so behauptet Hartung, bestehe darin, daß sie beabsichtigte, ein großes Reich auf friedlichem Wege aufzubauen, während das Volk dieses „apolitische und moralische Verhalten“ seiner Regierung billigte. Die Geschichte, so schreibt Hartung, sei keine friedliche Evolution, sondern eine Entwicklung durch „Blut und Eisen“; indessen habe Deutschland an das Recht appelliert, als es galt an die Stärke zu appellieren. Somit versuchte Hartung, genauso wie Reventlow, zu beweisen, daß die Politik Deutschlands nur einen verhängnisvollen Mangel aufgewiesen habe: sie sei nicht aggressiv genug gewesen.

Aber bald darauf trat diese These im allgemeinen Chor der deutschen Geschichtsschreibung vorübergehend in den Hintergrund. Nach Versailles kamen in Deutschland neue politische Motive auf, die den frieuliebenden Charakter der deutschen Politik sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart begründen sollten.<sup>9</sup> Die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges wurde nach wie vor den Gegnern Deutschlands zugeschoben. Zugleich begann man eifrig das Thema auszuarbeiten, wer an den Mißerfolgen Deutschlands auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Diplomatie schuld sei. Im Mittelpunkt der Diskussion der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung stand das Problem der politischen Bündnisse und der diplomatischen Abkommen um die Jahrhundertwende. Diese Diskussion war die Widerspiegelung des Kampfes der Klassen und Parteien in der Frage der außenpolitischen Orientierung des deutschen Imperialismus, der auf dem Wege zu seiner Wiederherstellung die Unterstützung der Westmächte suchte, nach dem ersten Weltkrieg. Die Teilnehmer an dieser Diskussion versuchten zu beweisen, daß sich die Geschichte Deutschlands und die Geschichte der ganzen Welt auf ganz anderen und neuen Wegen entwickelt haben würde, wenn es die deutsche Diplomatie am Wendepunkt der

<sup>9</sup> А. Ерусалимский, «Проблемы внешней политики Бисмарка в послевоенной германской историографии»; «Историк-марксист», 1929, Bd. XII.

Weltgeschichte verstanden hätte, ihre Bündnispolitik umzugestalten. So wurde in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung auch weiterhin das „Primat“ der Außenpolitik vor der Innenpolitik beibehalten.

## 3

Das Material und der äußere Anstoß für die sich entfaltende Diskussion waren die Memoiren und die Betrachtungen über außenpolitische Themen, die von einigen, übrigens nicht sehr prominenten Vertretern der deutschen Diplomatie der Kaiserzeit geschrieben und veröffentlicht wurden. Einer von ihnen, Otto Hammann, der ehemalige Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, veröffentlichte bereits 1918 ein Buch, in dem er die Bedeutung und den Charakter des „neuen Kurses“ der deutschen Außenpolitik, der sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts abzeichnete, historisch zu deuten versuchte.<sup>10</sup> Diesen Kurs definierte Hammann als eine „Zick-Zack-Politik“ zwischen England und Rußland — eine Politik, die Deutschland 1918 zur Katastrophe führte. Hätte sich Deutschland auf England orientiert und mit diesem ein Bündnis geschlossen, so behauptete Hammann, dann hätte es eine Niederlage vermieden, und der ganze Lauf der Geschichte hätte eine völlig andere Wendung genommen. Aber war denn ein Bündnis mit England möglich? Widersprach es nicht den Zielen und Traditionen der deutschen Diplomatie? In seinen anderen Arbeiten<sup>11</sup>, die halb Memoiren, halb historische Berichte sind, versuchte Hammann auch diese Fragen zu beantworten. Erstens bestritt er das Bestehen englandfeindlicher Traditionen in der deutschen Diplomatie und berief sich darauf, daß nur der „mißverständene Bismarck“<sup>12</sup> zur Rechtfertigung dieser Traditionen herangezogen werden konnte. In Wirklichkeit aber, so erklärte Hammann, hätte es diese Traditionen nicht gegeben, weil Bismarck, entgegen der allgemeinen Meinung, ein Anhänger der Annäherung nicht an Rußland, sondern an England gewesen sei. Zweitens behauptete Hammann, daß die Nachfolger Bismarcks bereits wenige Jahre nach seinem Rücktritt die Möglichkeit gehabt hätten, das zu verwirklichen, was der „eiserne Kanzler“ angestrebt habe, nämlich ein Bündnis mit England; wenn sie diesen Weg nicht eingeschlagen haben, so sei das ihre Schuld, für die Deutschland mit seiner Niederlage im Jahre 1918 habe bezahlen müssen.

<sup>10</sup> Otto Hammann, „Der neue Kurs“, Berlin 1918.

<sup>11</sup> Otto Hammann, „Zur Vorgeschichte des Weltkriegs“, Berlin 1919; „Deutsche Weltpolitik 1890—1912“, Berlin 1925.

<sup>12</sup> Otto Hammann, „Der mißverständene Bismarck. Zwanzig Jahre deutscher Weltpolitik“, Berlin 1921.

Etwa zu gleicher Zeit, bald nach Beendigung des ersten Weltkrieges, wurden in Deutschland die Memoiren des Freiherrn von Eckardstein<sup>13</sup>, eines ehemaligen deutschen Botschaftsrates in London, veröffentlicht, die offenbar auf eine Sensation berechnet waren. Der Verfasser der Memoiren führte einzelne Dokumente (wie sich später herausstellte, in recht entstellter Form) an und behauptete, daß die englische Regierung um die Jahrhundertwende Deutschland dreimal (1898, 1899 und 1901) den Abschluß eines Bündnisses vorgeschlagen habe. Er behauptete ferner, die englische Regierung habe beharrlich und ernstlich versucht, Besprechungen zu führen, die aber von deutscher Seite hartnäckig hintertrieben worden seien. Wäre Deutschland auf dieses Bündnis eingegangen, so behauptete er schließlich, dann hätte es nicht nur die Bildung der Entente verhindert, sondern auch die Einflußsphären in der Welt auf Kosten der Interessen Frankreichs und Rußlands in einer für sich günstigen Weise zusammen mit England aufzuteilen vermocht. So wurde eine neue historische Legende geschaffen, die in der deutschen und zum Teil auch in der englischen und amerikanischen bürgerlichen Geschichtsschreibung eifrig ausgearbeitet wurde. Das war die Legende von den versäumten Möglichkeiten des englisch-deutschen Bündnisses um die Jahrhundertwende.

Indessen war die Tatsache der englisch-deutschen Bündnisbesprechungen keinesfalls eine Entdeckung Eckardsteins. Die ersten Mitteilungen über diese Besprechungen erschienen in der englischen und später auch in der deutschen Presse (im „Daily Telegraph“ und im „Berliner Tageblatt“) bereits 1912.<sup>14</sup> Damals waren diese historischen Erinnerungen eine Begleitmusik zu den Versuchen der Londoner Diplomatie, unter dem Vorwand einer Annäherung an Deutschland dessen Flottenbau einzuschränken. Ferner veröffentlichte Hayashi, einer derjenigen, die an der Schaffung eines englisch-japanischen Bündnisses im Jahre 1902 beteiligt waren, 1913 einen Teil seiner Memoiren, in denen er erwähnte, es habe einen Moment gegeben, da an den Bündnisbesprechungen neben England und Japan auch Deutschland teilgenommen habe.<sup>15</sup> Schließlich gingen einige deutsche Historiker, Otto Franke, Hermann Oncken, Johannes Haller und andere, ebenfalls auf die Geschichte dieser Besprechungen in den Jahren 1898 bis 1901 ein.<sup>16</sup> Aber

<sup>13</sup> Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“, Bd. I–III, Leipzig 1919–1921.

<sup>14</sup> Theodor Wolff, „Das Vorspiel“, München 1925.

<sup>15</sup> Siehe Хаяси, «Записки»; «Известия Министерства иностранных дел», 1913, Buch V.

<sup>16</sup> Siehe die Artikel von Hermann Oncken, „Die Vorgeschichte des Weltkrieges“ und Otto Franke, „Die Großmächte in Ostasien“ in dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg“, Berlin 1915; Johannes Haller, „Süddeutsche Monatshefte“ vom 8. Januar 1917; Hermann Oncken, „Das alte und das neue Mitteleuropa“.



damals hat diese Frage kein größeres Interesse in der bürgerlichen Literatur geweckt. Ihre Bedeutung unterstrich W. I. Lenin: „1898: Besprechungen über das englisch-deutsch-japanische Bündnis gegen Rußland.“<sup>17</sup>

Da war nun der erste Weltkrieg zu Ende, und dieses Thema erwies sich als eins der aktuellsten in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung. Besonders ausführlich wurde es behandelt, als das deutsche Auswärtige Amt in dem Bestreben, die Versailler These von der einseitigen Verantwortlichkeit Deutschlands für den Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 zu widerlegen, die Veröffentlichung einer vielbändigen Sammlung diplomatischer Dokumente seines Archivs in Angriff nahm.<sup>18</sup> Das fiel mit der Verschärfung des Kampfes zwischen den Anhängern der „westlichen“ und der „östlichen“ Orientierung der Außenpolitik des Weimarer Deutschlands zusammen. Unter diesen Umständen schien die von Eckardstein geschaffene historische Legende unter den Anhängern der „westlichen“ Orientierung allgemeine Anerkennung zu finden. Emil Ludwig, der Verfasser einer belletristischen Biographie des letzten Hohenzollern<sup>19</sup>, machte sie populär. Von verschiedenen Gesichtspunkten aus, in verschiedener Manier, aber im allgemeinen über das gleiche, nämlich über die Politik der versäumten Möglichkeiten eines Bündnisses mit England, schrieben Gustav Roloff, Johannes Haller, Eugen Fischer, Willy Becker, Erich Brandenburg und viele andere.<sup>20</sup> Sie waren sämtlich bestrebt, jene, die um die Jahrhundertwende ein Bündnis mit England abgelehnt hatten, historisch zu verurteilen, um die sowohl damals als auch nach dem Kriege 1914–1918 in gewissen Kreisen der herrschenden Klassen Deutschlands aufgekommene allgemeine politische Tendenz der Annäherung an England historisch zu rechtfertigen. Jetzt, nach dem zweiten Weltkrieg, versucht Erich Eyck diese verschlissene historische Konzeption zu neuem Leben zu erwecken.<sup>21</sup>

<sup>17</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», Moskau 1939, S. 474.

<sup>18</sup> „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“, Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme (insgesamt 40 Bände in 54 Büchern). (In den folgenden Quellenangaben wird diese Ausgabe nur mit G. P. bezeichnet. *Die Red.*)

<sup>19</sup> Emil Ludwig, „Wilhelm II.“, Berlin 1926.

<sup>20</sup> Gustav Roloff, „Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und England 1898–1901“ in „Berliner Monatshefte“ vom 12. Dezember 1929; Johannes Haller, „Die Ära Bülow. Eine historisch-politische Studie“, Stuttgart-Berlin 1922; Eugen Fischer, „Holsteins großes Nein. Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898–1901“, Berlin 1925; Willy Becker, „Fürst Bülow und England 1897–1909“, Greifswald 1929; Erich Brandenburg, „Von Bismarck zum Weltkrieg“, Berlin 1924.

<sup>21</sup> Erich Eyck, „Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914“, Erlenbach-Zürich 1948, S. 211–226.

Dieser offen englandfreundlichen Richtung in der deutschen Geschichtsschreibung stand eine andere Richtung gegenüber, die bestrebt war, die von Eckardstein geschaffene historische Legende zu zerschlagen. Die Memoiren von Eckardstein wurden zunächst von Maximilian von Hagen<sup>22</sup>, dann von Heinz Trützschler<sup>23</sup> und schließlich von Gerhard Ritter<sup>24</sup> heftig angegriffen, der entschlossen der „Legende von der verschmähten englischen Freundschaft“ entgegentrat, wobei er sich nicht nur auf die deutschen, sondern auch auf die „Britischen Dokumente über die Entstehung des Krieges, 1898–1914“ stützte.<sup>25</sup> Herbert Zühlke<sup>26</sup>, der die Frage der englisch-deutschen Besprechungen mit der Politik der Großmächte, vor allem Englands, im Fernen Osten verknüpfte, kam ebenfalls zu der Schlußfolgerung, daß diese Bündnisbesprechungen im Grunde genommen gegenstandslos waren. Ein anderer Verfasser, Huecne<sup>27</sup>, bestätigte diese Schlußfolgerung und bemerkte dabei, daß das Studium russischer, in der sowjetischen Zeitschrift „Krasny Archiv“ veröffentlichter Dokumente für ihn ausschlaggebend gewesen sei.

Man muß jedoch darauf hinweisen, daß beide Richtungen in der deutschen Geschichtsschreibung, die bestimmte politische Tendenzen unter den herrschenden Klassen Deutschlands in den Fragen der Außenpolitik widerspiegeln, trotz unterschiedlicher Schlußfolgerungen ein und dieselbe Methode verwendeten. Sie beschränkten sich auf Gegenüberstellungen diplomatischer Dokumente, maßen persönlichen Eigenschaften, Neigungen und Stimmungen der führenden Gestalten der deutschen Diplomatie übertriebene Bedeutung bei, beachteten aber fast gar nicht die objektive Seite der gegen Ende des 19. Jahrhunderts bereits stark herangereiften englisch-deutschen Gegensätze und ignorierten natürlich überhaupt die zutiefst imperialistische Grundlage dieser Gegensätze und den Klassenkampf, der sich in den Grundfragen der Innen- und Außenpolitik so scharf entfaltete.

<sup>22</sup> M. v. Hagen, „Die Bündnispolitik des Deutschen Reiches“ in „Preußische Jahrbücher“, Bd. 186, X–XII, Berlin 1921.

<sup>23</sup> Heinz Trützschler von Falkenstein, „Die Denkwürdigkeiten des Freiherrn von Eckardstein im Lichte der großen Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes“ in „Archiv für Politik und Geschichte“, 1924, Heft 5/6.

<sup>24</sup> Gerhard Ritter, „Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898–1901“, Freiburg 1929; „Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des neuen Kurses“, 1924.

<sup>25</sup> „British Documents on the Origins of the War, 1898–1914“. Edited by G. P. Gooch and Harold Temperley. (In den folgenden Quellenangaben wird diese Ausgabe nur mit B. D. bezeichnet. *Die Red.*)

<sup>26</sup> Herbert Zühlke, „Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895–1905“, Berlin 1929.

<sup>27</sup> Heinrich Freiherr von Hoiningen, genannt Huecne, „Untersuchungen zur Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems, 1898–1901“, Breslau 1934.

Nur einige der Vertreter der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung erwähnten die Wechselbeziehungen der Klassen. So schreibt zum Beispiel Friedrich Meinecke, ein Anhänger der englandfreundlichen Legende, in der Einleitung zu seiner Arbeit<sup>28</sup>: „Und alles hing zusammen untereinander: Exportindustrialismus und Flottenbau, Tirpitzsche Flottengesetze und Miquelsche Sammlungspolitik, die die arbeitgebenden höheren Schichten in Stadt und Land gegen das Proletariat zusammenfaßte und den Zwecken der Flottenpolitik, zugleich aber auch den Staat den materiellen Interessen dieser Klassen dienstbar machte und dadurch den sozialen Riß in der Nation vergrößerte.“ Wenn er aber an die konkrete Analyse der Geschichte der englisch-deutschen Bündnisbesprechungen herangeht, beschränkt auch er sich allein auf die diplomatische Seite der Angelegenheit. Er macht das bewußt und konsequent, weil das ihm die Möglichkeit bietet, die historischen Ereignisse im Interesse der Verteidigung der Politik der Annäherung Deutschlands an den englischen Imperialismus auf das willkürlichste zu beleuchten. Friedrich Meinecke machte aus dieser seiner Aufgabe kein Hehl: „Seien wir ehrlich“, so schrieb er, „und gestehen wir es, daß Historie hier in Politik übergeht und um so mehr übergehen muß, je näher das untersuchte Objekt uns praktisch berührt.“ Und da es so ist, wurden die Besprechungen über das englisch-deutsche Bündnis in seiner Betrachtung zum Zentralproblem der Geschichte der letzten Jahre des 19. Jahrhunderts; das Scheitern dieser Besprechungen aber ist als ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und in der Geschichte der ganzen Welt dargestellt.

Zu dieser Übertreibung besteht kein Anlaß. Bereits in den Jahren des ersten Weltkrieges deckte W. I. Lenin, als er die Natur der imperialistischen Bündnisse studierte, den Charakter der Unstimmigkeiten zwischen England und Deutschland auf. Er stellte nach dem Artikel von Oncken einen Konspekt zusammen und schrieb: „Im Jahre 1898 führte England Besprechungen mit Deutschland über ein Bündnis gegen Rußland... sie wurden nicht einig: England sagte: 'Deutschland fordere zuviel' ..., das sei nicht wahr, Berlin habe keine Forderungen gestellt (!!!).“ Diese komplizierte, aber ausdrucksvolle Zeichensetzung zeugte von der zutiefst kritischen Einstellung Lenins zu derartigen Behauptungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Lenin zitierte Oncken weiter und schrieb: Es wurde *erst* im Oktober 1898 ein Vertrag abgeschlossen, „der das künftige wirtschaftliche Eindringen Deutschlands und Englands in die portugiesischen Kolonien vorsah, falls Portugal seinen Verpflichtungen zur Bezahlung von Anleihen nicht nachkommt“. Den allgemeinen politischen Charakter der Abmachung definierte Lenin in folgenden Worten: „England und Deutschland *teilen* im

<sup>28</sup> Friedrich Meinecke, „Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890 bis 1901“, München-Berlin 1927, S. 6, 8.

Oktober 1898 die Kolonien Portugals.“<sup>29</sup> Was die Geschichte der englisch-deutschen Besprechungen von 1898 über ein Bündnis gegen Rußland anbetrifft, so definierte Lenin die Ursache ihres Scheiterns wie folgt: „Über den Preis nicht einig geworden!“<sup>30</sup>

Die Geschichte der englisch-deutschen Besprechungen über ein Bündnis gegen Rußland Ende des 19. Jahrhunderts muß im Gesamtplan der Entwicklung imperialistischer Antagonismen zwischen Deutschland und England betrachtet werden. Sie stellten eine Episode der diplomatischen Geschichte dar, die übrigens für die allgemeine Situation in dem Augenblick höchst charakteristisch war, als sich der Kampf der imperialistischen Großmächte um die Aufteilung der Welt bereits in einen Kampf um deren Neuaufteilung zu verwandeln begann. Aber die Klärung dieser Frage ist nicht die einzige und nicht einmal die wichtigste Aufgabe unserer Arbeit.

## 4

Marx und Engels, Lenin und Stalin haben dem Studium der Außenpolitik und der Diplomatie der kapitalistischen Staaten stets große Bedeutung beigemessen. Insbesondere studierten sie sorgfältig die Geschichte der Diplomatie, weil sie in ihr den Schlüssel zum Verständnis der aktuellsten Fragen der internationalen Politik ihrer Zeit zu finden vermochten.

Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus machten es der Arbeiterklasse zur Pflicht, „die diplomatischen Akte“ der bürgerlichen Regierungen zu beobachten, und zwar keineswegs passiv zu beobachten. „Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen“, so schrieb Marx, „das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?“<sup>31</sup> Marx und Engels waren der Meinung, daß das Studium, die Deutung und die Entlarvung der Außenpolitik und der Diplomatie der kapitalistischen Staaten eine der Hauptpflichten der Kommunisten darstellten. Lenin maß dieser Frage ebenfalls große Bedeutung bei. Er bedauerte, daß die Volksmassen keine Bücher über die Geschichte der Diplomatie lasen.<sup>32</sup>

Die Rolle W. I. Lenins bei der wissenschaftlichen Ausarbeitung von Fragen der Außenpolitik und der Diplomatie der kapitalistischen Staaten

<sup>29</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 475.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 474.

<sup>31</sup> Karl Marx, „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 358.

<sup>32</sup> В. И. Ленин, «Тайны внешней политики», *Сочинения*, Bd. 24, S. 343.

und insbesondere der Außenpolitik und der Diplomatie des deutschen Imperialismus ist gewaltig. Bei der Arbeit an seinem bedeutenden Werk über den Imperialismus widmete Lenin diesen Fragen große Aufmerksamkeit, ein reichhaltiges konkretes historisches Material wurde von ihm verarbeitet und studiert. Seine „Hefte über den Imperialismus“ stellen ein großartiges Beispiel für die gewaltige, langwierige Arbeit zur wissenschaftlichen Systematisierung und Einschätzung von Tatsachen, Dokumenten, Material usw. dar. Sie bieten uns die Möglichkeit, in das große schöpferische Laboratorium des Leninschen Genius einzudringen. Sie zeigen, wie sich eine sorgfältig ausgearbeitete Forschungsmethode mit erstaunlicher Tiefe des politischen Denkens, mit unermeßlichem Schwung und zugleich mit erstaunlicher Präzision der wissenschaftlichen Analyse paart. Lenin befaßte sich ständig mit dem Studium der politischen Geschichte der bürgerlichen Staaten, insbesondere ihrer Außenpolitik und ihrer Diplomatie.

Als Lenin den „Versuch einer Zusammenstellung der Hauptdaten der Weltgeschichte nach 1870“ ausarbeitete<sup>33</sup>, sonderte er die „Diplomatie“ zu einem selbständigen Abschnitt, neben den Abschnitten „Kriege“ und „Kolonialpolitik“, aus. Dieser der Diplomatie gewidmete Abschnitt ist mit Tatsachen gefüllt, die die internationalen Besprechungen in verschiedenen Formen betreffen: von „friedlichen“ Abkommen und internationalen Konferenzen bis einschließlich zu ultimativen Forderungen. Er ist ferner reich an Tatsachen, die bilaterale oder multilaterale Verträge oder Besprechungen betreffen. Die Krisen in der internationalen Politik der Großmächte finden ihren markanten Ausdruck in ihrer Diplomatie, die sich viele Jahre und sogar jahrzehntelang<sup>34</sup> um die Vorbereitung des ersten Weltkrieges bemühte. Einzelne, die größten Ereignisse der diplomatischen Geschichte, Krisen in der internationalen Politik der Großmächte und die Schaffung der Bündnisse stellten Etappen oder, nach einem Ausdruck Lenins, „Marksteine“ in der Vorbereitung dieses Krieges dar.<sup>35</sup>

„Man muß“, so schrieb W. I. Lenin, „die gesamte Politik des ganzen Systems der europäischen Staaten in ihrer wirtschaftlichen und politischen Wechselbeziehung nehmen, um zu begreifen, auf welche Weise diesem System unweigerlich und unvermeidlich der betreffende Krieg entsprang.“<sup>36</sup> Hier liegt der Schlüssel, um nicht nur den Charakter des Krieges und der ihm vorangegangenen Politik, sondern auch die Annexionspläne der kapitalistischen Staaten zu begreifen, unabhängig davon, ob sie in einer Serie

<sup>33</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 662 ff.

<sup>34</sup> W. I. Lenin, „Sozialismus und Krieg“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 11; siehe auch «О сепаратном мире», Сочинения, Bd. 23, S. 115.

<sup>35</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 619–621.

<sup>36</sup> В. И. Ленин, «Война и революция», Сочинения, Bd. 24, S. 365.

von Geheimverträgen fixiert sind. Die Geschichte der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen, so meinte Lenin, deckt das Geheimnis dieser Pläne auf<sup>37</sup>, denn die bürgerlichen Regierungen tarnen sie geschickt durch die „konventionelle diplomatische Phrase“. „Dazu sind sie auch Diplomaten“, bemerkt Lenin, „um die Diplomatensprache zu sprechen.“<sup>38</sup> Man muß diese Sprache begreifen, aber in noch stärkerem Maße das, was sie zum Ausdruck bringt und zugleich tarnt. Indem Lenin das Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus entdeckte und die Hauptzüge des Imperialismus umriß, deckte er auch die spezifischen Züge der imperialistischen Diplomatie auf.

Als Lenin den Plan seines Buches „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ ausarbeitete, sah er einen besonderen Abschnitt „Diplomatie und Außenpolitik 1871–1914“ vor, der vor allem der Außenpolitik Englands und Deutschlands, das heißt der beiden Staaten gewidmet war, deren imperialistischer Antagonismus auf den Weg zum Kriege 1914–1918 führend war. Es ist äußerst charakteristisch und zugleich recht lehrreich, daß die Fragen der Diplomatie und der Außenpolitik nicht einmal im Arbeitsplan isoliert behandelt wurden: Der Abschnitt „Imperialismus und Opportunismus“ geht diesen Fragen voraus, während der Abschnitt „Imperialismus und Demokratie, Finanzkapital und Reaktion“ ihnen folgt.<sup>39</sup> In einer anderen Variante des Planes kehrt Lenin zu einer analogen Fragestellung zurück. Er definiert „Politische Wesenszüge des Imperialismus (Diplomatie)“ und hebt hierbei zwei wesentliche Momente „Reaktion und nationale Unterdrückung“ hervor.<sup>40</sup> Somit hat Lenin auch hier, wie überall und stets, zum Unterschied von Vertretern des bürgerlichen Denkens, die Außenpolitik und die Diplomatie nicht von der Innenpolitik der Regierung der herrschenden Klassen losgelöst. „Die ‚Außenpolitik‘ von der Politik überhaupt zu trennen“, so schrieb Lenin, „oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenzustellen, ist ein grundfalscher, unmarxistischer, unwissenschaftlicher Gedanke. In der äußeren wie in der inneren Politik hat der Imperialismus in gleicher Weise die Tendenz zur Durchbrechung der Demokratie, zur Reaktion.“<sup>41</sup>

Der reaktionäre und aggressive Charakter der imperialistischen Politik wurde in den Arbeiten J. W. Stalins tiefschürfend aufgedeckt. Am Beispiel der Geschichte der internationalen Beziehungen am Ende des 19. Jahrhunderts zeigte J. W. Stalin, daß die Frage nach dem Charakter der Außen-

<sup>37</sup> Ebenda, S. 369.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 380.

<sup>39</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 195.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 198.

<sup>41</sup> В. И. Ленин, «О карикатуре на марксизм», Сочинения, Bd. 23, S. 31.

politik dieses oder jenes Staates eine überaus wichtige, prinzipielle und praktische Bedeutung hat. In diesem Zusammenhang ist seine Arbeit „Über Engels' Artikel ‚Die auswärtige Politik des russischen Zarentums‘“ besonders wichtig. J. W. Stalin weist darauf hin, daß Engels in dem Bestreben, die Außenpolitik des russischen Zarismus im Jahre 1890 zu diskreditieren, eine Reihe überaus wichtiger und sogar bestimmender Momente übersehen hat. Insbesondere hat er, wie J. W. Stalin feststellte, die Rolle des Dranges des zaristischen Rußlands nach Konstantinopel im Heranreifen des Weltkriegs ebenso überschätzt wie die Rolle der Zarenmacht als der „letzten starken Festung der gesamteuropäischen Reaktion“ (Engels' Worte). Andererseits, so stellte J. W. Stalin fest, wurde in der Arbeit von Friedrich Engels „ein wichtiges Moment außer acht gelassen . . ., das dann eine entscheidende Rolle gespielt hat, und zwar das Moment des *imperialistischen* Kampfes um Kolonien, um Absatzmärkte, um Rohstoffquellen, das schon damals von sehr ernster Bedeutung war; es wurden außer acht gelassen die Rolle Englands als eines Faktors des kommenden Weltkriegs, das Moment der Widersprüche zwischen Deutschland und England, der Widersprüche, die schon damals von ernster Bedeutung waren und dann eine fast bestimmende Rolle in der Entstehung und Entwicklung des Weltkriegs spielten“<sup>42</sup>. Genosse Stalin zeigte ferner, daß die Mängel des Artikels von Engels für den gesamten Gedankengang der deutschen Sozialdemokratie charakteristisch waren. Da sie den im Jahre 1914 ausgebrochenen Krieg als einen Verteidigungskrieg betrachtete und dessen imperialistischen Charakter bestritt, verkündete die deutsche Sozialdemokratie die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ und ging somit offen und endgültig auf die Seite der deutschen imperialistischen Bourgeoisie über.

Die Arbeit J. W. Stalins „Über Engels' Artikel ‚Die auswärtige Politik des russischen Zarentums‘“ sowie viele andere seiner Arbeiten<sup>43</sup> haben gewaltige Bedeutung für das Begreifen der Hauptprobleme der Geschichte der internationalen Beziehungen und insbesondere der Geschichte Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Arbeiten J. W. Stalins decken den Charakter des am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen österreichisch-

<sup>42</sup> J. W. Stalin, „Über Engels' Artikel ‚Die auswärtige Politik des russischen Zarentums‘“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1211.

<sup>43</sup> J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1952; „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“, 18.—31. Dezember 1925, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, 18. Dezember, Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1952; „August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter“, Werke, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1953; „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1953.

deutschen Bündnisses, eines der Form nach defensiven, aber dem Wesen nach aggressiven Bündnisses auf. Sie enthüllen ferner die Rolle des Anfang der neunziger Jahre entstandenen französisch-russischen Bündnisses. Sie zeigen die Rolle des Pazifismus in der Periode des im Entstehen begriffenen Imperialismus. Sie decken die Wirkung des Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und in diesem Zusammenhang die Bedeutung der englisch-deutschen imperialistischen Gegensätze gegen Ende des 19. Jahrhunderts als Hauptgegensätze auf, die zum Kriege geführt haben. Sie helfen, die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Außenpolitik und Diplomatie des deutschen Imperialismus historisch richtig einzuschätzen.

## 5

Die Aufgabe der vorliegenden Forschung besteht darin, die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts zu beleuchten. Die sowjetische Geschichtsschreibung hat einige Probleme, die mit dem Gegenstand der Forschung im Zusammenhang stehen, bereits behandelt. Sowjetische Historiker haben wertvolles Archivmaterial und einige Werke veröffentlicht, die einen ernst zu nehmenden Beitrag zur wissenschaftlichen Literatur dieser Frage darstellen. Man muß vor allem auf die „Geschichte der Diplomatie“ (Band II und Band III von Akademiemitglied E. W. Tarlé und Professor W. M. Chwostow) hinweisen. Aber die „Geschichte der Diplomatie“ stellt sich andere Aufgaben und behandelt unser Thema in einer mehr oder minder allgemeinen Form. Die vorliegende Arbeit ist eigens der Erforschung der Außenpolitik und der Diplomatie des deutschen Imperialismus in der Periode gewidmet, als er gerade den Weg der „Weltpolitik“ betrat.

Der chronologische Rahmen unserer Darlegung ist einerseits die Transvaalkrise 1895/1896, die plötzlich die ganze Schärfe der zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus bereits entstandenen Gegensätze offenbarte, und anderseits der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1900, die die Rolle der Kartelle in Deutschland verstärkte und eine neue Etappe der deutschen imperialistischen Expansion auf dem Wege zum Weltkrieg 1914–1918 einleitete. Im Laufe der Darlegungen widmet der Verfasser dort, wo die vorhandenen Unterlagen das ermöglichen, der Feststellung der realen Interessen dieser oder jener Expansionspolitik betreibenden Gruppen der herrschenden Klassen sowie dem innerpolitischen Kampf der Klassen und Parteien in Fragen der Außenpolitik und der Diplomatie des deutschen Imperialismus besondere Aufmerksamkeit. Der Verfasser versucht zu zeigen, daß die deutsche Politik des „Balancierens“



zwischen England und Rußland gegen Ende des 19. Jahrhunderts durch die Klassenstruktur des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus bestimmt wurde.

Der Gegenstand, der chronologische Rahmen und die Forschungsmethode haben auch den Kreis der herangezogenen Quellen bestimmt.<sup>44</sup> Unter ihnen stellt die große Sammlung der diplomatischen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“ die Hauptquelle dar. Dieses nach dem ersten Weltkrieg herausgegebene Werk verfolgte bestimmte politische Aufgaben und sollte das kaiserliche Deutschland der Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges entheben. Diese Aufgabe wirkte sich auf den Aufbau des gesamten Schemas der Veröffentlichung und vor allem auf das System der Auswahl und der Anordnung des dokumentarischen Materials aus. Der Veröffentlichung wurde nicht das chronologische, sondern das thematische Prinzip zugrunde gelegt. Dazu wurden viele Dokumente in gekürzter Form (unter der Bezeichnung „pp“) oder aber in Teile zerrissen in verschiedenen Abschnitten eines Bandes oder sogar in verschiedenen Bänden veröffentlicht. Diese Methode gestattet es, viele wichtige Momente zu verbergen, andere zu verwirren, dritte unvollständig zu beleuchten und dem Forscher alles in allem eine apologetische Konzeption des deutschen Imperialismus aufzuzwingen. In einer Reihe von Fällen sind die Dokumente mit offensichtlich tendenziösen Anmerkungen versehen. Viele Versionen dieser Sammlung wurden in die deutsche bürgerliche und zum Teil auch in die englische und amerikanische Geschichtsschreibung übertragen. So wurde zum Beispiel die Version von der „stillschweigenden Erneuerung des Bündnisses“ zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien (1897) geschaffen. Die deutsche Veröffentlichung bemühte sich, die Tatsache zu verbergen, daß die politischen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und seinen Verbündeten keinesfalls idyllisch waren. Und in der Tat, bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es im Dreibund tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Die deutsche und die prodeutsche reaktionäre Geschichtsschreibung in England und in den USA ignoriert jedoch dieses wichtige Thema.

Der Forscher, der die deutsche Dokumentensammlung studiert, muß vorher eine große destruktive Arbeit bewältigen, das ihm aufgezwungene Schema zerbrechen und diese Dokumente auf eine neue und richtige Weise lesen. Er muß sie einer kritischen Analyse unterziehen und ihren Zusammenhang in neuen Kombinationen wiederherstellen. Er muß schließlich auch noch anderes Material hinzuziehen, mit dessen Hilfe er die Dokumente der deutschen Sammlung überprüfen und ergänzen kann.<sup>45</sup> Vor

<sup>44</sup> Siehe das Register der Quellen- und Literaturhinweise.

<sup>45</sup> Insbesondere benutzte der Verfasser die Dokumente des deutschen Archivs, die im Anhang zu den einzelnen monographischen Werken veröffentlicht wurden.

allem aber muß er versuchen, ihnen ebenso wie dem anderen vorhandenen historischen Material das zu entnehmen, was die wahren Motive, die der Tätigkeit der deutschen Diplomatie zugrunde lagen, charakterisieren kann. Diese Diplomatie nahm die wirtschaftlichen, die politischen und in einigen Fällen auch die strategischen Interessen des deutschen Imperialismus oder seiner einzelnen Gruppen wahr. Dann stellt sich heraus, daß viele von der bürgerlichen Geschichtsschreibung gewöhnlich ignorierte Tatsachen in den Verlauf der Darlegungen einbezogen oder in einem anderen Licht gesehen werden müssen.

Die Dokumentensammlung des englischen Außenministeriums „British Documents on the Origins of the War, 1898–1914“, die zu der Arbeit herangezogen wurde, stellt eine in gewissem Sinne noch weniger zuverlässige Quelle dar als die deutsche Veröffentlichung. Die im Auftrag der englischen Regierung von den Professoren Temperley und Gooch herausgegebene Sammlung ist im Grunde genommen ein erweitertes „Blaubuch“. Die ihr innewohnende apologetische Tendenz für den englischen Imperialismus zeigt sich sowohl in der Auswahl des Materials als auch in seiner thematischen Anordnung und schließlich auch in den Anmerkungen, mit denen es versehen ist. Viele wichtige Fragen der diplomatischen Geschichte sind in dieser Sammlung überhaupt nicht berücksichtigt worden, andere sind nur durch einzelne Dokumente oder sogar (zum Beispiel in der Frage der Haager Friedenskonferenz 1899) durch eine Auswahl von Auszügen aus einzelnen Dokumenten vertreten. Die wichtigsten Dokumente aus dem privaten Briefwechsel verantwortlicher Leiter der Außenpolitik des britischen Imperialismus sind nicht wiedergegeben. Aber auch die eigens ausgewählten Dokumente, die von der Regierung zur Veröffentlichung freigegeben wurden, werden oftmals mit bedeutenden Kürzungen oder sogar in freier Wiedergabe angeführt. Ebensowenig werden die Vermerke verantwortlicher Persönlichkeiten auf den Dokumenten wiedergegeben, die zuweilen die Bedeutung einer Direktive haben. Diese großen Mängel der englischen Veröffentlichung werden nur zum Teil durch das Material der mit Dokumenten ausgestatteten Biographien englischer Politiker (wie zum Beispiel der Biographie Joseph Chamberlains, die von Garvin zusammengestellt wurde)<sup>46</sup> wettgemacht. All das muß man berücksichtigen, um dann als Ergebnis einer kritischen Prüfung des britischen Sammelwerks diesem einige Angaben zu entnehmen, die die Dokumente der vielbändigen deutschen Veröffentlichung zu überprüfen und in einzelnen Fällen auch zu ergänzen gestatten. Ebensowenig darf man dabei die Tatsache vergessen, daß die bürgerlichen Veröffentlichungen diplomatischer Dokumente nicht nur

<sup>46</sup> J. L. Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. I–III, London 1932 bis 1933.

ein Arsenal für bestimmte historische Konzeptionen apologetischen Charakters, sondern auch eine direkte Waffe des politischen Kampfes darstellen.<sup>47</sup>

Unter diesen Umständen hat die Möglichkeit der Benutzung russischer diplomatischer Dokumente eine gewaltige Bedeutung. Das Archiv der Außenpolitik Rußlands beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR stellt eine Schatzkammer historischen Materials dar. Der Verfasser benutzte folgende Sammlungen des Archivs: 1. Akten der Kanzlei des Ministers, 2. Akten des politischen Archivs und 3. einige Dossiers aus den Akten des Geheimarchivs. Das Material dieser Akten (vor allem der Briefwechsel zwischen dem russischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der Botschaft in Berlin) erhellt am vollständigsten die Geschichte der politischen und zum Teil auch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Das ist sehr viel, aber noch nicht alles.

Eine Anzahl von Berichten und Briefen der russischen Botschafter aus Wien, London, Paris und Rom enthalten interessante Angaben über die Politik Deutschlands in bezug auf Österreich-Ungarn, England, Frankreich und Italien. Die Berichte und Briefe des russischen Botschafters in Konstantinopel sowie die vorhandenen einzelnen thematischen Dossiers geben zusätzlich Aufschluß über die Frage des Eindringens des deutschen Imperialismus in den Nahen Osten, insbesondere über die Frage der Bagdadbahn.

Schließlich wäre noch auf eine sehr wichtige Seite der Angelegenheit zu verweisen. Die russischen Dokumente bieten die Möglichkeit, auch einige Seiten der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland zu erkennen. Der russische Botschafter in Berlin, Graf Osten-Saken, stand den deutschen Regierungs- und Hofkreisen nahe und hatte die Möglichkeit, ihre Stimmungen, ihre Absichten und ihre persönlichen Wechselbeziehungen zu beobachten. Zwar war Osten-Saken kein Stern erster Größe, und einige seiner Meldungen sehen recht trübe aus, aber dieser Mangel wird durch Meldungen, die von Tscharykow, dem Ersten Botschaftssekretär, zusammengestellt wurden, fast wettgemacht. Tscharykow, der damals seine diplomatische Laufbahn gerade erst begann (er beschloß sie 1912 als russischer Botschafter in Konstantinopel), interessierte sich sehr für die Ereignisse des Partei- und des politischen Lebens in Deutschland, studierte sorgfältig die deutsche Presse verschiedener Richtungen und besuchte oftmals den Reichstag, und zwar nicht nur, wenn dort Fragen erörtert wurden, an denen die russische

<sup>47</sup> А. Ерусалимский, «Вопрос об ответственности за войну» (Документы мировой войны как орудие политической борьбы); «Историк-марксист», 1932, Nr. 1/2.

Regierung interessiert war. Viele der Meldungen Tscharykows über Fragen der Innenpolitik in Deutschland waren von Osten-Saken unterzeichnet, was aber ihrem Wert in keiner Weise Abbruch tut.

Unübersehbare Schätze sind ferner im Zentralen Staatlichen Historischen Archiv in Leningrad zusammengetragen. Beim Studium des Archivs des Finanzministeriums entdeckte der Verfasser eine Reihe neuer Dokumente, die einen Einblick in die diplomatischen Pläne Joseph Chamberlains und seiner imperialistischen Clique vermitteln. Diese gingen dahin, ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis zwischen England, Deutschland, Japan und den USA unter Dach und Fach zu bringen. Natürlich blieben diese Dokumente nicht ungenutzt.

Vom Wert der russischen Dokumente, die im Moskauer und im Lenin-grader Archiv aufbewahrt werden, vermitteln die in sowjetischen Publikationen veröffentlichten diplomatischen Dokumente eine Vorstellung. In wissenschaftlicher Hinsicht halten sie der strengsten Kritik stand. Das, was veröffentlicht wurde, ist vollständig, ohne jegliche Entstellungen, Lücken und Kürzungen veröffentlicht worden. Die Dokumente der sowjetischen Publikationen können erstens zum Vergleich mit deutschen Dokumenten und zur Überprüfung der deutschen Version benutzt werden, und zweitens enthalten sie oft Informationen, die eine Ergänzung zu dem darstellen, was man den deutschen Dokumenten entnehmen kann. Das gilt zum Beispiel für die russischen Dokumente über die englisch-deutsche Annäherung im Jahre 1898. Das Wichtigste aber besteht darin, daß einige Fragen der deutschen Außenpolitik (wie zum Beispiel die Frage der Eroberung von Kiautschou durch Deutschland) von den im „Krasny Archiv“ veröffentlichten russischen Dokumenten weitaus besser behandelt werden als durch die Dokumente, die in das deutsche Sammelwerk „Die Große Politik“ aufgenommen wurden. Auf diese Weise stellen die russischen unveröffentlichten und veröffentlichten diplomatischen Dokumente, im Vergleich zu dem in die deutsche und die englische Publikation aufgenommenen Material, eine erstklassige historische Quelle dar.

Eine sehr wichtige Quelle zur Charakteristik der politischen Stimmungen unter den herrschenden Klassen Deutschlands Ende des 19. Jahrhunderts ist die umfangreiche Memoirenliteratur aus der Feder von Politikern und Diplomaten der damaligen Zeit. Die Verfasser der Memoiren, die im wesentlichen nach der Niederlage des Deutschen Reiches und nach der Novemberrevolution 1918 geschrieben wurden, waren bereits von der politischen Bühne abgetreten. Aber beim Versuch, sich selbst zu rechtfertigen und zugleich mit ihren Gegnern abzurechnen, teilten sie zuweilen eine Reihe neuer Tatsachen mit, die bei kritischen Vergleichen mit anderen Tatsachen von bedeutendem Interesse sind. Einige Memoirenschreiber benutzten ihre

persönlichen Archive und veröffentlichten aus diesen Dokumente, die in den offiziellen Ausgaben nicht enthalten sind. Im allgemeinen vermittelt das Studium dieser Memoiren auch eine Vorstellung von der allgemeinen Atmosphäre, die in den verschiedenen Kreisen der herrschenden Klassen in Deutschland bestand. Die Memoiren Bülows umrissen diese Atmosphäre so abstoßend<sup>48</sup>, daß sie seinerzeit Proteste seitens vieler Vertreter dieser Klassen hervorriefen. So entstand das Sammelwerk „Front wider Bülow“<sup>49</sup>.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß einige Erscheinungen der Memoirenliteratur lediglich dem Titel nach Memoiren sind. Tatsächlich haben wir es mit veröffentlichten Tagebüchern, mit Niederschriften politischer Gespräche und mit Korrespondenzen über politische Fragen zu tun. Von dieser Art sind die Memoiren des Generals Waldersee<sup>50</sup>, des Vorgängers Schlieffens auf dem Posten des Generalstabschefs, und die Memoiren des Reichskanzlers Hohenlohe<sup>51</sup> (die letzteren sind selbst in der deutschen historischen Literatur fast ungenutzt geblieben).

Um den Kampf der Klassen und Parteien, insbesondere in Fragen der Außenpolitik, zu charakterisieren, muß der Forscher einen recht weiten Kreis von Quellen heranziehen. Das Material der offiziellen Gesetzgebung reicht hierzu ebensowenig aus wie die offiziellen Reden des Kaisers und der Regierungsvertreter. Von großer Bedeutung ist das Studium der stenographischen Berichte der Reichstagssitzungen. Man darf natürlich nicht vergessen, daß der Reichstag im kaiserlichen Deutschland lediglich die Rolle eines Anhängsels an ein halbabsolutistisches Regime spielte. Aber die Reichtagsberichte vermitteln erstens eine Vorstellung von dem Standpunkt einzelner Parteien zu dieser oder jener grundlegenden Frage der Innen- und Außenpolitik und decken zweitens in vielen Fällen die Klasseninteressen auf, die diesen Standpunkt bestimmten. Dazu werfen diese Berichte auf einige Fragen, die für die Außenpolitik von großer Bedeutung sind, ein helleres Licht als die vorhandenen Sammlungen diplomatischer Dokumente. Als Beispiel könnte man die Frage der Kündigung und der Revision des englisch-deutschen Handelsvertrages anführen. Schließlich ist es nützlich, auch jene Enthüllungen zu benutzen, zu denen es zuweilen im Reichstag, zum Beispiel in Fragen der furchtbaren Ausbeutung und der Ausrot-

<sup>48</sup> Bernhard Fürst von Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I–IV, Berlin 1930.

<sup>49</sup> „Front wider Bülow“, Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten, München 1931.

<sup>50</sup> „Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarshalls Alfred Grafen von Waldersee“. Bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Otto Meisner, Bd. I–III, Stuttgart-Berlin 1922–1923.

<sup>51</sup> Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit“. Herausgegeben von Karl Alexander von Müller, Stuttgart-Berlin 1931.

tung der Bevölkerung in den deutschen Kolonien, kam. Da die bürgerliche Geschichtsschreibung die Fragen der Außenpolitik und der Diplomatie Deutschlands ohne jeden Zusammenhang mit dem Kampf der Klassen und der Parteien in Deutschland behandelt, wurden die Reichstagsberichte von ihr nicht herangezogen.

Ebensowenig benutzt die bürgerliche Geschichtsschreibung bei der Behandlung dieser Fragen das Material der deutschen Presse. Erst in der letzten Zeit sind in den USA einige Arbeiten erschienen, in denen diese Presse als der Ausdruck der deutschen „nationalen Psychologie“<sup>52</sup> betrachtet wird. Indessen stellt diese Presse (Zeitungen und Zeitschriftenartikel) eine sehr komplizierte und eigenartige, jedoch nützliche Quelle dar. Es ist sehr gefährlich, diese junkerliche und bürgerliche Presse als historische Informationsquelle bei Fragen der Außenpolitik und der Diplomatie der Regierung zu benutzen. Sehr oft stellt sie eine Quelle bewußter Irreführung und ein Werkzeug direkter Inspiration seitens der Regierung dar, die bestimmte Ziele verfolgt. Aber in diesem Fall ist es für den Historiker nicht uninteressant, festzustellen, wie und zu welchen Zwecken die Regierung die Presse als ein Werkzeug des politischen Drucks und des diplomatischen Spiels benutzte. Außerdem ist das Studium der Presse von Nutzen, wenn man an sie als an eine Quelle herangeht, die die Stimmungen, Interessen und Forderungen einzelner Gruppen und politischer Parteien der herrschenden Klassen wiedergibt. Zur Charakterisierung der Haltung der Sozialdemokratischen Partei benutzte der Verfasser neben den umfangreichen Reden ihrer Führer im Reichstag und außer der Presse auch die Protokolle der Parteitage dieser Partei.

Unter dem publizistischen Material widmete der Verfasser der Zeitungs- und Broschürenliteratur des Alldeutschen Verbandes, der Organisation des aggressivsten Flügels des deutschen Imperialismus, besondere Aufmerksamkeit. Unter anderem ist es ihm gelungen, Jahrgänge des Hauptorgans dieses Verbandes, der „Alldeutschen Blätter“, zu beschaffen. Das Studium der alldeutschen Literatur bietet die Möglichkeit, die Formen und den Kreis der organisatorischen Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes, seine engen Beziehungen zu den hauptsächlichsten Vertretern des Monopolkapitals, des Junkertums, der Militärclique und zu den Regierungskreisen festzustellen. Es bietet die Möglichkeit, die Bildung und Entwicklung der Ideologie der deutschen Aggression zu verfolgen. Der Verfasser kam zu

<sup>52</sup> E. Malcolm Carroll, „Germany and the Great Powers, 1866—1914. A Study in Public Opinion and Foreign Policy“, New York 1938; Pauline Relyea Anderson, „The Background of Anti-English Feeling in Germany 1890—1912“, Washington 1939; O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy. With special Reference to England and Germany, 1890—1914“, New York-London 1940.

der Schlußfolgerung, daß der politische und ideologische Einfluß des Alldeutschen Verbandes in den Fragen der Außenpolitik bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts beträchtlich war. Die deutsche historische Literatur spiegelte zwar diesen Einfluß wider, versuchte jedoch, die politische Rolle des Alldeutschen Verbandes zu bagatellisieren oder überhaupt abzustreiten. Die bürgerlichen Historiker begriffen, daß eine Klarstellung der wahren Rolle der alldeutschen Imperialisten die Aufgaben der Außenpolitik und der Diplomatie Deutschlands in nicht geringem Maße kompromittiert.

## 6

Es gibt Material, das das Interesse des die Geschichte des Imperialismus studierenden Forschers stets auf sich lenken wird: Archive der Banken, der Monopole, der Organisationen der Großagrarier, Archive der führenden Organe der politischen Parteien der herrschenden Klassen. Natürlich sind auch die Archive des Generalstabs sowie des Marineamtes von erstrangigem Interesse. Dieses Material blieb uns unzugänglich. Seine Geheimnisse werden sorgfältiger behütet als selbst die Geheimnisse der diplomatischen Kanzleien, weil in den Vorständen der Banken und Konzerne, in den führenden Kreisen der militaristischen Clique, im engen Kreise der Plutokratie, die die alte Aristokratie in den Hintergrund gedrängt hat oder mit dieser verwachsen ist, die grundlegenden Fragen der Politik entschieden werden. Gerade dort wird die imperialistische Expansion und die militärische Aggression geboren.

Bisher hat sich die bürgerliche Geschichtsschreibung insbesondere in Deutschland diesem Material nicht zugewandt. Sie war nicht daran interessiert, das wahre Geheimnis des Imperialismus und seiner Diplomatie zu enträtseln. Auch jetzt, nach der Niederwerfung Deutschlands, versucht sie immer noch, den alten Weg zu gehen. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist bestrebt, die Aggressivität des deutschen Imperialismus durch zufällige Umstände oder durch persönliche Eigenschaften der deutschen Herrscher zu erklären, während sie die Ursache seiner Niederlage in der ungeschickten außenpolitischen Orientierung der Regierung erblickt. Dies ist die Konzeption von Meinecke, wie sie in seinem kürzlich erschienenen Buch „Die deutsche Katastrophe“ dargelegt wird. Diese alte historische Konzeption ist jetzt dazu berufen, die Bereitschaft der deutschen Reaktion zu rechtfertigen, sich politisch auf die imperialistischen Großmächte des Westens zu orientieren.

Aber in deutschen demokratischen Kreisen hat der Prozeß einer Revision der Ansichten über die Wege der historischen Entwicklung Deutschlands

bereits begonnen. Auf der Suche nach neuen fortschrittlichen Wegen decken diese Kreise die alten Irrtümer auf, bei deren Verbreitung auch die deutsche bürgerliche Geschichtsschreibung eine nicht geringe Rolle gespielt hat. In einigen Arbeiten<sup>53</sup> tritt bereits der Gedanke zutage, daß nicht die Lage Deutschlands im Herzen Europas das Wachstum des deutschen Militarismus bestimmt und nicht die Fehler seiner Diplomatie Deutschland zur Aggression und zur beispiellosen Katastrophe geführt haben. Die Verfasser dieser Arbeiten kommen zu der richtigen Schlußfolgerung, daß die Träger der Reaktion, des Militarismus und der imperialistischen Aggression zwei Klassen, das Junkertum und die monopolistische Bourgeoisie, waren, die sich zusammenschlossen und danach strebten, ihre Herrschaft in Deutschland zu behaupten und ihre Herrschaft über die Welt aufzurichten.

Auch heute sind diese Klassen in Westdeutschland nicht von der historischen Bühne abgetreten. Sie bereiten sich erneut darauf vor, den blutigen Kriegstanz zu wiederholen.

Unsere Forschung versetzt den Leser in die Zeiten zurück, da das imperialistische Deutschland gerade erst den Weg der aggressiven „Weltpolitik“ einschlug.

<sup>53</sup> Alexander Abusch, „Der Irrweg einer Nation“, Berlin 1946; Albert Norden, „Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker“, Dietz Verlag, Berlin 1950; siehe auch das ins Deutsche übersetzte Buch von Roy Pascal, „Deutschland — Weg und Irrweg“, Berlin 1947.





## KAPITEL I

# Der deutsche Imperialismus, der Militarismus und die Diplomatie Ende des 19. Jahrhunderts

(Allgemeine Charakteristik)

## 1

Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, kurz nachdem die Regierung und die herrschenden Klassen in Deutschland das fünfundzwanzigjährige Bestehen des Reiches gefeiert hatten, nahm der ehemalige Reichskanzler, Fürst Otto von Bismarck, die Einladung des Direktors der Hapag, Ballin, an und besuchte den in Hamburg neuerbauten Hafen. Den Blicken Bismarcks bot sich das Bild eines der größten Häfen Europas, des größten Zentrums des deutschen Überseehandels dar. Die modernste technische Ausrüstung des Hafens, die gewaltigen Werften, auf denen Ozeanschiffe gebaut wurden, der Verkehr der riesigen Hafenstadt, in der das wirtschaftliche Leben ganz Deutschlands pulsierte, die zahlreichen Fäden, mit denen das deutsche Kapital über Hamburg und über andere Zentren die europäischen und die überseeischen Länder umspinnen hatte — all das beeindruckte den alten Junker. Betroffen über all das, was er zu sehen bekam und was in einem so starken Kontrast zum gewohnten Leben auf seinem Gut im Sachsenwald stand, konnte Fürst Bismarck nur hervorbringen: „Eine andere Welt, eine neue Welt!“<sup>1</sup>

In der Tat, es hatte sich vieles in der Welt verändert seit der Zeit, da Bismarck die politische Arena betrat und das Preußen der Junker, der raubgierigste, aggressivste und wohl auch reaktionärste aller deutschen Staaten, das längst herangereifte Problem der Vereinigung Deutschlands löste. Die Revolution von 1848 hatte es nicht vermocht, dieses Problem auf demokratischem Wege zu lösen, weil die deutsche Bourgeoisie, die gleich von den ersten Schritten ihres historischen Lebens an eine beispiellose Feigheit an

<sup>1</sup> Wilhelm II., „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918“, Leipzig-Berlin 1922, S. 5.

den Tag legte, es nicht gewagt hatte, den Kampf gegen die feudal-absolutistische Konterrevolution aufzunehmen; da sie den wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse und die Ausmaße der wahrhaft demokratischen Bewegung im Lande fürchtete, hatte sie die Revolution verraten und damit die Festigung der Junkerreaktion gefördert.

Unser Landsmann A. I. Herzen, der Preußen kurz vor den Ereignissen des Jahres 1848 besuchte, trug den folgenden ironischen Satz in sein Tagebuch ein: „Mit dem Korporalstock und mit einer spießbürgerlichen Auffassung von der Ökonomie wird in Preußen... der Humanismus gepflanzt. Preußen ist seelenlos.“<sup>2</sup> Das Junkertum war auch weiterhin die vorherrschende Kraft in Preußen. Selbst als die Bourgeoisie zum Leben zu erwachen und, ohne sich mit dem „Sturm und Drang“ auf dem Gebiet abstrakter Ideen zu begnügen, politische Rechte zu beanspruchen begann, die ihre realen Interessen gewährleisten könnten, hatte sich im Königreich Preußen nichts geändert. Die demokratischen Elemente Deutschlands waren noch nicht stark genug, die Idee der nationalen Einheit des deutschen Volkes mit eigenen Händen zu verwirklichen. Um die Herrschaft Preußens über alle anderen deutschen Staaten auszudehnen, beschloß Bismarck, diese Idee auszunutzen, wobei er im Interesse der Junkerklasse junkerliche Methoden anwandte. Kurz nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten im Jahre 1862 erklärte er: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht... Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden..., sondern durch Eisen und Blut.“ Zwei Jahre später, im Jahre 1864, fügte er hinzu, „das Recht ließe sich... nur durch Bajonette geltend machen“.

In einem Lande, das Lessing bereits im 18. Jahrhundert für das sklavischste in Europa hielt und das von anderen Zeitgenossen als ein „Armeequartier“ oder eine „kolossale Hauptwache“ bezeichnet wurde, stellten diese Worte keine große Entdeckung auf dem Gebiet der Politik dar. Aber Bismarck zeichnete sich auch gar nicht durch die Fähigkeit aus, neue politische Ideen zu schaffen. So stellte Friedrich Engels fest, daß Bismarck „nie auch nur die Spur einer eignen politischen Idee zustande brachte, sondern nur die fertigen Ideen anderer sich zurecht kombinierte. Diese Borniertheit war aber gerade sein Glück. Ohne sie hätte er es nie fertiggebracht, die ganze Weltgeschichte vom spezifisch preußischen Gesichtspunkt aus sich vorzustellen.“<sup>3</sup> Dieser Gesichtspunkt des preußischen Junkertums, den sich später auch die deutsche imperialistische Bourgeoisie zu eigen machte, war letzten Endes

<sup>2</sup> А. И. Герцен, Сочинения, Bd. III, S. 128, Eintragung ins Tagebuch vom 16. Juli 1843.

<sup>3</sup> Friedrich Engels, „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1071.

die alte, feudale Vorstellung, wonach die brutale physische Gewalt ein ewiges und absolutes Gesetz des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens sei. Ohne jedoch auch nur eine irgendwie bemerkenswerte Idee geschaffen zu haben, verstand es Bismarck vortrefflich, sich die Kunst der Ausnutzung fremder Ideen für eigene Interessen zunutze zu machen. So beschloß er, die nationale Idee der Einheit des deutschen Volkes zu verwerten, um das anti-demokratische Regime und die Herrschaft der Junker zu festigen.

Als die Stunde anbrach, ging Bismarck an die Verwirklichung seiner Pläne, und zwar nach der üblichen preußischen Methode, das heißt durch den Krieg. Eine nicht geringe Rolle spielte dabei die preußische Diplomatie Bismarcks, die sich von Anfang an das einfache Prinzip zu eigen gemacht hatte: Jeder der Gegner muß isoliert und einzeln geschlagen werden. Damals begriffen nicht alle die Ziele Bismarcks. Viele preußische Junker, die begeisterte Anhänger seiner aggressiven Methoden waren, versagten seinen Plänen ihre Sympathien. Andererseits unterstützte die Bourgeoisie begeistert seine Pläne und verzicht ihm gern seine militaristischen Methoden. Indem sie der Politik des junkerlichen Preußens folgte, das die Einigung Deutschlands unter seiner Oberhoheit in Angriff nahm, warf sie rasch die letzten Reste ihrer liberalen Ideen über Bord.

Die nationale Demagogie Bismarcks vermochte jedoch nicht, weitsichtige Zeitgenossen irrezuführen. „Die Masken fallen“, schrieb damals A. I. Herzen, „und Bismarck geht daran, aus Deutschland ein Reich der Preußen zusammenzuschlagen, wobei er die Fetzen der zerrissenen Verfassung als Ladepfropf benutzt... Macht euch eure Größe zunutze“, wandte sich Herzen ironisch an die Deutschen. „Betet für den künftigen Kaiser der Preußen und vergeßt nicht, daß die Hand, die ganze Staaten zerdrückte, auch jeden undankbaren Versuch eurerseits mit unerbittlicher Strenge zerquetschen wird.“<sup>4</sup> Herzen begriff, daß die Herrschaft Preußens in Deutschland die Herrschaft der Reaktion bedeutete, während das Wachstum des preußischen Militarismus eine ständige Kriegsgefahr in Europa schaffte. Unter Anspielung auf die Verwendung der Zündnadelgewehre durch die preußische Armee in den Kriegen, mit deren Hilfe Preußen die Einigung Deutschlands vollzog, schrieb Herzen: „Alle wissen, daß das mit preußischen Nadeln zusammengefellickte Europa mit heißen Nadeln genäht wurde, daß es morgen schon entzweigeht, daß es nicht ernst zu nehmen ist.“ Das waren prophetische Worte.

Der Krieg gegen Frankreich vollendete die Einigung Deutschlands auf preußisch-militaristischer Grundlage. Preußen-Deutschland gliederte sich die alten französischen Gebiete Elsaß und Lothringen ein. Es erhielt eine für die damalige Zeit gewaltige 5-Milliarden-Kontribution. Dieser Gold-

<sup>4</sup> А. И. Герцен, «Порядок торжествует», Сочинения, Bd. XIX, S. 112.

regen der Milliarden, der eine wirtschaftliche Belebung und das Spekulationsfieber hervorrief, wurde vorwiegend dazu benutzt, die Rüstungen weiter zu steigern. Indem das preußische Junkertum die Interessen der deutschen Bourgeoisie befriedigte, trug es einen Sieg über diese davon. Es errang aber auch einen Sieg über die deutschen Staaten, deren Herrscher im preußischen Hauptquartier in Versailles erschienen, um dem König von Preußen die deutsche Krone anzubieten.

Der militärische Sieg über Frankreich und der politische Sieg über die deutschen Staaten verliehen dem preußischen Militarismus offensichtlich herausfordernde Züge. Von nun an wurde auch die Bourgeoisie zur getreuen Stütze der junkerlich-militaristischen Ordnung und ihrer Einrichtungen, und das höchste, was sie beanspruchen konnte, war die Errichtung einer Kontrolle über das Militärbudget durch den Reichstag. Doch ist ihr auch das nie richtig gelungen. Auf der Suche nach einem Kompromiß erklärte sie sich bereit, auf die Erörterung des Militärbudgets für sieben Jahre zu verzichten, was nach eigenem Eingeständnis Wilhelms I. gleichbedeutend mit der Ewigkeit war. Von den militärischen und politischen Siegen berauscht, befanden sich das preußische Junkertum und die deutsche Bourgeoisie in einem Zustand nationalistischen Fiebers. Für die Schaffung eines reaktionären, bürokratischen, militaristischen Polizeistaates mußten jedoch breite Schichten des deutschen Volkes bezahlen. Der große russische Schriftsteller und Demokrat M. E. Saltykow-Schtschedrin, der kurz nach der Bildung des Deutschen Reiches Berlin besuchte, merkte sofort, daß die auf die Verpreußung Deutschlands ausgehende Politik Bismarcks bei vielen Deutschen starke Unzufriedenheit hervorrief. „Gegenwärtig“, so schrieb Saltykow-Schtschedrin, „ist Berlin einer guten Hälfte Deutschlands nicht nur unsympathisch, sondern sogar direkt unangenehm. Es hat allen irgend etwas genommen und für das Fortgenommene mit nichts entschädigt. Und darüber hinaus steckte es überall Berliner Soldaten mit einer entsprechenden Anzahl ebenfalls Berliner Offiziere hin.“<sup>5</sup> Saltykow-Schtschedrin begriff, daß die preußische Militärclique, die sich mit der Idee der Einheit des deutschen Volkes tarnte, lediglich bestrebt war, ihre Herrschaft in Deutschland aufzurichten und die Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne in Europa zu sichern.

Nachdem also das Junkertum und die Militaristen die Idee der Einheit des deutschen Volkes in ihre Hände genommen hatten, vermochten sie sich mit dieser im Interesse der Festigung der Reaktion und der ständigen Vorbereitung zur Aggression viele Jahrzehnte lang zu tarnen. Der große Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, der für die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage kämpfte, stellte sofort fest, daß die von Bismarck und Moltke gezimmerte Einheit nur eine „Maske

<sup>5</sup> М. Е. Салтыков-Щедрин, «За рубежом», Leningrad 1939, S. 68.

für den preußischen Despotismus“ darstellt. Weder das allgemeine Wahlrecht, das von Bismarck im vereinigten Deutschland eingeführt wurde, während in Preußen das Dreiklassenwahlsystem fortbestand, das den vorherrschenden politischen Einfluß des Junkertums voll und ganz gewährleistete, noch die großsprecherische Inschrift an der Fassade des Reichstags „Dem Deutschen Volke“, noch irgendwelche anderen Neuerungen, die von Bismarck erfunden oder aus den bonapartistischen Erfahrungen des ihm verhaßten Frankreichs übernommen wurden – nichts vermochte den wahren Charakter der Ordnung zu verbergen, die in Deutschland aufgerichtet wurde. Das war nach einem Ausspruch von Karl Marx „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimelter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“<sup>6</sup>. Auf diese Weise behauptete sich im Deutschen Reich die Herrschaft Preußens, während in Preußen die Herrschaft des Junkertums andauerte. Das von einem Ostelbier geschaffene Deutsche Reich war im Grunde genommen ein Großpreußen oder, wie es von Friedrich Engels ironisch bezeichnet wurde, „das Deutsche Reich preußischer Nation“<sup>7</sup>.

Die Einigung Deutschlands war zweifellos ein fortschrittliches historisches Werk, aber die reaktionäre preußisch-junkerliche, militaristische Grundlage dieser Vereinigung hatte für die historischen Geschehnisse Deutschlands, Europas und der ganzen Welt die schwersten Folgen. Die Eroberung von Elsaß und Lothringen durch Deutschland verwandelte den Krieg in eine „europäische Institution“<sup>8</sup>, und die nachfolgende Politik Bismarcks, ihr aggressiver und zuweilen provokatorischer Charakter, das wachsende Streben nach Errichtung der deutschen Hegemonie in Europa – all das trug dazu bei, daß Deutschland selbst unter den Bedingungen der friedlichen Entwicklung das Mißtrauen und den Haß der Nachbarn hervorzurufen begann.<sup>9</sup> Nach den drei Kriegen, die von Preußen hintereinander geführt

<sup>6</sup> Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“; Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 25.

<sup>7</sup> Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß einer der Hauptapologeten des Preußentums, Treitschke, Deutschland ebenfalls als „erweitertes Preußen“ bezeichnete. (Siehe Heinrich von Treitschke, „Politik“. Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin, Leipzig 1898, Bd. I, S. 40, Bd. II, S. 345.)

<sup>8</sup> Karl Marx, „An den Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, 1. September 1870; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 886.

<sup>9</sup> „Wir dürfen“, so schrieb Friedrich Engels 1893, „nicht vergessen: Die siebenundzwanzig Jahre Bismarckwirtschaft haben Deutschland – nicht mit Unrecht – im ganzen Ausland verhaßt gemacht. Weder die Annexion der nordschleswigschen Dänen noch die Nichteinhaltung und schließliche Eskamotage des auf sie bezüglichen Prager Friedensartikels, noch die Annexion Elsaß-Lothringens, noch die

wurden, und nach der Einigung Deutschlands auf preußisch-militaristischer Grundlage wurde die Kriegsgefahr zu einem ständigen Faktor, der die internationalen Beziehungen der europäischen Staaten bestimmte. „In dieser Periode also“, so betonte J. W. Stalin, „als alle von Frieden redeten und falsche Apostel die friedlichen Absichten Bismarcks besangen, schlossen Deutschland und Österreich einen Vertrag, einen durchaus friedlichen, durchaus pazifistischen Vertrag, der später eine der Grundlagen des kommenden imperialistischen Krieges bilden sollte.“ Das war das österreichisch-deutsche Bündnis vom Jahre 1879, das sich nach dem Beitritt Italiens in den Dreibund verwandelte. „Die Folge dieses Vertrags über den Frieden in Europa, in Wirklichkeit aber über den Krieg in Europa, war ein anderer Vertrag, und zwar der Vertrag zwischen Rußland und Frankreich von 1891 bis 1893.“<sup>10</sup> So hat sich Europa dadurch, daß die Einigung Deutschlands nicht durch Kräfte der Revolution – auf demokratischer Grundlage –, sondern durch Kräfte der Reaktion – auf preußisch-junkerlicher, militaristischer Grundlage – vollzogen wurde, in zwei sich gegenüberstehende Lager gespalten. Die in Europa Ende der siebziger und Anfang der neunziger Jahre entstandenen militärischen Blocks existierten weiter und spielten eine große Rolle bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges. Sie stürzten nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Jahre 1918 zusammen.

## 2

In der Geschichte Deutschlands gibt es Besonderheiten, die den Weg seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in bedeutendem Maße bestimmten. Deutschland betrat den Weg des Kapitalismus später als andere Länder Westeuropas, und eine Zeitlang ging es diesen Weg um vieles

kleinlichen Maßregeln gegen die preußischen Polen hatten mit der Herstellung der ‚nationalen Einheit‘ das geringste zu tun. Bismarck hat es verstanden. Deutschland in den Ruf der Ländergier zu bringen: der deutsche chauvinistische Bürger, der die Deutschösterreicher hinauswarf und dennoch Deutschland noch immer ‚Von der Etsch bis an die Memel‘ und alles brüderlich zusammenhalten will, der dagegen Holland, Flandern, die Schweiz und die angeblich ‚deutschen‘ Ostseeprovinzen Rußlands mit dem Deutschen Reich vereinigen möchte – dieser deutsche Chauvin hat Bismarck redlich geholfen, und mit so herrlichem Erfolg, daß heute den ‚biedern Deutschen‘ kein Mensch in Europa mehr traut. Geht wohin ihr wollt, ihr werdet überall Sympathien mit Frankreich finden, aber Mißtrauen gegen Deutschland, das man für die Ursache der gegenwärtigen Kriegsgefahr hält.“ (Friedrich Engels, „Kann Europa abrüsten?“, Separatabdruck aus dem „Vorwärts“, Nürnberg 1893, S. 27/28.)

<sup>10</sup> J. W. Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“, Werke, Bd. 7, S. 238/239.

langsamer als jene. Andererseits läßt sich in der Geschichte Europas wohl kaum noch ein weiteres Beispiel einer so raschen und sprunghaften Entwicklung des Kapitalismus finden, wie sie in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts vor sich ging.<sup>11</sup>

Wie die übrigen größten europäischen und außereuropäischen Länder hatte Deutschland zu dieser Zeit die imperialistische Etappe seiner Entwicklung bereits betreten. Für alle diese Länder sind, genauso wie für Deutschland, die Konzentration der Produktion, die hieraus erwachsenden Monopole sowie die Verstärkung der Macht oligarchischer Elemente mit ihrem Streben nach Reaktion und Unterdrückung politischer Freiheiten charakteristisch. Die Finanzoligarchie spannte nach einem Ausspruch Lenins „ein dichtes Netz von Abhängigkeitsbeziehungen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft“. Einige Banken, die mit der Industrie verwichen, wurden zu unumschränkten Herren im Wirtschaftsleben des Landes. Das Finanzkapital erbielt die Möglichkeit, über die Einnahmen und Hilfsquellen des Landes zu verfügen und auch den sich verstärkenden Druck des Staates im eigenen Interesse auszunutzen. Während früher, in der Periode der Herrschaft der freien Konkurrenz, die Warenausfuhr typisch war, wurde später, in der Periode der Aufrichtung der Herrschaft der Monopole, der Kapitalexport typisch.<sup>12</sup>

Bekanntlich stellte W. I. Lenin folgende Hauptmerkmale des Imperialismus fest: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie

<sup>11</sup> Der deutsche Wirtschaftler *Riesser*, ein typischer bürgerlicher Gelehrter (Lenin, der das gewaltige, in der Arbeit Riessers enthaltene Tatsachenmaterial schätzte, gab ihm eine recht saftige Charakteristik: „bürgerlich-trivialer Mensch [dem Geiste nach ein Spießbürger durch und durch] und Lakai des Geldsacks“; siehe «Тетради по империализму», S.311), der niemals eine Neigung zur Phantasie an den Tag legte, aber offenbar durch den Anblick erstaunt, der sich bei einem derartigen Vergleich bietet, schreibt: „Der nicht gerade langsame Fortschritt der vorigen Epoche (1848—1870) verhält sich zu der Schnelligkeit, mit der Deutschlands Gesamtwirtschaft und mit ihr das deutsche Bankwesen in dieser Periode (1870—1905) vorwärtsskam, etwa so, wie das Tempo der Postkutsche des heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ (bei Lenin: der guten alten Zeit) „zu dem Fluge des heutigen Automobils, dessen ... Dahinsausen allerdings auch manchmal sowohl den harmlos dahinziehenden Fußgänger wie die Insassen selbst gefährdet.“ (Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, Jena 1910, S. 354; vgl. W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 872; «Тетради по империализму», S. 310.)

<sup>12</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 871, 816/817.



auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“

„Monopol, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen — all das erzeugte“, wie Lenin betont, „jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen.“ Man kann aber nicht sagen, daß die allgemeine Tendenz zum Anwachsen der parasitären Züge im System des Kapitalismus, die allgemeine Tendenz zur Fäulnis die andere Tendenz, die des raschen wirtschaftlichen Wachstums, ausschließt: „Durchaus nicht“, bemerkt Lenin, „einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren im Zeitalter des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England).“<sup>13</sup>

Gerade Deutschland zeigte kraft der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus ein im Vergleich zu England (und überhaupt zu jedem anderen kapitalistischen Land, mit Ausnahme der USA) höheres Tempo seines wirtschaftlichen Wachstums.

In der Tat, Deutschland war noch ganz vor kurzem — in den sechziger und sogar siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts —, nach einem Ausspruch W. I. Lenins, „wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null“<sup>14</sup>. Aber es waren noch nicht einmal anderthalb Jahrzehnte seit der Gründung des Deutschen Reiches vergangen, als im gleichen mächtigen England eine besondere Parlamentskommission, die zum Studium der Ursachen für das Absinken des britischen Außenhandels geschaffen worden war, zu der einmütigen Schlußfolgerung kam, die Ursache aller Ursachen sei die deutsche Konkurrenz. Sie werde immer bedeutender. „Die Zähigkeit und der Unternehmungsgeist Deutschlands“, so lautet der Bericht der Kommission, „macht sich in allen Winkeln des Erdballs bemerkbar.“<sup>15</sup> Die britischen Konsularagenten, die über die ganze Erde verstreut waren, begannen ebenfalls, wegen des Schadens, der

<sup>13</sup> Ebenda, S. 839/840, 871/872.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 867.

<sup>15</sup> Ernest Lemonon, „L'Europe et la politique Britannique (1882—1909)“, Paris 1910, S. 246.

England durch die deutsche Konkurrenz zugefügt wurde. Alarm zu schlagen. Ebenso wie die Parlamentskommission erklärten die Konsularagenten die Erfolge der deutschen Konkurrenz damit, daß die deutschen Kaufleute die Absatzmärkte für ihre Waren gut studieren, sich dem spezifischen Geschmack der Käufer anzupassen verstehen, ein weitverzweigtes Handels- und Vermittlernetz schaffen usw. usf. In jenen, aber auch in den folgenden Jahren war das die meistverbreitete Erklärung für die Erfolge des Vordringens deutscher Waren auf den Märkten europäischer und überseeischer Länder.

Bereits Mitte der achtziger Jahre verwies Friedrich Engels auf zwei neue Züge, die der weiteren Entwicklung des Kapitalismus ihren Stempel aufprägten: Erstens, so schrieb er, „sind wir in eine Periode eingetreten, die dem Bestand der alten Gesellschaft ungleich gefährlicher ist als die Periode der zehnjährigen Krisen, und zweitens: England wird von der Prosperität, wenn sie kommt, in viel geringerem Maße betroffen werden als früher, wo es den Rahm vom Weltmarkte allein abschöpfte.“<sup>16</sup> In der Tat war der wirtschaftliche Aufschwung, der gegen Ende der achtziger Jahre die Periode der Krise und der Depression ablöste, äußerst kurzfristig. Um so anschaulicher zeigte er den Beginn tiefgreifender Verschiebungen in der Wirtschaft einzelner kapitalistischer Länder und im Verhältnis zwischen diesen Ländern im Weltwirtschaftssystem, das gerade im Entstehen begriffen war. Nach der Weltwirtschaftskrise von 1890 begann ein neuer industrieller Aufschwung, in dessen Zeichen auch die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts standen. Die Ursachen dieses Aufstiegs waren vielfältig, wie W. I. Lenin später bemerkte: „Der Bau riesiger Eisenbahnen, die Erweiterung des Weltmarktes, das Wachstum des Handels – all das rief eine unerwartete Belebung der Industrie hervor, das Entstehen neuer Unternehmungen, eine wilde Jagd nach Absatzmärkten, eine Jagd nach Profiten, die Gründung neuer Gesellschaften, das Hincinziehen von Massen neuer Kapitalien, die zum Teil auch aus den geringen Ersparnissen der kleinen Kapitalisten bestanden, in die Produktion.“<sup>17</sup> Dieser industrielle Aufschwung zeigte (noch mehr als der vorangegangene), daß das Industrie-monopol Englands bereits erschüttert ist, daß das Tempo der industriellen Entwicklung der anderen kapitalistischen Länder immer schneller wird. Das gilt vor allem für Deutschland. Das hohe Tempo seiner wirtschaftlichen Entwicklung stellte damals die erstaunlichste und hervorstechendste Erscheinung in der Geschichte des Kapitalismus dar.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Friedrich Engels, Brief an Bebel, 20./23. Januar 1886; Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Teil I, Moskau 1933, S. 431.

<sup>17</sup> В. И. Ленин, «Уроки кризиса», Сочинения, Bd. 5, S. 74/75.

<sup>18</sup> Die jahresdurchschnittliche Stahlerzeugung in den Jahren 1880–1884 wurde in Deutschland auf 800 000 Tonnen gegen 1 800 000 Tonnen in England berechnet.

Auf einzelnen Gebieten holte der deutsche Außenhandel gegen Ende des 19. Jahrhunderts England ein, wenn er auch insgesamt hinter dem britischen bedeutend zurückblieb. Im Durchschnitt wurde der Außenhandel Englands auf 300 Millionen Pfund Sterling jährlich, mit gewissen Schwankungen nach oben und unten, berechnet. Erstens aber umfaßte diese Summe auch die Wiederausfuhr ausländischer und kolonialer Waren, und zweitens hatte der ständig anwachsende deutsche Außenhandel zu jener Zeit die Höhe von 200 Millionen Pfund Sterling erreicht und zeigte eine klare Tendenz des weiteren Wachstums.<sup>19</sup> Demnach hatte England seine Vorherrschaft auf dem Weltmarkt nicht verloren. Seine Handelsumsätze betrugen nicht weniger als das Anderthalbfache der Handelsumsätze Deutschlands. Aber es hatte seine Monopolstellung im internationalen Handel bereits eingebüßt, mußte mit der wachsenden Kraft der deutschen Konkur-

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelang es Deutschland, England bereits zu überholen. Seine jahresdurchschnittliche Stahlgewinnung wurde in den Jahren 1895 bis 1899 auf 5 100 000 Tonnen gegen 4 200 000 Tonnen in England berechnet. In der Kohlenförderung gelang es Deutschland noch nicht, England — was absolute Zahlen anbetrifft — einzuholen, obwohl das deutsche Tempo des Förderungszuwachses das englische Tempo weit übertraf. In England stieg die Jahresförderung im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gegen das erste Jahrzehnt der achtziger Jahre im Durchschnitt von 156 400 000 auf nur 201 900 000 Tonnen, während die Förderung in Deutschland einen raschen und gewaltigen Sprung vorwärts — von 51 300 000 auf 89 300 000 Tonnen machte. Auch die Leichtindustrie hat in Deutschland ein hohes Entwicklungstempo gezeigt. Das ist aus einer Gegenüberstellung der Zahlen des Baumwollverbrauchs ersichtlich. So stieg der jahresdurchschnittliche Verbrauch an Baumwolle in England während der erwähnten Periode von 12 900 000 auf 15 000 000 Doppelzentner, während in Deutschland in der gleichen Zeit der große Sprung von 2 900 000 auf 5 900 000 Doppelzentner gemacht wurde. Diese Verdoppelung des Baumwollverbrauchs in einer so kurzen Zeitspanne zeugte von dem gewaltigen Anlauf, den die deutsche Leichtindustrie bereits damals genommen hatte. Aber auch die Entwicklung der Schwerindustrie in Deutschland wirkte sich sehr bald auf dem Weltmarkt aus, wo sich England längere Zeit hindurch (und nicht ohne Grund) für den allmächtigen Monopolherrn zu halten gewohnt war. Davon zeugen folgende trockenen Zahlen: Der Wert des jahresdurchschnittlichen Exports an Stahl, Eisen und Eisenerzeugnissen sank gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Vergleich zum Anfang der achtziger Jahre von 27 600 000 auf 25 200 000 Pfund Sterling, während das prosperierende Deutschland den Sprung von 11 500 000 auf 15 300 000 Pfund Sterling machte. Einen besonders starken Eindruck hinterläßt der Vergleich der Angaben über das Tempo der Entwicklung des Maschinenexports: In England stieg der Wert des jahresdurchschnittlichen Exports von 11 500 000 auf 17 300 000 Pfund Sterling, während sich in Deutschland die entsprechende Zahl um fast das 2,5fache vergrößerte, und zwar von 2 700 000 auf 6 200 000 Pfund Sterling. Was aber Exportwaren wie Baumwollgarn usw. betrifft, so zeigen auch hier die Zahlen ein Vorankommen Deutschlands und eine Schmälerung der Rolle Englands auf dem Weltmarkt.

<sup>19</sup> R. J. S. Hoffmann, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875—1914“, Philadelphia-London 1933, S. 96.

renz rechnen und hatte wenig Grund, der Zukunft optimistisch entgegenzusehen. Übrigens waren die Regierungskreise in England zunächst nicht geneigt, die Bedeutung der deutschen Konkurrenz zu überschätzen, und traten sogar derartigen Behauptungen entgegen.<sup>20</sup> Später, zu Beginn der neunziger Jahre, als in England eine gewisse Belebung des Handels einsetzte, in Deutschland aber die Politik des „neuen Kurses“ im Zeichen der politischen Annäherung an England begann, verschwand dieses Thema ganz und gar aus den Spalten der britischen Presse. Aber bald darauf, als England von den Schlägen einer neuen Wirtschaftskrise getroffen wurde, begann die britische Presse mehr Artikel denn je zu bringen, die der Frage des Kampfes gegen die ausländische und in erster Linie gegen die deutsche Handelskonkurrenz gewidmet waren.<sup>21</sup> Die liberale Regierung Rosebery übersah immer noch diese neu einsetzende Kampagne, und das im Frühjahr 1894 veröffentlichte „Blaubuch“ des Handelsministeriums sollte die Herzen der englischen Industrie- und Handelsbourgeoisie mit Zuversicht erfüllen und ihr beweisen, daß die Angst vor der deutschen Konkurrenz nicht ernsthaft begründet sei. Dabei mußte Robert Giffen, der Verfasser des offiziellen Berichts, zugeben, daß die Handelsstellung Englands auf dem Weltmarkt etwas erschüttert sei.<sup>22</sup> Zu gleicher Zeit (2. Mai 1894) nahm das Parlament die berühmte Vincent-Bill an. Von nun an mußten alle nach England eingeführten Waren eine Herkunftsbezeichnung tragen. Vincent und die Vereinigte Empire-Handelsliga, die von ihm zur Agitation für eine Zollreform geschaffen worden war, rechneten darauf, daß das Zeichen „Made in Germany“ auf den deutschen Waren ein alle englischen Käufer abschreckendes Kainszeichen sein und daß der Patriotismus des Massenverbrauchers den englischen Industriellen und den Händlern neue Profite bringen werde. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Das Zeichen verwandelte sich in eine Art Reklame für die Billigkeit der deutschen Waren im Vergleich zu den englischen. Der deutsche Export nach England und nach den englischen Kolonien stieg auch weiterhin.

<sup>20</sup> So hat zum Beispiel Robert Giffen, einer der maßgeblichsten Wirtschaftler (Freetrader) in einem Bericht des englischen Handelsministeriums für das Jahr 1888 geschrieben, die Gefahr der deutschen Handelsrivalität werde in England infolge ungenügender konsularischer Informationen aus verschiedenen Gegenden des britischen Empire stark übertrieben. Es lasse sich nicht durch Tatsachen beweisen, so behauptete er, daß der britische Handel seine Positionen in der Welt an den deutschen Handel abzutreten beginne. (Siehe R. J. S. Hoffmann, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875–1914“, S. 225.)

<sup>21</sup> Die Frage des Kampfes gegen die deutsche Handelsgefahr wurde zum Hauptargument unter den Anhängern einer Zollreform in England. (Siehe Williamson, „British Industries and Foreign Competition“, 1894.)

<sup>22</sup> R. J. S. Hoffmann, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875 to 1914“, S. 231.

Nun starteten die Anhänger einer Zollreform in England und vor allem die Industrie- und Handelskreise von Birmingham und Manchester, die die deutsche Konkurrenz am stärksten verspürten, eine neue Kampagne gegen deutsche Waren und begannen auf der Suche nach Argumenten darauf hinzuweisen, daß viele dieser Waren von Häftlingen der deutschen Gefängnisse hergestellt seien. Im Zusammenhang mit den im Parlament organisierten demonstrativen Protesten wurde die Frage zum Gegenstand eines diplomatischen Schriftwechsels. Das Foreign Office wandte sich in aller Form an Berlin mit der Bitte um eine Information über das „Kontraktssystem“ in den deutschen Gefängnissen und über den Bestimmungszweck der dort angefertigten Waren. Die deutsche Regierung antwortete, sie sei über den unehrlichen Charakter der englischen Propaganda gegen die Erzeugnisse der deutschen Industrie empört, bestritt jedoch die Tatsache des Exports derartiger Waren als solche nicht.<sup>23</sup> Aber Vincent, der sich hinter den Kulissen der Unterstützung des Kolonialministers Joseph Chamberlain erfreute, stellte seine Angriffe nicht ein. Mitte Februar 1895 versuchte er von der Tribüne des Unterhauses aus zu beweisen, daß 44 000 deutsche Gefängnisinsassen in 16 Arten der Warenproduktion mit England in Wettbewerb treten, und forderte, daß entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die englische Presse begann die Deutschen dieser und anderer unlauterer Konkurrenzmethoden zu beschuldigen, während die deutsche Presse den Engländern unlautere Propagandamethoden vorwarf. Dieser Zeitungskrieg dauerte mit einigem Hin und Her das ganze Jahr 1895 über an.

Als das konservative Kabinett Salisbury an die Macht kam, verstärkten sich die Positionen der Anhänger des Protektionismus in England und des Kampfes (wie man damals sagte) gegen die „deutsche Handelsgefahr“ beträchtlich. Ende November 1895 wandte sich Kolonialminister Joseph Chamberlain an alle Regierungen und Gouverneure der englischen Kolonien mit einem Rundschreiben, in dem er ausführliche Informationen über die Ausmaße der ausländischen Konkurrenz auf dem Gebiet des Handels und über Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung anforderte. Chamberlain hatte die deutsche Konkurrenz nicht besonders erwähnt, aber alle englischen Zeitungen wiesen darauf hin, daß er vor allem diese meine. Die bei den Kolonialbehörden angeforderten Informationen sollten beweisen, daß Deutschland der Hauptrivale Englands auf den Empiremärkten sei. Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem Beispiel des Kolonialministeriums folgte.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Ebenda, S. 237.

<sup>24</sup> Э. Галеви, «История Англии в эпоху империализма», Bd. I, Moskau 1937, S. 274; R. J. S. Hoffmann, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875–1914“, S. 233.

Der industrielle Aufschwung, in dessen Zeichen die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts standen, hat die Schwierigkeiten des englischen Exports auf dem Weltmarkt, wo auch der junge, rasch wachsende deutsche Rivale einen gewissen (und dabei nicht unbedeutenden) Platz einzunehmen begann, mehr oder weniger geglättet. Aber es bleibt eine Tatsache: Wenn England gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Hegemonie im Welthandel verlustig ging, so war dies darauf zurückzuführen, daß es zu dieser Zeit sein Industriemonopol eingebüßt hatte.

Mit einem wuchtigen Vorstoß trat die Industrie des jungen Deutschen Reiches auf die Bühne. Während sie noch in den siebziger Jahren an vierter Stelle lag, überholte sie bald darauf Frankreich und begann nach etwa zwei Jahrzehnten den zweiten Platz nicht ohne Erfolg zu beanspruchen und England einzuholen. Die deutsche Bourgeoisie hat, wie Lenin feststellte, „neue Methoden der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, eine bessere Technik, eine unvergleichliche Organisation, die den alten Kapitalismus, den Kapitalismus der Epoche der freien Konkurrenz, in den Kapitalismus der gigantischen Truste, Syndikate, Kartelle verwandelte, in den Kampf“ hineingetragen.<sup>25</sup> Die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts in Angriff genommene Industrialisierung des Landes hatte gegen Ende des Jahrhunderts gewaltige Erfolge aufzuweisen. Besonders bedeutsam waren diese Erfolge in den letzten anderthalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Diese rasche Industrialisierung hatte das Gesicht des Landes und die Zusammensetzung der Bevölkerung völlig verwandelt und die wirtschaftliche Grundlage für gewaltige Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte abgegeben. Sie setzte zu einer Zeit ein, als das Deutsche Reich gerade entstanden war und die Bourgeoisie, durch die neuen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Prosperität berauscht, sich mit wohlwollender Unterstützung des Junkerstaates dem Gründerfieber hingab. Friedrich Engels, der die Möglichkeit hatte, die Sachlage in Deutschland aus der Nähe zu beobachten, schrieb: „Um die Wette gründete man Aktien- und Kommanditgesellschaften, Banken, Effekten- und Bodenkreditanstalten, Gesellschaften zum Bau von Eisenbahnen, Fabriken aller Art, Werften, Gesellschaften zur Spekulation in Immobilien und andere Unternehmungen, deren industrielles Äußere nur ein Vorwand zu schamlosester Börsenspekulation war. Der angebliche öffentliche Bedarf des Handels, des Verkehrs, des Konsums usw. diente nur zur Bemäntelung des zügellosen Drangs der Börsenhyänen, die Milliarden arbeiten zu lassen, solange man sie in Händen hielt.“<sup>26</sup>

Nach der Krise von 1873, die das Gründerfieber unterbrach, und vor

<sup>25</sup> В. И. Ленин, «Война и революция», Сочинения, Bd. 24, S. 368.

<sup>26</sup> Friedrich Engels, „Der Sozialismus des Herrn Bismarck“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1010/1011.

allem nach den Krisen von 1882 und 1890, war der Prozeß der Konzentration der Produktion in Deutschland im Vergleich zu jedem anderen kapitalistischen Land Europas weit vorausgeëilt. Während die Entwicklung der freien Konkurrenz zu Beginn der siebziger Jahre, nach einem Ausspruch von W. I. Lenin, die höchste Stufe erreicht hatte, die Monopole aber kaum merkbare Keime waren, setzte nach der Krise von 1873 die Entwicklung der Kartelle ein. Jedoch waren auch damals die Kartelle, wie W. I. Lenin bemerkte, „noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen“<sup>27</sup>. Eine gewaltige Rolle spielte auch weiterhin die kapitalistische Heimindustrie.

Der „preußische Weg“ der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, der die Bauernschaft ruinierte und die Erweiterung des inneren Marktes hemmte<sup>28</sup>, förderte zugleich die Entstehung des Handwerks und der Heimindustrie, die nicht nur Rohstoffe, sondern auch industrielle Halbfabrikate benötigten. Selbst die Schwerindustrie hatte Beziehungen zum Handwerk und zur Heimindustrie, denen sie beispielsweise Eisen und Stahl lieferte. Längere Zeit hindurch war die kapitalistische Heimindustrie

<sup>27</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 781.

<sup>28</sup> Bei der Analyse der historisch entstandenen Wege der Entwicklung der Landwirtschaft in der Epoche des Kapitalismus schrieb Lenin: „Die Überreste der Fronwirtschaft können sowohl durch Umgestaltung der Gutswirtschaften als auch durch Vernichtung der grundherrlichen Latifundien, d. h. auf dem Wege der Reform oder auf dem Wege der Revolution beseitigt werden. Die bürgerliche Entwicklung kann in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die großen Gutsbesitzerwirtschaften stehen, die allmählich immer mehr bürgerlich werden und allmählich die fronherrlichen Ausbeutungsmethoden durch bürgerliche ersetzen; sie kann auch in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die kleinen Bauernwirtschaften stehen, die auf revolutionärem Wege aus dem sozialen Organismus die ‚Auswüchse‘ der fronherrlichen Latifundien entfernen und sich dann von ihnen befreit, in den Bahnen eines kapitalistischen Farmertums frei entwickeln.“

Ich würde diese zwei Wege objektiv möglicher bürgerlicher Entwicklung als den preußischen und den amerikanischen Weg bezeichnen. Im ersten Falle wächst die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüber, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtung verurteilt werden. Im zweiten Fall gibt es keine Gutsherrenwirtschaft, oder sie wird von der Revolution zerschlagen, die die feudalen Güter konfisziert und aufteilt. In diesem Falle prädominiert der Bauer, er wird zur ausschließlichen Triebkraft der Landwirtschaft und evolutioniert zum kapitalistischen Farmer. Hauptinhalt der Evolution im ersten Falle ist das Hinüberwachsen der Fronherrschaft in Schuldknechtschaft und kapitalistische Ausbeutung auf dem Boden der Feudalherren, der Gutsherren, der Junker. Im zweiten Falle ist der ausschlaggebende Hintergrund das Hinüberwachsen des patriarchalischen Bauern in den bürgerlichen Farmer.“ (W. I. Lenin, „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905–1907“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 28/29.)

der Hauptlieferant des Exports. Angesichts des niedrigen Lohnniveaus in Deutschland war diese Industrie imstande, auf Grund ihrer Schleuderpreise auf den Außenmärkten mit den höher entwickelten kapitalistischen Ländern, darunter auch mit England zu konkurrieren. Bereits im Jahre 1887 schrieb Friedrich Engels: „Und so sind wir denn endlich dahin gekommen, eine große Industrie zu besitzen und eine Rolle auf dem Weltmarkt zu spielen. Aber unsere *große* Industrie arbeitet fast ausschließlich für den innern Markt (die Eisenindustrie ausgenommen, die weit über den innern Bedarf erzeugt), und unsre massenhafte Ausfuhr setzt sich zusammen aus einer Unsumme kleiner Artikel, zu denen die große Industrie höchstens die nötigen Halbfabrikate liefert, die aber selbst geliefert werden großenteils durch die ländliche Hausindustrie.“<sup>29</sup>

Aber schon bald darauf beginnt die Bedeutung der kapitalistischen Heimindustrie, die in einzelnen Gebieten Deutschlands, in Bayern, in Schlesien, in Westdeutschland, verstreut war, im Zusammenhang mit der Entwicklung der Großproduktion zurückzugehen. Eine immer wachsende und schließlich entscheidende Rolle kommt jetzt der Großindustrie zu, die bereits in Form von Monopolen auftritt. Der Übergang zur Schutzzollpolitik, der sich Ende der siebziger Jahre abzeichnete, beschleunigte die Schaffung von Monopolen, die als – nach den Worten W. I. Lenins – „das Typische für die „jüngste Phase in der Entwicklung des Kapitalismus““<sup>30</sup> durch erbitterteste kapitalistische Konkurrenz hervorgebracht wurden und aus der unvermeidlichen Konzentration der Produktion erwuchsen.

Während der 1890 ausgebrochenen Krise zerfielen einige der zuvor in Deutschland entstandenen Kartelle und Syndikate. Aber an ihrer Stelle bildeten sich sofort neue Monopole, die noch größer, noch stärker, noch einflußreicher waren. In der Zeitspanne von 1887 bis 1896 entstanden in Deutschland alljährlich im Durchschnitt rund 20 Monopole, während sich die Zahl der Kartelle in der gleichen Zeit um das 3,5fache vergrößerte. Im Jahre 1890 konnte man in Deutschland bereits 137 Kartelle zählen, und fünf Jahre später war die Zahl der Kartelle auf etwa 250 gestiegen.<sup>31</sup> Nach der Krise von 1890, in den Jahren des industriellen Aufschwungs,

<sup>29</sup> Friedrich Engels, „Zur Wohnungsfrage“, Vorwort zur zweiten Auflage; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, S. 525.

<sup>30</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; *Ausgewählte Werke in zwei Bänden*, Bd. I, S. 786.

<sup>31</sup> Siehe „Neues Material zur Arbeit W. I. Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus““, Moskau 1935, S. 43. Nach Berechnungen Jürgen Kuczynskis gab es in Deutschland im Jahre 1885 – 90 Kartelle und Syndikate, im Jahre 1890 – 210 und im Jahre 1896 – 260. In diese Zahlen sind neben mächtigen Monopolen auch weniger bedeutende Kartelle einbezogen, so zum Beispiel 130 Kartelle der Ziegelindustrie. (Siehe Jürgen Kuczynski, „Die Geschichte der



stieg in Deutschland die Zahl der Aktiengesellschaften mit großem Kapital beträchtlich.<sup>32</sup> Im Laufe einer Generation waren in den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands so bedeutende Veränderungen vor sich gegangen, daß Engels, der nach sechzehnjähriger Abwesenheit 1893 nach Deutschland kam, sie als einen „großartigen Umschwung“ bezeichnete. Nachdem er eine große Reise durch Deutschland unternommen hatte, teilte er auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin seine Eindrücke in folgenden Worten mit: „Vor einem Menschenalter war Deutschland ein ackerbauendes Land mit einer zu zwei Dritteln ländlichen Bevölkerung; heute ist es ein Industrieland ersten Ranges, und den ganzen Rhein entlang, von der holländischen bis zur Schweizer Grenze, habe ich nicht ein einziges Fleckchen gefunden, wo man um sich schauen kann, ohne Dampfschlote zu sehen. Das scheint allerdings“, so fügte er hinzu, „zunächst nur die Kapitalisten anzugehen. Aber die Kapitalisten, indem sie die Industrie steigern, schaffen nicht nur Mehrwert, sie schaffen auch Proletarier, sie zerstören die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Mittelstände, sie

Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. I, Berlin 1949, S. 166.) Man könnte auch andere Zahlen anführen, die das Anwachsen der Zahl der Aktiengesellschaften charakterisieren.

	1886—1887	1900
Zahl der Aktiengesellschaften	2143	5222
Gesamtsumme ihres Kapitals nach dem Nominalwert (in Millionen Mark)	4876	14737
Zahl der Aktiengesellschaften mit einem Nominal- kapital über 10 Millionen Mark	74	229

(«Мировые экономические кризисы 1848—1935» unter Gesamtreaktion von E. Varga, Bd. I, „Vergleichsmaterial über die Geschichte der Krisen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern“, Moskau 1937, S. 256.)

<sup>32</sup> Im Jahre 1886 gab es insgesamt nur 74 Aktiengesellschaften mit einem Kapital über 10 Millionen Mark; nach zehn Jahren, im Jahre 1896, zählte man bereits 108 solcher Gesellschaften. (Karl Helfferich, „Deutschlands Volkswohlstand 1888 bis 1913“, Berlin 1915, S. 42.) Wenn in den Jahren 1890—1894 709 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 606,6 Millionen Mark gegründet wurden, so waren es in den Jahren 1895—1899 1289 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von fast 1900 Millionen Mark. Im ersten Jahrfünft, das im Zeichen der Krise und der Depression stand, wurden im Durchschnitt 142 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 121,3 Millionen Mark jährlich gegründet; im zweiten Jahrfünft, das im Zeichen des Aufstiegs stand, gründete man alljährlich im Durchschnitt 258 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 380 Millionen Mark. Ein Vergleich dieser Zahlen ergibt das Anwachsen der Aktiengesellschaften zahlenmäßig um 81,7 Prozent und kapitalmäßig um 213,3 Prozent. Insgesamt gab es im Jahre 1896 3712 tätige Aktiengesellschaften, im Jahre 1900 — 5400. (Siehe «Мировые экономические кризисы», Bd. III, Akademiemitglied I. Trachtenberg, „Geldkrisen (1821—1938)“, Moskau 1939, S. 299.)

treiben den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze.“<sup>33</sup>

Im Jahre 1889 wurden im Ruhrgebiet, dieser Wiege der deutschen Stahl-, Eisen- und Kohlenindustrie, die ersten Bergbaukartelle, der Dortmunder, Bochumer, Essener und andere Vereine zum Verkauf von Kohle, geschaffen. Im nächsten Jahr wurde das Westfälische Kokssyndikat und dann ein Verband zum Verkauf von Briketts gegründet. Schließlich wurde 1893, in Form einer Aktiengesellschaft, das Rheinisch-Westfälische Kohlen-syndikat geschaffen, das bereits bei seiner Bildung fast 87 Prozent der Produktion in seinen Händen konzentrierte.<sup>34</sup> Später ging es daran, kleinere Betriebe zu unterdrücken und zu schlucken, um damit sein Monopol zu erweitern. Gigantische monopolistische Organisationen entstanden durch Fusion in der Stahl-, Eisen- und Walzindustrie. Im Jahre 1896 entstand das Rheinisch-Westfälische Eisensyndikat, ein riesiger Polyp, dessen Kopf sich in Düsseldorf befand, dessen Fangarme aber bestrebt waren, die Konkurrenten im übrigen Deutschland abzuwürgen. Die gleiche Rolle spielten auch die Syndikate für Werkzeugmaschinen und Walzwerkerzeugnisse, die die Industrie des rheinisch-westfälischen, des Saar- und des lothringisch-luxemburgischen Gebiets vereinigten. Mit dem Wachstum dieser und anderer Organisationen des Monopolkapitals wurde die politische Rolle der Magnaten der Schwerindustrie und des Bergbaus außerordentlich bedeutend.

Die neuesten Erfindungen auf dem Gebiet der Elektrizität wurden in der Industrie rasch ausgenutzt. Die Zählung im Jahre 1882 erwähnt noch nichts von einer elektrotechnischen Industrie. Zehn Jahre später zeigt dieser Zweig bereits ein rasches Anwachsen.

Von Anbeginn ihrer Entstehung tritt sie in Form großer kapitalistischer Betriebe auf, die mit den größten, über riesige Kapitalien verfügenden Banken auf das engste verbunden sind. Von ihrem Wachstum im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kann der Vergleich zweier Zahlen eine gewisse Vorstellung vermitteln: 1891 wurde der Wert ihrer Produktion mit 45 Millionen Mark angegeben, während er sieben Jahre später mit fast 230 Millionen Mark beziffert wurde.

Später zeigten diese Zahlen ein noch ungestümeres Wachstum.<sup>35</sup> Dieser neue Zweig der deutschen Industrie, der mit den Banken eng verflochten

<sup>33</sup> Friedrich Engels, „Rede in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin am 22. September 1893“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1158.

<sup>34</sup> Siehe W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 782.

<sup>35</sup> Eine Vorstellung vom Wachstum der elektrotechnischen Industrie und von dem raschen Prozeß der Konzentration kann folgende Tabelle vermitteln:

war und sich in Deutschland in Form riesiger Monopole entwickelte, begann bereits damals seinen raschen Siegeszug zur Eroberung des Weltmarktes.

Die elektrotechnischen Erzeugnisse begannen im deutschen Export einen recht großen Platz einzunehmen, aber was noch wichtiger ist, der Kapital-export nach den anderen Ländern wurde zu einer der frühesten Formen der Expansion monopolistischer Giganten der Elektrotechnik. Der junge Zweig der deutschen Industrie strebte die Schaffung zahlreicher Filialen und Tochterbetriebe im Ausland an und machte damit seinen Einfluß auf die Volkswirtschaft einer Reihe fremder Staaten geltend. In Deutschland selbst wird sein wirtschaftlicher Einfluß zu einem der wichtigsten Faktoren. Die Magnaten der elektrotechnischen Industrie vom Schlage Werner Siemens' beginnen eine hervorragende Rolle zu spielen und üben einen starken Einfluß auf die Politik der deutschen Regierung aus.

Ein analoger Platz gebührt auch einem anderen neuen Zweig: der chemischen Industrie. Auch diese geht die Verflechtung mit dem Bankkapital ein und formiert sich in Form großer Monopole. Gerade im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts beginnt ihre Hochblüte. Genauso wie die elektrotechnische Industrie war auch die chemische Industrie mit den größten deutschen Banken auf das engste verbunden und vereinigte sich später zu der größten monopolistischen Organisation Europas. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts stellte sie eine beachtliche Kraft in der beginnenden Expansion des deutschen Imperialismus dar.

Mit der raschen und bedeutenden Konzentration der Produktion ging der Prozeß der Konzentration gewaltiger Kapitalien in den Händen weniger Banken einher.<sup>36</sup> Ähnlich wie die Konzentration der Industrie ging die

	Produktion von Motoren	
	1895	1900
In den Betrieben der AEG		
Zahl (in Einheiten)	4 000	21 500
Stärke	68 000	208 000
In den Betrieben Siemens & Schuckert		
Zahl (in Einheiten)	2 338	6 797
Stärke	39 460	262 976

(«Мировые экономические кризисы 1848—1935», Bd. I, S. 225.)

<sup>36</sup> Auf Grund der Arbeit Riessers („Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“) führt Lenin folgende Angaben an, die zeigen, „mit welcher Schnelligkeit sich gerade Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Konzentration des Bankwesens in Deutschland vollzog“. Seit 1895 bis 1900 vergrößerten die sechs größten Banken Berlins die Zahl ihrer Filialen in Deutschland von 16 auf 21 und die Zahl der Depositenkassen und Wechselstuben von 14 auf 40. Ihre ständige Beteiligung an deutschen Aktienbanken vergrößerte sich in dieser Zeit von 1 auf 8, und schließlich hat sich die Summe aller ihrer Anstalten in diesen fünf Jahren fast verdoppelt: von 42 auf 80. Später ging dieses Wachstum in einem noch schnell-

Konzentration des Bankkapitals in Deutschland ebenfalls rascher als in irgendeinem anderen europäischen Lande vor sich.

Das Aktienkapital der Großbanken vervielfachte sich im Laufe von drei Jahrzehnten am Ende des 19. Jahrhunderts.<sup>37</sup> Noch rascher wuchs das Kapital der Provinzbanken. Durch Tausende von Fäden der Abhängigkeit mit den größten Bankriesen verbunden, verfügten diese Provinzbanken über eine lediglich nominale Selbständigkeit; faktisch gehörten sie diesem oder jenem Bankkonsortium an. Die Großbanken waren ihrerseits bestrebt, indem sie ein Netz von Depositenkassen organisierten, die Mobilisierung des Kapitals im Lande weiter zu intensivieren.<sup>38</sup> Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wuchs die Summe dieses von den Depositen- und Spekulationsbanken mobilisierten Kapitals zu einer ganzen Milliarde Mark an.<sup>39</sup> Alle diese gewaltigen schwindelerregend anwachsenden Summen, die in die Safes strömten, förderten eine weitere Konzentration des Bankkapitals. Zugleich erschlossen sie weitestgehende Möglichkeiten zur Finanzierung einzelner Industriebetriebe und ganzer Industriezweige.<sup>40</sup> Dadurch begannen

leren Tempo vor sich. „Wir sehen“, so schließt Lenin, „wie schnell ein dichtes Netz von Kanälen entsteht, die das ganze Land überziehen, sämtliche Kapitalien und Geldeinkünfte zentralisieren und Tausende und aber Tausende von zersplitterten Wirtschaften in eine einzige gesamt nationale kapitalistische Wirtschaft und schließlich in die kapitalistische Weltwirtschaft verwandeln.“ (W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 791.)

<sup>37</sup> Hier einige Angaben, die dieses Wachstum der Konzentration des Bankkapitals charakterisieren: Der Schaaffhausen'sche Bankverein, der bei seiner Gründung (1848) ein Aktienkapital von 15,6 Millionen Mark besaß, erhöhte es im Jahre 1900 auf 100 Millionen Mark. Die Darmstädter Bank vergrößerte entsprechend seit dem Gründungsjahr (1853) ihr Aktienkapital von 17,1 auf 105 Millionen Mark, die (im Jahre 1856 gegründete) Disconto-Gesellschaft von 30 auf 130 Millionen Mark, die Berliner Handelsgesellschaft (1856) von 45 auf 90 Millionen Mark, die Deutsche Bank (1870) von 15 auf 150 Millionen Mark, die Dresdner Bank (1872) von 9,6 auf 130 Millionen Mark und die Nationalbank (1881) von 20 auf 60 Millionen Mark. Insgesamt zählten also diese wichtigsten Banken zu Beginn des Jahres 1900 — 810 Millionen Mark Aktienkapital. (Adolf Weber, „Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens“, München-Leipzig 1922, S. 75.)

<sup>38</sup> Allein die Berliner Großbanken verdoppelten im Laufe von drei Jahren (seit Ende 1896 bis 1900) die Zahl ihrer Depositenkassen von 27 auf 53.

<sup>39</sup> Im Jahre 1890 hatten 92 deutsche Banken 1291 Millionen Mark zur Verfügung, im Jahre 1895 — 94 Banken 1769, im Jahre 1900 — 118 Banken 2291 Millionen Mark.

<sup>40</sup> In den Jahren 1894—1900 haben sich die Diskont- und Kreditoperationen in Deutschland verdoppelt (von 3,3 auf 6,5 Milliarden Mark). In der gleichen Zeitspanne stieg der Wert der in Deutschland umlaufenden Wechsel von 15 auf 23 Milliarden Mark. Forscher weisen darauf hin, daß Deutschland in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts einen überaus aufnahmefähigen Geldmarkt hatte.

die Banken die Industrie zu kontrollieren, unterstellten sie ihrem Einfluß, förderten ihre weitere Konzentration, verflochten mit ihr auf das engste die eigenen Interessen, das heißt beschleunigten letztlich die Schaffung großer und mächtiger kapitalistischer Monopole.

Auf diese Weise begann Ende des 19. Jahrhunderts die Ablösung der freien Konkurrenz durch die Herrschaft der Monopole. Dem Finanzkapital, das damals durch das Verwachsen des Industriekapitals mit dem Bankkapital entstand, eröffneten sich weite Perspektiven. Die monopolistischen Organisationen, mit einem immer enger werdenden Kreis von Bankinstituten an der Spitze, begannen eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsleben des Landes zu spielen. Eine geringe Anzahl Bankiers, Leiter der Industrie-monopole, Direktoren der größten Konzerne, kurzum, eine verhältnismäßig kleine Menschengruppe, aus der sich die Finanzoligarchie zusammensetzte, wurde zu Herrschern des Landes. Bei der Entwicklung und Festigung der Finanzoligarchie spielte, wie Lenin feststellte, „die außerordentlich hohe Rentabilität der Emission von Wertpapieren als eine der wichtigsten Transaktionen des Finanzkapitals eine sehr wichtige Rolle“<sup>41</sup>. Allein im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts verdiente diese Oligarchie durch die Emission von deutschen Industriewerten über eine Milliarde Mark Agio.<sup>42</sup>

Im Prozeß der Formierung des monopolistischen Kapitalismus traten nach und nach die wahren Magnaten ganzer Zweige der wirtschaftlich mit den größten Banken verflochtenen Industrie oder solche Bankleute hervor, die einen oder sogar einige Industriezweige kontrollierten. Einige von

„In dem Jahrzehnt 1895—1899 schluckte der deutsche Geldmarkt Wertpapiere im Werte von 9 261 300 000 Mark. Der größere Teil des mit Hilfe von Wertpapieremissionen mobilisierten Kapitals blieb im Lande. Von der Gesamtemission (nominal) entfielen auf den Anteil der deutschen Papiere 6 610 600 000 Mark oder 71,4 Prozent, während auf den Anteil der Auslandsemissionen 2 650 700 000 Mark oder 28,6 Prozent entfielen.“ Dieses durch Ausgabe von Wertpapieren mobilisierte Kapital verteilte sich unter die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft wie folgt: Industrie- und Eisenbahnaktien und -obligationen 29,7 Prozent; Aktien der Banken und Versicherungsgesellschaften 14,1 Prozent; Pfandpapiere 34,5 Prozent; staatliche und kommunale Obligationen 21,7 Prozent. («Мировые экономические кризисы», Bd. III, Akademiemitglied I. Trachtenberg, „Geldkrisen (1821—1938)“, S. 300.)

<sup>41</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 810. An gleicher Stelle führt Lenin nach deutschen Quellen folgende Angaben über die jahresdurchschnittlichen Profite an, die durch Emissionen von Industrieaktien erzielt wurden: 1895 — 38,6 Prozent, 1896 — 36,1 Prozent, 1897 — 66,7 Prozent, 1898 — 67,7 Prozent, 1899 — 66,9 Prozent und 1900 — 55,2 Prozent.

<sup>42</sup> Dr. Oscar Stillich, „Geld- und Bankwesen“, Berlin 1907, S. 143 (siehe B. I. Lenin, «Тетради по империализму», S. 21). (Zitiert in Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 810. *Die Red.*)

ihnen wurden zu Begründern ganzer Dynastien von Bankkönigen und Industriemagnaten. Ohne Regierungs- oder politische Posten zu bekleiden, hatten sie dank ihrer Stellung, dank ihrer parteilichen, geschäftlichen, persönlichen oder familiären Beziehungen die Möglichkeit, einen starken Einfluß auf den von der Regierung verfolgten politischen Kurs auszuüben. Es gab auch solche, die sich bemühten, den Ruf von Menschen zu erwerben, die der „Parteipolitik“ fremd und geneigt sind, „patriarchalische“ Beziehungen zu „ihren“ Arbeitern zu unterhalten. Aber sie alle hatten, ohne unmittelbar am politischen Steuer des Reiches zu stehen, eine weitgehende Möglichkeit (und sie nutzten diese aus), den politischen Kurs durch entsprechende politische Parteien oder Reichstagsfraktionen, durch die von ihnen subventionierte Presse, durch Unternehmerorganisationen und schließlich durch persönliche Einmischung zu beeinflussen. Später wurde diese Einmischung zuweilen, so unmittelbar und wirkungsvoll, daß den sogenannten Staatsmännern und auch den Herren Diplomaten nichts anderes übrigblieb, als das, was faktisch bereits entschieden war, zu vollziehen. In solchen Fällen war die Regierung lediglich dazu berufen, die politischen Abmachungen, die vom monopolistischen Kapital, von seinen einzelnen Gruppen oder gar von einzelnen diese Gruppen vertretenden Magnaten diktiert wurden, staatlich zu sanktionieren.

So begannen in der Außenpolitik, die in Deutschland dem Kaiser und Kanzler, den Staatssekretären und Geheimräten vorbehalten war, jene eine gewaltige Rolle zu spielen, in deren Interesse diese Politik betrieben wurde. Zu den prominentesten Vertretern des Monopolkapitals, die sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts gewaltigen politischen Einfluß errungen hatten, gehörte Emil Kirdorf, das Haupt der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, eng verbunden mit dem Bankkonsortium, das unter der Führung der Disconto-Gesellschaft operierte. Zu ihnen zählte „König“ Stumm, ein Großindustrieller, uneingeschränkter Herr des Saargebiets, Reichstagsabgeordneter und Führer der Reichspartei. Zu ihnen zählte auch August Thyssen. Dieser hatte 1867 mit einem kleinen Eisenwalzwerk in Duisburg begonnen. Später wurde er mit Hilfe der Dresdner Bank zum größten Magnaten der deutschen Schwerindustrie und versuchte nun, sich an das französische und sogar an das russische Erz heranzumachen. Er hatte die Verwirklichung seiner Pläne zur Schaffung eines Riesentrusts, der den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk umfassen sollte, noch nicht abgeschlossen. Eine große Rolle spielte ferner Friedrich Krupp, vor dem sogar nach seinem Tode die Staatsmänner liebbedienten.<sup>43</sup> Die Firma Krupp,

<sup>43</sup> So schreibt zum Beispiel Bülow über Krupp: „Krupp hatte Ansehen und Ruhm deutscher Industrie und deutscher Arbeit über die ganze Welt verbreitet,

die riesige Stahlgießereien und Geschützwerke, die große Germania-Werft in Kiel, Stahlbetriebe, einige Kohlengruben, Hochöfen und über 500 Eisenerzgruben besaß, die mit der Deutschen Bank und anderen großen Bankunternehmen eng verbunden war, wurde in den Augen des breiten Publikums zum Synonym des deutschen Militarismus und Imperialismus. Das hat in der kriecherisch-patriotischen Formel „Krupps Ehre – Deutschlands Ehre“ seinen Ausdruck gefunden. Zu dieser Reklame für Krupp hat auch Wilhelm II., der in sehr engen persönlichen und geschäftlichen Beziehungen zu der Essener Firma stand, nicht wenig beigetragen.<sup>44</sup>

In der elektrotechnischen Industrie war Werner Siemens, das Haupt des Siemens-Halske-Konzerns, in den Vordergrund getreten. Sein Verwandter, Georg Siemens, stand an der Spitze der größten und einflußreichsten Bank Deutschlands, der Deutschen Bank, die über ein viele Millionen zählendes Aktienkapital verfügte. Dem Siemenskonzern stand Emil Rathenau gegenüber, der 1883 die erste Aktiengesellschaft in der elektrotechnischen Industrie gegründet hatte. Er unterhielt engste Bankverbindungen zur Berliner Handelsgesellschaft und ihrem Leiter Carl Fürstenberg. Der Eintritt der größten Konzerne der deutschen Industrie in die Aufsichtsräte der Bankinstitute und umgekehrt die Teilnahme einer Handvoll von Bankleuten an der Kontrolle über ganze Industriezweige bedeuteten die Schaffung einer Finanzoligarchie. Thyssen, Werner Siemens, Lenz, Rathenau, Gustav Hartmann und andere gehörten den Aufsichtsräten der Banken an. Der bekannte Bankier Adolf Hanseemann vertrat die Disconto-Gesellschaft in der Gelsenkirchener Bergwerks AG, in der Phönix AG, im Bochumer die uns um dieses gewaltige Unternehmen beneidete. Vielleicht noch ehrenvoller war die großzügige, kaum irgendwo erreichte Art, in der von der Firma... für Angestellte und Beamte gesorgt wurde. Das war Sozialpolitik, das war praktisches Christentum!“ (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 585.) Es ist nicht ohne Interesse, darauf hinzuweisen, daß der jüngere Bruder Bülows ein Angestellter der Firma Krupp war.

<sup>44</sup> Nach dem Tode Friedrich Krupps im November 1902 eilte Wilhelm II. nach Essen, um dem Begräbnis beizuwohnen und sich öffentlich als einen „Freund des Vrewigten und seines Hauses“ zu bezeichnen. „Die besonderen Umstände, die das traurige Ereignis begleiteten“, verkündete damals Wilhelm, „sind mir zugleich Veranlassung gewesen, mich als Oberhaupt des Deutschen Reiches hier einzufinden, um den Schild des deutschen Kaisers über dem Hause und dem Andenken des Verstorbenen zu halten.“ Im Zusammenhang mit den Mitteilungen des sozialdemokratischen „Vorwärts“ (am 15. November 1902), daß der Tod Krupps auf einige Unmäßigkeiten zurückzuführen war, die keinesfalls von einer hohen Moral des „Kanonenkönigs“ zeugten, fiel der deutsche Kaiser persönlich und öffentlich über die Sozialdemokraten her und rief die Arbeiter der Firma Krupp auf, „das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zu zerschneiden“. (Wilhelm Schröder, „Das persönliche Regiment“, Berlin 1907, S. 65/66.)

Verein, in den Rheinischen Stahlwerken, in der Kaliindustrie, in der Hamburger Dynamit AG usw.

Noch stärker verzweigt waren die Fangarme der Deutschen Bank, deren Vertreter direkt oder indirekt die Firma Siemens & Halske, die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, Konzerne der Koksindustrie, die Dampfschiffahrtsgesellschaft Norddeutscher Lloyd, den Essener Bergwerksverein usw. kontrollierten. Da die deutschen Gesetze die Zahl der Aufsichtsratsposten, die von ein und derselben Person bekleidet werden konnten, nicht beschränkten, war der Personenkreis, der die Personalunion zwischen den Banken und der Industrie verwirklichte, recht gering. Wie W. I. Lenin feststellt, findet diese Union „ihre Ergänzung in der ‚Personalunion‘ der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung“<sup>45</sup>. So gehörten zum Beispiel den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften des Nobelschen Dynamitringes neben dem prominenten Vertreter der Disconto-Gesellschaft Max Schindel, dem Kölner Bankier Louis Hagen, Kirdorf und anderen zwei Admirale an, die hohe Posten im Marineamt bekleidet hatten.<sup>46</sup> Mehr oder weniger enge Verbindungen wurden ferner zwischen der allmächtigen Finanzoligarchie und anderen Ämtern des Regierungsapparats, insbesondere mit dem Auswärtigen Amt aufgenommen. Es handelt sich nicht so sehr darum, daß dieser oder jener hohe Beamte dieser Behörde sich der neuen Welt des Börsenspiels und der Spekulationen ergab. Es handelt sich darum, daß dieses Amt seine praktische Tätigkeit in der Sphäre der „hohen Politik“ mit den allgemeinen Interessen der Expansion des deutschen Finanzkapitals in Einklang bringen mußte. Davon konnte einer der Leiter der Disconto-Gesellschaft, Russell, im Kreise seiner Freunde einer Börsenkommission mit großer Befriedigung berichten: „Ich würde es für einen überaus großen Nachteil halten“, so sagte er, „wenn... die Unterbringung auswärtiger Anleihen in Deutschland nicht in die Hände deutschen Kapitals und der deutschen Banken gelegt würde, sondern in die Hände des Auslands. Gerade weil man das vermeiden wollte, hat sich das Auswärtige Amt so sehr und nach meiner Meinung mit Recht dafür interessiert, daß wir Handelsniederlassungen, Bankniederlassungen und Verbindungen im Ausland haben sollten. Denn nur dadurch, daß diese Ver-

<sup>45</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 799. Lenin zitiert hier den deutschen Forscher Jeidels, der eigens diese Frage der „Personalunion“ studiert hatte. „Freiwillig werden Aufsichtsratsstellen gewährt“, so schreibt Jeidels, „an Personen mit gutklingenden Namen, auch ehemaligen Staatsbeamten, die im Verkehr mit den Behörden manche Erleichterung (!!) schaffen können...“ „Im Aufsichtsrat einer Großbank finden wir gewöhnlich ein Parlamentsmitglied oder ein Mitglied der Berliner Stadtverwaltung.“

<sup>46</sup> Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, Paris 1935, S. 121/122.



bindungen bestehen, ist es möglich, die erwünschte Beschäftigung für die deutsche Industrie im Ausland zu finden.“<sup>47</sup>

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hatten sich diese Handels-, Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen bedeutend erweitert. Im Jahre 1897 war das deutsche Kapital bereits an etwa 40 internationalen Kartellen beteiligt.<sup>48</sup> Die Gesamtsumme der deutschen Investitionen in außereuropäischen Ländern wurde auf 7 bis 8 Milliarden Mark berechnet.<sup>49</sup> Der Außenhandel Deutschlands hatte sich in dieser Zeit wertmäßig verdoppelt. Besonders erstaunlich war das Tempo seines Wachstums.<sup>50</sup> Deutschland führte in steigendem Maße Rohstoffe ein, die für seine Industrie und für den un-

<sup>47</sup> Siehe Otto Jeidels, „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“, S. 186; zitiert nach В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 131.

<sup>48</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 827.

<sup>49</sup> Nach offiziellen Angaben aus dem Jahre 1898 waren deutsche Kapitalien in überseeischen Ländern wie folgt verteilt (in Millionen Mark):

Nordafrika (ohne Ägypten)	}	970— 980
Westafrika, Ostafrika, Südafrika		
Südostasien		240
Arabische Halbinsel und Britisch-Indien		50
Ostasien		370— 400
Australien und Polynesien		610— 670
Mittelamerika und Westindien		1000—1250
Westteil Südamerikas		370— 420
Ostteil Südamerikas		1000—1300
USA und Kanada		2025
insgesamt		7035—7735

(Siehe „Denkschrift des Reichsmarineamtes. Die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern“, 1900; siehe „Die Entwicklung der deutschen Secinteressen“, 1905.)

Nach Berechnungen des amerikanischen Wirtschaftlers Feis stieg die Gesamtsumme der deutschen Kapitalinvestitionen im Ausland im Laufe eines Jahrzehnts (1883—1893) von 5 auf 10—13 Milliarden Mark. (Siehe Herbert Feis, „Europe, the World's Banker 1870—1914“, New-Haven 1930, S. 70.) Diese Zahlen muß man offenbar für etwas übertrieben halten. Unter Hinweis darauf, daß für Deutschland zum Unterschied von England und Frankreich keine zuverlässigen Schätzungen von Kapitalinvestitionen außerhalb des Landes vorliegen, nimmt Kuczynski an, daß „zu Beginn der achtziger Jahre die deutschen Auslandsanlagen mit etwa 5 Milliarden Mark nur rund ein Drittel der französischen und ein Fünftel der englischen ausmachten“. (Jürgen Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. I, S. 167.)

<sup>50</sup> Im Laufe eines einzigen Jahrzehnts (1894—1904) stieg der Außenhandel um 66 Prozent (von 7,3 Milliarden auf 12,2 Milliarden Mark). Dieses Tempo stellte alles in den Schatten, was in dieser Zeit nicht nur in England (38 Prozent), sondern auch in den USA (59 Prozent) vor sich ging, von solchen Ländern wie Rußland (23 Prozent) und Frankreich (28 Prozent) gar nicht zu reden. (Siehe „Denkschrift des Reichsmarineamtes über die deutschen Secinteressen“.)

mittelbaren Verbrauch benötigt wurden, und führte vorwiegend Industrieerzeugnisse aus. Im Vergleich dazu spielte die Einfuhr von Fertigfabrikaten und die Ausfuhr von Industrierohstoffen eine geringere Rolle.<sup>51</sup> Vor allem der Seehandel war bedeutend geworden. Gegen Anfang des 20. Jahrhunderts machte er bereits zwei Drittel bis drei Viertel des gesamten deutschen Außenhandels aus. Ein besonders rasches Wachstum zeigte dabei der Warenumsatz Deutschlands mit den außereuropäischen Ländern.

Keine europäische Großmacht, auch England und Frankreich nicht, vermochte, was das Tempo des Anwachsens des Handelsumsatzes der Seehäfen betraf, mit Deutschland Schritt zu halten. Von den außereuropäischen Ländern blieben selbst die USA in dieser Hinsicht hinter Deutschland zurück, und nur Japan war ihm in jenen Jahren voraus. Richtig ist, daß Deutschland, was den Gesamtumfang des Seehandels anbetraf, noch 1903 an vierter Stelle stand. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die nackten Zahlen der offiziellen Statistik in diesem Fall irreführen können; denn fast ein ganzes Drittel des deutschen Seehandels ging über belgische und holländische Häfen, die von Deutschland (vor allem von seinem industriell am stärksten entwickelten Gebiet im Westen des Landes) fast wie eigene Häfen benutzt werden konnten.

Vor gar nicht so langer Zeit war die deutsche Bourgeoisie gezwungen, zur Beförderung ihrer Waren über See bezahlte Dienste der Handelsflotten anderer Mächte in Anspruch zu nehmen. Aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchfurchten bereits Handelsschiffe unter deutscher Flagge die Meere und Ozeane. Über die Hälfte des Warenumsatzes Deutschlands mit anderen Ländern wurde bereits mit der eigenen Flotte befördert, vor allem auf den Linien, die Deutschland mit außereuropäischen Ländern verbanden. Mehr noch: Die unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe begannen auch den Handel anderer Mächte zu bedienen. Auch in dieser Hinsicht vermochte Deutschland, was das Tempo anbetraf, alle anderen europäischen Mächte, mit Ausnahme vielleicht Norwegens, zu überholen. Allmählich, aber sehr rasch, vermochte Deutschland sogar einen recht bedeutenden Teil seiner Handelsflotte eigens für den Küsten- und überseeischen Handel anderer Staaten bereitzustellen.<sup>52</sup> Große Dampfschiffahrtsgesellschaften

<sup>51</sup> Im Laufe des Jahrzehnts 1894–1904 ging der Anteil der Lebensmitteleinfuhr im Gesamtumfang des deutschen Außenhandels von 36,5 auf 30,7 Prozent zurück, während der Anteil der Einfuhr an Industrierohstoffen von 42,3 auf 50,9 Prozent anstieg. (Siehe „Denkschrift des Reichsmarineamtes über die deutschen Seeinteressen“.)

<sup>52</sup> Hier die entsprechenden Zahlen: Im Jahre 1893 – 19¼ Millionen Bruttoregistertonnen; nach fünf Jahren (1898) 28¼ Millionen und nach weiteren fünf Jahren (1903) bereits 55¼ Millionen Bruttoregistertonnen. („Denkschrift des Reichsmarineamtes über die deutschen Seeinteressen“.)

nahmen als Besitzer großer Kapitalien einen wichtigen Platz in der Volkswirtschaft Deutschlands ein.<sup>53</sup> Sie machten sich staatliche Subsidien zunutze und entwickelten sich erfolgreich. Jedes Jahr wurden immer neue Schiffe vom Stapel gelassen. Ihre Gesamttonnage wuchs in recht schnellem Tempo.<sup>54</sup> Allein in den letzten 15 Jahren des 19. Jahrhunderts hat sich die Gesamttonnage einer der größten deutschen Linien, der Hapag (Hamburg-Amerikanischen-Paketschiff-Fahrt-Aktiengesellschaft) verdoppelt.<sup>55</sup> Zu Beginn des 20. Jahrhunderts blieb die deutsche Handelsflotte, was ihre Gesamttonnage betraf, noch immer in respektvollem Abstand hinter der englischen zurück, hatte sich aber den zweiten Platz in der Welt fest erobert.<sup>56</sup>

Es muß festgestellt werden, daß die Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr bei all der gewaltigen Entwicklung des deutschen Außenhandels die Ausfuhr dennoch wertmäßig überstieg, und zwar in recht bedeutendem Ausmaß.<sup>57</sup> Das alles wurde jedoch von dem gewaltigen Zustrom an Reichtümern, die die deutsche Bourgeoisie aus anderen Quellen schöpfen konnte, mehr als wettgemacht. Neben der von Jahr zu Jahr steigenden Exploitation der Handelsflotte begann Deutschland zu dieser Zeit bedeutende Einnahmen durch Kapitalinvestitionen im Ausland zu beziehen. Darüber hinaus wurde die Entwicklung des Handelsexports zusätzlich durch den Umstand gefördert, daß er zu diesem Zeitpunkt bereits mit den mannigfachen Formen der deutschen Kapitalinvestitionen im Ausland kombiniert wurde. Die

<sup>53</sup> Der Gesamtwert der Handelsflotte wurde im Jahre 1895 auf 327, im Jahre 1899 auf 426 und nach fünf Jahren bereits auf 810 Millionen Mark beziffert.

<sup>54</sup> In den Jahren 1894—1899 wurden alljährlich im Durchschnitt 130 000 Bruttoregistertonnen vom Stapel gelassen, in den Jahren 1899—1904 stieg die durchschnittliche Jahresproduktion auf 206 000 Bruttoregistertonnen.

<sup>55</sup> Kurt Wiedenfeld, „Die nordwesteuropäischen Welthäfen in ihrer Verkehrs- und Handelsbedeutung“, Berlin 1903, S. 225.

<sup>56</sup> Laut Angaben aus dem Jahre 1901 stand (nach England mit seinen 7,8 Millionen Nettoregistertonnen) Deutschland mit 1,5 Millionen Nettoregistertonnen an zweiter Stelle. Von der gesamten Welthandelsflotte besaß England 53,3 Prozent, Deutschland 10,6 Prozent und überholte damit alle übrigen kapitalistischen Großmächte: USA (6,2 Prozent), Frankreich (3,6 Prozent), Norwegen (3,4 Prozent) und andere. (Bernhard Harms, „Deutschlands Anteil am Welthandel und Weltschiffahrt“, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1916, S. 157.) Was die Tonnage seiner Handelsflotte anbetrifft, so überholte Deutschland die USA bereits im Jahre 1884 und Frankreich im Jahre 1889. (Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 112/113.)

<sup>57</sup> Hier die Zahlen, aus denen hervorgeht, um wieviel die Einfuhr die Ausfuhr überstieg:

1894	1234,0	Millionen	Mark
1896	804,2	„	„
1898	1429,1	„	„
1900	1290,4	„	„

(Siehe „Denkschrift des Reichsmarinemtes über die deutschen Seeinteressen“.)

Formen der Investitionen waren unterschiedlich: Erwerb von Industriebetrieben im Ausland, Realisierung von Anleihen, die von ausländischen Staaten oder Gemeinden aufgelegt wurden, durch deutsche Banken<sup>58</sup>, Erwerb ausländischer Wertpapiere, Aktien und Obligationen von Betrieben verschiedener Art, von Eisenbahnkonzessionen, kolonialen Plantagen<sup>59</sup>, die sich im Besitz oder in der Verwaltung ausländischer Firmen oder Gesellschaften befanden, usw. Nicht geringe Bedeutung hatte das System der deutschen Versicherungsgesellschaften, das den Außenhandel und den Seetransport vieler Länder mit seinem Netz erfaßte. Eine besonders große Rolle bei der Expansion des deutschen Kapitals spielten jedoch die deutschen Banken. Sie lenkten gewöhnlich alle übrigen Formen der Expansion und hatten zugleich selbständige Bedeutung. Meistens traten die deutschen Banken im Ausland unmittelbar unter eigenem Namen auf oder schufen dort ihre Filialen sowie Tochterbanken. In einigen Fällen jedoch, vor allem in der ersten Zeit, nahmen sie engere Beziehungen zu diesen oder jenen ausländischen Banken, zu einzelnen Gruppen des Finanzkapitals auf und traten bereits mit diesen zusammen jenseits der Grenzen des eigenen Landes auf. Schließlich operierten sie auch durch ihre Londoner Abteilungen oder Filialen. London hatte immer noch die Bedeutung der größten Zentrale des internationalen Handels, des Geldmarkts und der Bankoperationen behalten. Das konnte nicht ignoriert werden<sup>60</sup>, und schon seit Anfang der siebziger Jahre begannen einzelne Bankgruppen, mit der Deutschen

<sup>58</sup> Wie die in diesen Fragen recht maßgebliche deutsche Zeitschrift „Die Bank“ (1913, Nr. 7, S. 630) feststellt, gibt es „im Inlande kein Geschäft dieser Art, das auch nur annähernd einen solchen Nutzen abwirft wie die Übernahme und Weitergebung einer fremden Anleihe“. Die Bemerkung der deutschen Bankzeitschrift hat allgemeine Bedeutung; sie kann zweifellos auch auf eine frühere Periode angewendet werden.

<sup>59</sup> Die frühesten Kompanien waren: Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südseeinseln (1880), Deutsche Gesellschaft für Seehandel (1880), Neu-Guinea-Kompagnie (1885) u. a.

<sup>60</sup> „Das ist die allgemeine Klage unserer Exportindustrie, daß gerade Deutschland im Vergleich zu London so sehr zurücksteht auf dem Markt der großen Beschäftigung. Fast alle Aufträge konzentrieren sich in London, in diesem großen Markt der Welt, und nur dadurch, daß wir auch einzelnen ausländischen Unternehmungen selbst näher stehen, entsteht ein Kundschaftsverhältnis und eine regelmäßige Beschäftigung der Industrie.“ (Otto Juidels, „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“, Leipzig 1905, S. 186/187.) Lenin maß dieser Bemerkung Juidels' (siehe «Тетради по империализму», S. 131) Bedeutung bei. Den ersten Teil des Buches von Juidels hat Lenin sehr negativ beurteilt. Er schrieb: „Nach Riesser darf man es nicht lesen: Wiederholungen, Rohmaterial, kleine Tatsachen, nie Neues“. Aber weiter: „Das gilt lediglich für den Anfang des Buches. Offenbar hat Riesser es bestohlen. Wenn von den Beziehungen zur Industrie die Rede ist, ist Juidels reicher, lebendiger, gescheiter und wissenschaftlicher.“ (Ebenda, S. 123/124.)

Bank an der Spitze, durch die German Bank of London zu arbeiten. Später nahmen die meisten deutschen Banken unmittelbare Beziehungen zu der Londoner Bankwelt auf und versuchten mehr oder weniger solide Positionen zu erwerben. Die größten deutschen Banken begannen, eine nach der anderen, Vertretungen in London zu gründen.<sup>61</sup> Das Tätigkeitsfeld deutscher Banken wurde recht umfangreich. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts errangen diese Banken selbständig oder gemeinsam mit einigen ausländischen Banken feste Positionen in den Ländern Lateinamerikas (vorwiegend in Brasilien) und im Fernen Osten (vor allem in China). In Europa wurde der finanzielle Einfluß der deutschen Banken in Österreich-Ungarn, in Italien und in Rumänien besonders stark. Hier lagen auch Motive politischen Charakters vor. Auch in anderen europäischen Ländern, vorwiegend im Norden und Osten, hatte das deutsche Kapital durch Vermittlung seiner Banken nicht unbedeutende Erfolge erzielt: in Dänemark, Norwegen, Schweden und Rußland (einschließlich Finnland und Polen).

Die führende Rolle unter den deutschen Großbanken spielten die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft. In den siebziger Jahren kreditierten diese Banken unmittelbar und durch ihre Filialen in Bremen, Hamburg und London erfolgreich den deutschen Export- und Importhandel. Gegen Ende des Jahrhunderts begannen sie ebenso erfolgreich, sich am Kapitalexport zu beteiligen. Bereits zu Beginn der achtziger Jahre wurden von der Disconto-Gesellschaft Kapitalien in der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südseeinseln und dann in der Neu-Guinea-Kompagnie investiert. Seit 1887 wurde sie gemeinsam mit der Norddeutschen Bank Teilhaber der Brasilianischen Bank für Deutschland, die den Handel mit Südamerika kreditierte. Das war kein schlechtes „Geschäft“. Die Dividende betrug im Durchschnitt 12 Prozent und erreichte in manchen Jahren 16 Prozent. Die Disconto-Gesellschaft war ferner mit dem Bankhaus Ernesto Tornquist in Buenos Aires und mit der Bank für Chile und Deutschland verbunden. Gemeinsam mit der Norddeutschen Bank und der Firma Krupp war sie seit 1888 an den Eisenbahnkonzessionen Venezuelas interessiert. Mit der Deutschen Überseeischen Bank eng verbunden, führte die Deutsche Bank auch in anderen lateinamerikanischen Ländern Finanzoperationen durch. Recht eng verband sich die Deutsche Bank auch mit einigen Finanzinstituten und Eisenbahngesellschaften der USA. Ihre Interessen begannen sich auch auf den Fernen Osten zu erstrecken. Zusammen mit der Disconto-Gesellschaft beteiligte sie sich an der Gründung der Deutsch-Asiatischen Bank. Sie beteiligte sich an der Gründung deutscher und internationaler

<sup>61</sup> Georges Diouritch, „L'expansion des banques allemandes à l'étranger, ses rapports avec le développement économique de l'Allemagne“, Paris-Berlin 1909, S. 50.

Gesellschaften für den Betrieb überseeischer Telegrafien- und Kabellinien. Sie war unmittelbar an den Eisenbahnkonzessionen in der Türkei, sowohl im europäischen als auch im kleinasiatischen Teil, interessiert. In Europa erstreckten sich die Fangarme ihrer Finanzinteressen nach Österreich-Ungarn, Italien, Rumänien, nach der Schweiz und nach Holland, zum Teil auch nach Spanien. In Belgien beteiligte sich die Disconto-Gesellschaft an der Schaffung der Banque Internationale de Bruxelles. Ihr Einfluß machte sich sogar in Rußland und in Frankreich bemerkbar. Später dehnte sich ihre Expansion noch weiter aus. Insbesondere begann sich diese auch auf den afrikanischen Kontinent zu erstrecken.<sup>62</sup>

Somit zählten die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft mit zu den Werkzeugen der deutschen imperialistischen Expansion. Zusammen mit ihnen oder als ihre Konkurrenten traten noch andere Gruppen des Finanzkapitals hervor. Bereits 1886 sonderte sich von der Deutschen Bank eine Tochterbank, die Deutsche Überseebank ab, die dazu ausersehen war, die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen mit Südamerika, insbesondere mit Argentinien zu entwickeln. Ihr Konkurrent war die Brasilianische Bank für Deutschland, ein Ableger der Disconto-Gesellschaft. Diese Banken förderten den Export von Erzeugnissen der deutschen Industrie und finanzierten andererseits den Import von Rohstoffen und Lebensmitteln (vor allem Kaffee). Später begannen die deutschen Banken sich auch an der Finanzierung des Handels zwischen den Ländern Lateinamerikas und Spanien zu beteiligen. Auch in Europa gingen die deutschen Banken daran, dem Industriexport Wege zu bahnen. So wurde unter unmittelbarer Mitwirkung der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und anderer Großbankinstitute Deutschlands 1894 die Banca Commerciale Italiana in Mailand gegründet, die später einen wesentlichen Hebel beim Vordringen von Erzeugnissen der deutschen Industrie, vor allem der elektrotechnischen Industrie in Italien bildete.<sup>63</sup>

Mit dem Wachstum der deutschen Industrie mußte sich der Kampf um die Märkte für den Absatz ihrer Produktion um so mehr verstärken, als das Anwachsen der Produktion erhöhte Anforderungen gewaltiger Rohstoffmengen hervorrief. Die eingeführten Rohstoffe, die die deutsche Industrie benötigte, mußten mit Hilfe eines verstärkten Warenexports bezahlt werden.

Der deutsche Imperialismus betrat die Weltarena, als die Welt im wesentlichen bereits aufgeteilt war. Die Kolonien, die Bismarck seit Mitte der achtziger Jahre an sich zu reißen vermocht hatte, waren minderwertig und

<sup>62</sup> Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 327 bis 336.

<sup>63</sup> So hat zum Beispiel die Firma Siemens & Schuckert ihre Filialen in Genua, Neapel, Florenz und Palermo geschaffen. (Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegs-imperialismus“, S. 122/123.)

unbedeutend. Bald darauf mußte Bismarck auf weitere Eroberungen verzichten, weil seine aggressive Politik in Europa die internationale Lage Deutschlands äußerst erschwert hatte. Nachdem das militaristische, verpreußte Deutschland Frankreich und Rußland gegen sich aufgebracht hatte, war es gezwungen, die Politik der kolonialen Ausdehnung einfrieren zu lassen. Mehr noch: Reichskanzler Caprivi, der Bismarck 1890 ablöste, schlug unter dem Einfluß der militaristischen Clique, mit dem Chef des Generalstabs Graf Waldersee an der Spitze, den Weg der Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland ein und mußte für die Annäherung an England den Preis der kolonialen Konzessionen zahlen. Während die deutsche Regierung im Austausch die Insel Helgoland erhielt, trat sie einige nicht unwichtige Territorien in Afrika (Witu und andere) an England ab und erklärte sich ferner mit der Errichtung des englischen Protektorats über die Inseln Sansibar und Pemba einverstanden.

Caprivi war der Meinung, daß Kolonien eine Last für den Staat bedeuten, deshalb riefen die Erfolge anderer Großmächte auf dem Gebiet kolonialer Eroberungen kein Eifersuchtsgefühl in ihm wach. Mehr noch: Er nahm an, es sei für die deutsche Politik auf dem europäischen Kontinent nur noch günstiger, wenn die Koloniallast, die sich die anderen Großmächte aufbürden, größer wird. Eine solche Ansicht bedingte naturgemäß eine bestimmte Einstellung zum Problem des Flottenbaus. Der Verzicht auf den Bau einer großen Flotte schien die günstigsten Aussichten für eine Annäherung an England zu eröffnen. Das ist der Grund, weshalb Caprivi eines Tages zu einem der Vertreter der Kolonialgesellschaft gewandt, sagte: „Mit Ihrer Kolonial- und Flottenpolitik schwächen Sie nur unsere territoriale Wehrkraft und bringen uns schließlich auch noch mit England aneinander, unserem einzigen natürlichen Bundesgenossen in diesem unabwehbaren, für die deutsche Zukunft entscheidenden Kampfe. Es kann sich für Deutschland heute und für die nächste Zukunft nur darum handeln, wie klein unsere Flotte sein kann, und nicht wie groß!“<sup>64</sup> Die deutsche Diplomatie hoffte, daß es ihr auf diesem Wege gelingen werde, England auf die Seite des Dreibunds zu bringen.

Diese Berechnungen waren auf Sand gebaut. Die englisch-deutsche ökonomische Konkurrenz, die sich mit dem Wachstum der Monopole Anfang der neunziger Jahre verstärkte, begann sich in einen Faktor des politischen Kampfes zu verwandeln, und zwar um so mehr, als sich die kolonialen Gelüste des deutschen Imperialismus, die wieder und stärker denn je erwachten, auch auf die Besitzungen der größten unter den blühenden Kolonialmächten, Englands, ausdehnten. Die englisch-deutsche Verständigung von

<sup>64</sup> Georg Irmer, „Völkerdämmerung im Stillen Ozean“, Leipzig 1915, S. 51.

1890 rief in den Kolonialkreisen des deutschen Imperialismus eine starke Empörung hervor.

In dieser Atmosphäre der wachsenden Rivalität wurde der Alldeutsche Verband gegründet, dem nicht nur die Kolonialgeschäftsleute und -beamten, sondern auch Vertreter der Kreise der Schwerindustrie und der Finanz beitraten. Der Alldeutsche Verband war berufen, künftig eine große Rolle bei der Gestaltung der Expansionspläne und der politischen Ideologie des deutschen Imperialismus zu spielen. Die Spitze seiner Politik war jedoch von Anfang an gegen England als den imperialistischen Hauptrivalen auf kolonialem Gebiet gerichtet. Von nun an trieben die deutschen Kaufleute „Welthandel“, während die deutschen Industriellen sich für die „Weltmärkte“ zu interessieren begannen. „Mein Feld — die Welt“, so prangte es an der Fassade des Verwaltungsgebäudes der Hamburg-Amerika-Linie. Am 18. Januar 1896, bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Reiches, verkündete Kaiser Wilhelm der Welt erstmalig, daß das von Preußen geschaffene Reich von nun an ein „Weltreich“ sei. Die alte, von Bismarck auf dem europäischen Kontinent betriebene Politik wirkte von nun an fast provinziell.

Als die deutsche Regierung, die unter dem Einfluß der neuentstandenen Kräfte des Imperialismus handelte, den Weg der „Weltpolitik“ betrat, erwies es sich, daß die Welt von den anderen großen und kleinen Mächten fast aufgeteilt war, die viel früher als Deutschland Gelegenheit hatten, sich auf die Suche nach „weißen Flecken“ auf der politischen Weltkarte zu begeben. Abenteurer aller Schattierungen, Kaufleute, die billigen Schund zu dreifachen Preisen vertrieben, Missionare, die mit dem Christentum handelten, flüchtige Verbrecher und Regierungsagenten, Reiseführer und Leiter militärischer Expeditionen — sie alle bereiteten die Ereignisse vor, die Ende des 19. Jahrhunderts zu grandiosen Veränderungen auf der politischen Karte führten. Jeder von ihnen benutzte die Mittel, die ihm zur Verfügung standen; das Wesen dieser Mittel war in der Regel vom Strafbuch der gleichen Staaten, zu deren Helden diese Menschen im Falle ihres Erfolgs früher oder später erklärt wurden, stets ziemlich genau qualifiziert. Im voraus von den herrschenden Klassen, dem Staat und den leitenden Parteiquellen, die in diesem Lande politisch den Ton angaben, juridisch und moralisch amnestiert, wurden einige aus dieser zahlreichen und namenlosen Armee energischer Glücksritter, die sich auf der Suche nach Glück, Geld oder Karriere auf die überseeischen Länder stürzten, auf das hohe



Postament historischer Persönlichkeiten gehoben, die dem Wohle ihres Vaterlandes und der gesamten europäischen Zivilisation gedient haben sollen. Es wurde bald schwierig, diese Glücksritter von denen zu unterscheiden, die sich auf Grund ihrer Herkunft, ihres politischen Einflusses oder ihres Reichtums bereits auf diesem Postament befanden.

Koloniale Plantagenbesitzer, Schiffsreeder, Industrielle und Großhändler, die neue Märkte und billige Rohstoffquellen suchten, Bankiers, die Sphären zur Investierung von Kapital brauchten, Armee- und Marineoffiziere auf der Suche nach leichter Möglichkeit, hohe Auszeichnungen zu erhalten, Politiker und Diplomaten, die nach Ruhm, Karriere und „historischen“ Rollen gierten — sie alle gerieten sehr bald in das Lager der Inspiratoren der Kolonialpolitik und ihrer neuen Aufgaben. Sogar die alte Landaristokratie kam auf den Geschmack neuer, kolonialer Eroberungen. Einzelne ihrer Vertreter drückten auch weiterhin fast Abscheu gegen den wachsenden Kapitalismus aus. Viele von ihnen beklagten sich immer noch, daß die Fabriken und Werke nicht nur die landschaftliche Schönheit der feudalen Umgebung störten, sondern auch die Großgrundbesitzer billiger Arbeitskräfte beraubten. Nach und nach machte sich jedoch auch diese Klasse die einfache Wahrheit zu eigen, daß man unter den Bedingungen der Herrschaft der kapitalistischen Ordnung auch aus der Not großen Nutzen ziehen kann, und sie begannen, die so stürmisch wachsenden Kolonialgelüste zu schüren. So wurde der Kreis der Ritter kolonialer Profite, der fanatisch auf einer Politik neuer Eroberungen bestand, erweitert.

Somit stürzten sich die Mächte auf der Suche nach wirtschaftlichen Vorteilen, Rohstoffquellen, Absatzmärkten, Gebieten für günstige Unterbringung des Kapitals, von der hemmungslosen kapitalistischen Konkurrenz und von dem Bestreben zur Monopolherrschaft in den überseeischen Besitzungen getrieben, in den Strudel der Kolonialpolitik.

Die starken und reichen Eroberer waren bestrebt, Besitzungen zu erwerben oder die bereits vorhandenen zu vergrößern. Die schwächeren waren bestrebt, ihren Kolonialbesitz, den sie ererbt hatten, zu behalten. Das war die Periode einer raschen, sprunghaften wirtschaftlichen Entwicklung der einen kapitalistischen Staaten auf Kosten eines relativen Zurückbleibens der anderen, als die Ungleichmäßigkeit und die Verteilung der durch bloßen Raub erworbenen Kolonien besonders starken Einfluß auf das Wachsen der internationalen Gegensätze bekam. Das war die Periode der endlosen Kolonialkriege der Europäer gegen die Bevölkerung der Kolonialländer, die Periode der systematischen Ausrottung ganzer Völker, über deren Gebeine der europäische Kapitalismus in das monopolistische Stadium seiner Entwicklung schritt. „In Europa“, so schrieb später W. I. Lenin, „herrschte Frieden. Aber er hielt sich deshalb, weil die Herrschaft der europäischen

Völker über den Hunderten von Millionen Einwohnern der Kolonien nur durch ständige, ununterbrochene, unaufhörliche Kriege verwirklicht wurde, die wir Europäer nicht für Kriege halten, weil sie zu oft nicht dem Kriege, sondern der bestialischsten Ausrottung wehrloser Völker glichen.“<sup>65</sup> Die Bürde eines solchen „Friedens“ spürten auch die europäischen Völker am eigenen Leibe. Die Kolonialpolitik der europäischen Staaten prägte ihren Stempel auch der Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa auf. Die Rivalität um die kolonialen Eroberungen wurde zu einem mächtigen Faktor, der die internationalen Beziehungen der europäischen Großmächte verschärfte. Die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Großmächten nahmen einen noch größeren Maßstab und noch größere Schärfe an.

Der Militarismus, der unvermeidliche Weggenosse der kapitalistischen Gesellschaft, erhielt einen neuen mächtigen Ansporn für sein weiteres Wachstum. Die stürmische Entwicklung der Schwerindustrie, die Verstärkung der Monopole, die Interessen des im Entstehen begriffenen Finanzkapitals – all das bestimmte das Wachstum der Streitkräfte der europäischen Staaten, die höher stehende technische Ausrüstung der Armeen und deren ständige Neuausrüstung. Gewisse und obendrein einflußreichste Gruppen des im Entstehen begriffenen Finanzkapitals, die Schwerindustrie und der Schiffsbau, waren an einem verstärkten Wachstum der für sie so vorteilhaften Rüstungen unmittelbar interessiert. Andererseits verwandelte sich das Wachstum der Rüstungen vor allem jener Mächte, die wie Deutschland in dieser Hinsicht im Vergleich zu ihren Nachbarn die größten Fortschritte gemacht hatten, in ein mächtiges Instrument der Außenpolitik und der Diplomatie. Durch den Druck der Streitkräfte auf die Nachbarn in Europa trachteten diese Mächte danach, auch auf dem Gebiet der überseeischen Kolonialpolitik Erfolge zu erzielen. Die territoriale Aufteilung der Welt näherte sich ihrem Ende. Es gab immer weniger „freie Territorien“, während der Appetit auf Eroberungen, auf Monopolbesitz, ständig wuchs. In Europa standen die Völker, die das mit bedeutenden materiellen und Menschenopfern bezahlen mußten, unter der ständigen Gefahr des militärischen Zusammenstoßes. W. I. Lenin bemerkte: „Die Jagd aller kapitalistischen Staaten nach Kolonien gegen Ende des 19. Jahrhunderts und besonders seit den achtziger Jahren ist eine allbekannte Tatsache in der Geschichte der Diplomatie und der Außenpolitik.“<sup>66</sup>

Dieser Politik lagen die wirtschaftlichen Interessen des Finanzkapitals, sein Kampf um den Monopolbesitz an Rohstoffquellen, um den Monopol-

<sup>65</sup> В. И. Ленин, «Война и революция», Сочинения, Bd. 24, S. 365.

<sup>66</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 830.

besitz an Gebieten für Kapitalinvestitionen zugrunde. In dieser Periode war es, daß sich in der Politik des Finanzkapitals seine Ideologie zu verkörpern begann: seine allgemeinen Ansichten über die Welt, über die historische Vergangenheit und die Zukunft, sein Streben zur Selbstbehauptung. Spuren spezifischer Wesenszüge dieser neuen politischen Ideologie kann man sowohl in der damals aufkommenden Philosophie als auch in der Literatur, in der Presse und natürlich auch in der Diplomatie finden. Von ihrem Geist waren die philosophischen Paradoxe Nietzsches ebenso durchdrungen wie die Abenteuerromane Stanleys, das Kolonialepos Kiplings, die in hoher Auflage erscheinende Presse Alfred Harmsworths, des künftigen Lord Northcliffe, oder Alfred Hugenbergs, des Vorsitzenden der Direktion der Firma Krupp, eines der Schöpfer des Alldeutschen Verbandes, wie die historische Publizistik Mahans, der im direkten Auftrag des amerikanischen Multimillionärs Carnegie schrieb, und die antiwissenschaftlichen, von Rassenwahn erfüllten Schöpfungen des Franzosen Gobineau, des verdeutschten Franzosen de Lagarde oder des verdeutschten Engländers Chamberlain, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Kraft der „nordischen Rasse“ zu bejagen anhub.<sup>67</sup>

Auch die alten Traditionen der herrschenden Klassen übten auf die Gestaltung dieser Ideologie einen starken Einfluß aus. Alles, was an diesen Traditionen am reaktionärsten war, wurde in die politischen Arsenale des imperialistischen Kampfes übernommen. Der Kult der groben Gewalt erhielt eine neue Bedeutung. Die imperialistische Expansion erwarb sich eigene Dichter, Gelehrte, Apologeten, eigene Ideologen, Führer und natürlich auch Demagogen. Diese Herrschaften versuchten aus den Fetzen der alten politischen Ideologie verschiedener Zeiten und Völker ein neues Banner zusammenzulicken, um das die herrschenden Klassen möglichst breite gesellschaftliche Kreise zusammenschließen wollten. Sie alle „impfen“, nach einem Ausdruck von Hobson, „den Massen den Imperialismus ein, wobei sie diesen durch anziehende Reklame für die patriotischen Gefühle tarnen“<sup>68</sup>. Es erschienen die Doktrinen von den „auserwählten Nationen“, von der „Kulturträgermission“ des Imperialismus, von der „Bürde des weißen Menschen“, von der „blonden Bestie“, die dazu berufen sei, über die Menschen mit farbiger Haut zu herrschen, und von der biologischen Überlegenheit der einen Rasse über die andere.

In verschiedenen Ländern kam fast gleichzeitig eine Art imperialistischer

<sup>67</sup> Siehe Houston Stewart Chamberlain, „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, München 1899. Dieses Buch hatte unter den regierenden Klassen Deutschlands großen Erfolg. Es wurde auch von Wilhelm II. gern gelesen.

<sup>68</sup> Diese Bemerkung Hobsons hat W. I. Lenin erwähnt und unterstrichen. (Siehe «Тетради по империализму», S. 379.)

Messianismus auf. In England war es die Vorstellung von der durch die Vorsehung bestimmten Rolle des britischen Empire, in den USA — die Vorstellung von der exklusiven Rolle des „Amerikanismus“, der angeblich berufen sei, die Welt zu leiten und sie zu beherrschen. In Deutschland war es der Pangermanismus mit seinen Vorstellungen von der rassischen Exklusivität und der rassischen Überlegenheit, von der alldeutschen Einigung auf preußisch-soldatischer Grundlage, mit seinen unbändigen Plänen zur Unterwerfung der ganzen Welt durch Feuer und Schwert.

Zu gleicher Zeit, zu Beginn der imperialistischen Epoche, tauchte auch die neue Doktrin der „offenen Türen und gleichen Möglichkeiten“ auf. Zunächst von der amerikanischen Diplomatie offiziell verkündet, wurde sie auch von der Diplomatie der anderen jungen imperialistischen Mächte aufgegriffen, weil sie in allgemeinen Worten die dringlichen Forderungen dieser Mächte, ihr Bestreben formulierte, die älteren, erfolgreicheren kapitalistischen Staaten zurückzudrängen. Später machte diese Doktrin bedeutende Veränderungen durch. Wie alle anderen ähnlichen diplomatischen Doktrinen erwies sie sich als recht elastisch und ließ praktisch alle möglichen, zuweilen die unerwartetsten Deutungen zu. Das Kräfteverhältnis änderte sich, die Diplomatie erklärte immer noch unermüdlich, daß „die Türen offen sind“, aber in der Tür stand bereits ein robuster Soldat, der den Befehl erhalten hatte, keinen der Konkurrenten durchzulassen. Die wirtschaftliche, politische oder militärische Macht verwandelte die „gleichen Möglichkeiten“ in ein Monopol, während die „offenen Türen“ unpassierbar oder fast unzugänglich wurden. So erwies sich diese Doktrin als dazu berufen, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß einer imperialistischen Macht, der sich auf Kosten der Einengung des Einflusses einer anderen Macht verstärkt, zu rechtfertigen. Unter gewissen Umständen war diese Doktrin dazu bestimmt, eine offene Eroberung oder Knechtung ideologisch vorzubereiten und diplomatisch zu tarnen.

Die herrschenden Klassen, ihre Regierungen, ihre Diplomatie, ihre Presse, begannen ihre neuen oder erneuerten politischen Doktrinen in Form verschiedenartiger politischer Lösungen vorzubringen. Die Inspiratoren dieser politischen Doktrinen und imperialistischen Lösungen wurden in gewissem Sinne Gefangene der von ihnen selbst geschaffenen Ideologie. Zuweilen wurden sie auch Opfer ihrer eigenen Erfindungen. Es kam die Politik des imperialistischen „Prestiges“ auf. Jeder Zwischenfall an einem bisher völlig unbekannten Punkt einer wasserlosen Wüste konnte in ein Ereignis von „nationaler“ Bedeutung, in einen Fall verwandelt werden, der die „nationalen“ Interessen berührt, die „nationale Ehre“, die „nationale Flagge“ bedroht usw. Unbedeutenden Zusammenstößen, die sich irgendwo in der Kolonialperipherie ereigneten oder sogar auch nur vermutet wurden,

konnte man in Europa stets einen starken politischen Widerhall verschaffen, der der unwesentlichen Bedeutung des weit entfernten Ereignisses in keiner Weise entsprach. Die Regierung ergriff militärische Maßnahmen. Durch die Presse wurde heftiges politisches Fieber über ganz Europa verbreitet. In der gespannten internationalen Atmosphäre tauchten andere, alte und neue Fragen auf, die die Rivalen noch mehr entzweiten, Hader und Kriegsgefahr heraufbeschworen. Der heranreifende Konflikt überwucherte den ursprünglichen Anlaß. Der Zwischenfall, der die nachfolgenden, ernsteren und sogar unheil drohenden, bereits auf die internationale Arena übergreifenden Ereignisse ins Rollen gebracht hatte, konnte so weit in den Hintergrund gerückt werden, daß das breite Publikum und die sogenannte Geschichte geformte „öffentliche Meinung“ allen Grund hatten, diesen ursprünglichen Zwischenfall einfach zu vergessen. Es kam vor, daß die Regierung gerade darum am meisten besorgt war. Sie wußte von Anfang an, daß der Anlaß nicht mehr als eine unerläßliche Erfindung war, doch sie handelte so, als ob sie sich selbst Glauben schenke. Das war für den Erfolg der Sache notwendig. Wilhelm II. hat es später verstanden, für solche und ähnliche politische Methoden in einer tiefsinnigen „moralischen“ Sentenz den Ausdruck zu finden: „Wenn man etwas Häßliches tut, muß man Erfolg haben.“<sup>69</sup>

Als sich der Kampf bis zu weltweiten Ausmaßen zu entfalten begann, wuchsen die Möglichkeiten für Reibereien, Zusammenstöße, Konflikte oder einfach für Provokationen und für Organisation von „Häßlichem“ unermesslich. Unter diesen Umständen wurde die Politik der Aufrechterhaltung des „Prestiges“ so radikal, wie sie früher überhaupt nie war noch sein konnte. Sie wurde zum unerläßlichen Bestandteil der imperialistischen Politik und der imperialistischen Ideologie mit ihren neuen oder erneuerten politischen Begriffen, Grundsätzen und sogar neuen Formen der Prinzipienlosigkeit. Man begann von „Einflußsphären“, von Vorzugsinteressen, von Konzessionen und von langfristigen Pachtverträgen zu sprechen. Man begann von der wirtschaftlichen Durchdringung und vom politischen Protektorat zu reden, und diese alten Worte erlangten einen neuen Sinn. Viele politische Begriffe wurden gleichsam umgekrempelt. Der neue Jargon der imperialistischen Diplomatie verwandelte wirtschaftliche Hilfe in ein Syn-

<sup>69</sup> Diese Worte sprach Wilhelm II. im Gespräch mit dem französischen Militärattaché in Berlin, Oberst Pellé, im Jahre 1911, im Zusammenhang mit der Militärkampagne, die Italien gegen die Türkei unternahm, um Tripolitanien und die Syrenaika zu erobern. (Siehe Ж. Луи, «Записки посла», с приложением переписки Ж. Луи с Пуанкаре, Сазонова с Извольским и писем Пуанкаре Пишона, Палеолога, Камбона и других по поводу появления «Записок посла», Литиздат НКВД, Moskau 1925, S. 35.) (Vgl. „Die Notizbücher des Botschafters Georges Louis“, Berlin 1926, S. 85. *Die Red.*)

onym für wirtschaftliche Versklavung, die „friedliche Durchdringung“ in ein Synonym für politische Versklavung, die „Befriedung“ stellte sich als militärische Expedition heraus, der „diplomatische Ratschlag“ als ultimative Forderung, der „Freundschaftsvertrag“ als Sanktion der Gewalt, die „Politik der freien Hände“ als Politik der Freiheit des Raubes und der Entfesselung der Kriege, die Politik der Nichteinmischung als Politik der direkten oder indirekten Einmischung, der Schutz kleiner Völker als Forderung auf den Verzicht auf ihre Rechte zugunsten des starken Räubers. Also, um mit den Worten von Goethes Mephistopheles zu sprechen, „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“.

Die Geheimdiplomatie bot verschiedene Möglichkeiten für derartige politische Äquilibristik. Hinter ihren Kulissen konnte man Bündnisse gegen Feinde abschließen und zugleich Bündnisse mit denen, die als Feinde galten, gegen jene, die als Bundesgenossen galten. Man konnte sich insgeheim an zwei oder mehreren international-politischen Kombinationen zugleich beteiligen, die verschiedene unvereinbare und sogar entgegengesetzte Ziele verfolgten, um im Falle eines Erfolges aus jeder Kombination Vorteile zu ziehen. Man konnte durch geheime Abmachung mit einem der Partner die Möglichkeit einer unerwünschten geheimen Abmachung mit dem anderen Partner ausschließen oder aufschieben, um im geeigneten Moment beide zu umgehen. Man konnte insgeheim die Mächte zu einem Zusammenstoß ermuntern, um im entscheidenden Augenblick abseits zu bleiben. Braucht man noch all die Varianten außenpolitischer und diplomatischer Schliche aufzuzählen, die sich auf dem Schachbrett des imperialistischen Kampfes abspielten? In dieser wölfischen Welt des Kampfes aller gegen alle, hinter dem undurchdringlichen Schleier diplomatischer und militärischer Geheimnisse entstand ein System von Bündnissen und Gruppierungen, Abmachungen und Kombinationen, Versicherungen und Rückversicherungen und sogar Versicherungen in bezug auf die Rückversicherung. All das entstand in vielfältigen Formen, brach zusammen und entstand wieder neu in anderen mannigfachen Äußerungen und auf einer noch weniger stabilen Grundlage.

Bei dem sich ständig ändernden Kräfteverhältnis und der wechselnden Situation brachte die Dialektik des imperialistischen Kampfes und der Rivalität die Vorstellungen über Freund und Feind, über Vorteil und Schaden, über Garantie und Gefahr, über Verpflichtungen und die Möglichkeiten des Verzichts auf die letzteren äußerst nahe aneinander. Mit dem Wachstum des Finanzkapitals wurden seine Interessen — grundlegende oder zweitrangige, langfristige oder vorübergehende, wahre oder scheinbare — zum Gebieter sowohl bei der Festsetzung der Ziele als auch bei der Wahl von Methoden und Mitteln zur Erreichung dieser Ziele.

Das höchste Prinzip der entstehenden imperialistischen Diplomatie war die völlige Prinzipienlosigkeit. Das war das einzige, worin sie sich stets treu blieb. Aber ihre Hauptfunktion bestand darin, durch die traditionelle Geheimhaltung die plump-materiellen, gierigen und egoistischen Interessen der herrschenden Klassen, ihre verdächtigen Abmachungen und ihren Kuhhandel, ihre verbrecherischen Verschwörungen gegen die Freiheit der Völker und gegen den Frieden vor den Blicken der Volksmassen zu verbergen.

In jedem Fall tarnten diese Züge den reaktionären und aggressiven Charakter, wie er der Außenpolitik und Diplomatie aller kapitalistischen Mächte eigen war, die den Weg der imperialistischen Entwicklung betraten. Besonders prägnante und bedrohliche Formen aber nahmen sie in der Außenpolitik und Diplomatie des deutschen Imperialismus an, der gerade erst im Entstehen begriffen, sich bereits voll und ganz auf den vom Junkertum geschaffenen Militarismus des verpreußten Deutschlands stützen konnte. Während das Monopolkapital seine wirtschaftliche Macht unermesslich verstärkte, beließ es die politische Gewalt und die militärische Macht in den Händen des Junkertums, das die Hauptstütze der Monarchie darstellte. Diese Annäherung zwischen der monopolistischen Bourgeoisie und dem Junkertum nahm vielfältige Formen an. Die Stärkung der Bourgeoisie gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat keineswegs eine Schwächung der Positionen des Junkertums nach sich gezogen. Diese Klasse machte nicht mehr als ein Zehntel Prozent der gesamten Bevölkerung aus, war aber dafür der Besitzer von fast 30 Prozent des gesamten Bodens. In den Jahren der andauernden Agrarkrise hat das Junkertum nicht nur nicht gelitten, sondern hat im Gegenteil geschickt und vor allem vorteilhaft das System des Agrarprotektionismus im eigenen Interesse ausgenutzt. Da es sich an der Macht befand, hatte es die Möglichkeit, diese Vorteile sich selbst zukommen zu lassen. Das ewige Geschrei über den Ruin der Landwirtschaft, das aus den Kreisen des Bundes der Landwirte ertönte, traf voll und ganz auf die Klein- und Mittelbauernschaft zu, für die Großgrundbesitzer war es nur ein bequemer Rauchscheiter, hinter dem sie mit Hilfe des Staates, ihres Staates, ihre Vorteile und Ziele anstrebten. Graf Anton Monts, der preußische Gesandte in München, stellte fest: „Die Begehrlichkeit der agrarischen Konservativen wird nur durch ihre Borniertheit übertroffen.“<sup>70</sup> Später, als die Preise für die Produkte der Landwirtschaft auf dem Weltmarkt anzogen, bemühten sich die Agrarier, keineswegs ohne Erfolg, auch diese günstige wirtschaftliche Konjunktur im eigenen Interesse auszunutzen. Zugleich blickten sie eifersüchtig auf den noch rascher wachsen-

<sup>70</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 43.

den Reichtum und auf die soziale Macht der Industrie- und Finanzbourgeoisie.

Die periodisch wiederkehrenden Krisen stellten gewöhnlich mächtige Anstöße zur Neuverteilung des Reichtums dar. Indem die Krisen dem Handwerk, der Klein- und sogar der Mittelbourgeoisie harte Schläge versetzten, förderten sie die Konzentration des Kapitals in den Händen der industriellen und finanziellen Großbourgeoisie. Diese Bourgeoisie, die ihre frühe und vergängliche demokratische und selbst nur liberale Begeisterung längst vergessen hatte, liebbedienerte vor der Monarchie. Da sie sich fürchtete, die revolutionären Leidenschaften der zahlenmäßig starken Arbeiterklasse zu wecken, gab sie die Ansprüche auf die Staatsmacht gern auf und war sklavisch bereit, diese Macht für ein Vorrecht des Junkertums zu halten. Für den laufenden Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaftsorganisationen hatte das Großkapital, das bereits in Form von Kartellen, Syndikaten usw. auftrat, auch besondere Unternehmerverbände geschaffen. Diese Verbände standen einerseits in engem Kontakt mit der Regierung und führten anderseits den alltäglichen Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Allein in den letzten fünf Jahren des 19. Jahrhunderts, in den Jahren des industriellen Aufschwungs, entstanden in Deutschland 138 neue Arbeitgeberverbände.<sup>71</sup> Aber diese Klassenorganisationen der Bourgeoisie waren keineswegs zersplittert: Der Zentralverband deutscher Industrieller wurde bereits zu einem der Hauptstäbe der reaktionären Politik des Monopolkapitals.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts, als sich die Formierung des Imperialismus ihrem Ende näherte, zeichnete sich in Deutschland die Verstärkung der Reaktion auf der ganzen Linie klar ab, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik, die im Zeichen der wachsenden Expansion stand. Diese Jahre standen ferner im Zeichen einer neuen Offensive der herrschenden Klassen gegen breite Massen des werktätigen Volkes und insbesondere gegen die Arbeiterklasse. Die Offensive zielte darauf ab, den Lebensstandard der Werktätigen zu drücken, sie der politischen Rechte zu berauben, den Einfluß der Sozialdemokratie und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften zu untergraben und die Arbeiterklasse dem ideologischen und politischen Einfluß der Bourgeoisie zu unterwerfen.

Unter den Bedingungen der wachsenden Rivalität mit den anderen imperialistischen Mächten, als in den führenden Kreisen des Finanzkapitals die Idee des Kampfes um die Weltherrschaft heranzureifen begann, war

<sup>71</sup> Jürgen Kuczynski, „Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 209.



die Großbourgeoisie daran interessiert — um mit Lenin zu sprechen —, „etwas in der Art eines Bündnisses... der Arbeiter der betreffenden Nation mit ihren Kapitalisten *gegen* die übrigen Länder zu schaffen“<sup>72</sup>. In diesem Bündnis, falls man ein solches zustande bringen könnte, erblickte die Bourgeoisie das wirksamste Mittel, das die kapitalistische Ordnung in der Friedenszeit vor revolutionären Erschütterungen schützen und ihr soziales Hinterland bei einem kriegesischen, im Interesse der imperialistischen Neuaufteilung der Welt herbeigeführten Zusammenstoß mit anderen Mächten sichern könnte.

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden in Deutschland ebenso wie in anderen imperialistischen Ländern die wirtschaftlichen Bedingungen, auf deren Grundlage sich zwei Tendenzen in der Arbeiterbewegung abzeichnen begannen. „Einerseits ist es die Tendenz der Bourgeoisie und der Opportunisten“, so schrieb Lenin, „das Häuflein der reichsten und privilegierten Nationen in ‚ewige‘ Schmarotzer am Körper der übrigen Menschheit zu verwandeln, ‚auf den Lorbeeren‘ der Ausbeutung der Neger, Inder usw. ‚auszurufen‘ und deren Unterwerfung aufrechtzuerhalten mit Hilfe des modernen Militarismus, der mit einer großartigen Vernichtungstechnik ausgestattet worden ist. Andererseits ist es die Tendenz der *Massen*, die stärker denn je unterdrückt werden und alle Qualen der imperialistischen Kriege erdulden, dieses Joch abzuwerfen, die Bourgeoisie zu stürzen.“<sup>73</sup> Dieser Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung machte sich am frühesten und krassesten in England geltend, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen, und zwar solche spezifisch kolonialen Typs.<sup>74</sup> Aber auch in Deutschland war die Verbindung zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem Sozialopportunismus in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts bereits hergestellt.

In diesen Jahren wuchsen die Profite der deutschen kapitalistischen Monopole weiter an. Was den Lohn der Arbeiterklasse betrifft, so blieb er nominal der gleiche, sank aber real angesichts der hohen Preise für die Massenbedarfsgüter. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß der Eintritt des deutschen Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus eine Steigerung der Arbeitsintensität, eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse und eine absolute Verschlechterung ihrer materiellen Lage nach sich zog.

<sup>72</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 14.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 16/17.

<sup>74</sup> Siehe W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 872.

Es ging eine ununterbrochene, absolute und relative Verelendung der Arbeiterklasse vor sich.<sup>75</sup>

Zugleich sonderte sich unter gewissen Schichten der Arbeiterklasse eine kleine Gruppe ab, deren Lohn anstieg, deren Lebensstandard und deren ganze im allgemeinen kleinbürgerliche Lebensweise über den Lebensstandard der Hauptschichten des Proletariats hinausging. So begann diese Zwischenschicht der besser bezahlten Arbeiter sich mit der Kleinbourgeoisie zu verschmelzen und in eine Art Arbeiteraristokratie zu verwandeln, deren soziale und politische Funktion weitaus bedeutsamer werden sollte als ihre zahlenmäßige Stärke. Sie wurde zum Träger des bürgerlichen Einflusses und der bürgerlichen Zersetzung in der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie war an der Bildung und an der Aufrechterhaltung der Arbeiteraristokratie stark interessiert, um so mehr, als sie diese durch Bruchteile jener riesigen Extraprofite bezahlen konnte, die sie aus verschiedenen Quellen, stets durch die Ausbeutung gewaltiger Massen der Werktätigen und erst recht der eigenen Arbeiterklasse, bezog. Die deutsche Bourgeoisie besaß zum Unterschied von der englischen kein großes und reiches Kolonialreich, dessen viele Millionen zählende Bevölkerung härtester Ausbeutung ausgesetzt war und ein riesiges Reservoir der Extraprofite darstellte. Immerhin bezog auch die deutsche Bourgeoisie einen gewissen Anteil Extraprofite aus den eigenen und noch mehr aus den englischen Kolonien, in die sowohl ihre Waren als auch ihr Kapital eindringen. Sie besaß kein Monopol auf dem Weltmarkt, strebte aber bereits danach, diese Stellung zu erringen.

In einzelnen, und zwar nicht unwichtigen Zweigen wurde Deutschland bereits damals zum Alleinbesitzer oder zum bedeutenden Teilhaber eines Weltmonopols. Als Beispiel könnte man das Dynamitkartell erwähnen, an dem sich neben der deutschen Firma Köln-Rottweil die englische Firma Nobel-Dynamit und die amerikanische Firma Du Pont beteiligten. Außerdem standen Deutschland auch noch andere, recht vielseitige und wachsende Quellen der Extraprofite zur Verfügung. Die Gewinne aus den drei Kriegen, die Bismarck in den sechziger und siebziger Jahren in Europa geführt hatte, beschränkten sich natürlich nicht allein auf die Kontribution, die Frankreich nach seiner Niederlage zahlte. Bekanntlich gaben sie der geschäftlichen Aktivität der Bourgeoisie einen starken Anstoß. Man darf die Tatsache nicht außer acht lassen, daß Deutschland die Möglichkeit hatte, über eine Million ausländischer Arbeiter — Polen, Italiener, Russen und österreichische Slawen —, die in den Gruben und als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft tätig waren, erbarmungslos auszubeuten. Die Lage dieser ausländischen Arbeiter unterschied sich nur wenig von der Lage der Kolonialsklaven.

<sup>75</sup> Siehe Jürgen Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. I, Kap. III.

Große Bedeutung hatten die Profite, die aus den Kapitalinvestitionen im Ausland – in Europa, in Amerika und dann auch in anderen Erdteilen – erzielt wurden. Eine wichtige Quelle der Extraprofite waren die Ausbeutung der Landbevölkerung sowie die Monopolpreise, die einmal auf dem inneren Markt festgesetzt, den breitesten Massen des deutschen Volkes aufgebürdet wurden.

„Es ist begreiflich“, schrieb später W. I. Lenin, „daß man aus solchem gigantischen *Extraprofit* (denn diesen Profit heimsen die Kapitalisten extra ein, über den Profit hinaus, den sie aus den Arbeitern ihres ‚eigenen‘ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie *bestechen kann*. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der ‚fortgeschrittenen‘ Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.“<sup>76</sup> Diese Bestechung ging auch in Deutschland vor sich, und zwar ebenfalls in großem Ausmaß und in verschiedensten Formen. Die politischen Folgen dieser wirtschaftlichen Tatsache wurden vom Standpunkt der grundlegenden historischen Interessen der Arbeiterklasse immer bedeutsamer und ernster. Hinzu kam noch der wachsende Einfluß kleinbürgerlicher Elemente, die – infolge ihrer Verarmung – in die Arbeiterklasse eindrangten.

Bereits 1885 schrieb Engels warnend an einen der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Wilhelm Liebknecht: „Das kleinbürgerliche Element in der Partei bekommt mehr und mehr Oberwasser.“<sup>77</sup> Zehn Jahre später stellten scharfsichtige Beobachter in den herrschenden Kreisen Deutschlands befriedigt fest, daß sich der Zustrom kleinbürgerlicher Elemente zur Sozialdemokratischen Partei in der allgemeinen Richtung ihrer Politik im Sinne der Abkehr von den revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse widerspiegelte. Daran knüpften sie ihre Hoffnungen auf endgültige Entartung der Partei. So schrieb Graf Monts, der preußische Gesandte in München, der das politische Leben in Deutschland aufmerksam verfolgte, bereits 1895: „Die Sozialdemokratie soll, wie ich von gut unterrichteten Leuten höre, jetzt auch unter den kleinen Beamten, Postboten, Schutzleuten, Amtsdienern immer weitere Anhänger gewinnen. Man hofft, daß sie sich allmählich zu einer radikalen Linken umgestalten wird. Eigentümlicherweise“, so schloß er, „sind schon heute die sozialistischen Abgeordneten in vielen Fragen geradezu eine Stütze der Regierung.“<sup>78</sup> Später wurde dieses kleinbürgerliche Element zusammen mit der

<sup>76</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 774.

<sup>77</sup> Friedrich Engels, Brief an Wilhelm Liebknecht, 4. Februar 1885; Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Teil I, S. 391.

<sup>78</sup> Bülow „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 37.

sich formenden Arbeiteraristokratie zum Träger des politischen und ideologischen Einflusses der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse, der Entstehung und Entwicklung opportunistischer Kräfte in der Arbeiterbewegung. Lenin stellte fest: „Der Opportunismus wurde im Laufe von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgerufen, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese ‚verbürgerlichte‘, ihnen gewisse Brocken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ und sie von dem Elend, den Leiden und den revolutionären Stimmungen der ausgebeuteten und verletzten Massen losriß.“<sup>79</sup>

Im Kampf gegen die revolutionären Stimmungen und die demokratische Bewegung breiter Massen des deutschen Volkes, im Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre sozialistischen Ideen stand der preußisch-deutsche Staat stets auf der Wacht der Interessen des Großbesitzes. Mit seiner ganzen militärischen und politischen Autorität imponierte er dem Bürger und verwandelte ihn in den „Untertan“<sup>80</sup>.

Auf diesem Boden, auf dem Boden des Kampfes gegen die Arbeiterklasse und die sozialistische Bewegung, zeigte sich schon lange, wenn nicht die volle Einheit, so doch auf jeden Fall die Interessengemeinschaft der beiden herrschenden Klassen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als der Prozeß des Verwachsens zwischen dem Industrie- und Bankkapital soweit gediehen war, wurde die Annäherung zwischen den Kreisen der alten landbesitzenden Aristokratie und denen des industriellen Großkapitals und der Bankplutokratie nur noch enger. Die Umwandlung der Großgrundbesitzer zugleich in Besitzer von Branntweinbrennereien oder Zuckerfabriken war gang und gäbe geworden. Aber zu dieser Zeit wurde auch die Anlage eines großen Teils der Agrariergewinne in Obligationen der industriellen Großbetriebe eine nicht minder gewohnte Erscheinung. Es handelt sich nicht nur um solche Multimillionäre unter den Großagrarern wie die Hohenzollern und die anderen regierenden Häuser, sondern auch um solche Vertreter der großen Agrararistokratie wie Graf Arnim (Besitzer von 93 Gütern mit insgesamt 76 000 Hektar), Baron Eckardstein, Fürst Putbus, Herzog Ratibor und andere. Breitere Kreise der Besitzer von Gütern mit je 1000 bis 2000 Hektar begannen ebenfalls den Anschluß an die „Wirtschaft“ zu suchen. In politischer Hinsicht war das um so wichtiger, als diese Klasse die leitenden Kader des Staatsapparats stellte. Aus ihr rekrutierten sich die Kader der Generalität und des Offizierskorps.

<sup>79</sup> W. I. Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 46/47.

<sup>80</sup> In dem Roman „Der Untertan“ hat Heinrich Mann die Grundzüge des damals in Deutschland entstandenen neuen sozialen Typs sehr fein und wahrheitsgetreu aufgedeckt.

Die Beteiligung der Agrarier an der „Wirtschaft“ nahm mannigfache Formen an. In einigen Fällen kam es zu unmittelbarer (offener oder geheimer) Beteiligung politisch einflußreicher Persönlichkeiten an Industriebetrieben oder sogar zur Tätigkeit in Aufsichtsräten, in anderen Fällen bestand die Mitwirkung darin, daß dieser oder jener Firma Staatsaufträge zu recht günstigen Bedingungen erteilt wurden. Viele von ihnen hielten es für angängig, sich nicht nur offen oder durch Strohleute an kommerziellen und industriellen Betrieben zu beteiligen, sondern den Firmen und Betrieben auch die Möglichkeit zu bieten, sich durch ihren hohen aristokratischen Namen zu tarnen, ihre Beziehungen zu Regierungskreisen auszunutzen usw. Natürlich war das für beide Parteien nicht ohne Vorteil.

Es häuften sich die Fälle, da hohe Beamte unter Beibehaltung ihrer Beziehungen zum Staatsapparat in den Dienst von privaten oder Aktienbetrieben und Firmen traten. Gerade damals tauchte in Deutschland der allgemein bekannte Typ des Bürokraten auf, den man sowohl in den Regierungskanzleien als auch in den Direktionen der Banken und der Großbetriebe traf: gepflegt, selbstzufrieden, selbstsicher, mit der obligatorischen dicken Zigarre zwischen den Lippen und einer Perlnadel in der Krawatte. In dieser Periode vergrößerte sich zweifellos das soziale Gewicht der bürokratischen Elemente. Diese Elemente spielten eine nicht geringe Rolle als das Bindeglied, das die beiden herrschenden Klassen – den Großgrundbesitz und die Großbourgeoisie – verband.

Nachdem sie erkannt hatten, daß sich die aus der Industrie bezogenen Millioneneinnahmen durch nichts von den Millioneneinnahmen aus den Gütern unterscheiden, begannen die größten Agrarier sich zugleich in die größten Industriebarone zu verwandeln. Als Beispiel hierfür kann die Beteiligung der Fürsten Pleß und Henckel von Donnersmark, der Grafen Schaffgotsch, Ballestrem und anderer Vertreter des aristokratischen Adels Schlesiens an der Bergbauindustrie ihres Bezirks dienen. Viele von ihnen wurden zu Teilhabern und sogar zu Gründern kolonialer Unternehmungen jeglicher Art<sup>81</sup>, zuweilen recht anrüchigen, spekulativen Charakters.<sup>82</sup> Aber

<sup>81</sup> So beteiligten sich zum Beispiel an kolonialen Firmen der König von Württemberg, der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha, Prinz Reuß und viele andere. (Richard Lewinsohn, „Das Geld in der Politik“, Berlin 1930, S. 36/37.)

<sup>82</sup> Mehr als einmal nahmen derartige Spekulationen und Affären unter Beteiligung hochgestellter Persönlichkeiten die Form eines gesellschaftlichen und politischen Skandals an, der aber nach Möglichkeit rasch vertuscht wurde. Von der Art war zum Beispiel die Geschichte mit der Firma Tippelskirch & Co. Diese Firma war 1895 für die deutschen Kolonialtruppen der Monopollieferant mit sagenhaft hohen Preisen. Später stellte es sich heraus, daß an dieser Firma mit 40 Prozent der ehemalige preußische Landwirtschaftsminister (Husarengeneral i. R. und ehe-

dieser Prozeß der Annäherung der aristokratischen und Adelskreise an die großkapitalistischen Kreise war nicht einseitig. Die Banken führten nicht geringe Operationen mit Hypothekenwerten durch. Einige der größten Industriemagnaten wurden zugleich Besitzer von Bodenschätzen. In dem Bestreben, ihr soziales Gewicht zu mehren, waren zahlreiche Vertreter der Finanz- und Industriewelt auf Adels- und Staatstitel aus. Von den größten Industriellen haben wohl nur Thyssen, Krupp und Kirdorf ihre bürgerlichen Familiennamen beibehalten. Auch ohne Adelstitel fühlten sie sich als vollberechtigte industrielle Feudalherren. Allgemein aber wurden sehr viele Vertreter der Bank-, Handels- und Industriekreise in den Adelsstand erhoben.

Es war von alters her üblich, daß die preußischen Könige ihren Leibbankiers Adelstitel schenkten. Einer der ersten Bankiers, der bereits unter Friedrich II. in den preußischen Adelsstand erhoben wurde, war der Franzose de Rougecot. Zu den Zeiten Wilhelms I. erhielten der Direktor der Disconto-Gesellschaft, Adolf Hanseemann, der Chef des Bankhauses Krause, der Bankier Herschel Bleichröder, der die Geldangelegenheiten des „eisenen Kanzlers“ besorgte, ihre Adelstitel. Unter Wilhelm II. wurde die Erhebung großer Finanziers und Industrieller in den Adelsstand, ihre Auszeichnung mit Titeln und Orden zu einer recht alltäglichen Erscheinung. Viele von diesen Bourgeois erwarben Adelsgüter oder versuchten durch Eheschließungen beim aristokratischen Adel Anschluß zu finden. Sie machten sich zunutze, daß die Agrarkreise ihrerseits nach einer Gelegenheit suchten, ihre morschen aristokratischen Wappen zu vergolden.<sup>83</sup> Bei der Annäherung an die Großbourgeoisie behielt das Junkertum seine herrschenden Stellungen im Staatsapparat und in der Armee bei, an deren Verstärkung auch die imperialistischen Kreise interessiert waren. In der Vergrößerung und ständigen Neuausrüstung der Armee sahen die Schwerindustrie und die sonstigen Lieferanten des Staates direkten und unmittelbaren Nutzen für sich. Beide herrschende Klassen sahen in der Armee eine Waffe zur Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie sahen in ihr auch die Hauptwaffe des Kampfes gegen die Rivalen auf dem Kontinent in der Sphäre der neuen „Weltpolitik“. Der alte, aggressive Geist, der stets vom Junkertum in Preußen und in Deutschland gepflegt wurde,

---

maliger Staatssekretär des Reichspostamtes, im Jahre 1900 einer der Kandidaten für den Posten des Reichskanzlers) von Podbielski beteiligt war, der seine Frau vorgeschoben hatte. (Richard Lewinsohn, „Das Geld in der Politik“, S. 37/38.)

<sup>83</sup> So wurden unter anderem nahe Familienbeziehungen zwischen den großkapitalistischen Kreisen und den Beamten des diplomatischen Dienstes angeknüpft. Die Erbin Krupps heiratete den Botschafter von Bohlen und Halbach, der Botschafter von Kühlmann war mit der Enkeltochter des Königs der Eisenindustrie, Stumm, verheiratet.

verlieh der imperialistischen Aggression und den Eroberungsgelüsten eine noch schärfere Form. W. I. Lenin hat den Charakter des deutschen Imperialismus wie folgt definiert: „Hier haben wir das ‚letzte Wort‘ der modernen großkapitalistischen Technik und planmäßigen Organisation, *die dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterordnet ist.*“<sup>84</sup> Die deutsche Diplomatie war gegen Ende des 19. Jahrhunderts eben die Diplomatie des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus.

## 4

Vom ersten Augenblick seines Bestehens an trat das Deutsche Reich als ein Staat militaristischen Typus vor die Welt. In keinem europäischen Land pflegten die herrschenden Klassen den Kult des Militarismus und des Krieges mit einer solchen Beharrlichkeit und Konsequenz, und nirgends in der Welt, mit Ausnahme Japans, wurden die militärisch-räuberischen, aus den Zeiten des Feudalismus stammenden Traditionen mit einem solchen Aufwand und mit einer solchen Beständigkeit zum Staatsprinzip und zur höchsten Tugend erhoben, wie das in Preußen und dem verpreußten Deutschland der Fall war. Seit Preußen praktisch darangegangen war, ein Deutsches Reich unter seiner Oberhoheit unter Dach und Fach zu bringen, verwandelte sich der „Alte Fritz“ — der preußische König Friedrich II., einer der Väter des militaristischen Systems<sup>85</sup> — in das Idol nicht nur des Junkertums, sondern auch des Spießbürgertums, das stets bereit war, sich vor dem Säbel einer mit der Staatsgewalt ausgestatteten Militär- und Polizeiperson zu fürchten und zu ducken. Hegel kleidete diesen Kult in philosophische Gewänder. Er behauptete, der preußische Staat sei die Verkörperung des absoluten Geistes und erblickte „die höhere Bedeutung“ des Krieges darin, „daß durch ihn . . . die sittliche Gesundheit der Völker . . . erhalten wird . . .“ Der Krieg, so predigte er, bewahre die Völker „vor der Fäulnis“<sup>86</sup>. So beeilte sich die idealistische Philosophie gleichsam vom Olymp ihrer abstrakten Kategorien auf die Erde herabzusteigen, um den preußischen Staat zur Absolutheit zu erheben und den in Preußen entstandenen historischen Traditionen des Militarismus und des Aggressionskrieges ihre ideologische Sanktion und moralische Rechtfertigung zu geben. Das hatte eine nicht geringe Bedeutung; denn Friedrich Engels stellte fest, daß

<sup>84</sup> В. И. Ленин, «О ‚левом‘ ребячестве и о мелкобуржуазности», Сочинения, Bd. 27, S. 306.

<sup>85</sup> Siehe Hans Delbrück, „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte“, Teil 4 (Neuzeit), Berlin 1900—1936.

<sup>86</sup> G. W. F. Hegel, „Grundlinien der Philosophie des Rechts“, Stuttgart 1938, S. 434.

später „der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat“<sup>87</sup>.

Danach braucht man sich nicht zu wundern, daß General Moltke, einer der typischsten Vertreter der preußisch-deutschen Militärideologie in dem Bestreben, seine aggressiven Kriegspläne bis zum Niveau philosophischer Kategorien zu erheben, seine Anhänger belehrte: „Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner, der Krieg aber ein Glied in Gottes Weltordnung.“<sup>88</sup> Gegen Ende des 19. Jahrhunderts versammelte Heinrich von Treitschke, den W. I. Lenin zu den „deutschen, ärarischen und polizeitreuen Geschichtsschreibern“<sup>89</sup> zählte, in der Berliner Universität ein großes Auditorium aus den Reihen der junkerlichen und bürgerlichen Jugend, rühmte die preußisch-deutschen militaristischen Traditionen und versuchte, ihnen eine umfassende, historische Begründung zu geben. „Wer die Geschichte kennt“, so sagte er, „der weiß auch, es wäre geradezu eine Verstümmelung der menschlichen Natur, wenn man den Krieg aus der Welt schaffen wollte.“<sup>90</sup> Ein anderes Mal behauptete er: „In den großen Krisen im Völkerleben ist der Krieg immer ein milderer Heilmittel als die Revolution, weil er die Treue wahrhaft und sein Ausgang wie ein Gottesurteil erscheint.“<sup>91</sup> Die historische Konzeption Treitschkes, die in äußerst nationalistischem und aggressivem Geiste ausgearbeitet war, prägte der gesamten militaristischen Ideologie des am Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden deutschen Imperialismus ihren Stempel auf. Von einem fanatischen Glauben an die historische Mission der preußischen Hohenzollerndynastie erfüllt, brachte Treitschke dem Volk, der Demokratie und dem Sozialismus einen ebenso fanatischen Haß entgegen. Seine Konzeption war dazu bestimmt, die räuberische Rolle des preußischen Staates und der preußischen Armee zu rechtfertigen und durch Lobpreisung der altpreußischen Traditionen die neuen Bestrebungen des Deutschen Reiches zu stützen.

Aber bereits Heinrich Heine, der große deutsche Dichter, hatte das wahre, reaktionäre Wesen dieser Traditionen aufgedeckt. Bei uns Deutschen, so schrieb er, ist die Chronik des Mittelalters noch nicht abgeschlossen, und ihre jüngsten Seiten sind mit dem Blute unserer Angehörigen und Freunde übergossen, und diese glänzenden Rüstungen bedecken immer

<sup>87</sup> Friedrich Engels, „Einleitung zu ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich‘“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Werke in zwei Bänden*, Bd. I, S. 456.

<sup>88</sup> Feldmarschall Graf Moltke, „Kriegslehren. Die operativen Vorbereitungen zur Schlacht“, Teil I, Berlin 1911, S. 1.

<sup>89</sup> В. И. Ленин, «Против бойкота», *Сочинения*, Bd. 13, S. 8.

<sup>90</sup> Heinrich von Treitschke, „Politik“, Bd. II, S. 362.

<sup>91</sup> Heinrich von Treitschke, „Historische und politische Aufsätze“, Bd. II, Leipzig 1903, S. 559.



noch die lebendigen Körper unserer Henker. Jahrzehnte gingen vorüber. Preußen hatte es verstanden, seine Herrschaft dem ganzen deutschen Volk aufzuzwingen, aber im Königreich Preußen änderte sich nichts. Der Militarismus existierte nach wie vor und, mehr noch, erweiterte und verstärkte seinen Einfluß auf allen Gebieten des politischen Lebens. Engels gab für diese Tatsache eine tiefeschürfende und richtige Erklärung. „Solange die preußische Dynastie und die preußische Regierung“, so schrieb er im Jahre 1870, „ihre traditionelle Politik fortsetzen werden, brauchen sie eine Armee, die ein gehorsames Werkzeug dieser Politik ist... einer oligarchischen Außen- und einer reaktionären Innenpolitik.“<sup>92</sup>

Nach der Vereinigung Deutschlands auf preußischer Grundlage, als unter den herrschenden Klassen, die durch die „nationale Tat“ keineswegs gesättigt waren, Bestrebungen aufkamen, sich auch die anderen europäischen Völker zu unterwerfen, wuchsen die Größe und der Kult der Armee im gleichen Maße wie auch der politische Einfluß der gesamten preußisch-junkerlichen Militärkaste. Damals wurde nur den Königreichen Bayern, Sachsen und Württemberg (und auch nur in Friedenszeiten) eine eigene Armee belassen, die über eine mehr oder minder große Selbständigkeit verfügte. Alle übrigen Armeen der deutschen Staaten wurden in das preußische Militärsystem einbezogen und erhielten auf diese Weise die Gelegenheit, am eigenen Leibe zu erfahren, was dieses System in der Praxis bedeutete. Schon Friedrich II. hatte behauptet, daß der preußische Soldat seinen Offizier mehr als den Feind fürchten müsse. Dieses Ziel entsprach voll und ganz dem Geschmack und den Interessen der preußischen Militärkaste, die die Bauern als Arbeitsvieh, die Soldaten aber als ein Werkzeug betrachtete, das gehorsam ist und mit Hilfe von Speißruten und Drill dahin gebracht werden kann, im wahrsten Sinne dieses Wortes als ein Werkzeug zu handeln. Bei der Einführung solcher Methoden spielte der Umstand eine nicht geringe Rolle, daß die Prahlerei und der Hochmut des sturen preußischen Offiziers, insbesondere nach den Kriegen 1864 bis 1871, weit über seine wirklichen Fähigkeiten hinausgingen. Nach Worten von Engels, der sich bekanntlich in militärischen Dingen vortrefflich auskannte, „behandeln die preußischen Unteroffiziere und Feldwebel, wenn sie die ihnen übertragenen Aufgaben nicht ausführen können, ihre Untergebenen mit einer Brutalität und Härte, die ihrer Pedanterie wegen doppelt widerlich sind“<sup>93</sup>. Bei gleicher Gelegenheit bemerkte er, daß „die Armeepedanten eine Armee wollen, die, was

<sup>92</sup> Friedrich Engels, „Prinzipien des preußischen Militärsystems“; К. Маркс и Ф. Энгельс, Сочинения, Bd. XIII, Teil II, S. 131, 132 (Artikel in „Pall Mall Gazette“ Nr. 1764 vom 8. Oktober 1870. *Die Red.*).

<sup>93</sup> Friedrich Engels, „Die Armeen Europas“; К. Маркс и Ф. Энгельс, Сочинения, Bd. X, S. 638 (Artikel in „Putnam's Monthly“, 1855. *Die Red.*).

ihren Drill, ihr allgemeines Äußere und ihre Solidität anbelangt, unter den übrigen europäischen Armeen nicht ihresgleichen hätte“<sup>94</sup>.

Nach der militärischen Zerschmetterung Frankreichs nahm dieses Bestreben, Europa mit der eigenen, im Geiste preußischer Traditionen, im Geiste der Überheblichkeit, Pedanterie und Aggressivität erzogenen Armee einzuschüchtern, noch nie dagewesene Formen an. Alles, womit sich die preußische Armee brüstete, selbst ihre widerlichsten Züge, wurde zur Schau gestellt, und man kann nicht sagen, daß die Zeitgenossen über das, was sie im verpreußten Deutschland zu sehen bekamen, entzückt waren. Gleb Uspenski, der hervorragende russische Schriftsteller und Demokrat, der eine Reise nach Deutschland kurz nach dessen Vereinigung unternahm, beschrieb seine Eindrücke in folgenden Worten: „Kaum haben Sie die Grenze überquert... und schon steht Berlin da mit einem Kasernengeist, von dem man bei uns keine Vorstellung hat... Säbel, Sporen, Helme, Schnurrbart, zwei Finger am Mützenschirm, unter dem auf einem eng geknöpften Kragen die selbstzufriedene Visage des Siegers sitzt — trifft man alle Augenblicke, auf Schritt und Tritt. Hier wird salutiert, da wird die Wache abgelöst, dort wird wie wahnsinnig mit dem Gewehr hantiert, und dann zieht man mit stolzer Miene irgendwohin. Aber das Wesentliche ist, daß man von seiner Sache *überzeugt* ist... Fragen Sie irgendeinen dieser Schnurrbärte nach seinem Feind, und Sie werden sich wundern, was für eine mustergültige bewußte Bestie in ihm sitzt.“<sup>95</sup>

Diese Bestie wetzte ständig ihre eisernen Krallen. Vor dem Kriege gegen Frankreich versuchten die Regierung und die von ihr inspirierte Presse das deutsche Volk zu überzeugen, daß das Anwachsen der Rüstungen von der äußeren Gefahr diktiert werde und daß, sobald nur „der Erbfeind Deutschlands“, Frankreich, geschlagen sei, eine Ära des Friedens, des allgemeinen Wohlergehens und der Einschränkung der Rüstungen anbrechen werde. August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter, der im Herbst 1870 im Norddeutschen Reichstag und im Frühjahr 1871 im gesamtdeutschen Reichstag sprach (er war damals der einzige Abgeordnete der sozialistischen Partei) entlarvte öffentlich diese Legende, die geschaffen worden war, um das deutsche Volk, das die Last des Militarismus auf seinen Schultern bereits gespürt hatte, zu täuschen. Und in der Tat, nach der militärischen Zerschlagung des „Erbfeindes“ erhielt der preußisch-deutsche Militarismus neue Nahrung für sein Wachstum und neue Argumente in Form der französischen Revanchepolitik.

Durch die Pariser Kommune und durch den Einfluß, den sie auf die

<sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> Г. Успенский, «Большая совесть», Полн. собр. соч. изд. Фукса, Bd. I, S. 326.

Arbeiter- und die sozialistische Bewegung in Deutschland und in den übrigen Ländern ausübte, beunruhigt, betrachteten die herrschenden Klassen die Armee nicht nur als ein Werkzeug der Außenpolitik und der militärischen Aggression, sondern auch als ein Werkzeug zur Festigung der eigenen Herrschaft im Lande und der militärischen Intervention. Bereits Bismarck und Moltke hatten sich der preußisch-deutschen Armee bedient, um in Frankreich militärisch zu intervenieren und die Pariser Kommune abzuwürgen.<sup>96</sup> Diese Erfahrung war — was die Ausnutzung des Militarismus im Kampf gegen die Entwicklung der Arbeiter- und der sozialistischen Bewegung, im Interesse der Reaktion anbelangt — nicht umsonst vorübergegangen. Wir können, so schrieb Moltke, weder in der Innen- noch in der Außenpolitik ohne die Armee auskommen.<sup>97</sup> Nach eigenem Eingeständnis Bismarcks hat ihm die Pariser Kommune mehr als eine schlaflose Nacht bereitet. Und auch Moltke verspürte ständige Angst, wenn er an die Revolution und an ihre Führer, die „professeurs de barricades“ dachte. Als er die Armee schuf und vergrößerte, fürchtete er stets das Volk, das, einmal bewaffnet, leicht den Gehorsam verweigern kann. Die Gewehre sind bald ausgeteilt, aber nicht so bald zurückzubekommen, gab Moltke zu bedenken.

In der Atmosphäre des bis dahin unbekannten aggressiven Nationalismus wurde der Goldstrom der Milliarden, die Deutschland als Ergebnis des Krieges gegen Frankreich erhielt, fast restlos zur Vorbereitung eines neuen Krieges verwandt: zur Vergrößerung und Neubewaffnung der Armee, zum Bau von Kasernen und strategischen Eisenbahnen, zur Verstärkung alter Festungen und zum Bau von neuen. Gleichzeitig leitete man verschiedene Umwandlungen in der gesamten deutschen militärischen Organisation ein. Mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande leistete der Reichstag mehr als einmal Widerstand oder tat wenigstens so, als widersetze er sich den Forderungen der Bismarckregierung, die immer neue und neue Bewilligungen im Interesse des wachsenden Militarismus verlangte. Aber die Sache endete jedesmal mit dem Siege der junkerlich-militaristischen Clique. Bismarck löste den Reichstag auf und brachte mit Hilfe verschiedener Wahlmachten letzten Endes noch immer zwar unbedeutende, aber doch gehorsame Mehrheiten zustande, die für die von ihm benötigten Militärgesetze und Militärkredite stimmten. Bereits 1874, drei Jahre nach Abschluß des Frankfurter Friedensvertrages, wurde das Gesetz über die Vergrößerung der deutschen Armee von durchschnittlich 350 000 Mann (Soldaten und Offizieren) auf fast 402 000 sowie das Gesetz über den Landsturm angenommen. Aber noch bevor die Geltungsdauer dieser Gesetze abgelaufen

<sup>96</sup> А. Молок, «Германская интервенция против Парижской Коммуны», Москва 1939.

<sup>97</sup> Moltke, „Kriegslehren“, S. 13.

war, wurde der Armeebestand erneut um 25 000 Mann (Offiziere, Fähnriche, Militärärzte usw. nicht eingerechnet) vergrößert. Außerdem wurde eine Verstärkung der Armee durch alljährliche Einberufung von Reservisten erreicht. Im Februar 1887, in der Atmosphäre des von ihm geschaffenen „Kriegsalarms“ warf Bismarck, um die nationalistischen Instinkte im Lande zu schüren, im Reichstag den ebenso prahlerischen wie herausfordernden geflügelten Satz hin: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“ Ein Beweis hierfür waren die 151 Millionen Mark, die vom Reichstag erneut für Rüstungen bewilligt wurden, das Gesetz über die weitere Vergrößerung der Armee um mehr als 40 000 Mann und ein anderes Gesetz, das das System des Landsturms von neuem reorganisierte (unter anderem wurde die Dienstzeit um 3 Jahre verlängert).<sup>98</sup> Im Jahre 1890 folgte eine neue Vergrößerung der deutschen Armee um fast 20 000 Mann und 1893, unter Caprivi, um weitere 70 000. Somit war die Stärke der Armee innerhalb von 20 Jahren um mehr als 50 Prozent angewachsen, während die Bevölkerungszahl in der gleichen Zeitspanne um nicht mehr als 25 Prozent stieg.<sup>99</sup> Die wachsenden Rüstungen im verpreußten Deutschland zwangen auch die anderen Staaten, beschleunigt aufzurüsten; schließlich verwandelte sich ganz Europa in ein riesiges, durch Staatsgrenzen geteiltes bewaffnetes Lager. Der überall wachsende Militarismus lastete als schwere Bürde auf den Schultern der Völker. Dieses Wachstum verstärkte sich besonders, als der Kapitalismus, der den Militarismus hervorgebracht hatte, in das imperialistische Stadium seiner Entwicklung eintrat.

<sup>98</sup> Aus diesem Anlaß schrieb Bebel später folgendes: „Auf diese Weise wurde im Jahre 1887 nicht nur in der Hauptsache die Wehrverfassung wiederhergestellt, die Preußen bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes besaß, aber damals beseitigte, diese wurde noch dadurch erweitert, daß die wehrfähigen Landstürmer im Falle außerordentlichen Bedarfs zur Ergänzung des Heeres und der Marine, also zum Dienst vor dem Feinde, und zwar auch in Feindesland, verwendet werden können. Der alte preußische Landsturm konnte nur in seiner heimatlichen Provinz in besonderen Landsturmorganisationen Verwendung finden. Auch war die kurzzeitige Ausbildung der Ersatzreserve eine der alten preußischen Heeresorganisation unbekannte Einrichtung.“ (August Bebel, „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!“, Stuttgart 1898, S. 23.)

<sup>99</sup> Hier die Zahlen, die von der Vergrößerung des Personalbestandes der deutschen Armee in der Friedenszeit von 1872 bis 1893 zeugen:

1872	350 000 Mann
1875	401 659 „
1881	427 274 „
1887	468 400 „
1890	486 983 „
1893	557 093 „

(Siehe August Bebel, „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!“, S. 24.)

Im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens hat das durch Kriege entstandene Deutsche Reich fast 16 Milliarden Mark für Rüstungen ausgegeben, um einen neuen Krieg vorzubereiten. So begann das deutsche Volk dafür zu zahlen, daß die Vereinigung Deutschlands nicht auf demokratischer, sondern auf preußisch-militaristischer Grundlage vor sich gegangen war.

Die Regierung und die herrschenden Klassen haben nicht wenig Mittel und Mühe aufgewandt, um den militärischen Geist im Lande zu züchten und zu festigen. Zu diesem Zweck waren in Deutschland schon seit langem „Kriegervereine“ geschaffen worden. Im Jahre 1898 schlossen sich diese Vereine, nach der Enthüllung des Denkmals Wilhelm I. in Thüringen auf dem Kyffhäuserberg, zum Kyffhäuserbund zusammen, der 2,5 Millionen Mitglieder zählte. Jedes Mitglied des Bundes sollte nach der Devise „Treue dem Kaiser, dem Reich, dem eigenen König und dem Vaterlande“ nicht nur als „Soldat in Zivil“, sondern auch als offener Gegner der sozialistischen Bewegung auftreten. Aber es stellte sich heraus, daß sogar einige Elemente dieses Bundes unter den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei geraten waren und ihr bei den Reichstagswahlen die Stimme gaben. Das hat unter den führenden Persönlichkeiten des Kyffhäuserbundes Beunruhigung und Empörung hervorgerufen. Im Jahre 1898 fiel General von Spitz, der Vorsitzende eines Kriegervereins, auf der Tagung in Weißenfels über die „Heuchler und Verräter“ her, drohte, „solche Menschen aus unseren Reihen auszustoßen“ und rief dazu auf, „mit allen Mitteln gegen die Sozialisten zu kämpfen“<sup>100</sup>. Diese letzte Aufgabe war eine der grundlegenden Aufgaben der militaristischen Organisationen.

Die Sozialdemokratische Partei führte ihrerseits den Kampf gegen den Militarismus, dessen Anwachsen und verhängnisvolle Folgen nicht unbeachtet bleiben konnten. August Bebel, der anerkannte Führer der Partei und der Arbeiterklasse, trat mit dem ihm eigenen Temperament und voller Überzeugung unermüdlich dem Militarismus entgegen und legte dem deutschen Volk dar, welche wirtschaftlichen Wurzeln und Klassenziele das militaristische System als Ganzes hat. Von der Tribüne des Reichstags und in Versammlungen, auf Parteitagungen und in der Presse wies er an Hand von Zahlen nach, daß die mit dem ununterbrochenen Wachstum der Rüstungen verbundenen Ausgaben durch die übermäßige Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung im Interesse einer kleinen Gruppe der herrschenden Klassen gedeckt werden. Er zeigte ferner, welches die Endergebnisse des begonnenen Wettrüstens zur See und zu Lande sein können. Er stellte fest, daß diese Rüstungen das Ziel haben, „der Unternehmer- und Kapitalistenklasse den Binnenmarkt und weiter die Eroberung des Weltmarkts zu

<sup>100</sup> В. Недзвецкий, «О развитии военного духа у населения иностранных государств»; «Военный сборник» 1907, Nr. 2.

sichern“, und schloß: „Entweder geht die bürgerliche Gesellschaft an einer ökonomischen oder an einer militärischen Katastrophe, oder auch an beiden zusammen zu Grunde, und wie immer diese kommt, sie wird den wirtschaftlich und politisch ausgebeuteten Klassen, d. h. der ungeheuren Volksmehrheit, sehr rasch die Erkenntnis bringen: so geht's nicht mehr weiter. Nur eine Umgestaltung unserer ganzen Verhältnisse von Grund aus wird alsdann die einzige, aber auch gründliche Rettung bringen.“ Eine der dringlichen Aufgaben der Sozialdemokratie erblickte Bebel darin, ohne die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft abzuwarten, gegen das System des Militarismus zu kämpfen, an dessen Aufrechterhaltung nur die herrschenden Klassen interessiert sind. Zu diesem Zweck stellte er den Regierungsplänen für die Vergrößerung der deutschen Armee und für die Verstärkung der Rüstungen den Plan der militärischen Reformen entgegen, der, wie er behauptete, „keinen anderen Zweck kennt als die Verteidigung des heimatlichen Bodens im Falle eines frivolen Angriffs und deshalb in ihrer“ (der Volkswehr. *Die Red.*) „Ausrüstung und Ausbildung Wege einschlägt, die diesem Zweck entsprechen“. Sein Plan bestand darin, an Stelle des stehenden Heeres eine Volkswehr zu schaffen, deren Unterhalt und Bewaffnung weniger Aufwendungen erfordere und die ihrem Geiste nach dem aggressiven und reaktionären Militarismus fremd wäre. Seinen Plan bekräftigte Bebel durch Bezugnahme auf einige zeitgenössische deutsche Militärschriftsteller (z. B. Bleibtreu), die auf der Grundlage der historischen Erfahrungen zu der Schlußfolgerung kamen, „daß in allen schweren Katastrophen der großen Kulturstaaten — England, Frankreich, Vereinigte Staaten, Preußen — es die Volkskraft in ihrer vollen Urwüchsigkeit und nicht die stehende Armee war, die das Land rettete“<sup>101</sup>.

Die antimilitaristische Tätigkeit Bebels hat nicht nur in den Regierungs-, sondern auch in breiteren Kreisen des Militärs und der Reaktion Beunruhigung ausgelöst. Diese Kreise inspirierten die Herausgabe einer volkstümlichen Literatur, die preislich ebenso billig war wie gedanklich und die Bebel böser Ränke, Ignoranz und sonstiger Todsünden überführen sollte. Diese flott geschriebenen Streitschriften waren jedoch lediglich auf die Ignoranz ihrer Leser berechnet.<sup>102</sup> Sie bildeten nur einen Teil der umfassenden, systematischen und lärmenden Propaganda, die im Lande betrieben wurde, um den Militarismus zu festigen, die Rüstungen weiter zu vergrößern und

<sup>101</sup> August Bebel, „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!“, S. 41, 43, 72/73.

<sup>102</sup> Franz Deritz, „Bebel, v. Boguslawski, Bleibtreu. Neuere Betrachtungen über Deutschlands Heer und Wehr“, Berlin 1899. Siehe auch die antisozialistischen Schriften: Ernst Fischer, „Der Wert der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft“, „Im Kampf mit den Führern der Sozialdemokratie“ und „Hoch die Führer der Sozialdemokratie!“, Berlin 1897, 1898, 1899.

breite Massen der Bevölkerung im Geiste des Chauvinismus und der Aggression zu erziehen. Natürlich stand Bebel in seiner antimilitaristischen Tätigkeit nicht allein da. Die Sozialdemokratische Partei entfaltete nicht nur eine Propaganda gegen den Militarismus, sondern trat damals gewöhnlich jeder Vergrößerung der Bewilligungen für die Armee und Flotte entgegen. Aber als Ganzes genügte ihre antimilitaristische Tätigkeit weder umfangmäßig noch inhaltlich, noch organisatorisch auch nur im geringsten den Aufgaben, die sich für die Partei der Arbeiterklasse in der damaligen Periode ergaben, als der entstehende Imperialismus dem weiteren Wachstum des Militarismus und des militaristischen Geistes einen neuen mächtigen Anstoß gab. Dazu suchten die in der Partei aufkommenden opportunistischen Elemente bereits nach Argumenten, die dieses Wachstum rechtfertigen sollten.

Der Aufstieg des junkerlichen Preußens über ganz Deutschland führte dazu, daß nicht nur der militaristische Geist, sondern auch die militaristischen Institutionen eine gewaltige Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben des ganzen Landes zu spielen begannen. Die Führer der preußischen Militärelite mischten sich so oder anders in die Angelegenheit der Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches ein. Sie taten das gewöhnlich insgeheim und betonten dabei laut, die „Soldatenpflicht“ gestatte es ihnen nicht, Fragen der Politik und insbesondere der „Parteipolitik“ zu berühren. Aber klarsichtige Zeitgenossen erkannten ihre wahre Bedeutung und die Rolle, die sie in der Zukunft noch zu spielen beabsichtigten. Nach einem Besuch in Deutschland schrieb Saltykow-Schtschedrin ohne jegliche satirische Übertreibung: „Das ganze Wesen des heutigen Berlins, seine ganze Weltgeltung, sind gegenwärtig in einem Gebäude konzentriert, das sich in Sichtweite des Königsplatzes erhebt und die Bezeichnung Generalstab trägt.“<sup>103</sup> Und in der Tat, der preußische Generalstab spielte im politischen Leben Deutschlands eine so hervorragende Rolle, wie es damals bei keinem Generalstab irgendeines anderen Landes der Fall war. Hier befand sich das Gehirn des in Deutschland allmächtigen preußischen Militarismus, und natürlich wurden hier auch die aggressiven Kriegspläne ausgearbeitet.

Der Große Generalstab, dessen Keim erstmals die Gruppe der Suite-offiziere des Königs war, errang nicht mit einmal die dominierende Stellung, wie er sie unter den führenden militärischen Institutionen Ende des 19. Jahrhunderts einnahm. Zunächst war er lediglich eine der Abteilungen des preußischen Kriegsministeriums. Im Jahre 1821 wurde der Generalstab durch eine Ordre des Königs von Preußen aus dem Ministerium ausgesondert und zu einer selbständigen Institution reorganisiert, aber sein Chef blieb weiterhin formell dem Kriegsminister unterstellt.<sup>104</sup> Erst 1888

<sup>103</sup> М. Е. Салтыков-Щедрин, «За рубежом», S. 68.

<sup>104</sup> Ф. Макшеев, «Генеральный штаб». Сравнительный очерк совре-

wurde bekanntgegeben, daß dem Chef des Großen Generalstabs das Recht eingeräumt werde, dem König von Preußen und deutschen Kaiser unmittelbar Bericht zu erstatten.<sup>105</sup> Diese neue Ordre war das Zeugnis für die Anerkennung der besonderen, erhöhten Bedeutung des Generalstabs, aber sie beseitigte keineswegs das formelle Durcheinander in der staatlich-administrativen Hierarchie der militärischen Instanzen, welches darauf zurückzuführen war, daß Preußen nach der Errichtung seiner Vorherrschaft in Deutschland wenig Neigung zeigte, seine Vorrechte im allgemeinen und in der Frage der Militärpolitik im besonderen aufzugeben.

Indessen gab es in Deutschland schon damals vier Armeen: die preußische Armee (sie bildete zusammen mit den von ihr geschluckten Kontingenten der Bundesstaaten drei Viertel des gesamten Bestandes der Armeen des Deutschen Reiches), die sächsische, die bayrische und die württembergische Armee.<sup>106</sup> Dementsprechend gab es in Deutschland auch vier Generalstäbe und vier Kriegsministerien, aber es gab keinen einheitlichen Reichsgeneralstab und kein einheitliches Reichskriegsministerium. Ein einziges Mal (1873) unternahm Bismarck den Versuch, die Frage der Schaffung dieser Einrichtungen im Reichsmaßstab aufzuwerfen. Aber der Widerstand, auf den er beim preußischen Kriegsminister General Roon sowie bei Moltke stieß, veranlaßte ihn, seine Pläne aufzugeben. Da der deutsche Kaiser, der gleichzeitig König von Preußen war, als der „Oberste Kriegsherr“ aller Streitkräfte des Reiches (mit Ausnahme der bayrischen Streitkräfte, die ihm lediglich im Kriege unterstellt waren) galt, lösten das preußische Kriegsministerium und der preußische Generalstab, trotz der komplizierten und nicht beseitigten formellen Schranken, die Fragen praktisch im gesamtdeutschen Rahmen und kümmerten sich im Grunde genommen recht wenig um die Meinung der militärischen Stellen Bayerns oder Sachsens.<sup>107</sup> In organisatorischem und politischem Sinne waren die Beziehungen zwischen den einzelnen militaristischen Cliques, die sich auf verschiedene militärische Einrichtungen stützten, sowie zwischen ihnen und dem Reichskanzler, dem preußischen Kriegsministerium, dem Auswärtigen Amt und den übrigen führenden politischen Einrichtungen und Instanzen Preußens und Deutschlands viel komplizierter.

менного устройства его в армиях: русской, германской, французской и австрийской, St. Petersburg 1899, S. 51.

<sup>105</sup> Hans Lohmeyer, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. I, Berlin 1939, S. 218.

<sup>106</sup> „Der Weltkrieg 1914–1918“. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I, Berlin 1925, S. 5.

<sup>107</sup> Siehe Günther Wohlers, „Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes in Preußen und dem Deutschen Reich. Geschichtliche Entwicklung bis zum Versailler Frieden“, Bonn-Leipzig 1921.



So war es zum Beispiel dem Generalstab sogar nach der Kabinettsordre von 1883 formell nicht möglich, die Behandlung der Fragen der Bewaffnung der Armee in unmittelbarer Fühlungnahme mit dem Reichskanzler zu beeinflussen. Vorschläge des Generalstabs wurden im preußischen Kriegsministerium geprüft, das sie dem Reichskanzler vorlegte, während für die Fragen der Bewilligungen zunächst der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes zuständig war. Andererseits war für alle Fragen bezüglich der Besetzung der militärischen Posten, der Beförderung oder der Versetzung in den Ruhestand weder das Kriegsministerium noch der Generalstab zuständig, sondern einzig und allein das Militärkabinett, das dem Kaiser persönlich unterstand. Bei einer solchen Sachlage war die Rolle dieses Militärkabinetts natürlich sehr groß. Hier, am Hofe, im Militärkabinett, wurden die bedeutendsten Fragen der militärischen und nicht nur der militärischen Politik entschieden. Das bedeutet keinswegs, daß das Militärkabinett in irgendeinem Maße das Zentrum war, das die Tätigkeit der leitenden Militär- und Marineinstitutionen koordinierte, ein solches Zentrum hat es weder in Preußen noch im Kaiserdeutschland gegeben. Unter anderem hatten weder das Kriegsministerium noch der Große Generalstab als preußische Einrichtungen eine unmittelbare Verbindung mit der Admiralität, einer Reichsinstitution. Später, im Jahre 1889, wurden an Stelle der Admiralität das Oberkommando der Kriegsmarine und das Reichsmarineamt geschaffen. Gleichzeitig entstand neben dem Militärkabinett auch das persönliche Marinekabinett des Kaisers, das ebensowenig ein Zentrum zur Koordinierung der Tätigkeit der Marineinstanzen darstellte. Etwas später (1897) gab das Oberkommando der Kriegsmarine eine Reihe überaus wichtiger Funktionen unmittelbar an die beiden Marinestationen der Ostsee und Nordsee ab und wurde in den Admiralstab reorganisiert, der nach dem Vorbild des preußischen Großen Generalstabs geschaffen wurde.<sup>108</sup> Aber zwischen diesen Stäben gab es keinen unmittelbaren Kontakt. Die seit langem bestehende „Kommission für Landesverteidigung“ befaßte sich lediglich mit Fragen, die den Landkrieg betrafen. Was die persönlichen Kabinette, das für Militär und das für Marine, anbetraf, so bildeten diese miteinander rivalisierenden Institutionen die Brennpunkte der Hof- und der politischen Intrigen. Im Laufe der Zeit wuchs ihre Bedeutung noch mehr. In einigen Fällen wurden gerade hier Beschlüsse gefaßt, die später mit Hilfe des Kaisers der Regierung oder einzelnen Ministerien und Ämtern aufgezwungen wurden.

Auch nach der Aussonderung des Großen Generalstabs aus dem preußischen Kriegsministerium stellte es einen riesigen, seit langem eingespielten

<sup>108</sup> Hans Lohmeyer, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. I, S. 221.

Mechanismus dar.<sup>109</sup> In den großen Gebäuden der in der Leipziger Straße und in der Wilhelmstraße gelegenen Ministerien herrschte von alters her, gleichsam in konzentrierter Form, jener besondere Geist des reaktionären Preußentums und der unerträglichen schikanösen Pedanterie, der, wie Engels bemerkte<sup>110</sup>, den Offizieren und Generalen der preußischen Armee stets eigen war. Der Kriegsminister, der formell die Armee vertrat und mit den Interessen der gesamten preußischen Militärclique eng verbunden war, gab, als Mitglied des Bundesrates, auf der Tribüne des preußischen Landtags und des Deutschen Reichstags stets eine bedeutende politische Gestalt ab. Eine noch größere Rolle in Fragen der Innen- wie auch der Außenpolitik spielte er jedoch hinter den Kulissen, wenn er seinen Einfluß am Hofe und in den führenden Kreisen der reaktionären politischen Parteien, in preußischen Ministerien, Reichsämtern und sonstigen Regierungsinstanzen geltend machte. Sehr oft machten diese Beziehungen und die berüchtigten, vom Junkertum und der Militärkaste gepflegten preußischen „Traditionen“ das Fehlen persönlicher Qualitäten beim Kriegsminister wett; selbst Nichtskönner fühlten sich, wenn sie auf diesen Posten kamen, als Erben von Scharnhorst und Roon und versuchten die Rolle großer Organisatoren des Militärwesens zu spielen. Aber auch sie waren gezwungen, mit dem wachsenden Einfluß des Großen Generalstabs zu rechnen.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts verwandelte sich der Generalstab in eine stark besetzte Dienststelle, die rund 600 Offiziere und höhere Beamte zu ihrem Personal zählte.<sup>111</sup> Man kann daraus schließen, daß die vielfältigen Aufgaben, die mit der Vorbereitung eines neuen Krieges unter den Bedingungen des wachsenden Kapitalismus und seines Eintritts in das imperialistische Stadium verbunden waren, immer komplizierter wurden.

<sup>109</sup> Das Kriegsministerium war für alle Fragen der Mobilisierung, der Aufstellung und der Ausbildung der Armee zuständig. In seiner Tätigkeit stützte sich der Kriegsminister vor allem auf das Zentraldepartement (Z. D.). Dieses Departement, dessen Leiter der Stabschef des Ministers war, zerfiel in eine Reihe von Departements: das Allgemeine Kriegsdepartement (A. D.), das Verwaltungsdepartement (B. D.) und das Invalidendepartement (C. D.). Die dominierende Rolle spielte das Allgemeine Departement, das aus 7 Abteilungen (A 1—A 7) bestand und sich mit organisatorischen Fragen sowie Fragen der Infanterie, der Kavallerie, der Feldartillerie, des Nachrichtenwesens usw. befaßte. Die Stellung und der Einfluß des Leiters der Organisationsabteilung waren etwa die gleichen wie die des Chefs der Operationsabteilung im Großen Generalstab. (Generaloberst von Einem, „Erinnerungen eines Soldaten, 1853—1933“, Leipzig 1933, S. 49.)

<sup>110</sup> Siehe Friedrich Engels, „Die Armeen Europas“; К. Маркс и Ф. Энгельс, Сочинения, Bd. X, S. 640 (Artikel in „Putnam's Monthly“, 1855. *Die Red.*).

<sup>111</sup> Außer dem Großen Generalstab gab es in Deutschland den Heeresgeneralstab und den Generalstab der Festungsverwaltungen. (Ф. Макшеев, «Генеральный штаб», S. 51—54.)

Das Aufkommen der neuen Technik, die Verteilung der Industrie, die Verschiebungen, die im militärischen und politischen Kräfteverhältnis in Europa vor sich gegangen waren, all das und vieles andere mußte bei der Ausarbeitung strategischer Pläne berücksichtigt werden, um so mehr, als sich die Eroberungsgelüste der herrschenden Klassen mit dem Wachstum des Militarismus und Imperialismus in Deutschland ins Maßlose gesteigert hatten. Sie hatten nicht nur diese oder jene Nachbargebiete der europäischen Staaten im Auge, sondern die vollständige Zerschlagung und Unterjochung dieser Staaten zur Errichtung der eigenen Herrschaft in Europa und, in der Perspektive, auch über die ganze Welt. Die erste Abteilung des Generalstabs befaßte sich mit der Ausarbeitung des allgemeinen strategischen Planes eines künftigen Krieges in Europa sowie der einzelnen Pläne für Kriegsoperationen in den Kolonien. Zu ihren Funktionen gehörte die Ausarbeitung von Plänen für die militärische Ausbildung der deutschen Armee, für die Beförderung der Truppen im Falle der Mobilisierung, der Konzentrierung und der strategischen Entfaltung der Armee sowie die Ausarbeitung neuester Fragen, die das Festungswesen und die Bewaffnung der Armee betrafen. Einen nicht geringeren Platz beanspruchte die Tätigkeit der zweiten und der dritten Abteilung, zu deren Funktionen das Studium ausländischer Armeen, des Rüstungs- und Wirtschaftspotentials sowie des politischen Lebens anderer Staaten gehörte, kurzum, die Organisierung einer allseitigen Spionage, an der sich viele prominente Offiziere des Generalstabs persönlich beteiligten. So begab sich zum Beispiel General Einem, einer der bedeutendsten Mitarbeiter der zweiten Abteilung des Generalstabs (später diente er sich bis zum Posten des Kriegsministers hinauf), 1891 im Auftrag des Generalstabschefs insgeheim in den russischen Teil Polens, um sich Informationen über die russische Armee zu beschaffen.<sup>112</sup> Die vierte Abteilung beschäftigte sich mit militär-topographischen Arbeiten.<sup>113</sup> Außerdem befaßte sich der Ge-

<sup>112</sup> Generaloberst von Einem, „Erinnerungen eines Soldaten, 1853–1933“, S. 42.

<sup>113</sup> Siehe Ф. Макшеев, «Генеральный штаб», S. 51–54; Bronsart von Schellendorff, „Der Dienst des Generalstabes“, 4. Auflage, 1905, S. 41–43. „Der Generalstab hat in der Friedenszeit die Aufgabe: militärische Operationen vorzubereiten, und zwar durch einen Vergleich der Organisierung der Streitkräfte einzelner Staaten die Qualität der Armeen, ihre Bewaffnung, ihre taktischen Besonderheiten, kurzum alles, was den Erfolg des Krieges bedingt, abzuschätzen. Dazu gehört auch eine Einschätzung einflußreicher Militärs ausländischer Armeen; ferner das Studium der Kriegsschauplätze, insbesondere Beschaffung von Informationen über erbaute oder geplante Festungen: Herausgabe und Erläuterung von Karten; ferner nach Möglichkeit das Durchschauen der militärischen Absichten und Pläne fremder Staaten für den Fall eines Krieges gegen diese.“ „Den politischen Zustand der fremden Länder muß der Generalstab möglichst genau kennenlernen, um ihn vorkommenden Falles in Betracht ziehen zu können.“ (Zeppelin, „Die Heere und Flotten der Gegenwart“, 1896, Bd. I, S. 76.

neralstab weitgehend mit kriegsgeschichtlichen Arbeiten, die darauf hinausgingen, die militärische Ideologie des preußisch-deutschen Militarismus und des im Entstehen begriffenen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus zu schaffen und zu propagieren. Die Stabsoffiziere und Militärschriftsteller, die sich mit Kriegsgeschichte befaßten, hatten sich solchen Beispielen zuzuwenden, die, zum unbestreitbaren Prinzip erhoben, den künftigen Zeiten als Belehrung dienen sollten. Aber ihre reaktionäre Denkweise, der die Fähigkeit zur Aufdeckung neuer, vom Leben hervorgebrachter Tendenzen abging, konnte lediglich jenen „Methodismus“ und jene „Traditionen“ pflegen, deren Erhaltung das Junkertum über alles stellte. Zwar schrieben die vom Generalstab geförderten Militärschriftsteller nach dem Kriege mit Österreich und insbesondere nach dem Kriege mit Frankreich viel darüber, daß der „Methodismus“ gefährlich und veraltet sei, aber letztlich lief alles darauf hinaus, daß sie an Stelle der einen in der Militärtaktik angewandten und offensichtlich veralteten Schablone andere Schablonen vorbrachten, die lediglich davon zeugten, daß die militärische Ideologie nach wie vor durch und durch reaktionär blieb. Schließlich fiel ihnen bei der Ausarbeitung der theoretischen Hauptprinzipien der Strategie nichts Besseres ein, als gegen Ende des 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen des im Entstehen begriffenen Imperialismus auf die Thesen von Clausewitz zurückzugreifen.<sup>114</sup> Indessen war Clausewitz nach den Worten J. W. Stalins, „eigentlich ein Vertreter des Manufakturzeitalters des Krieges“<sup>115</sup>.

Als eine der Hauptbastionen der Reaktion in Fragen der Militärdeologie und der Innenpolitik spielte der preußisch-deutsche Generalstab zugleich eine große Rolle, wenn es Fragen der aggressiven Außenpolitik zu lösen galt. Durch die regelmäßigen Berichte der im Ausland akkreditierten Militärattachés sowie durch zahlreiche Geheimagenten war der Generalstab über Fragen, die nicht nur von militärischer, sondern auch von politischer Bedeutung waren, stets auf dem laufenden. Die „militärpolitischen Nachrichten“, die auf der Grundlage dieser Meldungen zusammengestellt wurden, schickte man an den Kaiser, an den Reichskanzler sowie ins Auswärtige Amt.<sup>116</sup> Nicht selten enthielten diese Geheimbulletins kritische Bemerkungen über das Vorgehen oder die Meldungen dieser oder jener Vertreter der deutschen Politik und Diplomatie im Ausland, und nicht selten unterstützten „höhere Kreise“ in bestimmten Fragen die politische Linie, die vom Generalstab entgegen der Meinung des Auswärtigen Amtes diktiert worden war. Es kam zuweilen vor, daß der Generalstab sein Recht des Berichts an

<sup>114</sup> Karl von Clausewitz, „Vom Kriege“, 15. Auflage, Berlin 1937.

<sup>115</sup> Antwort des Genossen Stalin auf den Brief des Obersten Professor Dr. Rasin siehe in „Neue Welt“, Heft 7/1947, S. 24.

<sup>116</sup> Günther Wohlers, „Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes in Preußen und dem Deutschen Reich“, S. 56.

den Kaiser ausnutzte und hinter dem Rücken des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes handelte, während die Militärattachés und die anderen Vertreter des Generalstabs im Ausland sich nicht nach dem Vorgehen der offiziellen Diplomatie richteten, vor allem, wenn sie sich der Unterstützung des Militärkabinetts sicher wähnten. In einigen Fällen bot sich dem Auslandsdienst die Möglichkeit, noch eine wichtige Einrichtung zu benutzen. Als persönliche Vertreter des Kaisers an den Höfen ausländischer Monarchen (z. B. in Rußland) wurden „Militärbevollmächtigte“ ernannt, die außerhalb des Apparats des diplomatischen Dienstes und des Reichskanzlers standen und das Werkzeug der persönlichen Einmischung des Kaisers in politische Angelegenheiten besonders vertraulichen Charakters darstellten.<sup>117</sup> Da sie ständigen Zutritt zu den „höchsten Kreisen“ der fremden Macht hatten, spielten die „Militärbevollmächtigten“ als Fühler des persönlichen Militärkabinetts und des Generalstabs zweifellos eine nicht geringe Rolle.

Selbstverständlich nahm der Generalstabschef, sein Stellvertreter oder ein sonstiger Vertreter an allen wichtigsten Beratungen über außenpolitische Fragen teil. Der Einfluß des Generalstabs machte sich auch in seiner ständigen Verbindung mit dem Kaiser, mit dem Auswärtigen Amt sowie mit anderen Personen und Einrichtungen geltend, die den politischen Kurs der deutschen Regierung ausarbeiteten und durchführten.

Im Laufe der Zeit wurde der preußische Generalstab gleichsam ein Staat im Staate, für den eigene ungeschriebene Gesetze, Verhältnisse und Beziehungen bestanden. Jeder, der hier einmal zugelassen war, stieg damit in den Augen nicht nur der eigenen Junkerklasse, sondern auch der privilegierten Militärkaste, der Trägerin altpreußischer militaristischer Traditionen, ganz gewaltig. In dem Lande, wo der Leutnant bei den regierenden Klassen und den breiten Kreisen des Spießbürgertums zum Gegenstand der Anbetung werden konnte, war ein Offizier des Generalstabs bereits ein Halbgott und der Generalstabschef fast ein Gott, allmächtig, allwissend und unfehlbar. Seine Tätigkeit war von jenem Nimbus des Geheimnisvollen umwoben, der den Uneingeweihten Ehrfurcht und Glauben an seine Weisheit bei der Vorbereitung eines neuen Krieges einflößen sollte. Dieser um den preußischen Großen Generalstab künstlich geschaffene Nimbus bildete sich nicht sofort, sondern erst nach den Kriegen mit Österreich und Frankreich in den Jahren 1866 und 1870/71.

Als Moltke (1857) auf den Posten des Chefs des Großen Generalstabs berufen wurde, erblickten herrschende Kreise in Preußen darin einfach das persönliche Wohlwollen des Königs Wilhelm I. zu einem Offizier aus seiner Umgebung. In der Vergangenheit ein armer dänischer Offizier, wechselte

<sup>117</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“. Herausgegeben und eingeleitet von Professor Dr. Walter Goetz, Berlin 1920, S. 29.

Moltke bereits in seiner Jugend in den Dienst des preußischen Königs über. Nachdem er in Berlin die Militärakademie absolviert hatte, war er in der Türkei und sodann einige Jahre lang am Hofe als Erzieher des Kronprinzen. In der Armee wurde er etwas verächtlich der „Hoftänzer“ genannt. Erst nach der Schlacht bei Sadowa und nach Sedan entdeckte man in ihm plötzlich das militärische „Genie“, und er selbst hat mit Hilfe zahlreicher und dienstfertiger Militärschriftsteller nicht wenig dazu beigetragen, diesen seinen Ruf zu festigen. Vor allem wurde die Legende in Umlauf gesetzt, daß die Siege Preußens über Österreich und Frankreich „rein militärische Siege“ waren und politische Faktoren dabei keine Rolle gespielt hatten. Gerade nach der Schlacht bei Sadowa begannen die ersten Zwistigkeiten zwischen Bismarck und Moltke.<sup>118</sup> Einige Jahre später, im Jahre 1871, gab Moltke bereits unzweideutig zu verstehen, daß er seinen Posten des Chefs des preußischen Generalstabs mit dem Posten des Reichskanzlers für gleichberechtigt halte.<sup>119</sup> Im Grunde genommen brachte er damit die Bestrebungen der preußischen Militärclique zum Ausdruck, ihre Kasteninteressen möglichst gut zu sichern, ohne sie irgend jemand anderem unterzuordnen, obwohl der preußische Militarismus in der Person Bismarcks bekanntlich einen der entschlossensten Vertreter seiner Politik hatte. In einigen Fällen beteiligte sich Moltke auch aktiv an der diplomatischen Tätigkeit. So nahm er zum Beispiel 1873 an der Reise Wilhelms II. und Bismarcks nach Petersburg teil, wo er die Militärkonvention mit Rußland unterzeichnete. Keine einzige der Bismarckschen Provokationen gegen Frankreich ging ohne aktive Teilnahme Moltkes, des Generalstabs und seiner Agenten vor sich, die stets die Träger der aggressivsten Tendenzen blieben und erzürnt waren, wenn sie kraft der ungünstigen politischen Konstellation in Europa gezwungen wurden, auf ihre Pläne der Entfesselung eines Krieges zu verzichten. Gerade hier im Generalstab wurde die Konzeption des Präventivkrieges geschaffen<sup>120</sup>, die die neue militärische Invasion der deutschen Armee in Frankreich oder den Überfall auf Rußland politisch rechtfertigen sollte. Moltke war der Meinung, daß die deutsche Armee zur Sicherung der raschen und entscheidenden Zerschlagung des Gegners die militärische Initiative an sich reißen und den ersten vernichtenden Schlag führen müsse, bevor der Gegner dazu komme, Kräfte zu seiner Abwehr zusammenzuziehen. In diesem Plan wurde der deutschen Diplomatie die Aufgabe der Tarnung der aggressiven Ziele der deutschen Strategie zugewiesen. „Bedingung für den Erfolg eines strategi-

<sup>118</sup> Otto Fürst von Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 2, Stuttgart-Berlin 1922, S. 37/38.

<sup>119</sup> Hans Lohmeyer, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. I, S. 217.

<sup>120</sup> Siehe Walter Kloster, „Der deutsche Generalstab und der Präventivkriegsgedanke“, Stuttgart 1932.

schen Überfalls“, so lehrte Moltke, „ist, daß der Entschluß dazu bis zum Augenblick der Ausführung vollkommen geheimgehalten wird. Am Tage des Ultimatums muß nicht allein der Mobilmachungs-, sondern auch der Marschbefehl erlassen werden.“<sup>121</sup>

Ein ebenso fanatischer Anhänger der Konzeption des Präventivkrieges war General Waldersee, der Moltke auf dem Posten des Generalstabschefs ablöste. Als typischer Vertreter des preußischen Junkertums und des aggressiven Militarismus hatte sich Waldersee, der den ultrareaktionären Kreisen der Konservativen Partei nahestand, schon seit langem den Ruf eines „politischen Generals“ erworben. Da er große Beziehungen am Hofe hatte, begann er seine militärisch-politische Karriere auf dem Posten des preußischen Militärattachés in Frankreich in den Jahren, als Bismarck und Moltke sich bereits zum Überfall auf dieses rüsteten. Später, im Jahre 1871, nach der Niederwerfung Frankreichs, war er eine Zeitlang Geschäftsträger in Paris. Nachdem er sich auch hier die Anerkennung „höchster Kreise“ verdient hatte, kehrte Waldersee nach Deutschland zurück, wo er in der Hierarchie der Armeestabsposten vorrückend, 1882 Generalquartiermeister im Großen Generalstab wurde. Moltke war schon alt, und da seine Beziehungen zu Bismarck gespannt waren, boten sich Waldersee weitgehende Möglichkeiten, sich als „politischer General“ und dienstefriger Höfling zugleich zu betätigen. Bismarck war keineswegs entzückt, als er erfuhr, daß der greise Moltke, der in den Ruhestand trat, Waldersee als seinen Nachfolger bezeichnet hatte. Die Ernennung fand statt, und Waldersee, den man in den herrschenden Kreisen für einen „Mann des Programms“ hielt, schloß sich jenem Lager an, das mit Bismarck unzufrieden war, weil es dessen Außenpolitik für nicht aggressiv genug hielt. Waldersee beobachtete den Konflikt, der zwischen dem alten Kanzler und dem jungen Kaiser heranreifte, und trug mit der ganzen Autorität des Generalstabs auf das aktivste dazu bei, daß Bismarck schließlich zum Rücktritt gezwungen wurde.<sup>122</sup> Er konnte es Bismarck nicht verzeihen, daß dieser die Zeit noch nicht für gekommen hielt, den Krieg gegen Rußland gemäß der alten Konzeption des Präventivkrieges zu beginnen. Das war eine offensichtlich aggressive Konzeption, und Waldersee hielt es überhaupt nicht für nötig, jene ersten politischen Folgen zu bedenken, die entstehen konnten, wenn die deutsche Militärclique ohne jede, auch nur äußerliche Rechtfertigung oder diplomatische Tarnung ihrer

<sup>121</sup> Moltke, „Kriegslehren“, S. 72.

<sup>122</sup> Am 15. April 1899 schrieb Waldersee: „Wir müssen das große Geschick des Kanzlers... benutzen, um noch einige Zeit den Frieden zu erhalten, sobald aber unsere Rüstung fertig ist, den Kampf... selbst herbeiführen. Bis dahin mit dem Kanzler, wenn es Ernst wird, aber ohne ihn; wenn es sein muß, auch gegen ihn.“ (Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 48.)

räuberischen Akte handelte. „Recht hat stets der, welcher siegt“, behauptete Waldersee zynisch. „Für den, der am Boden liegt, ist es ein wertloser Trost, das Gefühl zu haben, unschuldig zum Kriege getrieben zu sein.“<sup>123</sup> Aber auch der „neue Kurs“ Caprivis fand in der Person Waldersees seinen Gegner.<sup>124</sup> Der Generalstabschef war der Meinung, daß dieser Kurs in der Innenpolitik zu liberal und in der Außenpolitik nicht aggressiv genug sei. Caprivi ging zwar auf eine Verschärfung der Beziehungen zu Rußland aus, wagte es aber nicht, den Krieg gegen dieses Land unverzüglich zu entfesseln, da er annahm, daß der Krieg katastrophale Folgen für Deutschland haben könnte. Solange Waldersee in seinem Kampf gegen Bismarck Wilhelm auf seiner Seite hatte, hoffte er immer noch, daß es ihm gelingen werde, seine Idee des unverzüglichen Präventivkrieges gegen Rußland in die Tat umzusetzen. Nachdem er sich aber mit dem jungen Kaiser verkracht hatte, mußte er 1891 seinen Posten verlassen.

Als einer der typischsten Vertreter der preußischen junkerlich-militaristischen Kaste war Waldersee stets ein Anhänger der Unterdrückung der Arbeiter- und der sozialistischen Bewegung mit den härtesten Mitteln: der politischen und sogar der militärischen Gewalt. Nachdem Waldersee aus dem Generalstab ausgeschieden war und die Ernennung zum Kommandeur des IX. Armee korps in Hamburg erhalten hatte, nahm er sofort die Aufstellung eines neuen strategischen Planes in Angriff, diesmal für den Kampf, wie er sagte, „bei Aufständen und Putschen“<sup>125</sup> des Hamburger Proletariats. Den großen Raum von Hamburg und Altona betrachtete er als ein Schlachtfeld und teilte ihn in vier operative Abschnitte, in denen die Truppen nach seinem Plan gegen die Aufständischen operieren sollten. Es ist unter allen Umständen notwendig, so meinte Waldersee, daß sich das Volk und insbesondere die Arbeiter vor der Armee fürchten, die stets bereit ist, einen Befehl auszuführen und mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiter vorzugehen. Das ist der Grund, weshalb sich während der Streiks sowie bei den

<sup>123</sup> „Waldersee in seinem militärischen Wirken“. Herausgegeben von H. Mohs, Berlin 1929, Bd. II, S. 323.

<sup>124</sup> Waldersee schrieb: „Es gibt für uns nur zwei Wege. Entweder wir sagen uns, daß es mit Sicherheit zum Kriege treibt; dann müssen wir mit Aufbietung aller Kraft weiter rüsten, am besten einen festen Termin ins Auge fassen, zu dem wir selbst die Entscheidung herbeiführen. Oder wir glauben, es sei ein Ausweg möglich, der den Krieg vermeidet; dann müssen wir ihn betreten, also versuchen, der Politik eine andere Wendung zu geben: Los vom Dreibund und heran an Rußland mit oder ohne Österreich. Was aber tun wir? Militärisch nichts. Politisch reiten wir auf dem kreuzfahrenden Dreibund herum und kokettieren in höchst ungeschickter Weise mit den Polen. Dabei rennen wir mit Sicherheit ins Verderben. Und im Innern? Niemand weiß, wo die Regierung hin will...“ (Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 204/205.)

<sup>125</sup> „Waldersee in seinem militärischen Wirken“, Bd. II, S. 355/356.



Maidemonstrationen nicht nur die Polizei, sondern auch die gesamte Garnison in voller Kampfbereitschaft befand. An diesem Tage tauchten in der Stadt gewöhnlich zahlreiche Husarenpatrouillen auf, während außerhalb der Stadt Manöver unter Teilnahme von Artillerie- und Pioniereinheiten abgehalten wurden. Geschützfeuer und Explosionen sollten nach der Idee Waldersees die Arbeiter einschüchtern. Bald begann der „politische General“, der die Hoffnungen der reaktionärsten Elemente der herrschenden Klassen zum Ausdruck brachte, sich mit Plänen eines „Präventivkrieges“ gegen die Arbeiter zu tragen. Man muß, so wies er nach, gegen die Arbeiter vorgehen, bevor sie sich organisieren und zum Kampf erheben. Er war der Meinung, daß zur Durchführung von Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und zur Vornahme eines Aderlasses der Massen eine neu zusammengesetzte deutsche Regierung den Weg der Errichtung einer Militärdiktatur einschlagen müsse.<sup>126</sup>

Der neue Generalstabschef, Alfred von Schlieffen, unterschied sich charakterlich in mancher Hinsicht von seinem Vorgänger. War Waldersee ein „politischer General“, ein „Programmensch“ und in der Perspektive ein Kandidat für den Posten des Reichskanzlers, so zog Schlieffen (zumindest nach außen hin) es vor, in politischen Fragen stärkste Zurückhaltung zu üben, und träumte niemals von der Karriere eines Politikers. Er stammte aus einer preußisch-junkerlichen Familie, trat in den Militärdienst und diente in der Königlichen Garde. Während der Kriege gegen Österreich und Frankreich war er beim Generalstab, wo er bald den Posten des Leiters der französischen Abteilung innehatte. Auf diesem Posten blieb er bis 1879; dann wurde er zum Kommandeur des I. Garde-Ulanen-Regiments in Potsdam ernannt, kehrte aber sieben Jahre später erneut als stellvertretender Chef in den Generalstab zurück.

Als Schlieffen Generalstabschef wurde, ahnte niemand, welche politischen und militärischen Folgen das haben konnte. Selbst Menschen aus seiner nächsten Umgebung konnten seine Gedanken nicht erraten. Einige nannten ihn eine Sphinx. Seine Miene blieb unter allen Umständen undurchdringlich.<sup>127</sup> Führende Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes befürchteten, daß er zum Spielzeug in den Händen des expansiven und hitzköpfigen jungen Kaisers Wilhelm werde, was auf dem Gebiet der Außenpolitik schwer vorzuzusehende Folgen haben konnte. Einer dieser Mitarbeiter, Friedrich von Holstein, der mit Schlieffen seit langem befreundet war, versuchte den Einfluß des Kaisers auf Schlieffen in politischen Fragen abzuschwächen. Da die Verbindung zwischen dem Generalstabschef und dem Reichskanzler ge-

<sup>126</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 386 ff.

<sup>127</sup> Hermann von Stein, „Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges“, Leipzig 1919, S. 28.

wöhnlich nur in Form eines über das Kriegsministerium gehenden Briefwechsels aufrechterhalten wurde, schlug er Caprivi vor, persönlichen Kontakt mit Schlieffen aufzunehmen und sich mit ihm mündlich über alles zu verständigen.<sup>128</sup> Dieser Versuch führte jedoch zu nichts. Alles blieb beim alten. Bei den Berichten des Generalstabschefs an den Kaiser war der Reichskanzler nicht zugegen. So ging es auch nach dem Rücktritt Caprivis weiter. Mit dem Auswärtigen Amt jedoch hatte Schlieffen engeren Kontakt. Jede Woche kam er in das Kabinett Holsteins, wo er beim Gespräch in die wichtigsten diplomatischen Dokumente Einblick nahm.<sup>129</sup> Im allgemeinen aber schätzte er die politische Führung des Reiches nicht sehr hoch ein. Er war der Meinung, daß der Krieg unvermeidlich und notwendig sei und daß die von dem „armen verblendeten Kaiser“ berufenen Leiter der Politik unfähig seien, dem drohenden Schicksal des Krieges, den er so sorgfältig vorbereitete, zu begegnen.<sup>130</sup> Er hätte es gern gesehen, wenn die Regierung einen noch festeren und reaktionäreren Kurs verfolgt und ihre ganze Tätigkeit den Aufgaben der Kriegsvorbereitung untergeordnet hätte. Was den unmittelbaren Tätigkeitsbereich Schlieffens — die strategischen Kriegspläne — anbelangt, so ging er davon aus, daß Deutschland einen Zweifrontenkrieg würde führen müssen.

Bereits im April 1871, bald nach der Niederwerfung Frankreichs schrieb Moltke: „Die gefährlichste Probe, welche der Fortbestand des neuen Deutschen Reiches auszuhalten hat, würde ein Krieg *gleichzeitig* mit Rußland und Frankreich sein, und da die Möglichkeit einer solchen Kombination nicht in Abrede zu stellen ist, so wird es gut sein, die Mittel zur Abwehr beizeiten in Erwägung zu ziehen.“<sup>131</sup> Es war Sache der Regierung und ihrer Diplomatie, Mittel zur Verhütung des Zweifrontenkrieges zu finden, damit der Aggressionskrieg gegen jeden der Gegner einzeln geführt werden konnte. In einem Resümee der Erfahrungen des soeben abgeschlossenen Krieges gegen Frankreich, die er bei der Ausarbeitung von Plänen eines neuen Krieges verwerten wollte, schrieb Moltke im April 1871: „Man darf nicht hoffen, sich durch eine rasche und glückliche Offensive in westlicher Richtung in kurzer Zeit von dem einen Gegner zu befreien, um sich dann gegen den anderen zu wenden. Wir haben eben erst erlebt, wie schwer es ist, selbst den siegreichsten Kampf gegen Frankreich zu beenden.“<sup>132</sup>

<sup>128</sup> Friedrich von Holstein, „Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau“. Eingeleitet und herausgegeben von H. Rogge, Berlin 1932.

<sup>129</sup> Hans Lohmeyer, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. I, S. 220; Bd. II, S. 87.

<sup>130</sup> Walter Kloster, „Der deutsche Generalstab und der Präventivkriegsgedanke“, S. 39.

<sup>131</sup> „Der Weltkrieg“. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I, S. 6.

<sup>132</sup> Hans Lohmeyer, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. II, S. 71.

Im Einklang mit den strategischen Aufgaben der Verhütung eines Zweifrontenkrieges suchte die Bismarcksche Politik zwei Jahrzehnte lang nach neuen diplomatischen Mitteln, um Frankreich im Zustand internationaler Isolierung zu halten und zugleich eine militärische Koalition unter der Oberhoheit Deutschlands zu schaffen und zu erweitern.

Aber der deutsche Generalstab schmiedete sowohl unter Moltke als auch unter Waldersee und unter Schlieffen unentwegt Pläne eines aggressiven Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Rußland zugleich. Es galt dabei vor allem zu entscheiden, in welcher Richtung die auf den inneren Verbindungen wegen operierende deutsche Armee die ersten Schläge, die einen der Gegner sofort schlagen und zur Unterzeichnung des Friedens zwingen sollten, zu führen hat, um sich dann auf den anderen Gegner zu stürzen. Angesichts der militärischen Schwächung Frankreichs durch die Niederlage von 1870/71 und der Existenz eines günstigen, in Elsaß-Lothringen erworbenen Aufmarschraums, sah die erste Variante des strategischen Planes Moltkes die Offensive gegen Frankreich vor, da sich seine Armee rascher konzentrierte als die russische. Aber bald darauf ging Moltke, obwohl eine russisch-deutsche Militärkonvention und der Dreikaiserbund (zwischen Deutschland, Rußland und Österreich) bestand, an die Ausarbeitung eines Planes, der Rußland im Einklang mit der allgemeinen Veränderung der politischen Situation, die sich durch den Abschluß des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich kennzeichnete, als den Hauptgegner betrachtete. Die nach 1879 ausgearbeitete neue Variante dieses Planes sah ebenso wie die vorangegangene eine Offensive gegen Rußland und die Defensive gegen Frankreich vor.<sup>133</sup> Moltke rechnete damit, daß Deutschland und sein österreichisch-ungarischer Bundesgenosse Rußland bei der Durchführung der Mobilisierung sechs Tage und bei der strategischen Konzentration und Entfaltung noch weiter hinter sich lassen würden. Er baute seinen Plan auf der Voraussetzung auf, daß die deutsche und die österreichische Armee unter Ausnutzung ihrer Überlegenheit in konzentrischen Schlägen von Ostpreußen und Galizien aus vorgehen, in Richtung auf Brest-Litowsk einfallen, der russischen Armee eine Niederlage beibringen und Rußland zur Kapitulation sowie zum raschen Abschluß eines Friedens zwingen würden. Das war ein ganz abenteuerlicher Plan, der die Kräfte der österreichisch-deutschen Armee überschätzte und die Kräfte der russischen Armee unterschätzte. Moltke berücksichtigte weder den Charakter noch das Ausmaß des Widerstands der russischen Truppen, noch die schwerwiegenden Folgen, falls das deutsche Einkreisungsmanöver scheitern würde. Die gleichen abenteuerlichen Züge lagen dem strategischen Plan des Krieges im Westen zugrunde. Da die Hauptkräfte der deutschen Armee zunächst nach dem Osten geworfen wer-

<sup>133</sup> Ф. Кюльман, «Стратегия», Москва 1939, S. 312.

den sollten, behielt Moltke gegen Frankreich relativ kleine Kontingente. Auf diese Weise wurde die Gefahr des Einfalls französischer Truppen in die Industriegebiete Westdeutschlands heraufbeschworen. Aber Moltke war davon überzeugt, daß es den deutschen Truppen, gestützt auf die Befestigungen am Rhein und bei Metz, gelingen müßte, die angreifenden Franzosen in aktiver Verteidigung aufzuhalten.

Interessant ist die Feststellung, daß weder der Abschluß des österreichisch-deutschen Bündnisses noch der Anschluß Italiens an diesen Pakt als Grundlage dafür gedient haben, einen allgemeinen Plan des Koalitionskrieges des Dreibunds gegen Rußland und Frankreich auszuarbeiten. Bei der Ausarbeitung der strategischen Pläne berücksichtigte der preußische Generalstab überhaupt sehr wenig die Generalstäbe der verbündeten Mächte. Mit dem ihm eigenen Hochmut erwartete er, daß die österreichisch-ungarischen Bundesgenossen sich einfach den militärischen Forderungen Deutschlands fügen und das ausführen würden, was man ihnen aus Berlin befahl. Und in jedem Fall ließ er nicht einmal den Gedanken aufkommen, daß er (nach Worten Moltkes) „in ein Abhängigkeitsverhältnis von den Entschlüssen der Bundesgenossen kommen“ könnte. Der deutsche Generalstab war der Meinung, daß Entscheidungen sein ausschließliches Vorrecht sein müßten.<sup>134</sup>

Der von Moltke ausgearbeitete strategische Plan blieb auch unter seinem Nachfolger Waldersee fast unverändert. Eine der Varianten des Moltke-Planes sah zwar die Führung des Krieges gegen Frankreich vor, wenn sich Rußland aus politischen und diplomatischen Erwägungen entschließen würde, die Neutralität zu wahren. In diesem Falle, so meinte Moltke, sollte die deutsche Armee die Angriffsoperationen gegen Frankreich beginnen und dabei den ungeschützten Abschnitt zwischen Epinal und Toul ausnutzen.<sup>135</sup> Jedoch rechnete Waldersee, der ein fanatischer Anhänger des Präventivkrieges gegen Rußland blieb, nicht mit der Möglichkeit der russischen Neutralität und wünschte sie nicht. Genauso wie Moltke behauptete er, die deutsche Armee müsse selbst, gemeinsam mit Österreich, die Angriffsoperationen im Osten beginnen und zunächst eine defensive Position im Westen beziehen.<sup>136</sup>

Als Anhänger des aggressiven Krieges maßten weder Moltke noch Waldersee den Festungen große Bedeutung bei. Bereits 1883 schrieb General von der Goltz, der die allgemeinen Ansichten des Generalstabs wiedergab: „Die Entwicklung befestigter Räume ist ein Anzeichen von Schwäche. Ein Volk, in dem der Angriffgeist lebendig ist, benutzt sie mit Zurückhal-

<sup>134</sup> Hans Lohmeyer, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. II, S. 72.

<sup>135</sup> Ф. Кюльман, «Стратегия», S. 316/317.

<sup>136</sup> „Der Weltkrieg“. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I, S. 8.

tung.<sup>137</sup> Dementsprechend sollten die Festungen im Westen und im Osten in den strategischen Plänen Moltkes und Waldersees verschiedene Aufgaben erfüllen. Im Westen sollten sie Stützpunkte der Defensive und im Osten Ausgangspunkte der Offensive bilden.<sup>138</sup> Als 1886 die großen, mit hochexplosiven Stoffen gefüllten Granaten eingeführt wurden, erhielt die angreifende Partei neue Vorteile gegenüber der sich verteidigenden Partei. Gerade damals kamen die Theorien von der beschleunigten Erstürmung der Festungen auf. Aber bald darauf erwiesen sich diese Theorien als widerlegt. Als Bunker und Betonbauten aufkamen, wurde festgestellt, daß Befestigungen instande sind, den Sprenggeschossen standzuhalten. Im Jahre 1893, zwei Jahre nach der Ernennung Schlieffens, beschloß der Generalstab, daß die bestehenden Befestigungen unbedingt zu verstärken seien. Bald darauf verkündete dies der Kriegsminister öffentlich in einer Reichstagsrede.<sup>139</sup>

Doch schon früher hatte Schlieffen begonnen, an dem allgemeinen strategischen Plan des Krieges Änderungen, wenn auch vorläufig unbedeutende, vorzunehmen. So nahm er bereits in seinem ersten, im April 1891 aufgesetzten Memorandum gewisse Korrekturen an dem Plan der Offensive gegen Rußland vor, doch stießen auch diese bei seinen beiden Vorgängern auf Widerspruch. Als Waldersee dem sterbenden Moltke von diesen Änderungen erzählte, bestand dieser darauf, daß der frühere Plan unverändert bleibe, und fügte hinzu: „Es ist mir eine große Beruhigung, daß Sie ganz meiner Meinung sind.“<sup>140</sup> So waren die beiden ehemaligen Generalstabschefs von der junkerlichen Angst besessen, daß selbst die unbedeutendste Abänderung ihres Planes für die Angriffsoperationen gegen Rußland zum Verlust der militärischen Initiative im Osten und, mehr noch, zum Einfall der russischen Truppen in Ostpreußen führen könnte. Die ostelbischen Rittergutsbesitzer wollten an diese furchtbare Perspektive nicht einmal denken. Sie träumten davon, neue Ländereien im Osten zu erobern.

Aber nun nahm Schlieffen 1892 neue Änderungen am strategischen Plan des Krieges gegen Frankreich und Rußland vor. Er war der Meinung, daß die Hauptmasse der deutschen Truppen gegen den Westen eingesetzt werden sollte, und zwei Jahre später, im Juli 1894, vollendete Schlieffen die Ausarbeitung eines neuen Planes, der die Verteidigung mit relativ zweit-rangigen Kräften im Osten und die Führung der offensiven Hauptoperationen im Westen, in Lothringen, vorsah. Diese Operationen sollten nicht nur

<sup>137</sup> Zitiert nach Кюльман, «Стратегия», S. 319.

<sup>138</sup> Albert Grabau, „Das Festungsproblem in Deutschland und seine Auswirkung auf die strategische Lage von 1870—1914“, Berlin 1935, S. 22.

<sup>139</sup> Ф. Кюльман, «Стратегия», S. 319.

<sup>140</sup> Albert Grabau, „Das Festungsproblem in Deutschland und seine Auswirkung auf die strategische Lage von 1870—1914“, S. 22.

den Einfall französischer Truppen in Westdeutschland (Rheinland und Saargebiet sowie Nordlothringen), wo die deutsche Schwer- und Rüstungsindustrie gelegen war, verhüten, sondern vielmehr die Kampfhandlungen auf das Gebiet Frankreichs tragen. Schlieffen war der Meinung, daß die deutschen Truppen nach der Zerschlagung Frankreichs sich nach dem Osten wenden und Rußland ebenso rasch zerschlagen könnten.<sup>141</sup> Der deutsche Generalstab unterschätzte offenbar den Widerstand der französischen Truppen und die Stärke der russischen Armee und dachte damals nicht daran, daß der Krieg sich in einen langwierigen Stellungskrieg verwandeln könnte. Er ging davon aus, daß der Krieg in raschen, blitzartigen Formen verlaufen werde. Diese Berechnungen beruhten keineswegs auf der Überzeugung von der eigenen militärischen Überlegenheit, sondern nur auf der stillschweigenden Einsicht, daß Deutschland wirtschaftlich außerstande war, die Lasten eines langen Aggressionskrieges zu tragen. Die Umwandlung Deutschlands in eine der erstklassigen Industriemächte bedeutete natürlich die Verstärkung seines Rüstungspotentials, hatte aber zugleich eine Achillesferse: den wachsenden Bedarf an Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten. Auf eine lange Ausnutzung der angrenzenden kleinen Mächte (Belgien, Holland, Dänemark), die diese Bedürfnisse decken konnten, war auf lange Sicht nicht zu rechnen. Ein Zermürbungskrieg war unter solchen Bedingungen ausgeschlossen. Im Gegenteil, man mußte die rascheste Entscheidung suchen<sup>142</sup>, was ohnehin dem aggressiven Geist des preußisch-deutschen Militarismus und Imperialismus entsprach. Die westliche Richtung des ersten Hauptschlages bedeutete keineswegs, daß Schlieffen und der Generalstab beschlossen hatten, die gegen Rußland gerichteten aggressiven junkerlichen Interessen und Hoffnungen zu opfern. Sie ergab sich aber aus der Notwendigkeit, die wachsende Rolle der deutschen Schwerindustriemagnaten zu berücksichtigen, die sich vor dem Risiko eines Einfalls französischer Truppen in Westdeutschland fürchteten. Dazu kamen militärische Erwägungen, denn die Zerstörung der in diesen Gebieten gelegenen Industrie würde dem gesamten Rüstungspotential Deutschlands ernsthaften Schaden zufügen. Unter diesen Umständen wäre eine Weiterführung des Krieges unmöglich gewesen. Noch größere Bedeutung hatte die Verstärkung der Eroberungsgelüste bei den Magnaten des Monopolkapitals. Gelänge es der deutschen Armee durch einen raschen Schlag in die nördlichen und westlichen Gebiete Frankreichs einzufallen und die in industrieller Hinsicht höchstentwickelten Bezirke zu besetzen, so würde das den deutschen Monopolherren neue, weitgehende und vielversprechende Aussichten erschließen. Vom Standpunkt des Generalstabs würde das eine Schmälerung des französischen Rüstungspoten-

<sup>141</sup> „Der Weltkrieg“. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I, S. 8–10.

<sup>142</sup> Ebenda, S. 15/16.

tials bedeuten. Der Einfall in Frankreich würde auch den junkerlichen Haß gegen den „Erbfeind“ befriedigen.

Das von Schlieffen 1894 aufgesetzte Memorandum legte den Plan einer rein frontalen Offensive an einem der Abschnitte der gegnerischen Linie im Westen dar.<sup>143</sup> Diesem Plan lag die abenteuerliche Idee des Blitzkrieges zugrunde. Der Gedanke an eine operative Einkreisung der französischen Armee war zwar damals noch nicht geboren, aber in dem 1898 und 1899 aufgestellten Plan sah Schlieffen bereits den Einfall der deutschen Truppen in Frankreich durch Luxemburg und Belgien vor.<sup>144</sup> Politische Bedenken im Zusammenhang mit der Verletzung der Neutralität Belgiens beunruhigten Schlieffen nicht im geringsten. Schon Moltke führte aus, daß „jede Neutralität möglicherweise verletzt werden kann, wenn dieser Schritt nicht ganz bestimmte und den Vorteil überwiegende Nachteile für den Angreifer nach sich zieht“<sup>145</sup>. Das bedeutete, daß weder Moltke noch Schlieffen die Rolle Englands als eines eventuellen Gegners Deutschlands in Betracht zogen. Am Ende des 19. Jahrhunderts rechneten der Generalstab und breitere militaristische Kreise mit England überhaupt nie als mit einem ernststen Gegner im Kontinentalkrieg, und sie erkannten in ihrer junkerlichen Borniertheit nicht, welche tiefen Gegensätze imperialistischen Charakters damals schon zwischen Deutschland und England herangereift waren. Nach wie vor hielten sie Rußland und Frankreich für die Hauptgegner Deutschlands. Die Zerschmetterung dieser Gegner sollte die Errichtung der Herrschaft des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus in Europa bedeuten. Der Generalstab trachtete danach, die beiden Gegner einzeln zu schlagen. In der Diplomatie hingegen erblickte er ein Werkzeug, das zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen sollte. Indessen begann der deutsche Imperialismus schon am Ende des 19. Jahrhunderts sich Aufgaben zu stellen und Ziele zu stecken, die weit über die Grenzen des europäischen Kontinents hinausgingen. Die herrschenden Klassen forderten bereits die Verwirklichung der „Weltpolitik“.

## 5

Der diplomatische Apparat, der die Außenpolitik des deutschen Imperialismus verwirklichen sollte, unterschied sich seiner Zusammensetzung und seinem Geiste nach nicht viel vom alten preußischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. In den kleinen Diensträumen des finsternen Gebäudes des deutschen Auswärtigen Amtes, das Mitte der siebziger Jahre

<sup>143</sup> Ebenda, S. 51/52.

<sup>144</sup> Ebenda, S. 54.

<sup>145</sup> Moltke, „Kriegslehren“, S. 14.

in Berlin in der Wilhelmstraße erbaut wurde, herrschten ebenso wie im Gebäude des preußischen Ministeriums äußerster Konservatismus in den Ansichten, der von der Routine in der Kanzleiführung unterstützt wurde, und jene spezifische Atmosphäre, wie sie vom Bürokratismus und von Intrigen hervorgebracht wird. Die Kader des diplomatischen Dienstes stammten fast ausschließlich aus den Kreisen des preußischen Adels und überhaupt aus Vertretern aristokratischer und Adelskreise. Nicht einmal Menschen aus den Kreisen der Großbourgeoisie oder bürgerliche Emporkömmlinge wurden zu den leitenden Posten im Amt zugelassen, erst recht nicht, wenn diese Posten repräsentativen Charakters waren. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren alle Posten der Botschafter, Gesandten und der anderen mehr oder weniger hohen Beamten des diplomatischen Dienstes durch Vertreter der aristokratischen und Adelskreise besetzt. Eine Ausnahme machten die diplomatischen Vertreter Deutschlands in Peru, Venezuela und Siam.<sup>146</sup>

Genauso wie der Generalstab stellte das Auswärtige Amt gleichsam eine besondere Welt dar, die von den übrigen Ämtern und insbesondere vom Volk und selbst von jenen scheinrepräsentativen Organen abgeschirmt war, die es in Preußen und in Deutschland gab. Dieses Amt wollte ein Staat im Staate sein und war es auch in den Jahren der Herrschaft Bismarcks. Bismarck, der in seinen Händen die Gewalt des Reichskanzlers, des preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Außenministers konzentriert hatte, verwandelte den diplomatischen Dienst des Reiches in seine Domäne oder nach einem eigenen Ausdruck dieses Junkers in seinen Stall. In der letzten Periode seiner Kanzlerschaft war sein Sohn Herbert der Leiter dieses „Stalles“. Dieser hielt die Untergebenen im Zaum, unterdrückte die Initiative selbst der Beamten höheren Ranges und erblickte seine Hauptaufgabe darin, die Vorschriften des Vaters genau auszuführen, selbst wenn er ihren Sinn nicht begriff. Aber der alte Bismarck hatte es nie für nötig befunden, irgend jemandem seine Absichten zu erklären, und selbst die Botschafter, die seine diplomatischen Aufträge ausführten, kannten oftmals nicht die wahren Motive der von ihnen betriebenen Politik. Der allmächtige Kanzler hielt es erst recht für unnötig, seine politischen Ziele vor den repräsentativen Organen und sogar vor der Regierung aufzudecken. Der Kaiser allein erhielt von ihm persönliche Berichte, die gewöhnlich so präpariert waren, daß es dem Reichskanzler leicht fiel, ihn auf seine Seite zu bringen.

Einstmals hatte der preußische Außenminister das Kabinett regelmäßig über seine Tätigkeit informiert. Bismarck hielt diesen Brauch für überflüssigen Zeitaufwand. Die Kompetenz des Bundesrates erstreckte sich eben-

<sup>146</sup> Richard Lewinsohn, „Das Geld in der Politik“.



falls nicht auf das Auswärtige Amt. Zwar wurde im Bundesrat zunächst eine Kommission für Auswärtige Angelegenheiten geschaffen, der kein Vertreter Preußens angehörte. Das war eine Geste Bayern und den anderen großen deutschen Staaten gegenüber, die in den Verband Großpreußens einbezogen worden waren. Nachdem aber Bismarck diese Geste getan hatte, bemühte er sich gleich darum, das Bestehen dieser Kommission alle vergessen zu lassen. Jedenfalls trat diese Kommission nie zusammen. Nur selten gestattete Bismarck dem Reichstag, Fragen der Außenpolitik und der Diplomatie zu erörtern, und zwar nur dann, wenn er das aus Motiven der Innen- oder Außenpolitik brauchte. Am Vorabend der Debatten besuchten die Führer der junkerlichen und bürgerlichen Parteien das Auswärtige Amt, wo sie eine „Information“ über den Gegenstand ihrer Reden erhielten. Natürlich fügte sich diese „Information“ dem Umfang und dem Charakter nach genau in den Rahmen, den die Regierung im gegebenen Augenblick brauchte. Alle wichtigen Akte der deutschen Außenpolitik blieben ein Geheimnis, und selbst die Bündnisverträge wurden vom Reichstag weder geprüft noch bestätigt. In dieser Hinsicht hielt es Bismarck für unnötig, dem Musterbeispiel der englischen Regierung an Heuchelei zu folgen, die „Blaubücher“ über die diplomatischen Dokumente veröffentlichte und durch diese die wahren Ziele und Motive ihrer Politik im Grunde genommen tarnte. Bereits 1869 erklärte Bismarck mit dem ihm eigenen Zynismus, daß er diese Bücher für sinnlos halte, da die Regierung darin sowieso nur jene Dokumente veröffentliche, die für sie günstig seien, und jene geheimhalte, die sie zu verbergen für nötig erachte. Die herrschenden Klassen, die den allgemeinen politischen Kurs diktierten, waren daran interessiert, daß dieses Geheimnis gewahrt wird, während zu den Aufgaben der ihnen zur Verfügung stehenden Presse die Bearbeitung der „öffentlichen Meinung“ im Geiste jener Forderungen gehörte, die sie an die Regierung stellten. Aber auch die Regierung benutzte die Presse als ein Werkzeug ihrer Außenpolitik und Diplomatie. Bismarck haßte die Presse, bediente sich ihrer aber geschickt. Das Auswärtige Amt inspirierte insgeheim viele Presseorgane, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Zu diesem Zweck wurde im Amt eine besondere Presseabteilung geschaffen.

Der Apparat des Auswärtigen Amtes war zunächst nicht groß. Später, Ende des 19. Jahrhunderts, als sich die Aufgaben der Außenpolitik des deutschen Imperialismus rasch zu erweitern begannen, wurde dieser Apparat etwas vergrößert. Aber seine Struktur blieb die gleiche. Sein wichtigstes und zentrales Bindeglied war die erste politische Abteilung, die sich aus zwei Teilen zusammensetzte: Der eine Teil (I A), der formell unmittelbar dem Staatssekretär unterstellt war, befaßte sich mit Fragen der „großen Politik“ und mit der Tätigkeit der Hauptkader des diplomatischen Dienstes;

der andere Teil (I B) befaßte sich mit der Heranbildung der Kader, mit ihrer Laufbahn, mit Auszeichnungen sowie mit dem Protokoll. Die zweite Abteilung des Amtes befaßte sich mit Angelegenheiten des Außenhandels, mit Konsularfragen, mit Fragen der Emigration sowie der Eisenbahn-, Telegraf-, Telefon- und Seeverbindungen mit anderen Staaten. Zum Kompetenzbereich der dritten Abteilung gehörten Rechtsfragen, die das ganze Reich und seine einzelnen Staaten betrafen, Grenzfragen, Wahrnehmung persönlicher Interessen deutscher Staatsangehöriger im Ausland usw. Schließlich befaßte sich die vierte Abteilung (die „Kolonialabteilung“) mit den Fragen der Verwaltung und Organisation der kolonialen Besitzungen Deutschlands sowie mit zwischenstaatlichen Besprechungen über Fragen, die diese Besitzungen betrafen.<sup>147</sup>

In den zwanzig Jahren der Kanzlerschaft Bismarcks hatte sich das Auswärtige Amt so an seine Allmacht, an seine scharfen Zurechtweisungen, an die eingebürgerte preußisch-bürokratische Routine und vor allem an Liebedienerei und Gehorsam gewöhnt, daß es sich – selbst als es von seiner schweren Hand befreit wurde – noch immer mit Achtung, die mit Furcht vermischt war, nach ihm umschaute. Die diplomatische Dynastie Bismarck kam jedoch nicht zustande. Die unbegabten Söhne Bismarcks, Herbert und Wilhelm, die vom Vater nur die sagenhafte Grobheit geerbt hatten, wurden aus dem Auswärtigen Amt vertrieben, kaum daß ihr Vater zurückgetreten war. Aber viele Zöglinge seines „Stalles“, den man im engen Kreise bereits als „Laden“ zu bezeichnen begann, blieben im Dienst und kamen hier gut voran. Einige dieser Gestalten hatten seinerzeit große Geschicklichkeit im Männchenmachen vor dem Kanzler gezeigt, der ihnen allmächtig erschien. Später, als sie begriffen, daß die Tage der Anwesenheit Bismarcks auf diesem Posten gezählt waren, trugen sie selbst dazu bei, ihn von seinem Posten zu stoßen. Andere haben so rasch die recht verbreitete Eigenschaft entdeckt, ihr Gesicht zu verlieren, so daß sie sich auch nach dem Rücktritt Bismarcks mit Leichtigkeit halten konnten. Die dritten wurden einfach als Günstlinge eines kleinen Hofkreises in den Vordergrund geschoben, dessen Seele der berüchtigte „Phili“, Philipp Eulenburg, war. Und trotzdem, so-

<sup>147</sup> Архив внешней политики России Министерства иностранных дел СССР. (In den folgenden Quellenangaben wird diese Ausgabe nur mit Архив МИД bezeichnet. Hinzu kommen für den Фонд канцелярии министра der Buchstabe К, für den Фонд политического архива die Buchstaben П. А. und für den Фонд секретного архива die Buchstaben С. А. Die Red.) Архив МИД, К. 23, Blatt 114, Beglaubigungsschreiben Osten-Sakens an Murawjow, Berlin, 11. Februar (30. Januar) 1897. Diesem Brief war eine Liste vom 5. Februar 1897 beigelegt, die die Struktur des deutschen Auswärtigen Amtes darlegte. Die Liste war auf Bitten Osten-Sakens vom Staatssekretär dieses Amtes, Marshall von Bieberstein, aufgestellt.

lange Bismarck lebte, waren sie alle gezwungen, auf den seines Postens enthobenen Kanzler Rücksicht zu nehmen, der wie „der Donnergott im Sachsenwalde“<sup>148</sup> seine Meinung über die Hauptfragen der deutschen Politik vernehmen ließ.

Nachdem er sich auf sein Gut zurückgezogen hatte, frondierte der zurückgetretene Kanzler gegen die Regierung und sehr bald hatte sich um ihn fast das ganze Lager der Agrarier geschart. Dieses Lager war mit der Wirtschaftspolitik Caprivis äußerst unzufrieden. Der neue Reichskanzler hatte den Kurs auf die Versorgung der deutschen Industrie mit Absatzmärkten durch Abschluß von Handelsverträgen mit Agrarländern (Rußland, Österreich-Ungarn usw.) eingeschlagen, die im Austausch die Möglichkeit erhielten, ihre landwirtschaftliche Produktion nach Deutschland zu exportieren. Die von den Großagrariern geschaffene starke und man kann sagen kämpferische Organisation „Bund der Landwirte“ unterließ es nicht, der Regierung mit scharfen Demonstrationen entgegenzutreten. Das Haupt dieser Regierung, das den Interessen des wachsenden Industriekapitals mehr Gehör schenkte, wagte es sich als Verdienst anzurechnen, daß er keinen Ar Boden besaß. In dem Lande, wo der Großgrundbesitz die Grundlage des Regimes darstellte, wo das preußische Junkertum gewohnt war anzunehmen, daß der Staat seine Forderungen voll und ganz zu erfüllen habe, konnte sich ein solcher Kanzler nicht lange halten. Die Antiregierungsdemonstration des Bundes der Landwirte war von Rufen „Es lebe Fürst Bismarck!“ begleitet. Die gesamte Agraradelsopposition, fast das gesamte konservative Lager, erblickte in ihm seinen Führer. Aber auch die Kreise der imperialistischen Bourgeoisie begannen sich auf die Seite Bismarcks zu neigen. Ihnen imponierten sein altpreußischer reaktionärer Geist, seine ständige Bereitschaft zum entschlossenen Kampf gegen die sozialistische Bewegung, seine sich verstärkenden englandfeindlichen Stimmungen.

Der Kurs der Annäherung an England, den Kanzler Caprivi einzuschlagen versuchte, hatte in diesen Kreisen starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Sie betrachteten voll Neid die kolonialen Reichtümer des britischen Empire und empörten sich über die Bereitwilligkeit Caprivis, die Annäherung an England durch koloniale Zugeständnisse anzustreben. Der von ihnen geschaffene Alldeutsche Verband hat seit den ersten Schritten seiner Tätigkeit gezeigt, daß er bereit war, den Kampf gegen England aufzunehmen, die reaktionären und aggressiven Traditionen des verpreußten Deutschlands zu pflegen und zu verstärken. So begann Mitte der neunziger Jahre ein Bismarckkult zu entstehen, der von den reaktionärsten Kreisen des Junkertums und der imperialistischen Bourgeoisie getrieben wurde. Kein Wunder also, wenn Bismarck in den letzten Lebensjahren seinen Ein-

<sup>148</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 32.

fluß so verstärkte, daß man seinen Worten, unter anderem bei der Auswahl von Menschen für die leitenden Staatsposten, wiederum Gehör zu schenken begann. Selbst Kaiser Wilhelm II. mußte sich mit dem in den Ruhestand versetzten Kanzler treffen. Er haßte ihn nach wie vor, aber er fürchtete ihn. Selbst der gemeinsame Haß gegen die Arbeiterklasse konnte sie nicht einigen. Beide strebten danach, die Sozialdemokratische Partei abzuwürgen, aber mit verschiedenen Methoden. Wilhelm II. bedachte den Bankrott der drakonischen, vom „eisernen Kanzler“ gegen die Sozialisten erlassenen „Ausnahmegesetze“ und beschloß zunächst, sich der christlich-sozialen, vom Hofprediger Stoecker erfundenen Demagogie zu bedienen. Selbstsicher und frech wiederholte der Kaiser damals immer wieder: „Die Sozialdemokratie nehme ich auf mich.“ Er meinte damit den Kampf gegen diese und die Beseitigung ihres Einflusses unter den Arbeitern. Unter Verwendung romantischen Unsinnns jeder Art, minderwertiger sozialer und nationaler Demagogie und (natürlich nicht zuletzt) der Geheimpolizei, war er überzeugt, einen historischen Zweikampf gegen den Sozialismus aufnehmen zu können und den sicheren Sieg in der Tasche zu haben. Aber schon sehr bald mußte er sich davon überzeugen, daß seine von Pastor Stoecker entlichenen armseligen „Ideen“ keinen Erfolg unter der Arbeiterklasse hatten. Mehr noch, das politische Leben in Deutschland zeugte davon, daß der Einfluß der Sozialdemokratie ständig im Wachsen begriffen war. Nachdem Wilhelm II. eingesehen hatte, daß die Arbeiter für die Monarchie und für das junkerliche Regime nicht zu begeistern sind, beschloß er, erneut zur Politik der Einschüchterung und des Frontalangriffs gegen die Sozialdemokratie überzugehen. Er plante sogar einen Staatsstreich, um zu noch strengeren Gesetzen gegen die Sozialisten zurückzukehren. Er wußte, daß viele aus dem reaktionären Lager des Junkertums und der Bourgeoisie das gleiche wünschten. Aber die Zeiten hatten sich gewandelt. Die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei waren zu einer großen politischen Macht geworden, und er mußte zugeben, daß man in der gegebenen Situation den reaktionären Kurs „in kleinen Dosen“ verwirklichen mußte („Politik der kleinen Mittel“). Abfinden aber konnte er sich damit niemals. Dort, wo er für sich keine unmittelbare, persönliche Gefahr sah, war er stets ein Anhänger radikaler Mittel sowohl in Fragen der Innen- wie auch in Fragen der Außenpolitik.

Schon seit den ersten Tagen seiner Regierungszeit benahm sich Wilhelm II. so, als wäre gerade er auf dem Gebiet der Diplomatie ein besonders geschickter Meister, den niemand zu übertreffen vermag. So begann sich einer der Hauptzüge seines Charakters zu offenbaren – die ungewöhnliche, man kann sagen, krankhafte Einbildung und seine tiefe Überzeugung, daß er als preußischer König und deutscher Kaiser von „Gottes Gnaden“

allmächtig sei. Davon überzeugt, daß er alles wisse, alles sehe und alles könne, mischte er sich ständig in alle Angelegenheiten der Innen- und Außenpolitik ein und betrachtete sich nicht nur als eine unbestreitbare Autorität, sondern auch als die Haupttriebkraft des historischen Prozesses. Sein intimer Freund Philipp Eulenburg, der alle Schwächen seines Kaisers kannte und ausnutzte, schrieb über ihn: „Wilhelm II. nimmt alles persönlich. Nur persönliche Argumente machen ihm Eindruck. Er will andere belehren, läßt sich aber ungern belehren.“<sup>149</sup> Das war ein Mensch mit unbeständiger Psyche, der leicht erregbar, äußerst impulsiv war und rasch auf das reagierte, was ihn seiner Meinung nach persönlich anging. Und dabei ging ihm alles an, was in sein Gesichtsfeld kam.

Nachdem er sich die altpreußischen feudalen Vorstellungen von der Natur und dem Charakter seiner Macht zu eigen gemacht hatte, hielt dieser „Brandenburger“ Deutschland für seine Domäne und betrachtete sogar dessen lahmen Konstitutionalismus als einen historischen Fehler, den man nach Möglichkeit rasch beseitigen müsse, indem man die Verfassung selbst, den in der Verfassung vorgesehenen Reichstag und ihre sonstigen Attribute vernichtet. Er trug sich stets mit dem Gedanken an einen Staatsstreich und suchte – als Feigling von Natur – nach einem Mann, der diesen Staatsstreich vollziehen könnte, ohne ihn in den Hintergrund zu drängen. Als Sprößling der preußischen Hohenzollerndynastie, die durch Raub groß geworden war, strebte er stets danach, seine Domäne durch Eroberung fremder Länder zu erweitern, und konnte sich in keiner Weise damit abfinden, daß andere Mächte am Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Eroberungspolitik größere Erfolge hatten als er. Von seiner Macht überzeugt, versuchte er stets, dieselbe Überzeugung der ganzen Welt und insbesondere jenen aufzuzwingen, die er für seine Feinde hielt. Feinde aber erblickte er überall, und die Errichtung seiner absolutistischen Macht hielt er für die beste Methode, sie zu bekämpfen. „Suprema lex regis voluntas“ (Oberstes Gesetz ist der Wille des Königs), „Es gibt nur einen Kaiser im Reich, etwas anderes werde ich nicht dulden“, „Mein Kurs ist der richtige Kurs, er wird auch in Zukunft beibehalten werden“, „Es gibt nur ein Gesetz, und das ist mein Gesetz“ – Wilhelm gab ständig diese und ähnliche Aphorismen von sich, und die Öffentlichkeit mußte sich an sie gewöhnen.

In die Toga der feudalen Romantik, die überladen, spießbürgerlich banalisiert und zugleich dem spekulativen Geist der kapitalistischen Börse angepaßt war, gehüllt, hielt Wilhelm sich für ein Phänomen, das keinem der vorangegangenen Hohenzollern in irgendeiner Weise glich. In dieser Dynastie – so bemerkte Karl Marx – wechselten sich Feldwebel und Komödianten von Generation zu Generation ab. Wilhelm, der sowohl die

<sup>149</sup> Ebenda, S. 5.

einen als auch die anderen Züge seiner Väter in sich vereinigte, war nach der Erziehung im Potsdamer Offizierskasino in der Tat ein preußischer Feldwebel auf dem deutschen Thron, spielte jedoch vor der Welt stets die Rolle einer historischen Gestalt und ahmte dabei mal den „Großen Kurfürsten“, mal Friedrich II., mal Napoleon Bonaparte nach. In dem Bestreben, allen zu gefallen und alle einzuschüchtern, war er ewig bemüht, das Gefühl der Angst zu verbergen, das sich seiner jedesmal bemächtigte, sobald er sich einer heranrückenden Gefahr bewußt wurde. Da er sich für einen Meister in allen Sphären der Tätigkeit, von der Malerei bis zur Rednerkunst, von der Politik bis zum Ackerbau hielt, besaß er alle negativen Seiten eines Dilettanten, der sich erlaubte, sich in alle Angelegenheiten einzumischen, ohne irgendeine richtig zu verstehen. Wie ein kleiner Schauspieler schmeichelte er gern und ließ sich noch lieber schmeicheln, was bei seinem Streben nach Stärkung des autokratischen Regimes der ihn umgebenden reaktionären Kamarilla weitgehende Möglichkeiten für mannigfaltige Beeinflussung und ständige Intrigen eröffnete.

In dieser Hinsicht spielten vor allem die geheimen kaiserlichen Kabinette (Militärkabinett, Marinekabinett und andere), durch die er das Land regieren wollte, eine große Rolle. Und in einigen Fällen bestimmten diese Kabinette in der Tat den politischen Kurs, parallel und sogar im Gegensatz zu dem politischen Kurs der Regierung sowie der einzelnen Ämter und Ministerien. So hatten zum Beispiel der Chef des Zivilkabinetts, Lucaeus, der in den Kreisen der Konservativen Partei verächtlich der „Apotheker“ genannt wurde, oder Senden-Bibran, der Chef des Marinekabinetts, in vielen Fällen größeren politischen Einfluß als der Reichskanzler und die Staatssekretäre. So wurde der deutsche Kaiser, einer der größten Junker und Besitzer eines großen Pakets Kruppaktien, der sich vor Deutschland und der ganzen Welt in Positur warf, zu einem jämmerlichen Spielzeug in den Händen verantwortungsloser Menschen, die so taten, als wären sie bereit, seinen Willen blindlings zu vollstrecken.

Aber gerade der Wille war es, den Wilhelm nicht hatte. Er war stets dem Einfluß seiner Umgebung ausgesetzt, war stets zu radikalsten Entscheidungen bereit, wenn er keinen Widerstand spürte; wenn er jedoch die geringste Gefahr merkte, war er stets bestrebt, sich hinter einem fremden Rücken zu verstecken. Auf jedes Ereignis reagierte er gewöhnlich rasch und scharf, aber stets persönlich, oberflächlich und ohne Voraussicht. Ereignisse und Menschen veränderten ständig seine Ansichten, seine Beschlüsse und vor allem seine Stimmungen. „Das kann niemand aushalten“, beklagte sich einer seiner Minister, „heute so und morgen so und nach einigen Tagen wieder anders.“<sup>150</sup> Ein englischer Diplomat, der die Tätigkeit Wilhelms

<sup>150</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 367.

viele Jahre lang beobachtete, äußerte, man könne den Kaiser nur mit einer Katze vergleichen, die ein Buftett erklettert, und von der keiner weiß, wohin sie springen wird. Und er sprang in der Tat mal hin und mal her auf der Suche nach Erfolg, Gewinn und Macht. Durch seine dummen Handlungen und herausfordernden Reden kompromittierte er mehr als einmal die Ziele, die er zu erreichen suchte. Aber diese reaktionären Eroberungsziele entsprachen ebenso wie seine auf Effekt berechneten, recht abenteuerlichen Methoden den Interessen und dem Geschmack der herrschenden Klassen Deutschlands. Das Junkertum und die imperialistische Bourgeoisie verziehen ihm vieles, weil sie in ihm die Verkörperung ihrer eigenen aggressiven Bestrebungen in Richtung der „Weltpolitik“ erblickten.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts, als der deutsche Imperialismus seine „Weltpolitik“ so stürmisch entfaltete, stand ein fast achtzigjähriger Greis, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, leiblicher Onkel Wilhelms II., an der Spitze der Regierung. Als einer der reichsten Gutsbesitzer Deutschlands, als Besitzer des großen Gutes „Werki“, im westlichen Gouvernement Rußlands gelegen, hatte er in den Jahren seines langen Lebens hohe administrative und politische Posten; unter anderem den des Statthalters des annektierten Elsaß-Lothringens bekleidet. Hohenlohe hatte wertvolle Beziehungen zu den höchsten katholischen Kreisen in Deutschland und in Rom. Der leibliche Bruder des Reichskanzlers war ein angesehener Kardinal und dabei so „zuverlässig“, daß Bismarck seinerzeit die Absicht hatte, ihn auf den Posten eines deutschen Botschafters beim Vatikan zu berufen. Andererseits unterhielt Hohenlohe umfangreiche Beziehungen zu den bürgerlichen und junkerlichen Reichstagsfraktionen. Diese Beziehungen wurden gewöhnlich von seinem Sohn Alexander, einem Reichstagsabgeordneten, angeknüpft und geltend gemacht. Alexander Hohenlohe übte auf den greisen Vater starken Einfluß in politischen Fragen aus. Zugleich beschäftigte ihn ebenso wie seinen Vater der Gedanke, wie man das in Rußland gelegene Gut „Werki“ in Händen behalten könnte. In der Familie des deutschen Reichskanzlers spielte man mit dem Gedanken, ob Alexander Hohenlohe zu diesem Zweck nicht Untertan des russischen Zaren werden sollte.<sup>151</sup> Auf jeden Fall verschaffte der Großgrundbesitz in Rußland dem Reichskanzler den Ruf eines Politikers, der an der Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zum östlichen Nachbar und an einer Festigung der Verbindungen zum russischen Zarismus interessiert sei.

Als Mensch ohne Schwung und ohne große Initiative konnte er sich in seiner Eigenschaft als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident stets auf den bürokratischen Apparat verlassen, in dem sich die Schriftstücke gleichsam von selbst bewegten. In diesem Apparat war Hohenlohe

<sup>151</sup> Erich Eyck, „Das persönliche Regiment Wilhelms II.“, S. 100.

nicht die Haupttriebfeder, aber er fühlte sich in seinem Element, wenn er, auf seine riesige Erfahrung gestützt, den langsamen Rhythmus der Wanderung von Schriftstücken und Gesetzentwürfen durch die Labyrinth der preußischen und gesamtdeutschen Instanzen in Gang halten und sogar lenken konnte. Die politischen Ideen, die in seinem Kopf nisteten, waren eigentlich keine Ideen. Sie waren alte Vorstellungen des Junkertums und der Bürokratie, vermischt mit der erzwungenen Erkenntnis der Notwendigkeit, die Interessen des Großkapitals zu berücksichtigen, das, ohne an den „Grundpfeilern“ zu rütteln, stets bereit war, den reaktionären Kurs der Regierung auf dem Gebiet der Innenpolitik und den aggressiven Kurs auf dem Gebiet der Außenpolitik zu unterstützen. Hohenlohe war keinesfalls ein Gegner dieses Kurses, aber in seiner greisenhaften Langsamkeit und Vorsicht war er bestrebt, ihm einige Züge der „Mäßigkeit“ zu verleihen, die den einzelnen Parteien des Reichstags, die nicht immer und nicht in allem geneigt waren, der Regierung unbedingte Unterstützung zuteil werden zu lassen, imponieren mußten. Nur selten versuchte er, den offenkundig abenteuerlichen Äußerungen des „neuesten Kurses“ Widerstand zu leisten, aber er widersetzte sich schwach, unentschlossen, durch hinhaltende Maßnahmen, die im Grunde genommen ein Zugeständnis und folglich auch eine Ermunterung für die Zukunft darstellten.

Ohne eine eigene feste Linie zu besitzen, „söhnte“ er ständig die Forderungen und Pläne „aus“, die von den verschiedenen einflußreichen politischen Kreisen und bürokratischen Instanzen ausgingen, auf die er Rücksicht nehmen mußte: Instanzen des Hofes, der Ministerien und des Parlaments, verantwortliche und verantwortungslose. Er stand im Brennpunkt endloser und mannigfacher Intrigen und dachte nicht daran, sie zu bekämpfen, ja nicht einmal daran, an ihnen teilzunehmen, sondern nur daran, was man anstellen muß, um ihnen nicht zum Opfer zu fallen. Deshalb kam es oftmals so, daß er in die Rolle ihres Vollstreckers geriet.

In den Augen des Kaisers, der Hofkamarilla und des kleinen Kreises, der alle Geschäfte des diplomatischen „Ladens“ versah, war die greisenhafte Schwäche Hohenlohes gerade seine Hauptstärke, die man in eigenem Interesse ausnutzen konnte. Keiner überschätzte seinen Einfluß im Reichstag. Der Alte hörte bereits schlecht und sprach noch schlechter. Als Hohenlohe auf den Posten des Reichskanzlers berufen wurde, sagte ihm Wilhelm, er würde ihm Minister, „für Rednerangelegenheiten“ begeben. Diese Rolle spielten Bötticher (in Fragen der Innenpolitik) und Marschall von Bieberstein (in Fragen der Außenpolitik). Hohenlohe selbst, der den Reichstag für eine ihm aufgezwungene Notwendigkeit hielt, sprach in diesem sehr selten und nur in dringendsten Fällen. Seine Rede hielt er stets nach einem vorbereiteten Zettel und so leise, fast flüsternd, daß man ihren



Inhalt später nur von den Stenographen erfahren konnte. Dafür zeigte er in den hinter den Kulissen geführten Besprechungen mit den Führern der junkerlichen und bürgerlichen politischen Parteien, bei der Schaffung der von der Regierung benötigten parlamentarischen Kombinationen eine Geschicklichkeit, die von jenen ausgenutzt wurde, die hinter ihm standen. Hohenlohe war sich darüber im klaren und bestrebt, seine Stellung dadurch zu festigen. Er war sich auch darüber im klaren, daß er als Reichskanzler keine Macht, sondern nur einen Schemen der Macht besaß. Und trotzdem klammerte er sich mit seinen Greisenhänden an diesen Schemen, schwamm mit dem Strom und trachtete nur danach, die Klippen zu umschiffen und den Schiffbruch zu vermeiden.

Ohne einen festen politischen Kurs oder politische Selbständigkeit und Entschlossenheit zu besitzen, ordnete Reichskanzler Hohenlohe seine ganze Tätigkeit dem Bestreben unter, gefällig zu sein, um sich zu halten. Das bedeutete, daß er seinem kaiserlichen Nefen, der sich über seinen Kopf hinweg nach Dilettantenart in alle Angelegenheiten einmischte, dessen verantwortungslosen Beratern und, auf dem Gebiet der Diplomatie, den Leitern des Amtes gefällig sein mußte, die bestrebt waren, ihren Einfluß aufrechtzuerhalten. Er schwebte stets zwischen der Angst, in den Ruhestand versetzt zu werden, und der Hoffnung, sich an der Macht halten zu können, die seinen Händen im Grunde genommen schon entglitten war, ehe er an sie kam. Deshalb konnte er sich niemals durchsetzen. Wenn er unter vier Augen mit dem Kaiser sprach, gab er ihm stets nach. Dann erschrak er vor den Folgen, schrieb Briefe, in denen er irgend etwas forderte oder zuweilen um den Rücktritt bat. In solchen Fällen begriffen alle, daß Hohenlohe einfach die Verantwortung von sich abwälzen wollte, keinesfalls aber seine Absicht zu verwirklichen gedachte.

Richtig gelungen war ihm nur das eine: seine jämmerliche Rolle vor der Außenwelt durch ruhige, greisenhafte Sicherheit und durch angebliche Bereitschaft zu tarnen, auf das Getue dieser Welt zu verzichten. Aber diese Fähigkeit hatte er durch das Alter, durch den gewaltigen Reichtum und die gewaltige Erfahrung erworben, die er im Laufe langer Jahre auf den höchsten Posten der bürokratischen Hierarchie gesammelt hatte. General Waldersee, der den regierenden Sphären nahestand, machte die Bemerkung, der alte Hohenlohe sei gänzlich müde und ziehe es vor, jede Sache auf morgen zu verschieben.<sup>152</sup>

Die Minister arbeiteten ohne Fühlung miteinander, und die Regierung war sich in den Jahren der Kanzlerschaft Hohenlohes niemals sicher, ob sie im Reichstag oder wenigstens im preußischen Landtag Unterstützung finden würde. Nur der Kaiser war daran interessiert, den Onkel an der Macht zu

<sup>152</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 369.

halten, so konnte Wilhelm sein eigener Reichskanzler sein, sich in die diplomatischen Angelegenheiten unabhängig vom Auswärtigen Amt einmischen und Instruktionen verschicken, die zu den Instruktionen dieses Amtes und sogar zu den von ihm selbst stammenden Instruktionen im Gegensatz standen. An der Spitze des Amtes stand Marschall von Bieberstein, auf den er je länger, desto weniger Rücksicht nahm.

In Berlin hielt man Marschall für einen Fremdling. Er war weder ein Preuße noch Junker, noch Bürokrat. Einen großen Teil seines Lebens verbrachte er in Baden, wo er geboren wurde, seine juristische Bildung erhielt und sich als Rechtsanwalt und Politiker betätigte. Da er konservativen Kreisen nahestand, wurde er eine Zeitlang als Abgeordneter in den Reichstag gewählt und erhielt dann den Posten eines badischen Gesandten in Berlin. Hier bemerkte ihn keiner, und keiner konnte je auf den Gedanken kommen, daß er nach der Absetzung Bismarcks auf den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt berufen werden würde. Seine Ernennung verdankte er offenbar General Waldersee, mit dem er sich anzufreunden verstanden hatte. Wilhelm bezeichnete ihn als einen „gescheiten Kopf“, und die Ernennung kam zustande. In den Kreisen der alten diplomatischen Bürokratie hat das Erscheinen Marschalls starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Diese Kreise waren der Meinung, „in diese Stellung hätte ein Preuße gesetzt werden sollen“<sup>153</sup>. Bismarck tobte und wütete. Er bezeichnete Marschall als einen ungelernten Gesellen, der mit seinen plumpen Händen in ein kompliziertes Uhrwerk hineingreife. Aber Wilhelm war damals mit seiner Wahl zufrieden. Er nahm an, daß der badische Rechtsanwalt die Außenpolitik vor dem Reichstag verteidigen werde, während die Leitung der Außenpolitik durch ihn selbst erfolgen sollte.

Aber schon nach zwei Jahren geriet die Stellung Marschalls ins Wanken. Es gab einen Augenblick, da Wilhelm ihn durch seinen Freund Philipp Eulenburg oder durch „König“ Stumm ersetzen wollte. Aber Marschall hielt sich, da er noch benötigt wurde, um vor dem Reichstag die Handelsverträge zu verteidigen, die Deutschland mit Rußland, Österreich-Ungarn und einigen anderen Agrarländern abschloß. Dafür verdarb er jedoch die Beziehungen zu den Agrariern. Die Konservativen begannen den „Süd-deutschen“ anzugreifen und warfen ihm Verrat an ihren Interessen vor. Sich mit der Hofkamarilla anzufreunden, verstand er nicht. Diese erblickte in ihm den „Liberalen“<sup>154</sup>. Da er in den einflußreichen Kreisen keine Unterstützung besaß, begann er sie im Reichstag unter den Parteien, beim Zen-

<sup>153</sup> Joseph Maria von Radowitz, „Aufzeichnungen und Erinnerungen“, Bd. 2, Berlin-Leipzig 1925, S. 322.

<sup>154</sup> Erich Lindow, „Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897–1902“, Danzig 1934.

trum und bei den Nationalliberalen, sowie in der nichtkonservativen Presse zu suchen, mit der er durch Subsidien recht nahe Beziehungen anknüpfte. Da er schwer von Begriff war, konnte er sich niemals mit dem zappligen Kaiser einarbeiten, der stets bereit war, seine eigenen Mißerfolge auf dem Gebiet der Diplomatie auf Marschall abzuwälzen. Indessen hatte Marschall in seinem eigenen Amt gar nichts zu entscheiden. Man hielt ihn dort auch weiterhin für einen Fremdling, für einen Juristen, einen Redner, für alles, nur nicht für einen Diplomaten. Er vertrat das Amt, leitete es aber im Grunde genommen nicht. Und wie das sooft der Fall ist, gerade deswegen begann man ihn im Amte zu schätzen und zu unterstützen. Die wichtigste leitende Gestalt im Amt war Baron Friedrich von Holstein.

Der Zögling der Bismarckschen diplomatischen Schule, Holstein, verstand es, sich nach Verabschiedung des „eisernen Kanzlers“ im Auswärtigen Amt Positionen zu sichern, von denen aus er einen geheimen Einfluß auf den Kurs der deutschen Außenpolitik ausüben konnte. Er hat bei der Verabschiedung Bismarcks nicht die letzte Rolle gespielt. Zusammen mit General Waldersee, Philipp Eulenburg und anderen kämpfte er insgeheim gegen seinen Lehrer, und zwar mit den gleichen Waffen, deren Benutzung ihm dieser seinerzeit beigebracht hatte. Er kämpfte mit Intrigen, Zuträgerei, schmutzigem Klatsch und kompromittierendem Material, das er methodisch, aber leidenschaftlich zu sammeln liebte. Einstmals, in den fünfziger Jahren, führte ein junger Gardeoffizier, der „tolle Schlieffen“ (so wurde er im Regiment genannt) seinen Freund Friedrich von Holstein, einen unscheinbaren Beamten des Justizdienstes, in die höchste Berliner Gesellschaft ein.<sup>155</sup> Nachdem er in den diplomatischen Dienst eingetreten war, wurde Holstein auf den Posten eines Attachés bei der preußischen Mission in Petersburg ernannt. Im Jahre 1862 fiel Holstein als fleißiger und gewissenhafter Mitarbeiter Fürst Bismarck, dem damaligen preußischen Gesandten in Rußland, auf. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg hatte er seine Karriere als Botschaftssekretär und dann Botschaftsrat in Paris begonnen. Seine diplomatischen Pflichten erfüllte er auf etwas eigenartige Weise: Noch viele Jahre später konnte man im Botschaftsgebäude ein Sofa sehen, unter dem der angehende Diplomat es sich bequem gemacht hatte, um die Gespräche seines Chefs, des Grafen Arnim, des deutschen Botschafters, zu belauschen, der entgegen dem Willen Bismarcks die französischen Legitimisten unterstützte. Nachdem diese Geschichte aufgedeckt worden war, blieb der Zutritt zu diplomatischen Posten im Ausland für Holstein verschlossen. Seit dieser Zeit hatte Holstein für sein ganzes Leben die Scheu vor jeglichem öffentlichen Auftreten behalten. Er war stets bestrebt, eine

<sup>155</sup> Oscar Freiherr von der Lancken-Wakenitz, „Meine dreißig Dienstjahre 1888–1918“, Berlin 1931, S. 58

offene Berührung mit der Presse, den politischen Parteien und dem Reichstag zu vermeiden.

Bismarck, der ihn brauchte, gab ihm eine Stellung in seinem diplomatischen „Stall“. Dort, zwischen Papier vergraben, verstand es Holstein, ein System gegenseitiger Bespitzelung auszubauen, mit dem er von den ersten Schritten seiner Laufbahn an große Erfolge hatte. Für die Verteilung der Posten zuständig, sammelte er gegen jeden Dokumente, die das politische oder persönliche Leben des Betreffenden kompromittierten. Wie eine Spinne spann er von seinem Netz aus Fäden, in die er jeden einwickeln konnte, der ihm hinderlich war. Alle fürchteten sich vor ihm. Er war nach einem Ausdruck Bismarcks eine „Hyäne mit feurigen Augen“. Herrschsüchtig und fleißig bekleidete er den bescheidenen Posten eines Rats und Referenten im Auswärtigen Amt. Faktisch aber war er ein Ministerium im Ministerium. Alle streng geheimen Berichte der Botschafter aus dem Ausland liefen bei ihm persönlich zusammen, und alle Direktiven wurden von ihm ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage begann er hinter den Kulissen mit Wilhelm zusammenzustößen, dem er persönlich fast nie begegnete. Unter sich bezeichneten ihn die Beamten als die „graue Eminenz“. So hatte einstmals Richelieu seinen stets im Schatten stehenden, aber recht einflußreichen Berater Pater Joseph genannt.

Vor Holstein fürchtete sich jeder, und keiner kannte ihn genau. Nachdem er sich am Sturz Bismarcks beteiligt hatte, verstand er es später, die Meinung zu schaffen, als wäre er allein die unersetzliche Verkörperung der Bismarckschen diplomatischen Traditionen. Obwohl er Monarchist war, verachtete er seinen Monarchen: später, als er sich gekränkt fühlte, verabsäumte er es nicht, ihn aus dem Hinterhalt mit Schmutz zu bewerfen. Er war ein Mensch mit äußerst konservativen Ansichten und ein Bürokrat durch und durch; er war von einer rein bürgerlichen Leidenschaft besessen – von der geheimen Leidenschaft eines Börsenspielers. Da er ständig einen Einblick in die politische Wetterküche hatte, spielte er unfehlbar auch mit den Kursen der Börsenpapiere. Möglicherweise gab er seine leicht erzielten Gewinne wiederum dafür aus, um sich Informationen über Personen zu beschaffen, die er brauchte oder denen er umgekehrt hinterrücks einen Schlag versetzen wollte. So befaßte er sich, ohne aus dem Schatten hervorzutreten, inmitten von Meldungen und Berichten damit, nicht die Ereignisse, sondern die Dokumente zu analysieren, starre diplomatische Formeln und Leitsätze, nicht aber die Dynamik des sich entspinrenden imperialistischen Kampfes zu prüfen. Er beobachtete aufmerksam das Schachbrett der europäischen Diplomatie, merkte aber nicht, daß um die Jahrhundertwende eine neue Zeit anbrach, neue Verhältnisse entstanden, sich neue Gegensätze zwischen den Großmächten entfalteten. Er trat in

das neue Jahrhundert mit den alten junkerlichen Begriffen, die nach dem Krimkrieg 1853–1856 und nach der Einigung Deutschlands 1871 entstanden waren. Als Anhänger der Stärkung der Armee stand Holstein dem Flottenbau fast eifersüchtig gegenüber. In diesem Fall pflegte er die Bismarckschen Worte zu wiederholen: „Der Ast, auf dem wir sitzen, das ist die Armee, und wer an diesem Aste sägt, das ist mein Feind.“<sup>156</sup> Für die Stärkung der Armee, so sagte er eines Tages, darf man nie irgendwelche Mittel sparen. Anders ist es bei der Kriegsflotte. In dieser Frage erinnerte er sich stets daran, daß man Verschwendung und außenpolitische Gefahren vermeiden muß. Er hielt den Bau einer Flotte zur Küstenverteidigung für ausreichend.

Er hielt seine Rolle hinter den Kulissen eifersüchtig geheim und bewegte unsichtbar die Figuren in der deutschen Spielvariante. Mit den Jahren bildete sich bei ihm eine Doktrin der deutschen Diplomatie, die er zu verwirklichen suchte. Sie wurde als die „Politik der zwei Eisen im Feuer“ bezeichnet. Er war überzeugt, daß diese „zwei Eisen“ – England und Rußland – sich im Feuer der gegenseitigen Widersprüche erhitzen und daß keiner dieses Feuer würde löschen können. Solange diese Eisen heiß seien, könne die deutsche Diplomatie sie in ihrem Interesse schmieden. Seine Formel lautete: „Jede Vereinbarung mit England mindert die Sicherheit unserer Ostgrenze, jede Vereinbarung mit Rußland mindert die Aussicht auf Kolonialerwerb.“<sup>157</sup> Das war ein Schema, das in der Stille einer diplomatischen Kanzlei entstanden war. Aber sein Schema hatte eine reale Grundlage, die durch das Kräfteverhältnis der Klassen in einer bestimmten Situation geschaffen worden war.

Auch andere Vertreter der deutschen Diplomatie blickten mit den Augen Holsteins auf die Welt. Zu ihnen zählte Graf Hatzfeldt, der Sohn der Freundin Lassalles. Einstmals hatte ihn Bismarck für das „beste Pferd“ in seinem „Stall“ gehalten. Einige Jahre lang war Hatzfeldt Botschafter in Konstantinopel und wollte diesen gutbezahlten Posten nicht eher verlassen, bis es ihm gelungen war, seine riesigen Schulden abzudecken. Im Jahre 1885 wurde er zum Botschafter in London ernannt und verstand es, diesen Posten auch nach der Verabschiedung Bismarcks zu behalten. Als Anhänger einer Annäherung an England mischte er sich stets ein, wenn er merkte, daß in Berliner Kreisen das Streben nach Verbesserung der Beziehungen zu Rußland wuchs. Ein anderes „Pferd“ der Bismarckschen Diplomatie, Graf Münster, bekleidete den Posten eines Botschafters in Paris. Dieser beschränkte Mensch haßte nach Junkerart Frankreich und verachtete seine

<sup>156</sup> Friedrich von Trotha, „Fritz von Holstein als Mensch und Politiker“, Berlin 1931, S. 81–83.

<sup>157</sup> Zitiert nach Alfons Raab, „Die Politik Deutschlands im Nahen Orient von 1878 bis 1908“, Wien 1936, S. 57.

republikanische Ordnung. Seine Hauptaufgabe erblickte er darin, die Annäherung Frankreichs an Rußland zu verhindern, etwa so wie Fürst Radolin, der deutsche Botschafter in Petersburg, diese Annäherung von seiten Rußlands zu hintertreiben versuchte. Radolin mochte Rußland nicht, das einzige was ihm an Rußland gefiel, war das selbstherrliche Regime. Er gab sich für einen „Freund“ Rußlands aus und trachtete danach, es in irgendeinen militärischen Konflikt mit einer dritten Großmacht hineinzustoßen und es dadurch zu schwächen. Darin erblickte er das Unterpfand für die Festigung der Hegemonie des verpreußten Deutschlands in Europa. Als in der deutschen Diplomatie die Tendenz der „Weltpolitik“ zutage trat, glaubte Radolin ebensowenig wie Münster daran, daß diese Neuerung eine Zukunft habe. Auf dem Gebiet der Außenpolitik drehten sie sich immer noch im Kreise der junkerlichen Vorstellungen, die in den siebziger und achtziger Jahren entstanden waren.

Das waren die Bewohner des diplomatischen Olympos, die die Interessen der „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus wahrnehmen und durchführen sollten. Sie hielten sich für berufen, große Taten zu vollbringen, im Grunde waren sie jedoch kleine Menschen, die von Bismarck seine alt-preußische Eigenschaft ererbt hatten, die Gewalt als die Hauptmethode auf dem Gebiet der Politik anzuwenden. Aber Bismarcks „Geschäftsverstand lehrte ihn“, wie Friedrich Engels hervorhebt, „seine Junkergerüste zurückzudrängen, wo es sein mußte; als dies nicht mehr nötig schien, traten sie wieder grell hervor; es war dies freilich ein Zeichen des Niedergangs... sämtliche Neuerungen, die er in die Diplomatie eingeführt, sind dem Korpsstudententum entlehnt“<sup>158</sup>. Diese preußisch-junkerlichen „Neuerungen“ waren es, die in das Arsenal der Diplomatie des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus eingingen: Diese Diplomatie entsproß der Gewalt, stützte sich auf die Gewalt und erblickte in der Vorbereitung auf eine noch größere Vergewaltigung der ganzen Welt den Sinn und das Hauptziel ihrer Tätigkeit.

<sup>158</sup> Friedrich Engels, „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1072.

## KAPITEL II

Die Transvaalkrise  
1895–1896  
und die deutschen Pläne  
der „Kontinentalliga“

## I

Ende 1893 und Anfang 1894 verstärkten sich in der deutschen Presse merklich die Stimmen, die ihre Unzufriedenheit über die Politik Englands ausdrückten, weil dieses das „Gleichgewicht der Kräfte“ in Europa aufrecht erhielt, dabei aber seine Besitzungen und seinen Einfluß in der kolonialen Welt erweiterte. Zugleich wurden in Deutschland Forderungen laut, zur aktiven Kolonialpolitik zurückzukehren, um die verlorene Zeit aufzuholen und die versäumten Gelegenheiten wettzumachen. Ende 1894 erklangen die englandfeindlichen Stimmen in der deutschen Presse so laut, entschlossen und scharf, daß der britische Botschafter in Berlin, Edward Malet, nachdem er Instruktionen aus London erhalten hatte, den Leiter des deutschen Auswärtigen Amtes eigens auf diesen Umstand aufmerksam machte. Marschall von Bieberstein versprach ihm, auf die Presse einzuwirken, um „den im letzten Monat herrschenden scharfen Ton“ zu dämpfen. Aber auch danach verstummte die englandfeindliche Kampagne der deutschen Presse keineswegs. Die ständigen Zwischenfälle, die sich an den ausgedehnten Grenzen der deutschen und englischen Kolonien in Ost- und Westafrika ereigneten, boten zahlreiche Anlässe für diese Kampagne. Nicht weniger Zwistigkeiten entstanden im Zusammenhang mit dem Kampf um die noch nicht eroberten Gebiete. Jeder von England in dieser Hinsicht erzielte Erfolg ließ in Deutschland Proteste und Forderungen nach Gegenmaßnahmen laut werden. All das schuf in der deutschen Presse den feindseligen Ton gegen England, wobei ausländische Beobachter unschwer erkennen konnten, daß die Kampagne über bestimmte Fragen geführt wurde.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> So hat zum Beispiel der sehr scharfsichtige russische Diplomat Botschaftsrat Tscharykow, der Anfang Oktober 1895 den äußerst feindseligen Ton der deutschen Presse England gegenüber feststellte, darauf hingewiesen, daß sie in jenem

Mitte der neunziger Jahre begann diese Kampagne solche Ausmaße anzunehmen, daß Vertreter der englischen Diplomatie, die so taten, als begriffen sie ihre Ursache nicht, einige Male bei den Deutschen festzustellen versuchten, was diese eigentlich wollten. Zunächst wichen die Deutschen einer direkten Antwort beharrlich aus. Schließlich gab Graf Hatzfeldt, der deutsche Botschafter in London, den Engländern zu verstehen, daß die deutsche Regierung mit dem Standpunkt Englands nicht zufrieden sei, da dieses keine wohlwollende Einstellung zu den die Deutschen interessierenden Kolonialfragen zeige. „Kurz gesagt“, erklärte er Lord Kimberley, dem britischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, „umgehen die Engländer Deutschland in allem und springen mit ihm um, als brauchten sie gar nicht mit ihm zu rechnen.“<sup>2</sup> Einige Tage später äußerte sich die „Kölnische Zeitung“ – das Organ, das bereits seit den Zeiten Bismarcks vom Auswärtigen Amt benutzt wurde – im gleichen Sinne, aber in einer noch schärferen Form.

Erst in den letzten Novembertagen oder in den ersten Dezembertagen des Jahres 1894 erhielt die englische Diplomatie erstmalig eine mehr oder weniger deutliche Antwort auf die sie interessierende Frage. Dr. Kayser, der Leiter der Kolonialabteilung in der Wilhelmstraße, brachte im Gespräch mit einem hohen Beamten der englischen Botschaft in Berlin starke Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß englische Agenten Deutschland in der Delagoabai, an der Küste der portugiesischen Besitzungen in Südafrika, entgegnen wirkten.

Die englische Diplomatie wurde sofort auf die Worte Kayzers aufmerksam und erblickte in ihnen (und nicht ohne Grund) die Anmeldung irgendwelcher besonderen deutschen Ansprüche auf die Delagoabai.<sup>3</sup> Das rief in London Beunruhigung hervor, vor allem in den imperialistischen Kreisen, die sich zu jenem Zeitpunkt bereits fest das Ziel gesetzt hatten, Transvaal zu erobern.

Augenblick zwei konkrete Fragen berührte: 1. Nachdem die englische Regierung beschlossen hatte, eine Eisenbahn vom englischen Hafen Mombassa (an der Küste Britisch-Ostafrikas) bis zum Viktoriassee zu bauen, hat die deutsche Regierung, um sich nicht überflügeln zu lassen, beschlossen, eine Eisenbahnstrecke von Usambara (auf dem Territorium Deutsch-Ostafrikas) bis zum gleichen See zu bauen; 2. im Zusammenhang mit der von den Engländern vorbereiteten Expedition gegen Aschanti warf die offiziöse „Post“ ihnen vor, daß sie unter diesem Vorwand beabsichtigten, das „neutrale“ Territorium Salanga zu erobern, durch das die deutschen Kolonisatoren an das rechte Ufer des Niger vorzurücken gehofft hatten. (Siehe Архив МИД, К. 17, Blatt 315, Depesche Tscharykows, Berlin, 4. Oktober [22. September] 1895, Nr. 74.)

<sup>2</sup> B. D., Bd. I, Appendix, Memorandum respecting the Relations between Germany and Great Britain 1892—1904, S. 325.

<sup>3</sup> Ebenda.



Diese kleine Republik war im Jahre 1837 von den Nachkommen holländischer Bauern gegründet worden, die sich am Kap der Guten Hoffnung Mitte des 17. Jahrhunderts angesiedelt hatten. Ihr Schicksal war an dem Tage des Jahres 1886 entschieden, als dort überaus reiche Goldfelder entdeckt wurden. Von den 300 000 Kilogramm Gold, die damals alljährlich in der ganzen Welt gewonnen wurden, förderte England 80 000 Kilogramm in seinen Kolonien, und fast ebensoviel Gold wurde in Transvaal gefördert. Es war unschwer zu berechnen, daß, falls es England gelingen sollte, Transvaal zu erobern, es die Hälfte der Weltgoldförderung besitzen würde.<sup>4</sup> Das war natürlich verlockend genug. Deswegen gingen auch die englischen Kolonialgeschäftsleute und Abenteurer, die Transvaal überschwemmt hatten, sowie die Leiter der hohen Politik in London eifrig, energisch und mit großem Schwung daran, die Eroberung der Burenrepublik vorzubereiten. Die ganze Angelegenheit wurde in den Händen von Cecil Rhodes konzentriert. Wie W. I. Lenin später bemerkte, war Cecil Rhodes, „Millionär, Finanzkönig“, einer jener führenden Politiker der englischen Bourgeoisie, denen „der Zusammenhang der sozusagen rein ökonomischen und der sozialen und politischen Wurzeln des modernen Imperialismus schon damals... klar war“. Im Jahre 1895 sagte Cecil Rhodes, als er seine imperialistischen Ideen vor seinem Freund, dem Journalisten Stead, darlegte: „Ich war gestern in Ostende von London (Arbeitsviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt... Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d. h., um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Ländereien erschließen, um den Überschuß an Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzgebiete schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“<sup>5</sup>

Als Gründer und Direktor der „Chartered Company“, die der von ihm geführten imperialistischen Clique sagenhafte Profite einbrachte, als Chef des mächtigen de-Beers-Syndikats, das 90 Prozent der Weltdiamantenproduktion lieferte, als Ministerpräsident der Kaprepublik und allmächtiger Herr Rhodesiens und des eroberten Betschuanalandes erweiterte

<sup>4</sup> Johannes Ziekursch, „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches“, Bd. III. Das Zeitalter Wilhelms II. (1890—1918), Frankfurt am Main 1930, S. 96; siehe E. A. Wolker, „A History of South Africa“, London 1928, S. 145.

<sup>5</sup> Siehe W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 830, 831.

Cecil Rhodes ununterbrochen das Feld seiner Tätigkeit. Mit dem Segen und mit Hilfe seiner Freunde in der englischen Regierung und in den Londoner „hohen Sphären“ schuf dieser „afrikanische Napoleon“ zäh und beharrlich die Grundlagen zur Verwirklichung seiner grandiosen Pläne: der Schaffung eines britischen Kolonialreichs in Afrika, das sich von Kapstadt bis Kairo erstrecken sollte. Die Eroberung des an Gold reichen Transvaals, als des kostbarsten Teils von Südafrika, war ein Bestandteil dieser Pläne.<sup>6</sup>

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden große und verschiedenartige Mittel sowie jene Beharrlichkeit aufgewendet, durch die sich die englische Bourgeoisie stets auszeichnet, wenn es gilt, wichtige und günstige Positionen zu erobern oder einen großen Coup zu landen. In der Atmosphäre der Hast und der für die damaligen Zeiten unerhörten Börsenspekulation ging es natürlich nicht ohne Fehler und sogar, wie wir bald sehen werden, nicht ohne ernstliche Mißerfolge ab, die sich stets einstellen, wenn man die eigenen Kräfte überschätzt. Aber im Vergleich zu ihren Rivalen und Konkurrenten hatten die Engländer wesentliche Vorteile aufzuweisen. Erstens hatte England auf Grund eines den Buren im Jahre 1884 aufgezwungenen Vertrags das Recht, die auswärtigen Beziehungen Transvaals zu kontrollieren. Zweitens konnte England, auf die Masse der englischen Einwanderer und Glücksritter gestützt, einen ständigen Druck auf die Burenregierung ausüben (und hat ihn tatsächlich ausgeübt), indem es ihr ernste innerpolitische Schwierigkeiten bereitete. Zahlreiche englische Einwanderer forderten volle Bürgerrechte und hofften auf diese Weise die Buren zu verdrängen und Herren des Landes zu werden. Drittens hatte England Transvaal in den dichten und breiten Ring seiner Besitzungen eingezwängt und bemühte sich, es von der Außenwelt zu isolieren. Das letzte gelang jedoch nicht in vollem Maße, da Pretoria durch eine direkte Eisenbahnlinie mit dem portugiesischen Hafen Lourenço Marques, an der Küste der Delagoabai, verbunden war.

Cecil Rhodes und die Londoner Regierung hatten sich nicht wenig Mühe gegeben, sowohl den Hafen als auch die Eisenbahn unter ihre Kontrolle zu bringen, dabei aber einen Mißerfolg erlitten. Zunächst hatten sie zwar erreicht, daß die Konzession für den Bau dieser Bahn auf dem Gebiet der portugiesischen Kolonie, die einem amerikanischen Bürger gehörte, einer eigens geschaffenen englisch-amerikanischen Gesellschaft übertragen wurde, später aber, als die Frage der Verlängerung der Strecke auf dem Gebiet Transvaals bis nach Pretoria und Johannesburg akut wurde, zog die portugiesische Regierung die Konzession zurück und traf ein Abkommen mit der

<sup>6</sup> Gerhart von Schulze-Gaevernitz, „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts“, Leipzig 1906, S. 122—158; Basil Williams, „Cecil Rhodes“, London 1921.

Burenregierung. Der wütende Cecil Rhodes antwortete auf diesen Schlag mit zwei aufeinanderfolgenden Schlägen. Zunächst zwang er die Londoner Regierung, den Streit mit Portugal einem Schiedsspruch der Schweiz zu unterbreiten. Das verzögerte die Sache, vereitelte sie aber nicht. Nun zettelte Rhodes (im September 1894) mit Hilfe seiner Agenten einen Eingeborenen-aufstand in Lourenço Marques an. Aber auch diese Versuche brachen zusammen. Seine Empörung wuchs. Schon früher, im März 1893, hatte er erfahren, daß bei dieser Unglücksfrage die deutsche Diplomatie und das deutsche Kapital hinter der portugiesischen Regierung standen und aktiv handelten.<sup>7</sup> Hierbei war die deutsche Diplomatie, um einen Druck auf Portugal auszuüben, bestrebt, auch die Transvaalregierung einzuspannen. Die Aufgabe bestand darin, die Anleihe zu vereiteln, mit deren Hilfe England hoffte, Portugal Zugeständnisse in der Delagoafrage zu entreißen. Marschall redete Krüger, dem Präsidenten von Transvaal, zu, seinerseits auf Portugal einzuwirken; als Gegenleistung versprach er, deutsche Kapitalisten zur Finanzierung des gesamten Unternehmens heranzuziehen, aber unter der Bedingung, daß Transvaal diesen Kapitalisten „die für die Hergabe der Gelder notwendigen Garantien“ einräume.<sup>8</sup>

Auf diese Weise war die deutsche Diplomatie bestrebt, finanzielle und politische Vorteile zugleich herauszuschlagen. Trotz des Widerstands des „afrikanischen Napoleons“ wurde der portugiesische Abschnitt der Eisenbahn doch mit der Strecke verbunden, die über das Transvaalgebiet verlief. Pretoria erhielt einen direkten Zugang zum Meer zur Delagoabai, und das bedeutete, daß es den Engländern mißlungen war, Transvaal völlig einzukreisen.

Die Verwirklichung der englischen Pläne wurde durch den Umstand wesentlich erschwert, daß die Strecke vor allem mit deutschem Kapital (unter gewisser Beteiligung holländischen Kapitals) erbaut worden war. Am Tage der Eröffnung der Eisenbahn versagte sich der deutsche Kaiser nicht das Vergnügen, den Engländern wieder einmal einen Stich zu versetzen. Er beeilte sich, an den Präsidenten Krüger ein Grußtelegramm zu richten, in dem er darauf hinwies, daß die erbaute Strecke zur Festigung der Beziehungen zwischen Transvaal und Deutschland beitragen werde. Auf diese Weise unterstrich er die politische Bedeutung dieser Eisenbahn. Naturgemäß fühlten sich die englischen herrschenden Kreise durch eine solche Demonstration recht betroffen.<sup>9</sup>

Aber es war nicht dies allein, was die englischen Imperialisten beun-

<sup>7</sup> B. D., Bd. I, Appendix, Memorandum respecting the Relations between Germany and Great Britain 1892–1904, S. 323/324.

<sup>8</sup> Marschall an Herff, 3. Dezember 1894; veröffentlicht in Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, Anhang II, Dokumente, C.

<sup>9</sup> B. D., Bd. I, Appendix, Memorandum respecting the Relations between Germany and Great Britain 1892–1904, S. 326.

ruhigte. Die Londoner Regierung hatte bereits vorher eine Geheiminformation erhalten, wonach die Deutschen in Lissabon in verstärktem Maße intrigierten, um die portugiesische Regierung dahin zu bringen, die Interessen der deutschen Kapitalisten an der Delagoabai zu unterstützen.<sup>10</sup> Aus diesem Anlaß hatte Malet eine Unterredung mit Marshall, der ihm versicherte, daß Deutschland in der Delagoabai nichts anderes beabsichtige, als nur die bestehende Lage aufrechtzuerhalten. Dabei fügte Marshall vielsagend hinzu, daß Deutschland gegen die Einmischung Cecil Rhodes' in die Angelegenheit der Delagoabai und gegen dessen Versuche, die „kommerzielle Unabhängigkeit des Hafens und der Eisenbahn“ anzutasten, kategorisch protestiere. Über diese „Unabhängigkeit“ verfügten aber bereits fast uneingeschränkt die Deutschen, und damit sich England in dieser Hinsicht keinem Zweifel hingabe, schickte die deutsche Regierung im Januar 1895 demonstrativ zwei Kriegsschiffe in die Delagoabai. Anfang Februar 1895 erklärte Marshall im Gespräch mit dem russischen Geschäftsträger Tscharykow diesen Schritt wie folgt: „Wir haben die Kriegsschiffe in die Delagoabai gesandt, um“ (natürlich England. A. J.) „unsere Entschlossenheit zur Verteidigung unserer Interessen zu zeigen.“<sup>11</sup> Aber worin bestanden diese Interessen und worin kamen sie zum Ausdruck? Marshall setzte das im Reichstag auseinander. Er erklärte, Deutschland wolle seine Beziehungen zu den südafrikanischen Republiken entwickeln und wünsche, seine direkte Verbindung zwischen Pretoria und der Delagoabai aufrechtzuerhalten.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Informationen darüber, die deutscherseits gewöhnlich bestritten wurden, fanden ihre Bestätigung nach der Veröffentlichung einiger Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes, die in die Ausgabe „Die Große Politik“ nicht aufgenommen wurden. In einem Memorandum, das am 30. Juni 1894 von der deutschen Mission in Lissabon aufgesetzt und dann der portugiesischen Regierung ausgehändigt wurde, hieß es: „Die kaiserliche Regierung würde es... nur mit freudiger Genugtuung begrüßen können, wenn es im gegebenen Momente Portugal gelingen sollte, sich die Dienste irgendwelcher internationalen, das heißt einer solchen Finanzgruppe zu sichern, welche, ohne ausgesprochenen nationalen Charakter, ihr ganzes Bestreben darauf zu richten hätte, durch kräftige Entwicklung des portugiesisch-transvaalischen Bahnnetzes ihren eigenen Vorteil mit dem Gedeihen einer reichen portugiesischen Kolonie, den wirtschaftlichen Aufschwung des portugiesischen Hinterlandes mit den gemeinsamen Handelsinteressen Portugals und Deutschlands in Einklang zu bringen. Die Interessen Deutschlands und Portugals sind hier fast in allen Stücken identisch.“ Ferner warnte die deutsche Regierung, daß sie im Falle der „Außerachtlassung dieser Interessen-Gemeinschaft seitens Portugals“ selbständig, und zwar in der Richtung handeln würde, „welche ihr von den Umständen vorgeschrieben werden könnte.“ („Entwurf eines Promemorias in der Delagoa-Frage“, 30. Juli 1894 in Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, Anhang II, Dokumente, A.)

<sup>11</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 33, Depesche Tscharykows, Berlin, 8. Februar (27. Januar) 1895.

<sup>12</sup> Reichstag, 13. Februar 1896, Bd. II, S. 932 ff.

Also handelte es sich darum, wer den vorwiegenden Einfluß in Transvaal ausüben werde.

Der wirtschaftliche und der diplomatische Einfluß Deutschlands in den Burenrepubliken war zu dieser Zeit so sehr gewachsen, daß er die englischen „Erbauer“ des Empire ernsthaft zu beunruhigen begann. Und in der Tat, nachdem Deutschland einen Handelsvertrag mit Transvaal abgeschlossen hatte (1885), verstärkte sich das Eindringen seiner Waren und Kapitalien in dieses Land beträchtlich. Im wesentlichen ging der deutsche Export nach Transvaal über Hamburg. Große deutsche Industrie- und Exporthandelsfirmen interessierten sich für Südafrika als einen guten Absatzmarkt ihrer Waren (Eisen, Stahl, Maschinen, Chemikalien usw.) und hatten es nach der Eröffnung der Eisenbahn Pretoria-Delagoa rasch verstanden, fast den gesamten Außenhandel Transvaals in ihre Hände zu bekommen.<sup>13</sup> Schon früher hatten das Berliner Bankhaus Robert Warschauer & Co. sowie die Berliner Bank und die Berliner Handelsgesellschaft, deren Direktor Winterfeld zugleich Generalkonsul Transvaals in Berlin war, im Zusammenhang mit dem Bau dieser Eisenbahn an der Emission von Wertpapieren nicht schlecht verdient. Der Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation und eine der größten Firmen, die Köln-Deutzer Waggonfabrik, lieferten für die Eisenbahn Gleise und Waggons. Die deutsche Maschinenbauindustrie, die elektrotechnischen Truste, die großen Baufirmen fanden hier einen Absatzmarkt für ihre Produktion. Krupp, Siemens & Halske, Lippert und Lenz sowie andere große und einflußreiche Firmen waren so oder anders an der Ausbeutung der südafrikanischen Republiken interessiert.<sup>14</sup>

Die Interessen des deutschen Finanzkapitals in Transvaal beschränkten sich nicht nur darauf. Das Berliner Bankhaus Wilhelm Knappe, das gemeinsam mit einigen Amsterdamer Banken operierte, besaß Investitionen in der Transvaaler Nationalbank und kontrollierte diese faktisch. In deutschen Händen befand sich über die Hälfte der Aktien der „Transvaaler Dynamitgesellschaft“. <sup>15</sup> Im Oktober 1895 eröffnete die Dresdner Bank eine Niederlassung in Pretoria (mit einem Kapital von 1 Million Pfund Sterling). <sup>16</sup> Besonders starkes Interesse für Transvaal zeigte die Deutsche Bank. Ihre Leiter waren der Meinung, das dort entdeckte Gold werde, da es sich außer-

<sup>13</sup> Im Laufe der zehn Jahre von 1886 bis 1896 stieg der Export deutscher Waren nach Transvaal von 300 000 auf 12 Millionen Pfund Sterling jährlich. (Siehe Johannes Andreas Wüdt, „Die Rolle der Burenrepubliken in der auswärtigen und kolonialen Politik des Deutschen Reiches in den Jahren 1889–1900“, Nürnberg 1927, S. 76.)

<sup>14</sup> Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 144/145.

<sup>15</sup> Reginald Ivan Lovell, „The Struggle for South Africa, 1875–1899. A Study in Economic Imperialism“, New York 1934, S. 346.

<sup>16</sup> William L. Langer, „The Diplomacy of Imperialism“, Bd. I, S. 219.

halb der Grenzen des britischen Empire, der USA und Rußlands befand, künftig in ihren Besitz übergehen können, und dann würde die Deutsche Bank als Besitzerin großer Zahlungsmittel ein neues, umfangreiches Kreditprogramm verwirklichen und somit dem Wachstum der deutschen Investitionen, der Entwicklung der deutschen Industrie und des Außenhandels einen neuen, mächtigen Antrieb geben können. Der deutsche Außenhandel brauchte schon lange nicht mehr die englische Vermittlung und war bestrebt, sich von dieser frei zu machen. Aber der Londoner Markt war das Zentrum des Goldhandels, und Deutschland blieb in dieser Hinsicht immer noch von ihm abhängig. Wenn es dem deutschen Kapital gelungen wäre, sich in den Besitz der Goldfelder in Transvaal zu setzen, dann hätte das die finanziellen und wirtschaftlichen Positionen des jungen deutschen Imperialismus wesentlich gestärkt. Das ist der Grund, weshalb Georg Siemens, der Direktor der Deutschen Bank, sich so lebhaft für die Transvaalangelegenheiten interessierte.

Bereits gegen Ende des Jahres 1889 hatte Siemens unter Mitwirkung einiger anderer Banken ein Konsortium geschaffen, an dessen Spitze er seinen Schwager, den Bergbauingenieur Adolf Goerz, stellte. Die Aufgabe des Konsortiums bestand in der „Akquirierung von mit der Gewinnung von Gold und anderen Bergwerksprodukten zusammenhängenden Geschäften“. Das Konsortium hatte Erfolg und wurde 1893 in die Gesellschaft mit beschränkter Haftung Adolf Goerz & Co umgewandelt, die sich vor allem mit der Finanzierung von Bergbaubetrieben sowie mit ihrer Versorgung mit Spezialausrüstungen befaßte.<sup>17</sup> Der Chef dieser Gesellschaft stand in guten geschäftlichen und persönlichen Beziehungen zu einigen prominenten Gestalten der offiziellen deutschen Diplomatie; die Filialen seiner Firma in London und Johannesburg versorgten die Berliner Regierung mit wertvollen Informationen und führten offensichtlich manche Aufträge delikaten Charakters aus, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Geschäft standen. Insgesamt bezifferte sich das zu jener Zeit in Transvaal investierte deutsche Kapital nach den Berechnungen von Goerz auf 500 Millionen Mark.<sup>18</sup> Die Aktien der Transvaalgoldfelder, -eisenbahn- und -bergbaubetriebe versprachen hohe Dividenden und wurden an der Berliner Börse eine beliebte Ware. Die Besitzer dieser Wertpapiere waren nicht nur Berufsbörsenleute und Spekulanten. Von dem Goldfieber wurden auch manche prominente Politiker und hohe Beamte des Auswärtigen Amtes erfaßt.

<sup>17</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. II, Berlin 1923, S. 286/287; Dr. Ricser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 332.

<sup>18</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2613, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 4. Januar 1896. Möglicherweise ist die genannte Zahl der deutschen Kapitalinvestitionen in Transvaal (500 Millionen Mark) etwas übertrieben. In seinem Briefwechsel mit der Königin Viktoria nannte Wilhelm II. eine andere Zahl: 300 Millionen Mark. (Siehe Reginald Ivan Lovell, „The Struggle for South Africa“, S. 347.)

Von den phantastischen Erzählungen über die unzähligen Gold- und Diamantenschätze Transvaals hingerissen, zogen zahlreiche deutsche Kolonisten, Agenten, Händler und einfach Abenteurer auf der Jagd nach leichtem Gewinn nach Transvaal. Allein in Johannesburg hatten sich rund 15 000 Deutsche niedergelassen.<sup>19</sup> Nachdem sie rasch nicht unwichtige Positionen im Lande besetzt hatten, waren sie bestrebt, ihren Einfluß weiterhin zu verstärken. Es gab dort zwar weniger Deutsche als Engländer, dafür waren sie aber sehr aktiv. Die Agentur Cecil Rhodes' und seines nächsten Mitstreiters Jameson versuchte, die englischen Ansiedler, die „Uitlanders“, in Transvaal als eine starke, gegen die Regierung gerichtete Organisation zusammenzuschließen. Die deutsche Agentur überzog unter aktiver Mitwirkung des Generalkonsuls in Pretoria ihrerseits das Land mit einem Netz von Klubs, die sich in eine Organisation der deutschen „Uitlanders“ verwandelte. Gegen die englischen „Uitlanders“, ihre Konkurrenten, Rivalen und Gegner, waren die Deutschen zurückhaltend und sogar feindselig eingestellt. Sich selbst aber hielten die deutschen Ankömmlinge für den Kern, aus dem „das neue große Deutschland in Südafrika“<sup>20</sup> sprießen sollte.

Das war keine originelle Idee. Sie war von der Propaganda des Alldeutschen Verbandes hineingetragen, der von den ersten Schritten seiner Tätigkeit an die Schaffung eines vom Indischen bis zum Atlantischen Ozean reichenden deutschen Kolonialreiches in Südafrika forderte.<sup>21</sup> Diese Idee war mit einer anderen Idee gleicher Herkunft eng verbunden. Der Alldeutsche Verband behauptete, daß zwischen den Deutschen und den aus Holland stammenden Buren die engste Stammesverbundenheit bestehe.<sup>22</sup> Die alldeutschen Rassenfanatiker waren nicht dafür, daß sich der deutsche Kern in der Welt der Buren auflöste, sondern sie forderten umgekehrt, daß die holländischen „Stammesbrüder“ durch das deutsche Element verschluckt werden sollten. Es war, kurzum, vorgesehen, ein deutsches Protektorat über Transvaal zu errichten. Vorläufig aber war es notwendig, die Gefahr eines englischen Protektorats abzuwenden.

Die kolonialen Kreise Deutschlands waren sich darüber im klaren, daß es den Zusammenbruch ihrer eigenen Südafrikapläne bedeuten würde,

---

<sup>19</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2613, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 4. Januar 1896.

<sup>20</sup> Johannes Andreas Wüd, „Die Rolle der Burenrepubliken“, S. 7.

<sup>21</sup> Die deutschen Konsularvertreter in Südafrika waren aktive Anhänger dieser Idee: Der Generalkonsul in Pretoria, von Herff, und der Konsul in Lourenço Marques, Graf Joachim Pfeil, waren mit dem Alldeutschen Verband eng verknüpft und persönliche Freunde von Karl Peters. (Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegs-imperialismus“, S. 145.)

<sup>22</sup> Lothar Werner, „Der Alldeutsche Verband 1890–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges“ in „Historische Studien“, Heft 278, Berlin 1935, S. 142/143.

wenn es Cecil Rhodes und seinen imperialistischen Freunden in London gelingen sollte, Transvaal ihre Herrschaft in irgendeiner Form aufzuzwingen. Sie befürchteten, daß England, wenn es Transvaal geschluckt haben würde, darangehen könnte, auch die daneben gelegenen deutschen Besitzungen zu erobern. Die offeneren Reden und die energischen Vorbereitungen Cecil Rhodes' blieben von ihnen nicht unbeachtet. Anfang Januar 1895 sprach sich Cecil Rhodes bei einem Aufenthalt in England öffentlich für eine „kommerzielle Vereinigung“ Transvaals mit den britischen Besitzungen in Südafrika aus. Er warf zugleich Deutschland vor, es widersetze sich seinen umfassenden „zivilisatorischen“ Plänen und hintertreibe insbesondere den Bau einer transafrikanischen Telegrafienlinie, da es nicht zulasse, daß hierfür das Gebiet der deutschen Besitzungen in Ostafrika benutzt werde. Die deutsche Presse reagierte mit einem Sturm der Entrüstung. Sowohl die ultrareaktionäre „Kreuzzeitung“ als auch die liberale „Vossische Zeitung“ erklärten wie aus einem Munde, Deutschland besitze in Transvaal bedeutende Interessen und werde sie verteidigen, und falls die Buren auf deutsche Unterstützung gegen englische Erpressungen rechneten, würden sie dabei nicht fehlgehen.<sup>23</sup>

So nahm die englandfeindliche Propaganda der deutschen Kolonialkreise in der Transvaalfrage die Form der burenfreundlichen Propaganda an. Der Lieferant ihrer ideologischen und sentimental Attribute war der Alldeutsche Verband, der hinter den Kulissen stehende Inspirator aber – einer der prominentesten Führer der Kolonialgesellschaft, der reiche und einflußreiche Hamburger Großkaufmann Woermann, der Leiter der Reederei, die den regelmäßigen Seeverkehr nach der Delagoabai aufnahm. Die Woermann-Gesellschaft erhielt große Regierungssubventionen.<sup>24</sup>

Somit verfolgten einige Gruppen des deutschen Industrie- und Finanzkapitals, die an der Kolonialexpansion in Afrika interessiert waren, und die mit ihnen verbundenen führenden Kreise der „freien Konservativen“ und der Nationalliberalen Partei, die die politische Stütze der Regierung darstellten, nicht nur aufmerksam die sich in Transvaal und in ganz Südafrika abspielenden Ereignisse, sondern forderten auch eine aktive Teilnahme an diesen Ereignissen.<sup>25</sup> Sie waren es, die nach einem Ausspruch Marschall von Biebersteins, jene „öffentliche Meinung“, jene „kommer-

<sup>23</sup> Diese Beiträge der deutschen Presse hatten die Aufmerksamkeit auch der russischen Diplomatie auf sich gelenkt. (Siehe Архив МИД, К. 17, Blatt 33, Depesche Tscharykows, Berlin, 8. Februar [27. Januar] 1895, Nr. 8.)

<sup>24</sup> Entwurf eines Promemorias in der Delagoa-Frage, Lissabon, 30. Juni 1894; veröffentlicht in Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, Anhang II, Dokumente, A.

<sup>25</sup> Pauline Relyea Anderson, „The Background of Anti-English Feeling in Germany 1890–1902“, S. 250.



ziellen und wirtschaftlichen Interessen“ darstellten, die der Regierung – wiederum nach seinen Worten – „vorschrieben“, in der Frage des Schicksals der Burenrepublik eine entschlossene Haltung einzunehmen.<sup>26</sup>

Die Pläne zur Errichtung des deutschen Protektorats über Transvaal wurden durch eine lärmende Propaganda für die „Verteidigung“ der „Stammesbrüder“ in Südafrika getarnt. Diese Propaganda wurde auch in Transvaal betrieben. Deutsche diplomatische und sonstige Agenten intrigierten in Transvaal gegen die Engländer und erweckten unter den Buren die Illusion, als sei Deutschland ihr einziger Freund, der an nichts anderes denke, als ihre Unabhängigkeit zu erhalten. Am 27. Januar 1895 veranstaltete der deutsche Generalkonsul in Pretoria ein prunkvolles Fest anlässlich des Geburtstages Kaiser Wilhelms und verkündete öffentlich, daß Deutschland der beste Freund Transvaals sei und daß es eine Veränderung des politischen Gleichgewichts in Südafrika nicht zulassen würde. Das klang recht bestimmt. „Ich weiß“, antwortete Präsident Krüger, „ich kann auf die Deutschen in Zukunft zählen. Unsere kleine Republik kriecht nur noch unter den Großmächten herum, und wir fühlen wohl, daß, wenn der eine uns einen Tritt versetzen will, der andere dies zu verhindern sucht.“<sup>27</sup>

Bei all seiner Schlaueit konnte der Präsident der Buren sich doch nicht darüber klarwerden und noch weniger voraussagen, welche Rolle Transvaal tatsächlich in der allgemeinen Entwicklung der Rivalität zwischen den beiden imperialistischen Großmächten – Deutschland und England – spielen würde. Einige Jahre später hatte er Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß eine Großmacht bei weitem nicht unter allen Umständen die andere Großmacht in Transvaal zu hindern beabsichtigt. Aber damals, Anfang des Jahres 1895, konnte er nur das sehen, was in seiner unmittelbaren Nähe vor sich ging. Das politische Barometer wies darauf hin, daß die Atmosphäre der gegenseitigen Beziehungen zwischen England und Deutschland immer gespannter wurde. Und in der Tat, dieses ganze Jahr stand im Zeichen wachsender Reibungen zwischen den beiden Großmächten und endete mit einer ernststen diplomatischen Krise, die wichtige Folgen hatte.

Am 1. Februar 1895, kurz nach dem Erscheinen der deutschen Kriegsschiffe in der Delagoabai, suchte der englische Botschafter in Berlin, Edward Malet, Marschall auf, um eine Erklärung zu der Politik in Transvaal ab-

<sup>26</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2589, Aufzeichnung Marschalls, 31. Dezember 1895.

<sup>27</sup> Paul Darmstädter, „Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas“, Bd. 2, Berlin-Leipzig 1920, S. 123.

zugeben. Deutschland, so sagte er, „kokettiere“ mit den Buren und wecke damit bei ihnen die Hoffnung, unter allen Umständen auf deutsche Unterstützung rechnen zu können. Indessen, so sagte Malet, „in dieser Beziehung sei England sehr empfindlich“ und könne keine Schmälerung seiner Rechte zulassen. Marshall antwortete ihm mit Gegenbeschwerden. Er erklärte, die offenherzigen Pläne Cecil Rhodes', Rhodesien zu einem Zentrum der „kommerziellen Vereinigung“, Fusion oder Föderation aller südafrikanischen Staaten zu machen, bedeute nichts anderes als die Aufrichtung eines politischen Protektorats und eines Handelsmonopols Englands in Transvaal, womit sich Deutschland nicht abfinden könne. „Wenn die englischen Kolonialfreunde in der Transvaalfrage empfindlich seien“, antwortete er Malet, „so seien die unsrigen es ebenfalls.“ Die materiellen Interessen dieser Kreise, so erklärte Marshall, und zwar die erbaute Bahn und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen, erforderten, daß Transvaal seine wirtschaftliche Selbständigkeit behalte und daß bezüglich der Bahn und der Delagoabai der Status quo gesichert werde. Diese ausführliche Erklärung befriedigte Malet in keiner Weise. Er warf sogar einen Satz hin wie: Für England sei Transvaal ein „point noir“, „der an Wichtigkeit nicht hinter Ägypten stehe“<sup>28</sup>.

Es vergingen mehr als acht Monate. In dieser Zeit verschärfen sich die englisch-deutschen Reibungen in Transvaal und im Zusammenhang mit Transvaal noch mehr. Im April 1895 gelang es den Deutschen, auf Grund eines Abkommens mit Portugal den Briten die Kontrolle über den Postdienst an der Südostküste Afrikas zu entreißen. Aber die Engländer revanchierten sich. Sie besetzten Amatongoland, ein kleines Gebiet südlich der Delagoabai, und versperrten somit von hier aus den Zugang Transvaals zum Indischen Ozean. Die deutsche Regierung blieb diesem Schritt gegenüber nicht gleichgültig. Auf nachdrückliches Verlangen der Kolonialgesellschaft protestierte sie und verstieg sich zu der Erklärung, Transvaal erkenne die Eroberung des angrenzenden Amatongolands durch England nicht an. In London rief diese Erklärung Verärgerung hervor.<sup>29</sup> Sie wurde

<sup>28</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2577, Aufzeichnung Marshalls, 1. Februar 1895.

<sup>29</sup> Die Buren, die 1881 (nach dem Gefecht bei Majuba Hill) die englischen Truppen (die Transvaal 1877 erobert hatten) aus ihrem Territorium vertrieben, wurden trotzdem gezwungen, eine Konvention zu unterzeichnen, in der sie zugestanden, daß sie zwar Selbstverwaltung erhielten, aber doch unter der Oberhoheit Englands verblieben. Nach drei Jahren (am 27. Februar 1884) gelang es ihnen, in London eine neue Konvention abzuschließen, in der die Herrschaft Englands nicht erwähnt wurde, aber Transvaal verpflichtete sich, keinerlei Verträge oder Abkommen mit fremden Staaten ohne Bestätigung durch die englische Regierung abzuschließen. Naturgemäß versuchte England, dieser Konvention die für sich günstigste, erweiterte Auslegung zu geben.

als der Versuch Deutschlands gewertet, im Namen Transvaals zu sprechen, während die englische Diplomatie dieses Recht nur sich selbst zugestand.<sup>30</sup>

Die Verstimmung wuchs, als bekannt wurde, daß die Deutschen in verstärktem Maße Ländereien im Gebiet der Delagoabai aufkauften. In den Spalten der englischen Presse<sup>31</sup> und in den Meldungen der englischen Agenten<sup>32</sup> wurden die „deutschen Intrigen“ in Transvaal zum gewohnten Thema. Ebensovienig verstummte in der deutschen Presse die Kampagne gegen die englische Politik in Südafrika. Das beiderseitige Mißtrauen gegenüber den Plänen des Rivalen und die Verärgerung wuchsen weiter.

In dieser Atmosphäre brachte Malet, der am 14. Oktober bei Marschall erschien, das Gespräch erneut auf den „point noir“ der englisch-deutschen Beziehungen. Es war seine Abschiedsvisite (er verließ seinen Posten in Berlin), aber er sprach entgegen dem Brauch, diesmal in besonders scharfem Ton. Er genierte sich nicht, Marschall vorzuwerfen, Deutschland hetze durch seine Politik in Transvaal die Buren zu feindseligen Handlungen gegen die Engländer auf. Er erklärte sogar, die entstandene Situation werde für England unerträglich, und falls Deutschland seine Politik in Transvaal nicht ändere, könne dies zu ernststen Verwicklungen führen.<sup>33</sup> Später bewertete Wilhelm diese Worte als ein „tatsächliches Ultimatum“<sup>34</sup>. Aber Malet, der keine Regierungsinstruktionen hatte, beabsichtigte wohl kaum, so weit zu gehen. Über die nächsten Transvaalpläne der imperialistischen Clique Cecil Rhodes' und Chamberlains informiert, hatte er offenbar die Absicht, die deutsche Regierung etwas einzuschüchtern und gleichzeitig zu sondieren, welche Haltung sie bei den bevorstehenden Ereignissen einnehmen werde. Aber die deutsche Diplomatie betrieb das gleiche Spiel. Monatelang demonstrierte sie „Entschlossenheit“ und versuchte jetzt die Umstände auszunutzen, um England in Besprechungen zu verwickeln und zu sondieren, welche Zugeständnisse dieses zu machen bereit sein werde.

Marschall erklärte Malet, daß Deutschland nicht die Absicht habe, auf die Verteidigung seiner kommerziellen Interessen in Südafrika zu verzichten, und erinnerte ihn daran, daß die seinerzeit von der deutschen Regierung unternommenen Schritte (das war eine Anspielung auf die Entsendung von Kriegsschiffen in die Delagoabai) die „unbedingte Billigung in ganz

<sup>30</sup> B. D., Bd. I, Appendix, S. 326.

<sup>31</sup> Siehe zum Beispiel die „Times“ vom 27. Januar 1895 sowie W. R. Lawson, „German Intrigues in the Transvaal“ in „Contemporary Review“, Februar 1896.

<sup>32</sup> B. D., Bd. III, Appendix A, Memorandum on the Present State of British Relations with France and Germany, 1. Januar 1907, S. 410/411.

<sup>33</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2578, Aufzeichnung Marschalls, 15. Oktober 1895.

<sup>34</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2581, Marschall an Hatzfeldt, 29. Oktober 1895.

Deutschland“ gefunden hätten. Unter diesen Umständen, so fuhr Marschall fort, sollte England es sich überlegen, ob es vorteilhaft sei, so leichthin dem Bruche mit Deutschland zuzutreiben. Habe England denn so viele Freunde? fragte er. Ist es denn nicht klar, daß England für eine Freundschaft mit Rußland oder mit Frankreich zahlen muß — und zwar teuer zahlen muß — in Ägypten, an den Dardanellen, an den wichtigen Seewegen nach Indien; und dabei ist es noch zweifelhaft, ob es England gelingen werde, diese Freundschaft selbst um einen teuren Preis für längere Frist zu kaufen. Warum trete England also Deutschland in kolonialen Fragen entgegen?

Hierbei schnitt der Leiter der deutschen Diplomatie die heikelste Frage an. Er gab Malet zu verstehen, daß Deutschland sich fürs erste mit dem geringsten territorialen Erfolg „in Togo, im Hinterland des Niger oder anderswo“ zufriedengeben würde. Aber, so schloß Marschall, „die Besorgnis, daß einige Interessenten in der englischen Presse über Beeinträchtigung ihrer Interessen Lärm schlagen könnten, beeinflusse die englische Regierung offenbar mehr als der Wunsch, sich die Sympathien Deutschlands zu erhalten“. Nachdem er diese Erklärungen seines Gesprächspartners angehört hatte, legte sie Malet so aus, wie man sie nur auslegen konnte. Marschall hatte ihm zu verstehen gegeben, daß die Frage, ob der die englischen Imperialisten beunruhigende „point noir“ in Südafrika wachsen oder verschwinden wird, davon abhängt, welche Zugeständnisse England den Deutschen in Ost- und Westafrika oder anderswo anbiete. Nachdem er das begriffen hatte, brach Malet das Gespräch sofort ab.<sup>35</sup>

Als Wilhelm von diesem Gespräch erfuhr, geriet er in Wut. Es läßt sich schwer sagen, was gerade ihn in diesem Fall aus dem Gleichgewicht brachte: entweder die Tatsache, daß der englische Botschafter das Gespräch über den „point noir“ in einer so scharfen Form wieder aufnahm, oder daß er es so schroff abbrach, sobald Marschall die Frage eventueller kolonialer Zugeständnisse Englands an Deutschland aufwarf. Wilhelm aber konnte und, wie wir sehen werden, wollte sich noch lange nicht beruhigen. Er bestellte den britischen Militärattaché Oberst Swaine zu sich und erklärte in äußerst erregtem Ton, Malet habe ihm, dem Kaiser, dem „einzigen wirklichen Freund“ Englands, vor seiner Abreise mit Krieg gedroht. Und weswegen? „Wegen ein paar Quadratmeilen voll Neger und Palmbäumen!“ sagte er. Das war eine Lüge, und wenn sie irgendeinen Sinn hatte, so nur den, daß der Kaiser darauf ausging, die Beziehungen zu England zu verschärfen. Er schrie, daß er die von Malet und der englischen Presse Deutschland und dem ganzen Dreibund zugefügten Beleidigungen nicht dulden werde. Er

<sup>35</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2578. Aufzeichnung Marschalls, 15. Oktober 1895.

drohte Swaine, daß er, falls England seine Einstellung zu Deutschland nicht ändere, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Rußland machen werde. Er forderte in gröbster Form, England solle Antwort geben, ob es sich offen auf die Seite Deutschlands stelle oder diesem entgegenzutreten beabsichtige. Wenn die Antwort positiv sei, müsse England sich dem Dreibund durch Unterzeichnung eines formalen Vertrages anschließen; andernfalls werde es die Folgen selbst zu tragen haben.<sup>36</sup>

Über diese lange und herausfordernde Tirade des Kaisers erstaunt, berichtete Swaine auf der Stelle darüber nach London. Später erzählte er, ein Mitglied des englischen Kabinetts habe seinen Bericht als „the most important document that you have ever sent to us from Berlin“ (das bedeutendste Dokument, das Sie uns je aus Berlin geschickt haben)<sup>37</sup> bewertet. Aber auch der greise Reichskanzler Hohenlohe machte sich, als er von dieser Tirade erfuhr, darüber Sorgen, ob der Kaiser diesmal nicht zu weit gegangen war. Er sandte sofort an Hatzfeldt Instruktionen, er möge sich bemühen, den Eindruck, der in London auf Grund der Swaine-Meldung entstehen mußte, zu mildern. Hatzfeldt hielt es jedoch für überflüssig. „Die Äußerungen von Seiner Majestät“, antwortete er, „sind vielleicht etwas schroff, stimmen aber mit dem überein, was ich in etwas freundlicherer Form hier gesagt, und werden zur Klärung beitragen. Bedenklich scheint mir nur die Alternative: sofortiges verbindliches Abkommen oder nichts.“ Hatzfeldt war überzeugt, daß England sich sowieso nicht zur Unterzeichnung eines Vertrages mit Deutschland bereit finden werde, und wenn Deutschland darauf bestehe, werde es England lediglich veranlassen, Annäherung oder Abkommen mit anderen Mächten zu suchen.<sup>38</sup> Zugleich verlangte Hatzfeldt vom englischen Premierminister Salisbury energisch eine Erklärung zu den taktlosen Äußerungen Malets. Das war sehr bequem, denn das konnte einerseits das herausfordernde Verhalten des Kaisers in gewissem Maße rechtfertigen und entsprach andererseits voll und ganz dessen Wünschen und Absichten.<sup>39</sup>

Für Salisbury war dieser Zwischenfall mit Malet eine völlige Überraschung. Er versicherte Hatzfeldt, daß Malet keine Instruktionen gehabt habe, in dieser Weise mit Marschall zu reden.<sup>40</sup> Der Kaiser und seine Di-

<sup>36</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2579, Wilhelm II. an Marschall, 25. Oktober 1895.

<sup>37</sup> Ebenda, Anmerkung.

<sup>38</sup> Ebenda, Anmerkung.

<sup>39</sup> G. P., Bd. 11, S. 13, Anmerkungen.

<sup>40</sup> Solange die entsprechenden englischen Dokumente unveröffentlicht bleiben, lassen sich die Motive, von denen sich Salisbury in diesem Falle leiten ließ, schwerlich genau feststellen. Möglicherweise hatte er recht, wenn er sagte, daß Malet die Frage des „point noir“ ohne offizielle Instruktionen berührt habe. In diesem Fall kann man annehmen, daß Malet unter dem Einfluß der inoffiziellen, hinter

plomatie begnügten sich aber damit nicht. Sie forderten neue und immer wieder neue Erklärungen, Versicherungen und dann eine völlige Bloßstellung Malets. Schließlich mußte Salisbury erklären, er teile nicht die Meinung des ehemaligen englischen Botschafters in Berlin, wonach Transvaal zum „point noir“ der englisch-deutschen Beziehungen geworden sei, und bedauere überhaupt das entstandene Mißverständnis. Der Kaiser war zufrieden. Er glaubte über Salisbury die Oberhand behalten zu haben. „Enfin, der Britische Premier hat in aller Form pccavi gesagt und das genügt.“ In der ihm eigenen Einbildung war der Kaiser der Meinung, daß seine grobe Antwort auf die Erklärung Malets ihren Zweck völlig erreicht habe.<sup>41</sup>

Worin bestand dieses Ziel? Es hatte zwei Seiten: eine diplomatische und eine innerpolitische. Wir haben gesehen, daß Marshall beschlossen hatte, unter Benutzung der ersten sich bietenden Gelegenheit „Festigkeit“ in der Transvaalfrage zu demonstrieren, um von England eine Antwort zu erhalten, ob es bereit sei, Deutschland koloniale Zugeständnisse im West- und Ostteil Afrikas oder sonst irgendwo zu machen. Als er keine Antwort erhielt, kam Marshall, im Sinne der Interessen, die von bestimmten Kreisen der deutschen Imperialisten und ihren politischen Agenten diktiert wurden, zu dem Schluß, daß man diese „Festigkeit“ auch weiterhin zeigen müsse.

Wilhelm aber wünschte über dieses diplomatische Aufklärungsunternehmen seines Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten hinauszugehen und eine diplomatische Krise in den Beziehungen zu England zu provozieren. Und da es für ihn notwendig war, die Verantwortung für die Entstehung dieser Krise auf England allein abzuwälzen, genierte er sich nicht, Malet auch das Wort „Krieg“ in den Mund zu legen. Er nahm an, daß er auf diese Weise England einschüchtern und zum Anschluß an den Dreibund oder dazu zwingen werde, sich durch das Abtreten großer und fetter Happen des Kolonialkuchens loszukaufen.

In diesem provokatorischen Streich des Kaisers waren jedoch gewisse allgemeine Absichten enthalten, wie sie damals der deutschen Diplomatie eigen waren. Hohenlohe hatte sich zwar beeilt, diesem Streich die Schärfe zu nehmen, aber keinesfalls, weil er die Ziele des Kaisers nicht teilte. Er war über die provokatorischen Methoden erschrocken. In jenem Augenblick fürchteten sowohl Hohenlohe als auch Marshall und die anderen Macht-

den Kulissen betriebenen Diplomatie Chamberlains handelte, während Salisbury es für notwendig hielt, vorsichtiger zu sein und die Deutschen zu beruhigen. (Vgl. Johannes Andreas Wüd, „Die Rolle der Burenrepubliken“, S. 81.)

<sup>41</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2584, Marshall an Wilhelm II., 17. November 1895, Randbemerkung Wilhelms II.

haber der deutschen Politik, wie das aus den späteren Ereignissen klar wird, den Krieg, sie fürchteten ihn in einem noch stärkeren Maße als der ängstliche Wilhelm. Der Kaiser aber beschloß sogar seine Feigheit zu diplomatischen Zwecken auszunutzen. Er beeilte sich, über den Zwischenfall mit Malet dem russischen Zaren Mitteilung zu machen, und zwar in einer Version, die in Petersburg den Eindruck erwecken sollte, daß Rußland im Falle eines Zusammenstoßes mit England auf eine wohlwollende Haltung Deutschlands rechnen könne.<sup>42</sup>

Die deutsche Diplomatie, die einen Zusammenstoß mit England fürchtete und zu vermeiden suchte, hat damals und, wie wir sehen werden, auch später keine Gelegenheit versäumt, um über kurz oder lang einen Krieg zwischen Rußland und England zu provozieren. In diesem Fall hielt man es in Berlin im Zusammenhang mit den in Südafrika anwachsenden Reibungen für notwendig, „Wohlwollen“ an die Adresse Rußlands zu vergeuden, England gegenüber aber „Festigkeit“ zu zeigen. Dies gefiel bestimmten, recht einflußreichen imperialistischen Kreisen sehr, die in der Hoffnung, künftig ein deutsches Protektorat über Transvaal errichten zu können, fürchterlichen Lärm zur Verteidigung der „Stammesbrüder“ — der Buren — gegen die Anschläge der englischen Agentur Cecil Rhodes' schlugen. Der von Wilhelm angetriebenen deutschen Diplomatie gelang es durchzusetzen, daß Salisbury von den Ausführungen des ehemaligen britischen Botschafters in Berlin, Malet, in der Transvaalfrage abrückte, und sie bewertete das als einen Sieg über England. Wilhelm aber erschien das zuwenig. „Aus dieser Geschichte“, so schrieb er, „müssen wir tüchtig Kapital schlagen, auch für eventuelle Marineforderungen zum Schutz des zunehmenden Handels.“<sup>43</sup> Nachdem der Kaiser das Gespenst des Krieges gegen England oder zumindest einer krassen Verschärfung der Beziehungen zu England herauf-

<sup>42</sup> Hier die Version, die vom Kaiser für den russischen Zaren bestimmt war: „... vor zwei Tagen gebrauchte Malet bei seinem Abschiedsbesuch in unserem Auswärtigen Amt ziemlich polternde Ausdrücke über Deutschland, das sich England gegenüber in Afrika schlecht benchme, daß man es sich nicht länger gefallen lassen werde und daß es England, nachdem es die Franzosen durch Konzessionen in Ägypten abgefunden hätte, freistehe, auf uns achtzugeben. Er war sogar so undiplomatisch, das Wort ‚Krieg‘ auszusprechen, indem er sagte, daß England selbst vor einem Kriege mit mir nicht zurückschrecken würde, wenn wir nicht in Afrika klein beigeben. Ich habe darauf geantwortet, daß die Engländer in diesem Falle sich selbst lächerlich machen würden, aber aller Welt verhaßt, und wenn sie mit irgend jemand sonst Scherereien hätten, würde ich nicht einen pommerischen Grenadier zu ihrer Hilfe in Bewegung setzen. Ich nehme an, das wird sie abkühlen.“ (Zitiert nach „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 27/28.)

<sup>43</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2580, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 25. Oktober 1895, Randbemerkung Wilhelms II.

beschworen hatte, hoffte er, noch einen weiteren Sieg, den über jene politischen Kreise im Reichstag und außerhalb desselben zu erringen, die immer noch zu der von ihm vorgebrachten imperialistischen Idee — dem Bau einer großen Hochseeflotte — in Opposition standen.

Somit hat die diplomatische Episode, die sich Mitte Oktober 1895 ereignete und sich fast über einen ganzen Monat hinzog, das Interesse der herrschenden Kreise Deutschlands gezeigt, den „point noir“ in Transvaal, der von einer Verstärkung der englisch-deutschen Gegensätze zeugte, weiterhin anwachsen zu lassen. Indem diese Kreise eine Verschärfung der englisch-deutschen Beziehungen in Südafrika provozierten, verfolgten sie bestimmte und vielfältige Ziele. Das ist der Grund, weshalb diese Episode so etwas wie ein Präludium der Ereignisse war, in deren Verlauf sich die Ziele der deutschen Diplomatie noch klarer abzeichneten.

Es waren erst fünf Wochen vergangen, seit der von uns behandelte diplomatische Zwischenfall<sup>44</sup> erschöpft zu sein schien, und der „point noir“ in Transvaal wurde plötzlich zu einer großen dunklen Wolke, die den Horizont der englisch-deutschen Beziehungen überzog. Ihr Schatten fiel auf ganz Europa.

### 3

Der Eindruck von dem über England errungenen nichtigen diplomatischen „Sieg“ hatte sich in Berlin noch nicht verflüchtigt, als am Heiligen Abend, am 24. Dezember 1895, aus Transvaal plötzlich beunruhigende Nachrichten eintrafen. Der deutsche Konsul Herff teilte mit, daß die englische Partei in Johannesburg einen Aufstand vorbereite. Die erste Reaktion des Kaisers verriet sofort seine geheimen Absichten und Hoffnungen: militärische Intervention?! „Soll noch ein Kreuzer von Ostafrika nach Lourenço Marques hin?“ fragte er sofort an.<sup>45</sup> Der Kreuzer wurde jedoch nicht geschickt. Man war in Berlin offenbar zu der Meinung gekommen, daß man den weiteren Ablauf der Ereignisse abwarten müsse, um so mehr, als sich ein Kriegsschiff unter deutscher Flagge bereits in der Delagoabai befand. Außerdem mußte man feststellen, welchen Standpunkt die englische Regierung einnahm oder einzunehmen gedenke.

Die Stimmung eines bedeutenden Teils der englischen Presse konnte allerdings keinen Zweifel an den Plänen lassen, die in den imperialistischen

<sup>44</sup> Eine interessante Schilderung dieses Zwischenfalls gibt Akademiemitglied E. W. Tarlé, „Über die Arbeitsweise der bürgerlichen Diplomatie“ in „Geschichte der Diplomatie“, Bd. III, Moskau 1947, S. 850 ff.

<sup>45</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2585, Herff an das Auswärtige Amt, 24. Dezember 1895, Randbemerkung Wilhelms II.



Kreisen Londons ausgereift waren. Die „Times“, der anerkannte Führer der britischen Presse, das maßgebliche Organ der City, das traditionsgemäß die Ansichten der Regierung unabhängig von ihrer politischen Färbung widerspiegelte, schrieb in jenen Tagen, daß es für die Lösung des Transvaalproblems nur einen Ausweg gebe. Sie meinte damit, daß Transvaal durch die Kaprepublik geschluckt werden müsse.<sup>46</sup> In gleichem Sinne äußerten sich auch andere englische Zeitungen, die mit imperialistischen Kreisen in Verbindung standen. Aus all dem ging hervor, daß in Transvaal in der Tat stürmische Ereignisse heranreifen.

Nach dem Weihnachtsfest lud Marschall den neuen englischen Botschafter Frank Lascelles zu sich, berief sich auf eine Information aus Pretoria und erklärte, daß Deutschland, von seinen Wirtschaftsinteressen ausgehend, keinerlei Veränderungen in der Lage Transvaals zugunsten Großbritanniens zulassen werde und für die Erhaltung der Unabhängigkeit dieses südafrikanischen Staates eintrete.<sup>47</sup> „Ich könne mich des Eindrucks nicht erwehren“, so schilderte er selbst seine Darlegungen, „daß das Londoner Kabinett den Antagonismus, den es zwischen den beiden europäischen Staatengruppen voraussetze, erheblich überschätze, wenn es annehme, daß derselbe stark genug sei, um der englischen Politik freie Hand zur beliebigen Wahrung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten zu gewähren.“ Marschall gab dem englischen Botschafter zu verstehen, daß der Dreibund notfalls Wege zur Annäherung an Rußland und Frankreich finden werde. Das war die erste, vorläufig noch gedämpft vorgebrachte Drohung, eine Liga der Kontinentalmächte zu schaffen, um England völlig zu isolieren.<sup>48</sup> Somit hatte die deutsche Diplomatie, ohne irgendwelche Besprechungen mit England aufzunehmen und ohne irgendwelche Erklärungen erhalten zu haben, sofort eine Herausforderung an London gerichtet. Zugleich teilte sie das insgeheim der Transvaalregierung mit<sup>49</sup>, wodurch sie diese zu entschlossenen Handlungen gegen die englischen Agenten aufstachelte.

Die Lage komplizierte sich aber zu diesem Zeitpunkt weiter. Am 30. Dezember fielen über 800 Mann starke Banden der englischen „Chartered Company“ mit Maschinengewehren und leichten Geschützen bewaffnet, unter der Führung Jamesons, des nächsten Kampfgefährten Cecil Rhodes', in das Gebiet Transvaals ein und rückten in Richtung Johannesburg vor, wo bereits Unruhen aufflackerten und zu jeder Stunde der Aufstand ausbrechen konnte. Als die Kunde davon schon am nächsten Tage, am 31. De-

<sup>46</sup> Siehe „Times“ vom 27. Dezember 1895.

<sup>47</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2586, Marschall an Hatzfeldt, 28. Dezember 1895.

<sup>48</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2589, Aufzeichnung Marschalls, 31. Dezember 1895.

<sup>49</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2587, Marschall an Herff, 30. Dezember 1895.

zember, Berlin erreichte, zeichnete sich der in Gang gesetzte Plan der englischen Imperialisten bereits ganz klar ab. Er bestand darin, durch zwei kombinierte Schläge, von innen und von außen her, die Burenrepublik zu liquidieren und zu annektieren. Es wurde ferner klar, daß der Zusammenstoß zwischen den Buren und den englischen Banden Cecil Rhodes' unvermeidlich war und jeden Augenblick beginnen konnte.<sup>50</sup> „Nun muß man handeln“, trug Marshall von Bieberstein an diesem unruhigen Tag in sein Tagebuch ein.<sup>51</sup> Er sagte die Empfänge ab und begab sich sofort mit dem Direktor der Kolonialabteilung, Dr. Kayser, nach Potsdam zu Wilhelm, und man kam rasch überein, was zu tun sei.

Es wurde beschlossen, erstens eine Militärformation nach Pretoria zu entsenden und zweitens nach einer formellen Anfrage bei der englischen Regierung die diplomatischen Beziehungen zu dieser abubrechen. Zu diesem Zweck wurde dem Kommandanten des Kreuzers „Seeadler“, der sich in den Gewässern der Delagoabai befand, der Befehl erteilt, eine Abteilung Marineinfanterie in Lourenço Marques zu landen und sie nach Transvaal, angeblich zum Schutz des Konsulats und des Lebens deutscher Staatsangehöriger, zu entsenden.<sup>52</sup> Zugleich wurde an den Grafen Hatzfeldt nach London eine telegrafische Instruktion gerichtet, er möge unverzüglich bei der britischen Regierung anfragen, ob sie den Einfall der Jameson-Abteilungen in Transvaal billige. Im Falle einer unbefriedigenden Antwort sollte Hatzfeldt die Pässe fordern. Das war also eine Art Ultimatum. Es ist interessant, daß Hatzfeldt die Anweisung gegeben wurde, bei der Beurteilung der Antwort der englischen Regierung sich lediglich von seinem eigenen „Eindruck“ leiten zu lassen.<sup>53</sup>

In London herrschte gewaltige Aufregung und alle warteten darauf, wie der Zusammenstoß auf den Feldern Transvaals enden werde. Die Regierung zog es vor, ihre Karten noch nicht aufzudecken und abzuwarten, bevor

<sup>50</sup> Davon machte der deutsche Konsul in Pretoria, Herff, der aus irgendeinem Anlaß anwesend war, als die Transvaalregierung die offizielle Meldung vom Einfall der Jameson-Banden erhielt und als Präsident Krüger den Befehl gab, bewaffneten Widerstand zu leisten, seiner Regierung Mitteilung. (Siehe G. P., Bd. 11, Nr. 2588, Herff an das Auswärtige Amt, 30. Dezember 1895.)

<sup>51</sup> Bruchstücke aus diesem Tagebuch Marshall von Biebersteins sind in dem Artikel F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“ in „Europäische Gespräche“ 1924, Nr. 3, S. 210 veröffentlicht. Diese Bruchstücke, die sich auf die Tage vom 30. Dezember 1895 bis zum 13. Januar 1896 beziehen, werfen in gewissem Sinne ein neues Licht auf die Ereignisse der diplomatischen Geschichte der Transvaalkrise, die in der deutschen Veröffentlichung „Die Große Politik“ ungenügend beleuchtet und gänzlich außerhalb des Rahmens der britischen Veröffentlichung „British Documents“ geblieben sind.

<sup>52</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2591, Marshall an Herff, 31. Dezember 1895.

<sup>53</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2590, Marshall an Hatzfeldt, 31. Dezember 1895.

sie ihre Einstellung zu den Ereignissen festlegte, bei deren Vorbereitung sie eine so große, aber für die Außenwelt vorläufig noch unsichtbare Rolle gespielt hatte. Die allwissende „Times“ hatte jedoch den Standpunkt der englischen Imperialisten bereits formuliert. Sie schrieb, wie sich die Umstände auch entwickelten, England würde keine Einmischung in ihren Ablauf dulden, von welcher Seite diese Einmischung auch käme.<sup>54</sup> Die deutschen Machthaber begriffen, daß dies an ihre Adresse gerichtet war.<sup>55</sup>

Als Hatzfeldt in Erfüllung seiner Instruktionen bei Salisbury erschien, um Erklärungen zu fordern, bat sich dieser vor allem aus, der deutsche Botschafter möge „in dieser Angelegenheit kein einziges Wort gebrauchen, das man als eine Drohung auslegen könnte“; andernfalls, so erklärte der englische Premierminister, würde die Lage unhaltbar werden. Hatzfeldt kam dieser Bitte nach, und Salisbury versicherte mit Unschuldsmiene, daß er den „Jameson-Raid“ angeblich nicht billige und daß ihm diese ganze Geschichte überhaupt in höchstem Grade mißfalle.<sup>56</sup> Danach kam Hatzfeldt zu dem Schluß, daß er vorläufig keinen Grund habe, die Pässe zu fordern.

Am gleichen Tage, am 1. Januar 1896, händigte der englische Botschafter in Berlin Marschall ein Telegramm aus, das er aus London erhalten hatte. Salisbury versuchte in recht verschleierte Form von der Verantwortung für die Ereignisse in Transvaal abzurücken. Dabei sprach Salisbury auch im Namen des Kolonialministers Joseph Chamberlain, dessen Mitwirkung an der abenteuerlichen Politik des „afrikanischen Napoleons“ damals bereits ein offenes Geheimnis war.<sup>57</sup> Das veranlaßte die Deutschen natürlich nur, noch mehr auf der Hut zu sein. Salisbury teilte mit, Chamberlain biete eine Vermittlung zwischen der „Chartered Company“ und den Buren, das heißt zwischen Cecil Rhodes, dessen Freund er war, und dem Präsidenten Krüger an. Andererseits teilte er mit, daß die englischen Offiziere in den Abteilungen Jamesons einen strikten Befehl erhalten hätten, den Überfall abubrechen und umzukehren. Wenn aber die Söldlinge Cecil Rhodes' auf das Abenteuer verzichten mußten, was für einen Sinn hatte dann die von Chamberlain vorgeschlagene Vermittlung? Der Gouverneur der Kapkolonie, Herakles Robinson, hatte diesen Söldlingen schon früher befohlen, den Überfall abzubereiten, aber sie hatten ihm nicht gehorcht. Wo war die Garantie dafür, daß sie den gleichen Befehl der Londoner Regierung befolgen würden? Als Marschall den englischen Botschafter danach fragte, konnte dieser nur mit einem Achselzucken antworten.<sup>58</sup>

<sup>54</sup> „Times“ vom 1. Januar 1896.

<sup>55</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2594, Marschall an Wilhelm II., 1. Januar 1896.

<sup>56</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2597, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 1. Januar 1896.

<sup>57</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2594, Anlage, Salisbury an Lascelles, 31. Dezember 1895.

<sup>58</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2598, Marschall an Hatzfeldt, 2. Januar 1896.

All das nährte den Verdacht der Deutschen, daß die englische Regierung ein Doppelspiel treibe. Man kann wohl sagen, daß dieser Verdacht begründet war. In London waren die Rollen in der Tat im voraus verteilt worden. Cecil Rhodes war der Organisator der Banden, die in Transvaal einfielen; sein Freund Chamberlain, der Inspirator dieses Unternehmens, tat so, als suche er eine Befriedung durch Vermittlung zwischen diesen Banditen und den Opfern ihres Überfalls, während Salisbury sich die Möglichkeit vorbehält, falls der räuberische Feldzug mißlang, von seinen unmittelbaren Organisatoren abzurücken und seine Hauptinspiratoren zu decken. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß, während aus London „strikte“ und „strikteste“ Befehle zum Abbruch des Überfalls unterwegs waren, immer neue Banden die Grenzen Transvaals überschritten.

Angesichts so plötzlich entstandener ernster — militärischer und politischer — Schwierigkeiten dachte die Transvaalregierung bereits daran, welche Zugeständnisse sie der englischen Agentur machen sollte, die sich dazu rüstete, die Herrschaft an sich zu reißen. Am 2. Januar erreichte die Spannung sowohl in Pretoria als auch in London und Berlin, überall auf andere Weise, ihren Höhepunkt. Die deutsche Presse fast aller Richtungen, die des Regierungslagers und der Opposition, die reaktionäre und die liberale, entfesselte eine ungemein lärmende Kampagne für die Buren. „Hände weg!“ schrien die alldutschen Blättchen England zu. Die Presse forderte, die Regierung solle sich in die Ereignisse einmischen.

„Jetzt gilt es zu handeln“, verzeichnete Marshall in seinem Tagebuch.<sup>59</sup> Sofort wurden mit Einverständnis des Kaisers und des Kanzlers an Hatzfeldt Instruktionen geschickt, der englischen Regierung unverzüglich eine schroffe Note zu überreichen. Der Inhalt war kurz folgender: Angesichts der Tatsache, daß die Befehle der englischen Regierung von den Söldlingen der „Chartered Company“ nicht befolgt werden und der Zusammenstoß in Transvaal immer größere Ausmaße annimmt, erhebt Deutschland gegen den Einfall energischen Protest und wird nicht zulassen, daß in der Lage Transvaals irgendeine Änderung eintritt.<sup>60</sup>

Bei der damals in London herrschenden Stimmung konnte diese Note dort nur als ein Ultimatum an England und als eine Einmischung in die Angelegenheiten seiner Außenpolitik aufgefaßt werden. Das hieß den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit allen möglichen Konsequenzen provozieren. Plötzlich kam abends eine Lösung.<sup>61</sup> „Gottlob!“ rief Marshall aus.<sup>62</sup>

<sup>59</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 211.

<sup>60</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2600, Marshall an Hatzfeldt, 2. Januar 1896.

<sup>61</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2602, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 2. Januar 1896.

<sup>62</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 211.

Es stellte sich heraus, daß das englische Abenteuer bereits erledigt war, und zwar auf noch überraschendere Weise, als es begonnen hatte. Die Banden Jamesons waren von den Buren eingekreist und zusammen mit ihrem Anführer gefangenengenommen worden. Die von den Engländern in Johannesburg sorgfältig vorbereitete Verschwörung schlug fehl. Nach einem Ausdruck Cecil Rhodes' platzte sie wie eine Seifenblase. In den imperialistischen Kreisen Englands rief ein derart peinliches Finale der von den „Baumeistern des Empire“ begonnenen Epopöe kaum verhohlene Verärgerung hervor. Um so mehr Grund, über das berüchtigte und keinen Widerspruch duldende englische „Prestige“ zu zetern. Die hochmütige Empfindlichkeit der Londoner regierenden Kreise war vielleicht noch nie so stark gewesen wie in dem Augenblick, da sie von einer derart schändlichen Niederlage betroffen wurden. Die deutsche Note hätte ihrem Ton und Inhalt nach der Schlag sein können, der in einer derart gespannten Atmosphäre unerwartete Folgen haben konnte. Am nächsten Morgen, am 3. Januar, beeilte sich Hatzfeldt, die an die englische Regierung abgesandte Note zurückzuholen. Er seufzte erleichtert auf, als er sah, daß seine Note ungeöffnet zurückkam.<sup>63</sup>

Es schien sich die Möglichkeit abzuzeichnen, die in den Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und England entstandene Schärfe etwas zu mildern. Hatzfeldt wußte aber nicht, daß gerade zu dieser Zeit in Berlin die Frage erörtert wurde, ob man die Umstände nicht ausnutzen sollte, um einen Krieg gegen England zu entfesseln. Die englandfeindlichen Stimmungen hatten sich in diesem Augenblick aller – sowohl der bürgerlichen als auch der junkerlichen – Kreise der deutschen „öffentlichen Meinung“ bemächtigt. „Unsere Presse ist vorzüglich“, bemerkte Marshall. „Alle Parteien einig, sogar die Tante Voß<sup>64</sup> will kämpfen.“<sup>65</sup>

In einer solchen Atmosphäre fand am Morgen des 3. Januar unter dem Vorsitz Wilhelms die Beratung eines engen Kreises der Leiter der Diplomatie und des Marineamtes statt.<sup>66</sup> Wilhelm riß die Initiative an sich und entfaltete sofort ein umfangreiches Programm weiterer Handlungen. Das waren, wie Marshall sich gelinde ausdrückte, „etwas wunderbare Pläne“:

<sup>63</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2606, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 3. Januar 1896. Das kam daher, weil Salisbury an diesem Tage außerhalb der Stadt war und erst am nächsten Tage zum Foreign Office zurückkehrte. (Siehe G. P., Bd. 11, Nr. 2605, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 3. Januar 1896.)

<sup>64</sup> Das war die unter den Deutschen seit alters eingebürgerte scherzhafte Bezeichnung für eine der ältesten deutschen Zeitungen, die liberal-bürgerliche „Vossische Zeitung“.

<sup>65</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 213.

<sup>66</sup> Bei der Beratung waren (außer Wilhelm) Hohenlohe, Marshall, Staatssekretär des Marineamtes Hollmann, Chef des Marinekabinetts von Senden und Admiral Knorr anwesend.

erstens das Protektorat über Transvaal auszurufen, zweitens die Marineinfanterie in Kampfbereitschaft zu versetzen und drittens Truppen nach Transvaal zu entsenden. Auf den Einwurf des beunruhigten 76jährigen Kanzlers: „Das wäre der Krieg mit England“, antwortete der Kaiser kategorisch: „Ja, aber nur zu Land.“ Das versetzte die Anwesenden in völlige Verwirrung. Marschall gelang es, den Kaiser zum Verzicht auf den Gedanken zu bewegen, das deutsche Protektorat über Transvaal auszurufen, aber im übrigen blieb der Kaiser unnachgiebig. Nun wurde eine Pause eingelegt, offenbar in der Hoffnung, daß sich der kriegesische Eifer Wilhelms etwas legen würde. Während der Pause ging Marschall in ein Nebenzimmer und beriet sich mit dem dort weilenden Direktor des Kolonialamtes, Dr. Kayser.

Der Einfluß Kaysers im Auswärtigen Amt war zu jener Zeit gewaltig. Dr. Kayser, der an der Spitze des Kolonialrates, dem Finanzgrößen und Kolonialgeschäftsleute wie Hansemann, Woermann, von der Heyden und andere angehörten<sup>67</sup>, stand und mit der „Kolonialgesellschaft“, insbesondere mit dem bekannten Abenteurer Peters, einem Vertreter des Alldeutschen Verbandes, der sich durch schmutzige Verbrechen in Afrika hervorgetan hatte, eng verbunden war, hatte eine so bedeutende Stellung errungen, daß keine einzige Frage der Kolonialpolitik ohne seine Beteiligung entschieden wurde. Natürlich war er für eine aktive Kolonialpolitik und der Meinung, daß Deutschland, falls es ihm gelinge, zwischen Frankreich und England geschickt zu manövrieren, große Teile Afrikas an sich reißen könne.<sup>68</sup> Da er England für den Hauptrivalen und Gegner der deutschen Politik kolonialer Expansion hielt, machte er aus seiner Feindseligkeit gegen England kein Hehl. Als Wilhelm eines Tages (im Januar 1895) den englischen Botschafter fragte, wodurch — seiner Meinung nach — die zwischen England und Deutschland entstandenen feindseligen Beziehungen hervorgerufen seien, antwortete dieser: „Wenn Sie mir gestatten, die Antwort in einem Wort zu formulieren, muß ich sagen: Dr. Kayser.“<sup>69</sup> So sehr war dieser als Englandhasser bekannt.

Kaiser selbst aber war erschrocken, als er durch Marschall von den Plänen Wilhelms erfuhr, das deutsche Protektorat über Transvaal auszurufen und damit unverzüglich einen Krieg gegen England zu provozieren. Zugleich hielt er es jedoch für unmöglich, auf die Ausnutzung der offensichtlichen Tatsache der Niederlage Englands in Transvaal im politischen Interesse Deutschlands gänzlich zu verzichten. Insbesondere, so meinte er,

<sup>67</sup> Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, Berlin 1914, S. 190.

<sup>68</sup> Alwine Kayser, „Aus den Anfängen unserer Kolonien“, Berlin 1912.

<sup>69</sup> B. D., Bd. I, Appendix, S. 325.

müsse irgend etwas getan werden, um auf die Psyche der eingeborenen Bevölkerung in Afrika einzuwirken, man müsse „zeigen, daß Deutschland das mächtigste Reich in Europa ist, welches vom Rechtsstandpunkt aus solche flagranten Übergriffe nicht duldet“<sup>70</sup>. Nach einiger Überlegung schlug er vor, eine politische Demonstration zu veranstalten und ein offenes Begrüßungstelegramm mit der Unterschrift Wilhelms an Präsident Krüger anlässlich des Sieges zu schicken, den er über die Banden fremder Eroberer errungen habe, „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren“.

Marschall fand an diesem Gedanken Gefallen. Sein Knalleffekt entsprach völlig dem Geschmack Wilhelms und konnte diesen für den Verzicht auf seine wahnwitzigen Pläne gleichsam entschädigen. Seine Verwirklichung demonstrierte einen neuen diplomatischen Sieg über England, das die deutschen Interessen und Forderungen in Afrika immer noch nicht berücksichtigen wollte. Schließlich hatte Deutschland – wenn es den Krieg mit England vermied, aber sein besonderes Interesse für die Transvaalangelegenheiten vor der ganzen Welt bekundete – die Möglichkeit, sich insgeheim darauf vorzubereiten, sein Ziel zu erreichen. All das beeindruckte Wilhelm offenbar, und das von Kayser aufgesetzte und von Marschall etwas redigierte Telegramm wurde auf der Stelle abgeschickt.<sup>71</sup> Das ist die Geschichte des berühmten Telegramms, der sogenannten „Krüger-Depesche“<sup>72</sup>.

Zugleich wurde beschlossen, den ehemaligen Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, den Obersten von Schele, zur Aufklärung nach Transvaal geheim zu entsenden.<sup>73</sup> Seine Aufgabe bestand offenbar darin, das Eintreffen des deutschen Expeditionskorps, das sich aus den in Deutsch-Ostafrika stationierten Kolonialtruppen und aus Marineinfanterie von den in der Delagoabai befindlichen Kreuzern zusammensetzen sollte, in Transvaal

<sup>70</sup> Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 272.

<sup>71</sup> Hier der volle Text dieser berühmten Depesche: „Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“ (G. P., Bd. 11, Nr. 2610, Wilhelm II. an Krüger, 3. Januar 1896.) In dem ursprünglichen Text lauteten die Schlußworte: „... und das Ansehen Ihrer Regierung zu wahren“. Marschall nahm an dem endgültigen Text eine Korrektur vor, die gegen die englischen Anschläge gerichtet war.

<sup>72</sup> Diese Geschichte zeugt davon, daß die später von Wilhelm vorgebrachte Version nicht mehr als den üblichen Versuch darstellt, sich selbst zu rechtfertigen und die Schuld auf andere abzuwälzen. (Siehe Wilhelm II., „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918“, S. 68/71.)

<sup>73</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 213, 218.

vorzubereiten.<sup>74</sup> Doch dieses Korps konnte nur durch portugiesische Besitzungen nach Pretoria marschieren. Das vorherige Sondieren in Lissabon, ob man dort eine Genehmigung für den Durchzug der deutschen Truppen erhalten könnte, ergab kein befriedigendes Resultat.<sup>75</sup> Die von England abhängige portugiesische Regierung hatte bereits versprochen, Lourenço Marques notfalls für die Landung englischer Truppen zur Verfügung zu stellen. Später, nach drei Jahren, sagte Salisbury, als er von den deutschen Plänen erfuhr, das Auftauchen des ersten deutschen Soldaten auf dem Gebiet Transvaals würde unverzüglich zu einem Krieg zwischen England und Deutschland geführt haben – zu einem Krieg, in den auch die anderen europäischen Staaten hineingezogen worden wären. Das liegt der Wahrheit sehr nahe. Selbst die deutsche Regierung begriff das, und Hohenlohe begann gleich am nächsten Tage, nach Absendung des Telegramms, den Kaiser zu überreden, auf die Mission des Obersten Schele zu verzichten. Er war der Meinung, daß sie die Buren nur erschrecken und von Deutschland abstoßen könnte. „Sie schwebten bisher“, so schrieb Hohenlohe, „in der dauernden Sorge, entweder von England oder von Deutschland verschlungen zu werden.“ Deshalb würden sie Schele „kaum anders als einen Spion auffassen, und die frühere Sorge vor den Annexionsgelüsten Deutschlands wird noch lebhafter zum Ausdruck kommen“<sup>76</sup>.

In der Tat, trotz der Angst vor England war die Einstellung der Buren zu den deutschen „Stammesbrüdern“ recht mißtrauisch. Zwar hatte sich Krüger gleich zu Beginn der Krise an Deutschland mit der Bitte um Einmischung gewandt, aber erstens meinte er keine militärische, sondern eine diplomatische Einmischung, und zweitens hatte er die gleiche Bitte auch an Frankreich gerichtet.<sup>77</sup> Als er erfuhr, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, eine Abteilung Marineinfanterie nach Pretoria zu entsenden, wandte sich Krüger nach Berlin mit der Bitte, diesen Plan aufzugeben. Der schlaue und praktische Burenpräsident motivierte diese Bitte damit, daß das Auftauchen deutscher Streitkräfte in der Hauptstadt Transvaals zusätzliche Schwierigkeiten in seinen Beziehungen zu England schaffen könnte.<sup>78</sup>

<sup>74</sup> Darüber gestand Wilhelm dem Transvaaler Staatssekretär Leyds am 6. Januar 1896: „Auch seien im Fall, daß die Republik von den Flibustiern vergewaltigt worden wäre, Maßnahmen von hier befohlen worden, wonach auch militärische Hilfe vorerst aus Ostafrika gesandt worden wäre, um die Republik wieder zu befreien.“ (G. P., Bd. 11, Nr. 2617, Wilhelm II. an Hohenlohe, 6. Januar 1896.)

<sup>75</sup> Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. 1, S. 275/276.

<sup>76</sup> Hohenlohe an Wilhelm II., 4. Januar 1896, veröffentlicht in F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 241–243.

<sup>77</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2588, Herff an das Auswärtige Amt, 30. Dezember 1895.

<sup>78</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2601, Marschall an Hatzfeldt, 2. Januar 1896.



In Wirklichkeit spielten hier auch noch andere Erwägungen eine Rolle. Die Buren, die für die Vertreibung englischer Eroberer aus ihrem Lande kämpften, wollten keine deutschen Eroberer hereinlassen.<sup>79</sup> Sie waren sich darüber im klaren, wie gefährlich es ist, in solchen Fällen den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.

Da die deutsche Regierung nach einer so erniedrigenden Niederlage Englands nicht den Wunsch hatte, Transvaal gegen sich aufzubringen, widerrief sie den Beschluß zur Entsendung des Obersten Schele. Aber sie verzichtete nicht darauf, das Spiel um die Transvaalfrage — diesen „point noir“ der englisch-deutschen Gegensätze — fortzusetzen. Sie berauschte sich an dem Erfolg der Krüger-Depesche und nahm die Verwirklichung neuer großer politischer Pläne in Angriff.

## 4

Seit der Krise, die in den englisch-russischen Beziehungen im Frühjahr 1885 im Zusammenhang mit der Einnahme von Merwa durch russische Truppen und dem Bestreben der englischen Regierung, turkmenische Stämme ihrem Einfluß zu unterwerfen, ausbrach, wurde England noch nie in einem solchen Maße von chauvinistischem Fieber geschüttelt wie in den Tagen nach der Veröffentlichung des Telegramms des Kaisers an Krüger. Fast die gesamte Presse, sowohl des konservativen als auch des liberalen Lagers, beurteilte diese Depesche als eine Beleidigung und Herausforderung, als einen Versuch Deutschlands, sich in die äußeren Angelegenheiten Englands einzumischen. Noch einige Tage vorher, in den ersten Tagen der Transvaalkrise, übten die Londoner Zeitungen Zurückhaltung, und viele von ihnen äußerten sogar ihre Unzufriedenheit über den Jameson-Raid. Und nun trat mit der ganzen Wucht der Überraschung eine schroffe Wendung ein. Noch nie hatte die deutschfeindliche Propaganda der englischen Presse einen solchen Umfang und eine solche Schärfe erreicht. „Die wirkliche Antwort auf das Telegramm Kaiser Wilhelms“, so schrieb zum Beispiel die „Morning Post“, „würde die Zurückberufung des Geschwaders im Mittelländischen Meere und deren Vereinigung mit den Schiffen im Kanal sein. Es wäre sehr schwer, mit Kaltblütigkeit von der Kaiserdepesche zu sprechen. Die englische Nation werde sie nicht vergessen; sie werde immer daran denken für die Zukunft bei der Richtung ihrer auswärtigen Angelegenheiten.“<sup>80</sup> Das ist bei weitem nicht die schärfste Äußerung, die damals in der englischen Presse anzutreffen war.

<sup>79</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2615, Marshall an Herff, 5. Januar 1896.

<sup>80</sup> Zitiert nach „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1896, S. 185.

Eine ganze Woche lang führten die Zeitungen eine hemmungslose militaristische, jingoistische Kampagne, gaben sich der Orgie deutschfeindlicher Manifestationen hin und schürten die Leidenschaften ihrer Leser durch eine Flut sensationeller Überschriften: „Englisch-deutsche Krise“, „Vorbeugende Maßnahmen der Regierung“, „Aktivität in der Admiralität“, „Kriegsvorbereitungen“, „Britische Antworten an den Kaiser“<sup>81</sup>. Die Leser waren derartige Drohungen an die Adresse Rußlands gewöhnt, aber in bezug auf Deutschland waren das neue Worte. „Die englischen Blätter sind maßlos“, verzeichnete Marschall am 5. Januar in seinem Tagebuch.<sup>82</sup>

Am nächsten Tage protestierte Marschall beim englischen Botschafter gegen eine solche Aufnahme des Kaisertelegramms durch die englische Presse. Er versuchte dem Telegramm sogar eine Deutung zu geben, als setze es Jameson nicht mit England gleich. Aber er bestand darauf, daß England bereits durch den Vertrag von 1884 die Souveränität über Transvaal verloren habe, und inspirierte in diesem Sinne die offiziöse deutsche Presse.<sup>83</sup> Er versuchte auch die einflußreichen Korrespondenten der englischen Zeitungen (Chirol, Bishford) zu beeinflussen, aber ohne Erfolg.

Die Londoner „Times“ brachte Tag für Tag, nach einem Ausspruch Marschalls, „freche Artikel“ gegen Deutschland<sup>84</sup>, und sie stand in dieser Hinsicht nicht allein da. Die gesamte englische Presse mit der „Times“ an der Spitze bestand darauf, daß England gemäß den alten Verträgen von 1881 und 1884 die Souveränität über Transvaal behalten habe und sie trotz der deutschen Angriffe auch künftig behalten müsse. Marschall befaßte sich mit der Zusammenstellung von Antworten, die in der deutschen Presse abgedruckt wurden, und das goß Öl ins Feuer und schürte lediglich die scharfe Polemik. Bald darauf mußte sich Hatzfeldt an Salisbury „mit dem Rat“ wenden, auf die Redaktionen der englischen Zeitungen einzuwirken, damit sie wenigstens die persönlichen Ausfälle gegen den Kaiser einstellten, und er erhielt das Versprechen, daß dies geschehen werde.<sup>85</sup> Drei Tage später verzeichnete Marschall mit Erleichterung: „Die englische Presse ruhiger.“<sup>86</sup> Aber am 8. Januar veröffentlichte die britische Regierung eine Mitteilung über gewisse Maßnahmen der Marine, über die Schaffung des sogenannten fliegenden Geschwaders. Darauf folgte eine neue Explosion jingoistischer Leidenschaften.<sup>87</sup> Sowohl in den vornehmen Klubs als

<sup>81</sup> O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 125.

<sup>82</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 214.

<sup>83</sup> Siehe den Artikel „Die Unabhängigkeit und Souveränität des Transvaalstaates“ in der „Kölnischen Zeitung“ vom 6. Januar 1896.

<sup>84</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 215.

<sup>85</sup> G. P., Bd. II, Nr. 2620, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 7. Januar 1896.

<sup>86</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 215.

<sup>87</sup> William L. Langer, „The Diplomacy of Imperialism“, Bd. I, S. 249.

auch in der City war die Erregung stark. Viele englische Firmen verzichteten auf Handelsabmachungen mit den Deutschen. Der Straßenmob schlug in deutschen Läden die Scheiben ein und mißhandelte im Hafen deutsche Seeleute. Der deutsche Botschafter Hatzfeldt erhielt in jenen Tagen zahlreiche anonyme Drohbriefe. „Die allgemeine Stimmung“, so teilte er später mit, „war ... eine solche, daß die Regierung“ (Englands. A. J.), „wenn sie ebenfalls den Kopf verloren oder aus irgendeinem Grund den Krieg gewünscht hätte, dabei die ganze öffentliche Meinung hinter sich gehabt hätte.“<sup>88</sup>

Eins der wenigen englischen Organe, die vom Jingoismus nicht berauscht waren, die liberale Zeitschrift „Speaker“, hat die Bestandselemente dieser „öffentlichen Meinung“ nicht schlecht definiert: „Die sogenannte Gesellschaft steht fast einstimmig auf Seite der geldgierigen Abenteuer, welche das Transvaal in derselben Weise auszubeuten versuchten, wie die Spanier vor 300 Jahren Mittel- und Südamerika ausbeuteten. Der Straßenpöbel und die Tingeltangel sind diesmal einig mit der ‚Gesellschaft‘. Die Presse, selbst leider auch die liberale, ist zum großen Teile in den Händen des Mr. Rhodes und seiner Genossen.“<sup>89</sup> Nur ein kleiner Teil der liberaldemokratischen Presse („Daily News“, „Daily Chronicle“ und andere) schloß sich dem allgemeinen Chorus der imperialistischen Propaganda nicht an.

Aber auch die englandfeindliche Propaganda in Deutschland hatte während dieser diplomatischen Krise eine bis dahin unbekannte Schärfe erreicht. Die berüchtigte Depesche fand im Lande gewaltigen Widerhall, während Kaiser Wilhelm und „Ohm Krüger“ sich plötzlich einer ungemainen Popularität erfreuten. Die offiziellen Organe der deutschen Presse („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, „Post“, „Kölnische Zeitung“ und andere) gaben nach dem Dirigentenstab Marschalls den Ton dieser Propaganda an, während die übrigen Zeitungen aller Richtungen, von der ultrareaktionären „Kreuzzeitung“ bis zum sozialdemokratischen „Vorwärts“, diesen Ton sofort aufgriffen. Die alldeutschen Blättchen waren ganz außer Rand und Band. Sie verzichteten auf den Wortschwall der offiziellen Diplomatie und Presse und bekundeten laute Freude über die Niederlage nicht Jamesons, wie Marschall versicherte, sondern der „englischen Beamten und Soldaten, die wie Räuber ein dem deutschen verwandtes und befreundetes Volk überfielen“. In dem Kaisertelegramm erblickten sie nicht mehr und nicht weniger, als daß es „für unsere Brüder in Transvaal eine machtvolle Bürgschaft für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit bedeutet“<sup>90</sup>.

Am 7. Januar richtete der Alldeutsche Verband an den Reichskanzler Hohenlohe eine Botschaft mit der Aufforderung, Deutschland möge den

<sup>88</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2636, Hatzfeldt an Holstein, 21. Januar 1896.

<sup>89</sup> Zitiert nach „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1896, S. 185.

<sup>90</sup> Lothar Werner, „Der Alldeutsche Verband 1890–1918“, S. 143.

Buren „wirkliche Unterstützung“ gegen England gewähren. In dem gleichen Sinne äußerten sich auch die zahlreichen, im ganzen Lande einberufenen Versammlungen des Alldeutschen Verbandes.

Später, als sich die Schärfe der Krise gelegt hatte, äußerten sich Hasse und andere alldeutsche Führer in dem Sinne, daß Transvaal, das von einem „verwandten Stamm“ und sogar von „Brüdern“ besiedelt sei, mit einem Netz deutscher Konsularagenten überzogen werden müsse, die den Boden für deutsche Kolonisten vorbereiten, das weitere Eindringen deutschen Kapitals erleichtern und dadurch England aktiv entgegenwirken könnten. Was die Führer des Alldeutschen Verbandes damals, im Augenblick der plötzlich heraufgezogenen Gefahr eines Krieges gegen England konkret meinten, als sie von der Regierung eine „wirkliche Unterstützung“ der Buren forderten, wußten sie wohl selber nicht. Sie konnten zufrieden sein, daß es ihnen gelungen war, großen Lärm im Lande zu schlagen, die Stärke ihrer Organisation und ihres Einflusses zu demonstrieren und auch einen gewissen Eindruck im Ausland, unter anderem in England, zu machen.<sup>91</sup> All das zeugte davon, daß der Prozeß des Wachstums der aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus sowie der Prozeß der Formierung ihrer politischen Ideologie zu diesem Zeitpunkt bereits recht weit fortgeschritten war.

Wie konnte man eine Politik der „wirklichen Unterstützung“ Transvaals betreiben, ohne einen Krieg gegen England heraufzubeschwören? Die politische Erregung alldeutscher Kreise, die durch ihre eigene lärmende Propaganda verstärkt wurde, ihr wachsender Haß gegen den reichen, starken und hochmütigen Rivalen — England — machten es ihnen unmöglich, diese Frage zu beantworten. Man muß fast annehmen, daß sie sich diese Frage gar nicht gestellt hatten, denn trotz der raschen und tiefgreifenden Verschiebungen, die in der Welt vor sich gegangen waren, konnten sie es sich nicht vorstellen, wie England, ohne eine Landarmee zu besitzen, den Krieg gegen die größte militaristische Macht in Europa wagen sollte. Nach dem ursprünglichen Erfolg der Krüger-Depesche, die bei allen politischen Parteien und Fraktionen der Bourgeoisie und der Agrarier, selbst wenn sie der Opposition angehörten, einmütige und sogar flammende Unterstützung gefunden hatte, waren der chauvinistische Rausch und das unüberlegte Vertrauen in die eigenen Kräfte so groß, daß auch der Kaiser, trotz des beispiellosen Aufsehens in London, sich immer noch mit Plänen trug, England in Südafrika aktiv entgegenzuwirken. Nachdem er eine (wie es sich herausstellte, keinesfalls genaue) Meldung erhalten hatte, daß englische Truppen mit Einverständnis der portugiesischen Regierung Lourenço Marques zu besetzen beabsichtigten, erklärte Wilhelm: „Ich erwiderte, daß ich so was

<sup>91</sup> B. D., Bd. III, Nr. 413, Tower an Grey, München, 24. Januar 1906.

nie dulden würde. Wechselt Lourenço Marques den Besitzer, so darf es nur in deutsche oder Burenhand kommen.“ Wilhelm bereitete sogar einen Befehl an den Kommandeur des deutschen Kreuzers vor, der sich in der Delagoabai befand: den Engländern zuvorzukommen und Lourenço Marques zu besetzen.<sup>92</sup> Das hieß erneut einen Krieg gegen England provozieren.

Aber trotz des Aufflackerns der aggressiven, englandfeindlichen Stimmungen fürchtete sich die deutsche Regierung vor diesem Kriege. Sie wußte, daß sie auf dem Meere England in keiner Weise gewachsen war. Das war allerdings nicht das Hauptbedenken gegen einen unverzüglichen Krieg. Wußte doch die deutsche Regierung auch, daß England auf dem Lande Deutschland nicht gewachsen war.

Einstmals hatte Bismarck geprahlt, falls es England einfallen sollte, an der deutschen Küste Truppen zu landen, würde er der preußischen Polizei befehlen, diese Landungstruppen zu verhaften. Diese verächtliche Einstellung zur englischen Armee blieb in Deutschland auch nach Bismarck in vollem Maße erhalten. Nichtsdestoweniger erachtete es die Regierung für notwendig, einen Krieg gegen England zu vermeiden. Sie berücksichtigte die internationale und die strategische Lage Deutschlands, das in die Zange des französisch-russischen Bündnisses genommen worden war. Zu einer Zeit, als Marschall Krüger dringend von allem abriet, was „als Provokation zum Krieg mit England gedeutet werden“<sup>93</sup> konnte, hielt es Hohenlohe für notwendig, dem Kaiser die Grundlagen dieser Politik in populärer Form auseinanderzusetzen: „In einen solchen Krieg“, so schrieb er, „wird aber Deutschland *isoliert* nicht treten können. *Das ist abzuwarten*“, so fuhr er fort. „Jede Initiative unsererseits ist zur Zeit ausgeschlossen, wenn wir nicht in Gefahr geraten sollen, von Frankreich und Rußland mehr und mehr gegen England vorgeschoben zu werden und uns zu isolieren.“ Somit berücksichtigte Hohenlohe, der die Hauptlinie der deutschen Politik jener Zeit zum Ausdruck brachte, bei der Lösung der Frage des Krieges gegen England, daß dieser neue Konflikt die Gefahr eines Zweifrontenkrieges, gegen Rußland und Frankreich zugleich, nur verstärken könnte. Bismarck war es seinerzeit nicht gelungen, diese Gefahr aus der Welt zu schaffen. Ebenso wenig hatten es seine Nachfolger vermocht. Und jetzt, als sich erstmalig in der Geschichte Deutschlands die Möglichkeit eines Krieges gegen England abzeichnete, wurde diese Gefahr nur noch größer. „Deshalb“, so schrieb Hohenlohe an den Kaiser, „muß es unsere vornehmste diplomatische Aufgabe sein, mehr und mehr gleiche Interessenten um uns zu sammeln und jedenfalls nicht isolierte Schritte oder solche, die England Freunde

<sup>92</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2617, Wilhelm II. an Hohenlohe, 6. Januar 1896.

<sup>93</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2615, Marschall an Herff, 5. Januar 1896.

zuführen könnten, zu unternehmen.<sup>94</sup> Wilhelm mußte, wenn auch unwillig, dem Reichskanzler zustimmen.<sup>95</sup>

Wie wir sehen, machte sich Hohenlohe Gedanken über die neue ernste Aufgabe, die vor der deutschen Diplomatie gleich beim ersten ersten Zusammenstoß mit England aufgetaucht war: nach Möglichkeit eine Situation zu schaffen, in der England in der internationalen Arena isoliert wurde. Aber hinter dieser Aufgabe verbarg sich eine andere: die Gefahr der Isolierung Deutschlands abzuwenden.

## 5

Es war nicht Hohenlohe, der diese Aufgabe als erster formulierte, und er war auch nicht der Urheber der damit verbundenen Spekulationen. Bereits zu Beginn der Transvaalkrise, am 30. Dezember 1895, hatte Friedrich von Holstein, der einen gewaltigen Einfluß im Auswärtigen Amt hatte, einen Plan entworfen, dessen Verwirklichung England, seiner Idee nach, zusätzliche Schwierigkeiten schaffen und es durch das Gespenst der Isolierung in der Sphäre der internationalen Beziehungen einschüchtern sollte. Und Holstein entwarf die konkreten Bedingungen, die zu erfüllen waren, um der ganzen Sache — seiner Meinung nach — zumindest vorübergehend den Erfolg zu sichern.

Die Grundlage bildete das Prinzip der kolonialen Zugeständnisse, das sich bereits genügend eingebürgert hatte. Frankreich, so meinte Holstein, könnte man ablenken, wenn man ihm Kongo und noch irgend etwas verspräche, und Rußland, indem man ihm Korea zur Verfügung stellte; Italien sollte die Privilegien des wiederhergestellten Ucciali-Vertrages mit Abessinien erhalten, Österreich-Ungarn sollte nichts erhalten außer dem Versprechen Rußlands, es auf dem Balkan in Ruhe zu lassen, aber von seinen Bundesgenossen in die Zange genommen, würde es gezwungen sein, ihnen bei ihrer Politik der Annäherung an das französisch-russische Bündnis zu folgen. Was aber die „Zugeständnisse“ für Deutschland selbst betrifft, so hatte sie Holstein natürlich nicht vergessen. Er war nur der Meinung, daß es vernünftiger sein würde, wenn Deutschland in den Vorbesprechungen sich zunächst selbstlos zeige und keine Zugeständnisse beanspruche und erst dann, wenn alles geregelt wäre, Tschusan und irgendein Stück an der chinesischen Küste, jedoch nicht am Gelben Meer, besetze sowie die Transvaalfrage in eigenem Interesse regele.<sup>96</sup> Wenn man somit die wichtigsten

<sup>94</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2618, Hohenlohe an Wilhelm II., 7. Januar 1896.

<sup>95</sup> Auf den oben zitierten Bericht Hohenlohes machte der Kaiser die Bemerkung „Bin andrer Ansicht, aber füge mich“.

<sup>96</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2640, Aufzeichnung Holsteins, 30. Dezember 1895.

europäischen Großmächte durch bedeutende koloniale Vorteile verlockte, würde es möglich sein, für eine bestimmte Zeit eine Annäherung zwischen dem Dreibund und dem französisch-russischen Bund zu erreichen, und das übergangene England würde nicht mehr imstande sein, die europäischen Gegensätze auszuspielen und seine kolonialen Besitzungen ungehindert zu erweitern.

Dieser erstaunliche Plan Holsteins ist in mancher Hinsicht bemerkenswert. Er zeigt vor allem, mit welcher Lässigkeit und rein preußischen Selbstsicherheit sein Urheber die Weltkarte zerschnitt und die Stücke verteilte, um die er nicht nur die Bundesgenossen Deutschlands, sondern auch seine Gegner zu sammeln versuchte. Er zeigt ferner, mit welchen Methoden der Urheber die deutsche Vormachtstellung in Europa anstrebte. Und schließlich zeugt er davon, wie der Urheber die Isolierung Englands durchzuführen gedachte und welche Ziele er dabei verfolgte. In dieser Hinsicht ist es charakteristisch, daß der Plan Holsteins die Frage der Geschicke Indiens, Persiens und Ägyptens absichtlich nicht berührte. Holstein war der Meinung: „Solange England diese“ (Länder. *A. J.*) „behält, ist es schließlich doch genötigt, sich, falls es nicht ohne Schwertstreich zurückweichen will, dem Dreibund wieder zu nähern. Es wird diese Notwendigkeit dann erst recht einsehen, wenn es — wie der gegenwärtige Vorschlag ihm darzutun bezweckt — die Erfahrung gemacht haben wird, daß der Dreibund nicht unter allen Umständen Heeresfolge leistet.“<sup>97</sup>

Das heißt also, daß Holstein selbst im Augenblick der Transvaalkrise England noch nicht als den potentiellen Hauptfeind betrachtete. Er stand noch immer unter dem Einfluß der Traditionen der deutsch-englischen „Freundschaft“. Wie viele andere in den herrschenden Kreisen Deutschlands war er sich der ganzen Tiefe des heranreifenden imperialistischen Konflikts mit England nicht bewußt und konnte seine historischen Ergebnisse noch weniger voraussehen. Aber dieser Schüler Bismarcks, der selbst bereits in den Wirbel der imperialistischen Kolonialpolitik hineingerissen war, suchte für Deutschland eine Methode, nach der es England zwingen könnte, seinen neuerwachten Kolonialansprüchen Gehör zu schenken. Bismarck hatte eine solche Waffe. Als der Gesandte Transvaals in Berlin sich einst an den „eisernen Kanzler“ mit der Frage wandte, ob Deutschland imstande sei, Transvaal gegen die englischen Eroberungsabsichten zu verteidigen, antwortete dieser beruhigend: „Ägypten, das ist mein Knüttel gegen England.“<sup>98</sup> Bismarck wollte damit sagen, daß er England zwingen

<sup>97</sup> Ebenda.

<sup>98</sup> Darüber berichtete nach den Worten des Transvaalgesandten in Berlin der russische Botschafter Osten-Saken. (Siehe *Архив МИД*, К. 17, Blatt 247, *Депешы* Osten-Sakens, Berlin, 10. Januar 1896 [29. Dezember 1895], Nr. 100.)

werde, auf seine Ansprüche in Südafrika zu verzichten, indem er Frankreich in der Ägyptenfrage unterstützte. Holstein war der Meinung, daß auch die Nachfolger Bismarcks, wenn sie die kolonialen Gegensätze zwischen England und Frankreich weiterhin ausspielen wollten, diesen „Knüppel“ nicht aus den Händen lassen dürften. Aber er hielt ihn bereits für unzureichend. Die Annäherung zwischen dem Dreibund und dem französisch-russischen Bund sollte eine neue Waffe des politischen Druckes gegen England werden. Der von Holstein ausgearbeitete Plan einer „Kontinentalliga“ gegen England war eben der neue „Knüppel“ in den Händen der deutschen Diplomatie. Und danach griff Hohenlohe gleich zu Beginn der Transvaalkrise.

Die ersten Schritte unternahm der Reichskanzler auf der Suche nach einer Annäherung an Frankreich. Der Boden hierzu schien ihm in gewissem Sinne bereits vorbereitet zu sein. Es war für niemand ein Geheimnis, daß Frankreich sich an den Angelegenheiten Südafrikas für interessiert hielt, nicht nur, weil es kürzlich Madagaskar erworben hatte, sondern auch deshalb, weil auf der Pariser Börse eine bedeutende Anzahl Aktien der Transvaalgoldfelder notiert wurde.<sup>99</sup> Die französische Presse hatte auf den Jameson-Raid sehr nervös reagiert und gegen England sowie gegen dessen südafrikanische Agentur eine Kampagne entfesselt, die in ihrer Schärfe der deutschen Kampagne nicht viel nachstand.<sup>100</sup>

Unter diesen Umständen gab Graf Münster, der deutsche Botschafter in Paris, dem Präsidenten Faure in „akademischer Form“ zu verstehen, daß Frankreich, wenn es dies wünschte, bei „manchen außereuropäischen Fragen“ eine gemeinsame Sprache mit Deutschland finden könnte, um so mehr als „noch andere Mächte sich um diese beiden herum zur Erreichung gemeinsamer Ziele kristallisieren würden“. Welcher Art diese, durch den Plan Holsteins bereits umrissenen „gemeinsamen Ziele“ waren, konnte der französische Präsident vorläufig nur vermuten. Aber die politische Seite dieses Planes sollte ihm Graf Münster ausführlich genug auseinandersetzen. England könne seine Politik riesiger kolonialer Eroberungen ruhig und zielstrebig fortsetzen, solange die beiden großen kontinentalen Gruppen (der Dreibund und der französisch-russische Bund) durch gegenseitiges Mißtrauen „hypnotisiert“ seien. Eine „gemeinsame Abmachung unter den Kontinentalmächten“ würde jedoch England dieser Vorteile berauben. Es war offenbar vorgesehen, Faure davon zu überzeugen, daß eine „gemeinsame Abmachung“ auch gemeinsame Vorteile mit sich bringen würde. In Wirklichkeit aber stellte sich die deutsche Diplomatie bei der Verwirklichung des

<sup>99</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 398, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 2. Januar 1896 (21. Dezember 1895), Nr. 99.

<sup>100</sup> William L. Langer, „The Diplomacy of Imperialism“, Bd. I, S. 247.



Holsteinschen „Plans kontinentaler Verständigung für einzelne genau präziserte Zwecke“ eine ganz andere Aufgabe. Da der Dreibund – nach der Meinung Hohenlohes – bei der entstandenen Situation nicht darauf rechnen konnte, England in die „gemeinsame Verteidigung von Dreibunds- und englischen Interessen“ einzubeziehen, sollte England durch Schaffung der „Kontinentalliga“ eingeschüchtert und gezwungen werden, diesen Weg einzuschlagen.<sup>101</sup> Die Besprechungen mit Frankreich sollten dazu beitragen. Ähnliche Schritte wurden auch in Rom<sup>102</sup> und in Wien<sup>103</sup> unternommen. Wir werden noch sehen, wie die Ergebnisse dieser Schritte waren.

Die französische Regierung nahm die deutschen Pläne mehr als kühl auf. Als Herbet, der französische Botschafter in Berlin, von Marshall erfuhr, daß Deutschland nicht beabsichtige, Frankreich durch diese Abmachung in seinem Kampf gegen die Engländer in Ägypten zu unterstützen, gab er zu verstehen, daß weitere Verhandlungen gegenstandslos seien.<sup>104</sup> Aus Paris traf überhaupt keine Antwort ein. Zwar hatte die französische Presse, als sie von dem Telegramm des Kaisers an Krüger erfuhr, diesem im ersten Augenblick stürmisch Beifall gesendet, aber bereits am nächsten Tage den Ton geändert und erklärt, daß die Transvaalfrage die alte und für Frankreich viel wichtigere Frage Elsaß-Lothringens nicht in den Schatten stellen dürfe.<sup>105</sup> Das Organ des französischen Außenministeriums, der „Temps“, gab die Parole aus: „Keine unnatürlichen Allianzen“.<sup>106</sup> Diese Parole wurde von der gesamten Pariser Presse wiederholt. Das war die französische Antwort auf die hinter den Kulissen vorgenommene Fühlungnahme der deutschen Diplomatie zwecks Schaffung einer „Kontinentalliga“.

Die französischen herrschenden Kreise, die den Verlauf des diplomatischen Zusammenstoßes zwischen Deutschland und England sowie den zwi-

<sup>101</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2641, Hohenlohe an Münster, 1. Januar 1896. „Solange England“, schrieb Hohenlohe zur persönlichen Information an Münster, „sich in der Mitte zwischen den zwei feindlichen Gruppen nicht nur wohl befindet, sondern sich auch immer weiter ausbreiten kann, wird es naturgemäß jedes Ansinnen, sich in irgendeinem Falle mit dem Dreibund oder einzelnen Dreibundstaaten solidarisch zu erklären... ablehnen... Erst dann, wenn England praktisch erfahren haben wird, daß die Kluft zwischen den zwei großen Kontinentalgruppen überbrückbar ist und daß jene Gruppen, wenn sie sich mal im konkreten Falle verständigt haben, stark genug sind, um über Englands entgegenstehende Interessen ruhig zur Tagesordnung überzugehen – erst dann wird England begreifen, daß Unabhängigkeit zur Einsamkeit und Einsamkeit zu einer Gefahr werden kann.“

<sup>102</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2642, Bülow an das Auswärtige Amt, 3. Januar 1896; Nr. 2643, Holstein an Bülow, 3. Januar 1896.

<sup>103</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2645, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 8. Januar 1896.

<sup>104</sup> G. Pagès, „Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre“, Bd. I, S. 264.

<sup>105</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2618, Hohenlohe an Wilhelm II., 7. Januar 1896.

<sup>106</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2651, Marshall an Radolin, 19. Januar 1896.

schen ihnen ausgebrochenen Zeitungskrieg beobachteten, verspürten offensichtlich Schadenfreude und machten kein Hehl daraus, daß sie irgendeinen Nutzen für sich herausschlagen wollten. Das französische offiziöse Organ spielte darauf an, daß die französische Diplomatie, ohne den günstigen Augenblick zu verpassen, sich bemühen müsse, mit England über Kolonialfragen zu einer Einigung zu kommen.<sup>107</sup> Bald darauf erfuhren die Deutschen, daß sich der französische Botschafter in London aktiv um dieses Abkommen zu bemühen begann. Aber Berthelot, der große französische Gelehrte, der damals den Posten des Außenministers bekleidete, war zurückhaltender, vorsichtiger und rief damit in den englischen Kreisen starke Verärgerung hervor. „The old chemist“ (der alte Chemiker), so wurde er dort verächtlich genannt.<sup>108</sup> Es war klar, daß Berthelot abwartete, um festzustellen, wie die Einstellung von Frankreichs großem Verbündeten Rußland zu den Ereignissen war.

An dieser Frage war die deutsche Diplomatie ebenfalls stark interessiert. Durch verschiedene Kanäle versuchte sie die Petersburger Regierung zu beeinflussen. Noch am Vorabend des Tages, an dem die Krüger-Depesche abgeschickt wurde, wandte sich der Kaiser an den Zaren mit einem Brief, in dem er sich in scharfer Form über die englische Politik äußerte, von den Plänen einer Annäherung an Frankreich Mitteilung machte, und zwar so, als handle es sich nur um die Verteidigung der gemeinsamen Interessen in Transvaal.<sup>109</sup> Der Zar billigte in allgemeiner Form diese Absichten.<sup>110</sup> Der Außenminister Lobanow-Rostowski war ebenfalls der Meinung, man könne nicht zulassen, daß Cecil Rhodes seine umfangreichen Pläne in Afrika verwirkliche. Nichtsdestoweniger beruhigte diese Erklärung die deutsche Diplomatie nicht. Fürst Radolin, der Botschafter in Petersburg, machte darauf aufmerksam, daß Lobanow, der im Gespräch mit ihm den Vertrag zwischen

<sup>107</sup> Siehe „Temps“ vom 16. Januar 1896.

<sup>108</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2650, Münster an Hohenlohe, 16. Januar 1896.

<sup>109</sup> „Der politische Horizont“, so schrieb Wilhelm am 2. Januar 1896, „ist jetzt eben eigentümlich. Armenien und Venezuela sind offene Fragen, die England aufgeworfen hat, und nun ist plötzlich die Transvaal-Republik in höchst gemeiner Weise angegriffen worden, wie es scheint, nicht ohne Englands Mitwissen. Ich habe eine sehr ernste Sprache in London geführt und Verbindung mit Paris zur gemeinsamen Verteidigung unserer gefährdeten Interessen hergestellt, denn französische und deutsche Kolonisten haben sich unmittelbar aus freiem Entschluß verbunden, den vergewaltigten Buren zu helfen. Ich hoffe, auch Du wirst diese Frage freundlich erwägen, denn es handelt sich um den Grundsatz der Aufrechterhaltung einmal geschlossener Verträge. Ich hoffe, es wird alles wieder zurechtkommen. Aber komme, was da will, ich werde den Engländern niemals erlauben, Transvaal zu unterdrücken!“ („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 31/32.)

<sup>110</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2622, Radolin an das Auswärtige Amt, 6. Januar 1896; Nr. 2623, Nikolaus II. an Wilhelm II., 6. Januar 1896.

England und Transvaal von 1884 zitierte, in gewissem Sinne den englischen Standpunkt über die Protektorsrechte in Transvaal rechtfertigte.<sup>111</sup>

Eine solche Meinung entsprach, selbst wenn sie in recht vorsichtiger Form vorgebracht wurde, keinesfalls den deutschen Interessen und Ansichten. Die deutsche Regierung hatte auf den Gedanken, einen Krieg gegen England zu führen, verzichtet, forderte aber um so beharrlicher von England das Eingeständnis, daß es keine Rechte auf ein Protektorat in Transvaal besitze. Den Buren wurde von Berlin aus eingeflüstert, sie sollten eine Neutralisierung Transvaals unter europäischer Garantie anstreben.<sup>112</sup> Wäre dieser Vorschlag angenommen, könnte eine europäische Konferenz einberufen werden, und dann könnte sich Deutschland nicht nur als „Verteidiger der Buren“ aufspielen, sondern auch jene um sich scharen, die bereit waren, sich an der Garantie für die Neutralität der Burenrepublik zu beteiligen. Das hätte sozusagen der Keim der „Kontinentalliga“ und der diplomatischen Isolierung Englands werden können.

Der Gesandte Transvaals in Berlin, Leyds, begann zu handeln. Er erschien mit dem Projekt der Neutralisierung auch in der russischen Botschaft. Aber das ganze Spiel war allzu durchsichtig. „Er fühlte vor, offenbar auf Anstiftung und auf alle Fälle mit Wissen Marshalls“, so berichtete der russische Botschafter Osten-Saken über seine Visite.<sup>113</sup> Die russische Diplomatie war nicht geneigt, sich an deutschen Intrigen zu beteiligen, und das ganze Projekt blieb in der Schwebe.

Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die Haltung Frankreichs endgültig festgelegt. Die in London aufgenommenen Besprechungen zwischen Frankreich und England zur Regelung einiger kolonialer Fragen kamen so rasch voran, daß sie der englischen Presse Anlaß boten, von der sich anbahnenden Annäherung der beiden Länder zu schreiben.<sup>114</sup> Die französische Presse war in dieser Hinsicht zurückhaltender. Sie konnte sich nicht damit abfinden, daß England in Ägypten selbständig schaltete und waltete. Aber das bedeutete keinesfalls, daß die französische Regierung geneigt war, dem Anbündeln der deutschen Diplomatie entgegenzukommen. Im Gegenteil, die deutschfeindlichen Stimmungen, die in Frankreich stets stark waren, verstärkten sich in den Tagen der Transvaalkrise in einem solchen Maße, daß man es in Berlin für angebracht hielt, sich bei der russischen Regierung zu beklagen. Lobanow-Rostowski beruhigte höflich die aufgebrachten deutschen

<sup>111</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2624, Radolin an Hohenlohe, 8. Januar 1896.

<sup>112</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2609, Marshall an Herff, 3. Januar 1896.

<sup>113</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 427, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 10. Januar 1896 (29. Dezember 1895), Nr. 100.

<sup>114</sup> Am 15. Januar 1896 wurde zwischen England und Frankreich das Abkommen über die Frage der Grenzen am Mekong (Siam) unterzeichnet. Dieses Abkommen gewährte Frankreich einige Vorteile.

Diplomaten und gab ihnen den Rat, die Pariser Presse nicht ernst zu nehmen, die Politik der französischen Regierung nicht nach der Presse zu beurteilen usw.<sup>115</sup> Aber das Zureden war vergeblich. „Die Haltung der französischen Presse in der Transvaalfrage“, so erklärte ihm Radolin, „sei uns eine Mahnung zur Vorsicht gewesen bei der fernerer Behandlung der zwischen Deutschland und England vorhandenen Differenzpunkte. Der Gedanke, daß ein zeitweiliges Zusammengehen der Kontinentalmächte das beste Mittel sei, um die eine oder andere zwischen dem Kontinent und England anhängige Streitfrage durch diplomatischen Druck zu erledigen, scheine sich angesichts der Haltung Frankreichs als unpraktisch herauszustellen.“<sup>116</sup> Das war eine genaue Wiederholung der Worte, die von Marschall diktiert waren.<sup>117</sup> Sie sollten Lobanow überzeugen, daß nur Rußlands Verbündeter Frankreich daran schuld sei, daß die großartigen Pläne einer gegen den gemeinsamen Feind, England, gerichteten „Kontinentalliga“ ein Fiasko erlitten hatten.

In Wirklichkeit aber stießen diese Pläne auch bei den Bundesgenossen Deutschlands auf Widerstand. Zunächst kamen die Hohenpriester der deutschen Diplomatie zu dem Schluß, daß es nicht allzu schlimm sei, wenn ihre Bundesgenossen als letzte davon erfuhren. Italien, so glaubten Marschall und Holstein, „muß ja mit“ (mit Deutschland *A. J.*) „und muß mit den Bedingungen, die wir gut finden, zufrieden sein“<sup>118</sup>. Fast zwei Wochen lang verheimlichten sie vor der italienischen Regierung sowohl ihre Pläne als auch die Schritte, die zu ihrer Verwirklichung unternommen worden waren. Als schließlich beschlossen wurde, daß Bülow, der deutsche Botschafter in Rom, dem italienischen Ministerpräsidenten, Crispi<sup>119</sup>, einiges vorsichtig mitteilen könne, wurde klar, daß von seiten Italiens mit keinerlei Unterstützung zu rechnen war. Die italienische Regierung erschrak einfach bei dem Gedanken, daß sie durch Deutschland in das Fahrwasser einer englandfeindlichen Politik einbezogen werden könnte. Sie bot sogar ihre Dienste zur Vermittlung zwischen England und Deutschland an, aber Deutschland lehnte sie sofort ab.<sup>120</sup> „J'ai complètement perdu la boussole“ (Ich habe völlig das Gleichgewicht verloren), wiederholte der italienische Außenminister Baron Blanc verwirrt dem Botschafter Bülow.

Aber gleichzeitig teilte Blanc Bülow „streng vertraulich“ eine Information mit, die er aus Wien erhalten hatte. Es stellte sich heraus, daß ihr ge-

<sup>115</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2652, Radolin an das Auswärtige Amt, 23. Januar 1896.

<sup>116</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2654, Radolin an Hohenlohe, 23. Januar 1896.

<sup>117</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2651, Marschall an Radolin, 19. Januar 1896.

<sup>118</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2644, Marschall an Bülow, 3. Januar 1896 (im Dokument unterstrichen).

<sup>119</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2647, Bülow an das Auswärtige Amt, 15. Januar 1896; Nr. 2648, Marschall an Bülow, 15. Januar 1896.

<sup>120</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2634, Aufzeichnung Marschalls, 11. Januar 1896.

meinsamer Bundesgenosse, die österreichisch-ungarische Regierung, durch die rasche Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen sehr beunruhigt war und beschlossen hatte, sich „einer reservierten und abwartenden Haltung“ zu befleißigen.<sup>121</sup> Das bedeutete alles andere als die Bereitschaft Österreich-Ungarns, Deutschland zu unterstützen. Es war klar, daß die italienische Diplomatie den Versuch machte, sich hinter dem Rücken der österreichischen Diplomatie zu verstecken, und daß zwischen ihnen – hinter dem Rücken ihres gemeinsamen Bundesgenossen Deutschland – Besprechungen im Gange waren. In Berlin wußte man schon einiges und vermutete vieles, was sich hinter der ausweichenden Haltung der österreichischen Diplomatie verbarg.<sup>122</sup>

Später, im September 1896, gab der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Goluchowski offen zu, er hätte sich niemals zu einer Koalition der Kontinentalmächte gegen England hergegeben.<sup>123</sup> Aber schon wesentlich früher, gegen Mitte Januar des gleichen Jahres, schüchterte Blanc den Botschafter Bülow damit ein, daß Italien den Kurs seiner Außenpolitik ändern würde, weil „eine dauernde Entfremdung zwischen Deutschland und England Italien an die Seite Frankreichs und Rußlands drängen müsse“<sup>124</sup>.

All das mußte sich zwangsläufig auf die Politik Deutschlands auswirken. Seine Diplomatie mußte nicht wenig Mühe aufwenden, um den Bundesgenossen zu beweisen, daß die zwischen England und Deutschland entstandenen Reibungen nicht allzu schwerwiegend seien und daß nur die Erhaltung und Festigung des Dreibunds Vorteile für alle seine Teilnehmer bringen könne. Anfang März formulierten Holstein und Hohenlohe diesen Gedanken wie folgt: „Für den Dreibund ist . . ., falls er bestehen bleiben soll, nur eines zu tun: zusammenhalten, sich ruhig halten, seiner eignen Stärke vertrauen und keine anderen Bündnisse suchen, sei es, wo es sei.“<sup>125</sup> Das war ein Rückzug auf der ganzen Linie. Er begann bereits bei den ersten Anzeichen dafür, daß die Holsteinschen Pläne zur Schaffung einer „Kontinentalliga“ keine Aussichten auf Erfolg hatten.

Sechs Tage nach den Besprechungen in Berlin, bei denen die Frage entschieden wurde, ob das Protektorat Deutschlands über Transvaal ausgerufen werden solle oder nicht, kam die deutsche Regierung bereits zu der Schlußfolgerung, sie würde mit dem Ausgang des Kampfes zufrieden sein, wenn es Transvaal gelänge, mit England ein „anständiges“ Abkommen auf der

<sup>121</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2649, Bülow an Hohenlohe, 15. Januar 1896.

<sup>122</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2645, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 8. Januar 1896.

<sup>123</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2927, Eulenburg an Hohenlohe, 21. September 1896.

<sup>124</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2649, Bülow an Hohenlohe, 15. Januar 1896.

<sup>125</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2677, Hohenlohe an Eulenburg, 7. März 1896.

Grundlage des Status quo zu unterzeichnen.<sup>126</sup> Hatzfeldt beklagte sich aus London, daß weder Rußland noch Frankreich einen Finger gerührt hätten, um gemeinsam mit Deutschland England zu zwingen, auf seine Ansprüche in Südafrika zu verzichten. Ein einziges Wort des russischen Botschafters in London, daß er den Standpunkt Deutschlands in dieser Frage unterstütze, und das gleiche Wort des französischen Botschafters, so telegraphierte Hatzfeldt an Holstein, hätten auf das englische Kabinett entscheidenden Einfluß ausgeübt.<sup>127</sup> Aber diese Worte fielen nicht. Holstein erklärte das damit, daß die deutsche Diplomatie bei den Besprechungen mit Rußland und Frankreich die Transvaalfrage bewußt nicht berührte, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als brauche und suche sie irgendeine Unterstützung. Wir wissen, daß die Sache ganz anders aussah. Die deutsche Diplomatie hatte die Transvaalfrage in ihrem ganzen Umfang weder in Petersburg noch in Paris aufgeworfen, weil sie erstens ihre eigenen Aggressionspläne dort nicht aufdecken konnte, und zweitens, weil sie sich das englische Abenteuer in Südafrika zunutze machte und sich mit umfassenderen Plänen trug, England mit Hilfe der „Kontinentalliga“ zu isolieren.

Diese Pläne erwiesen sich als haltlos und sogar als gefährlich, und sobald sich die deutsche Regierung darüber im klaren war, überließ sie es Transvaal, mit England unter vier Augen ein Abkommen zu schließen. Eine Woche nach der „Krüger-Depesche“ resümierte Holstein die Lage wie folgt: „Der Status quo“ (in Transvaal. *A. J.*) „scheint jetzt gewahrt zu sein. Lossagung der Buren vom Vertrage“ (1884. *A. J.*) „würde ein novum sein, uns also die volle Freiheit des Handelns, bzw. Abwartens oder Zusehens wiedergeben, je nachdem... Freuen wir uns also, wenn die Sache jetzt so abschließt, wie es den Anschein hat: mit einem kleinen diplomatischen Erfolg für Deutschland und einer kleinen politischen Lektion für England.“<sup>128</sup> Das war eine Illusion, deren ganze Bedeutung sich erst später herausstellte. Aber damals, mitten in den Ereignissen, schien die Bilanz der Transvaalkrise so und nicht anders zu sein. Der Versuch der imperialistischen Clique Cecil Rhodes' und Chamberlains, Transvaal zu erobern, war gescheitert, und die Wiederherstellung des Status quo erschloß dem deutschen Imperialismus neue Möglichkeiten nicht nur hinsichtlich des Eindringens in Südafrika, sondern auch für die Ausnutzung der neuen politischen Schwierigkeiten Englands.

Mitte Januar galt die diplomatische Krise in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und England formal als überwunden.<sup>129</sup>

<sup>126</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2628, Marshall an Hatzfeldt, 9. Januar 1896.

<sup>127</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2627, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 9. Januar 1896.

<sup>128</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2629, Holstein an Hatzfeldt, 10. Januar 1896.

<sup>129</sup> Am 17. Januar 1896 sprach Salisbury darüber mit Hatzfeldt. (G. P., Bd. 11, Nr. 2635, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 17. Januar 1896.)

Chamberlain mußte erklären, daß er bereit sei, den Vertrag zwischen England und Transvaal von 1884 in Kraft zu belassen.<sup>130</sup> Das bedeutete eben die Wiederherstellung des Status quo. Unter dem Druck der Deutschen mußte sich Krüger, trotz des von ihm errungenen Sieges, damit einverstanden erklären. Aber das bedeutete, daß die alten Unstimmigkeiten in der Frage, ob England das Recht des Protektorats über Transvaal zukam, überhaupt nicht behoben wurden. Ein gescheiter Beobachter, der russische Botschafter in London, Staal, hatte das sofort bemerkt. Als der englische Minister Balfour, der auf diese Frage einging, sagte: „Ich kann mir die Worte sparen, weil das, was sie ausdrücken müssen, auch ohnehin klar ist“, erläuterte Staal es wie folgt: „In der Tat, was für die Engländer klar ist, ist die souveräne Stellung Englands.“

Deutschland aber war damit nicht einverstanden. Staal war der Meinung, daß es im Grunde genommen kein Übereinkommen zwischen Deutschland, England und Transvaal gebe und daß man in Zukunft neue Komplikationen erwarten müsse.<sup>131</sup> Die englische Regierung rüstete sich dazu. Auf dem Höhepunkt der Transvaalkrise faßte sie den Beschluß, die Flottenrüstung zu verstärken, während sie auf politischem Gebiet den Versuch unternahm, die Beziehungen zu den USA und Frankreich zu verbessern. Zugleich begann die englische Presse, nach dem schmachvollen Fiasko des Jameson-Raids, aus jedem Anlaß die Stärke der englischen Armee zu preisen.<sup>132</sup> Die Kampagne der englischen Presse gegen Deutschland verstummte nicht.

Die deutsche Presse blieb nichts schuldig. Obwohl sich die formalen Beziehungen zwischen England und Deutschland etwas glätteten, war die beiderseitige Gereiztheit sehr groß. Am meisten war Wilhelm erregt, in dessen Kopf die phantastischsten Pläne für die Zerstörung der britischen Herrschaft schwirrten. Eines Tages nahm er bei einem traditionellen Essen den russischen Botschafter Osten-Saken beiseite und bat ihn, unter dem Siegel der Verschwiegenheit, Nikolaus II. und Lobanow-Rostowski davon in Kenntnis zu setzen, wie er mit England fertig zu werden beabsichtigte. Der Kaiser versuchte nachzuweisen, daß die deutschfeindliche Propaganda der Londoner Presse das Ziel verfolge, die Aufmerksamkeit Europas von

<sup>130</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2630, Herff an das Auswärtige Amt, 9. Januar 1896.

<sup>131</sup> Архив МИД, К. 128, Blatt 2, Depesche Staals, London, 22. (10.) Januar 1896, Nr. 1.

<sup>132</sup> Staal teilte darüber mit, daß die englische Abteilung, die ohne einen Schuß Kumasi, die Hauptstadt von Aschanti, besetzt hatte, das ganze Land in die englischen Besitzungen eingegliedert habe, und bemerkte hierzu ironisch: „Da sie keine Möglichkeit hat, militärische Taten englischer Truppen bei diesem unblutigen militärischen Spaziergang zu verkünden, preist die hiesige Presse die bewundernswürdige Organisation dieses Feldzuges.“ (Архив МИД, К. 128, Blatt 19, Depesche Staals, London, 22. [10.] Januar 1896, Nr. 5.)

den Bestrebungen der englischen Regierung abzulenken, das Mittelmeer in ein englisches Binnenmeer zu verwandeln, und sagte: „Die Politik der Engländer ist heimtückisch bis zum Äußersten.“ Dann senkte er die Stimme und sagte zu Osten-Saken mit geheimnisvoller Miene: „Aber sie würden dumm sein, wenn sie annähmen, daß ich keine Waffen gegen sie habe... Ein Reisender aus den Reihen meiner Freunde hat in Bagdad einen Propheten entdeckt, der in der Moslemwelt eine große Rolle spielt und in Indien große Macht besitzt. Er braucht nur ein Wort zu sagen, um eine Revolution in diesem Lande ausbrechen zu lassen. Ich werde Mittel und Wege finden, um ihn notfalls auszunutzen. Wenn Indien verloren ist, sinkt England auf den Stand einer Macht dritten Grades ab.“ Der russische Botschafter war über diese Mitteilung verdutzt. Selbst dieser nicht allzu gescheite und servile Höfling gestattete sich, in seinem Bericht zu vermerken: „Auf jeden Fall scheint es mir, daß dies an Abenteuerpolitik grenzt.“<sup>133</sup> Offenbar bei gleicher Gelegenheit versicherte Wilhelm dem Botschafter Osten-Saken, England wäre nervös, weil es isoliert sei, und eingeschüchtert, wenn es sehe, „daß Wir und Ihr zusammengehen“<sup>134</sup>. Aus der Kenntnis der Winkelzüge des deutschen Kaisers heraus kann man annehmen, daß er durch diese Erklärung irgendeine für sich günstige Reaktion Rußlands hervorrufen wollte. Aber aus Petersburg erfolgte keine Antwort.

Von Interesse dürfte der Hinweis sein, daß gerade an dem Tage, da der Kaiser dem russischen Botschafter seine Wahnpläne für die Niederwerfung Englands mit Hilfe eines Bagdader „Propheten“ entwickelte, Hatzfeldt dem englischen Premierminister auseinandersetzte, wie leicht England mit Deutschland einig werden könne: „Es sei doch sehr wunderbar“, so sagte er, „daß die Zeitungen“ (in England. *A. J.*) „sich gar nicht klarmachten, mit welchen Opfern jene Annäherung“ (an Frankreich. *A. J.*) „erkaufte werden müßte und mit wie wenig (Togo usw.) man uns hätte befriedigen können.“<sup>135</sup> Das hörte sich bereits wie Bettelei an, und der schlaue Salisbury antwortete mit einem kategorischen „Nein“.

## 6

Wäre damals allein diese Episode an die Öffentlichkeit gelangt, dann würden die Rolle und die Methoden der deutschen Diplomatie in der Periode der Transvaalkrise eine Beleuchtung gefunden haben, die der Wirk-

<sup>133</sup> Архив МИД, К. 19, streng vertraulicher Brief Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 24. (12.) Januar 1896.

<sup>134</sup> Архив МИД, К. 19, vertraulicher Brief Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 24. (12.) Januar 1896.

<sup>135</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2636, Hatzfeldt an Holstein, 21. Januar 1896.



lichkeit mehr entsprochen hätte als jene, die in den politischen Kreisen des damaligen Deutschlands aufkam. Aber die deutsche Regierung bemühte sich, den „kleinen Erfolg“, mit dem sie sich zufriedengegeben hatte, in jeder Weise aufzublähen. Zu diesem Zweck hielt sie es für notwendig, einen Beweis dafür vorzubereiten, daß Deutschland im Laufe der gesamten Transvaalkrise keine anderen Nah- noch Fernziele gehabt habe, als nur seine wirtschaftlichen Interessen in der Burenrepublik zu schützen und dieser den Status quo zu sichern. Diesen Beweis sollte ein kleines „Weißbuch“ erbringen.<sup>136</sup> Eine Gegenüberstellung dieses Buches mit den Tatsachen zeugt davon, daß die Verfasser sich Mühe gegeben haben, nicht nur ihr unreines Gewissen, sondern auch ihren politischen Mißerfolg vor der öffentlichen Meinung zu verheimlichen. Hierzu mußten sie zu einer in der bürgerlichen Diplomatie üblichen Methode greifen, zur Verfälschung der für die Veröffentlichung bestimmten Dokumente. Diese Dokumente wurden ausgesucht und so zurechtgestutzt, daß man in ihnen auch bei sorgfältigster Prüfung keine Spur der aggressiven Pläne Deutschlands in Transvaal und in der Delagoa-bai finden konnte. Alles, was die englische Regierung und die englische Presse erneut hätte verärgern können, wurde auf Anraten Hatzfeldts fortgelassen.<sup>137</sup> Auch die Dokumente, die die Manöver der deutschen Diplomatie und ihre Pläne einer „Kontinentalliga“ erhellten, blieben unter sieben Siegeln. Die deutsche Diplomatie, die mit einer Provokation begonnen hatte, endete mit einer Fälschung. Damit war ihr Erfolg im Reichstag endgültig vorausbestimmt.

Am 13. Februar begann im Reichstag die Debatte über die Transvaalfrage. Die Interpellation kam vom Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei, Hammacher. Diese Partei der sich rasch formierenden imperialistischen Bourgeoisie war mehr als andere Parteien an der Verstärkung der Kolonialpolitik, am Erwerb neuer Märkte, an der Verstärkung der Propaganda gegen den mächtigen Konkurrenten, England, interessiert. Diese Propaganda, die die Idee der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und vor allem der Verteidigung seines „nationalen Prestiges“ in den Vordergrund rückte, war zu jenem Zeitpunkt auch schon in andere soziale und politische Kreise der herrschenden Klassen eingedrungen. Die Regierung konnte ihres Erfolgs im voraus gewiß sein. Unter Berufung auf das „Weißbuch“ versuchte Marschall von der Tribüne des Reichstags aus

<sup>136</sup> Siehe „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik“, 1896. In seiner Rede im Reichstag mußte Marschall die formale Versicherung abgeben, daß dieses Buch zum Unterschied von anderen derartigen Veröffentlichungen, die „die eigentlich interessanten Dinge verschweigen“, angeblich einwandfrei sei. Aber selbst die Anhänger der Regierung und ihrer Politik in der Transvaalfrage erklärten: Wir haben aus ihm nichts tatsächlich Neues erfahren. (Siehe Reichstag, 13. Februar 1896, Bd. II, S. 931 ff.)

<sup>137</sup> G. P., Bd. 11, S. 48, Anmerkung.

nachzuweisen, daß Deutschland lediglich bestrebt gewesen sei, in Transvaal den Status quo zu erhalten, seine durch den Handelsvertrag von 1885 garantierten Rechte zu wahren sowie die deutschen Staatsangehörigen, ihren Handel und ihr Eigentum zu schützen. Marshall verzichtete jedoch vorsichtigerweise darauf, auf den souveränen Rechten Transvaals zu bestehen und England seine Souveränrechte hinsichtlich dieses Landes abzusprechen. Er erklärte, dies sei eine „akademische Frage“, die Juristen, aber nicht die Regierung interessieren könne. Das war offensichtlich ein Zugeständnis an England, darauf berechnet, die Wellen der Erregung zu glätten, die dort durch die „Krüger-Depesche“ hervorgerufen worden war.

Was aber dieses diplomatische „Werk“ Marshalls betrifft, so mußte er es, ohne es zu erwähnen, unter seinen Schutz nehmen. „Die Freiheit“, so erklärte er, „beanspruchen wir auch für uns . . . , daß wir unserer Genugtuung darüber, daß das Unrecht unterlegen und Recht doch Recht geblieben ist, in der Form Ausdruck geben, wie es dem Empfinden der ganzen Nation entspricht.“<sup>138</sup> Diese hochtrabenden Worte, die den „kleinen Erfolg“ der deutschen Diplomatie fixieren sollten, fanden bei allen bürgerlichen und junkerlichen Parteien des Reichstags lärmende Unterstützung. Unter ihnen fand sich keine einzige Stimme, die das „Weißbuch“ verdächtigte, es gäbe ein entstelltes Bild der deutschen Politik in der Transvaalfrage, und diese Politik selbst wurde als richtig oder mindestens als „korrekt“ beurteilt. Der Abgeordnete Kardorff, eine der Stützen des Finanzkapitals, schlug sogar vor, keine Debatte zu eröffnen, sondern der Regierung einfach einmütigen Dank auszusprechen.

Die rechten Parteien demonstrierten die „nationale Einheit“, obwohl einer ihrer Führer, Freiherr von Manteuffel, sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, an die wirtschaftlichen Forderungen der Großagrarier zu erinnern. Lieber, der Führer des katholischen Zentrums, führte dienstfertig aus, daß hohe patriotische Gefühle seiner Partei nicht fremd seien und daß die Regierung auf sein Vertrauen voll und ganz rechnen könne. Die Führer der linken bürgerlichen Parteien, Richter und Haußmann, unterstützten ebenfalls Marshall, empfahlen aber dabei der Regierung, sich nicht den englandfeindlichen Stimmungen hinzugeben, die von den Freunden der aktiven Politik kolonialer Eroberungen geschürt wurden.

Bebel allein wagte es, die Regierung zu kritisieren. Die an Krüger gesandte Depesche bezeichnete er als einen „Vorwurf und einen Angriff“ auf England, einen Streich, den sich seine Autoren gegen Rußland oder Frankreich niemals erlaubt hätten. Er warnte vor solchen verantwortungslosen und provokatorischen Methoden, denn sonst sei man „keinen Tag sicher, daß wir eines Morgens vor einer Katastrophe, vor einem Krieg, stehen“.

<sup>138</sup> Reichstag, 13. Februar 1896, Bd. II, S. 932.

Das war ein Vorwurf, der gegen Wilhelm, gegen seine abenteuerlichen Manieren und sein verantwortungsloses Geschwätz gerichtet wurde. Bebel erklärte ferner: „Ich habe freilich die Überzeugung gewonnen . . . auch aus den Äußerungen, die neulich in den Debatten des Kolonialvereins hier in Berlin laut wurden, und aus den Ansichten, die ein großer Teil der deutschen Presse geflissentlich im deutschen Volk verbreitet, daß eine . . . starke Strömung im deutschen Volk, namentlich in der deutschen Bourgeoisie, vorhanden ist, die systematisch auf eine Entfremdung zwischen Deutschland und England hinarbeitet.“<sup>139</sup> Über diese Behauptung ging Bebel jedoch nicht hinaus, und er zog nicht einmal aus dieser seiner Behauptung allgemeine und richtige politische Schlußfolgerungen. Er erkannte nicht die zwischen Deutschland und England wachsenden Gegensätze, die bereits damals ernste Bedeutung hatten, und sah nicht die Wurzel dieser Gegensätze. Er war der Meinung, daß „die Entfremdung zwischen Deutschland und England“ im wesentlichen das Ergebnis des Umstands sei, daß die Kaiserregierung danach strebe, dem zaristischen Rußland gefällig zu sein. In Wirklichkeit aber war die Lage damals wie folgt: Die deutsche Regierung befürchtete einen Konflikt mit Rußland, und zwar um so mehr, als ihre Politik in einen Widerspruch zu der Politik des englischen Imperialismus geriet. Die „Annäherung“ an Rußland war recht relativ und verfolgte, wie wir sehen werden, besondere Ziele. Bebel protestierte gegen die Annäherung Deutschlands an Rußland und forderte die Rückkehr auf den Weg der Annäherung an England. Das heißt, daß er den zwischen Deutschland und England begonnenen imperialistischen Kampf um Kolonien und „Einflußsphären“ außer acht ließ. Deshalb vermochte er der Transvaalkrise keine richtige historische und politische Einschätzung zu geben. Er sah in ihr nur die äußere, die diplomatische Seite. Das mußte zwangsläufig große praktische Bedeutung für die weitere Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei haben.

Die Rede Bebels rief starke Unzufriedenheit bei der Mehrheit des Reichstags hervor. Man erblickte in ihr einen Ausfall gegen den Kaiser, gegen die Regierung und gegen die vom Chauvinismus erfaßten Parteien. Bei der Mehrheit des Reichstags herrschten die englandfeindlichen Stimmungen offensichtlich vor.

Die Reichtagsdebatte zog gleichsam eine Bilanz der deutschen Politik in der Transvaalfrage. Die ausführliche, aber im Grunde genommen vorsichtige Rede Marschalls war so aufgebaut, daß alle mit ihr zufrieden waren. Sie enthielt eine Polemik gegen England und einen Seitenblick auf Rußland. Das wurde von der russischen Diplomatie vermerkt.<sup>140</sup> Sie enthielt

<sup>139</sup> Ebenda, S. 945.

<sup>140</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 23, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 13. (1.) Februar 1896, Nr. 10.

auch keine neuen provokatorischen Ausfälle gegen England. Das rief bei der britischen Diplomatie Befriedigung hervor.<sup>141</sup>

Die Rede Marshalls konnte man als einen unblutigen diplomatischen Sieg Deutschlands in der Transvaalfrage auffassen. Das gefiel der Mehrheit des Reichstags sehr, der, ohne über die Vorgänge hinter den Kulissen informiert zu sein, die Außenpolitik der Regierung gern billigte. Dadurch wurde die in den Beziehungen zwischen dem Kaiser, seinem Reichskanzler und dem Reichstag heranreifende Krise, zu der die Transvaalereignisse als Anstoß gedient hatten, vorübergehend behoben.

Die Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband und andere aggressive politische Kräfte und Organisationen des deutschen Imperialismus waren der Meinung, daß man den „patriotischen“ Rausch, der sich im Zusammenhang mit der Einmischung der deutschen Diplomatie in den Transvaalkonflikt des ganzen Landes und fast aller Gesellschaftsschichten bemächtigt hatte, so rasch wie möglich ausnutzen müsse. Die von ihnen inspirierten Zeitungen begannen zu schreiben, Deutschland müsse sich zum Seekrieg gegen England rüsten und eine Flotte bauen, die der französischen und russischen Flotte nicht nachstehen dürfe usw. Die „Kolonialenthusiasten“, wie sie damals bezeichnet wurden, forderten die sofortige Verstärkung der Kriegsflotte und organisierten sogar zu propagandistischen Zwecken eine Sammlung von Geldspenden.<sup>142</sup> Der Kaiser bekannte sich sofort als Anhänger dieser Idee. Bereits einen Tag nach der Unterzeichnung des Telegramms an Krüger teilte er Hohenlohe mit, er beabsichtige, eine Beratung einzuberufen, um die Frage der unverzüglichen Vergrößerung der deutschen Seestreitkräfte zu erörtern.<sup>143</sup> Der Reichskanzler, der sich damals noch nicht vorbehaltlos von der Strömung der „Flottenpolitik“ treiben ließ, versuchte Wilhelm zu einem Verzicht auf diese Pläne oder wenigstens zu einer Vertagung derselben zu bewegen. Er berief sich darauf, daß der Reichstag zusätzliche Kredite verweigern würde.<sup>144</sup> Aber der Kaiser bestand weiter auf der raschesten Durchführung der Angelegenheit. Er wies Hohenlohe darauf hin, wenn man diese Sache in die Länge ziehe, werde die „gehobene Stimmung“ fallen, der Reichstag in seinen Parteihader versinken,

<sup>141</sup> Архив МИД, К. 128, Blatt 47, Depesche Staals, London, 19. (7.) Februar 1896, Nr. 12.

<sup>142</sup> Johannes Ziekursch, „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches“, Bd. III, Das Zeitalter Wilhelms II. (1890—1918), S. 100.

<sup>143</sup> F. Thimme, „Die Krüger-Depesche“, S. 201 ff.; Otto Hammann, „Deutsche Weltpolitik 1890—1912“, S. 53; Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, Stuttgart 1927, S. 34 ff.

<sup>144</sup> Siehe den Brief Hohenlohes an Wilhelm, 7. Januar 1896; veröffentlicht in Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, Anhang II, Dokumente, S. 76.

so daß dann „selbst die besseren Elemente im Reichstag von der Notwendigkeit, die Marine zu vermehren, nicht zu überzeugen sind“<sup>145</sup>. Er hatte gerade erst einen umfangreichen Bericht des Konteradmirals Tirpitz erhalten, der ihm auseinandersetzte, Deutschland hätte selbst die größte Seemacht zu Konzessionen zwingen können, wenn es im gegebenen Augenblick zwei, drei Geschwader in die Waagschale seiner Politik zu werfen vermocht hätte. Aber Deutschland hatte keine große Flotte. Unter dem frischen Eindruck des Tirpitzberichts forderte der Kaiser, daß der Reichstag in den aller-nächsten Tagen zusätzlich 100 oder gar 300 Millionen Mark für den Bau von vier Panzerkreuzern und drei Kreuzern zweiter Klasse bewillige. Er führte sogar Besprechungen mit der Vulkan-Werft<sup>146</sup> und gab Hohenlohe zu verstehen, daß er im äußersten Fall ohne Rücksicht auf die Stimmungen des Reichstags vorgehen werde.<sup>147</sup>

Wie von Hohenlohe vorausgesehen, stießen diese Pläne auf den Widerstand des Reichstags. Der alte Kanzler berief vertraulich die Führer der Hauptparteien, auf die sich die Regierung (in verschiedenen Kombinationen) im Reichstag stützte, und versuchte sie davon zu überzeugen, daß man zusätzliche Mittel für die Flotte bewilligen müsse. Er appellierte an ihre „patriotischen Gefühle“, die in den letzten Tagen in Wallung gebracht worden waren. Er verwies darauf, daß die Bewilligungen am besten geeignet wären, den bevorstehenden fünfundzwanzigsten Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches zu begehen. Aber alle seine Beschwörungen blieben vergeblich. Der Führer der Nationalliberalen Partei, Bennigsen, erklärte, er würde die Forderung der Regierung gern unterstützen, aber er befürchte, daß die Partei als ganzes ihm in dieser Frage nicht folgen werde. Auf jeden Fall, so warnte er, solle die Regierung auf keine Begeisterung des Reichstags rechnen. Noch bestimmter äußerte sich Fritzen, einer der Führer der Partei des katholischen Zentrums. „Wenn wir der Anleihe zustimmen“, so sagte er, „so werden wir bei den nächsten Wahlen in der Versenkung verschwinden, und unsere Wähler werden Abgeordnete in den Reichstag schicken, die der Regierung viel unbequemer sein würden als wir. Die Steuerlast drückt die Bevölkerung, und es ist uns unmöglich, dem Lande neue Lasten aufzulegen.“ Schließlich weigerte sich auch der Führer der junkerlichen Partei der Konservativen, von Levetzow, kategorisch, die Forderungen der Regierung zu unterstützen. In seiner Partei, so erklärte er, würde sich kein Mensch finden, der es für möglich hielte, unverzüglich Mittel für den Flottenbau zu bewilligen, zu einer Zeit, da „die Not unter den Landwirten viel zu groß“ sei. Das konnte man als einen

<sup>145</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 153/154.

<sup>146</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 365.

<sup>147</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 154.

Versuch der Großagrarien auffassen, sich teuer zu machen, um von der Regierung Zugeständnisse auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Handelspolitik zu erhalten.

Bei der Verweigerung der Flottenkredite brachte Levetzow jedoch ernste Argumente zu den Fragen der Außenpolitik vor. Er lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß die neuen Flottenbewilligungen in der gegenwärtigen Situation vom Reichstag als Vorbereitung eines Krieges gegen England aufgefaßt werden würden und daß der Reichstag aus diesem Grunde die angeforderten Kredite noch entschiedener ablehnen werde, da man einem isolierten deutsch-englischen Kriege duell „aufs äußerste abgeneigt sei“<sup>148</sup>. Befürchtungen, daß Deutschland im Falle eines Krieges gegen England isoliert bleibe, hatten im Reichstag stärkste Verbreitung gefunden.

Als der Kaiser von den Führern des Reichstags eine Ablehnung erhielt, geriet er außer sich. „Ich werde alle Kreuzer zurückberufen, dann wird man in den Seestädten bald großen Lärm schlagen, und alle Kolonialmänner werden sich anschließen“, so rief er aus. Der Kaiser wollte den Reichstag auflösen und den Kanzler absetzen.<sup>149</sup> Aber bald darauf mußte er klein beigeben. Er mußte damit rechnen, daß der offene Übergang zur aggressiven imperialistischen „Weltpolitik“ aus verschiedenen Gründen nicht nur unter der Arbeiterklasse, sondern auch unter den Agrariern, den zahlreichen Schichten der Kleinbourgeoisie und jenen Elementen der Mittel- und Großbourgeoisie, die vorwiegend an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Markt der europäischen Länder interessiert waren, noch auf Widerstand stoßen würde. Unter solchen Umständen mit Gewalt vorzugehen, wie das der Kaiser und die imperialistischen Kreise der „Kolonial-enthusiasten“ wollten, hätte geheißen: den Reichstag auflösen, den Reichskanzler absetzen und einen Staatsstreich vorbereiten.

In den ultrarechten, den reaktionärsten Kreisen der Großagrarien, die um jeden Preis den Gesetzentwurf Kanitz' verwirklichen wollten, gab es nicht wenige Anhänger der Auflösung und sogar der Abschaffung des Reichstags. Diese preußischen Erzreaktionäre fühlten ihre Kräfte wachsen, als sie bemerkten, daß sich die Stimmung gegen den Reichstag nach der „Krüger-Depesche“ auch unter den radikalsten Anhängern der raschen Vermehrung der deutschen Flotte auszubreiten begann. Damals fingen sie offen davon zu sprechen an, daß man eine neue „starke“ Regierung schaffen müsse, die imstande wäre, ihre Wünsche dem Reichstag zum Trotz, und sogar ohne den Reichstag, zu realisieren. Hinter den Kulissen bereiteten sie

<sup>148</sup> Siehe den Brief Hohenlohes an Wilhelm, 14. Januar 1896; veröffentlicht in Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, Anhang II, Dokumente, S. 78 und 79.

<sup>149</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 365/366.

sich vor, einen offenen Konflikt zwischen dem Kaiser, der Regierung und dem Reichstag zu provozieren.<sup>150</sup> Jedoch im letzten Moment schreckte Wilhelm vor derart gefährlichen und radikalen Maßnahmen zurück. Er beschloß, das Vorantreiben der Pläne zur Verstärkung der Kriegsflotte bis auf bessere Tage zu verschieben, und beließ Hohenlohe auf seinem Posten. Auf diese Weise ging die Krise, die hinter den Kulissen des politischen Lebens heranreifte, vorbei. Trotzdem wirkten sich ihre Nachklänge auf die Einstellung der politischen Parteien zur Regierungspolitik in der Transvaalfrage aus.

Noch vor Beginn der allgemeinen Debatte fragte der Führer des Zentrums, Lieber, in der Sitzung einer Reichstagskommission Marschall, ob die Gerüchte wahr seien, wonach die Regierung beabsichtige, vom Reichstag neue Bewilligungen für den Flottenbau anzufordern. Marschall antwortete verneinend, obwohl er die Parteien zu überzeugen versuchte, daß Deutschland mit dem Wachsen der wirtschaftlichen Interessen und des überseeischen Handels eine Vergrößerung der Flotte und vor allem der Kreuzerflotte brauche. Das konnte man als einen taktischen Zug auffassen, der den Reichstag zur Annahme der Regierungsforderung in Zukunft vorbereitete. Die Kommission brachte ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die Pläne der ungeduldigsten „Kolonialenthusiasten“ von der Regierung noch nicht unterstützt wurden.

Das hieß jedoch nicht, daß es im Reichstag keine Anhänger solcher Pläne gab. Selbst in der Kommission zeichneten sich zwei Strömungen ab. Die eine wollte Zeit gewinnen, um das vorgesehene neue Flottenprogramm der Regierung eingehend studieren zu können, die andere erklärte sich von Anfang an gegen den Flottenbau, aus Furcht, daß dieser der Stärkung der Landstreitkräfte abträglich sein könnte.<sup>151</sup> Aber die Anhänger dieser beiden Strömungen waren zufrieden, daß die Frage vertagt wurde und daß der Reichstag die Kontrolle in seinen Händen behielt und einen politischen Kuhhandel mit der Regierung treiben konnte. All das gewährleistete der Regierung im Reichstag einen Erfolg in der Transvaalfrage. Der Erfolg war groß. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion unterstützte der Reichstag fast einmütig die Politik der Regierung, die – wie er meinte – ihr Ziel erreicht, dabei den Krieg vermieden und zugleich die internationale Position Deutschlands gefestigt hatte.

Aber die historischen Ergebnisse der Transvaalkrise waren ganz anders. Deutschland hatte in der Tat den Krieg vermieden, aber es ging aus der Krise mit einer untergrabenen internationalen Position hervor. Man muß berücksichtigen, daß die damals in Europa aufkommenden politischen Strö-

<sup>150</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 158, 163/164, 170.

<sup>151</sup> Reichstag, 13. Februar 1896, Bd. II, S. 927/928.

mungen die deutsche Diplomatie eher begünstigten. Die gewaltigen Erfolge des englischen Imperialismus auf dem Gebiet der kolonialen Eroberungen hatten überall Haß oder Neid geweckt, und der abenteuerliche Überfall seiner Agenten auf Transvaal hatte überall eine Explosion der Empörung zur Folge. Andererseits waren die Ziele des deutschen Imperialismus, der sich in die Toga eines Verteidigers der Burenrepublik hüllte, damals bei weitem nicht allen klar, und die „Krüger-Depesche“ Wilhelms II. hatte im ersten Augenblick sogar eine Welle der Sympathie für Deutschland hervorgerufen. Und dennoch vermochte die deutsche Diplomatie diese Sympathien nicht auszunutzen. Die Ursache hierfür waren vor allem die alten und starken Gegensätze zu Frankreich, die das militaristische Deutsche Reich schon in den Tagen seiner Geburt geschaffen hatte, indem es Elsaß-Lothringen an sich riß. In dem Vierteljahrhundert nach diesem Gewaltakt unternahm die deutsche Diplomatie zum zweitenmal den Versuch, sich Frankreich zu nähern (der erste geschah im Jahre 1885). Aber Deutschland hatte keinesfalls die Absicht, den nationalen Interessen Frankreichs (in der Frage Elsaß-Lothringens) oder seinen imperialistischen Interessen (in Ägypten) entgegenzukommen. Deutschland wollte Frankreich mit billigen Versprechungen unbedeutender Zugeständnisse am Kongo verführen und es in seinem diplomatischen Spiel mit England mißbrauchen. Das mißlang Deutschland. Das ist der Grund, weshalb Hohenlohe, als er auf die betreffende Episode einging, gereizt schrieb: „Die Erfahrungen, welche wir jedesmal“ (bei den Versuchen einer „Annäherung an Frankreich“. A. J.) „gemacht haben, sind nicht geeignet, uns... zu einem dritten Versuch zu ermutigen. Wir müssen aus dem Erlebten den Schluß ziehen, daß Frankreich alle Fragen der *einen* Revancheidee unterordnet...“<sup>152</sup>

Ebensowenig gelang es Deutschland, Rußland, das mit Frankreich durch ein Bündnis eng verbunden war, auf seine Seite zu bringen. Die russische Diplomatie verfolgte aufmerksam alle Stadien der englisch-deutschen Rivalität. Sie war bereit, Deutschland eine gewisse Unterstützung angedeihen zu lassen<sup>153</sup>, war aber keinesfalls gewillt, ihre Englandpolitik den Interessen Deutschlands unterzuordnen.

Doch nicht nur die Gegner Deutschlands — Rußland und Frankreich —, sondern auch seine Bundesgenossen — Österreich-Ungarn und vor allem

<sup>152</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2735, Hohenlohe an Radolin, 20. Mai 1896.

<sup>153</sup> In den Besprechungen mit den Engländern beriefen sich Holstein und andere Führer der deutschen Diplomatie mehrfach auf die Erklärung des russischen Botschafters in Berlin, daß das Kaisertelegramm an Krüger eine Aktion zur Verteidigung nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Interessen sei. (G. P., Bd. 11, Nr. 2621, Holstein an Hatzfeldt, 8. Januar 1896; siehe ferner Nr. 2622, Radolin an das Auswärtige Amt, 6. Januar 1896 und Nr. 2623, Nikolaus II. an Wilhelm II., 6. Januar 1896.)



Italien — waren in keiner Weise gewillt, sich an dem deutschen Plan einer „Kontinentalliga“ zu beteiligen. In dieser geplanten Kombination strebte Deutschland die Hegemonie an, und keiner wollte ihm bei diesen bereits offenkundigen und beharrlichen Bestrebungen helfen.

Die Idee der „Kontinentalliga“ erwies sich somit als eine Schimäre. Ihr Urheber, Holstein, nahm an, daß die deutsche Diplomatie mit ihrer Hilfe England einschüchtern und zwingen könne, sich dem Dreibund zu nähern und in Kolonialfragen nachzugeben. Aber er erschrak selbst, als er erkannte, wohin ihn diese Idee geführt hatte. Die deutsche Diplomatie hatte es nicht vermocht, neue Freunde, wenn auch nur vorübergehend, um sich zu gruppieren, und hatte beinahe mit den ersten Schritten in dieser Richtung auch die alten Freunde verloren. Sie hat nicht nur keine Unterstützung seitens des französisch-russischen Bündnisses erhalten, sondern beinahe eine Spaltung in dem von ihr geführten Dreibund verursacht. Somit gelang es Deutschland nicht, England zu isolieren. Darüber hinaus lief es selbst schon bei den ersten Versuchen in dieser Richtung Gefahr, isoliert zu bleiben. Holstein nahm an, daß die deutsche Diplomatie England eine „kleine Lehre“ erteilt habe. Der russische Botschafter Staal, der die Politik der englischen Imperialisten in den Tagen der Transvaalkrise beobachtete, stellte treffend fest, worin sie bestanden hat: „Das so drohend erscheinende Eintreten Deutschlands“ (für Transvaal. *A. J.*), so schrieb er, „büßte einen großen Teil seiner Bedeutung ein: Die Bereitschaft, mit der diese Macht die entschlossensten Erklärungen abgibt, läßt sich vielleicht nur noch mit der Hast vergleichen, mit der sie von der tatsächlichen Unterstützung ihrer Ansichten abrückt, und läßt die Bedeutung ihrer moralischen Einmischung recht zweifelhaft erscheinen. Dabei“, so fuhr Staal fort, „ist man in England fest davon überzeugt, daß eine gemeinsame autoritative Aktion mehrerer europäischer Großmächte in der Transvaalfrage unmöglich ist, ebensowenig hält man auch nur eine separate französisch-deutsche Verständigung in dieser Frage für möglich.“<sup>154</sup>

Allerdings hatte die englische Regierung, nach einem Ausspruch W. I. Lenins „die am meisten annexionslüsterne Regierung der Welt“<sup>155</sup>, durch ihre räuberische Politik in Transvaal gezeigt, daß sie die Absicht habe, ihre Politik der kolonialen Eroberungen entgegen den Interessen anderer imperialistischer Mächte fortzusetzen. Selbst die feine Heuchelei und die diplomatischen (räuberischen, aber vorläufig noch vorsichtigen) Manieren Salisburys vermochten niemand wirklich zu täuschen.

<sup>154</sup> Архив МИД, II. А. 2117, Blatt 6, Depesche Staals, London, 28. (16.) April 1897, Nr. 36.

<sup>155</sup> В. И. Ленин, «Защита империализма, прикрытая добренькими фразами», Сочинения, Bd. 24, S. 306.

Und dennoch war der Holsteinsche Plan zur Aufrichtung einer deutschen Hegemonie in Europa unter der Flagge der „Kontinentalliga“ auf Kosten einer „gütlichen“ Verteilung der Kolonien unter einige europäische Mächte mit gleichzeitiger Isolierung Englands nicht zu verwirklichen. Die imperialistischen Gegensätze zwischen den wichtigsten europäischen Mächten waren bereits zu scharf, als daß es möglich gewesen wäre, sie auch nur vorübergehend im Rahmen einer gesamteuropäischen diplomatischen Kombination zu mildern. Die deutsche Diplomatie versuchte eine unlösbare Aufgabe zu lösen und hat dabei natürlich eine Niederlage erlitten. So sah ihr „kleiner Erfolg“ aus.

## KAPITEL III

# Die deutsche Diplomatie und der Dreibund in den Jahren 1895–1896

## I

Selbst jene Zeitgenossen, die in die Geheimnisse der deutschen Diplomatie nicht eingeweiht waren, konnten nicht umhin, in den Tagen der Transvaalkrise zu merken, daß in der Außenpolitik Deutschlands neue Tendenzen zutage traten. Die offiziöse und die „unabhängige“ Presse, die in gleichem Maße dem Auswärtigen Amt hörig war, spiegelte diese Tendenzen wider, ohne sich natürlich die Aufgabe zu stellen, ihren Inhalt und ihren Sinn aufzudecken. Es war offensichtlich, daß der auf dem Boden der südafrikanischen Angelegenheiten erfolgte diplomatische Zusammenstoß mit England nicht spurlos vorübergehen konnte. Er hatte in der Tat in der gesamten Sphäre des internationalen Lebens ernste Folgen. Er selbst war jedoch die Folge noch tieferer Antagonismen wirtschaftlicher, politischer und kolonialer Art, die in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und England anwuchsen. Das Anwachsen dieser Antagonismen rückte das alte und für Deutschland stets äußerst wichtige Problem, die Regelung seiner Rußlandpolitik, in den Vordergrund, und das mußte anderseits auch den Charakter der Beziehungen zwischen Deutschland und den mit ihm verbündeten Mächten (Österreich-Ungarn und Italien) beeinflussen. So stand die deutsche Diplomatie vor neuen Aufgaben, die um so größer und komplizierter wurden, je mehr die allgemeinen politischen Ansprüche des deutschen Imperialismus und seine stürmische wirtschaftliche Expansion wuchsen. Schon die ersten unterirdischen Stöße, die von den Epizentren der englisch-deutschen Antagonismen ausgingen, verursachten Risse in der gesamten militärisch-politischen Kombination des Dreibunds.

Schon seit dem Berliner Kongreß und insbesondere nach 1887 (in diesem Jahr schlossen Österreich-Ungarn und Italien unter Mitwirkung der Bis-

marchschen Diplomatie das Abkommen mit England über Fragen des gesamten Mittelmeerraums ab) wurde die Politik der Annäherung an England für die Diplomatie der deutschen Bundesgenossen zu einer Art Tradition. Die Mittelmeerentente<sup>1</sup>, die im Osten gegen Rußland gerichtet war, sollte die Interessen der alten österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Balkan sichern; im Westen gegen Frankreich gerichtet, sollte sie die Interessen des jungen und noch schwachen italienischen Imperialismus in Nordafrika gewährleisten. Zwar hat sich England beim Abschluß des Abkommens eine formale Hintertür gelassen. Es konnte den Charakter seiner Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn und Italien „je nach den Umständen“<sup>2</sup> bestimmen. Nichtsdestoweniger entsprach die Tatsache dieses Abkommens als solche voll und ganz den Plänen der Bismarckschen Diplomatie. Indem sie mit der einen Hand die Interessen Rußlands an den Meerengen unterstützte, errichtete sie mit der anderen Hand dagegen eine Schranke aus drei Mächten: aus England, der stärksten Seemacht der damaligen Zeit, und aus den eigenen Bundesgenossen.<sup>3</sup> Was diese letzten an-

<sup>1</sup> Gewöhnlich wird die Mittelmeerentente als das Abkommen über die Erhaltung des Status quo im Mittelmeer bezeichnet. Sie war jedoch keine rein defensive Kombination am Mittelmeer. Die Note des italienischen Botschafters in London, Corti, vom 12. Februar 1887 besagte: „Italien ist durchaus bereit, die Sache Großbritanniens in Ägypten zu unterstützen. Großbritannien ist seinerseits geneigt, die Aktionen Italiens an jedem anderen Punkt der Nordküste Afrikas, und vor allem in Tripolitanien und in der Cyrenaika, im Falle des Überfalls einer dritten Macht zu unterstützen“ (Art. 3). Außerdem wurde das Prinzip der „gegenseitigen Unterstützung im Mittelmeer bei allen Unstimmigkeiten, die zwischen der einen von ihnen und einer dritten Macht entstehen könnten“, festgelegt. Das zweite Abkommen wurde im Dezember 1887 in Form eines Notenaustauschs zwischen Österreich-Ungarn und England erzielt. Die Note des österreichisch-ungarischen Botschafters in London, Karolyi, vom 12. Dezember 1887 legte zunächst (Art. 2) „die Erhaltung des Status quo im Osten, der auf Verträgen beruht, ohne jegliche Politik der Kompensationen“ fest. Ferner legte sie besonders das Prinzip der Erhaltung „der souveränen Rechte der Türkei auf Bulgarien“ sowie als „Hüterin der Meerengen“ fest (Art. 5). Aber Österreich-Ungarn, England und Italien behielten sich das Recht vor, gemeinsam oder einzeln durch eigene Land- oder Seestreitkräfte die vorübergehende Okkupation jener Punkte des Ottomanischen Reiches in Angriff zu nehmen, „die zu besetzen sie gemeinsam für notwendig befinden, um die in den vorangegangenen Verträgen festgelegten Ziele zu sichern“ (Art. 8). Am gleichen Tage, am 12. Dezember, bestätigte Salisbury in einer Antwortnote alle Punkte der Note Karolyis. Die italienische Regierung schloß sich durch die Note vom 16. Dezember 1887 dem englisch-österreichischen Abkommen an.

<sup>2</sup> B. D., Bd. VIII, Nr. 1.

<sup>3</sup> А. Ерусалимский, «Бисмарк как дипломат», Москва 1940, S. 47. „Wenn Österreich dem für seine Zukunft äußerst wichtigen englischen Anerbieten mit Schwierigkeiten begegnen sollte“, so schrieb Herbert Bismarck am 6. März 1887, „so würde das beweisen, daß es seine Interessen schlecht versteht und zuviel auf

betrifft, so erblickten sie in der Mittelmeerentente eine Festigung ihrer Stellung als Mitglieder des Dreibunds und die Sicherung ihrer aggressiven Ziele. So stand die Politik Österreich-Ungarns und Italiens trotz der Feindseligkeit, die sie sich gegenseitig entgegenbrachten, einige Jahre lang dennoch im gleichen Zeichen des Bündnisses mit Deutschland in Europa und der Annäherung an England im Mittelmeerraum.

Die zwischen Deutschland und England entstandenen ernstlichen Reibungen und Widersprüche brachten diese Doppelstütze der Außenpolitik der beiden Bundesgenossen Deutschlands ins Wanken. Sowohl vor der österreichisch-ungarischen Regierung als auch vor der italienischen Regierung erhob sich die Frage: Was soll man tun, und mit wem soll man künftig zusammengehen? Graf Goluchowski, ein polnischer Großmagnat, der dank seiner engen Beziehungen zum Wiener Hof Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie geworden war, strebte danach, diese Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche, die zwischen seinem deutschen Bundesgenossen und den englischen Freunden entstanden waren, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch wenigstens zu mildern. „Man muß die Engländer nicht zu schlecht behandeln“, redete er den Deutschen Ende Oktober 1895 zu. „Sie sind für uns keine *quantité négligeable* im Orient, wir brauchen sie wegen der Russen.“<sup>4</sup> Noch stärkere Unruhe rief die Entstehung und Entwicklung des englisch-deutschen Antagonismus in den leitenden Kreisen der italienischen Diplomatie hervor. Baron Blanc, der italienische Außenminister, versuchte vergeblich, seinen deutschen Verbündeten zuzureden, sie sollten die Beziehungen zu England nicht verschärfen, um die ohnehin komplizierte internationale Lage Italiens nicht noch zu erschweren. „Wenn Deutschland und England uneinig wären“, so sagte er dem deutschen Botschafter Bülow, „befände sich Italien in der Lage eines Kindes, dessen Eltern auseinandergehen.“<sup>5</sup> Bei der Durchführung ihrer aggressiven Politik suchten die österreichisch-ungarische Habsburger Monarchie und die italienische Monarchie nach wie vor Unterstützung bei Deutschland und England zugleich – und das in einem Augenblick, da diese selbst den Weg der aggressiven Politik großen Maßstabs betreten hatten und aufeinanderzuprallen begannen. Das beschleunigte das Heranreifen einer Krise in den gegenseitigen Beziehungen zwischen dem deutschen Imperialismus und seinen beiden Bundesgenossen und verursachte neue Risse in der gesamten Kombination des Dreibunds.

uns rechnet: Wir sind nicht imstande, uns in *orientalischen Dingen* mit Österreich zu identifizieren oder ihm bei etwaigen Verwickelungen in Bulgarien und am Schwarzen Meer materielle Hilfe zu gewähren.“ (G. P., Bd. 4, Nr. 899.)

<sup>4</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2490, Lichnowsky an Hohenlohe, 28. Oktober 1895.

<sup>5</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2556, Bülow an Hohenlohe, 3. Dezember 1895.

## 2

Im Mai 1897 lief der Vertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien ab, aber schon lange vorher begannen zwischen den Teilnehmern des Dreibunds Besprechungen über die Bedingungen seiner Erneuerung.

Über anderthalb Jahrzehnte waren vergangen, seit Fürst Bismarck und Graf Andrassy Deutschland und Österreich-Ungarn durch die Bande eines engen militärisch-politischen Bündnisses verknüpften und die Grundlagen für eine Dreierkoalition der Mächte schufen, und in dieser Zeit waren sowohl in der allgemeinen Politik als auch in den Wechselbeziehungen dieser Mächte nicht geringe Veränderungen vor sich gegangen. Die alte und lange Zeit hindurch existierende Rivalität zwischen Preußen und Österreich hörte keineswegs sofort, endgültig und restlos auf, sobald jenes die Herrschaft in Deutschland errungen, dieses sich auf den Grundsatz der österreichisch-ungarischen Doppel Einheit umgestellt und beide den Weg der Bündnisbeziehungen betreten hatten. Zugleich zeichneten sich neben den alten Tendenzen auf außenpolitischem Gebiet, die vom Leben in den Hintergrund gerückt, aber keinesfalls beseitigt waren, neue Tendenzen und Aufgaben ab, die von den neuen Bedingungen der imperialistischen Entwicklung hervorgebracht wurden. Auf jeden Fall ist die Version kategorisch abzulehnen, als hätten irgendwelche „gesamtnationale“ oder „gesamtdeutsche“ Ziele und Interessen die Grundlage des österreichisch-deutschen Bündnisses, das fast vierzig Jahre fortbestand, bilden können.

Der Urheber dieser Version, Bismarck, behauptete, das österreichisch-deutsche Bündnis beruhe auf den „Stammessympathien“<sup>6</sup>. Er selbst hatte das aber nie geglaubt. Gerade jene politischen und Klassenkräfte, die an der Aufrechterhaltung dieses Bündnisses interessiert waren, konnten am wenigsten für sich in Anspruch nehmen, „gesamtnationale“ Ziele zu repräsentieren, und keinesfalls waren diesen Kräften jemals „Sympathien“ eigen, die Bismarck, ein großer Meister der Fälschung und der Mystifikation, ihnen zuschreiben wollte. Solange die preußischen Junker einerseits und die österreichischen Feudalherren, die österreichische Finanzaristokratie und Bürokratie andererseits um die politische Hegemonie in Mitteleuropa kämpften, war von irgendeiner Gemeinsamkeit der „Stammessympathien“ nie etwas zu hören. Die Preußen haßten die Österreicher und verachteten sie, diese aber — man muß ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen — zahlten es mit der gleichen Münze zurück. Bismarck bezeichnete die Bayern als einen Übergangstyp vom Österreicher zum Menschen — auf der höchsten Stufe seiner anthropologischen Hierarchie stand der Preuße. Die Version

<sup>6</sup> Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 3, S. 155.

von den „Stammessympathien“ wurde von ihm vorgebracht, als das militäristische Großpreußen, das bei seiner Geburt Deutschland genannt wurde, sich in Verfolg seiner aggressiv-politischen Ziele in Europa als interessiert erwies, Österreich-Ungarn als verbündete Großmacht auf seine Seite zu bringen. Auf dem Wege zu diesem Bündnis mußte Bismarck jedoch ersten Widerstand, vor allem jener politischen und Klassenkräfte überwinden, deren Herrschaft er aufrichten wollte, wozu er auch dieses Bündnis in den außenpolitischen Beziehungen suchte. Die herrschenden Klassen sowohl in Preußen-Deutschland als auch in Österreich, die keinerlei „Stammessympathien“, sondern nur unterdrückten Haß verspürten, widersetzten sich dem Abschluß eines Bündnisvertrages. Selbst Wilhelm I. war ein entschlossener Gegner eines Bündnisses mit Österreich. Der preußische „Kartätschenprinz“, wie er in der Periode der Revolution von 1848 genannt wurde, der später deutscher Kaiser geworden war, haßte bis ans Ende seiner Tage alles, was auch nur im entferntesten an die bürgerlichen „gesamtdeutschen Ideen“ dieser Revolution erinnerte. Auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen stellte er die Aufrechterhaltung der alten dynastischen Verbindungen zwischen dem preußischen und dem russischen Hofe über alles. Nur durch direkte Drohung mit einem völligen und offenen Bruch hat der „eiserne Kanzler“ seinen Kaiser gezwungen, dem Abschluß des Bündnisses zuzustimmen.<sup>7</sup>

Das österreichisch-deutsche Bündnis war und blieb im Grunde das Werkzeug einer aggressiven, einer angreifenden Politik. „Der Vertrag“, so bemerkte J. W. Stalin, „wurde als ‚Bund des Friedens‘ bezeichnet, indessen sind alle Historiker darin einig, daß dieser Vertrag der direkten Vorbereitung des imperialistischen Krieges von 1914 diene.“<sup>8</sup> Den Abschluß dieses Bündnisses erklärte Bismarck durch das Bestreben, jenen „cauchemar des coalitions“ (Alpdruck der Koalitionen)<sup>9</sup> zu beseitigen, der ihn im Laufe seiner gesamten politischen Tätigkeit bedrückte. In Wirklichkeit aber diente die Schaffung und das Fortbestehen des österreichisch-deutschen Bündnisses als Quelle eines ständigen Alpdrucks, den das verpreußte Deutschland auf seinen derzeitigen und künftigen Gegnern lasten ließ. Aus dem Kriege hervorgegangen, hat Deutschland, wie wir wissen, den Krieg in eine „europäische Institution“ verwandelt<sup>10</sup> und erstmalig in der Periode des sich gestaltenden Imperialismus eine militärische Koalition geschaffen,

<sup>7</sup> G. P., Bd. 3, Nr. 440—513.

<sup>8</sup> J. W. Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“, Werke, Bd. 7, S. 239.

<sup>9</sup> Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 2, S. 260.

<sup>10</sup> Karl Marx, „An den Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, 1. September 1870; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 886.

sich an deren Spitze gestellt und damit Elemente der Labilität und ständiger Unruhe in das politische Leben Europas getragen. Eine solche Sachlage entsprach durchaus den Interessen der herrschenden Kreise in Deutschland und vor allem den Interessen des Junkertums, das in einer immer wieder geschaffenen oder geschürten Kriegsgefahr die Quelle zur Festigung des Militarismus, einer der Hauptstützen seiner Herrschaft im Lande, erblickte. Die deutsche Bourgeoisie unterstützte gern dieses System, durch das sie, ohne Beteiligung der demokratischen Kräfte und mit Hilfe des reaktionären Junkertums diese Kräfte unterdrückend, die Verwirklichung ihrer politischen Ideale (Schaffung des nationalen Staates und eines weiten Binnenmarkts) erreichte. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn erschloß ihr neue Möglichkeiten. Gestützt auf dieses Bündnis, begann das verpreußte, militaristische, junkerlich-bürgerliche Deutschland die einen noch aktiver einzuschüchtern, trachtete es danach, andere zu isolieren, möglichst viele aufeinanderzuhetzen und den Weg für seine wirtschaftliche Expansion und für die Errichtung seiner politischen Hegemonie in Europa zu bahnen.

So hoch Bismarck die Bedeutung des österreichisch-deutschen Bündnisses auch einschätzte, hielt er es doch nie für die einzige Stütze seiner Außenpolitik. Das Bündnis war ausschließlich gegen Rußland gerichtet, im Falle eines militärischen Zusammenstoßes mit Frankreich dagegen konnte Deutschland lediglich auf eine Neutralität Österreich-Ungarns rechnen. Das Deutsche Reich bereitete sich stets auf diesen Zusammenstoß vor und versuchte im Laufe der zwanzig Jahre der Bismarckschen Herrschaft mehr als einmal, einen neuen Krieg gegen Frankreich zu entfesseln. Unter dem Einfluß der diplomatischen Einmischung Rußlands und aus Furcht vor einem militärischen Schlag dieses letzten war es aber jedesmal gezwungen, auf die Verwirklichung seiner Pläne zu verzichten. Das zeugte von der hervorragenden Rolle Rußlands in der europäischen Politik. Bismarck brummte, empörte sich und tobte schließlich über diese Rolle Rußlands, mußte sie aber stets als einen der erstrangigen Faktoren der internationalen Beziehungen berücksichtigen.

Das Bündnis mit Österreich-Ungarn bannte wohl die Gefahr der völligen strategischen Einkreisung Deutschlands an sämtlichen Landgrenzen, aber nicht die Gefahr des Zweifrontenkrieges: im Westen und im Osten zugleich. Diese Gefahr verstärkte sich sogar, da Österreich-Ungarn damals ein größeres Feld für heftige Reibungen, für Rivalität und politische Zusammenstöße mit Rußland hatte als das verbündete Deutschland. Das erklärt in gewissem Maße, weshalb Bismarck, der seine Beziehungen zu Österreich-Ungarn festigte, es zugleich für notwendig hielt, Annäherung an Rußland zu suchen, zunächst mit Österreich-Ungarn gemeinsam und dann, als dies bereits unmöglich wurde, in tiefem Geheimnis vor ihm. Erst



in den allerletzten Jahren seiner Tätigkeit gelang es ihm, das junkerlich-bürgerliche Deutschland nicht nur durch ein Bündnis mit Österreich-Ungarn gegen Rußland zu versichern, sondern durch einen Geheimvertrag mit Rußland auch für den Fall eines Krieges gegen Frankreich rückzuversichern.<sup>11</sup> Dieser Vertrag stand faktisch im Widerspruch zu den Bündnisverpflichtungen Deutschlands Österreich-Ungarn gegenüber, aber die in den Traditionen groben Betrugs und direkten Treubruchs großgezogene preußisch-deutsche Diplomatie kümmerte sich wenig darum. Später, bereits im Ruhestand, hielt es Bismarck für notwendig, den Schleier des Geheimnisses um sein eigenes politisches Werk zu lüften, und wir werden sehen, welche stürmische Reaktion das sowohl in Deutschland als auch in Österreich-Ungarn hervorrief.

In einer seiner Notizen, die für den engsten Kreis der Eingeweihten bestimmt war, genierte sich Bismarck nicht, den Gedanken auszusprechen, daß, falls Österreich-Ungarn in einem für Deutschland ungünstigen Augenblick Deutschland in einen militärischen Konflikt mit Rußland hineinreißt, er den Bundesgenossen je nach den Umständen ohne Bedenken seinem Schicksal überlassen würde. Zugleich genierte er sich nicht, den Bundesgenossen auszunutzen, um zu versuchen, durch seine Vermittlung England in einen Krieg gegen Rußland<sup>12</sup> hineinzuziehen, mit dem er einen Vertrag abschloß in dem Bestreben, Deutschland für den Fall zu versichern, daß es ihm gelingen sollte, einen Krieg gegen Frankreich zu entfesseln. Selbst in den nach seinem Tode herausgegebenen Memoiren verheimlichte Bismarck viele Aspekte dieser komplizierten diplomatischen Äquilibristik und insbesondere jene, die gegen Rußland gerichtet waren und gegen das Bündnis mit Österreich-Ungarn verstießen. Was die Sicherung der deutschen Eroberungspolitik in den Kolonialländern anbetrifft, so konnte das Bündnis mit Österreich-Ungarn für Deutschland nur von zweitrangiger Bedeutung sein. Mehr noch: Wie die Erfahrungen Ende der achtziger Jahre gezeigt haben, mußte Deutschland die Kolonialpolitik rasch einschränken, da die damals auf dem Balkan ausgebrochene Krise in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland Deutschland in einen militärischen Zusammenstoß in Europa hineinzuziehen drohte.

Mitte der neunziger Jahre, als die neue Etappe der deutschen Kolonialpolitik, durch die sich entwickelnden Kräfte des Imperialismus, durch die herrschenden Klassen Deutschlands vorangetrieben, stärker denn je einsetzte, wurde klar, daß das Bündnis mit Österreich-Ungarn ihnen in dieser Hinsicht keinerlei Vorteile bringen konnte. Trotzdem klammerten sie sich

---

<sup>11</sup> «Красный архив», Bd. I, 1922, S. 147—152, „Russisch-deutsche Beziehungen. Geheimabkommen zwischen Rußland und Deutschland im Jahre 1887“.

<sup>12</sup> G. P., Bd. 4, Nr. 895—906.

an dieses Bündnis, da sie mit der von ihnen selbst heraufbeschworenen Gefahr eines Zweifrontenkrieges rechnen mußten. Um ihr strategisches und politisches Interesse an diesem Bündnis zu tarnen, bemühten sie sich, die „gesamtnationalen“ Interessen in den Vordergrund zu rücken. Mit der Verstärkung der wirtschaftlichen Expansion des deutschen Imperialismus über die Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus, nahm diese ideologische Tarnung nach und nach eine andere Form an. An Stelle der „Stammessympathien“ begann man immer häufiger von den gemeinsamen Ideen des „Deutschtums“ zu reden. Das war die Keimform neuer Tendenzen in den Beziehungen des deutschen Imperialismus zu seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen.

Nachdem das österreichische Imperium bei den Zusammenstößen mit Frankreich und Italien im Jahre 1859 und vor allem mit dem militaristischen Preußen im Jahre 1866 militärische und politische Niederlagen erlitten hatte, war die Habsburger Dynastie gezwungen, nicht nur der österreichischen Bourgeoisie, die eine gestützte Verfassung erhielt, sondern auch der ungarischen Aristokratie der Großgrundbesitzer, die gewisse politische Rechte in Form der Autonomie erhielten, einige Zugeständnisse zu machen. So wurde das Österreichische Reich im Jahre 1867 in einen Doppelstaat, Österreich-Ungarn, umgestaltet. Die ungarischen Agrarier, deren Einfluß zusehends wuchs, waren zur Erhaltung und Festigung ihrer privilegierten Stellung gegenüber den unterdrückten slawischen Völkern im östlichen Teil des Kaiserreichs an einer Unterstützung durch das bürgerlich-junkerliche Deutschland interessiert. Gerade diese Kreise waren nicht nur gegen die österreichischen Pläne eines Revanchekrieges gegen das verpreußte Deutschland, sondern haben vielmehr in großem Maße zum Abschluß des Bündnisses mit diesem beigetragen. Späterhin waren sie die Hauptstütze dieses Bundes. Bismarck begriff das sehr wohl und hielt es trotz der „Stammessympathien“ für die Österreicher für notwendig, das dualistische System des Habsburger Reiches aufrechtzuerhalten.<sup>13</sup>

Das galt in nicht geringerem Maße auch für seine Nachfolger, die am Steuerrad der Staatsgewalt in Preußen-Deutschland standen. Sie wußten,

<sup>13</sup> In seinen Forschungen über die Geschichte der russisch-deutschen und russisch-österreichischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Orientfrage in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts weist S. Skaskin mit Recht darauf hin, daß „vom 18. Jahrhundert an, da Maria Theresia, um ihr Erbe vor Friedrich II. zu retten, gezwungen war, die Freiheiten des ungarischen Adels zu bestätigen, die Interessen Preußens und Ungarns... durch das gemeinsame historische Schicksal verbunden waren. Die Herrschaft der Ungarn in der österreichischen Monarchie war das Unterpfand der Herrschaft Preußens in Deutschland und umgekehrt.“ (С. Д. Сказкин, «Конец австро-русско-германского союза», Bd. 1, 1879 bis 1884, Moskau 1928, S. 21/22.)

daß die österreichischen Revanchisten, die sich innerhalb der feudalen Spitze der Gesellschaft erhalten hatten, ihr Haupt nicht erheben konnten, um Preußen und Deutschland entgegenzutreten, solange die Habsburger Monarchie auf der Grundlage dieses dualistischen Systems bestand. Das verpreußte Deutschland war um so mehr an der Erhaltung dieses Systems interessiert, als es in ihm eine Schranke und eine Kampfzunge gegen die slawischen Völker nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Grenzen des Habsburger Reiches erblickte. Das ist der Grund, weshalb es stets den Plänen zur Förderung des Reiches entschlossen entgegentrat. Diese unter gewissen einflußreichen österreichischen Kreisen bald aufkommenden, bald wieder erlöschenden Pläne sahen eine gewisse Stärkung des Einflusses des slawischen auf Kosten des ungarischen Elementes vor.

Im Kampf gegen die österreichischen Pläne einer Förderung des Reiches, gegen die slawische Bewegung und für den eigenen politischen Einfluß konnte der ungarische Feudaladel stets auf die Unterstützung des preußischen Junkertums rechnen, das seine Herrschaft in Deutschland errichtet hatte. Er unterließ es nicht, diese Lage auch zur Befriedigung seiner engen wirtschaftlichen Klasseninteressen auszunutzen, die im gegebenen Fall darin bestanden, unter Aufrechterhaltung des eigenen Monopols auf dem Binnenmarkt des ganzen Reiches, die günstigsten Bedingungen für den landwirtschaftlichen Export nach Deutschland zu gewährleisten. Aber das entsprach in keiner Weise und widersprach sogar den wirtschaftlichen Interessen der preußischen Junker und der deutschen Agrarier im allgemeinen. Bismarck hatte das begriffen und später klar und präzise formuliert.<sup>14</sup> Er war jedoch keinesfalls geneigt, für das von ihm benötigte militärisch-politische Bündnis mit der Habsburger Monarchie mit den wirtschaftlichen Interessen des Junkertums zu bezahlen, das die Hauptstütze des Hohenzollernreiches darstellte. Der Beginn der Bündnisbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn fiel mit der Periode zusammen, da beide Mächte den Weg des Protektionismus einschlugen, und danach be-

<sup>14</sup> „Die ungarische Reichshälfte hat in den letzten Jahrzehnten“ (in Österreich-Ungarn. *A. J.*) „ein Übergewicht gewonnen, und die galizischen Stimmen“ (gemeint ist der Einfluß der großen polnischen Landaristokratie aus Galizien. *A. J.*) „sind nicht nur für parlamentarische Majoritäten und auswärtige Eventualitäten von stärkerem Gewichte als früher. Die agrarischen Begehrlichkeiten dieser östlichen Landesteile Österreichs haben Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung gewonnen, und wenn die letztere zur Befriedigung derselben durch ihre Gefälligkeiten auf Kosten und vermöge der Unerfahrenheit Deutschlands in den Stand gesetzt wird, so wird sie natürlich jedes ungeschickte Entgegenkommen deutscher Politik benutzen, um ihren inneren Schwierigkeiten abzuweichen und die ungarischen und galizischen Agrarier zu gewinnen.“ (Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 3, S. 153/154.)

fanden sie sich im Grunde genommen fast anderthalb Jahrzehnte lang im Zustand eines Zollkrieges. Solange dieser „stille“ Krieg andauerte, waren die Verbündeten in wirtschaftlicher Hinsicht recht entzweit, und noch nie waren die alten Ideen Friedrich Lists, des größten deutschen bürgerlichen Volkswirtschaftlers der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, über die wirtschaftliche Vereinigung „Mitteleuropas“ so weit von der Wirklichkeit entfernt wie beim Abschluß des österreichisch-deutschen Bündnisses und in den folgenden Jahren.

Später waren die Nachfolger Bismarcks unter dem Druck der Interessen der rasch wachsenden Großbourgeoisie gezwungen, den Zollkrieg gegen ihren Bundesgenossen abzuschwächen und den Weg zum Abschluß eines Handelsvertrages mit diesem einzuschlagen. Das stieß auf starken Widerstand der preußischen Agrarier. Ihre Hauptstütze, der im Ruhestand befindliche Bismarck, sprach sich kategorisch gegen jegliche wirtschaftlichen Zugeständnisse an Österreich-Ungarn aus, mit dem er selbst ein militärisch-politisches Bündnis abgeschlossen hatte. Um diesen offensichtlichen Widerspruch gegen sich selbst irgendwie zu tarnen, schuf Bismarck die sonderbare Theorie, wonach sich die politischen Beziehungen zwischen zwei Mächten angeblich unabhängig von den schlechter werdenden wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln können. Im Kampf gegen den Handelsvertrag mit Österreich begann er erneut an die „Stammessympathien“ der Österreicher und der Deutschen zu appellieren und nachzuweisen, daß, falls die Habsburger Monarchie von Deutschland einige Zugeständnisse auf dem Gebiet der Handelspolitik zugunsten der ungarischen und polnischen Agrarier erreichen sollte, für diese Zugeständnisse letzten Endes die österreichischen Handels- und Industriekreise zu zahlen haben würden. Auf diese Weise definierte er recht präzise, wer an der Aufrechterhaltung der „Stammessympathien“ in Österreich wirtschaftlich interessiert war. Das war die deutsche Bourgeoisie aus Handel, Industrie und Finanzen, die bereits von nationalistischen Stimmungen erfaßt war und auf der Suche nach neuen Absatzmärkten ihre Expansion in Richtung der benachbarten und mit ihr verbündeten mitteleuropäischen Monarchie der Habsburger lenkte.

Das deutsche Kapital hat sich dort rasch recht wichtiger wirtschaftlicher Positionen bemächtigt. Fünfzehn Jahre nach dem Abschluß des Bündnisses war Österreich-Ungarn bereits mit einem dichten Netz deutscher Handelsfirmen oder ihrer Zweigniederlassungen überzogen. Solche Firmen gab es bereits einige Hunderte, und ihre Zahl wuchs von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1894 wurde der deutsche Export nach Österreich-Ungarn auf mehr als 400 Millionen Mark beziffert. Zwar führte Deutschland aus Österreich-Ungarn für eine bedeutend höhere Summe (im gleichen Jahre 581,8 Millionen Mark) ein, aber der Unterschied zwischen diesen Zahlen kann die

Rolle des wirtschaftlichen Eindringens des deutschen Kapitals in Österreich-Ungarn in keiner Weise abschwächen. Man muß berücksichtigen, daß Deutschland erstens vorwiegend Industriewaren exportierte und vorwiegend landwirtschaftliche Waren importierte und daß zweitens die deutsche Großbourgeoisie bedeutende Vorteile genoß, indem sie Österreich-Ungarn große Kredite gewährte und dort ihre Kapitalinvestitionen vornahm. Auf dem Gebiet der Habsburger Monarchie gab es damals keine größere Eisenbahngesellschaft, an der nicht deutsches Kapital beteiligt war. Außerdem waren bedeutende deutsche Kapitalien in der österreichischen und ungarischen Industrie, in den Kohlengruben Dalmatiens und insbesondere im Bergbau der Nordtschechoslowakei (des an Deutschland grenzenden Gebiets) investiert. Das gesamte in Österreich-Ungarn investierte deutsche Kapital wurde damals in einer Summe beziffert, die weit über 1 Milliarde Mark hinausging. Noch in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts war Österreich-Ungarn fast ausschließlich an Frankreich und Holland verschuldet. Mitte der neunziger Jahre war die Finanzverschuldung bereits zur Hälfte in die Hände deutscher Banken übergegangen. Schließlich muß man noch darauf hinweisen, daß zahlreiche Vertreter der deutschen Aristokratie und Plutokratie Besitzer riesiger Güter und Waldungen in Österreich-Ungarn (Gesamtfläche über 200 000 Hektar) waren oder wurden. Der Wert der in deutschem Besitz befindlichen Ländereien wurde allein im ungarischen Teil des Reiches auf 100 Millionen Mark berechnet.<sup>15</sup>

Trotzdem bedeutete das alles zusammengekommen noch keine deutsche wirtschaftliche Hegemonie in Österreich-Ungarn. Weder die Handels-, Industrie- und Finanzinteressen Österreichs, die einen Ausweg auf dem Balkan suchten, noch die Agrarinteressen Ungarns waren zu damaliger Zeit dem deutschen Einfluß voll untergeordnet. Aber ein Anwachsen dieses Einflusses war zu verzeichnen, und das mußte für beide Mächte auch in außenpolitischer Hinsicht Folgen nach sich ziehen. Die herrschenden Kreise Österreich-Ungarns nahmen auch weiterhin ihre Interessen wahr, die mit den deutschen Interessen nicht immer übereinstimmten und in einigen Fragen sogar auseinandergingen. Anderseits waren der deutsche Imperialismus und seine Diplomatie bestrebt, ihren in Österreich-Ungarn gewachsenen wirtschaftlichen Einfluß auszunutzen, um auch politische Ziele zu erreichen. Einige Jahrzehnte vorher hatte sich Preußen gegen eine Zollunion mit Österreich gestraubt, da es erkannte, daß dies letztlich den Verlust seiner Vorherrschaft in Deutschland nach sich ziehen würde. Mitte der neunziger Jahre, als sich die Grundlagen des Imperialismus in Deutsch-

<sup>15</sup> „Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“. Zusammengestellt im Reichsmarineamt, Reichstag, 1905–1906, Zweiter Anlageband, Aktenstück Nr. 67, S. 1708.

land bereits ausgebildet hatten, kam die Bewegung für eine solche Union wieder auf.

Der Werbetrommler für diese Union war der Alldeutsche Verband.<sup>16</sup> Seine Propaganda schien dem Kurs der Regierungspolitik zunächst nicht zu entsprechen. Während die deutsche Regierung den Zollkrieg gegen Österreich-Ungarn noch nicht eingestellt hatte, begannen die alldeutschen Organisationen bereits zu fordern, dieses solle in wirtschaftlicher Hinsicht absorbiert werden. Während die deutsche Regierung den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn erneuerte, forderten die alldeutschen Organisationen ungeniert die Aufrichtung der politischen Herrschaft über Österreich-Ungarn und dessen Umwandlung in ein koloniales Hinterland. „Deutschland hat zuviel Fürsten, Österreich zuviel Völker“, „Österreich braucht unsere Kolonisten, und Deutschland braucht Österreich für seine Kolonisten“, „Österreich bedarf einer herrschenden Rasse, und Herren können in Österreich nur die Deutschen sein“ -- diese und ähnliche politische Aphorismen – in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes entstanden – waren bereits im Umlauf.<sup>17</sup> In ihren weitverbreiteten anonymen Pamphleten forderten diese Kreise die politische Annexion Österreichs, und zwar nicht in ferner Zukunft, sondern unverzüglich. Sie erblickten darin den Ansatz zur Schaffung „Großdeutschlands“ und „Mitteleuropas“<sup>18</sup> von der Nordsee bis zu den Ausläufern des Balkans und von der Ostsee bis zur Adria. Sie rückten die Idee des „Deutschtums“ in den Vordergrund und traten offen gegen die

<sup>16</sup> Mitte der neunziger Jahre betätigte sich auf dem Gebiet der alldeutschen Propaganda für die Ideen der „mitteleuropäischen oder wenigstens deutsch-österreichischen Zollunion“ ein gewisser Dr. Zöpfl. Im April 1895 sprach er auf der Alldeutschen Konferenz in Berlin und entwickelte dort Ansichten der Art, daß als Grundlage einer solchen wirtschaftlichen und Zollvereinigung der Bau eines Kanals notwendig sei, der den Main, die Elbe und die Oder mit der Donau verbinden sollte. Bald darauf wurden auf seine Initiative der „Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt“, der „Verein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern“ und der „Donauverein“ in Wien gegründet. All diesen Vereinen wurde die Aufgabe übertragen, die Verwirklichung der wirtschaftlichen Projekte Zöpfl's, die mit noch umfassenderen politischen Aufgaben des Alldeutschen Verbandes verknüpft waren, vorzubereiten. (Siehe André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, Paris 1901, S. 208/209.)

<sup>17</sup> Siehe die Broschüre eines Alldeutschen mit dem französischen Namen Paul de Lagarde, „Deutsche Schriften“, München 1934. Sein richtiger Familienname war Bötticher. Aber er vertauschte ihn offenbar noch vor seiner Wandlung zu einem Alldeutschen gegen den französischen Familiennamen seiner Mutter. (Ф. Порштин, „Гитлеризм и прусско-германский империализм“; „Исторический журнал“, 1942, Nr. 6, S. 73.)

<sup>18</sup> Siehe zum Beispiel die bekannte Broschüre eines anonymen Verfassers „Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950“. Von einem Alldeutschen, Berlin 1895.

Ungarn und vor allem gegen die Slawen auf, wobei sie sowohl die einen als auch die anderen als einen „Ballast der Geschichte“ bezeichneten, der die Verwirklichung ihrer Eroberungspläne in Mitteleuropa verhindere. Das waren Pläne äußerst imperialistischen Charakters. Als Bismarck, der preußische Junker, einmal gefragt wurde, ob er dem Anschluß der österreichischen Länder an Deutschland zustimmen würde, antwortete er: „Ich versichere: Wenn man mir morgen Ober- und Niederösterreich angeboten hätte, ich würde dieses Angebot ablehnen. Sie sind von uns zu weit entfernt. Könnten aber Prag und Wien ihre Lage wechseln, würde ich nicht *nein* sagen.“<sup>19</sup> Somit war das tschechische Volk für Bismarck der Stein des Anstoßes auf dem Wege zur Eingliederung Österreichs, und Bismarck stellte das in Rechnung. Der österreichisch-ungarische Dualismus als das politische System, das die slawische Bewegung im Habsburger Reich unterdrückte und ihm selbst das Bündnis mit dem Habsburger Reich sicherte, kam ihm sehr zustatten. Doch die alldutschen Imperialisten begnügten sich mit diesen Möglichkeiten nicht. Sie hielten es für unbedingt notwendig, dieses Hindernis (das tschechische Volk und die anderen slawischen Völker) auf dem Wege zur Unterwerfung Österreichs und zur Schaffung des großdeutschen Reiches in Mitteleuropa aus dem Wege zu räumen. „Alle Slawen hassen uns, weil sie wissen, daß unser Leben ihr Tod ist.“<sup>20</sup>

Das waren die ersten Keime der kannibalischen Ideologie des Pangermanismus, denen in der Zukunft so unheilvolle Triebe entsprossen. Die deutschen herrschenden und regierenden Kreise waren dabei nicht ganz unbeteiligt. Nicht nur, daß sie die Idee der „Germanisierung“ Österreich-Ungarns und vor allem seiner slawischen Länder nicht bekämpften, sie begannen im politischen Kampf um den Einfluß in Mitteleuropa sich selbst (zunächst zwar vorsichtig, aber dann immer aktiver) auf diese Ideen zu stützen.

Die deutschen herrschenden Kreise spielten die zwischen dem ungarischen und dem österreichischen Teil des Habsburger Reiches bestehende und trotz der gemeinsamen Feindschaft gegen das slawische Element nicht erlöschende Rivalität weiterhin aus und begannen schon damals unmittelbar in den Kampf der zahlreichen Parteien Österreich-Ungarns einzugreifen. Sie waren bestrebt, aus diesen einen Kern zu bilden, der durch sein wirkliches oder scheinbares Gewicht den politischen Kurs des Wiener Kabinetts in dem von ihnen benötigten Sinne beeinflussen konnte. Nach und nach gerieten in ihre Hände zwei neue Hebel, die trotz unterschiedlicher Methoden letztlich den allgemeinen Zielen des deutschen Imperialismus

<sup>19</sup> Zitiert nach André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 63.

<sup>20</sup> Paul de Lagarde, „Deutsche Schriften“.

dienten. In Österreich war das die sogenannte Deutsche Partei, die antislawisch, antisemitisch und antikatholisch zugleich war. Ihr Führer Schönerer, der mit dem Alldeutschen Verband in engen Beziehungen stand, war der eifrigste Prediger der Ideen des „Deutschtums“. Die offizielle deutsche Diplomatie in Wien und Budapest versuchte den Eindruck zu erwecken, als hätte sie mit seiner Propaganda nichts zu tun, aber einige konsularische Vertreter Deutschlands in den slawischen Ländern Österreich-Ungarns unterstützten sie offen, insbesondere, soweit sie antislawischen Charakter trug.<sup>21</sup> Die marktschreierische und demagogische Straßenagitation Schönerers machte gewissen Eindruck, der jedoch in keiner Weise dem relativ unbedeutenden spezifischen Gewicht der von ihm vertretenen politischen Bewegung entsprach. Diese Bewegung entstand auf österreichischem Boden, aber ihre unterirdischen Wurzeln wurden ausschließlich aus Deutschland gespeist.<sup>22</sup> Von dorthier kamen die materiellen Mittel, dort schöpfte man auch die „Ideen“.

In politischer Hinsicht weit bedeutender und mehrversprechend waren die Möglichkeiten, den anderen Hebel – in Deutschland selbst – anzusetzen. Die Regierungskreise konnten mit Befriedigung feststellen, wie rasch und erfolgreich sich die Ideen des „Deutschtums“ in den führenden Kreisen der deutschen Katholiken ausbreiteten.

Nach dem Mißerfolg des Bismarckschen Kulturkampfes verstärkte sich der politische Einfluß dieser Kreise, und für den deutschen Imperialismus war es äußerst wichtig, sich ihre Unterstützung zu sichern. Die alten partikularistischen Stimmungen unter diesen Elementen, über die Bismarck seinerzeit herfiel, hatten beträchtlich nachgelassen. Sie wurden nach und nach durch neue Stimmungen zugunsten der Behauptung und Erweiterung der Macht des Deutschen Reiches ersetzt. Diese Ideen haben unter gewissen Kirchenfürsten Verbreitung gefunden, die den Geist der Zeit verspürten, sich ihm anpaßten und geneigt waren, die imperialistische Politik der Regierung zu unterstützen. In einigen Fällen eilten sie auf diesem Wege weit

<sup>21</sup> So hat zum Beispiel der deutsche Konsul in Sarajewo, Freiherr von Seckendorff, die alldeutsche Propaganda so hemmungslos betrieben, daß die deutsche Regierung ihn auf Verlangen des bosnischen Gouverneurs abberief, aber bald darauf zum Konsul in Prag ernannte. (André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 251–253.

<sup>22</sup> Im Jahre 1897 wurde in München der Odin-Verein, eine alldeutsche Organisation, gegründet, deren Tätigkeit sich innerhalb der Grenzen Österreichs abspielte. Sein Organ, das „Kampfblatt für die alldeutsche Bewegung“ betrieb ausschließlich antislawische Propaganda. Schon vorher hatten die Alldeutschen ihre Arbeit in Österreich begonnen, wobei sie sich der protestantischen Glaubensorganisationen „Gustav-Adolf-Verein“ (gegründet im Jahre 1894), „Evangelischer Bund“ u. a. bedienten. Siehe Ф. А. Ротштейн, «Из истории прусско-германской империи», Moskau-Leningrad 1948, S. 203 ff.



voraus. So zählte zum Beispiel der Bischof von Breslau, Kopp, ein persönlicher Freund Kaiser Wilhelms, zu den Anhängern der alldeutschen Idee des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich. Er war der Meinung, daß das katholische Element durch den Anschluß Österreichs zur dominierenden politischen Kraft im Deutschen Reich (26 Millionen Katholiken gegen 31,5 Millionen Protestanten) werden würde und daß dann der Vatikan, der in Fragen der Weltpolitik traditionsgemäß Frankreich unterstützte, seine Orientierung ändern und seinen mächtigen Einfluß zur Unterstützung Deutschlands einsetzen müßte.<sup>23</sup> Die deutsche Regierung war daran interessiert, den Einfluß des Katholizismus in Fragen der Außenpolitik auszunutzen.

Zugleich war sie bestrebt, sich in Österreich auch die antikatholische Bewegung zunutze zu machen. Schönerer, der mit dem Alldeutschen Verband in engen Beziehungen stand, bemühte sich, dieser Bewegung einen politischen und Massencharakter zu verleihen. Seine Parole „Los von Rom“, das heißt vom Vatikan, sollte den Anschluß an Berlin bedeuten. Bald darauf ebte jedoch diese künstlich geschaffene Bewegung ab, ohne jene Bedeutung erhalten zu haben, mit der ihre Initiatoren gerechnet hatten. Aber die Annäherung zwischen dem Imperialismus und dem Katholizismus in Deutschland selbst wurde noch enger und verwandelte sich bald darauf in einen wesentlichen Faktor der Innen- und Außenpolitik des Reiches. Das Bismarcksche Bündnis mit Österreich-Ungarn genoß die Unterstützung aller junkerlichen und bürgerlichen politischen Parteien, und selbst die Sozialdemokraten hielten es für notwendig, es zu festigen, da sie in ihm eine Stütze im Kampf gegen das zaristische Rußland erblickten. Sie merkten nicht oder wollten es nicht merken, daß unter der Flagge der Festigung dieses seiner Form nach defensiven und seinem Wesen nach aggressiven Bündnisses neue Tendenzen rein imperialistischen Charakters Gestalt anzunehmen begannen. Während diese Tendenzen in Österreich-Ungarn in bezug auf die Balkanhalbinsel zutage traten, äußerten sie sich in der Außenpolitik Deutschlands auch in bezug auf Österreich-Ungarn selbst. In dieser Wendeperiode, als sich in Deutschland das System des Finanzkapitals und des Imperialismus schon endgültig zu bilden begann, entspann sich der Kampf um seinen dominierenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß auch innerhalb der Grenzen des Habsburger Reiches. Aber die in Österreich-Ungarn herrschenden Klassen konnten und wollten auf ihre eigenen Interessen in der Außenpolitik nicht verzichten. Sie verteidigten diese Interessen im Rahmen des bestehenden Dreibunds und strebten danach, ihre seit Jahrhunderten gewohnte Selbständigkeit als Großmacht zu behaupten.

<sup>23</sup> André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 79/80.

Die alten Tendenzen der österreichisch-preußischen Rivalität traten zurück, verschwanden aber nicht gänzlich; auf dem Gebiet der diplomatischen Beziehungen fanden die neuen Tendenzen imperialistischer Natur stärkeren Ausdruck.

## 3

Die Habsburger Doppelmonarchie, die sich durch ein gewisses Gleichgewicht der politischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie und der ungarischen Agrararistokratie hielt, trat in die Periode einer schweren inneren Krise ein, im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Klassenkampf innerhalb der beiden herrschenden nationalen Elemente und der politische Kampf zwischen den sozialen Oberschichten dieser Elemente um den dominierenden Einfluß in der Monarchie durch das Wachstum der demokratischen Bewegung der slawischen Völker in den tschechischen Ländern und vor allem in den südlichen an Serbien und an die slawischen Gebiete des Türkischen Reiches grenzenden Landesgebieten verwickelter wurde. Diese nationaldemokratische Bewegung, die den größeren Teil der 17 Millionen starken slawischen Bevölkerung Österreich-Ungarns erfaßte, wurde zu einem ernstesten Faktor der Innen- und Außenpolitik der Doppelmonarchie. Sie alarmierte auch die herrschenden Klassen Deutschlands, die sich darüber im klaren waren, daß dieser Faktor bei weiterer Verstärkung seiner Auswirkung in dem komplizierten nationalen und sozialen Konglomerat Österreich-Ungarns den politischen Kurs der Monarchie in einer Richtung verändern konnte, die den Interessen dieser Klassen nicht entsprach. Deshalb versicherte die österreichisch-ungarische Diplomatie ihren deutschen Verbündeten mehr als einmal, „daß eine Vermehrung südslawischer Elemente im Interesse der Erhaltung des Gleichgewichts der österreichisch-ungarischen Monarchie kaum erwünscht sein würde“<sup>24</sup>.

Die an der Unterdrückung der demokratischen Bewegung slawischer Völker interessierten herrschenden Klassen der Doppelmonarchie befürchteten damals, daß eine Vergrößerung auf Kosten des Anschlusses neuer südslawischer Gebiete diese Bewegung im Lande verstärken und für ihre Herrschaft eine unmittelbare Gefahr schaffen würde. Hinzu kamen noch die besonderen Interessen der in der Monarchie einflußreichsten Elemente. Die ungarischen Großagrarier, die auf dem Binnenmarkt bereits die Konkurrenz der polnischen und tschechischen Agrarier verspürten, waren bestrebt, die Zollmauer zu festigen, die ihnen den dominierenden Einfluß auf diesem Markte gewährleistete und sie von der Konkurrenz der in den slawischen Gebieten des Balkans erzeugten billigen Rohstoffe befreite. Der

<sup>24</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2886, Marschall an Eulenburg, 4. Februar 1896.

Anschluß neuer Agrargebiete mit slawischer Bevölkerung dagegen hätte diese Mauer zerstört und die ungarischen Gutsbesitzer der Möglichkeit beraubt, innerhalb der Grenzen des ganzen Reiches hohe Preise für landwirtschaftliche Produkte zu diktieren. Man hätte sagen können, die ungarischen Agrarier seien an der wirtschaftlichen Isolierung von den Nachbarländern der Balkanhalbinsel interessiert gewesen, wenn sie nicht den Kampf um die Sicherung der Wege ihres landwirtschaftlichen Exports auf der Donau und besonders über Saloniki fortgesetzt hätten. Die ungarischen Magnaten wurden um so größere Feinde der nationalen Bewegung der Südslawen innerhalb und außerhalb der Grenzen der Monarchie, als sie um die in gewissen Kreisen der alten österreichischen Aristokratie aufgetauchten Projekte wußten, das slawische Element als neue Stütze der Monarchie heranzuziehen. Darin erblickten sie eine Bedrohung ihres Einflusses im Lande. Die österreichische Industrie-, Finanz- und Handelsbourgeoisie war in nicht geringerem Maße als die ungarischen Magnaten politisch daran interessiert, in der Monarchie keine Stärkung der slawischen Völker und ihrer demokratischen Bewegung zuzulassen. Außerdem brauchte sie die Balkanländer als Sphäre der wirtschaftlichen Expansion. Nachdem die österreichische Bourgeoisie ihren Einfluß auf dem italienischen und deutschen Markt eingebüßt hatte, wurden die slawischen Balkanländer ebenso wie der europäische Teil der Türkei, der zum großen Teil von slawischen Völkern besiedelt war, zum Hauptabsatzmarkt für ihre Waren und teilweise zum Anlageplatz für ihre Kapitalien. So gestalteten sich die Hauptinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Balkan: „wirtschaftliche Hegemonie ohne politische Annexion“<sup>25</sup>.

Die erfolgreiche Verwirklichung dieser Interessen wäre gewährleistet gewesen, wenn es Österreich-Ungarn gelungen wäre, auch einen dominierenden politischen Einfluß auf dem Balkan auszuüben. Andererseits hätte seine politische Kontrolle über die südslawischen Staaten auch den Kampf gegen die zum Leben erwachten slawischen Völker innerhalb der Habsburger Monarchie selbst erleichtert. Indessen geriet der Einfluß Österreich-Ungarns auf dem Balkan gerade zu dieser Zeit, Mitte der neunziger Jahre, ins Wanken. Mit seiner fast ungeteilten politischen Herrschaft in Bulgarien war es vorbei, und das brachte Verluste auch wirtschaftlicher Natur mit sich. In Serbien hatte der wirtschaftliche Einfluß der österreichischen Bourgeoisie zu dieser Zeit nicht nachgelassen, sondern sich vielleicht noch verstärkt. Aber dafür war das politische Protektorat der Habsburger Monarchie, das sich dort zehn Jahre gehalten hatte, mit dem Sturz des Fürsten Milan faktisch zu Ende. Somit büßte Österreich-Ungarn den dominierenden politi-

<sup>25</sup> В. М. Хвостов, «Ближневосточный кризис 1895—97 гг.»; «Историк-марксист», Bd. XIII, Moskau 1929, S. 40.

schen Einfluß in diesen beiden slawischen Ländern ein.<sup>26</sup> Sein Einfluß wurde schwächer, und zwar in dem Maße, wie sich der Einfluß Rußlands verstärkte. Im August 1895 erklärte der österreichische Kaiser Franz Joseph, durch die auf dem Balkan entstandene Lage beunruhigt, dem deutschen Botschafter in Wien, Grafen Eulenburg: „Ich werde niemals dulden, daß Rußland allein seine Hand auf Bulgarien hält.“<sup>27</sup> „Was denn?“ reagierte darauf Wilhelm. Der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Goluchowski hat nicht einmal in Gesprächen mit russischen Diplomaten ein Hehl daraus gemacht, daß er in seiner Politik den entschlossenen antirussischen Kurs einschlagen werde. Er versuchte dabei, die in der Türkei entstandene Lage auszunutzen.

Das riesige Türkische Reich, das — auf drei Kontinenten, Afrika, Asien und Europa, gelegen — das Mittelmeer umschloß und sich von der Nordküste Afrikas bis zum Arabischen Golf sowie von den Küsten des Adriatischen Meeres bis nach Transkaukasien erstreckte, machte eine innere Krise durch, die noch stärker war als jene, die den Habsburger Nationalitätenstaat erschütterte. Um den Zerfall seines Reiches aufzuhalten, und vor allem um die Macht in seinen Händen zu behalten, betrieb Sultan Abdul Hamid ständig ein blutiges Spiel großen Maßstabes, indem er die in der Türkei lebenden Völker verschiedener nationaler und religiöser Zugehörigkeit aufeinanderhetzte. Mitte der neunziger Jahre wurde das armenische Volk, das in kompakten Massen in Kleinasien, vor allem im östlichen Teil, sowie in der Hauptstadt der Türkei lebte, erneut das Opfer dieses Spiels des grausamen Despoten. Im Sommer 1894 organisierten die türkischen Behörden ein Gemetzel unter der armenischen Bevölkerung in Samsun und im September des folgenden Jahres blutige Pogrome in Erserum, Trabzon, Bitlis, Karpuz, Diyarbekir und anderen Orten. Besonders grausam wüteten sie in Urfa, wo dreitausend Armenier, Männer, Frauen und Kinder, in der Ortskirche eingeschlossen und verbrannt wurden.

Die über die türkischen Greuelthaten empörte öffentliche Meinung in Europa forderte Maßnahmen zur Rettung des leidgeprüften armenischen Volkes, aber die Regierungen der Großmächte genierten sich nicht, das Schicksal der Armenier als eins der Objekte des schändlichen diplomatischen Kuhhandels im Kampf um die eventuelle Aufteilung des Erbes des „kranken Mannes“ auszunutzen. Abdul Hamid konnte seine blutige Politik fortsetzen, die von den türkischen Machthabern in folgenden Worten formuliert wurde: Um die „armenische Frage“ aus der Welt zu schaffen, muß man die

<sup>26</sup> Reichskanzler Hohenlohe wies darauf hin, daß die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Finanzinstitute in Serbien und Bulgarien und vor allem die Tätigkeit der Länderbank entgegengesetzte politische Ergebnisse zeitigte: sie trug nicht dazu bei, die Sympathien für Österreich-Ungarn in diesen Ländern zu steigern. (Siehe G. P., Bd. 11, Nr. 2676. Hohenlohe an Eulenburg, 5. März 1896.)

<sup>27</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2488, Eulenburg an Hohenlohe, 8. August 1895.

Armenier selbst aus der Welt schaffen. Er spielte die Gegensätze zwischen den Großmächten, vor allem zwischen England und Rußland aus. Am meisten aber fürchtete er sich vor einem Übereinkommen zwischen diesen beiden rivalisierenden Großmächten, da er sich darüber im klaren war, daß ein solches Übereinkommen zur Aufteilung seiner umfangreichen Besitzungen hätte führen können.

Die deutsche Regierung befürchtete ebenfalls sehr ein englisch-russisches Übereinkommen, aber aus ganz anderen Gründen. Der alte Hohenlohe gab in intimen Kreise zu, es interessiere ihn nicht, wieviel tausend Armenier noch von den Türken ausgerottet würden. In weit stärkerem Maße interessierte ihn etwas anderes: ob England im Zusammenhang mit der armenischen Frage nicht ein Abkommen mit Rußland schließe, diesem die Meerenge überlasse und Ägypten für sich beanspruche. Ein derartiger Ablauf der Ereignisse hätte, so glaubte er, für die deutsche Politik der kolonialen Eroberungen große Schwierigkeiten geschaffen.<sup>28</sup>

Diese Frage bewegte nicht minder die regierende Oberschicht in Österreich-Ungarn, für die ein englisch-russisches Abkommen in Fragen des Nahen Ostens den völligen Zusammenbruch ihrer Politik bedeutet hätte. Im Gespräch mit Philipp Eulenburg, dem persönlichen Freund und Berater Wilhelms II., gab der österreichische Kaiser ebenfalls zu, daß er durch die Verstärkung der Sympathien für Rußland unter der slawischen Bevölkerung der Balkanländer weit mehr beunruhigt sei als über das Schicksal der Armenier.<sup>29</sup> Am meisten aber befürchtete die herrschende Oberschicht in Wien, daß Rußland zum Schutze der Armenier aktiv eingreifen, Konstantinopel besetzen und somit seine Interessen an den Meerengen wahrnehmen werde. „Österreich“, so sagte Goluchowski, „kann nicht Rußland in Konstantinopel dulden..., weil sich die Balkanstaaten (insonderheit Bulgarien) sofort um dieses neue russische Zentrum kristallisieren würden.“<sup>30</sup> Er war der Meinung, daß ein solcher Ablauf der Ereignisse für die Doppelmonarchie die katastrophalsten Folgen haben würde. Aus Angst schrieb er Rußland nicht existierende Pläne einer Einkreisung Österreich-Ungarns „von Krakau bis Cattaro“ zu und wies seinen deutschen Bundesgenossen nach, daß die Verwirklichung dieser Pläne eine unmittelbare Bedrohung nicht nur der wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns auf dem Balkan, sondern auch der Existenzgrundlagen der Habsburger Monarchie und folglich auch des gesamten Dreibunds schaffen würde.<sup>31</sup> Es war klar, daß er die „russische Gefahr“ nach Möglichkeit übertrieb, um sich auf diese Weise die Unter-

<sup>28</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 113.

<sup>29</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2500, Eulenburg an Wilhelm II., 10. November 1895.

<sup>30</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2497, Eulenburg an Hohenlohe, 8. November 1895.

<sup>31</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2490, Lichnowsky an Hohenlohe, 28. Oktober 1895.

stützung Deutschlands im Kampf gegen Rußland zu sichern. Er wies den Deutschen immer wieder nach, Österreich-Ungarn könne es nicht dulden, daß sich Rußland an den Meerengen festsetze, weil die slawischen Völker auf dem Balkan und vor allem Bulgarien ihre Sympathien Rußland zuwenden würden und Österreich-Ungarn seinen Einfluß selbst an der westlichen adriatischen Küste der Balkanhalbinsel einbüßen würde.<sup>32</sup>

Um der Politik Rußlands und dem Wachstum der nationalen Bewegung der slawischen Völker entgegenzuwirken, brachte Goluchowski das Prinzip der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan vor. Das sah so aus, daß Österreich-Ungarn von vornherein auf jegliche territorialen Kompensationen verzichtete, durch die es sich beim Zerfall des Türkischen Reiches hätte schadlos halten können. Aber in Wirklichkeit war das ein erzwungener Verzicht. Die herrschenden Kreise der Habsburger Monarchie befürchteten zu jener Zeit nichts mehr als den Anschluß neuer Gebiete mit slawischer Bevölkerung, da sie sich darüber im klaren waren, daß dies der demokratischen Bewegung der slawischen Völker neue Impulse verleihen und ernstliche Schwierigkeiten in der Doppelmonarchie hervorrufen würde. Goluchowski brachte das wie folgt zum Ausdruck: Kompensationen sind „der Anfang vom Ende“<sup>33</sup>.

Was bedeutete also das von ihm vorgebrachte Prinzip des Status quo? Es bedeutete alles andere als den Verzicht auf aggressive Politik. Im Gegenteil, es bedeutete im Grunde genommen sogar eine Verstärkung dieser Politik, aber in etwas anderen Formen.

In intimen Gesprächen mit Eulenburg entwickelte Franz Joseph den Gedanken, daß Österreich-Ungarn ebenso wie Deutschland an der Erhaltung der Macht des Türkischen Reiches auf dem Balkan, das heißt an der Aufrechterhaltung der blutigen Herrschaft Abdul Hamids über seine slawischen und christlichen Untertanen, interessiert sei. Es war für die Habsburger Monarchie vorteilhaft, wenn das barbarische Türkische Reich die dort lebenden slawischen Völker weiterhin im Zaum hielt. Das erleichterte Österreich-Ungarn den Kampf gegen die slawische Bewegung im eigenen Lande und half zugleich, die eigenen Positionen auf dem Balkan zu festigen und zu erweitern.

Die Politik einer stillschweigenden Verschwörung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei gegen die nationale und demokratische Bewegung der Südslawen konnte natürlich weder in Bulgarien noch in Serbien Erfolg haben. Nur der griechische König — nach den Worten Franz Josephs „türkischer als der Sultan selbst“<sup>34</sup> — war bereit, sie zu unterstützen. Goluchow-

<sup>32</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2497, Eulenburg an Hohenlohe, 8. November 1895.

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2500, Eulenburg an Wilhelm II., 10. November 1895.

ski, der polnische Magnat im Dienste der Habsburger, hoffte stärkere Kräfte in diese Verschwörung einzubeziehen. Da Rußland das Anziehungszentrum für die politischen Sympathien südslawischer Völker blieb und der politische Einfluß Rußlands sich verstärkte, verlieh er seiner Aggressionspolitik eine scharf ausgeprägte rußlandfeindliche Spitze. Auf der Suche nach Unterstützung begann er an die deutsche und dann an die englische Tür zu pochen. In Gesprächen mit Vertretern der deutschen Diplomatie wies er nach, daß eine gemeinsame antirussische und antislawische Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Festigung des gesamten Dreibunds beitragen werde: „Eine Trennung unserer politischen Interessen“, so sagte er ihnen, „sei schon deshalb undenkbar, weil jede Schwächung des einen Bundesgenossen auch den anderen schädigen müsse. Der Orient ginge daher uns geradeso an wie sie.“<sup>35</sup>

Doch selbst Wilhelm begriff, daß die beharrlichen Aufforderungen Goluchowskis, der Welt die Übereinstimmung der politischen Interessen der Dreibundmächte einzureden, nichts anderes als ein Versuch waren, Deutschland in das Fahrwasser der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik hineinzuziehen. Da er befürchtete, daß dieser Weg Deutschland zu einem direkten Zusammenstoß mit Rußland führen könnte, beschloß Wilhelm, diesen Einladungen auszuweichen. In dieser Frage schloß sich ihm auch der Leiter des Auswärtigen Amtes, Marschall von Bieberstein, an. Er belehrte den österreichisch-ungarischen Botschafter Szögyény, der Dreibund sei „keine Zwangsjacke, welche die Handlungsfreiheit seiner Glieder beschränke oder aufhebe. Jeder Staat habe seine speziellen Interessen.“<sup>36</sup>

Indessen war das Interesse des deutschen Imperialismus und folglich auch die Aufmerksamkeit seiner Diplomatie in diesem Augenblick auf Afrika und nicht auf den Balkan konzentriert, und keinerlei Bemühungen und Beschwörungen der österreichisch-ungarischen Diplomatie vermochten diese Sachlage zu ändern. In den leitenden Kreisen des deutschen Imperialismus waren die Pläne zur Knechtung des Nahen Ostens, die einzig und allein die deutsche Diplomatie veranlassen konnten, sich aktiv in die Balkanangelegenheiten einzumischen und den Zusammenstoß mit Rußland zu riskieren, noch nicht ausgereift. Marschall gab das Szögyény mit aller Schärfe und Entschiedenheit zu verstehen. „Die Frage, ob die Russen oder die Türken Konstantinopel besäßen“, sagte er ihm, „ob Bulgarien mehr oder minder sich im russischen Fahrwasser befinde, interessiere uns wenig.“ In diesem Zusammenhang wiederholte er sogar die alte Bismarcksche Phrase darüber, daß die ganze Orientfrage nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert sei. Was Österreich-Ungarn anbetrifft, so könne

<sup>35</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2491, Lichnowsky an Hohenlohe, 30. Oktober 1895.

<sup>36</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2494, Aufzeichnung Marschalls, 4. November 1895.

es seine Politik auf dem Balkan so führen, wie es ihm beliebe: „Das ist nicht unsere Sache“, erklärte er abschließend.<sup>37</sup> Goluchowski erhielt eine klare und kategorische Ablehnung.

Zu gleicher Zeit warnte Eulenburg, der deutsche Botschafter in Wien, Goluchowski, Deutschland werde unter keinen Bedingungen Österreich-Ungarn unterstützen, falls es diesem einfalle, sich wegen der Meerengen auf einen militärischen Zusammenstoß mit Rußland einzulassen. Er handelte so, nachdem er sich der Zustimmung Wilhelms versichert hatte. Die von ihm in dieser Frage bezogene Position zeugte vom Bestreben, sich Rußland zu nähern. Das rief sofort den entschlossenen Widerstand Holsteins hervor.

Anfang November erschienen in der französischen Presse Enthüllungen, wonach die deutsche Regierung, um sich der Unterstützung Rußlands zu versichern, diesem vorgeschlagen habe, einen Geheimvertrag abzuschließen, der die Verpflichtung Deutschlands, Österreich-Ungarn im Falle eines militärischen Zusammenstoßes mit Rußland zu unterstützen, faktisch aufhob. Von Interesse dürfte die Feststellung sein, daß Holstein, der gewöhnlich über geheime und sogar intime Informationen verfügte, diese Mitteilung nicht für falsch hielt. Im Gegenteil, er behauptete, daß Wilhelm in der Tat etwas Ähnliches nach Petersburg weitergeleitet habe.<sup>38</sup> Er erblickte darin die Umtriebe der „Dichter und Dilettanten“; so bezeichnete er Wilhelm und seinen engeren Hofkreis, dessen Seele „Phil“, das heißt Philipp Eulenburg, war, der manche schlechte Balladen und Novellen auf dem Gewissen hatte.<sup>39</sup> An dieser ganzen dunklen Affäre dürfte unbestreitbar sein, daß Wilhelm auf die Gefahr einer Verschärfung der Beziehungen zu England hin Annäherung an Rußland suchte, wobei er dessen Interessen in den Fragen zu befriedigen versprach, an denen der deutsche Imperialismus selbst noch nicht unmittelbar interessiert war. Russische Dokumente bestätigen, daß Wilhelm der Petersburger Regierung in der Tat weitgehende Vorschläge unterbreitete. „Warum nehmen Sie nicht Konstantinopel?“ fragte er den russischen Außenminister, Lobanow-Rostowski. „Ich meinerseits werde keinen Einwand dagegen erheben.“<sup>40</sup>

Anfang November, als die österreichisch-ungarische Regierung, die bereits beschlossen hatte, die armenische Frage zur Entfaltung ihrer Politik

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 120.

<sup>39</sup> Der Verfasser der apologetischen Biographie Eulenburgs ist der Meinung, daß gerade zu diesem Zeitpunkt, Ende 1895, der Kampf zwischen Holstein und Eulenburg begann. (Siehe Reinhold Konrad Muschler, „Philipp zu Eulenburg. Sein Leben und seine Zeit“, Leipzig 1930, S. 407.)

<sup>40</sup> В. М. Хвостов, «Ближневосточный кризис 1895–97 гг.»; «Историк-марксист», Bd. XIII, S. 48.



gegen Rußland auszunutzen, sich um Unterstützung nach Berlin wandte, verhehlte Wilhelm im Gespräch mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Szögyény weder seine starke Verärgerung gegen England noch seine Bereitschaft, Rußland zu unterstützen, falls dieses in Konstantinopel einrücken würde. Um seinen Bundesgenossen zu trösten, schlug ihm Wilhelm vor, er möge sich durch ein entsprechendes „Äquivalent“ schadlos halten. Jedenfalls gab er zu verstehen, daß er Österreich-Ungarn nicht unterstützen werde, falls es in einen militärischen Zusammenstoß mit Rußland gerate.<sup>41</sup>

Holstein war mit dieser Erklärung des Kaisers äußerst unzufrieden, aber keinesfalls, weil er die Balkanpolitik Goluchowskis zu unterstützen für notwendig hielt. Die allzu kategorische Erklärung des Kaisers konnte in Wien den Eindruck erwecken, als hätte sich Deutschland bereits entschlossen, sich der Annäherung an Rußland zuzuneigen, und in diesem Falle, so glaubte Holstein, war es „mit dem Dreibund aus“. Um dem vorzubeugen, arbeitete er einen Aktionsplan aus, den er in die Tat umzusetzen beschloß. „Jetzt sitze ich ganz ruhig und beobachte die Wetterzeichen, groß und klein“, so schrieb er am 12. November 1895, „und bin fest entschlossen, mein Äußerstes zu tun, um zu verhindern, daß Dichter und Dilettanten den Dreibund sprengen, während die franko-russische Liaison bestehen bleibt.“<sup>42</sup> Somit beschloß Holstein, hinter den Kulissen den Kampf gegen den Kaiser und dessen nächste Umgebung aufzunehmen. Aber er konnte nur mit Unterstützung des Reichskanzlers handeln. Diese Unterstützung wurde ihm zuteil.

Ebenso wie Holstein war auch Hohenlohe sehr darüber besorgt, daß die Linie Wilhelms und Eulenburgs Österreich-Ungarn abstoßen und zwingen könnte, neue Wege der Außenpolitik außerhalb des durch das Bündnis mit Deutschland festgelegten Rahmens zu suchen. Holstein war der Meinung (und Hohenlohe stimmte ihm zu), daß, solange Rußland seine Bündnisbeziehungen mit Frankreich nicht abgebrochen oder wenigstens abgeschwächt habe, die Perspektive der Abkehr Österreich-Ungarns von Deutschland äußerst gefährlich sei. Wenn der Dreibund zerfällt, bleibt Deutschland völlig isoliert und wird im Kriegsfall allein einen Zweifrontenkampf führen müssen. Indessen verstärkte sich in Österreich die Bewegung zugunsten der Abkehr von der Dreibundpolitik, vor allem die Bewegung gegen Italien, für ein Abkommen mit Rußland. Einige Kreise der höchsten Aristokratie und Bürokratie waren bereit zuzugeben: „Rußlands sich immer stärker entwickelnder Handel bedarf der Dardanellen.“ Sie hätten mit Rußland und Deutschland gern das „Dreikaiserbündnis“ zu neuem Leben erweckt. Sie

<sup>41</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 118.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 120.

waren gegen die Annäherung an England und vor allem gegen das Bündnis mit Italien. Der diesen Kreisen nahestehende Graf Wolkenstein, der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, hielt die Idee eines Abkommens mit England für „wahnsinnig“. Das Hauptziel dieser Kreise bestand darin, das Bündnis mit Italien zu lösen und, auf das Dreikaiserbündnis gestützt, die Länder zu erobern, die früher von Österreich beherrscht wurden.<sup>43</sup> Aber es gab in Österreich auch eine andere Strömung – ebenfalls zugunsten eines Abkommens mit Rußland, jedoch nicht gemeinsam mit Deutschland, sondern hinter dessen Rücken und sogar gegen dieses gerichtet. Holstein und Hohenlohe hielten diese Richtung für besonders gefährlich. Einflußreiche Anhänger dieser Strömung, Vertreter höchster österreichischer Hofkreise, träumten davon, der gleichberechtigten Stellung des ungarischen Elements in der Monarchie ein Ende zu setzen und den alten Kampf gegen Preußen um den Einfluß in den katholischen Ländern Süddeutschlands aufzunehmen. Sie träumten von einer Revanche für die Niederlage, die ihnen von Preußen 1866 beigebracht worden war. Um dieses Ziel zu erreichen, waren sie bereit – um den Preis einiger Zugeständnisse –, die slawische Bevölkerung der Monarchie (nicht die Polen, die gewöhnlich mit Ungarn paktierten, sondern die Tschechen und die Südslawen) auf ihre Seite zu bringen, während sie auf dem Gebiet der Außenpolitik bereit waren, die aktive Politik auf dem Balkan aufzugeben und ein Bündnis mit Rußland sowie mit dem katholischen Frankreich gegen Preußen-Deutschland zu suchen.<sup>44</sup> Der Zusammenbruch der Politik Goluchowskis hätte diese oppositionellen Strömungen gestärkt, und deren Sieg hätte auch den Zusammenbruch der gesamten Dreibundkombination bedeutet.

Holstein und Hohenlohe hielten diese Gefahr auf jeden Fall für real genug, um Wilhelm mit ihr einschüchtern zu können. Um Österreich-Ungarn im Dreibund zu halten, mußte man die österreichisch-ungarische Balkanpolitik Goluchowskis auf irgendeine Weise unterstützen. Indessen verweigerten Eulenburg und Wilhelm diese Unterstützung unter allen Umständen im voraus. Als Eulenburg eine solche Erklärung in Wien abgab, erwiderte ihm Goluchowski gereizt, Österreich-Ungarn würde, solange er Minister sei, unter keinen Umständen auf seine Politik an den Meerengen verzichten.<sup>45</sup> Die Beziehungen zwischen den Bundesgenossen verschärfen sich. Auf Betreiben Holsteins überzeugte der Reichskanzler den Kaiser davon, daß die entstandene Lage gefährlich werden könne, da sie in Österreich die Positionen der Gegner des Dreibunds stärke. Es wurde beschlossen, an

<sup>43</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2499, Eulenburg an Hohenlohe, 10. November 1895.

<sup>44</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 122; siehe G. P., Bd. 10, Nr. 2501, Hohenlohe an Eulenburg, 11. November 1895.

<sup>45</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2497, Eulenburg an Hohenlohe, 8. November 1895.

Eulenburg eine Instruktion zu schicken, er solle in Wien so handeln, daß die Risse, die sich im österreichisch-deutschen Bündnis zeigen, nach Möglichkeit verschmiert werden. Eulenburg sollte vor einem Krieg gegen Rußland warnen (um so mehr, als Rußland gar keine Absicht hatte, Krieg zu führen) und Goluchowski erklären, Deutschland würde Österreich-Ungarn nicht im Stich lassen, wenn seine Stellung als Großmacht bedroht werde.<sup>46</sup> Das genügte, um Goluchowski etwas zu beruhigen, und bot ihm anderseits keine bestimmten Garantien für den Fall eines Krieges Österreich-Ungarns gegen Rußland.

In diesem von der deutschen Diplomatie bezogenen Standpunkt wirkten sich Interessen imperialistischer Natur vorläufig noch nicht im Nahen Osten, sondern in Afrika stark aus. Deutsche imperialistische Kreise zogen in Betracht, daß man sich, wenn man in Afrika mit England zusammenstoße, nicht zugleich mit Rußland streiten dürfe, sondern Wege zur Annäherung an dieses suchen müsse. Aber Holstein bestand darauf, Deutschland solle einer solchen Annäherung im voraus Grenzen setzen und sie nicht überschreiten, indem es Zugeständnisse machte, die die Grundlagen des Dreibunds untergraben würden. Das bezog sich vor allem auf die Nahostpolitik, wo Deutschland bei eindeutiger Unterstützung Rußlands seine Bundesgenossen (Österreich-Ungarn und Italien) abstoßen würde. „In Ostasien“, so meinte Holstein, „c'est différent (ist es eine andere Sache), das geht den Dreibund nichts an.“<sup>47</sup> In seinem Kopf reiften bereits Pläne für eine aktive diplomatische Unterstützung Rußlands im Fernen Osten heran, damit es dort mit England zusammenstoße. Weitaus komplizierter war die Lage im Nahen Osten, wo Rußland die beiden Bundesgenossen Deutschlands gegen sich hatte. Hätte Deutschland diese aktiv unterstützt, so hätte es in einen Krieg gegen Rußland und möglicherweise auch gegen Frankreich zugleich hineingerissen werden können.

Die Lage wurde dadurch noch verwickelter, daß die österreichisch-ungarische Diplomatie gerade zu dieser Zeit (Anfang November 1895) begann, Anschluß an England zu suchen, in der Hoffnung, sich seiner aktiven Unterstützung gegen Rußland zu versichern. Der englische Premierminister, Salisbury, erweckte in Wien den Eindruck, als wäre er ebenfalls für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan und für Annäherung an den Dreibund. Goluchowski wünschte bestimmte Garantien Englands an Österreich-Ungarn für den Fall, daß die östliche Frage in ein kritisches Stadium trete. Salisbury wich jedoch aus und gab vor, die „öffentliche Meinung“ Englands gestatte es der Regierung nicht, einer anderen Regierung gegenüber irgendwelche Verpflichtungen im Falle eines Krieges einzugehen.

<sup>46</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2501, Hohenlohe an Eulenburg, 11. November 1895.

<sup>47</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 119.

Um aber die Hoffnungen Goluchowskis auf militärische Hilfe Englands nicht schwinden zu lassen, fügte er hinzu: Falls Rußland in Konstantinopel erscheinen sollte, hätte das einen solchen Sturm in der englischen „öffentlichen Meinung“ zur Folge, daß die Regierung werde handeln müssen.<sup>48</sup>

In Berlin wußte man um die englisch-österreichischen Besprechungen und brachte ihnen zwiespältige Gefühle, bald Billigung, bald Mißtrauen entgegen. Die deutsche Diplomatie hätte gern durch Vermittlung Goluchowskis die Pläne Englands sondiert, hätte gern gewußt, ob Salisbury ein Abkommen mit Rußland zu suchen oder umgekehrt gegen dieses zu kämpfen beabsichtigte. Zugleich wurde die deutsche Diplomatie (und nicht ohne Grund) das Gefühl nicht los, die englische Diplomatie, die dem Freund ebenso wie dem Feind gegenüber stets wendig und elastisch war, könne Österreich-Ungarn ausnutzen, es in einen Konflikt mit Rußland hineinhetzen und Deutschland zwingen, die von ihr eingebrockte Suppe auszulöffeln, während sie selbst abseits blieb. In jenen Tagen erwartete man in politischen und Finanzkreisen Berlins einen ernststen Konflikt zwischen England und Rußland und befürchtete, daß auch Deutschland in diesen Konflikt hincingerissen werden könne. Auf der Börse herrschte Unruhe. Die deutsche Presse blähte die englisch-russischen Gegensätze auf, wandte sich aber zugleich an die Industriellen, Kauf- und Finanzleute, um sie zu beruhigen.<sup>49</sup> Anfang November erklärte Marschall dem österreichisch-ungarischen Botschafter Szögyény: „Ein österreichisch-russischer Krieg wegen des Orients mit England als Zuschauer würde nichts sein als die Ausführung des alten englischen Programms, daß England seine Kriege durch andere Staaten führen lasse. Hierfür seien wir nicht zu haben.“<sup>50</sup> Damit war auch der Kaiser einverstanden. Für ihn war das ein Argument mehr, Österreich-Ungarn zu zwingen, sich nicht in einen Konflikt mit Rußland einzulassen und sogar ein Abkommen mit diesem zu suchen. Aber von diesem Abkommen wollte Goluchowski nichts wissen. Überzeugt davon, daß die Interessen Englands mit denen Österreich-Ungarns auf dem Balkan übereinstimmten, nahm er in London gemeinsam mit dem ihm verhaßten italienischen Bundesgenossen Besprechungen über die Erneuerung und Festigung der Mittelmeerentente auf. Als die Besprechungen in London etwas voranzukommen schienen, kam Holstein zu der Schlußfolgerung, daß man sie in deutschem Interesse ausnutzen müßte. Auf sein Betreiben erklärte der Kaiser am 13. November 1895 dem österreichischen Botschafter, „Deutschland werde . . . Österreich-Ungarn vor einem bewaffneten Konflikt

<sup>48</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2493, Hatzfeldt an Hohenlohe, 2. November 1895.

<sup>49</sup> Siehe zum Beispiel den Artikel „Ein kalter Wasserstrahl“ im „Berliner Börsen-Courier“ vom 31. Oktober 1895, Nr. 511.

<sup>50</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2494, Aufzeichnung Marschalls, 4. November 1895.

mit Rußland namentlich dann warnen, wenn England noch nicht fest engagiert sei“. Österreich-Ungarn könne jedoch auf deutsche Unterstützung rechnen, falls seine Großmachtstellung „ohne Provokation seinerseits bedroht werde“<sup>51</sup>.

Als er dies erfuhr, überschlug sich Goluchowski fast vor Dankbarkeit und versicherte Deutschland, daß er an keinerlei Provokationen denke.<sup>52</sup> In Wirklichkeit waren die Versprechungen des Kaisers nicht viel wert. Der Kaiser war selbst der Meinung, daß er seinen österreichischen Bundesgenossen nichts Neues gesagt habe, und das war tatsächlich der Fall, da die Entscheidung in der Frage, ob die „Großmachtstellung“ Österreich-Ungarns bedroht sei, Deutschland überlassen wurde. Aber Holstein hatte sein Ziel erreicht. Die deutsche Regierung hatte nach seinem eigenen Ausdruck, den „zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien entstandenen Riß . . . überbrückt“<sup>53</sup> und zugleich die von Goluchowski mit England geführten Verhandlungen sanktioniert. Wenn es gelungen wäre, die Brücke, die Goluchowski zwischen Wien und London schlug, auszunutzen und England zu veranlassen, sich in einen Konflikt mit Rußland hineinreißen zu lassen, dann hätte man dafür mit offener Unterstützung der österreichisch-ungarischen aggressiven Balkanpolitik zahlen können.<sup>54</sup> Dann hätte sich das Spiel gelohnt! Man mußte dieses Spiel vorsichtig betreiben, die Absichten Englands ständig sondieren und zu diesem Zweck die Bundesgenossen bald vorantreiben, bald, im Gegenteil, ihren Eifer dämpfen. Schon die ersten Schritte in dieser Richtung brachten eine nicht geringe Enttäuschung.

Anfang November begannen in mehreren türkischen Städten erneut die armenischen Pogrome. Die von Regierungsagenten aufgehetzten Kurden veranstalteten in Erserum ein Massengemetzel unter der armenischen Bevölkerung, während die Türken in Diyarbekir ein Blutbad anrichteten, das selbst die allerhand gewöhnten ausländischen Vertreter in der Türkei erschütterte.<sup>55</sup>

<sup>51</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2543, Marshall an Hohenlohe, 15. November 1895.

<sup>52</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2544, Szögyény an Marshall, 17. November 1895; Nr. 2545, Eulenburg an Hohenlohe, 15. November 1895.

<sup>53</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2543, Marshall an Hohenlohe, 15. November 1895.

<sup>54</sup> Am 14. November 1895 teilte Hohenlohe Eulenburg mit: „Seine Majestät sei vollkommen damit einverstanden, daß die drei Mächte, welche sich 1887 im Sinne der Erhaltung des Status quo im Orient verständigten, auf der Grundlage jener Verständigung in einen Gedankenaustausch träten, um eine gemeinsame Haltung angesichts der gegenwärtigen Lage zu verabreden. Deutschland werde in zweiter Reihe hinter den drei Mächten stehen.“ (G. P., Bd. 10, Nr. 2542.)

<sup>55</sup> Freiherr von Saurma, der deutsche Botschafter in der Türkei, teilte am 11. November 1895 mit: „Die Nachrichten, welche nach und nach von Augenzeugen von den Stätten der Massakers hier einlaufen, sind übrigens einfach haarsträubend. Die Umgebung von Erserum ist nur Wüste und rauchender Schutt. Teilweise

Der Kaiser unternahm sofort einen diplomatischen Aufklärungsvorstoß in Rußland. Er fragte den Zaren, wie er auf diese Ereignisse zu reagieren beabsichtige.<sup>56</sup> Er rechnete offenbar damit, die Petersburger Regierung in separate Besprechungen hineinziehen zu können.<sup>57</sup> Der Zar antwortete kühl, daß *alle* ausländischen Botschafter in Konstantinopel darüber nachdenken sollten, wie man weiteres Blutvergießen verhüten könnte.<sup>58</sup> In Berlin bewertete man diese Antwort als den Wunsch Rußlands, unmittelbaren Besprechungen mit Deutschland auszuweichen<sup>59</sup>, und im Zusammenhang damit kam dort die (völlig unbegründete) Vermutung auf, Rußland habe die Absicht, sich diese Ereignisse zunutze zu machen und an den Meerengen selbständig zu handeln. Zugleich wurde in Berlin bekannt, daß Goluchowski einen Aufruf an die Großmächte vorbereite mit dem Vorschlag, eine gemeinsame Flottendemonstration zu veranstalten und Kriegsschiffe in die Dardanellen zu entsenden.<sup>60</sup> Der gleiche Plan entstand auch bei der italienischen Regierung.<sup>61</sup>

In der Erwartung, daß Rußland diesen Plan ablehnen werde, unterstützte die deutsche Regierung ihre Bundesgenossen nicht und erklärte sodann, sie habe beschlossen, sich der Entsendung deutscher Schiffe in türkische Gewässer zu enthalten. Die deutsche Presse begrüßte diesen Beschluß einmütig und motivierte ihn damit, daß Deutschland keine direkten politischen Ziele auf dem Balkan verfolge. „Die Einstellung Deutschlands zu den armenischen Angelegenheiten kann man fast als neutral bezeichnen“, teilte der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, nach Petersburg mit.<sup>62</sup> Offenbar ahnte er nicht, was sich hinter dieser, für die Außenwelt „fast neutralen“ Einstellung der deutschen Regierung verbarg. In Wirklichkeit trieb die deutsche Diplomatie hinter den Kulissen ein Spiel, das für die Sache des Friedens recht gefährlich war.

brennen die Dörfer noch heute. In Erserum wurden die Leichen, die nicht schnell genug beerdigt werden konnten, einfach den Hunden zum Fraß vorgeworfen... Die letzte Metzerei in Diyarbekir soll an Umfang alles übertreffen, was in dieser Richtung bisher dagewesen ist. Nach Aussage des französischen Botschafters — Frankreich allein hat daselbst eine konsularische Vertretung — ist die Zahl der Opfer schwer festzustellen, weil die Getöteten massenweise in die Gluten des brennenden Basars geworfen worden sind. Jammervoll soll es anzusehen sein, wie die Armenier völlig widerstandslos sich gleich Schafen in den Ecken und Winkeln der Straßen abtun lassen.“ (G. P., Bd. 10, Nr. 2457.)

<sup>56</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2452, Wilhelm II. an Nikolaus II., 8. November 1895.

<sup>57</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2455, Aufzeichnung Hohenlohes, 12. November 1895.

<sup>58</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2453, Nikolaus II. an Wilhelm II., 9. November 1895.

<sup>59</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2455, Aufzeichnung Hohenlohes, 12. November 1895.

<sup>60</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2505, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 11. November 1895.

<sup>61</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2502, Bülow an das Auswärtige Amt, 9. November 1895.

<sup>62</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 354, Depesche Osten-Sakens, Nr. 87, Berlin, 29. (17.) November 1895.

Auf den Vorschlag, eine Flottendemonstration zu veranstalten, reagierte die regierende Oberschicht in Berlin sehr nervös. An der Flottendemonstration konnte sich Deutschland aus dem einfachen Grunde nicht beteiligen, weil es kein imposantes Geschwader in der Nähe hatte, während Schiffe vom Fernen Osten abzuherufen für unzumutbar erachtet wurde.<sup>63</sup> Dort bereiteten sich, wie wir noch sehen werden, Ereignisse vor, an denen die deutschen Schiffe den aktivsten Anteil nehmen sollten. Bald darauf wurde das Projekt einer internationalen Demonstration hinfällig, da Rußland diesem Projekt, wie von den Deutschen erwartet, nicht zustimmte. Aber auf die Initiative Holsteins hin versicherte die deutsche Regierung dem blutrünstigen Sultan insgeheim, sie hätte einzig und allein aus Sympathie für ihn auf die Teilnahme an der Demonstration verzichtet.<sup>64</sup> Mit Hilfe des in der Türkei üblichen Bakschischs erfuhren die Engländer von diesen geheimen Versicherungen der Deutschen und teilten sie sofort nach Wien und Rom mit. Die durch diese Entlarvung in Verlegenheit gebrachte deutsche Diplomatie versuchte sich herauszuwinden<sup>65</sup>, aber es half ihr nichts. Die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung — und erst recht die englische — begriffen, daß Deutschland in der Türkei irgendein Spiel zu treiben begann, das ihren Interessen widersprach. Aber das war noch nicht alles und nicht einmal das Wichtigste.

Die deutsche Regierung war der Meinung, daß England die Besprechungen über die Erneuerung der Mittelmeerentente dazu benutze, seine beiden Partner (Österreich-Ungarn und Italien) zu einer Aktion in den Meerengen anzustiften, sie vor Rußland zu kompromittieren und dieses zum Kriege gegen die Dreibundmächte zu provozieren. „Salisbury treibt ein falsches Spiel“, bemerkte Wilhelm.<sup>66</sup> Diese Meinung erhärtete sich noch mehr, als bekannt wurde, daß sich Salisbury an die gleiche Taktik halte, an die sich auch die deutsche Regierung hielt. Er wich einer Antwort auf die Vorschläge Goluchowskis aus, wartete ab, bis sie von Rußland und Frankreich abgelehnt wurden, und hatte dann (genauso wie die deutsche Regierung!) die Absicht, seine Hände in Unschuld zu waschen und sich das in der Türkei

<sup>63</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2513, Marshall an Hohenlohe, 16. November 1895 (siehe Randbemerkung Wilhelms); Nr. 2523, Saurma an das Auswärtige Amt, 19. November 1895 (siehe Randbemerkung Wilhelms).

<sup>64</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2510, Marshall an Saurma, 15. November 1895.

<sup>65</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2529, Marshall an Bülow, 21. November 1895.

<sup>66</sup> „Mir scheint“, so schrieb Hohenlohe, „daß England mehr und mehr zurückzoppt und Österreich vorschieben will, damit es sich Rußland gegenüber kompromittiere, zum Krieg komme, uns mit hineinziehe, und dann gemächlich von seiner Flotte aus zusehen. Goluchowski ist der Mann, der darauf hereinfallen kann. Sein Tatendurst und sein polnischer Haß gegen Rußland führen ihn dazu.“ (Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 122.)

fortdauernde Gemetzel unter der armenischen und überhaupt der christlichen Bevölkerung ruhig mitanzusehen.<sup>67</sup>

Diese Meinung behauptete sich endgültig, als die Mutter Wilhelms, eine ehemalige englische Prinzessin, die noch immer in engen Beziehungen zum St.-James-Hof stand, zur Überraschung ihres Sohnes ein allzu gesteigertes Interesse für die Lage der Armenier in der Türkei zu zeigen begann. Im Gespräch mit Wilhelm schlug sie zur Rettung der Armenier vor, Rußland im Namen der Großmächte ein Mandat zum Einrücken in Konstantinopel und in die Meerengen auszuhändigen. Wilhelm berief sich auf den Standpunkt Österreich-Ungarns und lehnte diesen Vorschlag ab. „Die Österreicher wären Esel, wenn sie sich dem widersetzen wollten“, antwortete ihm die Kaiserin und legte sogleich einen neuen Plan vor. Die Russen sollten die Meerengen erhalten („es ist auch ihr gutes Recht, da sie einen outlet [Ausgang] für ihren Handel haben müssen“), während Österreich-Ungarn sich in Albanien, Montenegro, Serbien und sogar in Mazedonien schadlos halten sollte, da es durch dieses Gebiet freien Zugang nach Saloniki erhalte.<sup>68</sup>

Sowohl Wilhelm als auch Hohenlohe waren überzeugt, daß dieser Plan der Kaiserin von Lord Salisbury durch die Königin Viktoria eingeflüstert worden war und daß er, genauso wie alle anderen von London ausgehenden ähnlichen Projekte einzig und allein das Ziel verfolgte, die europäischen Großmächte aufeinanderzuhetzen, damit England um so leichter seine Eroberungspolitik in Afrika betreiben konnte. In einem besonderen Memorandum formulierte Hohenlohe nachstehende Schlußfolgerungen: „Im Interesse der Dreibundmächte liegt es aber jedenfalls, daß Österreich-Ungarn und Italien zur Dardanellenfrage nicht früher als England feste Stellung nehmen.“ Er ging davon aus, daß, falls in dieser Frage ein Konflikt lediglich zwischen Österreich-Ungarn (und möglicherweise Italien) einerseits und Rußland, das durch Frankreich unterstützt werden würde, anderseits aufflackerte, Deutschland vor die unangenehme Alternative gestellt würde, „entweder seinen beiden Freunden“ (d. h. Österreich-Ungarn und Italien. *A. J.*) „mit bewaffneter Hand Beistand zu leisten oder die Perspektive ins Auge zu fassen, daß nach der Besiegung von Österreich und Italien die siegreiche franko-russische Gruppe dem alsdann isolierten Deutschland ihre Aufmerksamkeit zuwende“<sup>69</sup>. Hohenlohe erblickte die Aufgabe der deutschen Diplomatie darin, diese Alternative zu vermeiden, das heißt der Gefahr des Krieges vorzubeugen, der im Nahen Osten aus-

<sup>67</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2525, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 20. November 1895 (siehe Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 122/123).

<sup>68</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2463, Wilhelm II. an Hohenlohe, 21. November 1895.

<sup>69</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2464, Hohenlohe an Wilhelm II., 22. November 1895.



brechen konnte. Das bedeutet keinesfalls, daß die deutsche Regierung, die Militärclique und die herrschenden Klassen im allgemeinen gegen den Krieg zwischen den Bundesgenossen Deutschlands und Rußland waren. Im Gegenteil, sie waren für diesen Krieg, weil sie in ihm ein Mittel zur Verwirklichung ihrer weitgehenden politischen Ziele erblickten. Mitte November 1895, das heißt gerade als die deutsche Diplomatie hinter den Kulissen bestrebt war, die armenische Frage zur Auslösung eines Krieges ohne eigene Beteiligung auszunutzen, schrieb General Waldersee, der damals den Posten des Kommandeurs des IX. Armeekorps bekleidete, in sein Tagebuch: „Sollten“ (in der Türkei. *A. J.*) „wirklich große Aufstände der Christen erfolgen – bisher scheinen nur die Armenier beteiligt – so treten die ganz verschiedenen Interessen der Mächte in den Vordergrund, und wird dann der europäische Krieg unvermeidlich – das Beste, was uns passieren könnte. Eine geschickte deutsche Politik hätte dann, wie jetzt überhaupt, die größten Chancen.“ Waldersee bedauerte, daß dieser herrliche deutsche Plan zur Entfesselung des Krieges in Europa daran scheiterte, daß Rußland damals keinen Krieg zu führen wünschte.<sup>70</sup>

Für den Krieg war auch Hohenlohe, aber ebenso wie die anderen nur unter der Voraussetzung, daß auch England es für notwendig erachte, zusammen mit Österreich-Ungarn und Italien gegen Rußland Krieg zu führen.<sup>71</sup> Nur darin erblickte die deutsche Diplomatie den Sinn einer Wiedergeburt der Mittelmeerentente. Andernfalls erblickte sie in ihr lediglich einen Versuch Salisburys, „Englands Interessen ohne Englands Mitwirkung verteidigen zu lassen“<sup>72</sup>, und hielt es für notwendig, diesen Plan zu durchkreuzen. Das war der Grund, weshalb sie die Kontrolle über die von ihren Bundesgenossen in London geführten Besprechungen verstärkte und sich zugleich betont einer Einmischung in ihren Verlauf enthielt.

In den letzten Novembertagen lebten diese Besprechungen wieder auf. Salisbury hielt es für notwendig, in Wien die Hoffnung zu wecken, als sei England im Falle eines Krieges gegen Rußland bereit, mit Österreich-Ungarn und seinen Bundesgenossen ein Abkommen oder sogar eine Art formelles Bündnis einzugehen. Darüber berichtete den Deutschen streng vertraulich der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Graf Deym.<sup>73</sup> Das rief in Berlin erneut zwiespältige Gefühle hervor: Hoffnung und Spannung. Die deutsche Diplomatie gab die Hoffnung nicht auf, daß der Ablauf der Ereignisse zu einem Konflikt zwischen Rußland und England auf der Grundlage ihrer Rivalität in Europa und insbesondere in Asien führen

<sup>70</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 361.

<sup>71</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2464, Hohenlohe an Wilhelm II., 22. November 1895.

<sup>72</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2547, Marshall an Hatzfeldt, 20. November 1895.

<sup>73</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2553, Marshall an Eulenburg, 2. Dezember 1895.

würde. Sie glaubte, daß dieser Konflikt unvermeidlich und für den deutschen Imperialismus äußerst günstig sei. Aber sie war sich darüber im klaren, daß, falls diese Hoffnungen und die damit verbundenen Pläne in London oder in Petersburg aufgedeckt wurden, das Ausspielen der Gegensätze zwischen Rußland und England äußerst erschwert worden wäre. Deshalb wurde von vornherein beschlossen, die Bundesgenossen nicht daran zu hindern, mit England zu einem Einvernehmen zu gelangen, aber eine direkte Teilnahme Deutschlands an diesen Besprechungen wurde als „unnötig ebenso wie auch unpraktisch“ anerkannt: „Unnötig“, so erläuterte Marschall, „weil Graf Goluchowski als ruhiger Russenfeind keine Gelegenheit vorübergehen lassen wird, welche geeignet wäre, zu einem Einvernehmen mit England zu führen. Unpraktisch, weil durch die Tatsache unserer Vermittlung zwischen England und Österreich wir mehr, als sich mit unserer allgemeinen Politik verträgt, in den Vordergrund geschoben werden würden.“<sup>74</sup>

Zu dieser Zeit entwickelte sich die „allgemeine Politik“ des deutschen Imperialismus im Zeichen der ersten scharfen Zusammenstöße mit England. Unter diesen Umständen konnte die deutsche Diplomatie kein geeigneter Makler bei den zwischen seinen Bundesgenossen und seinen Gegnern geführten Besprechungen über die Erneuerung der Mittelmeerentente sein. Die Londoner Besprechungen verliefen auch ohnehin in der Atmosphäre der Unstimmigkeit zwischen der österreichisch-ungarischen und der italienischen Diplomatie und des allgemeinen Mißtrauens. Die österreichische und die italienische Diplomatie trauten einander nicht und waren der Meinung, daß die andere allzugern Berlin über alles informiere. Die deutsche Diplomatie traute ihren beiden Bundesgenossen nicht, da sie annahm, daß jeder von ihnen allzugern London über alles informiere. Die englische Diplomatie mißtraute beiden Partnern, der österreichisch-ungarischen wie der italienischen Diplomatie, da sie annahm, hinter ihrem Rücken könnte ihr deutscher Bundesgenosse operieren. Die deutsche Diplomatie mißtraute ihren beiden Bundesgenossen, da sie annahm, hinter ihrem Rücken könnte der englische Gegner operieren. Nachdem sie sich davon überzeugt hatte, daß Salisbury ein Doppelspiel trieb, empfahl sie der italienischen und insbesondere der österreichisch-ungarischen Regierung nachdrücklichst, England nicht zu trauen und sich in keine Besprechungen mit ihm einzulassen. Marschall versuchte Goluchowski davon zu überzeugen, daß England sich nur dann in einen offenen Kampf gegen Rußland einlassen werde, wenn es sehe, daß keiner diesen Kampf für England zu führen beabsichtige; das Beste, was die Dreibundmächte im vorliegenden Fall tun könnten, sei deshalb, nichts zu tun. Er empfahl, sich auf den „Gang der Ereignisse“ zu

<sup>74</sup> Ebenda.

verlassen, der unweigerlich zum Konflikt zwischen England und Rußland führen werde.<sup>75</sup>

Diese Empfehlungen der deutschen Diplomatie machten in Wien keinen Eindruck. Sie zeugten jedoch davon, wie tief die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Frage der Beziehungen zu England geworden waren. In Berlin glaubte man schon nicht mehr an einen Erfolg der Londoner Besprechungen und hielt sie für gefährlich. In Wien dagegen hatte man die Hoffnung, die man auf die Ergebnisse dieser Besprechungen setzte, noch immer nicht aufgegeben und erwartete, daß sie günstig ausfallen werden.

Dabei gingen die deutsche und die österreichische Regierung von einer gemeinsamen Mutmaßung aus. Beide glaubten, daß ein Zusammenstoß zwischen England und Rußland unvermeidlich sei. Sobald sich die Mutmaßung als vage erwies, mußten sowohl die deutsche als auch die österreichische Diplomatie ihre Haltung erneut einer Revision unterziehen.

Am 17. Dezember 1895 sagte der russische Botschafter in Berlin, Graf Osten-Saken, in einem Gespräch mit Marshall, gleichsam nebenbei, die englische Regierung habe Rußland vorgeschlagen, Besprechungen über die Errichtung eines englisch-russischen Kondominiums in Konstantinopel aufzunehmen.<sup>76</sup> Obwohl er hinzufügte, daß man es in Petersburg rundweg abgelehnt habe, diese Besprechungen aufzunehmen, machte seine Mitteilung auf Marshall starken Eindruck.<sup>77</sup> Marshall bat London sofort um eine Erklärung. Noch am Vortage hatte er davon geträumt, welche glänzenden Aussichten sich Deutschland eröffneten, wenn es zwischen England und Rußland zu einem Kriege komme. Jetzt berief er sich auf historische Präzedenzfälle, suchte England damit einzuschüchtern, daß ein Kondominium unweigerlich zum Kriege gegen Rußland führen werde, und mahnte es, auf diesen Plan zu verzichten. Noch am Vorabend warnte er Österreich-

<sup>75</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2565, Marshall an Eulenburg, 19. Dezember 1895.

<sup>76</sup> Bereits Anfang November erhielt Osten-Saken aus „den englischen regierenden Kreisen nahestehenden Kreisen“ eine vertrauliche Information, über die er nach Petersburg folgendes meldete: „Heute hätte das St.-James-Kabinett mehr denn je Gelegenheit, sich der Möglichkeit der Durchführung seiner geheimen Absichten auf Ägypten zu versichern, wenn es in Balkanangelegenheiten Hand in Hand mit Rußland ginge. Die greisenhafte Schwäche des Ottomanischen Reiches und die unhaltbare Lage in Konstantinopel könnten den erwünschten Anlaß zur endgültigen Lösung der jahrhundertalten Meerengenfrage sowie des dominierenden Einflusses am Bosphorus und in Ägypten für die beiden an diesen Sphären am meisten interessierten Mächte, das heißt Rußland und England darstellen.“ (Архив МИД, К. 17, Blatt 344, Depesche Osten-Sakens, Nr. 84, Berlin, 7. November [26. Oktober] 1895.)

<sup>77</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2570, Aufzeichnung Marshalls, 17. Dezember 1895.

Ungarn, man dürfe den Versicherungen Englands nicht glauben. Jetzt versuchte er England nachzuweisen, daß es durch seine Politik nur unerwünschten Verdacht bei Österreich-Ungarn hervorrufen könne.

Mehr noch, er warnte England, daß, wenn es ein Abkommen mit Rußland suche, seine Politik im Widerspruch zu seinen Verpflichtungen als Teilnehmer an der Mittelmearentente von 1887 stehe.<sup>78</sup> Und dabei hatte er noch vor kurzem einem anderen Teilnehmer, Österreich-Ungarn, einreden wollen, daß man auf England unter keinen Umständen rechnen dürfe. Es war klar, daß Marshall ein englisch-russisches Abkommen über Balkanfragen befürchtete und es zu durchkreuzen versuchte.

Aber Wilhelm erschrak noch mehr. Als er den englischen Militärattaché Oberst Swaine traf, begann er die englische Außenpolitik in dem für ihn üblichen erregten und herausfordernden Ton zu beschimpfen, bezeichnete sie als „Farce“ usw. Dabei erklärte er Swaine, er habe in Besprechungen mit Österreich-Ungarn über Balkanfragen sein Einverständnis für die Annäherung Österreich-Ungarns an England gegeben, „aber nur unter der Bedingung, wenn England seine Pläne offen mitteile, zum Ernstfall überginge und positive Garantien für die dasselbe unterstützenden Mächte gewähre“<sup>79</sup>.

Somit schwatzte der Kaiser das Geheimnis der österreichisch-deutschen Besprechungen über die Frage der Einstellung zu England aus. Holstein war außer sich. Er begriff, daß ihm der Kaiser durch seine ungebetene Einmischung das ganze Spiel um die Frage der Erneuerung der Mittelmearentente verdorben hatte. Er forderte Hohenlohe umgehend auf, „einen Krach mit dem Kaiser herbeizuführen“<sup>80</sup>, da die Erklärung des Kaisers mit dem Auswärtigen Amt nicht vereinbart worden war. Aber Hohenlohe wagte das nicht. Die Lage wurde ganz konfus, als Salisbury und Lobanow-Rostowski die Gerüchte über die Pläne eines englisch-russischen Kondominiums in Konstantinopel fast gleichzeitig kategorisch dementierten. Jetzt war es der Kaiser, der in Wut geriet. „Ich lasse mich so nicht weiter behandeln. Entweder Lobanow oder Salisbury, einer hat mich frech belogen und das dulde ich nicht.“<sup>81</sup>

Dieser Zwischenfall ging nicht spurlos vorüber. Die aus London und Petersburg eingetroffenen Versicherungen wiesen darauf hin, daß keinerlei Gründe dafür vorlägen, eine Annäherung oder ein Abkommen zwischen Rußland und England zu befürchten. „Die Tatsache ist gegeben“, so schrieb

<sup>78</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2571, Marshall an Hatzfeldt, 19. Dezember 1895.

<sup>79</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2572, Wilhelm II. an Hohenlohe, 20. Dezember 1895.

<sup>80</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 146.

<sup>81</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2574, Marshall an Wilhelm II., 23. Dezember 1895, Randbemerkung Wilhelms.

Marschall, „daß auf der ganzen Strecke von Skutari bis Korea... England immer als Gegner“ (der russischen Interessen. A. J.) „auftritt.“<sup>82</sup> Es sah so aus, als könne man das von Holstein begonnene Spiel fortsetzen, und Marschall setzte dieses Spiel in der Tat automatisch fort. Im Gespräch mit dem englischen Botschafter Lascelles erklärte er sich im Grunde mit allem solidarisch, was Wilhelm dem Obersten Swaine in so scharfer Form gesagt hatte. Er bestätigte, daß die Besprechungen, die England in London mit den beiden deutschen Bundesgenossen führte, der deutschen Diplomatie kein Vertrauen zu ihm einflößen. Und er fügte auf der Stelle hinzu, er „wisse, daß man auch in England uns mißtraue und den Verdacht habe, daß wir zur Zeit russische Politik trieben. Der Verdacht sei unbegründet: zwischen uns und Petersburg bestehe nichts, was wir zu verheimlichen hätten.“ Sodann versicherte Marschall, Deutschland würde es begrüßen, wenn England tatsächlich mit Österreich-Ungarn und auch mit Italien „auf der Basis völlig paritätischer bindender Verpflichtung“ einig werden würde.<sup>83</sup> Einen Tag später schickte er an Eulenburg die Instruktion, der österreichisch-ungarischen Regierung zu versichern, daß Deutschland den Besprechungen der Teilnehmerländer der Mittelmeerentente überaus wohlwollend gegenüberstehe.<sup>84</sup> Hieraus folgte, daß es der deutschen Diplomatie im Augenblick der Verschärfung ihrer Beziehungen zu England nicht gelang, sich in Angelegenheiten des Nahen Ostens hinter dem Rücken seiner Bundesgenossen zu verstecken. Vor Schreck begann sie zu sprechen, und zwar mit volltönender Stimme. Danach konnte Holstein sein Spiel nicht mehr fortsetzen. Goluchowski, dem die Gerüchte über die englischen Vorschläge an Rußland über das Kondominium ebenfalls zu Ohren gekommen waren, zog seine Schlußfolgerungen. Er sagte zu Eulenburg: „Andererseits bekräftigt mich die Geschichte, der wahre Sachverhalt wird wohl niemals erfahren werden, darin, den neuen accord à trois nur so abzuschließen, daß England absolut gefesselt ist.“<sup>85</sup> Und mit neuer Energie versuchte er, die Besprechungen über das Abkommen mit England voranzutreiben. Aber hierbei erlebte er eine volle Enttäuschung.

Als Hohenlohe Ende Dezember 1895 nach Wien kam, traf er dort in den Regierungskreisen starke Erregung an. Goluchowski war über das Wachsen der slawischen Bewegung auf dem Balkan, insbesondere in Mazedonien, beunruhigt und machte sich Gedanken darüber, welche Maßnahmen der türkische Sultan ergreifen müsse, „um etwaige revolutionäre Bewegungen sofort zu unterdrücken“. Er erzählte Hohenlohe von seinen

<sup>82</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2569, Marschall an Eulenburg, 23. Dezember 1895.

<sup>83</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2573, Aufzeichnung Marschalls, 21. Dezember 1895.

<sup>84</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2569, Marschall an Eulenburg, 23. Dezember 1895.

<sup>85</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2576, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 26. Dezember 1895.

Plänen zur Schaffung einer neuen Mittelmeerentente unter den Bedingungen bindender Verpflichtungen Englands und versprach, die deutsche Regierung über die Londoner Besprechungen auf dem laufenden zu halten. Hohenlohe bemerkte, er bezweifle den Erfolg dieser Besprechungen. Als aber Goluchowski erneut auf das Thema Konstantinopel zurückkam, erwiderte Hohenlohe kühl, er begreife seine Unruhe nicht, wo sich Österreich-Ungarn durch einige Gebiete auf Kosten der Türkei schadlos halten könne. Auf jeden Fall, so erklärte Hohenlohe, sei die Frage Konstantinopels kein ausreichender Grund, deswegen einen europäischen Krieg zu entfesseln.

Mit Kaiser Franz Joseph, der damals stark unter dem Einfluß der Anhänger eines Krieges gegen Rußland stand, sprach der deutsche Reichskanzler in noch bestimmterem Tone. Er erklärte ihm offen heraus, daß Deutschland in der Zange des französisch-russischen Bündnisses keinen Krieg wegen Konstantinopel führen würde. Offenbar wurde das so kategorisch und eindrucksvoll gesagt, daß der Kaiser sich beeilte, ihn seiner Bestrebungen zu versichern, alles mögliche zu tun, um gute Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten.<sup>86</sup> Hohenlohe wußte bereits, daß in der österreichisch-ungarischen Regierung selbst in dieser Frage ernste Unstimmigkeiten herrschten. Zwei Regierungsmitglieder (der Ministerpräsident und der Kriegsminister) hielten es für unmöglich, Krieg gegen Rußland zu führen, und selbst Goluchowski schwankte, obwohl er das vor seinen deutschen Verbündeten verheimlichte.<sup>87</sup> Wie dem auch sei, die Erklärung Hohenlohes war ein Kübel kalten Wassers für Goluchowski und seine Partei, die darauf ausging, Deutschland auf den Weg einer aktiven Politik gegen Rußland zu treiben. Nachdem er eingesehen hatte, daß es ihm nicht gelingen würde, vor allem England in diesen Kampf hineinzuziehen, weigerte sich Hohenlohe, die Balkanpolitik Goluchowskis zu unterstützen, und schlug ihm vor, den Weg der „Kompensationen“ auf Kosten slawischer Gebiete einzuschlagen. Das geschah in den Tagen, als aus Südafrika bereits die Signale einer heranreifenden Krise eintrafen. Unter diesen Umständen war es für die deutsche Diplomatie unmöglich, sich auch noch an der Provozierung einer Krise im Nahen Osten zu beteiligen. Sie kehrte zu ihrer Ausgangsposition zurück und lehnte es ab, ihrem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen Unterstützung gegen Rußland zu versprechen. Als die Krise ausbrach, zahlte Österreich-Ungarn Deutschland mit der gleichen Münze heim. Es unterstützte Deutschland nicht gegen England. Goluchowski rechnete es sich sogar als Verdienst an, daß er nicht zum Schutze der englischen Interessen,

<sup>86</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 145—147.

<sup>87</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2568, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 23. Dezember 1895.

das heißt nicht gegen Deutschland aufzutreten.<sup>88</sup> Soweit waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und seinem österreichisch-ungarischen Verbündeten schon gediehen.

## 4

Nicht minder ernste Meinungsverschiedenheiten brachen zwischen Deutschland und seinem italienischen Bundesgenossen aus. Ihr gemeinsamer historisch entstandener Haß gegen Frankreich zwang beide, noch den gleichen Weg zu gehen. Zwar machte sich der deutsche Generalstab keine Illusionen über die Wirksamkeit der militärischen Hilfe, die Italien Deutschland im Falle eines Krieges gegen Frankreich leisten könnte, aber die deutsche Regierung und der Generalstab hielten es nach wie vor für notwendig, Italien aus Erwägungen strategischer und politischer Natur an den Dreibund zu fesseln. Im Falle eines Krieges gegen Frankreich sollte Italien einen gewissen Teil der französischen Armee fesseln und dadurch die Angriffsoperationen der deutschen Armee im Westen fördern. Außerdem deckte Italien dank seiner geographischen Lage den südwestlichen Teil der österreichischen Grenze und die nahe gelegenen Gebiete der süddeutschen Staaten. Doch nur als Bundesgenosse der mitteleuropäischen Mächte konnte Italien zur Deckung dienen. Als Feind könnte es zum Einfallstor in ihr Gebiet werden. Folglich war Italien für Deutschland nur insofern als Dreibundpartner nützlich, als es als eventueller Teilnehmer an einer Koalition des Feindes nicht gefährlich war. Deshalb wurde Deutschland von der primitiven Berechnung eine Politik diktiert, die Italien in den Reihen der ständigen Feinde Frankreichs hielte. Zu diesem Zweck war die deutsche Diplomatie schon seit den Zeiten Bismarcks bestrebt, das Feld der französisch-italienischen Reibungen zu erweitern, ohne in einigen Fällen davor zurückzuschrecken, hinter den Kulissen die Expansion des französischen Imperialismus in den kolonialen Gebieten zu unterstützen, mit denen auch der junge italienische Imperialismus liebäugelte.

Als sich die italienische Finanz-, Industrie- und Handelsbourgeoisie Hals über Kopf in den Strudel einer aktiven Politik kolonialer Eroberungen stürzte, war das für Deutschland in zweifacher Hinsicht günstig. Erstens hatte die italienische Bourgeoisie, als sie den Weg der kolonialen Expansion beschritt, die wahren nationalen Interessen der italienischen Bevölkerung, die innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie verblieben war, verraten oder zum mindesten in den Hintergrund gerückt. In

<sup>88</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2608, Anmerkung, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 4. Januar 1896.

dem Bestreben, die demokratischen Traditionen aus der Zeit Garibaldis abzuwürgen, schlug die italienische Monarchie, die sich auf den Block der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer stützte, in der Innenpolitik den Kurs auf Stärkung der Reaktion ein, während sie in der Außenpolitik den Kampf gegen die dem italienischen Volk verhaßte Habsburger Monarchie einstellte und sogar ein Bündnis mit ihr einging. Zweitens, je aktiver Italien die koloniale Politik in Afrika entfaltete, um so heftiger und häufiger stieß es mit seinem französischen Rivalen zusammen. Auf diese Weise trachtete die deutsche Diplomatie, indem sie die imperialistischen Bestrebungen der italienischen Bourgeoisie auf Kosten der nationalen Interessen des italienischen Volkes unterstützte, danach, die alten österreichisch-italienischen Gegensätze auszugleichen und die reaktionäre Grundlage des Dreibunds zu festigen. Die herrschenden Klassen in Deutschland waren, ebenso wie die in Österreich-Ungarn, durch das Wachstum der republikanischen und der sozialistischen Arbeiterbewegung in Italien beunruhigt und stets bereit, das monarchische Regime in Italien zu stützen.<sup>89</sup> Dabei war die deutsche Unterstützung der italienischen Kolonialansprüche recht beschränkter Natur. Gewöhnlich gewährte Deutschland sie nur heimlich und vorwiegend dann, wenn die italienische Expansion mit der französischen zusammenstieß. Aber auch in diesem Falle gab Deutschland seinem italienischen Verbündeten keinerlei bestimmte und feste Garantien, schlug aber für sich politische und finanzielle Vorteile heraus.

Die Entfaltung der kolonialen Politik kam Italien sehr teuer zu stehen. Sie erforderte ständigen Aufwand an bedeutenden Kräften und Mitteln, so daß es keinem italienischen Finanzminister gelang, das Defizit im Budget zu stopfen.

Außerdem verspürte Italien nicht geringe wirtschaftliche Schwierigkeiten im Zusammenhang damit, daß Frankreich seit einigen Jahren einen erbitterten Zollkrieg gegen seine Waren und an der Börse gegen seine Wertpapiere führte. Dafür mußte selbstverständlich das italienische Volk zahlen. Der deutsche Imperialismus machte sich auch diese Schwierigkeiten seines Bundesgenossen zunutze. Je stärker die Reibungen zwischen Italien und Frankreich wurden, um so enger mußte sich Italien an das Bündnis mit Deutschland anschließen und um so erfolgreicher vermochte die deutsche Diplomatie, die Hand in Hand mit der deutschen Finanzwelt operierte, ihren Einfluß in Italien zu festigen.

<sup>89</sup> Gerade Mitte der neunziger Jahre flammte in Italien eine umfassende revolutionäre Bewegung auf. Die Gärung, die viele Gebiete erfaßte, nahm in Sizilien die Form einzelner Aufstände an, an denen sich Arbeiter und die Dorfarmut beteiligten. Der italienische Ministerpräsident, Crispi, schlug diese Aufstände grausam nieder und verstärkte danach den Kampf gegen die republikanische und die Arbeiterbewegung.



Die wirtschaftlichen Positionen, die das deutsche Kapital in Italien an sich gerissen hatte, waren bereits recht bedeutend.<sup>90</sup> Zwar hatte sich die deutsche Industrie des italienischen Binnenmarkts noch nicht ganz bemächtigt. Der Export deutscher Waren betrug 1894 nicht viel mehr als 80 Millionen Mark. Dazu wurde diese Summe von der Einfuhr, vorwiegend landwirtschaftlicher Produkte, aus Italien nach Deutschland beträchtlich übertroffen. Im gleichen Jahr 1894 machte sie fast 142 Millionen Mark aus. Ein solches Verhältnis zwischen der Einfuhr und Ausfuhr aus und nach Italien gab den deutschen Agrarkreisen die Möglichkeit zu behaupten, daß Deutschland für sein militärisch-politisches Bündnis mit Italien zu teuer zahlen müsse. Doch dieses von Bismarck geschaffene Bündnis hatte in Deutschland eine militaristische Grundlage und verfolgte aggressive Ziele. Somit entsprach es völlig den Interessen der gleichen Junkerkreise, für die die ständig aufrechterhaltene Feindschaft gegen Frankreich und das ständige Bestreben, gegen Frankreich Krieg zu führen, eine der Grundlagen ihrer Herrschaft in Preußen und der Herrschaft Preußens in Deutschland bildeten.

Letztlich wurden gewisse wirtschaftliche Unkosten des militärisch-politischen Bündnisses mit Italien von den breiten Massen der Bevölkerung deutscher Städte bestritten. Was aber die Großbourgeoisie aus dem Handel, der Industrie und der Finanzwelt betrifft, so zog sie aus der Entwicklung der wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zu Italien zweifache Vorteile. Schon gegen Mitte der neunziger Jahre hatten sich in Italien rund hundert deutsche mehr oder weniger große Handelsfirmen mit einem Kapital von 80 Millionen Mark niedergelassen. Im Süden Italiens befaßten sich diese Firmen mit dem Export von Produkten der italienischen Landwirtschaft nach verschiedenen Ländern, vorwiegend jedoch nach Deutschland. Außerdem befaßten sie sich mit der Einfuhr von Erzeugnissen der deutschen Industrie, vor allem der Textilindustrie. Im Norden Italiens nahmen die deutschen Firmen die Interessen der deutschen metallurgischen, elektrotechnischen und chemischen Industrie wahr. In einer Reihe von Städten bestanden deutsche Kommissionskontore. Noch größere Bedeutung hatte das Eindringen des deutschen Kapitals in einige Zweige der italienischen Volkswirtschaft. Die Deutschen hatten es fertiggebracht, 120 Millionen Mark in der italienischen, vor allem in der Textilindustrie, und rund 150 Millionen Mark in den italienischen Eisenbahngesellschaften zu investieren. Insgesamt erreichten die deutschen Investitionen in Italien nach offiziellen Angaben die Summe von 450 Millionen Mark. Der Haupttrivale Deutschlands war auf diesem Gebiet das französische Bankkapital, dessen Investitionen sich auf 550 Millionen

<sup>90</sup> Siehe „Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“. Zusammengestellt im Reichsmarineamt, Reichstag, 1905–1906, Zweiter Anlageband, Aktenstück Nr. 67, S. 1708.

Mark beliefen. Somit hatte der französisch-deutsche Kampf um den Einfluß in Italien nicht nur einen politischen und strategischen, sondern auch einen finanziellen und ökonomischen Sinn. Die herrschenden Klassen Deutschlands, sowohl die Großagrarien als auch die Großbourgeoisie, waren deshalb daran interessiert, die Spannung sowohl in den politischen als auch in den wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Italien und Frankreich aufrechtzuerhalten.

Mitte der neunziger Jahre schien sich die Situation in dieser Hinsicht für Deutschland günstig zu gestalten. Nach der Ermordung des französischen Präsidenten Carnot durch einen italienischen Anarchisten (Juni 1894) verschlechterten sich jäh die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien. Durch ganz Frankreich, insbesondere durch die südfranzösischen Städte, ging eine Welle stürmischer italienfeindlicher Demonstrationen. Das rief eine frankreichfeindliche Gegenkampagne hervor, die ganz Italien und insbesondere die norditalienischen Städte erfaßte. Die Pariser Börse machte sich das zunutze und begann zu spekulativen und politischen Zwecken eine heftige Offensive gegen die italienische Rente. Der italienische Ministerpräsident, Crispi, ein alter Anhänger des Dreibunds, wandte sich nach Berlin um Hilfe. Dort lag der von Bleichröder, dem Leibbankier Bismarcks, ausgearbeitete Entwurf für die Schaffung eines deutschen Bankinstituts in Italien schon lange bereit. Jetzt begriff die deutsche Regierung, daß der Augenblick gekommen war, dieses Projekt zu verwirklichen. Vertreter deutscher Banken brachen sofort nach Mailand auf und gründeten gemeinsam mit österreichischen sowie Schweizer Bankiers die Banca Commerciale Italiana<sup>91</sup>. Im nächsten Jahr eröffnete die Bank Filialen in anderen großen Industrie- und Handelszentren Norditaliens: in Genua, Florenz und Venedig. Zugleich leiteten die deutschen Banken Operationen zum Schutz der italienischen Rente ein, indem sie diese und auch andere italienische Wertpapiere massenweise aufkauften.

Natürlich war dieser „Schutz“ nicht uneigennützig. Allein die Eisenbahnobligationen brachten jährlich 30 Millionen an Zinsen in die Safes der deutschen Banken ein. Im Jahre 1895 beteiligte sich die Nationalbank für Deutschland an der Gründung eines weiteren großen Bankinstituts *Credito Italiano*. Zugleich führte Crispi Operationen zur Konversion der italienischen Rente durch (er hatte deren Erhöhung bis auf 85 Prozent erreicht) und reorganisierte das Banksystem. Er verstärkte die Rolle der Banca

<sup>91</sup> An der Schaffung dieser Bank beteiligten sich alle deutschen Großbanken: Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Schaaffhausen'scher Bankverein. Gleich in den ersten Jahren ihres Bestehens brachte die Banca Commerciale Italiana 6,5–7 Prozent Dividende. (Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 343/344.)

d'Italia und anderer Großbanken, indem die kleineren Banken liquidiert oder mit den Großbanken verschmolzen wurden.<sup>92</sup> Auf diese Weise waren die größten deutschen und italienischen Banken die Nutznießer all dieser politischen und finanziellen Verwirrungen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die anhaltenden und sich sogar verstärkenden französisch-italienischen Reibungen auch die Wechselbeziehungen zwischen den Dreibundmächten beeinflussten. Vor allem hatten sie gewisse Meinungsverschiedenheiten und gegenseitige Verdächtigungen zwischen den beiden anderen Partnern des Dreibunds — Deutschland und Österreich-Ungarn — zur Folge. Während das erste bestrebt war, die Spannung in den französisch-italienischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, wollte das zweite sie etwas abschwächen. Anfang 1895 richtete die österreichisch-ungarische Regierung an Graf Wolkenstein, den neuernannten Botschafter in Paris, Instruktionen, er solle sich um die Regelung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien bemühen. Das geschah aus der Befürchtung heraus, daß die französisch-italienischen Komplikationen am Mittelmeer auch Österreich-Ungarn in einen Konflikt hineinreißen könnten. Aber in Deutschland rief diese Initiative der österreichischen Diplomatie heftige Unzufriedenheit hervor. Dort kam der Verdacht auf, daß das Wiener Kabinett die Absicht habe, die Schaffung eines Dreibunds lateinischer Mächte vorzubereiten.<sup>93</sup> Bald darauf rief die Tätigkeit der österreichischen Diplomatie auch in Italien Unzufriedenheit hervor. Mitte 1895 kündigte Frankreich, das Italien einen neuen Schlag versetzen wollte, den alten, fast dreißig Jahre bestehenden Handelsvertrag zwischen Italien und Tunis. Wenn Italien diesen für das Land günstigen Vertrag zu erneuern wünschte, sollte es das Protektorat Frankreichs über Tunis anerkennen. Crispi lehnte dieses Ansinnen ab, Österreich-Ungarn dagegen erkannte das Protektorat an. Etwas später folgte ihm auch Deutschland. Die italienische Regierung fühlte sich in dieser Frage von den Bundesgenossen im Stich gelassen.

Aber auch in anderen Fragen, die die italienische Regierung interessierten, erhielt sie von ihren Bundesgenossen nicht die Unterstützung, auf die sie rechnete. Im Laufe des ganzen Jahres 1895 bemühte sie sich energisch um die Unterstützung der imperialistischen Bestrebungen Italiens in Nord- und Ostafrika durch Deutschland und Österreich-Ungarn. Zu diesem Zweck warf Crispi die Frage der Bedingungen für die Erneuerung des Dreibunds auf, dessen Frist im Mai 1897 ablief. Bei den Besprechungen erinnerte er ständig an jene „Opfer“, die Italien durch seinen Kampf gegen Frankreich auf dem Altar des Dreibunds bringe. Aber das machte keinen Eindruck. Nun erzählte Crispi seinen Bundesgenossen, daß Frankreich ihm

<sup>92</sup> *Italicus*, „Italiens Dreibundpolitik 1870—1896“, München 1928, S. 184.

<sup>93</sup> *G. P.*, Bd. 7, Nr. 1460, Marschall an Eulenburg, 19. März 1895.

angeblich Abessinien, Tripolitanien und noch vieles andere anbiete, damit Italien aus dem Dreibund austrete. Das hörte sich wie ein Versuch an, politische Zugeständnisse zu erpressen.

Baron Blanc, der Außenminister in der Regierung Crispi, ging noch weiter. Er versuchte seine Bundesgenossen mit der Drohung einzuschüchtern, falls sie die Eroberungsansprüche Italiens in Afrika nicht unterstützen sollten, würde die Partei der Radikalen die Crispi-Regierung, die Partei der Republikaner aber die Monarchie stürzen, und die Parteien würden auf diese Weise durch vereinte Bemühungen das Bündnis Italiens mit den beiden mitteleuropäischen Großmächten zerstören. Danach warf er die Frage der Bedingungen für die Erneuerung des Dreibunds erneut auf und gab zu verstehen, daß Italien als Preis für die weitere Teilnahme an dieser militärisch-politischen Gruppierung von den anderen zwei Partnern das Versprechen haben möchte, bei der Eroberung Tripolitaniens, das damals zu den Besitzungen des Ottomanischen Reiches gehörte, unterstützt zu werden. Aber das Wiener Kabinett, das sich durch keine Verpflichtungen in afrikanischen Angelegenheiten binden wollte und sich vor allem damals an der Unterstützung der Türkei für interessiert hielt, lehnte diese italienischen Forderungen ab. Auch die deutsche Regierung wies sie unter dem Vorwand ab, der Dreibund verfolge defensive Ziele und stelle keine „Erwerbsgenossenschaft“ dar.<sup>94</sup> Das hinderte natürlich Deutschland selbst nicht daran, sich – in Europa auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien gestützt – in den Kolonien der Eroberungspolitik hinzugeben.

Mehr noch: Der deutsche Imperialismus, der sich zur Entfaltung seiner Aktivität in dieser Richtung vorbereitete, war daran interessiert, seine Position in Europa zu behaupten und zu festigen, und folglich auch daran, daß seine Bundesgenossen ihre Kräfte nicht zersplitterten. Die deutsche Regierung zog in Betracht, daß, falls die aggressiven Kolonialpläne seiner Bundesgenossen – Österreich-Ungarns und Italiens – Deutschland in den Krieg mit den größten europäischen Mächten hineinrissen, dies den Zusammenbruch seiner eigenen weitgehenden politischen Pläne in Europa und an der kolonialen Peripherie nach sich ziehen könnte. Daher das Bestreben der deutschen Diplomatie, die Politik der beiden Bundesgenossen ständig unter Kontrolle zu halten, sie nicht durch offenes Auftreten gegen diese Politik abzustoßen, sich aber auch nicht durch feste Verpflichtungen und durch garantierte Unterstützung zu binden.

Angesichts der wachsenden aggressiven Tendenzen in der Politik aller Dreibundmächte wurde ein solches Manövrieren jedoch immer schwieriger. Das zeigten die nächsten Ereignisse.

<sup>94</sup> Alfred Francis Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914“, Wien-Leipzig 1920, Bd. I, S. 231.

Mitte Juli 1895 setzte Blanc – indem er seine „geheimsten Gedanken“ formulierte – ein umfangreiches Memorandum auf, das der italienischen Diplomatie als Direktive in ihren Beziehungen zu Bundesgenossen und Freunden – Deutschland, Österreich-Ungarn und England – dienen sollte. Die den italienischen Imperialismus interessierende Hauptfrage stellte Blanc in einer fast ultimativen Form: Sind diese Bundesgenossen und Freunde bereit, die kolonialen Ansprüche Italiens aktiv zu unterstützen, oder soll sich Italien auf die Suche nach einer neuen Orientierung in außenpolitischen Angelegenheiten begeben?<sup>95</sup> Bevor Blanc dieses Memorandum verschickte, zeigte er es „unter dem Siegel der Verschwiegenheit“ Bülow. Offenbar maß er der Reaktion in Berlin besondere Bedeutung bei. Aber die deutsche Regierung schickte eine Kopie des Memorandums ebenfalls „unter dem Siegel der Verschwiegenheit“ nach London und Wien. Sie inspirierte das Wiener Kabinett, eine ablehnende Stellung zu beziehen<sup>96</sup>, versuchte aber zugleich in Rom den Eindruck zu erwecken, als stehe sie den italienischen Forderungen „wohlwollend“ gegenüber. Praktisch bedeutete das nichts anderes als den Versuch, England zugunsten der an der Macht befindlichen italienischen Kolonialgeschäftsleute zu beeinflussen. Das zeitigte die unerwartetsten Ergebnisse.

Seit vielen Jahren waren die englisch-italienischen Beziehungen recht innig, und Deutschland, das an einer Isolierung Frankreichs interessiert war, förderte sie gewöhnlich.<sup>97</sup> Die strategische Lage Italiens, die Länge und Schutzlosigkeit seiner Seegrenzen, die gewaltige Überlegenheit der englischen Flotte im Mittelmeer, dessen Eingang und Ausgang von den Engländern kontrolliert wurden, die starke Abhängigkeit von England in den Fragen der Rohstoffeinfuhr, des Außenhandels und der Kolonialpolitik – all das zwang die italienische Regierung, dem Einfluß Englands nachzugeben und ihm in mancher Hinsicht zu folgen. Als der italienische Imperialismus in Abessinien einfiel, genoß er in gewissem Maße die Unterstützung Englands, das einen Riegel vorschieben wollte, um das Eindringen des Einflusses ihres gemeinsamen Rivalen, Frankreichs, nach Abessinien nicht zuzulassen. Aber Anfang 1895 verdüsterten sich die englisch-italienischen Beziehungen etwas. Italien hatte Absichten auf das Gebiet von Zeila in Ostafrika, das es als bequemen Aufmarschraum für das Vorrücken italienischer Truppen in die Tiefe Abessiniens betrachtete; England dagegen,

<sup>95</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2369, Bülow an Hohenlohe, 15. Juli 1895, Anlage, Aide Mémoire.

<sup>96</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2369, Bülow an Hohenlohe, 15. Juli 1895.

<sup>97</sup> So hat zum Beispiel der Kaiser im März 1890 die Anweisung gegeben, den italienischen Ministerpräsidenten ständig in dem Sinne zu beeinflussen, daß er von der Politik der Freundschaft mit England in Mittelmeergelegenheiten nicht abweiche. (G. P., Bd. 8, Nr. 1972.)

das beschlossen hatte, Zeila an sich zu reißen, widersetzte sich diesem Vorhaben. Die deutsche Diplomatie versuchte die sich hieraus ergebenden Reibungen beizulegen, aber ohne Erfolg.<sup>98</sup> Nachdem sie ein halbultimatives Memorandum Blancs erhalten hatten, kamen die „Weisen von Berlin“ zu dem Schluß, daß man doch noch einen Versuch in der gleichen Richtung unternehmen sollte. Wenn die Forderungen Italiens — so glaubten sie — in London den gebührenden Eindruck machten, könnte man den englischen Premierminister, Salisbury, veranlassen, Zeila den italienischen Abenteurern und Kolonialspekulanten hinzuwerfen. Der deutsche Plan war folglich äußerst einfach: die italienische Fronde gegen den Dreibund mit Hilfe Englands und ohne jegliche eigene Unkosten finanzieller, militärischer oder politischer Art zu besänftigen. Zu diesem Zweck sollte Hatzfeldt, der deutsche Botschafter in London, Salisbury Einsicht in die Kopie des Entwurfs des Geheimmemorandums von Blanc nehmen lassen. Nachdem Salisbury das Dokument aufmerksam gelesen hatte, schmunzelte er und sagte: „C'est une femme légitime qui demande à être payée“ (Das ist eine angetraute Frau, die verlangt, daß man sie bezahle)<sup>99</sup>, und er stimmte zu: Man werde zahlen müssen. Es sah so aus, als würde alles gut gehen.

Salisbury gab jedoch zu verstehen, daß er keinesfalls die Absicht habe, Zeila an Italien abzugeben. Statt dessen war er bereit, eine höhere Bezahlung vorzuschlagen als jene, auf die das gierige und widerspenstige Italien rechnen konnte und um die sich sein deutscher Bundesgenosse in London bemühte. Er sagte Hatzfeldt, man könne Italien Albanien und Tripolitarien anbieten.

Eine so unerwartete und außerordentliche Großzügigkeit Englands versetzte die deutsche Diplomatie in Erstaunen, ja, man kann sogar sagen in Bestürzung. Zwischen Berlin und London entspann sich ein lebhafter chiffrierter Briefwechsel. Holstein, der sich wie immer in seine Höhle zurückgezogen hatte, sammelte die ihm zugänglichen Informationen und überlegte, was das zu bedeuten habe. Bald kam er zu dem Schluß, daß der Plan Salisburys die beste Methode sei, den Dreibund zu sprengen.<sup>100</sup> Als unerläßliche Voraussetzung seiner übermäßigen Großzügigkeit forderte Salisbury den Verzicht Italiens auf ostafrikanische Abenteuer. Das aber bedeutete, daß Italien sein ganzes Sinnen und Trachten nicht gegen Abessinien, wo es mit Frankreich zusammenstieß, sondern gegen die Besitzungen des Türkischen Reiches richten sollte, dessen Integrität damals das A und O der österreichisch-ungarischen Politik ausmachte. Das Wiener Kabinett wollte dem Projekt der Aufteilung der Türkei unter keinen Umständen

<sup>98</sup> G. P., Bd. 8, Nr. 2010.

<sup>99</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2372, Hatzfeldt an Holstein, 31. Juli 1895.

<sup>100</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2377, Holstein an Kiderlen, 3. August 1895.

zustimmen, da es sich selbst noch nicht für genügend vorbereitet hielt, um sich an der Aufteilung aktiv zu beteiligen. Die slawische Frage behinderte wie ein Klotz am Bein seine aggressiven Bewegungen auf dem Balkan. Außerdem wollte Österreich-Ungarn seinen italienischen Bundesgenossen unter keinen Umständen auf den Balkan und erst recht nicht nach Albanien lassen, das es als künftiges Objekt der eigenen Eroberungspläne am Adriatischen Meer betrachtete. Die Rivalität zwischen Österreich-Ungarn und seinem italienischen Bundesgenossen bestand in diesem Raum schon damals<sup>101</sup>, und das Projekt Salisburys konnte eine heftige Explosion der zwischen ihnen bestehenden Gegensätze hervorrufen, die Deutschland in eine äußerst schwierige Lage gebracht hätte.

Somit festigte das Projekt Salisburys den Dreibund nicht, es konnte ihn lediglich sprengen. Hatzfeldt behauptete das Gegenteil. Er war der Meinung, daß Salisbury keineswegs die Absicht habe, die Risse zwischen den Dreibundmächten zu vergrößern, und als Beweis hierfür bereit sei, Österreich-Ungarn durch den Ausgang nach Saloniki schadlos zu halten.<sup>102</sup> Aber das konnte keine ausreichende Kompensation sein, vor allem, wenn man den drohenden Widerstand Rußlands in Betracht zog. Nun entwarf Salisbury einen neuen Plan: Befriedigung der Interessen Rußlands an den Meerengen und Gewährung der Möglichkeit für Italien, sich in Tunis und gar in Marokko festzusetzen.<sup>103</sup> Somit sah die neue Variante so aus, als sei sie ausschließlich gegen Frankreich gerichtet und als gehe sie darauf aus, Rußland von Frankreich loszureißen. Das alles war recht verschwommen und unbestimmt, aber Holstein – deutscherseits die richtunggebende Kraft in diesen Besprechungen – war ebenso wie Reichskanzler Hohenlohe geneigt, den englischen Plan in dieser Form als Grundlage für eine Diskussion anzusehen.<sup>104</sup> Doch war es bereits zu spät. Wilhelm, der sich damals in

<sup>101</sup> Walter Schinner, „Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria von seinen Anfängen bis zur Dreibundkrise 1876–1896“, Stuttgart 1936, S. 194/195.

<sup>102</sup> Am 3. August 1895 telegraphierte Hatzfeldt nach einer neuen Unterredung mit Salisbury nach Berlin: „Aus dieser Unterredung und der ganzen Haltung Lord Salisburys habe ich den bestimmten Eindruck gehabt, daß er vor allem, soviel dies von ihm abhängt, die Erhaltung und Kräftigung des Dreibundes wünscht (mehr noch, als sich der italienschen Hilfe, die er nicht übermäßig hoch schätzt, für England zu versichern), selbstverständlich, weil er darin auch die beste Bürgschaft für das englische Interesse erblickt, und daß er sich aus diesem Grunde mit uns über einen Plan verständigen möchte, durch welchen Italien möglichst befriedigt und bei der Stange gehalten würde, ohne daß Österreich darin Grund zur Unzufriedenheit und zum Abfall erblicken könnte.“ (G. P., Bd. 10, Nr. 2375.)

<sup>103</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2381, Hatzfeldt an Holstein, 5. August 1895.

<sup>104</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2382, Holstein an Hohenlohe, 5. August 1895; Nr. 2383, Holstein an Kiderlen, 5. August 1895; Nr. 2384, Hohenlohe an das Auswärtige Amt, 6. August 1895.

England befand, lehnte es, wie ihm Holstein selbst bedeutet hatte, ab, die Besprechungen fortzusetzen, und zwar in einer so groben Form, daß die Engländer es sich für lange Zeit merkten.<sup>105</sup>

Auch die Deutschen merkten sich für lange Zeit den Plan Salisburys. Das war eins der unübertroffenen Beispiele der englischen Heuchelei und des feinen diplomatischen Spiels, das auf Schürung der Gegensätze und Zusammenstöße zwischen den europäischen Mächten ausging. Für Holstein, der sich selbst für einen großen Meister in derartigem Spiel hielt, blieb dieser Plan noch lange Gegenstand der Analyse, um so mehr, als einige seiner Elemente noch am Leben blieben, nachdem der Plan als Ganzes bereits endgültig zu Grabe getragen war. In der Tat, so überlegte sich Holstein, wenn es Deutschland gelungen wäre, seine beiden Bundesgenossen zu zwingen, sich auf der Grundlage des englischen Planes einig zu werden, hätte dann nicht die Aufteilung der türkischen Besitzungen im Mittelmeerraum das Eingreifen Rußlands zur Folge gehabt? Oder, wenn es gleichzeitig gelungen wäre, mit Rußland einig zu werden, indem man seine Interessen an den Meerengen befriedigte, wäre das nicht auf entschlossenen Widerstand der beiden Bundesgenossen Österreich-Ungarn und Italien gestoßen? Wer hätte sie in dem einen und in dem anderen Falle unterstützt – England oder Deutschland? Holstein verdächtigte Salisbury sofort der Absicht, die verwickelte orientalische Frage aufwerfen zu wollen, um die Aufmerksamkeit aller europäischen Mächte auf diese zu konzentrieren, alle miteinander zu entzweien, die Sache zu einem Konflikt zu treiben und England gleichzeitig die Möglichkeit zu bieten, seine Kolonialangelegenheiten ungehindert in Ordnung zu bringen. Den Plan Salisburys bezeichnete er nicht anders als das „Balkanbrandprojekt“<sup>106</sup>. Bald darauf beschloß er selbst, nach dem Vorbild Salisburys, aber im Interesse des deutschen Imperialismus zu handeln.

Es ist schwerlich anzunehmen, daß Salisbury die italienische Regierung über seinen großzügigen Plan und auch über den Schuldigen an seinem Scheitern nicht informiert hatte. Auf jeden Fall konnte ein aufmerksamer und informierter Beobachter schon im Herbst 1895 merken, daß in den herrschenden Kreisen Italiens und vor allem unter den Anhängern der aktiven Kolonialpolitik die Verärgerung gegen Deutschland wuchs. Die halbultimative Forderung Blancs hat keinerlei Ergebnisse gezeitigt. Die Versicherungen der deutschen Diplomatie, daß sie den kolonialen Ansprüchen Italiens „wohlwollend“ gegenüberstehe, waren nicht viel wert. Im Oktober 1895 erneuerte der italienische Imperialismus die Kampfhandlungen gegen

<sup>105</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2385, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 7. August 1895. (Siehe Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 211; Bd. II, S. 284; Bd. III, S. 12.)

<sup>106</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2377, Holstein an Kiderlen, 3. August 1895.



Abessinien und trachtete zugleich danach, daß man ihm das Recht auf irgendeinen fetten Happen in Nordafrika zugestehe. Da er sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht schwach war, brauchte er Unterstützung von außen, und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten, keine deklarative, sondern garantierte Hilfe. Die deutschen Bundesgenossen aber gewährten eine solche Unterstützung nicht, und von der Stellung Englands hing sowohl im Abessinienkriege als auch bei der Eroberungspolitik am Mittelmeer vieles ab. Die zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus aufflammende Rivalität erschwerte die Lage Italiens. Über die damals in den Regierungskreisen Italiens entstandenen Ansichten teilte Bülow nach Berlin folgendes mit: „Italien sei vor allem eine Mittelmeeremacht und könne seine Stellung im Mittelmeer wie in Nordafrika nur behaupten, wenn es an Deutschland und England einen Rückhalt habe. Dieser Rückhalt werde um so schwächer, je mehr sich England und Deutschland voneinander entfernten. Derselbe höre auf, wenn beider Wege sich endgültig trennten... Er halte die Fortführung seiner dreibundfreundlichen Politik für gefährdet, wenn Deutschland und England nicht gute Beziehungen unterhielten.“<sup>107</sup> Aus dieser Mitteilung konnte man schließen, daß sich die italienische Regierung angesichts der wachsenden Gegensätze zwischen England und Deutschland eher England als Deutschland zuneigen begann. Und das war tatsächlich der Fall.

Anfang November 1895 nahm die Regierung Crispi-Blanc die Besprechungen mit England und mit Österreich-Ungarn über die Erneuerung der Mittelmeerrenten auf.<sup>108</sup> Ihr Eroberungsdrang war so stark, daß sie sich zu Beginn der Besprechungen beeilte, der italienischen Flotte den Befehl zu geben, in der Nähe der Dardanellen zu kreuzen, für den Fall, daß es notwendig werden sollte, die armenische Krise zum Handeln auszunutzen. Das rief in Berlin starke Erregung und kategorische Proteste des Kaisers hervor.<sup>109</sup> Die deutsche Regierung forderte umgehend, daß die italienische Flotte unter keinen Umständen irgendwelche Aktionen unternehme, bevor sich England „fest engagiert“ habe, andernfalls würde das ernste Folgen

<sup>107</sup> L. Israel, „England und der orientalische Dreibund“, Stuttgart 1937, S. 92.

<sup>108</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2538, Bülow an Hohenlohe. 3. November 1895.

<sup>109</sup> Als er von dem Befehl Crispis an die italienische Flotte erfuhr, schrieb Wilhelm: „Also war mein Verdacht voll gerechtfertigt. England hat schon Italien bearbeitet und thut es noch um es und damit den 3 Bund zu engagieren, und dies dann Rußland gegenüber zu exploitieren. Unter keinen Umständen dürfen Ital(ienische) Schiffe eher an den Dardanellen erscheinen als bis England sich selbst fest engagiert und Feuer gegeben hat. Italiener an den Dardanellen sind wie ein Brennend Licht am Pulverfaß; und würden Rußlands Argwohn bezüglich unsrer Aufrichtigkeit wachrufen. Das darf nicht sein. England soll die Suppe, die es eingebrockt allein aufessen und seine Schiffe zuerst allein einsetzen. Bülow soll Tag und Nacht über

für den gesamten Dreibund haben.<sup>110</sup> Die Flotte wurde trotzdem in „die türkischen Gewässer“ entsandt, wohin aber verheimlichte die italienische Regierung sogar vor ihren Bundesgenossen. Der unruhige und hastige Blanc verplapperte sich jedoch vor Bülow, indem er sagte, daß „wenn die französische Flotte in Syrien debarkieren sollte, die italienische nach Tripolis dirigiert werden würde“<sup>111</sup>. Die Absichten der italienischen Regierung in der Orientfrage fanden ihren Ausdruck in der Formel Blancs: „Ne provoquer aucune occasion et n'en manquer aucune“ (Keine Gelegenheit provozieren und keine auslassen).<sup>112</sup>

Die deutsche Regierung widersprach nicht den italienischen Plänen einer Wiedergeburt der Mittelmeerentente und billigte sie sogar.<sup>113</sup> Zwischen dem römischen und dem Wiener Kabinett aber traten ernste Unstimmigkeiten über die Bedingungen und Ziele der Besprechungen mit England auf. Goluchowski war bestrebt, den Zerfall des Türkischen Reiches zu verhindern, während Crispi danach trachtete, im Augenblick des Zerfalls nicht zu spät zu kommen und sich rechtzeitig einen guten Happen zu sichern. Goluchowski wollte im gegebenen Augenblick keine neuen slawischen Gebiete in den Verband Österreich-Ungarns eingliedern, da er meinte, daß dies die Krise der Doppelmonarchie verschärfen und ihr Ende beschleunigen würde, während Crispi insgeheim davon träumte, den Einfluß des italienischen Imperialismus auf einige von Slawen besiedelte Gebiete an der Ostküste des Adriatischen Meeres auszudehnen. Aus irgendeinem Grunde war er davon überzeugt, daß es ihm gelingen werde, die Slawen, die Österreich nicht zu assimilieren vermocht hatte, zu „italianisieren“<sup>114</sup>. Das bedeutet, daß Crispi die Absicht hatte, den Westteil der Balkanhalbinsel in ein Kolonialanhängsel des italienischen Imperialismus zu verwandeln, dem konnte Österreich-Ungarn aber, das eigene Ziele verfolgte, nicht zustimmen. Goluchowski war der Meinung, daß die Mittelmeerentente nur unter der Bedingung wirksam sein konnte, daß Deutschland sie aktiv unterstützte, Crispi dagegen hielt diese Unterstützung für überflüssig<sup>115</sup> und war sogar der Meinung, es sei besser, wenn Deutschland in Mittelmeerfragen die „seconde ligne“ (zweite Linie) beziehe.<sup>116</sup> Diese letzte Meinungsverschiedenheit er-

Blanc wachen; vor allem aber Schiffssendung verhindern.“ (G. P., Bd. 10, Nr. 2502, Bülow an das Auswärtige Amt, 9. November 1895.)

<sup>110</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2503, Hohenlohe an Bülow, 10. November 1895.

<sup>111</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2509, Bülow an das Auswärtige Amt, 13. November 1895.

<sup>112</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2504, Bülow an das Auswärtige Amt, 11. November 1895.

<sup>113</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2538, Bülow an Hohenlohe, 8. November 1895.

<sup>114</sup> Francesco Crispi, „Questioni internazionali“, Milano 1913, S. 144.

<sup>115</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2556, Bülow an Hohenlohe, 3. Dezember 1895.

<sup>116</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2539, Bülow an das Auswärtige Amt, 13. November 1895; Nr. 2521, Bülow an das Auswärtige Amt, 19. November 1895.

klärt sich daraus, daß Österreich-Ungarn bestrebt war, sich für den Fall eines Zusammenstoßes mit Rußland wegen der Balkanangelegenheiten die militärische Unterstützung durch Deutschland zu sichern. Italien dagegen hatte nicht die Absicht, gegen Rußland Krieg zu führen, weil sein Eroberungsdrang andere Richtungen einschlug: vor allem nach Ostafrika, dann nach Nordafrika und dann erst nach der adriatischen Küste der Balkanhalbinsel. Zugleich kämpften der italienische Imperialismus und seine Diplomatie auf dem Balkan im Rahmen ihrer Kräfte und Möglichkeiten nicht nur gegen Österreich-Ungarn, sondern auch gegen jenen Zauber, den Rußland, trotz der dort bestehenden Selbstherrschaft des Zaren, auf die slawischen Völker ausübte.<sup>117</sup> In der Stärkung des russischen Einflusses erblickten sie die potentielle Gefahr für die eigenen Eroberungspläne auf dem Balkan. Angesichts des Anwachsens der slawischen Bewegung gestand Blanc Bülow häufig, er sei am meisten über das künftige Schicksal Triests beunruhigt.<sup>118</sup> Dabei standen Triest und das ganze von Slawen besiedelte anliegende Gebiet unter der Herrschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die deutsche Diplomatie war der Meinung, daß Triest auch weiterhin unter dieser Herrschaft verbleiben müsse, bis es in deutsche Hände übergehe. Alldeutsche Kreise behaupteten bereits offen, Deutschland könne nur dann am Mittelmeer als „Weltmacht“ auftreten, wenn es Triest besitze.<sup>119</sup>

Die deutsche Diplomatie versuchte, die Unstimmigkeiten und sogar Gegensätze, die zwischen seinen beiden Bundesgenossen im Laufe ihrer über die Wiedergeburt der Mittelmeerentente mit England geführten Besprechungen auftauchten, nach Möglichkeit beizulegen. Sie bestand darauf, die Bundesgenossen sollten im voraus eine einheitliche Linie festlegen und sich bei den Besprechungen an diese halten. Die politischen Souffleure aus Berlin sagten vor, Italien dürfe sich ebensowenig wie Österreich-Ungarn mit den allgemeinen Phrasen des Abkommens von 1887 zufriedengeben und müsse ihnen formell eine Auslegung geben, wonach England durch bestimmte Verpflichtungen gebunden werde. Blanc, der ständig von Bülow instruiert wurde, versprach, die Anweisungen aus Berlin zu befolgen, und verdiente sich sogar das Lob Wilhelms, weil er die Formel fand, die das Verhältnis Deutschlands zur Mittelmeerentente bestimmte: „in zweiter Linie halten“<sup>120</sup>. Die deutsche Diplomatie hätte allerdings England gern mit Hilfe ihrer Bundesgenossen in die erste Linie des Kampfes gegen Ruß-

<sup>117</sup> Walter Schinner, „Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria“, S. 185 ff.

<sup>118</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2556, Bülow an Hohenlohe, 3. Dezember 1895.

<sup>119</sup> André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 101.

<sup>120</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2550, Bülow an das Auswärtige Amt, 21. November 1895; Nr. 2562, Hatzfeldt an Holstein, 13. Dezember 1895.

land gestellt, aber das gelang ihr nie. Die italienische Politik schwankte die ganze Zeit zwischen England und Deutschland und fand nirgends volle Unterstützung der eigenen Eroberungspläne. Selbst der stets epikuräerhaft ruhige und etwas leichtsinnige Bülow war entsetzt, wenn er sah, wie rasch die italienische Regierung einen Plan verwarf und ihn durch einen ganzen Stapel neuer Pläne ersetzte, die genauso widerspruchsvoll waren wie der erste. „Ich bin ganz aus dem Gleichgewicht gekommen“, wiederholte Blanc. Bülow erklärte das aus dem Charakter Blancs, der unbeständig wie eine Frau war. In Wirklichkeit lagen die Ursachen eines so raschen Wechsels der Stimmungen und der diplomatischen Pläne viel tiefer. Die Außenpolitik des italienischen Imperialismus war in die Phase der Krise getreten.

Das erste, aber bereits beachtliche Anzeichen dieser Krise waren die Niederlagen, die die italienischen Truppen in Abessinien erlitten. Viele überzeugten sich durch Augenschein davon, daß das mit Deutschland und Österreich-Ungarn abgeschlossene Bündnis Italien keinen Nutzen gebracht hatte. Die Irredentabewegung, die in Italien von allen Gegnern des Dreibunds unterstützt wurde, erhob wieder ihr Haupt. Neben der alten Feindschaft gegen die Habsburger Monarchie verstärkte sich auch die feindselige Einstellung zu Deutschland. Crispi und Blanc hätten sich gern, ohne mit Deutschland zu brechen, an die Seite Englands manövriert. Aber angesichts der sich verstärkenden Widersprüche zwischen diesen Großmächten war das nicht allzu leicht, zumal sich, selbst in den kolonialimperialistischen Kreisen Italiens plötzlich starke Verärgerung gegen England zeigte. Diesem wurde vorgeworfen, es habe die italienischen Truppen daran gehindert, Zeila zu besetzen, und somit zu deren Mißerfolg beigetragen. Überall wurden Stimmen laut, daß man neue Wege der Außenpolitik suchen müsse. Einige einflußreiche italienische Zeitungen („Secolo“, „Messaggero“ und andere) schrieben, Deutschland selbst messe dem Dreibund nicht mehr die frühere Bedeutung bei, sondern hege mehr Sympathien für Rußland und Frankreich. Die oppositionelle Partei der Radikalen forderte von Crispi, er solle sein Fiasko eingestehen und Annäherung an Frankreich suchen. Fast in allen politischen Kreisen Italiens stieg das Ansehen Rußlands beträchtlich, und das erhöhte die Zahl der Anhänger einer Annäherung an Rußland. Selbst die nächsten Mitarbeiter Blancs unterstützten seine Politik des Bündnisses mit Deutschland und der Zusammenarbeit mit England nicht und waren der Meinung, sie binde Italien die Hände. Bülow teilte beunruhigt nach Berlin mit, daß die verschiedensten Kreise Italiens eine Politik nach dem Prinzip „*Isolati mai, indipendenti sempre*“ (Nie isoliert, aber immer unabhängig)<sup>121</sup> forderten.

<sup>121</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2556, Bülow an Hohenlohe, 3. Dezember 1895.

Die in Italien entstandene Lage rief in Deutschland ernste Beunruhigung hervor. In Berlin kam die Befürchtung auf, daß Italien den Gehorsam verweigern könne, daß es sich durch die Londoner Besprechungen allzu eng an England binde und zum Werkzeug englischer Politik werde. Dieses Werkzeug wollte der deutsche Imperialismus nicht aus den Händen lassen; er hatte die Absicht, dieses im geeigneten Augenblick gegen England einzusetzen. Nicht geringere Befürchtungen riefen die Nachrichten hervor, wonach einige politische Kräfte in Italien eine Neuorientierung zur Annäherung an Rußland und Frankreich anstrebten. Das würde den völligen Zerfall des Dreibunds bedeutet haben. Man mußte Schritte unternehmen, um den Italienern die Lust dazu zu nehmen, und Reichskanzler Hohenlohe griff in die Angelegenheit ein. Am 20. Dezember 1895 richtete er an Bülow eine Geheiminstruktion, nach der dieser in Rom handeln sollte. Er begann damit, daß er die Hast und die Bereitschaft, mit denen die italienische Regierung bei den Londoner Besprechungen auf eine Annäherung an England ausging, kategorisch verurteilte. Bülow sollte die italienische Regierung davon überzeugen, daß England lediglich den Augenblick abwarte, da die „von London aus angeregte armenisch-türkische Frage ohne *englische* Opfer an Geld und Blut lediglich durch einen allgemeinen Kontinentalkrieg die für England wünschenswerte Lösung erhalte“. Wenn daher Italien die Kaltblütigkeit verliere, werde es lediglich den Bestrebungen Englands in die Hand spielen, seine unüberwindlichen nicht nur im Nahen Osten, sondern in noch stärkerem Maße in Persien und im Fernen Osten bestehenden Gegensätze zu Rußland auf fremde Kosten zu lösen. Wenn Italien umgekehrt kaltes Blut bewahre und nicht sofort ein unter neuen Bedingungen abgeschlossenes Abkommen mit England suche, werde England selbst gegen Rußland vorgehen müssen, und dann könne Italien, wenn es sich diesem anschließe, „auf England... als *sicheren* Bundesgenossen für die endgültige Lösung der schwebenden Mittelmeerfragen rechnen“. So diktierte Hohenlohe der italienischen Regierung in der Frage der Beziehungen zu England anläßlich der Besprechungen über die Erneuerung der Mittelmeerentente die gleiche Linie, die auch der österreichisch-ungarischen Regierung diktiert worden war: Das Beste, was getan werden kann, ist: nichts zu tun. Wilhelm, der vor kurzem von der Jagd zurückgekehrt war, umriß die Aufgabe wie folgt: „Italien soll nur ruhig auf dem Anstand ausharren“, bis der britische Hirsch „auf die Wiese der Bundesgenossenschaft“ heraustrete. Dann sei es Zeit für den Blattschuß.

Das aber war eine Aufgabe, die weiter entfernt lag. Die nächste und unmittelbare Aufgabe der deutschen Diplomatie bestand darin, Italien im Dreibund zu halten und ihm nicht zu gestatten, sich auf die Seite der Gegner zu schlagen. Hierbei kannte der alte Hohenlohe kein Erbarmen. Er

hielt es nicht für notwendig, irgendwelche allgemeinen politischen Argumente anzuwenden, sondern griff sofort zu unverhüllten Drohungen. Falls Italien sich tatsächlich von seinen Bundesgenossen zu lösen beginne, erklärte er, werde Deutschland mit ihm schon fertig werden. Deutschland sei stark genug, Österreich-Ungarn zur Aufgabe des rußlandfeindlichen Kurses seiner Politik zu veranlassen und die Expansion der Habsburger Monarchie von den slawischen Balkanländern in Richtung der norditalienischen Länder zu richten. Er formulierte das wie folgt: „Österreich wird auf Kosten Italiens entschädigt werden“, und er legte sogar die genauen Ausmaße dieser Entschädigung im voraus fest: „etwa mit der Grenze von Villafranca“<sup>122</sup>. Mit anderen Worten drohte er seinem italienischen Bundesgenossen an, er werde den gemeinsamen österreichisch-ungarischen Bundesgenossen auf ihn hetzen und ihm den Kopf abreißen lassen. Italien wurde vorgeschlagen, sein altes politisches Prinzip „*Isolati mai, indipendenti sempre*“ zu vergessen. Es sollte in untergeordneter Stellung verbleiben. Das war eine echt preußische Methode der deutschen Politik zur Konsolidierung des Dreibunds.

## 5

Die politischen Risse, die sich zwischen den Dreibundmächten auftraten, verstärkten sich, nachdem die Transvaalereignisse die ganze Schärfe des englisch-deutschen Antagonismus erstmalig aufgedeckt hatten. Im Mittelpunkt der politischen Meinungsverschiedenheiten stand auch weiterhin die Frage der Beziehungen zu England und Rußland. Ende Januar 1896, gerade in den Tagen, als sich die deutsche Diplomatie immer noch darum bemühte, die von Holstein geplante gegen England gerichtete „Kontinental-liga“ zustande zu bringen, warfen die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung erneut die Frage eines Abkommens mit England auf. Das war ein Zeugnis dafür, daß die Verbündeten überhaupt keine gemeinsamen Ziele in dieser überaus wichtigen politischen Frage hatten. Italien trachtete danach, den Standpunkt Englands in der abessinischen Frage in einer für sich günstigeren Richtung zu ändern. Österreich-Ungarn bemühte sich um ein gegen Rußland gerichtetes Abkommen mit England über die orientalische Frage. Deutschland dagegen war bestrebt, nicht nur seine Bundesgenossen, sondern auch die kontinentalen Gegner um sich zu scharen, um England zu isolieren und es in kontinentalen Fragen zu weitgehenden Zugeständnissen zu zwingen. Nichtsdestoweniger schrieb Hohenlohe am Tage der Wiederaufnahme der Londoner Besprechungen über das

<sup>122</sup> G. P., Bd. 10, Nr. 2564, Hohenlohe an Bülow, 17. Dezember 1895.

weitere Schicksal der Mittelmeerentente, daß die deutsche Regierung ihren „Freunden vom Dreibund in dieser Frage volle Handlungsfreiheit zugestehe“.<sup>123</sup> Das bedeutete natürlich keineswegs, daß Deutschland die Zügel aus den Händen ließ und seinen Verbündeten das Recht einräumte, so zu handeln, wie sie es für nötig hielten. Im Gegenteil, es beobachtete scharf den Lauf der Besprechungen mit England und beeinflußte sogar ihren Verlauf. Aber Deutschland meinte, es müsse das heimlich tun<sup>124</sup> und im voraus eine Situation schaffen, bei der jeder Ausgang für Deutschland günstig wäre. Durch ständigen Druck und durch ständige Drohungen hatte es erreicht, daß Goluchowski und Crispi bei der Wiederaufnahme der Besprechungen mit England diesmal nicht mehr eine einfache Erneuerung der Mittelmeerentente von 1887, sondern deren Umwandlung in eine festere politische Gruppierung auf der Grundlage festumrissener Verpflichtungen eines jeden Partners zur Sprache brachten.<sup>125</sup> Wären die Besprechungen erfolgreich abgeschlossen worden, wäre auch das Hauptziel der deutschen Diplomatie — seine Bundesgenossen auszunutzen, um England in

<sup>123</sup> Die vorausgegangenen Besprechungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien deckten erneut das tiefe Mißtrauen auf, das die italienische Regierung gegen seine beiden Bundesgenossen hegte. Crispi überschätzte das Streben Deutschlands nach einer Verbesserung seiner Beziehungen zu Rußland und befürchtete, daß Deutschland auch Österreich-Ungarn zwingen könnte, diesen Weg einzuschlagen. Das bedeutete, daß er die Drohungen Hohenlohes ernst genommen hatte und darüber erschrocken war, daß es Deutschland gelingen könnte, die alte Kombination des Dreikaiserbündnisses (Deutschland, Rußland und Österreich) wiederherzustellen und Italien auf diese Weise völlig zu isolieren. Da die Politik Österreich-Ungarns rußlandfeindlich blieb und Rußland selbst keinesfalls die Absicht hatte, um der Annäherung an Deutschland willen auf das Bündnis mit Frankreich zu verzichten, hatte diese Kombination keine reale Grundlage. Nichtsdestoweniger rechnete die italienische Diplomatie ernsthaft mit der Möglichkeit ihrer Schaffung und erblickte in der Wiedergeburt der Mittelmeerentente eine der Garantien der Rückversicherung in dieser Hinsicht. So groß war das Mißtrauen der italienischen Regierung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. (Siehe die Dokumente, veröffentlicht in L. Israel, „England und der orientalische Dreibund“, Anhang, Aus den Akten des Auswärtigen Amtes, Nr. 8; siehe ferner G. P., Bd. 11, Nr. 2660, Hohenlohe an Hatzfeldt, 23. Januar 1896.)

<sup>124</sup> Am 23. Januar 1896, am Tage der Wiederaufnahme der Londoner Besprechungen, erschien in der „Times“ eine Korrespondenz aus Rom, die die Tätigkeit der deutschen Diplomatie im Herbst 1895, als sie Österreich-Ungarn, Italien und England gegen Rußland auszuspielen bestrebt war, recht ausführlich entlarvte. In diesem Zusammenhang gab Marschall die Anweisung, besondere Vorsicht walten zu lassen, damit Deutschland nicht erneut kompromittiert werde. (G. P., Bd. 11, Nr. 2661, Marschall an Hatzfeldt, 25. Januar 1896.)

<sup>125</sup> R. Dietrich, „England und Italien 1887–1902“ in „Historische Vierteljahrsschrift“, XXIX. Jahrgang, Heft 4, S. 784 ff. In diesem Stadium der Besprechungen war Italien aktiver. Da es sich im Zusammenhang mit den militärischen Mißerfolgen in Abessinien in einer äußerst schwierigen Lage befand, strebte es ein

einen Krieg gegen Rußland zu hetzen – erreicht worden. Aber die Deutschen glaubten selbst nicht recht an den Erfolg dieses Vorhabens. In jener Periode flatterte ihre Politik deshalb zwischen den noch glimmenden Hoffnungen und ernstlichen Befürchtungen: Hoffnungen darauf, daß es vielleicht doch noch gelingen werde, England gegen Rußland zu hetzen, und Befürchtungen, daß Österreich-Ungarn selbst in diesen Zusammenstoß mit Rußland hineingerissen werde und dann auch Deutschland nach sich ziehe, das einen Zweifrontenkrieg zu führen hätte. Diese Stimmungen entgingen den regierenden Kreisen in Wien nicht. Baron Beck, der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs, äußerte im Gespräch mit Eulenburg, der Standpunkt Deutschlands mache einen zwiespältigen Eindruck: „als wünschten wir eine österreichisch-englische Verständigung – und andererseits stünde diesem Wunsche Deutschlands Haltung zu England diametral gegenüber“<sup>126</sup>. Offenbar war Beck ebenso wie ein bedeutender Teil österreichischer Militärkreise kein großer Anhänger eines Bündnisses mit England. Um so mehr interessierte ihn die Frage, unter welchen Bedingungen Österreich-Ungarn mit aktiver militärischer Unterstützung Deutschlands rechnen konnte. Zu diesem Zweck bemühte er sich mehrfach, mit dem Chef des deutschen Generalstabs, General Schlieffen, in Verbindung zu treten.

Die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Generalstab waren damals recht gespannt. Sie hatten bereits 1895 eine Verschlechterung erfahren, als Schlieffen einen Plan für die strategische Entfaltung im Osten ausgearbeitet hatte, der in erster Linie die Verteidigung Ostpreußens und die Offensive der deutschen Truppen in Richtung Narew vorsah. Die österreichisch-ungarische Armee war den strategischen Interessen Deutschlands untergeordnet und sollte ihre linke Flanke bis an das preußische Schlesien verlängern. Beck lehnte jedoch diesen Plan ab. Er befürchtete, daß seine Armee bei Ausführung des Schlieffen-Plans ihre Flanke den Schlägen der russischen Truppen in Ostgalizien aus-

enges Abkommen mit England so beharrlich an, daß die Besprechungen mit diesem, nach deutschem Vorbilde, mit einigen, übrigens recht unbestimmten Drohungen begannen. Wenn England sich nicht zu einem Abkommen bereit erkläre, so schrieb Blanc, werde Italien, „indem wir die zwischen den Alliierten festgestellte Basis gemeinsamer Verteidigung im Kriegsfall als unveränderlich betrachten, für die Lebensinteressen Italiens im Frieden sorgen und zu einem supplementären Gedankenaustausch mit den beiden Zentralmächten hinsichtlich einer Neuorientierung der Tripelallianz schreiten, damit zwischen unseren Interessen im Orient, denen Deutschland fernsteht, und unserem Interesse in Afrika, dem Österreich fernsteht, nicht jenes Band fehlt, welches wir in dem 1887er Übereinkommen gefunden haben und das zerrissen ward durch den Widerstand Englands“. (Veröffentlicht in L. Israel, „England und der orientalische Dreibund“, Anhang, Aus den Akten des Auswärtigen Amtes, Nr. 8.)

<sup>126</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2670, Eulenburg an Wilhelm II., 31. Januar 1896.



setzen würde. Die Besprechungen zwischen den Generalstabschefs zogen sich bis Jahresende hin. Beck schlug seine Varianten vor, aber Schlieffen ignorierte sie einfach von der Höhe seiner preußischen Größe herab. In einer Beratung, in der Beck die Vorteile seines Planes nachwies, schlief Schlieffen ein.<sup>127</sup>

Anfang 1896 wurden die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab im Zusammenhang mit den Londoner Besprechungen über die Bedingungen einer Erneuerung der Mittelmeerente noch schlechter. Bevor Beck über den Verlauf der Besprechungen eine endgültige Entscheidung traf, beschloß er, Schlieffen in dieser Frage zu informieren. Das war nicht leicht. Schlieffen schickte einen Brief, der in seiner Form kurz und trocken und nach den Worten Becks „wenig greifbaren und übervorsichtigen Inhalts“ war. Beck kam zu der Schlußfolgerung, als herrsche in den maßgebenden Kreisen Deutschlands immer noch „eine gewisse Unsicherheit der politischen Haltung“. Indes dauerten die Londoner Besprechungen fort. Franz Joseph und Goluchowski waren immer noch der Meinung, daß Österreich-Ungarn sofort den Krieg gegen Rußland beginnen müsse, falls dieses an den Meerengen auftauchen sollte. Als Eulenburg das erfuhr, wandte er sich an Beck mit der Frage: Kann man hoffen, daß England die Verpflichtung übernimmt, selbst den ersten Schuß abzufeuern? Beck antwortete ausweichend. Nun erklärte ihm Eulenburg, daß Deutschland es für sich nicht für möglich halte, wegen der Meerengen gegen Rußland einen Krieg zu beginnen, es werde nicht einmal eine Mobilmachung durchführen. Er erinnerte daran, daß der Standpunkt Deutschlands im Falle eines österreichisch-russischen Krieges durch die alte Formel bestimmt werde: Keine Einmischung in den Konflikt, solange die „Großmachtstellung Österreichs“ nicht gefährdet wird. Diese Erklärung befriedigte Beck nicht. Er brauchte keine verschwommenen diplomatischen Formeln, sondern präzise militärische Garantien. Er fragte bei Schlieffen erneut an, unter welchen konkreten Bedingungen Deutschland der Meinung sein werde, daß seine Bündnisverpflichtungen gegenüber Österreich-Ungarn in Kraft träten.<sup>128</sup> Von der Antwort Schlieffens hing die weitere Politik Österreich-Ungarns, ja die Politik des ganzen Dreibunds in der orientalischen Frage in bedeutendem Maße ab.

Die Anfrage Becks wurde in Berlin in einer Beratung erörtert, an der nur zwei Menschen – Hohenlohe und Schlieffen – teilnahmen. Nachdem sie alle Aspekte des Problems geprüft hatten, kamen sie zu der Schlußfolgerung, daß jede Antwort an Beck große militärische und diplomatische

<sup>127</sup> Gerhard Seyfert, „Die militärischen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab“, Leipzig 1934, S. 41/42.

<sup>128</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2670, Eulenburg an Wilhelm II., 31. Januar 1896.

Gefahren für Deutschland berge. Militärische Gefahren, so meinten sie, entstünden deshalb, weil die aktive Unterstützung Österreich-Ungarns auf dem Balkan Deutschland in einen Krieg an zwei Fronten – gegen Rußland und gegen Frankreich – hineinreißen würde, während eine offene Verweigerung dieser Unterstützung Österreich-Ungarn moralisch entwaffnen und in Pessimismus stürzen würde. Diplomatische Gefahren bestanden ihrer Meinung nach darin, daß das Wiener Kabinett, falls Deutschland mit Österreich-Ungarn militärische Besprechungen über die Frage der Bedingungen des künftigen Krieges gegen Rußland wegen der Meerengen aufnehmen, dies bei den Besprechungen mit England ausnutzen würde, das seinerseits es nicht unterlassen hätte, Petersburg davon zu informieren.<sup>129</sup> So groß waren in Berlin das Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn, die Feindseligkeit gegen England und die Furcht vor Rußland. Schlieffen und Hohenlohe kamen zu der Schlußfolgerung, die beste Antwort, die sie Beck geben könnten, wäre überhaupt keine Antwort. Gleichzeitig verstärkte die deutsche Presse zweifellos auf Anweisung von oben die Kritik an der englischen Politik und ging dazu über, die russische Politik in der armenischen Frage positiv zu bewerten.<sup>130</sup>

Anfang Februar schlug der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Graf Deym, Salisbury vor, ein Abkommen abzuschließen, wonach England an den Meerengen und Österreich-Ungarn in Bulgarien den Kampf gegen Rußland aufnehmen sollten. Zugleich bot der italienische Botschafter in London, General Ferrero, Salisbury die Zusammenarbeit in der orientalischen Frage im Austausch gegen die Unterstützung an, die England Italien in Afrika gewähren sollte. Salisbury nahm beide Angebote zunächst zurückhaltend und dann ausgesprochen negativ auf.<sup>131</sup> Hierbei ist es vielleicht

<sup>129</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2672, Hohenlohe an Eulenburg, 5. Februar 1896.

<sup>130</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 14, Depesche Osten-Sakens, Nr. 5, Berlin, 1. Februar (20. Januar) 1896.

<sup>131</sup> B. D., Bd. VIII, Nr. 1(f), Nr. 1(g); G. P., Bd. 11, Nr. 2663, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 3. Februar 1896; Nr. 2664, Hatzfeldt an Hohenlohe, 8. Februar 1896. Die Prüfung der Motive, die diese Antwort Salisburys bestimmten, gehört nicht zu unserer Aufgabe. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Aufmerksamkeit des englischen Imperialismus damals auf Südafrika gerichtet war, wo Deutschland sein Rivale war, und auf Ägypten, wo Frankreich mit ihm rivalisierte. Wir wollen ferner darauf hinweisen, daß, obwohl die englische Presse die Kampagne gegen Rußland fortsetzte, in manchen durch die Politik Deutschlands empörten, einflußreichen Kreisen der englischen Imperialisten gerade damals Stimmungen zugunsten einer Annäherung an Rußland aufzukommen begannen. Kolonialminister Chamberlain „persönlich“, der sich gern in die Angelegenheiten der Außenpolitik einmischte, erklärte dem russischen Botschafter, er würde seine Bemühungen brennend gern darauf richten, die Rivalität zwischen England und Rußland zu beseitigen und ein Abkommen zwischen ihnen zu erreichen. Im gleichen Sinn, wenn auch vorsichtiger, sprach sich auch Balfour, eins der einflußreichsten

von gewisser Bedeutung gewesen, daß Österreich-Ungarn seine Vorschläge, ein festes Abkommen gegen Rußland abzuschließen, durch keine präzise militärische Garantie des deutschen Generalstabs bekräftigen konnte. Erst nach mehr als zwei Wochen (am 24. Februar 1896) entschloß sich Goluchowski, der durch seinen Mißerfolg in starke Verlegenheit gebracht worden war, seine deutschen Bundesgenossen formell von dem Scheitern der Londoner Besprechungen in Kenntnis zu setzen. Offenbar gab er sich mit der Ablehnung Salisburys nicht zufrieden, sondern unternahm noch weitere, ebenso erfolglose Versuche, ein Abkommen mit England zu erreichen. Als Eulenburg ihn fragte, ob man die Ablehnung Englands für endgültig halten solle, antwortete er bekümmert: „Jetzt vollkommen definitiv.“<sup>132</sup> Salisbury milderte seine Ablehnung durch das Versprechen, in Zukunft eine Politik der Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn und Italien zu betreiben, aber im gegebenen Fall änderte das nichts an der Sache. Die Mittelmeerentente war tot. Die deutsche Diplomatie fand sich damit mehr als leicht ab. Im Jahre 1887 hatte sie die Entstehung dieser Gruppe in nicht geringem Maße gefördert; jetzt, neun Jahre später, trug sie in nicht geringem Maße zu ihrer Liquidierung bei. Sowohl für England als auch für Deutschland hatte die Existenz der Mittelmeerentente jeglichen Sinn verloren. Das erste hatte sich davon überzeugt, daß es ihm mit Hilfe dieser Entente nicht mehr gelingen werde, einen Krieg gegen Rußland mit Unterstützung des Dreibunds zu führen, während sich das andere überzeugt hatte, daß es ihm jetzt nicht mehr gelingen werde, mit Hilfe seiner Bundesgenossen England gegen Rußland aufzuhetzen.

Der endgültige Zusammenbruch der Mittelmeerentente eröffnete Aussichten auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Die Zarendiplomatie, die umfangreiche Pläne der Fernostpolitik ausarbeitete, war geneigt, in den Balkanfragen eine Einigung mit Österreich-Ungarn zu suchen. Fürst Lobanow-Rostowski betonte bei Begegnungen mit dem einflußreichen Eulenburg mehr als einmal, daß man die Balkanstaaten „sich selbst überlassen“ solle. Graf Kapnist, der russische Botschafter in Wien, versuchte das Mißtrauen der österreichisch-ungarischen regierenden Kreise zur russischen Politik zu zerstreuen und den Weg zu einer Einigung in der Balkanfrage zu bahnen. Goluchowski wollte jedoch von einem Abkommen mit Rußland vorläufig nichts hören. Er sagte Eulen-

Mitglieder des Kabinetts und Neffe von Salisbury, aus. (Архив МИД, К. 128, Blatt 355, streng vertraulicher Brief Staals an Lobanow-Rostowski, London, 19. [7.] Februar 1896.) Noch größere Bedeutung hatten die Traditionen der britischen Diplomatie, die jegliche Verpflichtungen vermied, wenn sie das Ausspielen der Gegensätze zwischen den Kontinentalmächten erschwerten.

<sup>132</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2669, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 24. Februar 1896.

burg: „Es wird unzweifelhaft die Zeit kommen, wo England wieder eine Anlehnung an uns braucht.“<sup>133</sup>

In dem engen Kreis der Eingeweihten gab es in Deutschland einen Mann, der diese Ansichten Goluchowskis voll und ganz teilte. Das war Holstein. Er war der Meinung, daß in der Tat der Tag kommen werde, da England im Kampf gegen Rußland ein Abkommen mit Österreich-Ungarn brauchen werde, und hielt es für notwendig, diese Hoffnungen in Wien aufrechtzuerhalten.<sup>134</sup> Aber hinter dieser Übereinstimmung der Ansichten Holsteins und Goluchowskis zeichneten sich bereits tiefgehende politische Unstimmigkeiten zwischen den verbündeten Mächten Deutschland und Österreich-Ungarn ab. Goluchowski wollte auf den rußlandfeindlichen Kurs seiner Politik nicht verzichten, da er darin die unerläßliche Voraussetzung für die Versklavung der slawischen Völker erblickte. Sein engster Mitarbeiter, Graf Welsersheimb, rechtfertigte diesen Kurs durch folgende Argumente: „Russische Erfolge in der Orientpolitik würden auch auf die österreichischen Slawen verhängnisvoll wirken, welche meist in Rußland den Förderer ihrer politischen Zwecke erblicken.“<sup>135</sup> Die herrschenden Kreise Deutschlands haßten die Slawen und wünschten keinesfalls, daß die antislawische Politik Österreich-Ungarns in irgendeiner Weise abgeschwächt werde. Im Gegenteil, sie empfahlen in Wien, diese Politik nicht nur innerhalb der Grenzen der Doppelmonarchie, sondern auch in jenen Gebieten jenseits ihrer südlichen Grenzen zu verstärken, die vom kompakten slawischen Element besiedelt waren. Hohenlohe war sogar der Meinung, daß es für die innere Lage der Monarchie nicht gefährlich sein würde, wenn sie einige dieser Gebiete „für sich gewinne“, allerdings unter der unerläßlichen Voraussetzung, daß sie sich im voraus mit Rußland einig werde.<sup>136</sup> In dieser Frage ging Holstein nicht so weit. Er bot Österreich-Ungarn keinerlei „Gewinne“ auf Kosten slawischer Gebiete auf dem Balkan an. Aber er forderte, daß Österreich-Ungarn, solange es keinen festen Vertrag mit England besitze, seine Politik nicht in einem Geiste führe, der Rußland offen feindselig sei. Eine solche Politik, so glaubte er, würde die Doppelmonarchie in einen Puffer zwischen Rußland und England verwandeln.<sup>137</sup> Indessen hatte Holstein in seinem allgemeinen Schema der europäischen Politik Österreich-Ungarn eine andere Rolle zugewiesen. Da er davon überzeugt war, daß die Gegensätze zwischen England und Rußland unüberwindlich seien, hätte er es gern gesehen, wenn Deutschland in einem großen

<sup>133</sup> Ebenda.

<sup>134</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2665, Aufzeichnung Holsteins, 16. Februar 1896.

<sup>135</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2673, Anlage, Aufzeichnung Lichnowskys, 29. Februar 1896.

<sup>136</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 145.

<sup>137</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2665, Aufzeichnung Holsteins, 16. Februar 1896.

Spiel mit diesen Gegensätzen seinen Bundesgenossen als Figur auf dem Schachbrett hätte benutzen können.

Die herrschenden Kreise Österreich-Ungarns aber rechneten immer noch damit, eine selbständige Rolle spielen zu können. Die Weigerung Englands, die Mittelmeerentente zu erneuern, rief in Wien Enttäuschung hervor, während die Rolle, die Deutschland dabei gespielt hatte, starke Empörung auslöste. Ende Februar lud Welsersheimb den jungen deutschen Diplomaten Lichnowsky (er vertrat den häufig abwesenden Eulenburg) zu sich und fragte ihn gereizt, wozu noch ein Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien bestehe, wenn „die Sonderinteressen jedes einzelnen der Dreibundmächte zu auseinandergehende geworden“ seien? Italien bringe als Bundesgenosse nur Sorgen, aber keinen Nutzen. Deutschland sei jetzt mit seinen Transvaal- und anderen Kolonialangelegenheiten beschäftigt und stoße auf diese Weise England nicht nur von sich, sondern auch von seinen Bundesgenossen ab. Österreich-Ungarn sei es eigentlich ganz gleichgültig, wem Elsaß-Lothringen gehöre. „So?!“ schrieb Wilhelm an den Rand des Berichtes zu diesen Worten. Jetzt, so fuhr Welsersheimb fort, predige man deutscherseits, daß Österreich-Ungarn Konflikte mit Rußland vermeiden und ein Abkommen mit diesem suchen müsse. Das heiße, daß Deutschland die Grundinteressen seines Bundesgenossen nicht zu berücksichtigen wünsche. Mehr noch, es untergrabe die Grundlagen des österreichisch-deutschen Bündnisses, das nur als ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis existieren könne. „Die österreichisch-ungarische Politik“, so erklärte Welsersheimb, „müsse ausgesprochenen positiven Zielen zustreben und sich mehr zur Geltung bringen“; „d. h. Goluchowski will Bismarck werden!“ reagierte darauf Wilhelm ironisch. Abschließend warf Welsersheimb die Frage auf, worin die Bündnishilfe Deutschlands bestehen würde, wenn Österreich-Ungarn bei der Durchführung seiner „positiven Ziele“ im Osten in einen Konflikt mit Rußland gerate.<sup>138</sup>

Nachdem sie diese Anfrage erhalten hatten, begriffen die deutschen Machthaber sowohl aus dem Ton als aus dem Inhalt, daß sie von Goluchowski diktiert worden war. Sie waren es nicht gewohnt, sich von ihren Bundesgenossen solche Reden voller Beschuldigungen, Drohungen und Forderungen bieten zu lassen. So zu verfahren, hielten sie für ihr eigenes Vorrecht, und sie beschlossen, der österreichisch-ungarischen Regierung eine Abfuhr zu erteilen, die sie sich für lange merken sollte. Hohenlohe teilte nach Wien mit, daß die deutsche Regierung es kategorisch ablehne, ihre Bündnisverpflichtungen auf die „positiven Ziele“ der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik auszudehnen. Er bestand darauf, daß Österreich-Ungarn Wege zu

<sup>138</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2673, Anlage, Aufzeichnung Lichnowskys, 29. Februar 1896.

einer gewissen Annäherung an Rußland suche. Mehr noch, er erklärte, falls Österreich-Ungarn den ihm vorgeschlagenen Weg für unannehmbar halte, wenn es immer noch ein Bündnis mit England suche und in der Politik Deutschlands ein Hindernis auf dem Wege zu diesem Bündnis erblicke, so könne die deutsche Regierung Österreich-Ungarn von jeglichen Bündnisverpflichtungen entbinden.<sup>130</sup> Kurz vor Ablauf der Frist des Dreibunds klang das wie eine Drohung mit der Nichterneuerung des Bündnisvertrages.

Die deutsche Diplomatie handelte hierbei ohne jedes Risiko. Sie wußte bereits, daß England keine Absicht hatte, irgendwelche Verpflichtungen gegenüber Österreich-Ungarn einzugehen, und zweifelte nicht daran, daß dieses, erschrocken über die Aussicht, Rußland gegenüber allein dazustehen, es nicht wagen würde, die Bande des Dreibunds zu zerreißen. Und sie wählte diesen Augenblick, um Österreich-Ungarn zu erniedrigen und zu zwingen, auf die Versuche einer selbständigen Politik zu verzichten.

## 6

Indessen erhielt der Dreibund einen unerwarteten Schlag, und zwar einen derart wuchtigen, daß er ihn völlig zu sprengen drohte. Die gegen Abessinien operierende italienische Armee des Generals Baratieri begann eine Offensive bei Adua, wurde aber von den abessinischen Truppen völlig zerschlagen. Die ersten in der Nacht zum 3. März 1896 durch die italienische offizielle Stefani-Agentur veröffentlichten Meldungen schlugen überall wie eine explodierende Bombe ein. Diese Meldungen verringerten die Ausmaße der Niederlage, die die italienischen Truppen erlitten hatten, und obwohl die ganze Welt von ihren ersten Schwierigkeiten wußte, nahm doch keiner an, daß das Kolonialabenteuer des italienischen Imperialismus so unerwartet rasch und so schändlich enden werde. Noch am Vorabend hatte der italienische König in Neapel eine Rede gehalten, in der er versicherte, daß der Sieg gewiß sei und daß Italien in die Reihe der Kolonialmächte ersten Ranges vorrücke. Und nun stürzte alles zusammen.

Am 5. März stürzte die Regierung Crispi-Blanc, die Anhänger des Dreibunds war und aktive, koloniale Eroberungspolitik betrieb. Nach einigen Tagen wurde die Regierung Rudini gebildet, die das schwere politische Erbe ihrer Vorgänger in Ordnung bringen sollte. In verschiedenen Kreisen der italienischen Bourgeoisie verstärkte sich die Enttäuschung über den bisherigen außenpolitischen Kurs. Die Anhänger dieses Kurses mußten still-

<sup>130</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2676, Hohenlohe an Eulenburg, 5. März 1896; siehe Nr. 2674, Aufzeichnung Hohenlohes, 2. März 1896; Nr. 2675, Hohenlohe an Wilhelm II., 4. März 1896.

schweigend zugeben, daß das Bündnis mit Deutschland keinen Erfolg in Fragen der Kolonialpolitik gewährleistet hatte. Die Anhänger einer Annäherung an Frankreich erhielten neue Argumente für ihre Agitation. In den industriellen Nordbezirken Italiens verstärkte sich die republikanische Bewegung gegen die italienische Monarchie, die ihr Schicksal mit den verhaßten Deutschen und mit den noch verhaßteren Habsburgern verbunden hatte. Die Irredenta schien erneut den Kopf zu heben. Die Kunde von der Zerschmetterung der italienischen Truppen nahm die russische Presse mit Genugtuung, die französische mit Schadenfreude auf, die englische Presse blieb ungerührt, während die deutsche entmutigt war und ihre Stimmung kaum zu verbergen vermochte. Alle begriffen, daß die militärische Niederlage der italienischen Truppen bei Adua eine politische Niederlage des ganzen Dreibunds bedeutete.

In Berlin reagierte man auf diese Ereignisse sehr nervös. Man mußte die Lage retten. Aber was konnte man tun? Holstein nahm sofort die Ausarbeitung des nächsten Aktionsprogramms in Angriff, das wie üblich alles umfassen und alles vorsehen sollte. Aber noch bevor er den ersten Entwurf vorlegen konnte, hatte Wilhelm seinen eigenen, wie er glaubte, sehr schlaun Plan ausgearbeitet und ging, ohne eine Minute zu verlieren, daran, ihn in die Tat umzusetzen. Sein Plan war sozusagen genial einfach. Er kam zu dem Schluß, daß man die militärische Hilfe für den geschlagenen italienischen Bundesgenossen... mit den Händen Englands leisten könnte.<sup>140</sup> Das war nicht das einzige und nicht einmal das wichtigste Ziel Wilhelms. Wir werden gleich sehen, worin seine Idee bestand.

Etwa zehn Tage vor den entscheidenden Ereignissen in Abessinien hatte die „Times“ eine Mitteilung veröffentlicht, daß die türkische Regierung beschlossen habe, von England die Evakuierung seiner Truppen aus Ägypten zu verlangen.<sup>141</sup> Diese Meldung rief überall Sensation und in den Regierungskreisen Deutschlands kaum verhohlene Furcht hervor. Holstein, noch immer von den Plänen der „Kontinentalliga“ besessen, war davon überzeugt, daß die Türkei es niemals gewagt hätte, in London derartige For-

<sup>140</sup> In seinen aufsehenerregenden Memoiren schreibt der Botschaftsrat in der deutschen Botschaft in London, Freiherr von Eckardstein, die Urheberschaft an diesem, seinem Ausdruck nach „genialen Gedanken“ dem Grafen Hatzfeldt zu. (Siehe Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 278.) Aber diesmal haben die Redakteure der deutschen Ausgabe der diplomatischen Dokumente ausnahmsweise eher recht. Sie weisen nach, daß die Urheberschaft Wilhelm gehört. (Siehe G. P., Bd. 11, S. 235, Anmerkung.) Den gleichen Standpunkt vertritt, auf Grund der Berichte des französischen Botschafters in Berlin, Herbet, auch G. Pagès in „Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre“, Bd. I, S. 267. Das wird auch durch Dokumente deutscher Herkunft bestätigt.

<sup>141</sup> Siehe „Times“ vom 21. Februar 1896.

derungen zu stellen, wenn sie nicht der Meinung gewesen wäre, daß England infolge der Transvaalkrise ganz isoliert sei. Aber das freute ihn nicht mehr. Er befürchtete stark, daß, wenn England gezwungen werde, in der ägyptischen Frage Zugeständnisse zu machen, dies nicht sosehr Zugeständnisse an die Türkei, die nur Nominalrechte auf Ägypten besaß, als vielmehr an Frankreich sein würden, das dort reale Interessen hat. Aus Petersburg traf eine vertrauliche Mitteilung ein, wonach in Kairo englisch-französische Besprechungen über ein Abkommen in der Ägyptenfrage begonnen.<sup>142</sup> Holstein hätte sich vielleicht damit abfinden können, wenn England durch dieses Abkommen Frankreich von seinem Bündnis mit Rußland losgerissen hätte, aber man konnte viel eher annehmen, daß dieses Abkommen gegen Deutschland gerichtet sein würde.<sup>143</sup>

Da „uns hier angedeutet wird“, so schrieb Holstein, „die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands sei für England allmählich so unerträglich geworden, daß die englische Politik zu jedem Opfer bereit sei, um unter günstigen Bedingungen mit Deutschland endgültig abrechnen zu können“, so konnte man von der englischen Regierung alles erwarten.<sup>144</sup> An Hatzfeldt in London wurden sogleich Instruktionen geschickt, sich so zu verhalten, daß die englische Regierung nicht merke, „wir bekommen Angst vor der französisch-englischen Annäherung“<sup>145</sup>. Gleich danach wurden an Radolin in Petersburg Instruktionen gegeben, er möge Lobanow-Rostowski davon überzeugen, daß Deutschland und Rußland, auch ohne formal gebunden zu sein, allen Grund hätten, eine parallel laufende Politik zu betreiben und eine Zusammenarbeit auf dem Balkan, in der abessinischen und in anderen Fragen aufzunehmen.<sup>146</sup> Schließlich wurde Eulenburg in Wien beauftragt, die österreichisch-ungarische Regierung darauf vorzubereiten, daß, falls die englisch-französische Annäherung Wirklichkeit werde, der Dreibund „dann also naturgemäß nähere Fühlung mit Rußland nehmen“ müsse.<sup>147</sup> Sowohl Holstein als auch Hohenlohe und Marschall wiesen den Gedanken zurück, daß England ein formelles Bündnis mit Frankreich abschließen würde. Doch waren sie der Meinung, daß aber sogar eine Einigung zwischen diesen Großmächten in der Ägyptenfrage äußerste Schwierigkeiten für Deutschland schaffen würde, das in diesem Falle neue Wege der Außenpolitik suchen mußte. Vorerst einmal beschlossen sie, den Ablauf der Ereignisse abzuwarten. Und nun mischte sich Wilhelm plötzlich ein und brachte alle Karten

<sup>142</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2681, Marschall an Hatzfeldt, 18. Februar 1896.

<sup>143</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2683, Holstein an Hatzfeldt, 21. Februar 1896.

<sup>144</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2637, Aufzeichnung Holsteins, 20. Februar 1896.

<sup>145</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2683, Holstein an Hatzfeldt, 21. Februar 1896 (im Dokument unterstrichen).

<sup>146</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2689, Hohenlohe an Radolin, 24. Februar 1896.

<sup>147</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2688, Marschall an Eulenburg, 23. Februar 1896.



ihres diplomatischen Spiels sofort durcheinander. Er stellte seine eigene Regierung vor vollendete Tatsachen.

Am Abend des 3. März 1896 lud Wilhelm, kaum daß er die Niederlage der Italiener bei Adua erfahren hatte, den englischen Botschafter Frank Lascelles zu sich und begann ihm zu versichern, daß Deutschland und seine Bundesgenossen die besten Freunde Englands seien, Frankreich und Rußland dagegen seine ärgsten Feinde. Als Beweis für seine überraschende Freundschaft zu England unterbreitete er Lascelles eine umfassende, streng vertrauliche Information. Erstens habe Rußland die Absicht, die Balkanländer und sogar die slawischen Provinzen Österreich-Ungarns zu erobern, und schlage Deutschland vor, sich durch Eroberung österreichischer Länder schadlos zu halten; zweitens habe Rußland die Absicht, Massaua (am Roten Meer) zu besetzen, um den Engländern den Weg vom Mutterland nach Indien abzuschneiden; drittens habe Frankreich die Absicht, die Kanarischen Inseln von Spanien zu kaufen oder sie zu erobern, um den Engländern gleichzeitig ihren alten Weg nach Indien um die Südspitze Afrikas zu verlegen.<sup>148</sup> All das war von Anfang bis Ende eine Lüge, teils eigener Produktion und teils aus recht zweifelhaften Quellen geschöpft.<sup>149</sup>

Als Gerüchte unbekannter Herkunft über die Absichten Frankreichs auf die Kanarischen Inseln Wilhelm erreichten, beschloß er, daß Deutschland sich unverzüglich an irgendeinem fetten Happen wie etwa Marokko schadlos halten müsse; er hatte dem Kriegsschiff „Moltke“ bereits den Befehl gegeben, sich für die Besetzung eines der Häfen an der marokkanischen Küste bereitzuhalten. Hohenlohe mußte nicht wenig Mühe aufwenden, um dem Kaiser zu zeigen, wie gefährlich es sei, sich Hals über Kopf in ein Abenteuer am Mittelmeer im allgemeinen und im Raum von Gibraltar im besonderen zu stürzen. Außerdem überzeugte er den Kaiser davon, daß Frankreich überhaupt keine Absichten habe, die Kanarischen Inseln zu erwerben.<sup>150</sup>

Wilhelm hatte sich vorläufig beruhigt, zumal er es bereits fertiggebracht hatte, aus dem falschen Gerücht Nutzen zu schlagen. Er flocht es in das Bukett der eigenen und fremden Phantasien und Erfindungen ein und überreichte dieses Lascelles als Zeichen seines höchsten Wohlwollens zu England. Und damit in London überhaupt keine Zweifel darüber bestünden,

<sup>148</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2770, Hohenlohe an Hatzfeldt, 4. März 1896; Nr. 2771, Aufzeichnung Marschalls, 4. März 1896.

<sup>149</sup> So hatte Wilhelm zum Beispiel die „Information“ über die in Petersburg angeblich bestehenden Pläne zur Aufteilung Österreich-Ungarns zwischen Rußland und Deutschland aus dem Brief irgendeines anonymen „Herrn aus Nizza“ geschöpft, der sich über dieses Thema „mit einem Russen, einem Freund von Pobedonoszew“, unterhalten hatte. (Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 185.)

<sup>150</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 188.

begann er, Lascelles zu versichern, er freue sich unsäglich über den Beschluß Englands, seine Kriegsflotte zu vergrößern. All das sollte England beweisen, daß es auf dem Kontinent keine anderen Freunde außer dem Dreibund besitze und daß es deshalb im eigenen Interesse Englands liege, Italien zu helfen, damit dieses aus der Katastrophe, von der es betroffen wurde, herauskomme. Die beste Hilfe für Italien, so betonte er, wäre ein militärisches Ablenkungsmanöver der englischen Armee gegen Abessinien von Ägypten aus, oder schlimmstenfalls eine geldliche Unterstützung, die Italien sosehr brauchte.<sup>151</sup>

Als sie von dieser Aktion Wilhelms erfuhren, erhoben Holstein und der ihm hörige Marschall beim Reichskanzler Protest. Sie waren der Meinung, daß diese Aktion die Unfähigkeit Deutschlands, Italien zu Hilfe zu kommen, bloßlegte und folglich auch die innere Schwäche des ganzen Dreibunds verriet. Aber die Sache war einmal geschehen, und Hohenlohe hielt es nicht für möglich, aus diesem Anlaß eine Krise zwischen dem Kaiser und der Regierung heraufzubeschwören.<sup>152</sup>

Der Vorschlag Wilhelms wurde in England zunächst anscheinend kühl aufgenommen. Die englische Presse kümmerte sich in ihrer Mehrheit wenig um das Schicksal Italiens, und nur die konservative Zeitung „Morning Post“ und der radikale „Daily Chronicle“ äußerten sich in dem Sinne: Insofern Frankreich die Abessinier mit Waffen versorge, wäre es vielleicht für die am östlichen Sudan interessierten Mächte, das heißt England und Italien, angebracht, sich zusammenzuschließen und gemeinsam aufzutreten. Wilhelm fand an dieser Idee natürlich großen Gefallen und gab die Anweisung, die deutsche Presse solle sie „als vernünftigen Vorschlag besprechen“<sup>153</sup>. Aber Salisbury zeigte vorläufig keinen Eifer, Italien zu Hilfe zu kommen. Er brachte sein Bedauern über die politische Krise, die in Rom ausgebrochen war, zum Ausdruck, bemerkte aber dazu, daß er Italien nicht einmal finanzielle Hilfe „weder direkt noch durch Vermittlung hiesiger“ (d. h. Londoner. A. J.) „Bankhäuser“ bieten könne. „Unglaublich!“ empörte sich Wilhelm, „sie haben ja im Transvaal soviel verdient!“<sup>154</sup> Aber statt Geld gab London vorläufig nur Ratschläge. Die einflußreichsten Organe der englischen Presse („Times“ und „Daily Telegraph“) begannen Italien zuzureden, es solle sich Frankreich nähern, während sie diesem empfahlen, die Schwäche des Dreibunds auszunutzen und eine Revision des Frankfurter Friedens in An-

<sup>151</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2770, Hohenlohe an Hatzfeldt, 4. März 1896.

<sup>152</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 191/192.

<sup>153</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2772, Hatzfeldt an Hohenlohe, 4. März 1896 (siehe Randbemerkung Wilhelms).

<sup>154</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2774, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 6. März 1896 (siehe Randbemerkung Wilhelms).

griff zu nehmen. Die herrschenden Kreise in Berlin bewerteten das als einen Aufruf zum Krieg gegen Deutschland<sup>155</sup> und beeilten sich, die italienische Regierung zu ermahnen, sie solle nicht den gefährlichen Einflüsterungen Englands nachgeben.<sup>156</sup> Zugleich teilte Hatzfeldt aus London mit, er sehe keinerlei Anzeichen, die von dem Wunsch der englischen Regierung zeugten, Italien irgendwelche Hilfe zu leisten.<sup>157</sup> Die innere und außenpolitische Lage Italiens flößte den herrschenden Kreisen Deutschlands und Österreich-Ungarns ernstliche Sorge ein. Die Beziehungen zwischen diesen Mächten blieben von gegenseitiger Verärgerung und Unzufriedenheit erfüllt.

In dieser Atmosphäre, einige Tage nach der italienischen Katastrophe bei Adua, begab sich Goluchowski nach Berlin. Seine Stellung war sehr schwierig geworden. Die Hoffnungen auf eine Erneuerung der Mittelmeerentente hatten sich nicht erfüllt. Die österreichischen und vor allem die ungarischen herrschenden Kreise verzeichneten mit Unruhe die sich zwischen Serbien, Montenegro und Bulgarien anbahnende Annäherung und die Verstärkung des russischen Einflusses in diesen kleinen slawischen Ländern. Gerade zu diesem Zeitpunkt (im März 1896) hatte die russische Regierung den bulgarischen Fürsten Ferdinand von Koburg anerkannt, während sich dieser, der Zarenregierung zu Gefallen, bereit erklärte, seinen Sohn Boris nach orthodoxem Ritus taufen zu lassen. Später hinderte das die beiden Koburger, sowohl den Vater als auch den Sohn, nicht, dem deutschen Imperialismus und seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, solange dieser noch existierte, auf Treu und Glauben zu dienen. Aber damals löste dieser Schritt des schlaun Ferdinands in den herrschenden Kreisen der katholischen Monarchie der Habsburger starke Verärgerung aus.<sup>158</sup> Diese Kreise verstärkten, nach der Aussage des russischen Botschafters in Wien, des Grafen Kapnist, den Druck auf Goluchowski, um ihn zu veranlassen, auf Deutschland einzuwirken und sich seine Unterstützung auf dem Balkan zu versichern. Da sie der Annäherung an England noch immer große Bedeutung beimaßen, bestanden sie darauf, daß Goluchowski sich bemühen möge, die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu verbessern.<sup>159</sup>

<sup>155</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 191/192.

<sup>156</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2775, Marschall an Bülow, 7. März 1896.

<sup>157</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2774, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 6. März 1896; Nr. 2776, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 8. März 1896.

<sup>158</sup> Die österreichisch-ungarische Diplomatie wollte, auf Griechenland und Rumänien gestützt, Bulgarien politisch blockieren und bereitete zu diesem Zweck die Annäherung zu jenen unter eigener Ägide vor. (G. P., Bd. 11, Nr. 2680, Aufzeichnung Hohenlohes, 15. März 1896.)

<sup>159</sup> Архив МИД, К. 169, Blatt 79, Depesche Kapnists an Lobanow-Rostowski, Wien, 2. April (21. März) 1896, Nr. 22.

Die Rivalität zwischen den deutschen Bundesgenossen und den englischen Freunden erschwerte in höchstem Maße das Manövrieren der Politik Goluchowskis. In der allgemeinen Politik des Dreibunds traten Risse auf, und jeder der Partner dieses Bundes stand vor der Gefahr einer Isolierung.

Die deutsche, österreichische und ungarische Presse bemühte sich jedoch mit gleichem Eifer, diese Risse vor der Außenwelt zu verbergen. Während des Goluchowski-Besuchs in Berlin (10.–13. März) schrieb sie wie auf Kommando über das gleiche und natürlich von den Regierungen<sup>160</sup> im voraus gestellte Thema: Der Dreibund stehe unerschütterlich da, und nichts vermöge ihn zu zerrütten, nicht einmal die Niederlage Italiens bei Adua.<sup>161</sup> Aber welches die Themen, die Ziele und die Ergebnisse der österreichisch-deutschen Besprechungen in Berlin waren, darüber wußte die Presse nichts zu berichten. Die österreichisch-ungarischen Dokumente blieben bis auf den heutigen Tag unveröffentlicht, die deutschen Dokumente sind recht spärlich vertreten, und nur die russischen Dokumente werfen ein gewisses Licht auf diese Frage.

Offenbar wurde Goluchowski in Berlin recht kühl empfangen. Noch allzu frisch war der Eindruck des scharfen und beleidigenden Briefwechsels zwischen der österreichischen und der deutschen Diplomatie, durch den die Auflösung der Mittelmeerentente gekennzeichnet war. Er entschuldigte sich fast dafür, daß er Besprechungen mit Salisbury geführt hatte, und versuchte den Deutschen zu versichern, er habe bei diesen Besprechungen lediglich den Standpunkt Englands feststellen wollen.<sup>162</sup> Noch am Vorabend der Reise nach Berlin wollte er fordern, daß Deutschland „eine nicht etwa kriegेरische, aber mehr akzentuierte Dreibund-Politik“<sup>163</sup> treibe, das heißt im vorliegenden Fall die Politik einer aktiveren Unterstützung des österreichisch-ungarischen Imperialismus auf dem Balkan. Aber Eulenburg warnte ihn, würde er so in Berlin sprechen, könnte das lediglich „zu einer ernsten und vielleicht erfolglosen Diskussion“ führen.<sup>164</sup> Als er nach Berlin kam, beschloß Goluchowski deshalb, nur chrfurchtsvoll die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß Österreich-Ungarn eine Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen begrüßen würde. Zugleich bestand er entschiedener darauf, daß sich Österreich-Ungarn nicht auf ein Abkommen mit Rußland

<sup>160</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 191.

<sup>161</sup> Siehe zum Beispiel die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. März 1896. Bereits früher schrieb die einflußreiche ungarische Zeitung „Pester Lloyd“ im gleichen Sinne, und die deutsche Regierung gab ihrer Presse die Anweisung, diesem Beispiel zu folgen. (Siehe Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 191.)

<sup>162</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2680, Aufzeichnung Hohenlohes, 15. März 1896.

<sup>163</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2678, Eulenburg an Hohenlohe, 6. März 1896.

<sup>164</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2679, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 8. März 1896.

einlassen könne.<sup>165</sup> Die deutsche Diplomatie hatte jedoch nicht die Absicht, dem österreichisch-ungarischen Verbündeten zu Liebe ihre Linie zu ändern.

Infolgedessen kam es zu keinen ernstlichen Veränderungen in den österreichisch-deutschen Beziehungen. Der früher entstandene Riß wurde nicht beseitigt. Ein Beweis hierfür ist der Standpunkt, der deutscher- und österreichischerseits gleich nach den Berliner Besprechungen bezogen wurde. Marschall versicherte dem russischen Botschafter in Berlin, Osten-Saken, daß Goluchowski ein Übereinkommen mit Rußland anstrebe, aber Goluchowski selbst hatte, nach Wien zurückgekehrt, dem russischen Botschafter Kapnist nichts Derartiges gesagt. Marschall versicherte Osten-Saken, daß „Deutschland nicht die Absicht habe, Goluchowski als Vermittler zur Änderung der Beziehungen zu England auszunutzen, die sich im Zusammenhang mit der Transvaalfrage verschlechtert hatten“. Indes drückte Goluchowski in einem Gespräch mit Kapnist die feste Zuversicht aus, daß die Beziehungen zwischen England und Deutschland, die sich in der letzten Zeit sosehr verschlechtert hatten, unbedingt besser werden würden. „Sie werden sehen“, so sagte er, „daß die zwischen den beiden Mächten entstandene Abkühlung nach einigen Monaten verschwindet.“

Die einzige Frage, in der sich eine Übereinstimmung der Ansichten der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung abzeichnete, war die Einstellung zu Italien im Zusammenhang mit seiner militärischen Niederlage. „Italien wird seine Situation in Afrika liquidieren“, sagte Goluchowski zuversichtlich. Aber wie? Beide Regierungen beschlossen, daß ihr italienischer Bundesgenosse sein militärisches und politisches Prestige opfern, an keine unverzügliche Revanche „um jeden Preis“ denken, die militärische Expedition rasch beenden und mit Abessinien Frieden schließen solle.<sup>166</sup> Diese Beschlüsse wurden auf nachdrückliches Verlangen Schließens angenommen. Die herrschenden Kreise Deutschlands schätzten die Niederlage der italienischen Truppen als eine „Katastrophe“<sup>167</sup> ein. Um die „Einheit“ des Dreibunds zu demonstrieren, begab sich Wilhelm bald darauf zu einer Visite nach Italien, wo die Hofkreise und die aggressivsten imperialistischen Schichten noch immer von einer Revanche träumten. König Umberto konnte sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß seine Offiziere

<sup>165</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2680, Aufzeichnung Hohenlohes, 15. März 1896.

<sup>166</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 296, geheimer Brief Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 6. März (23. Februar) 1896; K. 19, Blatt 300, geheimer Brief Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 14. (2.) März 1896; K. 169, Blatt 67, Depesche Kapnists an Lobanow-Rostowski, Wien, 18. (6.) März 1896, Nr. 18; K. 169, Blatt 70, Depesche Kapnists an Lobanow-Rostowski, Wien, 18. (6.) März 1896, Nr. 19; K. 170, Blatt 41, geheimer Brief Kapnists an Lobanow-Rostowski, Wien, 19. (7.) März 1896.

<sup>167</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 191.

„pour rien“ (für nichts) gefallen seien.<sup>168</sup> Der Kaiser tröstete ihn, forderte jedoch die Ausführung der in Berlin gefaßten Beschlüsse.<sup>169</sup> Unter diesen Umständen hatte sein kürzlicher Appell an die englische Regierung über eine Hilfe an Italien jeden Sinn verloren.

Die Sache nahm aber plötzlich eine ganz andere Wendung. Die englische Regierung faßte den Beschluß, Truppen aus Ägypten nach Dongola zu entsenden. Hurra! reagierte Wilhelm auf diese unerwartete Kunde. In seinem Größenwahn nahm er an, daß die englische Regierung endlich seinen an Lascelles gegebenen Ratschlag befolgt habe.<sup>170</sup> Das war jedoch eine dumme Einbildung. Im englischen Generalstab hatte man schon lange vorher den Plan einer großen militärischen Expedition nach dem Sudan ausgearbeitet, um diesen zu erobern. Es war vorgesehen, den Feldzug nicht vor dem Herbst zu beginnen. Die leitenden Regierungsmitglieder drängten jedoch zu unverzüglichen Aktionen. Sie waren der Meinung, daß sich die politische Situation jetzt günstig gestalte und daß man sie ausnutzen müsse.<sup>171</sup>

Salisbury ging sofort daran, diplomatische Kulissen aufzustellen, die die Eroberungsziele des englischen Imperialismus verdecken sollten. Er teilte nach Rom mit, England beziele sich, Italien militärische Hilfe in Ostafrika zu leisten.<sup>172</sup> Hinter dieser großtuerischen Geste verbargen sich die Forderungen, die italienischen Truppen sollten in Kassala bleiben, die Eingeborenentruppen nach dem Osten abziehen und den englischen Truppen das Vordringen von Ägypten aus nach dem Süden erleichtern. Ferner teilte er nach Berlin mit, daß England durch Hilfeleistung an Italien die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu festigen hoffe.<sup>173</sup> Dahinter verbarg sich das Bestreben, sich der politischen Unterstützung der Dreibundmächte zu versichern. Schließlich teilte er der ganzen Welt mit, daß England den Schutz Ägyptens vor der vom Sudan aus drohenden Gefahr übernehme. Ägypten drohte vom Süden aus keine Gefahr. Alle begriffen, daß die englische Regierung einfach nach einem Vorwand suchte, um nicht nur Ägypten weiter zu besetzen, sondern auch den Sudan zu erobern. So sah die englische „Hilfe“ für Italien aus. Ferner beschloß die englische Regierung, daß, da die von ihr ausgerüstete militärische Expedition so hohe, altruistische Ziele verfolge, die damit verbundenen Ausgaben von den armen ägyptischen

<sup>168</sup> Ebenda, S. 209.

<sup>169</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2696, Münster an das Auswärtige Amt, 13. März 1896 (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).

<sup>170</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2777, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 12. März 1896.

<sup>171</sup> Архив МИД, К. 128, Blatt 389, Notiz des Militäragenten Jermolow, London, 4. April (23. März) 1896, Anlage zum Brief Staals an Lobanow-Rostowski, London, 4. April (23. März) 1896.

<sup>172</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2780, Bülow an das Auswärtige Amt, 15. März 1896.

<sup>173</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2779, Aufzeichnung Marshalls, 13. März 1896.

Fellachen bezahlt werden mußten. Sie forderte, daß die unter der Kontrolle der Großmächte stehende ägyptische Schuldenkasse zu diesem Zweck aus ihrem Reservefonds die runde Summe von 500 000 Pfund Sterling zur Verfügung stelle.<sup>174</sup>

Die italienische Regierung beeilte sich, ihre Zustimmung zu geben<sup>175</sup>, die österreichische<sup>176</sup> ebenfalls. Die französische Regierung weigerte sich. Sie begriff, daß England überhaupt nicht die Absicht habe, ihr in Ägypten Zugeständnisse zu machen, und darüber hinaus auf ägyptische Kosten die Erweiterung seiner kolonialen Eroberungen in Afrika vorbereitete.<sup>177</sup> Da die russische Regierung ebensowenig gewillt war, diese neue Aggression des englischen Imperialismus zu fördern, bezog sie gleichfalls einen scharf ablehnenden Standpunkt.<sup>178</sup> Somit hing die Stimmenmehrheit in der Kommission der ägyptischen Schuldenkasse davon ab, wie sich die deutsche Regierung entschied. Die russische Diplomatie versuchte sie vorsichtig zu beeinflussen, hatte aber dabei keinen Erfolg.<sup>179</sup> Die Deutschen waren ebenso wie ihre Bundesgenossen fest entschlossen, den Engländern behilflich zu sein, in die ägyptische Tasche zu greifen und die Dongolaexpedition zu unterstützen.

Noch kurz vorher hatte die deutsche Diplomatie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zu betonen, sie habe eine Verbesserung der Beziehungen zu Rußland erreicht und veranlasse darüber hinaus auch ihre Bundesgenossen dazu, sich dieser Richtung zuzuneigen. Als die „Kölnische Zeitung“ eine Bilanz der Visite Goluchowskis in Berlin zog, schrieb dieses dem Auswärtigen Amt nahestehende Blatt: „Wenn hie und da gewisse Schwierigkeiten in den Beziehungen zu England zutage getreten sind, so steht dem andererseits eine unverkennbare Besserung der Beziehungen des Drei-

<sup>174</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2698, Salisbury an Lascelles, 15. März 1896.

<sup>175</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2701, Bülow an das Auswärtige Amt, 18. März 1896.

<sup>176</sup> Goluchowski motivierte diesen Entschluß damit, daß „das Wiener Kabinet, das keine politischen Interessen in Ägypten hat, sich lediglich von finanziellen Erwägungen leiten ließ“. Aber der russische Botschafter in Wien, Kapnist, gab eine richtigere Deutung, indem er in der Stellungnahme des Wiener Kabinetts einfachen Dienstfeier gegenüber England als dem künftigen Verbündeten in der orientalischen Frage gegen Rußland erblickte. (Архив МИД, К. 169, Blatt 73, Depesche Kapnists an Lobanow-Rostowski, Wien, 19. [7.] März 1896, Nr. 20.)

<sup>177</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2703, Münster an das Auswärtige Amt, 18. März 1896.

<sup>178</sup> Архив МИД, К. 129, Blatt 111, Geheimdepesche aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Staal, Petersburg, 19. (7.) März 1896. Der Entwurf des Telegramms trägt den Vermerk Nikolaus' II.: „Vortrefflich. — Aber ich zweifle daran, daß unsere Ablehnung den kriegerischen Eifer der Engländer dämpfen wird.“ Diesmal hatte der Zar recht.

<sup>179</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2705, Marschall an Hatzfeldt, 19. März 1896.

bunds zu Rußland gegenüber.“<sup>180</sup> Osten-Saken verzeichnete das Anwachsen solcher Stimmungen in den deutschen herrschenden Kreisen und berichtete nach Petersburg: „Dieses Bewußtsein dient der deutschen Regierung gleichsam als Stütze während der kritischen Phase, die einer der Partner des Dreibunds erlebt.“<sup>181</sup> Er meinte Italien. Nun machte die deutsche Diplomatie aber wiederum eine Schwenkung zugunsten ihrer englischen Rivalin: sie unterstützte politisch die Dongolaexpedition. Die russische und die französische Regierung forderten Deutschland auf, sich ihnen anzuschließen, um durch gemeinsame diplomatische Bemühungen England daran zu hindern, den Reservefonds der ägyptischen Schuldenkasse zu benutzen. Das hätte die neue Aggression des englischen Imperialismus zwar nicht zum Stehen gebracht, aber sie erschwerte auf jeden Fall als eine ernste Warnung gedient.

Die deutsche Diplomatie reagierte auf diese Appelle der beiden kontinentalen Großmächte nur mit einem Lächeln. So rächten sich Holstein und seine Clique an Frankreich und Rußland dafür, daß diese seinerzeit die deutschen Pläne zur Schaffung der „Kontinentalliga“ nicht unterstützt hatten. Sie rächten sich bewußt und machten daraus kein Hehl.<sup>182</sup> Trotzdem gab Lobanow-Rostowski die Hoffnung noch immer nicht auf, daß es ihm gelingen werde, mit Deutschland eine politische Aktion gegen die englischen Pläne in Ägypten und im Sudan zu vereinbaren. In Geheimbesprechungen mit Deutschland versuchte er von diesem vorsichtig zu erfahren, was sie von der Idee der Einberufung einer internationalen Konferenz über die Ägyptenfrage hielten.<sup>183</sup> Aber in Berlin verriet man ihn sofort. Man teilte seinen Plan nach London mit<sup>184</sup>, und Salisbury unternahm im voraus alles, um diesen Plan zu durchkreuzen.<sup>185</sup>

Lobanow-Rostowski setzte den Deutschen auseinander, daß sich England nach der Eroberung von Dongola in Ägypten und am Suezkanal fest-

<sup>180</sup> „Kölnische Zeitung“ vom 14. März 1896.

<sup>181</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 43, Depesche Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 14. (2.) März 1896.

<sup>182</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2705, Marshall an Hatzfeldt, 19. März 1896; Nr. 2734, Aufzeichnung Marshalls, 15. Mai 1896; Nr. 2735, Hohenlohe an Radolin, 20. Mai 1896.

<sup>183</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2731, Eulenburg an Hohenlohe, 30. April 1896.

<sup>184</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2733, Aufzeichnung Marshalls, 8. Mai 1896.

<sup>185</sup> Später erfuhr oder erriet die russische Regierung die Verräterrolle der deutschen Diplomatie. Osten-Saken erschien bei Holstein und fragte ihn direkt, ob es stimme, daß der Inhalt der russisch-deutschen Besprechungen in der ägyptischen Frage an London weitergeleitet worden sei. Holstein leugnete alles ab und versuchte frech, alles auf die „Intrigen der französischen Diplomatie“ abzuwälzen. (Архив МИД, К. 19, Blatt 364, streng geheimer Brief Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 10. Juli [28. Juni] 1896.)



setzen würde. „Sie brauchen den Kanal“, so sagte er bei einer Begegnung mit Eulenburg, „für Ihre Kolonien in Ostafrika und Ihren Handel in Ostasien ebenso wie wir. Es ist natürlich, daß wir in dieser Frage zusammengehen.“<sup>186</sup> Aber die deutsche Diplomatie stellte sich auch weiterhin taub. Dafür verbesserten sich ihre Beziehungen zu London merklich. Salisbury und Hatzfeldt unterhielten sich wie Auguren. Der englische Premierminister gab zu verstehen, er sei nicht allzusehr durch die Frage beunruhigt, ob es ihm gelinge, die Ausgaben für die Dongolaexpedition auf Kosten der ägyptischen Schuldenkasse zu decken. „Ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu sagen“, so bemerkte er zynisch zu Hatzfeldt, „daß wir in diesem Fall Ägypten nicht räumen werden, solange die Schuld nicht getilgt ist.“<sup>187</sup> Das bedeutete natürlich, daß England überhaupt nicht die Absicht hatte, seine Truppen aus Ägypten abzuziehen. Seinerseits hatte Hatzfeldt schon früher Salisbury gesagt, Deutschland fürchte jetzt nicht mehr das englisch-französische Kondominium in Ägypten. Er berief sich auf die Erfahrungen bei der gemeinsamen österreichisch-preußischen Verwaltung in Schleswig-Holstein und folgerte zynisch, daß das Kondominium in Ägypten lediglich den Krieg zwischen England und Frankreich beschleunigt hätte. Salisbury stimmte Hatzfeldt zu, und die beiden Auguren lachten gemeinsam.<sup>188</sup> Sowohl in England als auch in Deutschland ebte der Zeitungskrieg merklich ab.<sup>189</sup>

Diese neuen, plötzlich aufkommenden Tendenzen in der deutschen Außenpolitik konnten nicht unbemerkt bleiben, und die russischen Diplomaten waren verduzt. Sie fragten: Was ist das, eine zufällige Episode oder eine entschlossene frontale Wendung? Die Antwort deutscherseits war recht ausweichend.<sup>190</sup> Indes war dies ein Manöver, das die deutsche Diplomatie startete, da sie keine feste politische Orientierung hatte und zu Mitteln Zuflucht nahm, die zwar einer Zielsetzung entsprachen, aber zu anderen Zielen in Gegensatz gerieten. Wir erinnern uns noch, welche Befürchtungen in Berlin die Information auslöste, daß die Türkei auf dem Abzug der englischen Truppen aus Ägypten bestehe und daß England in der ägyptischen Frage Besprechungen mit Frankreich aufnehme. Damals wurde beschlossen,

<sup>186</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2747, Eulenburg an Hohenlohe, 28. August 1896. Bereits vorher hatte Osten-Saken dem Auswärtigen Amt ein Telegramm Lobanow-Rostowskis übergeben, in dem die gleichen Erwägungen dargelegt wurden. (Siehe G. P., Bd. 11, Nr. 2734, Anlage, Lobanow-Rostowski an Osten-Saken, 15. [3.] Mai 1896.)

<sup>187</sup> G. P., Bd. 11, S. 173, Anmerkung, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 10. Juni 1896.

<sup>188</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2718, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 25. März 1896.

<sup>189</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2733, Aufzeichnung Marshalls, 8. Mai 1896.

<sup>190</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2724, Eulenburg an Hohenlohe, 1. April 1896.

die englisch-französische Annäherung um jeden Preis zu verhindern und einen neuen Keil zwischen England einerseits sowie Frankreich und Rußland anderseits zu treiben. Die Deutschen kamen zu dem Schluß, daß man die militärische Expedition englischer Truppen nach Dongola als einen solchen Keil benutzen könnte, und sie bemühten sich, ihn möglichst tief und fest hineinzutreiben. Die Ergebnisse machten sich sofort bemerkbar. Münster teilte aus Paris mit: „Die Beziehungen zu England sind schlecht. Die Stimmung ist auf beiden Seiten des Kanals viel feindlicher geworden.“<sup>101</sup> „Eine Verständigung zwischen Frankreich, Rußland und England ist auf lange Zeit nicht mehr zu befürchten.“<sup>102</sup> Gleichlautende Meldungen trafen auch aus Petersburg ein.<sup>103</sup> Der Kaiser jubelte. „Der Zweck ist erreicht“, so schrieb er. „England ist zu Aktion geschritten, es ist compromittirt, und die Liebäugelei mit Gallo-Rußland ist zerstört, mehr wollte ich nicht. Ich bin zufrieden.“<sup>104</sup> Die weiteren Ereignisse zeigten, daß es für eine solche Selbstzufriedenheit sehr wenig Gründe gab.

Die deutsche Diplomatie trieb einen Keil zwischen England und das französisch-russische Bündnis. Da sie aber selbst zu diesem Zweck mit England „anbandelte“, trieb sie einen Keil auch in die eigenen Beziehungen zu Rußland. In ihrem Streben nach neuen kolonialen Eroberungen in Afrika hatte sie erfahren, daß ihr Hauptrivale auf diesem Wege England war. Jetzt war sie gezwungen, dessen koloniale Ausdehnung selbst zu fördern, ohne irgendwelche Kompensationen dafür zu erhalten. Erst vor kurzem, in den Tagen der Besprechungen über die Erneuerung der Mittelmeerrente, setzte sie sich dafür ein, daß England ihren Bundesgenossen im Falle eines Zusammenstoßes mit Rußland im Nahen Osten aktive militärische Unterstützung garantiere. Jetzt sicherte sie, ohne jegliche politische Garantien und Gegendienste von seiten Englands, diesem die politische Unterstützung des gesamten Dreibunds in der ägyptischen Frage zu. Die deutsche Diplomatie hatte mit dem Bismarckschen „Knüppel“ — der ägyptischen Frage — ausgeholt, aber den Schlag nicht gegen England geführt; sie hatte sich selbst einen Schlag versetzt.

## 7

Ebenso wie Kaiser Wilhelm die Idee der englischen Dongolaexpedition seinem Einfluß auf die Politik des Londoner Kabinetts zuschrieb, schrieben die herrschenden Kreise Österreich-Ungarns die englisch-deutsche Annähe-

<sup>101</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2721, Münster an Hohenlohe, 31. März 1896.

<sup>102</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2706, Münster an Hohenlohe, 19. März 1896.

<sup>103</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2713, Radolin an das Auswärtige Amt, 21. März 1896.

<sup>104</sup> Ebenda, Randbemerkung Wilhelms II.

rung in der ägyptischen Frage dem Einfluß zu, der von Goluchowski während seiner Reise nach Berlin ausgeübt worden war. Für Goluchowski war es günstig, derartige Versionen zu verbreiten. Aber welche politischen Schlußfolgerungen konnten hieraus gezogen werden? In einem Jahr, im Mai 1897, lief die Frist des Vertrages über den Dreibund ab, und falls keine der unterzeichneten Parteien ein Jahr vor Ablauf dieser Frist die Kündigung aussprach, wurde der Vertrag automatisch um weitere fünf Jahre verlängert. Alle Versuche der österreichisch-ungarischen Diplomatie, sich formell einer präzisen, garantierten deutschen Unterstützung der eigenen aggressiven Politik auf dem Balkan zu versichern, hatten negative Ergebnisse gezeitigt und darüber hinaus politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Verbündeten aufgedeckt. Die Reise Goluchowskis nach Berlin hatte in dieser Hinsicht nichts geändert. Im Zusammenhang mit der unerwarteten Zickzackschwenkung der deutschen Politik in Richtung Englands unternahm die österreichisch-ungarische Regierung noch einen Versuch. In der offiziellen „Neuen Freien Presse“ erschien ein zweifellos inspirierter Leitartikel, in dem die Frage wie folgt gestellt wurde: Wenn Deutschland durch seine Einstellung zu der englischen militärischen Dongolaexpedition Italien eine politische Unterstützung in ostafrikanischen Angelegenheiten erwiesen hat, wie sie sich aus den Verpflichtungen des Dreibunds nicht ergibt, kann Österreich-Ungarn etwa ebenfalls auf deutsche Unterstützung rechnen, wenn seine Interessen auf dem Balkan, die in dem bestehenden österreichisch-deutschen Bündnisvertrag formell nicht ausbedungen sind, berührt werden?<sup>195</sup> Das war ein Versuchsballon. Wir wissen nicht, wie die deutsche Diplomatie auf ihn reagierte. Aber Bismarck mischte sich in die Angelegenheit ein. Vermittels des von ihm inspirierten Organs fiel er über die neuen österreichisch-ungarischen Ansprüche her. „Je größeres Recht Österreich hätte, sich in Angelegenheiten der Balkanhalbinsel auf deutsche Bajonette zu stützen“, so schrieben die „Hamburger Nachrichten“, „desto wahrscheinlicher wäre sein Zusammenstoß mit Rußland. Gerade deswegen wurde der *Casus foederis* so streng auf den Fall eines Überfalls auf österreichische Besitzungen beschränkt. Es wird Österreich selbst überlassen, seine Interessen auf dem Balkan und an anderen Stellen wahrzunehmen.“<sup>196</sup> Diese Worte konnte man nicht sosehr als eine Antwort auf die inoffizielle Frage Österreich-Ungarns einschätzen, sondern vielmehr als eine Warnung an die Adresse der deutschen Regierung. Bismarck forderte, daß die Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen des Dreibunds weder formell noch faktisch erweitert werden. Aber dieser Standpunkt hatte auch in der deutschen Regierung bereits Oberhand ge-

<sup>195</sup> „Neue Freie Presse“ vom 24. März 1896.

<sup>196</sup> „Hamburger Nachrichten“ vom 27. März 1896.

wonnen. Graf Kapnist, der die Schwankungen in den österreichisch-deutschen Beziehungen beobachtete, kam zu nachstehender Schlußfolgerung: „Deutschland wünscht sich volle Handlungsfreiheit für den Fall von Komplikationen im Osten zu lassen.“<sup>197</sup> In Wien wußte man das bereits und konnte nichts daran ändern. Goluchowski wagte es nicht einmal mehr, auf diese Frage zurückzukommen. Der diplomatische Sieg Deutschlands über den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen hat die Beziehungen zwischen den Generalstäben der beiden Länder nicht verbessert. Über die strategischen Pläne im Osten war noch immer keine einheitliche Ansicht erreicht worden. Schlieffen, der die Mobilmachungsmöglichkeiten und die Kampfqualitäten der russischen Armee hoch einschätzte<sup>198</sup>, war zu dieser Zeit darum besorgt, vor allem Ostpreußen gegen einen Schlag zu schützen, und nicht sehr geneigt, die strategischen Berechnungen Becks zu berücksichtigen. Gleichzeitig hatte er von der österreichisch-ungarischen Armee keine hohe Meinung, und zwar nicht nur deshalb, weil sie über ein von seinem Standpunkt aus unzureichendes Netz strategischer Eisenbahnen verfügte, sondern auch wegen ihrer nationalen Zusammensetzung. „Ein Drittel“, so sagte er, „läuft zu den Russen über.“<sup>199</sup> Das zahlenmäßig starke slawische Element in der österreichisch-ungarischen Armee beunruhigte ihn stark.

Etwas anders gestalteten sich die deutsch-italienischen Beziehungen. Hier vertieften sich die Risse weiter. Bereits die ersten Schritte der neuen Regierung Rudini haben in Berlin angespannte Aufmerksamkeit hervorgerufen. Rudini versicherte den Deutschen, daß er sich an die Dreibundpolitik halten werde, aber das hinderte ihn nicht daran, sich um die Beilegung der Finanz- und Wirtschaftsstreitigkeiten mit Frankreich zu

---

<sup>197</sup> Архив МИД, К. 169, Blatt 83, Depesche Kapnists an Lobanow-Rostowski, Wien, 2. April (21. März) 1896, Nr. 23.

<sup>198</sup> In einem Bericht vom Dezember 1892 schrieb Schlieffen: „Rußland hat in jahrelanger Arbeit seine Mobilmachung so zweckmäßig eingerichtet, die Friedensdislokation seiner Armee den Bedürfnissen des Krieges derartig angepaßt, seine Eisenbahnen bis zu einem solchen Grade ausgebaut und vermehrt, daß es trotz seiner gewaltigen Ausdehnung und seiner dünnen Bevölkerung in Kriegsbereitschaft seinen begünstigteren westlichen Nachbarn wenig oder gar nicht mehr nachsteht.“ Schlieffen glaubte, daß die Durchbrechung der Narewlinie „fast zur Unmöglichkeit geworden“ sei, und betonte: „Eine rechtzeitige Unterstützung seitens der österreichischen Armee... hätte von jeher zweifelhaft erscheinen müssen; jetzt müßte sie für uns ausgeschlossen gelten.“ Analoge Äußerungen brachte Schlieffen auch in seinem Bericht vom November 1893 vor. (Siehe Wilhelm Groener, „Das Testament des Grafen Schlieffen. Operative Studien über den Weltkrieg“, Berlin 1927, S. 101/102.)

<sup>199</sup> Gerhard Seyfert, „Die militärischen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab“, S. 42.

bemühen.<sup>200</sup> Von Bülow darüber befragt, antwortete Rudini, da der Dreibund einen „defensiven Charakter“ trage, könne diese Frage den Bündnisverpflichtungen in keiner Weise widersprechen. In den Besprechungen, die Rudini mit den Franzosen führte, kam bereits die Rede darauf, daß man Wege zur Beseitigung der allgemeinen Spannung in den Wechselbeziehungen zwischen Frankreich und Italien suchen müsse.<sup>201</sup> Die deutsche Regierung war über diese ersten Symptome der Verbesserung der italienisch-französischen Beziehungen äußerst unzufrieden.

Bald darauf trafen aus Rom Nachrichten ein, die die Deutschen noch mehr verärgerten. Rudini gab zu verstehen, er betrachte es als eine Voraussetzung für die Erneuerung des Dreibunds, daß das dem ursprünglichen Vertrag von 1882 angefügte Protokoll ebenfalls erneuert werde.<sup>202</sup> Auf Verlangen Italiens hatte dieses Protokoll damals festgelegt, daß der Dreibund nicht gegen England gerichtet sei. Bei der Erneuerung des Bündnisvertrages von 1887 konnte man ohne dieses Protokoll auskommen, da zwei Partner des Dreibunds – Österreich-Ungarn und Italien – mit Einverständnis und Unterstützung Deutschlands zu gleicher Zeit mit England die „Mittelmeerentente“ eingingen. Bei der nächsten Erneuerung, im Jahre 1891, vermuteten die Partner des Dreibunds sogar, daß sich England ihnen anschließen würde. Jetzt, im Jahre 1896, hatten sich die Umstände mit dem Anwachsen der englisch-deutschen Antagonismen radikal geändert. Es lagen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß sich England dem Dreibund anschließen würde, während seine Weigerung, die Mittelmeerentente zu erneuern, zeigte, daß es von einer Unterstützung Österreich-Ungarns und Italiens abging. Andererseits begann Rudini vorsichtig die Annäherung an Frankreich zu suchen. Unter diesen Umständen beschloß er zu fordern, daß die Bundesgenossen Italien das Recht einräumten, gegen Frankreich nicht vorzugehen, wenn dieses von England unterstützt werde. Sein Hauptargument bestand darin, daß Italien, das von allen Seiten eine ungeschützte Küste aufweist, keinen Krieg gegen die beiden stärksten Seemächte, die über Flotten im Mittelmeer verfügten, führen könne.<sup>203</sup>

Dieses Argument machte in Deutschland nicht den geringsten Eindruck. Man wußte dort sehr wohl, daß Italien auch gegen *eine* große Seemacht keinen Krieg zu führen vermochte. Die herrschenden Kreise Deutschlands hielten jedoch die neue Forderung des italienischen Verbündeten für völlig

<sup>200</sup> A. Billot, „La France et l'Italie. Histoire des années troubles 1881–1899“, Bd. II, Paris 1905, S. 401.

<sup>201</sup> G. P., Bd. II, Nr. 2819, Bülow an Hohenlohe, 17. März 1896.

<sup>202</sup> G. P., Bd. II, Nr. 2801, Lanza an Marschall, 30. März 1896.

<sup>203</sup> Alfred Francis Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914“, Bd. I, S. 235.

unannehmbar. Die deutsche Diplomatie versuchte Rudini zu überzeugen, daß diese seine Forderungen auf falschen politischen und strategischen Berechnungen beruhten. Bülow sollte der italienischen Regierung nachweisen, daß ein „deutsch-englisches Kriegsduell“ ebenso unmöglich sei wie eine „englisch-französische Gruppierung“. Diese übliche Holsteinsche Konzeption zeugte davon, daß die herrschenden Kreise Deutschlands die Tiefe der englisch-deutschen Antagonismen unterschätzten und die englisch-französischen Antagonismen überschätzten. Da die deutsche Regierung jedoch nicht davon überzeugt war, daß diese ihre Ansichten auch in Rom geteilt würden, wies sie Bülow an, gewichtigere und konkretere Argumente vorzubringen. Die italienische Regierung könne versichert sein, daß, wenn das „deutsch-englische Kriegsduell“ dennoch stattfinden sollte, Italien nach dem Text des Bündnisvertrages (Artikel 3) nicht verpflichtet sei, sich daran zu beteiligen, während es im Falle eines französisch-deutschen Krieges unter dem Schutze Deutschlands stehen werde.<sup>204</sup> Diese Argumentation glich schon mehr jämmerlichen Winkelzügen. In der Tat, wie konnte Deutschland, das über keine starke Flotte verfügte, Italien vor den überlegenen englischen oder erst recht überlegenen englisch-französischen Marinestreitkräften „in Schutz“ nehmen? Die einzige Variante — der „Schutz“ der italienischen Küste durch Besetzung des ganzen Landes mit deutschen Truppen — war damals für den italienischen Imperialismus unannehmbar und wurde im Bündnisvertrag nicht vorgesehen. Rudini bestand auch weiterhin auf seinen Forderungen. Nach der Niederlage bei Adua in einen auszehrenden Wirtschaftskrieg gegen Frankreich verwickelt, konnte Italien, das nirgends Unterstützung fand und fast völlig isoliert war, weder wagen, den Bündnisvertrag zu kündigen, noch mit einer Kündigung drohen. Bis zum äußersten geschwächt, versuchte Italien auf seine Bundesgenossen mit diplomatischen Mitteln einzuwirken und die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen auszunutzen.

Im letzten Augenblick, kurz vor dem im Vertrag vorgesehenen Kündigungstermin, bereite Rudini eine Note vor, in der er die Ansichten der italienischen Regierung über die Bedingungen für die Erneuerung des Dreibunds formulierte: Falls England und Frankreich gemeinsam feindselige Handlungen gegen die beiden Bundesgenossen Italiens oder gegen einen von ihnen beginnen, kann das von Italien angesichts seiner geographischen Lage nicht als ein in Kraft tretender *Casus foederis* angesehen werden. Unter dem ständigen Druck seiner deutschen Bundesgenossen forderte Rudini nicht mehr und bat nicht einmal, seine Bedingungen anzunehmen, sondern erinnerte lediglich an sie, und zwar in einer demütigen Form.

---

<sup>204</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2802, Hohenlohe an Bülow, 31. März 1896.

Die Note Rudinis wurde den beiden verbündeten Regierungen lediglich in Form eines Entwurfs überreicht.<sup>205</sup> Zugleich wurde ihnen mündlich mitgeteilt, daß die italienische Regierung keine Antwort erwarte.<sup>206</sup> Offenbar rechnete Rudini damit, daß sein Ziel erreicht sei, wenn man in Berlin und Wien seine Note stillschweigend zur Kenntnis nehme, und daß die italienische Diplomatie künftig diese Hintertür benutzen könne, um den verlängerten Bündnisvertrag so auszulegen, wie sie das für sich als bequem und notwendig befindet. Er glaubte im diplomatischen Kampf gegen Deutschland Österreich-Ungarn zum Bundesgenossen zu haben, da dieses daran interessiert war, dem Dreibund eine rußlandfeindliche Spitze zu verleihen, dagegen an einem Zusammenstoß mit England und Frankreich nicht interessiert war. Zunächst war Goluchowski in der Tat geneigt, die Absichten der italienischen Regierung, wenn auch nicht aktiv zu unterstützen, so doch stillschweigend anzuerkennen. Aber in Berlin reagierte man auf diese italienische Falle rasch, scharf und ablehnend. Marshall erklärte seinen italienischen Bundesgenossen, daß die Formel Rudinis unannehmbar sei, da sie den Dreibund ausschließlich gegen Rußland richte.<sup>207</sup> Damals entsprach eine solche Umstellung des Dreibunds mehr den Interessen Österreich-Ungarns als den Interessen des deutschen Imperialismus.

Und hier offenbarten sich erneut die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern des Dreibunds. Das junkerlich-bürgerliche Deutschland brauchte ein Bündnis mit Italien für einen Krieg gegen Frankreich, die italienische Regierung dagegen wollte diesen Krieg vermeiden und dachte an Wege zur Annäherung an Frankreich. Auf keinen Fall wünschte Italien in einen Konflikt mit England, der infolge der wachsenden englisch-deutschen Rivalität ausbrechen konnte, verwickelt zu werden. Was aber den Konflikt zwischen dem Dreibund und Rußland anbetrifft, der in erster Linie von Österreich-Ungarn geschürt wurde, so war Italien in diesem Falle für den deutschen Imperialismus fast völlig unnütz. Die deutsche Diplomatie hatte sich kategorisch geweigert, den „Entwurf“ Rudinis zur Kenntnis zu nehmen. Sie forderte, daß auch Goluchowski sein Schweigen aufgeben und entschlossen dem italienischen Versuch entgegentrete, die Grundlagen des Dreibunds nach und nach einer Revision zu unterziehen. Goluchowski mußte gehorchen, und Rudini konnte sich dem Druck seiner beiden Bundesgenossen nicht mehr widersetzen. Formell hatte er jedoch seine Ansichten nicht aufgegeben.

<sup>205</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2807, Marshall an Bülow, 30. April 1896, Anlage I: Sermoneta an Lanza, *Projet de dépêche à communiquer au Gouvernement Impérial*.

<sup>206</sup> Alfred Francis Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914“, Bd. I, S. 237.

<sup>207</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2807, Marshall an Bülow, 30. April 1896, Anlage II: Marshall an Lanza, *Projet de réponse*, 29. April 1896.

Während dieser scharfe diplomatische Kampf noch andauerte, lief die Frist für die Kündigung des Dreibunds ab, und auf diese Weise blieb der Vertrag automatisch und unverändert weitere sechs Jahre in Kraft.<sup>208</sup> Die deutsche Presse, die junkerliche und die bürgerlich-imperialistische, hob dieses Ereignis einmütig hervor. Sie behauptete triumphierend, die automatische Verlängerung des Vertrages sei angeblich ein Beweis für die Festigung des Dreibunds. Auf diese Weise versuchte die deutsche Diplomatie mit Hilfe der Presse, die von der Regierung, von den kapitalistischen Konzernen oder von den Organisationen der Agrarier kontrolliert oder einfach bezahlt wurde, die Risse vor fremden Blicken zu verbergen, die sich bereits am Gebäude des Dreibunds zeigten. Aber trotzdem drang damals einiges an die Außenwelt.

Einige Wochen später (1. Juli 1896) erklärte Rudini, der vor dem Parlament in offizielle Lobpreisungen des Dreibunds ausbrach, daß „die Freundschaft mit England eine unerläßliche Ergänzung“ zu diesem Bündnis darstelle. Das stand keinesfalls mit der deutschen Auslegung des Dreibunds im Einklang und noch weniger mit dem allgemeinen Kurs der deutschen Politik, um so mehr, als die sich hinter den Kulissen abspielende Geschichte ihres Zickzackkurses in der ägyptischen Frage dem breiten Publikum unbekannt geblieben war. Noch größere Aufmerksamkeit erregte die Mitteilung Rudinis, wonach die italienische Regierung beabsichtigte, „die Dreibundabmachungen zu verbessern“, und wonach die Möglichkeit einer solchen Verbesserung ausdrücklich stipuliert sei.<sup>209</sup> Die Deutschen gerieten in Wut. Sie nahmen an, daß Rudini, der im diplomatischen Kampf für die Revision des Dreibunds einen Mißerfolg erlitten hatte, nunmehr versuche, den Kampf wieder aufzunehmen und sich auf das italienische Parlament zu stützen. Als Antwort darauf genierte sich die deutsche Regierung nicht, durch die offiziöse Presse mitzuteilen, ihr sei nichts über irgendwelche Vorschläge bekannt, den Text des Vertrages zu ändern: der Vertrag sei erneuert, und damit sei alles gesagt.<sup>210</sup> Da Rudini weder das Bündnis mit Deutschland lösen noch den gegen dieses aufgenommenen diplomatischen Kampf aufdecken konnte, mußte er den Rückzug antreten. Er erklärte, daß er falsch verstanden worden sei. Aber die Feier anlässlich der Festigung des Dreibunds war bereits verdorben. Um die Sache geradezubiegen, beeilte sich die deutsche Presse, die Aufmerksamkeit auf laufende Fragen und auf neue Aufgaben zu lenken, die von dem seine Kräfte entfaltenden deutschen Im-

<sup>208</sup> Alfred Francis Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914“, Bd. I, S. 238.

<sup>209</sup> „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1896, S. 241/242.

<sup>210</sup> Alfred Francis Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914“, Bd. I, S. 239.



perialismus auf dem Gebiet der Innen- wie auch der Außenpolitik zu lösen waren.

Den Rest besorgte die deutsche bürgerliche Geschichtsschreibung. Nachdem sie die Legende über das ihr gestellte Thema – stillschweigende Bündniserneruerung – geschaffen hatte, prägte sie diese der Allgemeinheit beharrlich und geduldig ein. Dadurch tarnte sie die Risse im Gebäude des Dreibunds, die sich lange vor seinem Zerfall zeigten. Durch das Wachstum der wirtschaftlichen Expansion sowie der kolonialen und politischen Aggression der Dreibundmächte hervorgerufen, traten diese Risse schon wenige Jahre später nach außenhin in Erscheinung. Deutschland dominierte in diesem Bund und war an ihm als einer Stütze für seine sich verstärkende Expansion und Eroberungspolitik mehr als die anderen Partner interessiert. Aber gerade das Anwachsen seiner Expansion war der Anstoß, der seine politischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Italien erschütterte. Diese Staaten suchten nach Wegen zur Sicherung der eigenen Aggressions- und Eroberungspläne, und diese Wege waren keineswegs stets die gleichen, die den Interessen ihres deutschen Bundesgenossen entsprachen.

Unter Ausnutzung seiner wachsenden wirtschaftlichen Expansion in Österreich-Ungarn und Italien, unter Ausnutzung der politischen Feindschaft zwischen diesen verbündeten Mächten und durch diplomatischen Druck auf beide gelang es dem deutschen Imperialismus, das Gebäude des Dreibunds zu erhalten. Aber die Richtung der Interessen und das Kräfteverhältnis in diesem Bund begannen sich bereits zu verändern. Die Geschichte der „stillschweigenden Bündniserneruerung“ deckt vor uns das keinesfalls vollständige, aber genügend ausdrucksvolle Bild des angespannten Kampfes des deutschen Imperialismus um die Behauptung seines dominierenden Einflusses und seiner dominierenden Bedeutung im Dreibund auf. Selbst die Bundesgenossen Deutschlands begannen nun den „Alpdruck der Koalitionen“, den bereits Bismarck gegen seine Gegner auf dem europäischen Kontinent auszuüben pflegte, am eigenen Leibe zu verspüren.

## KAPITEL IV

Kolonialfragen,  
die russisch-deutschen Beziehungen  
und die Nahostkrise  
1896

## I

Trotz der Unterstützung, die der Regierung Salisbury in der Ägyptenfrage von der deutschen Diplomatie erwiesen wurde, kamen die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht in Ordnung. Schon damals war es für niemand mehr ein Geheimnis, daß der Feldzug der englischen Truppen nach Dongola nur den ersten Schritt auf dem Wege zur Eroberung von Khartum mit dem ganzen Sudan und zugleich einen bequemen Vorwand darstellte, die weitere Okkupation Ägyptens zu rechtfertigen.<sup>1</sup> Unter anderen Umständen hätte die deutsche – wenn auch nur diplomatische – Unterstützung so umfangreicher neuer Eroberungspläne des englischen Imperialismus eine großzügige Entlohnung erfordert, aber der vorliegende Fall gehörte zu den wenigen, bei denen die deutsche Regierung an irgendeine Kompensation englischerseits nicht einmal denken konnte. Sie begnügte sich schon damit, daß es ihr gelungen war, die sich anbahnende Annäherung zwischen ihrem alten Feinde „Frankreich“ und ihrem neuen Rivalen „England“ zu verhindern. Die Londoner Regierung, die es verstanden hatte, die Unterstützung Deutschlands und seiner beiden Bundesgenossen in eigenem

---

<sup>1</sup> Ende Juni 1896 erklärte Salisbury in Beantwortung einer Anfrage Roseberys im Parlament, die Sicherheit Ägyptens sei nicht gewährleistet, solange sich Khartum in fremden Händen befinde. Dabei fügte Salisbury hinzu, daß der Feldzug General Kitcheners gegen Khartum ein bis zwei Jahre aufgeschoben werden könne. (The Parliamentary Debates, Nr. 12, Bd. XLI, Fifth volume of Session 1896, S. 933–939.) Als Kommentar zu dieser Erklärung Salisburys schrieb der russische Geschäftsträger in London, Lessar: „Es war schwer, weniger klar auszudrücken, daß die Expedition General Kitcheners . . . in Wirklichkeit nur ein bequemer Vorwand ist, um die englische Okkupation Ägyptens auf unbestimmte Zeit zu verlängern.“ (Архив МИД, К. 128, Blatt 131, Depesche Lessars an Lobanow-Rostowski, Nr. 42, London 24. [12.] Juni 1896.)

Interesse auszunutzen, tat, als gehöre es sich so und als wäre nichts Besonderes vorgefallen. Die deutsche Diplomatie dagegen vermochte weder die Dienste, die sie England sozusagen unentgeltlich erwiesen hatte, noch die Ziele, die sie dabei verfolgte, offen vorzubringen. Die allgemeine politische Atmosphäre war hierzu wenig geeignet.

Die Atmosphäre der englisch-deutschen Beziehungen blieb auch weiterhin schwül und gespannt. Die Transvaalkrise war vorbei, aber die deutschfeindliche Propaganda in England und die englandfeindliche Propaganda in Deutschland ebten nicht ab und verstärkten sich sogar in gewissem Sinne. Die Auflösung der Mittelmeerentente war für das breite Publikum unbemerkt vor sich gegangen, hatte aber in den leitenden politischen Kreisen Berlins und Londons wachsende, durch den Zusammenstoß der Interessen hervorgerufene feindselige Stimmungen bloßgelegt. Die englische Presse setzte mit immer wachsender Stärke die Kampagne gegen die deutsche Handelskonkurrenz fort. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Artikel des englischen Ökonomen Williams, die in der von dem Imperialisten Hanley herausgegebenen Zeitschrift abgedruckt wurden.<sup>2</sup> In diesen Artikeln versuchte Williams zu erklären, welches das Geheimnis des Erfolges der deutschen Handelsexpansion war.<sup>3</sup> Aber seine Hauptaufgabe bestand darin, den Engländern die tödliche Gefahr dieser Expansion anschaulich vor Augen zu führen. „Deutschland“, so schrieb Williams, „ist mit England bewußt in einen Wettstreit auf Leben und Tod getreten und kämpft mit aller Kraft für die Vernichtung der britischen Vorherrschaft.“

Das englische Publikum nahm das Pamphlet von Williams wie eine neue Offenbarung des Johannes auf, der geheimnisvolle Worte über den bevorstehenden Untergang des britischen Handels und mit ihm auch des ganzen Empire aussprach. Noch stärkeren Eindruck machten aber die alarmierenden Reden jener Politiker, die das Publikum als die „Champions“

<sup>2</sup> „New Review“, Januar–Juni 1896.

<sup>3</sup> Diese Artikel waren damals auch in Buchform herausgegeben worden. (Siehe Ernest Edwin Williams, „Made in Germany“, London 1896.) Williams stellte folgende Ursachen fest, „weshalb Deutschland England schlägt“: 1. In Deutschland sei der Lohn niedriger und der Arbeitstag länger; 2. unter Ausnutzung einer besseren Produktionstechnik werfe Deutschland billigere Waren auf den Markt; 3. unter Ausnutzung der häufigen Streiks in England lenke Deutschland rasch den Strom seiner Waren in die Gebiete, die wegen dieser Streiks unter Warenmangel leiden, und „stehle somit fremde Märkte“; 4. unter Ausnutzung des Schutzzollsystems habe Deutschland einen gut geschützten Binnenmarkt und exportiere seine Waren zu künstlich gesenkten Preisen ins Ausland. Auf diese Weise versuchte Williams zu beweisen, daß England die Gefahr der deutschen Handelskonkurrenz nur beseitigen könne, wenn es die deutschen Methoden der Wirtschaftspolitik anwende. Das bedeutete einen Verzicht auf die Prinzipien des Freihandels zugunsten des Protektionismus.

des englischen Liberalismus anzusehen gewohnt war. Lord Rosebery, der Führer der liberalen Opposition und politischer Erbe des greisen Gladstone, verglich in seiner großen öffentlichen Rede (24. Juli 1896), die sich mit der Rolle der ausländischen Handelskonkurrenz beschäftigte, Deutschland mit einer Meereswelle, die stetig an der bröckligen Küste Englands nage. An die englische Bourgeoisie gewandt, empfahl er ihr, die deutsche Organisation und die deutschen Handelsmethoden zu übernehmen. Er formulierte noch keine bestimmten politischen Schlußfolgerungen. Immerhin bezeichnete er Deutschland als einen gefährlichen Rivalen, der all das erlinge, was der britische Handel einbüße.

Die Rede Roseberys diente als neuer Anstoß zu deutschfeindlichen Ausfällen der englischen Presse. Ihre führenden Organe, vom liberalen „Daily Chronicle“ bis zur ultrakonservativen „Daily Mail“, warnten weiterhin unermüdlich vor der Gefahr, die England angesichts des stürmischen Wachstums der deutschen Industrie und des deutschen Außenhandels drohe.<sup>4</sup> So wurde in England eine Atmosphäre geschaffen, die von Historikern und Publizisten später als „Alarmzustand des Handels“ und sogar als „nationaler Alarmzustand“ charakterisiert wurde. Die englische Regierung nutzte diese Atmosphäre aus, um im Unterhaus Anfang 1896 mit Leichtigkeit neue Bewilligungen zur Vergrößerung der Flottenrüstungen zu erreichen.<sup>5</sup>

So bedeutend auch die deutsche Handelskonkurrenz war, so hatte doch die gegen sie gerichtete lärmende englische Kampagne etwas bewußt Übertriebenes. Zwar dauerte der Anlauf der deutschen Handelsexpansion tatsächlich in schnellem Tempo an<sup>6</sup>, aber bis zur völligen Verdrängung der englischen Waren vom Weltmarkt, wie sie die englische Presse beunruhigt ankündigte, war es noch weit. Noch übertraf der englische Handel (in absoluten Zahlen) den deutschen beträchtlich. Das Monopol des englischen

---

<sup>4</sup> R. J. S. Hoffmann, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875 bis 1914“, S. 248–250.

<sup>5</sup> In den Jahren 1889 bis 1896 setzte die englische Regierung den Bau von 105 größeren Schiffen und 62 Zerstörern durch. Anfang März 1896 bat der Erste Lord der Admiralität das Unterhaus, Mittel zum Bau von weiteren 5 Panzerkreuzern, 13 Kreuzern verschiedener Klassen und 28 Zerstörern zu bewilligen. Er bat, für diese Zwecke zusätzlich zehn Millionen Pfund Sterling, auf drei Jahre verteilt, zur Verfügung zu stellen. Als der russische Botschafter in London, Staal, darüber berichtete, schrieb er: „Somit werden von England in einem Jahrzehnt, von 1889 bis 1899, für Schiffsneubauten und für Rüstungen 55 Millionen Pfund Sterling ausgegeben.“ (Архив МИД, К. 128, Blatt 67, Depesche Staals an Lobanow-Rostowski, London, 4. März [21. Februar] 1896, Nr. 19.)

<sup>6</sup> In seiner Arbeit „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875–1914“, behauptet Hoffmann auf S. 78, daß der Wert des deutschen Exports in den Jahren 1880 bis 1884 nur 65 Prozent des englischen Exports betragen habe, während er in den Jahren 1895 bis 1899 78 Prozent erreichte.

Handels auf den Weltmärkten war bereits verloren, aber seine Vorherrschaft blieb erhalten. Der wirtschaftliche Aufschwung, der 1896 bereits klar genug zutage getreten war, hatte nicht nur die Schwierigkeiten des englischen Exports auf dem Weltmarkt behoben, sondern auch als Anstoß für sein weiteres Anwachsen gewirkt.<sup>7</sup> Viele Provinzzeitungen, die die wirtschaftlichen Interessen der örtlichen Handels- und Industriekreise widerspiegelten, milderten ihren Ton, nachdem sie das Ansteigen der Konjunktur gespürt hatten, und einige von ihnen gingen sogar dazu über, von den Traditionen und Vorteilen der englisch-deutschen Freundschaft zu schreiben.<sup>8</sup>

In der großen politischen Presse jedoch hatte die Kampagne gegen die deutsche Handelskonkurrenz noch nie eine solche Stärke und Schärfe erreicht wie zu der Zeit, da sich die Lage des englischen Handels auf dem Weltmarkt mit der allgemeinen wirtschaftlichen Belebung offensichtlich verbesserte. Im Laufe der Jahre 1896 und 1897 begann die in der Frage der Handelskonkurrenz betriebene deutschfeindliche Kampagne erstmalig eine ausgeprägtere politische Färbung anzunehmen. Die englische Presse schreckte bewußt mit der Gefahr der deutschen *Handelskonkurrenz*. In dieser Form war ihre Propaganda politisch wirksamer unter dem englischen „breiten Publikum“, jener von den beiden bürgerlichen Parteien geschulten verschwommenen Masse der Besitzenden, deren lebenszähne Vorurteile stets die Grundlage ihrer „öffentlichen Meinung“ bildeten.

<sup>7</sup> Im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung hatte sich die Finanzlage Englands wesentlich verbessert. In den Jahren 1895 und 1896 machte der Überschuß der Staatseinnahmen 6 Millionen Pfund Sterling aus. Während der gleichen Zeit wurden von der nationalen Schuld 8 134 000 Pfund Sterling getilgt, so daß sie insgesamt nur noch 652 Millionen Pfund Sterling ausmachte. Folglich war sie um 190 Millionen Pfund Sterling geringer als 1857, das heißt nach dem Krimkrieg. Im Zusammenhang damit wies der russische Botschafter in London, Staal, darauf hin, falls die englische Regierung es für notwendig halte, einen neuen Krieg zu beginnen, könnte sie, ohne das Land mit neuen Steuern zu belasten, rund 2 Milliarden Rubel durch einfache Rückkehr zu der früheren Schuldsomme aufbringen. (Архив МИД, К. 128, Blatt 102, Depesche Staals an Lobanow-Rostowski, London, 29. [17.] April 1896, Nr. 33.)

<sup>8</sup> Angelika Banze, „Die deutsch-englische Wirtschaftsivalität, 1897–1907“, Berlin 1935, S. 42/43. O. J. Hale führt in seiner Arbeit „Publicity and Diplomacy. With special Reference to England and Germany“ auf S. 134 viel Material an, das davon zeugt, daß gerade die Zeitungen, die die Interessen der Industrie- und Handelszentren Englands widerspiegelten (z. B. „Manchester Guardian“, „Birmingham Post“, „Scotsman of Edinburgh“, „Glasgow Herald“, die Liverpooler „Daily-Post“ u. a.), in der Periode des sogenannten „nationalen Alarmzustandes“ oder des „Alarmzustandes des Handels“ 1896–1897 eine besonders gemäßigte Haltung einnahmen und eher als die anderen, allgemeinpolitischen Zeitungen wieder begannen, für englisch-deutsche wirtschaftliche Zusammenarbeit einzutreten.

Hinter den Kulissen aber waren imperialistische Kräfte bereits am Werke. Ihre politischen Interessen lenkten mehr denn je die Tätigkeit des Kabinetts Salisbury. Die Finanzleute und die Kolonialeroberer, die Großindustriellen und die Börsenschieber, der aristokratische Adel und die politischen Abenteurer großen Formats hatten sich nicht wenig Mühe gegeben, um die „öffentliche Meinung“ mit Hilfe der großen politischen Presse und der bestehenden Parteiapparate in dem für sie erwünschten Sinne zu beeinflussen. Eine große Rolle spielte in diesen Kreisen der englischen Imperialisten die Chartered Company, deren hohe Gönner, Freunde und Teilhaber ihren großen Mißerfolg in Südafrika den Deutschen nicht verzeihen konnten. Sie begriffen, welches die Pläne der deutschen Imperialisten in Afrika waren. Sie begriffen ferner, daß nur Deutschland letzten Endes der Faktor war, der die Eroberung der Burenrepubliken durch England erschweren konnte. Mitte Mai 1896 gab Cecil Rhodes in einem Brief an einen der Leiter der liberalen Partei, Harcourt, offen zu: „Meine Handlungen bedeuten nicht: Engländer gegen Holländer. Wir wollten“ (in Südafrika. A. J.) „kein deutsches Element haben.“<sup>9</sup> Die deutschfeindliche Propaganda in England wurde vorwiegend durch imperialistische Kreise inspiriert. Der „nationale Alarmzustand“ war von ihnen geschaffen worden.

Die englandfeindliche Propaganda in Deutschland wurde ebenfalls im wesentlichen von imperialistischen Kreisen inspiriert. Aber während die englischen Imperialisten es für bequemer hielten, die Frage der wirtschaftlichen und vor allem der Handelsrivalität in den Vordergrund zu stellen, rückten die deutschen Imperialisten die kolonialpolitische Frage nach vorn. Solange sich England an die Freihandelspolitik hielt, wuchs der Export deutscher Waren nach dem riesigen Markt des britischen Empire. Wenn die deutsche Bourgeoisie in dieser Hinsicht über irgend etwas beunruhigt war, so nur darüber, daß unter den herrschenden Kreisen Englands protektionistische Stimmungen aufzukommen begannen. Die Anhänger der Zollreform in England beriefen sich gewöhnlich auf das Beispiel Deutschlands, dessen Industrie und Handel, wie sie behaupteten, vor allem im Schutze der hohen Mauer des protektionistischen Zolls gedeihen konnten. Die herrschenden Klassen in Deutschland und ihre Presse hielten es vorläufig weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht für angebracht oder vorteilhaft, sich über diese Frage in eine Polemik einzulassen. Um so mehr Veranlassung hatte man, das Feuer auf die Fragen der kolonialen und überhaupt der „Weltpolitik“ zu konzentrieren, das heißt Fragen, die in den Mittelpunkt des Kampfes der gesellschaftlichen Klassen und der politischen Parteien Deutschlands rückten.

<sup>9</sup> A. G. Gardiner, „The Life of Sir William Harcourt“, Bd. II, London 1923, S. 392/393.

Die „Krüger-Depesche“ hatte, wie wir gesehen haben, alle Parteien der Bourgeoisie und der Agrarier zeitweilig in einem politischen Lager vereinigt, und die durch sie wachgerufenen nationalistischen Stimmungen rissen dann zeitweilig sogar einen Teil der Sozialdemokratie mit sich fort. Der Versuch der Regierungs- und der imperialistischen Kreise, diesen Zusammenschluß zur Durchführung eines großen Flottenprogramms auszunutzen, endete jedoch mit einem Mißerfolg. Immerhin blieben die englandfeindlichen Stimmungen bestehen, und unter diesen Umständen war der Einfluß der „Enthusiasten“ der Kolonialpolitik umfassender und bedeutender als der Einfluß der „Enthusiasten“ der Flotte. Die Partei der Großagrarier, mit denen Hohenlohe in engsten Beziehungen stand, sowie die Partei des Zentrums, mit der Marschall von Bicherstein enge Beziehungen unterhielt, widersetzten sich immer noch den Regierungsplänen des Flottenbaus, aber auch sie begannen, die Kolonialpolitik recht aktiv zu unterstützen, und einige ihrer Führer waren sogar der Meinung, daß die Regierung in dieser Frage einen nicht genug festen englandfeindlichen Kurs einschlage. Der Anführer der englandfeindlichen Propaganda war der Alldeutsche Verband, der es nach der „Krüger-Depesche“ verstand, durch lärmende Propaganda und vor allem unter Ausnutzung großzügiger finanzieller Subsidien sein politisches Kapital zu mehren und sogar eine übertriebene Vorstellung von seiner wahren Rolle zu schaffen.

Das Scheitern des englischen Abenteuers in Transvaal hat die Stimmungen der alldeutschen und überhaupt der imperialistischen Kreise in Deutschland ungemein gehoben. Ihre Pläne zur Schaffung eines großen deutschen Kolonialreiches in Afrika erschienen ihnen noch verlockender und noch leichter realisierbar. Das Haupthindernis auf dem Wege zu diesem Ziel blieb jedoch England, und so forderten sie, daß die Regierung den englandfeindlichen politischen Kurs energisch fortsetze. Wenn die Regierung diesen Kurs beibehielt, erhielt sie die Möglichkeit, sich auf breitere politische Kreise der Bourgeoisie und zum Teil auch des Junkertums zu stützen. Davon konnte sich die Regierung überzeugen unter Umständen, die für sie recht ungünstig zu sein schienen.

Bereits Anfang 1894 bemerkte der russische Botschafter in Berlin, Schuwalow, der den Verlauf der Debatten über das Kolonialbudget im Reichstag beobachtete, daß „die Erfolge Deutschlands auf kolonialem Gebiet recht beschränkt sind und die gesetzten Hoffnungen keineswegs gerechtfertigt haben. Nach Afrika gehen weder Umsiedler noch Händler, noch Kapitalien. Die deutsche Bevölkerung der Kolonien beschränkt sich fast ausschließlich auf das Personal der militärischen und zivilen Verwaltung, und die Ausgaben für den Unterhalt dieser Verwaltungen werden durch die Einnahmen der Kolonien im allgemeinen nicht gedeckt. Von den wenigen

Handelsfirmen, die dort ihre Faktoreien eröffnet haben, befassen sich einige offen mit Sklavenhandel und Waffenschmuggel.<sup>10</sup> Seitdem hatte sich die Lage der deutschen Kolonien wenig verändert. Nach wie vor zog es das deutsche Kapital vor, günstigere Sphären für seine Investition zu suchen, von wo man rascher Profite beziehen konnte als aus den an Rohstoffen armen deutschen Besitzungen in Afrika. Nach wie vor blieb der Handelsumsatz zwischen dem deutschen Mutterland und seinen Kolonien winzig und zeigte nur ein ganz unbedeutendes Wachstum. Unter den Waren, die nach den deutschen Kolonien eingeführt wurden, standen Spirituosen an erster Stelle!<sup>11</sup> Außerdem schlugen die Deutschen große Einnahmen aus dem Waffenschmuggel und Waffenverkauf an Eingeborene heraus, die auf den von anderen Großmächten besetzten Territorien lebten.<sup>12</sup>

Auch an den Methoden der Kolonialverwaltung hatte sich nichts geändert. Nach wie vor kamen auf jeden deutschen Kolonisten drei Soldaten<sup>13</sup>, aber die Kolonialgeschäftsleute im Mutterland waren der Meinung, daß die in den Kolonien stationierten Truppenkontingente noch immer nicht ausreichten, um die Eingeborenen zu zwingen, beim Anblick der schwarz-weiß-roten Flagge des Deutschen Reiches in Begeisterung auszubringen. Es war in der Tat nicht leicht, die Schwarzen in Untertanen zu verwandeln — es war viel leichter, sie einfach auszurotten. Abenteuer, kriminelles Gesindel und strafversetzte Leutnants, aus denen sich die Kader

<sup>10</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 39, Depesche Schuwalows an Giers, Nr. 14, Berlin, 9. März (25. Februar) 1894.

<sup>11</sup> Nach deutschen offiziellen Zahlen wurde die Einfuhr von Spirituosen nach Kamerun im Jahre 1892 auf 550 000 und im Jahre 1894 bereits auf 981 000 Mark bewertet. Sie machte 15 Prozent der Gesamteinfuhr nach Kamerun und ganze 30 Prozent der Gesamteinfuhr nach Togo aus. Unter dem Vorwand der Sorge um die Verbesserung des Gesundheitszustandes der eingeborenen Bevölkerung forderte Graf Bernstorff, daß die Regierung hohe Zölle auf Spirituosen erhebe, die von Ausländern in die deutschen Kolonien eingeführt würden. In Wirklichkeit war dieser Großagrарier nur darum besorgt, daß die deutsche Spirituosenindustrie durch Vertreibung ihrer Konkurrenten ein Monopol auf die Massenalkoholisierung der Eingeborenen erhielt. Nachdem die Regierung Exportprämien für Spirit festgesetzt hatte, begannen die Hamburger Kolonialfirmen ausschließlich deutschen Spirit zu exportieren, zur besonderen Zufriedenheit der Junker, der Besitzer der Brennereien. (Siehe Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1424—1427 sowie ferner Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1505.)

<sup>12</sup> Das wurde vom Obersten Gericht des „Kongostaates“ in Brüssel festgestellt bei der Verhandlung des Falles eines gewissen Majors Loter, Administrators einer der Kongoprovinzen, der den englischen Staatsangehörigen Stokes hatte verhaften und dann hinrichten lassen. Loter stand unter der Schirmherrschaft Deutschlands. (Архив МИД, К. 128, Blatt 232, Depesche Staals an Lobanow-Rostowski, Nr. 57, London 19. [7.] Juli 1896.)

<sup>13</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1431.



der deutschen Verwaltung in den Kolonien zusammensetzten, führten in ihrer Praxis der Versklavung der eingeborenen Bevölkerung eine solche Hemmungslosigkeit und Grausamkeit ein, daß jeder Deutsche in der Vorstellung der friedlichen Neger ein gewalttätiger Räuber und Mörder war. Das Hauptwerkzeug der „Kulturträgermission“ in den Kolonien war die Peitsche aus Krokodilleder. Karl Peters, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, beschrieb in einem seiner Bücher zynisch, mit welchem Eifer seine Soldaten die Eingeborenendörfer niederbrannten, die Bevölkerung in die Wüsten trieben und den Boden für die deutschen Kolonisten frei machten.<sup>14</sup> Dort, wo Peters auftauchte, wurde vor seinem Hause zunächst einmal ein Galgen errichtet. Ein anderer, kleinerer Vertreter der Kolonialverwaltung, ein gewisser Wehlan, der gegen den Stamm der Banoko operierte, brannte alle Dörfer nieder und tötete alle Frauen, Kinder und Greise. Einer der Teilnehmer seiner Expedition sagte später aus: „Die Schwarzen wurden mit Messern zerschnitten, zerhackt und verstümmelt, da Assessor Wehlan den Befehl gegeben hätte, die Gewehre beim Töten nicht zu gebrauchen.“ Wehlan selbst prahlte, aus dem Feldzug zurückgekehrt, damit, daß er gelernt habe, Gefangene zu skalpieren. Trotzdem und vielleicht gerade deswegen hatte er im Kolonialamt einen guten Ruf. Man hielt ihn dort für einen „gerechten“ und „tüchtigen“ Beamten.<sup>15</sup>

Die Willkür und die Gewalttaten der deutschen Kolonialverwaltung waren so himmelschreiend, daß sie zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung in der protestantischen Generalsynode wurden. Als Ergebnis der Untersuchung der Tatsachen erhob die Synode Protest gegen die Politik der Eroberung „durch Peitschen, Erhängen und Erschießen oder unzuchtiges Leben“ und besonders gegen die „Verletzung des sechsten Gebots“. <sup>16</sup> Die Regierungs- und imperialistischen Kreise, die an Kolonialfragen unmittelbar interessiert waren, mußten von den Banditenbräuchen wissen, die in allen Bindegliedern des Apparats der Kolonialverwaltung herrschten. Sie zogen es aber vor, diese verbrecherische Praxis durch eine lärmende Agitation um die „Kulturträgermission“ der Deutschen unter den rück-

<sup>14</sup> Peters schrieb: „Ich wandte mich nun in die benachbarten Dörfer der Wadsagga... und ließ dann nacheinander sechs von diesen Dörfern in Brand stecken... Was an Dörfern der Wadsagga erreichbar war während des Marsches, wurde in Brand gesteckt.“ (Siehe Karl Peters, „Die deutsche Emin-Pascha-Expedition“, München-Leipzig 1891, S. 176–178.) Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß dieses von dem Alldeutschen Verband propagierte Buch im Laufe weniger Jahre zehn Auflagen erlebte.

<sup>15</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1437. Nachdem Wehlan endgültig entlarvt worden war, mußte man ihn trotzdem vor Gericht stellen. Aber das Gericht verurteilte ihn zu einer Strafe von — 500 Mark!

<sup>16</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1436.

ständigen Völkern zu tarnen und besonders eklatante Fälle durch Berufung auf spezifische Besonderheiten örtlichen Charakters zu rechtfertigen.

Da die Kolonialbeamten sich völlig ungestraft und von den höheren Kreisen im Mutterland unterstützt fühlten, garieten sie vollends außer Rand und Band. Ihre Handlungsweise nahm einen so skandalösen Charakter an, daß sogar Prinz von Arenberg als Referent einer Reichstagskommission bestürzt fragte, ob man die Gültigkeit des Reichsstrafgesetzbuches nicht auch auf Kolonialbeamte ausdehnen könne? An Hand von Beispielen zeigte er, daß, wenn diese Beamten sich in Deutschland erlaubten, Tiere so zu mißhandeln, wie sie in Afrika Menschen mißhandelten, sie schon längst hinter Gittern säßen. In den Kolonien jedoch würden alle diese Gemeinheiten und Verbrechen übersehen.<sup>17</sup> Die Regierung und die kolonialimperialistischen Kreise verteidigten ihre Verwaltungsmethoden in den afrikanischen Kolonien. Karl Peters, einer der Pioniere der deutschen Eroberungspolitik in Afrika, der Begründer und erste Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, wurde zum „Nationalhelden“ erhoben, und Dr. Kayser „persönlich“ erklärte ihn zum deutschen Amerigo Vespucci.

Und plötzlich wurde dieses Idol der regierenden, der alldeutschen und überhaupt der kolonialimperialistischen Kreise öffentlich als Verführer und Mörder von Frauen afrikanischer Stämme entlarvt. Es kam zu einem Skandal, den es nicht gelang, sofort niederzuschlagen. Im Reichstag kam es zu stürmischen Debatten. Die Oppositionsparteien wachten auf und stürzten sich in den Kampf gegen die Regierung und gegen alle Anhänger ihrer Kolonialpolitik. Richter, der alte Führer der Partei der Freisinnigen, hielt eine flammende Rede gegen Peters, gegen dessen politische Freunde und gegen die gesamte Kolonialverwaltung.<sup>18</sup> Eine leidenschaftliche Rede hielt auch Bebel, der es verstand, am Beispiel von Peters das wahre Gesicht der deutschen Kolonialpolitik zu zeigen. Ebenso wie Richter kritisierte Bebel die deutsche Kolonialpolitik und berief sich darauf, daß sie die investierten Mittel nicht rechtfertige, sondern sie in immer stärkerem Ausmaße verschlinge. Die Entlarvung des widerlichen Falls Peters machte auf weite Kreise der deutschen Gesellschaft einen niederschmetternden Eindruck, und Bebel behauptete, viele von denen, die einige Jahre zuvor durch die koloniale Propaganda beeinflusst wurden, seien heute von der Kolonialpolitik enttäuscht und sogar angewidert. „Wir haben bisher“, so sagte er, „keine Ehre und keinen Vorteil von dieser Kolonialpolitik gehabt.“<sup>19</sup> Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, feierte bereits den Sieg über die Regierung und die Anhänger der Kolonialpolitik. Das Blatt

<sup>17</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1421.

<sup>18</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1469.

<sup>19</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1431.

war der Meinung, Peters sei gerichtet, und der Kolonialpropaganda sei nach all diesen Entlarvungen ein fast tödlicher Schlag versetzt.<sup>20</sup>

Zur Verteidigung der kolonialen Politik der Regierung erhoben sich jedoch alle bürgerlich-imperialistischen und junkerlichen Elemente im Reichstag, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Bebel hatte recht, als er, zum Reichstag gewandt, sagte: „Es sitzen in unserem Hause so viele direkte und indirekte Interessenten dieser Kolonialpolitik, so viele einflußreiche Leute, daß die Reichsregierung nicht anders handeln konnte, als sich bereit zu erklären, aus der Tasche der Steuerzahler, das heißt: in der Hauptsache aus den Taschen unserer arbeitenden Bevölkerung, die Kolonialpolitik finanziell zu unterstützen.“<sup>21</sup> Bebel war der einzige politische Führer, der von der Tribüne des Reichstags aus nicht nur den moralischen Sturz von Peters und der Kolonialverwaltung, sondern auch die Klasseninteressen der Freunde von Peters, der Anhänger der aktiven Kolonialpolitik, entlarvte.

Nachdem diese Anhänger Gefahr gewittert hatten, begannen sie sich zu einem einheitlichen politischen Lager zusammenzuschließen. Dr. Kayser, der Leiter des Kolonialamts, der im Namen der Regierung sprach, beeilte sich, Peters in Schutz zu nehmen, wobei er seinen Fall als Mißverständnis oder bössartige Erfindung darstellte, die gegen den Helden der deutschen Kolonialmission gerichtet sei. Er erzählte dem Reichstag Märchen, denen zufolge Peters und seine Kompanie den brachliegenden Boden der afrikanischen Kolonien in blühende Plantagen verwandelt hätten. Er bestritt zwar nicht, daß die mit der Kolonialpolitik verbundenen Kosten von Jahr zu Jahr wuchsen<sup>22</sup>, versprach jedoch, daß die aus den Kolonien fließenden Gewinne in noch stärkerem Maße wachsen würden. Abschließend entwarf er vor den Reichstagsabgeordneten ein paradiesisches Bild. In Zukunft würden die Deutschen aus den Kolonien ihren Tabak und ihren Morgenkaffee eigener Produktion in ausreichenden Mengen beziehen.<sup>23</sup>

Diese billige Demagogie hatte Erfolg. Kayser wurde von der junkerlich-bürgerlichen Reichstagsmehrheit unterstützt, die beschlossen hatte, das

<sup>20</sup> „Vorwärts“ vom 14. März 1896.

<sup>21</sup> Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1489.

<sup>22</sup> Sie wurden aus den Haushaltsplänen nicht nur der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, sondern auch anderer Ämter, nämlich des Reichsmarineamts, des Reichsamts des Inneren, des Reichspostamts und des Reichsschatzamts gedeckt. (Siehe Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1419.)

<sup>23</sup> Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1483. Um die Tätigkeit der deutschen Kolonialverwaltung zu verherrlichen, legte Dr. Kayser dem Reichstag eigens zusammengestelltes Material in Form eines „Weißbuches“ vor. (Siehe „Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95“, Reichstagsdrucksachen 1896, Nr. 88.)

Prestige der deutschen Kolonialpolitik, koste es, was es wolle, zu retten. Die Vertreter dieser Mehrheit bemühten sich, den Debatten eine solche Richtung zu geben, daß in den Mittelpunkt der Angriffe nicht der kompromittierte Peters geriet, sondern jene, die sich als Gegner der Kolonialpolitik bekannt hatten: die Sozialdemokratie und die Partei der Freisinnigen. Dabei gaben alle, die zur Unterstützung der Regierung bereit waren, mehr oder minder klar zu verstehen, daß sie in den außenpolitischen Beziehungen England für den Hauptgegner der deutschen Politik hielten.

In dieser Frage waren die politischen Nuancen, wie sie sich in den Reden der Vertreter der rechten Fraktionen abzeichneten, im allgemeinen unbedeutend. Ein gewisser Werner (von der agrar-konservativen Deutsch-sozialen Reformpartei) rief dazu auf, den „Schweinereien, wie sie von Dr. Peters... vorgetragen werden“, ein Ende zu setzen und die Kolonialangelegenheiten in die Hände „ruhiger, vernünftiger Leute“ zu legen. Aber auch er erblickte die „vernünftige Kolonialpolitik“ vor allem darin, sich nicht von den Engländern übertölpeln zu lassen.<sup>24</sup> Von größerer Bedeutung war der Standpunkt der katholischen Zentrumspartei. Ihr Führer Lieber fiel zunächst empört über Peters her, da dessen Methoden „das Christentum und jede christliche Gesittung auch in den Augen des ungebildetsten Afrikaners in Grund und Boden verächtlich machen müssen“. Er erklärte ferner, daß man sich — falls derartige Methoden in Zukunft andauern — wundern müßte, „wenn sich noch ein einziger deutscher und christlicher Mann fände, der auch nur noch einen Pfennig für Kolonialzwecke hergeben möchte“<sup>25</sup>. Diese drohende Rede schüchterte zunächst den im Reichstag anwesenden Dr. Kayser ein.<sup>26</sup> Man konnte danach annehmen, die einflußreiche Partei des Zentrums würde sich dem Lager der Gegner der Kolonialpolitik anschließen. Aber eine solche Vermutung war verfrüht. Mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande und vor allem unter den einfachen katholischen Wählern trieb Lieber einfach Demagogie. Schon nach drei Tagen fiel er über die Sozialdemokratische Partei her, weil sie sich als Gegner der Kolonialpolitik überhaupt bekannt hatte. Er unterstützte die Regierung und segnete sie darüber hinaus zur Fortsetzung des „glänzenden Wettbewerbs“ auf dem Gebiet der Kolonialpolitik.<sup>27</sup>

Die Vertreter der Rechtsparteien sprachen noch deutlicher davon, mit wem Deutschland „auf diesem Gebiet“ rivalisieren müßte. Kardorff, einer der Könige der deutschen Schwerindustrie, nahm sowohl Peters als auch Kayser im Namen seiner Reichspartei offen und zynisch in Schutz. Er fiel

<sup>24</sup> Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1478.

<sup>25</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1444.

<sup>26</sup> Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1447.

<sup>27</sup> Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1496.

über die Freisinnigen und die Sozialdemokraten her und beschuldigte sie, daß sie unter Ausnutzung der Enthüllungen im Falle Peters beschlossen hätten, die deutsche Kolonialpolitik überhaupt zu hintertreiben. Er erklärte, die Verantwortung habe nicht Peters, der in Afrika viel geleistet habe, sondern Richter zu tragen, der durch seine Propaganda die deutsche Kolonialpolitik behindere und damit die englische Kolonialpolitik fördere.<sup>28</sup> Im gleichen Sinne sprach auch von Manteuffel, ein Großagrarier. Er redete von dem militärischen und politischen Ansehen des Deutschen Reiches und formulierte unter Bravorufen von den Bänken der Rechten folgendes Prinzip der deutschen Politik: Was Deutschland einmal hat, gibt es keinem wieder her. Er meinte dabei offensichtlich England.<sup>29</sup> Ein anderer Großagrarier, Graf von Arnim, sprach noch offener. Er erklärte, daß für Deutschland nicht die Kolonialmethoden von Peters<sup>30</sup>, sondern die Kolonialpolitik Englands gefährlich sei. Mit Hilfe von Verträgen kreisten die Engländer Deutsch-Südwestafrika ein, während englisches Kapital in das Gebiet dieser deutschen Kolonie eindringe. Sein Leitmotiv lautete: Deutschland gehe mit den Engländern in Südwestafrika zu höflich um. Es sei an der Zeit, englischen Firmen den Zutritt zu verwehren sowie das englische Kapital und die englischen Agenten entschlossen von dort zu vertreiben.<sup>31</sup> Somit endete der „Fall Peters“, der in der Atmosphäre der wachsenden Kolonialgelüste des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus entstanden war, mit einem politischen Sieg der Regierung. Zwar wurde dieser Sieg dadurch stark getrübt, daß Peters trotz der Gönnerschaft höchster Kreise vor Gericht gestellt werden mußte. Auch die Stellung des kompromittierten Dr. Kayser war schwer erschüttert. Einige Monate später mußte er zurücktreten.<sup>32</sup> Aber der „Fall Peters“ hatte gezeigt, daß die Mehrheit des Reichstags, ohne offen von neuen Eroberungen zu sprechen, die Forderung stellte, daß in Angelegenheiten der Kolonialpolitik keine einzige Position an England abgetreten werde. Zu diesem Zweck war sie bereit, jeden Zwischenfall in Afrika aufzublähen, wenn er nur der Regierung die Möglichkeit bot, auf England diplomatischen Druck auszuüben und Kompensationen von diesem zu fordern.<sup>33</sup>

<sup>28</sup> Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1489.

<sup>29</sup> Reichstag, 16. März 1896, Bd. II, S. 1489.

<sup>30</sup> „Peters“, so erklärte Graf von Arnim, „ist nicht als Räuber, Mörder und Dieb aufgetreten, sondern als Friedensstifter.“ Die Ausrottungsexpedition Peters bezeichnete er als „ein heroisches, von hohen, patriotischen Motiven veranlaßtes Unternehmen“. (Reichstag, 13. März 1896, Bd. II, S. 1451.)

<sup>31</sup> Reichstag, 17. März 1896, Bd. II, S. 1510/1511.

<sup>32</sup> Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 192.

<sup>33</sup> So haben zum Beispiel während der Exekution, die von den englischen Truppen in Witu durchgeführt wurde, in gewissem Umfang die Plantagen gehalten, die deutschen Staatsangehörigen, den Brüdern Denhardt, gehörten. Die

Es schien, als sei alles in Ordnung und als könne die Regierung, die sich der Unterstützung des Reichstags versichert hatte, aktiver auf dem Wege der Kolonialpolitik voranschreiten. Aber bald darauf wurde es sowohl der Regierung als auch dem Reichstag klar, daß das Wachstum der Kolonialambitionen keinesfalls die bestehende Furcht zu beheben vermochte, die früher eroberten Gebiete könnten durch Umtriebe oder aktive Handlungen der in der Kolonialfrage als Rivalen auftretenden Mächte verlorengehen. Diese Furcht verstärkte sich im Frühjahr 1896, als in Berlin bekannt wurde, daß sich die Hottentotten und die Hereros, friedliche in Deutsch-Südwestafrika lebende Stämme, erhoben hatten, um das unerträgliche Joch der deutschen Kolonisatoren abzuschütteln. Aber wo nahmen sie die Waffen her? Dr. Kayser behauptete (möglicherweise nicht ohne Grund), daß sie von englischen Agenten über die nördliche, östliche und südliche Grenze der deutschen Kolonien geliefert wurden.<sup>34</sup>

Die Tätigkeit dieser Agenten hatte die deutschen Kolonialkreise schon seit langem beunruhigt. Offenbar genossen diese Agenten die Unterstützung einflußreicher Kreise des englischen Kapitals, das es fertiggebracht hatte, in Deutsch-Südwestafrika einzudringen und dort sogar eine besondere Kompanie zu schaffen. Der Direktor dieser Kompanie, Cowston, war gleichzeitig einer der Leiter der Chartered Company<sup>35</sup>, die erst kurz vorher den Überfall auf Transvaal verübt hatte. Später, im Sommer 1896, war der Führer des Alldeutschen Verbandes, Hasse, als er im Reichstag sprach, über die englischen Pläne in Südwestafrika stark beunruhigt. „... so ist doch nicht abzuweisen“, sagte er, „daß der Vorstoß“ (nach Transvaal. *Die Red.*) „dem wachsenden Einfluß der Deutschen in Südafrika galt und daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß dieser Vorstoß, der bisher dem Osten galt, auch bald einmal nach Westen“ (gegen die deutsche Kolonie. *Die Red.*) „wiederholt wird.“<sup>36</sup> Auch Wilhelm war beunruhigt. Er versuchte mehr als einmal, Hohenlohe auseinanderzusetzen, daß sich die gegen Deutschland gerichtete Kampagne der englischen Presse als das Vorspiel zur Eroberung deutscher Kolonien in Afrika erweisen könnte.

englische Regierung erklärte sich bereit, den Brüdern Denhardt einen Teilschaden zu ersetzen, aber die deutschen Kolonialkreise gaben sich damit nicht zufrieden. Im Reichstag wurde die Anfrage gestellt: Wie verhalte sich das Auswärtige Amt zu diesem Fall, und habe es nicht die Absicht, die Exterritorialität der Deutschen in den Kolonien Witu und Sansibar zu verteidigen, die 1890 von Deutschland an England übergingen? Interessanterweise wurde diese Anfrage von dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Hasse, und dem Führer der Zentrums-  
partei, Lieber, eingebracht. (Reichstag, 23. März 1896, Bd. III, S. 1637.)

<sup>34</sup> Reichstag, 19. Mai 1896, Bd. IV, S. 2350/2351.

<sup>35</sup> Reichstag, 19. Mai 1896, Bd. IV, S. 2354.

<sup>36</sup> Reichstag, 15. Juni 1896, Bd. IV, S. 2611.

Im Reichstag und in der Presse begann man England offen als einen sehr unbequemen Rivalen in Afrika<sup>37</sup> zu bezeichnen. Die Regierung beschloß, Sondermaßnahmen zur Unterdrückung des Aufstands in Südwestafrika zu ergreifen. Sie forderte im Reichstag zusätzliche Bewilligungen, um Truppenkontingente in die Kolonie zu entsenden. Die Mittel wurden sofort bewilligt. Dr. Kayser erklärte, da die Eingeborenen „deutsche Ansiedler belästigten“, hätten die deutschen Truppen das eine Ziel „Vernichtung der Hereros“.<sup>38</sup> Die alldeutsche Presse erklärte, Deutschland führe gegen die Hereros einen „Rassenkrieg“, und die Presse der reaktionären Agrarkreise machte sich diese Lösungen rasch zu eigen.<sup>39</sup> Das ganze Lager der Anhänger der Kolonialpolitik, das soeben die Festigung der deutschen Positionen in den englischen Kolonien gefordert hatte, empörte sich darüber, daß es dem englischen Kapital gelinge, in die deutschen Kolonien einzudringen. Es forderte die Vertreibung des englischen Kapitals vor allem aus Südwestafrika.<sup>40</sup> Es war bestrebt, neue Kolonien in Afrika zu erobern, war aber zugleich von der Furcht besessen, die alten zu verlieren. Die Flottenschwärmer machten sich das in der Innenpolitik zunutze. Ihre Propaganda für die Flotte als eine Waffe der Kolonialpolitik verstärkte sich. Aber in der Außenpolitik wurden die Ereignisse in Südwestafrika in gewissem Sinne zu einem hemmenden Faktor. Eine Zeitlang blieben die deutschen Kolonien in Afrika nach einem Ausdruck Wilhelms<sup>41</sup> die Achillesferse der deutschen Politik in Europa.

## 2

Im Frühjahr und Sommer 1896, als die herrschenden Kreise in England den „Alarmzustand des Handels“ aufrechterhielten, während die herrschenden Kreise in Deutschland, besorgt um das Schicksal ihrer afrikanischen Besitzungen und zugleich um ihre Erweiterung bemüht, die Kampagne gegen das englische Kolonialmonopol fortsetzten, blieb die Aufmerksamkeit der europäischen Diplomatie durch die Angelegenheiten im Nahen Osten gefesselt. Dort, in den ausgedehnten Gebieten des Osmanischen Reiches, reiften Ereignisse heran, auf die sich im voraus vorzubereiten jede

<sup>37</sup> Reichstag, 19. Mai 1896, Bd. IV, S. 2354.

<sup>38</sup> Reichstag, 19. Mai 1896, Bd. IV, S. 2350.

<sup>39</sup> Siehe zum Beispiel „Kreuzzeitung“ vom 22. April 1896.

<sup>40</sup> Der Großagrarier Graf Arnim schlug vor, die Engländer und überhaupt alle Ausländer, die auf dem Territorium der deutschen Kolonien lebten oder dort Besitz hatten, so hoch zu besteuern, daß sie von selbst schleunigst abziehen. (Reichstag, 15. Juli 1896, Bd. IV, S. 2609.)

<sup>41</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3396, Wilhelm II. an Hohenlohe, 25. Oktober 1896.

der Mächte für notwendig hielt, um sie, ohne die Kontrolle über ihre Entwicklung zu verlieren, im eigenen Interesse auszunutzen.

Bereits Ende Januar sagte Goluchowski dem deutschen Botschafter Grafen Eulenburg, man könne auf dem Balkan mit dem Anbruch des Frühjahrs einen Aufschwung der nationalen Bewegung erwarten, und zwar unter den Völkern, die unter türkischer Herrschaft schmachten.<sup>42</sup> In seinen Worten trat die Beunruhigung darüber zutage, wie das die innere Lage des Habsburger Nationalitätenstaates beeinflussen werde. Aber in nicht geringerem Maße beunruhigte ihn die Frage, wie sich die internationale Lage gestalten werde. In diesem Zusammenhang interessierte ihn nach wie vor, welchen Standpunkt Rußland, das er weiterhin für den Feind Österreich-Ungarns hielt, und welchen Standpunkt England, mit dessen Unterstützung er weiterhin rechnete, beziehen würden. Aber alle diese Fragen interessierten nicht minder auch die deutsche Regierung und keineswegs nur deshalb, weil sie ihren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen betrafen, sondern vor allem deshalb, weil sie ihre eigene „große Politik“ angingen.

Natürlich geizten die offizielle Diplomatie und die offiziöse Presse auch weiterhin nicht mit Versicherungen, Deutschland habe keine eigenen politischen Interessen im Ottomanischen Reich noch beabsichtige es, solche zu erwerben. Sie beriefen sich darauf, daß ihre wirtschaftlichen Interessen dort unbedeutend seien.

Indessen hatten die herrschenden Kreise Deutschlands schon seit langem begonnen, wachsendes Interesse für den Nahen Osten zu zeigen. Bereits Anfang der vierziger Jahre behauptete Friedrich List, der die Pläne für die wirtschaftlichen und zollpolitischen Grundlagen der großdeutschen Einheit ausarbeitete, daß der „natürliche Weg“ des deutschen Handels durch Südosteuropa zum Bosphorus und weiter nach Kleinasien verlaufe. Nach mehr als fünfzig Jahren machten sich die Alldeutschen seine „Ideen“ und seine Argumente, die das erste keimende Streben des deutschen Imperialismus nach dem Nahen Osten (nach Kleinasien, Syrien, Mesopotamien und Palästina) historisch rechtfertigen sollten, völlig zu eigen. Bereits Mitte der achtziger Jahre begann die deutsche Publizistik die märchenhaften Reichtümer dieser Länder, wo gewaltige Quellen industrieller und strategischer Rohstoffe und ungenutzte Lebensmittelquellen lägen, in den prächtigsten Farben zu schildern. Aber die Eroberung dieser Reichtümer war mit Schwierigkeiten verbunden, gegen die die Schwierigkeiten der Anfangsperiode der kolonialen Eroberungspolitik in Afrika als völlig unbedeutend erschienen. Die Methoden der Kolonialforscher vom Schlage der Lüderitz und Peters waren hier nicht anzuwenden.

---

<sup>42</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2915, Eulenburg an Hohenlohe, 30. Januar 1896.



Am Bette des „kranken Mannes“, wie das Ottomanische Reich von Nikolaus I. genannt wurde<sup>43</sup>, standen schon lange die Anwärter auf das türkische Erbe: Rußland, England und Frankreich. Jeder von ihnen hütete eifersüchtig dieses „Erbe“ gegen die Anschläge seiner Rivalen, und nur von Zeit zu Zeit, je nach den Umständen und dem Kräfteverhältnis, kam es zwischen ihnen zu Abmachungen, natürlich auf Kosten der Türkei. Jeder von diesen Anwärtern war bestrebt, seine alten Rivalen fortzudrängen und jeden neuen Rivalen nach Möglichkeit fernzuhalten. Gegen Ende der achtziger Jahre gelang es einem neuen Rivalen, Deutschland, dennoch die Arena des Kampfes um den Einfluß in der Türkei zu betreten. Aus Erwägungen politischen Charakters hatte Bismarck, der seine Beziehungen zu Rußland nicht verderben wollte, einst den geflügelten Satz hingeworfen, die ganze orientalische Frage sei nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert.<sup>44</sup> Aber diese politischen Erwägungen des preußischen Junkers verschlossen den Vertretern des deutschen Kapitals keineswegs das Betätigungsfeld in der Türkei. Und auch Bismarck selbst erreichte, ohne Soldatenknochen zu opfern, nach Maßgabe der Kräfte und der Möglichkeiten Größeres mit Hilfe lebender Generale. Bereits Anfang der achtziger Jahre entsandte er eine militärische Mission mit General von der Goltz an der Spitze nach der Türkei, um die türkische Armee zu reorganisieren. Als Vorboten des künftig wachsenden deutschen Einflusses in den militärisch-politischen Kreisen der Sultantürkei brachte diese Mission dem deutschen Kapital sofort Nutzen. Die Rüstungsindustrie Deutschlands und vor allem die Firma Krupp gingen an die Ausführung der mit der Neu-ausrüstung der türkischen Armee verbundenen Aufträge.<sup>45</sup>

Gleichzeitig begannen auch die deutschen Großbanken, einiges Interesse für die Türkei zu zeigen. Zwar war ihr Anteil an den türkischen Staatsanleihen äußerst unbedeutend<sup>46</sup>, dafür aber begannen die deutschen Ban-

<sup>43</sup> „Wir haben einen kranken Mann, einen sehr kranken Mann in Händen“, sagte Nikolaus I. zum englischen Botschafter in Petersburg, Hamilton Seymour.

<sup>44</sup> Genauer sagte er folgendes: „Ich werde zu irgendeiner aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen“ (d. h. an den orientalischen. A. J.) „Dingen nicht raten, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur... die gesunden Knochen eines einzigen pommerischen Musketiers wert wäre.“ (Reichstag, 5. Dezember 1876, Bd. I, S. 585.)

<sup>45</sup> Bernhard Menne, „Krupp, Deutschlands Kanonenkönige“, Zürich 1937, S. 155.

<sup>46</sup> Als 1881 auf Grund des sogenannten „Muharrem-Dekretes“ die Gesamtverschuldung der Türkei an die europäischen Großmächte (2,5 Milliarden Francs) festgestellt wurde, betrug der auf Deutschland entfallende Anteil 4,7 Prozent. Zu gleicher Zeit besaßen Frankreich 40 Prozent, England 29 Prozent, Holland 7,6 Prozent und Belgien 7,2 Prozent. Lediglich die Anteile Italiens (2,6 Prozent) und Österreich-Ungarns (1 Prozent) waren kleiner als der deutsche Anteil. Somit war der gesamte finanzielle Einfluß des Dreibunds in der Türkei damals höchst un-

ken, den steigenden Warenexport nach dem Nahen Osten zu finanzieren<sup>47</sup> und sich vor allem in der Türkei um Eisenbahnkonzessionen zu bemühen. Sowohl in der einen als auch in der anderen Beziehung hat der Direktor der Deutschen Bank, Georg von Siemens, eine gewichtige Rolle gespielt. Im August 1890 wurde unter seiner aktiven Mitwirkung der deutsch-türkische Handelsvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag sah eine Änderung der türkischen Zollsätze vor, die auf der Grundlage des Kapitulationsregimes von den europäischen Mächten durchgesetzt worden waren. Der Vertrag enthielt jedoch eine Klausel, wonach die Änderung der Zollsätze nur mit Einverständnis der anderen interessierten Mächte vorgenommen werden konnte. Da das Einverständnis der Mächte (wie zu erwarten war) nicht herbeigeführt werden konnte, blieb der Vertrag auf dem Papier stehen. Indem Deutschland jedoch eine so großzügige und obendrein nichts kostende Geste zugunsten des Ottomanischen Reiches machte, demonstrierte es seine „guten Absichten“ und versuchte, daraus politische Vorteile zu schlagen. Bald nach Abschluß des Handelsvertrags gewährte Deutschland der Türkei eine Anleihe, die im wesentlichen zu militärischen Zwecken benutzt wurde.<sup>48</sup> Georg von Siemens erklärte von der Tribüne des Reichstags aus, die Zeiten seien vorbei, da das deutsche Kapital in der Türkei nur in Form von Teilhaberschaft an englischen und französischen Unternehmungen erschienen sei, das heißt mit ihnen das Risiko teilte, ohne sich einen Anteil an der Leitung zu sichern. Der Augenblick sei gekommen, da das deutsche Kapital sich so stark fühle, daß es selbständig im Interesse der Entwicklung der deutschen Industrie auftreten könne. „Das Deutsche Reich und unsere deutsche Nation“, sagte Siemens, „hat im Orient nichts zu erobern und nichts zu wünschen; wir haben nur ein Interesse an der Stabilisierung der dortigen Verhältnisse.“<sup>49</sup> Dieses Programm der Stabilisierung des Ottomanischen Reiches sollte auf den Sultan den günstigsten Eindruck machen. Das war es eben, worauf Siemens ausging.

Schon früher, im Jahre 1888, war er zu der Schlußfolgerung gekommen, das deutsche Kapital sei bereits imstande, sich selbständig am Kampf um die Eisenbahnkonzessionen in der Türkei zu beteiligen. Nachdem er sich der Unterstützung Bismarcks versichert hatte<sup>50</sup>, nahm er die Sache in Anbetracht. In der „Verwaltung der ottomanischen Schuld“, die zur Durchführung der Kontrolle des Auslandskapitals über die türkischen Finanzen geschaffen wurde, war Deutschland durch die Bleichröder-Bank vertreten. (Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 19.)

<sup>47</sup> Im Laufe weniger Jahre, Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, vervielfachte sich der Handel zwischen Deutschland und der Türkei.

<sup>48</sup> Karl Helfferich, „Die deutsche Türkenpolitik“, 1921, S. 10.

<sup>49</sup> Reichstag, 12. Dezember 1890, Bd. II, S. 887/888.

<sup>50</sup> Briefwechsel zwischen Siemens und Bismarck siehe Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 33–35.

griff. Anfang Oktober erhielt die Deutsche Bank in der Türkei eine Konzession, die ihr das Recht gewährte, die Linie Haidar-Pascha—Ismid loszukaufen, sowie die Linie Ismid—Eskischehir—Ankara zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Diese erste Konzession des deutschen Kapitals in der Türkei war bereits, wie Lenin später bemerkte, eine Konzession „auf die Bagdadbahn (bis Angora)“<sup>51</sup>.

Im Jahre 1889 kaufte die Deutsche Bank unter Mitwirkung des Wiener Bankvereins von dem österreichischen Bankier und Geschäftsmann Baron Hirsch die Aktien der „Aktiengesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen“ auf dem Balkan und erwarb ferner eine Konzession in Mazedonien auf die Eisenbahn Saloniki—Monastir.<sup>52</sup> Diese Abmachungen waren der Anfang zur Verwirklichung der Pläne für den Kampf des deutschen Kapitals um den Besitz der Eisenbahnen Berlin—Wien—Philippopol—Konstantinopel.<sup>53</sup> Im gleichen Jahr gründete die Deutsche Bank gemeinsam mit der Dresdner Bank und anderen deutschen Banken in Konstantinopel die Ottomanische Eisenbahngesellschaft Anatoliens. Nachdem Siemens die Initiative an sich gerissen und den ersten Erfolg verbucht hatte, versuchte er auch englisches Kapital für seine Gesellschaft heranzuziehen. Zu diesem Zweck nahm er Besprechungen mit den Londoner Bankiers Rothschild und Baring, Cassel und Erlanger sowie mit der großen Baufirma Pearson auf. Die englische Finanzgruppe<sup>54</sup> beteiligte sich an der Gründung der Gesellschaft und an der Herausgabe der ersten Serie von Obligationen.<sup>55</sup> Aber darüber ging ihre Tätigkeit nicht hinaus.

Offenbar gaben sich die englischen Kapitalisten damit zufrieden, daß sie mit Hilfe des deutschen Kapitals die Verstärkung des französischen Kapitals in der Türkei aufgehalten hatten.<sup>56</sup>

Auf diese Weise erhielt die Deutsche Bank die Konzession auf die Eisenbahnen in Anatolien, kontrollierte die Betriebsgesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen sowie die Konzession in Mazedonien und konnte bereits zu Beginn der neunziger Jahre ein großes Eisenbahnnetz in der Türkei – sowohl in Kleinasien<sup>57</sup> als auch auf dem Balkan – mit einer Gesamtlänge

<sup>51</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 628.

<sup>52</sup> Übrigens wurde diese Konzession im Februar 1891 der neugeschaffenen Ottomanischen Eisenbahngesellschaft Saloniki—Monastir übergeben. Auch in dieser Gesellschaft spielte die Deutsche Bank die erste Rolle.

<sup>53</sup> Bernhard Menne, „Krupp, Deutschlands Kanonenkönige“, S. 155.

<sup>54</sup> Sie war durch die Trustee's and Executor's Trust Corporation Ltd. vertreten.

<sup>55</sup> Das englische Kapital erwarb Obligationen für die Summe von 1 Million Pfund Sterling. (Hermann Schmidt, „Das Eisenbahnwesen in der asiatischen Türkei“, Berlin 1914, S. 67.)

<sup>56</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 40.

<sup>57</sup> Die Ottomanische Eisenbahngesellschaft Anatoliens (Anatolische Eisenbahngesellschaft) erhielt Konzessionen für den Bau der Eisenbahnen Haidar-Pascha (bei

von rund 2000 Kilometer ihrem wirtschaftlichen Einfluß unterwerfen.<sup>58</sup> Um die finanzielle Seite der Angelegenheit zu sichern, hielt es Siemens für zweckmäßig, in Zürich eine Bank für Orientalische Eisenbahnen zu errichten, an der sich die Wiener Bankvereinigung sowie eine große Schweizer Bank beteiligten. Aber bald darauf kam es zwischen den Vertretern der deutschen und denen der österreichischen Banken in der Frage der Festigung des — was die Eisenbahnkonzessionen anbetrifft — vorherrschenden Einflusses auf dem Balkan zu ersten Reibungen.

Somit hatte das deutsche Kapital in der Türkei im Laufe weniger Jahre beachtliche Erfolge erzielt. Der „Stützpunkt“ — um einen Begriff, der in der deutschen Diplomatie bald üblich und recht gebräuchlich wurde, zu benutzen — war geschaffen. Unter diesen Umständen würden die Worte, die Bismarck einmal gesagt haben soll: „Ich lese keine Post aus Konstantinopel“, wären sie nun wiederholt worden, offensichtlich wie ein Anachronismus geklungen haben. Die Interessen des deutschen Finanzkapitals wurden für die Regierung und ihre Diplomatie immer gebieterischer, und zwar so sehr, daß sich Kaiser Wilhelm 1890, ohne sich mit der „Post“ zu begnügen, persönlich zum Sultan nach Konstantinopel begab, um die Pläne von Siemens und der Deutschen Bank zu fördern.

Im nächsten Jahr begannen der Kaiser und die deutsche Diplomatie die deutsche Finanzgruppe bei ihren Bemühungen um die Konzession auf die Eisenbahn Ankara—Bagdad aktiv zu unterstützen. Aber bald mußte Siemens feststellen, daß das deutsche Kapital in der nächsten Zeit außerstande war, die Bahn bis Bagdad zu bauen. Nun wurde beschlossen, sich um eine Konzession für den Bau der Linie Ankara—Kaisseri (400 Kilometer) sowie der Strecke von Eskischehir bis Konia (410 Kilometer) zu bemühen.<sup>59</sup> Im Auftrag der von Siemens geführten deutschen Gruppe führte der Direktor der Württembergischen Vereinsbank Alfred Kaulla die Besprechungen. Er führte sie mit dem Sultan persönlich, zunächst sogar insgeheim vor der türkischen Regierung, aber stets vom deutschen Botschafter in Konstantinopel, Radowitz, beraten und unterstützt.<sup>60</sup>

---

Konstantinopel) — Ismid (92 Kilometer) und weiter bis Angora (Ankara) (486 Kilometer) sowie Eskischehir—Konia (445 Kilometer). Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zunächst 45 Millionen und stieg dann auf 80 Millionen Francs. (Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 328.) Die Bedingungen der Konzession waren für die deutschen Teilhaber des Unternehmens sehr günstig. Den Aktionären wurden von der türkischen Schatzkammer garantierte Dividenden in Höhe von 15 000 Francs je Kilometer Eisenbahnstrecke zugesichert.

<sup>58</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 51.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 62.

<sup>60</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3961, Radowitz an Caprivi, 11. Oktober 1891.

Als die deutsch-türkischen Besprechungen Fortschritte machten und an die Öffentlichkeit drangen, stieß das Projekt von Siemens-Kaulla auf starken Widerstand, und zwar von verschiedener Seite. Gleich zu Beginn des Jahres 1893 erklärte der britische Botschafter in Berlin dem Staatssekretär Marshall, England könne nicht zulassen, daß das deutsche Kapital die Durchführung des Baus einer Eisenbahnlinie in seine Hände nimmt, die „für England als künftiger Weg nach Indien große Bedeutung hat“. Marshall antwortete, falls England einen solchen Standpunkt beziehe, verwandele es eine rein wirtschaftliche Frage in eine solche von politischer Bedeutung. Indem es gegen die deutsche Konzession auftrete, begehe England, so fügte er hinzu, „nicht nur eine Unhöflichkeit, sondern einen feindseligen Akt“. Er versicherte, daß Deutschland gar nicht die Absicht habe, mit England zu rivalisieren, redete dem Botschafter zu, er möchte doch auf den Widerstand verzichten, und ging schließlich zu Drohungen über.<sup>61</sup> Nichts half. Die Engländer widersprachen kategorisch und drohten sogar in Konstantinopel dem Sultan an, sie würden eine Flottendemonstration in Smyrna durchführen. Schließlich wurde das neue Projekt der deutschen Kapitalisten durch gemeinsame, wenn auch nicht vereinbarte Bemühungen Englands, Rußlands, Frankreichs und der Ottomanischen Bank zum Scheitern gebracht. Der Sultan bat den deutschen Botschafter zu sich, erzählte ihm, daß er ganze Nächte hindurch „bitter weine“, lehnte es jedoch ab, die Besprechungen mit Kaulla fortzuführen.<sup>62</sup>

Die deutsche Diplomatie setzte den Kampf mit verdoppelter Energie fort. „Bei der“ nach einem Ausdruck von Radolin „großen Wichtigkeit dieser ganzen Anlage für die deutschen Interessen und das deutsche Prestige“<sup>63</sup> griff sie zu allen Mitteln, zu Bestechungen und Intrigen, zu Drohungen und zum Diebstahl diplomatischer Dokumente bei der Pforte. Endlich schloß die Türkei Mitte Februar 1893 auf beharrliches Verlangen ein Abkommen ab, durch das sie die Eisenbahnkonzessionen Ankara–Kaiseri und Eskischehir–Konia an Deutschland vergab. So erhielt die Deutsche Bank 1893, wie Lenin bemerkte, „noch eine Konzession auf die Bagdader Eisenbahn“<sup>64</sup>. Diese Tatsache rief verstärkten Widerstand der französischen und englischen Kapitalgruppen hervor. In den englisch-deutschen diplomatischen Besprechungen war das Wort „Rivale“ bereits gefallen. Die englische Regierung konnte nicht überschen, daß das deutsche Kapital nach und nach auch in die Eisenbahngesellschaften Kleinasiens einzudringen begann und das englische Kapital von dort verdrängte. Major Law, der

<sup>61</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3966, Marshall an Hatzfeldt, 7. Januar 1893.

<sup>62</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3970, Radolin an Marshall, 9. Januar 1893.

<sup>63</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3963, Radolin an Caprivi, 23. Dezember 1892.

<sup>64</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 630.

von der englischen Regierung beauftragt wurde, diese Frage zu untersuchen, kam zu der Schlußfolgerung, daß England in diesem Fall selbst die Schuld trage. Die Ursachen erblickte er darin, daß der Mechanismus der englischen Bankinstitute, die sich weigerten, Industriebetriebe zu finanzieren, veraltet sei, wodurch die englischen Konzessionäre zur unverzüglichen und gewöhnlich unvorteilhaften Veräußerung der Aktien gezwungen würden. Während sich der Eisenbahnbau in Kleinasien früher völlig in den Händen der Engländer befunden hatte, die ausschließlich englisches Material benutzten, waren jetzt nur die Smyrna–Aidin-Bahn und ihre Zweiglinien in ihren Händen verblieben. Nach und nach waren alle übrigen Eisenbahnen an die deutschen Kapitalisten übergegangen.<sup>65</sup>

So vielversprechend die Aussichten für das Eindringen des deutschen Kapitals in Kleinasien auch waren, die deutsche Diplomatie rückte sie in ihren Berechnungen noch nicht in den Vordergrund. Sie betonte zwar, sie sei „nicht interessiert“, knüpfte aber überall – in Petersburg ebenso wie in London, in Wien ebenso wie in Paris – Besprechungen an, in der Hoffnung, die Stimmungen und möglicherweise auch die Pläne ihrer Rivalen und Partner zu sondieren. Als Antwort auf dieses aufdringliche Sondieren schwiegen sich alle aus, und wenn sie irgend etwas sprachen, so nur um ihrerseits vorsichtig festzustellen, was Deutschland eigentlich wolle und welchen Standpunkt es zu beziehen beabsichtige. Immerhin gelang es den Deutschen, hier und da etwas festzustellen, und Holstein, der in seinem Kabinett saß, hielt es bereits für möglich, auf Grund dieser Einzelinformationen im voraus die Varianten der diplomatischen Patienzen zu berechnen, die in der Regel zugunsten Deutschlands auf das glücklichste aufgingen.

Der Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung war in Berlin kein Geheimnis, und man war dort der Meinung, daß man sie lediglich kontrollieren und Goluchowski am Gängelband halten müsse, damit er Deutschland nicht in einen vorzeitigen Zusammenstoß mit Rußland hineinziehe. Der türkische Sultan, der zwischen den Großmächten lavierte, dachte nur daran, sich mit allen Mitteln an der Macht zu halten, und sein Botschafter in Berlin, Galib Bey, setzte in Gesprächen mit Marschall und mit ausländischen Diplomaten auseinander, welche Mittel der Sultan am meisten benötige. „Weniger gute Ratschläge“, so wiederholte er unermüdlich, „und mehr Geld.“<sup>66</sup> Aber Konstantinopel war, nach einem Ausspruch Holsteins, ein „gutes Barometer“<sup>67</sup> der internationalen Beziehungen; die deutsche

<sup>65</sup> Der Bericht Laws wurde im „Blue Book“, Turkey, 1896 veröffentlicht. (Siehe Архив МИД, К. 128, Blatt 118, Depesche Staals an Lobanow-Rostowski, London, 27. [15.] Mai 1896, Nr. 38.)

<sup>66</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 14, Depesche Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 7. Februar (26. Januar) 1896, Nr. 7.

<sup>67</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2846, Holstein an Saurma, 15. April 1896.

Diplomatie beobachtete es und versuchte festzustellen, wie das politische Wetter sein würde.

Die Nachrichten, die aus Petersburg kamen, waren widerspruchsvoll und im allgemeinen unbestimmt. Man wußte nicht, ob die russische Politik, die im Fernen Osten aktiv war, im Nahen Osten um jeden Preis den Status quo aufrechtzuerhalten wünschte, oder ob sie sich trotz ihrer Aktivität im Fernen Osten darauf vorbereite, ihre Interessen an den Meerengen wahrzunehmen. Aber eins blieb außer Zweifel: Fürst Lobanow-Rostowski, der Leiter der russischen Diplomatie, traute Deutschland nicht und brachte ihm schlecht verhohlene Feindseligkeit entgegen.<sup>68</sup> Um so wichtiger war es, festzustellen, wie Frankreich sich verhalten würde, wenn Rußland es wagen sollte, die Frage der Meerengen aufzuwerfen.<sup>69</sup> Münster, der deutsche Botschafter in Paris, konnte sofort freudig mitteilen, der französische Außenminister, Hanotaux, habe nach seinen Informationen keinesfalls die Absicht, dem russischen Bundesgenossen in dieser Frage gehorsam zu folgen.<sup>70</sup> Frankreich hatte seine eigenen bedeutenden, vorwiegend finanziellen Interessen in der Türkei<sup>71</sup>, und die französische Diplomatie konnte nicht von den Richtlinien abweichen, die ihr von den Banken und von der Börse diktiert wurden. Münster war davon überzeugt, die französischen Politiker mußten verstehen, daß „im Orient und im Mittelländischen Meere Rußland für Frankreich ein gefährlicher Gegner werden muß“<sup>72</sup>.

Auf dieser Grundlage begann Holstein bereits Spekulationen darüber anzustellen, ob nicht eine Mächtegruppierung in der Art der Krimkriegsgruppe aus England, Frankreich und Italien entstehen könnte, der sich auch Österreich-Ungarn anschließen würde. Wem aber sollte sich in diesem Fall Deutschland anschließen, das von Frankreich durch die alte elsass-lothringische Frage und von England durch neue Kolonialzwistigkeiten getrennt war? Denn in einem solchen Fall wäre Deutschland in eine fast völlige Isolierung geraten. Holstein beruhigte sich mit dem Satz, daß sich die Geschichte nie wiederhole. Die „Weltgeschichte“, so philosophierte er, „dreht sich nicht im Kreise, sondern in der Spirale. Die Gegenwart ist der Vergangenheit oftmals ähnlich, niemals kongruent.“ Da Holstein den entscheidenden Unterschied des Augenblicks darin erblickte, daß zwischen den

<sup>68</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2847, Radolin an Hohenlohe, 18. April 1896.

<sup>69</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2848, Holstein an Münster, 23. April 1896.

<sup>70</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2916, Münster an Holstein, 25. April 1896.

<sup>71</sup> Die Deutschen nahmen an, daß die französischen Kapitalinvestitionen in der Türkei 1,5 Milliarden Francs betrugen. (Siehe G. P., Bd. 12, Nr. 3073, Metternich an Hohenlohe, 25. November 1896; siehe ferner Edward Mead Earle, „Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway. A Study in Imperialism“, New York 1923, S. 154.)

<sup>72</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2855, Münster an Hohenlohe, 21. Juli 1896.

Großmächten die koloniale Rivalität entstanden war, kam er zu der Schlußfolgerung, daß es gerade deshalb keinem gelingen werde, die Krimkriegsgruppe neu zu schaffen. Danach beruhigte er sich sofort. Er war der Meinung, daß es für Deutschland nur günstig sein würde, wenn es auf Grund der orientalischen Frage zu einer Abkühlung zwischen Frankreich und Rußland käme, die man aufrechterhalten müsse.<sup>73</sup>

Seinerseits bemühte sich Holstein, alles zu tun, um dies zu fördern. Gewöhnlich vermied er Begegnungen mit ausländischen Diplomaten, aber diesmal versäumte er nicht die Gelegenheit, dem russischen Botschafter ausführlich die Gefahren auseinanderzusetzen, die Rußland angeblich von Frankreich her drohten. Er gab Osten-Saken recht unzweideutig zu verstehen, manche einflußreichen Kreise der französischen Diplomatie hätten sich — seinen Informationen zufolge — das Ziel gesetzt, zu einem engen politischen Übereinkommen mit England zu gelangen, und die Unstimmigkeiten zwischen Paris und London in der ägyptischen Frage seien nicht so ernst und tief, wie sie auf den ersten Blick erscheinen könnten. Holstein glaubte gewiß nicht an das, was er sprach. Aber er wollte, daß der russische Botschafter es glaube, und versuchte ihn zu überzeugen, daß ein Übereinkommen zwischen Frankreich und England „auf dem Boden der Kompensation“ möglich sei. „Welcher denn?“ wollte Osten-Saken wissen. „Das ist es eben, was ein Geheimnis bleibt“, wich Holstein aus.

Sodann versuchte er den russischen Botschafter damit einzuschüchtern, worüber er selbst soeben erschrocken war: mit der Möglichkeit, daß auf dem Boden der Nahostfragen eine Koalition der europäischen Mächte entstehe, die, wie zu der Zeit des Krimkrieges, gegen Rußland gerichtet sein werde. Er erzählte dem russischen Botschafter, Salisbury sei bestrebt, England auf den Weg seiner Politik von 1854 zurückzubringen, und arbeite zusammen mit der französischen Diplomatie an der Wiederherstellung des Bündnisses zwischen England, Frankreich und Italien. „Und mit Österreich in Reserve?“ fragte Osten-Saken giftig, denn er ahnte offenbar den diplomatischen Sinn der Phantasien Holsteins. „Das glaube ich nicht“, antwortete Holstein ausweichend und beeilte sich, das Gespräch auf das Thema der Ziele „dieser drei Mächte“ zu bringen. Er sei überzeugt, daß ihr Programm darin bestehe, auf dem Mittelmeer und im Fernen Osten gemeinsam zu herrschen und Rußland fernzuhalten. „Notfalls werde man uns vielleicht den Bosphorus überlassen, aber die Dardanellen für sich behalten“, teilte Osten-Saken über dieses Gespräch mit Holstein mit.

Wie sehr sich Holstein auch bemühte, die Rußland drohenden Gefahren auszumalen, so gelang es ihm nicht, seine eigenen Befürchtungen zu verbergen. „In der letzten Zeit“, so berichtete Osten-Saken, „bemerke ich im

<sup>73</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2846, Holstein an Saurma, 15. April 1896.



Gespräch mit Holstein und auch mit Marschall eine gewisse Nervosität.“ Die Lage in Europa, so glaubte Holstein, sei durch „das Bestreben Englands, die Karten durcheinanderzuwerfen“, und durch die Position, zu der sich Frankreich neige, komplizierter geworden. „Das muß Ihnen unsere äußerste Zurückhaltung Frankreich gegenüber erklären“, so sagte Holstein dem russischen Botschafter. „Ich glaube, daß der gegenwärtige Augenblick sehr ernst und voller Ungewissheit ist und von unserer Seite äußerste Vorsicht erfordert.“ „Vorsicht ist die Mutter der Tugend“, antwortete Osten-Saken zurückhaltend.<sup>74</sup>

Aber in diesem Fall wurde England erneut zum entscheidenden Faktor in dem Spiel, das die deutsche Diplomatie im Osten zu spielen vorhatte. Die deutsche Regierung quälte sich immer noch mit der verfluchten Frage ab: Gibt es Chancen für ein englisch-russisches Übereinkommen, oder werden sich die englisch-russischen Beziehungen im Gegenteil weiterhin verschärfen? Holstein, der in diesen Fragen den Ton angab, war überzeugt, daß eine allgemeine Übereinstimmung zwischen Rußland und England unmöglich sei, und gerade darauf baute er künftig sein Spiel auf. Aber selbst er hielt es für nicht ausgeschlossen, daß zwischen diesen Großmächten in einzelnen Fragen vorübergehende Abmachungen getroffen werden könnten, und erblickte darin für Deutschland eine furchtbare Gefahr. Seine Kreatur auf dem Botschafterposten in London, Graf Hatzfeldt, knüpfte mehrfach Gespräche mit Salisbury an, um irgend etwas über den Standpunkt Englands in der Frage der Meerengen zu erfahren.

Endlich gab Salisbury Anfang Juni Hatzfeldt zu verstehen, daß die englische Regierung – falls die Frage der Öffnung der Meerengen aufzuheben sollte – nichts dagegen habe unter der Bedingung, daß die Durchfahrt für Kriegsschiffe in beiden Richtungen geöffnet werde. Hieraus konnte man den Schluß ziehen, daß die englische Flotte Zutritt zum Schwarzen Meer erlangen wollte. Als Hatzfeldt vorsichtig das Gespräch darauf brachte, ob es in diesem Fall nicht zu einem Zusammenstoß Englands mit Rußland und Frankreich im Mittelmeer kommen könne, erklärte Salisbury unerwartet und „mit bei ihm ungewöhnlicher Bestimmtheit“: „Wir sind jetzt ganz sicher, daß wir es dort mit *beiden* Mächten *allein* und mit Erfolg aufnehmen können.“<sup>75</sup> Wilhelm war außer sich vor Begeisterung: „Ach! Das soll er uns doch einmal vormachen!“<sup>76</sup> Durch diese Worte verrät er unversehens die geheimsten Hoffnungen und Wünsche der deutschen Diplomatie für den Fall einer neuen Krise im Nahen Osten. Die Krise ließ nicht lange auf sich warten.

<sup>74</sup> Архив МИД, К. 19, S. 325, Brief Osten-Sakens an Lobanow-Rostowski, Berlin, 11. April (30. März) 1896. Strictement personnelle.

<sup>75</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2917, Hatzfeldt an Hohenlohe, 8. Juni 1896.

<sup>76</sup> Ebenda.

Bereits Ende Juni 1896 wußte man in Berlin, daß der türkische Sultan Abdul Hamid erneut armenierfeindliche Pogrome vorbereite.<sup>77</sup> Einen Monat später rollte die Welle der Pogrome durch viele Städte Kleinasiens. Die europäischen Diplomaten taten so, als merkten sie nichts davon, oder sie begnügten sich, wie der deutsche Botschafter in der Türkei, Freiherr von Saurma, mit „freundschaftlichen“ Ermahnungen an die türkische Regierung, daß die Wiederholung so gefährlicher Zwischenfälle nicht erwünscht sei. Die Pogrome dauerten an. Um die Aufmerksamkeit europäischer Mächte auf die Vorgänge zu lenken oder ihre Einmischung zu veranlassen, besetzte eine Gruppe bewaffneter Armenier am 26. August in der türkischen Hauptstadt die Gebäude der Ottomanischen Bank. Der Sultan reagierte darauf unverzüglich mit der Organisation eines unerhörten Blutbades.<sup>78</sup> Der von seinen Agenten provozierte türkische Mob wütete einige Tage lang und verübte Massenmorde an der armenischen Bevölkerung. „Wer dieser Nation angehörte“, telegrafierte Saurma nach Berlin, „wurde eben abgeschlachtet, gleichviel, wo man ihn fand oder begegnete. Jeder Niedergeschlagene wurde so lange getreten, gestochen oder geschossen, bis der letzte Atemzug entflohen war.“<sup>79</sup>

Die türkischen Behörden nahmen die Pogromhelden offensichtlich in ihren Schutz. Die Botschafter überreichten der Pforte eine gemeinsame Note mit der Forderung, die Pogrome einzustellen<sup>80</sup>, aber der Sultan ließ sie völlig unbeachtet. Das Gemetzel dauerte an. Insgesamt wurden über 8000 Menschen ermordet und in Stücke gerissen.

Als die Nachrichten von diesen furchtbaren Ereignissen Deutschland erreichten, riefen sie dort zunächst eine sehr scharfe Reaktion hervor. Selbst in Regierungskreisen herrschte Erregung, und der impulsive Wilhelm wollte sogar im ersten Augenblick die Absetzung des Sultans fordern.<sup>81</sup> Aber er beruhigte sich sehr bald, und im allgemeinen änderten sich die politischen Stimmungen in Regierungskreisen rasch. Während der Kaiser früher den europäischen Mächten vorwarf, daß sie ungerührt zusahen, wenn Christen von Türken niedergemetzelt werden, blieb diesmal auch seine Empörung pro domo sua — am Rande der diplomatischen Dokumente.<sup>82</sup> Der alte

<sup>77</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2892, Aufzeichnung Hohenlohes, 28. Juni 1896.

<sup>78</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2894, Saurma an das Auswärtige Amt, 26. August 1896.

<sup>79</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2903, Saurma an Hohenlohe, 1. September 1896.

<sup>80</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2901, Marschall an Wilhelm II., 29. August 1896.

<sup>81</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2898, Marschall an Wilhelm II., 28. August 1896 (siehe Randbemerkung Wilhelms); Nr. 2901, Marschall an Wilhelm II., 29. August 1896 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms).

<sup>82</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2893, Saurma an Hohenlohe, 29. Juli 1896 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms); Nr. 2901, Marschall an Wilhelm II., 29. August 1896 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms).

Hohenlohe bedauerte heuchlerisch die Massenmorde an den Armeniern, und selbst das nur in einem persönlichen Brief an seine Schwester, wobei er auf der Stelle zu verstehen gab, daß er nicht das geringste zu tun beabsichtige, um das Schicksal der am Leben Gebliebenen zu erleichtern.<sup>83</sup>

Bereits zu Beginn der Ereignisse konnte man unschwer erkennen, daß die deutsche Regierung den Standpunkt einer betonten Nichteinmischung in die türkisch-armenischen Angelegenheiten beziehe. Aber ebenso unschwer war zu erkennen, daß diese „Nichteinmischung“ einen bestimmten politischen Charakter trug. Die Regierung verwehrte es den Zeitungen nicht, Tränen über die barbarische Niedermetzlung der armenischen Bevölkerung zu vergießen. Das waren Krokodilstränen. Sie hinderten die Regierung in keiner Weise daran, offene Aktionen in Deutschland gegen den türkischen Sultan und seine Regierung entschlossen zu unterbinden. Mehr noch, die in Deutschland lebenden armenischen Persönlichkeiten wurden Verfolgungen ausgesetzt.<sup>84</sup> Hohenlohe erklärte es damit, daß sich die armenische Bewegung „mit Anarchisten und Sozialisten verbündet“. Der alte kaiserliche Würdenträger und Bürokrat war im Innersten seiner Seele der Meinung, daß das Konstantinopler Gemetzel von den „armenischen revolutionär-anarchistischen Komitees in London“ und keinesfalls vom blutigen Sultan verschuldet worden war. Er war bereit, die Handlungen des Sultans damit zu rechtfertigen, daß der arme Sultan, dem nicht genügend Truppen — nach preußischer Auffassung die einzige Stütze der Ordnung — zur Verfügung standen, gezwungen war, die Hilfe des waffenlosen türkischen Mobs in Anspruch zu nehmen.<sup>85</sup> So stark waren die reaktionären Motive, die sich auf die Einstellung der herrschenden Kreise des Deutschen Reiches zu den blutigen Ereignissen in der Türkei auswirkten. Ohne eine Geste zum Schutz der unglücklichen Armenier zu tun, unterstützten sie faktisch den türkischen Despoten und seine blutige Politik. Und der Sultan wurde sich darüber sehr bald in vollem Maße klar.

Mitte September lud der Sultan den deutschen Botschafter Saurma zu sich, um mit ihm „zu beraten“, wie er sich den Armeniern gegenüber weiter verhalten sollte.<sup>86</sup> Saurma war zuerst der Meinung, daß die vom türkischen Mob gegen die Armenier veranstalteten Pogrome der „Kampf der besitzlosen gegen die besitzende Klasse“ sei. In seiner sturen, spezifisch preußischen reaktionären Borniertheit war er sogar der Meinung, daß diese Pogrome „sozialistische Färbung“ trügen.<sup>87</sup> Er war dumm, und zwar in

<sup>83</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 264.

<sup>84</sup> Zum Beispiel der armenische Agitator, Professor und Geistliche Thumayan.

<sup>85</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 264/265.

<sup>86</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2904, Saurma an Hohenlohe, 19. September 1896.

<sup>87</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2891, Saurma an Hohenlohe, 28. Januar 1896.

doppelter Hinsicht: Er erriet nicht, in welcher Richtung sich die reaktionären Stimmungen der höchsten regierenden Kreise in Berlin wenden würden. Als er aber erfuhr, daß der „Sozialismus“ nach Meinung dieser Kreise nicht von den türkischen Pogromhelden, sondern von den armenischen Organisationen drohe, verfiel er ins Gegenteil. Er erklärte dem Sultan, daß er „die Niederwerfung des armenischen Aufstands für sein Recht und seine Pflicht als Souverän“ halte und von diesem Standpunkt aus die angewandten „strengen“ Maßnahmen billige.<sup>88</sup>

Saurma machte einen einzigen völlig unverbindlichen Vorbehalt: Man müsse die Bestrafung Unschuldiger vermeiden. Der Sultan konnte das ruhig überhören. Das Wichtigste war getan: Saurma war in die Falle gegangen. Die diplomatische Unterstützung, die er dem Sultan erwiesen hatte, war so offensichtlich, so unzweideutig und im vorliegenden Falle so ungebührlich, daß man sie selbst in Berlin, als man davon erfuhr, für übermäßig und unangebracht hielt. Saurma erhielt von der Regierung einen Verweis, er solle in Zukunft zurückhaltender und vorsichtiger sein.<sup>89</sup> Durch die plumpe und überflüssige Äußerung seiner reaktionären politischen Sympathien und Antipathien hätte er das beginnende diplomatische Spiel verderben können.

Bereits in den ersten Tagen der Nahostkrise, als sich die durch das Konstantinopler Gemetzel verursachte Erregung noch nicht gelegt hatte, beschloß die deutsche Regierung, sich unter allen Umständen vorläufig nur auf diplomatische Kampfmethoden zu beschränken. Der in den ersten Tagen entstandene Plan, Kriegsschiffe an die Küste von Stambul zu entsenden, wurde sofort verworfen. „Die kämen unter allen Umständen zu spät, und dürfen nicht durch die Dardanellen“, so glaubte Wilhelm, denn „England und Frankreich sind ja da!“<sup>90</sup> Bald darauf, als sich die allgemeine Einschätzung der Konstantinopler Ereignisse in den deutschen regierenden Kreisen endgültig geformt hatte und als sich die allgemeinen Ziele der deutschen Diplomatie in der Türkei abgezeichnet hatten, tauchten auch noch andere Argumente für die Politik der „Nichteinmischung“ in die türkisch-armenischen Angelegenheiten auf. Die deutsche Regierung hatte nicht die Absicht, die Armenier gegen türkische Greuelthaten zu verteidigen, und wollte die Beziehungen zum Sultan nicht durch eine militärische Demonstration verderben. „Sollen wir denn wegen der armenischen Greuel mit dem Sultan Krieg führen?“ schrieb Hohenlohe in einem intimen Brief an seine Schwester. „Ich möchte das Gesicht des Reichstags sehen, wenn ich ihm

<sup>88</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2904, Saurma an Hohenlohe, 19. September 1896.

<sup>89</sup> Ebenda (siehe Randbemerkungen Wilhelms).

<sup>90</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2900, Marschall an Wilhelm II., 29. August 1896 (siehe Randbemerkung Wilhelms).

ankündigte, wir machen mobil gegen die Türken! Jedes Mitglied des Reichstags würde mir Bismarcks Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers entgegenhalten. Was ein Krieg mit der Türkei bedeutet, der uns in Konflikt mit Rußland und Frankreich und Gott weiß in welche andere Verwicklungen hineinführen würde, brauche ich nicht darzulegen. Und wenn wir nicht Krieg führen wollen, wozu dann demonstrieren? Das kann höchstens den Erfolg haben, daß man unsere Ratschläge und Mahnungen in K[onstantinopel] nicht anhört und daß unser Einfluß vor dem der anderen Mächte zurücktritt.“<sup>91</sup> Das war der Sinn der deutschen Politik der „Nichteinmischung“ in die türkisch-armenischen Angelegenheiten.

Das war eine Politik auf weite Sicht, die reaktionäre Politik der Unterstützung des Sultans und des imperialistischen Kampfes um den vorherrschenden Einfluß in der Türkei. Aber es gab noch einen sehr wichtigen Aspekt der Angelegenheit.

Als Wilhelm die Nachrichten von den Ereignissen in Konstantinopel erhalten hatte, begab er sich sofort zum englischen Botschafter Frank Lascelles, angeblich, um zu erfahren, ob er keine zusätzliche Information über die Lage in der türkischen Hauptstadt habe. Aber Lascelles hatte überhaupt noch keine Information. Nun ging Wilhelm sofort zur Sache über. Er erklärte, daß er sich für eine Frage interessiere: Wie wird der Standpunkt Englands sein in dem Falle, wenn die Ereignisse, wie man vermuten könne, die ganze orientalische Frage als solche aufwerfen würden, und „vor allem, ob England seine traditionelle Mittelmeerpolitik aufrechterhalten werde, was einen Kampf um die Dardanellen eventuell in sich schließen würde, oder ob es, dieselbe aufgebend, Ägypten als Äquivalent für Stambul ansehen würde“<sup>92</sup>.

Man brauchte in den Feinheiten der diplomatischen Kunst nicht allzu erfahren zu sein, um zu begreifen, daß die Frage Wilhelms auch eine andere Frage mitenthielt: Wird England ein Abkommen mit Rußland in Angelegenheiten des Nahen Ostens suchen, oder wird es gegen Rußland Krieg führen? Die Antwort Lascelles war lang und unbestimmt genug. Er erinnerte an die Stärke der historischen Traditionen der englischen Diplomatie, die das Eindringen des russischen Einflusses in die Meerengen nicht zulassen, und bekannte sich sogar als Anhänger dieser alten Traditionen. Aber anderseits gab er zu, daß in der englischen Politik eine neue Strömung entstanden und „in die höchsten Sphären“ gedrungen sei, die die Meinung vertrete, daß man Rußland den Zutritt zum Mittelmeer nicht lange verwehren könne. Mit einem Wort, es war eine typisch englische

<sup>91</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 264.

<sup>92</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2918, Wilhelm II. an Marshall, 27. August 1896.

Antwort. Klar war nur das eine: Die englische Diplomatie hatte nicht die Absicht, ihre Karten aufzudecken.

Nun warf Wilhelm einen neuen Köder aus. Er fragte, ob England nicht glaube, daß man einem Zusammenstoß vorbeugen könne, wenn alle Großmächte übereinkommen, die Befestigungen an den Meerengen zu schleifen und den Schiffen aller Nationen die Durchfahrt durch den Bosporus zu gestatten.<sup>93</sup> Er gab also zu verstehen, das an der orientalischen Frage „nicht interessierte“ Deutschland sei am Verlauf und am Ausgang des Kampfes, der im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Türkei mit neuer Kraft aufflammen könnte, überaus interessiert. Lascelles versprach, die Meinung Salisburys einzuholen. Die Antwort aus London kam sehr rasch. Der englische Premierminister teilte mit, er sei für die Öffnung der Meerengen für alle Nationen, aber die Öffnung der Dardanellen allein sei für ihn nicht annehmbar. Die Bedingungen für die Verwirklichung dieses Planes übergang er natürlich mit Schweigen. Er schwieg sich ferner darüber aus, ob er unmittelbare Besprechungen mit Rußland führe oder zu führen beabsichtige. Dafür fügte er jedoch hinzu, daß der Hauptwiderspruch gegen eine solche Lösung der Frage von seiten Österreich-Ungarns zu erwarten sei.<sup>94</sup> Auf diese Weise verwies er die deutsche Diplomatie geschickt an ihren Bundesgenossen — nach Wien. Die deutsche Regierung war ohnehin stark daran interessiert zu erfahren, was dort vor sich ging.

Gerade in diesen unruhigen Tagen, als ganz Europa sich Gedanken darüber machte, welches die internationalen Folgen des Konstantinopler Gemetzels sein könnten, befanden sich der russische Zar Nikolaus II. und sein Außenminister Lobanow-Rostowski in Wien. Natürlich wurden dort auch politische Gespräche geführt. Zunächst hatte Wilhelm versucht, England durch diese Besprechungen etwas zu erpressen. Im Gespräch mit Lascelles gab er zu verstehen, daß sich „hoffentlich“ beide Kaiser, der russische und der österreichische, „über alle Eventualitäten ins Benehmen setzen“ würden. Das hätte den englischen Partner natürlich eines starken Trumpfes in seinem diplomatischen Spiel gegen Rußland beraubt. Aber nun war der Kaiser selbst darüber beunruhigt<sup>95</sup>, ob es ihm gelingen werde, den österreichischen Trumpf fest in deutschen Händen zu behalten. Ein österreichisch-russisches Abkommen hinter dem Rücken Deutschlands wäre für dieses ebenso gefährlich gewesen wie ein Bruch zwischen Österreich und Rußland. Im ersten Fall hätte die deutsche Diplomatie einen starken Hebel eingebüßt, mit dem sie einen Druck auf England ausüben konnte, um dieses in den Kampf gegen Rußland einzubeziehen, im zweiten Fall hätte sie

<sup>93</sup> Ebenda.

<sup>94</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2919, Marshall an Hohenlohe, 29. August 1896.

<sup>95</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2918, Wilhelm II. an Marshall, 27. August 1896.

selbst zur größten Zufriedenheit des „neutralen“ Englands in den Kampf gegen Rußland einbezogen werden können.

Die aus Wien eingetroffenen Informationen waren im allgemeinen tröstlich. Lobanow-Rostowski und Goluchowski kamen überein, daß sie beide gegenwärtig an dem Fortbestehen des Ottomanischen Reiches interessiert seien. Während der erste, auf die Zukunft eingehend, unterstrich, daß man den Zerfall der Türkei mit Gewalt nicht aufhalten könne, betonte der zweite, daß die feste Haltung Rußlands „Unruhen auf dem Balkan“ verhindere und eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung des Reiches darstelle. Mit anderen Worten schlug jede Partei der anderen vor, sich der Einmischung in die Angelegenheiten des Ottomanischen Reiches zu enthalten. Die delikateste Frage – die Frage der Meerengen – wurde mit Stillschweigen übergangen, beide Parteien scheuten sich, sie auch nur zu streifen. Es wurden keinerlei allgemeine Beschlüsse gefaßt, ja nicht einmal umrissen. Und obwohl sich die Atmosphäre der österreichisch-russischen Beziehungen in rein diplomatischem Sinne nicht verschlechterte, kam doch auch keine Annäherung zustande.

Dafür sprach Lobanow-Rostowski mit dem deutschen Botschafter Eulenburg bestimmter und eindringlicher. Er versuchte nach wie vor die deutsche Diplomatie davon zu überzeugen, daß der Schwerpunkt der gesamten internationalen Situation in Ägypten liege und daß, wenn Deutschland den eigenen Interessen entsprechend in dieser Frage mit Rußland zusammenginge, die Positionen Englands am Suezkanal ernstlich gefährdet sein würden.<sup>96</sup> Alles, was von Lobanow-Rostowski in diesem Zusammenhang gesagt wurde, glich einem „scharfen Vorstoß auf England“. In diesem Gespräch wurde, im Gegensatz zu dem von Lobanow-Rostowski mit Goluchowski geführten, auch die Frage der Meerengen berührt. Eulenburg versuchte festzustellen, wie sich Rußland zu dem Projekt verhalten würde, die Befestigungen an den Meerengen zu schleifen und Schiffen aller Nationen das Durchfahrtsrecht zu gewähren. Es war das gleiche Projekt, mit dem Wilhelm soeben den Standpunkt des englischen Kabinetts sondiert hatte.

<sup>96</sup> Eulenburg gibt folgende Worte Lobanow-Rostowskis wieder: „Der Knoten der ganzen orientalischen Schwierigkeiten liegt in Ägypten am Suezkanal... Die englische Politik hat dort Wege beschritten, die sich die Großmächte nicht gefallen lassen können – besonders die Großmächte wie Rußland und Deutschland, welche in Afrika und Ostasien vitale Interessen haben. Der Suezkanal *darf* nicht in den Händen Englands ruhen! –, und das Vorgehen Englands in Dongola bedeutet doch nichts weiter, als daß es... sich in eine Stellung begab, welche man mit *illegal* bezeichnen muß, und gegen welche die Großmächte Einspruch erheben müssen. Wir können uns nicht darüber täuschen, daß England gewissermaßen Besitz von Ägypten ergriffen hat. Das aber bedeutet die Bedrohung der freien Durchfahrt durch den Kanal.“ (G. P., Bd. 11, Nr. 2747, Eulenburg an Hohenlohe, 28. August 1896.)

Zu Eulenburgs Erstaunen lehnte Lobanow-Rostowski dieses Projekt nicht kategorisch ab.<sup>97</sup>

So kam es, daß die deutsche Diplomatie gleichsam für sie selbst unerwartet eventuelle Berührungspunkte zwischen Rußland und England entdeckt hatte. Eulenburg, der einen so starken Einfluß auf den Kaiser und seine ganze Hofkamarilla ausübte, war durch eine solche Perspektive nicht wenig erschrocken. „Da Deutschland bei einer auch nur vorübergehenden Verständigung zwischen Rußland und England in eine höchst schwierige Lage käme“, so schrieb er nach Berlin, „würde ich es nicht wagen, dieser Verständigung die Wege zu ebnen.“<sup>98</sup> Wilhelm hatte auch gar nicht die Absicht, dies zu tun. Im Gegenteil, der ganze Sinn des von ihm inszenierten Spiels bestand darin, das englisch-russische Abkommen zu verhindern. Zu diesem Zweck beeilte er sich, dem englischen Botschafter alles auszurichten, was ihm über die „heftigen Angriffe“ Lobanow-Rostowskis gegen England bekannt war. Er begnügte sich nicht mit dieser Denunziation, sondern fügte noch von sich aus hinzu, „daß Lobanow offenbar einen Coup bezüglich Ägyptens vorhabe und England sich beizeiten darauf vorbereiten solle“<sup>99</sup>.

Dabei gab er zu, Salisbury hätte recht gehabt mit der Vermutung, daß Österreich-Ungarn sich entschlossen einer Veränderung der Lage an den Meerengen widersetzen werde.

Dieses ganze vom Kaiser und von Eulenburg begonnene, hinter den Kulissen betriebene Spiel mißfiel Hohenlohe<sup>100</sup> und offensichtlich auch Holstein. Nicht, daß sie dagegen waren, die englisch-russischen Reibungen in einer so heiklen Frage wie der der Meerengen zu schüren — nein, sie machten sich Gedanken darüber, was geschehen werde, wenn der österreichisch-ungarische Bundesgenosse erführe (und er würde es unbedingt erfahren, dafür würden Petersburg und London sorgen), daß Deutschland hinter seinem Rücken Besprechungen mit Rußland und England in der Frage der Meerengen führte, und zwar in einem Sinne, der seinen Ansichten offenbar widersprach. In diesem Fall, so setzte Hohenlohe dem Kaiser auseinander, werde Österreich-Ungarn endgültig den Glauben „an die Ehrlichkeit unserer orientalischen Politik und an unsere Bündnistreue“ verlieren. Das würde einen neuen tiefen Riß im Dreibund bedeuten.<sup>101</sup> Hohenlohe brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Türkei in der nächsten Zukunft einen

<sup>97</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2921, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 28. August 1896.

<sup>98</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2922, Eulenburg an Hohenlohe, 1. September 1896.

<sup>99</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2920, Aufzeichnung Marschalls, 31. August 1896.

<sup>100</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2923, Hohenlohe an Wilhelm II., 4. September 1896.

<sup>101</sup> „Wir müssen alles vermeiden“, so instruierte Holstein am 28. August 1896 Hohenlohe und Marschall, „was dahin führen könnte, den Dreibund zu sprengen, während der Zweibund noch fortbesteht.“ (Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 259.)



Zerfall werde vermeiden können und daß folglich keinerlei Abkommen zwischen Rußland und England möglich sein würden. Er forderte, daß der Kaiser das unnötige Spiel mit Rußland und England einstelle, das lediglich dazu führen könne, Deutschland vor der österreichisch-ungarischen Regierung zu kompromittieren und folglich den Dreibund weiter zu schwächen. Er vertrat den Standpunkt, daß Deutschland keine Lösung der Frage der Meerengen ohne die Beteiligung seines Bundesgenossen Österreich-Ungarn<sup>102</sup> vorschlagen könne.

Der Kaiser mußte sich mit diesen Forderungen Hohenlohes einverstanden erklären. Aber das konnte seine Beunruhigung darüber, daß England und Rußland allein — hinter dem Rücken Deutschlands und des ganzen Dreibunds — zu einem Abkommen über die Meerengen gelangen könnten, natürlich nicht beheben. Die Lage wurde um so komplizierter, als sich die deutsche Regierung infolge des ständigen und zähen Widerstands ihres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen der Möglichkeit beraubt sah, sich äußerstenfalls selbst hinter dem Rücken Englands unmittelbar mit Rußland zu verständigen. Die Aufgaben der deutschen Diplomatie in der damals entstandenen politischen Situation faßte Wilhelm mit folgenden Worten zusammen: „Wenn Status quo nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, dann womöglich internationale Öffnung der Durchfahrt“ (durch die Meerengen. *A. J.*); „wenn aber Türkei nicht mehr zu halten und Teilung voraussichtlich nicht zu umgehen, dann muß Rußland Stambul nicht von England und Frankreich als Äquivalent für Ägypten, sondern von den Dreibundmächten erhalten.“ Und Wilhelm unternahm einiges, um den österreichischen Kaiser in diesem Sinne zu bearbeiten.

Dieser Plan war im Grunde genommen noch kein Programm aktiver Politik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten. Er verfolgte andere Ziele: die Ausnutzung der Nahostkrise, um erstens keine Annäherung und erst recht keine Verständigung zwischen Rußland und England zuzulassen und zweitens die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu schwächen und sogar ernste Reibungen zwischen diesen beiden Mächten hervorzurufen. Diese Ziele versuchte die deutsche Diplomatie unter dem Deckmantel ihrer demonstrativen Annäherung an den Petersburger Hof zu verwirklichen.

### 3

Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen dem kaiserlichen Deutschland und dem zaristischen Rußland blieben weiterhin widerspruchsvoll. Nach dem Krimkrieg und nach der Aufhebung der Leibeigen-

<sup>102</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2923, Hohenlohe an Wilhelm II., 4. September 1896.

schaft in Rußland stand Deutschland eine längere Zeit hindurch als Lieferant von Industriewaren und Kapitalien nach Rußland an erster Stelle. Zu gleicher Zeit begannen einige deutsche Banken, sich an der Gründung russischer Handelsbanken in Form von Aktiengesellschaften zu beteiligen. Später begann das deutsche Kapital verstärkt in die Industriebetriebe Rußlands einzudringen. Besonders erfolgreich war dieses Eindringen in Russisch-Polen, wo ganze Industriezweige zu Filialen deutscher Firmen wurden.<sup>103</sup> Die deutsche Börse befaßte sich gern mit der Unterbringung russischer Wertpapiere und insbesondere der Anleihen für die Zarenregierung. Aber Mitte der achtziger Jahre erhob Bismarck, angesichts der verschärften Spannung der politischen Beziehungen zu Rußland und um die Zarenregierung zur Nachgiebigkeit in einer Reihe von Fragen der europäischen Politik zu veranlassen, Einspruch dagegen, daß deutsche Banken der Zarenregierung Anleihen gewähren, und diese begann sich an Paris zu wenden; dort war Rußland schon aus politischen Erwägungen des größten Entgegenkommens sicher. Das im Entstehen begriffene deutsche Monopolkapital gab jedoch den Kampf um seinen Einfluß in Rußland keineswegs auf und trachtete danach, sich dessen reiche Rohstoffquellen dienstbar zu machen und überhaupt die Schlüsselstellung in seiner Wirtschaft an sich zu reißen. Die wirtschaftliche Aggression des deutschen Kapitals mußte zwangsläufig den Widerstand des russischen Industrie- und Handelskapitals auslösen. Die preußischen Agrarier führten ihrerseits einen unaufhörlichen Kampf gegen den russischen Getreide- und sonstigen landwirtschaftlichen Export, der auf den deutschen Markt gerichtet war. Die Politik hoher Schutzzölle, die man in Deutschland wie auch in Rußland betrieb, verschärfte noch mehr die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den herrschenden Klassen der beiden Länder. Natürlich hat sie das Eindringen ausländischen Kapitals in Rußland in keiner Weise behindern können. „Die Zölle sind hoch“, so schrieb W. I. Lenin, „— die Profite unermesslich —, da übersiedelt das ausländische Kapital eben nach Rußland.“<sup>104</sup> Insbesondere zog die deutsche Bourgeoisie die Schaffung eines Systems von Zweigniederlassungen dem direkten Kapitalexport nach Rußland vor. Der zwischen Rußland und Deutschland 1890 ausgebrochene Zollkrieg mußte sich zwangsläufig auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern hemmend auswirken.<sup>105</sup> Nach Abschluß des Handelsvertrages von 1894 vergrößerte

<sup>103</sup> П. И. Лященко, «История народного хозяйства СССР», Bd. II, Moskau 1947, S. 207.

<sup>104</sup> В. И. Ленин, «Капитализм и парламент», Сочинения, Bd. 18, S. 112.

<sup>105</sup> Siehe М. Н. Соболев, «История русско-германского торгового договора», Petrograd 1915; П. И. Лященко, «Зерновое хозяйство и хлеботорговые отношения России и Германии в связи с таможенным обложением», Petrograd 1915; С. А. Покровский, «Внешняя торговля и внешняя

sich der Warenaustausch zwischen Deutschland und Rußland, und Deutschland rückte erneut im russischen Warenaustausch an die erste Stelle vor. Rußland versorgte Deutschland weiterhin vorwiegend mit Getreide und Rohstoffen, während Deutschland bemüht blieb, in Rußland den Absatzmarkt für seine Industriewaren zu erweitern.

Der industrielle Aufschwung in Rußland, der in erster Linie mit dem verstärkten Eisenbahnbau verbunden war, begünstigte in nicht geringem Maße den Zustrom von Kapital aus dem Ausland. Dieses Kapital, das vorwiegend in der Schwerindustrie investiert wurde, machte 1890 rund ein Drittel und zehn Jahre später bereits rund die Hälfte des gesamten Aktienkapitals aus.<sup>106</sup> Daran war das deutsche Kapital bedeutend stärker beteiligt als das englische, es mußte aber nach dem belgischen und französischen Kapital mit der dritten Stelle allmählich vorliebnehmen.<sup>107</sup> Das deutsche Monopolkapital setzte aber den Kampf zur Sicherung seines Eindringens in Rußland, einem so nahe gelegenen und so großen Markt für den Warenabsatz und für Kapitalinvestitionen und dem Lieferanten billiger Rohstoffe, fort. Zu gleicher Zeit betrachtete das preußische Junkertum Rußland weiterhin nicht nur als den Konkurrenten auf dem Getreidemarkt, sondern auch als den Lieferanten billiger Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Jahr für Jahr machte sich das Junkertum die Arbeit von einigen Hunderttausend Arbeitern zunutze, die auf Arbeitsuche aus Rußland herüberkamen.

Nach und nach bürgerte sich unter den herrschenden Klassen Deutschlands die Ansicht ein, daß Rußland und insbesondere seine reichen südlichen Gebiete am Schwarzen Meer bis zum Kaukasus und vor allem die *торговая политика России*», Moskau 1947; I. Domercatzky, „Tariff Relations between Germany and Russia (1890—1914)“, Washington 1918; Percy Ashley, „Modern Tariff History; Germany, United States, France“, London 1920; Wilhelm Gerloff, „Die deutsche Zoll- und Handelspolitik von der Gründung des Zollvereins bis zum Frieden von Versailles“, Leipzig 1920; J. Kuczynski und G. Witkowski, „Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren“, Berlin 1947.

<sup>106</sup> П. И. Лященко, «История народного хозяйства СССР», Bd. II, S. 161.

<sup>107</sup> Die Gesamtsumme des in den Aktiengesellschaften Rußlands im Jahre 1900 investierten Auslandskapitals wird in einem Falle mit 765 Millionen Rubel, in einem anderen mit 778 Millionen Rubel und in einem dritten mit 911 Millionen Rubel beziffert. Siehe Шванебах, «Денежные преобразования и народное хозяйство», 1901; Л. Воронов, «Иностранный капитал в России», Moskau 1901; П. В. Олс, «Иностранные капиталы в хозяйстве довоенной России», 1922. Nach Berechnungen Ols verteilte sich das ausländische Aktienkapital in Rußland wie folgt:

	1890	1900
	(in Millionen Rubel)	
Französisches Kapital	66,6	226,1
Belgisches „	24,6	296,5
Deutsches „	79,0	219,3
Englisches „	35,3	136,8

Ostseeprovinzen dazu bestimmt seien, ein koloniales Anhängsel des deutschen Imperialismus zu werden. In dieser Hinsicht spielte die Kolonisierungspolitik der deutschen Regierung eine nicht geringe Rolle. Diese Politik verfolgte in erster Linie das Ziel, urpolnische Länder durch Verdrängung des slawischen Elements zu „germanisieren“. Ferner rechnete sie mit dem Baltikum, wo die deutschen Barone, die Besitzer riesiger Lati-fundien, Sonderprivilegien und die Möglichkeit genossen, das lettische und das estnische Volk ungehindert auszubeuten. Sie wurden als eine zuverlässige Stütze der deutschen Expansion nach Rußland betrachtet. Gleichzeitig hielt die Kolonisierung der südwestlichen Gebiete Rußlands an. Durch die deutsche Regierung gefördert und von dem deutschen Generalstab, der an der Schaffung von „Stützpunkten“ auf dem Gebiet Rußlands interessiert war, unterstützt, begaben sich deutsche Kolonisten nach der Ukraine und auf die Krim und ließen sich dort in kompakten Massen vorwiegend an den Eisenbahnen von strategischer Bedeutung nieder. In politischer Hinsicht stellten die deutschen Kolonisten, die recht isoliert lebten, Vorposten des deutschen Nationalismus dar.<sup>108</sup> Später wurden sie zu Trägern der Ideen des Alldeutschen Verbandes. Da die russische Regierung die Gefahr witterte, verbot sie bereits 1877 ausländischen Staatsangehörigen, Grund und Boden in Grenzgebieten zu besitzen. Die deutsche Regierung reagierte darauf mit dem Gesetz von der doppelten Staatsbürgerschaft. Dieses Gesetz stellte es dem deutschen Kolonisten, der eine fremde Staatsangehörigkeit annahm, frei, zugleich Untertan des deutschen Kaisers zu bleiben. Es kam so, daß Kinder deutscher Kolonisten, die das wehrpflichtige Alter erreichten, sich nach Deutschland begaben, um dort der Militärdienstpflicht zu genügen, und später nach Rußland zurückkehrten und jede Tätigkeit, auch auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Rüstungsindustrie usw. ausüben konnten. Einige der weitsichtigsten Vertreter der russischen Militärkreise hielten es für notwendig, die Kolonisierung der südwestlichen Gebiete Rußlands einzuschränken, aber die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen wurden in den höchsten Beamten- und Hofkreisen des zaristischen Regimes nicht unterstützt. Zu fest waren die Beziehungen zwischen den reaktionären Kräften des zaristischen Rußlands und des kaiserlichen Deutschlands.

Nach der Thronbesteigung Nikolaus' II. ließen offizielle Kreise von beiden Seiten keine Gelegenheit vorübergehen, ohne ihre Bereitschaft, ihr Streben zur Zusammenarbeit und insbesondere zur Festigung der dynastischen Verbindungen zu demonstrieren. Aufdringlicher waren dabei die

---

<sup>108</sup> Nach der Zählung von 1897 lebten in den westlichen und südwestlichen Gouvernements Rußlands 1 500 000 Deutsche, von denen 1 300 000 aus Deutschland eingewandert waren. (Siehe П. И. Лященко, «История народного хозяйства СССР», Bd. II, S. 209/210.)

herrschenden Kreise Deutschlands. Schon das erste politische Debüt Nikolaus' II. löste beim Kaiser helle Begeisterung aus. Am 17. Januar 1895 las Nikolaus II. bei einem Empfang der Deputationen des Adels, der Städte und des Semstvos von einem in der Mütze versteckten Papier eine kurze, von der Hauptsäule der russischen Reaktion, Pobedonoszew, ausgearbeitete Rede ab, in der verkündet wurde, daß die Prinzipien der Selbstherrschaft zu festigen seien, während die schüchternen Hoffnungen der liberalen Kreise des Adels und der Bourgeoisie auf Heranziehung von Vertretern des Semstvos zur Ausarbeitung auch nur gestutzter Reformen für „sinnlose Träumereien“ erklärt wurden. Das war eine programmatische Rede der Zarenselbstherrschaft, und Wilhelm beeilte sich, höchst beifällig auf sie zu reagieren. Er verwies darauf, wie wichtig die Aufrechterhaltung der monarchischen Prinzipien sei, und schrieb an Nikolaus II.: „Ich freue mich deshalb über die ausgezeichnete Rede, die Du neulich vor den Deputationen in Beantwortung einiger Reformwünsche gehalten hast. Sie war sehr treffsicher und hat überall einen großen Eindruck gemacht.“<sup>109</sup> Der Kaiser bemühte sich in jeder Weise um das Vertrauen des jungen Zaren Nikolaus II. und schlug diesem gegenüber von Anfang an einen gönnerhaften und sogar belchrenden Ton an<sup>110</sup>, der sich bei ihm auf merkwürdige Weise mit zuckersüßer Schmeichelei und direkter Kriecherei mischte. Er war überzeugt, daß er, wenn er die monarchische Saite anschlage und den Zaren durch das Gespenst der europäischen Revolution schrecke, diesen für Zugeständnisse politischen und diplomatischen Charakters gefügiger mache. Er setzte dem Zaren unermüdlich auseinander, daß ein Bündnis Rußlands mit dem republikanischen Frankreich widernatürlich sei, da dieses Bündnis das monarchische Prinzip kompromittiere und den Interessen der Dynastie nichts Gutes verheiße.

Es gab noch eine Saite, die der Kaiser und die deutsche Diplomatie gern anschlugen. Das war die polnische Frage. Der sich in diesen Jahren in der deutschen Innenpolitik verstärkende reaktionäre Kurs wirkte sich auch auf die unter preußisch-deutscher Herrschaft stehenden urpolnischen Länder merklich aus, wo sich die großen Güter und Großbetriebe, Bergwerke und Gruben in den Händen deutscher Gutsbesitzer und Kapitalisten befanden,

<sup>109</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 8/9.

<sup>110</sup> So schrieb zum Beispiel Wilhelm II. an Nikolaus II., den er wie gewöhnlich als „liebster Nicky“ bezeichnete, daß die „Zurückgezogenheit“ es dem Zaren unmöglich mache, „unter Menschen zu gehen und im einzelnen dem zu folgen, was sich — hinter den Kulissen — abspielt. Ich habe einige Erfahrung in der Politik“, so fuhr Wilhelm fort, „und sehe gewisse unverkennbare Anzeichen, deshalb eile ich zu Dir, mein Freund, um im Namen des europäischen Friedens ernstlich zu mahnen.“ (Ebenda, S. 22.) Das ist bei weitem nicht das einzige Beispiel für den Ton, den der deutsche Kaiser anschlug.

während die Bauernschaft und die Arbeiterklasse vorwiegend polnischer Nationalität waren. So wurde die soziale Unterdrückung der polnischen Werktätigen durch die nationale Unterdrückung verschärft, das heißt durch eine Politik, die einen integrierenden Bestandteil des allgemeinen reaktionären Kurses des preußisch-deutschen Staates ausmachte. Bismarck führte einen ständigen Kampf gegen die „polnische Gefahr“ und hatte, wie er selbst zugab<sup>110a</sup>, als er den „Kulturkampf“ aufnahm, vor allem die Verfolgung der recht zahlreichen polnischen Bevölkerung Preußen-Deutschlands im Auge. Aber auch die Einstellung des „Kulturkampfes“ bedeutete keineswegs ein Aufgeben des polenfeindlichen Kurses. Im Gegenteil, die Verfolgungen der Polen verstärkten sich. Insbesondere begann die preußische Regierung mit der Massenausiedlung von Polen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Gleichzeitig wurde 1886 die preußische Ansiedlungskommission geschaffen, eine Organisation, die offen erklärte, daß die Hauptaufgabe ihrer Tätigkeit die Ausrottung des polnischen Volkes innerhalb der preußischen Grenzen sei. Nach dem Rücktritt Bismarcks hatte der neue Kanzler Caprivi im Zusammenhang mit den verstärkten Vorbereitungen zu einem Kriege gegen Rußland den polenfeindlichen Kurs etwas abgeschwächt und den Versuch unternommen, den Weg einer „Kompromiß“ politik einzuschlagen. Bald darauf aber wurde die Liebhäugelei mit den Polen durch eine Verschärfung der polenfeindlichen, chauvinistischen Propaganda abgelöst; diese ging vom Alldeutschen Verband und von anderen verwandten Organisationen aus, die eigens dazu geschaffen waren, um die preußische Politik der Germanisierung und Kolonisierung polnischer Länder durchzuführen, das polnische Element zu verdrängen und die polnische Kultur abzuwürgen. Die Zarenregierung verfolgte aufmerksam die Entwicklung des polenfeindlichen Kurses der deutschen Politik und sympathisierte mit diesem.<sup>110b</sup> Die deutsche Diplomatie machte ihrerseits in

<sup>110a</sup> Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 2, S. 149.

<sup>110b</sup> So forderte zum Beispiel die Zarenregierung durch eine besondere Instruktion, daß der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, unermüdlich „die Äußerungen des polnischen Bestrebens beobachten soll . . ., sich des vorherrschenden Einflusses auf dem Boden der innerpolitischen Ordnung in Preußen zu versichern“. Natürlich konnte sich die polnische Bevölkerung in Preußen keines „vorherrschenden Einflusses“ versichern, ebensowenig wie die Unterstützung, die die polnische Fraktion durch die katholische Zentrumpartei im Deutschen Reichstag und im preußischen Landtag genoß, den reaktionären Kurs der Regierung Hohenlohe ändern konnte. Schon bald darauf konnte Osten-Saken nach Petersburg mitteilen, daß „die Ära des Anbändelns mit dem polnischen Element unwiderruflich vorbei ist, und daß die preußische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach in ihrer Einstellung gegenüber den Polen zu dem harten Regime der Bismarck-Epoche zurückkehrt“. (Архив МИД, К. 21, Blatt 47, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 13. [1.] März 1897, Nr. 13, vertraulich.)

Petersburg mit ihrer polenfeindlichen Politik Reklame und versuchte sie dort als ein Bindeglied zu benutzen, das die Gemeinsamkeit der politischen Interessen der beiden monarchischen Großmächte festigen sollte. In dieser Hinsicht gab sich der deutsche Botschafter Fürst Radolin besondere Mühe. Diesen Polensprößling, dessen Familienname früher Radolinski lautete<sup>110c</sup>, hatte Wilhelm II. wie folgt an Nikolaus II. empfohlen: „Er haßt die Polen und will mit ihnen nichts mehr zu tun haben, noch hat er ein größeres Interesse an ihnen als an den Sandwichinsulanern.“<sup>110d</sup> Der ehemalige Minister am preußischen Hofe Radolin hatte es verstanden, in Petersburg mit Hof- und einigen Regierungskreisen so enge Verbindungen anzuknüpfen, daß er — wie wir sehen werden — von diesen Kreisen recht umfangreiche politische Informationen erhielt.

Der Kurs auf Verstärkung der Repressalien gegen die Arbeiter- und die sozialistische Bewegung, der in Deutschland mit Unterstützung der Agrarier und der monopolistischen Bourgeoisie eingeschlagen wurde, imponierte den herrschenden Kreisen des zaristischen Rußlands sehr, und die deutsche Diplomatie nutzte den reaktionären Kurs mit Unterstützung der von ihr inspirierten Presse gern für ihre außenpolitischen Zwecke aus. Zugleich unterstützte sie die außenpolitischen Interessen des zaristischen Rußlands dort, wo sie mit den Interessen des deutschen Imperialismus und seiner Verbündeten nicht in Kollision gerieten: im Fernen und im Mittleren Osten, das heißt dort, wo sie mit den Interessen des britischen Imperialismus zusammenstießen. Im Nahen Osten schürzte sich ein vom Standpunkt der allgemeinen und privaten Interessen des junkerlich-bürgerlichen Deutschlands komplizierterer Knoten, und die deutsche Diplomatie gedachte hier ein komplizierteres Spiel zu treiben. Ebenso wie die russische Diplomatie war sie in jenem Augenblick bestrebt, den Status quo im Osmanischen Reich aufrechtzuerhalten.

Während die russische Diplomatie den Status quo als eine vorübergehende Maßnahme betrachtete, die eine Verstärkung des Einflusses anderer Großmächte in der Türkei bis zu dem Augenblick verhüten sollte, da die russische Diplomatie mit freien Händen eine aktive Politik beginnen konnte, betrachtete die von wachsenden imperialistischen Kräften getriebene deutsche Diplomatie diese Position als ein Sprungbrett für den eventuellen Sprung nach dem Osten und für die Unterwerfung des Osmanischen Reiches als Ganzes. Das war jedoch, wie man so sagt, „Zukunftsmusik“, deren Hauptmotive noch nicht ausführlich und gründlich ausgearbeitet

<sup>110c</sup> Siehe Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 95. Später beschuldigte die Tochter Radolins, Gräfin Lucie Moy, Bülow, der diese Tatsache mitgeteilt hatte, der böartigen Verleumdung. (Siehe „Front wider Bülow“, S. 93/94.)

<sup>110d</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 11.

waren. Vorläufig war das Leitmotiv der deutschen Diplomatie ein anderes: die Ausnutzung der Nahostfrage im Spiel zwischen den interessierten Mächten: Rußland, England, Frankreich und Österreich-Ungarn.

Die deutsche Regierung suchte offenkundig Annäherung an Rußland. Das war die Folge der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zu England sowie eine der Methoden, um das französisch-russische Bündnis zu zerrütten. Die Annäherung an Rußland hätte es Deutschland ermöglicht, die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die angesichts der Nahostkrise die Gefahr folgenschwerer Verwicklungen in sich bargen, unter seine Kontrolle zu nehmen. Schließlich erblickten die deutschen herrschenden Kreise in dieser Annäherung die Möglichkeit, sich bei der Verwirklichung ihrer bereits Gestalt gewinnenden Eroberungspläne im Fernen Osten der Unterstützung Rußlands zu versichern, sowie eine Rückversicherung in Anbetracht der in Kolonialfragen, vor allem in Afrika, heranreifenden neuen Zusammenstöße mit England.

Die unter Finanzschwierigkeiten leidende Zarenregierung sondierte auf der Suche nach Auslandsanleihen auch in Berlin den Boden. Einige Kreise des deutschen Finanzkapitals waren der Meinung, daß man diese Möglichkeit wahrnehmen und Rußland eine Anleihe gewähren sollte. Sie waren der Meinung, daß eine solche Operation, wenn sie zur rechten Zeit und geschickt durchgeführt werde, Deutschland eine Reihe von Vorteilen bringen könne. Mit Hilfe einer großen Anleihe werde man das wirtschaftliche Eindringen Deutschlands in Rußland verstärken, dort die Positionen des französischen Kapitals schwächen und sich obendrein als Kompensation der diplomatischen Unterstützung Rußlands für den Fall versichern können, daß Deutschland praktisch darangehe, Eisenbahnkonzessionen und Kohlenstationen in China an sich zu reißen.

Das Projekt einer solchen Anleihe durchlief bereits die Instanzen des Auswärtigen Amtes. Hohenlohe war bereit, das Projekt zu unterstützen, vertrat aber die Meinung, daß die vorgesehenen politischen Bedingungen der Anleihe unzureichend seien. Er wollte nicht zu billig sein. Radolin protestierte jedoch kategorisch gegen jegliche Finanzabmachung mit Rußland. Er teilte nach Berlin mit, die russische Regierung würde keine Anleihe aufnehmen, wenn Deutschland im voraus politische Bedingungen an diese knüpfte, die Anleihe ohne diese Bedingungen zu geben, sei aber sinnlos und sogar gefährlich, da die Mittel seiner Meinung nach ohnehin für Rüstungen ausgegeben werden würden. Dieser „Freund Rußlands“ war der Meinung, daß eine Stärkung der wirtschaftlichen und militärischen Macht Rußlands für Deutschland ungünstig sei, und forderte, die Regierung solle den Gedanken an die Gewährung einer großen Anleihe an Rußland aufgeben. Weitaus günstiger wäre es, Rußland praktisch nichts zu geben, es



aber diplomatisch zur Expansion im Nahen und im Fernen Osten zu ermuntern. So platzte im Sommer 1896 endgültig das Projekt der finanziellen Festigung der Beziehungen zu Rußland<sup>111</sup>, zum größten Vergnügen der deutschen Großagrariere, die natürlich keineswegs wollten, daß die projektierte Anleihe ein Hindernis auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer egoistischen Forderungen werde.

Es handelt sich darum, daß die junkerlichen Kreise und deren Klassenorganisationen, vor allem der Bund der Landwirte, die eine noch stärkere politische Unterstützung seitens der Regierung als früher spürten, den Druck auf diese verstärkten, indem sie neue wirtschaftliche Vorteile für sich forderten. Als Zielscheibe für ihre Schläge wählten sie zu diesem Zweck die Handelspolitik der deutschen Regierung. Besonders starken Angriffen war der deutsch-russische Handelsvertrag von 1894 ausgesetzt. Das bereits unter der Kanzlerschaft Caprivis geschaffene, immer noch bestehende System der Handelsverträge stellte eine Art Kompromißlösung der zwischen den Großagrariern und den vom Bankkapital unterstützten Kreisen der Handels- und Industriebourgeoisie bestehenden wirtschaftlichen Gegensätze dar. Die Großagrariere wollten den Zutritt russischen Getreides und anderer landwirtschaftlicher Produkte zum deutschen Markt aufs äußerste erschweren, um auf diese Weise auf dem Binnenmarkt hohe Monopolpreise diktieren zu können. Die Handels- und Industriebourgeoisie war daran interessiert, den Export deutscher Industriewaren nach Rußland, das sie als einen nahen, bequem gelegenen und äußerst aufnahmefähigen Auslandsmarkt betrachtete, zu entwickeln.<sup>112</sup>

Man muß darauf hinweisen, daß England, das sich den 1891 ausgebrochenen russisch-deutschen Zollkrieg zunutze machte, in der Eroberung

<sup>111</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2854, Anmerkung: Auszüge aus dem Telegramm Rothens vom 14. Juli 1896, dem Telegramm Hohenlohes vom 15. Juli 1896 und dem Telegramm Radolins vom 16. Juli 1896.

<sup>112</sup> Hier die Zahlen, die von der Entwicklung des Handels zwischen Deutschland und Rußland Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts zeugen:

Jahr	Einfuhr aus Rußland		Ausfuhr nach Rußland	
	Mill. Mark	% der Gesamteinfuhr	Mill. Mark	% der Gesamtausfuhr
1893 . . . .	353,4	8,5	184,6	5,7
1894 . . . .	543,9	12,7	194,8	6,4
1895 . . . .	568,8	13,4	220,9	6,4
1896 . . . .	634,7	13,9	364,1	9,7
1897 . . . .	768,3	14,6	372,0	9,8

(Alfred Zimmermann, „Die Handelspolitik des Deutschen Reiches vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart“, Berlin 1901, S. 176.)

des russischen Marktes nicht geringe Erfolge erzielt hatte (in wenigen Jahren stieg sein Handel um 50 Prozent). Nachdem aber Deutschland den Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen hatte, begann es das verlorene Gelände rasch wiederzugewinnen und den englischen Handel aus Rußland zu verdrängen. Anfang Februar 1896 machte die „Times“ auf die wachsende Gefahr aufmerksam, die dem englischen Handel von seiten der deutschen Konkurrenz auf dem russischen Markt drohe, „eine Gefahr, die wohl dringlicher und realer ist als jene, die als Ergebnis der politischen Reibungen zwischen zwei Ländern entstehen kann“<sup>113</sup>. Im nächsten Jahr übertraf der deutsche Export nach Rußland bereits den Export aus England und über England. Man muß ferner berücksichtigen, daß sich nach Abschluß des Handelsvertrages neben dem Warenexport nach Rußland auch der Kapital-export verstärkte.<sup>114</sup> Aber die preußischen Agrarier machten sich die Nachgiebigkeit der Regierung Hohenlohe zunutze und beschlossen, zur politischen Offensive überzugehen sowie eine Revision der Handelsverträge zu ihren Gunsten oder überhaupt ihre Aufhebung zu fordern. Der Kampf um die Verwirklichung des von Kanitz formulierten Junkerprogramms, das die Forderung enthielt, der Getreidehandel solle als Monopol in die Hände des junkerlichen Staates gelegt werden, war nicht von Erfolg gekrönt. Um so mehr Grund hatten sie, von der Regierung die Befriedigung kleinerer Ansprüche zu fordern.

Im Frühjahr und Sommer 1896 verstärkte sich im Bund der Landwirte und in der Presse, im preußischen Landtag und im Reichstag die Agitation der Agrarier und ihrer politischen Organisationen gegen den Handelsvertrag mit Rußland. Kanitz, der Hauptanstifter dieser Agitation, suchte in dem Vertrag allerlei Schlupflöcher, mit deren Hilfe man den Vertrag als solchen hätte sprengen können. So beschuldigte er das Auswärtige Amt, es habe bei der Übersetzung eines der Paragraphen des Vertrages Fehler gemacht, und wies nach, daß Rußland sich unter Ausnutzung dieses Fehlers das Recht erworben habe, billigen Weizen nach den Häfen Ost- und Westpreußens zu bringen und ihn dort durch Unterbietung deutscher Preise abzusetzen, statt ihn nach Übersee zu exportieren. Kanitz forderte, daß die Regierung hinsichtlich des Handelsvertrags mit Rußland Maßnahmen ergreife, die seine Gültigkeit faktisch aufheben und das Monopol der deut-

<sup>113</sup> R. J. S. Hoffmann, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875 bis 1914“, S. 34.

<sup>114</sup> Nach den offiziellen deutschen Unterlagen waren die deutschen Kapitalinvestitionen in Rußland sehr bedeutend, sie überstiegen auf jeden Fall die Kapitalinvestitionen in jedem anderen europäischen Lande. Aber genaue Zahlen geben diese Dokumente nicht an. (Siehe Reichstag 1905/1906, Zweiter Anlageband, Berlin 1906, S. 17–19.)

schen Agrarier wiederherstellen sollten.<sup>115</sup> Ein anderer preußischer Großagrarier, Graf Limburg-Sturum, hatte schon vorher gefordert, daß die Regierung der Einfuhr von Vieh und Geflügel über die russische Grenze Einhalt gebiete.<sup>116</sup> Noch schärfere Ausfälle gegen den russischen landwirtschaftlichen Export gingen vom preußischen Landtag aus. Die preußische Regierung wies vorsichtig darauf hin, daß das geforderte Verbot den von der Reichsregierung mit ausländischen Mächten abgeschlossenen Handelsverträgen widersprechen würde.

Aber die durch den schwachen Widerstand der Regierung ermutigten Agrarier zeterten sowohl im Reichstag als auch im Landtag und in der Presse, die Regierung dürfe die Agrarinteressen nicht irgendwelchen außenpolitischen Erwägungen opfern. Sie beharrten auf ihren Forderungen und strebten hinter den Kulissen die Absetzung des ihnen verhaßten Badensers an, des Anhängers der Verträge—Marschall von Bieberstein. Bald darauf gelang es ihnen, bei Kardorff, einem der reaktionärsten Vertreter der Großindustrie, Unterstützung zu erlangen. Wenn die deutsche Regierung Maßnahmen zur Kürzung des Imports landwirtschaftlicher Produkte aus Rußland ergreife, so behauptete Kardorff, dann würde sie durch einen solchen Druck von Rußland Zugeständnisse im Interesse des deutschen Handels und des deutschen Kapitals erhalten können.<sup>117</sup> Schließlich wurde eine Version von der Gefahr der russischen „Schweinepest“ in Umlauf gesetzt, und unter diesem Vorwand führte die Regierung 1896 eine Reihe von Maßnahmen ein, die den russischen Export nach Deutschland äußerst erschwerten.<sup>118</sup>

<sup>115</sup> Kanitz teilte dem Reichstag empört mit, daß, während sich die Weizenpreise in Westdeutschland in Höhe von 120 und sogar 125 Mark hielten, sie in Ost- und Westpreußen auf 104—105 Mark gesunken seien. Die einzige Ursache erblickte er in dem Auftauchen des Importgetreides aus Rußland, das „Deutschland seine Preise aufzwingt“. Er war zutiefst davon überzeugt, daß es das unerschütterliche Vorrecht des preußischen Junkertums sei, breiten Schichten der deutschen Verbraucher hohe Getreidepreise aufzuzwingen. (Siche Reichstag, 8. Juni 1896, Bd. IV, S. 2642.)

<sup>116</sup> Reichstag, 23. März 1896, Bd. III, S. 1629.

<sup>117</sup> Kardorff kritisierte die deutsche Handelspolitik und forderte die Kürzung des Imports, insbesondere des landwirtschaftlichen Imports aus Rußland, auf ein Minimum. In dieser Hinsicht war er bereit, Österreich-Ungarn, offenbar aus Erwägungen wirtschaftlicher Versklavung dieses Landes und aus politischen Erwägungen, den Vorzug zu geben. (Reichstag, 2. Dezember 1896, Bd. V, S. 3653 bis 3655.) Der nationalliberale Abgeordnete Paasche trat ebenfalls wütend gegen den landwirtschaftlichen Import aus Rußland auf, besonders gegen das billige russische Schweinefleisch und gegen die Händler aus Oberschlesien, die daran profitierten, indem sie ohne das gute, aber teure deutsche Schweinefleisch aus Ostpreußen und Pommern auskamen. (Reichstag, 1. Dezember 1896, Bd. V, S. 3633.)

<sup>118</sup> Später versuchte Wilhelm II. diese Maßnahmen durch Erwägungen sanitären Charakters zu rechtfertigen. („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894 bis 1914“, S. 39/40.)

Im August forderte die russische Regierung offiziell die Aufhebung oder Lockerung dieser Maßnahmen und ergriff, als sie keine günstige Antwort erhielt, Anfang September Gegenmaßnahmen, die den deutschen Export nach Rußland erschwerten. So flammte erneut eine Art Wirtschaftskrieg auf. In den herrschenden Klassen beider Länder rief er eine nicht geringe Verärgerung hervor.<sup>119</sup> Er entsprach in diesem Augenblick keineswegs den Interessen der deutschen Diplomatie, die aus Gründen allgemeinpolitischen Charakters Annäherung an Rußland suchen mußte. Da aber die deutsche Regierung bestrebt war, durch ihren reaktionären Kurs auf dem Gebiet der Innenpolitik auch die wirtschaftlichen Forderungen sowohl des preußischen Junkertums als auch der Großagrarien im allgemeinen zu befriedigen, mußte sie auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen gewisse politische Einbußen hinnehmen. Während sie mit der einen Hand die politischen Beziehungen zu Rußland enger gestalten wollte, untergrub sie diese mit der anderen Hand. Außerdem war die Spannung, um nicht zu sagen, der Riß, zwischen Rußland und Deutschland im Zusammenhang mit der Unterstützung, die von der deutschen Diplomatie der Eroberungspolitik des englischen Imperialismus in Ägypten und im Sudan geleistet wurde, keinesfalls spurlos vorübergegangen.

So waren im allgemeinen die russisch-deutschen Beziehungen, als Nikolaus II. bald nach seiner Krönung im Herbst 1896 eine große Reise durch die westeuropäischen Länder unternahm. Der Kaiser und die deutsche Regierung bereiteten sich sorgfältig auf die Begegnung mit dem Zaren vor. In Besprechungen mit diesem wollten sie den russischen Standpunkt in allgemeinpolitischen Fragen und insbesondere in der orientalischen Frage ermitteln. Es war für sie wichtig, im voraus festzustellen, wer den Zaren als offizieller diplomatischer Berater begleiten würde. Lobanow-Rostowski starb plötzlich auf dem Rückweg von Wien nach Petersburg, und Holstein hatte bereits eine Intrige eingefädelt, um nicht zuzulassen, daß dieser Posten durch irgendeine für die Deutschen unerwünschte Figur besetzt wurde.<sup>120</sup> Die Wahl Nikolaus' II. fiel auf den schwachen und farblosen Schischkin, den

<sup>119</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2870, Radolin an das Auswärtige Amt, 22. Oktober 1896.

<sup>120</sup> Holstein war sehr dagegen, daß die Wahl etwa auf den russischen Botschafter in Wien, Grafen Kapnist, fiel. In dem Schreiben an Hohenlohe-Sohn, der sehr oft der politische Informator und Berater seines Vaters, des Reichskanzlers, war, schrieb er: „Lobanow war nicht unser Freund, aber er war vorsichtig, das Gegenteil eines Aventureur. Wer kommt jetzt? Kapnist wäre der Schlimmste.“ Und er zettelte sofort eine gemeine Intrige gegen Kapnist an, wobei er zu diesem Zweck die von ihm zusammengetragenen Gerüchte über gewisse Seiten des Familienlebens Kapnists und seiner ehemaligen Beziehungen zu Sarah Bernhardt ausnutzte. Diesen gemeinen Trick, der so oft am deutschen Hofe angewandt wurde, beschloß er auch am Petersburger Hof anzuwenden. (Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 259/260.)

bisherigen stellvertretenden Außenminister.<sup>121</sup> Also hatte der Zar beschlossen, sein eigener Außenminister zu werden.

Das schien die Aufgabe der deutschen Diplomatie zu erleichtern. Für die bevorstehende Begegnung entwarf Holstein eine Instruktion, die offenbar dazu bestimmt war, eine Wiederholung der riskanten Schritte Wilhelms zu verhüten. Man sollte dem russischen Zaren erklären, so sagte Holstein, daß Deutschland sich in der orientalischen Frage, das heißt vor allem in der Frage der Meerengen, an die gleiche Politik halte, wie sie seinerzeit von Bismarck betrieben wurde. Holstein hielt es für notwendig, den Russen auseinanderzusetzen, worin der Sinn dieser Bismarckschen Traditionen bestehe: falls Rußland gewillt sein sollte, sich den Weg aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer mit Gewalt zu bahnen, werde die deutsche Politik ihre Aufgabe darin erblicken, die Folgen, die diese russische Aktion für den europäischen Frieden haben könnte, zu beheben. Man hätte das Bestreben, Rußland durch einen Krieg gegen England zur Lösung der Meerengenfrage zu ermuntern, wohl kaum deutlicher ausdrücken und den Standpunkt, den Deutschland im Falle des Ausbruchs dieses Krieges zu beziehen beabsichtigte, wohl kaum unbestimmter umreißen können. Holstein ging, wie wir bereits gesehen haben, von der Annahme aus, daß Frankreich sich weigern würde, die aktive Politik Rußlands in der Frage der Meerengen zu unterstützen. Das bedeutete noch nicht, daß die deutsche Diplomatie im voraus bereit war, für Frankreich einzuspringen. Mehr noch, für den Fall, daß der Zar sich in Fragen der Nahostpolitik der Unterstützung des französischen Bundesgenossen und des deutschen Freundes zugleich versichern wollte, hatte Holstein im voraus ein Argument vorbereitet, das diesen Plan durchkreuzen sollte. Der Autor der Idee der „Kontinentalliga“ empfahl zu erklären, die deutsche Diplomatie habe sich aus eigener Erfahrung davon überzeugt, daß diese Idee weder lebensfähig noch real sei. Auf jeden Fall war er der Meinung, daß die deutsche Politik, solange ein französisch-russisches Bündnis existiert, nichts enthalten dürfe, was den Dreibund schwächen könnte. Er war bestrebt, dem Kaiser eins einzuprägen: Man muß dem Zaren zu verstehen geben, daß die „Annäherung“ an Rußland keinesfalls bedeute, daß Deutschland seine feindselige Politik den slawischen Völkern gegenüber ändere.<sup>122</sup> Mit einem Wort: Holstein bemühte sich darum, daß die Politik der „Annäherung“ an Rußland nicht über die Ermunterung Rußlands zum Konflikt mit England in Nahostfragen hinausgehe. Seine Politik der „freien Hand“ sollte auch künftig fortgesetzt werden.

<sup>121</sup> Holstein war mit dieser Wahl sehr zufrieden. Er schrieb über Schischkin: „Er ist ein kleiner Mann; ängstlich; von den Franzosen *nicht* als Freund angesehen. Neutraler Charakter, wahrscheinlich zu gewinnen.“ (Ebenda, S. 260.)

<sup>122</sup> Ebenda, S. 258/259.

Aber die Spekulationen auf die Herbeiführung des englisch-russischen Konflikts schlugen fehl. Auch die Hoffnungen darauf, daß Nikolaus II. sich um ein Abkommen mit Deutschland in der Meerengenfrage bemühen werde, verwirklichten sich nicht. Der Zar kam nach Breslau zu den Manövern der deutschen Armee, aber bei den politischen Besprechungen mit den Deutschen ließen weder er noch der ihn begleitende Schischkin in irgendeiner Weise erkennen, daß sie gewillt waren, die von Holstein vorbereiteten Ratschläge anzunehmen und diese Frage durch Gewaltanwendung zu lösen. Deshalb interessierten sie sich auch nicht dafür, welchen Standpunkt Deutschland im Falle von Komplikationen beziehen werde. Der Zar äußerte sich ablehnend und mißtrauisch über die Politik Englands und begnügte sich damit.<sup>123</sup>

Zugleich warf der Zar eine Frage auf, die die Interessen des deutschen Imperialismus am meisten betraf, die Frage der englischen Politik in Afrika. Im Gespräch mit Reichskanzler Hohenlohe machte er darauf aufmerksam, „daß England den Plan habe, seine Herrschaft von Südafrika bis nach dem Nil auszudehnen und sich auf diese Weise ganz Afrikas zu bemächtigen“<sup>124</sup>. Diese Erinnerung konnte der deutschen Regierung wohl kaum angenehm sein. Vor gar nicht so langer Zeit, kurz vor seinem Tode, hatte Lobanow-Rostowski nicht ohne Verärgerung zu Radolin gesagt, die deutsche Politik in Afrika sei so widerspruchsvoll, daß er sich weigere, sie zu begreifen.<sup>125</sup> Und in der Tat, durch ihre wohlwollende Einstellung zur englischen Eroberungspolitik in Ägypten und im Sudan hatte die deutsche Politik im Grunde genommen die vom englischen Imperialismus für Afrika ausgearbeiteten weitgehenden Pläne unterstützt, deren Verwirklichung sie so ernstlich befürchtete. Denn die herrschenden Kreise Deutschlands träumten davon, ein eigenes großes Kolonialreich in Afrika zu schaffen, und befürchteten zugleich sehr, ihre dort bereits eroberten Besitzungen einzubüßen. Das bedeutete in beiden Fällen, daß die englisch-deutsche Rivalität wachsen würde. Aber hieraus ergab sich, daß Deutschland im Zusammenhang mit seinen kolonialen imperialistischen Angelegenheiten und Plänen an einer wohlwollenden Haltung Rußlands in dem gleichen Maße interessiert war wie Rußland für den Fall einer Verschärfung der orientalischen Frage an einer wohlwollenden Haltung Deutschlands interessiert sein mußte.

Die Lage der russischen Diplomatie war zu diesem Zeitpunkt günstiger als die der deutschen. Der Zar setzte seine Reise fort und fuhr von Deutschland nach England und dann nach Frankreich. Hatten die Deutschen die Gewißheit, daß er nicht mit irgendeinem Abkommen in Fragen des Nahen

<sup>123</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2858, Aufzeichnung Marschalls, 7. September 1896; Nr. 2861, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 9. September 1896.

<sup>124</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2862, Aufzeichnung Hohenlohes, 10. September 1896.

<sup>125</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2732, Radolin an Hohenlohe, 5. Mai 1896.

Ostens zurückkehrte? Indessen hatte die deutsche Regierung eine einzige Chance, um England im Rahmen eines Übereinkommens Zugeständnisse in Kolonialfragen zu entreißen. Das war die Drohung, sich mit Rußland zu verständigen. Aber diese Drohung durfte noch nicht angewandt werden. Deutschland konnte Rußland keine aktive Hilfe in der Frage der Meerengen gewähren, weil dies — wie Holstein mehrfach warnend hervorhob — den Zusammenbruch des Dreibunds bedeutet hätte. Andererseits wagte es die deutsche Diplomatie nicht, in London und in Paris zu einem Bluff Zuflucht zu nehmen, da der russische Zar nach dort abreiste. In diesem Augenblick wäre das dumm und, was noch wichtiger ist, gefährlich gewesen. Zeigten die russischen Partner doch überhaupt kein Bestreben, sich um die deutsche Hilfe zu bemühen. Schließlich endeten die russisch-deutschen Besprechungen in Breslau mit der Annahme der allgemeinen Formel: „Status quo in der Türkei, solange es irgend möglich ist“. Es kam kein Beschluß oder gar Abkommen zustande. Alles sollte beim alten bleiben. Goluchowski konnte damit zufrieden sein, und aus Berlin wurde ihm sofort darüber berichtet.<sup>126</sup>

Wilhelm spürte vielleicht stärker als seine Minister, daß die Lösung der orientalischen Frage auf diese Weise den deutschen Händen entgleite. Nachdem Nikolaus II. so betont von seinem tiefen Mißtrauen gegenüber der Politik Englands gesprochen hatte, zweifelten weder Wilhelm noch Hohenlohe daran, daß sich der russische Zar während seiner Anwesenheit in Balmoral als Gast des St.-James-Hofes mit offiziellen Liebenswürdigkeiten begnügen, aber kein Abkommen politischen Charakters mit England unterzeichnen würde. In weit stärkerem Maße war die deutsche Diplomatie in diesem Augenblick über die eventuellen Folgen der Reise des russischen Zaren nach Paris beunruhigt. Die herrschenden Kreise Frankreichs bereiteten sich mit großem Aufwand auf den Empfang Nikolaus' II. vor und bemühten sich zu zeigen, daß das französisch-russische Bündnis seiner Festigkeit und der allgemeinen politischen Bedeutung nach die deutsch-russische Freundschaft übertraf. In Berlin wußte man bereits davon, daß Rußland und Frankreich durch eine geheime Militärkonvention verbunden seien, vermutete, daß diese Konvention defensiven Charakter trage, wußte aber nicht genau, wie ihr Inhalt aussah. Jetzt teilte aber Radolin unter Bezug-

<sup>126</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2861, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 9. September 1896. Wie Marshall mitteilt, wurde in seinen Gesprächen mit Schischkin über die orientalische Frage Übereinstimmung in folgenden drei Punkten festgestellt:

- „1. Erhaltung des vertragsmäßig fixierten Status quo im Orient;
  2. Erhaltung der Autorität des Sultans;
  3. Wenn nötig, kräftiger diplomatischer Druck auf den Sultan, um Ruhe und Ordnung in seinem Lande aufrechtzuerhalten.“
- (G. P., Bd. 11, Nr. 2858, Aufzeichnung Marshalls, 7. September 1896.)

nahme auf geheime russische Quellen aus Petersburg mit, daß die französische Regierung Méline-Hanotaux<sup>127</sup> den Abschluß eines noch engeren militärisch-politischen Bündnisses mit Rußland anstrebe.<sup>128</sup>

Das war eine sehr wichtige Mitteilung, und die deutsche Diplomatie konnte sie nicht ignorieren. Noch vor kurzem, Ende Juni 1896, hatten einige Kreise der französischen Diplomatie Hanotaux' und Mélines auf Umwegen durch Vermittlung inoffizieller Emissäre versucht, in Berlin den Boden für eine Annäherung an Deutschland zu sondieren.<sup>129</sup> Dieser Versuch war deutscherseits mehr als kühl, ja sogar feindselig aufgenommen worden. Anfang Juli wurden in ganz Deutschland anläßlich der fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Gedenktage des Krieges gegen Frankreich prunkvolle Feierlichkeiten veranstaltet, die zu offen chauvinistischen Zwecken, zu Zwecken der militaristischen „Prahlerci“<sup>130</sup> und der frankreichfeindlichen Propaganda benutzt wurden. In der französischen Fühlungnahme erblickte man irgendein Spiel, das Hanotaux für seine Besprechungen mit England oder mit Rußland brauchte.<sup>131</sup> Jetzt konnte man mit noch größerer Sicherheit annehmen, daß dies tatsächlich der Fall gewesen war. Andererseits bewertete man in Berlin diesen Versuch als ein Anzeichen für gewisse Unstimmigkeiten, die Frankreich nicht nur mit seinem englischen Rivalen, sondern auch mit seinem russischen Bundesgenossen hatte. Holstein war überzeugt, daß das französisch-russische Bündnis, falls es bestand, durch die gesamt-politische Orientierung beider Partner überhaupt stark untergraben sei. Frankreich zerre im Zusammenhang mit den Nahostfragen in die Richtung einer Annäherung an England, während Rußland im Zusammenhang mit den Fernostfragen danach trachten müsse, sein europäisches Hinterland zu sichern, und sich folglich zu Deutschland hingezogen fühle. Deshalb maß er die entscheidende, für die Haltung Frankreichs ausschlaggebende Bedeutung der Tatsache bei, wie seine Einstellung zur ägyptischen Frage sei, wo es mit England zusammenstieß, und zur Frage der Meerengen, wo es mit Rußland zusammenprallte.<sup>132</sup>

Als der deutsche Botschafter in Paris, Münster, über die Aussichten der französischen Politik befragt wurde, antwortete er, die französische Politik

<sup>127</sup> Diese Regierung wurde gebildet, nachdem das Kabinet Bourgeois am 23. April 1896 gestürzt worden war.

<sup>128</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2850, Radolin an Hohenlohe, 14. Mai 1896.

<sup>129</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2837, 2838, 2842, Aufzeichnungen des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“, Arthur von Huhn, 22. Juni, 23. Juni und 19. September 1896.

<sup>130</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 239, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 9. Juli (27. Juni) 1896, Nr. 52.

<sup>131</sup> Daran erinnerte später Hohenlohe. (Siehe G. P., Bd. 11, Nr. 2844, Hohenlohe an Radolin, 8. Dezember 1896.)

<sup>132</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2848, Holstein an Münster, 23. April 1896.



werde Rußland in Ägypten, Afrika und Ostasien gegen England unterstützen.<sup>133</sup> „Tant mieux!“ freute sich Wilhelm. „Dann krabbeln diese Onkels bald wieder vor mir herum!“<sup>134</sup> Aber nun mußte er sich selbst dieser wenig beneidenswerten Beschäftigung hingeben, da sich bei ihm die Befürchtung einstellte, die französische Regierung habe die Absicht, ihr Militärbündnis mit Rußland durch Unterzeichnung eines politischen Abkommens zu bekräftigen. Um diese Pläne zu durchkreuzen und in Paris die Illusion einer weiteren Festigung der russisch-deutschen Beziehungen zu schaffen, beschloß er erneut, entgegen der Instruktion Holsteins, auf die Idee der „Kontinentalliga“ zurückzugreifen. Er hatte sich der gleichen Idee zu bedienen versucht, um den russischen Zaren über die wahren Ursachen des ökonomischen Krieges zu täuschen, der den gierigen deutschen Agrariern zuliebe von der deutschen Regierung gegen Rußland entfesselt worden war. Auf diese Weise wollte er zwei Hasen zugleich erlegen, erlegte jedoch keinen einzigen.

Wir haben weiter oben dargelegt, unter welchen Umständen das erneute Aufflackern des wirtschaftlichen Krieges zwischen Deutschland und Rußland entstanden war. Da dieses Aufflackern den russischen Gutsbesitzern Schaden zufügte, konnte es die Zarenregierung nicht gleichgültig hinnehmen. und naturgemäß konnte die Frage der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen bei der Begegnung in Breslau nicht unberührt bleiben. Unter diesen Umständen bekam sie eine gewisse politische Bedeutung. Als Marschall, der eine „Annäherung“ an Rußland anstrebte, darauf hinwies, welche große Bedeutung für die Festigung der russisch-deutschen Beziehungen der Handelsvertrag von 1894 habe, unterbrach ihn Schischkin und begann sich über den Schaden zu beklagen, den die Landwirtschaft in Rußland erleide. Natürlich meinte er den Schaden, der ihr durch die neuen, von der deutschen Regierung auf dem Gebiet der Handelspolitik eingeführten Einschränkungsmaßnahmen zugefügt wurde.

Marschall war selbst ein Gegner dieser Maßnahmen. Sie erschwerten seine Rußlandpolitik und komplizierten seine Beziehungen zum katholischen Zentrum und zu anderen bürgerlichen Fraktionen im Reichstag, die ihn als aktive Anhänger der Politik der Handelsverträge unterstützten. Das brachte ihn in eine unmögliche Lage. Um der russischen Diplomatie Sand in die Augen zu streuen, beschloß er, Schischkin einen langen und verworrenen Vortrag zu halten, der seinem eigenen Eingeständnis nach „theoretischer Natur“ war.<sup>135</sup> Er setzte Schischkin ausführlich auseinander, welche Gefahr für die alten Agrarstaaten Europas der immer stärker werdende

<sup>133</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2853, Münster an Hohenlohe, 26. Mai 1896.

<sup>134</sup> Ebenda, Randbemerkung Wilhelms II.

<sup>135</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2858, Aufzeichnung Marschalls, 7. September 1896.

landwirtschaftliche Export der jungen amerikanischen Staaten darstelle. Auf diese Weise versuchte er zu beweisen, daß, falls der landwirtschaftliche Export Rußlands Schaden erleide, nicht die deutschen Agrarier und ihre Regierung, sondern — Chile und Uruguay schuld daran seien.

In der Tat gingen in der Handelspolitik der amerikanischen Länder zu dieser Zeit wichtige Veränderungen vor sich. Einige von ihnen kündigten ihre Handelsverträge mit den europäischen Staaten, um diesen das Meistbegünstigungsrecht zu entziehen und sich vorteilhaftere Bedingungen für den Außenhandel auszubedingen. Von besonders großer Bedeutung war die in den Vereinigten Staaten vollzogene Wendung zugunsten der protektionistischen Politik, eine Wendung, die von den wachsenden amerikanischen Monopolen nachdrücklichst gefordert wurde. MacKinley, der von den großkapitalistischen Kreisen für den Posten des Präsidenten aufgestellte Kandidat, führte im Lande eine lärmende Kampagne für die Einführung eines hohen Schutzzolls durch. Diese jenseits des Ozeans entstandene Bewegung zugunsten des Protektionismus hatte nirgends in Europa so starke Befürchtungen hervorgerufen wie in Deutschland. Die von Großbanken unterstützten Kreise der deutschen Industriellen und Exporteure hatten auf dem amerikanischen Markt gute Erfolge. Sie beabsichtigten, ihren Einfluß künftig zu verstärken, und dachten nicht im entferntesten daran, diesen Markt aufzugeben. Unter dem Druck dieser Kreise machte sich die deutsche Regierung über die Gegenmaßnahmen Gedanken, die man gegen die Wirtschaftspolitik der amerikanischen Länder ergreifen sollte. In einigen Organen der deutschen Presse, und zwar nicht nur der Wirtschaftspresse, sondern auch der allgemeinpolitischen Presse, wurde die Frage erörtert, ob die Agrarländer Europas und vor allem Rußland und Deutschland sich nicht zusammenschließen sollten, um der wirtschaftlichen Bedrohung durch Amerika entgegenzutreten.

Aber diese Bedrohung spürten nicht so sehr die Kreise der russischen Gutsbesitzer wie vielmehr die Kreise des deutschen Großkapitals, das expansionslüstern war und neue überseeische Märkte erringen wollte.

Wie sehr sich Marshall auch bemühte, Schischkin davon zu überzeugen, daß es nicht die deutsche, sondern die amerikanische Handelspolitik sei, die sich für Rußland so ungünstig auswirke — er hatte keinen Erfolg. Schischkin hörte sich den langen Vortrag Marshalls an und reagierte darauf nur mit einem unbestimmten Brummen. Dafür gefiel Wilhelm die „Idee“ dieses Vortrags sehr, und er beschloß, sie einem großen politischen Plan zugrunde zu legen. Der neue Plan lautete: „Zusammenschluß ganz Europas zum Kampf gegen MacKinley und gegen Amerika in einer allgemeinen Schutzzollunion, sei es zusammen mit England oder auch ohne dieses, je nach den Umständen.“ Dieser verworrene von der alldeutschen Propaganda auf-

gezwungene Plan, die wirtschaftliche Variante der „Kontinentalliga“, war es, den er Nikolaus II. vorschlug. Er redete dem Zaren zu, diesen Plan in Paris zu vertreten, und zwar so energisch, daß dort der Eindruck entstehe, als handele die russische Regierung auf Grund eines festen Abkommens mit Deutschland. Nachdem die deutsche Politik erst drei Monate vorher Frankreich so grob den Rücken gekehrt und die vorsichtigen Andeutungen der von Hanotaux entsandten Personen überhört hatte, wählte Wilhelm nunmehr den russischen Zaren als Vermittler, der nach Paris weitergeben sollte, „daß der Deutsche Kaiser bereit sei, mit Frankreich Hand in Hand zur Verteidigung des europäischen Kontinents zu gehen“<sup>136</sup>.

Was wollte der deutsche Kaiser damit erreichen? Wollte er in Paris demonstrieren, wie weit die russisch-deutsche Annäherung gegangen war? Oder wollte er, daß Frankreich, indem es Besprechungen darüber aufnahm, die Isolierung Englands demonstrierte? Oder hatte er tatsächlich daran gedacht, sich an die Spitze der auf einer Zollunion beruhenden wirtschaftlichen „Verteidigung Europas“ zu stellen, auf diese leichte Weise die Hegemonie des deutschen Imperialismus auf dem europäischen Kontinent zu errichten und dann die Mächte zum Kampf gegen die wirtschaftlich erfolgreichen Vereinigten Staaten von Amerika aufzurufen? Wenn es Nikolaus II. eingefallen wäre, die ihm von Wilhelm übertragene diplomatische Mission wirklich zu erfüllen, dann hätte man in Paris wahrscheinlich eine recht genaue Vorstellung von dem Bedlam<sup>136a</sup> auf dem diplomatischen Olymp in Deutschland erhalten. Der Kaiser wurde aber von seinem eigenen Reichskanzler bloßgestellt. Als Hohenlohe durch Nikolaus von dem neuen erstaunlichen Vorschlag Wilhelms erfuhr, bemerkte er, selbst die wirtschaftliche Seite des Kaiserplans (die Aufrichtung einer einheitlichen Zollschranke um den ganzen europäischen Kontinent) sei „ein zweischneidiges Schwert“. Das, so sagte er, „was der Ackerbau gewinne, könne die Industrie verlieren“. Außerdem bezweifelte er, daß die einzelnen europäischen Staaten, die sich auf verschiedenen Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung befänden, auf ihre eigenen besonderen Interessen verzichten und gewillt sein würden, die Kosten der Zollpolitik zu tragen, an der andere Mächte interessiert seien. Also mußte Hohenlohe dem Zaren sagen, daß der Kaiserplan zur wirtschaftlichen Vereinigung Europas zwar ein „sehr guter“ Plan sei, daß man ihn aber — vertagen müsse.<sup>137</sup> Wir werden jedoch sehen, daß sich dieser Plan in den Gehirnen einiger Kreise des Junkertums und der all-deutschen Imperialisten als überaus zählebig erwies.

<sup>136</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2861, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 9. September 1896.

<sup>136a</sup> Name (entstellt aus Bethlehem) des alten Londoner Irrenhauses. *Die Red.*

<sup>137</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2862, Aufzeichnung Hohenlohes, 10. September 1896.

Was aber die diplomatische Seite der Angelegenheit anbetrifft, so kommentierte ein gewisser Teil der deutschen Presse, offenbar auf Anweisung von oben, die Reise Nikolaus' II. nach Paris mit Überlegungen, welchen Nutzen die französisch-russische Annäherung Deutschland bringen könne. So erschien in den Spalten der „Kreuzzeitung“, des Organs der Agrarpartei, die Rußland und in noch stärkerem Maße Frankreich gegenüber feindlich eingestellt war, ein Artikel, der darauf hinwies, daß Frankreich als Ergebnis dieser Annäherung darauf verzichten müsse, die Ereignisse ausschließlich durch das Prisma der Revanche zu betrachten, und begreifen müsse, daß ihr Hauptgegner auf den Wegen der Weltpolitik nicht Deutschland, sondern ausschließlich England sei.<sup>138</sup> Im allgemeinen übten sowohl die deutsche als auch die französische Presse während des Aufenthalts des russischen Zaren in Paris Zurückhaltung. Kaum hatte jedoch der Zar Paris verlassen, begannen beiderseits der französisch-deutschen Grenze die Ausfälle der Presse.<sup>139</sup> Wie zu erwarten war, kam keine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich durch Vermittlung Rußlands zustande. Die wirtschaftliche Variante der Vereinigung Europas starb, bevor sie geboren war. Ihr einziger Widerhall war äußerste Verärgerung der österreichischen Diplomatie. Als Goluchowski von der neuen Variante des alten Plans erfuhr, erklärte er seinen deutschen Bundesgenossen sofort entschlossen: „Ich würde *niemals, niemals* mich dazu hergeben.“<sup>140</sup>

## 4

Der feierliche Empfang, der in Frankreich dem russischen Zaren bereitet wurde, und die gesamte, im Zusammenhang damit geschaffene politische Atmosphäre machten in Deutschland starken Eindruck. Was verbarg sich hinter diesem Empfang? Die Unterzeichnung eines politischen Bündnisvertrages? Oder lediglich der Wunsch zu demonstrieren, daß Frankreich den Zustand der internationalen Isolierung bereits überwunden und daß es Freunde und zwar starke Freunde habe? Und vor wem wollte man das demonstrieren? Nur vor Deutschland allein, oder meinte man vielleicht in noch stärkerem Maße Frankreichs mächtigen Rivalen auf kolonialem Gebiet, England? Alle diese Fragen beschäftigten die deutsche Diplomatie lebhaft, und die Antwort, wie sie auch lauten mochte, konnte die weitere

<sup>138</sup> Auf diesen Artikel in der „Kreuzzeitung“ wurde der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, aufmerksam. (Архив МИД, К. 19, Blatt 71, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 14. [2.] Oktober 1896, Nr. 47.)

<sup>139</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2869, Münster an Hohenlohe, 22. Oktober 1896.

<sup>140</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2927, Eulenburg an Hohenlohe, 21. September 1896.

Politik Deutschlands sowohl in den Nahostangelegenheiten als auch in den Kolonialangelegenheiten in vieler Hinsicht bestimmen.

Die offizielle Diplomatie beurteilte die Lage recht optimistisch. Von den Interessen der rasch wachsenden imperialistischen Kräfte getrieben, war sie von ihrem Erfolg und vor allem davon überzeugt, daß das starke militaristische System, auf das sie sich stützte, ihr in Europa nicht nur einen vorherrschenden Einfluß, sondern auch die politische und militärische Initiative gewährleiste. „Für uns halte ich es für gleichgültig“, so schrieb in diesen Tagen Münster, der deutsche Botschafter in Paris, „ob ein Allianzvertrag“ (zwischen Frankreich und England. *A. J.*) „existiert oder nicht, da es jedenfalls nur ein Defensivvertrag sein würde, und wir nicht daran denken, Rußland oder Frankreich anzugreifen. Für England könnte es unter Umständen wichtig sein.“<sup>141</sup> Das war, gelinde gesagt, Einbildung – was Wunder, wenn Wilhelm dieser Schlußfolgerung zustimmte. Die einzige Gefahr erblickte Münster darin, daß die Hoffnung auf das Bündnis mit Rußland den französischen Revanchisten zu Kopf steigen könnte, und ferner darin, „daß die Verbindung mit der demokratischen Republik eine Art Selbstmordversuch der Monarchie ist“. Er meinte die russische Monarchie, in der jeder Preuße die Grundlage für die Unerschütterlichkeit der reaktionären Ordnung erblickte. „Gott gebe“, so schrieb er, „daß dem jungen, unerfahrenen Kaiser und den übrigen Monarchen kein Schaden daraus erwachse.“<sup>142</sup>

Zwei Wochen später sprach Münster, als er die allgemeine Bilanz seiner Beobachtungen über den Aufenthalt des russischen Zaren in Paris zog, die Überzeugung aus, daß ein formales Bündnis zwischen Rußland und Frankreich bereits bestehe. Er empfahl, diese Tatsache zu berücksichtigen, aber sich nicht allzusehr über das Bestehen des Bündnisses zu beunruhigen. Die „Allianz“ zwischen dem russischen Zarismus und der französischen Republik hielt er für eine „*Mésalliance*“. „Solche Ehen“, so versicherte er, „lassen sich leicht scheiden.“<sup>143</sup> So weit ging der monarchistische Kretinismus eines der prominentesten Vertreter der deutschen Diplomatie.

In dieser Beurteilung des französisch-russischen Bündnisses stand Münster keineswegs allein. Die deutsche Diplomatie war davon überzeugt, daß, wenn sie die monarchische Saite anschlage, es ihr früher oder später gelingen werde, Rußland von Frankreich loszureißen und dieses dadurch erneut in den früheren Zustand der internationalen Isolierung zu versetzen. Holstein, der insgeheim hoffte, daß der Streit zwischen Rußland und seinen französischen Bundesgenossen auf dem Boden der Nahostfragen ausbrechen werde, wartete diesen Augenblick geduldig ab. Wilhelm war wie immer

<sup>141</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2866, Münster an Hohenlohe, 9. Oktober 1896.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2867, Münster an Hohenlohe, 10. Oktober 1896.

noch optimistischer gestimmt. Selbst die in Frankreich veranstaltete politische Demonstration für ein Bündnis mit Rußland entmutigte ihn nicht. Auf dem Rückweg aus Paris traf Nikolaus erneut mit Wilhelm zusammen und bemerkte, um den Eindruck seiner politisch bedeutungsvollen Reise nach Paris etwas zu mildern, aus eigener Initiative, der französische Ministerpräsident, Méline, habe dem Wilhelminischen Plan des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas gegen Amerika angeblich Interesse entgegengebracht. Der politische Wert dieses „Interesses“ war gleich Null. Offenbar begriff Wilhelm das und schlug deshalb vor, die Erörterung seines Planes künftig zwischen Deutschland und Rußland (und nur zwischen diesen beiden!) durch die üblichen diplomatischen Kanäle fortzusetzen. Nikolaus stimmte dem zu und Wilhelm war sehr zufrieden.<sup>144</sup> Er hatte den Eindruck, daß die russisch-deutschen Beziehungen trotz der neugeschaffenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine weitere neue Grundlage für ihre Entwicklung in der von ihm benötigten Richtung erhalten hätten.

Indessen beobachtete ein bedeutender Teil der deutschen Presse mit Unruhe die Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen. Das ganze Lager der preußisch-junkerlichen Fronde und die bürgerliche Opposition, von der Sozialdemokratie gar nicht zu reden, teilten keineswegs den offiziellen Optimismus der deutschen Diplomatie. Alle begriffen klar und behaupteten es mehr oder weniger offen, daß das französisch-russische Bündnis in der Perspektive einen Zweifrontenkrieg für Deutschland, eine furchtbare Gefahr bedeute, die die deutsche Diplomatie hätte abwenden müssen.

Die politischen Rezepte, die verschrieben wurden, um diese Gefahr zu beseitigen, waren unterschiedlich und sogar unvereinbar, weil sie von verschiedenen Klassen- und Parteigrundlagen ausgingen.

Unter den Bedingungen der verstärkten politischen Reaktion erwies sich die Opposition von rechts, die sich um den alten Bismarck scharte, als die aktivste. Das war das Lager der radikalsten, jegliche Zugeständnisse ablehnenden Kreise des rückständigen preußischen Junkertums, die bei Hofe, in den höchsten Beamten- und Militärkreisen, im Bund der Landwirte sowie auf den rechten Bänken des Reichstags und des preußischen Landtags recht einflußreich waren. Alle diese vom Standpunkt ihrer Klassenzugehörigkeit recht gleichartigen Elemente schlossen sich um den in den Ruhestand versetzten „eisernen Kanzler“ zusammen. Sie erblickten in ihm den Urheber der Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten, das Bollwerk der Reaktion in der Innenpolitik. Sie erblickten in ihm auch weiterhin den Meister in den Angelegenheiten der Außenpolitik, den Schöpfer des reaktionären Dreikaiserbundes, einen Menschen, der es während seiner ganzen lang-

<sup>144</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2868, Wilhelm II. an Hohenlohe, 20. Oktober 1896.

jährigen Tätigkeit verstanden hatte, Frankreich im Zustand der international-politischen Isolierung zu halten und durch „Verbindung“ zum zaristischen Rußland die über Deutschland schwebende Gefahr eines Zweifrontenkrieges abzuwenden. Jetzt, im Herbst 1896, nach der Reise Nikolaus' II. nach Paris, hatten sie sich endgültig davon überzeugt, daß das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zu einem der erstrangigen Faktoren der europäischen Politik wurde, und sie waren keinesfalls geneigt, sich bei der Beurteilung der Perspektiven dieses Bündnisses dem offiziellen Optimismus hinzugeben. Im Gegenteil, sie beschlossen, die entstandene Situation auszunutzen, um den Kampf gegen die Regierung zu verschärfen, ihre Absetzung oder Umbildung, eine entschlossene und energische Offensive gegen die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei sowie die Durchführung anderer reaktionärer Maßnahmen wirtschaftlichen und politischen Charakters durchzusetzen. In diesem Augenblick war es für sie vorteilhaft, in Fragen der Außenpolitik Alarm zu schlagen, und sie begannen der Regierung vorzuwerfen, daß sie es nicht verstanden hätte, das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zu verhindern.

Die offiziöse Presse versuchte, die Regierung gegen die Angriffe der Bismarckschen Opposition zu verteidigen. Die Regierung schlug den Weg der Zugeständnisse an dieses Lager auf dem Gebiet der Handels-, der Wirtschafts- und der reaktionären Innenpolitik ein und vertrat ihre Linie auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen. Die von der Regierung inspirierte Presse begann die Version vorzubringen, die gegenwärtige Regierung könne nicht die Verantwortung für die Politik jener Jahre tragen, als das Fundament des französisch-russischen Bündnisses gelegt wurde. Somit wurde die Verantwortung für die Entstehung dieses Bündnisses indirekt Bismarck aufgebürdet.

Diese Version ging dahin, daß Bismarck eine militärpolitische Koalition unter der Hegemonie Deutschlands geschaffen, aber es nicht verstanden habe, die Bildung einer anderen, Deutschland potentiell feindlichen Koalition zu verhüten, und daß er damit seinen Nachfolgern ein schweres politisches Erbe hinterlassen habe. Es sah in der Tat aus, als hätte nur die persönliche Politik des Kaisers und seiner neuen politischen Berater jene Spannung in der international-politischen Stellung Deutschlands gemildert, die im Zusammenhang mit der Bildung des französisch-russischen Bündnisses entstanden war. Die Debatten über dieses akute Thema dauerten, wenn auch in recht versteckten Formen, an. Aber plötzlich erfolgte ein Schlag, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in den herrschenden Kreisen ganz Europas eine Sensation hervorrief.

Ende Oktober 1896, als in Deutschland die Diskussion über den Charakter und über das Schicksal des französisch-russischen Bündnisses im

Gänge war, an seinem politischen Horizont aber im Zusammenhang mit der Nahostkrise und mit den wachsenden Kolonialgelüsten sich neue Aufgaben aufzutürmen begannen, traten die „Hamburger Nachrichten“, das Leiborgan Bismarcks, mit Enthüllungen von außerordentlicher Wichtigkeit hervor. Die Zeitung brachte einen zweifellos aus dem Sachsenwald inspirierten Artikel, der ausführlich von der Geheimabmachung erzählte, die Bismarck 1887 mit Rußland getroffen hatte.<sup>145</sup> Die Welt erfuhr zum erstenmal, daß Bismarck, mit Österreich-Ungarn und Italien bereits im Bunde, es verstanden hatte, sich hinter ihrem Rücken auch in bezug auf Rußland rückzuversichern, indem er einen Geheimvertrag über gegenseitige Neutralität unterzeichnete und das sich anbahnende Bündnis zwischen Rußland und Frankreich auf diese Weise durchkreuzte. Das war nach einem Ausdruck Lenins „ein geheimer Schritt gegen Österreich von seiten Deutschlands“<sup>146</sup>.

Nunmehr erhob Bismarck öffentlich gegen die Kaiserregierung die Anklage, daß sie es nach seinem Rücktritt nicht verstanden hätte, die gebotenen Möglichkeiten auszunutzen, daß sie die politischen Beziehungen zu Rußland verdorben, den Stützpunkt eingebüßt, hin- und herzuschwanken begonnen und dadurch selbst dazu beigetragen habe, daß sich die internationale politische Lage Deutschlands äußerst verschlechterte. Er warf der Regierung des „neuen Kurses“ und indirekt auch dem Kaiser vor, sie hätten den Vertrag mit Rußland gebrochen und ausschließlich unter dem Einfluß der englischen Diplomatie und dieser zuliebe den Weg der Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland eingeschlagen.

Das war ein Schlag, der ebenso unerwartet wie heftig war. Wie der die Ereignisse beobachtende russische Botschafter in Berlin, Graf Osten-Saken, bemerkte, herrschte in den regierenden Kreisen Deutschlands eine „moralische Verwirrung“<sup>147</sup>. Der Kaiser befahl unverzüglich, nach der Quelle der Enthüllungen zu forschen und, falls Herbert Bismarck (der ehemalige Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, der zusammen mit dem Vater zurückgetreten war) hineinverwickelt sein sollte, ihn wegen Verlautbarung eines Staatsgeheimnisses gerichtlich zu belangen. Es war jedoch klar, daß alles dies das Werk des ehemaligen Kanzlers selbst war, und keiner wagte, diesen anzutasten.<sup>148</sup>

Als sich der erste Eindruck nach der Enthüllung etwas gelegt hatte,

---

<sup>145</sup> „Hamburger Nachrichten“ vom 24. Oktober 1896, „Fürst Bismarck und Rußland“; Text siehe Johannes Penzler, „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“, Bd. 7, Leipzig 1898, S. 106–108.

<sup>146</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 468.

<sup>147</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 63, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 10. November (29. Oktober) 1896, Nr. 52.

<sup>148</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 270/271.



zeichneten sich im Reichstag und in der Presse drei Gruppen politischer Kräfte ab. An einem Flügel stand das ganze Lager der Bismarckanhänger, am anderen – alle Gegner des Bismarckschen Kurses: die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und ein gewisser Teil des katholischen Zentrums. Die übrigen Parteien nahmen zunächst eine abwartende Stellung ein, bereiteten sich jedoch darauf vor, die Politik Bismarcks gegen eine Attacke der „Linken“ zu verteidigen. Die Regierung geriet zwischen zwei Feuer. Sie kam sofort ins Wanken. Indessen erhielt Bismarck die Unterstützung auch jenes Teils der Presse, der die Ansichten der englandfeindlichen, bürgerlich-imperialistischen Kreise Deutschlands widerspiegelte.<sup>149</sup> Einige diesen Kreisen nahestehende Zeitungen rechtfertigten die Hamburger Enthüllungen und hoben hervor, Bismarck habe durch seine Aktion der Wiederholung des von der Regierung des „neuen Kurses“ im Jahre 1890 begangenen Fehlers vorbeugen, und zwar die Annäherung zwischen Deutschland und England verhindern und zugleich Rußland in den Augen Frankreichs in Mißkredit bringen wollen.<sup>150</sup>

Diskreditiert war jedoch die Politik Deutschlands vor Rußland<sup>151</sup>, Österreich-Ungarn und England<sup>152</sup>. In Petersburg riefen die Enthüllungen der Bismarckschen Zeitung Unzufriedenheit<sup>153</sup>, in London<sup>154</sup> und in Wien Verärgerung, äußerste Wachsamkeit und verstärktes Mißtrauen gegen die deutsche Diplomatie hervor. Der österreichisch-ungarische Minister für Auswärtige Angelegenheiten vermochte es nicht einmal vor dem russischen Botschafter zu verbergen, daß „die Hamburger Enthüllungen dem Kredit der deutschen Diplomatie einen schweren Schlag versetzten“. „Ein Vertrauensverhältnis“, so fügte er hinzu, „ist unmöglich, wenn die Staatsgeheimnisse nicht gegen eine willkürliche Enthüllung seitens der Personen, die nicht mehr an der Macht stehen, gesichert sind.“<sup>155</sup> Die österreichischen Kreise fühlten sich betrogen und empörten sich um so mehr, als sie sich außerstande fühlten, die Bande ihres militärisch-politischen Bündnisses mit Deutschland, dessen Unterstützung sie im Zusammenhang mit den Nah-

<sup>149</sup> Siehe zum Beispiel den „Berliner Börsen-Courier“ vom 10. November 1896.

<sup>150</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 61, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 3. November (22. Oktober) 1896, Nr. 51.

<sup>151</sup> Архив МИД, К. 20, Blatt 79, Ghecimtelegramm Osten-Sakens an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 16. (4.) November 1896.

<sup>152</sup> Архив МИД, К. 128, Blatt 458, Brief Staals an Schischkin, London, 28. (16.) Oktober 1896.

<sup>153</sup> Die Zarenregierung hatte der russischen Presse die Instruktion gegeben, in dieser Frage höchste Zurückhaltung zu üben.

<sup>154</sup> Э. Галеви, «История Англии в эпоху империализма», Bd. I, S. 33.

<sup>155</sup> Архив МИД, К. 169, Blatt 237, Depesche Kapnists, Wien, 11. November (30. Oktober) 1896, Nr. 65.

ostangelegenheiten so sehr brauchten, unverzüglich zu lockern. Man konnte jedoch erwarten, wie das der russische Botschafter in Wien, Kapnist, richtig bemerkte, daß die österreichisch-ungarische Regierung angesichts des wachsenden Mißtrauens gegen Deutschland danach streben werde, eine selbständigere Politik zu betreiben, sei es zur Festigung der Beziehungen zu England in der Balkanfrage, sei es zur Regelung der Beziehungen zu Rußland.<sup>156</sup> Auch die italienische Presse war empört.<sup>157</sup>

Unter diesen Umständen mußten die herrschenden Kreise Deutschlands befürchten, daß die Hamburger Enthüllungen zu einer ernsten Krise in den Beziehungen zu Rußland einerseits und zu Österreich-Ungarn sowie Italien andererseits führen könnten. Der Kaiser und die deutsche Diplomatie versuchten diese Krise abzuwenden. Sie baten — um Vertrauen.<sup>158</sup> Der offiziöse Teil der deutschen Presse beeilte sich, die „Hamburger Nachrichten“ und indirekt Bismarck zu verurteilen, weil ihre Handlungen das ganze Gebäude des Dreibunds, die Hauptstütze der deutschen Außenpolitik, untergraben könnten.<sup>159</sup> Aber der „eiserne Kanzler“ a. D. setzte den Kampf energisch fort. Als bekannt wurde, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums die Absicht habe, eine formelle Interpellation über diese ganze überraschende Skandalgeschichte einzubringen, bestand das Leiborgan Bismarcks darauf, daß die Regierung einer Antwort nicht ausweichen und mit den notwendigen Er-

<sup>156</sup> Ebenda.

<sup>157</sup> Arthur Singer, „Geschichte des Dreibundes“, Leipzig 1914, S. 116—120.

<sup>158</sup> „Ich bin tieftraurig über Bismarcks schreckliches Benehmen“, schrieb Wilhelm II. an Nikolaus II., „das — obgleich es ein ‚coup‘ ist, der sich lediglich gegen mich persönlich richtet — nichtsdestoweniger einen Bruch der Loyalität gegen Deine Regierung darstellt und einen Flecken auf dem Gedächtnis meines geliebten Großvaters sowohl wie auf dem Deines geliebten Vaters zurückläßt. Ich habe meinen Onkel, den Kanzler, bereits verständigt, was im Parlament zu sagen ist, und ich hoffe, Du wirst zufrieden sein mit der Art, wie die ganze verräterische Angelegenheit behandelt wird. Ich nehme an, bei diesem letzten Schlag des Fürsten und bei der schamlosen Art, mit der er mich in seiner Presse behandelt — insbesondere durch den Versuch, das Volk glauben zu machen, daß ich unter ‚englischem‘ Einfluß war und es noch jetzt bin —, die klareren Köpfe werden anfangen zu verstehen, daß ich Gründe hatte, diesen unbändigen Mann mit seinem niedrigen Charakter aus dem Amt zu schicken. Ich setze unbedingten Glauben in die Hoffnung, daß Du mir freundlich vertrauen wirst, wie Du es bisher getan hast, und daß sich nichts zwischen uns beiden geändert hat und sich ändern kann, seit wir in Breslau die Richtung für unser Handeln abgesteckt haben.“ („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 39.) Einige Tage später versicherte Wilhelm im Zusammenhang mit den Enthüllungen Bismarcks dem englischen Botschafter in Berlin, Lascelles, daß er bereit sei, England in jeder Weise zu dienen und die allerbesten Beziehungen mit ihm aufrechtzuerhalten. (G. P., Bd. 13, Nr. 3399, Aufzeichnung Marshalls, 24. November 1896.)

<sup>159</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 61, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 3. November (22. Oktober) 1896, Nr. 51.

klärungen vor den Reichstag treten solle.<sup>160</sup> Die Regierung mußte es tun. Um die Schwierigkeiten, die innerpolitische und außenpolitische Krisen nach sich zu ziehen drohten, zu überwinden, brauchte die Regierung Unterstützung und suchte eine solche. Diese Unterstützung erhielt sie. Die Vertreter der Partei des Zentrums, der Nationalliberalen Partei und der gemäßigten Konservativen versicherten Marschall hinter den Kulissen, daß sie sich bemühen würden, der Regierung im Reichstag keine zusätzlichen Schwierigkeiten zu schaffen, und daß sie sogar bereit seien, ihr formell das Vertrauen auszusprechen.<sup>161</sup>

Am 16. November begann im Reichstag die Debatte. Als Antwort auf die Interpellation des Zentrumsabgeordneten Hompesch<sup>162</sup> gab Reichskanzler Hohenlohe zu, daß es in der Tat einen russisch-deutschen Vertrag gegeben habe. Aber Hohenlohe weigerte sich, Einzelheiten über die Ursachen seiner Nichterneuerung mitzuteilen, er bestritt, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland danach verschlechtert hätten, und behauptete, daß diese Beziehungen „gute und freundschaftliche“ blieben. Er teilte ferner dem Reichstag mit, daß „die Wolke des Mißtrauens“, die in Österreich-Ungarn und in Italien dem deutschen Bundesgenossen gegenüber heraufgezogen war, angeblich wieder verschwunden sei. Schließlich (was sehr charakteristisch ist) bestritt er kategorisch die Vorstellung, als hätte die deutsche Regierung, als sie auf die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland verzichtete, unter dem Einfluß der englischen Diplomatie gehandelt. Er bestritt diesen Einfluß auch jetzt.<sup>163</sup> Er versuchte kurzum, den Reichstag und seine junkerlich-bürgerliche Mehr-

<sup>160</sup> „Hamburger Nachrichten“ vom 12. November 1896 (siehe Johannes Penzler, „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“, Bd. 7, S. 147–149). Osten-Saken kommentierte diesen neuen Beitrag der Hamburger Zeitung wie folgt: „Das ist eine neue Offenbarung des Wunsches des Fürsten Bismarck, die ohnehin schwere Lage der Regierung mit allen Mitteln zu erschweren, und zeigt klar, daß er entschlossen ist, den gegen den Kaiser begonnenen, unerbittlichen Kampf fortzusetzen...“ (Архив МИД, К. 19, Blatt 71, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 12. November [31. Oktober] 1896, Nr. 53.)

<sup>161</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 277/278.

<sup>162</sup> Hompesch forderte vom Reichskanzler die Antwort auf folgende Fragen:

1. ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rußland bestanden hat;
2. falls ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern;
3. welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten ausgeübt haben? (Siehe Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3261.)

<sup>163</sup> Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3262.

heit zu beruhigen. Aber der Reichstag gab sich mit diesen allgemeinen Erklärungen nicht zufrieden.

Die sich entspinnde Debatte zeigte vor allem, wie wenig der Reichstag über die geheimen Winkelzüge der deutschen Diplomatie unterrichtet war und welche geringe Rolle er in außenpolitischen Angelegenheiten überhaupt spielte. Über den Wesenskern der Frage brachte die Debatte nichts Neues. Wie der Führer des katholischen Zentrums, Lieber, bemerkte, bestand ihr Hauptziel darin, Österreich-Ungarn und Italien der Bereitschaft Deutschlands zu versichern, die Bündnistreue und die Festigkeit des Dreibunds zu erhalten.<sup>164</sup> Zugleich deckten sie in gewissem Sinne die Einstellung der deutschen politischen Parteien zur außenpolitischen Orientierung der Regierung auf.

Die jämmerliche Lakaienrolle des Reichstags trat bereits in der Tatsache zutage, daß sich unter seinen Abgeordneten keiner fand, der von der kaiserlichen Regierung eine richtige und erschöpfende Antwort auf die Interpellation gefordert hätte. Somit zeigte der Reichstag erneut, daß er keineswegs die Absicht hatte, gegen die von oben eingeführte politische Ordnung zu verstoßen, und sich damit begnügte, lediglich eine konstitutionelle Verbrämung eines halbselbtherrlichen Regimes zu bleiben. Was von den „hohen Rechten“ des Reichstags gesprochen wurde, war nichts als tönende Worte, mit denen sich das Zentrum und die linksbürgerlichen Fraktionen bei der Regierung teuer zu machen versuchten. Zugleich verbargen die Abgeordneten der äußersten rechten Fraktionen nicht einmal ihre Verachtung für das deutsche Pseudoparlament, auf dessen Bänken sie saßen und von dessen Tribüne aus sie lärmten. Einer der Abgeordneten, Liebermann von Sonnenberg, der dem Lager der Preußen und der Bismarckanhänger angehörte, erklärte verächtlich, er sehe überhaupt keinen großen Sinn in parlamentarischen Wortergüssen über außenpolitische Angelegenheiten, da die Berichte über die Reichtagsdebatten sowieso von niemand gelesen würden.<sup>165</sup> Natürlich wurde das bewußt zu dem Zweck gesagt, den Reichstag durch einen Fußtritt mehr zu erniedrigen.

Das katholische Zentrum hatte bereits vorher mit der Regierung angebündelt und nur auf den Augenblick gewartet, da es ihr seine politische Unterstützung möglichst teuer verkaufen konnte. Jetzt beschloß es, sich vor der Regierung verdient zu machen und sich zugleich, wenn auch rückwirkend, an dem Urheber des „Kulturkampfes“ zu rächen. Der Führer der Zentrumsfraktion im Reichstag, Lieber, verurteilte scharf den Bismarckschen Rückversicherungsvertrag mit Rußland als einen Vertrag, der mit der Politik des Dreibunds unvereinbar sei. Er forderte eine weitere Festi-

<sup>164</sup> Ebenda, S. 3266.

<sup>165</sup> Ebenda, S. 3267.

gung der Beziehungen zu der katholischen Habsburger Monarchie und zum katholischen Italien. Aber wie war die allgemeine Orientierung der Zentrumspartei in bezug auf England und Rußland? Lieber, der vor dem Reichstag sprach, definierte diese Orientierung in folgenden Worten: „Deutschland ist und muß sein und bleiben der Freund der Freunde unserer Freunde und der Feind der Feinde unserer Freunde.“<sup>166</sup> Diese jesuitenhaft doppelsinnige und vorsichtige Formel rief auf den Bänken des katholischen Zentrums im Reichstag Entzücken hervor.

Die Einstellung des Zentrums zu Rußland („Freunde unserer Feinde“, d. h. Frankreichs) stand im Gegensatz zu der Einstellung der preußischen Großagrarien des Bismarckschen Lagers. Die Partei des Zentrums war für ein wirtschaftliches Abkommen mit Rußland in Form von Handelsverträgen, aber politisch war sie überaus rußlandfeindlich gestimmt und im allgemeinen bereit, die rußlandfeindliche Politik Österreich-Ungarns zu unterstützen. Zugleich und gerade deswegen hielt sie es für notwendig, die traditionelle österreichische Orientierung auf England zu unterstützen. In diesem Sinne schlug Lieber der Regierung vor, ein „Freund der Freunde unserer Freunde“ zu bleiben. Diese Partei recht unterschiedlicher sozialer, im wesentlichen jedoch kleinbürgerlicher Elemente hatte noch keine wirtschaftlichen oder politischen Gründe, den englischen Imperialismus als ihren Rivalen oder Feind zu betrachten. Die Oberschichten ihrer Kreise jedoch — mit den Interessen einiger Großmagnaten der westdeutschen Schwer- und Bergbauindustrie verbunden — waren durch die imperialistische Politik bereits stark berührt und zogen die ganze Partei in diese Richtung. Zugleich sicherte sich das katholische Zentrum, als Partei des raffinierten Opportunismus, in Fragen, die mit der Außenpolitik verbunden waren, die Möglichkeiten, weiter zu manövrieren sowie mit der Regierung und mit anderen Reichstagsparteien ständig und recht ungeniert Kuhhandel zu treiben. Die Führer des Zentrums träumten insgeheim davon, daß sie, wenn sie Bismarck für seinen Rückversicherungsvertrag mit Rußland und für die Verlautbarung dieses Vertrags verurteilten und andererseits die Politik der Regierung gegenüber Österreich-Ungarn und dem gesamten Dreibund energisch unterstützten, als Gegenleistung Zugeständnisse auf dem Gebiet der Innenpolitik erhalten würden, die dem Katholizismus die Möglichkeit böten, seinen Einfluß in Deutschland selbst weiter zu verstärken.

Die Position der Fraktion der Freisinnigen unterschied sich in gewisser Hinsicht vom Standpunkt des katholischen Zentrums. Genauso wie das Zentrum war sie eine Anhängerin des engen Bündnisses mit dem Habsburger Reich, aber zum Unterschied von jenem rückte sie nicht die konfes-

<sup>166</sup> Ebenda, S. 3266.

sionellen, sondern die „nationalen“ Motive in den Vordergrund. Sie versuchte die ideologischen Traditionen der „nationalen Einigung“ im Geiste des bürgerlichen Demokratismus von 1848 zu beleben. Diese Versuche sahen recht jämmerlich aus, insbesondere im Vergleich zu den sich unter den herrschenden Klassen abzeichnenden neuen alldeutschen imperialistischen Tendenzen, die das Fernziel der völligen Unterordnung Österreichs verfolgten. Und unter den Freisinnigen entstand eine Strömung, die bereits ins Lager des Imperialismus hinüberwechselte. Diese Strömung, an deren Spitze Barth und Rickert<sup>167</sup> standen, war bereit, die Anweisungen der Regierung zu befolgen, deshalb erhielten ihre Führer verdienstermaßen den Ruf der „Hofdemokraten“. Nur der greise Richter, der bedeutendste Redner der Freisinnigen, blieb unversöhnlich. Aber auch er, der den außenpolitischen Kurs der deutschen Regierung kritisierte, vermochte weder damals noch später über sich selbst hinauszuwachsen. Und im allgemeinen war es ein recht niedriges Niveau. Das höchste, was Richter zustande brachte, war eine scharfe Kritik an der Inkonsequenz und Verworrenheit der Politik des „neuen Kurses“, die mit einer Annäherung an England begann, rasch in die Sphäre der Verschärfung der Beziehungen zu England geriet und, nachdem sie mit einer Abkehr von Rußland begonnen hatte, jetzt erneut eine Etappe der Annäherung an Rußland betrat. Sein positives Programm war schwach, sehr schwach. Er wollte lediglich die Politik des „neuen Kurses“ auf Rückwärtsgang umschalten: Festigung des Dreibunds, Abkühlung in den Beziehungen zu Rußland und Annäherung an England. Das war das Programm des aussterbenden deutschen Liberalismus, dessen politische Vertreter England auch weiterhin für den Mentor ihrer konstitutionellen Ideen und für das Bollwerk ihrer politischen Hoffnungen hielten.

Die Hamburger Enthüllungen Bismarcks hatten die Empörung der Freisinnigen hervorgerufen, aber sie in eine schwierige Lage gebracht. Sie hätten gern mit ihrem alten Feind Bismarck in der Frage der Beziehungen zu Rußland politisch abgerechnet. Aber als Anhänger einer Annäherung an England konnten sie die Politik des gleichen Bismarcks, der zum Unterschied von dem „neuesten Kurs“ England nicht anrampelte und den kolonialen Angelegenheiten zweitrangige Bedeutung beimaß, nur als Vorbild hinstellen. Falls sie jetzt gegen die Enthüllungen Bismarcks und gegen dessen Rußlandpolitik protestierten, traten sie als Verteidiger seines politischen Werks, traten sie für die Erhaltung und Festigung des Dreibunds

---

<sup>167</sup> In der Reichstagssitzung trat Rickert als Verteidiger der Politik Caprivis auf, der damit begonnen hatte, daß er zusammen mit Wilhelm die Erneuerung des Bismarckschen „Rückversicherungsvertrages“ mit Rußland ablehnte. (Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3289/3290.)

als Hauptstütze der deutschen Politik in Europa auf.<sup>168</sup> Eine derartige Ansicht über die Dinge war der Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit der Freisinnigen und ihrer politischen Ohnmacht unter den Bedingungen des sich in Deutschland formierenden junkerlich-bürgerlichen Imperialismus. Diese Partei der altmodischen Kaufleute und der liberal-bürgerlichen Intelligenz war weder einflußreich noch zahlenmäßig stark und wurde deshalb weder von den Regierungskreisen noch von den reaktionären Kräften der herrschenden Klassen im allgemeinen ernsthaft in Rechnung gestellt. In der Atmosphäre der Verstärkung der politischen Reaktion in Deutschland konnte jene Kritik „von links“, die aus den Reihen der Freisinnigen kam, die Regierung lediglich reizen, aber nicht mehr beunruhigen. Und da die Freisinnigen ihren Hauptschlag im vorliegenden Fall gegen Bismarck führten, unterstützten sie faktisch Hohenlohe und Marschall.

Viel mehr Unruhe bereitete den herrschenden Kreisen die einflußreiche und wachsende Sozialdemokratische Partei, die einen großen, und zwar den kämpferischsten und bestorganisierten Teil der Arbeiterklasse hinter sich hatte. In Fragen der Außenpolitik ließ die deutsche Sozialdemokratische Partei jedoch genauso wie in einigen anderen Fragen die prinzipielle, sozialistische und revolutionäre Orientierung vermissen.

Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus mit Recht der Meinung, daß der russische Zarismus die Hauptzitadelle der europäischen Reaktion darstellte. Inzwischen waren bereits einige Dutzend Jahre, fast ein halbes Jahrhundert vergangen. In dieser Zeitspanne waren im System des Kapitalismus gewaltige wirtschaftliche und politische Veränderungen vor sich gegangen. Der Kapitalismus trat in ein neues, imperialistisches Stadium seiner Entwicklung. Das Zentrum der internationalen revolutionären Bewegung verlagerte sich nach Rußland, während in Westeuropa die von dem sich formierenden Imperialismus genährte Reaktion erstarkte. Selbst Friedrich Engels, dessen letzte Lebensjahre in die Zeit des in Bildung begriffenen Imperialismus fielen,

<sup>168</sup> Der Führer der Freisinnigen, Richter, erklärte im Reichstag: „Der Dreibund ist in unseren Augen nicht bloß ein Augenblicksprodukt diplomatischer Klugheit, sondern beruht auf den dauernden gemeinschaftlichen Interessen der verbündeten Völker.“ Er erklärte ferner, daß der russisch-deutsche Vertrag aus dem Jahre 1887 mit dem „Geist des Dreibundes“ unvereinbar sei. Der fortschrittliche Abgeordnete Haußmann erklärte ausführlicher, weshalb er den deutsch-russischen Vertrag für „äußerst schädlich“ hielt. Seiner Meinung nach konnte ein solcher Vertrag ein bequemes Werkzeug in den Händen jener Elemente sein, vor allem in Böhmen, in Italien und anderswo, die danach strebten, den Dreibund zu Grabe zu tragen. Zu den Anhängern der Bismarckschen Politik gewandt, sagte Haußmann: „Was würden... sie sagen, wenn man erfahren würde, daß Italien mit Frankreich einen Bund abgeschlossen hätte?“ (Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3269—3273.)

selbst er hat, wie J. W. Stalin hervorhob, diese neuen Erscheinungen weder gesehen noch begriffen und hielt die Zarenherrschaft in Rußland auch weiterhin für die „letzte starke Festung der gesamteuropäischen Reaktion“<sup>169</sup>. „Daß die zaristische Macht in Rußland eine starke Festung der gesamteuropäischen (und auch der asiatischen) Reaktion war“, schrieb J. W. Stalin, „darüber kann es keinen Zweifel geben. Aber daß sie die *letzte* Festung dieser Reaktion war — das ist mit Verlaub zu bezweifeln.“<sup>170</sup> In den neunziger Jahren hat Engels die Rolle der Zarenmacht in Rußland als eines Bollwerks der gesamteuropäischen Reaktion und als eines zum Weltkrieg führenden Faktors der aggressiven Politik offensichtlich überschätzt. Er übersah, wie J. W. Stalin hervorhob, ein sehr wichtiges Moment, „das dann eine entscheidende Rolle gespielt hat, und zwar das Moment des *imperialistischen* Kampfes um Kolonien, um Absatzmärkte, um Rohstoffquellen, das schon damals von sehr ernster Bedeutung war“. Engels übersah ferner „die Rolle Englands als eines Faktors des kommenden Weltkriegs, das Moment der Widersprüche zwischen Deutschland und England, der Widersprüche, die schon damals von ernster Bedeutung waren und dann eine fast bestimmende Rolle in der Entstehung und Entwicklung des Weltkriegs spielten“<sup>171</sup>. Das waren die Mängel in den Ansichten Engels' über Fragen der internationalen Politik zu Beginn der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie haben diese Mängel in den Ansichten Engels' gewaltig vergrößert. August Bebel und Wilhelm Liebknecht behaupteten, daß das zaristische Rußland die Hauptgefahr, ja sogar die einzige Gefahr des Friedens bleibe. In seiner Reichtagsrede über die Hamburger Enthüllungen Bismarcks kritisierte Wilhelm Liebknecht in scharfer Form den „Rückversicherungsvertrag“ mit dem zaristischen Rußland. Er bezeichnete ihn als einen „unehrlichen Vertrag“ und ferner als einen „Verrat an den Bundesgenossen“. Während die Führer der Sozialdemokratie die Rolle des zaristischen Rußlands als eines Faktors der Reaktion und Aggression überschätzten, unterschätzten sie und ignorierten sie sogar einfach die reaktionäre und aggressive Rolle der imperialistischen Mächte. Sie ließen den tiefen imperialistischen Konflikt zwischen England und Deutschland unbeachtet, der in der weiten Ebene der „Weltpolitik“ heranreifte, und bestritten sogar die Möglichkeit dieses Konflikts. „Es herrscht zwischen uns und England“, so behauptete Liebknecht, „die vollste Har-

<sup>169</sup> Friedrich Engels, „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“; siehe Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1211.

<sup>170</sup> J. W. Stalin, „Über Engels' Artikel „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums““; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1212.

<sup>171</sup> Ebenda, S. 1211.



monie der Interessen; das bißchen Kolonialpolitik zählt nicht.“ Er behauptete immer noch, daß der Hauptfaktor des Krieges die Politik des zaristischen Rußlands im Nahen Osten bleibe, und übersah die Pläne, die in den führenden Kreisen des deutschen Imperialismus heranreiften, ebenso wie die Kriegsbrandstifterrolle der deutschen Diplomatie im Nahen Osten. Liebknecht lehnte den „Rückversicherungsvertrag“ als das Instrument der reaktionären Politik Bismarcks ab, was ihn jedoch nicht daran hinderte, ein anderes Instrument der gleichen Politik, den Dreibund, in den Himmel zu heben. Er war gegen jede Annäherung an das zaristische Rußland und bestand zugleich auf der Festigung der Beziehungen zu Österreich-Ungarn. Er sah weder die sich in Österreich-Ungarn verstärkende nationale Unterstützung der slawischen Völker noch den aggressiven Charakter der österreichisch-ungarischen Politik auf dem Balkan. Er begriff nicht den aggressiven, imperialistischen Charakter des österreichisch-deutschen Bündnisses und des Dreibunds als Ganzes. Er erblickte in diesem eine „Garantie des Friedens“, übrigens eine unzureichende Garantie. Und um diese „Garantie“ zu festigen, rief er in seiner Rede vor dem Reichstag dazu auf, ein enges Bündnis zwischen Deutschland und England zu schließen.<sup>172</sup> Auf diese Weise rief er im Grunde genommen dazu auf, einen neuen imperialistischen Block zu schaffen. Wäre man diesem Aufruf gefolgt, so hätte das zu keiner Festigung des Friedens geführt, sondern im Gegenteil die Entfesselung des Krieges beschleunigt. Die Idee des englisch-deutschen oder des englisch-österreichischen Bündnisses gegen Rußland war keine Idee der Arbeiterklasse. Sie war in gewissen imperialistischen Kreisen Englands herangereift. Diese Idee hatte aber in Deutschland unter den herrschenden Klassen noch keine Anhänger gefunden.

Die Reichstagsdebatte über die Hamburger Enthüllungen Bismarcks hatte gezeigt, daß diese Klassen und ihre Parteien in starkem Maße von englandfeindlichen Stimmungen erfaßt waren. Diese Stimmungen machten sich in der Nationalliberalen, in der Konservativen und in der Reichspartei bemerkbar, die danach strebten, die Expansion des deutschen Imperialismus sowohl in Europa als auch an der kolonialen Peripherie zu verstärken. Was die preußischen Agrarier anbetraf, so waren sie es, die als Anhänger der Bismarckschen Politik einen erbitterten Kampf gegen die Politik des „neuen Kurses“ führten und der Regierung vorwarfen, daß sie zu sehr vor England liebbedienere. Von Manteuffel, der Vertreter des preußischen Feudaladels, war zur Stelle, um sowohl Bismarck und seine Politik als auch seine Ent-

<sup>172</sup> „England“, sagte Wilhelm Liebknecht, „steht allein Rußland gegenüber, in dessen Bekämpfung es dasselbe Interesse hat wie Deutschland. Denn wenn Rußland Herr wird, dann ist das englische Weltreich vernichtet, in Europa herrscht die Knute...“ (Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3276–3280.)

hüllungen über den Vertrag mit Rußland zu verteidigen. Er erklärte offen, daß er ein Anhänger der Annäherung zwischen der russischen und der deutschen Dynastie sei, und ließ sich begeistert über die Begegnung der Monarchen in Breslau aus.<sup>173</sup> Ein anderer echter Preuße, Liebermann von Sonnenberg, behauptete gleichfalls, es sei an der Zeit, zur Bismarckschen Politik der Erhaltung des Dreibunds und der gleichzeitigen Annäherung an das zaristische Rußland überzugehen. Er erhob Vorwürfe gegen die Regierung, weil sie es nicht verstanden hatte, diese Annäherung zu erreichen, warnte aber zugleich davor, daß Deutschland im Namen der politischen Annäherung an Rußland etwa in Handels- und Wirtschaftsfragen nachgiebig werde. Die Interessen der preußischen Agrarier sollten über allem stehen!<sup>174</sup> Und in dieser Hinsicht stellte er die Politik Bismarcks als Vorbild hin, an das sich die „nationale“ deutsche Politik halten solle.

In der Verteidigung der Politik Bismarcks schlossen sich auch die politischen Vertreter der bürgerlich-imperialistischen Kreise dem Lager des Junkertums an. Der Großindustrielle Kardorff, einer der Führer der Reichspartei, hob Bismarck in den Himmel und rechtfertigte alles, was er getan hatte und tat.<sup>175</sup> Der Abgeordnete Paasche, der im Namen der national-liberalen Fraktion sprach<sup>176</sup>, bezog einen Standpunkt, der sich weder im Ton noch im Wesen von dem der alten verstockten preußischen Konservativen unterschied. Er fiel über alle Feinde Bismarcks, über die Sozialdemokraten, über die Freisinnigen und über das katholische Zentrum her, als wäre die Zeit angebrochen, da man die Politik des „Kulturkampfes“ gegen die Katholiken und die Politik der Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten zugleich durchführen könnte.

Die Lage der Regierung war recht schwierig. Als Leiter des Auswärtigen Amtes mußte Marschall im Namen der Regierung zu den Enthüllungen Bismarcks Stellung nehmen und die deutsche Politik so formulieren, daß er das wachsende Mißtrauen in Petersburg und in Wien zerstreute. Er rechtfertigte die Rußlandpolitik Bismarcks, behauptete, die Politik der Nachfolger Bismarcks hätte nicht zu einer Verschlechterung dieser Beziehungen geführt, und war auf keinen Fall je geneigt, dem Einfluß Englands nachzugeben. Diese Erklärung befriedigte die Zarenregierung.<sup>177</sup> Marschall

<sup>173</sup> Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3267.

<sup>174</sup> Ebenda, S. 3285.

<sup>175</sup> Ebenda, S. 3264 ff.

<sup>176</sup> Ebenda.

<sup>177</sup> Архив МИД, К. 20, Blatt 79, Geheimtelegramm Osten-Sakens an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 16. (4.) Oktober 1896. Auf dem Text des Telegramms, in dem Osten-Saken den Inhalt der Reichstagsrede Marschalls über die Bismarckschen Enthüllungen darlegte, schrieb Nikolaus II.: „gut“.

erklärte ferner, der von Bismarck mit Rußland abgeschlossene Vertrag widerspreche allgemein gesprochen nicht den Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn, fügte jedoch hinzu, Bismarck allein sei es bei seiner vorherrschenden Sonderstellung möglich gewesen, sich selbst den Bundesgenossen gegenüber zur Geheimhaltung zu verpflichten, und die Last einer so schweren Verantwortung sei naturgemäß über die Kräfte seiner Nachfolger hinausgegangen. In Österreich-Ungarn, wo man befürchtete, daß der russisch-deutsche Geheimvertrag noch in Kraft sei, riefen diese Worte Marshalls einen Seufzer der Erleichterung hervor.<sup>178</sup> Schließlich formulierte Marshall die Grundlinie der deutschen Politik, die, wie er glaubte, die gesamten junkerlichen und bürgerlichen Fraktionen des Reichstags befriedigen müßte: Treue den Bundesgenossen gegenüber und Freundschaft mit Rußland.<sup>179</sup>

Aber dieser Versuch, alle Parteifraktionen und politischen Gruppierungen der herrschenden Klassen zu befriedigen, schlug fehl. Die Debatte zeigte, daß der Einfluß Bismarcks im Reichstag wesentlich stärker war, als die Regierung erwartet hatte. Nach Beendigung dieser Debatte rechnete Hohenlohe ernstlich darauf, daß, falls Bismarck den Kampf fortsetzen wollte, er die Regierung stürzen und auf das im neugewählten Reichstag zu bildende Kartell gestützt, erneut an die Macht zurückkehren könnte.<sup>180</sup> Da Marshall diese Gefahr spürte, versuchte er mit den Gegnern Bismarcks anzubündeln. Damit stärkte er lediglich ihre Positionen und erzürnte den Kaiser nebst seiner ganzen Clique. Erneut zwischen zwei Feuer geraten, konnte sich Marshall nicht mehr lange an der Macht halten. Der Kaiser erklärte, er werde Marshall und, falls der Reichskanzler diesen unterstützen sollte, auch den Reichskanzler davonjagen. So brach die Regierungskrise, die von den reaktionärsten Kreisen des Bismarckschen Lagers schon seit langem vorbereitet worden war, nach außen durch. Das Kräfteverhältnis zwischen den kämpfenden Cliquen der herrschenden Klassen war so, daß keine es vermocht hat, aus dieser Krise rasch als Sieger hervorzugehen. Die Krise schleppte sich noch einige Monate hin. Sie fiel mit neuen politischen Komplikationen in Nahostfragen zusammen.

Unter dem Eindruck der Bismarckschen Enthüllungen erreichte die englandfeindliche Kampagne der deutschen Presse eine beispiellose Stärke und Schärfe.<sup>181</sup> Die Kampagne wurde ebenso systematisch und organisiert

<sup>178</sup> Архив МИД, К. 169, Blatt 248, Depesche Kapnists, Wien, 23. (11.) November 1896, Nr. 69; siehe ferner „Neue Freie Presse“ vom 16. November 1896, „Fremdenblatt“ vom 16. November 1896.

<sup>179</sup> Reichstag, 16. November 1896, Bd. V, S. 3264.

<sup>180</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 278.

<sup>181</sup> G. P., Bd. 13, Aufzeichnung Marshalls, 24. November 1896.

durchgeführt wie die deutschfeindliche Propaganda der englischen Presse. Den Grundton gab die Presse des Bismarckschen Lagers, der alldeutschen und überhaupt imperialistischen Kreise an. Die reaktionären Kräfte versuchten sie auch für den Kampf gegen die Arbeiterbewegung im Lande auszunutzen.

Ende November 1896 brach in Hamburg ein Streik der Hafenarbeiter aus. Dieser Streik lenkte die Aufmerksamkeit breiter Kreise der Arbeiterklasse in Deutschland und in anderen Ländern auf sich. Tom Mann, der Führer der englischen Arbeiterbewegung, der damals in Hamburg weilte, brachte seine Sympathien für die Streikenden zum Ausdruck. Das genügte der Bismarckschen Zeitung „Hamburger Nachrichten“, um die niederträchtige Version in Umlauf zu setzen, die streikenden deutschen Arbeiter erhielten angeblich durch Vermittlung Tom Manns Subsidien von englischen Kapitalisten. An die Adresse der englischen Werftbesitzer hagelte es Beschuldigungen, daß sie bestrebt seien, durch Organisierung von Streiks das Wirtschaftsleben in Deutschland zu untergraben und ihre deutschen Konkurrenten auf diese Weise zu schädigen. Diese reaktionären Unterstellungen fanden in den herrschenden Klassen sofort stärkste Verbreitung. Der Abgeordnete Paasche, ein Nationalliberaler, genierte sich nicht, von der Tribüne des Reichstags aus zu erklären, der Streik der Hamburger Arbeiter sei das Werk „englischer Agitatoren“, die von englischen Kapitalisten gut bezahlt würden. „Die Geschichte der letzten Zeit hat klar genug gezeigt“, so fügte er hinzu, „daß an allen Intrigen in Armenien, in der Türkei usw. das englische Kapital beteiligt war.“ Die Sozialdemokraten protestierten natürlich in scharfer Form gegen die falsche Version von der Entstehung des Hamburger Streiks, aber das ganze rechte Lager, einschließlich der Nationalliberalen, unterstützte diese Version.<sup>182</sup>

Auch die Regierung machte sich diese Version zu eigen. Wilhelm wandte sich sogar an den englischen Botschafter Lascelles und forderte, die englische Regierung solle offiziell erklären, daß die englischen Kapitalisten am Streik der deutschen Arbeiter unbeteiligt seien, andernfalls, so drohte er, würde die deutsche Presse ihre Propaganda gegen England verschärfen; Salisbury lehnte jedoch das Ansinnen des Kaisers entschlossen ab. Er berief sich darauf, daß die englischen Kapitalisten selbst Unannehmlichkeiten mit

<sup>182</sup> Reichstag, 1. und 2. Dezember 1896, Bd. V, S. 3634—3674. Der „König“ der deutschen Industrie, von Stumm, gab zu, daß er nicht glaube, an dem Hamburger Streik sei englisches Kapital beteiligt. Aber auch er machte für die Entstehung dieses Streiks „englische Emissäre“ — englische Sozialisten und die Trade-Unions — sowie natürlich auch die deutschen Sozialdemokraten verantwortlich. (Reichstag, Bd. V, S. 3690.)

den Streikenden und mit den Trade-Unions hätten.<sup>183</sup> Nun kam Wilhelm vollends in Wut. Er begab sich erneut zu Lascelles und erklärte ihm, der von Salisbury bezogene Standpunkt könne nur die in Deutschland entstandene Vorstellung festigen, daß England, das zu furchtsam sei, einen offenen Krieg gegen Deutschland zu provozieren, „mit seinem Geldsack durch Unterstützung von Revolutionen und Strikes bei uns den Krieg auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen wolle“<sup>184</sup>. Auch diesmal ging es nicht ohne eine Drohung ab. Er sagte dem englischen Botschafter aufgebracht, bei der ausgesprochen englandfeindlichen Stimmung, die in Deutschland herrsche, würde es „den schlimmsten Effekt“<sup>185</sup> machen, und bei einer weiteren Entwicklung dieser Stimmung werde er, der Kaiser, nicht in der Lage sein, „den Interessen und Wünschen des gesamten deutschen Volkes zuwiderzuhandeln“. Lascelles versprach, darüber nach London zu telegraphieren, „um eine neue Preßkampagne zwischen beiden Ländern zu vermeiden“<sup>186</sup>. Aber Wilhelm machte sich auch noch darüber Gedanken, wie man den Sieg der streikenden Hamburger Arbeiter über die Werftbesitzer verhüten könne. Zusammen mit dem Kriegsminister überlegte er, ob man in Hamburg nicht den Ausnahmezustand verhängen sollte, und ließ die Werftbesitzer wissen, falls sie sich dazu entschlossen, eine Aussperrung zu erklären, werde die Regierung sie mit billigen Arbeitskräften versorgen, die man aus den polnischen Gebieten und aus Italien einführen könne.

Die Regierung wußte von diesen Plänen des Kaisers ebenso wie von seinen Unterredungen mit dem englischen Botschafter. Im Grunde genommen sanktionierte sie seine Handlungen.<sup>187</sup> Da sie sich aber nicht die Hände binden wollte, versuchte sie sich formal abseits zu halten.<sup>188</sup> Den gleichen Standpunkt bezog die englische Regierung. Als Salisbury von den neuen Forderungen und von den neuen Drohungen Wilhelms erfuhr antwortete er, die englische Regierung sei „absolutely without the means of influencing or controlling the Press“ (absolut nicht imstande, die Presse zu beeinflussen oder zu kontrollieren)<sup>189</sup>. Gleichzeitig brachte die Londoner „Times“, zweifellos von ihm selbst inspiriert, einen Artikel, in dem sie die Bismarckschen „Enthüllungen“ über die Entstehung des Hamburger Streiks verlachte.<sup>190</sup>

<sup>183</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3400, Hohenlohe an Wilhelm II., 30. November 1896, Anlage, Salisbury an Lascelles (ohne Datum).

<sup>184</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3401, Wilhelm II. an Hohenlohe, 2. Dezember 1896.

<sup>185</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 284.

<sup>186</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3401, Wilhelm II. an Hohenlohe, 2. Dezember 1896.

<sup>187</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 284.

<sup>188</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3400, Hohenlohe an Wilhelm II., 30. November 1896.

<sup>189</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3402, Hohenlohe an Wilhelm II., 8. Dezember 1896, Anlage, Salisbury an Lascelles, 3. Dezember 1896.

<sup>190</sup> „Times“ vom 5. Dezember 1896.

Was aber die tatsächlichen Enthüllungen der Bismarckschen Zeitung über den russisch-deutschen „Rückversicherungsvertrag“ betrifft, so wurden zwar ihre unmittelbaren für die deutsche Regierung so ungünstigen Auswirkungen auf dem Gebiet der Außenpolitik formal behoben; in Wirklichkeit aber wirkten sie sich in der Verstärkung des Mißtrauens zur deutschen Diplomatie aus, das diese selbst bereits überall zu säen fertiggebracht hatte.

## KAPITEL V

Die Nahostkrise,  
die englisch-deutschen Beziehungen  
und die kolonialen Angelegenheiten im Jahre  
1897

## I

In den Wochen voller Spannung, als die herrschenden Klassen in Deutschland, ihre Regierung, ihre Parteien, ihre Presse, durch die Hamburger Enthüllungen Bismarcks in Erregung versetzt, die Frage der allgemeinen Wege der außenpolitischen Orientierung Deutschlands erörterten, war die Aufmerksamkeit der europäischen Diplomatie durch Fragen der Nahostpolitik gefesselt. Die Lage im Nahen Osten blieb gespannt. In den asiatischen Provinzen des Türkischen Reiches dauerten die von Regierungsagenten provozierten Pogrome und Unruhen immer noch an. In den europäischen Provinzen (in Mazedonien, Albanien und vor allem auf Kreta) reiften neue Ereignisse heran, verursacht durch das Wachsen des nationalen Befreiungskampfes der Balkanvölker, die das türkische Joch abzuwerfen trachteten. In Konstantinopel herrschten Erregung und ständige Unruhe. Niemand wußte, was der nächste Tag bringen würde: eine neue armenische Aktion oder ein neues Gemetzel, das das vom Sultan mit Hilfe des türkischen Mobs im August so geschickt provozierte Blutbad um ein Mehrfaches überträfe. Die Macht des Sultans war bereits so angenagt, daß man einen Staatsstreich und den Sturz Abdul Hamids erwarten konnte.<sup>1</sup> Der diplomatische Kampf und die Aktivität der an Nahostfragen interessierten Mächte verstärkten sich. Jeder war bestrebt, politische Positionen zu behaupten oder zu erwerben, um auf diesem Schauplatz die eigenen Nah- oder Fernziele sowie Interessen finanzieller, politischer oder strategischer Art zu sichern.

Die Krise verschärfte sich dadurch, daß der englische Imperialismus, der sich schon lange an Mesopotamien heranschlich, zu einem neuen Sprung

<sup>1</sup> «Красный архив», Bd. XLVII—XLVIII, S. 60, „Projekt der Inbesitznahme des Bosporus im Jahre 1896“, Notiz A. I. Nelidows vom 30. (18.) November 1896.

ansetzte. Ende Oktober tauchte ein englisches Kriegsschiff im Schatt-el-Arab auf und ging bei Basra vor Anker; im Persischen Golf wurde eine Demonstration der englischen Kriegsflotte vorbereitet. Die Meldung über diese Vorfälle beunruhigte die deutsche Regierung stark; sie erblickte darin zu Recht die Aktivierung der englischen Politik kolonialer Eroberungen. In diesem Fall tauchte eine Reihe ernster Fragen auf. Hatte sich England durch irgendein Abkommen mit Rußland und Frankreich gesichert? Wie weit und in welcher Richtung wird sich die Eroberungspolitik Englands weiter entfalten? Wird England die Ohnmacht der deutschen Kriegsflotte ausnutzen, um deutschen Kolonialbesitz in Afrika an sich zu reißen?

Die deutsche Diplomatie kam zu dem Schluß, daß man die Absichten Englands feststellen müsse und es England nicht gestatten dürfe, wie Wilhelm sich ausdrückte, „uns eine Ohrfeige zu geben und uns vor der Welt zu diskreditieren“. Der deutsche Kaiser, der wie stets unter dem Einfluß der ersten Impulse handelte, hatte bereits Anweisung gegeben, unverzüglich Besprechungen mit Rußland und Frankreich aufzunehmen, um England gemeinsam entgegenzutreten und sich den Kolonialbesitz gegenseitig zu garantieren. In seinem wirren Kopf schwärmten bereits neue Varianten alter Pläne der „Kontinentalliga“. Gleichzeitig gab er Befehl, die Pläne des Flottenbaus beschleunigt voranzubringen.<sup>2</sup> Im Auswärtigen Amt beurteilte man die englische Aktivität in Vorderasien ruhiger. Marschall von Bieherstein, der unter dem Einfluß Holsteins stand, war überzeugt, daß es keinerlei Abkommen zwischen England einerseits, Rußland und Frankreich andererseits gäbe noch geben könnte. Hieraus folgte naturgemäß, daß die englische Expansion im Persischen Golf Rußland viel mehr als Deutschland beunruhigen mußte. Marschall versuchte seinen Kaiser davon zu überzeugen, daß unter diesen Umständen Versuche zur Annäherung an das französisch-russische Bündnis die deutsche Diplomatie in eine ungünstige und lächerliche Lage bringen und außerdem zur Schwächung des Dreibunds führen würden.<sup>3</sup> Hatzfeldt, dem Holstein bereits einen politischen Kassiber geschickt hatte, beeilte sich, in noch entschlossenerem Sinne zu reagieren. „Darüber kann jedenfalls kein Zweifel bestehen“, so schrieb er an

<sup>2</sup> „Unser Handel“, schrieb Wilhelm, „macht dem englischen auf Tod und Leben Konkurrenz, und unsere Presse rühmt sich dessen laut alle Tage, aber die große Handelsflotte, welche unter unserer Flagge alle Meere der Welt durchfurcht, ist völlig schutzlos den 130 englischen Kreuzern preisgegeben, denen wir mit Stolz 4 entgensetzen können.“ (G. P., Bd. 13, Nr. 3396, Wilhelm II. an Hohenlohe, 25. Oktober 1896.) Im Dezember 1896 warfen die Nationalliberalen, die Partei der imperialistischen Bourgeoisie, bei der Erörterung des Budgets im Reichstag die Frage der Notwendigkeit einer Erhöhung der Flottenbewilligungen wieder auf.

<sup>3</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3397, Marschall an Wilhelm II., Oktober 1896.



Holstein, „daß wir politisch nicht das mindeste Interesse haben, einem Konflikt der Russen und Engländer am Persischen Meerbusen vorzubeugen... Je mehr sich die Differenzen der beiden dort und anderswo zuspitzen, desto weniger können sie, *namentlich England*, daran denken, uns anzugreifen. Wenn man also in London wirklich daran dächte, über unsere Kolonien herzufallen, so müßte uns ein russisch-englischer Konflikt in Asien doppelt erwünscht sein, und es wäre sehr töricht, ihm vorbeugen zu wollen.“<sup>4</sup>

Hatzfeldt war der Meinung, daß England vorläufig an die Eroberung der deutschen Kolonien nicht einmal denke, weil das für England politisch ungünstig wäre. Durch diese Eroberung würde es Deutschland eigenhändig ins Lager Rußlands treiben und auf diese Weise die Hoffnung verlieren, Deutschland und den ganzen Dreibund gegen seine Erzfeinde, Rußland und Frankreich, ausnutzen zu können. Hatzfeldt empfahl, diese Hoffnung, die in den führenden Kreisen des englischen Imperialismus gehegt wurde, zu nähren und sie im deutschen Interesse auszunutzen. Zugleich warnte er davor, eine offene und enge Annäherung an Rußland zu suchen, weil für England, wenn es sich von der Vergeblichkeit seiner Hoffnung überzeugt hätte, alle Gründe entfallen würden, die es vom Überfall auf die deutschen Kolonien zurückhielten. Der Kurs der deutschen Diplomatie müsse folgender sein: Ausnutzung der Nahostfrage, um den Konflikt zwischen Rußland und England zu schüren. So gab Hatzfeldt die „Ideen“ Holsteins, dessen Kreatur er war, wieder.

Nach den Enthüllungen Bismarcks aber und bei dem Einfluß, den sie in Deutschland und im Ausland hatten, war es nicht leicht, diese „Ideen“ in die Praxis umzusetzen. Die vom Bismarckschen Lager der preußischen Junker herbeigeführte Krise hatte die Wachsamkeit der deutschen Diplomatie, die schon früher durch die Angst der herrschenden Klassen Deutschlands um das Schicksal ihrer Kolonien in Afrika hervorgerufen worden war, noch gesteigert. Besonders beunruhigt waren die Hamburger Kaufleute und jene Kreise der deutschen Bourgeoisie, die trotz allem den Kampf um die Märkte in Südafrika fortsetzten. Diese Kreise hätten es gern gesehen, wenn die deutsche Regierung und die deutsche Presse England nicht angerempelt, sondern England gegenüber einen gemäßigteren Ton angeschlagen und sogar Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit England gesucht hätten.<sup>5</sup> Was die Nahostfrage anbelangt, so hatte die deutsche Regierung keinesfalls die Absicht, sich fernzuhalten, und verfolgte aufmerksam alles, was unter ihren Hauptpartnern vor sich ging. Aber ihr Informationsdienst arbeitete zu dieser Zeit außerordentlich schlecht.

Mitte Oktober teilte der deutsche Geschäftsträger in London, Prinz von

<sup>4</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3398, Hatzfeldt an Holstein, 28. Oktober 1896.

<sup>5</sup> Siehe „Bericht der Handelskammer zu Hamburg“, 1896, S. 9.

Hohenlohe-Öhringen<sup>6</sup>, nach Berlin mit, daß es seinen Informationen nach Salisbury bei der Visite des Zaren in Balmoral gelungen sei, mit Rußland ein Abkommen über die Türkei abzuschließen.<sup>7</sup> In diesem Fall war der deutsche Diplomat durch die englische Presse irreführt worden, die anläßlich der Ankunft Nikolaus' II. bestrebt war, die von Salisbury benötigte „Atmosphäre“ zu schaffen. Einige englische Zeitungen behaupteten damals sogar, daß es zwischen England und Rußland im Grunde genommen keinerlei Gegensätze in der orientalischen Frage gäbe. Erst einige Wochen später, Anfang Dezember<sup>8</sup>, erfuhr die deutsche Diplomatie, was sich hinter dieser „Atmosphäre“, wie sie von der englischen Presse geschaffen wurde, verbarg. Salisbury hatte dem Zaren vorgeschlagen, ein Abkommen über die türkische Frage abzuschließen, war jedoch auf Ablehnung gestoßen.<sup>9</sup> Praktisch änderte das nichts an der Richtung der deutschen Politik. In Berlin war man im voraus davon überzeugt, daß ein englisch-russisches Abkommen unmöglich sei, und baute darauf seine Berechnungen. Darüber hinaus wurden kurz nach der Balmoral-Begegnung einige Tatsachen bekannt, die bestätigten, daß, wenn die englische Diplomatie auch Versuche gemacht hatte, zu einer Annäherung an Rußland zu gelangen, sie dabei einen Mißerfolg erlitten hat.

Es handelte sich darum, daß der italienische Außenminister, Visconti-Venosta, bereits einige Tage nach der Abreise Nikolaus' II. aus England den beiden Bundesgenossen (Deutschland und Österreich-Ungarn) vorschlug, Wege zur Lösung der armenischen Frage mit Hilfe der Einführung von „Spezialreformen“ in der Türkei gemeinsam zu erörtern.<sup>10</sup> Offenbar tauchte

<sup>6</sup> Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, war damals gerade auf Urlaub.

<sup>7</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3064, Hohenlohe-Öhringen an Hohenlohe, 15. Oktober 1896.

<sup>8</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3078, Hatzfeldt an Hohenlohe, 9. Dezember 1896.

<sup>9</sup> Über die Besprechungen in Balmoral teilte der russische Botschafter in London, Staal, indirekt mit: „Er“ (Salisbury. A. J.) „zieht feste Entschlüsse vor. Er glaubt aus den Worten Seiner Majestät des Kaisers schließen zu dürfen, daß die Interessen Rußlands auf die Frage der Meerengen konzentriert sind. Zweifellos wird die Lösung dieser Frage im Sinne der Forderungen Rußlands auf scharfe Opposition Europas stoßen. Aber diese Opposition wird nicht von seiten Englands kommen. Dieses wird im Gegenteil keine Verletzung seiner Interessen darin erblicken und ist bereit, mit uns ein Übereinkommen zu treffen.“ (Архив МИД, Notice secreta, London, 3. Oktober [21. September] 1896; siehe В. М. Хвостов, «Ближневосточный кризис 1895—1897 гг.»; «Историк-марксист», Bd. XIII, S. 36.) Die Einstellung der russischen Regierung zur Frage eines Abkommens mit England hatte sich bereits vor dem Eintreffen Nikolaus' II. in Balmoral herauskristallisiert. „Ich bin gegen ein Abkommen mit England“, schrieb Nikolaus II. „Das wäre in Wirklichkeit der erste Schritt zu einer allmählichen Aufteilung der Türkei.“

<sup>10</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3065, Anlage, Marquis Visconti-Venosta an Graf Lanza, 9. Oktober 1896.

in Berlin der Verdacht auf, daß die italienische Diplomatie auf Anstiftung der Engländer handle. Marschall antwortete, die vorgeschlagene Lösung der armenischen Frage (durch Gewährung der Autonomie an die armenische Bevölkerung oder auf eine andere Weise) könne nur zum Zusammenbruch des Türkischen Reiches führen und werde auf Gegenwirkung Rußlands stoßen. Auf diese Weise gab er zu verstehen, daß die deutsche Regierung die Lösung dieser Frage ohne Rußland und zum Schaden der Interessen des Sultans nicht in Angriff nehmen wolle, Verhandlungen jedoch nicht ablehne, allerdings nicht zu dritt (mit Österreich-Ungarn und Italien), sondern zu sechs: unter Heranziehung auch Rußlands, Frankreichs und Englands. Er machte dabei zur Bedingung, daß die geplanten „Reformen“ nicht nur die armenische Bevölkerung betreffen sollen, und vor allem, daß sich die Großmächte, wenn sie dem Sultan diese Reformen vorschlagen, lediglich auf „*moralische* Mittel der Einwirkung“<sup>11</sup> beschränken. Wenn Marschalls Verzicht auf separate Erörterung der armenischen Frage Rußland zuliebe erfolgte, so wurde die Bereitschaft, dem Sechsmächte„konzert“ beizutreten, England zuliebe gezeigt. Die deutsche Diplomatie manövrierte weiter.

Nun wandte sich Salisbury am 20. Oktober an die „Groß“mächte mit einer Note, in der er die Botschafter der sechs Großmächte in Konstantinopel zu bevollmächtigen vorschlug, Reformen auszuarbeiten, die die Lage innerhalb der Grenzen des Türkischen Reiches regeln könnten. Salisbury schlug vor, daß sich die Botschafterkonferenz auch mit der Festlegung der Methoden befasse, die notwendig sein würden, um auf den Sultan Druck auszuüben und ihn so zu zwingen, die vorgesehenen Reformen zu verwirklichen. Die Vorschläge der englischen Regierung verfolgten ein bestimmtes Ziel. Die englische Diplomatie war bestrebt, die Initiative an sich zu reißen und mit Hilfe der von ihr vorgeschlagenen „Reformen“ die Selbstherrschaft des Sultans, auf die sich damals der vorherrschende Einfluß des zaristischen Rußlands in Konstantinopel stützte, zu untergraben. Auf diese Weise konnte man, wenn man einen Druck auf den Sultan ausübte, unter gewissen Umständen eine Lage schaffen, die es möglich machen würde, den vorherrschenden Einfluß des zaristischen Rußlands in der türkischen Hauptstadt durch Verstärkung des englischen Einflusses zu verdrängen. In Gesprächen mit Hatzfeldt deutete Salisbury mehr als einmal an, er hätte nichts dagegen, wenn in der Türkei ein Sultanwechsel vor sich gehen würde.<sup>12</sup> Schließlich vermutete die englische Diplomatie, daß, wenn sich aus der Tätigkeit der Botschafterkonferenz eine diplomatische und erst

<sup>11</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3065, Marschall an Pückler, 15. Oktober 1896.

<sup>12</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3078, Hatzfeldt an Hohenlohe, 9. Dezember 1896; Nr. 3079, Hatzfeldt an Hohenlohe, 10. Dezember 1896.

recht eine militärische Intervention ergäbe, dies die innere politische Krise in der Türkei lediglich verstärken und dadurch die Aufteilung der Türkei erleichtern würde. Dann würde der englische Imperialismus seine Pläne verwirklichen können: Ägypten endgültig unter seine Herrschaft bringen, dazu noch Mesopotamien an sich reißen und, wenn es notwendig wäre, Rußland als Kompensation die Herrschaft über den Bosphorus überlassen.<sup>13</sup>

Nachdem die Besprechungen über die Aufteilung des Türkischen Reiches in Balmoral einen Mißerfolg erlitten hatten, hielt es die englische Diplomatie für vernünftiger, die wahren Ziele ihres „Reformen“-vorschlages durch das Prinzip der Aufrechterhaltung der Integrität des Türkischen Reiches zu tarnen. Selbst Schischkin durchschaute das englische Spiel. Nachdem er den englischen Vorschlag erhalten hatte, bemerkte er zum englischen Geschäftsträger Goschen, daß England durch die Besetzung von Zypern und Ägypten dieses Prinzip bereits einseitig verletzt habe.<sup>14</sup>

Die erste Reaktion der Mächte auf den englischen Vorschlag offenbarte eine völlige Disharmonie im europäischen „Konzert“. Italien war auch in diesem Fall bereit, England bedingungslos zu folgen<sup>15</sup>, Österreich-Ungarn ebenfalls, wobei es jedoch der Meinung war, daß man solche Fragen administrativ-politischer und finanzieller Reformen in den Vordergrund rücken sollte, die eine Möglichkeit böten, den diplomatischen Einfluß Rußlands und den finanziell-wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs in der Türkei zu schwächen.<sup>16</sup> Frankreich war umgekehrt in erster Linie daran interessiert, seine gewaltigen finanziellen Interessen zu sichern, und hatte nicht die geringste Absicht, auch nur einen Teil seines Einflusses zugunsten Englands oder irgendeiner imperialistischen Macht abzutreten. Deutschland wartete ab. Es war gegen den englischen Plan. Hätte die Botschafterkonferenz ein „Konzert“ der Mächte zustande gebracht, so wäre die Ausnutzung der Nahostfrage zur Schürung des Konflikts zwischen England und Rußland äußerst erschwert worden. Diese Berechnungen in der deutschen Diplomatie brachte Wilhelm in ganz klarer Form zum Ausdruck: „Eine Konferenz über die Orientfrage *vor* einem Kriege ist ein Unsinn, auf den ich mich nicht einlassen werde!“<sup>17</sup> Anders wäre es gewesen, wenn in der orientalischen Frage ein Krieg ohne Beteiligung Deutschlands ausgebrochen und nach Beendigung des Krieges eine Konferenz einberufen worden wäre – dann hätte Deutschland unbedingt an dieser Konferenz teilgenommen.

<sup>13</sup> В. Хвостов, «Проект захвата Босфора в 1896 г.»; «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, S. 53.

<sup>14</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3069, Radolin an das Auswärtige Amt, 29. Oktober 1896.

<sup>15</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3070, Bülow an das Auswärtige Amt, 2. November 1896.

<sup>16</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3067, Lichnowsky an Hohenlohe, 24. Oktober 1896.

<sup>17</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3070, Bülow an das Auswärtige Amt, 2. November 1896 (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).

Aber in Erwartung so großartiger Aussichten zog die deutsche Regierung es vor, daß Rußland den englischen Plan einer Botschafterkonferenz scheitern ließe. Sie beeilte sich, nach Petersburg mitzuteilen, daß sie in dieser Frage die gleiche Position wie Rußland beziehen möchte. „Vortrefflich“<sup>18</sup>, freute sich Nikolaus.

Die zaristische Regierung, die in Konstantinopel das politische Übergewicht hatte, hielt es für ungünstig, einem „Konzert“ der sechs Großmächte beizutreten. Wie der russische Botschafter in Konstantinopel, Nelidow, bemerkte, würde das heißen haben, sich an Stelle des vorherrschenden Einflusses mit einem Sechstel zu begnügen. Die russische Regierung zögerte die Antwort hinaus und gab sie schließlich in einer recht ausweichenden Form. Sie erklärte sich bereit, auf der Botschafterkonferenz Reformentwürfe mit zu erörtern, lehnte es aber ab, sich an der Erörterung von „Zwangsmaßnahmen“ gegen den Sultan zu beteiligen. Das war im Grunde eine Ablehnung in getarnter Form.<sup>19</sup> Nachdem Salisbury eine solche Antwort erhalten hatte, war er bereit, die ganze Verantwortung für das Scheitern seines Planes ausschließlich Rußland zuzuschieben<sup>20</sup>, und die deutsche Diplomatie war mit einem solchen Verlauf der Dinge sehr zufrieden. Marschall versicherte auch weiterhin der Zarenregierung, daß Deutschland, das keine unmittelbaren Interessen im Osten habe, in Konstantinopel keine Vorherrschaft suche und nicht von Rußland isoliert handeln möchte.<sup>21</sup> Zugleich benutzte Hatzfeldt, der aus dem Urlaub nach London zurückgekehrt war, die erste Begegnung mit Salisbury, das Gespräch erneut auf die Geheimabsichten der russischen Politik an den Meerengen zu bringen. Salisbury sprach über dieses Thema so verschwommen, so unbestimmt und undeutlich, daß Hatzfeldt bereits geneigt war, die Schlußfolgerung zu ziehen, der englische Premierminister wisse überhaupt nicht, was er wolle. In Wirklichkeit war er einfach nicht gewillt, seine Karten vor den Deutschen aufzudecken. Hatzfeldt war jedoch entschlossen, das Thema von der „russischen Gefahr“ an den Meerengen beharrlich fortzusetzen. Nun antwortete ihm Salisbury, daß vor allem *Österreich* ein solches Verhalten nicht zulassen werde. Der deutsche Botschafter versuchte den Schlag zu parieren. „Glauben Sie denn wirklich“, fragte er Salisbury, „daß Österreich in der Lage ist und die Absicht hat, sich einem solchen russischen Vorgehen *allein* zu widersetzen und die damit verbundene Gefahr auf seine Schultern zu

<sup>18</sup> Архив МИД, К. 20, Blatt 86, Geheimtelegramm Osten-Sakens an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 21. (9.) November 1896.

<sup>19</sup> В. Хвостов, «Проект захвата Босфора в 1896 г.»; «Красный архив», Bd. XLVII—XLVIII, S. 53.

<sup>20</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3072, Radolin an das Auswärtige Amt, 20. November 1896.

<sup>21</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 418, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 27. (15.) November 1896, Nr. 57.

nehmen?“ Salisbury antwortete darauf ganz unzweideutig: „Deutschland steht ja hinter Österreich, und das letztere würde daher nicht allein sein.“ Nun biß sich Hatzfeldt sofort auf die Zunge. Salisbury aber fügte noch hinzu, daß er die Pläne der deutschen Diplomatie durchschaue: sie sei bestrebt, den Dreikaiserbund wiederherzustellen.<sup>22</sup>

Salisbury war nahe an der Wahrheit. Als Folge der heftigen Attacken aus dem Lager der Bismarckschen Opposition zeigte sich in der deutschen Politik deutlich die Neigung zur Annäherung an das zaristische Rußland und zugleich das Bestreben, die Schärfe seiner Gegensätze zu Österreich-Ungarn zu mildern. Die deutsche Diplomatie konnte jedoch diesen Weg nur dann einschlagen, wenn sie sich endgültig überzeugt hatte, daß keinerlei Hoffnungen auf eine rasche Entstehung des englisch-russischen Konflikts bestanden. Erst kürzlich, als Salisbury sich das erste Mal an die Spitze des englischen Kabinetts stellte, hatte er vor Hatzfeldt geprahlt, wenn die Umstände es erforderten, brauche er nur auf einen Knopf zu drücken, und die englische Flotte würde sofort aus dem Mittelmeer in die Dardanellen einlaufen. Jetzt, da die englische Flotte immer noch in der Nähe der Dardanellen kreuzte, konnte Hatzfeldt nach eigenem Eingeständnis der Versuchung nicht widerstehen, ihn an diese Worte zu erinnern. Salisbury konnte lediglich antworten, daß die Umstände jetzt andere seien.<sup>23</sup>

Während die deutsche Diplomatie sich mit diplomatischen Sticheleien gegen England befaßte und trotz mehrfacher Aufforderungen keine Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Botschafterkonferenz an England gab, änderte die Zarenregierung plötzlich ihren Standpunkt und erklärte, sie sei im allgemeinen bereit, den englischen Vorschlag als Ganzes anzunehmen. Die französische Regierung folgte sehr unwillig ihrem russischen Bundesgenossen. Nun blieb auch der deutschen Regierung nichts anderes übrig, als Rußland zu folgen und sich bereit zu erklären, „vor dem Kriege“ an einer Konferenz über die orientalische Frage teilzunehmen. Sie wußte damals noch nicht, welches die wahren Motive waren, die den Standpunkt der Zarenregierung so unerwartet geändert hatten. Mit der Klärung des Charakters des französisch-russischen Bündnisses, soweit er sich auf die militärisch-politische Lage Deutschlands in Europa bezog, beschäftigt, hatte die deutsche Diplomatie keinerlei Informationen über jene Seite der französisch-russischen Beziehungen erhalten, die die orientalische Frage betrafen. Zwar war Holstein, wie wir gesehen haben, überzeugt, daß sich die orientalische Frage früher oder später als der Keil erweisen würde, der die Bündnisbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland schwächte oder gänzlich sprengte, aber diese Überzeugung stellte lediglich eins der Ele-

<sup>22</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2929, Hatzfeldt an Hohenlohe, 10. Dezember 1896.

<sup>23</sup> Ebenda.

mente seines allgemeinen politischen Schemas für das Spiel der Großmächte auf dem Schachbrett der europäischen Diplomatie dar. Weder er noch irgend jemand anders hatten offenbar geahnt, was hinter den Kulissen des pompösen Empfangs vor sich ging, der Nikolaus II. in Paris zuteil wurde. Indessen hatte der französische Außenminister, Hanotaux, gerade damals den willensschwachen Nikolaus II. und den schwerfälligen Schischkin geschickt bearbeitet und sich ihres Einverständnisses versichert, in der orientalischen Politik Hand in Hand mit dem französischen Bundesgenossen zu gehen. Im Grunde bedeutete das die Unterordnung der Politik Rußlands unter die Interessen des französischen Bankkapitals in der Türkei.<sup>24</sup>

Während die Interessen der Zarenregierung darin bestanden, die Versuche ausländischer Mächte abzuwehren, ihre Vorherrschaft in Konstantinopel aufzurichten und das Türkische Reich in der Frage seiner Integrität so lange zu unterstützen, bis Rußland imstande sein würde, eine aktive Politik in der Meerengenfrage einzuleiten, strebte die französische Regierung danach, unter dem Vorwand der Aufrichtung einer internationalen Finanzkontrolle über die Türkei die eigene Rolle zu stärken. Sie hatte die Absicht, das durch den Verwaltungsrat der ottomanischen Schuld zu erreichen, in dem der französische Einfluß vorherrschte. Nun hatte sich Hanotaux der mächtigen Unterstützung Rußlands versichert. Als Ergebnis der Besprechungen wurde beschlossen, dem russischen und dem französischen Botschafter in Konstantinopel Instruktionen zu schicken, die faktisch bedeuteten, daß die Zarenregierung beschlossen hatte, ihren früheren politischen Kurs zu streichen. Seit 1881 hatte sie sich geweigert, einen Vertreter in den Verwaltungsrat der ottomanischen Schuld zu entsenden. Nun erklärte sie sich bereit, einen Delegierten zu stellen. Früher hatte sie sich stets der Erweiterung des Kompetenzbereichs des Rates widersetzt, da sie in einer solchen Erweiterung mit Recht eine Methode erblickte, um den Einfluß der westeuropäischen Großmächte in der Türkei zu stärken. Nunmehr erklärte sie sich bereit, sich einer Erweiterung nicht mehr zu widersetzen. Noch vor kurzem war sie der Eroberungspolitik Englands in Ägypten und im Sudan entschlossen entgegengetreten. Jetzt zwang ihr Hanotaux in getarnter Form eine versöhnlichere Linie auf, offenbar in der Hoffnung, daß Frankreich dafür von England irgendwelche Kompensationen in Kolonialangelegenheiten erhalten werde.

Aber die politische Linie, der Nikolaus und Schischkin in Paris so leicht zugestimmt hatten, fand in Rußland natürlich keine Unterstützung. Mehr noch, eine Reihe einflußreicher russischer Diplomaten widersprach kategorisch einer solchen Linie, und schließlich mußte der Zar zugeben, daß er

<sup>24</sup> В. М. Хвостов, «Проблема захвата Босфора в 90-х годах XIX века»; «Историк-марксист», 1930, Bd. XX, S. 119 ff.

einen „großen Fehler“ gemacht hätte.<sup>25</sup> Es blieb lediglich die Aufgabe, einen Vorwand zu suchen, um nach Paris die Abkehr von den dort gemeinsam mit Hanotaux vor kurzem bestätigten Instruktionen in der orientalischen Frage mitzuteilen. „Nach längeren Hin- und Herverhandlungen zwischen Paris und St. Petersburg“, so telegrafierte der deutsche Botschafter Radolin nach Berlin, „scheint ein Ausweg gefunden, der Frankreich wenigstens momentan allenfalls annehmbar sein könnte. Herr von Nelidow sagte mir vertraulich: Russische Beteiligung an türkischer Schuldenkommission bleibt absolut ausgeschlossen.“<sup>26</sup> Weder Radolin noch irgend-ein anderer unter den deutschen Diplomaten wußte damals, was sich hinter dieser Ablehnung der Vorschläge Frankreichs durch Rußland verbarg. Ebenso wenig wußte damals irgend jemand, was sich hinter der plötzlichen Bereitschaft Rußlands verbarg, den Vorschlag Englands anzunehmen. Die deutsche Diplomatie wiederholte in Petersburg weiterhin, daß sie in der orientalischen Frage mit Rußland zusammengehen möchte.

Indessen zeichneten sich in der Politik der Zarenregierung im Laufe dieser wenigen Wochen gewisse neue Tendenzen ab. Die Zarenregierung, die sich geweigert hatte, den von französischen Bankiers diktierten Anweisungen zu folgen, beschloß, den Weg der selbständigeren Politik an den Meerengen zu beschreiten. Nelidow, der russische Botschafter in Konstantinopel, hatte ein Projekt für die Besetzung des Bosphorus durch russische Flottenkräfte ausgearbeitet. Sein Entwurf wurde von der Zarenregierung erörtert.<sup>27</sup> Die Bereitschaft, „Zwangsmaßnahmen“ gegen die Sultanregierung zu erörtern, sollte eben als diplomatische Ouvertüre zur Verwirklichung dieses Projekts dienen. Vor seiner Rückkehr nach Konstantinopel traf sich Nelidow in Petersburg mit dem englischen Botschafter. Ohne ihn in seine Pläne einzuweißen, sagte er ihm dennoch im Grunde genommen, daß er Instruktionen mitnehme, den Sultan zu warnen, daß in dem Falle, wo dieser die Ratschläge der Botschafterkonferenz nicht berücksichtige, gegen ihn Zwangsmaßnahmen „angewandt werden“ (er verschwieg dabei, von wem). Radolin war sehr verärgert, als er von diesen

<sup>25</sup> Ebenda, S. 124.

<sup>26</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3075, Radolin an das Auswärtige Amt, 4. Dezember 1896.

<sup>27</sup> Über das Projekt Nelidows, den Bosphorus im Jahre 1896 zu besetzen, gibt es eine umfangreiche Literatur. (Siehe E. J. Dillon, „The Eclipse of Russia“, London 1918, S. 231–244; C. Витте, „Воспоминания“, 1924, Bd. I, S. 80–90; Rosen, „Forty Years of Diplomacy“, Bd. 1, London 1922, S. 128; Georges Michon, „L'Alliance Franco-russe 1891–1917“, Paris 1927, S. 76; „Красный архив“, Bd. I, „Projekt der Inbesitznahme des Bosphorus im Jahre 1897“; „Красный архив“, Bd. XLVII–XLVIII, „Projekt der Inbesitznahme des Bosphorus im Jahre 1896“; В. М. Хвостов, „Проблема захвата Босфора в 90-х годах XIX века“; „Историк-марксист“, Bd. XX; William L. Langer, „The Diplomacy of Imperialism“, Bd. I, S. 336–349.



Instruktionen nicht durch Nelidow, sondern durch den englischen Botschafter erfuhrt<sup>28</sup>, aber dennoch erriet er nicht die von der Zarenregierung in der Meerengenfrage gefaßten Beschlüsse. Deshalb hatte man auch in Berlin vorläufig noch keinen Verdacht. Da Hatzfeldt in einer so wichtigen Frage keine Informationen besaß, konnte er sich in London mit der Suche nach verschiedenen Nuancen in der Einstellung Englands und Rußlands zu den Aufgaben der in Konstantinopel geplanten Botschafterkonferenz über Fragen der Reformen in der Türkei befassen.<sup>29</sup>

Salisbury wußte bereits einiges über die russischen Projekte und versuchte in Gesprächen mit Hatzfeldt festzustellen, ob man in Berlin von diesen russischen Projekten wußte. In Berlin wußte man jedoch noch immer nichts von den Projekten Nelidows, und Salisbury konnte deshalb den deutschen Botschafter offen verhöhnen, um so mehr, als dieser es nicht einmal ahnte. Am 21. Dezember brachte er das Gespräch mit Hatzfeldt auf die Eröffnung der Botschafterkonferenz und bemerkte nicht ohne Selbstzufriedenheit, daß er seitens Rußlands keine besonderen Schwierigkeiten erwarte, daß Österreich-Ungarn und Italien mit England zusammengehen würden und daß selbst Frankreich sich der Politik des europäischen „Konzerts“ wohl kaum heftig widersetzen würde. Deutschland erwähnte er nicht und gab damit zu verstehen, welche geringe Rolle er ihm in Sachen der orientalischen Politik einräumte. Nun gab Hatzfeldt zu verstehen, er glaube nicht sehr daran, daß die Konstantinopler Botschafterkonferenz, ein Werk der englischen Diplomatie, imstande sein werde, die ihr gestellte Aufgabe zu lösen. Dabei bemerkte er scherzhaft, er könnte wohl eine kleine Vergnügungsreise unternehmen, bis die Konferenz zu irgendwelchen praktischen Ergebnissen komme. Darauf antwortete Salisbury, seiner Meinung nach „könne man sogar eine Weltreise unternehmen“. Gleich darauf fragte er Hatzfeldt, ob er nicht glaube, daß Nelidow einen fertigen Aktionsplan, insbesondere ein Projekt für die Aufteilung der Türkei, nach Konstantinopel mitgebracht habe. Hatzfeldt gab zu, nichts davon gehört zu haben, begriff den ganzen politischen Ernst des aufgeworfenen Themas nicht und entschloß sich sogar, den englischen Premierminister aufzuziehen. Er fragte, ob Salisbury sich etwa deshalb für den Plan Nelidows interessiere, um „sich zu überzeugen, ob in Petersburg seine Wünsche hinsichtlich des Euphrats berücksichtigt worden seien“. Salisbury blickte Hatzfeldt durchdringend an, nickte bejahend, sagte aber nichts. Nun versuchte Hatzfeldt festzustellen, wie Salisbury die Entwicklung der Ereignisse im Osten im allgemeinen beurteile. Salisbury antwortete, er sehe nur zwei Varianten dieser Entwicklung: Entweder gelinge es, den Plan zu erfüllen, dann werde

<sup>28</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3083, Radolin an Hohenlohe, 12. Dezember 1896.

<sup>29</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3084, Hatzfeldt an Hohenlohe, 18. Dezember 1896.

die Türkei, nachdem sie die Reformen unter der Kontrolle der europäischen Großmächte durchgeführt habe, bestehen bleiben, während es mit dem vorherrschenden Einfluß Rußlands in der Türkei vorbei sei, oder aber dieser Plan komme nicht zustande, dann werde ein Zusammenbruch der Türkei und ihre Aufteilung zwischen den interessierten Großmächten eintreten. Ohne dem ersten Teil der Alternative Bedeutung beizumessen, interessierte sich Hatzfeldt nur für den zweiten. Er bemerkte zu Salisbury, im Falle eines Zusammenstoßes zwischen den interessierten Großmächten würde sich England dennoch bemühen, abseits zu bleiben und seine Schiffe nicht einzusetzen. Als Antwort darauf lachte der englische Premierminister zynisch: „Que voulez-vous? nous sommes si pacifiques.“ (Was wollen Sie? wir sind doch so friedliebend.)<sup>30</sup>

Der politische Inhalt dieses Gesprächs war ernster als sein allgemeiner Ton und die ungezwungene Form. Hatzfeldt, der die diplomatischen Manieren Salisburys gut studiert hatte, kam zu der Schlußfolgerung, daß die englische Regierung bestrebt sei, eine Abmachung mit dem zaristischen Rußland über die Aufteilung der Türkei abzuschließen, und daß es ihr einer solchen Abmachung wegen nicht darauf ankommen würde, Österreich-Ungarn und Italien, auf deren Politik sie sich in den Nahostfragen auch weiterhin stützte, völlig zu ignorieren. Diese Schlußfolgerungen konnten beunruhigend wirken, waren aber noch keine Entdeckung.

Hätte die deutsche Diplomatie die in Petersburg in der Meerengenfrage festgelegte Politik, das, was Salisbury vermutete oder zum Teil wußte, bereits gekannt, dann hätte sie ganz anders reagieren müssen. Sie wäre wahrscheinlich aktiver geworden, hätte versucht, sich wie ein Keil zwischen England und Rußland zu schieben und sich real irgendwelcher Kompensationen zu versichern. Sie hätte versucht, auch den Standpunkt Österreich-Ungarns im voraus zu bestimmen. Da sie jedoch nichts wußte und nichts vermutete, setzte sie inzwischen ihre Politik des unterstrichenen „Désintéressement“ in den Nahostangelegenheiten fort. Damit verärgerte sie sehr den österreichischen Bundesgenossen. „Wir stehen“, so sagte Graf Goluchowski, „vor allerhand Überraschungen, die möglicherweise sehr ernst werden. Wir Österreicher sind natürlich zunächst engagiert. Deutschlands désintéressement aber verstehe ich wirklich nicht! Deutschland ist *rettungslos* mit verwickelt, wenn der Tanz dort unten“ (auf dem Balkan. A. J.) „beginnen sollte.“ Goluchowski sah, daß sich die deutsche Regierung einer Annäherung an Rußland zuneigte, und widersetzte sich dem immer noch. Er empörte sich über die Politik des „Désintéressement“ Deutschlands in orientalischen Fragen, da er in dieser Politik die Abkehr Deutschlands vom Dreibund in Richtung Rußland erblickte. Eulenburg versuchte ihn zu

<sup>30</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3086, Hatzfeldt an Hohenlohe, 22. Dezember 1896.

beruhigen. Er versicherte ihm, daß Deutschland im Falle eines europäischen Krieges an der Seite seiner Bundesgenossen sein werde, aber solange es keinen Krieg gebe, müsse Deutschland den von ihm vorgesehenen Kurs verfolgen: „Streit *schlicht*en“, so sagte er, „sei auch eine Seite der Bundes-treue – und *mitschlagen* nicht allein der Zweck von Bündnissen.“<sup>31</sup>

Erst Ende Dezember, das heißt mit einer Verspätung von ganzen drei Wochen, erfuhr die deutsche Diplomatie, daß Nelidow in einer Sonderberatung russischer Minister vorgeschlagen hatte, sich die Nahostkrise zunutze zu machen und Konstantinopel zu besetzen. Radolin hörte davon durch den italienischen Botschafter in Petersburg, Marquis Maffei<sup>32</sup>, und aus irgendeiner „russischen Quelle“. Aber das, was er von dieser Beratung erfuhr, entsprach bei weitem nicht der tatsächlichen Sachlage. Er teilte nach Berlin mit, daß Nelidow vorgeschlagen habe, Konstantinopel und die asiatische Küste des Schwarzen Meeres rasch zu besetzen, aber auf entschlossenen Widerstand des Finanzministers Witte und anderer hoher Würdenträger, darunter angeblich auch Pobedonoszew, gestoßen sei. Er teilte ferner mit, daß man in der Beratung das Projekt Nelidows geprüft und sofort abgelehnt habe<sup>33</sup>, da man befürchtete, daß Rußland in einen Krieg hineingerissen werden würde. In Wirklichkeit war die Sachlage ganz anders. Die meisten Teilnehmer der Beratung hatten sich trotz des Widerspruchs Wittes (Pobedonoszew war, nebenbei gesagt, bei der Beratung gar nicht anwesend) im wesentlichen bereit erklärt, den Entwurf anzunehmen, und hatten beschlossen, die Vorbereitungen für seine Ausführung in Angriff zu nehmen.<sup>34</sup>

Die deutsche Regierung wußte das nicht. Wilhelm bedauerte, daß Nelidow einen Mißerfolg erlitten hatte, und war der Meinung, daß die Argumente Wittes über die Unvermeidlichkeit des Krieges nicht überzeugend seien. „Warum Krieg? Wer soll den denn machen?!“ schrieb er an den Rand des Radolin-Berichts.<sup>35</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zarenregierung in der Tat darauf verzichtet, das Projekt Nelidows zu unterstützen, und zwar aus Gründen, die für die deutsche Diplomatie ebenfalls unbekannt blieben. Hypnotisiert durch die Furcht vor dem französisch-russischen Bündnis, das kurz vorher seine Festigkeit demonstriert hatte, merkte die deutsche Diplomatie nicht, daß sich die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich nach der Weigerung Rußlands, die „Pariser Instruktionen“

<sup>31</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3089, Eulenburg an Hohenlohe, 27. Dezember 1896.

<sup>32</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3090, Radolin an Hohenlohe, 27. Dezember 1896.

<sup>33</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2930, Radolin an Hohenlohe, 27. Dezember 1896.

<sup>34</sup> «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, „Projekt der Inbesitznahme des Bosporus im Jahre 1896“ (siehe „Gutachten der Beratung... in Zarskoje Selo, am Sonnabend, dem 23. November 1896“ [alten Stils]).

<sup>35</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2930, Radolin an Hohenlohe, 27. Dezember 1896.

über die orientalische Frage in die Tat umzusetzen, stark abgekühlt hatten. Da die deutsche Diplomatie diese Abkühlung nicht merkte, konnte sie sie auch nicht ausnutzen. Ferner hypnotisiert durch ihre ständige „Idee“, einen Konflikt zwischen Rußland und England zu entfachen, erkannte sie nicht, daß die Bereitschaft Rußlands, den englischen Plan der Botschafterkonferenz anzunehmen, vom Bestreben diktiert wurde, die Nahostkrise zu verschärfen und zur Besetzung des Bosphorus auszunutzen. Dieses Bestreben des zaristischen Rußlands vermochte die deutsche Diplomatie ebensowenig auszunutzen. Jetzt, durch die Furcht vor der Möglichkeit des Abschlusses eines englisch-russischen Abkommens hypnotisiert, übersah sie das neue Zickzack der zaristischen Politik in Richtung der Befriedigung der aus Paris diktierten Forderungen.

Während man in Berlin von dem Projekt Nelidows nichts wußte, hatte man davon in Paris mehr oder weniger genaue Kenntnis. Und in den gleichen Tagen, als Nelidow, nach Konstantinopel zurückgekehrt, diplomatische Schritte unternahm, die das Erscheinen russischer Truppen am Bosphorus vorbereiten sollten, nahm Hanotaux seinerseits die Anlegung einer diplomatischen Wolfgrube in Angriff, in die das Projekt Nelidows hineinfallen sollte. Anläßlich der Aufnahme der Arbeiten der Botschafterkonferenz in Konstantinopel schlug er den Mächten vor, folgende drei Punkte anzunehmen: erstens Anerkennung des Prinzips der Unterstützung der Integrität des Ottomanischen Reiches; zweitens Verzicht der Mächte auf Separataktionen in der Türkei und drittens Verzicht der Mächte auf Versuche, ihr Kondominium in der Türkei aufzurichten.<sup>36</sup> Hätte sich die Zarenregierung geweigert, diese drei Punkte und insbesondere den zweiten Punkt anzunehmen, so hätte sie ihre Pläne aufgedeckt und gezeigt, daß ihre Wege in der orientalischen Frage von der Politik des französischen Bundesgenossen völlig abwichen. In diesem Falle hätte sie sich nur auf die Unterstützung der deutschen Diplomatie stützen können.

Was war diese Unterstützung wert? Die deutsche Regierung war durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien gebunden, und wie schlecht sie auch ihre Bundesgenossen behandelte, so war sie dennoch gezwungen, auf sie Rücksicht zu nehmen. Sie unterstrich mit großem StimmAufwand ihr „Désintéressement“ an den Angelegenheiten der Nahostpolitik und versicherte Rußland insgeheim, daß sie bereit sei, es zu unterstützen. In Wirklichkeit aber strebte sie lediglich danach, einen Keil zwischen Rußland und Frankreich zu treiben und einen Konflikt zwischen Rußland und England herbeizuführen. Wäre ihr das gelungen, so hätte sie viel erreicht. Das begriff sogar der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, der mit den

<sup>36</sup> В. М. Хвостов, «Проблема захвата Босфора в 90-х годах XIX века»; «Историк-марксист», Bd. XX, S. 126.

herrschenden Klassen Deutschlands recht stark sympathisierte. Er gab die ständigen Versicherungen Hohenlohes und Marschalls: „Wir wollen im Einverständnis mit euch handeln“, gewissenhaft nach Petersburg weiter. Und ebenso gewissenhaft wies er warnend darauf hin, daß die deutsche Regierung sich nicht in einen Konflikt im Nahen Osten hineinreißen lassen werde und daß sie anderseits, von der Feindschaft gegen Frankreich erfüllt, insbesondere nach den Hamburger Enthüllungen Bismarcks bestrebt sei, den Zweifrontenkrieg – gegen Frankreich und Rußland – zu vermeiden. Deutschland, so teilte Osten-Saken mit, bereite sich auf diesen Krieg vor, erblicke aber den besten Ausweg für sich in dem Zusammenstoß der Mächte in der Türkei. Wenn es zu diesem Zusammenstoß komme, werde Deutschland nicht nur seine allgemeine strategische Lage verbessern, sondern überhaupt der Herr der Lage auf dem europäischen Kontinent werden.<sup>37</sup>

Die deutsche Unterstützung im Nahen Osten (natürlich nur eine diplomatische, und nicht mehr!) konnte für Rußland nur dann von Bedeutung sein, wenn es sich zugleich auch der französischen Unterstützung, und zwar nicht in Worten, sondern durch Taten versicherte. Dann hätte die Zarenregierung auf einen Erfolg der Besprechungen mit England in der Frage der Meerengen rechnen können.<sup>38</sup> Aber die Zarenregierung erhielt die Unterstützung Frankreichs nicht, während die deutsche Diplomatie nur daran interessiert sein konnte, daß die Sache eine solche Wendung nahm.

Eben aus diesem Grunde, da die Zarenregierung befürchtete, trotz der deutschen „Unterstützung“ isoliert zu bleiben, war sie gezwungen, Hantaux' Vorschlag anzunehmen und auf selbständige Aktionen in der Türkei, das heißt auf den Nelidow-Plan der Besetzung des Bosphorus, zu verzichten. So hatte die deutsche Diplomatie, ohne es zu ahnen, eine starke Karte in ihrem Spiel auf dem Nahostschauplatz verloren. Sie setzte ihre Politik des betonten „Désintéressement“ fort.

Schließlich wurde nach langwierigen Vorbesprechungen zwischen den Mächten die Botschafterkonferenz in Konstantinopel eröffnet. Wie zu erwarten war, hatte die Diplomatie der imperialistischen Mächte, die ja selbst von entgegengesetzten Interessen hin- und hergerissen wurde, als sie die Ausarbeitung eines Planes für „Reformen“ des morschen barbarischen Regimes in der Türkei in Angriff nahm, eine Aufgabe übernommen, die praktisch unlösbar war. Der alte, geplatze und bereits auseinanderfallende

<sup>37</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 432, streng vertraulicher Brief Osten-Sakens an Schischkin, Berlin, 3. Januar 1897 (22. Dezember 1896).

<sup>38</sup> «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, „Projekt der Inbesitznahme des Bosphorus im Jahre 1896“ (siehe Notiz A. I. Nelidows vom 30. [18.] November sowie „Gutachten der Beratung... in Zarskoje Selo, am Sonnabend, dem 23. November 1896“).

türkische Topf mußte einfach auf den Kehrlichthausen der Geschichte geworfen werden; man konnte ihn nicht retten, indem man die Scherben kittete oder umgruppierte. Dennoch versuchte die Konferenz ihn zu „reformieren“. Der reaktionäre Versuch der imperialistischen Mächte, das Feudalregime im Ottomanischen Reich zu retten und es im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung der das Reich bevölkernden — slawischen und nichtslawischen — Nationen zu erhalten, war schließlich zum Scheitern verurteilt. Keiner der Teilnehmer der Konferenz glaubte an ihren Erfolg. Jeder war lediglich bestrebt, die Konferenz auszunutzen, um den Einfluß der Rivalen zu schwächen, den eigenen Einfluß zu verankern oder zu verstärken.

Doch selbst die unzulänglichen „Reformen“ auf dem Papier gefielen dem Sultan nicht. Abdul Hamid beobachtete das langsame Arbeiten der Konferenz, versuchte die Gegensätze zwischen den Mächten zu sondieren und im eigenen Interesse auszunutzen. Insbesondere machte er den Versuch, sich hinter den Kulissen mit Deutschland darüber zu verständigen, welche der von der Konferenz vorgesehenen „Reformen“ er „selbständig“ durchführen und welche er angesichts der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten ablehnen könnte.<sup>39</sup> Die deutsche Diplomatie crachtete es in diesem Augenblick für günstiger, Abmachungen mit dem Sultan hinter den Kulissen auszuweichen. Hohenlohe erklärte dem türkischen Botschafter Galib Bey, daß Deutschland sich nicht von den anderen europäischen Mächten isolieren könne.<sup>40</sup> In Wirklichkeit ließ sich die deutsche Diplomatie von ganz anderen Motiven leiten. Vor allem glaubte die deutsche Regierung, die die Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Groß“mächten in der Frage der „Reformen“ beobachtete, überhaupt nicht daran, daß der Plan dieser Reformen jemals ausgearbeitet werden würde. Insgeheim verhöhnte Wilhelm die Konstantinopler Konferenz. Er bezeichnete sie als „Affenkomödie“<sup>41</sup>. Ferner konnte man annehmen, daß, wenn der Plan der „Reformen“ dennoch ausgearbeitet würde, diese Reformen *ad calendae graecas* verwirklicht werden würden.<sup>42</sup> Infolgedessen hatte es keinen Sinn, dem Sultan Empfehlungen zur Annahme oder zur Ablehnung von Reformen zu geben und sich damit vor den anderen Großmächten zu kompromittieren.

Indes versuchte die deutsche Diplomatie um die Besprechungen über diese „Reformen“ ein recht kompliziertes Spiel zu entfesseln. Silvester

<sup>39</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3091, Saurma an das Auswärtige Amt, 28. Dezember 1896; Nr. 3092, Saurma an das Auswärtige Amt, 29. Dezember 1896.

<sup>40</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3095, Aufzeichnung Hohenlohes, 1. Januar 1897.

<sup>41</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3099, Saurma an das Auswärtige Amt, 3. Januar 1897 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms II.).

<sup>42</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3098, Saurma an das Auswärtige Amt, 2. Januar 1897 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms II.).

1896 schickte Hohenlohe an Saurma, den Botschafter in Konstantinopel, Instruktionen, wie er sich auf der Botschafterkonferenz zu verhalten habe. Er betonte, daß Deutschland an den Angelegenheiten der orientalischen Politik nicht unmittelbar interessiert wäre, und forderte, daß Saurma danach streben sollte, die Übereinstimmung in den Ansichten zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu unterstützen und dabei Rußland den Vorzug zu geben. Er schrieb ihm: „*Gegen* Rußlands Vorschläge wollen Ew. pp. selbst dann nicht gehen, wenn Rußland und Österreich nicht einig sind. In Fällen dieser letzteren Art werden Sie sich gänzlich zurückzuhalten haben.“<sup>43</sup> Eine so klar ausgesprochene diplomatische Neigung in Richtung des zaristischen Rußlands erklärte sich nicht nur durch allgemeinpoltische Erwägungen, sondern auch durch besondere Motive hinsichtlich der Türkei. Durch die Annäherung an Rußland war die deutsche Diplomatie bestrebt, England zu isolieren, das sie darüber hinaus ernstlich der Absicht verdächtigte, das Ottomanische Reich zu sprengen. Gegen das zaristische Rußland konnte die deutsche Regierung in diesem Augenblick, insbesondere nach dem Scheitern des Nelidow-Planes, einen solchen Verdacht nicht hegen: die Politik Rußlands war vorwiegend nach dem Fernen Osten gerichtet. An der Aufrechterhaltung des Ottomanischen Reiches war, wenn auch aus anderen Gründen, in diesem Augenblick auch Österreich-Ungarn interessiert. Dieses fürchtete eine Explosion der nationalen Befreiungsbewegung der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel.

Auf diese Weise konnte sich die deutsche Diplomatie eine dreifache Aufgabe stellen: das zaristische Rußland und Österreich-Ungarn wenigstens zur vorübergehenden Annäherung auf dem Boden der türkischen und überhaupt der Balkanangelegenheiten zu veranlassen, England im Nahen Osten zu isolieren und somit in kolonialen Fragen gefügiger zu machen und schließlich das Ottomanische Reich völlig unangetastet, ohne irgendwelche von den Engländern geplanten „Reformen“ zu belassen, bis es dem deutschen Imperialismus gelang, dort einen vorherrschenden Einfluß zu erlangen. Wenn also die deutsche Diplomatie die Bitten des Sultans abschlug, vertrat sie seine reaktionären Interessen besser als er selbst. Sie handelte so, weil das den imperialistischen Interessen der herrschenden Klassen Deutschlands entsprach.

Nachdem die deutsche Diplomatie die Ausführung ihrer Aufgaben in Angriff genommen hatte, mußte sie vor allem den Widerstand eines ihrer Bundesgenossen, Österreich-Ungarns, überwinden. Goluchowski und die ihn unterstützenden Kreise waren äußerst unzufrieden, daß Deutschland den Kurs auf Annäherung an Rußland eingeschlagen hatte, und machten

<sup>43</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3094, Hohenlohe an Saurma, 31. Dezember 1896.

aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl. Goluchowski träumte immer noch davon, ein, wie er sagte, „großes westliches Bollwerk gegen barbarische östliche Invasion Rußlands“ zu schaffen.<sup>44</sup> Für ein solches Bollwerk hielt er wohl das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und – Frankreich. Um eine solche widernatürliche Kombination zu schaffen, mußte man vorher die französisch-deutschen Widersprüche beseitigen, und Goluchowski trug sich mit Plänen einer friedlichen Regelung der Elsaß-Lothringen-Frage zwischen Deutschland und Frankreich.<sup>45</sup> Das waren phantastische Pläne. Nach einem Ausdruck von Philipp Eulenburg glichen sie einem „glücklichen Traum“<sup>46</sup>. Das einzige, was an diesem „Traum“ real war und, man muß es sagen, eine Gefahr für den Frieden darstellte, war das Bestreben der herrschenden Oberschicht der österreichisch-ungarischen Monarchie, einen gegen Rußland gerichteten Block der europäischen Mächte zusammenzuzimmern. Zu diesem Zweck setzte Goluchowski trotz vielfacher Enttäuschungen die Intrigen auch in London fort. Er hoffte immer noch, daß die Umstände im Verlauf der Nahostkrise England zwingen würden, Rußland an den Meerengen aktiv entgegenzutreten.<sup>47</sup> Diese Frage bewegte auch die deutsche Diplomatie.

Anfang Januar 1897, als die Konstantinopler Botschafterkonferenz die Arbeit bereits aufgenommen hatte, versuchte Hatzfeldt immer noch in London zu klären, ob England nicht Rußland entgegenzutreten beabsichtigte. Salisbury gab zu verstehen, er sei auch weiterhin der Meinung, daß dies eine Angelegenheit Österreich-Ungarns sei. Hatzfeldt parierte nach wie vor damit, daß Österreich-Ungarn nur dann hervortreten könne, wenn ihm im voraus die Unterstützung der englischen Flotte fest zugesichert werde. Darauf schwieg sich Salisbury wie gewöhnlich aus, während Wilhelm, als er dies erfuhr, wie gewöhnlich in eine lange Tirade ausbrach: „Also richtig, wie ich es gedacht in Ermangelung einer Armee muß Österreich für Englands Interessen Landsknechtsdienste thun, und ist das engagiert dann muß der 3Bund nach und dann hetzt Salisbury uns Gallien auf die Hacken! Dann vogue la galère und adieu Afrika für uns?“<sup>48</sup>

Eine Woche später kam Wilhelm erneut auf diese Frage zurück. Er lud den englischen Militärattaché Oberstleutnant Grierson zur Jagd ein und benutzte die bequeme Gelegenheit, um ihn gar nicht diplomatisch und sozusagen nach Soldatenart direkt zu fragen, ob die Vermutungen stimmten, daß Salisbury mit der russischen Regierung Geheimbesprechungen

<sup>44</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3114, Eulenburg an Hohenlohe, 16. Januar 1897.

<sup>45</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3116, Holstein an Eulenburg, 22. Januar 1897.

<sup>46</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3114, Eulenburg an Hohenlohe, 16. Januar 1897.

<sup>47</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2931, Hatzfeldt an Hohenlohe, 12. Januar 1897.

<sup>48</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3100, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. Januar 1897.



über die Aufteilung des Ottomanischen Reiches führe. Oberstleutnant Grierson antwortete ihm keinesfalls soldatisch: „Well, you see, Sir, *we cannot fight for Stamboul alone, and as the others wont fight for it, there is nobody to help us.*“ (Nun, Sie sehen, Majestät, daß *wir allein nicht* um Stambul kämpfen können, und da die *anderen* um es *nicht kämpfen werden*, gibt es *niemand, der uns hilft.*) Wilhelm konnte nur entgegnen, daß, wenn England ein Abkommen mit Rußland abschließe, dies eine völlige Änderung seiner Mittelmeerpolitik bedeuten würde und daß England, wie er hoffe, diese Änderung nicht hinter dem Rücken der „anderen“ vollziehe. Im stillen beurteilte er die Erklärung Griersons auf folgende Weise: „Dies ist ebenso überraschend wie charakteristisch für die ‚Perfide Albion‘-Politik!“ Wilhelm faßte das wie folgt auf: Die „anderen“ sind vor allem Österreich<sup>49</sup>, aber Hohenlohe vermutete, daß die Engländer (nicht Grierson, sondern Salisbury), wenn sie von den „anderen“ sprachen, nicht Österreich-Ungarn, sondern Deutschland meinten. Und er erschrak vor der Möglichkeit, daß Salisbury sich die üblichen Fehler des deutschen Kaisers zunutze machen und in Geheimbesprechungen mit Petersburg und Wien die Sache so darzustellen versuchen könnte, als habe sich England für den Fall einer entschlossenen Politik gegen Rußland bereits der Unterstützung des deutschen Kaisers versichert.<sup>50</sup> Die ständigen Ermahnungen der deutschen Diplomatie, daß England der rußlandfeindlichen Politik Österreich-Ungarns im voraus Garantien geben müsse, und die von Berlin ausgehenden Ermunterungen, die England zu einer Aktion gegen Rußland veranlassen sollten, konnten letzten Endes entlarvt werden. Sie konnten so aufgefaßt oder dargestellt werden, als wäre Deutschland selbst bestrebt, zusammen mit England Rußland entgegenzutreten. Zur Zeit war das besonders gefährlich und unnötig. Gefährlich – weil es den vorgesehenen Kurs einer gewissen „Annäherung“ an Rußland durchkreuzt hätte, unnötig – weil die Zarenregierung, wenn sie in der Tat aktive Aktionen an den Meerengen in Angriff genommen hätte, dort auf den Widerstand des eigenen Bundesgenossen (Frankreichs) gestoßen wäre. Zu diesem Zeitpunkt hatte die deutsche Diplomatie bereits begriffen, daß die Nahostfrage zu einem Problem wurde, in dem Frankreich und Rußland auseinandergingen, und sie wünschte natürlich, daß dieses Auseinandergehen in eine richtige Krise hinüberwachse, die das französisch-russische Bündnis sprengen könnte.<sup>51</sup> Zugleich wollte sie ihr Bündnis mit Österreich-Ungarn festigen unter der Bedingung, daß es ihr gelinge, dessen Politik den eigenen Interessen und Zielen unterzuordnen.

<sup>49</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2932, Wilhelm II. an Hohenlohe, 15. Januar 1897.

<sup>50</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2933, Hohenlohe an Wilhelm II., 16. Januar 1897.

<sup>51</sup> Ebenda.

So war die Situation, als der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Goluchowski erneut nach Berlin kam (16.–19. Januar 1897). Unter den Bedingungen der fortdauernden Nahostkrise verfolgte seine Reise einen doppelten Zweck: erstens, die Festigung des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland zu demonstrieren und zweitens, einen weiteren Versuch zu unternehmen, sich der Unterstützung Deutschlands zur Durchführung einer aktiven rußlandfeindlichen Balkanpolitik zu versichern.<sup>52</sup> Noch in Wien setzte er dem deutschen Botschafter Eulenburg ausführlich auseinander, daß sich England unbedingt ihnen anschließen würde, wenn die Dreibundmächte vereint in Konstantinopel eine ausgesprochen rußlandfeindliche Politik betrieben, und daß Rußland dann gänzlich kapitulieren müsse. Er sprach über dieses Thema so oft und in so endlosen Variationen, daß Eulenburg sich unverhohlen langweilte. Aber Goluchowski redete ihm weiterhin zu, daß man Rußland am leichtesten auf dem nahöstlichen Schauplatz bezwingen könne und daß man hierzu nur durch die Dardanellen zu stoßen brauche. „Aber doch nicht durch uns?! oder uns Beide allein! Das ist Englands Sache“, reagierte Wilhelm auf die Ausführungen Goluchowskis.<sup>53</sup> In Deutschland hatten seine Predigten keinen Erfolg.

In Berlin eingetroffen, versuchte Goluchowski immer noch, wenn auch vorsichtiger, von der „russischen Gefahr“ im Nahen Osten zu sprechen. Freiherr von Rotenhan, Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, setzte ihm auseinander<sup>54</sup>, daß nicht einmal England die Absicht habe, Rußland dort entgegenzutreten. Goluchowski bezweifelte das und begann sich über die „russische Gefahr“ in Europa überhaupt auszulassen. Rotenhan machte ihm klar, daß Rußland jetzt mit Angelegenheiten des Fernen Ostens beschäftigt sei und deshalb niemand in Europa bedrohe. Goluchowski bezweifelte auch dieses. Das Hauptergebnis seines Berliner Aufenthalts war die Tatsache, daß er schließlich doch an der Bereitschaft und an dem Wunsch Englands zu zweifeln begann, Rußland entgegenzutreten. Als er mit dem englischen Botschafter in Berlin, Lascelles, zusammentraf, gab er diesem zu verstehen, falls England seine Nahostpolitik in der Tat einer Revision unterziehe, könne sich Österreich-Ungarn ebensowenig an seine alten Traditionen und früheren Absichten halten. „Wenn aber England“, sagte Goluchowski, „die Meerengen nicht selbst

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3114, Eulenburg an Hohenlohe, 16. Januar 1897 (siehe Randbemerkungen Wilhelms II.).

<sup>54</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3115, Aufzeichnung Rotenhans, 21. Januar 1897.

verteidigen wolle, wenn es nicht bei einem russischen Angriff von vornherein seine Flotte mit der italienischen nach Konstantinopel sende, um dort gemeinsam mit Österreich-Ungarn (und vielleicht dem Dreibund) zu operieren, so könne und werde Österreich allein zum Schutze Konstantinopels und der Meerengen nicht vorgehen.“<sup>55</sup> Diese Worte gaben so genau alles wieder, was die englische Diplomatie bereits von deutscher Seite gehört hatte, daß Lascelles nur die einzige Schlußfolgerung ziehen konnte: Goluchowski ist dabei, sich den deutschen Standpunkt über die Sachlage zu eigen zu machen. Das kam der Wahrheit sehr nahe.

Zwar versuchte die österreichische Diplomatie immer noch, gleichsam aus Beharrungsvermögen, in London festzustellen, ob die englische Regierung nicht die Absicht habe, Rußland an den Meerengen aktiv entgegenzutreten, sie erhielt aber unweigerlich jedesmal eine völlig unbestimmte Antwort. In manchen Fällen antwortete Salisbury auf wiederholte Anfragen Goluchowskis ironisch mit der Gegenfrage: Habe Österreich-Ungarn, das am Schicksal der Meerengen interessiert ist, nicht die unbedingte Unterstützung seines deutschen Bundesgenossen im Rücken?<sup>56</sup> Schließlich kam selbst der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Graf Deym, ein aktiver Anhänger einer Annäherung an England, zu der Schlußfolgerung, daß man sich auf die Politik Englands nicht verlassen könne und erst recht nicht auf die Worte englischer Politiker. „Das haben wir ihm vor vielen Jahren schon gesagt“, bemerkte Wilhelm.<sup>57</sup> In der österreichischen Politik zeichneten sich Mißtrauen und Abkühlung gegenüber England ab. Die deutsche Diplomatie versuchte sich dies zunutze zu machen.

Die Reise Goluchowskis nach Berlin hatte auch in Rußland gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Die rußlandfeindlichen Intrigen der österreichischen Diplomatie in London und Konstantinopel ebenso wie in Belgrad und Bukarest waren für niemand ein Geheimnis. Hatte Goluchowski etwa die Absicht, auch Deutschland in das Fahrwasser seiner Balkanpolitik hineinzuziehen? Der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, erhielt in dieser Hinsicht beruhigende Versicherungen. Holstein sagte ihm, während des Aufenthalts Goluchowskis in Berlin seien zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn keinerlei – weder schriftliche noch mündliche – Abkommen abgeschlossen worden. Holstein unterstrich insbesondere, daß in Wien ein gewisses Mißtrauen gegen die Politik Englands zu

<sup>55</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2934, Aufzeichnung Rotenhans, 22. Januar 1897.

<sup>56</sup> Davon erfuhr Hohenlohe aus einer vertraulichen Erzählung des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Szögyény. (Siehe G. P., Bd. 12, Nr. 2938, Hohenlohe an Eulenburg, 6. Februar 1897.)

<sup>57</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2937, Hatzfeldt an Hohenlohe (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).

verzeichnen sei, und da Österreich-Ungarn sich fürchte, auf dem Balkan neue von Slawen besiedelte Länder zu erwerben, sei es gegenwärtig daran interessiert, den Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches zu verhüten oder aufzuschieben.<sup>58</sup>

So wurde die Politik des Status quo im Nahen Osten zur Basis einer gewissen Annäherung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Die deutsche Diplomatie bemühte sich eifrig darum. Insbesondere unterstützte sie auf der Botschafterkonferenz in Konstantinopel alle Beschlüsse, die bei Rußland, Österreich-Ungarn und Italien keinen Widerspruch hervorriefen. Sie hatte sich davon überzeugt, daß es ihr nicht gelingen würde, Rußland und England auf der Grundlage der Nahostangelegenheiten aufeinander-zuhetzen. Man mußte damit zufrieden sein, daß es England ebensowenig gelungen war, Österreich-Ungarn nebst Deutschland in einen Zusammenstoß mit Rußland zu treiben. Die Politik des Status quo entsprach für die nächste Periode der Entwicklung der Nahostkrise voll und ganz den Interessen des deutschen Imperialismus, um so mehr, als sie Möglichkeiten und Perspektiven für die Teilnahme des deutschen Imperialismus an der Expansion der Großmächte im Fernen Osten erschloß.<sup>59</sup> Die österreichisch-russische Annäherung unter der Obhut und Kontrolle Deutschlands hätte die internationale politische Lage Englands erschwert. Das war eins der Hauptziele der Diplomatie des deutschen Imperialismus.<sup>60</sup>

<sup>58</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3117, Aufzeichnung Holsteins, 8. Februar 1897.

<sup>59</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3424, Aufzeichnung Holsteins, 27. Januar 1897; Nr. 3426, Aufzeichnung Marshalls, 31. Januar 1897.

<sup>60</sup> Holstein, der gern über Ereignisse des politischen Lebens philosophierte, formulierte die nächsten Aufgaben der deutschen Diplomatie in einer Aufzeichnung, die offensichtlich für den Kaiser bestimmt war, wie folgt: „Die deutsche Politik ist weit entfernt, durch eine Beschleunigung der Orientkrise, die davon untrennbaren Gefahren vorzeitig hervorrufen zu wollen. Politisch gedacht ähneln die Meerengen einem Tunnel, an dessen südlichem Ausgang Rußland eine neue politische Landschaft finden wird. Ohne Prophet zu sein, kann man doch sagen, daß die Orientfrage sowohl wie die ostasiatische in ihrer weiteren Entwicklung neue Gruppierungen schaffen werden. Furcht, Erwerbs- und Erhaltungstrieb, Tradition, Legende werden den Kitt der gegenüberstehenden Gruppen in sich bilden. Das heutige Deutsche Reich mit preußischem Kern, welches für Europa keinen Erwerbs-, sondern nur einen Erhaltungstrieb, welches überdies keine Kreuzzugslegenden, sondern nur politische Traditionen neuen Datums und positiven Inhalts hat, wird durch diese Faktoren zunächst auf die russische Seite gewiesen. Mit dieser Grundanschauung... tritt die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers in das jetzige Vorstadium der Orientkrise ein. Wenn wir in Rußland die Gegenseitigkeit finden, auf die wir nach nüchterner Erwägung der beiderseitigen Interessen glauben rechnen zu können, so werden die Verständigungen im einzelnen konkreten Falle leicht sein.“ (G. P., Bd. 13, Nr. 3424, Aufzeichnung Holsteins, 27. Januar 1897.)

Bald darauf gestalteten sich die Umstände so, daß die deutsche Diplomatie die Verwirklichung ihrer Ziele unmittelbar in Angriff nehmen konnte. Ende Januar kam Graf Murawjow, der vom Zaren (an Stelle des von Pech verfolgten Schischkin) auf den Posten des Leiters des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ernannt worden war, nach Berlin. Murawjow kam aus Paris, wo er mit der französischen Regierung über eine Reihe von Fragen wichtige Besprechungen geführt hatte. Eine der wichtigsten Fragen war die des Nahen Ostens. Hanotaux versuchte beharrlich, Rußland unter dem Vorwand der „Zusammenarbeit“ erneut dem französischen Einfluß in Angelegenheiten des Nahen Ostens zu unterwerfen. Das gelang ihm aber nicht. Er bot Murawjow „seine Dienste“ an, um zu „erkunden“, wie sich die Großmächte zu der Besetzung des Bosphorus durch Rußland verhalten würden, und um sie sogar „auf einen derartigen Schritt vorzubereiten“. Aber Murawjow, der sich über den provokatorischen Charakter dieser unerbetenen Dienste sofort im klaren war, „lehnte diesen Vorschlag auf der Stelle kategorisch, wenn auch liebenswürdig, ab“. Nun versuchte Hanotaux eine noch gewaltigere Provokation. „Gegen Ende unserer Unterredung“, so teilte Murawjow in einem Sonderbericht dem Zaren mit, „erklärte mir Hanotaux offen, daß die Einnahme Konstantinopels durch uns die Aufteilung des Türkischen Reiches und folglich einen allgemeinen europäischen Krieg nach sich ziehen würde . . . , daß aber, wenn ein solcher Krieg trotz gegenteiliger Bemühungen unserer beiden Staaten entbrannt wäre, Rußland mit voller Mitwirkung und Unterstützung Frankreichs rechnen könnte.“ Murawjow wich einer Fortsetzung der Unterredung über dieses Thema sehr geschickt aus und verstand es, auf diese Weise der Falle zu entgehen, die ihm die französischen Bundesgenossen gestellt hatten. Murawjow fragte seinerseits Hanotaux, ob Frankreich, das so viele koloniale Gegensätze mit England habe, sich nicht bereit erklären würde, „Hand in Hand mit Deutschland und mit uns zu gehen“. Diesmal war es Hanotaux, der einer direkten Antwort auswich.<sup>61</sup> Aber er deckte vor Murawjow seinen Plan auf, der dahin ging, die Expansion des italienischen Imperialismus auf die adriatische Küste der Balkanhalbinsel zu lenken, um Italien auf diese Weise gegen Österreich-Ungarn zu hetzen, den Dreibund zu schwächen oder gänzlich zu sprengen und folglich Deutschland zu isolieren.

Über diese Pariser Besprechungen Murawjows war die deutsche Diplomatie außerordentlich schlecht informiert.<sup>62</sup> Als Murawjow nach Deutsch-

<sup>61</sup> «Красный архив», Bd. XLVII—XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, Bericht des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, M. N. Murawjow, 4. Februar (23. Januar) 1897, S. 75—86.

<sup>62</sup> „Was die politischen Gespräche anbetrifft“, berichtete aus Paris der deutsche Botschafter, Graf Münster, „so sind sie sehr allgemeiner Natur gewesen. Das

land kam, fand er dort ebenso wie in Frankreich „den gleichen Haß gegen England, die aufrichtige Überzeugung, daß seine Politik doppelzüngig und heimtückisch ist, und die Entschlossenheit, seinen Intrigen mit allen Kräften entgegenzutreten“<sup>63</sup>. Aber mit welchen Mitteln? In Gesprächen mit Murawjow versuchte es Marshall etwas unbestimmt und Wilhelm entschlossener, den alten Plan der Schaffung einer „Kontinentalkoalition“<sup>64</sup> unter Heranziehung Frankreichs vorzubringen. Murawjow lehnte diesen Plan vorsichtigerweise ab und bot statt dessen seine Vermittlung an, wenn Deutschland sich dazu entschlöße, Besprechungen mit Frankreich über konkrete Fragen aufzunehmen. „Eine Antwort bin ich ihm hierauf schuldig geblieben, ein Lächeln konnte ich nur schwer unterdrücken“, gestand Wilhelm seinen Ministern nach diesem Gespräch.<sup>65</sup> Aber er verbarg vor ihnen ernstere Dinge. Als die Rede auf die Lage im Nahen Osten kam, sagte Wilhelm zu Murawjow: „Die Zeit ist vorbei, da für die Engländer andere kämpften, und ich werde Österreich zurückhalten... Goluchowski hat endlich die Gefährlichkeit der englischen Ränke begriffen. Selbst wenn Sie, in Verfolg politischer, Ihren Interessen entsprechender Ziele Ihre ganzen Truppen nach dem Osten zusammenziehen müßten, würde ich nicht nur nicht Frankreich überfallen, sondern auch nicht zulassen, daß irgend jemand in Europa sich vom Fleck rührt. — Das verstehe ich unter meinem Versprechen, Ihr Hinterland zu sichern.“<sup>66</sup> Auf diese Weise versuchte Wilhelm (ähnlich wie vorher Hanotaux, der die Nahostfrage ausnutzen wollte, um Rußland in einen Krieg gegen Deutschland und den Dreibund zu stoßen) die gleiche Frage auszunutzen, um Rußland in einen Krieg gegen England zu stoßen und Frankreich zu isolieren. Aber Rußland hatte zu dieser Zeit nicht die Absicht, Krieg zu führen, und das neueste diplomatische Abenteuer des deutschen Kaisers blieb in der Luft hängen. Es hatte keinerlei reale politische Folgen, zeigte aber noch einmal die geheimen Pläne, auf die die deutsche Diplomatie in jenem Augenblick vorübergehend verzichten mußte.

Hauptthema war Erhaltung des Sultans und dadurch Erhaltung des Friedens.“ (G. P., Bd. 13, Nr. 3430, Münster an Hohenlohe, 3. Februar 1897.)

<sup>63</sup> «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, S. 89.

<sup>64</sup> In seinem Bericht an den Zaren teilte Murawjow mit, daß dieser Plan auch von Hohenlohe vorgebracht worden sei. Aber Hohenlohe habe behauptet, daß er nur die Festlegung eines allgemeinen Standpunkts der europäischen Mächte auf der Konstantinopler Botschafterkonferenz meinte. (Siehe «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, S. 86; G. P., Bd. 13, Nr. 3427, Hohenlohe an Radolin, 1. Februar 1897.)

<sup>65</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3428, Wilhelm II. an Hohenlohe, 1. Februar 1897.

<sup>66</sup> «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, S. 87.

Wie wir weiter oben bereits bemerkt haben, bemühte sich die deutsche Diplomatie darum, die Politik des Status quo im Nahen Osten, die Politik, die nach den Worten Marshalls „den Zerfall des Türkischen Reiches so weit wie möglich aufschiebt“, auszunutzen. Und obwohl zwischen Rußland und Österreich-Ungarn auch weiterhin Gegensätze, gegenseitiges Mißtrauen und Feindseligkeit fortbestanden, bereitete die deutsche Diplomatie auf der Grundlage dieser Politik beharrlich den Boden für ein, wenn auch stillschweigendes und vorübergehendes Abkommen zwischen diesen Großmächten. In dieser Frage führte Marshall ständig Gespräche mit dem russischen Botschafter Osten-Saken. Er überzeugte ihn davon, daß die Politik Deutschlands Rußland „die allerbesten Chancen für die Erhaltung des Status quo im Osten und für den Widerstand gegen die Ziele Englands gibt, das, nachdem es sich in den Besitz Ägyptens gesetzt hat, die einzige Macht darstellt, die an der Aufteilung des Ottomanischen Reiches interessiert ist“. „Anderseits“, so sagte Marshall ferner, „zwingt dieser Standpunkt Deutschlands das Wiener Kabinett, den Eifer seiner Ansprüche, die man ihm auf der Balkanhalbinsel zuschreibt, zu dämpfen, und paralyisiert seine traditionellen Sympathien für England.“<sup>67</sup>

Die deutsche Diplomatie konnte ihre Bemühungen in der Frage des Abschlusses eines österreichisch-russischen Abkommens nur unter einer unerläßlichen Voraussetzung fortführen: wenn sie die volle Gewißheit hatte, daß es zwischen Rußland und England keinerlei Abkommen über Fragen des Nahen Ostens gebe. Nur diese Voraussetzung verhiieß der deutschen Diplomatie Erfolg. Aber Wilhelm und alle seine Helfershelfer auf diplomatischem Gebiet, denen diese Zuversicht fehlte, vermochten ihre Angst nicht einmal in Gesprächen mit Murawjow zu verbergen. Sowohl Hohenlohe als auch Marshall brachten das Gespräch mit Murawjow „vor allem“ auf die Heimtücke der englischen Politik und fragten, ob es stimme, daß England Rußland geheime Angebote über die Aufteilung des Türkischen Reiches mache. Nach dem Gespräch mit Wilhelm war sich Murawjow endgültig im klaren, was gerade die deutsche Regierung am meisten beunruhigte. Der Kaiser bat Murawjow mit der ihm eigenen Gewohnheit, andere Menschen für unvergleichlich dümmer als sich selbst zu halten, er möge ihm „ehrlich zu wissen geben, worin die Besprechungen“ (zwischen England und Rußland. *A. J.*) „bestehen, damit Deutschland nach einer derartigen Aufteilung nicht mit leeren Händen dastehe“<sup>68</sup>. Murawjow bestritt natürlich, Besprechungen mit England geführt zu haben, und versicherte

<sup>67</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 29, streng geheim, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 12. Februar (31. Januar) 1897, Nr. 8.

<sup>68</sup> «Красный архив», Bd. XLVII—XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, S. 85.

den Deutschen, daß Rußland danach strebe, das Türkische Reich ganz und unangetastet zu lassen, und zwar nicht nur aus internationalen politischen Erwägungen. Die armenische Bewegung in der Türkei, die einen Protest gegen die vom Sultan betriebene Ausrottungspolitik darstellte, bezeichnete er als „Stück internationaler Revolution“<sup>69</sup>, die man natürlich im Keime unterdrücken müsse. Diese reaktionären Ansichten der zaristischen Diplomatie stimmten mit den Ansichten der reaktionären Diplomatie des deutschen Imperialismus völlig überein, und damit wurde noch ein Stein in die Politik des Status quo im Nahen Osten gelegt.

Die Bereitschaft Murawjows, diese Politik zu betreiben, erfreute die deutschen Machthaber sehr, und sie becilten sich, darüber auch nach Wien zu berichten.<sup>70</sup> Der Erfolg der deutschen Diplomatie schien auch noch deshalb begründet zu sein, weil es ihr gelang, Murawjow das Einverständnis mit dem Erwerb eines „Stützpunktes“ in Ostasien durch Deutschland zu entreißen.<sup>71</sup> Zwar verheimlichte Murawjow dies vor dem Zaren<sup>72</sup>, aber in Berlin ahnte man das damals noch nicht. Die deutsche Regierung hatte den Weg zur Annäherung an Rußland gefunden und war befriedigt, als sie sah, daß ihre Politik im Nahen Osten bereits die ersten politischen Dividenden im Fernen Osten brachte.

Am 2. Februar reiste Murawjow aus Berlin ab. Vor der Abreise erörterte er mit Marschall Fragen, die die Einstellung des Zollkrieges betrafen, den die deutsche Regierung seit einigen Monaten den deutschen Großagrariern zuliebe gegen Rußland führte. Murawjow versprach, den Finanzminister Witte zu überreden, den politischen Zielen zuliebe einige ökonomische Zugeständnisse an Deutschland zu machen.<sup>73</sup> Eine Woche später (am 9. Februar) wurde das russisch-deutsche Abkommen unterzeichnet, das den neu aufgeflackerten Zollkrieg liquidierte. Die deutsche Regierung hatte sich einige Zugeständnisse handelspolitischen Charakters ausbedungen und versuchte auf diese Weise, den Appetit der Junkerklasse nach Möglichkeit zu befriedigen. Diese im Lande herrschende Klasse konnte sich wieder einmal davon überzeugen, daß ihr die imperialistische Politik der Regierung Vorteile brachte. Aber diesmal beurteilten die Junker diese Vorteile als elende Brosamen, mit denen sie sich keinesfalls zufriedengeben könnten. Der Bund der Landwirte setzte die Agitation für völligen Verzicht auf die Politik der Handelsverträge mit fremden

<sup>69</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3426, Aufzeichnung Marschalls, 31. Januar 1897.

<sup>70</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3429, Wilhelm II. an Eulenburg, 3. Februar 1897.

<sup>71</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3426, Aufzeichnung Marschalls, 31. Januar 1897.

<sup>72</sup> «Красный архив», Bd. XLVII–XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, S. 85 ff.

<sup>73</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3426, Aufzeichnung Marschalls, 31. Januar 1897.



Mächten fort und forderte, daß die Regierung die Grenzen überhaupt schließe und die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Rußland und aus Österreich-Ungarn nach Deutschland unterbinde.<sup>74</sup>

Dies hinderte die Agrarkreise nicht, die Annäherung an das zaristische Rußland in politischer Hinsicht zu billigen. Die militärischen Kreise waren ebenfalls zufrieden. Sie hofften, daß diese Annäherung die Zange des französisch-russischen Bündnisses lockern würde. In den Kreisen der Großbourgeoisie — der Finanz-, der Industrie- und der Handelsbourgeoisie — war die Stimmung unterschiedlich und sogar widerspruchsvoll.

Stumm, Kardorff und andere Magnaten der Schwerindustrie, die mit den Großbanken eng liiert waren, gingen in politischen Fragen gern mit dem Junkertum. Da sie die englischen Imperialisten als ihre Rivalen betrachteten, hielten sie die Annäherung an Rußland in der gegebenen Etappe für nicht ungünstig. Krupp, der alte Lieferant der türkischen Armee<sup>75</sup>, war an der Aufrechterhaltung des Status quo des Ottomanischen Reiches ganz besonders interessiert, genauso wie die Deutsche Bank und die anderen Banken, die ihre ersten Fühler bereits nach Kleinasien ausgestreckt hatten und sich darauf vorbereiteten, ihre Expansion nach dem Nahen Osten zu verstärken.<sup>76</sup> Für sie war die weitere Unantastbarkeit der Interessen des Sultans und seines Staates eine Voraussetzung für ihre weiteren Erfolge. Gegner einer Annäherung an Rußland blieben jene Gruppen des Bankkapitals, die mit den Londoner Banken liiert waren und hofften, daß diese ökonomischen Verbindungen ihnen große Vorteile bringen und die Möglichkeiten eines energischen Vordringens — vorläufig unter englischer Obhut — in neue Sphären der Kapitalinvestition erschließen würden. Hinter diesen Gruppen standen andere, weitere Kreise: die Hansa-Exporteure und Schiffseigner sowie die Handels-, Industrie- und Kolonialkreise, die an der Aufrechterhaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu England und zu dem ganzen umfangreichen Markt des britischen Empire unmittelbar interessiert waren. Politisch wurden diese verschiedenartigen

<sup>74</sup> Da der Bund der Landwirte befürchtete, daß die Regierung in der Frage der Zulassung landwirtschaftlicher Produkte (Fleisch und Geflügel) Rußland entgegenkommen könnte, überreichte er Hohenlohe ein Memorandum, in dem er vor derartigen Maßnahmen warnte. Er forderte, daß die Einfuhr dieser Produkte nicht nur aus Rußland, sondern auch aus Dänemark, Schweden, Norwegen und sogar aus Österreich-Ungarn gesperrt werde. Das Memorandum des Bundes der Landwirte wurde in der „Nationalzeitung“ am 24. Dezember 1896 veröffentlicht. Die beharrlichen Forderungen des Bundes der Landwirte erregten die Aufmerksamkeit der russischen Diplomatie. (Архив МИД, К. 19, Blatt 63, Depesche Osten-Sakens, 24. [12.] Dezember 1896, Nr. 59.)

<sup>75</sup> Bernhard Menne, „Krupp, Deutschlands Kanonenkönige“, S. 154/155.

<sup>76</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 85/86.

Interessen durch einige Elemente der Nationalliberalen Partei sowie durch die Anhänger Richters, Rickerts und Barths vertreten. Eine besondere Rolle spielte die in West- und Süddeutschland einflußreiche katholische Zentrumsparlei, die der Meinung war, daß die Annäherung an Rußland der Aufrechterhaltung der engen politischen Beziehungen mit der verbündeten katholischen Habsburger Monarchie ernststen Schaden zufüge.

Indessen stützte sich der Leiter des Auswärtigen Amtes, Marschall von Bieberstein, im Reichstag so oder anders gerade auf diese Parteien. So geschah es, daß er in den Fragen der Außenpolitik den Willen jener erfüllte, die ihn haßten, und sich den Wünschen jener widersetzte, die ihn unterstützten. Das konnte seine Stellung nicht festigen. Im Gegenteil, sie wurde noch schwankender, noch unbeständiger. Unter dem Einfluß der ihn umgebenden Hofclique der preußischen Reaktionäre und der Militärs suchte Wilhelm nach einem Anlaß, um Marschall, den man des süddeutschen „Liberalismus“ und der Beziehungen zu den Ultramontanen bezichtigte, ganz und gar loszuwerden. Bereits Anfang Januar sagte Wilhelm zu General Waldersee: „Ich sehe, ich kann mit diesen süddeutschen Ministern nicht zusammenwirken. Sie verstehen mich nicht. Ich nehme mir wieder Norddeutsche oder Altpreußen; spätestens zum Frühjahr schicke ich die Gesellschaft fort.“ „Gebe Gott, daß er es auch tut“, schrieb Waldersee in sein Tagebuch.<sup>77</sup>

Bismarck, ein Feind des Kaisers und Waldersees, schmiedete auch arge Ränke gegen den schwachen und unbedeutenden Hohenlohe und insbesondere gegen den „liberalisierenden“ Marschall, von dem er verächtlich sagte, er sei kein „ministre des affaires étrangères“, sondern ein „ministre étranger aux affaires“<sup>78</sup>. Die Hamburger Enthüllungen Bismarcks hatten bereits gezeigt, welchen gewaltigen Einfluß der verabschiedete „eiserne Kanzler“ im Lager des preußischen Junkertums hatte. Es gab einen Augenblick, da Hohenlohe, wie wir gesehen haben, ernstlich damit rechnete, sein Amt als Reichskanzler an Bismarck abtreten zu müssen.<sup>79</sup>

Das trat nicht ein, weil Wilhelm keine Aussöhnung mit dem „eisernen Kanzler“ und erst recht keine Rückgabe der diktatorischen Gewalt an diesen wünschte. Der Kaiser hatte seinen Kandidaten aus den militärischen Hofkreisen: Generalfeldmarschall Waldersee. Dieser Rivale Bismarcks konnte den altpreußischen Junkern und der preußischen Militärclique imponieren, die bestrebt waren, die letzten Überreste des jämmerlichen „neuen Kurses“ so rasch wie möglich zu liquidieren und den allgemeinen politischen Kurs der Regierung entschlossen in die Bahnen finsterster Re-

<sup>77</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 382/383.

<sup>78</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 8.

<sup>79</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 278.

aktion und drakonischer Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse zu lenken. Waldersee hatte einen großen politischen Geheimplan ausgearbeitet und dem Kaiser vorgelegt.<sup>80</sup> Dieser Plan sah einen Staatsstreich, die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts, die Zerschmetterung der Sozialdemokratischen Partei und blutige Repressalien gegen die Arbeiterklasse vor. Für den Fall, daß dieser Plan auf Widerstand seitens der süddeutschen Staaten stoßen sollte, schlug Waldersee vor, nicht davor zurückzuschrecken, Preußen aus dem Reich herauszulösen oder das Reich nach neuen Prinzipien umzubauen. Der Kaiser war mit seinem preußischen Kandidaten für die Rolle eines deutschen Cavaignac sehr zufrieden. „Ich weiß“, sagte er ihm, „wenn es zum Schießen kommen muß, so werden Sie es gründlich tun.“<sup>81</sup> Doch nicht nur die süddeutschen Regierungen, sondern sogar das preußische Ministerium erschrak vor den abenteuerlichen Plänen Wilhelms und Waldersees und weigerte sich, sie zu unterstützen. „Sie hätten mal die Gesichter der Herren sehen sollen; ich dachte, sie würden in die Erde sinken“, beklagte sich Wilhelm bei General Waldersee.<sup>82</sup>

Jedenfalls mußte der Plan des Staatsstreichs erneut zurückgestellt werden. Dieser Plan lebte jedoch in den Geistern und Herzen der Hofclique und der preußischen Konservativen einige Monate lang weiter. Die Spitze der Konservativen Partei erörterte insgeheim die Kandidatur Waldersees und nahm sie im allgemeinen günstig auf. Die nationalliberalen Kreise jedoch widersprachen entschlossen sowohl der Ernennung Waldersees zum Reichskanzler wie auch seinen abenteuerlichen Plänen.<sup>83</sup> Die deutsche Bourgeoisie fürchtete sich, offen mit dem Feuer zu spielen. Sie zog es vor, sich an den „gesetzlichen“ Weg der Stärkung des reaktionären Kurses in der Innenpolitik zu halten.

Auf diese Weise hielt sich die Regierung Hohenlohe-Marschall an der Macht. Aber ihre Stellung blieb weiterhin äußerst unsicher. Auch die Außenpolitik der Regierung rief in verschiedenen Kreisen der herrschenden Klassen starke Unzufriedenheit hervor. Die Junker haßten Marschall als Vertreter der Politik der Handelsverträge. Die dem Alldeutschen Verband nahestehenden Kreise beschuldigten Marschall der Unentschlossenheit und mangelnder Aktivität.

Sie hielten seine Politik für nicht aggressiv genug, für nicht „deutsch“ genug. Den Kampf gegen Marschall führten auch jene imperialistischen Kreise, die an der Schaffung einer großen Kriegsflotte unmittelbar interessiert waren. Sie suchten nach einer starken Figur, die die Verwirklichung

---

<sup>80</sup> Waldersee. „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 386—389.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 390.

<sup>82</sup> Ebenda.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 397.

dieser Interessen politisch gewährleisten könnte. Das alles schuf in den Hof- und Regierungskreisen eine Atmosphäre, in der mehr als sonst die Intrigen einzelner Cliquen und Parteien, Gruppen und sogar Einzelpersonen blühten. Im Auswärtigen Amt intrigierte Holstein. Da er den nahen Sturz Marschalls spürte, dachte er daran, wie er sich selbst halten könnte. Außerhalb des Amtes betrieb Wilhelm, oftmals geheim, eine aktive „persönliche“ Diplomatie, wobei er die offizielle Diplomatie umging, in Widerspruch zu ihr handelte und sie später selbst beschuldigte, daß sie nicht mit ihm Schritt halte. Wahre oder eingebildete Erfolge schrieb er sich selbst, Mißerfolge dagegen Marschall und Holstein zu, den er nicht mochte, aber fürchtete.

Da Marschall keinen festen politischen Boden unter den Füßen hatte und verschiedenartigen Einflüssen ausgesetzt war, schwankte er in den Fragen der Diplomatie ständig, flatterte von einer Entscheidung zur anderen und kam oftmals überhaupt zu keiner Entscheidung. Er ging an die Festigung der Beziehungen zu Österreich-Ungarn und zu Italien gerade erst heran, als es auch schon notwendig wurde, Annäherung an das zaristische Rußland zu suchen. Er machte sich daran, als er plötzlich erfuhr, daß sich Wilhelm bereits mit Plänen einer gegen Rußland gerichteten Annäherung an Frankreich trage.<sup>84</sup> Während sich die offizielle Diplomatie damit befaßte, diesen unerwarteten Sprung des Kaisers zu verhindern, mußte sie selbst einen Sprung unternehmen, die Politik der aktiven Anstiftung Rußlands zur Inbesitznahme der Meerengen auf dem Wege des Krieges gegen England vorübergehend aufgeben und zur Politik des Status quo im Nahen Osten übergehen. Aber Wilhelm ermunterte Rußland, wie wir gesehen haben, ohne Wissen seiner eigenen Regierung, immer noch zum Kriege gegen England, ohne den Standpunkt seines österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zu beachten. Später, als er sah, daß die österreichisch-ungarische Regierung, nachdem sie die Hoffnung, sich mit England über einen Kampf gegen Rußland verständigen zu können, aufgegeben hatte, nach Wegen zu einem Abkommen mit Rußland suchte, beeilte er sich, nach Wien zu reisen, um Franz Joseph und Goluchowski zu diesem Abkommen zu bewegen. Vor der Reise des österreichischen Kaisers nach Petersburg gab er ihm persönliche Ratschläge politischen Charakters, wie man in Rußland Erfolge erringen könne.<sup>85</sup>

Diese Seite seiner Tätigkeit verheimlichte der Kaiser vor seinen Ministern.<sup>86</sup>

<sup>84</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 297.

<sup>85</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3125, Tschirschky an Hohenlohe, 1. Mai 1897 (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).

<sup>86</sup> Vgl. G. P., Bd. 13, Nr. 3406, Eulenburg an Marschall, 23. April 1897.

Ende April 1897 begaben sich Franz Joseph und Goluchowski nach Petersburg, und als Ergebnis der dort geführten Besprechungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wurde ein Abkommen in der Balkanfrage erreicht. Die ersten Nachrichten über den Verlauf der Besprechungen versetzten Wilhelm in Begeisterung: „Entrevue ganz nach meinen Wünschen verlaufen. Resultate der Besprechungen sehr erfreulich.“ Er teilte Goluchowski mit, „er schlosse sich von ganzem Herzen der vorgeschlagenen Linie an“, in der er einen „Zusammenschluß der Kontinentalmächte“ erblickte.<sup>87</sup> Er wollte, daß dieses Abkommen vor allem eine englandfeindliche Spitze haben sollte.

Aber als einige Tage später in Berlin die Einzelheiten des österreichisch-russischen Abkommens bekannt wurden, wurden sie von der offiziellen Diplomatie weit weniger begeistert aufgenommen. Das Abkommen sah die Verpflichtung beider Mächte, Rußlands und Österreich-Ungarns, vor, die Lage auf dem Balkan aufrechtzuerhalten und für den Fall, daß sich diese ändere, die gegenseitigen Interessen zu berücksichtigen. Die Frage Konstantinopels und der Meerengen wurde im Abkommen nicht berührt. In einer besonderen Note formulierte Goluchowski die Interessen Österreich-Ungarns: das Recht, die Okkupation der von Slawen bevölkerten Gebiete Bosnien und Herzegowina in eine Annexion zu verwandeln, Anschluß eines Teils des Sandschaks Nowibazar, keine Bildung eines großen slawischen Staates auf dem Balkan und Albanien als selbständiger Staat. In einer Antwortnote weigerte sich Murawjow, „Fragen der Zukunft“ im voraus festzulegen.

Somit lief das Abkommen, ohne die Gegensätze zwischen Rußland und Österreich-Ungarn für die Zukunft zu beseitigen, auf die Anerkennung der Bereitschaft beider Mächte hinaus, den Status quo auf dem Balkan aufrechtzuerhalten.<sup>88</sup> Nachdem sich die österreichisch-ungarische Regierung davon überzeugt hatte, daß man auf England nicht rechnen konnte, war sie gezwungen, den Appetit jener Kreise der österreichischen Bourgeoisie und der ungarischen Agrarier zu dämpfen, die eine aktive Balkanpolitik zur Eroberung von Saloniki forderten. Das Wiener Kabinett, das auf dem Gebiet der Innenpolitik unter Schwierigkeiten zu leiden hatte (vor allem in Bosnien, wo es den Behörden nicht gelang, die Beziehungen zu der örtlichen serbischen Bevölkerung zu regeln), mußte vorläufig auf den Erwerb

<sup>87</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3123, Wilhelm II. an Lichnowsky, 1. Mai 1897.

<sup>88</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3126, Goluchowski an Szögyény, 5. Mai 1897. Der Text der beiden Noten wurde erstmalig von Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914“, S. 78 ff. mitgeteilt. (Siehe „Geschichte der Diplomatie“, Bd. II, „Die Diplomatie der Neuzeit (1872–1919)“, Moskau 1947, S. 152 bis 153.

neuer Gebiete, insbesondere solcher mit slawischer Bevölkerung, verzichten. Aber es wollte nicht zulassen, daß slawische Staaten wie Bulgarien und insbesondere das angrenzende Serbien ihre Gebiete auf Kosten der von Stammesbrüdern bevölkerten türkischen Länder erweiterten. Die Schaffung Albaniens sollte einerseits nicht zulassen, daß Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer erhalte, und anderseits, daß Italien an der adriatischen Küste der Balkanhalbinsel Fuß faßte.

Das Abkommen mit Rußland rief in den Kreisen der österreichischen Bourgeoisie und der ungarischen Magnaten, die sich in dem Bestreben, Saloniki zu erobern, auf Deutschland orientiert hatten, eine gewisse Enttäuschung hervor, sie waren überzeugt, daß Deutschland ihre aggressive rußlandfeindliche Politik auf dem Balkan unbedingt unterstützen würde.<sup>89</sup> Dafür begrüßten weitere Kreise, die den Krieg gegen Rußland fürchteten, dieses Abkommen als einen Faktor des Friedens.<sup>90</sup> Da sie die Seite der Angelegenheit, die sich hinter den Kulissen abgespielt hatte, und die wahre Rolle der deutschen Diplomatie nicht kannten, waren diese Kreise der Meinung, daß das Abkommen mit Rußland Österreich-Ungarn die Möglichkeit gebe, sich von der aufdringlichen deutschen Bevormundung zu befreien sowie eine größere Selbständigkeit und Manövrierfähigkeit nicht nur in Fragen der Außenpolitik, sondern auch in inneren Fragen des Habsburger Reiches zu gewinnen. Den herrschenden Klassen Deutschlands gefiel eine solche Tendenz natürlich nicht.

Bald darauf konnte die deutsche Diplomatie in den höchsten Sphären Österreich-Ungarns noch unerwünschtere und gefährlichere Tendenzen feststellen. Einige Kreise der alten österreichischen Feudalaristokratie und Bürokratie und zum Teil die militärischen Kreise betrachteten das Abkommen mit Rußland als den ersten Schritt zum allgemeinen Umbau des Dreibunds. Sie träumten von der Wiedererneuerung des Dreikaiserbunds, des Bundes zwischen Österreich, Rußland und Deutschland. Sie rechneten darauf, daß dieses Bündnis die Bewegung der slawischen Völker sowie den

---

<sup>89</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3118, Eulenburg an Marshall, 6. März 1897.

<sup>90</sup> Der deutsche Geschäftsträger in Wien, Lichnowsky, der über die Stimmungen dieser Kreise berichtete, schrieb ironisch: „Der Friede ist gesichert! Der europäische Friede, für den schon wieder so viel Tinte vergossen worden war! Wahre Friedensorgien wurden in der hiesigen Presse gefeiert, der Anbruch eines goldenen Zeitalters idyllischer Brüderlichkeit gepriesen. Was hat auch Österreich und Ungarn zu fürchten, wenn Rußland sich mit ihnen geeinigt hat? Der öffentlichen Meinung war ein Alp vom Herzen gefallen, und alle Angst vor den etwaigen Folgen orientalischer Verwickelungen, welche dem Zeitungspilaster schon so oft den Genuß seines bürgerlichen Lebens verdorben hatte, hat wieder einer selbstbewußteren Behaglichkeit Platz gemacht.“ (G. P., Bd. 12, Nr. 3124, Lichnowsky an Hohenlohe, 5. Mai 1897.)

ständigen Druck des deutschen Bundesgenossen schwächen und die Möglichkeit bieten würde, sich gegen Italien zu wenden. Diese Pläne wurden in den Spalten einiger einflußreicher österreichischer Zeitungen, zum Beispiel der „Neuen Freien Presse“, erörtert, und Goluchowski mußte im Gespräch mit deutschen Diplomaten von diesen Zeitungen abrücken und versichern, er strebe lediglich danach, seine Politik mit der Balkanpolitik Deutschlands und Rußlands in Einklang zu bringen.<sup>91</sup> Aber in den führenden Kreisen der offiziellen deutschen Diplomatie legte sich diese Unruhe nicht. Sie steigerte sich vielmehr in dem Maße, in dem es klar wurde, daß das Abkommen mit Rußland gerade den politischen Elementen in Österreich-Ungarn am meisten Kräfte verliehen hatte, die gegen die Annäherung an Deutschland waren.

Eben zu dieser Zeit war das Ministerium Badeni gezwungen, den Tschechen einige Zugeständnisse zu machen, indem es Erlasse veröffentlichte, die den Tschechen einige Rechte bei der Benutzung der Muttersprache einräumten. Die Erlasse waren ein Zugeständnis Badenis an die jungtschechische Partei dafür, daß diese sich an den parlamentarischen Kombinationen beteiligte und die Regierung im Reichsrat unterstützte. Diese Partei hatte keine umfassende demokratische Volksbewegung unter den Tschechen geweckt. Ihre Politik war derart, daß die nationale Bewegung einen beschränkten, nach einem Ausspruch J. W. Stalins, „Sprachen“-Charakter erhielt, „zu einer Kette kleiner Geplänkel wird und in Skandale und einen ‚Kampf‘ um Firmenschilder ausartet (einige Kleinstädte in Böhmen)“<sup>92</sup>.

Aber selbst der zahme Charakter der Sprachreformen Badenis in den tschechischen Ländern rief eine Protestwelle unter den streitbaren deutschen Chauvinisten hervor.<sup>93</sup> Die deutschen reaktionären Parteien reagierten mit einer stürmischen Parlamentsobstruktion. Die Alldutschen in Deutschland (Hasse) und in Österreich (Schönerer) entfesselten eine wütende Kampagne gegen die Erlasse Badenis, gegen die „Verschechung“ Österreichs und gegen die Slawen im allgemeinen. Sie machten sich diese Kampagne zunutze, um ihren zoologischen „Germanismus“ durchzusetzen. Sie waren der Meinung, daß das österreichisch-russische Abkommen die nationale Bewegung der Tschechen und der anderen Österreich-Ungarn bevölkernden slawischen Nationen stärken würde. Nicht nur der Alldutsche Verband, sondern auch breitere Kreise der preußisch-deutschen Reaktion, die dieser Bewegung Haß entgegenbrachten, waren durch die Erlasse Badenis äußerst

<sup>91</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3120, Lichnowsky an Hohenlohe, 27. April 1897.

<sup>92</sup> J. W. Stalin, „Marxismus und nationale Frage“; Werke, Bd. 2, S. 281.

<sup>93</sup> «История Чехии». Unter Redaktion des Akademienmitglieds W. J. Pitsheta, Moskau 1947, S. 171.

gereizt und machten daraus kein Hehl. Mommsen, der preußische Historiker des alten Roms, veröffentlichte in der Presse einen ungehörlichen und frechen Brief, in dem er den Ratschlag gab, die Tschechen auf die harten Köpfe zu schlagen.<sup>94</sup> Die ganze deutsche Presse begrüßte diesen Brief mit Begeisterung. In Österreich benutzte ihn die politische Bande Schönerers weitgehend zu Reklamezwecken. In den herrschenden Kreisen Österreichs, vor allem in den katholischen, rief diese offene Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten des Habsburger Reiches Verärgerung und Protest hervor. In ihren Augen stieg der Wert des österreichisch-russischen Abkommens noch mehr. Schon etwas vorher teilte Lichnowsky aus Wien mit: „Die Klerikalen und ihre slawischen Freunde jubeln: Nun sind wir den Strick um den Hals, den Deutschen, losgeworden . . . Wie im Innern, so nach außen bleibt das konservative Programm: Rußland und der Papst.“<sup>95</sup> Im ersten Augenblick war die Beunruhigung der deutschen diplomatischen Kreise über die mögliche Neuorientierung Österreich-Ungarns so stark, daß Lichnowsky gemeinsam mit dem italienischen Botschafter in Wien, Graf Nigra, die Frage erörterte, ob Österreich-Ungarn nicht überhaupt aus dem Dreibund austreten würde. Sie kamen zu der Schlußfolgerung, daß die klerikalen und slawischen Elemente dies nicht erreichen könnten, erstens, weil diese Politik den grundlegenden Interessen und der staatlichen Dualität der Habsburger Monarchie widersprechen würde und zweitens, weil Österreich-Ungarn zwischen Deutschland und Italien eingezwängt sei und nicht wagen werde, den allgemeinen Kurs seiner Politik zu ändern.<sup>96</sup>

Trotzdem blieb in der deutschen Diplomatie ein gewisses Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn. Es wurde durch Stimmungen verstärkt, die unter den Marshall nahestehenden katholischen Kreisen vor allem Süddeutschlands verbreitet waren. Wenn die österreichischen Katholiken das Abkommen mit Rußland unterstützten, so lehnten die deutschen Katholiken dieses Abkommen offen ab und beschuldigten das Habsburger Reich, „das sich als ein deutsches Reich bezeichnet“, sich in die Arme Rußlands geworfen zu haben.<sup>97</sup> Noch unzufriedener waren, wie wir gesehen haben, die Kreise des Alldeutschen Verbandes und seine politischen Agenten in Österreich. Das russisch-österreichische Abkommen über den Status quo auf dem Balkan entsprach in keiner Weise ihren weitgehenden politischen Plänen. Sie hätten die Entfaltung der österreichischen Expansion auf dem Balkan vor allem in Richtung des Adriatischen Meeres gern gesehen. Diese Expansion

<sup>94</sup> „Neue Freie Presse“ vom 31. Oktober 1897.

<sup>95</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3124, Lichnowsky an Hohenlohe, 5. Mai 1897.

<sup>96</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3128, Lichnowsky an Hohenlohe, 7. Mai 1897.

<sup>97</sup> E. Malcolm Carol, „Germany and the Great Powers, 1866–1914“, S. 381.



betrachteten sie als eine Etappe zur Vorbereitung „Mitteleuropas“. Durch Verwirklichung dieses Planes hätte der deutsche Imperialismus einen unmittelbaren Ausgang zum Mittelmeer gefunden.

Äußerste Unzufriedenheit löste das russisch-österreichische Abkommen unter den führenden Kreisen der deutschen Sozialdemokratie aus. Schon anlässlich der Reise Franz Josephs und Goluchowskis nach Petersburg schrieb der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei: „Jedenfalls kann von einer Front des Dreibunds gegen Rußland nicht mehr die Rede sein.“ Die Existenz dieses aggressiven Blocks hielt die Sozialdemokratie somit für berechtigt. Die Zeitung übertrieb unmäßig den Einfluß des zaristischen Rußlands in Angelegenheiten der internationalen Politik, indem sie schrieb: „Rußland nähert sich mit Riesenschritten den Zielen seiner Politik. Es ist auf dem besten Wege, England völlig zu isolieren, in Ostasien freie Hand zu erhalten, das entscheidende Wort im Orient zu sprechen... Frankreichs Regierung liegt ihm zu Füßen, Italien ist ihm... nahegekommen. Deutschland und Österreich betonen die Gemeinsamkeit der Interessen mit dem Weltreiche der Knute... Europa ist kosakisch geworden.“<sup>98</sup> In Wirklichkeit war „Europa“ bereits imperialistisch geworden, während das zaristische Rußland, wie J. W. Stalin sagt, „die Rolle einer Hilfsreserve für die Hauptmächte Europas“<sup>99</sup> zu spielen begann. Nichtsdestoweniger ignorierte die deutsche Sozialdemokratie die Bedeutung dieser überaus wichtigen Tatsachen und rief im Grunde genommen dazu auf, das militaristische Deutschland solle den Weg des Kampfes gegen Rußland einschlagen und sich zu diesem Zweck dem imperialistischen England nähern.

Im Gegensatz dazu waren das Bismarcksche Lager<sup>100</sup>, die junkerlichen Kreise in Deutschland sowie ein bedeutender Teil der bürgerlich-imperialistischen Kreise Deutschlands im allgemeinen über die russisch-österreichische Annäherung befriedigt. Genauso wie der Kaiser erblickten sie in der Annäherung, nach einer Formulierung der „Hamburger Nachrichten“, eine Kampfswaffe „gegen den gemeinsamen Feind“ – England.<sup>101</sup> Alle begriffen, daß dieses Abkommen vorübergehend war<sup>102</sup>, und machten sich Gedanken darüber, wie man es im eigenen Interesse ausnutzen könnte. Einige Monate später kam Holstein zu der Schlußfolgerung, daß dieses Abkommen für die Zukunft eine Verschärfung der Gegensätze zwischen

<sup>98</sup> „Vorwärts“ vom 29. April 1897.

<sup>99</sup> J. W. Stalin, „Über Engels' Artikel „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums““; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1212.

<sup>100</sup> „Leipziger Neueste Nachrichten“ vom 30. April 1897. (Siehe Johannes Penzler, „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“, Bd. 7, S. 291–294.)

<sup>101</sup> E. Malcolm Caroll, „Germany and the Great Powers, 1866–1914“, S. 381.

<sup>102</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3127, Marschall an Hatzfeldt, 7. Mai 1897.

Österreich-Ungarn und Rußland in der Frage der Meerengen sowie zwischen Österreich-Ungarn und Italien in der Frage Albaniens in sich berge.<sup>103</sup> Was aber die Politik des anderen Partners, Rußlands, betrifft, so war es klar, daß dieses Abkommen über den Status quo auf dem Balkan eine Stärkung seiner Aktivität im Fernen Osten nach sich ziehen würde. Die deutsche Diplomatie erblickte ihre Aufgabe darin, durch Beobachtung eines jeden Schrittes Österreich-Ungarns in seinen Beziehungen zu Rußland und England, Nutzen sowohl aus der Politik des Status quo auf dem Balkan als auch aus der Teilnahme an der Politik der Expansion der imperialistischen Mächte im Fernen Osten zu ziehen.

## 3

Im Frühjahr 1897, als sich in Berlin, Wien und Petersburg, überall aus anderen Motiven, endgültig die Formel – Politik des Status quo auf dem Balkan – herauskristallisierte, brach zwischen zwei Balkanstaaten (Griechenland und Türkei) der Krieg aus, der diese Politik gleich am Anfang zu durchkreuzen drohte. Die dem Krieg vorangegangenen Ereignisse haben in nicht geringem Maße dazu beigetragen, daß Österreich-Ungarn und Rußland zu einem Abkommen über Balkanfragen kamen und die deutsche Diplomatie sich insgeheim an der Vorbereitung dieses Abkommens beteiligte.

Bereits Ende 1894 lebte auf der Insel Kreta unter der Bevölkerung, die in der Hauptsache griechischer Nationalität war, die Bewegung gegen die türkische Herrschaft wieder auf. Durch grausame Maßnahmen, durch Morde und Niederbrennen ganzer Dörfer, gelang es den türkischen Behörden, diese Bewegung vorübergehend niederzuschlagen. Trotzdem war der Sultan gezwungen zu versprechen, daß er einige Reformen zugunsten der christlichen Bevölkerung Kretas durchführen werde. Seine Versprechungen blieben auf dem Papier. Nun unternahm die griechische Regierung unter dem Einfluß der das ganze Land umfassenden nationalen Bewegung, aus Furcht, ihre Popularität einzubüßen und die herrschende dänische Dynastie Glücksburg der Unterstützung zu berauben, einige Versuche, das Los der Kretabevölkerung zu erleichtern. Vor allem wandte sie sich an fast alle Großmächte mit der Bitte, sie möchten den Sultan zwingen, die vorgesehenen Reformen durchzuführen. Zu diesem Zweck wandte sie sich auch nach Berlin, fand dort aber eine recht kühle Aufnahme. Die deutsche Regierung wollte es offensichtlich vermeiden, einen Druck auf den Sultan auszuüben.<sup>104</sup>

<sup>103</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3130, Aufzeichnung Holsteins, 13. Juli 1897.

<sup>104</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2992, Marschall an Plessen, 6. Mai 1896.

Im Juni 1896 verstärkte sich die Bewegung auf Kreta. Sie hatte das Ziel, die christlichen Landarbeiter und kleinen Bodenpächter aus der Sklaverei der mohammedanischen Gutsbesitzer zu befreien, Kreta von der Türkei zu lösen und mit Griechenland zu vereinigen. Der objektive Inhalt dieser Ereignisse in Griechenland und auf Kreta war der gleiche wie der der armenischen Unruhen in Kleinasien und in Konstantinopel. Das waren, wie Lenin später feststellte, „bürgerlich-nationale Bewegungen oder ‚Krämpfe‘ der sich von verschiedenen Formen des Feudalismus befreienden bürgerlichen Gesellschaft... Die Volksbewegung... war damals allgemein-demokratisch, d. h. ihrem ökonomischen Inhalt und ihrem Klasseninhalt nach bürgerlich-demokratisch.“<sup>105</sup>

In den herrschenden Klassen Deutschlands und insbesondere in den regierenden Kreisen fand die nationale Bewegung auf Kreta und in Griechenland keinerlei Sympathien. Sie rief vielmehr in diesen Kreisen Gefühle der Verärgerung, der Furcht und sogar des Hasses hervor. Der herrschenden Klasse der Agrarier und ihren Vertretern in den Berliner Regierungskanzleien war der Gedanke an eine selbst mittelbare Unterstützung der Bewegung der Landarbeiter und Kleinpächter gegen die feudalen Großgrundbesitzer, wo diese auch sein mochte, einfach unerträglich. Später, als sich diese Stimmungen endgültig herauskristallisiert hatten, spiegelte sie Wilhelm recht anschaulich und auf jeden Fall offenerherzig in einem Brief an den Zaren wider. Er schrieb ihm über die Aufständischen auf Kreta, „die alle miteinander in der Hölle braten mögen“, daß sie beabsichtigen, „die Muselmanen zu vertreiben, die Eingeborene und Bewohner Kretas genau wie die christlichen Aufrührer sind, nur vom Islam bekehrt, die die Landeigentümer sind, nachdem jene alles verloren haben, was sie besitzen, und die nun ihr Land den Christen abtreten sollen, die bisher ihre bezahlten Sassen und Feldarbeiter waren und sich gegen ihre Herren empört haben. Das ist die Kretafrage in einer Nußschale! Und so was nenne ich glattweg Räuberei!“<sup>106</sup> Der preußische Junker glaubte die aufständischen Bewohner Kretas schon auf seinem eigenen Gut zu sehen.

Die Kreise der deutschen Großbourgeoisie sahen ebensowenig eine Veranlassung, der Bewegung in Griechenland und auf Kreta Wohlwollen entgegenzubringen. Diese Kreise waren schon seit langem Träger reaktionären Geistes und Anhänger der reaktionären Politik geworden. Hasse, der Führer des Alldeutschen Verbandes, und Richter, der Führer der Freisinnigen, wiesen einmütig darauf hin, daß die alten, sentimental griechenfreundlichen Stimmungen, die einstmals in Deutschland vorwiegend unter der Bourgeoisie und der Intelligenz verbreitet waren, endgültig

<sup>105</sup> В. И. Ленин, «Под чужим флагом», Сочинения, Bd. 21, S. 127.

<sup>106</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 60/61.

verschwunden seien.<sup>107</sup> An der Förderung der guten Beziehungen zu Griechenland waren nur jene kleinen Kaufmannskreise interessiert, die Handel mit Griechenland trieben und sich der Vermittlung der griechischen Kaufleute bedienten, die einen bedeutenden Teil des Handels mit der Levante in ihren Händen hielten.<sup>108</sup> Aber die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Griechenland waren unbedeutend, und die daran interessierten deutschen Kreise hatten keinen wesentlichen politischen Einfluß.

In höherem Maße mußte die Regierung mit den Stimmungen und Forderungen der deutschen Besitzer griechischer Anleihen rechnen. Insgesamt waren in Deutschland griechische Papiere für 200 Millionen Mark<sup>109</sup> vorwiegend bei kleinen und mittleren Anleihebesitzern untergebracht. Das Interesse dieser zahlreichen Anleihebesitzer für die griechischen Angelegenheiten äußerte sich lediglich in dem Wunsch, die in ihrem Besitz befindlichen, infolge der Zerrüttung der griechischen Staatsfinanzen teilweise entwerteten Papiere mögen wieder im Kurs steigen und beginnen Prozente zu tragen. Diese Anleihebesitzer waren über die Politik der griechischen Regierung erbost. Wenn sie sich mit Kretaangelegenheiten befaßte, leerte sie ihre Schatzkammer nur noch mehr und vergaß dabei ihre direkte Pflicht: hohe Prozente auszuzahlen und ihre Schuld zu tilgen. Diese Menschen waren der Meinung, die deutsche Regierung müsse ihnen helfen, von Griechenland ihr Geld zu bekommen. Marschall versprach, ihre Interessen zu berücksichtigen<sup>110</sup>, schob aber die Angelegenheit hinaus und unternahm nichts. Er begriff, daß man zur Wahrnehmung der Interessen der Anleihebesitzer Besprechungen mit der griechischen Regierung aufnehmen mußte und daß man von Griechenland Zugeständnisse in Finanzfragen nur gegen Unterstützung in politischen Fragen erreichen könnte.<sup>111</sup> Indessen würde jeder politische und sogar auch nur diplomatische Schritt in Richtung Griechenland gegen den Sultan und das Ottomanische Reich gerichtet sein. Zu dieser Zeit waren in der Direktion der Deutschen Bank<sup>112</sup> und in den Leitungen der größten Konzerne der Schwerindustrie bereits umfangreiche Pläne für das wirtschaftliche Eindringen in das Ottomanische Reich und für dessen politische Versklavung ausgereift. Deshalb waren die Asse des deutschen Finanzkapitals daran interessiert, dieses Reich unversehrt und unangetastet zu erhalten. Vor allem die Deutsche Bank war an der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Sultans interessiert, mit dem Siemens

<sup>107</sup> Reichstag, 22. Februar 1897, Bd. VII, S. 4853, 4856.

<sup>108</sup> Davon erzählte im Reichstag der freisinnige Abgeordnete Richter. (Siche Reichstag, 19. März 1897, Bd. VII, S. 5187.)

<sup>109</sup> Reichstag, 22. Februar 1897, Bd. VII, S. 4858.

<sup>110</sup> Reichstag, 14. Februar 1896, Bd. II, S. 952.

<sup>111</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3048, Aufzeichnung Rotenhans, 6. August 1896.

<sup>112</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 86.

bereits lange und erfolgreiche Besprechungen über die Teilnahme des deutschen Finanzkapitals am Eisenbahnbau in der Türkei geführt hatte.<sup>113</sup>

Mit Rücksicht auf diese großen und in der Perspektive noch bedeutenderen Interessen der einflußreichsten Kreise des Finanzkapitals mußte die deutsche Diplomatie die Interessen der Besitzer griechischer Wertpapiere vorübergehend opfern. Diese waren zahlreich, aber im Vergleich zur Deutschen Bank waren sie klein und politisch weniger einflußreich. Sie konnten in der Presse Lärm schlagen, aber sie vermochten den vorgesehenen politischen Kurs nicht zu ändern.<sup>114</sup> Im übrigen bemühte sich die Regierung, sie nicht gegen sich aufzubringen, und versprach ihnen mehrfach, irgend etwas zu unternehmen. Sie hielt aber alle über ihre politischen Ziele und ihre Aktionen auf dem Gebiet der Diplomatie im unklaren.

Diese Aktionen gingen vor allem darauf aus, die Entwicklung der nationalen Bewegungen im Ottomanischen Reich nach Möglichkeit zu verhindern. Die deutsche Regierung befürchtete, daß das Wachsen der armenischen Bewegung wie auch der Bewegung auf Kreta der nationalen Befreiungsbewegung der Balkanvölker als ein neuer Anstoß dienen würde. Vor allem fürchtete sie einen Aufschwung der Bewegung in Mazedonien. Dieses Land, das sich damals unter türkischem Joch befand, stellte gleichsam die Konzentration der Widersprüche auf dem Balkan dar. „Mazedonien“, so schrieb später Lenin, „war genauso wie alle Balkanländer in wirtschaftlicher Hinsicht stark zurückgeblieben. Dort waren noch stärkste Überreste der Leibeigenschaft, der mittelalterlichen Abhängigkeit der Bauern von den feudalen Gutsbesitzern erhalten geblieben... Die Gutsbesitzer in Mazedonien (die sogenannten Spahi) sind Türken und Mohammedaner, die Bauern dagegen – Slawen und Christen. Der Klassen Gegensatz wird deshalb durch den religiösen und nationalen Gegensatz verschärft.“<sup>115</sup> Die nationale Bewegung in Mazedonien genoß die Unterstützung des bulgarischen und des serbischen Volkes. Die griechische Regierung wollte ein Stück Mazedoniens an sich reißen. Zugleich spürten die kleinen Balkanstaaten den Druck der imperialistischen „Groß“mächte, die bestrebt waren, die mazedonische Frage für ihre allgemeinen politischen Zwecke auszunutzen. Ein Aufstand in Mazedonien konnte als Signal zu einer Aktion Serbiens, Bulgariens und sogar Griechenlands, möglicherweise auch Rumäniens und Montenegros wirken. Kurzum, alle Balkan-

<sup>113</sup> Ebenda, S. 61.

<sup>114</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3048, Aufzeichnung Rotenhans, 6. August 1896.

<sup>115</sup> В. И. Ленин, «Социальное значение сербско-болгарских побед», Сочинения, Bd. 18, S. 368. Lenin schrieb diesen Artikel 1912, aber seine allgemeine Charakteristik der Lage in Mazedonien gilt in vollem Maße auch für das Ende des 19. Jahrhunderts.

staaten und -völker hätten in Bewegung geraten können, was die innere Krise in den beiden Nationalitätenstaaten, in der Türkei und in Österreich-Ungarn, zweifellos verstärkt hätte.

Bei der Entwicklung der Ereignisse im Nahen Osten achtete die deutsche Regierung wachsam darauf, keine Verschärfung der mazedonischen Frage zuzulassen. Zu diesem Zweck unterstützte sie gern die reaktionäre, gegen die nationale Bewegung der Balkanvölker gerichtete Politik des Sultans und stiftete ihn sogar zur gewaltsamen Unterdrückung dieser Bewegung an.<sup>116</sup> So hatte zum Beispiel General von der Goltz, der soeben aus Berlin zurückgekehrt war, Anfang Februar 1896 dem Sultan insgeheim angeraten, im voraus militärische Maßnahmen zu ergreifen, um keinen Aufschwung der Bewegung in Mazedonien zuzulassen.<sup>117</sup> Es handelte sich also darum, die Baschibozuks, irreguläre türkische Truppen, die wegen ihrer blutigen Gewalttaten gegen die christliche Bevölkerung berüchtigt waren, dorthin zu entsenden. Als das Wiener Kabinett, das die Verschärfung der mazedonischen Frage befürchtete, kurz vorher vorgeschlagen hatte, eine europäische Konferenz einzuberufen, hielt man in Berlin diesen Vorschlag des Bundesgenossen für äußerst unangebracht.<sup>118</sup> Man nahm dort an, daß die Konferenz unvermeidlich zum Schauplatz von Zusammenstößen der Großmächte werden, die Bewegung der Balkanvölker stärken und folglich auch die Balkanfrage als Ganzes zum Schaden des Ottomanischen Reiches aufwerfen könnte. In dem österreichischen Vorschlag glaubten die Deutschen – und nicht ohne Grund – die Umtriebe der englischen Diplomatie zu erkennen, die danach trachtete, die Eroberungsgelüste des britischen Imperialismus auf Kosten der dem Ottomanischen Reich angehörenden Gebiete zu befriedigen. Diese Gelüste tarnte die englische Bourgeoisie geschickt durch Ausbrüche heuchlerischer Sympathien für die nationale Bewegung der Armenier, der Griechen und sogar der Slawen, der Mazedonier. Die lärmende Kampagne der in Opposition stehenden Liberalen war der Regierung Salisbury gerade recht. Sie bildete jene „öffentliche Meinung“, auf die sich Salisbury notfalls berufen konnte, um seine Balkanpolitik zu rechtfertigen.

Die englische Bourgeoisie klammerte sich zäh an Griechenland und war unter dem Vorwand der Sympathien für dieses Land bestrebt, es end-

<sup>116</sup> Nach Mitteilung des russischen Botschafters in Konstantinopel, Nelidow, warnten Deutschland und Österreich-Ungarn die Pforte Anfang Januar 1896 vor der bevorstehenden Belegung der Tätigkeit der mazedonischen Komitees und „empfohlen“ ihr, „feste Maßnahmen“ zur Unterbindung dieser Tätigkeit zu ergreifen. (Архив МИД, К. 20, Blatt 136, Projet tel. secret aux ambassadeurs à Vienne, Berlin, Paris, Londres, Rome, 31. [19.] Januar 1896.)

<sup>117</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2976, Saurma an das Auswärtige Amt, 8. Februar 1896.

<sup>118</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2970, Marshall an Eulenburg, 16. Dezember 1895.

gültig seinem vorherrschenden Einfluß zu unterwerfen. In diesem kleinen Lande verfolgte der englische Imperialismus umfassende – ökonomische, politische und strategische – Ziele. Über Griechenland ging ein Teil des englischen Handels mit der Türkei und der Levante. Dieser Handel spürte schon die deutsche Konkurrenz, denn Deutschland hatte zusammen mit Österreich-Ungarn begonnen, den englischen Handel vom Balkan zu verdrängen, und konnte bereits nicht geringe Erfolge in dieser Hinsicht aufweisen. Griechenland wurde deshalb zum einzigen Brückenkopf, von dem aus England den Kampf für das wirtschaftliche Vordringen in die Länder Südosteuropas führen konnte. Griechenland war aber auch ein strategischer Brückenkopf des englischen Einflusses im Osten: in Kleinasien, in der Levante und vor allem in Ägypten. Die englischen Imperialisten kämpften um ihre Positionen in dem kleinen Griechenland und berücksichtigten dabei „auch jene reiche Ernte, die man vom Ende der türkischen Herrschaft erwarten konnte“<sup>119</sup>.

Die englische Presse äußerte so stürmisch ihre Sympathien für Kreta und schrieb so offen über den beginnenden Zerfall des Türkischen Reiches, daß bei den Deutschen der Verdacht aufkam, John Bull könnte die Absicht haben, die Amputation des Ottomanischen Reiches in Angriff zu nehmen und sich einzelne Stücke anzueignen. Die Deutschen erinnerten sich insbesondere daran, wie geschickt die Engländer vor zwanzig Jahren Zypern an sich gerissen hatten, und vermuteten, daß die Engländer jetzt auch Kreta an sich reißen wollten.<sup>120</sup> Hatzfeldt versuchte die Absichten Salisburys in dieser Hinsicht zu sondieren. Im Gespräch mit dem englischen Premierminister ließ er gleichsam nebenbei die Bemerkung fallen, daß Kreta, falls es von der Türkei abfalle, zum Zankapfel zwischen den Mächten werden könnte. Salisbury antwortete darauf nicht ohne Ironie, daß Deutschland keine Absicht habe, Kreta zu besetzen, daß für seine Bundesgenossen Österreich-Ungarn und Italien das gleiche gelte, daß Rußland aber Kreta nicht nehmen könne, selbst wenn es wolle. Hatzfeldt aber interessierte sich für die Absichten Englands, und gerade diese Frage umging Salisbury mit Schweigen.<sup>121</sup>

Einige Tage später kehrte Hatzfeldt erneut zu diesem Thema, wenn auch von einem anderen Ende zurück. Da die Aufständischen auf Kreta Waffen aus Griechenland erhielten, keimten in Berlin Pläne, eine internationale Blockade Kretas zu organisieren. Hatzfeldt fragte Salisbury

<sup>119</sup> Vindex (Malcolm McColl), „A Plot against British Interests in the Levant“ in „Fortnightly Review“, 1. June 1896, S. 822.

<sup>120</sup> Später schrieb darüber ausführlich die Bismarcksche Zeitung „Hamburger Nachrichten“ am 28. März 1897. (Siehe den Artikel von Johannes Penzler, „Der Orient und die europäische Diplomatie“.)

<sup>121</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3021, Hatzfeldt an Hohenlohe, 1. Juli 1896.

vorsichtig nach seiner Meinung und erhielt zur Antwort, daß England einer Blockade nicht widersprechen, aber auch nicht die Initiative zu ihrer Organisation ergreifen werde.<sup>122</sup> Holstein war der Meinung, auch die deutsche Regierung sollte die Initiative formal nicht übernehmen.<sup>123</sup> Nun gab Salisbury zu verstehen, daß die Initiative Österreich-Ungarn übernehmen könnte.<sup>124</sup> Goluchowski brachte in der Tat einen solchen Vorschlag ein.<sup>125</sup> Er war der Meinung, daß man die Bewegung auf Kreta so rasch wie möglich niederschlagen müsse, weil sonst eine politische Explosion in Mazedonien erfolgen könne.<sup>126</sup> Die deutsche Regierung nahm seinen Vorschlag an. Nun änderte Salisbury plötzlich seinen Standpunkt, wobei er sich, wie stets in solchen Fällen, durch die Berufung auf die „öffentliche Meinung“ tarnte. Nachdem England Österreich-Ungarn und dann auch Deutschland in die Angelegenheit der Organisation einer Blockade hineingezogen hatte, blieb es selbst abseits. Dadurch bekam es die Möglichkeit, neue politische Forderungen zu stellen. Salisbury gab Hatzfeldt streng vertraulich bekannt, daß England den österreichischen Plan unterstützen würde, wenn es gelinge, den Sultan zu beseitigen.<sup>127</sup> Aber dieser Vorschlag war für die deutschen Imperialisten, die in der Unterstützung des Sultans das Unterpfand für die Verwirklichung ihrer weiteren Pläne erblickten, völlig unannehmbar. Die Besprechungen zogen sich in die Länge. Die englische Diplomatie setzte die Politik „nicht ja noch nein“<sup>128</sup> fort, und Hatzfeldt, der sie durchschaute, gab seiner Regierung den Ratschlag, zu erklären, daß Deutschland sich in diesem Fall von der Erörterung der Pläne einer Blockade Kretas überhaupt zurückziehe.

Nun brachte Salisbury in Unterredungen mit Hatzfeldt einen eigenen Plan vor: Die Großmächte händigen einer Großmacht das Mandat über Kreta aus. Dieses Mandat bot er Deutschland an.<sup>129</sup> Der Sinn seines Spiels war klar. Unter Ausnutzung der Eroberungsgelüste des deutschen Imperialismus wollte er die Deutschen in eine Falle locken. Wenn sie die Hand nach einem „Mandat“ auf Kreta ausstreckten, hätten sie sowohl Rußland als auch Frankreich und die Türkei selbst gegen sich aufgebracht. Hatzfeldt lehnte diesen Vorschlag sofort ab. Nun brachte der wendige Salisbury ganz ruhig einen neuen Plan vor: Wenn Deutschland selbst das Mandat über Kreta nicht übernehmen wolle, könnte man diese Insel seinem

<sup>122</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3028, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 7. Juli 1896.

<sup>123</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3034, Aufzeichnung Holsteins, 25. Juli 1896.

<sup>124</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3036, Hatzfeldt an Hohenlohe, 25. Juli 1896.

<sup>125</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3034, Aufzeichnung Holsteins, 25. Juli 1896.

<sup>126</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3033, Aufzeichnung Hohenlohes, 21. Juli 1896.

<sup>127</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3040, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 29. Juli 1896.

<sup>128</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3041, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 29. Juli 1896.

<sup>129</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3046, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 4. August 1896.



Bundesgenossen, Italien, übergeben.<sup>130</sup> Nach der Katastrophe in Abessinien suchten die italienischen Imperialisten nach Möglichkeiten, ihre recht zerrütteten Angelegenheiten irgendwie zu verbessern. Nach den Worten Salisburys hatten ihm die Italiener angeblich zu verstehen gegeben, daß sie gern Kreta nehmen würden, das man später gegen Albanien austauschen könnte.<sup>131</sup> Aber die deutsche Diplomatie widersprach kategorisch den englischen Versuchen, den Bundesgenossen Deutschlands, Italien, schadlos zu halten. Man begriff in Berlin, daß der neue Plan Salisburys sein alter Plan der Schürung der Gegensätze und möglicherweise auch des Krieges zwischen den europäischen Großmächten war, nur in einer noch raffinierteren und gefährlicheren Form.<sup>132</sup> Das Auftauchen italienischer Truppen auf Kreta wäre bei Rußland, der Türkei und Griechenland auf Widerstand gestoßen, während der Versuch, Griechenland durch spätere Übergabe Kretas im Austausch gegen Albanien schadlos zu halten, nicht nur eine Explosion der Widersprüche zwischen den Balkanstaaten, sondern auch entschlossenen Widerstand Österreich-Ungarns hervorgerufen hätte. Wie wäre da die Lage Deutschlands? Im ersten Fall hätte es Rußland, dessen Freundschaft es benötigte, und die Türkei, der gegenüber es weitgehende Pläne hegte, gegen sich aufgebracht. Im zweiten Fall hätte Deutschland seine eigenen Bundesgenossen gegen sich, von denen jeder von ihm Unterstützung gefordert hätte.

Der Plan Salisburys wurde abgelehnt. Die deutsche Regierung biß auf den englischen Köder nicht an. Sie beschloß, daß es für sie sowohl in der Kretafrage als auch in der armenischen Frage günstiger sei, sich an die Politik des Status quo zu halten. Das entsprach nicht nur den Absichten des deutschen Finanzkapitals in der Türkei, sondern auch den umfassenden Zielen seiner allgemeinen Politik in Europa. Mitte Juli 1896, das heißt noch vor dem armenischen Blutbad in Konstantinopel, hatte Hatzfeldt im Zusammenhang mit den Kretaangelegenheiten die Aufgaben der deutschen Diplomatie in folgenden Worten formuliert: „Wir hätten aber keinen Anlaß, uns in unberechenbare Verwickelungen zu mischen, die daraus“ (das heißt aus den Kretaangelegenheiten, *A. J.*) „im Orient hervorgehen könnten, solange nicht durch die weitere Entwicklung der Dinge wesentliche Interessen Deutschlands bedroht würden. Mit anderen Worten“, so erläuterte Hatzfeldt, „soll es wegen der orientalischen Frage zu Zwistigkeiten zwischen anderen Mächten kommen, so behalten wir uns unsere volle und unbedingte Freiheit für diesen Fall vor.“<sup>133</sup>

<sup>130</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3048, Aufzeichnung Rotenhans, 6. August 1896.

<sup>131</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3036, Hatzfeldt an Hohenlohe, 25. Juli 1896.

<sup>132</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3048, Aufzeichnung Rotenhans, 6. August 1896.

<sup>133</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3032, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 18. Juli 1896.

In der Praxis aber konnte die deutsche Diplomatie nicht ständig die Politik der „Zurückhaltung“ verfolgen, die sie in Erwartung des Augenblicks, da ihre aktive Einmischung eine entscheidende und gut bezahlte Rolle spielen könnte, gern betrieben hätte. Sie fürchtete allzusehr, daß andere Großmächte es fertigbrächten, sich zu verständigen und sie auf diese Weise auszuschalten. Die Alldeutschen forderten in aller Öffentlichkeit, Deutschland müsse in dem Falle, daß das Ottomanische Reich zusammenstürze und die großen und kleinen Mächte die Amputation der einzelnen Teile in Angriff nähmen, sich unbedingt einen großen und fetten Happen sichern.<sup>134</sup> Das war sozusagen ein Minimalprogramm. Um das Maximalprogramm des deutschen Finanzkapitals im Türkischen Reich zu sichern, mußte man dessen Existenz verlängern, keine Explosion der nationalen Bewegungen auf dem Balkan zulassen und sich zwischen den widerspruchsvollen Interessen der Großmächte schlängelnd „freie Hand“ für den Fall der künftigen Zusammenstöße auf dem Balkan und in ganz Europa vorbehalten. Mit diesen Zielen vor Augen lavierte die deutsche Diplomatie zwischen den Großmächten, versteckte sich furchtsam bald hinter dem einen, bald hinter dem anderen Rücken, zeigte insgeheim gesteigertes Interesse für die Balkan- und überhaupt für die Nahostangelegenheiten und verkündete laut, daß sie an ihnen desinteressiert bleibe. So bildete sich ihre Politik in der Kretafrage heraus, die im Auswärtigen Amt durch das eine Wort „Zurückhaltung“ gekennzeichnet wurde.<sup>135</sup>

Es gelang Deutschland jedoch nicht, sich in dieser Position zu halten. Während sich die vom gegenseitigen Mißtrauen und von der Rivalität erfaßten Großmächte über die Frage stritten, was mit Kreta geschehen solle, ob man der Insel die Autonomie geben, sie auf früheren Grundlagen im Bestand des Ottomanischen Reiches belassen, unter die Verwaltung irgendeiner Großmacht stellen oder einfach ihrer Wiedervereinigung mit Griechenland keine Hindernisse in den Weg legen solle, traten auf Kreta und in den griechisch-türkischen Beziehungen neue Ereignisse ein. Anfang Januar 1897 flammte auf der Insel ein neuer Aufstand auf, während es in Griechenland zu starken Demonstrationen kam, die eine aktive Unterstützung der Aufständischen forderten. Die griechische Regierung, die mit dieser Be-

<sup>134</sup> Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 3. Januar 1897 und 21. Februar 1897. Zugleich erklärte der Abgeordnete Hasse, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, als er im Reichstag von der kretischen Frage sprach: „Sollten die gegenwärtigen Ereignisse zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse unter den Großmächten führen, so würde ich für meine Person die Forderung aussprechen, daß das niemals geschieht, ohne daß auch den deutschen großmächtlichen Interessen Rechnung getragen wird.“ (Reichstag, 22. Februar 1897, Bd. VII, S. 4852.)

<sup>135</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3050, Rotenhan an Kiderlen, 5. August 1896; Nr. 3051, Aufzeichnung Kiderlens, 6. August 1896.

wegung nicht fertig werden konnte, war gezwungen (am 8. Februar), die Mobilisierung ihrer winzigen Flotte zu verkünden, während sich ein kleines Kriegsschiff an die Küsten Kretas begab. Am gleichen Tage wurde in Berlin der Befehl gegeben, einen deutschen Kreuzer in die Gewässer um Kreta zu entsenden, wo er sich den dort bereits befindlichen Flottenkräften anderer Großmächte anschließen sollte.

Indessen bemühte sich die Botschafterkonferenz in Konstantinopel, der Welt zu zeigen, daß sie in jeder Weise darum besorgt sei, einen griechisch-türkischen Konflikt zu verhüten; angesichts der endlosen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten wußte sie jedoch nicht, wie man zu irgendeinem allgemeinen Beschluß kommen könnte. Die englische Diplomatie setzte ihr Doppelspiel fort. An den Geschicken der nationalen Bewegung in Griechenland völlig desinteressiert, ging sie lediglich darauf aus, einen Konflikt zu entfesseln und die Kontinentalmächte mit zu verwickeln. Aber auch die deutsche Diplomatie schlummerte nicht. Am gleichen Tage, da der deutsche Kreuzer „Kaiserin Augusta“ zu den Küsten Kretas auslief, traf sich Holstein mit dem russischen Botschafter Osten-Saken und gab ihm den „Ratschlag“, Rußland und Frankreich mögen von der Botschafterkonferenz fordern, daß ein Beschluß über die Abberufung des griechischen Schiffes angenommen werde. Es war anzunehmen, daß dieser Plan auf den Widerstand Englands stoßen werde, aber das war es gerade, womit Holstein offensichtlich rechnete. Osten-Saken erriet seine Ziele und gab seinerseits Deutschland den „Ratschlag“, sich selbst aktiv in die Kreta-angelegenheiten einzumischen. Darauf erinnerte Holstein sofort an die deutsche Politik der „Zurückhaltung“.<sup>136</sup>

Durch dieses „Prinzip“ getarnt, setzte die deutsche Diplomatie ihre Politik des Abwartens<sup>137</sup>, gleichzeitig aber hinter den Kulissen das Intrigenspiel fort, um Griechenland zu zwingen, auf die Hilfe für die Bewegung auf Kreta zu verzichten. Zu diesem Zweck sondierte sie den Boden auch in London. Salisbury gab zu verstehen, er würde die Teilnahme an einer gemeinsamen Demarche der Großmächte, um einen Druck auf Griechenland auszuüben, wahrscheinlich nicht ablehnen. Selbst Hatzfeldt, der glaubte, Salisbury bringe ihm stets Aufrichtigkeit entgegen, war in diesem Fall unsicher, ob der englische Premierminister nicht „Komödie gespielt“ habe.<sup>138</sup> Diese Zweifel hatten allen Grund. Die deutsche Regierung aber spielte auch eine Komödie, wenn sie überall – in der Presse, in den Besprechungen mit fremden Mächten und später auch im Reichstag – zu behaupten versuchte, sie sei an den orientalischen Angelegenheiten in keiner

<sup>136</sup> G. P., Bd. 12, S. 309/310, Anmerkung.

<sup>137</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3132, Marschall an Saurma, 10. Februar 1897.

<sup>138</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3137, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 11. Februar 1897.

Weise interessiert und denke lediglich an die Festigung des Friedens. In Wirklichkeit war das eine Politik ganz anderer Art. Bezüglich der Kretafrage formulierte sie Marschall eines Tages in folgenden Worten: „Ohne uns voranzustellen, sind wir jedoch ernstlich in antigriechischer Richtung tätig.“<sup>139</sup>

Die deutsche Regierung war vor allem bestrebt, den Kontakt mit der Zarendiplomatie aufzunehmen. Murawjow bestand darauf, daß der Status quo im Nahen Osten aufrechterhalten werde. Zu diesem Zweck schlug er vor, daß die Großmächte kleine Truppenkontingente auf Kreta landen. Die deutsche Regierung nahm diesen Vorschlag unverzüglich an. Sie erklärte sich bereit, gewaltsam zu verhindern, daß griechische Schiffe „den Revolutionären direkte oder indirekte Hilfe“ mit Waffen oder sonstiger Kriegsausrüstung leisteten. Darüber hinaus erklärte sie sich bereit, zusammen mit anderen Großmächten Marineinfanterie nach Kreta zu entsenden, um „im Verein mit den türkischen Autoritäten Ordnung und Ruhe wiederherzustellen“<sup>140</sup>. All das bedeutete die Bereitschaft der deutschen Regierung, sich an einer militärischen Intervention auf Kreta zu beteiligen. Als Bedingung ihrer Teilnahme forderte sie die Anerkennung durch alle Großmächte, daß „die Belassung der Insel beim Ottomanischen Reich“ „Teil des europäischen Programmes“ bleibe.<sup>141</sup> So versuchte die deutsche Regierung, selbst als sie den Weg der offenen Intervention betrat, immer noch zu handeln, „ohne sich voranzustellen“. Mitte Februar landeten kleine militärische Einheiten der Mächte an der Küste Kretas. Einige Tage später schloß sich ihnen auch eine deutsche Abteilung an.

Kaum hatte die deutsche Regierung diesen Beschluß gefaßt, als sie auch schon jegliche „Zurückhaltung“ vergaß und so heftig vorwärtsstürmte, daß sie zunächst einmal selbst in den eigenen Reihen Verwirrung hervorrief. Der erste Anstoß kam von Wilhelm. In diesem Fall konnte er es Griechenland nicht verzeihen, daß dieses durch seine Handlungen den Plänen des deutschen Kaisers zuvorgekommen war. Während nämlich die Großmächte Athen ermahnen wollten, Griechenland möge auf aktive Operationen verzichten, wurde eine Abteilung griechischer Truppen unter Führung des Obersten Vassos im Piräus bereits verschifft, um sich nach Kreta zu begeben. Als das bekannt wurde, geriet Wilhelm in Wut. „Das ist Krieg!“ rief er aus. „Schnell die Flotten vor den Piräus, ehe es zu spät ist.“<sup>142</sup> Und am gleichen Tage schlug er, hinter dem Rücken seiner Regierung, England,

<sup>139</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3139, Marschall an Hatzfeldt, 11. Februar 1897.

<sup>140</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3142, Aufzeichnung Marschalls, 12. Februar 1897.

<sup>141</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3144, Hohenlohe an Radolin, 13. Februar 1897.

<sup>142</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3148, Plessen an das Auswärtige Amt, 14. Februar 1897 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms II.).

Österreich und wahrscheinlich auch Rußland vor, sich an einer militärischen Seeblockade des Piräus zu beteiligen.<sup>143</sup> Als Holstein das erfuhr, war er empört. Er war der Meinung, daß die Vorschläge Wilhelms nicht nur der allgemeinen Linie der „Zurückhaltung“, wie sie im Auswärtigen Amt vorgesehen war, nicht entsprächen, sondern daß sie überhaupt äußerst unerwünscht seien, denn sie „haben vermehrte Unruhe in die europäische Politik gebracht und sind geeignet, das Mißtrauen der andern Großmächte auf Deutschland zu konzentrieren“<sup>144</sup>. Holstein unternahm erneut den Versuch, auf Hohenlohe einzuwirken, daß dieser vom Kaiser größere Zurückhaltung in Fragen der Diplomatie fordere, aber der alte Kanzler wagte es nicht, diesen Schritt zu unternehmen. Er wußte, daß seine Stellung schwankend war und fürchtete sich vor einem neuen Konflikt mit dem Monarchen. Die Regierung fand sich nicht nur mit der Aktion des Kaisers ab, sondern schlug auch auf dem Gebiet der Diplomatie den Weg ein, auf den sie von den Fußtritten des Monarchen getrieben wurde. Hohenlohe wandte sich an die Mächte mit dem formellen Vorschlag, über den Piräus und sogar über alle griechischen Häfen eine militärische Seeblockade zu verhängen. „Um die Griechen zur Vernunft zu bringen“, so glaubte er, würden „vielleicht nur wenige Kanonenschüsse schon genügen.“<sup>145</sup> Aber der Kaiser war nicht zu halten. Er war der Meinung, daß die Seeblockade nur dann ihr Ziel erreichen werde, wenn man die ganze griechische Flotte versenkt.<sup>146</sup>

Es war jedoch bereits zu spät und vor allem unmöglich, den Wunsch des Kaisers zu verwirklichen. Zu spät – weil Vassos mit seiner anderthalbtausend Mann starken Abteilung bereits am 16. Februar auf Kreta gelandet war und eine Proklamation über die Einnahme der Insel veröffentlicht hatte; unmöglich – weil der Plan Wilhelms, eine internationale Blockade des Hafens Piräus zu organisieren, nur von der deutschen Regierung selbst unterstützt wurde. Da Holstein diesem Plan nicht entgegenzutreten verstand, fand er für ihn sogar eine Rechtfertigung. Er schloß, man werde mit seiner Hilfe „die einzelnen Kabinette zur Demaskierung ihrer wirklichen Stellung“ zur Kretafrage „nötigen“ können.<sup>147</sup> Dieses Ziel wurde erreicht, aber unter Bedingungen, die klarmachten, daß Deutschland, vom fieberhaften Bestreben getrieben, eine internationale Intervention zugunsten des türkischen Sultans zu organisieren, allein geblieben war. England weigerte sich, den deutschen Vorschlag anzunehmen unter

<sup>143</sup> G. P., Bd. 12, S. 327, Anmerkung.

<sup>144</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 309.

<sup>145</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3152, Hohenlohe an Wilhelm II., 15. Februar 1897.

<sup>146</sup> Ebenda, siehe Randbemerkung Wilhelms II.

<sup>147</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3164, Holstein an Hatzfeldt, 19. Februar 1897.

dem Vorwand, daß man zunächst die Frage des künftigen Status Kretas lösen müsse. Salisbury schlug vor, Besprechungen nicht über die Blockade des Piräus, sondern über Gewährung einer „privilegierten Stellung“ an die Insel Kreta zu führen.<sup>148</sup> Italien<sup>149</sup> und Frankreich<sup>150</sup> schlossen sich in dieser Frage im wesentlichen England an. Rußland ließ lange auf eine Antwort warten. Österreich-Ungarn antwortete, daß es bereit sei, den Vorschlag Deutschlands zu unterstützen, falls ihn alle Mächte annehmen.<sup>151</sup> Auf diese Weise sind „alle Mächte“, wenn sie den deutschen Vorschlag auch nicht ablehnten, doch seiner Annahme ausgewichen. Deutschland weigerte sich, seinen Mißerfolg einzusehen. Mehr noch, es warf seine Taktik der „Zurückhaltung“ endgültig beiseite und beschloß, die Politik nach der vom Kaiser diktierten Formel „erst handeln, dann verhandeln“ zu betreiben.<sup>152</sup> Es beschloß, wenn nicht gemeinsam mit „allen Mächten“, so doch mit jenen, mit denen es möglich sein würde, zu handeln. Dem Kommandeur der „Kaiserin Augusta“ sandte Wilhelm den Befehl: „In Gemeinschaft mit dem Russischen und Österreichischen Admiral zu handeln, und die schärfsten Mittel – inclusive Scharf-Schießens – nicht zu scheuen.“<sup>153</sup>

Die militärisch-interventionistischen Tendenzen, die sich in der deutschen Politik abzeichneten, konnten nicht unbemerkt bleiben. Am 22. Februar begann im Reichstag die Debatte. Eine Interpellation brachte der nationalliberale Abgeordnete und Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Hasse, ein. Er war darüber beunruhigt, daß Deutschland, das ein Kriegsschiff ins Mittelmeer entsandt hatte, nicht etwa mit leeren Händen ausgehen dürfe. Ein anderer Abgeordneter, Schmidt, erinnerte die Regierung an die Pflicht, Griechenland Prozente für die Anleihen, die sich in deutschem Besitz befanden, abzupressen. Beide unterstützten die aktive Griechenlandpolitik der deutschen Regierung.<sup>154</sup>

Diese Politik stieß im Reichstag nur bei den Freisinnigen auf Wider-

<sup>148</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3156, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 17. Februar 1897. In der Sitzung des englischen Kabinetts (17. Februar) wollte die Mehrheit mit Chamberlain an der Spitze den deutschen Vorschlag einer Blockade des Hafens Piräus nicht einmal erörtern. Schließlich wurde auf Verlangen Salisburys beschlossen, keinen Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland zuzustimmen, bevor Kreta eine Autonomie gewährt werde. (William L. Langer, „The Diplomacy of Imperialism“, Bd. I, S. 363.)

<sup>149</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3160, Bülow an das Auswärtige Amt, 18. Februar 1897.

<sup>150</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3161, Münster an das Auswärtige Amt, 18. Februar 1897. Auf das Telegramm Münsters, das den Standpunkt Frankreichs mitteilte, schrieb Wilhelm: „Hanotaux kneift.“

<sup>151</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3163, Aufzeichnung Marschalls, 19. Februar 1897.

<sup>152</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3159, Aufzeichnung Marschalls, 18. Februar 1897.

<sup>153</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3166, Aufzeichnung Marschalls, 21. Februar 1897.

<sup>154</sup> Reichstag, 22. Februar 1897, Bd. VII, S. 4852ff.

stand, dazu auf einen recht schwachen. Richter kritisierte den deutschen Vorschlag der Blockade des Hafens Piräus ebenso wie das Bestreben Hasses, irgendeinen Happen im östlichen Teil des Mittelmeerraums für Deutschland zu erobern. Aber seine Kritik war nicht grundsätzlich, sie war verworren und unentschlossen. Der Führer der Freisinnigen Partei interessierte sich nur für die diplomatische Seite der Angelegenheit und konnte im Grunde nichts anderes vorschlagen außer Ideen, die er aus englischen Zeitungen übernommen hatte. Er billigte den englischen Vorschlag, Kreta die Autonomie zu gewähren, und schlug vor, die türkische Frage dadurch zu lösen, daß man einzelnen Gebieten nach und nach die Autonomie gewährte. Er begriff nicht, daß hinter den Vorschlägen Englands das Bestreben verborgen war, die gesamte orientalische Frage aufzuwerfen, die Politik Rußlands vom Fernen nach dem Nahen Osten zu lenken und hier die verschiedenen Widersprüche zwischen den europäischen Mächten zu verschärfen, um die eigene Politik der kolonialen Eroberungen sowohl auf Kosten einzelner Provinzen des Ottomanischen Reiches als auch auf Kosten der Länder in Afrika erfolgreich fortzusetzen. Er war der Meinung, daß dieser englische Vorschlag der deutschen Politik des Status quo im Nahen Osten am besten diene, weil seine Verwirklichung das Anwachsen der nationalen Bewegung der Balkanvölker verhüten könne. Er war folglich im Grunde genommen gegen diese Bewegungen, die er als „Annexionsbestrebungen“ bezeichnete. Besonders scharf trat er Griechenland entgegen. Deutschland, so erklärte er, sei an der Vergrößerung Griechenlands nicht interessiert. Er rief die Regierung auf, die Traditionen Bismarcks in orientalischen Fragen fortzusetzen.<sup>155</sup> Das war der Standpunkt des Führers der Freisinnigen, der den Kampf gegen Bismarck für seine Berufung hielt!

Diesmal beteiligte sich die Sozialdemokratie überhaupt nicht an den Debatten über die Kretafrage. Das Schweigen ihrer Führer im Reichstag war so ungewöhnlich und angesichts des Ernstes der Lage so empörend, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, eine Erklärung über diese Tatsache abgeben mußte. Die Zeitung versuchte zu behaupten, Reden der Führer der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag seien überflüssig, da sie ohnehin die Politik der Regierung, die von allen übrigen Fraktionen unterstützt wurde, nicht ändern könne.<sup>156</sup> Diese zumindest sonderbare Erklärung hatte keinen anderen Grund außer dem Bestreben, die sozialdemokratischen Arbeiter irrezuführen. In Wirklichkeit erklärte sich das Schweigen der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dadurch, daß sich in den führenden Kreisen der Partei Unstimmigkeiten über die Politik in der Kreta- und überhaupt in der Orientfrage abzeich-

<sup>155</sup> Ebenda, S. 4856 ff.

<sup>156</sup> „Vorwärts“ vom 25. Februar 1897.

neten. Karl Kautsky, der Haupttheoretiker der Partei, war der Meinung, daß die Sozialdemokratie nicht nur Griechenland und die Bevölkerung, die sich erhoben hatte, sondern auch alle anderen christlichen Völker der Balkanstaaten unterstützen müsse, die gegen die Türkei kämpften. Dabei ging er keineswegs von dem Grundsatz der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung der dem Osmanischen Reich untertanen Völker aus, sondern ausschließlich von Erwägungen des Kampfes der „europäischen Demokratie“ gegen Rußland. Kautsky schrieb: „War aber der Sultan des Zaren ergebenster Vasall“ (eine veraltete und im Grunde genommen falsche Vorstellung. *A. J.*), „dann war jeder Angriff auf dessen Besitzungen eine Beeinträchtigung Rußlands selbst.“<sup>157</sup> Er ignorierte die Tatsache, daß die Türkei schon dabei war, sich in einen Vasallen Deutschlands zu verwandeln. Auf jeden Fall verschwieg er die bereits begonnene Expansion des deutschen Imperialismus nach der Türkei ebenso wie auch die von alters her aggressive Rolle Englands in den Angelegenheiten der Nahostpolitik.

Der Standpunkt Kautskys in der Orientfrage stimmte im wesentlichen mit dem Standpunkt des Führers der Reformisten Eduard Bernstein überein. Es bestand lediglich ein taktischer Unterschied. Unter dem Vorwand, man müsse Vorsicht üben, um keinen Weltkrieg heraufzubeschwören, war dieser Patriarch des deutschen sozialdemokratischen Opportunismus der Meinung, die Sympathien für die Bewegung in Griechenland und auf Kreta dürften lediglich platonisch sein. Beide, sowohl Kautsky als auch Bernstein, verschlossen die Augen vor der Tatsache, daß der Nahostkrise die wachsenden imperialistischen Gegensätze zwischen Deutschland und England zugrunde lagen. Sie verschwiegen beide die Tatsache, daß der deutsche ebenso wie der englische Imperialismus an die Türkei genauso wie an Griechenland seine weitgehenden Expansionspläne knüpfte.

Einen anderen Standpunkt vertrat Wilhelm Liebknecht. Er war gegen den Anschluß Kretas an Griechenland ebenso wie gegen jede nationale Befreiungsbewegung der Balkanvölker, da er der Meinung war, daß es ohnehin nicht gelingen werde, aus diesen Völkern gegen Rußland „einen Damm zu setzen“. Deshalb hielt er es für ausreichend, Kreta Autonomie zu gewähren, bis die sozialistische Revolution in Europa (er meinte nur Westeuropa) den russischen Zarismus zerschlagen und die Orientfrage lösen werde. Unter den damals bestehenden Verhältnissen bedeutete das praktisch die Unterstützung eines der diplomatischen Kretapläne des englischen Imperialismus sowie der diplomatischen Pläne des deutschen Imperialismus hinsichtlich der nationalen Befreiungsbewegung auf dem

<sup>157</sup> „Vorwärts“ vom 4. März 1897.



Balkan. Wenn er auch, was die Festlegung der konkreten Politik in der Kretafrage und in der gesamten Nahostkrise anbelangt, anderer Meinung als Kautsky war, ging Liebknecht doch von den gleichen Vorstellungen aus, das zaristische Rußland sei die letzte starke Festung der gesamteuropäischen Reaktion. Mehr noch, Liebknecht behauptete sogar: „Der Zarismus ist die letzte Stütze des Kapitalismus.“ In Anwendung auf die aktuellen Fragen der internationalen Politik zog er hieraus folgenden Schluß: „Nicht auf Kreta, nicht auf der Balkanhalbinsel wird die orientalische Frage gelöst, sondern in den Hauptstädten Europas, zunächst, aller Voraussicht nach, in Paris.“ Was meinte Liebknecht? Da er die Meinung vertrat, daß die deutsche Sozialdemokratie die nationale Befreiungsbewegung auf Kreta und auf dem Balkan überhaupt nicht unterstützen sollte, baute er auf die Unterstützung, die dieser Bewegung von den sozialistischen und demokratischen Kreisen in Frankreich zuteil wurde. Er rechnete damit, daß diese Kreise unter Ausnutzung der Nahostkrise in Kürze den Sturz der Regierung Méline durchsetzen und eine neue Regierung schaffen würden, die das Bündnis mit Rußland lösen und ein Schutz- und Trutzbündnis mit England schließen würde. „Zwar würden wir dann mit Sicherheit einen europäischen Krieg, aber vielleicht auch die Befreiung der Kretabewohner, der Armenier, Griechen, Türken, Polen, Russen usw. haben“, schrieb Liebknecht. „Dann wäre die orientalische Frage neben anderen Fragen vielleicht auf dem Wege zu einer befriedigenden Lösung.“<sup>158</sup> Ebenso wie Liebknecht hoffte auch Kautsky, „daß an den Gestaden von Kreta die russisch-französische Allianz noch Schiffbruch leidet“<sup>159</sup>. Praktisch hat, wie wir gesehen haben, auch die deutsche Diplomatie versucht, die Nahostkrise auszunutzen, um einerseits das französisch-russische Bündnis zu sprengen und dadurch die Lösung der strategischen Aufgaben des Generalstabs zu fördern und anderseits einen Krieg zwischen England und Rußland im Interesse der „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus auszulösen. Natürlich teilte Liebknecht diese Ziele nicht, aber er schuf die Illusion von der Möglichkeit einer demokratischen Lösung der orientalischen Frage durch einen europäischen Krieg mit England an der Spitze. Indessen war der englische Imperialismus, dessen Politik Liebknecht den Tatsachen zum Trotz offenkundig idealisierte, für die Rolle einer Säule der Befreiungsbewegung und der Demokratie keineswegs geeignet.

Die schwache „Kritik“, die von seiten der Freisinnigen ertönte, und das Schweigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion konnten natürlich die Regierung nicht veranlassen, auf ihre militärisch-interventionistischen Tendenzen zugunsten der Türkei zu verzichten. Das Wichtigste aber war,

<sup>158</sup> „Vorwärts“ vom 10. März 1897.

<sup>159</sup> „Vorwärts“ vom 4. März 1897.

daß der Regierung starke Unterstützung durch die Zentrumspartei zuteil wurde. Unter begeisterten „Bravo“-rufen der Reichtagsmehrheit rief der Führer dieser Partei, Lieber, alle Parteien auf, der Regierung einmütige Unterstützung in der Kretafrage angedeihen zu lassen. Er war bereit, von vornherein anzuerkennen, daß die zugunsten des Sultans betriebene Politik den „christlichen Interessen und der christlichen Humanität“ entspreche, und damit die Regierung sie erfolgreich verwirklichen könne, forderte er, daß die delikaten Fragen nicht berührt würden und daß man darauf verzichte, sie vor aller Öffentlichkeit zu kommentieren.<sup>160</sup> Die Regierung hatte aber nicht einmal die Absicht, dem Reichstag einen Rechenschaftsbericht über ihre Nahostpolitik zu geben. In seiner Rede beschränkte sich Marshall auf die Wiederholung der Standardphrase, daß die deutsche Politik auf die „Erhaltung des Friedens“ ausgehe, obwohl er seine feindselige Gesinnung gegen Griechenland und gegen die Kretaaufständischen ebensowenig verheimlichte wie das Bestreben, „die Integrität des Ottomanischen Reiches“ aufrechtzuerhalten. Er weigerte sich kategorisch, irgend etwas über die Absichten der deutschen Regierung oder auch nur über den Verlauf der Besprechungen mit den anderen Mächten in der Kretafrage mitzuteilen. Er versprach lediglich, dem Reichstag später einmal einen Rechenschaftsbericht zu geben.

Trotz des vollen Erfolgs der Regierung im Reichstag<sup>161</sup> (und vielleicht auch gerade deswegen) war der Kaiser mit der Rede Marshalls äußerst unzufrieden. Er war der Meinung, daß es „noch zu früh sei, den Reichstag über die Kretafrage zu orientieren“<sup>162</sup>. In der Überzeugung, daß die von ihm diktierte und im Interesse der aggressivsten imperialistischen Kreise betriebene Politik Deutschland gewaltige politische Vorteile bringen werde, wünschte er, daß der ganze Erfolg und die Anerkennung ihm persönlich zufielen.<sup>163</sup> Dieser Wunsch war nicht nur eine Äußerung seiner üblichen Eitelkeit. Er war von der Politik der reaktionärsten Kreise diktiert, die eine Stärkung des persönlichen Regiments des abenteuerlustigen Halbautokraten vorbereiteten. Hinter seinem Rücken konnten sie alles tun, was ihnen einfiel, ohne Rücksicht zu nehmen auf den jämmerlichen deutschen Parlamentarismus und mit der Absicht, ihn gänzlich zu liquidieren.

Wie dem auch sei, die deutsche Diplomatie fühlte eine Kräfteaufwallung und begann noch aktiver als früher zu handeln. Wilhelm hoffte auch weiterhin, daß seine Pläne verwirklicht werden würden. In der Innenpolitik bereitete er insgeheim die Ernennung General Waldersees vor, in

<sup>160</sup> Reichstag, 22. Februar 1897, Bd. VII, S. 4855–4858.

<sup>161</sup> Ebenda, S. 4854.

<sup>162</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3169, Wilhelm II. an Hohenlohe, 23. Februar 1897.

<sup>163</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 305/306.

der Außenpolitik stiftete er die Türkei recht offen zu einem Kriege gegen Griechenland an. Ende Februar traf er auf irgendeinem Empfang den türkischen Botschafter Galib Bey und sagte ihm vor Zeugen: „Weshalb überschreiten denn Ihre Truppen noch nicht die griechische Grenze? Sagen Sie dem Sultan, wenn er auf meine Freundschaft Wert lege, solle er mit größter Energie losgehen.“<sup>164</sup> Der Sultan hatte zu dieser Zeit bereits seine Truppen auf dem Balkan konzentriert und wartete nur auf einen günstigen Augenblick, um von Norden her in Griechenland einzufallen. Als daher die Mächte am 2. März nach längerer Debatte schließlich eine gemeinsame Note sowohl in Athen als auch in Konstantinopel übergaben, tat er so, als nehme er sie ungern entgegen. Die Großmächte setzten Griechenland davon in Kenntnis, daß sie keinen Anschluß Kretas zulassen würden, und forderten, daß Griechenland seine Truppen und seine Schiffe von der Insel abberufe. Andererseits schlugen sie dem Sultan vor zu versichern, daß er Kreta die Autonomie gewähren werde. Dieser scheinbar salomonische Schiedsspruch der europäischen Diplomatie war überhaupt kein Schiedsspruch. Er verursachte lediglich neue Unstimmigkeiten, und zwar nicht nur zwischen der Türkei und Griechenland, sondern auch zwischen jenen Großmächten, die ihre eigenen Ziele verfolgten und die Türkei hinter den Kulissen gegen Griechenland aufhetzten.

Der Sultan gab das von ihm geforderte Versprechen, da er aus den Erfahrungen der Vergangenheit wußte, wie leicht es ist, Versprechen nicht zu erfüllen. Die griechische Regierung dagegen lehnte – möglicherweise auf Anstiftung Londons – die Note ab und bestand auf der Wiedervereinigung Kretas mit Griechenland. Sie lehnte es ferner ab, ihre Truppen aus Kreta abzurufen. Darauf schlug Salisbury vor, diese Truppen als „Polizeikräfte“ zu belassen.<sup>165</sup> Die Deutschen empörten sich über alle Maßen. Sie bestanden auf äußersten Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland und versuchten auch die Zarenregierung in diesem Sinne zu beeinflussen. In Besprechungen mit Murawjow erklärten sie, falls gegen Griechenland nicht die entschlossensten Maßnahmen ergriffen würden, werde Deutschland auf die Teilnahme an den gemeinsamen Aktionen der Mächte überhaupt verzichten. Sie versuchten die englischen Vorschläge auf jede Weise zu hintertreiben. Wenn die Mächte diesen Vorschlag annehmen, so behauptete Marshall, würden sie sich „dem Gelächter Europas aussetzen“<sup>166</sup>.

Angesichts des Widerstands von seiten Deutschlands und Rußlands zog Salisbury seinen Vorschlag zurück. Die Frage, was mit Kreta geschehen soll, blieb ungelöst. Griechenland und die Türkei bereiteten sich offensichtlich

<sup>164</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 392/393.

<sup>165</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3184, Aufzeichnung Marshalls, 11. März 1897.

<sup>166</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3183, Marshall an Radolin, 11. März 1897.

zum Kriege vor, und Salisbury machte in Gesprächen mit Hatzfeldt bereits kein Hehl aus dem Standpunkt Englands im Falle eines griechisch-türkischen Zusammenstoßes: „Dann“, so sagte er, „werden wir voraussichtlich Zuschauer bleiben.“<sup>167</sup> England war jedoch kein einfacher Zuschauer der Vorbereitungen zum griechisch-türkischen Krieg.

Ebensowenig war auch Deutschland ein einfacher Zuschauer. Seine Drohungen, aus dem europäischen „Konzert“ auszusteigen, blieben nur Drohungen. Es war bestrebt, seinen Plan der internationalen militärischen Intervention gegen Griechenland zu verwirklichen, und setzte hinter den Kulissen die Arbeit in dieser Richtung energisch fort. Die Besprechungen zwischen den Mächten dauerten an. Von allen Seiten trafen mannigfaltige Vorschläge ein, die alle das gleiche Schicksal hatten. Für die einen Mächte akzeptabel, erwiesen sie sich für andere als unannehmbar. Verschiedene Pläne (militärische Seeblockade griechischer Häfen, Besetzung Kretas durch Kräfte einiger europäischer Mächte in verschiedenen Kombinationen und andere Varianten der Intervention) entstanden, veränderten sich, brachen zusammen und entstanden wieder neu, wobei sie neue Unstimmigkeiten und Streitigkeiten zwischen den Großmächten hervorriefen. Die deutsche Diplomatie machte oder unterstützte die radikalsten Vorschläge, selbst solche, die den offenen Krieg gegen Griechenland vorsahen.<sup>168</sup>

So sehr auch die deutsche Regierung ihre aggressiven Tendenzen unter dem Deckmantel des diplomatischen Geheimnisses versteckte, wurden diese so offensichtlich, daß sie selbst unter den herrschenden Klassen Beunruhigung hervorriefen. In der junkerlichen Presse ertönten immer lauter fragende Stimmen: Ob die Kretaangelegenheiten Deutschland nicht in einen Krieg hineinreißen? Insbesondere beunruhigte sich die Presse des Bismarckschen Lagers.<sup>169</sup> Bismarck verurteilte entschieden die Kaiserpolitik in der Kretafrage.<sup>170</sup> Auch die großkapitalistischen Kreise schreckten vor einem Krieg zurück. Kardorff, der Führer der Reichspartei, gab offen zu, daß die „Initiative Deutschlands“ in den Kretaangelegenheiten unter allen rechtsgerichteten Mitgliedern des Reichstags Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Diese Unzufriedenheit, so behauptete er, wurde nur deshalb nicht geäußert, weil keiner der Regierung neue Schwierigkeiten bereiten

<sup>167</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3192, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 17. März 1897.

<sup>168</sup> G. P., Bd. 12, S. 392, Anmerkung, Oberkommando der Marine an das Auswärtige Amt, 29. März 1897. (Vgl. Архив МИД, К. 23, Blatt 78, streng geheimer Brief Osten-Sakens an Murawjow, Berlin, 13. [1.] Februar 1897; К. 23, Blatt 21, geheimer Brief Osten-Sakens an Murawjow, Berlin, 19. [7.] Februar 1897.)

<sup>169</sup> Siehe zum Beispiel den Artikel „Der Orient und die europäische Diplomatie“ in den „Hamburger Nachrichten“ vom 28. März 1897.

<sup>170</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 394.

wollte in einem Augenblick, da die Kretafrage in ein akutes Stadium trat.<sup>171</sup> Das war eine Lüge. Erst vor einem Monat hatten die rechten Parteien des Reichstags und selbst die Zentrumsparlei der Regierung gern eine *carte blanche* in Kretafragen ausgestellt und erst jetzt, als es klar wurde, wohin diese Politik führte, fiel es ihnen plötzlich ein, daß es zweckmäßig wäre, zur Taktik der „Zurückhaltung“ zurückzukehren. Aber auch jetzt wagten sie es nicht, die Regierung zu kritisieren. Die Kritik ging nur von seiten der Sozialdemokratischen Partei und der Freisinnigen aus. Nachdem sich Wilhelm Liebknecht und andere seine Ansichten teilende Vertreter der Sozialdemokratischen Partei davon überzeugt hatten, daß sich ihre Hoffnungen auf einen Sieg der demokratischen Kräfte in Frankreich nicht bewahrheitet hatten, daß eine Lösung des russisch-französischen Bündnisses nicht erfolgt war und daß England überhaupt nicht die Absicht hatte, mit eigenen Kräften einen Krieg gegen Rußland zu führen, mußten sie ihre Einstellung zur Politik der deutschen Regierung bald darauf einer Korrektur unterziehen. Die Arbeiter und breite Massen des deutschen Volkes machten sich Gedanken darüber, wohin die Entsendung von Kriegsschiffen ins Mittelmeer, die Blockade des Piräus und überhaupt die ganze Regierungspolitik in der Kretafrage führen konnte. Mit Rücksicht auf die Stimmung der Massen bezeichnete Liebknecht diese Politik im Reichstag als „Kretakomödie“ und forderte, die Regierung solle ihre Einmischung in Angelegenheiten, an denen Deutschland wenig interessiert sei, einstellen. In noch bestimmterer und schärferer Form sprach Bebel: „Wir legen auf das allerenergischste Protest und Verwahrung ein gegen jede aktive Beteiligung Deutschlands an den orientalischen Wirren...“, sagte er. „Wir haben durchaus keinen Grund, die Kretenser in ihren Wünschen und Neigungen in bezug auf ihre Zugehörigkeit zu Griechenland... irgendwie zu hindern.“ Er erklärte ferner, die erdrückende Mehrheit der kretischen Bevölkerung lehne den Plan der Autonomie, der ihr vom „europäischen Konzert“ der Großmächte aufgezwungen werden solle, ab.<sup>172</sup> Diese Kritik richtete sich in erster Linie gegen die deutsche Regierung, traf aber in gewissem Maße auch jene Vertreter der Sozialdemokratie, die nicht geneigt waren, die Bewegung auf Kreta zu unterstützen. Was aber die Politik des „europäischen Konzerts“ anbetrifft, so wurde auch diese einer Kritik unterzogen, denn „sie ist“, wie der „Vorwärts“ versicherte, „die Politik Rußlands“<sup>173</sup>. Die Führer der Sozialdemokratie erklärten die Einmischung Deutschlands in die Kretaangelegenheiten wie üblich nur durch sein Bestreben, dem zaristischen Rußland gefällig zu sein. Sie wußten nichts von

<sup>171</sup> Reichstag, 26. März 1897, Bd. VII, S. 5280.

<sup>172</sup> Reichstag, 26. März 1897, Bd. VII, S. 5278—5280.

<sup>173</sup> „Vorwärts“ vom 28. März 1897.

der wahren Rolle der deutschen Diplomatie und begriffen vor allem nicht, daß die Politik Deutschlands durch eigene aggressive, imperialistische Tendenzen bestimmt wurde, die sich den Interessen des russischen Zarismus keineswegs unterordneten. Zwar forderten sie von Marshall Einzelheiten über die Besprechungen in der Kretafrage, aber ebenso wie im Februar weigerte sich Marshall beharrlich, irgend etwas darüber mitzuteilen.<sup>174</sup>

Auch Richter hatte den Charakter der Ereignisse nicht begriffen. Er nahm die offizielle Version auf Treu und Glauben hin und richtete das ganze Feuer seiner Kritik gegen die Entsendung des deutschen Kreuzers an die Küsten Kretas. Deutschland, so sagte er, hat so unbedeutende Interessen auf Kreta, daß schon die Entsendung eines einzigen deutschen Schiffes beinahe zuviel gewesen sei.<sup>175</sup> Marshall rechtfertigte die Entsendung des Schiffes durch Interessen der „Erhaltung des europäischen Friedens“ und wies sogar darauf hin, daß, wenn man die christliche Bevölkerung der Türkei zu schützen hätte, ein Schiff unzureichend wäre.<sup>176</sup> Auf diese Weise entstellte er vor dem Reichstag die wahren Motive der deutschen Politik in der Kretafrage gänzlich. Immerhin mußte er dem Reichstag versprechen, daß die Regierung keine weiteren Kreuzer nach Kreta entsenden würde. Das war der Beginn des Rückzugs der deutschen Diplomatie von der Politik der aktiven Teilnahme an der Flottenintervention gegen Griechenland.

Gleichzeitig versuchte Marshall die Stimmungen im Reichstag auszunutzen, um in den diplomatischen Beziehungen zur Londoner Regierung die wahren Motive seines erzwungenen Rückzugs zu verheimlichen. Nach dem Vorbild Salisburys und überhaupt nach den üblichen Methoden der englischen Regierung berief er sich auf die Pflicht einer „verantwortlichen Regierung“, dem „Parlament“, das heißt dem Reichstag, und der „öffentlichen Meinung“ in Deutschland Rechnung zu tragen.<sup>177</sup> Gewiß spielten hier die Stimmungen der herrschenden Klassen eine nicht geringe Rolle, aber diesen Stimmungen lag die Furcht zugrunde, ohne ausreichende Flottenkräfte in einen Mittelmeerkonflikt hineingezogen zu werden. Die politischen Ambitionen des deutschen Imperialismus wuchsen vorläufig bedeutend rascher als die materiellen Voraussetzungen, die zu ihrer Befriedigung notwendig waren. Selbst Wilhelm sah ein, warum es der deutschen Regierung nicht gelungen war, eine gemeinsame Aktion der Mächte gegen Griechenland zu organisieren oder ihre Pläne selbständig entgegen

<sup>174</sup> Reichstag, 26. März 1897, Bd. VII, S. 5280.

<sup>175</sup> Reichstag, 19. März 1897, Bd. VII, S. 5185.

<sup>176</sup> Reichstag, 18. März 1897, Bd. VII, S. 5151.

<sup>177</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3220, Marshall an Hatzfeldt, 11. April 1897.

den englischen Plänen zu verwirklichen. „Man sieht hieraus wieder“, so schrieb Wilhelm bekümmert, „wie schwer Deutschland den *Mangel* einer *starken Flotte* empfindet, da es sich im Concert nicht durchschlagend fühlbar machen kann. Hätten wir statt eines Schiffs eine starke Kreuzerdivision mit Panzerkreuzern bei Creta gehabt, so hätte Deutschland ungesäumt auf eigne Faust im Februar *allein* gleich Athen blockiren können, und dadurch die anderen Mächte nolens volens zum Mitthun fortgerissen und gezwungen. So ist schließlich nichts geschehen und derjenige der alle Pläne durchkreuzt, alle Thatkraft lähmt und auf den schließlich darum Rücksicht genommen wird ist England! Und warum? *Weil es die stärkste Flotte hat!* Uns helfen unsre 1 000 000 Grenadiere dabei *nichts!*“<sup>178</sup>

Die Unstimmigkeiten zwischen den Großmächten, und vor allem die englisch-deutschen, verschärften lediglich die Krise in den griechisch-türkischen Beziehungen. Sie machten sowohl dem Sultan, der die Unterstützung Deutschlands spürte, als auch dem griechischen König, den England für seine Interessen mißbrauchte, Hoffnungen. Im allgemeinen wollten der König und seine Regierung keinen Krieg und fürchteten eine Niederlage, aber noch mehr fürchteten sie die nationale Bewegung im eigenen Lande. Sie waren bereit, diese Bewegung zu verraten, und suchten nach einem günstigen Vorwand, um auf den weiteren Kampf um Kreta zu verzichten. Und sie hätten in der Tat diesen Kampf eingestellt, wenn sie nicht, wie ein griechischer Diplomat eingestehen mußte, „im Innern drohende Gefahren“ zu fürchten gehabt hätten. Deshalb, so setzte er auseinander, ist selbst ein unglücklicher Kriegszug noch immer besser als eine Revolution.<sup>179</sup> Der griechische König und einige Persönlichkeiten aus seiner Umgebung gaben Berlin zu verstehen, daß sie nur dankbar wären, wenn die Großmächte irgendein starkes militärisches Druckmittel in der Art der Blockade Athens anwendeten und Griechenland zur Kapitulation zwingen. Aber es gelang der deutschen Regierung nicht, eine militärische Einmischung aller Mächte zu organisieren, allein konnte sie jedoch ihre Pläne nicht durchführen. Es fehlte an Flottenkräften. Unter diesen Umständen war ein Zusammenstoß zwischen Griechenland, das von England angestiftet wurde, und der Türkei, die von Deutschland ermuntert wurde, nur eine Sache der Zeit. Anfang April begannen an der Grenze zwischen Epirus und Mazedonien Zusammenstöße zwischen türkischen und griechischen Abteilungen, und am 18. April erklärte die Türkei Griechenland formell den Krieg. Die Frage der Organisation einer Blockade der griechischen Häfen entfiel damit sofort.

<sup>178</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3215, Plessen an Hohenlohe, 28. März 1897 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms II.).

<sup>179</sup> Ebenda.

Schon die ersten Kriegstage zeigten, wie der Ausgang des Krieges sein würde. Die an der Grenze von Thessalien konzentrierte türkische Armee war zahlenmäßig überlegen und dank den Kruppgeschützen besser ausgerüstet als die griechische Armee. Unter Führung von Generalen, die von deutschen Instruktoren ausgebildet worden waren, fiel sie in das Gebiet Griechenlands ein und besetzte bei der Verfolgung der griechischen Truppen schon nach einer Woche Larissa. Die griechische Regierung wandte sich eiligst an Bulgarien mit der Bitte um Hilfe. Das konnte eine Bewegung in Mazedonien auslösen.

Gerade in den Tagen, da auf dem Balkan dank den Bemühungen der Großmächte der Krieg ausbrach, weilte der bulgarische Fürst Ferdinand in Berlin. Im Gespräch mit ihm stellte Marschall fest, daß dieser Sprößling der deutschen Koburger Dynastie trotz all seiner Bestrebungen, der österreichisch-deutschen Politik auf dem Balkan behilflich zu sein, immerhin der nationalen Bewegung des bulgarischen Volkes in gewissem Maße Rechnung tragen mußte. Ferdinand erklärte demütig, daß er die Umstände keineswegs auszunutzen beabsichtige, um die Bande der Vasallenabhängigkeit Bulgariens von der Türkei zu sprengen und die staatliche Unabhängigkeit Bulgariens auszurufen. Er erinnerte daran, daß er persönlich und seine Minister die nationalen Bestrebungen des bulgarischen Volkes vor allem in der mazedonischen Frage stets unterdrückt hätten, gab jedoch zu, daß der Moment kommen könne, da — wie er selbst sagte — dieser antinationalen Politik ein Ende bereitet werde.

Als er solche Reden hörte, warf Marschall sofort die Maske ab und zeigte, wie die deutsche Politik des Désintéressement an den Balkanfragen zu verstehen war. Er ermahnte den bulgarischen Koburger, sich nicht den griechischen Glücksburger zum Vorbild zu nehmen. Er meinte, daß „die Griechen mit ihrer abenteuerlichen Politik nichts anderes erreichen würden als wohlverdiente Schläge“. Er fuhr fort, daß, wenn Bulgarien oder Serbien trotzdem versuchten, aktiv zum Schutze Mazedoniens aufzutreten, „die Mächte dann Mittel finden würden, um nicht nur Serbien, sondern auch Bulgarien in Ruhe zu halten“. Marschall begann und endete mit Drohungen. Ferdinand konnte nur erstaunt fragen, womit er eigentlich diese „direkte Drohung“ seitens Deutschlands verdient habe. „Habe er nicht seit Jahren seine ganze Kraft eingesetzt, um... sein Land in Ruhe zu halten und alle nationalen Aspirationen mit Gewalt zu unterdrücken?“<sup>180</sup>

Als Marschall Ferdinand mit dem Druck der „Mächte“ einschüchterte, dachte er nicht im entferntesten daran, daß diese Drohungen von Deutschland wahr gemacht werden sollten, und zwar nicht nur, weil die in den

<sup>180</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 2986, Aufzeichnung Marschalls, 20. April 1897.



Händen Deutschlands befindlichen Mittel des unmittelbaren wirtschaftlichen Drucks auf Bulgarien noch unzureichend waren.<sup>181</sup> Er vermutete, daß seine Drohungen, falls notwendig, von Österreich-Ungarn und möglicherweise auch von Rußland wahr gemacht werden würden, die in diesem Augenblick an der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan interessiert waren. Auf jeden Fall erfüllten die deutschen Drohungen ihren Zweck. Der bulgarische Koburger lehnte die Hilfe an Griechenland ab. Zu gleicher Zeit empfahl die deutsche Diplomatie insgeheim dem Sultan, die Offensive fortzusetzen, um den Griechen möglichst rasch eine entscheidende Niederlage beizubringen.<sup>182</sup> Die Türken nutzten ihren Erfolg weiterhin aus.

Nun begann die griechische Regierung, um die endgültige Zerschmetterung und die völlige Diskreditierung der Dynastie zu vermeiden, nach Wegen zum Austritt aus dem Kriege zu suchen. Ihre Bemühungen in dieser Richtung waren weitaus zahlreicher und energischer als jene, die notwendig waren, um den bewaffneten Widerstand gegen den Feind zu organisieren. Um das ohnehin schwankende Prestige der Dynastie zu retten, wandte sie sich an die Mächte mit der Bitte, so rasch wie möglich eine friedliche Vermittlung einzuleiten. Aber die Großmächte konnten sich über die Bedingungen dieser Vermittlung nicht einig werden. Besonders hartnäckig gebärdete sich Deutschland. Bereits am dritten Kriegstag hatte es dem Sultan eingeflüstert, welche politischen Bedingungen er zu stellen habe, bevor er die Kampfhandlungen einstelle: unverzügliche Abberufung der griechischen Truppen von Kreta und griechische Anerkennung des autonomen Regimes auf Kreta unter Beibehaltung der türkischen Souveränität. Nunmehr bestand die deutsche Regierung auf diesen Bedingungen.

Die Zeit verging, die militärische Lage Griechenlands verschlechterte sich noch mehr. Anfang Mai wandte sich Prinzessin Sophie, die Frau des griechischen Thronfolgers, an ihren Bruder, den deutschen Kaiser, und

<sup>181</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 11/12. Bereits damals hatte das wirtschaftliche Eindringen des deutschen Kapitals in Bulgarien gewisse Erfolge zu verzeichnen. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien spielten noch keine wesentliche Rolle. Von großer Bedeutung war der Einfluß des deutschen Finanzkapitals in den Eisenbahngesellschaften Bulgariens sowie die Teilnahme der Deutschen Bank und der Dresdner Bank an der Unterbringung bulgarischer Anleihen. Die Summe der ersten im Sommer 1894 in Deutschland untergebrachten Anleihe war nicht hoch (8 Millionen Mark), die Unterbringung aber verlief erfolgreich, da die Bedingungen sehr günstig waren. Die erste Serie der sechsprozentigen Obligationen der Bulgarischen Nationalbank war sehr rasch gezeichnet, so daß man bald zur Zeichnung der nächsten Anleihe schreiten konnte. (Архив МИД, К. 17, Blatt 123, Depesche Tscharykows, Berlin, 19. [7.] Juni 1894, Nr. 39.)

<sup>182</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3226, Marshall an Saurma, 20. April 1897.

flehete ihn an, die diplomatische Einmischung der Mächte zu beschleunigen.<sup>183</sup> Wilhelm antwortete kühl, er könne nichts unternehmen, wenn Griechenland nicht die vorläufigen türkischen (im Grunde genommen deutschen) Forderungen annehme.<sup>184</sup> Die griechische Regierung benutzte die gleiche – um einen Ausdruck Bismarcks zu benutzen – „Weiberrock“-diplomatie, um ihre Kapitulationsbereitschaft mitzuteilen, sie bat lediglich, daß der Kaiser auf die Türkei einwirken möge, damit diese die Kampfhandlungen möglichst rasch einstelle.<sup>185</sup> Am 19. Mai wurde der Waffenstillstand unterzeichnet.

Die deutsche Regierung war sehr zufrieden. Den militärischen Sieg der Türkei schätzte sie als einen Teil des eigenen politischen Sieges ein. Sie begann sich auch in die Vorbereitungen zum griechisch-türkischen Friedensvertrag aktiv einzumischen, wobei sie jedoch mit Rußland im Kontakt zu bleiben trachtete.<sup>186</sup> Die Besprechungen dauerten einige Monate. Die Türkei war bestrebt, das von ihr eroberte Thessalien zu behalten. Aber keine einzige Macht war bereit, diese Ansprüche der Türkei zu befriedigen. Man schlug ihr vor, sich mit einer „strategischen Regulierung der Grenzen“ zu begnügen, aber sie widersetzte sich und stimmte nicht zu. Man mußte einen starken Druck auf den Sultan ausüben. Die deutsche Diplomatie, die ihre Beziehungen zur Türkei nicht verderben wollte, überließ es gern den andern Mächten, diesen Druck zu verwirklichen. Sie selbst bemühte sich dagegen, im Schatten zu bleiben.<sup>187</sup> Dafür trat sie auf den Plan, als die Rede auf die von der Türkei geforderte Kontribution kam, die nur mit Hilfe neuer Auslandsanleihen bezahlt werden konnte. Die Pariser und die Londoner Börse, die bereits neue Abmachungen ahnten, regten sich. Sie stießen jedoch auf entschlossenen Widerstand des deutschen Imperialismus.

<sup>183</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3232, Plessen an das Auswärtige Amt, 9. Mai 1897.

<sup>184</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3233, Kiderlen an das Auswärtige Amt, 9. Mai 1897.

<sup>185</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3237, Plessen an das Auswärtige Amt, 12. Mai 1897.

<sup>186</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 155, Depesche Osten-Sakens, vertraulich, Berlin, 9. Juni (27. Mai) 1897, Nr. 39.

<sup>187</sup> Osten-Saken teilte nach Petersburg mit, Deutschland habe die Instruktionen über die Frage der Forderungen der Pforte hinsichtlich Thessaliens angeblich zurückgehalten, weil „die deutsche Regierung, die keine persönlichen Interessen am Bosphorus verfolgt und an der orientalischen Frage wenig interessiert ist, deshalb gewöhnlich die Beschlüsse der übrigen Großmächte und vor allem die unsrigen abwartet“. In diesem Fall sprach er, wie übrigens auch in einer Reihe anderer Fälle die Ansichten aus, die ihm von der deutschen Diplomatie eingeredet worden waren. Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß Goluchowski das deutsche Spiel besser durchschaute und sich nicht genierte, seine Beschuldigungen an die Adresse der deutschen Regierung vor den russischen Diplomaten auszusprechen. (Архив МИД, К. 21, Blatt 170, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 8. Juni [27. Mai] 1897.)

Jetzt stürzte sich die deutsche Diplomatie in den Kampf, um die Interessen der deutschen Besitzer der früheren griechischen Anleihen zu befriedigen. Ohne den Ansprüchen der Türkei, die von Griechenland eine große Summe in Form von Kontribution forderte, zu widersprechen, verlangte die deutsche Regierung kategorisch das Zugeständnis, daß die Interessen der früheren, das heißt der deutschen Anleihebesitzer den ausländischen Besitzern der neuen Anleihen gegenüber bevorzugt befriedigt werden. Ferner verlangte Deutschland unter dem Vorwand, die Interessen sowohl der alten als auch der neuen Anleihebesitzer wahrzunehmen, die Einführung einer internationalen Finanzkontrolle in Griechenland.<sup>188</sup> Dieser Forderung widersetzte sich die englische Diplomatie noch mehr als der ersten. Sie begriff, daß die Einführung einer internationalen Finanzkontrolle in Griechenland zur Verstärkung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses Deutschlands in diesem Lande führen würde.<sup>189</sup> Dagegen bedeutete das Fehlen einer solchen Kontrolle das Monopol des englischen finanziellen Einflusses in Griechenland. Gerade dafür kämpfte die englische Diplomatie. Die deutsche Regierung setzte sich für ihre Forderungen beharrlich ein und zwang die Engländer schließlich zum Rückzug.

Hier trat eine gewisse Verzögerung ein. Die griechische Regierung fürchtete sich, offen einzugestehen, daß sie es nicht verstanden hatte, die nationalen Hoffnungen zu erfüllen, und bereit war, das Land unter internationale Finanzkontrolle zu stellen. Aber die Deutschen, die in diesem Fall eine erstaunliche Wendigkeit an den Tag legten, fanden einen Ausweg, um die Lage der griechischen Dynastie zu erleichtern. Sie schlugen vor, die „bittere Pille der Kontrolle in die Kapsel des Friedensvertrags“ einzuwickeln.<sup>190</sup> In dieser Form schluckte Griechenland diese Pille, die in der Retorte der imperialistischen Diplomatie der Großmächte bereitet worden war. Die Politik des Status quo im Nahen Osten begann dem deutschen Imperialismus die erste Dividende zu bringen und verhiess ihm für die Zukunft noch größere.

<sup>188</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3248, Aufzeichnung Mumms von Schwarzenstein, 16. August 1897.

<sup>189</sup> Nach Meinung Osten-Sakens bestand die deutsche Regierung deshalb auf der Errichtung der europäischen Finanzkontrolle in Griechenland, weil sie darin „das einzige Mittel erblickte, sich der Beteiligung der europäischen Finanzwelt an der bevorstehenden Anleihe für Griechenland zu versichern“. Eine große Bedeutung hatte jedoch das Bestreben der deutschen Regierung, sich die europäische Kontrolle „zur Regelung der früheren griechischen Staatsschuld“ zunutze zu machen. Osten-Saken teilte mit, die Lösung dieser Frage würde die deutsche Regierung „fast zu einer Bedingung für ihr Verbleiben im europäischen Konzert machen“. (Архив МИД, К. 21, Blatt 192, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 26. [14.] Juli 1897, Nr. 50.)

<sup>190</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3250, Bülow an Wilhelm II., 20. August 1897.

## 4

Der Erfolg, den die deutsche Diplomatie aus dem griechisch-türkischen Kriege gezogen hatte, machte den imperialistischen Kreisen Englands starkes Kopferbrechen. Sie erblickten in ihm einen neuen Erfolg des deutschen Imperialismus auf dem Balkan, eine Verbesserung seiner Positionen im Kampf für das weitere Eindringen in das Osmanische Reich. Sie fürchteten, daß Deutschland, das ein starker Gläubiger Griechenlands war, dessen schwierige Finanzlage, die durch den Krieg und die Kontribution untergraben worden war, ausnutzen könnte, um Eisenbahnkonzessionen, einen günstigen Handelsvertrag und andere Zugeständnisse zu erzwingen. Mit einem Wort, sie rechneten damit, daß ihrem vorherrschenden Einfluß in Griechenland ein Ende bereitet werden könnte und daß dann ihre Positionen in der Levante stark geschwächt sein würden. In der englischen Presse erschienen Meldungen, der deutsche Kaiser habe Griechenland bereits seine Offiziere zur Reorganisation der griechischen Armee angeboten. Insbesondere beunruhigte die englische Bourgeoisie das Schicksal der griechischen Handelsflotte, die eine recht hohe Tonnage hatte. Wäre diese Flotte unter die Kontrolle Deutschlands geraten, das sie zu entwickeln und zu festigen begonnen hätte, dann hätte sie zu einer ersten Bedrohung für den englischen Handel und für die englische Schifffahrt im Mittelmeer werden können.

Das waren die trübseligen Gedanken, die damals in englischen bürgerlichen Kreisen, insbesondere in solchen, die an der imperialistischen Expansion nach dem Nahen Osten unmittelbar interessiert waren, recht starke Verbreitung fanden. Die englische Presse malte die Farben noch düsterer und verlieh diesen Stimmungen eine bestimmte politische Spitze. Der englische Publizist, der unter dem Pseudonym Vindex schrieb, beschuldigte Deutschland, es habe sich „gegen die britischen Interessen in der Levante verschworen“. Er behauptete, daß Deutschland „der gefährlichste Feind Englands seit den Zeiten Napoleons I.“ sei. Die Verstärkung der Aktivität Deutschlands im Zusammenhang mit dem griechisch-türkischen Kriege charakterisierte er als einen Schlag, den es als Antwort auf den Schlag, der ihm selbst in Transvaal versetzt worden war, England versetzte.<sup>191</sup>

In dem Maße, wie sich die Lage im Nahen Osten weiter änderte, verstärkte sich die Aktivität der englischen Politik in Südafrika. Meldungen, die von dorthier in Deutschland eintrafen, erweckten den Eindruck, daß England einen neuen Schlag gegen Transvaal vorbereitete. Wilhelm war der Meinung, daß man, solange die allgemeine Aufmerksamkeit von den

<sup>191</sup> Vindex (Malcolm McColl), „A Plot against British Interests in the Levant“ in „Fortnightly Review“, 1. June 1896, S. 811–824.

Ereignissen im Nahen Osten gefesselt sei, allmählich und ohne viel Lärm die deutschen Truppen in Südwestafrika verstärken müsse, um, wenn der Augenblick gekommen sei, „den Buren die Hand reichen zu können“. Er wollte folglich das verwirklichen, was ihm Anfang Januar 1896 nicht gelungen war. Waldersee, dem er seine Pläne mitteilte, kam zu der Schlußfolgerung, daß „dies den Krieg bedeuten“ würde.<sup>102</sup>

Bald darauf teilten die englischen Zeitungen mit, daß sich die englische Flotte zu einer Demonstration in Südafrika, in der Delagoabai, vorbereite. Die deutsche Presse reagierte auf diese Meldungen recht nervös. Unter anderem schrieben die „Hamburger Nachrichten“, die Engländer bereiteten einen neuen Schlag gegen die Buren vor.<sup>103</sup> Die Anzeichen der sich verstärkenden Aktivität der englischen Politik in Südafrika beunruhigten die Deutschen nicht minder, als die Aktivität der deutschen Politik im Nahen Osten die Engländer beunruhigte.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß, als Curzon (er hatte gerade erst seine Karriere als parlamentarischer Gehilfe des Staatssekretärs begonnen) nach Berlin kam, diese Fragen zum Gegenstand seiner Unterredungen mit Marschall wurden. Curzon mußte nicht wenige Vorwürfe über die englische Politik in Griechenland anhören. Er rechtfertigte sie damit, daß die Londoner Regierung unter dem Druck der „öffentlichen Meinung“ stehe. Er mußte auch Verdächtigungen hinsichtlich der Eroberungsabsichten in Südafrika anhören. Curzon stritt diese Bestrebungen glattweg ab und lenkte seinerseits die Aufmerksamkeit Marshalls darauf, daß in Transvaal eine große Anzahl Geschütze, Gewehre und sonstige Kriegsausrüstung eintreffe. Marshall wußte darauf nichts zu erwidern, um so weniger, als die in Transvaal eintreffenden Waffen vorwiegend deutscher Herkunft waren. Er erinnerte an „wichtige kommerzielle und materielle Interessen“, die Deutschland in Transvaal habe. „Wir hätten in erheblichem Maße deutsches Geld in Eisenbahnen und anderen Unternehmungen angelegt, und unser Handel mit Transvaal sei in erfreulichem Steigen begriffen.“ Nur durch diese Interessen und durch das Bestreben, sie wahrzunehmen, erklärte er die deutsche Politik in Südafrika. Curzon reiste aus Berlin ab, nachdem er versichert hatte, daß England nicht „irgendwelche kriegerischen Gedanken gegen Transvaal hege“<sup>104</sup>.

Wenige Tage später, als die türkischen Truppen gerade in das Gebiet Griechenlands eingefallen waren, trafen einige englische Kriegsschiffe in der Delagoabai ein, besetzten den portugiesischen Hafen Lourenço Marques

<sup>102</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 394.

<sup>103</sup> „Hamburger Nachrichten“ vom 8. April 1897.

<sup>104</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3224; Bd. 13, Nr. 3403, Aufzeichnung Marshalls, 17. April 1897.

und fuhren weiter flußaufwärts an die Grenze Transvaals. Die Mitteilung über diese Demonstration der englischen Kriegsslotte machte in Deutschland starken Eindruck. Der Kaiser, den diese Meldung in Wien antraf, wo er die Bemühungen anläßlich der österreichisch-russischen Annäherung abschloß, war ganz ratlos und konnte nur sagen: „Das ist der Anfang, und wir müssen diese Backenstreiche, die uns England damit gibt, ruhig hinnehmen. Wir sind nicht in der Lage, irgend etwas, auch nur das Geringste, zu unternehmen, um dieser Politik entgegenzutreten. Wir können nichts tun – als uns still zu verhalten.“<sup>195</sup>

Die deutsche Diplomatie verhielt sich in der Tat in den südafrikanischen Angelegenheiten „still“. Um so stärkere Aktivität konnte sie, wie wir gesehen haben, im Nahen Osten entfalten, insbesondere nachdem die Überlegenheit der türkischen Armee und die Niederlage Griechenlands klageworden war. In einer Hinsicht war die englische Demonstration gegen Transvaal für die deutsche Diplomatie ein günstiges Symptom. Holstein kam endgültig zu der Schlußfolgerung, daß England nicht beabsichtigte, Kreta zu besetzen. Er war überzeugt, daß England den Kampf um den Einfluß in Griechenland fortsetzen, aber seine Hauptaufmerksamkeit in der nächsten Zeit der Erweiterung der Kolonialpolitik in Südafrika sowie im Fernen Osten widmen werde.<sup>196</sup> Unter diesen Umständen erblickte er die Hauptaufgabe der deutschen Diplomatie darin, politische Vorteile aus der Politik des Status quo auf dem Balkan herauszuschlagen, die englischen Pläne in Europa zu durchkreuzen und England damit die Durchführung der Politik der kolonialen Erweiterung in gewissem Sinne zu erschweren. In seinem Geist war bereits der Gedanke herangereift, daß man England nur durch Festigung und Erweiterung des politischen Einflusses Deutschlands auf dem europäischen Kontinent zwingen könne, in Fragen der Kolonialpolitik nachgiebiger zu sein. Dieser Gedanke war die Frucht des Einflusses alldeutscher Konzeptionen, die in den einflußreichen politischen Kreisen des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus bereits recht verbreitet waren.

Wenn die offizielle Diplomatie gezwungen war, sich in Fragen der afrikanischen Kolonialpolitik „still“ zu verhalten, verstärkte die Presse, insbesondere die den alldeutschen Kreisen nahestehende, die Kampagne gegen England. Der englisch-deutsche Antagonismus wuchs weiter, er zeigte sich bald auf dem einen, bald auf dem andern Schauplatz und fand natürlich seine Widerspiegelung in der Presse.

Die englische Presse schlug weiterhin „Handelsalarm“, und das Thema der bedrohlichen deutschen Politik verschwand nicht aus ihren Spalten. Die

<sup>195</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3406, Eulenburg an Marshall, 23. April 1897.

<sup>196</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3225, Aufzeichnung Holsteins, 19. April 1897.

besondere Aufmerksamkeit der deutschen Diplomatie galt jedoch dem konservativen Organ „Standard“, von dem bekannt war, daß es unmittelbar von Salisbury inspiriert wurde. Im Gespräch mit Hatzfeldt bestritt Salisbury natürlich, daß er dieses Organ in deutschfeindlichem Sinne inspiriere. Zuweilen antwortete er auf wiederholte Fragen scherzend, daß er diese Zeitung nicht einmal lese. Die deutschfeindlichen Ausfälle der englischen Presse erklärte er einfach damit, daß das englische Publikum gewöhnt sei, stets nach einem Sündenbock zu suchen. Früher, so sagte er, habe Rußland diese Rolle gespielt, jetzt sei es Deutschland.<sup>197</sup>

Aber auch die deutsche Regierung inspirierte ihrerseits in der Presse eine Kampagne gegen England. In Besprechungen mit englischen Diplomaten verhehlte Marshall nicht, die Hauptursache dieser Kampagne bestehe darin, daß England selbst eine aktive Kolonialpolitik betreibe, jedoch die minimalsten Interessen und Forderungen Deutschlands auf dem Gebiet der Kolonien nicht berücksichtigen wolle.<sup>198</sup>

Auf diese Weise wurde die politische Atmosphäre in den Beziehungen zwischen Deutschland und England im Zusammenhang mit der Nahostkrise und den Kolonialangelegenheiten immer gespannter, und die Presse der beiden Länder stellte ein recht genaues Barometer der Veränderungen dar, die in dieser Atmosphäre eintraten.

Obwohl die Hauptaufmerksamkeit der deutschen Diplomatie an die im Zusammenhang mit dem griechisch-türkischen Krieg entstandenen Fragen geknüpft war, forderten einige einflußreiche politische Kreise, daß sich die deutsche Regierung aktiv in die Angelegenheiten Südafrikas einmische. Diese Kolonialpartei empörte sich über die Tatenlosigkeit der Regierung. Die Erfolge der deutschen Diplomatie im Nahen Osten befriedigten sie nicht. Sie nahm an, daß die deutsche Regierung, wenn es ihr gelungen war, Annäherungspunkte mit Rußland zu finden, um so mehr in entfalteter politischer Front gegen England vorgehen müßte. Nach der Einmischung der deutschen Diplomatie in die Transvaalkrise forderte sie eine neue, aber wirksamere Einmischung.

Die Kolonialpartei forderte vor allem die Vertreibung des englischen Kapitals aus dem deutschen Besitz in Südwestafrika. Die britische South West Africa Company, die seit langem eine Konzession für den Bau einer Eisenbahn besaß, versuchte jetzt von der deutschen Regierung eine geringe Garantie (2,5–3 Prozent) zu erhalten. Außerdem hatte sie die Absicht, den Bau von Häfen an der Küste von Deutsch-Südwestafrika in Angriff zu nehmen. Die kolonialen Kreise des deutschen Imperialismus empörten sich über die wachsende Aktivität des englischen Kapitals in Südafrika und

<sup>197</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3407, Hatzfeldt an Hohenlohe, 12. Mai 1897.

<sup>198</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3403, Aufzeichnung Marshalls, 17. April 1897.

machten sich Sorge, ob es ihnen gelingen werde, dort die eigenen Positionen zu halten. Der konservative Abgeordnete Graf Arnim-Muskau, Mitglied des Präsidiums des Alldeutschen Verbandes, rief die Regierung in einer Reichstagsrede auf, Maßnahmen zu ergreifen, die das Monopol des deutschen Kapitals in Südwestafrika gewährleisten könnten.<sup>199</sup> Diese Frage vermochte die Aufmerksamkeit nur enger kapitalistischer Kreise zu erregen, deren Interessen mit den Interessen des britischen Kapitals in Südwestafrika in Kollision gerieten. Viel stärkere Aufmerksamkeit erregte die Transvaalfrage. In diesem Zusammenhang entfalteten die mit dem Alldeutschen Verband und der Kolonialgesellschaft verbundenen imperialistischen Kreise erneut eine propagandistische und politische Kampagne in der Presse, in den politischen Parteien, an den Universitäten, in Versammlungen und im Reichstag. Sie behaupteten, der Kampf der Buren gegen England stelle einen „Kampf um das Deutschtum“ dar<sup>200</sup>, und forderten, daß die Regierung aktiv in diesen Kampf eingreife.

Die Regierung blieb jedoch weiterhin tatenlos. Selbst bei einem erneuten Überfall der Engländer auf Transvaal hätte sie nicht eingreifen können, da ihr die Flotte fehlte. Das Eingreifen der Kolonialtruppen war ebenfalls unmöglich. Es waren ihrer zuwenig, um einen offenen Zusammenstoß mit englischen Truppen wagen zu können. Im Falle eines solchen Zusammenstoßes wären die deutschen Truppen in Afrika vom Mutterlande abgeschnitten gewesen, was eine Zerschmetterung der deutschen Kolonialtruppen bedeutet hätte. Gleichzeitig hätte sich der militärische Konflikt in Südafrika sofort in einen allgemeinen Krieg zwischen England und Deutschland verwandelt. In diesem Kriege hätte Deutschland keine Bundesgenossen gehabt, weil es seitens Österreich-Ungarns, Italiens und Rußlands nur mit Neutralität rechnen konnte. Der deutsche Imperialismus war weder in militärischer noch in politischer Hinsicht für einen großen Krieg gegen England vorbereitet. Deshalb konnte die deutsche Regierung, um die beharrlichen Forderungen der Kolonialpartei zu befriedigen, lediglich versuchen, durch diplomatische Mittel auf England einzuwirken. So entstand der Plan, die Propaganda und die Drohungen in den Spalten der deutschen Presse als Deckmantel für die Erpressung kolonialer Zugeständnisse von England zu benutzen.

Der Urheber dieses Planes war der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, ein Zögling Bismarcks und ein Günstling Holsteins. Nach der Transvaalkrise beobachtete er viele Monate lang alles, was England in

<sup>199</sup> Seine am 22. Februar 1897 gehaltene Rede wurde in den „Alldeutschen Blättern“ am 28. März 1897, Nr. 13, abgedruckt.

<sup>200</sup> Siehe „Alldeutsche Blätter“, 1896, Nr. 33–45 und ferner 1897, Nr. 14, 15, 31 und andere.



Südafrika tat oder zu tun beabsichtigte. Aber weder in seinen zahlreichen Gesprächen mit Salisbury noch bei Begegnungen mit anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts ging er auf die Transvaalfrage ein. Als er von der Demonstration der englischen Flotte in Südafrika erfuhr, meinte er, nun sei es an der Zeit, die Schritte zu überlegen, die die deutsche Regierung unternehmen könnte, um die Forderungen der Kolonialpartei zu befriedigen. Er war der Meinung, daß der griechisch-türkische Krieg die Londoner Regierung zwingen würde, in kolonialen Angelegenheiten nachgiebiger zu sein unter der Voraussetzung, daß auch die deutsche Regierung einige Zugeständnisse machte. Er setzte dem Reichskanzler Hohenlohe auseinander, Deutschland könne bei dem gegebenen Kräfteverhältnis Transvaal vor den aggressiven Anschlägen Englands ohnehin nicht verteidigen. Das bedeutete das Eingeständnis der Tatsache, daß auch die aggressiven Gelüste Deutschlands auf Transvaal hoffnungslos blieben. Hatzfeldt gab zu bedenken, ob man nicht rechtzeitig, aber natürlich insgeheim, Transvaal verraten, es England auf Gnade und Ungnade ausliefern und sich dabei eine „Kompensation“ auf Kosten irgendeiner anderen, England nicht gehörenden Kolonialbesitzung ausbedingen sollte. Er schlug konkret vor, als „Kompensation“ für Transvaal, das Deutschland nicht gehörte, versuchsweise einen Teil der portugiesischen Kolonien in Afrika sowie einen großen Hafen in China „mit entsprechendem Hinterland“ zu beanspruchen. Hatzfeldt war der Meinung, daß sein Plan, wenn man ihn verwirklichen konnte, den Appetit der Kolonialpartei befriedigen müßte. Die deutschen Imperialisten würden neue Kolonien in Afrika erwerben und einen großen „Stützpunkt“ in China erhalten, der ihnen die Möglichkeit böte, ihren Handel auf den reichen Märkten des Fernen Ostens zu entfalten, während sie nur das verlören, was sie ohnehin nicht erhalten könnten. Aber das war nicht das Hauptziel seines Planes.

Hatzfeldt war darum besorgt, die allgemeine politische und strategische Lage Deutschlands in Europa zu verbessern. Er war darüber beunruhigt, daß Deutschland, das mit den Kräften des russisch-französischen Bündnisses zu rechnen gezwungen war, seine Beziehungen zu dem neuen Rivalen, England, verschärfte. Er nahm an, daß die sich abzeichnende Annäherung an Rußland diese Spannung noch verstärken und der deutschen Regierung die Durchführung der Politik der „freien Hand“ auf dem europäischen Kontinent erschweren würde. Hatzfeldt schlug deshalb vor, mit dem Ausspielen der zwischen England und Rußland bestehenden Gegensätze fortzufahren. Er hoffte, daß man bei diesem Spiel von England irgendwelche „Kompensationen“ erreichen könnte.<sup>201</sup>

<sup>201</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3404, Hatzfeldt an Hohenlohe, 22. April 1897.

Der von Hatzfeldt vorgeschlagene Plan gefiel dem Kaiser, der Marshall beiseite gedrängt und faktisch die Funktionen des Leiters der deutschen Außenpolitik übernommen hatte, sehr. Hatzfeldt erhielt das Einverständnis und den Segen des Kaisers und konnte bald darauf die Angelegenheit in Angriff nehmen.

Hierbei stellte sich jedoch heraus, daß dieser deutsche Plan einen wesentlichen Fehler hatte. Er fand bei englischen Partnern nicht das geringste Interesse. In einem seiner Gespräche mit Salisbury versuchte Hatzfeldt, auf die ihn interessierende Frage eingehend, das Gespräch von weit her anzufangen und es in „ungemein vertraulichem und akademischem“ Ton zu halten. Er begann damit, daß er den letzten Leitartikel im „Standard“ (vom 7. Mai) beanstandete, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die englische Regierung nicht mehr die früheren intimen Beziehungen zu Deutschland unterhalte, ihre Beziehungen zu Rußland und Frankreich dagegen geschickt regele. Hatzfeldt gab zu verstehen, daß er für die Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen die Politik des Londoner Kabinetts verantwortlich mache, das nicht einmal die „bescheidenen“ Ansprüche Deutschlands in Fragen der Kolonialpolitik zu berücksichtigen wünsche. Und dann vertraute er Salisbury einschmeichelnd an, England könne seine früheren guten Beziehungen zu Deutschland leicht wiederherstellen und sogar dessen Wohlwollen in den Angelegenheiten kaufen, die das Londoner Kabinett anscheinend am meisten interessierten. Er deutete an, daß Deutschland der Verwirklichung der englischen Pläne in Transvaal unter gewissen Umständen nicht im Wege stehen würde. Salisbury antwortete, die englische Regierung habe überhaupt keine aggressiven Pläne hinsichtlich Transvaals und selbst Chamberlain seien kriegerrische Absichten angeblich völlig fremd.

So gab Salisbury zu verstehen, daß England in der Transvaalfrage überhaupt keinen Kuhhandel mit Deutschland brauche. Was aber die Möglichkeit einer Aufteilung der portugiesischen Kolonien betraf, so verglich er ihr künftiges Schicksal scherzhaft mit dem Schicksal eines seiner Güter. Er erzählte, daß einer seiner Vorfahren dieses Besitztum für 999 Jahre verpfändet habe, aber diese Frist, so bemerkte Salisbury, laufe erst in 700 Jahren ab. Hatzfeldt blieb kein Zweifel darüber, daß der englische Premierminister alle Anspielungen und den Sinn des vorgeschlagenen Planes vortrefflich begriffen hatte. Die Antwort Salisburys war so zurückhaltend, ausweichend und dazu noch so höhnisch, daß Hatzfeldt beim besten Willen nichts Ermutigendes nach Berlin mitteilen konnte.<sup>202</sup> Die englische Regierung wünschte nicht, Deutschland die Möglichkeit der kolonialen Erweiterung

---

<sup>202</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3407, Hatzfeldt an Hohenlohe, 12. Mai 1897.

auf Kosten einer Beteiligung an der Aufteilung der portugiesischen Kolonien oder auf Kosten der Eroberung eines Stücks chinesischen Territoriums zu bieten. Sie war bestrebt, die eigenen Kolonialbesitzungen in Afrika zu behalten und sogar auszuweiten und die Verstärkung des deutschen Konkurrenten nicht zuzulassen. Sie betrieb eine aktive imperialistische Politik im Fernen Osten, weigerte sich aber, Deutschland in dieser Hinsicht zu helfen.

Somit scheiterten die diplomatischen Spekulationen Hatzfeldts, noch bevor der erste Schritt zu ihrer Verwirklichung gemacht worden war. Der Versuch, den griechisch-türkischen Krieg auszunutzen, um von England „koloniale Kompensationen“ zu erpressen, endete mit einem Mißerfolg. „Der Erfolg ist der von mir vorausgesehene“, schrieb Wilhelm, obwohl er im Grunde nichts vorausgesehen hatte. „Wir kriegen gutwillig nichts“, so schrieb er weiter, „was wir nicht mit bewehrter Faust uns selbst nehmen!“<sup>203</sup> Vorläufig mußte diese Faust in der Tasche versteckt werden. Sie war nicht stark genug, um England zu drohen, weil es eine Flotte besaß, gegen die die deutsche Flotte noch unbedeutend war. Hatzfeldt bedauerte, daß es in Europa keinen Aufmarschraum gab, auf dem die überlegenen Landstreitkräfte Deutschlands die winzige englische Armee zerschlagen könnten. Der Kampf mußte mit ökonomischen und diplomatischen Methoden geführt werden. Trotz der unzweideutigen Weigerung Salisburys, die deutschen Ansprüche auf kolonialem Gebiet zu befriedigen, wurden an Hatzfeldt Instruktionen gesandt, bei gegebener Gelegenheit noch einmal zu versuchen, Salisbury dahin zu bringen, daß er keinen Widerspruch dagegen erhebe, wenn Deutschland einen Hafen im Fernen Osten erhielte.<sup>204</sup> Bei all ihrer Überheblichkeit begriff die deutsche Diplomatie, daß es unter diesen Bedingungen sinnlos wäre, über Transvaal zu reden.

Einige Tage nach dieser diplomatischen Schlappe des deutschen Imperialismus versetzte ihm England einen neuen, weitaus empfindlicheren Schlag auf ökonomischem Gebiet. Ende Juli 1897 faßte die englische Regierung den Beschluß, Deutschland mitzuteilen, daß sie auf die Verlängerung des im nächsten Jahr ablaufenden Handelsvertrages verzichte. Als Salisbury diesen Beschluß Hatzfeldt mitteilte, brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, es werde vielleicht in ein bis zwei Jahren möglich sein, einen neuen Handelsvertrag unter Bedingungen abzuschließen, die denen des alten Vertrages ähnlich seien.<sup>205</sup> In Deutschland maß man seinen Worten keine Bedeutung bei. Dort begriff man, daß der englische Premierminister die bittere Pille, die England seinem deutschen Konkurrenten präsentierte, einfach versüßen wollte.

<sup>203</sup> Ebenda (siehe Schlußbemerkung Wilhelms II.).

<sup>204</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3408, Rotenhan an Hatzfeldt, 5. Juni 1897.

<sup>205</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3411, Hatzfeldt an Hohenlohe, 31. Juli 1897.

Der Beschluß der englischen Regierung erwies sich für die herrschenden Klassen Deutschlands als völlige Überraschung. Als Wilhelm davon erfuhr, gab er zu, daß die „so plötzlich erfolgte Kündigung der Handelsverträge“ für Deutschland einen „schweren Schlag“ darstelle.<sup>206</sup>

Dieser Schlag kam den herrschenden Klassen Deutschlands um so schwerer vor, als sie damals unter dem Eindruck der protektionistischen Maßnahmen standen, die soeben auch in den USA ergriffen worden waren. Es war klar, daß diese Maßnahmen dem deutschen Export Schaden zufügen konnten. Die kaiserliche Regierung hatte ihre Politik in dieser Frage noch nicht festgelegt. Sie stand unter dem Druck einzelner einflußreicher Kreise der Bourgeoisie und des Junkertums, die dabei verschiedene und zuweilen sogar widerspruchsvolle Interessen verfolgten.

Auf Grund eines alten, zwischen Preußen und den USA bereits 1823 abgeschlossenen Handelsvertrages genoß Deutschland in den USA das Meistbegünstigungsrecht. In den achtziger und Anfang der neunziger Jahre wuchs sein Export nach den USA von Jahr zu Jahr, wenn auch nicht so rasch wie der amerikanische Export nach Deutschland.<sup>207</sup> Nach der „Saratoga-Konvention“, die 1891 unterzeichnet worden war, befreiten die USA den deutschen Zucker faktisch vom Einfuhrzoll<sup>208</sup>, während Deutschland dementsprechend die Bedingungen für die Einfuhr amerikanischen Weizens den Bedingungen anglich, die durch den Handelsvertrag mit dem verbündeten Österreich-Ungarn festgesetzt worden waren. Die protektionistische Kampagne (in ihrem Zeichen verliefen die Wahlen des Präsidenten MacKinley) beunruhigte die Kreise der deutschen Junker und der Bourgeoisie, die am Export deutscher Waren nach den USA interessiert waren, stark. Diese Kreise waren aufgeschreckt und warteten ab, ob sich das protektionistische Programm des amerikanischen Imperialismus in Gesetzentwürfen und gesetzgeberischen Akten verkörpern werde.

Nun nahm der amerikanische Senat die Prüfung des „Dingley-Tarifs“ – des Entwurfs eines neuen Schutzzollgesetzes – in Angriff, der besonders den aus Deutschland importierten Zucker traf. Die junkerlichen Zucker-

---

<sup>206</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3414, Wilhelm II. an Hohenlohe, 1. August 1897.

<sup>207</sup> So wurden zum Beispiel 1881 aus Deutschland Waren (vorwiegend Zucker, Wein, Woll- und Baumwollerzeugnisse) für die Summe von 196 Millionen Mark, 1894 für 271 Millionen Mark und 1895 für 368 Millionen Mark ausgeführt. Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland wurde 1881 auf 150 Millionen Mark und 1890 auf 397 Millionen Mark beziffert. Später wuchs sie im Laufe einiger Jahre weiter. Die USA führten nach Deutschland vorwiegend Petroleum, Mais, Kupfererz sowie einige Erzeugnisse der Leichtindustrie aus. (Siehe Reichstag, 3. Mai 1897, Bd. VIII, S. 5701/5702.)

<sup>208</sup> Im Jahre 1896 wurde aus Deutschland Zucker im Werte von 65 Millionen Mark nach den USA ausgeführt. (Reichstag, 3. Mai 1897, Bd. VIII, S. 5708.)

fabrikanten schlugen sofort Lärm, und die deutsche Regierung beschloß, in den USA formellen Protest zu erheben. Am 5. April 1897 erschien der deutsche Botschafter in Washington im State Department, um zu erklären, daß Deutschland sich durch den „Dingley-Tarif“ für betroffen halte und als notwendig ansehen werde, den USA die auf Grund der „Saratoga-Konvention“ eingeräumten Privilegien für landwirtschaftliche Produkte zu entziehen.<sup>209</sup> Da sich die Situation nicht geklärt hatte, hielt es die deutsche Regierung nicht für zweckmäßig, entschlosseneren Maßnahmen gegen die USA zu ergreifen. Sie mußte die Interessen jener Gruppen des Finanz- und Industriekapitals berücksichtigen, die mit den amerikanischen Monopolen eng verbunden waren.

Die Hauptrolle unter diesen Gruppen spielten die Deutsche Bank sowie die eng mit ihr verbundene elektrotechnische Gesellschaft Siemens & Halske. Einstmals hatte sich Georg Siemens mit dem Plan getragen, in den USA eine „Deutsch-Überseeische Bank“ zu schaffen. Aber es gelang ihm nicht, dieses grandiose Projekt zu verwirklichen. Er mußte sich damit begnügen, Tochterinstitute der Deutschen Bank zu schaffen oder ihre Tätigkeit über amerikanische Banken zu entfalten. Auch diese Tätigkeit war recht umfangreich. Bereits Anfang der achtziger Jahre hatte die Deutsche Bank die Aktien einer Reihe amerikanischer Eisenbahngesellschaften in ihren Händen konzentriert.<sup>210</sup> Ferner beteiligte sie sich zusammen mit den größten amerikanischen Finanzgruppen Morgan, Belmont und anderen an der Schaffung der größten Eisenbahngesellschaft in den USA, Northern Pacific Railroad Co.<sup>211</sup> An die Spitze dieser Gesellschaft wurde ein bedeutender amerikanischer, aus Deutschland stammender<sup>212</sup> Finanzmann, der Direktor der Edison Electric Light Company, Henry Villard, gestellt. Durch seine Vermittlung nahm die deutsche elektrotechnische Gesellschaft Siemens & Halske die Verbindungen mit dem amerikanischen Monopol auf. Aber bald darauf fielen die Aktien der Northern Pacific Railroad Co. stark. Eine Reorganisation der Gesellschaft wurde notwendig, und Siemens nahm als Direktor der Deutschen Bank daran den aktivsten Anteil. Gerade im Jahre 1897 strich die Deutsche Bank die ersten bedeutenden Gewinne ein, die sie aus der Exploitation dieser amerikanischen Gesellschaft bezogen hatte. Naturgemäß waren die Deutsche Bank, Siemens & Halske und

<sup>209</sup> Darüber berichtete Marshall im Reichstag.

<sup>210</sup> „Southern Pacific Railway Co.“, „Chicago Milwaukee and St. Paul Railroad Co.“, „Western Division of the Atlantic and Pacific Railroad Co.“, „Buffalo-New York-Philadelphia Railroad Co.“. (Siehe Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 225.)

<sup>211</sup> Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 328/329.

<sup>212</sup> Sein richtiger deutscher Name war Heinrich Hilgard. (Siehe Heinrich Hilgard-Villard, „Lebenserinnerungen“, Berlin 1906.)

andere Gruppen des deutschen Finanzkapitals daran interessiert, die politischen Beziehungen zu den USA nicht zu verschärfen. In diesem Sinne wirkten sie auf das Auswärtige Amt ein.

Die Junker jedoch waren unversöhnlich. Sie waren der Meinung, daß die in Washington übergebene deutsche Note völlig unzureichend sei. Der Großagrарier Graf Limburg-Stürum erklärte, daß die neue Zollpolitik der USA eine Beleidigung „der nationalen Würde und des nationalen Selbstgefühls“ Deutschlands sei.<sup>213</sup> Die Junker stürzten sich offensichtlich in den Kampf gegen die, wie sie sagten, amerikanischen Enporkömmlinge, die es gewagt hatten, ihre „Zuckerinteressen“ zu schmälern. In Wirklichkeit aber stürzten sie sich in den Kampf gegen ihre eigene Regierung. Sie hatten einfach beschlossen, die Abschaffung der „Saratoga-Konvention“ als Vorwand für die Änderung der deutschen Zollpolitik zu benutzen. Sie forderten die Einführung neuer Kampffzölle gegen die USA. Der Führer der preußischen agrarprotektionistischen Kreise Kanitz versuchte zu beweisen, daß, falls Deutschland die Einfuhr amerikanischen Weizens sperre, die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Rußland, Ungarn und Rumänien dadurch gewinnen würden.<sup>214</sup> In Wirklichkeit waren Kanitz und der Bund der Landwirte darum besorgt, in Deutschland hohe Schutzzölle einzuführen, die nicht nur gegen die USA, sondern in erster Linie gerade gegen diese letzteren Agrarländer gerichtet waren. Die Existenz der zu Caprivis Zeiten abgeschlossenen Handelsverträge band ihnen die Hände. Nun wollten sie nicht die Gelegenheit verpassen, die ihnen die amerikanischen Protektionisten so zeitgerecht zu bieten schienen.

Kanitz und seine Anhänger begriffen, daß sie bei all ihrem gewaltigen Einfluß in den höchsten Kreisen der staatlichen Bürokratie ihr Ziel nicht erreichen könnten, wenn sie nicht in den Kreisen der Großbourgeoisie Verbündete gewannen. Und sie erhielten die Unterstützung der Vertreter der Schwerindustrie und der alldeutschen Kreise. Kardorff erklärte, es sei tatsächlich an der Zeit, die Amerikaner zu zügeln.<sup>215</sup> Noch entschlossener gestimmt war der bei Hofe und im Reichstag einflußreiche Führer der Reichspartei, Baron von Stumm. Dieser Kanonenkönig kam zu dem Schluß, daß man das Wachsen des amerikanischen Protektionismus ausnutzen müsse, um die deutschen Rüstungen zu verstärken. Mit der ihm eigenen Schärfe erklärte er, Deutschland könne mit diplomatischen Mitteln allein keinen Erfolg erzielen. Geschütze müßten die Diplomatie stützen. „Wenn heute die Vereinigten Staaten“, so erklärte er im Reichstag, „die Monroedoktrin, die bisher nur für das politische Gebiet galt, auf das handelspolitische Ge-

---

<sup>213</sup> Reichstag, 3. Mai 1897, Bd. VIII, S. 5724.

<sup>214</sup> Ebenda, S. 5704.

<sup>215</sup> Ebenda, S. 5723.

biet übertragen und von den südamerikanischen Staaten verlangen, daß sie ein solches Privilegium anerkennen, daß sie auf alle mögliche Weise die europäischen Staaten in bezug auf den Import schikanieren, dann haben wir doch keine Veranlassung, uns das ohne weiteres gefallen zu lassen, sondern wir müssen erst recht für unsere Interessen eintreten und nötigenfalls gewaltsam eintreten; das können wir aber nicht durch das Landheer, sondern nur durch unsere Marine.“<sup>216</sup> Der Fabrikbesitzer Baron Stumm war einer der aktivsten Anhänger der politischen Annäherung an das Junkertum, der Konsolidierung aller deutschen Kräfte des Imperialismus und der Verstärkung seiner offensiven Macht. Vom gleichen Geiste war auch der Zentralverband Deutscher Industrieller beseelt. Er führte eine Kampagne zugunsten hoher Zölle für Industrieerzeugnisse durch und zeigte offen die Bereitschaft, eine Annäherung an den junkerlichen Bund der Landwirte anzustreben. Die amerikafeindlichen Stimmungen erfaßten auch breitere Kreise der Bourgeoisie, in erster Linie der Textilindustrie und die Exporteure, die Angst hatten, vieles zu verlieren, wenn ihnen der Zutritt zu den Märkten der USA erschwert oder gänzlich gesperrt werde. Auch jene Kreise der deutschen Bourgeoisie gerieten in Bewegung, die den Zutritt amerikanischer Waren nach Deutschland erschweren wollten. Besonders Einfluß aber hatten jene Kreise, die daran interessiert waren, die herrschende Stellung der amerikanischen Standard Oil Company auf dem deutschen Markt zu untergraben. Diese Kreise, die ebenfalls mit der Deutschen Bank in Verbindung standen, hatten sich das Ziel gesetzt, das rumänische Erdöl in ihre Hände zu bekommen und dann mit Hilfe der Finanzmagnaten, die das russische Erdöl ausbeuteten, den Kampf gegen die amerikanischen Erdölmonopolisten in Deutschland und im allgemeinen auf den Märkten der europäischen Länder aufzunehmen. Sie hatten bereits begonnen, diese Pläne durch die Regierungsinstanzen zu treiben. So kam die Berliner Handelskammer zu der Schlußfolgerung, daß man Rockefeller und seine Standard Oil Company der Möglichkeit berauben müsse, in Deutschland hohe Monopolpreise für Petroleum zu diktieren. Sie war der Meinung, daß man diese Möglichkeit nur dem deutschen Kapital gewähren dürfe. Zu diesem Zweck wandte sie sich an das preußische Handelsministerium mit der Bitte um Unterstützung. Sie forderte, die Regierung solle den Zugang für amerikanisches Petroleum nach Deutschland erschweren und die deutschen Kapitalisten fördern, die Erdöl und Petroleum aus Rußland zu importieren begannen.

Das waren die ersten Umrisszeichnungen jener – um einen farbigen Ausdruck Lenins zu benutzen – Petroleumkomödie, die sich später zwischen der

<sup>216</sup> Reidstag, 20. März 1897, Bd. VII, S. 5207.

Deutschen Bank und der amerikanischen Standard Oil Company abspielte. „Einerseits“, so schrieb Lenin, „Rockefellers Petroleumtrust, der, um *alles* an sich zu reißen, in Holland *selbst* eine ‚Tochtergesellschaft‘ gründete und Petroleumquellen in Holländisch-Indien aufkaufte, um so seinem Hauptfeind, dem holländisch-englischen Shell-Trust, einen Schlag zu versetzen. Andererseits suchten die Deutsche Bank und andere Berliner Banken Rumänien ‚für sich zu behaupten‘ und es mit Rußland gegen Rockefeller zu vereinigen.“<sup>217</sup> Aber der Kampf zwischen dem Rockefeller-Trust und der deutschen Finanzgruppe zog sich über lange Jahre hin, und in seinem Verlauf versuchte die Deutsche Bank viele Jahre später das Projekt des staatlichen Petroleummonopols zu verwirklichen. Erstmals wurde dieses Projekt 1897 vorgebracht, als interessierte Kreise beschlossen, die beginnende Verschärfung der deutsch-amerikanischen Widersprüche auszunutzen, um dieses Projekt zu fördern. Die mit diesen Kreisen verbundenen Politiker begannen zu erklären, daß die deutsche Regierung allein mit diplomatischen Protesten gegen den Dingley-Tarif nichts erreichen könne. „Den Amerikanern“, erklärte im Reichstag Freiherr Heyl zu Herrnsheim, „muß man mit kräftigerer Sprache kommen.“ „Sehr richtig!“<sup>218</sup> schrie man von den rechten Bänken des Reichstags.

Auf diesen Bänken war Heyl eine recht typische Gestalt. Als Besitzer großer Güter war er bereit, die protektionistischen Forderungen der Agrarier zu unterstützen, während er als großer Lederfabrikant ebenso gern die protektionistischen Forderungen der Großbourgeoisie unterstützte. Er traf nie die Wahl zwischen dem Liberalismus, den die Bourgeoisie bereits vergessen hatte, und dem Nationalismus, der sie mit dem Junkertum vereinte. Deshalb fühlte er sich als Anhänger der Nationalliberalen Partei wohl. Aber diese Partei hatte schon keine eigenen Ideen mehr, und Heyl schöpfte diese „Ideen“, ebenso wie viele andere Angehörige der Partei, aus dem Alldeutschen Verband. Jetzt trat dieser nationalliberale Freiherr als Kämpfer gegen die amerikanischen Monopole auf. Er erklärte: „Herr Rockefeller diktiert uns die Preise, wir leben unter einem amerikanischen Petroleummonopol... Das Syndikat von Amerika beherrscht den deutschen Petroleummarkt vollständig, beherrscht die Preise; und die Konsumenten sind gezwungen, Herrn Rockefeller zu zahlen, was er verlangt.“ Heyl schlug vor, auf die Einfuhr des amerikanischen Petroleums zu verzichten, Naphtha aus Rußland zu kaufen und dessen Verarbeitung in die Hände eines deutschen staatlichen Monopols zu legen. Er erinnerte daran,

<sup>217</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; *Ausgewählte Werke in zwei Bänden*, Bd. I, S. 823/824 (siehe ferner В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 133/134).

<sup>218</sup> Reichstag, 3. Mai 1897, Bd. VIII, S. 5715.



daß das Petroleum ein überaus wichtiger „Machtfaktor“ in dem Kampfe sei, der sich zwischen den Mächten Ende des 19. Jahrhunderts entspann. Er schlug vor, diesen Machtfaktor ebenso wie den anderen Machtfaktor, das von Kanitz vorgeschlagene Getreidemonopol, für die allgemeinen Ziele des imperialistischen Kampfes um die herrschende Stellung auf dem europäischen Kontinent zu benutzen. Sein Plan war, diese beiden Machtfaktoren in den Händen des Staates zu konzentrieren und nicht nur die mit Deutschland verbündeten Staaten Österreich-Ungarn und Italien, sondern auch die Balkanländer, Skandinavien, die Schweiz und Belgien dem Einfluß Deutschlands unterzuordnen. Die Verwirklichung dieses Planes, so träumte Heyl, würde die „Vereinigung“ von 170 Millionen Menschen durch Deutschland bedeuten. In diesem Falle könnte das Deutsche Reich – nach den Plänen Heyls – den USA, die 108 Millionen zählten, Rußland mit einer Bevölkerung von 105 Millionen und Großbritannien mit seinen 313 Millionen Menschen aktiver entgegen-treten.<sup>219</sup>

Also verfolgten die Projekte zur Schaffung eines deutschen Petroleum-monopols nicht nur begrenzte wirtschaftliche Ziele. Im Gegenteil, sie umfaßten von Anfang an umfangreiche politische Aufgaben im Geiste der alldeutschen Pläne für „Mitteleuropa“. Somit stellten die Fragen der Zollpolitik eine der Waffen des Kampfes um die Verwirklichung dieser Pläne dar. Wer hinter diesen Plänen stand, rief die „Industrie“ auf, sich mit der „Landwirtschaft“ zur Erreichung dieser grandiosen und zugleich verlockenden Ziele zusammenzuschließen, mehr noch, zu „verbrüdern“.<sup>220</sup>

Die Debatten im Reichstag haben gezeigt, daß die Aufrufe zum aktiven Kampf gegen die amerikanischen Konkurrenten Unterstützung aller Rechtsparteien, von den äußersten Konservativen bis einschließlich zu den Nationalliberalen genossen. Nur jene politischen Kreise der deutschen Bourgeoisie, die die Interessen der deutschen Investoren in den USA widerspiegelten, riefen zur Zurückhaltung und zur Fortsetzung einer weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA auf. Diese Georg Siemens nahestehenden Kreise traten der Gruppe Kanitz entgegen. Das junkerliche Gezeter gegen den amerikanischen Protektionismus bezeichneten sie als eine „Inszenierung“. Das war von der Wahrheit nicht weit entfernt. Die politischen Führer der Partei Siemens bestritten nicht, daß die USA von dem „Bazillus des Protektionismus infiziert“ waren, aber sie forderten auf, ruhig abzuwarten und auf die Waffe des Zollkrieges zu verzichten. So empfahl Barth, einer der Führer dieser kleinen Partei, sogar, Deutschland möge sich England zum Vorbild nehmen, das nicht zu „Inszenierungen“

<sup>219</sup> Ebenda, S. 5717.

<sup>220</sup> Ebenda, S. 5718.

seine Zuflucht nehme und sich auch weiterhin an die Prinzipien des Freihandels halte.<sup>221</sup>

Unter den Bedingungen des wachsenden Imperialismus und seines Begleiters, des Protektionismus, konnten die Ratschläge dieser Partei, die sich liberal gebärdete, altmodisch und nichtssagend erscheinen, hätten sie nicht die Interessen bestimmter Gruppen des Finanzkapitals ausgedrückt. Es traf sich so, daß keine zwei Monate später die englische Regierung selbst den Handelsvertrag mit Deutschland kündigte und den deutschen englandfreundlichen Liberalen eine Abfuhr erteilte. Es war nicht schwer zu begreifen, daß England, indem es eine Erneuerung dieses Vertrages ablehnte, die deutschen Waren von den großen Märkten seiner zahlreichen Kolonien verdrängen wollte. Die herrschenden Kreise Deutschlands begriffen, daß in diesen Absichten der verstärkte Einfluß der englischen Imperialisten zutage trat, die im Lande eine umfassende Propaganda zur Schaffung einer Empire-Zollunion entfaltet hatten. Joseph Chamberlain, der einflußreiche Kolonialminister, Howard Vincent, der Begründer der Vereinigten Empire-Handelsliga, und andere Anhänger der Zollreform forderten die Schaffung einer Empire-Zollunion, die der wachsenden Expansion ausländischer Konkurrenten den Zutritt in das britische Empire verwehren und dort die politischen und wirtschaftlichen Positionen des englischen Imperialismus festigen sollte.

Der Erfolg der Agitation der englischen Imperialisten und die Verstärkung ihres Einflusses auf die Politik der Regierung hatten die herrschenden Kreise Deutschlands im ersten Augenblick frappiert. Während einige deutsche Provinzzeitungen (zum Beispiel in Bayern) geneigt waren, die Sache so zu beurteilen, daß die wirtschaftliche Empire-Politik des englischen Kabinetts sich vorwiegend gegen die Konkurrenz der USA richte, verloren sich ihre Stimmen bald im allgemeinen Chorus der deutschen bürgerlichen und junkerlichen Presse, die entschlossen und ohne Bedenken behauptete, daß diese Politik in erster Linie gegen Deutschland gerichtet sei. Die ökonomischen und politischen Organisationen der deutschen herrschenden Klassen, die Parteiführer, die Presse, die Publizistik und natürlich die Regierung interessierten sich lebhaft für die protektionistischen Tendenzen in England und für die Bewegung, die unter der Losung „Greater Britain“ stand. Obwohl jedoch die Kündigung des englisch-deutschen Vertrages auf der in London (im Juli 1897) einberufenen Kolonialkonferenz erörtert wurde<sup>222</sup>, vermutete in Deutschland niemand, daß die unionistische Regierung Salisbury den Beschluß so rasch fassen und so rasch verwirklichen würde.

<sup>221</sup> Ebenda, S. 5709.

<sup>222</sup> Э. Галеви, «История Англии в эпоху империализма», Bd. I, S. 277.

Der auf dem Prinzip der Meistbegünstigung beruhende englisch-deutsche Handelsvertrag war bereits im Jahre 1865 abgeschlossen worden, und die Deutschen hatten sich während der dreißig Jahre seines Bestehens nicht nur an ihn gewöhnt, sondern auch alle seine Vorteile schätzen gelernt. Sie nutzten ihn gut aus, um deutsche Waren auf die Märkte des britischen Empire zu bringen. Darin hatten sie nicht geringe Erfolge erzielt. Diese Erfolge begannen sich vor allem in den neunziger Jahren auszuwirken, als in Deutschland dank dem Wachstum seiner Industrie der Bedarf an Rohstoffen und Absatzmärkten für Handelsprodukte beträchtlich gewachsen war. Zu der Zeit, da die englische Regierung den Beschluß faßte, den Handelsvertrag mit Deutschland zu lösen, hatte der Wert des Warenumsatzes zwischen Deutschland und dem Britischen Reich bereits imposante Ausmaße erreicht. Er machte fast ein Viertel des Gesamtwertes des deutschen Außenhandels aus. Deutschland erhielt aus England vorwiegend Kohle und einige Eisenerzeugnisse, während es aus den englischen überseeischen Besitzungen vorwiegend Rohstoffe und Halbfabrikate für seine Hütten-, Textil- und Lederindustrie sowie Kolonialwaren (Kaffee, Kakao und Mais) bezog. Im Austausch dagegen exportierte Deutschland nach England und nach dem britischen Empire Fertigwaren (Eisenerzeugnisse, Baumwollstoffe, Zucker sowie in nicht geringen Mengen Sprengstoffe und Spirituosen).<sup>223</sup>

<sup>223</sup> Mit der allgemeinen wirtschaftlichen Belebung, die 1896 begonnen hatte, vergrößerte sich der Umfang des Handels zwischen Deutschland und dem britischen Empire. Im Jahre 1897 wurde der Wert des deutschen Exports nach Großbritannien auf 720 Millionen Mark und nach seinen Kolonien auf 118 Millionen Mark beziffert. Im nächsten Jahr wurde der deutsche Import aus Großbritannien auf 376 Millionen Mark und aus seinen Kolonien auf 462 Millionen Mark, insgesamt auf 838 Millionen Mark beziffert. Deutschland führte aus Großbritannien und seinen Kolonien Rohstoffe und Halbfabrikate ein, führte dagegen vorwiegend Industrieerzeugnisse aus. Im Jahre 1897 importierte Deutschland aus englischen Kolonien in Afrika Rohwolle, Palmenöl, Kopa und Kautschuk (insgesamt für 38,6 Millionen Mark); aus Britisch-Indien unbearbeiteten Reis, Baumwolle, Indigo, Kaffee, Kautschuk, Pfeffer u. a. (insgesamt für 24,6 Millionen Mark); aus Kanada Nickel, Asbest, Mais, Weizen (insgesamt für 4,2 Millionen Mark); aus Britisch-Westindien Kaffee, Kakao usw. (für 8,6 Millionen Mark) und aus Australien Wolle, Blei usw. (für 85,7 Millionen Mark). Im gleichen Jahr exportierte Deutschland nach den englischen Kolonien in Afrika Sprengstoffe, Pulver, Eisenerzeugnisse, Draht und Spirituosen (für 20,2 Millionen Mark); nach Britisch-Indien chemische Produkte, Baumwollstoffe, Zucker und Wollerzeugnisse (für 47,3 Millionen Mark); nach Kanada Zucker, Bekleidung, Wäsche, Porzellan, Wollerzeugnisse (für 16,8 Millionen Mark); nach Britisch-Westindien polierten Reis, Bier, Zucker (für 1,5 Millionen Mark) und nach Australien Draht, Baumwollerzeugnisse, Spielzeug, Bier und Musikinstrumente (für 31,3 Millionen Mark). Man muß darauf hinweisen, daß diese Angaben mit denen der englischen Statistik nicht übereinstimmen. (Siehe „Annual Statement of Trade of the United Kingdom with Foreign Countries and British Possessions“, 1899.)

Nach der Depression von 1893 entwickelten sich die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem britischen Empire weiter, und nach fünf Jahren wurde der Umfang dieses beiderseitigen Handels bereits mit einer Summe berechnet, die über anderthalb Milliarden Mark hinausging. In diesem Zusammenhang befaßten sich einige deutsche Ökonomen und Publizisten verschiedener politischer Lager mit dem Studium der Frage, wer an der Entwicklung dieses Handels ökonomisch mehr interessiert sei, Deutschland oder England. Wer den Handels- und Industriekreisen nahestand, die unmittelbare Geschäftsbeziehungen mit England unterhielten, versuchte sich selbst und andere mit der Behauptung zu trösten, daß man den Ausfall der Kolonialmärkte des britischen Empire durch verstärkten Handel mit England selbst wettmachen könne. An Hand von Zahlen wiesen sie nach, daß Deutschland nach den englischen Kolonien weniger Waren ausführe als nach England selbst und daß es anderseits aus den englischen Kolonien mehr Waren einführe als aus England. Hieraus zogen sie die Schlußfolgerung, daß Deutschland an den englischen Kolonien als Absatzmärkten nicht allzu stark interessiert sei, England dagegen an Deutschland als einem Verbraucher der kolonialen Rohstoffe in weitaus stärkerem Maße. Die zweite Schlußfolgerung bestand darin, daß Deutschland den Ausfall der Märkte der englischen Kolonien durch verstärkten Export nach den Industrieländern Europas und sogar nach England selbst leicht wettmachen könne.<sup>224</sup>

Diese Auslassungen liberaler Ökonomen konnten die deutsche Bourgeoisie des imperialistischen Lagers, die mit Neid zusah, wie beharrlich England seine Positionen auf dem Weltmarkt verteidigte, weder überzeugen noch trösten. Dank seiner gewaltigen Schifffahrt, dem weitverzweigten System der Banken und Versicherungsgesellschaften, die Filialen und Agenturen in der ganzen Welt unterhielten, dank den wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Zentren des Welthandels sowie dank seiner Erfahrung und seinen alten Traditionen hatte sich England noch immer die Rolle des größten Vermittlers und Zwischenhändlers bewahrt, der Abschlüsse grandiosen Maßstabs tätigte. Englische Firmen handelten nicht nur mit englischen, sondern auch mit ausländischen, darunter auch deutschen Waren. Sie waren Lieferanten ausländischer Waren nach verschiedenen Ländern, darunter auch nach Deutschland. Jene Kreise der deutschen Bourgeoisie, die an der Aufrechterhaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu England und dem britischen Empire interessiert waren, überzeugten sich durch eigene Erfahrung davon, daß mindestens 40 Prozent der nach England ausgeführten deutschen Waren dort nicht

<sup>224</sup> Paul Arndt, „Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England und den englischen Kolonien“, Berlin 1899, S. 29.

zurückgehalten, sondern nach den Kolonien geleitet wurden. Sie konnten ferner beobachten, daß sie gezwungen waren, einen bedeutenden Teil der von ihnen benötigten kolonialen Rohstoffe aus englischen Händen oder über England zu erwerben. Und es fiel ihnen schwer, sich mit dem Gedanken auszusöhnen, daß England an ihren Handelsbeziehungen zu den englischen Kolonien soviel verdiente. Sie machten sich Gedanken darüber, ob es nicht möglich wäre, England dieser günstigen Rolle des Lieferanten und Vermittlers zu berauben und auf diese Weise die Möglichkeit zu erhalten, aus ihrem Außenhandel große zusätzliche Profite zu ziehen. Sie dachten ferner daran, wie man England zwingen könnte, keine Zollschranken für die Entwicklung des deutschen Exports nach englischen Kolonien zu errichten.

Der Appetit der deutschen imperialistischen Kreise begnügte sich aber damit nicht. Sie machten sich bereits darüber Gedanken, wie man England zwingen könnte, diesen oder jenen Teil der ihm gehörenden riesigen Kolonialbesitzungen aus den Händen zu lassen, damit sie selbst diesen Teil an sich reißen könnten. Sie träumten von der Schaffung eines eigenen Kolonialreiches.

Es ist begreiflich, welche Erbitterung in diesen Kreisen der Beschluß der englischen Regierung hervorrief, auf die Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland zu verzichten. Dieser Beschluß verfolgte das Ziel, den Zutritt Deutschlands zu den riesigen Märkten des britischen Empire, wenn auch nicht endgültig zu versperren, so doch auf jeden Fall zu erschweren. Zwar spielten diese Märkte in der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus noch nicht jene Rolle, wie sie die Länder der Alten und der Neuen Welt spielten. Europa und die beiden Amerika, Nord- und Südamerika, blieben die Hauptsphären für die Investierung deutschen Kapitals und für den Export deutscher Waren. Die deutsche Bourgeoisie wollte aber nicht auf die Vorteile des alten Handelsvertrages verzichten, unter dessen Schutz sie aus den englischen Besitzungen viel mehr ökonomische Vorteile zog als aus der Ausbeutung der eigenen Kolonien.

Die wirtschaftliche Bedeutung dieser eigenen Kolonien blieb unerheblich. Das in Deutschland bestehende junkerlich-bürokratische Polizeiregime gewährleistete den kapitalistischen Kreisen hohe Profite, während die Ausgaben für die Verwaltung der Kolonien auf Kosten der Masse des werktätigen Steuerzahlers gingen. Alle Versuche des neuen Leiters der Kolonialabteilung, Baron von Richthofen, der den bankrotten und kompromittierten Dr. Kayser ablöste, die Finanzlage der deutschen Kolonien zu regeln, haben nichts Wesentliches gezeitigt.<sup>225</sup> Der Raubapparat der Militärver-

<sup>225</sup> Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 227 bis 229.

waltung verschlang nach wie vor gewaltige Mittel. Neues Kapital strömte in die Kolonien sehr langsam und in winzigem Ausmaß ein. Das war in gewissem Grade dadurch zu erklären, daß die deutschen Kapitalisten unsicher waren, ob es ihnen gelingen werde, diese Kolonien in ihren Händen zu behalten. Die Aktivität der englischen Imperialisten in Südafrika gab dieser Unsicherheit neue Nahrung. Die Versuche der deutschen Regierung, die Kolonialbesitzungen in Afrika zu erweitern, blieben ohne Erfolg. Richthofen versuchte von Togo aus einen Weg zum Niger zu bahnen, stieß aber auf den Widerstand Englands. Sogar mit Frankreich erwies es sich als leichter, übereinzukommen und ein Abkommen zu schließen. Nachdem Deutschland auf einen Ausweg zum Niger verzichtet hatte, verbesserte es die Grenzen Togos ein wenig und eröffnete einen Wasserweg zu den Ostgebieten Afrikas.<sup>226</sup>

Für die Entwicklung der deutschen Kolonialpolitik hatte dieser „Erfolg“ Richthofens keine wesentliche Bedeutung. Er unterstrich lediglich noch einmal, daß England der Hauptrivale Deutschlands auf kolonialem Gebiet war. England verteidigte wütend sein Kolonialmonopol, es wollte nichts abtreten und führte sogar neue koloniale Eroberungen (in Ägyptisch-Sudan) durch. Deutsche imperialistische Kreise versuchten sich auf Kosten einer Teilung der portugiesischen Kolonien mit England zu verständigen, aber die englischen Konkurrenten wollten vorläufig nichts davon hören. Sie waren bestrebt, ihren vorherrschenden Einfluß in diesen Kolonien zu sichern, und bereiteten sich zur Eroberung von Transvaal vor. Die deutschen Imperialisten warfen selbst ihre Blicke auf Transvaal, aber da sie zur See fast ohnmächtig waren, konnten sie nur zittern, wenn sie sahen, wie die Engländer ihre Umtriebe in Deutsch-Ostafrika und in Deutsch-Südwestafrika verstärkten. Keiner in Deutschland wußte damals, womit das alles enden würde. So minderwertig auch die deutschen Kolonien in Afrika waren, so wollten die deutschen Imperialisten sie doch nicht aus den Händen lassen, in der Hoffnung, daß es ihnen in einer günstigeren Situation gelingen würde, ihre Besitzungen als Aufmarschraum für eine weitere koloniale Expansion auszunutzen. Von diesem Standpunkt aus schlossen die Erfolge des wirtschaftlichen Eindringens in die englischen Kolonien ebenfalls gewisse Perspektiven in sich.

Und nun drohte die Gefahr, daß alle diese Pläne und Hoffnungen zusammenstürzen könnten. Die Kolonialpartei sah plötzlich, daß sie vor der Aussicht stand, ökonomisch günstige Märkte in den Kolonien, die England gehörten, zu verlieren. Und was folgte danach? Wilhelm war der Meinung, daß England sich nicht damit begnügen würde, vor dem Handel, der in seine Kolonien hineinstrebte, „die Tür zu schließen“, daß

<sup>226</sup> Ebenda, S. 323.

sein Ziel vielmehr darin bestehe, die Industrie seines deutschen Konkurrenten zu untergraben. Kaum daß er die Mitteilung über die Ablehnung der englischen Regierung, den Handelsvertrag mit Deutschland zu verlängern, erhalten hatte, telegrafierte er an Hohenlohe: „Dieses unqualifizierbare Vorgehen ist gleichbedeutend mit dem Beginne eines Krieges bis aufs Messer gegen [den Handel] unseres eben aufblühenden produktiven Staates.“<sup>227</sup>

Die Beschlüsse der englischen Regierung hatten die weitesten Kreise der deutschen Bourgeoisie, die an der Entwicklung des Handels mit dem Mutterland und den Kolonien des Britischen Reiches unmittelbar interessiert waren, aufgebracht. Aber von Anfang an zeigten sich zwischen den einzelnen Elementen dieser Kreise nicht geringe Meinungsverschiedenheiten.

Diese Meinungsverschiedenheiten zeigten sich vor allem in der Frage, wer die Verantwortung für den Zusammenbruch des englisch-deutschen Handelsvertrages zu tragen habe. Diese Frage wurde zum Gegenstand eines politischen Kampfes. Die linken bürgerlichen Parteien, die vorwiegend mit den Kreisen des Handels in Verbindung standen und noch immer versuchten, in Wirtschaftsfragen die Ideen des Liberalismus zu vertreten, waren bestrebt, die Verantwortung auf das Junkertum abzuwälzen. Sie warfen den Agrariern vor, daß Kanitz und andere Vertreter der engen Klasseninteressen der Großgrundbesitzer durch ihre unmäßigen Forderungen nach einem Verzicht auf die Politik der Handelsverträge in Deutschland die Bewegung zugunsten hoher Zölle (im Grunde genommen Sperrzölle) verstärkt und damit Gegenmaßnahmen und den Nachahmungstrieb in anderen Staaten hervorgerufen hätten. Das Anwachsen des englischen ebenso wie des amerikanischen Protektionismus erklärten diese Kreise der deutschen liberalen Bourgeoisie als eine Reaktion Englands auf die Politik der Junker in Deutschland. Auf diese Weise versuchten sie zu beweisen, daß die deutschen Industrie- und vor allem Handelskreise für die Politik der preußischen Agrarier zu zahlen hätten. Wer derartige Ansichten vertrat, verfolgte ein zweifaches Ziel: in der Innenpolitik das Wirtschaftsprogramm der Agrarier und die Kampagne des Bundes der Landwirte gegen die bestehenden Handelsverträge zu kompromittieren und in der Außenpolitik die Beziehungen zu England und den USA nicht zu verderben und die Tür für Besprechungen über die Erneuerung der Handelsverträge offenzuhalten.

Die deutschen Großagrarier hatten jedoch keinesfalls die Absicht, den englischen Imperialisten in irgendeiner Weise zu helfen. Sie fühlten sich

<sup>227</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3414, Wilhelm II. an Hohenlohe, 1. August 1897.

selbst durch die Kündigung des englisch-deutschen Handelsvertrages in weitaus stärkerem Maße betroffen als durch die Kündigung der „Saratoga-Konvention“ durch die Amerikaner. Da Spirituosen und Zucker recht großen Raum im deutschen Export nach den Märkten des britischen Empires einnahmen, stellte sich erstens heraus, daß die Großjunker sich auch an dem Eindringen in diese Kolonialmärkte für interessiert hielten. Da sich zweitens einige Teile des britischen Empire, zum Beispiel Kanada, offen darauf vorbereiteten, die Einfuhr der deutschen Waren durch Errichtung einer hohen Zollschranke zu erschweren, waren die Junker der Meinung, daß man diesen Umstand in ihrem Interesse ausnutzen könne und als Gegenmaßnahme eine bedeutende Erhöhung der Zollsätze für Roggen und Weizen aus Kanada fordern müsse. Das Wichtigste aber war, daß das Junkertum sich unmittelbar und in einem noch stärkeren Maße durch Vermittlung der Regierungsbürokratie, durch den Apparat der Diplomatie und durch politische Organisationen verschiedener Art wie der Alldeutsche Verband und der Kolonialbund politisch und ideologisch in die Reihen der Anhänger der imperialistischen Expansion einreichte. Das war der Grund dafür, weshalb die Agrarier über die Nichterneuerung des englisch-deutschen Handelsvertrages ebenso beunruhigt waren wie die Kreise der deutschen Bourgeoisie, während ihre politische Reaktion noch viel schärfer war als bei diesen. Der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, der das Auf und Ab des inneren parteipolitischen Kampfes in Fragen der deutschen Außenpolitik aufmerksam verfolgte, machte damals folgende Beobachtung: „Die konservative ‚Kreuzzeitung‘“, so schrieb er, „macht alle Anstrengungen, um die Vertreter der Agrarpartei vor dem Verdacht der liberalen Presse zu schützen, daß der Beschluß des St.-James-Kabinetts von ihnen freudig begrüßt werden müsse. Im Gegenteil, man muß hier den Vorbehalt machen, daß die Agrarier in diesem Fall am feindseligsten und als erste bereit sind, England den Handelskrieg anzu-drohen. Die nationalliberale Presse, die mit den Industriekreisen in Verbindung steht, sagt, die Herausforderung der englischen Regierung sei sowohl an die deutsche Landwirtschaft als auch an die deutsche Industrie gerichtet, und sie müßten sich sammeln und im Augenblick der Gefahr Hand in Hand gehen.“<sup>228</sup>

Dieser Aufruf zur Sammlung blieb nicht ohne Antwort. Er ertönte auch schon früher aus einzelnen recht einflußreichen Gruppen der Bürokratie und der Militärclique, des Junkertums und der Großbourgeoisie, die ihre Kräfte sammelten, um die sich im Lande erhebende Arbeiterbewegung zurückzuwerfen und den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu unter-

<sup>228</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 194, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 6. August (25. Juli) 1897, Nr. 52.



graben. Aber unter den herrschenden Klassen dauerte der Kampf um die Frage fort, auf welcher Grundlage diese Sammlung erfolgen und wer sich an ihre Spitze stellen solle. Die abenteuerlichen Pläne des Kaisers und seiner Clique, eine solche Sammlung mit Hilfe des Staatsstreichs, der Auflösung des Reichstags und eines Aderlasses an der Arbeiterklasse zu organisieren, fanden keine breite Unterstützung, vor allem nicht in den Kreisen der Bourgeoisie, die sich scheute, mit dem Feuer zu spielen, und nicht wollte, daß die ganze Machtfülle in die Hände eines Diktators überginge. Die provokatorischen Streiche des Kaisers (und davon gab es nicht wenige) schockierten viele seiner Untertanen auch im junkerlichen Lager. Die Bemühungen um eine „Sammlung“ dauerten an. Jetzt, da die herrschenden Klassen sich zum Kampf gegen den mächtigen englischen Rivalen rüsteten, wurden die Aufrufe zur „Sammlung“ noch lauter und beharrlicher. Mehr noch, sie begannen einen organisatorisch-politischen Ausdruck in den Maßnahmen zu finden, mit deren Hilfe die herrschenden Klassen Wege zur Lösung der längst herangereiften Regierungskrise suchten.

Unter anderem wurde gegen Ende November 1897 der „wirtschaftliche Ausschuß“ geschaffen, wo die Monopolherren und die Junker in gemeinsamen Sitzungen die Grundlagen der neuen Zoll- und Handelspolitik ausarbeiteten, die beiden herrschenden Klassen neue Vorteile bringen sollte. Es wurde beschlossen, die Linie der „Sammlung“ nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen einzuhalten. Der von dem „wirtschaftlichen Ausschuß“ veröffentlichte Aufruf besagte: „Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinigen“ (bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. A. J.) „innerhalb der einzelnen politischen Parteien“ und nur für solche Kandidaten eintreten, welche „fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit... stehen.“<sup>229</sup>

Die „Sammlungspolitik“ war eine Politik der reaktionären Kräfte des sich formierenden junkerlich-bürgerlichen Imperialismus. Die sich abzeichnende Sammlung dieser Kräfte hatte eine Verstärkung des Expansionsdranges und (im Rahmen formaler Legalität) die Durchführung strenger Maßnahmen zum Ziel, die gegen den fortgeschrittenen, den bewußtesten und bestorganisierten Teil der Arbeiterklasse gerichtet waren. Unter diesen Umständen wurde der Alldeutsche Verband zu einer Organisation, der sich große Aussichten erschlossen. Er vereinigte verschiedene Elemente der Großbourgeoisie und des Junkertums und strebte stets eine breite Popularität unter der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz an. Mit Unterstützung hoher Gönner und reicher Inspiratoren nahm er stets Zu-

<sup>229</sup> „Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftlichen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte“, Berlin 1918, S. 352.

flucht zur Demagogie und zum Ausspielen der nationalistischen Instinkte. Er begann seine Stimme noch lauter als früher zu erheben und forderte, daß die Regierung ihm Gehör schenke. Die Regierung konnte ihrerseits, selbst wenn sie die Ratschläge und Forderungen des Verbandes nicht befriedigte, seine Losungen zur Schürung der imperialistischen Gelüste im eigenen Lande und für den politischen Druck auf andere Länder ausnutzen. So war es auch diesmal, als das Ende des englisch-deutschen Handelsvertrages einen ganzen Haufen anderer, die wirtschaftlichen und politischen Wechselbeziehungen zu England betreffender Fragen aufwirbelte und in den Brennpunkt des parteipolitischen Kampfes der herrschenden Klassen Deutschlands rückte.

Vom ersten Augenblick an beschloß der Alldeutsche Verband, die entstandene Situation und die allgemeine Erregung in allen Kreisen der herrschenden Klassen zu benutzen, um das eigene politische Programm zu propagieren. Die „Alldeutschen Blätter“, das Hauptorgan des Alldeutschen Verbandes, redeten ihren Lesern ein, daß Deutschland keinen Grund habe, sich der „Trauer“ hinzugeben, weil der Handelsvertrag mit England nicht erneuert werde. Im Gegenteil, wenn die Regierung Festigkeit und Unversöhnlichkeit zeige, könnten sich die Folgen der Nichterneuerung des Vertrages gegen England selbst wenden, während Deutschland daraus große Vorteile ziehen könne. „Jetzt ist die Zeit“, so behaupteten die Alldeutschen, „für eine starke autonome Handelspolitik des Reiches gekommen, stellen wir der englischen Herausforderung einen kräftigen autonomen Tarif entgegen, und der Schlag ist nicht nur abgewehrt, sondern England könnte es erleben, daß es ihm mit dieser Vertragskündigung genauso ginge, wie mit dem von ihm erfundenen ‚Made in Germany‘.“<sup>230</sup>

Die alldeutschen Imperialisten waren die ersten, die wirtschaftliche Repressalien gegen England und den Beginn eines Zollkrieges forderten. Aber das war noch nicht alles. Bereits in dem ersten großen, der Frage der Beendigung des englisch-deutschen Handelsvertrages gewidmeten Artikel brachten die „Alldeutschen Blätter“ die Idee der Schaffung einer „mittel-europäischen Zollunion“ als einer Kampfzunge gegen die ökonomische Politik der angelsächsischen Länder vor.<sup>231</sup> Diese Idee wurde sofort zur zentralen Idee ihrer politischen Propaganda, und später wurde sie in allen Einzelheiten ausgearbeitet, die ihren wahren Sinn und die durch sie getarnten Ziele bloßlegten.

Diese Idee war im Alldeutschen Verband schon früher, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, geboren. Damals wurde sie als das Gegenstück

<sup>230</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 8. August 1897, Nr. 32.

<sup>231</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 15. August 1897, Nr. 33.

zur Politik der Handelsverträge vorgebracht. An Stelle eines Vertrages mit Österreich-Ungarn forderte der Alldeutsche Verband eine Zollunion mit diesem. Das war ein Plan der Einbeziehung des Habsburger Reiches in den Verband der deutschen Zollunion, das heißt im Grunde genommen, der Annexion der Binnenmärkte dieses Reiches. Zur Tarnung dieses Planes wurde die Idee des „Deutschtums“, die Idee der „nationalen Gemeinschaft“ Deutschlands und Deutsch-Österreichs verwendet. Jetzt erfuhr dieser imperialistische Plan unter Beibehaltung seiner früheren „nationalen“ Hülle eine Weiterentwicklung. Die Alldeutschen behaupteten, daß Deutschland, da Großbritannien sich in ein „geschlossenes Wirtschaftsgebiet“ verwandele, ebenfalls ein solches Gebiet auf dem Kontinent als „mitteleuropäische Zollunion“ schaffen müsse. In erster Linie schlugen sie vor, in diese Union die österreichisch-ungarische Monarchie einzubeziehen, aber sie erwähnten vorsichtshalber auch die Einbeziehung Belgiens. Drei Monate später entwickelte einer der Ideologen des Alldeutschen Verbandes, Adolf Lehr, bereits einen ausführlichen Plan für „Mitteleuropa“. Der Idee des politischen Gleichgewichts zwischen dem österreichischen und ungarischen Teil des Habsburger Reiches stellte er die Idee der Herstellung eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen diesem Reich und Deutschland gegenüber. Wenn ein solcher Zusammenschluß erreicht werde, so behauptete Lehr, erschlossen sich Deutschland neue Möglichkeiten des wirtschaftlichen Eindringens in den Donauraum und nach Kleinasien sowie Möglichkeiten ihrer Kolonisierung. Lehr war großzügigerweise bereit, Belgien, Holland und der Schweiz den Anschluß an die „mitteleuropäische Zollunion“ zu gestatten, wenn sie einen solchen wünschten. In dem Falle jedoch, daß diese Staaten keinen solchen Wunsch äußerten, drohte ihnen Lehr mit der zwangsweisen Einbeziehung in diese Union. Allein den skandinavischen Ländern räumte er vorläufig das Recht ein, selbst zu entscheiden, ob sie sich dieser Union anschließen oder abseits bleiben wollten.<sup>232</sup>

Der alldeutsche Plan zur Schaffung einer Zollunion „Mitteleuropa“ trug jedoch keinen ausschließlich ökonomischen Charakter. Im Gegenteil, die Alldeutschen unterstrichen insbesondere seine politische Bedeutung, denn, so schrieb Lehr, „der Kampf um politische Machtpositionen“ werde jetzt in erheblichem Maße auf ökonomischem Gebiet ausgetragen. Somit verkündeten die Alldeutschen die Forderung nach einem Zollkrieg gegen England, begannen aber sehr bald zu behaupten, daß diese Maßnahme unzureichend sei. Kein Meistbegünstigungsvertrag mehr vermochte sie restlos zu befriedigen. Sie forderten die Einschlagung des Kurses auf die

<sup>232</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 31. Oktober 1897, Nr. 44.

Verwirklichung ihres „Mitteleuropaplan“, des Plans der wirtschaftlichen Annexion neuer Märkte in Europa und in Vorderasien und der Errichtung der politischen Herrschaft Deutschlands auf diesen Märkten. Während dieser imperialistische Plan früher durch „nationale“ Aufgaben gegenüber Deutsch-Österreich geschickt getarnt wurde, wurde jetzt eine andere demagogische Idee, und zwar die Idee des Zusammenschlusses Deutschlands, Österreichs und anderer Staaten zwecks wirtschaftlicher Verteidigung gegen Großbritannien vorgebracht.

So entstand und erweiterte sich in den aggressivsten Kreisen des deutschen Imperialismus das Programm der Annexionen in Europa. Als die Gefahr heraufzog, die kolonialen Märkte des britischen Empire zu verlieren, schlugen diese Kreise vor, mit der Schaffung eines deutschen Kolonialreiches zu antworten, das Südosteuropa und Vorderasien umfassen sollte. Die Propaganda des Alldeutschen Verbandes für die Schaffung eines Kolonialreiches „Niederdeutsch-Afrika“<sup>233</sup> hörte überhaupt nicht auf. Aber zu diesem Zeitpunkt begannen in dieser Propaganda neue Saiten anzuklingen, die von dem Bestreben des deutschen Imperialismus zeugten, unter dem Vorwand einer „Vereinigung Europas“ auf gemeinsamer ökonomischer Grundlage sich den ganzen europäischen Kontinent unterzuordnen. Übrigens erklangen diese Saiten noch schüchtern, lediglich als „Zukunftsmusik“.

Doch nicht nur der Alldeutsche Verband forderte einen Zollkrieg gegen England. Diese Forderungen teilte fast die ganze deutsche Presse, die die Ansichten sowohl des Junkertums als auch der bürgerlichen Kreise widerspiegelte. Was die Sozialdemokratie anbetrifft, so hielt sie sich im wesentlichen an die Prinzipien des Freihandels, in der Annahme, daß hohe Zölle zur Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse führen. Aber auch in den Reihen der Sozialdemokratie kam bereits eine Strömung auf, die entsprechend dem allgemeinen reformistischen Charakter ihrer Ansichten die Schutzzollpolitik der herrschenden Klassen zu verteidigen suchte. Mehr noch, einer der Vertreter des reformistischen Flügels der Sozialdemokratie, Calwer, setzte sich nach einiger Zeit sogar für die Unterstützung der Pläne einer Zollunion „Mitteleuropas“ ein. „Die mitteleuropäischen Länder“, so schrieb er in dem theoretischen Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, „müssen wohl oder übel über ihre politischen Vorurteile und Gegensätze hinweg sich über ein gemeinsames zollpolitisches Vorgehen einigen. Sie müssen das eigene Wirtschaftsgebiet durch gegenseitigen handelspolitischen Anschluß zu erweitern trachten, die Zollmauern innerhalb der angeschlossenen Staaten allmählich abtragen, um gemeinsam nach

---

<sup>233</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 14. Februar 1897, Nr. 7.

außen hin dann den handelspolitischen Konkurrenten auf gleich machtvoller Grundlage, die eben nur ein großes Wirtschafts Ganzes garantiert, die Spitze auf dem Weltmarkt bieten zu können.“<sup>234</sup> Der Beitrag Calwers wurde von Karl Kautsky kritisiert, der jedoch das pangermanistische, imperialistische Wesen des „mitteleuropäischen Zollvereins“ in seiner reformistischen Fassung nicht entlarvte. Er war sogar der Meinung, daß diese Pläne künftig den Interessen des Sozialismus unter der Bedingung entsprechen könnten, wenn sie von Deutschland, das sich zu dieser Zeit bereits in ein demokratisches Land verwandelt hätte, verwirklicht würden.<sup>235</sup> Auf der praktischen Ebene widersprach Kautsky Calwer vor allem deshalb, weil er die Führung eines Zollkrieges gegen England und die USA für unzulässig hielt, da für diesen Krieg die Arbeiterklasse Deutschlands zu bezahlen hätte. Es ist interessant, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, den Standpunkt Calwers unterstützte.

Auch unter den herrschenden Klassen waren nicht alle Kreise tatsächlich gewillt und bereit, den Zollkrieg zu führen, die einen aus Erwägungen politischen Charakters, die anderen aus Furcht, die britischen Märkte gänzlich zu verlieren. Am meisten rasten und tobten wohl die Agrarkreise. Sie hatten weniger zu verlieren und hofften mehr zu gewinnen. Aber selbst die Anhänger des neuen Handelsabkommens mit England widersprachen nicht allzusehr den laut werdenden Drohungen, England den Zollkrieg zu erklären. Sie waren der Meinung, daß die englischen Konkurrenten unter der Einwirkung dieser Drohungen rascher nachgeben würden.

Den gleichen Standpunkt vertrat auch die deutsche Regierung. Hohenlohe war von Anfang an gegen einen Zollkrieg wider England. Er war der Meinung, daß man sich mit diesem über annehmbare Bedingungen eines neuen Handelsvertrages einigen müsse. Das bedeutete keinesfalls, daß er in die Fußstapfen des siechen deutschen Liberalismus trat, der sich fürchtete, England zu reizen, und verlangte, man solle sich um jeden Preis mit ihm einigen. Hohenlohe schlug vor, den von England empfangenen Schlag mit einem Gegenschlag zu erwidern: unmittelbare Besprechungen mit den Regierungen einzelner Kolonien des britischen Empire aufzunehmen und auf diese Weise zu versuchen, die Regierung der englischen Metropole zu umgehen.<sup>236</sup> Zugleich unterstützte die deutsche Regierung die englandfeindliche Kampagne um so lieber, als sie diese auch zu innerpolitischen Zielen ausnutzte, vor allem zur Verstärkung der Propaganda zu-

<sup>234</sup> „Die Neue Zeit“, XVI. Jahrgang, Bd. II, S. 328/329.

<sup>235</sup> Ebenda, S. 329; siehe ferner XVIII. Jahrgang, Bd. I, S. 778.

<sup>236</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3415. Hohenlohe an Wilhelm II., 3. August 1897.

gunsten eines großen Flottenbaus. „Hätten wir eine starke, achtunggebietende Flotte gehabt“, so telegrafierte Wilhelm II. an seinen Reichskanzler, „wäre Kündigung“ (des Handelsvertrages. *A. J.*) „nicht erfolgt; als Antwort muß eine schleunige bedeutende Vermehrung unserer“ (Kriegsmarine. *A. J.*) „Neubauten ins Auge gefaßt werden.“ Er fiel sofort über die Sozialdemokratische Partei her, die seiner Meinung nach der wichtigste politische Faktor war, der die Verstärkung der deutschen Kriegsflotte verhinderte.<sup>237</sup> Hohenlohe erklärte sich mit dem Kaiser völlig einverstanden.<sup>238</sup>

Im Lande verstärkte sich die Propaganda für die „Machtpolitik“ auf dem Meere. Unter den verschiedenen politischen Gruppierungen, Verbänden, Parteien und Organisationen – vom konservativen Lager der Agrarier angefangen bis zu den Nationalliberalen einschließlich – verstärkte sich die Bewegung für eine „Sammlungspolitik“ auf der Grundlage wachsender Reaktion und imperialistischer Expansion. für die Vergrößerung der Flotte und der Armee. Diese Bewegung begann auch die Spitzenelemente der reaktionären Partei des katholischen Zentrums zu erfassen, die mit gewissen Kreisen der Großindustriellen in Westdeutschland verbunden waren. Mit Rücksicht auf die Stimmungen unter den katholischen Arbeitern scheuten sich die Führer der Partei jedoch vorläufig noch zu zeigen, daß sie in das Lager des Imperialismus hinüberzuwechseln beabsichtigen.

In den ersten Reihen dieser Bewegung stand natürlich der Alldeutsche Verband. In der Propagierung der Seemacht und des Zollkrieges. „Mittel-europas“ und „Niederdeutsch-Afrikas“ ging der Alldeutsche Verband am weitesten. Er wurde zum Sprachrohr der verschiedenartigsten, aber auch der radikalsten Elemente des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus. Mit Hilfe der ungeniertesten Demagogie tauschte er die „nationale“ Idee geschickt gegen den aggressiven Nationalismus aus, während er die umfassenden Eroberungspläne als eine legale Verwirklichung dieser Idee hinstellen versuchte. Diese Eroberungspläne gingen in verschiedenen Richtungen, und der Alldeutsche Verband wollte keinen davon aufgeben. Seine Presse sammelte systematisch alle expansionistischen Bestrebungen, die sich in den verschiedenen Organisationen und parteipolitischen Gruppierungen des imperialistischen Lagers abzeichneten und entwickelten. Er spiegelte gleichsam wie durch ein Vergrößerungsglas alle diese Bestrebungen wider und gab gleichzeitig das genaueste Bild der wahren Absichten und imperialistischen Pläne, die ihre endgültige Form annahmen. Vorläufig konnte man noch sagen, daß es ein Abbild des morgigen Tages war. Deshalb konnten sich die Regierung und die offiziellen diplomatischen Instanzen,

<sup>237</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3414, Wilhelm II. an Hohenlohe, 1. August 1897.

<sup>238</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3415, Hohenlohe an Wilhelm II., 3. August 1897.

wenn es notwendig war, auf die Forderungen des Alldutschen Verbandes als Forderungen der „öffentlichen Meinung“ stützen, während sie in anderen Fällen die Sache leicht so hinstellen konnten, daß diese Forderungen übertrieben seien und der „realen Politik“ des Tages nicht entsprächen.

Im vorliegenden Fall war die vom Alldutschen Verband und fast von der gesamten Presse der herrschenden Klassen entfesselte neue Welle der englandfeindlichen Kampagne für die Regierung nur günstig. Die Frage der Schaffung „Mitteleuropas“ als Gegenstück zu den Chamberlain-Plänen der Schaffung „Greater Britains“ blieb vorläufig noch ein Monopol alldeutscher Kreise. Aber aus den Spalten der bürgerlichen Presse, mit Ausnahme jener Blätter, die sich Überreste liberaler Traditionen bewahrt hatten, wurden Forderungen nach einem Zollkrieg gegen den englischen Rivalen und nach Verstärkung der Flotte laut, Forderungen nach Einmischung in die Geschehnisse Transvaals und nach Sicherung der ökonomischen Eroberung einzelner Kolonien des britischen Empire. Auch ein bedeutender Teil der junkerlichen Presse befaßte sich mit diesen Fragen<sup>239</sup>, während einige von ihnen sogar entschlossener, energischer und in aggressiverem Geiste hervortraten als die Presse der gemäßigten nationalliberalen Kreise. Unter anderem behauptete das Leiborgan Bismarcks, daß das wirtschaftliche Eindringen in die britischen Kolonien für Deutschland weitaus wichtiger sei als die Aufrechterhaltung enger Handelsbeziehungen zu England. Natürlich wirkte sich in Erwägungen dieser Art auch eine Tendenz politischen Charakters aus: das Bestreben, eine Wiederholung der Politik des „neuen Kurses“, eine Annäherung an England auf Kosten der Beziehungen zum zaristischen Rußland, zu verhüten. Einige Organe der deutschen Presse führten eine Sprache, die daran erinnerte, daß der alte, vom Preußentum gepflegte Kult der Gewalt und des Militarismus keinesfalls verblaßt war und nunmehr sogar neuen Ausdruck in Form allgemeiner Drohung gegen England finden konnte. Im Herbst 1897 erreichte die englandfeindliche Kampagne der deutschen Presse eine solche Schärfe, daß die nationalliberalen „Kölnische Zeitung“, die von alters her mit dem Auswärtigen Amt verbunden war, den Ratschlag gab, sich England gegenüber eines gemäßigteren Tons zu bemeistern. Übrigens ließ sie diesem Ratschlag einen ganzen Katalog von Klagen und Beschwerden an die Adresse Englands folgen.

<sup>239</sup> Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß selbst die die Ansichten des reaktionären preußischen Junkertums widerspiegelnden Organe schrieben, als Antwort auf die Versuche Englands, die deutschen Waren von den Märkten des britischen Empire zu vertreiben, müsse Deutschland mit einer Verstärkung der Flotte und natürlich der Armee reagieren. (Siehe Voigt, „Deutschland und der Weltmarkt“ in „Preußische Jahrbücher“, 1898, Bd. 91, S. 240—280.)

Die aggressive Politik des englischen Imperialismus, die vor allem in Afrika fortgesetzt wurde, bot dem deutschen Rivalen einen bequemen Vorwand, seine eigenen expansionistischen Hoffnungen in Europa und in den kolonialen Ländern durch die Idee der Verteidigung eigener Interessen sowie der Interessen der kleinen Länder zu tarnen. Das ist der Grund, weshalb die deutschen Imperialisten und insbesondere der Alldeutsche Verband Transvaal so lebhaft vor den englischen Anschlägen schützen wollten. Aber sie schützten es nur auf dem Papier. In Wirklichkeit war ihre Diplomatie insgeheim schon bereit, es gegen eine „Kompensation“ zu verraten. Andererseits waren die deutschen Imperialisten bereit, erbittert um die Möglichkeit des Eindringens in die kolonialen Märkte und besonders in die Märkte des britischen Empire zu kämpfen. „Wenn Deutschlands Handel mit den englischen Kolonien“, so schrieb später W. I. Lenin, „sich schneller entwickelt als der Englands, so beweist das lediglich, daß der deutsche Imperialismus frischer, kräftiger, organisierter ist und höher steht als der englische, es beweist aber keineswegs die ‚Überlegenheit‘ des freien Handels, denn hier kämpft nicht Freihandel gegen Schutzzollsystem und Kolonialabhängigkeit, sondern Imperialismus gegen Imperialismus, Monopol gegen Monopol, Finanzkapital gegen Finanzkapital. Die Überlegenheit des deutschen Imperialismus über den englischen ist stärker als die Mauer der Kolonialgrenzen oder der Schutzzölle.“<sup>240</sup> Die deutschen Imperialisten behaupteten, daß sie die englischen Märkte natürlich im „friedlichen Wettbewerb“ mit England erobern wollten. Aber in ihren Kreisen war bereits die Idee ausgereift, die wirtschaftliche Expansion zu benutzen, um die Grundlagen des britischen Empire systematisch auszuhöhlen. In der Perspektive schwebten ihnen bereits Pläne seiner Zerstörung vor.

Zu gleicher Zeit verstärkten auch die englischen Imperialisten, durch Mißerfolge gereizt und durch Eroberungspläne berauscht, ohne den Kampf gegen ihre alten Rivalen einzustellen, die Kampagne gegen die neuen deutschen Konkurrenten. Sie bearbeiteten „die öffentliche Meinung“ zäh und beharrlich weiter. Ohne Rücksicht auf Kosten kauften sie die Aktien englischer Zeitungen und Zeitschriften gern und in großem Umfang auf, setzten die Redaktionen ab und unterwarfen sie ihrem Willen. Dieses Schicksal ereilte auch die Zeitschrift „Saturday Review“<sup>241</sup>. Dieses Organ unterschied sich gewöhnlich durch nichts von ihm gleichen, genauso ehrwürdigen und langweiligen Zeitschriften. Zuweilen brummte diese Zeitschrift und brachte ihre Unzufriedenheit mit der russischen Politik in Asien

<sup>240</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 862.

<sup>241</sup> Angelika Banze, „Die deutsch-englische Wirtschaftsivalität, 1897–1907“, S. 42/43; O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 133.



oder mit der französischen Politik in Afrika zum Ausdruck. Man hätte an ihr schwerlich stärkere Anzeichen deutschfeindlicher Stimmungen noch überhaupt irgendwelcher Stimmungen entdecken können außer der bei der englischen Bourgeoisie eingebürgerten Selbstzufriedenheit, die stets das wahre Wesen ihrer berüchtigten Achtbarkeit ausmachte.

Plötzlich aber ertönte im Herbst 1897 von den Seiten dieser Zeitschrift aus ein Appell von der Art, wie ihn Senator Cato einstmals an das alte Rom richtete (das ihm verhaßte Karthago zu zerstören): „Germaniam esse delendam!“<sup>242</sup>

Die englische Zeitschrift rief zu einem Krieg gegen Deutschland auf, „zum größten Krieg, den die Welt je gesehen hat“. Sie behauptete, wenn der verhaßte deutsche Rivale vernichtet werde, könne jeder Engländer sofort reich werden. Das war Demagogie reinsten Wassers, und sie zeugte davon, welcher Methoden sich die imperialistische Clique Englands bediente, die nicht nur nach den Gold- und Diamantfeldern der Burenrepubliken schielte, sondern bereits davon träumte, fast ganz Afrika in den Verband seiner Besitzungen einzubeziehen. Der deutsche Rivale störte sie überall, selbst in den britischen Kolonien. Nachdem der Führer dieser Clique, Cecil Rhodes, ein Aktienpaket der „Saturday Review“ erworben hatte, wurde er unsichtbar zum britischen Cato. Später wurde der Artikel dieser Zeitschrift, der zum Krieg und zur Zerstörung Deutschlands aufrief, von den deutschen Imperialisten weitgehend als Beweis für die lang gehegten und wahren Absichten Englands benutzt. Zur Zeit seiner Veröffentlichung blieb er jedoch unbemerkt. Ihr Verfasser, der Amerikaner Frank Harris, der Freund und Biograph Oscar Wildes, war als politischer Journalist nicht bekannt.<sup>243</sup> Offenbar versank der Artikel im allgemeinen Strom der englischen konservativen Presse, die ihre deutschfeindlichen Ausfälle fortsetzte. Der Appell zum Kriege blieb auf dem Papier. Nicht einmal die deutsche Presse reagierte darauf. Und nur das Hauptorgan der konservativen Reichspartei des „Kanonenkönigs“ Stumm druckte diesen Artikel ausnahmsweise nach, um die Forderung der deutschen Regierung nach Vergrößerung der Kriegsflotte zu unterstützen.<sup>244</sup>

Wie gespannt die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen England und Deutschland auch war, so hatte doch damals niemand ernstlich die Absicht, Krieg zu führen. Außerdem war weder die eine noch die andere Partei dazu imstande. Die deutschen Imperialisten hatten keine Flotte und keine Bundesgenossen mit Flotte, um mit England fertig werden zu

<sup>242</sup> „Saturday Review“, September 1897.

<sup>243</sup> Erich Eyck, „Das persönliche Regiment Wilhelms II.“, S. 219.

<sup>244</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 299, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 25. (13.) November 1897.

können, während die englischen Imperialisten keine Landstreitkräfte und keine Bundesgenossen auf dem Kontinent hatten, um Deutschland entgegenzutreten. England, das seine Politik der imperialistischen Expansion betrieb, kam nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit anderen Mächten in Kollision, seine alte Rivalität mit Rußland und Frankreich war keineswegs beseitigt und zeigte sogar eine Tendenz zur weiteren Verschärfung.

Zu gleicher Zeit hatte Deutschland, das mit England auf den Weltmärkten und auf dem Gebiet der Eroberungspolitik zusammenstieß, seine alten Antagonismen mit Frankreich keineswegs beseitigt und dessen Bündnis mit Rußland trotz aller Ränke nicht liquidiert. Seine eigene Annäherung an das zaristische Rußland hatte Deutschland gewisse politische und wirtschaftliche Vorteile insbesondere im Nahen Osten gebracht. Aber diese Annäherung war nicht so weit gegangen, daß man sich auf sie im Kampf gegen England hätte stützen können. Noch weniger war damit zu rechnen, daß es gelingen würde, Österreich-Ungarn und Italien in diesen Kampf einzubeziehen. Wenn es der deutschen Diplomatie während der Nahostkrise gelungen war, ihren Einfluß in dem verbündeten Habsburger Reich zu festigen, so gelang ihr das keineswegs bei dem italienischen Bundesgenossen, der sich nach wie vor auf England orientierte und nunmehr auch auf Frankreich zu blicken begann. Dazu war das österreichisch-russische Abkommen über den Status quo auf dem Balkan keineswegs ein zuverlässiger Faktor in den Händen des deutschen Imperialismus. Als dieses Abkommen erzielt wurde, machte sich die deutsche Diplomatie klar, daß es nicht von langer Dauer sein konnte und nicht minder Gefahren als Vorzüge in sich barg. Das Abkommen bedeutete, daß es Salisbury und der englischen Diplomatie nicht gelungen war, Deutschland in einen Krieg gegen Rußland zu hetzen. Aber es bedeutete auch, daß es der deutschen Diplomatie trotz aller Bemühungen Wilhelms und Holsteins nicht gelungen war, England in einen Krieg gegen Rußland zu hetzen. Auf diese Weise dauerte der ökonomische, politische und diplomatische Kampf zwischen dem deutschen Imperialismus und seinem englischen Rivalen weiter an.

In der Anfang 1896 ausgebrochenen Transvaalkrise nahm dieser Kampf zum erstenmal scharfe Formen an. Bald darauf begann eine allgemeine Besserung der Weltwirtschaftskonjunktur, die jedoch die Schärfe der englisch-deutschen Rivalität um Märkte, Kolonien und Sphären der Kapitalinvestition, um wirtschaftlichen und politischen Einfluß in verschiedenen Ländern, vor allem in Transvaal und in der Türkei, nicht abschwächte. Später durchlief diese Rivalität eine Reihe von Etappen, bevor sie zu einer blutigen Lösung führte. Schon in der Periode der Nahostkrise 1896/1897, als sich diese gerade erst zu entfalten begann, war ihr ein stark ausgepräg-

ter politischer Charakter eigen. Die politischen Grundlinien des Alldeutschen Verbandes stellten die radikalsten, aber auch die typischsten Tendenzen der deutschen imperialistischen Expansion dar. Seine Tätigkeit und Propaganda verwandelten sich nach und nach in einen der Faktoren des politischen Lebens, die die Ideologie der in Deutschland herrschenden Klassen formten.

Der Aufruf zur „Politik der Sammlung“ des Junkertums und der Großbourgeoisie beseitigte keinesfalls den sich zwischen ihnen abspielenden Kampf um Fragen sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik. Aber er bedeutete die Stärkung der Reaktion und der imperialistischen Aggression in ihren verschiedenen Formen. Um diesen Kurs zu verfolgen, brauchte die Regierung eine feste und breite politische Stütze. Mit der Neugruppierung der politischen Kräfte jedoch, die damals unter den herrschenden Klassen Deutschlands vor sich ging, hörte diese Stütze auf, beständig und zuverlässig zu sein. Das äußerste rechte Lager des preußischen Junkertums war der Meinung, daß die reaktionären Maßnahmen der Regierung unzureichend, ihre imperialistischen Aktionen im Stil der „Weltpolitik“ dagegen übermäßig und gefährlich seien. Die Nationalliberalen waren umgekehrt der Meinung, daß die offen herausfordernde Politik der Regierung gegenüber der Arbeiterklasse gefährlich sei, während ihre Erfolge auf dem Gebiet der imperialistischen Außenpolitik unzureichend seien. Das katholische Zentrum, das die widerspruchsvollen Interessen seiner Anhänger widerspiegelte, schwankte, machte sich teuer, erpreßte, intrigierte und neigte zugleich offensichtlich dazu, durch eine Verstärkung seines Einflusses auf die inneren Angelegenheiten die Regierung in der Politik zu unterstützen, die eine imperialistische Expansion nach außen ermöglichte.

Die Parteien des deutschen Liberalismus (die Freisinnigen) waren schwach und außerstande, gegen die Reaktion Angriffskämpfe zu führen. Ihre Ideen, die in die Oberschichten der Arbeiterklasse eindringen, schufen jenen Wurmfraß des Opportunismus, auf dessen zersetzende Wirkung die Regierung vielleicht ebensosehr baute wie auf ihre Politik der Repressalien. Ihre Führer waren hitzig, aber altmodisch. Ebensowenig wie die sozialdemokratischen Führer begriffen sie, daß Deutschland gegenüber den Zeiten der Bismarckschen Herrschaft in ein neues Stadium seiner Entwicklung getreten war. Sie sahen ebensowenig, daß auf diesem Wege ein neuer Antagonismus erwuchs. Die Ideologen des deutschen Liberalismus erstarben noch immer in Ehrfurcht vor England, verbeugten sich vor seiner Verfassung und vor den Traditionen des Freihandels und träumten von einem raschen Anbruch eines goldenen Jahrhunderts, in dem die Industrie Deutschlands und die Industrie Englands wie „jene beiden Musen...“, die

uns Klopstock in seiner herrlichen Ode vorgeführt hat“<sup>245</sup>, friedlich um die Palme des Sieges wetteifern würden. Diese idyllischen Auslassungen eines deutschen Spießbürgers waren ebenso abgeschmackt wie absurd. Sie wurden von den aggressiven chauvinistischen Losungen der Bourgeoisie übertönt, die, wie Karl Marx bemerkte<sup>246</sup>, als „brüllender Löwe des deutschen Patriotismus“ bereits zu den Zeiten auftrat, da das militaristische Preußen die Vereinigung Deutschlands in seine Hände nahm und sie nach dem eigenen Vorbild und Ebenbild zu verwirklichen begann. Friedrich Engels schrieb damals: „Die liberalen Ansprüche der Bourgeoisie waren auf lange Zeit begraben, aber ihre nationalen Forderungen erfüllten sich von Tag zu Tage mehr.“<sup>247</sup>

Jetzt begann der preußisch-deutsche Junkerstaat auch die neuen imperialistischen Forderungen der Bourgeoisie zu erfüllen, die ihrerseits nicht nur endgültig auf die liberalen Ansprüche verzichtete, sondern nicht einmal wünschte, sich an diese frühen Passionen ihrer rasch verblühten Jugend zu erinnern. Die vom Junkertum erfüllten nationalen Forderungen der Bourgeoisie wurden durch einen noch nie dagewesenen Nationalismus und Chauvinismus abgelöst, während der längst verschwundene Liberalismus der Bourgeoisie offen reaktionären Bestrebungen Platz machte, die in den lebendigen Traditionen des preußischen Junkertums den günstigsten Nährboden für ihre Entwicklung hatten. Diese lebenden Traditionen der herrschenden Klasse zerrten zurück, widersetzten sich erbittert den geringsten Äußerungen demokratischer und fortschrittlicher Ideen, deren einziger Träger die Arbeiterklasse blieb. Aber diese reaktionären Traditionen gingen voll und ganz in das ideologische Arsenal der Bourgeoisie imperialistischen Typs ein, deren wirtschaftlicher und politischer Einfluß äußerst stark wuchs.

Nein, es war nicht der sentimentale Klopstock, dem es beschieden sein sollte, für die herrschenden Klassen Deutschlands ein Modedichter zu werden. Als das 19. Jahrhundert seine letzten Jahre zählte und Deutschland endgültig den Weg der imperialistischen Entwicklung einschlug, brauchten seine herrschenden Klassen einen deutschen Kipling, der ihre Gier zu neuen territorialen Eroberungen, ihre kolonialen Abenteuer, ihren heranreifenden Herrschaftstraum besingen sollte. Sie fanden ihren Kipling nicht. Da kehrten sie zu Nietzsche zurück. Noch kurz zuvor, zu Beginn der

<sup>245</sup> Paul Arndt, „Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England und den englischen Kolonien“, Berlin 1899, S. 33.

<sup>246</sup> Karl Marx, „Zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, S. 464.

<sup>247</sup> Friedrich Engels, „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1079.

neunziger Jahre, hatte dieser Philosoph des ungezügelter Individualismus und der zweifelhaften Paradoxe bei ihnen Verachtung hervorgerufen. Nur der aristokratische Mob hatte ihm Beifall gespendet. Aber schon wenige Jahre später wurde Nietzsche zum Beherrscher der Geister der regierenden Klassen Deutschlands; ihnen imponierte sein Antidemokratismus, sein kalter Haß gegen die Massen, sein maßloser Kult der Gewalt, seine Verherrlichung des Krieges und der kaltblütigen Gier nach Vernichtung, „die mit reinem Gewissen verübt wird“. Ihnen gefiel sein Kult des „Übermenschen“. Mit diesem philosophischen Banner bereiteten sie sich vor, in das 20. Jahrhundert zu ziehen, das, wie sie alle begriffen, über das Schicksal ihrer wachsenden Pläne und Weltherrschaftsansprüche entscheiden würde. Sie erwarteten viel von der Zukunft und bereiteten sich auf sie vor. Sie versuchten ihre Kräfte zu sammeln und suchten offenherzig nach dem „Übermenschen“, der die Verwirklichung ihrer Ideen gewährleisten könnte. Der „Übermensch“ blieb jedoch eine philosophische Abstraktion. Im praktischen Leben versuchte diese Rolle ihr jämmerlicher Kaiser zu spielen, hinter dessen Rücken einige Hofnullen standen und der seine Macht mit Hilfe eines greisen Reichskanzlers ausübte. Die herrschenden Klassen setzten die Suche nach dem „Übermenschen“ fort. Sie wollten, daß er sie sammle und Wege zur Lösung von Aufgaben finde, die sie sich setzten. Es waren widerspruchsvolle Aufgaben, und das wirkte sich im Verlauf der seit langem ausgereiften Regierungskrise aus.

## KAPITEL VI

# Die Regierungskrise und das Flottenprogramm 1897–1898

## 1

Die Angriffe verschiedener Gruppen der herrschenden Klassen auf die Regierung hatten schon vor langer Zeit begonnen, insbesondere seit die Regierung es ablehnte, die Forderungen der radikalen Agrarier nach einer Revision der Handelsvertragspolitik zu erfüllen, und den Weg der Befriedigung junkerlicher Ansprüche durch „kleine Mittel“ beschritt. Indem die Regierung ständig zu diesen „kleinen Mitteln“ ihre Zuflucht nahm, machte sie dem Agrarlager große Zugeständnisse, befriedigte es aber nicht. Mehr noch, durch ihre Nachgiebigkeit steigerte sie noch die Ansprüche der Agrarier und rief anderseits Unzufriedenheit und Erbitterung bei der Handels- und Industrieklasse hervor. Als Ergebnis der zahlreichen Zugeständnisse der Regierung hatte das Junkertum seine politischen Positionen und seinen Einfluß auf die gesamte Regierungspolitik verstärkt.

Die Niederlage Kanitz' mit seiner Forderung nach staatlichem Getreidemonopol zur Stützung der hohen Preise auf dem Binnenmarkt hatte die preußischen Junker, die gewöhnt waren, sich für die uneingeschränkten Herren ganz Deutschlands zu halten, nicht entmutigt. Sie arbeiteten einen Gesetzentwurf „Über die Börsenreform“ aus, der ihnen ihren Einfluß auf dem Getreidemarkt sichern sollte. Mitte 1896 gelang es ihnen, diesen Gesetzentwurf im Reichstag durchzubringen.<sup>1</sup> Sie taten so, als kämpften sie

---

<sup>1</sup> In einem Kommentar zum Gesetzentwurf über die Börsenreform, als dieser noch beraten wurde, teilte der russische Geschäftsträger in Berlin, Budberg, mit: „Unter den Händen der Agrargruppe, die sich durch Erörterung des Gesetzentwurfs in ökonomisch kämpferischen Tönen gegen die Folgen der deutschen Handelsvertragspolitik rückversichert hatte, erhielt dieses Gesetz eine scharf politische Färbung, wobei es jedoch eine interne Finanzmaßnahme blieb... In hiesigen

für eine Einschränkung der Börsenspekulation mit Getreide. In Wirklichkeit aber strebten sie danach, ihren Einfluß in den Börsenkomitees zu sichern und eine Erhöhung der Getreidepreise zu erreichen. Ihr zweites Ziel bestand darin, ihre Stärke der Bourgeoisie zu zeigen.

Als das Gesetz in Kraft trat (1. Januar 1897), leisteten ihm die bürgerlichen Kreise aktiven Widerstand. Um eine Einnischung der Agrarier in die Angelegenheiten der Börsenverwaltung zu verhindern, beschloß eine allgemeine Börsenversammlung, die Abschlüsse einzustellen.<sup>2</sup> Die gesamte bürgerliche Presse warf einmütig der Regierung vor, daß sie den Agrariern gegenüber zu nachgiebig sei. Die Lage der Regierung wurde immer komplizierter, und es war schwer zu sagen, welchen Ausweg sie jetzt wählen sollte. Um Kredite für die Flotte und die Armee zu bekommen, brauchte die Regierung die Unterstützung der Agrarier; wenn sie aber deren Forderungen auf Kosten der Interessen der Bourgeoisie befriedigte, rief sie deren Empörung hervor, und diese Empörung stieg in dem Maße, wie der Appetit der Agrarier wuchs, die angesichts der Nachgiebigkeit der Regierung bestrebt waren, ihr immer neue Zugeständnisse zu entlocken. Die Angriffe der Agrarier auf die Handelsverträge dauerten mit unverminderter Heftigkeit an, um so mehr, als sie jetzt auch seitens der Regierung Unterstützung erhielten. Als Graf Limburg-Stürum, einer der prominenten Vertreter der Agrarpartei, offen die Liquidierung der Handelsvertragspolitik forderte, hielt es Graf Posadowsky, Staatssekretär im Reichsschatzamt, selbst ein Großagrarier, für richtig, zu erklären, daß er diese Forderung für zweckmäßig halte, und sich in dem Sinne zu äußern, daß man die Verträge nach Ablauf ihrer Gültigkeit nicht erneuern solle. Nun gingen die Agrarier noch weiter. Sie forderten, daß die Grenzen vorübergehend geschlossen werden und daß keine Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zugelassen werde. Der Landwirtschaftsminister Hammerstein antwortete in einer Rede vor der preußischen Kammer, die Schließung der Grenzen sei nicht angebracht, erkannte aber die Forderungen, die Handelsverträge nicht zu erneuern, als gerecht an. Der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, der aus begreiflichen Gründen das Auf und Ab des inneren Kampfes in Deutschland um das Schicksal der Handelsverträge aufmerksam verfolgte, teilte mit, daß die „liberale Presse in heller Empörung ist und alle übrigen Parteien aufruft, endlich den Forderungen der

---

Finanzkreisen macht sich eine starke Verärgerung über die Nachgiebigkeit der Regierung bemerkbar, die wichtige Interessen der Industrie- und Handelskreise den Agrarwünschen geopfert hat.“ (Архив МИД, К. 19, Blatt 74, Depesche Budbergs, Berlin, 12. Juni [31. Mai] 1896, Nr. 33.)

<sup>2</sup> Архив МИД, К. 19, S. 134, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 5. Januar 1897 (27. Dezember 1896), Nr. 62.

preußischen Junker, die die Industrie endgültig zu vernichten drohen, ernststen Widerstand zu leisten“<sup>3</sup>.

Natürlich hatte niemand die Absicht, die deutsche Industrie zu „vernichten“. Aber dieses Gerede war ein Beweis dafür, wie heftig die politischen Leidenschaften im Kampf zwischen den Agrariern und den bürgerlichen Kreisen entbrannt waren. Die bereits geschwächten, zersplitterten und in der Periode des sich formierenden Imperialismus verwirrten liberalen Kreise der deutschen Bourgeoisie versuchten sich zu sammeln, um auf die Regierung einzuwirken und ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den Agrariern entgegenzuwirken. Anfang 1897 wurden zwischen Richter, dem Führer der Freisinnigen, und Rickert, dem Führer der winzigen Gruppe der „Hofdemokraten“, Besprechungen über die Vereinigung beider Gruppen zu einer Partei wieder aufgenommen. Dieser Versuch hatte das Ziel, das gemeinsame Auftreten gegen die Agrarier bei den künftigen Reichstagswahlen vorzubereiten.<sup>4</sup> Das war ein Versuch, die Kräfte der zersplitterten Überreste der deutschen liberalen Bourgeoisie zu konsolidieren. Aber er hatte auch ein anderes, noch wesentliches Ziel. Wäre diese Konsolidierung gelungen, dann hätte die Partei der Freisinnigen hoffen können, mit Hilfe liberaler Losungen und der gegen die Agrarier gerichteten Agitation einen Teil der Anhänger der Sozialdemokratie auf ihre Seite zu bringen. Die hemmungslosen Forderungen der Großagrarier, der von der Regierung durchgeführte reaktionäre Kurs, der verstärkte Druck der monopolistischen Bourgeoisie, all das rief den Widerstand der Arbeiterklasse hervor. Durch Deutschland ging eine Welle von Streiks, an denen sich auch die unorganisierten Schichten der Arbeiter beteiligten. Die Sozialdemokratie betrieb aktive Agitation und brachte nicht nur einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse, sondern auch einige andere demokratische Schichten des deutschen Volkes auf ihre Seite. Die deutschen liberalen Parteien befürchteten eine Verstärkung des Einflusses der reaktionären Parteien des preußischen Junkertums, aber in noch stärkerem Maße fürchteten sie sich vor der Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratischen Partei. Das war schließlich auch die Ursache dafür, daß sie ihre Kräfte nicht zu konsolidieren vermochten. Die Positionen der deutschen liberalen Bourgeoisie erwiesen sich somit angesichts des Ansturms der preußischen Reaktion als geschwächt.

Bald darauf komplizierte sich die allgemeine politische Lage im Lande in noch stärkerem Maße. Hohenlohe, der seine Politik der Liebedienerei

<sup>3</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 14, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 2. Februar (21. Januar) 1897, Nr. 4.

<sup>4</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 18, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 5. Februar (24. Januar) 1897, Nr. 5.

27 Jerussalimski, Außenpolitik



vor der junkerlichen Reaktion fortsetzte und sich bei der Wilhelm umgebenden Hofclique beliebt machen wollte, bereitete einen Gesetzentwurf vor, der offen gegen die Arbeiterklasse und gegen jene elementaren Freiheiten gerichtet war, die im polizeilich selbstherrlichen Deutschland erhalten geblieben waren. Nachdem es Wilhelm nicht gelungen war, das „Umsturzgesetz“, das eine zweite Auflage der Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten darstellte, im Reichstag durchzubringen, versuchte Hohenlohe das gleiche Ziel, aber allmählich und mit „kleinen Mitteln“ zu erreichen. Sein Gesetzentwurf sah die Errichtung einer kleinlichen polizeilichen Aufsicht über alle Gesellschaften, Vereinigungen und faktisch sogar auch über die Parteien sowie eine scharfe Einschränkung des Versammlungsrechts, der Agitation usw. vor. Der Gesetzentwurf stieß auf entschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse, die in ihm mit Recht eine Bedrohung der Existenz ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erblickte. Aber der Entwurf rief auch in bürgerlichen Kreisen Widerstand hervor, weil diese begriffen, daß Regierung und Polizei im Falle seiner Verwirklichung eine Kampfzunge auch gegen ihre Organisationen erhalten würden. Nachdem die Regierung im Reichstag keine Unterstützung gefunden hatte, hoffte sie, das Gesetz im reaktionären preußischen Landtag durchzubringen.

Im Frühjahr und Sommer 1897 erreichte der Kampf um das „Vereins- und Versammlungsgesetz“ große Schärfe. Von allen Enden Preußens gingen im Landtag Telegramme ein, die gegen den reaktionären Gesetzentwurf protestierten.<sup>5</sup> Die Bewegung erfaßte auch das Industrie- und Handelsland Sachsen sowie die süddeutschen Staaten, wo die liberalen und partikularistischen Traditionen noch stark waren. Diese Staaten gaben zu verstehen, daß sie keinesfalls die Absicht hätten, Preußen und dem Preußentum zuliebe ihre Verfassungen zu verletzen. Da der Einfluß der reaktionären junkerlichen Elemente im preußischen Landtag jedoch beträchtlich war, erhoffte die Regierung einen Erfolg. Um diesen Erfolg zu sichern, wandelte die Regierung den Gesetzentwurf durch das Herrenhaus etwas ab und verlieh ihm eine Form, die offen gegen die Sozialdemokratie sowie gegen die nationalen Parteien (der Polen, der Elsässer usw.) gerichtet war. Der preußische Minister von der Recke, der die Legalisierung der polizeilichen Willkür im Kampf gegen die Sozialdemokratie verteidigte, sagte, daß der von der Regierung vorgeschlagene Entwurf „mindestens das eine Gute habe, daß, wenn die Bestrebungen der Sozialdemokratie in dem Gesetz als verwerflich anerkannt werden, ein bedeutender Teil des Volkes mit gesundem Verstand sich mit Empörung davon abwenden werde“. Diese Worte riefen ein

<sup>5</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 116, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 28. (16.) Mai 1897, Nr. 29.

schallendes Gelächter auf der gesamten Linken des Landtags hervor.<sup>6</sup> Selbst die Nationalliberalen verlachten den Gesetzentwurf und lehnten es ab, ihn zu unterstützen. Einer der prominentesten Vertreter der national-liberalen Fraktion, der alte Hobrecht, erklärte, daß man seine Partei schwerlich der Sympathien für die „Anhänger sozialer Utopien“ verdächtigen könne. Ebenso wenig könnte man seine Partei des Bestrebens verdächtigen, die Autorität des Kaiserstaates zu untergraben. Die deutsche Großbourgeoisie festigte aktiv diese Autorität und erhob keinesfalls Anspruch darauf, die Staatsgewalt den Händen des Junkertums zu entreißen. Sie fürchtete sich vor der sozialistischen Bewegung. Aber sie fürchtete auch jene Methoden, mit denen die reaktionäre Regierung diese Bewegung zu unterdrücken hoffte. Die Regierung Bismarcks hatte durch die Anwendung der Ausnahmegesetze die sozialistische Bewegung nicht abgewürgt. Wo war die Garantie dafür, daß die Regierung Hohenlohe durch kleiner dosierte Anwendung dieses Gesetzes ihr Ziel erreichen konnte? Die national-liberale Bourgeoisie befürchtete, daß die Arbeiterklasse es verstehen würde, sich zum Schutz ihrer Rechte zusammenzuschließen und den Urhebern des neuen Gesetzes eine solche Antwort zu geben, für die auch die deutsche Bourgeoisie zu zahlen hätte. Außerdem befürchteten die Nationalliberale Partei ebenso wie die anderen Parteien der deutschen Bourgeoisie, daß sie nach Einführung des Gesetzes selbst ein Opfer der polizeilichen Einmischung werden würden. Hobrecht weigerte sich, „die zweifelhaften provokatorischen Polizeimaßnahmen“, wie sie im Gesetzentwurf der Regierung vorgeschlagen wurden, zu unterstützen. Die katholische Zentrumspartei weigerte sich ebenfalls, den Gesetzentwurf zu unterstützen. Lieber, der in ihrem Namen sprach, verlachte die Furcht der Regierung vor dem Eindringen des Sozialismus in die Armee. „Wo sind eure gepriesenen preußischen Traditionen und wo ist die junkerliche Kühnheit?“ fragte er, zur Regierung gewandt. Schließlich lehnte die preußische Kammer mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen das reaktionäre „Vereins- und Versammlungsgesetz“ ab. Dieses Gesetz war von „hohen Kreisen“ befürwortet worden, und diese machten die Regierung für sein Scheitern verantwortlich.

Diese „Kreise“, die äußerst unzufrieden waren, wenn es der Regierung nicht gelang, die reaktionärsten der geplanten Maßnahmen restlos zu verwirklichen, behinderten die Regierung bei der Durchführung von Maßnahmen, die die Regierung hätte verwirklichen können. So verzögerten sie beharrlich oder hintertrieben viele Monate die Einführung des neuen Militärgerichtsgesetzes, das auf den Prinzipien der Öffentlichkeit beruhte. Als Hohenlohe erstmalig versprach, ein solches Gesetz auszuarbeiten (Mitte

<sup>6</sup> Darüber berichtete ausführlich ein russischer Journalist, der der Sitzung beiwohnte. (Siehe Иоллос, «Письма из Берлина», St. Petersburg 1904, S. 275—277.)

Mai 1896), rechnete er auf die Sympathien der liberal-bürgerlichen Kreise, die er endgültig von sich abzustößen weder imstande noch gewillt war.<sup>7</sup> Das war die Kleinmünze, mit der er die liberalen Kreise für seine großen Zugeständnisse an das reaktionäre Junkertum entschädigen wollte. Außerdem erforderte diese Entschädigung keinerlei Opfer und sollte sogar letzten Endes dem preußischen Junkertum große Vorteile bringen. Die reaktionären Kreise der preußischen Militärclique taten so, als könnte das neue Gesetz die Disziplin und die Grundlagen der Armee untergraben. Diese Argumente waren nicht stichhaltig. In Bayern war das militärische Gerichtsverfahren schon seit langem öffentlich, die Armee jedoch nicht zerfallen. Mehr noch, einige Vertreter der Generalität aus den süddeutschen Staaten wiesen nach, daß öffentliche Gerichtsverfahren die Armee, die Deutschland zur „Eroberung des Weltmarktes“<sup>8</sup> brauchte, nur festigen konnten.

Trotzdem konnte die Regierung ihre Versprechungen nicht erfüllen, da die Hofkamarilla und die Generale aus dem persönlichen Militärkabinett des Kaisers es verhinderten. Der Kaiser liebte es, sich in die Angelegenheiten der Militärgerichte einzumischen, und seine Umgebung hielt es für vorteilhaft, ihm diese Möglichkeit zu bieten. Hierbei gab es ebensoviel Kriecherei wie politische Berechnung. Bei ihren in Reserve gehaltenen Staatsstreichplänen rechneten diese Kreise vor allem auf die Armee. Bei jeder Begegnung mit der Armee betonte Wilhelm, daß es *seine* Armee sei, die allen *seinen* Feinden entgegentreten müsse. So sagte Wilhelm zum Beispiel zu den Rekruten der Berliner Garnison: „Wer die Uniform angreift, greift die Uniform des Königs an.“ Zu gleicher Zeit versammelte er die Offiziere und warnte sie: „Der wahre Feind der Monarchie und des Altars ist das Bürgertum.“<sup>9</sup> Er konnte es den Liberalen nicht verzeihen, daß sie davor zurückgeschreckt waren, seine Pläne zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und zur Liquidierung der Sozialdemokratischen Partei aktiv zu unterstützen. Die Angst vor der wachsenden Arbeiterbewegung und vor dem verstärkten Einfluß der Sozialdemokratischen Partei schwächte die Positionen des deutschen Liberalismus und seinen Widerstand gegen die junkerliche Reaktion. Was die imperialistischen Kreise der deutschen

<sup>7</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 268, Depesche Pahlens, Berlin, 15. (3.) Oktober 1897, Nr. 74.

<sup>8</sup> Siehe Albert Pfister, „Freiheit des Rückens, allgemeine Wehrpflicht, Öffentlichkeit des Strafgerichts“, Stuttgart-Leipzig-Berlin-Wien 1896. Der Verfasser, ein württembergischer General a. D., wies die Notwendigkeit nach, die Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens einzuführen, da diese Maßnahme die deutsche Armee festige.

<sup>9</sup> Архив МИД, К. 19, Blatt 171, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 24. (12.) November 1896, Nr. 55.

Bourgeoisie anbetrifft, so suchten sie offensichtlich Wege zum Zusammenschluß mit der preußischen Reaktion, wollten jedoch die Beteiligung an den abenteuerlichen Plänen vermeiden, die in den persönlichen Geheimkabinetten des Kaisers und in den Hofzirkeln geschmiedet wurden.

Indessen hatte sich das „persönliche Regiment“ so sehr gefestigt, daß selbst die nationalliberalen Kreise ernste Beunruhigung zu zeigen begannen. Einige Organe der nationalliberalen Presse begannen offen ihre Unzufriedenheit über die sich hinter den Kulissen abspielenden Umtriebe der Ostelbier und ihrer Vertreter am Hofe zu äußern. Die Konservativen und die Partei des „Königs“ stumm wären bereit gewesen, dieses „persönliche Regiment“ zu unterstützen, wenn sie überzeugt gewesen wären, eine ständige und unmittelbare Kontrolle über dieses zu erhalten. Aber nicht alle hatten diese Zuversicht.<sup>10</sup> Was allgemein und unbestreitbar war, das war das Bestreben, die sozialistische Bewegung zu unterdrücken, und noch unmittelbarer das Bestreben, die Männer, die in irgendeinem Maße an den gemäßigten Liberalismus der Zeiten Caprivis erinnerten, möglichst rasch aus der Regierung zu entfernen.

Das waren die verschiedenen widerspruchsvollen Interessen, Hoffnungen und Bestrebungen in den herrschenden Klassen, die nach einem Ausdruck Osten-Sakens von einer „Gärung der Geister“ zeugten. Die Regierungskrise zog sich über viele Monate hin, und niemand wußte, wie sie gelöst werden könnte. Die Hofkamarilla hatte weiten Spielraum für ihre Intrigen.

Anfang Juni 1897 erhielt Osten-Saken Informationen „aus zuverlässigen, dem Kaiser nahestehenden Quellen“, daß „der intime Kreis des Kaisers, ohne den Ernst der gegenwärtigen Zeit zu bestreiten, sich bemüht, ihm die Sachlage keinesfalls verzweifelt darzustellen, wobei er die Hoffnungen auf die Standhaftigkeit und Energie des obersten Führers, die Ergebenheit der konservativen Agrarkreise dem Thron gegenüber und die mustergültige Disziplin der Armee setzt“. Über die Stimmungen der herrschenden Kreise gut informiert, wies er darauf hin, welches ihre Hauptsorge war: „Deutschland“, so schrieb er, „stehen schwere Zeiten des Kampfes gegen die sozialistische Bewegung bevor, und die herrschenden Kreise bereiten sich schon jetzt auf diesen vor, wobei sie ihre Kräfte einteilen.“<sup>11</sup> Am gleichen Tage schrieb er beunruhigt in einem besonderen, streng vertraulichen Brief nach Petersburg, daß er „jene ernstesten Komplikationen

<sup>10</sup> Über die Einstellung der bürgerlichen und junkerlichen Parteien zum „persönlichen Regiment“ siehe den Artikel „Das persönliche Regiment“ im „Vorwärts“ vom 30. Juni 1897.

<sup>11</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 126, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 11. Juni (30. Mai) 1897, Nr. 32.

voraussche, die eine illegale Intrige der den Kaiser umgebenden Kamarilla bringen kann“<sup>12</sup>. Er wußte bereits, daß das erste Opfer dieser Intrige Marschall sein würde, gegen den die Junkerpartei, die Militärkreise, die Anhänger Bismarcks, der Hofzirkel und Wilhelm selbst zu Felde zogen. Osten-Saken machte sich darüber Gedanken, welchen Einfluß der Rücktritt Marschalls, eines Anhängers der Politik der Handelsverträge, auf die Entwicklung der russisch-deutschen Beziehungen haben würde. Er war der Meinung, daß die Hauptursachen für die heranreifende Regierungskrise die Angriffe der Agrarier auf die Handelsverträge seien. In Wirklichkeit lagen die Ursachen dieser Krise viel tiefer, und die Umtriebe der reaktionären Kamarilla gingen bedeutend weiter. Im Brennpunkt des Kampfes stand die Frage des Baus einer großen Kriegsflotte. Diese Frage war von den imperialistischen Kreisen in den Vordergrund geschoben worden.

## 2

Die Aktivität der imperialistischen Kreise, die eine Verstärkung des Flottenbaus forderten, verstärkte sich merklich Ende 1895 und vor allem 1896. Sie äußerte sich in der Propaganda, bei politischen Besprechungen und in dem Druck auf die Regierung und auf den Reichstag.<sup>13</sup> Der Druck der imperialistischen Kreise war um so spürbarer, als Wilhelm voll und ganz auf ihrer Seite stand und bereit war, die von ihnen betriebene Kampagne für die Verwirklichung der, wie man damals sagte, „uferlosen Flottenpläne“ zu unterstützen und sich sogar persönlich daran zu beteiligen. Die von einflußreichen kapitalistischen Kreisen, Organisationen und Parteien subsidierte Presse betrieb eine beharrliche Agitation und forderte, daß der Reichstag 200 bis 300 Millionen Mark für die Verstärkung der Flotte bewillige.

Besonders offen und bestimmt setzten sich die Kreise der National-liberalen Partei und der Reichspartei für die Verstärkung der Kriegsflotte ein. Diese Parteien des im Entstehen begriffenen Imperialismus waren von Anfang an Anhänger der „uferlosen Flottenpläne“. Dabei hatten sie keinesfalls die Absicht, die Stärke der deutschen Armee herabzusetzen. Im Gegenteil, sie waren stets bereit, die Forderungen der Militärkreise nach Bewilligungen neuer und immer neuer Mittel zur Verstärkung des deutschen Militarismus zu unterstützen. Als man im Generalstab und im Kriegsministerium mit der Ausarbeitung der Pläne für den Bau neuer Festungen

<sup>12</sup> АРХИВ МИД, К. 23, Blatt 96, streng vertraulicher Brief Osten-Sakens an Murawjow, Berlin, 11. Juni (30. Mai) 1897.

<sup>13</sup> Reichstag, 13. Februar 1896, Bd. II, S. 927.

vor allem an der Ostgrenze begann (diese Frage entstand im Jahre 1897), bemühten sich die Schwerindustrie und die mit ihr verbundenen Kreise der Nationalliberalen Partei und der Reichspartei besonders eifrig darum, daß diese Frage positiv und so rasch wie möglich entschieden werde. General Waldersee, der die Meinung vertrat, daß sich Deutschland zu einem Angriffskrieg gegen Rußland rüsten müsse, war ein Gegner dieser Pläne. Die Begeisterung der Industriellen erklärte er damit, daß sie darauf rechneten, neue gewaltige Profite durch Lieferung der Festungsausrüstungen an das Kriegsministerium einzustreichen.<sup>14</sup> Ebenso wie breitere Militärkreise war er ein Gegner der „uferlosen Flottenpläne“, da er annahm, daß die Finanzlage Deutschlands die gleichzeitige Verwirklichung zweier Programme für die Rüstung zur See und zu Lande erschweren könnte. Die Führer der Nationalliberalen Partei und der Reichspartei machten sich die im Jahre 1896 begonnene wirtschaftliche Belebung zunutze und beschlossen, diese Argumente der Militärkreise über den Haufen zu werfen. Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, führte aus, angesichts der sich bessern- den Finanzlage seien die Forderungen nach großen Bewilligungen für die Verstärkung der Flotte nicht mehr erschreckend. Zum Unterschied von den Kreisen, die behaupteten, daß das zwischen Rußland und Frankreich in die Zange genommene Deutschland eine Flotte nur zur Verteidigung brauche, stellten die in der Reichspartei und in der Nationalliberalen Partei vertretenen imperialistischen Kreise der Flotte die neue strategische Aufgabe, den wirtschaftlichen Kampf Deutschlands gegen England „zu stützen“. Während einige Anhänger des Wachsens der Flottenrüstungen es noch für notwendig hielten, zu Auslassungen über den „friedlichen Geist“ dieser Rüstungen ihre Zuflucht zu nehmen und damit die neue Bestimmung der Flotte zu tarnen, rief Bennigsen dazu auf, den Tatsachen ins Auge zu schauen. Die Rivalität mit England, so erklärte er, sei eine Tatsache, und deshalb müsse Deutschland die Schaffung und Vergrößerung seiner Seestreitkräfte in Angriff nehmen.<sup>15</sup> Die nationalliberalen Kreise der deutschen Bourgeoisie schlossen sich dem Lager der alldeutschen Imperialisten, der eifrigen „Flottenschwärmer“ eng an. Die „uferlosen Flottenpläne“ waren ein Bestandteil ihrer gemeinsamen „Weltpolitik“pläne und des künftigen Kampfes um die Weltherrschaft. „Deutschland“, so erklärte Paasche, ein Nationalliberaler und Alldeutscher, „ist und bleibt eine Weltmacht und muß in gewisser Weise auch Weltmachtpolitik treiben. Natürlich nicht in dem Sinne“, so beeilte er sich zu betonen, „daß unsere Panzerflotte in Ostafrika mit der englischen Flotte Schlachten liefern soll.“ Da er begriff, daß dies zum unvermeidlichen und raschen Untergang der deutschen Flotte

<sup>14</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 401/402.

<sup>15</sup> Reichstag, 18. März 1896, Bd. II, S. 1548–1550.

führen würde, rief er aus: „Das gewiß nicht! Aber daß wir unsere Weltmachtstellung mit der Marine schützen müssen“, war ihm selbstverständlich.<sup>16</sup>

Nicht minder aktive und begeisterte „Flottenschwärmer“ waren die Kreise der Reichspartei. Bereits damals, als viele auf den rechten Bänken des Reichstags verschämt von diesen Plänen abrückten, erklärte der Großindustrielle Kardorff, der Führer der Reichspartei, mit Stolz: „Ich stehe ... auf dem äußersten rechten Marineflügel. Meine Wünsche gehen ziemlich weit.“ Dabei erklärte er, was gerade ihn gezwungen habe, sich auf diesen Flügel zu stellen. Er spannte den deutschen Nationalismus in den Dienst der wachsenden imperialistischen Ziele ein und versuchte die „uferlosen Flottenpläne“ durch die Notwendigkeit zu erklären und zu rechtfertigen, daß man auf die „uferlosen Kränkungen“ reagieren müsse, denen England seinen Worten zufolge Deutschland aussetze. Er forderte, daß Deutschland „eine Antwort gibt“. Seine Drohungen waren an England adressiert.<sup>17</sup>

Aber das Verhältnis der Klassen und der politischen Kräfte im Lande begünstigte noch nicht die Verwirklichung der umfassenden Flottenpläne, die von den imperialistischen Kreisen vorgebracht wurden. Das wurde im gewissen Sinne auch vom Kräfteverhältnis im Reichstag widergespiegelt. Der entschlossenste Gegner der erweiterten Flottenbaupläne war die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratische Partei führte sowohl in der Presse als auch in Massenversammlungen und im Reichstag<sup>18</sup> einen zähen Kampf gegen diese Pläne und wies nach, daß ihre für die Kanonenkönige und Schlotbarone günstige Verwirklichung der Arbeiterklasse und überhaupt dem werktätigen Volk als eine schwere Last aufgebürdet werde. Wenn die „Flottenschwärmer“ zu beweisen versuchten, daß der Bau einer großen Kriegsslotte durch die Entwicklung des deutschen Überseehandels diktiert werde, wies die Sozialdemokratie an Hand von Zahlen nach, daß diese Argumente keiner Kritik standhielten, da sich der deutsche Handel vor allem auf Kosten der Länder des europäischen Kontinents entwickelte. Die Bewegung der Arbeiterklasse gegen die „uferlosen Flottenpläne“ war so stark, daß deren Organisatoren und Inspiratoren sich sofort darüber klar wurden, daß sie in ihrer Gestalt einen ersten ernststen Gegner vor sich hatten. Übrigens konnten sie bereits gewisse Hoffnungen auf die Opportunisten als einen Faktor der politischen Demoralisierung der Arbeiterklasse und als Träger der bürgerlichen Ideologie in ihren Reihen setzen. Aber auch unter den bürgerlichen und junkerlichen Parteien und Elementen waren bei weitem nicht alle zu Anhängern umfangreichen Flottenbaus geworden. Ein Teil

<sup>16</sup> Reichstag, 1. Dezember 1896, Bd. V, S. 3639.

<sup>17</sup> Reichstag, 2. Dezember 1896, Bd. V, S. 3651/3652.

<sup>18</sup> Reichstag, 18. März 1896, Bd. II, S. 1541.

der Kaufmannschaft, die kleinbürgerlichen Schichten, die Menschen der liberalen Berufe, die die Freisinnigen unterstützten und die temperamentvollen Reden Richters lasen, waren ebenfalls noch nicht von jenem Flottenfieber angesteckt, das die „Flottenschwärmer“ überall zu wecken versuchten. Aber die Parteigruppierung „Freisinnige“ — „Hofdemokraten“ dachte nur noch daran, dem Junkertum keine Möglichkeit zu bieten, das Wachsen der Flottenrüstungen im gleichen Maße auszunutzen, wie es ständig das Wachsen der Landrüstungen im eigenen Interesse ausnutzte. Die Anhänger Barths wollten, daß die Flotte als politische Waffe in den Händen der liberalen Bourgeoisie bleibe. Die Agrarparteien und das katholische Zentrum<sup>19</sup> standen noch nicht in den Reihen der „Flottenschwärmer“ und verhielten sich zu den Plänen des Flottenbaus recht reserviert.

Ernstere und beharrlichere Gegner dieser Pläne waren die Militärkreise. Sie befürchteten, daß der Bau einer großen Flotte eine Verringerung der Bewilligungen für die Armee oder aber eine ihrer Meinung nach ungenügende Vergrößerung derselben verursachen könnte. Sie waren selbst sozusagen Anhänger der „uferlosen Pläne“ zur Verstärkung des deutschen Militarismus. Die Flottenpolitik würde ihrer Meinung nach Deutschland von den Kontinentalaufgaben ablenken und in England unbedingt Verärgerung und Rivalität hervorrufen. Somit werde Deutschland gezwungen sein, in höherem Maße mit seinen eventuellen Gegnern auf dem Kontinent — mit Frankreich und Rußland — zu rechnen.<sup>20</sup> Natürlich wurden diese Stimmungen der Militärkreise auch von den Junkern geteilt. Sie wiesen der deutschen Flotte eine untergeordnete Rolle zu und waren bei weitem nicht alle bereit, sofort in das Lager der „Flottenschwärmer“ und der „Weltpolitik“ anhängler hinüberzuwechseln. Bevor sie diesen Schritt unternahmen, wollten sie die Befriedigung ihrer eigenen Forderungen sowohl hinsichtlich einer Verstärkung des reaktionären Kurses in der Innenpolitik als auch hinsichtlich der Liquidierung oder zumindest einer Revision der Handelsverträge zu ihren Gunsten sicherstellen. Die Beharrlichsten und Unversöhnlichsten unter ihnen brachten die Formel „Ohne Kanitz keine Kähne“ auf und wiederholten sie unermüdlich.<sup>21</sup>

Was die Zentrumsparterie anbetrifft, so waren für sie die „uferlosen Flottenpläne“ keine Frage des politischen Kampfes, sondern eine solche der parlamentarischen Kombinationen und des politischen Kuhhandels mit der Regierung. Solange dieser Kuhhandel jedoch im Gange war, trat das

<sup>19</sup> Reichstag, 17. März 1896, Bd. II, S. 1527.

<sup>20</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 393.

<sup>21</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894—1901“, Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930, S. 75.



Zentrum den umfangreichen Flottenbauplänen ebenfalls entgegen, um so mehr, als es aus dieser Position bei den das Zentrum unterstützenden Bevölkerungsmassen politisches Kapital schlagen konnte. So entstand sowohl im Lande als auch im Reichstag eine ihrer klassenmäßigen und politischen Zusammensetzung nach bunt gemischte Opposition gegen die „uferlosen Flottenpläne“.

Die Kampagne zugunsten dieser Pläne wurde jedoch mit wachsender Stärke vorwiegend durch Vermittlung des Alldeutschen Verbandes, der Kolonialgesellschaft und anderer „parteiloser“ und „unabhängiger“ Organisationen und der mit ihnen verbundenen Presseorgane geführt.<sup>22</sup> Die „höheren Sphären“ und die Regierungsinstanzen taten so, als wären sie an dieser Kampagne unbeteiligt. Aber Anfang 1896 erklärte der Führer der Zentrumspartei, Lieber, es sei ihm bekannt, wer die „Flottenschwärmer“ inspiriere. Er sprach davon, daß sich einige Persönlichkeiten aus den Kreisen des Reichsmarineamts in politische Angelegenheiten einmischten, die Flottenpropaganda schürten und zur Verwirklichung ihrer Pläne die Auflösung des Reichstags und die Ablösung des Reichskanzlers anstrebten.<sup>23</sup> Lieber wagte es nicht, die Namen der Inspiratoren und der unmittelbaren Organisatoren der „Flottenschwärmerei“ zu bezeichnen. Aber Bebel genierte sich nicht. So entlarvte er von der Tribüne des Reichstags aus die engen Beziehungen, die zwischen Hasse, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, und dem Admiral Senden, dem Chef des persönlichen Marinekabinetts des Kaisers, angeknüpft worden waren.<sup>24</sup> Diese Entlarvungen machten einen so starken Eindruck, daß Hollmann, der Staatssekretär des Reichsmarineamts, sich beeilte, seine Teilnahme sowohl an diesen Beziehungen als auch an der Organisation der Propaganda überhaupt zu bestreiten. Zu gleicher Zeit versuchte Hasse, seine Beziehungen zum Reichsmarineamt und zu anderen hohen Flotteninstanzen in Abrede zu stellen.<sup>25</sup>

Obwohl der Einfluß der „Flottenschwärmer“ in den Regierungskreisen bereits recht bedeutend war, hielten es die Vertreter dieser Kreise noch immer nicht für möglich, die „uferlosen Flottenpläne“ offen zu unterstützen. Das war eine taktische Maßnahme. Einerseits hatte die Regierung die Stimmungen jener Kreise der Agrarier, der Militärs, der liberalen Bourgeoisie und des katholischen Zentrums zu berücksichtigen, die, wie wir gesehen haben, alle aus verschiedenen Motiven, keineswegs für diese Pläne schwärmten. Andererseits versuchte die Regierung, wie Bebel richtig hervor-

<sup>22</sup> Siehe zum Beispiel „Alldeutsche Blätter“, „Post“, „Kölnische Zeitung“.

<sup>23</sup> Reichstag, 18. März 1896, Bd. II, S. 1532.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 1541.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 1532.

hob, den Verdacht der Beteiligung an diesen Plänen zu zerstreuen, um die Durchführung des laufenden Flottenprogramms als des „kleineren Übels“ zu erleichtern. Bebel behauptete, daß sich einige Abgeordnete der Mehrheitsparteien ebenfalls an diese Taktik hielten.<sup>26</sup> Unter diesen Umständen wollten sich der Kaiser und die hinter ihm stehenden Kreise nicht damit abfinden, daß sich der Reichstag und die Regierung selbst so langsam der aktiven Politik der Verstärkung der Flottenrüstungen zuwendeten. Wilhelm spielte immer wieder mit dem Gedanken, den Reichstag aufzulösen, um auf diese Weise sein Ziel zu erreichen. Er rechnete damit, daß sein Plan nicht nur bei den äußerst reaktionären Elementen des Junkertums, sondern auch bei jenen Kreisen des Großkapitals Unterstützung finden werde, die die Kampagne zugunsten der Schaffung einer großen Kriegsflotte schürten. Er wollte zugleich auch die Regierung ablösen und neue „starke Männer“ in diese aufnehmen. Insbesondere wollte er Hollmann ablösen, der seiner Meinung nach den Stimmungen des Reichstags Gehör schenkte. Ende Januar 1896 gestand der Kaiser einem aus seiner Umgebung: „Es gibt schon Leute, die es machen können.“<sup>27</sup> Die an der Verwirklichung der „uferlosen Flottenpläne“ interessierten Kreise empfahlen ihm einen „starken Mann“, den Konteradmiral Alfred Tirpitz. Damals beschloß er, Tirpitz auf den Posten des Staatssekretärs im Reichsmarineamt zu berufen.

Zu jener Zeit war Tirpitz nicht nur in den Kreisen der Bürokratie des Reichsmarineamts und in den Regierungskreisen wohlbekannt, sondern auch unter den Großindustriellen, die an der Erweiterung des Flottenbaus interessiert waren, und überhaupt unter den Anhängern der „Weltpolitik“. Zunächst war er als Fachmann für das Minenwesen bekannt.<sup>28</sup> Aber schon als Stabschef des Oberkommandos der Flotte zeigte er sich als entschlossener Anhänger der Schaffung einer großen Kriegsflotte und als bedeutender Organisator einer umfassenden Propaganda seiner Pläne sowie seiner politischen und strategischen Ideen. Er hatte früher als andere begriffen, daß der Erfolg dieser Propaganda in großem Maße davon abhing, inwiefern sich die herrschenden Klassen darüber klar wurden, daß eine Vergrößerung der Flottenrüstungen vor allem eine einträgliche Angelegenheit war. Als Stabschef knüpfte er enge Beziehungen zu Industriekreisen und zur Presse an, und durch deren Vermittlung wies er allen, die Grund hatten, seinen Ausführungen Gehör zu schenken, die direkte Rentabilität der Flotten-

<sup>26</sup> Ebenda, S. 1541.

<sup>27</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 44.

<sup>28</sup> Im Jahre 1878 wurde Tirpitz als 29-jähriger an die Spitze des Minenwesens gestellt; im Jahre 1886 leitete er die Mineninspektion. Im Jahre 1892 wurde Tirpitz zum Stabschef des Oberkommandos der Flotte ernannt.

rüstungen nach.<sup>29</sup> Der Seehandel und die Frage der Kolonien, die Hochseefischerei und sogar der Wassersport — alles lief, wie sich herausstellte, auf die Entwicklung der Kriegsflotte hinaus. Auf seine Anregung hin wurden in Deutschland in jenen Jahren die Bücher des Amerikaners Mahan herausgegeben, der nachwies, daß die Nationen, die dazu berufen seien, ihre historische und internationale Überlegenheit zu behaupten, dies nur tun könnten, indem sie ihre Hegemonie auf den Meeren errichteten.<sup>30</sup> Diese Doktrin eines der Ideologen des amerikanischen Imperialismus, die unter den herrschenden Klassen in verschiedenen Ländern populär wurde, kam sowohl Tirpitz als auch all denen sehr zustatten, die sich darüber im klaren waren, daß man die politische Agitation zugunsten der Flottenrüstungen in gewisse ideologische Gewänder hüllen müsse. Für Tirpitz galt es nun zu zeigen, wie diese Doktrin der Seemacht im Interesse des die Weltarena betretenden jungen deutschen Imperialismus in die Tat umgesetzt werden könne und müsse. Zu diesem Zweck nahm er die Ausarbeitung der politischen und strategischen Konzeption des Kampfes gegen den englischen Imperialismus, gegen seine Überlegenheit zur See, für die Vernichtung seines Kolonialmonopols in Angriff.

Gleich zu Beginn des Jahres 1896 entwarf Tirpitz, in der Annahme, daß seine Ernennung auf den Posten des Leiters des Reichsmarineamts bereits endgültig in Aussicht genommen war, den Text einer großen Rede, die er vor dem Reichstag zu halten beabsichtigte.<sup>31</sup> Dieser Text ist in mancher Beziehung recht bemerkenswert. Erstens enthielt er die Darlegung der politischen und strategischen Grundideen Tirpitz' und jener Kreise, die ihn in den Vordergrund schoben und unterstützten. Zweitens wurden diese Ideen mit einer solchen Offenheit dargelegt, daß die in Parlamentsfragen beschlagenen Mitarbeiter des Reichsmarineamts einzugreifen beschlossen, um eine Veröffentlichung dieses Textes zu verhindern.

<sup>29</sup> „Tirpitz“, so schrieb Wilhelm an Eulenburg am 20. August 1897, „hat zunächst ein großes Büro konstruiert, was direkt, teils durch Mittelpersonen, gegen 1000—1500 Zeitungen und Blätter mit Maritima versorgt.“ (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 137.)

<sup>30</sup> A. T. Mahan, „The Influence of Sea-Power upon History“, London 1890. Außerdem hat der gleiche Verfasser 1892 eine zweite Arbeit herausgegeben, die ins Russische übersetzt wurde. (Siehe A. T. Мэхэн, «Влияние морской силы на французскую революцию и империю (1793—1812)», Bd. I—II, mit Vorwort von Professor A. I. Molok, Moskau-Leningrad 1940.) Die alldeutschen Kreise begannen die Bücher Mahans schon zu popularisieren, ehe sie in deutscher Sprache erschienen. (Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 12. Dezember 1897, Nr. 50.)

<sup>31</sup> „Erster Entwurf einer Reichstagsrede von Kontre-Admiral Tirpitz“ (März 1896), veröffentlicht in Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, Anhang II, Dokumente, S. 79—87.

Die Richtlinie, die von Tirpitz seiner Rede zugrunde gelegt wurde, lief darauf hinaus, daß die Kriegsslotte und die Pläne ihrer weiteren Entwicklung kein klares und selbständiges strategisches Ziel haben. Damals betrachtete man die Flotte immer noch als eine Hilfswaffe im Kampf Deutschlands auf dem europäischen Kontinent gegen Frankreich und Rußland. Tirpitz verzichtete auf diesen Kampf nicht. In seiner nicht gehaltenen Rede wies er nach, daß Deutschland eine Flotte haben müsse und haben könne, die die Seestreitkräfte eines jeden seiner kontinentalen Rivalen von den Nordgrenzen zurückwerfen könne. Aber er behauptete, falls Deutschland kein hohes Tempo im Flottenbau einschlage, sei der Tag nicht mehr fern, da es auf See nicht nur seinen beiden Gegnern, sondern auch jedem von ihnen einzeln keinen Widerstand mehr leisten könne. Somit werde die deutsche Flotte in Kürze keine selbständigen strategischen, ja nicht einmal die taktischen Hilfsaufgaben in dem bevorstehenden Kriege gegen Frankreich und Rußland erfüllen können.

Tirpitz brachte aber schon damals neben der alten strategischen Konzeption des Zweifrontenkrieges als neue und wichtigste Konzeption den Kampf gegen England um die Weltherrschaft vor. Er behauptete, daß England „transatlantisch“ Deutschland, das seinen „Handels- und industriellen Konkurrenten“ darstelle, nur „dulde“ und daß Deutschland anderseits sich nicht mehr mit dem Kampf um seinen Einfluß auf dem europäischen Kontinent begnügen dürfe und den Kampf im Weltmaßstab führen müsse. „Die Frage ist nun“, behauptete Tirpitz, „kann Deutschland auf die Dauer Großmacht bleiben, wenn es nicht über eine gewisse Seekriegsmacht verfügt?“ Später kam er zu der Schlußfolgerung, daß die Hauptwege zur Macht für den deutschen Imperialismus nicht auf dem Balkan und nicht im Nahen Osten lägen. Diese Wege bezeichnete er als „Hintertreppe“ und bedauerte es, daß das Bündnis mit Österreich-Ungarn den deutschen „Drang nach Osten“ fördere, eine Bestrebung, die England stets auszunutzen versuche, um Deutschland in einen Zusammenstoß mit Rußland hineinzuhetzen. „Im Gegenteil“, so schrieb er, „wir mußten alle Kraft zusammennehmen, um uns die Vordertreppe zur Welt, den Atlantischen Ozean, offenzuhalten.“<sup>32</sup> In seinen nach dem ersten Weltkriege geschriebenen „Erinnerungen“ wiederholte Tirpitz auf der Suche nach wahren Schuldigen seines eigenen Mißerfolgs immer wieder, daß seine Hauptforderung stets die Politik der Sicherung des Friedens gewesen sei. In Wirklichkeit aber war er bestrebt, eine mächtige Flotte als mächtige Waffe in den Händen des deutschen Imperialismus, im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu schaffen, die vor allem gegen den englischen Rivalen, der die Meere beherrschte und den vierten Teil des Erdballs an sich gerissen hatte, gerichtet war.

<sup>32</sup> Alfred von Tirpitz, „Erinnerungen“, Leipzig 1919, S. 141/142.

Um von seinen wahren politischen Gelüsten eine Brücke zu der unerläßlichen politischen Phraseologie zu schlagen, schuf Tirpitz so etwas wie eine historische Konzeption. Ihre Grundlage war die Anerkennung der wirtschaftlichen Rivalität als des wichtigsten und entscheidendsten Faktors der Wechselbeziehungen zwischen England und Deutschland. Sie gipfelte in der Behauptung, daß nur der Bau einer starken deutschen Flotte das in wirtschaftlicher Hinsicht in der ganzen Welt erfolgreiche Deutschland vor der englischen Aggression bewahren könne. War Deutschland jedoch imstande, eine Flotte zu schaffen, die sich mit der mächtigen englischen Flotte messen könnte? Würde England darauf nicht mit einer neuerlichen Verstärkung seiner Flottenrüstung antworten? Die deutschen Industriekreise erklärten, wenn die Regierung richtig an die Verwirklichung des Tirpitzschen Flottenprogramms heranginge, würden sie es übernehmen, die Werften zu erweitern und zu verbessern, um dadurch die Fristen für den Bau der Kriegsslotte wesentlich zu verkürzen. Aber das war lediglich die technische Seite. Tirpitz brachte einen anderen, den politischen Aspekt vor. Er behauptete, daß „jedes Kriegsschiff, das irgendwo außerhalb der Grenzen Englands gebaut wird, im Grunde genommen einen Vorteil für Deutschland bedeute, weil dadurch das Gleichgewicht der Kräfte auf See verstärkt wird“, und daß dieser Umstand eine gewisse Zersplitterung der Kräfte Englands hervorrufe. Sein Hauptargument jedoch ging dahin, daß das Vorhandensein einer großen deutschen Flotte, auch wenn sich diese mit der englischen nicht messen könne, die englischen Politiker und Flottenstrategen zwingen werde, sich über die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Deutschland Gedanken zu machen und alle Möglichkeiten sorgfältig abzuwägen, bevor sie sich auf das neue Karthago stürzten, das im Frieden eine wirtschaftliche Position nach der anderen erkämpfe. So brachte Tirpitz die Idee des Risikos als den Wesenskern seiner politischen Strategie vor. Er behauptete, das Risiko der Niederlage, der schweren Verluste oder empfindlicher Schläge könne England zwingen, den Zusammenstoß mit dem deutschen Rivalen zu vermeiden.<sup>33</sup> Diese Idee schwebte Tirpitz im An-

<sup>33</sup> Später, nach dem ersten Weltkrieg, als die Seestrategen des zu neuem Leben erwachenden Imperialismus die unbefriedigenden Ergebnisse einer zwanzigjährigen Tätigkeit Tirpitz' zu ziehen und die Pläne eines neuen Krieges auszuarbeiten begannen, unterzogen sie die „Idee des Risikos“ einer scharfen Kritik in der Annahme, daß die damit verbundene Seestrategie nicht aggressiv genug gewesen sei. „Man mußte annehmen“, so schrieb Vizeadmiral Wegener in seiner Arbeit „Die Seestrategie des Weltkrieges“ (1929), „daß die Idee des Risikos für den Gegner in der Gefahr besteht, an der Gurgel gepackt und vernichtet zu werden, wenn er unsere Interessen mit Füßen zu treten unternähme. Auf diese Weise stützt sich diese Idee auf die Stärke und auf den Willen, eine Gefahr für den Gegner zu schaffen; sie ist mit einem defensiven Schützengrabenkrieg nicht verbunden. Die

fangszustand bereits zu der Zeit vor, als seine Kandidatur für den Posten des Staatssekretärs im Reichsmarineamt erstmalig genannt wurde. Schon damals, zu Beginn seiner Tätigkeit, trat er mit Projekten hervor, die nicht nur von einer militärisch-technischen, sondern auch von einer politischen Zielsetzung erfüllt waren. Das war es gerade, was seinen Vorgängern fehlte, die sich niemals endgültig entscheiden konnten, was wichtiger war, die Küstenverteidigung zu stärken oder die Wirtschaftsinteressen Deutschlands in den überseeischen Ländern durch eine Kreuzerflotte zu „schützen“. Tirpitz erwies sich als der erste, der die Haupttendenz der Entwicklung der Interessen des in Deutschland im Entstehen begriffenen Monopolkapitals am deutlichsten spürte und ihr in gewissem Sinne sogar zuvorkam: weder Küstenverteidigung noch Kreuzerflotte, sondern Schaffung einer starken Schlachtflotte, die instande wäre, neue Verbündete auf die Seite Deutschlands zu bringen und dem Hauptgegner auf dem Gebiet der Wirtschaft, auf See und in den Kolonien – England – entgegenzutreten. Zugleich nahm Tirpitz an, daß es aus Erwägung technischen Charakters und vor allem aus Rücksicht auf allgemeine politische Stimmungen im Lande in der ersten Zeit notwendig wäre, die Schaffung von zwei bis drei Geschwadern durchzusetzen, die in dem bevorstehenden Zweifrontenkrieg eine wichtige Rolle spielen könnten. Aber zum Unterschied vom Generalstab und von dessen Chef, General Schlieffen, dachte Tirpitz nicht an diesen Krieg gegen Rußland und Frankreich, sondern an einen Krieg gegen England. Er behauptete, daß die Schaffung von zwei bis drei Geschwadern auch von diesem Standpunkt aus große Bedeutung haben werde, da „eine größere rivalisierende Macht“ in diesem Fall nicht so leicht mit der deutschen Flotte fertig werden könne.

In einem der Briefe an General Stosch (vom 13. Februar 1896) brachte Tirpitz seinen Gedanken in folgenden Worten zum Ausdruck: „Sobald

deutsche Auslegung der ‚Idee des Risikos‘ enthielt jedoch keinerlei Elemente der Offensive. In unserer ‚Idee des Risikos‘ gab es keinen strategischen Angriffswillen, kein Streben nach Seeherrschaft und nach Schaffung eines wirklichen ‚Risikos‘ für den Gegner. Der Beweis ist der vergangene Krieg. Die deutsche Flotte war für England nicht gefährlich, da man bei der deutschen Regierung keinen Willen zur Seeherrschaft spürte. Wir erblickten in der ‚Idee des Risikos‘ den Gipfel der diplomatischen Kunst, die es verstand, um eines politischen Zieles willen in scheinbarer Konsequenz Erscheinungen zu verbinden, die nichts Gemeinsames hatten und die der zu schaffenden deutschen Flotte ihren bedrohlichen Charakter um den Preis des Verzichts auf den ‚strategischen Offensivwillen‘ glanzvoll fortnahmen. Auf diese Weise“, so schloß Wegener, „muß die Idee des Risikos in das Reich der diplomatischen ‚cants‘ und nicht auf das Gebiet der realen Seepolitik verwiesen werden, weil vom Standpunkt der Seestrategie jeder Satz dieser Idee ein Fehler ist.“ (Siehe «Оперативно-тактические взгляды германского Флота», Artikelsammlung aus der deutschen Kriegsflottenliteratur, 1941, S. 80.)

wir... 2–3 moderne Geschwader mit dem Zubehör an Kreuzern haben..., so wird Deutschland der an der Themse gelegenen City mit einem Schlage als ein Staat erscheinen, auf den man Rücksicht zu nehmen hat unter allen Umständen und für alle Fragen.“<sup>34</sup> Ein anderes Mal brachte er in dem Entwurf der Rede, die er vor dem Reichstag zu halten beabsichtigte, diesen Gedanken noch offener zum Ausdruck: „Selbst der größte Seestaat Europas würde entgegenkommender gegen uns sein, wenn wir 2–3 gute und hochgeschulte Geschwader in die Waagschale der Politik und dementsprechend nötigenfalls in diejenige des Konflikts zu werfen imstande wären.“<sup>35</sup> Unter diesen Umständen würde England, bevor es sich entscheidet, der deutschen Flotte entgegenzutreten, gezwungen sein, seine Seestreitkräfte in der Nordsee zu konzentrieren. Die Konzentration dieser Kräfte, so behauptete Tirpitz ferner, ist für England eine äußerst gefährliche Sache, da ihm damit der Verlust vieler, an verschiedenen Punkten des Erdballs verstreuter Stützpunkte droht. Da England auch weiterhin der Rivale sowohl Rußlands als auch Frankreichs bliebe, hielt es Tirpitz nicht für ausgeschlossen, daß England gezwungen werde, mit diesen verbündeten Mächten in Konflikt zu geraten. Aber dann, so führte er aus, muß England ganz besonders mit der deutschen Flotte rechnen, die im Falle eines Anschlusses an die Seestreitkräfte des französisch-russischen Bündnisses zu einer noch gefährlicheren Flotte werde. Somit verstärke sich für England das Risiko eines Zusammenstoßes mit Deutschland in noch höherem Maße.<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 50/51.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 79 ff.

<sup>36</sup> Tirpitz versuchte ferner zu beweisen, daß der Besitz einer starken Flotte die Lage Deutschlands auch auf dem europäischen Kontinent festigen und es sogar von der Notwendigkeit eines Zweifrontenkrieges — gegen Frankreich und Rußland — befreien könne. Er schrieb: „Nun wird man sagen, wir werden bei einer Differenz mit England stets Alliierte finden, denn Englands Interessen reiben sich nicht nur mit den unserigen, sondern weit mehr mit denen anderer Staaten. Ich glaube, daß wir hierbei leicht eine falsche Rechnung machen können. Was können wir andern Staaten in einem Konflikt mit England bieten? Positives nichts. Denn Truppen haben beide Staaten“ (gemeint sind Rußland und Frankreich. *A. J.*) „genug, und unsere jetzige Flotte addiert nichts ins Gewicht Fallende gegen England. Dahingegen liegt im Gegenteil die Sache doch so: Wenn wir nicht unsere Armee direkt für England ins Feuer schicken wollen, und ich glaube, dazu werden wir kaum eine Neigung verspüren, so ist es für England ganz gleichgültig, ob wir neutral oder ob wir direkt als Gegner hinzutreten. Im Gegenteil sogar, es ist für England dann vorteilhaft, wenn wir Feinde sind. Frankreich und Rußland sind in dem Heimatlande und in den Kolonien durch die englische Flotte schlecht zu fassen. Anders ist es mit uns, da wir obendrein ein Handels- und industrieller Konkurrent von England sind. England wird ganz zufrieden sein, jemand vor sich zu haben, der die Zechen bezahlen kann, und würde recht große Konzessionen daraufhin unseren Alliierten machen können.“

Das waren die Hauptthesen der Tirpitzschen Konzeption. Später formulierte er sie als eine dreifache Aufgabe: Erstens ist es notwendig, Zeit zur Schaffung einer starken Kriegsflotte zu gewinnen, zweitens ist es deshalb notwendig, in der Außenpolitik gefährliche Reibungen und Zwischenfälle, die die Gefahr des Krieges in sich bergen, mit jedem europäischen Gegner, noch konkreter mit Frankreich, zu vermeiden, drittens ist es notwendig, durch Annäherung an Rußland und Japan, das heißt an Mächte, die die Kräfte Englands vom Atlantischen Ozean nach dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten ablenken könnten, „ein Kräftegleichgewicht auf den Meeren“ zu suchen.

Als Tirpitz diese Aufgabe formulierte, war er natürlich bestrebt, den aggressiven Charakter der deutschen Seemachtpolitik nicht zu beseitigen, sondern lediglich zu tarnen. Zugleich mußte er auch den Umstand tarnen, daß die „Idee des Risikos“, die er England und seiner Seestrategie aufzuzwingen versuchte, in noch stärkerem Maße auch auf Deutschland und seine Außenpolitik ausgedehnt werden mußte. Tirpitz begriff sehr wohl, daß sein Ziel, die Schaffung einer großen Flotte, nicht erreicht werden konnte, wenn ihm die Außenpolitik Deutschlands die in internationaler Hinsicht notwendigen Voraussetzungen und vor allem den Zeitgewinn als die Hauptbedingung nicht sicherte. Auf diese Weise wurde die Diplomatie für eine bestimmte Periode zu einem der Hauptfaktoren, der den Erfolg der Tirpitzpläne bestimmte. Wer wird sie leiten, wessen Interesse wird sie wahrnehmen, auf welche Gruppen der herrschenden Klassen wird sie sich stützen? Die Entscheidung all dieser Fragen gewann besonders große Bedeutung. Das ist der Grund, weshalb Tirpitz, bevor er den Weg der Vorbereitung zum Kampf gegen England einschlug, abwarten mußte, wie der Kampf gegen den Reichstag ausgehen würde, wo die „Flottenschwärmer“ keine Mehrheit besaßen. Aber Tirpitz begriff, daß dieser Kampf nur in geringem Grade die großen, umfassenden und allgemeinen Aufgaben des Kampfes der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterbewegung widerspiegelte. Bereits im Dezember 1895 wies Tirpitz darauf hin, daß die „allgemeinen Seeinteressen vorwärtsgetrieben werden“ müssen, „weil in der neuen großen nationalen Aufgabe und dem damit verbundenen Wirtschaftsgewinn ein starkes Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten liegt“<sup>37</sup>.

Anfang 1897 hatten sich die innerpolitischen Verhältnisse, die Beziehungen zwischen den Klassen so sehr verschärft, daß die herrschenden Cliquen nicht wußten, wie sie den verworrenen Knoten durchhauen sollten. Einerseits beabsichtigte die Regierung, drakonische Maßnahmen gegen die

---

<sup>37</sup> Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 52.



Arbeiterklasse, deren politischer Einfluß stark gewachsen war, einzuführen. Der Kaiser rief großsprecherisch zum „Kampf gegen den Umsturz“ „mit allen Mitteln“ auf.<sup>88</sup> Andererseits hielt das Risiko der Niederlage und der Revolution ihn davon ab, einen Krieg zu entfesseln, in dem die herrschenden Klassen ein Mittel erblickten, um die Arbeiterbewegung zurückzuwerfen oder abzudrosseln. Unter solchen Bedingungen imponierte das Programm der Flottenrüstungen den großkapitalistischen Kreisen und ihren Vertretern im Reichstag sehr. Es versprach ihnen sofortige Profite. Es festigte ihre Klassen- und ihre politischen Positionen gegenüber dem Junkertum und verstärkte in noch größerem Maße die Herrschaft des Junkertums und der Großbourgeoisie über das Proletariat. Es war die Kampflosigkeit in der Innen- und Außenpolitik. Die imperialistischen Kreise brachten die Idee der „Weltpolitik“ vor, deren Verwirklichung sie für sich als unbedingt notwendig betrachteten. So erwarben sie in der Person Tirpitz ihren, wie man damals sagte, „Roon der Flotte“ oder den „Marine-Moltke“.

Aber Tirpitz begriff, daß man England die Forderungen Deutschlands erst aufzwingen konnte, wenn man den Reichstag gezwungen hatte, sich seinen Forderungen zu unterwerfen. Da die Bewegung gegen die „Flottenschwärmer“ im Lande keinesfalls nachließ, war kaum damit zu rechnen, daß der Reichstag leicht zum Nachgeben gezwungen werden konnte. Auf diese Weise entstand die Alternative: entweder sich mit dem Reichstag verständigen oder ihn auseinanderjagen. Die Ernennung Tirpitz' hätte als eine Herausforderung gewertet werden können, und Tirpitz selbst bat, seine Ernennung vorläufig aufzuschieben. Genauso wie alle im Reichsmarineamt war er der Meinung, daß nur Hollmann imstande war, sich mit dem Reichstag zu verständigen und die Unterstützung der Flottenpläne der Regierung durch die Mehrheit zu erreichen. Der des Erfolges eines Staatsreiches nicht sichere Wilhelm erklärte sich bereit, Hollmann auf seinem Posten zu belassen. Tirpitz wurde zum Befehlshaber einer Kreuzerdivision im Fernen Osten ernannt. Zugleich wurde beschlossen, die Propaganda im Lande zu verstärken, um den Erfolg des Tirpitzschen Flottenprogramms, das Hollmann vorbringen sollte, vorzubereiten. Es stellte sich jedoch heraus, daß Hollmann keineswegs geneigt war, das Tirpitzsche Programm, dessen Durchführung auf mehrere Jahre berechnet war und neue große Mittel erfordert hätte, voranzutreiben. Er war der Meinung, das Höchste, womit man rechnen konnte, seien Bewilligungen zum Austausch veralteter Einheiten. Möglicherweise waren diese Ansichten Hollmanns von dem Führer der Reichspartei, dem Großindustriellen Kar-

<sup>88</sup> Mit diesen Worten beendete Wilhelm seine Rede (22. März 1897) im Brandenburger Provinziallandtag. (Siehe Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 40.)

dorff, diktiert, der damals in den politischen Angelegenheiten, die mit der Verwirklichung der Flottenbaupläne verbunden waren, eine große Rolle spielte. Kardorff machte dem Admiral Hollmann Mitteilungen über die Lage im Reichstag, der noch nicht geneigt war, einen neuen großen Flottenbauplan zu bewilligen und die Auflegung einer großen Anleihe zu diesem Zweck zu sanktionieren.<sup>39</sup> Die Regierung mußte das in Rechnung stellen.

Aber die imperialistischen Kreise, die sich der Unterstützung des Marinekabinetts versichert hatten, gaben nicht nach. Im Laufe der gesamten zweiten Hälfte des Jahres 1896 tauchte der Name 'Tirpitz' als des Urhebers eines neuen Flottenprogramms immer häufiger auf. Hollmann war gezwungen, von diesen Plänen öffentlich abzurücken und sogar Tirpitz einmal in vorsichtiger Form bloßzustellen. Andere „hohe“ Instanzen unterstützten jedoch Tirpitz und seine Pläne immer offener. Der Chef des persönlichen Marinekabinetts, Admiral Freiherr von Senden, sagte bei jeder Gelegenheit, der Reichstag müsse 300 Millionen Mark bewilligen, „um eine Flotte zu bauen“, und wenn der Reichstag sich nicht bereit erkläre, die Mittel zu bewilligen, werde er zehnmal aufgelöst werden, bis er das bewillige, was man von ihm fordere. Derartige Reden kamen rasch an die Öffentlichkeit. Einerseits regten sie den Appetit der Anhänger der „uferlosen Flottenpläne“ an, andererseits erregten sie Proteste seitens der Gegner dieser Pläne. Auf jeden Fall schufen sie Schwierigkeiten für die Regierung, die nicht wußte, wie sie mit der im Lande herrschenden Erregung fertig werden sollte. Mit Rücksicht auf den Widerstand gegen die imperialistischen Pläne des Flottenbaus, der sich in der Arbeiterklasse verstärkte und auch in den Kreisen der Agrarier und der liberalen Bourgeoisie weiterbestand, kam Hohenlohe Anfang Februar 1897 zu der Schlußfolgerung, daß es praktisch unmöglich sei, den Tirpitzschen Plan in der nächsten Periode zu verwirklichen. Er war der Meinung, daß ein Rücktritt Hollmanns die allgemeine Erregung nur verstärken, die Leidenschaften entfesseln und die Lage der Regierung noch mehr erschweren könnte. Den Gedanken an die Schaffung einer großen Flotte hielt er damals für „toten geboren, gleichviel welcher Marinesekretär oder Reichskanzler die Patenschaft an demselben übernehmen würde“<sup>40</sup>.

Im November 1896 legte Hollmann einen neuen Plan vor, dessen Verwirklichung zusätzliche Bewilligungen erforderte. Das war im großen und ganzen der Plan einer gewissen Verstärkung der Kreuzerflotte.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 52.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 53.

<sup>41</sup> Dieser Plan sah für die Jahre 1897 und 1898 die Bewilligung von Mitteln für den Bau eines Panzerkreuzers, zweier Kreuzer zweiter Klasse und eines Kreu-

Die Marinekreise, die aktiven Anhänger des Tirpitzschen Programms, ließen schon den Kopf hängen. Wenn es Hollmann gelinge, sein Programm durch den Reichstag zu bringen, werde sich seine Stellung — so meinten sie — stark festigen und die Chance für die Ernennung Tirpitz' schrumpfen. Sie waren überzeugt, daß der Reichstag Hollmann unterstützen und der Kaiser die Tirpitzschen Pläne ebenso rasch vergessen werde, wie er unter ihren Einfluß geraten war. Auch Tirpitz war entmutigt; er befand sich damals in Hongkong, beobachtete aber dennoch scharf den Verlauf des politischen Kampfes in Deutschland um die Fragen des Flottenbaus. Am 10. Januar 1897 schrieb er aus Hongkong an den Chef des Marinekabinetts, Admiral Senden: „Die Vorlage des Reichsmarineamts hat mich mit Schmerz erfüllt. Die große Chance, welche wir trotz allen Geschreis hatten, wenn wir mit Zweck, Ziel und Grenze der Marine klar und ohne Vertuschung hervortraten, ist jetzt verpaßt und für lange aussichtslos. Wenn nicht eine gehörige politische Blamage uns zu Hilfe kommt, so werden weder Sie noch ich einen gleich günstigen Zeitpunkt für das endliche Gesunden unserer Marinezustände erleben.“<sup>42</sup>

Aber der Optimismus der Anhänger Hollmanns erwies sich als ebenso verfrüht wie der Pessimismus der Anhänger Tirpitz'. Die Budgetkommission des Reichstags, die die Forderungen des Reichsmarineamts prüfte, erblickte in ihnen den ersten Schritt zur Verwirklichung der „uferlosen Flottenpläne“<sup>43</sup>. Es war klar, daß das Programm Hollmanns als übermäßig und kostspielig abgelehnt werden würde. Die Entscheidung hing von der Haltung ab, die die katholische Zentrumspartei beziehen würde. Ihr Führer Lieber, der lange Jahre Berichterstatter der Kommission im Reichstag über Fragen des Flottenbudgets war, versicherte Hollmann insgeheim, daß er alles in seinen Kräften Stehende tun werde, um das Programm zu verwirklichen. Aber der Widerstand der Mehrheit der Kom-

mers vierter Klasse vor. Außerdem sollten drei veraltete Schiffe durch andere der Kreuzerklasse ersetzt werden.

<sup>42</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 54/55.

<sup>43</sup> Anfang März 1897 legte Hollmann der Budgetkommission des Reichstags eine Denkschrift vor, in der er auf die Notwendigkeit hinwies, die deutschen Flottenrüstungen zu verstärken. Seine Argumente waren folgende: Für den Küstenschutz braucht Deutschland keine Verstärkung der Flotte, da die Befestigungen stark genug sind; im Falle des Krieges dagegen muß Deutschland Kräfte besitzen, um die Blockade zu brechen; außerdem muß Deutschland die aus dem Dienst ausscheidenden Schiffe ergänzen. Die Denkschrift Hollmanns wurde im „Berliner Lokalanzeiger“ vom 6. März 1897 veröffentlicht. Da die Denkschrift scharfe Kritik hervorrief, erklärte Hohenlohe, sie sei kein Gesetzentwurf der Regierung, sondern lediglich eine „statistische Arbeit eines Vertreters des Reichsmarineamts, die privaten Charakter hat“. (Архив МИД, К. 21, Blatt 52, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 14. [2.] März 1897.)

mission und der Mehrheit seiner eigenen Fraktion war so stark, daß Lieber nichts machen konnte, sosehr er sich auch nach beiden Seiten hin bemühte. Als die Stimmungen sich klar abzeichneten, beschloß der nationalliberale Hammacher, der ein Anhänger des Flottenprogramms war, die Partei des Zentrums und alle anderen Gegner der Flottenpläne Hollmanns zu beeinflussen. Er teilte Lieber mit, daß, wie ihm aus „absolut zuverlässigen Nachrichten“ bekannt wurde, im Falle der Ablehnung des Planes für den Bau von zwei neuen Kreuzern „die sofortige Entlassung von Hohenlohe und Marshall, die Auflösung des Reichstags und die Abänderung der Verfassung, also ein Staatsstreich“ folgen werden. Aber diese Mitteilung machte nicht den Eindruck, auf den sie berechnet war. Nach den Worten Hertlings, eines der Vertreter des Zentrums, „neigte man allgemein zu der Meinung, daß es sich um einen bloßen Schreckschuß gehandelt habe“<sup>44</sup>.

Indessen gab es tatsächlich solche Pläne in den „höchsten Kreisen“. Diese „Kreise“ äußerten ihre Unzufriedenheit darüber, daß sie überhaupt auf den Reichstag Rücksicht nehmen mußten. Sie dachten bereits daran, ob man nicht ohne Reichstag und ohne Verfassung auskommen könnte, wenn jener die Durchführung ihrer weitgehenden Pläne verhinderte. Der Kaiser wollte schon mit dem Flottenbau anfangen und dem Reichstag erst später die Rechnungen zur Bezahlung präsentieren. Als Hohenlohe von diesem Plan des Kaisers erfuhr, erlaubte er sich, seinen gekrönten Neffen ehrfurchtsvoll darauf hinzuweisen, daß er lediglich eine starke Unzufriedenheit der „öffentlichen Meinung“ hervorrufen würde, falls er die Reichsverfassung ignoriere. Der Kaiser erwiderte darauf, daß ihn diese Seite der Angelegenheit wenig interessiere. Er wisse, daß ihn ohnehin niemand möge, daß ihn alle beschimpften, aber das könne ihn nicht aufhalten. Nun erinnerte Hohenlohe Wilhelm ehrfurchtsvoll daran, daß es einen Unterschied zwischen seinen Rechten als König von Preußen und seinen Rechten als deutscher Kaiser gebe. Im ersten Falle habe er alle Rechte, sofern sie nicht durch die preußische Verfassung beschränkt seien, im zweiten Falle habe er nur die Rechte, die durch die Reichsverfassung festgelegt seien. „Der Kaiser hat gar keine Rechte“, erwiderte Wilhelm gereizt. Er erklärte ferner, falls die übrigen deutschen Staaten sich an die Verfassung klammerten und ihm nicht die Möglichkeit böten, die Pläne des umfangreichen Flottenbaus zu verwirklichen, werde er eine Methode finden, um mit ihnen anders zu sprechen. „Er habe 18 Armeekorps und würde schon mit den Süddeutschen fertig werden“, sagte er dem Reichskanzler.<sup>45</sup> Also war er zur Verwirklichung des imperialistischen Flottenbauprogramms bereit, mit Deutschland auf preußische Art fertig zu werden.

<sup>44</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 57.

<sup>45</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 311.

Auf diese Weise geriet Hollmann, der Leiter des Reichsmarineamts, in eine unmögliche Situation. Wenn er dem Reichstag Zugeständnisse machte, rief er die Unzufriedenheit der bürgerlich-imperialistischen Kreise und des Kaisers selbst hervor, der der impulsivste Anhänger einer großen Flotte war. Andererseits würde er bei Erfüllung des Willens dieser Kreise und des Kaisers eine Krise in den Beziehungen zwischen dem Reichstag und der Regierung hervorrufen. Schließlich entschloß er sich, den zweiten Weg einzuschlagen. Die Lage der Regierung wurde noch komplizierter, weil Hollmann, der seinen Mißerfolg voraussah, dem Kabinett die Vertrauensfrage stellen und mit seinem Rücktritt drohen wollte. Hohenlohe widersetzte sich dem kategorisch. Er erinnerte daran, daß es in Deutschland keine verantwortlichen Minister, sondern nur Staatssekretäre des Reichskanzlers gebe, und daß nur dieser die Vertrauensfrage stellen könne.<sup>46</sup> Hohenlohe aber klammerte sich an die Macht und wollte sie nicht aufgeben. Das war allerdings schon eine schemenhafte Macht, und auch diese entglitt seinen Händen. Ob sie in seinen Händen bleiben oder jemand anderem übergeben werden sollte — diese Frage wurde von der Hofclique entschieden. Philipp Eulenburg, einer der prominentesten Vertreter dieser Clique, hielt es für notwendig, die Regierungskrise aufzuschieben. Es mußte berücksichtigt werden, wie sich die internationale Lage in den nächsten Tagen gestalten würde. Man befand sich am Vorabend des österreichisch-russischen Abkommens über die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan und am Vorabend großer Ereignisse, die im Nahen Osten heranreiften. Damals war es noch nicht klar, wohin Österreich gehen, wie weit sein Abkommen mit Rußland reichen und wie der Verlauf der Krise der griechisch-türkischen Beziehungen in der Kretafrage sein würde.

Aber die Ereignisse in Deutschland nahmen ihren Verlauf. Am 13. März lehnte die Mehrheit der Budgetkommission des Reichstags, trotz aller Bemühungen von Hohenlohe, Marschall und Hollmann, die Forderungen der Regierung, gewaltige Mittel für die Flotte zu bewilligen, ab. Dieser Ausgang war darauf zurückzuführen, daß die Partei des katholischen Zentrums, die die Aufhebung eines alten Gesetzes gegen die Jesuiten forderte, sich geweigert hatte, den Flottenbauplan der Regierung zu unterstützen. Das Scheitern dieses Planes, an dem vor allem imperialistische Kreise interessiert waren, rief in den regierenden Kreisen eine stürmische Reaktion hervor. Es kamen erneut Projekte der Sammlung aller junkerlichen und bürgerlich-imperialistischen Elemente um den Thron auf, mit dem Ziel, die Linksparteien zu isolieren und die Sozialdemokratie entschlossen zu bekämpfen. In den Zeitungen erschien eine Meldung, daß in „höchsten

<sup>46</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 393 ff.; Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 322.

Kreisen“ erneut die Frage erörtert werde, ob man nicht General Waldersee auf den Posten des Reichskanzlers berufen solle. Diese Kreise dachten bereits daran, das Flottenprogramm nicht durch den Reichstag, sondern durch den preußischen Landtag durchzubringen. Ein solcher Schritt wäre ein offenes Abenteuer gewesen, aber der Kaiser beschloß, darauf zurückzugreifen, wenn es ihm nicht gelinge, sich mit den Reichstagsparteien und insbesondere mit dem katholischen Zentrum zu verständigen.

Am 16. März erklärte der Kaiser Hohenlohe mit aller Bestimmtheit, daß er die Absicht habe, Marschall in Kürze fortzujagen; am Abend des gleichen Tages aber traf er sich mit General Waldersee und fragte ihn, was er von der Stellung halte, die die Budgetkommission in der Frage des Flottenprogramms bezogen hatte.<sup>47</sup> Einen Tag später traf er im Tiergarten den Kanonenkönig Stumm und erklärte ihm, falls das Plenum des Reichstags den Beschluß der Budgetkommission nicht ändere, werde er „einen großen Kladderadatsch machen“ und die Minister — Hohenlohe, Marschall, Hollmann und andere — „wegjagen“<sup>48</sup>. Das war eine Drohung, die den Reichstag einschüchtern sollte. Stumm, der als großer Werkbesitzer persönlich an der Steigerung der Flottenrüstungen stark interessiert war, eilte in den Reichstag, um diese Drohung den Abgeordneten zu überbringen. Alle wußten, daß „König“ Stumm einen Einfluß genoß, der weit über die Grenzen seiner Partei hinausging. Man kannte ferner seinen Einfluß in den Regierungskreisen. Richter sagte einmal, Stumm könne schon heute sagen, was die preußischen Minister morgen denken werden. Das ist der Grund, weshalb die Erklärung des Kaisers aus seinem Munde besonders vielsagend klingen mußte. Gleichzeitig bestellte der Kaiser Hohenlohe zu sich und forderte von ihm, er solle im Reichstag wie ein „Reiter zum Turnier auf Leben und Tod“ kämpfen.<sup>49</sup> Aber dieser achtzigjährige „Reiter“ dachte nicht an einen Kampf, sondern nur daran, nicht aus dem Sattel zu stürzen, an den er sich mit beiden Händen klammerte. Er glaubte noch, daß es ihm gelingen werde, die Gegner mit einer Rede zu besiegen, deren Hauptargumente folgende waren: Wir müssen „unsere Politik ändern und für die Ausfuhr unserer Industrieprodukte und für den Schutz unseres Handels Sorge tragen. Damit war die Notwendigkeit einer starken Flotte zum Schutz unseres Handels gegeben. Der Erwerb und die Gründung der Kolonien verstärkte diese Forderung. Ist es aber nötig, eine Flotte zu haben, so muß diese stark sein.“<sup>50</sup> Der offiziellen Presse wurden Anweisungen gegeben,

<sup>47</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 393.

<sup>48</sup> Diese Geschichte entlarvte im Reichstag der Führer der Freisinnigen, Richter. (Siehe Reichstag, 7. Dezember 1897, Bd. I und ferner Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 322.)

<sup>49</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 319.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 320.

dem Reichstag auseinanderzusetzen, was man unter „Weltpolitik“<sup>51</sup> zu verstehen habe. Die Regierung schüchterte den Reichstag auch weiterhin mit „harten Maßnahmen“<sup>52</sup> ein.

Es kam der Tag, da der Reichstag die Erörterung des von Hollmann vorgeschlagenen Flottenprogramms in Angriff nehmen mußte. Die politische Atmosphäre erreichte eine hohe Spannung. Alle warteten darauf, wie der Kampf zwischen den Gegnern und den Anhängern des Flottenprogramms ausgehen würde. Alle begriffen, daß die Annahme des Programms einen großen politischen Sieg der „Flottenschwärmer“ bedeuten würde, die – damit nicht zufrieden – ihre „uferlosen Pläne“ vorbringen würden. Alle waren sich ferner darüber im klaren, daß eine Ablehnung des Programms eine Niederlage der Regierung sein würde, die im Grunde schon nirgends mehr Unterstützung genoß. Hollmann ergriff das Wort, um sein Programm zu verteidigen.<sup>53</sup> Aber er wagte es nicht, dieses als den Beginn einer neuen Etappe der deutschen Flottenpolitik darzustellen. Im Gegenteil, er versuchte es mit dem alten, vom Reichstag kurz nach der Schaffung des Deutschen Reiches im Jahre 1873 bestätigten Programm schamhaft zu tarnen. Ihm eilte Hohenlohe zu Hilfe, der erklärte, daß eine bedeutende Vergrößerung der Flottenausgaben<sup>54</sup> eine Notwendigkeit sei, die durch die Vergrößerung des deutschen Außenhandels und durch die veränderte Stellung Deutschlands unter den Mächten hervorgerufen werde. „Noblesse oblige“, erklärte im Reichstag der alte Kanzler ritterlich. Er sagte ferner, die Flotte müsse den Einfluß Deutschlands auf der Waage der Weltpolitik verstärken. Diese Worte riefen einen Sturm der Begeisterung sowohl bei den Nationalliberalen als auch auf den Bänken der Konservativen Partei hervor<sup>55</sup>, die immer mehr von den Interessen der imperialistischen Politik besetzt wurde.

<sup>51</sup> Siehe zum Beispiel den Artikel „Parlamentarische Verhandlungen“ in der „Nationalzeitung“ vom 18. März 1897.

<sup>52</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 59, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 19. (7.) März 1897, Nr. 15.

<sup>53</sup> Das von Hollmann vorgeschlagene Flottenbauprogramm für die Jahre 1897/98–1901 sah den Bau von fünf Panzerkreuzern erster Klasse, fünf Kreuzern erster Klasse, zwei Kreuzern zweiter und dritter Klasse, vier Kanonenbooten, vier schnellen leichten Kreuzern und 36 Zerstörern vor. Für die Durchführung dieses Flottenprogramms forderte Hollmann 328,5 Millionen Mark. (Reichstag, 18. März 1897, Bd. VII, S. 5144.) Der volle Wortlaut des Gesetzentwurfs Hollmanns wurde ferner in der Beilage zu den „Alldeutschen Blättern“ vom 14. März 1897, Nr. 11, „Der Schiffsbestand der Kaiserlichen Marine nach dem Flottengründungsplan von 1873 und seine Erhaltung“, veröffentlicht.

<sup>54</sup> Von 130 Millionen Mark im Jahre 1873 auf 328,5 Millionen Mark im Jahre 1897. (Reichstag, 18. März 1897, Bd. VII, S. 5145.)

<sup>55</sup> Reichstag, 18. März 1897, Bd. VII, S. 5147/5148.

Von diesen Interessen sprach in einer noch bestimmteren Form Marschall. „Die Frage, ob Deutschland *Weltpolitik*“ (er legte besonderen Nachdruck auf dieses Wort. *A. J.*) „treiben soll, hängt untrennbar zusammen mit der anderen, ob Deutschland Weltinteressen hat, oder ob es keine hat.“ Und er erklärte, die deutschen Kaufleute, Reeder, Exporteure, Kolonisten und Kolonisatoren hätten „auf dem großen Schachbrett der Welt die deutschen Steine aufgestellt in der Erwartung, daß wir sie schützen und nützen“. Natürlich erwähnte er mit keinem Wort, daß die Zahl der Kolonisten, die Deutschland in die überseeischen Länder hinauswarf, von Jahr zu Jahr zurückging. Er verschwieg ferner, daß der deutsche Außenhandel auch ohne eine große Flotte gedieh. Die linksbürgerliche Opposition erinnerte beharrlich daran, aber sie erwies sich als nicht imstande, die Rolle der kapitalistischen Monopole und des Finanzkapitals als der Hauptinspiratoren des Regierungsprogramms für den Flottenbau zu entlarven. Die Regierung sowie alle Anhänger und Inspiratoren des neuen Flottenprogramms rückten die „nationalen Aufgaben“ in den Vordergrund, mit denen sie die sich abzeichnenden imperialistischen Ziele zu tarnen versuchten. So behauptete Marschall, daß die Wahrnehmung der deutschen Interessen in der ganzen Welt schon durch die Tatsache „der Schaffung eines großen und einigen Reiches“ vorausbestimmt sei. Das war eine These, derer sich die Alldeutschen und überhaupt imperialistischen Kreise in ihrer damals entfalteten Propaganda weitgehend bedienten. Die andere These Marshalls lautete: Das Programm stellt „nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine bedeutsame sozialpolitische Frage“<sup>56</sup> dar. So versuchte die Regierung, die schwankenden Kreise durch die Vorspiegelung zu verführen, daß das Programm Hollmanns wie ein Zauberer einen Millionenregen hervorrufen werde, der verschiedenen Schichten der deutschen Gesellschaft zugute komme. Auf dieser Grundlage versuchte sie, das Programm Hollmanns als ein Programm der Konsolidierung der herrschenden Klassen in den Fragen der Außen- und Innenpolitik darzustellen.

Die in der Nationalliberalen Partei und in der Reichspartei vertretenen imperialistischen Kreise waren die eifrigsten Anhänger dieser Ideen. Noch offener als die Regierung forderten sie den Einsatz der Flotte im Sinne der Eroberungspolitik und zur Schaffung von „Stützpunkten“ dieser Politik in verschiedenen Erdteilen. Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, bedauerte, daß Deutschland wegen des Fehlens einer Flotte keine einzige Station auf dem südamerikanischen Kontinent erwerben könne.<sup>57</sup> Kardorff schwebte die Schaffung von „Stützpunkten“ im Fernen Osten vor.<sup>58</sup> Andere

<sup>56</sup> Ebenda, S. 5149/5150.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 5180.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 5155–5157.



behaupeten, daß Deutschland mit einer Flotte eine größere Rolle in Fragen der Nahostpolitik und in Südafrika spielen könne. Alldeutsche Kreise wiesen darauf hin, daß man die Flotte ausnützen müsse, um „Mitteleuropa“ zu schaffen und zu konsolidieren und den Ausgang durch die Nordsee nach dem Atlantischen Ozean sowie durch die Adria nach dem Mittelmeer zu gewährleisten.<sup>59</sup> Auch diesmal traten Sozialdemokraten und Freisinnige als Hauptgegner des Flottenprogramms auf. Vollmar entlarvte den Trick der Regierung, die durch Bezugnahme auf das alte Programm aus dem Jahre 1873 ein ganz neues Programm zur Verstärkung der Flottenrüstungen tarnte. Er wies nach, daß die Zentralfrage dieses Programms die „Weltpolitik“ sei. Seine Rede war bedeutend schwächer als die Agitation, die die Sozialdemokraten unter den Arbeitern trieben. Außerdem wandte sich Vollmar nicht sosehr an die Arbeiter als vielmehr an die Zentrumsparlei. Er beschuldigte Marschall, daß er mit dieser Partei anbändele, bündelte aber im Grunde genommen selbst mit ihr an.<sup>60</sup> Seine Rede war nur eine Parlamentsrede, aber sie hinterließ trotzdem, angesichts der Unterstützung, die die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie angedeihen ließ, einen gewissen Eindruck. Die Hauptthese der Rede Richters bestand darin, daß die Kriegsflotte nicht imstande sei, Deutschland neue Märkte zu erschließen. Er rief zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit England und zum Verzicht auf die Flottenrivalität mit diesem auf.<sup>61</sup>

Auf dem Gebiet des Parteikampfes bestand die Aufgabe der Anhänger der „Sammlungspolitik“ darin, das katholische Zentrum und einen Teil der Freisinnigen auf ihre Seite zu bringen. Ihr Hauptziel bestand darin, die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei völlig zu isolieren. Das ist der Grund, weshalb sie das Zentrum und die Partei Richters zu überzeugen versuchten, daß die Forderungen der Regierung minimal seien und nicht über die finanziellen Möglichkeiten des Staates hinausgingen.<sup>62</sup> Andererseits beschuldigten sie die Opposition „antinationaler Gefühle“ und schüchterten sie mit der Behauptung ein, daß sie durch ihre Politik faktisch den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei verstärkten. Aber das katholische Zentrum sperrte sich noch immer. In den unteren katholischen Organisationen, insbesondere in Bayern und in Westdeutschland, war eine umfassende Bewegung gegen eine Verstärkung der Flotte zu beobachten. Selbst die Führer des Zentrums weigerten sich, das Regierungsprogramm zu unterstützen; sie hielten dieses für übermäßig und kostspielig, in der

<sup>59</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 14. März 1897, Nr. 11.

<sup>60</sup> Reichstag, 19. März 1897, Bd. VII, S. 5167–5173.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 5181–5189.

<sup>62</sup> Siehe Rede des Finanzministers Posadowsky (Reichstag, 19. März 1897, Bd. VII, S. 5164–5167).

Hauptsache aber deshalb, weil es dem Volke neue Steuerlasten, vor allem durch indirekte Steuern, aufbürdete.<sup>63</sup> Wer in die Geheimnisse der hinter den Kulissen geführten Besprechungen zwischen der Regierung und den Führern des katholischen Zentrums eingeweiht war, begriff, daß die Hartnäckigkeit dieser Führer keinesfalls auf prinzipielle Erwägungen zurückzuführen war. Bennigsen konnte es sich nicht verkneifen, im Reichstag öffentlich zu erklären, daß das Zentrum „Schacher“ treibe und eigene Parteiziele verfolge. Er spielte darauf an, daß das Zentrum von der Regierung die Aufhebung des Jesuitengesetzes fordere.<sup>64</sup> Die Führer des Zentrums waren natürlich ehrlich entrüstet. Sie regten sich darüber auf, wie man sie des Bestrebens verdächtigen könne, in der Art „jüdischer Krämer“ irgendwelche dunklen Abmachungen zu treffen. Sie spielten, mit einem Wort, die beleidigte Unschuld. Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß sich der Sozialdemokrat Vollmar zum Beschützer des katholischen Zentrums aufwarf, um die hohen Beweggründe und die edlen Ziele des Zentrums zu bezeugen, das in der Flottenfrage angeblich nur um die Wahrnehmung der Interessen seiner Wähler besorgt sei. Das war Demagogie reinsten Wassers, die das Zentrum in seinem Interesse auszunutzen versuchte. Ein Jahr später hatte die Sozialdemokratische Partei Gelegenheit, sich hiervon zu überzeugen.

Nach einer erbitterten Debatte bewilligte der Reichstag am 20. März den Bau des Panzerkreuzers, lehnte aber mit recht bedeutender Mehrheit (204 gegen 143 Stimmen) die Forderung nach zusätzlichem Kreuzerbau ab. Gegen diese Forderung stimmten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen, die Polen, die Welfen, die Elsässer, entscheidend aber waren die Stimmen des Zentrums.<sup>65</sup>

Dieser Ausgang der Abstimmung rief in den imperialistischen Kreisen der Anhänger der Flottenpolitik ungeheure Erregung hervor. Diese Kreise bewerteten den Standpunkt des Reichstags als eine Herausforderung, auf die man eine unverzügliche und bestimmte Antwort geben müsse. Der Kaiser tobte und wettelte, das Oberkommando der Seestreitkräfte forderte die Absetzung Hollmanns. Einige Tage später erhielt Hollmann den Abschied, während nach dem Fernen Osten eine Depesche abgeschickt wurde, die Tirpitz aufforderte, sich eiligst nach Deutschland zu begeben.<sup>66</sup> Die rechten junkerlichen Kreise beschlossen, die Umstände auszunutzen, um die Regierungskrise zu verschärfen und die Entfernung aller ihnen nicht

<sup>63</sup> Siehe Rede des Zentrumsvertreters Müller (Reichstag, 18. März 1897, Bd. VII, S. 5157–5161).

<sup>64</sup> Reichstag, 19. März 1897, Bd. VII, S. 5174–5181.

<sup>65</sup> Reichstag, 20. März 1897, Bd. VII, S. 5224.

<sup>66</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 58.

genehmen Personen aus der Regierung durchzusetzen. Die preußische „Fronde“ — so wurde sie auch in Regierungskreisen genannt — machte sich die politische Verwirrung zunutze und versuchte auch Hohenlohe zu entfernen. Der Kaiser sah, daß diese „Fronde“ die Kandidatur des alten Bismarck oder seines ältesten Sohnes Herbert vorbringen wollte. Seine Beziehungen zu Bismarck und zu der gesamten Bismarckschen „Fronde“ verschärften sich bis zum Äußersten. Alle hatten noch die Rede in frischer Erinnerung, die der Kaiser am 26. Februar im Brandenburgischen Provinziallandtag gehalten hatte. In dieser Rede erklärte er, wenn Kaiser Wilhelm I. im Mittelalter gelebt hätte, würde man ihn heilig gesprochen haben, Bismarck und Moltke aber als seine „Werkzeuge“ betrachten, die in die Hände des „erhabenen Kaisers“ gelegt wurden.<sup>67</sup> Das Bismarcksche Lager nahm diese Rede als eine Herausforderung und Beleidigung auf. Jetzt schien dieses „Werkzeug“ erneut zur Macht vorzurücken, aber Wilhelm hatte keineswegs die Absicht, es zu benutzen. Nach wie vor haßte und fürchtete er Bismarck. Um ihm den Weg zu verlegen, mußte er Hohenlohe im Sattel stützen und den verwirrten Greis mit der Versicherung beruhigen, daß der Gedanke an einen Staatsstreich jetzt zurückgestellt sei. Aber der Kaiser selbst beruhigte sich nicht und beschloß, mit dem deutschen Reichstag so oder so abzurechnen. Waldersee und andere Vertreter der reaktionären Front versuchten Wilhelm zu äußersten Maßnahmen zu veranlassen. Sie forderten, man solle den Widerstand der „Schwarzen“ brechen. In Wirklichkeit aber wollten sie über die „Roten“, über die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei, herfallen.

Ende März, einige Tage nach der Niederlage der Regierung im Reichstag, nahm Hohenlohe allen Ernstes an, daß der Kaiser ihn, Marshall, Hollmann und den Reichstag fortjagen, und wenn die süddeutschen Staaten sich diesen Schritten widersetzen, auch gegen sie vorgehen würde. Dies charakterisierte Hohenlohe in seinem Tagebuch: „Gegen die deutschen Fürsten ist Krieg. Krieg führt aber mit Frankreich aneinander.“<sup>68</sup> Die Idee eines neuen Präventivkrieges gegen Frankreich hatte ihre Anhänger nicht nur in einigen Kreisen des preußischen Militärs, sondern auch in den breiteren Kreisen der preußischen Reaktion. In diesem Kriege erblickten sie ein Mittel, den Überresten des deutschen Partikularismus ein Ende zu setzen und die Reichsverfassung nach preußischem Vorbild abzuändern.<sup>69</sup> Sie träumten davon, das allgemeine Wahlrecht in Deutschland zu beseitigen und eine offene Militärdiktatur, die sich auf die Armee, das Junkertum und den Thron stützte, zu errichten.

<sup>67</sup> „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1897, S. 57.

<sup>68</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 325.

<sup>69</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 36.

Es stellte sich jedoch bald heraus, daß das katholische Zentrum, das im Reichstag der Stein des Anstoßes auf dem Wege zur Verwirklichung des Flottenprogramms war, keineswegs so kategorisch gegen dieses Programm gestimmt war, wie es das Zentrum selbst darstellte. Lieber erschien bei Hohenlohe und gab ihm zu verstehen, daß nicht der Regierungsentwurf des Flottengesetzes, sondern das Verhalten des Kaisers Schuld daran sei. Er erklärte ferner, daß der Kaiser durch seine provokatorischen Streiche die Stellung der Parteien erschwere und so sehr alle gegen sich aufgebracht habe, daß, falls man zwischen Wilhelm und Bismarck wählen könnte, dieser den Sieg davontragen würde.<sup>70</sup> Aus dem Munde eines Führers der Partei, die den Bismarckschen „Kulturkampf“ erlebt hatte, klang das wie eine Drohung und zugleich wie eine Erpressung. Was die Hauptfrage – die Frage der Verstärkung der Kriegsflotte – anbetrifft, so erklärte Lieber, daß seine Partei keineswegs eine prinzipielle Gegnerin des Regierungsprogramms sei. Das Zentrum – so gab er zu verstehen – sei, angesichts seiner Wähler, einfach gezwungen zu manövrieren, da die Wähler fürchteten, daß die Verstärkung der Kriegsflotte eine Erhöhung der Steuern, vor allem der indirekten Steuern, notwendig machen werde. Das war eine reine Jesuitenpolitik, und sie wurde so durchsichtig betrieben, damit die herrschenden Kreise ihren Sinn begriffen. Das katholische Zentrum forderte Zugeständnisse, Gegenleistungen, drohte in seiner Politik die partikularistischen Tendenzen zu verstärken, ließ sich aber im allgemeinen auf einen Kuhhandel ein, um seine Unterstützung der imperialistischen Politik möglichst teuer zu verkaufen. Die Anhänger und die Inspiratoren dieser Politik beschlossen, ihre Pläne um jeden Preis zu verwirklichen; es wurde die Version in Umlauf gesetzt, daß Krupp beschlossen habe, die von der Regierung geforderten zwei Kreuzer, wenn nicht auf eigene Kosten, so doch auf eigenes Risiko zu bauen. Diese Version sollte den Eindruck schaffen, als würde die Schwerindustrie nicht nachgeben und alle Gegner des Flottenbaus vor vollendete Tatsachen stellen. Der Alldeutsche Verband, an dessen Spitze so einflußreiche Leute wie „König“ Stumm, Kardorff, Graf Arnim-Muskau und andere standen, forderte die Schaffung einer „starken Regierung“<sup>71</sup>.

In dieser politischen und parteilichen Verwirrung, die sich unter den herrschenden Klassen mit dem Scheitern des Flottenprogramms verstärkte, zeigten die Hofkreise starke Aktivität. Es war eben diese verantwortungslose Kamarilla, die sich die Schwäche und die Verwirrung der Regierung zunutze machte, die Initiative an sich riß und die Frage zu entscheiden begann, auf welchem Wege man einen Ausweg aus der Krise suchen, was man mit dem Reichstag tun, ob man den Reichskanzler belassen oder ablösen,

<sup>70</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 323.

<sup>71</sup> Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 21. März 1897, Nr. 12; 4. April 1897, Nr. 14.

wen von den Staatssekretären man fortjagen und wen an die Macht berufen solle. Ende März teilte Philipp Eulenburg, der auf dem laufenden aller Hofintrigen war und sich selbst an diesen beteiligte, dem Reichskanzler Hohenlohe gönnerhaft und vertraulich mit, daß er um seinen Posten nicht zu zittern brauche, wohl aber mit einem baldigen Rücktritt Marshalls und Holsteins rechnen müsse.<sup>72</sup> Die Frage der Absetzung Hollmanns war beschlossene Sache, und die Person, die ihn ablösen sollte, war bereits genau bekannt. Aber wer an die Spitze des Auswärtigen Amtes kommen sollte — diese Frage war noch nicht entschieden. Alles hing davon ab, nach welcher Variante die Lösung der Krise verlaufen würde. Der Kaiser und seine Clique gaben die Pläne der Auflösung des Reichstags, der Aufhebung der Verfassung und der Durchführung des Programms des „uferlosen Flottenbaus“ noch immer nicht auf. Aber die Verschärfung der Nahostkrise und der Gefahr, die plötzlich mit der Verstärkung der Aktivität des englischen Imperialismus in Transvaal heraufzog, zügelten das Bestreben, diesen Staatsstreich unverzüglich durchzuführen. Man beschloß abzuwarten. Zugleich verstärkten die alldeutschen, die Regierungs- und die Kolonialkreise die Kampagne zugunsten der Flotte, während der Kaiser auch weiterhin den Reichstag anrempelte und provozierte, indem er alle jene, die sich nicht für die Flottenpläne begeisterten, als „Schurken“ und „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnete und mit ähnlichen schönen Beinamen belegte.<sup>73</sup>

Die Lage wurde immer gespannter. Marshall und das katholische Zentrum versuchten Hohenlohe auf den Gedanken zu bringen, daß er, wenn er es wolle, die verschärfte internationale Lage selbst ausnutzen könne, um die Entwicklung der Regierungskrise aufzuhalten. Sie hofften, daß die Regierung sich in diesem Falle bis zum Herbst halten könnte. Der alte Kanzler war aber völlig durcheinander. „Ich kann nicht“, so stotterte er hilflos, „gleichzeitig gegen die öffentliche Meinung und gegen den Kaiser regieren.“<sup>74</sup>

Ende Mai kühlten sich die Anhänger des Staatsstreichplans allmählich ab. Sie sahen, daß die Verwirklichung dieses Plans in der gegebenen inneren und internationalen Situation keine großen Erfolgsaussichten hatte. Durch Vermittlung Stumms, Manteuffels und einiger anderer Führer versuchten sie festzustellen, ob sie mit der Unterstützung des Hauptlagers der Konservativen Partei rechnen konnten. Es stellte sich heraus, daß sie nicht einmal auf die Unterstützung dieser Partei rechnen konnten. Diese Untertanen des Königs und Kaisers wünschten keineswegs, daß der Kaiser zuviel

<sup>72</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 326.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 332.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 343.

Macht an sich reiße und auf diese Weise von denen, auf die er sich stützte, unabhängiger werde. Im Gegenteil, sie strebten danach, einen Ausweg aus der Regierungskrise zu finden, der ihren Einfluß noch verstärken und verankern würde. Die Pläne des Staatsstrechs blieben nicht geheim, gewisse Informationen sickerten in die Presse durch, die Arbeiterklasse war auf der Hut, und man konnte schwerlich annehmen, daß sie sich ohne Kampf mit der Errichtung der Militärdiktatur abfinden würde. Unter diesen Umständen wagten es nicht einmal die Führer der Konservativen Partei und der Reichspartei, das Spiel mit dem Feuer zu beginnen und einen offenen Krieg gegen die Arbeiterklasse anzufangen.

So wurden die Pläne des unverzüglichen Staatsstrechs durch andere Pläne abgelöst: die einer allmählichen, aber völligen Ablösung der gesamten Regierung mit Hohenlohe an der Spitze. „Hier bereitet sich langsam mein Rücktritt vor“, so schrieb Hohenlohe einem seiner Freunde Ende Mai. „Wenn der Kaiser sein eigener Reichskanzler sein will, so muß er sich eine Strohuppe nehmen. Die will ich nicht sein. Es wäre schade, meine politische Laufbahn so zu schließen.“<sup>75</sup> Am gleichen Tage setzte Hohenlohe sein Rücktrittsgesuch auf und traf sich am nächsten Tage mit seinem Sohn Alexander, mit Holstein und Kiderlen, um zu erörtern, was weiter zu tun sei. Holstein bestand darauf, daß Hohenlohe seine Erklärung nicht zurücknehmen sollte. Er war der Meinung, daß der Kaiser sich nicht von Hohenlohe trennen wollte und verlangen würde, daß er auf seinem Posten verbleibe. Dann werde man dem Kaiser Bedingungen stellen und als erste Bedingung den Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts, eines der Hauptintriganten der Hofclique, des „Apothekers“ Lucanus, fordern können. Wie alle, die mit Wilhelm zu tun hatten, konnte sich Holstein mehr als einmal davon überzeugen, daß Wilhelm rasch nachgab, wenn er in eine ausweglose oder schwierige Lage geriet. Holstein war davon überzeugt, daß der Kaiser auch diesmal nachgeben würde und daß er selbst sich dann hinter dem Rücken Hohenlohes erneut im Auswärtigen Amt halten könne. Aber der alte Hohenlohe lehnte den Vorschlag Holsteins ab. Er wollte die Beziehungen zum Kaiser nicht verderben. Marschall riet ebenfalls, es nicht auf einen Bruch ankommen zu lassen, sondern zu manövrieren, um die Krise wenigstens für einige Monate hinauszuschieben. Marschall versuchte immer noch, sich an seinen Posten zu klammern. Jedoch alle seine Versuche in dieser Richtung waren bereits zum völligen Scheitern verurteilt.

Die letzte Chance, sich zu halten oder seinen Abschied wenigstens hinauszuschieben, büßte Marschall durch sein Auftreten als Zeuge im Gerichtsprozeß gegen einen kleinen Polizeiagenten, einen gewissen Tausch, ein.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 344.

Das war eine skandalöse Geschichte.<sup>76</sup> Das Gericht mußte sich mit der Herkunft einer in der Presse erschienenen Information befassen, die einige Personen der „höchsten Welt“ betraf. Da der Verdacht bestand, daß der Lieferant dieser Information das Auswärtige Amt war, das sich der Dienste Tauschs bediente, bestand Marschall, der sich verteidigen wollte, darauf, daß das Gericht alle verborgenen Beziehungen dieses Polizeiagenten untersuchen sollte. Als es im Laufe des Prozesses notwendig wurde, den Vorhang vor der Tätigkeit der Geheimpolizei ein bißchen zu lüften, stellte sich überraschend heraus, daß sich viele prominente Vertreter der „höchsten Kreise“ durch Polizeiagenten, Provokateure und kleine Zeitungsschreiberlinge gegenseitig beobachten ließen, daß sie zu gemeinen Intrigen und anderen ebenso „edlen“ Methoden Zuflucht nahmen, um ihre persönlichen und politischen Affären und Geschäfte unter Dach und Fach zu bringen. Es stellte sich zum Beispiel heraus, daß Holstein, der ein unübertroffener Meister politischer Intrigen zu sein schien, unter der Beobachtung der Geheimpolizei stand, und zwar im Auftrage von Personen der „höchsten Welt“, deren Leben er selbst unter Ausnutzung der Beziehungen zu der gleichen Geheimpolizei sorgfältig beobachten ließ.<sup>77</sup> Auf diese Weise deckte der Prozeß recht verdächtige Beziehungen zwischen dem Abschaum der Polizei und den höchsten Kreisen aus der Umgebung des Kaisers auf. Es fielen die Namen Philipp Eulenburs, General Waldersees und vieler anderer einflußreicher Personen. Wilhelm selbst – und vor ihm der Generalstab – bedienten sich des Provokateurs Tausch. Die „höchsten Kreise“ versuchten den Prozeß niederzuschlagen und erreichten einen Freispruch Tauschs. Ihre ganze Empörung richteten sie gegen Marschall, dessen Verfahren, wie sie behaupteten, „unpreußisch“ gewesen sei.<sup>78</sup> Zu gleicher Zeit beschlossen sie, Marschall endgültig aus der Regierung zu entfernen, und gleich nach Beendigung des Prozesses erschien in der Presse eine Meldung, daß Marschall einen längeren „Krankheitsurlaub“ antrete.

Die Entfernung Marschalls rief in den leitenden Kreisen der konservativen Partei und der Reichspartei starke Befriedigung hervor. Das war sehr wichtig, da die Unterstützung dieser Parteien eine der Voraussetzungen für die Durchführung des Flottenprogramms war. Der Plan Wilhelms und seines Hofcercles war folgender: Wenn man keinen Staatsstreich durchführen kann, so muß man die Regierung von Grund aus er-

<sup>76</sup> Im Jahre 1887 beteiligte sich Tausch, ein damaliger Geheimagent des deutschen Spionagedienstes, an der Entführung des französischen Grenzbeamten Schnäbele. Bekanntlich wurde der „Fall Schnäbele“ von Bismarck und dem Generalstab ausgenutzt, um eine Kampagne gegen Frankreich zu provozieren.

<sup>77</sup> Alexander von Hohenlohe, „Aus meinem Leben“, Frankfurt am Main 1925, S. 305.

<sup>78</sup> Otto Hammann, „Der neue Kurs“, S. 126.

neuern und die äußersten rechten konservativen Elemente in die Regierung einbeziehen. Bis ein neuer Reichskanzler gefunden wurde, wollte man Hohenlohe auf dem Posten belassen. Durch seine Politik der Zugeständnisse an die reaktionären junkerlichen Elemente hatte sich Hohenlohe in den Augen der Liberalen und des katholischen Zentrums kompromittiert. Andererseits waren das Junkertum, die Militärkreise und überhaupt das ganze reaktionäre Lager der Meinung, daß er nicht energisch genug und auf jeden Fall bei der Durchführung ihrer Forderungen ungeschickt sei. Kurzum, der alte Hohenlohe hatte sich – in seiner völligen Verwirrung – vor allen kompromittiert. Das war gerade das, was Wilhelm und sein Kreis brauchten. General Waldersee, dessen Kandidatur für den Posten des Reichskanzlers vorübergehend zurückgestellt war, schrieb am 13. Juni in sein Tagebuch: „Das Schlimme ist nur, daß der Kaiser sich wohl noch nicht an ein Programm binden wird, in der äußeren Politik jedenfalls bestimmt nicht. Da er diese nach wie vor selbst leiten will, behält er auch den Onkel Chlodwig“ (Hohenlohe. *A. J.*) „gewiß ganz gern.“<sup>79</sup> Und in der Tat, der greise Hohenlohe war entgegen seinen Befürchtungen auf dem Posten belassen worden. Aber er verwandelte sich endgültig, um seinen eigenen Ausdruck zu benutzen, in eine Strohuppe.

So endete die langwierige Regierungskrise. Admiral Hollmann wurde in den Ruhestand versetzt, an seiner Stelle wurde Admiral Tirpitz ernannt. Zehn Tage später wurde Marschall abgesetzt. Bald darauf erhielt er den Posten eines Botschafters in Konstantinopel. An seiner Stelle wurde der Botschafter in Rom, Bernhard Bülow, ernannt. Die „höchsten Kreise“ hofften, daß nach der Absetzung Marschalls auch Holstein gehen würde. Aber er ging nicht; sie wagten es auch nicht, ihn abzusetzen. Sie hofften, daß es Bülow gelingen werde, den Einfluß Holsteins im diplomatischen „Laden“ einzuschränken.

Die Kandidatur Bülows für den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt wurde schon lange in den engen Kreisen des kaiserlichen Deutschlands erörtert, die sich für berufen hielten, das politische Wetter zu machen. In diesen Kreisen galt Bülow als der geeignete Mann. Er stand zu Philipp Eulenburg und seinem Kreis in freundschaftlichen Beziehungen, brachte es aber zugleich fertig, gute Beziehungen auch zur „Dynastie“ Bismarck zu unterhalten.<sup>80</sup>

Bernhard Bülow (geboren 1849), der Besitzer eines großen Gutes an der Elbe und Nachkomme einer der ältesten Familien des mecklenburgischen Feudaladels, war im Geiste der alten preußischen Traditionen er-

<sup>79</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 399.

<sup>80</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 148, Depesche Osten-Sakens (streng vertraulich). Berlin, 5. Juli (23. Juni) 1897, Nr. 36.



zogen<sup>81</sup>, die er stets betont für seine eigenen hielt. Sein Vater stand einstmals in den Diensten des dänischen Königs, dann in denen des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, um nach dem Siege Preußens über Frankreich und nach der Einigung Deutschlands unter preußischer Oberhoheit in die Dienste des neuen Reiches als einer der Vertrauten Bismarcks im Auswärtigen Amt zu treten. Der Sohn, Bernhard Bülow, schlug, nachdem er in der Garde gedient hatte, die diplomatische Laufbahn ein. Er diente in Petersburg, Wien und Paris, wurde dann Gesandter in Bukarest und ab 1894 Botschafter in Rom. Das war Anlaß genug, ihn für einen Kenner der europäischen Diplomatie zu halten. Er war in den Agrarier- und konservativen Kreisen zu Hause, und vom Standpunkt dieser Kreise aus war es äußerst wichtig, daß Bismarck seine Ernennung sanktionierte. Zugleich konnten auch die bürgerlich-imperialistischen Kreise mit der Ernennung Bülows zufrieden sein. Seine vom Vater übernommenen und von ihm noch erweiterten finanziellen Beziehungen zu der Hanseskaufmannschaft waren allgemein bekannt.<sup>82</sup>

Im Vergleich zu den ihn umgebenden Menschen, den Zöglingen der Kasernen oder Freunden der Pferdestallungen, war er ein gebildeter Mann – oberflächlich, aber glanzvoll. Er war als großartiger Erzähler vorwiegend historischer und literarischer Anekdoten bekannt und galt als kein schlechter Redner und Meister der Improvisation. Neben Hohenlohe, der fast taub und fast stumm war, nahm er sich fast wie Demosthenes oder Cicero aus. Was wollte man von einem Diplomaten noch mehr? Dazu mußte er im Reichstag die Politik der Regierung verteidigen. Seine persönlichen Qualitäten – erstaunliche Wendigkeit, politische Elastizität und raffinierte Prinzipienlosigkeit – fanden eine recht geeignete politische Situation vor, um sich voll zu entfalten. Von ihm sagte man, er sei aus dem Holze, aus dem man einen Reichskanzler schnitzen könnte.<sup>83</sup> Eingebildet und sogar in sich selbst verliebt, suchte er stets den Erfolg, und wenn man nur die äußerliche Seite der Sache betrachtete, so erreichte er stets einen solchen. Als geschickter Jongleur – im übrigen nicht sosehr in der Politik als mit Worten – vermochte er auch einen Mißerfolg vor den Leuten so darzustellen, daß er als ein Erfolg erschien. Nicht ohne Humor und Zynismus betrachtete er alle Ereignisse, an denen er beteiligt war, in einem rosa Licht. Er dachte stets weniger an die Endergebnisse dieser Ereignisse

<sup>81</sup> „Der junge Bülow...“, so schrieb später Wilhelm über ihn, „hatte seine Laufbahn unter dem großen Kanzler begonnen. Er war in Bismarckschen Ideen und Traditionen groß geworden und von ihnen stark beeinflußt, ohne jedoch unselbständig an ihnen zu kleben.“ (Wilhelm II., „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918“, S. 82/83.)

<sup>82</sup> Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 153.

<sup>83</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 365.

als vielmehr an jene Rolle, die er in ihnen erfolgreich spielen konnte. Er paßte sich geschickt und unmerklich den Ansichten jener an, von denen sein Erfolg im gegebenen Augenblick abhing, und bemühte sich stets, allen durch seine „Unabhängigkeit“ zu imponieren, was ihm selbst dann gelang, wenn er im Grunde vor anderen liebbedienerte. Er hatte weder tiefe Kenntnisse noch umfassende politische Konzeptionen. Doktrinen oder Prinzipien waren erst recht nicht vorhanden. Das alles wurde bei ihm durch ein fast instinktives Gefühl ersetzt, mit dem er die geringsten Schwankungen in den Stimmungen der regierenden Klassen Deutschlands erriet, durch seine Fähigkeit, diese Stimmungen vortrefflich zu formulieren, und zwar so, daß die Kanten der Unstimmigkeiten in seiner Auslegung abgerundet erschienen. So errang er einen taktischen Sieg nach dem anderen, berauschte sich an diesen Siegen und konnte bis ans Ende seiner Tage nicht begreifen, wie es kam, daß seine ganze Tätigkeit, die aus ständigen kleinen diplomatischen Siegen und politischen Erfolgen zu bestehen schien, Deutschland letzten Endes auf den Weg der Katastrophe geführt hat. An die Spitze des Auswärtigen Amtes gestellt, sollte er die Hoffnungen der beiden herrschenden, aber miteinander rivalisierenden Klassen – des Junkertums und der Magnaten des Finanzkapitals – verkörpern. Aber damals wußte noch keiner, welches sein politisches Programm war und ob überhaupt ein solches bei ihm existierte. Es war klar, daß er das Tirpitzsche Flottenprogramm unterstützen würde, unklar war dagegen seine Einstellung zu den Forderungen der Agrarier nach einer Revision der Politik der Handelsverträge.<sup>84</sup>

Die übrige Zusammensetzung der erneuerten Regierung ließ ebenso wenig erkennen, was die Regierung zu tun beabsichtigte. Zusammen mit Marschall wurde auch Bötticher, der Staatssekretär des Innern abgesetzt, dem die Agrarier nicht verzeihen konnten, daß er – auf diesen Posten in der Periode der Bismarckschen Herrschaft ernannt – auch bei Caprivi im Dienst geblieben war und sich an der Politik der Handelsverträge beteiligt hatte. Nunmehr zog sich Bötticher auch den Zorn des Kaisers zu, der ihm sein Verhalten im Reichstag bei der Debatte über den Gesetzentwurf, der die Aufhebung des bestehenden Verbots der politischen Vereine vor-

---

<sup>84</sup> Zu der Ernennung Bülow's schrieb das Organ der Freisinnigen: „Bülow ist ein avancierter Diplomat, und weiter nichts... Selbst die Eitrigsten von denen, die ihn loben, sagen, daß er schöne vorbereitete Worte zu sprechen versteht, die jedoch keinerlei politische Ansichten zum Ausdruck bringen... Was denkt Herr von Bülow über Rußland, über die Einstellung Deutschlands zu Ostasien, über Transvaal und über Kreta? Niemand weiß das... Wie ist die Einstellung des Herrn von Bülow zu Grundfragen wie: Handelspolitik, Handelsverträge, Zollverträge, Schließung der Grenzen gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch? Auch das weiß niemand.“ („Freisinnige Zeitung“ vom 30. Juni 1897, Artikel „Einer nach dem anderen“.)

sah, nicht vergessen konnte. Praktisch hatte sich dieses Verbot schon lange in eine Fiktion verwandelt, und daher war seine Aufhebung lediglich ein illusorisches Zugeständnis der reaktionären Regierung. Aber die im Landtag sitzenden preußischen Reaktionäre hatten vor, dieses wertlose „Zugeständnis“ auszunutzen, um von der Regierung eine „Kompensation“ für sich zu erpressen. Wilhelm hatte nichts Eiligeres zu tun, als das Lager der preußischen Reaktion zu unterstützen, und dem um seinen Posten zitternden Hohenlohe fiel nichts Besseres ein, als dem Landtag den Entwurf eines „Preußischen Vereinsgesetzes“ vorzulegen, der den politischen Inhalt des gesamtdeutschen Gesetzentwurfs in reaktionärer Weise ausmerzte. Die linksbürgerlichen Reichstagsfraktionen, die etwas für sich herausschlagen wollten, setzten das Verhalten der Regierung einer Kritik und sogar dem Spott aus. Bötticher antwortete im Namen der Regierung und versuchte sich mit Wortklaubereien und sonstigen rhetorischen Tricks aus der Affäre zu ziehen. Nun fiel Richter, der Führer der Freisinnigen, nicht nur über Bötticher, den er der Prinzipienlosigkeit bezichtigte, sondern über die ganze Regierung her, deren erbärmliche Rolle er als die von „Handlangern, aber im gewöhnlichen Sinne des Wortes“, brandmarkte. Somit wurde unter Billigung der Reichstagsmehrheit und der Tribünen auch gegen den Gesalbten ein Pfeil abgeschneit. Unter diesen Umständen hielt es Bötticher für das beste, zu schweigen. Als Wilhelm das erfuhr, geriet er in Wut und warf Bötticher vor, daß er ihn „gegenüber den Insulten“ nicht verteidigt habe.<sup>85</sup>

Bötticher mußte gehen. Man nahm an, daß sein Posten von dem preußischen Finanzminister, Johannes von Miquel, eingenommen werden würde, der sich unter den herrschenden Kreisen den Ruf eines aktiven Anhängers der „Sammlungspolitik“ erworben hatte. Und er zählte in der Tat zu den einflußreichen Persönlichkeiten, die diese Politik hinter den Kulissen gestalteten. Miquel, der seine großen und vielseitigen Beziehungen im preußischen Landtag und im Reichstag, unter den Agrariern, in der Großbourgeoisie und in der höchsten Regierungsbürokratie spielen ließ, manövrierte geschickt und kannte anscheinend das Geheimnis, wie man die nicht in Einklang zu bringenden Interessen aller Gruppen der herrschenden Klassen, von denen jede in ihm ihren Mann sah, befriedigt. Miquel, der sich in seiner Jugend damit gebrüstet hatte, Marx nahegestanden, dem „Bund der Kommunisten“ angehört sowie an den Ereignissen des Jahres 1848 teilgenommen zu haben, war schon seit langem Renegat und Anhänger Bismarcks geworden. Geschickt, geistreich und sehr ehrgeizig beschloß er, seine Karriere mit Hilfe von Finanztransaktionen zu machen. Nicht lange, so war er Bankier und errang eine führende Stellung in

<sup>85</sup> Erich Eyck, „Das persönliche Regiment Wilhelms II.“, S. 171–173.

der Disconto-Gesellschaft. Gleichzeitig betätigte er sich auch politisch; als einer der Führer der Nationalliberalen Partei wurde er zu einer prominenten Gestalt zunächst im preußischen Abgeordnetenhaus und später im preußischen Herrenhaus und im Reichstag. Er bekleidete auch administrative Posten, begnügte sich jedoch damit nicht und träumte von der Karriere eines Ministers. Aber Bismarck übergab ihm stets, da er es vorzog, in der Regierung gehorsame Beamte zu haben, und nicht politisierende Geschäftsleute. Dieser nationalliberale Geschäftsmann erwies sich indessen als ein derart begabter Erzähler, als ein derart dienstfertiger Schmeichler, daß er dem jungen Kaiser sofort gefiel. Als der „eiserne Kanzler“ verabschiedet wurde, erhielt Miquel sofort den Posten des preußischen Finanzministers unter Caprivi und begann bald darauf, gegen diesen zu intrigieren. Da er über den Geldsack des preußischen Staates verfügen konnte, beschloß der ehemalige nationalliberale Bankier, diesen Umstand für die Annäherung an die Agrarier und an ihre Konservative Partei auszunutzen; in dieser Hinsicht erzielte er nicht geringe Erfolge. Die preußischen Erzreaktionäre waren gerührt, als sie sahen, mit welcher Geschicklichkeit Miquel nach einer Einkommensteuerreform das Hintertürchen fand, um ihnen insgeheim auf Kosten der Staatskasse Privilegien im Werte von vielen Millionen Mark zuzuschancen. Deshalb war keiner von ihnen erstaunt, daß Miquel, als Caprivi ging, auf seinem Posten blieb. Auch unter Hohenlohe war er der einflußreichste unter den preußischen Ministern. Mehr noch, da er der Unterstützung einflußreicher Elemente im Lager des Junkertums und der Großbourgeoisie sicher war, glaubte Miquel Reichskanzler werden zu können, und eine Zeitlang wurde seine Kandidatur (unter anderen Kandidaturen) mehrfach als aussichtsreich bezeichnet. Da Hohenlohe das wußte, hörte er auf Miquel und schlug ihm vor, als die Regierungskrise ausbrach, sich an die Spitze des Reichsamts des Innern zu stellen. Aber Miquel lehnte ab. Er zog es vor, abzuwarten, bis seine Stunde geschlagen hatte. Gleichzeitig befaßte er sich weiterhin aktiv mit politischen Machenschaften, die dazu beitragen sollten, die verschiedenen Parteigruppierungen des Junkertums und der Großbourgeoisie auf reaktionärer Basis zusammenzuschließen.<sup>86</sup> Nach dem Rücktritt Böttichers wurde an Stelle von Miquel Graf Posadowsky zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern ernannt, ein Großagrariar, der früher den Posten

<sup>86</sup> Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 3, S. 19; Konrad Bornhak, „Deutsche Geschichte unter Kaiser Wilhelm II.“, Leipzig 1922, S. 78, 91, 104; Adolf Wermuth, „Ein Beamtenleben. Erinnerungen“, Berlin 1923, S. 204–211; Carl Fürstenberg, „Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870–1914“. Herausgegeben von Hans Fürstenberg, Berlin 1931, S. 28/29; Hans Herzfeld, „Johannes von Miquel“, Bd. 1–2, Detmold 1938.

des Leiters des Reichsschatzamtes bekleidet hatte. In dieser Eigenschaft hatte er alles in seinen Kräften Stehende getan, um das „Börsengesetz“ durchzudrücken; darauf bestanden die preußischen Junker – von dem Wunsch besessen, die Getreidepreise im Lande mit allen Mitteln hochzutreiben. Jetzt war er in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Innern auch Vertreter des Reichskanzlers. Er war ein radikaler Reaktionär, und von ihm erwartete man, daß er die ihm nahestehenden Interessen der Agrarier weiter befriedigen, aber auch die Herzen der Großbourgeoisie gewinnen könne, wenn er eine Politik harter Repressalien gegen die Arbeiterklasse betreibe.

Das Reichsschatzamt, das vorher von Posadowsky geleitet worden war, wurde an Thielmann übergeben, der aus Washington, wo er den Posten eines Botschafters bekleidete, geholt wurde. Jetzt sollte Thielmann, den man in den Kreisen der Regierungsbürokratie als einen unverbesserlichen Optimisten kannte, Mittel ausfindig machen, um das Tirpitzsche Flottenprogramm zu gewährleisten.<sup>87</sup>

Einen besonderen Stempel drückte der Regierung die Ernennung des Generals Podbielski auf, der einem alten Adelsgeschlecht des preußischen Schlesiens entstammte. Podbielski, der viele Jahre Abgeordneter des Reichstags war, wo er auf dem äußersten rechten Flügel der Konservativen Partei saß, hatte sich dort dadurch ausgezeichnet, daß er sich an den Parlamentsdebatten nicht beteiligte und nur ein einziges Mal das Wort ergriff, als er gegen die Handelsverträge stimmte.<sup>88</sup> Jetzt rechnete man damit, daß dieser General in der Regierung (als Staatssekretär des Reichspostamtes) die Durchführung des Gesetzes über den Flottenbau im reaktionären Sinne beeinflussen würde.

Als sich die neue Regierung unter der alten Führung endgültig gebildet hatte, stellte sich heraus, daß die konservativen Agrarier zwar über die Absetzung Marshalls erfreut, aber darüber unzufrieden waren, daß in der personellen Zusammensetzung der Regierung die Wendung zur Vorrherrschaft der reaktionärsten junkerlichen Elemente in ungenügendem Maße verwirklicht war. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen, die dagegen der Meinung waren, daß diese Wendung zu radikal erfolgt sei, brachten der neuen Regierung Mißtrauen entgegen. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse unterzog die neue Regierung einer scharfen Kritik. Die Partei des Zentrums, die hinter den Kulissen bereits Besprechungen mit der Regierung pflegte, bezog den Standpunkt betonter Zu-

<sup>87</sup> Johannes Ziekursch, „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches“, Bd. III, S. 111.

<sup>88</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 150, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 5. Juli (23. Juni) 1897, Nr. 37.

rückhaltung. Der russische Botschafter Osten-Saken, der die Ereignisse in Deutschland aufmerksam verfolgte, teilte nach Petersburg mit, daß der Kaiser im allgemeinen „niemanden befriedigt“ habe. „Wie das Programm des neuen Ministeriums sein wird“, führte er weiter aus, „ist schwer vorzusehen.“<sup>89</sup>

Somit war es dem Kaiser nicht gelungen, General Waldersee an die Macht zu bringen, aber dafür gelang es ihm, die Rückkehr Bismarcks oder irgendeines seiner Sprößlinge oder direkten Platzhalter an die Macht zu verhindern. Der Einfluß der Bismarckschen Fronde hatte sich jedoch so sehr verstärkt, daß der Kaiser Hohenlohe und Bülow schweren Herzens gestatten mußte, sich zu Bismarck zu begeben.<sup>90</sup> In der Presse tauchten Vermutungen auf, daß diese Visite Hohenlohes bei dem abgesetzten Kanzler eine Versöhnung zwischen Wilhelm und Bismarck ankündige. Das stimmte nicht. Wilhelm begriff, daß die Regierung sich ohne den Segen Bismarcks einfach nicht an der Macht halten konnte, und er gab die Zustimmung zu dieser Begegnung, nach dem Eingeständnis Hohenlohes, „recht unwillig“.

Aus dem Sachsenwald zurückgekehrt, versuchte Hohenlohe dem russischen Botschafter einzureden, zwischen ihm und Bismarck sei kein einziges Wort über Fragen der Außenpolitik gewechselt worden. Osten-Saken glaubte das nicht.<sup>91</sup> Es stand die Gegenvisite Wilhelms II. in Rußland bevor, während der die deutsche Regierung eine Reihe wichtiger sie interessierender Fragen behandeln wollte. Hohenlohe fürchtete, daß diese Besprechungen beginnen würden, ehe die Regierungskrise zu Ende war. „Nach Petersburg zu gehen als halbtoter Reichskanzler ist nicht möglich“, sagte er.<sup>92</sup> Aber jetzt, da die Regierung bereits gebildet war und die Besprechungen mit Rußland aufnehmen wollte, wurden diese von den gleichen Kräften, auf die sich die Regierung stützte, beinahe hintertrieben, noch bevor sie begonnen hatten.

Es geschah nämlich, daß die ultrakonservativen Agrarkreise, die bei der Verstärkung der reaktionär-junkerlichen Züge der neuen Regierungszusammensetzung eine Unterstützung von oben verspürten, nunmehr ihr Haupt erhoben. Kaum hatte sich die Regierung gebildet, als der Bund der Landwirte die Forderung erhob, die Einfuhr ausländischen Getreides unverzüglich für mindestens ein halbes Jahr zu verbieten, wobei er offen sein

<sup>89</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 138, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 5. Juli (23. Juni) 1897, Nr. 35.

<sup>90</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 148, Depesche Osten-Sakens (streng vertraulich), Berlin, 5. Juli (23. Juni) 1897, Nr. 36.

<sup>91</sup> Архив МИД, К. 23, Blatt 115, Brief Osten-Sakens an Murawjow (streng vertraulich), Berlin, 16. (4.) Juli 1897.

<sup>92</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 359.

Ziel zum Ausdruck brachte, die Preise für Getreideprodukte auf dem Binnenmarkt wesentlich zu erhöhen. Die gesamte Agrarier- und konservative Presse unterstützte diese Forderung mit Ausnahme der „Kreuzzeitung“, die die Forderung des Bundes der Landwirte im Prinzip billigte, aber empfahl, ihre Verwirklichung aus außenpolitischen Erwägungen heraus für einige Monate zurückzustellen. Die gesamte bürgerliche Presse trat diesen aufdringlichen und offenen Forderungen der Agrarkreise mit seltener Einmütigkeit entgegen. „Ich habe aus zuverlässiger Quelle erfahren“, teilte Osten-Saken mit, „daß die sächsische Regierung einen Protest vorbereitet, wobei sie sich auf den vollen Ruin bezieht, der dem ganzen Staat als einem Industrieland im Falle der Verwirklichung des neuen Planes der Agrarier drohen würde.“<sup>93</sup> Die sozialdemokratische Presse entlarvte entschlossen die gierigen Absichten der Großagrarier, die bestrebt waren, auf Kosten der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen zu profitieren.

Einige Tage lang schwieg sich die Regierung aus. Dann wurde eine offizielle Mitteilung veröffentlicht, aus der hervorging, daß die Regierung die Forderung des Bundes der Landwirte nicht befriedigen könne, da dies den mit anderen Staaten abgeschlossenen Handelsverträgen widerspreche. Auf diese Weise gab die Regierung zu verstehen, daß sie ihre Tätigkeit nicht mit wirtschaftlichen Maßnahmen beginnen konnte, die die politischen Beziehungen zu Rußland und Österreich-Ungarn untergraben hätten. Die russische Diplomatie war befriedigt. „Meiner Ansicht nach“, schrieb Osten-Saken, „kann der neue Schritt der preußischen Agrarier uns nützlich sein. Es besteht kein Zweifel darüber, daß er dem Kaiser die Augen öffnen kann, der begreifen wird, zu welchen ernsten, sowohl inneren als äußeren Komplikationen die Partei führen kann, die gegenwärtig nur als sicherstes Bollwerk gegen den Sozialismus seine Sympathien genießt.“<sup>94</sup> Das war eine Illusion des Zarenhöfings. Von den junkerlichen Interessen und Stimmungen beseelt, hatten weder der Kaiser noch seine Regierung die geringste Absicht, auf die Unterstützung der Agrarparteien zu verzichten. Im Gegenteil, sie suchten diese Unterstützung, in der sie eine der Hauptvoraussetzungen für die Verwirklichung des Flottenprogramms erblickten. Dieses von Tirpitz ausgearbeitete Programm sollte die Großbourgeoisie und das Junkertum im Interesse der Festigung der Reaktion und der imperialistischen Expansion zusammenschließen. Gleich nach der Ernennung Tirpitz' warf Wilhelm, der in Köln sprach, seinen berühmten Satz hin: Neptuns „Dreizack gehört in unsere Faust“. Vorläufig aber strebte er danach, den Reichstag, alle seine oppositionellen Parteien und vor allem die Arbeiter-

<sup>93</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 180, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 23. (11.) Juli 1897, Nr. 47.

<sup>94</sup> Ebenda.

klasse, gegen die er Zuchthausgesetze für Streikbeteiligung vorbereitete, in seine Faust zu bekommen.<sup>95</sup>

Anfang Juni nach Deutschland zurückgekehrt, entfaltete Tirpitz als Staatssekretär im Reichsmarineamt sofort eine stürmische amtliche und politische Tätigkeit. Vor allem befaßte er sich mit der Frage des strategischen Hauptziels der deutschen Kriegsflotte. Dieses Ziel definierte er als „Stärkung unserer politischen Macht und Bedeutung gegen England“. Da Deutschland, wie er behauptete, gegen England keinen wirksamen Kreuzerkrieg und ebensowenig ohne Stützpunkte einen Krieg in Übersee führen konnte, mußte man mit einem Zusammenstoß der Linienschiffe zwischen Helgoland und der Themse rechnen.<sup>96</sup> Tirpitz wies nach, daß zwei Geschwader für diesen Zweck nicht ausreichten, um so weniger, als das Vorhandensein der Kreuzer von seinem Standpunkt aus keine entscheidende Bedeutung haben konnte. Von diesen Erwägungen ausgehend, arbeitete Tirpitz das erste große Flottenprogramm aus. Nachdem er sich der Unterstützung von oben versichert hatte, erklärte Tirpitz, daß er von diesem Programm keinen Schritt zurückweiche. Die Kreise der deutschen Schwerindustrie, der Alldeutsche Verband, die Kolonialgesellschaft und überhaupt alle imperialistischen Kreise beeilten sich, dieses neue Programm sofort zu unterstützen. Tirpitz wurde zum Helden des Tages. Hohenlohe – darüber zufrieden, daß es ihm gelungen war, sich zu halten – verwandelte sich sofort in einen aktiven Anhänger der Tirpitzschen Pläne. „Für die Marinevorlage trete ich ein“, schrieb er am 31. Oktober 1897. „Ich werde es in vorsichtiger Weise tun, aber ich bin für eine Schlachtflotte. Es geht wirklich nicht ohne eine solche...“ Ohne sich die Konzeptionen Tirpitz' zu eigen zu machen, eignete sich Hohenlohe dessen Argumentation an. Er wies nach, daß nur eine Schlachtflotte im Falle eines Krieges gegen England die Gefahr einer Blockade deutscher Häfen zurückweisen könne. „Wenn wir das nicht können, wird unser Handel und unsere Reederei vernichtet. Das ist ein Verlust von Milliarden, wogegen die fünf- bis sechshundert Millionen für die Flotte nicht in Betracht kommen.“<sup>97</sup> Das war die damals übliche

---

<sup>95</sup> Siehe seine Rede vom 18. Juni 1897. („Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1897, S. 103/104.) Etwas später, am 20. August 1897, schrieb Wilhelm an seinen Freund Philipp Eulenburg: „Was die Gesetzgebung, den Umsturz betreffend, angeht, so habe ich bereits meine Absicht dahin ausgesprochen, daß wir viel eher zum Ziele kommen, wenn wir durch schwere Strafen vom Streik, Boykott etc. abschrecken..., als durch ein sogenanntes Sozialistengesetz, d. h. eine Verschärfung des Strafgesetzbuches, indem alle Taten, welche die Sozialisten jetzt ungestraft verüben, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren belohnt werden. Das wird sehr bald ziehen.“ (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 139.)

<sup>96</sup> Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, S. 60.

<sup>97</sup> Ebenda, S. 63.



Argumentation, deren sich alle Anhänger der aktiven Tirpitzschen Flottenpolitik bedienten. Sie war dazu bestimmt, die wahren aggressiven Ziele zu tarnen, die sich der deutsche Imperialismus bereits in den ersten Etappen seines Kampfes in der Arena der „Weltpolitik“ steckte.

## 3

Somit wurden die Tirpitzschen Flottenpläne im Sommer und Herbst 1897 zu einer der Hauptfragen des politischen und des Parteienkampfes. Noch wußte keiner genau, worin diese Pläne bestanden, wie weit sie gingen und wie rasch die Regierung sie zu verwirklichen gedachte. Aber es war allen klar, daß die Regierung diese Pläne dem Reichstag bald zur Bestätigung vorzulegen beabsichtigte. Und nun kamen alle Kräfte, die an der Schaffung der Flotte wirtschaftlich oder politisch interessiert waren, in Bewegung. Sie gingen daran, den Einfluß der alten oder neuen Gegner der Flotte zu verdrängen, durch Kompensationen verschiedener Art und durch dunkle Abmachungen Verbündete auf ihre Seite zu bringen. Die wichtigste Triebkraft und der wahre Inspirator der Flottenrüstungen war das im Entstehen begriffene monopolistische Kapital. In den ersten Reihen stand die Schwerindustrie, die enge Beziehungen zu den führenden Marinekreisen aufgenommen hatte und an den überaus vorteilhaften Lieferungen von Kohle, Eisen und Stahl sowie am Bau von Werften unmittelbar interessiert war. Die direkten Verbindungen zwischen den Königen der Kohlenindustrie und dem Marineamt waren schon seit langem geknüpft. Bereits in den siebziger Jahren begann die deutsche Kohlenindustrie, vor allem im Zusammenhang mit der Krise und mit dem Absinken der Preise, darauf zu bestehen, daß das Marineamt auf den Einkauf englischer Kohle verzichte. Mit Hilfe einflußreicher und großer Aktionäre, die sowohl an den Hamburger Werften als auch an Betrieben des Ruhrkohlengebiets interessiert waren, erwies es sich als möglich, eine bedeutende Senkung der Tarife für die Beförderung der Kohle über die zur Nordsee führenden Eisenbahnen zu erreichen. Unter dem Druck der die Kohle exportierenden Vereinigung (an ihrer Spitze stand Emil Kirdorf) verzichtete das Marineamt auf englische Kohle und ging zur Benutzung deutscher Kohle über. Somit hatten die Magnaten des Ruhrgebiets, die sich mit der „nationalen Idee“ umgürtet hatten, einen gewaltigen Sieg nicht nur über die englischen Konkurrenten, sondern auch über das deutsche Marineamt, das heißt über die Staatskasse, mit anderen Worten über den deutschen Steuerzahler, errungen. Im Jahre 1892 schufen sie einen großen Ring und setzten hohe Monopolpreise für Kohle fest. Das Marineamt unternahm einen Versuch, sich der von diesem

Ring aufgezwungenen Lieferbedingungen zu entledigen und die englischen Kohlenexporteure erneut zu Hilfe zu rufen. Dieser jämmerliche Versuch war im voraus zum Scheitern verurteilt. Das Marineamt mußte sich dem Willen des (im Jahre 1893) geschaffenen Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikats unterwerfen, dem es gelang, Preise zu diktieren, die über den Weltpreisen lagen.

Somit hatte die deutsche „nationale Idee“ in Form der Diktatur der Monopole triumphiert. Das fand in riesigen Überprofiten seinen materiellen Ausdruck. In gleicher Weise handelten auch die anderen Gruppen des Monopolkapitals, die Stahl- und die Rüstungsindustrie. Nach manchen Berechnungen erzielten die Firmen Stumm und Krupp aus den Lieferungen Profite in Höhe bis zu 50 Prozent der festgesetzten Preise.<sup>98</sup> Die Schiffbauindustrie blieb natürlich nicht abseits von der „nationalen Idee“, die in dem Verdrängen der Konkurrenten (im gegebenen Fall noch dazu der englischen) von der Futterkrippe der staatlichen Aufträge zum Ausdruck kam. Auch sie schaltete sich in die Kampagne zugunsten des Flottenbaus ein. Über dem Marineamt schwebte stets der „Alpdruck der Koalitionen“ der Magnaten der deutschen Werften. Diese Magnaten<sup>99</sup> standen miteinander in Konkurrenz, hatten aber alle das gleiche Ziel: das Wachstum der Flottenrüstung, das ihnen einen unerschöpflichen Born hoher Dividenden erschloß, zu fördern. Die allgemeinen Interessen der imperialistischen Expansion und der Schaffung eines überseeischen Kolonialreiches erschienen auf dem Schauplatz. Das hatte der Direktor der Hamburg-Amerikanischen-Paketschiffahrt-Aktien-Gesellschaft, Albert Ballin, auf seine Weise sehr genau formuliert: „Der Kommandant eines Kriegsschiffes im fremden Erdteile ist ein Agent für seine heimischen Handelsinteressen.“<sup>100</sup>

<sup>98</sup> Dazu erhielt Krupp Profite nicht nur von den Panzerlieferungen für die deutsche Flotte, sondern auch vom Verkauf seiner Patente ins Ausland. Dabei mußten politische Erwägungen in den Hintergrund treten, wenn es sich um gute Profite handelte, die nicht aus einem einmaligen Verkauf des Patents, sondern aus einer garantierten Lizenzgebühr von jeder Tonne erzeugten Panzerstahls stammten. Auf diese Weise war Krupp an den Rüstungen nicht nur der deutschen Verbündeten, Österreich-Ungarns und Italiens, nicht nur an denen Englands und der USA beteiligt, sondern auch an denen Frankreichs und Rußlands. Gerade die Jahre des beginnenden Flottenbaus in Deutschland brachten Krupp eine wesentliche Vergrößerung seines Vermögens. Nach offiziellen Angaben schwankte der jährliche Profit Krupps in den Jahren 1892 bis 1895 zwischen 6,6 und 7,2 Millionen Mark. Im Jahre 1897 betrug er 9 Millionen, im Jahre 1899 — 13 Millionen und im Jahre 1902 — 21 Millionen Mark. (Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 221/222.)

<sup>99</sup> Die Hauptrolle spielten die Firmen Weserwerft in Bremen, Howald in Kiel, Schichau in Elbing, Vulkan in Stettin, Germania in Kiel, Blohm und Voss in Hamburg.

<sup>100</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 214.

Die großen Reedereien hatten ihre Gründe dafür, eifrige Anhänger des Flottenbaus zu sein. In dieser Flotte erblickten sie einen Verteidiger der eigenen Entwicklung, die Voraussetzung für die Verdrängung der sich in den großen Häfen Deutschlands noch immer bemerkbar machenden Konkurrenz der englischen Handelsflotte, die Voraussetzung für die Ausdehnung des eigenen Einflusses auf den Routen des Seehandels der europäischen und nichteuropäischen, darunter auch der kolonialen Länder. Von nicht geringer Bedeutung war für sie ferner der Umstand, daß der deutsche Außenhandel, wenn Deutschland im Falle eines Krieges blockiert würde, über die Häfen der neutralen Nachbarstaaten ginge und die deutschen Schifffahrtsgesellschaften dann außerstande wären, den so erfolgreich begonnenen Kampf gegen ihre Konkurrenten zur See fortzusetzen; im Gegenteil, sie würden nicht nur die ausländische, sondern auch die deutsche Kundschaft verlieren. Ballin war der Meinung, daß die Blockade – wenn Deutschland eine größere Kriegsflotte fehle – die ganze Tätigkeit der deutschen Handelsflotte unvermeidlich stillegen und sie der Aussicht auf weiteres Wachstum selbst nach Kriegsende berauben würde. Die eingebüßten Positionen würden von den Konkurrenten, vor allem natürlich von den englischen, besetzt werden. Was Wunder, daß die „nationale Idee“ des Baus einer großen Flotte auch in diesen Kreisen eifrige Anhänger fand.

Zwar konnte sich ein gewisser Teil der Hanse- und der Handelskreise, die vorwiegend mit dem europäischen Markt verbunden waren, in der ersten Zeit nicht für die Pläne der Schaffung einer großen Flotte erwärmen. Die Vertreter der Hansestädte im Bundesrat lehnten die Pläne zunächst glattweg ab. Sie beriefen sich dabei auf das britische System des freien Handels, das ihrer Meinung nach größere Vorteile bot als der kostspielige Flottenbau. Auch die Handelskammern von Berlin, Nürnberg, Tilsit und einigen anderen Städten erblickten in der Schaffung einer großen Kriegsflotte weder eine Notwendigkeit noch einen Vorteil. Diese schwache Opposition verstummte jedoch sehr rasch. Mehr noch, die „Frankfurter Zeitung“, das einflußreichste Organ der Kaufmannskreise, sprach sich schließlich wohlwollend für den Flottenbau aus.

Die Hansekaufmannschaft, vor allem die Hamburger, die noch vor kurzem als Anhänger des Freihandels hervortrat, die noch vor kurzem ein Bollwerk der englandfreundlichen Stimmungen und ein Gegner der Kriegsflotte war, schwenkte Mitte der neunziger Jahre um und schaltete sich in die Kampagne der Anhänger des Flottenbaus und der Kolonialeroberungen ein. Von 1894 an äußerte sich die Hamburger Handelskammer ebenso wie die anderen wirtschaftlichen Organisationen des deutschen Kapitals mehrfach in diesem Sinne sowohl in ihren Jahresberichten als auch

in den Petitionen, die sie an den Reichstag richtete.<sup>101</sup> Hamburg war mehr als irgendeine andere Stadt daran interessiert; zahlreiche Hamburger Firmen hatten früher als andere wirtschaftliche Wurzeln in überseeischen kolonialen und halbkolonialen Ländern geschlagen. Diese Kreise der Hamburger Großhändler, der Kolonialplantagenbesitzer und Reeder hatten in der Person Adolf Woermanns ihren einflußreichen Vertreter. Als Präsident der Hamburger Handelskammer, als Mitglied des Aufsichtsrates der Disconto-Gesellschaft und als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter spielte er eine nicht geringe Rolle unter den Anhängern der Politik neuer Kolonialeroberungen und des Baus einer großen Kriegslotte als Werkzeug der Außenpolitik.<sup>102</sup> Das von ihm geleitete Handelshaus K. Woermann war bestrebt, Südwestafrika in seine Domäne zu verwandeln. Woermann träumte davon, ein riesiges deutsches Kolonialreich in Südafrika zu schaffen. Aus den Reihen der Kolonialkreise war auch der andere prominenteste Organisator der Propaganda für den Flottenbau hervorgegangen: Karl Peters<sup>103</sup>, dessen Ruf jedoch damals bereits stark gelitten hatte. Dafür entfaltete der von ihm geschaffene Alldeutsche Verband eine große und lärmende Agitation.

Der Alldeutsche Verband rief Versammlungen in verschiedenen Städten Deutschlands sowie Versammlungen deutscher Kolonien im Ausland (vor allem in den südamerikanischen Ländern) ein und druckte ihre – im allgemeinen recht einförmigen – Resolutionen in den Spalten seines offiziellen Organs ab. In dem gleichen Organ sowie in den anderen unter seinem Einfluß stehenden Zeitungen brachte er ständig Material, das beweisen sollte, daß der Flottenbau ein Lebensbedürfnis Deutschlands sei.<sup>104</sup> Er gab Broschüren „für das Volk“ heraus, in denen er mit Hilfe billiger Demagogie die Arbeiter zu überzeugen versuchte, daß der Flottenbau ihnen gut bezahlte Arbeit, das Bewußtsein der „nationalen Würde“ und noch andere Reize bringen würde, von denen die Sozialdemokraten keine Ahnung haben könnten.<sup>105</sup> Was die Ausarbeitung der notwendigen theoretischen Konstruktionen und hochfliegenden Argumente anbetraf, so wurde sie gern

<sup>101</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 31. Januar 1897, Nr. 5.

<sup>102</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 239.

<sup>103</sup> Karl Peters, „Lebenserinnerungen“, Hamburg 1918, S. 103/104.

<sup>104</sup> Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 11. Juli 1897, Nr. 29; vom 22. August 1897, Nr. 34; vom 29. August 1897, Nr. 35 u. a.

<sup>105</sup> Siehe zum Beispiel „Die Flotte und der Reichstag“. Eine volkstümliche Erläuterung der Marinefrage im Anschluß an die Tabellen des Kaisers von Theodor Lorentzen, Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel, Kiel-Leipzig 1897: „Die Vergrößerung der Flotte erhöht den Verdienst nicht nur der Werftarbeiter – auch viele andere Arbeiter erhalten dadurch Verdienst. Die Arbeiter des Bergbaus, der Kohle und der Eisenindustrie finden günstigen Absatz für ihre Produktion, Hochöfen werden angeblasen, um Eisen zu liefern, und noch viele andere Arbeiter

von zahlreichen Vertretern der offiziellen Kastenwissenschaft<sup>106</sup> übernommen, die ihre Aufgabe im Einklang mit den allgemeinen Interessen der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, der wahren Inspiratoren der Flottenpropaganda, erfüllten. In den ersten Reihen dieser Inspiratoren standen „König“ Stumm, von Kardorff, die Mitglieder des Vorstandes des Alldeutschen Verbandes sowie Krupp. Im allgemeinen hatte die Firma Krupp durch die von ihr abhängige Presse, durch den Reichstag<sup>107</sup> und

werden von der Flotte Vorteile haben. Wer auch nur ein einziges Mal eine Werft besucht, wird erstaunt sein, wie viele Dinge die Flotte braucht — Dinge, an die gewöhnlich niemand denkt; und sie alle werden in deutschen Werkstätten hergestellt; von alledem, was für unsere Flotte gebraucht wird, kommt kein einziger Nagel aus dem Ausland. Das ganze Geld wird zur Bezahlung deutscher Arbeit verwandt. Die Arbeiter aber, die dank dem Flottengesetz Arbeit und Verdienst erhalten, haben wiederum Bedürfnisse, und deshalb wird daraus auch der Kaufmann, der Bäcker, der Fleischer, der Kneipwirt und der Handwerker, ja sogar der Herausgeber der oppositionellen Zeitung Vorteile ziehen; auf diese Weise ist eine große Anzahl von Menschen, direkt oder indirekt, an dem Flottengesetzentwurf aufs ureigenste interessiert. Sollte Deutschland seinetwegen arm werden? Nie und nimmer!“

<sup>106</sup> „In den großen Universitätsstädten ist überall das sehr bereitwillig entgegenkommende Professorenelement gewonnen für Mitwirkung durch Wort, Schrift und Lehre, das Verständnis für die Daseinsberechtigung einer Flotte zu stärken“, schrieb Wilhelm am 20. August 1897 an Philipp Eulenburg. (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 137; siehe ferner Dietrich Schäfer, „Deutschland zur See. Eine historisch-politische Betrachtung“, Jena 1897.) Die deutsche Professorenschaft hat viel daran gearbeitet, um die Ideologie der deutschen Seegeltung zu schaffen und das Volk davon zu überzeugen, daß man für die Befriedigung der Interessen des Finanzkapitals zahlen müsse. Naturgemäß wurden diese Interessen von Anfang an als Interessen „gesamtnationalen Charakters“ dargestellt. Wagner, eine der Kapazitäten der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, schrieb: „Wenn wir nach unseren Finanzen, unserer Finanz- und Volkswirtschaftskraft eine solche, durch notwendige und wichtige nationale Interessen verlangte Verstärkung unserer Marine nicht leisten können sollen, wer soll es dann können?“ (Adolph Wagner, „Flotte und Finanzen“ in „Die Zukunft“, 1898, Nr. 14, S. 33.) An einer anderen Stelle spricht Wagner bereits offen aus, wer dafür sorgen soll. Mit aller Leidenschaft, deren ein gelehrter Verherrlicher des Finanzkapitals fähig ist, fällt er über jene her, die „bei jedem neuen Anspruch an Opfer für unsere Wehrkraft in weibisches Jammern und Klagen ausbrechen“. Er endet mit der Forderung, die materielle Kraft in Macht zu verwandeln, „wie einst zu Land, so heute zur See, um im 20. Jahrhundert zu erhalten und zu sichern und weiter zu entwickeln, was uns das 19. Jahrhundert in so wunderbarer Weise gebracht hat: die politische Wiedergeburt unserer Nation, die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches, die wirtschaftliche Weltstellung unter den ersten Völkern der Erde. Zeigen wir Enkel, daß wir aus der Geschichte etwas gelernt haben, und bringen wir endlich ohne Murren die Opfer...“ (Adolph Wagner, „Die Flottenverstärkung und unsere Finanzen“ in „Handels- und Machtpolitik“, Reden und Aufsätze im Auftrage der „Freien Vereinigung für Flottenvorträge“, Stuttgart 1900, Bd. 2, S. 64, 126.)

<sup>107</sup> Bereits einige Jahre vor dem ersten Gesetz über den Flottenbau schickte Krupp an jedes Reichstagsmitglied ein kleines Buch, betitelt: „Was hat der Reichs-

schließlich durch Ausnutzung ihrer Beziehungen im Staatsapparat einen recht aktiven Anteil nicht nur an der Schürung der Flottenpropaganda, sondern auch an der Förderung der Flottengesetze von ihren ursprünglichen nur für den Dienstgebrauch bestimmten Entwürfen bis zu ihrer praktischen Verwirklichung. Aber Krupp bildete in dieser Hinsicht keineswegs eine Ausnahme. Nach der „Kreuzzeitung“, dem Organ der rechtesten, reaktionärsten preußisch-gutsherrlichen Elemente, wurde die Flottenpropaganda nicht mit dem Gelde der „Ehrlichen und Naiven“ betrieben, sondern dieses Geld stammte „zumeist von den Industriellen und Geschäftsleuten, die an der Flottenvermehrung verdienen wollen“<sup>108</sup>.

Als eine „gesamtnationale“ und „außerparteiliche“ Organisation war der Alldeutsche Verband das Sammelbecken verschiedenster Elemente der herrschenden Klassen. Ihm gehörten Vertreter der Bank-, der Industrie- und der akademischen Welt, der Generalität und des Offizierkorps, der höchsten aristokratischen und Adelskreise, Teile der Regierungsbürokratie usw. an. Sie alle wurden auf der Grundlage einiger mehrerer Klassen gemeinsamer Interessen imperialistischen Charakters vereinigt. Sie waren nicht nur das Sprachrohr dieser Interessen vor der Regierung, sondern auch so etwas wie Fühler, die sich in weitere, vor allem kleinbürgerliche Kreise vorstreckten. Sie waren dazu berufen, ihr Bewußtsein mit imperialistischer Ideologie zu vergiften und in ihnen nationalistische und chauvinistische Instinkte zu wecken. Ihre Losung war: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“<sup>109</sup>, und ihre Propaganda suggerierte die Vorstellung, daß jeder Deutsche ein aktiver Anhänger und Vollstrecker der deutschen „Weltpolitik“ sein müsse. Indem der Alldeutsche Verband seine Kampagne zugunsten der Flottenrüstungen entfaltete, warb er neue Mitglieder, schuf neue Organisationen, und gerade zu dieser Zeit wuchs sein Einfluß.<sup>110</sup>

tag in den Jahren 1893/94 für die Flotte getan?“ Das ganze Büchlein bestand aus leeren Blättern. (Walter Lambach, „Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland“, Hamburg-Berlin 1926, S. 117.) Natürlich beschränkte sich die Beteiligung Krupps an der Subsidierung der Flottenpropaganda keineswegs auf diesen Scherz.

<sup>108</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 101.

<sup>109</sup> Diese Losung „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“ war auf jeder Nummer der „Alldeutschen Blätter“ und überhaupt auf allen Druckerzeugnissen des Alldeutschen Verbandes aufgedruckt.

<sup>110</sup> Nach offiziellen Berichten hatte der Alldeutsche Verband:

Juni 1894	5 600 Mitglieder, in 27 örtlichen Organisationen
31. Dezember 1895	7 715 „ „ 46 „ „
31. Dezember 1896	9 443 „ „ 66 „ „
1. Oktober 1897	10 917 „ „ 75 „ „
Dezember 1897	12 974 „ „ 95 „ „

Eine analoge umfassende Agitation, vor allem unter den Industriellen, Kaufleuten und überhaupt unter den sogenannten „gebildeten Schichten“ entfaltete auch die Kolonialgesellschaft mit dem Herzog Albrecht von Mecklenburg an der Spitze. Die Seele dieser Kolonialgesellschaft war Kuserow, hinter dem sein naher Verwandter, der Direktor der Disconto-Gesellschaft, Hansemann<sup>111</sup>, ein eifriger Anhänger der aktiven Kolonial- und Flottenpolitik, stand. Eine große, aber unsichtbare Rolle spielte einer der markantesten Vertreter der in Deutschland im Entstehen begriffenen Finanzoligarchie, Georg Siemens, der Leiter der Deutschen Bank.<sup>112</sup>

Alle diese Elemente und Organisationen, die in ihrer Gesamtheit die gemeinsamen Interessen des entstehenden und sich bereits festigenden monopolistischen Kapitals vertraten, handelten in engem Kontakt mit dem Reichsmarineamt. Unter Hollmann beschränkte sich die Teilnahme dieses Amtes an der politischen Propaganda darauf, daß es von Zeit zu Zeit Artikel in die nationalliberale und offizielle Presse lancierte. Nachdem Tirpitz gekommen war, nahm die Organisierung und Lenkung der politischen Propaganda großen Umfang an. Tirpitz begann damit, daß er in seinem Amt eine „Abteilung für Nachrichtenwesen und allgemeine Parlamentsangelegenheiten“ schuf.<sup>113</sup> Eine große Rolle spielte in der Tätigkeit dieses neuen politischen Apparats des Reichsmarineamts Ernst Halle, der Sprößling einer schwerreichen jüdischen Hamburger Kaufmannsfamilie. Als Herausgeber des einflußreichen „Nauticus“ lenkte Halle die sogenannte „öffentliche Meinung“ in voller Übereinstimmung mit den Forderungen der Marinekreise.<sup>114</sup> In der bisherigen Geschichte Deutschlands hatte es noch keinen Fall gegeben, wo die sich nach verschiedenen Linien, aber nach einem einheitlichen Plan entfaltende Propaganda, die auf verschiedene Gesellschaftsschichten berechnet, aber auf ein Ziel gerichtet war, so organisiert und zentralisiert durchgeführt wurde wie die Flottenkampagne im Jahre 1897. Das war etwas Neues. Aber Tirpitz beschränkte sich nicht auf diese Seite der politischen Tätigkeit. Er bereiste alle Höfe deutscher Regenten, um sie auf seine Seite zu bringen.<sup>115</sup> Mit dem gleichen Ziel nahm er die Besprechungen mit Führern aller politischen Parteien auf (mit Ausnahme der Sozialdemokraten und wahrscheinlich der Freisinnigen, die

davon 28 im Ausland. (Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 18. April 1897, Nr. 16; 2. Januar 1898, Nr. 1.) Der politische Einfluß des Alldeutschen Verbandes reichte bedeutend weiter als sein organisatorischer Rahmen.

<sup>111</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 98–101.

<sup>112</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 204.

<sup>113</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 94.

<sup>114</sup> Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 154/155.

<sup>115</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 138.

sich um Richter gruppierten).<sup>116</sup> Tirpitz war bestrebt, auch jene Mitglieder der Regierung auf seine Seite zu bringen, deren Unterstützung er noch nicht ganz sicher war. Hohenlohe war bereits eine gehorsame Figur in seinen Händen geworden. Es blieb nur übrig, eine kleine Schwierigkeit zu beseitigen, die es in den Beziehungen zwischen Hohenlohe und dem Kaiser in der Frage der Verabschiedung des Gesetzentwurfs über den Flottenbau gab. Der Reichskanzler erbat von Wilhelm ein, wenn auch geringfügiges, Zugeständnis, das seine Einmischung in die Angelegenheiten des Militärgerichtswesens in gewissem Maße gesetzlich beschränken sollte. Ohne dieses Zugeständnis hielt es Hohenlohe nicht für möglich, vor dem Reichstag zu erscheinen, da er fürchtete, daß einige Elemente, auf deren Unterstützung er rechnete, sich an ihm bei der Debatte über die Flottenpläne rächen würden. Tirpitz griff in diese Angelegenheit ein und trat als Verteidiger des Kanzlers vor Wilhelm auf.<sup>117</sup>

Anfang August erfuhr Tirpitz, daß die Durchbringung des von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurfs auf Hindernisse stieß, die vom preussischen Finanzminister, dem einflußreichen Miquel, aufgetürmt wurden. Das bedeutete nicht, daß Miquel aus politischen oder finanziellen Erwägungen ein prinzipieller Gegner des Gesetzentwurfs war. Keinswegs. Miquel war lediglich der Meinung, daß der Gesetzentwurf nicht zur rechten Zeit komme. Mit Rücksicht auf die Stimmungen im Lande und im Reichstag war er der Meinung, daß der Gesetzentwurf zum Scheitern verurteilt sei, insbesondere wenn man bedachte, daß nicht nur die Konservativen, sondern auch die anderen Parteien, darunter das katholische Zentrum, nicht gewillt sein werden, sich gegenüber den Wählern die Hände binden zu lassen und sich am Vorabend der Reichstagswahlen zu kompromittieren. Die Agrarier stellten weiterhin beharrlich ihre Forderungen, vor allem die Verstärkung des Schutzzollsystems im Sinne des Kanitzprogramms, während die Nationalliberalen aus ihrer Empörung über die übermäßige Verstärkung des junkerlichen Elements in der neuen Regierung kein Hehl machten. „Wohin gehen wir?“ fragte die „Kölnische Zeitung“. Die Antwort auf diese rhetorische Frage lautete: Die allgemeine politische Lage im Lande habe sich äußerst verschärft, und man dürfe nicht zulassen, daß die Ostelbier jeden, der ihnen nicht genehm ist, aus der Regierung hinausbefördern und zugleich nur solche Regierungsmitglieder akzeptieren, die sich als äußerste Reaktionäre bewährt haben. „Die nächsten Wahlen werden sich, wenn in Berlin nicht eine gänzliche Umkehr erfolgt“, so schrieb die Zeitung, „zu einem vulkanischen Ausbruch des Volkszorns, zu einem furchtbaren Gottesgericht über das Junkertum gestalten.“<sup>118</sup> In dieser Atmosphäre, die von

<sup>116</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 399.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 390.

<sup>118</sup> „Kölnische Zeitung“ vom 3. Juli 1897.



Unruhe und gegenseitigen Vorwürfen im Lager der herrschenden Klassen erfüllt war, hielt Miquel den Moment für gekommen, da man aus den Kulissen hervortreten und zu offenen Aktionen übergehen sollte, um die eigenen weitreichenden politischen Pläne zu verwirklichen. Am 15. Juli hielt er in Solingen eine große Rede, in der er die herrschenden Klassen öffentlich dazu aufrief, die Reichstagswahlen im Zeichen der Sammlung zur Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Junkertums und der Großbourgeoisie abzuhalten. In diesem Zusammenhang befürchtete Miquel, der Tirpitzsche Gesetzentwurf würde die Unstimmigkeiten unter den herrschenden Klassen verstärken und die Verwirklichung seiner Pläne, die nur das eine — die Konsolidierung der Reaktion — bezweckten, nicht nur erschweren, sondern direkt unmöglich machen. In Besprechungen, die Miquel durch einen Mittelsmann mit Tirpitz führte, gab er zu verstehen, daß er ein Anhänger der Flottenbaupläne sei und mit der Propagierung dieser Pläne, insofern sie Motive wirtschaftlichen Charakters vorbringt, sympathisiere, aber die Losungen von der Rivalität zwischen der deutschen und der englischen Flotte und erst recht von einem Kriege gegen England für gefährlich halte, weil sie der Opposition einen hohen Trumpf in die Hand geben.

Aber Tirpitz konnte sich mit der Taktik Miquels nicht einverstanden erklären, der zugunsten seiner parteipolitischen Erwägungen die Absicht hatte, den ausgearbeiteten Flottengesetzentwurf im Grunde genommen zu torpedieren. Bald darauf konnte er sich davon überzeugen, daß sogar das Regierungsorgan in einem besonderen Artikel „Gedanken über die Flotte“ dem Reichstag die Idee eingab, wie man auf parlamentarischem Wege die Annahme des Tirpitzschen Gesetzentwurfs verhindern könnte. Tirpitz zog insgeheim die notwendigen Erkundigungen ein und konnte sich davon überzeugen, daß dieser Artikel von keinem anderen als dem preußischen Finanzminister, Miquel, inspiriert worden war. Nachdem Tirpitz all das dem Kaiser hinterbracht hatte, erwirkte er mühelos die Anweisung, rücksichtslos vorzugehen und unter Mißachtung der Ratschläge des eingeschüchternen Miquel den Flottengesetzentwurf verstärkt voranzutreiben, ohne die neuen Reichstagswahlen abzuwarten.<sup>119</sup>

So errang Tirpitz einen weiteren taktischen Sieg in den Regierungskreisen. Aber sein politischer Hauptverbündeter in der Regierung war Bülow, der sich von Anfang an zum Anhänger der Flottenpläne erklärt hatte. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes setzte seine diplomatischen Bemühungen vor allem in Richtung auf die Lösung der Fragen der Innenpolitik an. Seine Hauptaufgabe erblickte er darin, durch Ver-

<sup>119</sup> Hans Hallmann, „Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau“, Stuttgart 1933, S. 263–287.

kleisterung der zwischen den herrschenden Klassen bestehenden Risse, durch Besprechungen mit den Führern der Parteien die Tirpitzschen Flottenpläne, koste es, was es wolle, durch den Reichstag zu bringen. „Bei den Konservativen sei vorläufig wenig Neigung für den Bau der Flotte vorhanden“, sagte er Wilhelm kurz nach seiner Ernennung. „Das Zentrum würde unter Umständen mitmachen, aber verlangen, daß ihm zur Belohnung eine große Extrawurst gebraten würde. Sicher wären eigentlich nur die Nationalliberalen und vielleicht ein Teil des Freisinns, . . . die Hofgänger um Rickert und Barth, schwerlich aber Eugen Richter in den Wasserstiefeln seiner etwas engen und philiströsen Anschauungen. Mit heftigem Widerstand von seiten der Sozialdemokratie wäre natürlich unter allen Umständen zu rechnen. Die Parteien und vor allem ihre Führer würden nur mitmachen, wenn wir im Lande eine starke Strömung für den Flottengedanken hervorriefen. Wir müßten die nationale Trommel rühren.“<sup>120</sup>

Wir wissen bereits, daß die Regierung, das Reichsmarineamt und die interessierten Kreise des deutschen Imperialismus in der Tat, organisiert und laut, die „nationale Trommel“ rührten. Und trotzdem wurden die der Flottenkampagne entgegenwirkenden politischen Strömungen nicht übertönt. Die Sozialdemokratische Partei setzte die Kampagne gegen die Verstärkung der Flottenrüstungen fort. Solange der Gesetzentwurf noch nicht veröffentlicht war, blieben die Stimmungen in einigen Kreisen der herrschenden Klassen recht ungewiß. Maximilian Harden, ein bekannter und einflußreicher Publizist, veröffentlichte ein Interview mit Bismarck, der sich gegen die Schlachtflotte, gegen eine übermäßige Begeisterung für die Kolonialpolitik und gegen „phantastische Pläne“ überhaupt aussprach.<sup>121</sup> Das war kein offenes Auftreten gegen die Tirpitzschen Pläne, sondern eher eine brummige Reaktion auf die impulsiven Äußerungen Wilhelms und gegen das Politikastertum seiner Hofkamarilla. Im Lager der äußersten reaktionären Agrarier und unter der alten preußisch-deutschen Bürokratie gab es entschlosseneren Gegner der Flotte. Einer von ihnen, Völderndorff, benutzte seine alte Freundschaft mit Hohenlohe, um ihm unermüdlich zu beweisen, daß die „Weltpolitik“ für Deutschland verhängnisvoll sei und nur zu einer Katastrophe führen könne. Er berief sich auf den Fall Peters und wies nach, daß Deutschland „nicht imstande ist, Kolonialpolitik zu betreiben“. Er versuchte ständig, dem Reichskanzler den Gedanken zu suggerieren, daß Deutschland weder Kolonien noch eine Flotte, sondern nur eine starke Armee brauche. Er wäre gern auch ohne Industrie ausgekommen, in der er lediglich eine Brutstätte des Sozialismus erblickte.<sup>122</sup>

<sup>120</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 59.

<sup>121</sup> Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 90.

<sup>122</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 401.

Zwar herrschten derartige Ansichten nicht einmal mehr in den konservativen Agrarkreisen vor, aber diese Kreise beriefen sich gern auf diese Ansichten, um den Verzicht darauf als ein großes politisches Zugeständnis an die Regierung hinzustellen, das diese mit politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen von gleicher Bedeutung vergelten müßte. In Wirklichkeit waren die Agrarier schon bereit, sowohl die „Weltpolitik“ als auch die Flottenpläne zu unterstützen, aber sie wollten im voraus ihre Ausmaße kennen, wollten wissen, wer dafür bezahlen würde. Sie wollten wissen, welche Vorteile sie für sich ergattern könnten. Sie blieben auch noch deshalb auf der Hut, weil, obwohl der Tirpitzsche Gesetzentwurf noch nicht veröffentlicht war, bekannt wurde, daß er der Regierung für eine Frist von sieben Jahren „freie Hand“ bei der Bewilligung von Mitteln lassen wollte. Dieses „Septennat“ gefiel einigen politischen Parteien gar nicht, und zwar aus verschiedenen Motiven. Es bedeutete eigentlich, daß die Stellung der Regierung gefestigt und die ohnehin recht beschränkten Rechte des deutschen „Parlaments“ liquidiert werden sollten. Der letzte Umstand verstärkte die Opposition der liberalen Kreise, die der Partei Richters folgten, beunruhigte aber die Agrarier nur wenig. Viele von ihnen saßen im Reichstag, haßten ihn aber und träumten von einer Ordnung, in der der preußische Landtag, wo sie ganz nach ihrem Gutdünken alle Fragen entscheiden konnten, das einzige repräsentative Organ sein sollte. Das „Septennat“ mißfiel ihnen jedoch, weil die Annahme des Gesetzentwurfs mit ihren Stimmen sie für die Zeit von sieben Jahren der zusätzlichen Möglichkeit berauben würde, auf die Regierung Druck auszuüben und ihr immer neue Zugeständnisse zu entreißen. Als Gegner des „Septennats“ traten auch die Freisinnigen auf, die sich um Rickert und Barth scharten. Jedoch schwammen sie bereits im Fahrwasser der imperialistischen Politik, waren Anhänger einer großen Flotte und unterstützten folglich im Grunde die Politik der Regierung Hohenlohe-Tirpitz-Bülow. Aber diese Georg Siemens nahestehende Partei trat der Junkerübermacht entgegen und hielt es für möglich, ihre Unterstützung der „Weltpolitik“ großen Maßstabs mit der Forderung zu vereinbaren, den „liberalen“ Kurs in Fragen der Innenpolitik zu verstärken. Barth äußerte sich wie folgt: „Wir wollen den großen Kulturkampf gegen das Junkertum führen... Der Liberalismus muß eine große nationale Politik treiben, dann werden die Massen ihm zujauchen.“<sup>123</sup> Das war eine zweideutige Stellungnahme, die bedeutete, daß die „Hofdemokraten“, nachdem sie den Weg der imperialistischen Politik eingeschlagen hatten, für den Liberalismus nur in Worten kämpften, während sie praktisch, wie das Bülow vermutet hatte, die junkerliche Regierung und deren reaktionäre „Sammlungspolitik“ unterstützen mußten. Unter

<sup>123</sup> Eckart Kehr, „Schlachtfloottenbau und Parteipolitik“, S. 86.

diesen Umständen blieb ihr Auftreten gegen das „Septennat“ leeres Geschwätz.

Schwieriger war es, mit der Zentrumspartei einig zu werden, aber auch hier erzielte die Regierung einige Erfolge. Bülow begab sich nach dem Vatikan, um sich seiner Unterstützung im voraus zu versichern. Seine Mission endete recht erfolgreich. Der Papst versicherte ihm, obwohl einige katholische Zeitungen eine Kampagne gegen das protestantische Deutschland führten, sei er selbst zum Deutschen Reich recht freundlich eingestellt. „Ich will die Aufrechterhaltung der Monarchie“, sagte er Bülow. „Ich bin kein Freund der Demokratie... Die Kirche und die Monarchie müssen zusammengehen, denn sie haben denselben Feind, nämlich die Revolution, den Sozialismus und den Anarchismus.“ Nun brachte Bülow die Rede darauf, daß einige katholische Elemente in Deutschland sich weigerten, die Flottenpläne der Regierung zu unterstützen. Er versuchte dem Papst einzureden, daß eine Verstärkung der deutschen Flotte zum Schutz der katholischen Missionen und zur Ausbreitung der katholischen Ansichten beitragen würde. Er wünschte, der Papst solle den Gegnern der Flotte, die es in der katholischen Zentrumspartei gab, seine Unterstützung versagen. Durch den Vatikanbesuch hatte Bülow den Eindruck, daß der Papst über die Tirpitzschen Pläne noch schlecht informiert sei, aber diesen auf keinen Fall entgegengetreten werde.<sup>124</sup>

Schließlich wurde der Tirpitzsche Gesetzentwurf Ende November, unmittelbar vor der Eröffnung des Reichstags, veröffentlicht.<sup>125</sup> Wie Tirpitz später eingestand, geschah das, um die Opposition zu überraschen und ihr die Möglichkeit zu nehmen, sich auf eine Abwehr vorzubereiten.<sup>126</sup> Andererseits stellte es sich heraus, daß die Forderungen der Regierung weniger umfangreich waren, als man das nach dem verstärkten Rühren der „nationalen Trommel“ vermuten konnte. So schuf die Regierung die Illusion ihrer Mäßigung. Ihre Anhänger konnten behaupten, daß sich die Flottenpläne gar nicht als „uferlos“ erwiesen hätten. Bismarck schickte Tirpitz ein Telegramm, in dem er mitteilte, daß er, wenn er selbst im Reichstag wäre, für die Annahme des Gesetzentwurfs stimmen würde. Das bedeutete, daß

---

<sup>124</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 404—407.

<sup>125</sup> Der veröffentlichte Gesetzentwurf über die Vergrößerung der deutschen Flotte sah eine Verstärkung der Flotte auf 17 Linienschiffe (zwei Geschwader von je 8 Schiffen und ein Flaggschiff), 8 Panzerkreuzer, 9 große und 26 kleine Kreuzer und außerdem eine Reserve aus 2 Linienschiffen, 3 großen und 4 kleinen Kreuzern vor. Die Regierung nahm an, diese Anzahl von Schiffen im Laufe von sieben Jahren, das heißt gegen Ende 1904 erreichen zu können. Der Gesetzentwurf legte fest, daß Deutschland zum „Schutze der Handelsinteressen“ bis zu 23 Kampfschiffen in Fernfahrt haben sollte.

<sup>126</sup> Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 99.

das Lager der preußisch-junkerlichen Fronde in diesem Fall der Regierung nicht entgeggetreten wird.<sup>127</sup>

Am 30. November wurde der Reichstag unter großem Publikumsandrang eröffnet. In der Thronrede behauptete Wilhelm prahlerisch, daß die Finanzlage Deutschlands ebenso glänzend sei wie seine internationale politische Stellung. Er verwies insbesondere auf die Festigung der Beziehungen zu Rußland und Österreich-Ungarn. Hieraus zog er die Schlußfolgerung, daß Deutschland sich ruhig der Verwirklichung der vorgeschlagenen Flottenpläne hingeben könne.<sup>128</sup> Der greise Hohenlohe sprach mit kaum hörbarer Stimme von der Flotte als einem „Machtfaktor“, mit dessen Hilfe Deutschland die anderen Großmächte zwingen werde, seine Interessen zu berücksichtigen.<sup>129</sup> Tirpitz behauptete, die Schlachtflotte sei nur eine Verteidigungsflotte, sie werde nicht für den Krieg, sondern zur Festigung des Friedens geschaffen.<sup>130</sup> Thielmann versuchte nachzuweisen, daß sich das Flottenprogramm von der finanziellen Seite aus harmonisch mit dem Staatsbudget vereinbare, und war deshalb überzeugt: „Es geht alles glatt.“<sup>131</sup> Posadowsky wies nach, daß Deutschland eine Flotte brauche, als eine reale Kraft, mit deren Hilfe es sich den Weg für seine Waren nach den Außenmärkten bahnen werde.<sup>132</sup> Kurzum, niemand sagte irgend etwas Neues, irgend etwas anderes als die Argumente, die gewöhnlich von den Flottenschwärmern benutzt wurden. Aber nun ergriff Schönlank von der Sozialdemokratischen Partei das Wort. Man kann nicht sagen, daß seine Rede sich durch besondere Schärfe auszeichnete. Ihre Hauptthesen gaben fast vollständig die Ansichten wieder, an die sich auch die linksbürgerliche Opposition der Freisinnigen hielt. Schönlank wies nach, daß der Flottengesetzesentwurf gegen die Budgetrechte des Reichstags gerichtet sei und daß, wenn dieser Entwurf angenommen werde, die Regierung den Reichstag allmählich zunichte machen und in Deutschland den uneingeschränkten Absolutismus aufrichten werde. Er behauptete, daß der Handel den Schutz der Flotte nicht brauche und kritisierte die „Weltpolitik“.<sup>133</sup> Das war eine schwache Kritik, die weder die Klassengrundlagen noch die weitreichenden Ziele dieser Politik aufdeckte. In den Parteiversammlungen und auf den Massenkundgebungen der Arbeiter sprachen die sozialdemokratischen Red-

<sup>127</sup> Telegramm Bismarcks an Tirpitz vom 4. Dezember 1897, veröffentlicht in Hans Hallmann, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, Anhang II, Dokumente, S. 95.

<sup>128</sup> Reichstag, 30. November 1897, Bd. I, S. 1—3.

<sup>129</sup> Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 42/43.

<sup>130</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>131</sup> Ebenda, S. 53/54.

<sup>132</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>133</sup> Ebenda, S. 47.

ner weitaus entschlossener und zielbewußter. Auf dem Parteitag 1897 fragten die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Führer, warum die von ihnen im Reichstag gehaltenen Reden oftmals Schärfe und Kampfgeist vermissen ließen.<sup>134</sup> In der politischen Atmosphäre, als die entgegen dem Willen des Reichstags neugebildete Regierung noch nicht ganz sicher war, daß ihr Gesetzentwurf die Unterstützung der Mehrheit erhalten werde, machte jedoch auch diese Rede Schönlanks im Reichstag einen gewissen Eindruck. Die Initiative im Kampf gegen die Regierung und ihren Gesetzentwurf lag in den Händen der Sozialdemokratischen Partei.

Die Lage komplizierte sich dadurch, daß die Agrarier keine klare Stellung zugunsten des Gesetzentwurfs bezogen. Graf Limburg-Stirum, der im Namen der Konservativen Partei sprach, erklärte, das Flottenprogramm sei „im Prinzip“ annehmbar, verkündete das Prinzip „der Solidarität der Interessen“ von Industrie und Landwirtschaft, forderte aber, daß sie sich „gleichmäßig entwickeln und gleichmäßig nebeneinander ihre Interessen wahren“. Das hieß, daß die Regierung, wenn sie die Interessen der an der Verwirklichung der „uferlosen Flottenpläne“ interessierten großkapitalistischen Kreise befriedigte, erst recht den wirtschaftlichen Interessen der Großagrarier entgegenkommen mußte. Die Ignorierung der Bedürfnisse und Wünsche der Landwirtschaft, so sagte Limburg-Stirum, hat dazu geführt, „daß jetzt in vielen“ (agrarischen. *A. J.*) „Kreisen . . . das Interesse für die Flotte gesunken ist“<sup>135</sup>. Es war klar, daß die Agrarier einen weiteren großen Schritt zur Annäherung an die Politik der kapitalistischen Monopole gemacht hatten, daß sie bereit waren, die „Sammlungspolitik“ zu unterstützen, aber nur im Austausch gegen bedeutende Kompensationen. Kurzum, die Agrarier befaßten sich mit Erpressung und gewährten ihrer Regierung nur bedingte Unterstützung.

Bülow, der die dem Gesetzentwurf drohende Gefahr spürte, sah ein, daß „andere Töne vom Regierungstisch angeschlagen werden mußten“<sup>136</sup>. Er stürzte sich in eine Attacke gegen die Sozialdemokratie, um sie zu isolieren und somit die Voraussetzungen für die Sammlung der meisten Parteien der herrschenden Klassen zu schaffen. Wie der im Reichstag anwesende Osten-Saken bemerkte, „sprach Bülow sicher, klar und schön, ob-

<sup>134</sup> Erwin Dörzbacher, „Die deutsche Sozialdemokratie und die nationale Machtpolitik bis 1914“, Gotha 1920, S. 29/30.

<sup>135</sup> Limburg-Stirum gab zu verstehen, daß Tirpitz' Gesetzentwurf keine Unterstützung im Bund der Landwirte finde. Er erklärte: „Wir wissen, daß man in vielen landwirtschaftlichen Kreisen diese Vorlage und überhaupt Bewilligungen für die Flotte nicht wünscht . . . Wenn man uns so schlecht behandelt, dann soll für die Industrie und den Handel nichts geschehen und nichts bewilligt werden.“ (Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 54–58.)

<sup>136</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 192.

wohl er eigentlich nichts sagte“<sup>137</sup>. Aber sein politisches Debüt hatte einen großen und lärmenden Erfolg. Das Geheimnis dieses Erfolges bestand darin, daß Bülow es in seiner Rede verstanden hatte, die allgemeinen Stimmungen zu formulieren, von denen die führenden Kreise des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus beherrscht wurden, die Stimmungen, die von der Selbstsicherheit dieser Kreise, von ihrer Bereitschaft und Entschlossenheit zeugten, bereits jetzt die Entfaltung der Expansion und die Verwirklichung weitgehender Eroberungspläne, die so rasch und zugleich so spät bei ihnen ausgereift waren, in Angriff zu nehmen. „Die Zeiten“, erklärte Bülow, „wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront — diese Zeiten sind vorüber... Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“<sup>138</sup> Damals glich jedoch das Deutsche Reich keinesfalls dem armen, bescheidenen Michel, der, nach einem Ausspruch Bülows, keineswegs das Bedürfnis hatte, die „Finger in jeden Topf zu stecken“. Im Verband des Deutschen Reiches gab es bereits fremde, eroberte Länder — französische, polnische und dänische. Das wirtschaftliche Vordringen des deutschen Imperialismus nach Österreich-Ungarn, nach dem Balkan, nach Vorderasien war bereits so erfolgreich, daß die Alldeutschen es für möglich hielten, die Schaffung „Mitteleuropas“ unter deutscher Hegemonie praktisch in Angriff zu nehmen. Die wirtschaftliche Expansion des deutschen Imperialismus nach überseeischen Ländern hatte sich bereits so stark entfaltet, daß die allgemeine Richtung der deutschen imperialistischen Interessen damals die verbreitete Bezeichnung „Weltpolitik“ erhielt.

Jetzt erklang die Rede Bülows wie ein Aufruf zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt, und das sicherte ihr den Erfolg in jenen einflußreichen Kreisen, die die klassenmäßige und politische Grundlage des deutschen Imperialismus bildeten. Die Vertreter dieser Kreise kämpften eifrig dafür, daß der Reichstag die Tirpitzschen Flottenprojekte bestätigte. Die Nationalliberalen beriefen sich auf das Wachsen der protektionistischen Tendenz in der Politik Englands und der amerikanischen Staaten und sprachen offen davon, daß die Flotte zu einem der Kampfmittel für die Erhaltung der alten und für den Erwerb von neuen Märkten werden mußte. Hammacher, ein Abgeordneter aus Essen, aus der Residenz Krupps, gab zu bedenken, welche Verantwortung der Reichstag für den Fall eines künftigen Krieges übernehme. Er bedankte sich überschwenglich bei der

<sup>137</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 336, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 10. Dezember (28. November) 1897, Nr. 92.

<sup>138</sup> Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 60.

Regierung dafür, daß sie sich dieser Verantwortung bewußt sei.<sup>139</sup> Aber im Grunde genommen rief er den Reichstag auf, den Willen der Regierung so zu erfüllen, wie die Regierung die Forderungen des Finanzkapitals, der Schwerindustrie, der Kolonialpartei, die Forderungen des deutschen Imperialismus und Expansionismus erfüllte. Doch die linken Parteien im Reichstag setzten ihren hartnäckigen Widerstand fort. Auf den Appell Bülow's hin, sich unter dem Banner des Kampfes um einen „Platz an der Sonne“ zusammenzuschließen, antwortete die Sozialdemokratie mit dem Appell, den Flottengesetzentwurf abzulehnen. Molkenbühr, ein Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion, zeigte entschlossener als Schön-lank, daß am Flottenbau die Schwerindustrie — Stumm, Krupp und andere —, aber keinesfalls die Arbeiter interessiert waren. Er erklärte, die Regierung, die sich nur bei Großkapitalisten und beim Junkertum lieb Kind machen wolle, habe im Lande starke Unzufriedenheit hervorgerufen, die sie mit Abenteuern auf dem Gebiet der „Weltpolitik“ unterdrücken wolle.<sup>140</sup> Auch Richter trat dem Gesetzentwurf entgegen. Er erinnerte daran, daß Bismarck, sein alter politischer Feind, sich einstmals ebenfalls gegen die Schaffung einer starken Flotte ausgesprochen habe.<sup>141</sup> Er wies nach, daß die Flotte die Mauer der Schutzzölle in England, den USA und anderen Ländern nicht durchbrechen könne. Er richtete jedoch den Hauptschlag nicht so sehr gegen die Flotte, als vielmehr gegen die Regierung, die das Gesetz ausnutzen wolle, um den Reichstag für lange Zeit seiner Rechte zu berauben. Er sprach sich gegen den Gesetzentwurf aus, der für jeden, der die deutsche Geschichte kenne, kein Septennat (eine siebenjährige Frist) sei, sondern ein Aeternat (eine Ewigkeit), und gab ihm folgende politische Charakteristik: „Das hier ist kein Gesetz zur Stärkung der Wehrkraft gegen das Ausland, sondern ein Gesetz gegen die eigene Volksvertretung, gegen das eigene Volk.“<sup>142</sup> Die Partei der Freisinnigen trat dem Flottengesetzentwurf in erster Linie vom Standpunkt der verfassungsmäßigen Interessen der liberalen Bourgeoisie entgegen. Auch die polnische Fraktion des Reichstags lehnte den Gesetzentwurf kategorisch ab. Früher hatte diese Fraktion sowohl die militärischen Gesetzentwürfe als auch die von der Regierung vorgeschlagenen Handelsverträge unterstützt. Aber angesichts

<sup>139</sup> Reichstag, 9. Dezember 1897, Bd. I, S. 93—96.

<sup>140</sup> Ebenda, S. 105.

<sup>141</sup> „Fürst Bismarck hat einmal mit Recht die Äußerung getan: Man kann jeden Deutschen in überseeischen Gebieten nicht so schützen, wie man auf der Friedrichstraße in Berlin Schutz gewähren kann. Man kann nicht überall ein Kriegsschiff so hinstellen, wie in Berlin ein Schutzmann an jeder Ecke steht. Und auch, wenn man in Berlin einen Schutzmann braucht, ist er oft nicht zu haben.“ (Reichstag, 7. Dezember 1897, Bd. I, S. 69.)

<sup>142</sup> Reichstag, 7. Dezember 1897, Bd. I, S. 79.



der verstärkten Verfolgung der polnischen Minderheit ging sie in Opposition. Ihr Vertreter Jazdzewski erklärte, er könne es nicht begreifen, wie die Regierung behaupten könne, die Schlachtflotte werde die Missionare in den barbarischen Ländern schützen, wenn sie im eigenen Lande die polnischen Geistlichen mit Hilfe von Gesetzen Verfolgungen aussetzt.<sup>143</sup>

Das Verhältnis der parteipolitischen Kräfte im Reichstag war derart, daß der Schlüssel zur Lösung der Frage, ob Annahme oder Ablehnung der Flottenpläne, in den Händen des katholischen Zentrums lag. Im Reichstag zählte man 397 Abgeordnete, aber da sich einige sozialdemokratische Abgeordnete in Gefängnishaft befanden, genügten der Regierung für die Annahme des Gesetzes 197 Stimmen. Sie konnte jedoch bestenfalls auf 136 Stimmen (57 der Konservativen Partei, 25 der Reichspartei, 48 der Nationalliberalen Partei und 6 der „Unabhängigen“) rechnen. Deshalb erwies sich die Zentrumspariei, die im Reichstag 102 Abgeordnete hatte, als die entscheidende Kraft. Alle warteten darauf, wie Lieber den Standpunkt seiner Partei formulieren würde. Lieber, der sich als Herr der Situation fühlte, erklärte, er könne nicht sagen, daß der Gesetzentwurf dem katholischen Zentrum absolut mißfalle, aber er könne ebensowenig sagen, daß dieser Entwurf in einer günstigen Situation vorgebracht werde. Er berief sich darauf, daß sich der Reichstag zwar mehrfach für die Revision einiger Bestimmungen des Gesetzes gegen die Jesuiten ausgesprochen, daß aber der Bundesrat nichtsdestoweniger keine Maßnahmen ergriffen habe, um das zu bestätigen. Darin bestand also die sogenannte ungünstige Situation für die Flottengesetzvorlage. Die Haltung des Zentrums bedeutete folglich keineswegs eine Ablehnung des Gesetzes. Lieber beeilte sich sogar zu erklären, das Zentrum wünsche keinesfalls eine „Rachepolitik“ zu betreiben und sei bereit, den Entwurf „mit allem Wohlwollen“ noch einmal zu prüfen und seine endgültige Meinung kundzutun.<sup>144</sup> Einer der altpreussischen Politiker schrieb damals an Hohenlohe: „Die katzenfreundliche Rede Liebers läßt darauf schließen, daß das Zentrum ein hübsches Trinkgeld verlangen wird.“<sup>145</sup> Daran zweifelte niemand und konnte niemand zweifeln. Das katholische Zentrum befaßte sich mit Erpressungen.

Somit war der Tirpitzsche Gesetzentwurf nicht abgelehnt, aber seine weitere Erörterung wurde um einige Monate vertagt. Es trat eine vorübergehende, scheinbare Stille ein. Einige Tage nach Schluß der Debatte wurde das Plenum des Vorstands des Alldeutschen Verbandes nach Düsseldorf einberufen, um die Frage zu erörtern, wie man das Tirpitzsche Flotten-

<sup>143</sup> Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 65.

<sup>144</sup> Reichstag, 7. Dezember 1897, Bd. I, S. 83–87.

<sup>145</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 423.

programm weiter vorantreiben solle.<sup>146</sup> Es wurde beschlossen, die Propaganda in der Presse zu verstärken<sup>147</sup> und einen Strom von Petitionen an den Reichstag mit der Forderung nach Annahme des Flottengesetzentwurfs zu organisieren.<sup>148</sup> Besondere Aufmerksamkeit sollten die Organisatoren der „Flottenbewegung“ den süddeutschen Staaten widmen, wo die „Flottenschwärmer“ keine Popularität besaßen. Dies war besonders wichtig, da die Stimmungen der süddeutschen Katholiken die endgültige Entscheidung der Zentrumsparlei beeinflussen konnten. Hinter den Kulissen waren zwischen den Führern dieser Partei und der Regierung geheime Besprechungen im Gange. Die Regierung setzte die Besprechungen auch mit den Führern der Rechtsparteien fort. Die ungeduldig werdenden „höchsten Kreise“ begannen erneut, den Plan zur Auflösung des Reichstags zu ventilieren, aber die Führer der Rechtsparteien sprachen sich kategorisch gegen diese Absichten aus. Sie fürchteten, daß, wenn die Flottenfrage zur Hauptfrage des Wahlkampfes werde, sie bei den Wahlen Stimmen und Mandate verlieren würden. Dann würde die „Sammlungspolitik“ der herrschenden Klassen gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus einen Zusammenbruch erleiden. Die imperialistischen Kreise beschlossen, diese Politik fortzusetzen und das Flottenprogramm, koste es, was es wolle, durch den Reichstag zu bringen. Die „Post“, das Organ des „Königs“ Stumm, machte den Vorschlag, die Flotte aus Mitteln zu bauen, die der Staat durch eine Erhöhung der Agrarzölle erhalten sollte.<sup>149</sup> Am Vorabend der erneuten Erörterung des Flottengesetzentwurfs fand in Berlin eine große Versammlung der prominentesten Kaufleute, Industriellen und Bankvertreter statt. Sie alle forderten einmütig die Annahme des Gesetzentwurfs.

Am 23. März 1898 wurde das Schicksal des Gesetzentwurfs endgültig entschieden. An diesem Tage erklärte Hompesch, der Redner des katholischen Zentrums, im Reichstag, daß die Mehrheit seiner Partei beschlossen habe, für die Annahme des Gesetzentwurfs zu stimmen.<sup>150</sup> Ein anderer Zentrumsabgeordneter, Hertling, versuchte diese Politik zu rechtfertigen. Seine Argumente waren wertlos und verschleierten kaum das Bestreben der Zentrumsführer, den katholischen Wählermassen ihren Verrat irgendwie

<sup>146</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 28. November 1897, Nr. 48. Nach der hier abgedruckten Einladung zu urteilen, war die Frage der Flottenpropaganda eine der Hauptfragen der Tagesordnung.

<sup>147</sup> Siehe den Bericht über die Sitzung des Vorstandes des Alldeutschen Verbandes am 12. Dezember 1897 in „Alldeutsche Blätter“ vom 19. Dezember 1897, Nr. 51.

<sup>148</sup> Insgesamt trafen im Reichstag 115 Petitionen (mit 5491 Unterschriften) aus Deutschland und 50 Petitionen von Auslandsdeutschen (mit 3096 Unterschriften) ein. (Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 6. März 1898, Nr. 10.)

<sup>149</sup> Eckart Kehr, „Schlachtfloottenbau und Parteipolitik“, S. 147.

<sup>150</sup> Reichstag, 23. März 1898, Bd. III, S. 1705.

zu erklären. Er versuchte das mit der Behauptung, „daß es sich hier nicht um eine grundsätzliche Änderung der Zentrums politik handelt, sondern daß wir nur den veränderten Verhältnissen unsererseits Rechnung tragen“<sup>151</sup>. Unter den katholischen Arbeitern der westlichen Gebiete, unter den bayrischen Bauern und kleinbürgerlichen Elementen, die unter dem Einfluß des Katholizismus standen, war die Schwenkung des Zentrums zugunsten des Flottenbaus so unpopulär, daß sich in der Partei selbst gewisse Unstimmigkeiten ergaben. Viele Mitglieder der Zentrumsfraktion weigerten sich, den Flottengesetzentwurf zu unterstützen, aber ihr Widerstand war ebenso schwach, wie ihre Argumentation schwach und feige war. Schaedler, das Haupt der Opposition des katholischen Zentrums, lehnte die Politik der Flottenrüstungen im Prinzip gar nicht ab, er wollte lediglich, daß sie „ruhig, stetig“, den „Verhältnissen und Mitteln entsprechend“ durchgeführt und dadurch nicht „das Landheer mit seinen Bedürfnissen in den Hintergrund gedrückt“ werde.<sup>152</sup> Die im katholischen Zentrum zutage getretenen Unstimmigkeiten konnten das neue Kräfteverhältnis im Reichstag nicht mehr verändern. Die Nationalliberalen, die einstmals, zu den Zeiten Bismarcks, so erbittert gegen das katholische Zentrum gekämpft hatten, begrüßten nunmehr stürmisch ihren neuen Verbündeten auf dem Gebiet der Flottenpolitik. Bennigsen triumphierte.<sup>153</sup> Die sozialdemokratischen Abgeordneten, von denen einige noch kurz zuvor mit dem Zentrum geliebäugelt hatten, traten nunmehr gegen das Zentrum auf. Schönlanck gab immer noch nicht die Hoffnung auf, daß die gegen die Flotte gerichteten Äußerungen der katholischen Presse in Süd- und Westdeutschland die künftige Politik der Zentrumsführer beeinflussen könnten.<sup>154</sup> Bebel be-

<sup>151</sup> Ebenda, S. 1708.

<sup>152</sup> Reichstag, 23. März 1898, Bd. III, S. 1716.

<sup>153</sup> Im Reichstag gab der Führer der Nationalliberalen, Bennigsen, seiner Freude darüber Ausdruck, daß es mit einem verhältnismäßig kleinen Aufwand (Oho-Rufe links) — er verbesserte sich: mit einem Aufwand, der die Kräfte der Nation nicht übersteige, möglich sei, für Deutschland eine Flotte zu schaffen, die nach dem Urteil von Fachleuten imstande sein werde, notfalls den Kampf gegen die stärksten Gegner zur See aufzunehmen, wenn diese in deutschen Gewässern erscheinen. Darin sah er so viel Beruhigendes, daß es sich nach seiner Meinung lohnte, für diese Ruhe eine Versicherungsprämie zu zahlen. Er machte auch auf die Industrie- und Handelsinteressen aufmerksam, die einer Unterstützung durch die Flotte bedürften. „Unser Anteil am gesamten Welthandel“, so sagte er, „betrug im Jahre 1880 9,7 Prozent, der englische Anteil 23,2 Prozent... England hat im Jahre 1896 einen Anteil an dem gesamten Welthandel von 17,5 Prozent und Deutschland von 10,8 Prozent.“ (Zuruf: „Ohne Flotte!“) „Sie vergessen“, so erwiderte Bennigsen auf den Zuruf, „daß wir uns in diesem Jahre im Frieden befinden haben, sonst würde es mit unserem Handel ganz anders aussehen.“ (Reichstag, 24. März 1898, Bd. III, S. 1738.)

<sup>154</sup> Reichstag, 23. März 1898, Bd. III, S. 1706—1708.

urteilte die Situation und den Weg, den das katholische Zentrum eingeschlagen hatte, bereits nüchterner. Er sagte: „Wie groß an und für sich die Bedeutung dieser Flottendebatte sein mag, aber das Bemerkenswerteste an ihr besteht darin, daß das Zentrum mit wehenden Fahnen und mit Trommelschlag in das Regierungslager übergegangen ist.“ Was die allgemeine Bedeutung der Tatsache anbetrifft, daß Deutschland den Weg der Verstärkung der Flottenrüstungen einschlug, so begriff Bebel, daß dies den Anfang einer Secrivalität mit England bedeute. Er warnte davor mit beredten Worten.<sup>155</sup> Die „Flottenschwärmer“ wußten das selber ganz genau. Mehr noch, es war das, was sie wollten.

Als der Reichstagspräsident die Ergebnisse der Abstimmung bekanntgab (212 Stimmen für und 139 gegen die Vergrößerung der Flotte), ertönte auf den rechten Bänken stürmischer Beifall<sup>156</sup>, auf den linken lautes Zischen. Nur das Zentrum schwieg. Alles war gesagt, und es war klar, daß diese katholische Partei offen in das Lager des Imperialismus übergegangen war. Das politische Debüt Tirpitz' endete mit einem vollen Erfolg. Bald darauf wurde, um diesen Erfolg zu festigen, ein neues Zentrum der imperialistischen Politik und Propaganda, der Flottenverein, geschaffen, zu dessen Gründern Leute gehörten, die an der Spitze der Deutschen Bank, der Hapag, der Deutschen Orientbank usw. standen. Zum Präsidenten des Flottenvereins wurde Prinz Wilhelm zu Wied (später König von Albanien) bestimmt und zum Leiter Viktor Schweinburg, der Herausgeber der Zeitung „Berliner Neueste Nachrichten“ und anderer Organe, die ihre Inspirationen aus den von Krupp bezogenen Subsidien schöpften.<sup>157</sup> Der Alldeutsche Verband feierte einen Sieg. Er war bereit, den ersten politischen

<sup>155</sup> Bebel machte darauf aufmerksam, daß jede Flottenvermehrung deutscherseits nur zur Vergrößerung der Flotten auch bei den etwaigen Gegnern führe. Das sei ein Hindernisrennen, bei dem man niemals einen Preis erringen könne. Was aber die Handelsinteressen angehe, so habe Deutschland ohne die Hilfe der Kriegsslotte eine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt errungen ... Sei es da nicht lächerlich, daß der Redner der Konservativen die Einwendung seiner Partei zu dem Flottenprojekt mit Handelsinteressen begründet habe? Könne man sich einen stärkeren Widerspruch vorstellen als diesen Schutz des Handels durch Leute, die zu den unversöhnlichsten Feinden der Förderung von Industrie und Handel in Deutschland zählten? Einerseits forderten die Konservativen hohe Getreidezölle und Aufhebung der Handelsverträge, andererseits bewilligten sie 500 Millionen im Interesse des Handels; das sei doch Irrenhauslogik! (Reichstag, 24. März 1898, Bd. III, S. 1740–1749.)

<sup>156</sup> Einige der äußersten rechten preußischen Agrarier stimmten gegen den Gesetzentwurf, im Gegensatz zur Mehrheit des konservativen Lagers, die ihr Verständnis für die „nationalen Aufgaben“ der imperialistischen Politik demonstrierte.

<sup>157</sup> Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 155; Bernhard Menne, „Krupp, Deutschlands Kanonenkönig“, S. 181/182.

Erfolg Tirpitz' fast ganz sich selbst zuzuschreiben. In der Verstärkung der Seerüstungen als einer Waffe der „Weltpolitik“ erblickte er ein „gutes Vorzeichen“ für die Verwirklichung seiner Zukunftspläne.<sup>158</sup>

So erhielt die imperialistische Politik des Regierungslagers eine recht breite Unterstützung bei den Parteien der herrschenden Klassen. Die Frage der Schaffung einer Flotte war entschieden. Für Wilhelm war Tirpitz „warlich ein gewaltiger Mann!“<sup>159</sup>, und als höchste Anerkennung ernannte ihn der Kaiser zum preußischen Minister.

Aber wenn man die Tirpitzschen Gesetzentwürfe im Reichstag durchbrachte, bedeutete das gleichzeitig, daß man Deutschland auch durch eine bestimmte historische Periode bis zu dem Augenblick bringen mußte, da die Pläne verwirklicht und die mächtige deutsche Flotte als Gegengewicht der britischen Flotte geschaffen sein würde. Diese Periode bezeichnete Bülow als die „Gefahrzone“<sup>160</sup>. Die Aufgabe, diese Zone zu passieren, war um so komplizierter, als die Interessen der imperialistischen Expansion zugleich eine aktive Beteiligung an der Politik der Eroberung neuer Kolonialmärkte, des aktiven Kampfes um die Sphären des Einflusses und der Kapitalinvestition sowie des Kampfes um den Monopolbesitz der Rohstoffquellen erforderte. Das zog endlose außenpolitische Komplikationen nach sich unter Bedingungen, da das gesteckte politische Ziel — Schaffung einer starken Flotte — erforderte, daß Deutschland die unmittelbare Beteiligung an der militärischen Lösung der heranreifenden imperialistischen Konflikte für einige Zeit vermied.

Als Ergebnis entstanden neue Widersprüche in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus, verschärften sich die spezifischen Besonderheiten seiner Diplomatie. Die Verbindung zwischen der junkerlich-bürgerlichen Aggressivität und dem preußischen Hochmut, die Überschätzung der eigenen Kräfte in Europa, die wachsende Gier der herrschenden Klasse, ihr Neid gegen das vor ihnen erfolgreiche England und das Gefühl mangelnder Kräfte zur Durchführung einer Eroberungspolitik im Weltmaßstab — all das erzeugte das Bestreben, die imperialistischen Gelüste durch Drohungen, Hochstapelei und Erpressungen zu befriedigen. Aber vom Standpunkt der Festigung der Positionen der herrschenden Klassen in Deutschland selbst und ihres Kampfes gegen die Arbeiterklasse und die sozialistische Bewegung hatte die Verstärkung der imperialistischen Expansion auch noch eine andere Seite: Auf dem Gebiet der Innenpolitik konnte man ständig und laut die „nationale Trommel“ rühren.

<sup>158</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 3. April 1898, Nr. 14.

<sup>159</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 437.

<sup>160</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 116.

## KAPITEL VII

Die Invasion  
des deutschen Imperialismus in China  
in den Jahren  
1897–1898

## 1

Zum Erfolg des politischen Debüts Bülow's hat in nicht geringem Maße der Umstand beigetragen, daß sich das Tirpitzsche Flottenprogramm in der Atmosphäre einer starken nationalistischen Erregung abwickelte, die sich der herrschenden Klassen Deutschlands im Zusammenhang mit einer neuen aggressiven Aktion des deutschen Imperialismus im Fernen Osten bemächtigt hatte. Seit der Zeit, da Bismarck gezwungen war, die Politik der weiteren kolonialen Eroberungen „einfrieren“ zu lassen, waren bereits mehr als zehn Jahre vergangen. In dieser Zeitspanne hatte sich der Einfluß der kolonialen Kreise des deutschen Imperialismus bedeutend verstärkt, und seit Anfang der neunziger Jahre forderten diese Kreise immer dringlicher die Durchführung einer Politik der imperialistischen Expansion und der kolonialen Eroberungen. Die Pläne zur Schaffung eines großen Kolonialreiches in Afrika wurden nicht verwirklicht. Man mußte sich damit zufriedengeben, daß es in Afrika gelungen war, die früher eroberten kolonialen Gebiete in der Hand zu behalten, die in wirtschaftlicher Hinsicht minderwertig blieben, aber immerhin künftig zum Aufmarschraum für eine weitere koloniale Ausdehnung werden konnten. Die ersten Erfolge der deutschen Expansion im Nahen Osten waren vielversprechend, und sie konnten den Appetit nur noch verstärken.

Mitte der neunziger Jahre wurde die Aufmerksamkeit einflußreicher Kreise des deutschen Kapitals auch vom Fernen Osten angezogen. Nach einem Ausspruch des sozialdemokratischen Politikers Schönland war in diesen Kreisen damals „chinesisch beliebt“. Schönland meinte nicht nur das lebhafteste und keinesfalls uneigennützigste Interesse, das die herrschenden Klassen Deutschlands für China zu zeigen begannen, sondern vor allem die Gewalt- und Eroberungsakte, zu denen die deutsche Regierung ihre

Zuflucht nahm, um diese Interessen zu befriedigen. In einer Rede vor dem Reichstag sagte Schönlanck, die von der deutschen Regierung in China betriebene Politik sei eine „Abenteurpolitik“<sup>1</sup>.

Das wirtschaftliche Vordringen des deutschen Kapitals im Fernen Osten und vor allem auf dem riesigen Markt Chinas begann bereits in den siebziger und achtziger Jahren. Aber noch früher, in den Jahren 1869 und 1870, schlug der bekannte Geograph und Forschungsreisende Richthofen Bismarck vor, sich in den Besitz eines der Häfen an der pazifischen Küste Chinas zu setzen, um den Handel Preußens mit dem Fernen Osten zu entwickeln. Insbesondere wies er auf die günstige Lage der Tschusaninseln hin.<sup>2</sup> Aber damals hatte niemand seinem Projekt ernstliche Beachtung geschenkt. An dieses Projekt erinnerte man sich erst ein Vierteljahrhundert später, als einflußreiche Kreise des deutschen Kapitals die Regierung unter Druck setzten, sie solle einen „Stützpunkt“ in China erwerben. Während dieser Zeit war das Interesse dieser Kreise für die Angelegenheiten des Fernen Ostens bedeutend gewachsen.

Im Jahre 1886 hatte der Norddeutsche Lloyd eine regelmäßige Dampferlinie nach China (sowie nach Australien) eingerichtet, wofür er von der Regierung einen jährlichen Zuschuß in Höhe von 4,5 Millionen Mark erhielt. Als die Frage der Bestätigung des Zuschusses im Reichstag erörtert wurde, äußerten einige Abgeordnete Zweifel darüber, wer den Nutzen aus der Tätigkeit dieser Linie ziehen werde. Damals beherrschte die englische Bourgeoisie fast uneingeschränkt den chinesischen Markt, während der deutsche Handel in China nur die ersten Schritte unternahm. Später aber wuchs der deutsche Handel mit China von Jahr zu Jahr, und zwar in recht stürmischem Tempo. Im Laufe weniger Jahre hatte sich der Export deutscher Waren nach China mehr als verdoppelt, während der Import in der gleichen Zeit um mehr als das Vierzehnfache stieg. Dennoch exportierte Deutschland Waren nach China für eine Summe, die den chinesischen Import nach Deutschland wesentlich übertraf.<sup>3</sup> Bereits in der ersten Etappe der Entwicklung der deutschen wirtschaftlichen Expansion in China trat das Interesse Krupps zutage, sich die günstigsten Voraussetzungen für das

<sup>1</sup> Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 51/52.

<sup>2</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3645, Marshall an Hollmann, 11. März 1895.

<sup>3</sup> Im Jahre 1885 führte Deutschland aus China Waren für insgesamt 949000 Mark, im Jahre 1893 dagegen für insgesamt 14 Millionen Mark ein; in den gleichen Jahren exportierte es nach China Waren im Werte von 16,5 und 33,25 Millionen Mark, vorwiegend Waffen, Eisenwaren, Anilinfarben usw. (Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 19. Dezember 1897, Nr. 51.) In diplomatischen Dokumenten wurde der gesamte erwünschte Warenumsatz Deutschlands mit China auf jährlich 460 Millionen Mark berechnet. (G. P., Bd. 9, Nr. 2219, Hohenlohe an Marshall, 17. November 1894.)

Eindringen in den chinesischen Markt zu sichern. Die Firma Krupp verkaufte nach China Waffen, Lokomotiven, Ausrüstung für Eisenbahnen, Brücken usw.<sup>4</sup> Genauso wie in der Türkei wurden die Erfolge Krupps in China in starkem Maße durch die deutschen Militärinstruktoren gefördert, die für die Ausbildung der chinesischen Armee gewonnen worden waren.<sup>5</sup> Bald entstanden in mehreren chinesischen Häfen deutsche Handelsmissionen, deren Tätigkeit offenbar recht erfolgreich war. Im Laufe einiger Jahre hatte sich der deutsche Handel in diesen Häfen um 25 Prozent erhöht. Auf dem chinesischen Markt stieß das deutsche Kapital vor allem mit dem damals allgegenwärtigen englischen Kapital zusammen. Aber dieser Zusammenstoß trug in der ersten Zeit noch keinen politischen Charakter. Viele deutsche Firmen hatten enge Beziehungen zu englischen Firmen aufgenommen, und ein bedeutender Teil der deutschen Handels- und sonstigen Wirtschaftsinteressen wurde in China oft durch die englische Flagge gedeckt.

Noch bedeutsamer war die Tatsache, daß manche Kreise des deutschen Bankkapitals in China in enger Verbindung mit den englischen Banken, vor allem mit der größten und einflußreichsten, der Hongkong-Schanghai-Bank, auftraten. Zugleich wuchsen in China auch die selbständigen Interessen der deutschen Finanzgruppe, die durch die Deutsch-Asiatische Bank vertreten wurde. Diese im Jahre 1889 in Schanghai errichtete Bank wurde zu einem der größten Stützpunkte für das Vordringen des deutschen Kapitals nach dem Fernen Osten. Später gelang es ihr, ihre Fühler nicht nur nach China, sondern auch nach Japan, Indochina und Indien auszustrecken.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Bernhard Menne, „Krupp, Deutschlands Kanonenkönige“, S. 156/157.

<sup>5</sup> Ю. Соловьев, „25 лет моей дипломатической службы, 1893—1917“, Moskau 1927, S. 37.

<sup>6</sup> Begründer der Deutsch-Asiatischen Bank war die gesamte Finanzspitze Deutschlands: die mächtige Quadriga der D-Banken (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter Bank) sowie die Berliner Handelsgesellschaft, der Schaaffhausen'sche Bankverein und die Nationalbank für Deutschland. Die Dividenden der Deutsch-Asiatischen Bank waren in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit verschwindend gering, erreichten aber im Jahre 1898 10 Prozent. (Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 343.) Aktionäre der Deutsch-Asiatischen Bank waren: die Direktion der Disconto-Gesellschaft, die Direktion der Seehandlung, die Deutsche Bank, Bleichröder, die Berliner Handelsgesellschaft, die Bank für Handel und Industrie, Robert Warschauer & Co., Mendelssohn & Co., Jakob Stern (Frankfurt am Main), M. J. Rothschild (Frankfurt am Main), die Norddeutsche Bank (Hamburg), Salomon Oppenheim & Co. (Köln), die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (München). (Siehe Georges Diouritch, „L'expansion des banques allemandes à l'étranger“, S. 631. Lenin zitiert aus diesem Buch genaue Angaben über die Verteilung der 5000 Aktien der Deutsch-Asiatischen Bank. Über dieses Buch schrieb Lenin: „Der Riesenband gibt eine Unmenge von Angaben.“ [Siehe В. И. Ленин, „Тетради по империализму“, S. 104—106.]



Mitte der neunziger Jahre erörterten die Finanz-, Industrie- und Handelskreise Deutschlands die Frage, durch welche finanziellen, wirtschaftlichen und diplomatischen Maßnahmen das weitere Eindringen in den chinesischen Markt und ein noch erfolgreicherer Kampf gegen die ausländischen Konkurrenten gesichert werden könnte. Als einen solchen Konkurrenten betrachteten sie neben England auch Japan, das bei der Eroberung des chinesischen Marktes gewaltige Erfolge zu verzeichnen hatte. Wie beachtlich auch das Tempo der Entwicklung des deutschen Handels über die chinesischen Häfen war, es wurde vom Tempo des japanischen Handels um das Vierfache übertroffen. Schon seit Jahren setzten manche Kreise des deutschen Kapitals der Regierung mit Forderungen zu, sich aktiver am Kampf um die Aufteilung Chinas zu beteiligen und dort für sie einen „Stützpunkt“ zu schaffen. Diese Forderungen erhoben sie in Form von Petitionen der Handelskammern, durch die Presse und in unmittelbarem Verkehr mit den Regierungskanzleien. Die Regierung schenkte diesen Forderungen Gehör und machte sich bereits Gedanken darüber, wie man sie befriedigen könnte. Zahlreiche kommerzielle, politische und militärische Agenten suchten seit Jahren an der chinesischen Küste des Stillen Ozeans nach einer ständigen Basis für die deutsche Kriegsflotte. Für einen geeigneten Platz wurde das im Süden Chinas gelegene Amoy oder die Insel Kwamoy oder irgendeine Stelle an der Mündung des Yangtseflusses gehalten. Es gab an der chinesischen Küste viele verlockende Stellen, wo sich die Deutschen gern festgesaugt hätten, aber sie stießen allzuoft auf „Einflußsphären“ und „Vorzugsinteressen“ anderer Mächte, im Norden vor allem des zaristischen Rußlands, in Mittel- und Südchina vorwiegend Englands. Sich in diese Sphären vorzuwagen, ohne reale Macht zu besitzen, war keinesfalls ungefährlich. Man mußte folglich einen günstigen Moment abwarten.

Mitte der neunziger Jahre schien dieser Moment angebrochen zu sein. Das war die Zeit, da Japan, das den Weg der imperialistischen Expansion betrat, einen Überfall auf China verübte. Noch Mitte der sechziger Jahre war Japan das Land des klassischen Feudalismus. „Japan“, so schrieb damals Karl Marx, „mit seiner rein feudalen Organisation des Grundeigentums und seiner entwickelten Kleinbauernwirtschaft, liefert ein viel treueres Bild des europäischen Mittelalters als unsre sämtlichen... Geschichtsbücher.“<sup>7</sup> Aber nachdem Japan nach der „Meiji-Revolution“ den Weg der kapitalistischen Entwicklung eingeschlagen hatte, begann es sich kaum dreißig Jahre später, wie W. I. Lenin hervorhob, „zum Industriestaat zu entwickeln, es versuchte eine Bresche in die chinesische Mauer zu schlagen“<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 756, Anmerkung 192.

<sup>8</sup> В. И. Ленин, «Уроки кризиса», Сочинения, Bd. 5, S. 74.

Der japanische Kapitalismus trat in das monopolistische Stadium seiner Entwicklung unter Verhältnissen ein, da im Lande noch zahlreiche feudale Überbleibsel bestanden, da die Macht auch weiterhin in den Händen der feudalen und reaktionär-bürokratischen Elemente blieb, während der Militärstand der Samurai eine Kraft darstellte, die bereit war, die Verwirklichung einer Politik kriegesischer Eroberungen und des Kolonialraubes in Angriff zu nehmen. Dabei besaß der japanische Imperialismus in Ostasien dank seiner geographischen Lage (Nähe zum ersten Opfer seiner Aggression: zu China und seinen Feudalbesitzungen) günstigere Positionen als alle anderen imperialistischen Mächte. „In Japan und Rußland wird“, wie W. I. Lenin später betonte, „das Monopol des heutigen, modernen Finanzkapitals zum Teil ergänzt, zum Teil ersetzt durch das Monopol der militärischen Macht, des unermesslichen Gebietes oder der besonders günstigen Umstände für die Ausplünderung der Fremdvölker, für die Ausplünderung Chinas usw.“<sup>9</sup> Der 1894 gegen das Feudalreich des Kaisers von China begonnene Eroberungskrieg deckte diese spezifischen Wesenszüge des japanischen Imperialismus bereits auf, der die besonders günstigen Bedingungen für die Ausplünderung Chinas nutzte und den imperialistischen Mächten Europas und der USA in dieser Hinsicht zuvorkommen verstand. Aber dieser Krieg weckte die imperialistischen Gelüste auf China auch bei solchen Mächten, die, wie Deutschland, bisher kein besonderes Interesse für die Angelegenheiten des Fernen Ostens gezeigt hatten.

Zu Beginn des japanisch-chinesischen Krieges erklärte die deutsche Regierung ihre Neutralität und bezog den Standpunkt einer betonten „Zurückhaltung“.<sup>10</sup> Im Reichstag und durch die inspirierte Presse behauptete sie, daß diese „Zurückhaltung“ die einzig richtige Politik sei, die den deutschen Interessen entspreche. Freiherr von Rotenhan, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, versicherte dem russischen Diplomaten Tscharykow, daß Deutschland keinerlei besondere Interessen im Fernen Osten habe. „Der einzige Vorteil“, so sagte er, „den die europäischen Länder aus einem Kriege zwischen den östlichen Völkern ziehen können, besteht darin, daß sie ihnen Kriegsmaterial verkaufen können.“ Und die deutsche Regierung förderte in der Tat den Verkauf deutscher Waffen an beide kriegführende Parteien. Indessen zeigte die Berliner Börse sofort besonderes Interesse an dem militärischen Konflikt im Fernen Osten. Als die Kunde von dem Überfall Japans auf China kam, reagierte sie sofort mit einem allgemeinen Anziehen der Kurse.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, S. 16.

<sup>10</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 91, Depesche Tscharykows, Berlin, 3. April (22. März) 1895, Nr. 22.

<sup>11</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 155, Depesche Tscharykows, Berlin, 8. August (27. Juli) 1894, Nr. 49.

In den herrschenden Kreisen Deutschlands war rasch der Gedanke herangereift, daß es ein unverzeihlicher Fehler wäre, wenn man den im Fernen Osten ausgebrochenen Brand nicht ausnutzte. Bald nach dem Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges gab Wilhelm der Regierung die Anweisung, die Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, um sich keine Gelegenheit entgehen zu lassen, auf dem Felde fremder Schlachten einen fetten Happen zu ergattern.<sup>12</sup> Damals nahm man in Berlin an, daß auch die anderen europäischen Großmächte trotz ihrer „Neutralität“ es gleichfalls nicht unterlassen würden, die Umstände auszunutzen. Unter anderem vermutete man, daß Frankreich beabsichtige, Formosa zu besetzen. Der stark beunruhigte Wilhelm schlug vor, Frankreich zuvorkommen und sich zu diesem Zweck mit Japan zu verständigen. Wie verlockend dieses Abenteuer auch sein mochte, so mußte man dennoch darauf verzichten. Es stellte sich heraus, daß Japan selbst Absichten auf Formosa hatte, und Deutschland konnte es nicht davon abbringen. Die Welt vor vollendete Tatsachen stellen würde außerdem bedeuten – wie man sich im Auswärtigen Amt delikats ausdrückte --: „bei allen Mächten Mißtrauen erwecken und unsere Politik schwer kompromittieren“<sup>13</sup>.

Als aber die regierenden Kreise den Plan der Besetzung Formosas verwarfen, gaben sie nicht den Gedanken auf, einen anderen Happen an sich zu reißen. Aber welchen? Jeder hatte seine verlockenden, aber auch seine gefährlichen Seiten. Man dachte an Kiautschou auf der Schantungshalbinsel, aber es war noch nicht bekannt, in welchem Maße dieser Hafen als Winteranlegeplatz für die Flotte geeignet war. Das Marineamt konnte darüber nichts Bestimmtes aussagen. Es war auch schwer festzustellen, ob es gelingen würde, diese Bucht in einen Handelshafen zu verwandeln. Es war klar, daß es hierzu erforderlich war, diesen Hafen durch eine Eisenbahn mit den anliegenden chinesischen Provinzen zu verbinden. Aber würde das nicht auf den Widerstand der anderen Mächte stoßen? Nun kam ein anderer Plan auf: die Pescadoresinseln zu besetzen, die eine gewisse strategische Bedeutung hatten. Diese Inseln hatten jedoch keine wirtschaftliche Bedeutung. Man erinnerte sich an die Tschusaninseln, auf die Richthofen aufmerksam gemacht hatte. Aber es kamen Bedenken, ob nicht England Absichten auf diese Inseln habe.<sup>14</sup>

Von Hoffnungen, Zweifeln und Befürchtungen gequält, wußte die deutsche Regierung weder aus noch ein. Vielleicht hätte sie es überhaupt vorgezogen, vorläufig nichts zu unternehmen, aber sie war gezwungen, auf die Bestrebungen gewisser Kreise des deutschen Kapitals Rücksicht zu neh-

<sup>12</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2219, Hohenlohe an Marshall, 17. November 1894.

<sup>13</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2220, Marshall an Hohenlohe, 17. November 1894.

<sup>14</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2222, Marshall an Hatzfeldt, 1. Februar 1895.

men, die die ersten Früchte der wirtschaftlichen Expansion in China gekostet hatten und nun forderten, daß ihnen Möglichkeiten für ein weiteres Vordringen in dieses riesige Land geschaffen würden. Während der Krieg zwischen Japan und China andauerte, schiefen die deutschen Kapitalisten nicht. Die deutschen Fabrikanten und Werkbesitzer, die Großkaufleute und Exporteure, Bankkreise und Reeder hatten an diesem Krieg viel verdient.<sup>15</sup> Jetzt forderten sie, daß sich die Regierung überlegen solle, wie man auch am Frieden verdienen könnte. In dieser Hinsicht schien sich die Situation günstig zu gestalten. In dem Maße, wie sich die Ergebnisse des Krieges abzeichneten, wurde auch die Einstellung der wichtigsten europäischen Mächte zu diesen Ergebnissen klarer. Es gab einen Augenblick (im November 1894), da England und Rußland, die den endgültigen Zerfall Chinas aus verschiedenen Motiven befürchteten, eine Annäherung zu suchen begannen.<sup>16</sup> Das ließ sofort die deutsche Diplomatie aufhören, die darauf baute, daß die wachsenden Widersprüche zwischen diesen Mächten ihr die Möglichkeit bieten würden, ihre Eroberungspläne, sei es in China oder in Afrika, zu verwirklichen.

Aber schon bald darauf verflüchtigten sich diese Befürchtungen. Kurz vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen zwischen dem siegreichen Japan und dem besiegten China wurde man sich in Berlin darüber klar, daß sich Rußland und auch Frankreich Sorgen darüber machten, wie weit Japan in seinem Bestreben gehen würde, auf dem asiatischen Kontinent Fuß zu fassen. Andererseits suchte Japan, das eine diplomatische Unterstützung auf der bevorstehenden Friedenskonferenz brauchte, eine Annäherung an Deutschland. Aoki, der japanische Gesandte in Berlin, schlug den Deutschen vor, sich die Schwächung Chinas zunutze zu machen und die chinesischen Südwestprovinzen zu besetzen. Er lockte sie damit, daß solche Besitzungen wertvoller wären als alle deutschen Kolonien in Afrika zusammengenommen.<sup>17</sup> Hätten die Deutschen auf diese guten japanischen Ratschläge gehört, dann wären sie natürlich sofort in ernste politische Differenzen mit England und Frankreich verwickelt worden. Die guten Ratschläge blieben in der Schwebe, und die Deutschen mußten selbst nach Wegen suchen, die sie durch die komplizierten Verflechtungen internationaler Widersprüche hindurch zu einem „Stützpunkt“ in China führen könnten. Brandt, der ehemalige deutsche Gesandte in Peking, der als der bedeutendste Kenner fernöstlicher Fragen galt, redete der Regierung zu, der sicherste Weg zur Erreichung des Zieles bestehe darin, mit Rußland zusammenzugehen, den übermäßigen Ansprüchen Japans an China ent-

<sup>15</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2227, Hohenlohe an Wilhelm II., 19. März 1895.

<sup>16</sup> E. Malcolm Carroll, „Germany and the Great Powers, 1866–1914“, S. 34.

<sup>17</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2231, Aufzeichnung Mühlbergs, 2. April 1895.

gegenzutreten und dann zu fordern, daß das „dankbare China“ der deutschen Regierung für ihren uneigennütigen Dienst einen Hafen oder eine Kohlenstation abtrete oder schlimmstenfalls verpachte.<sup>18</sup> Brandt wies auch darauf hin, daß eine solche Politik im Fernen Osten die Positionen Deutschlands in Europa in keiner Weise schwächen, sondern seine strategische Lage vielmehr verbessern werde, da sie, indem sie Rußland in China unterstütze und zu den Angelegenheiten des Fernen Ostens ablenke, den russischen Druck an der Ostgrenze Deutschlands schwäche.<sup>19</sup> Auf diese Weise hoffte Brandt auch die führenden Militärkreise für die Unterstützung seiner Expansionspläne in China zu gewinnen.

Etwas früher, am gleichen Tage, als Li Hung-tschang als Vertreter Chinas in Schimonoseki eintraf, um Friedensverhandlungen mit der japanischen Delegation zu führen, faßte die deutsche Regierung den Beschluß, England nicht von sich zu stoßen und in London sogar die Vorstellung zu wecken, als schließe Deutschland nicht die Möglichkeit aus, daß es die englische Politik im Fernen Osten unterstützen werde. Die Aufgabe der deutschen Politik bestimmte Wilhelm zynisch, aber klar: „Wir müssen *uns* aber sehr *theuer* machen.“<sup>20</sup> Zugleich begann sich die deutsche Diplomatie in Petersburg einzuschmeicheln und die Zarenregierung zur aktiven diplomatischen Einnischung in die japanisch-chinesischen Angelegenheiten zu ermuntern. Dabei zeigte sie eine solche, man kann sagen, Aufdringlichkeit, daß sie im ersten Augenblick unter den russischen Diplomaten einiges Erstaunen und die Frage hervorrief, wo die kürzliche deutsche „Zurückhaltung“ geblieben sei. „In der Tat, zu Beginn des japanisch-chinesischen Krieges übten wir unbedingte Zurückhaltung“, setzte Marschall Tscharykow die Politik der deutschen Regierung auseinander. „Aber die Handlungsweise der Regierungen hängt von den Umständen ab, und gegenwärtig wünschen wir, uns an dem zu beteiligen, was im Fernen Osten vor sich geht, insbesondere gemeinsam mit Ihnen. Ihre und unsere Interessen“, so versicherte er ferner, „sind völlig solidarisch. Ich befürchte, daß die Friedensbedingungen, die von Japan gefordert werden . . . , äußerst schwer sind. Offenbar wollen die Japaner Port Arthur und einen Teil der Mandschurei annektieren. Man braucht nur auf die Karte zu blicken, um zu erkennen, welche große Veränderung dies bedeuten würde. Der Mikado sagt, er habe aus Großmut befohlen, einen Waffenstillstand zu schließen . . . Aber die Japaner sind keinesfalls ein sentimentales Volk, und ich nehme an, daß sie lediglich unseren Ratschlägen gefolgt sind. Deutschland hat im

<sup>18</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2238, Promemoria Brandts, 8. April 1895.

<sup>19</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2240, Promemoria Brandts, 9. April 1895.

<sup>20</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2227, Hohenlohe an Wilhelm II., 19. März 1895 (Randbemerkung Wilhelms II.).

Fernen Osten große Handelsinteressen, die es beschützen muß.“<sup>21</sup> In Wirklichkeit hatte die deutsche Regierung nicht die Absicht, ihre Handelsinteressen, die von niemand ernstlich bedroht waren, zu „schützen“, sondern an die Eroberung chinesischen Territoriums zu gehen. Marschall teilte dem Vizeadmiral Hollmann mit, daß Deutschland, falls es sich in den fernöstlichen Konflikt einmische, als entsprechende Kompensation ein Stück chinesischen Territoriums an sich reißen könne. In diesem Zusammenhang fragte er Hollmann, als den Leiter des Reichsmarineamts, was Deutschland als „Stützpunkt“ nehmen solle. Hollmann antwortete, falls man schon in China den Weg der Eroberungen einschlage, solle man nicht *eine* „Station“, sondern „mindestens zwei“ erobern: „die eine im nördlichen, die andere im südlichen Teil unserer Interessensphäre“<sup>22</sup>. Aber für Deutschland gab es damals keine speziellen Interessensphären. Man mußte sie erst schaffen. Hollmann schlug einige Varianten der Eroberungspläne vor: Tschusan und Amoy, Kiautschou und Mirsbai, die Montebello- und die Pescadoresinseln. Er selbst wußte jedoch noch nicht, wofür man sich bei diesem prächtigen Sortiment entscheiden sollte. Man konnte es sich jedoch nicht lange überlegen. Man hätte sonst zu spät kommen können. Und nun beschloß die deutsche Regierung, ohne die Antwort Hollmanns erhalten zu haben, nach einer Beratung mit Brandt zu handeln. Als die deutsche Regierung von der Absicht der russischen Regierung erfuhr, sich gemeinsam mit der französischen in die Schimonoseki-Besprechungen einzumischen, um territoriale Eroberungen Japans auf dem asiatischen Kontinent zu verhindern, erklärte sich die deutsche Regierung bereit, an dieser diplomatischen Intervention teilzunehmen. Vorher bemühte sie sich festzustellen, welche Politik das Londoner Kabinett einzuschlagen beabsichtigte. Aber die englische Regierung hatte keinesfalls die Absicht, die Verwirklichung der japanischen Aggressionspläne zu stören. Sie erblickte in ihnen den Kern künftiger Konflikte zwischen Japan und Rußland. Als sie sich endgültig davon überzeugt hatte, daß die englische Regierung auf ihre „Nichteinmischungs“politik nicht verzichtete<sup>23</sup>, begann die deutsche Diplomatie zu handeln. Vor allem wurden zwei weitere Kriegsschiffe in die chinesischen Gewässer geschickt, um das pazifische Geschwader zu verstärken. Das erregte sofort allgemeines Aufsehen, um so mehr, als die offiziöse Presse die Entsendung der Kriegsschiffe für einen Akt erklärte, der „bei den zu erwartenden großen Veränderungen in der dortigen“ (im Fernen Osten. A. J.) „Sachlage“ notwendig sei.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 91, Depesche Tscharykows, 3. April (22. März) 1895.

<sup>22</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3646, Hollmann an Marschall, 17. April 1895.

<sup>23</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2236, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 6. April 1895.

<sup>24</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 107, Depesche Tscharykows, Berlin, 19. (7.) April 1895, Nr. 26.

Einige Tage später (23. April 1895) erschien Freiherr von Gutschmid, der deutsche Gesandte in Tokio, gemeinsam mit dem russischen und dem französischen Gesandten im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, und jeder von ihnen schlug einzeln vor, die Bedingungen des Schimonoseki-Vertrages einer Revision zu unterziehen und auf die Annexion der Liautungshalbinsel zu verzichten. Am energischsten und herausforderndsten handelte Gutschmid. Zum Unterschied von seinen Kollegen drohte er Japan mit dem Krieg.<sup>25</sup> Die japanische Regierung, die gezwungen war, die „Ratschläge“ der drei europäischen Großmächte anzunehmen, gab nach. Da sie aber nicht daran interessiert war, ihren Rückzug durch fremden Druck zu motivieren, bemühte sie sich zugleich darum, die deutschen Drohungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Die deutsche Presse blieb über den wahren Charakter des Schritts Gutschmids in Tokio ebenfalls im unklaren. Aber allein die Tatsache, daß Deutschland sich Rußland und Frankreich angeschlossen hatte, wurde sogar in Berlin als „völlige Überraschung“ aufgenommen. Eine noch größere Überraschung war sie für die regierenden Kreise Japans. Viscount Aoki, der japanische Gesandte in Berlin, erklärte im engen Kreise seiner Vertrauten gereizt: „Ich weiß nicht, wie die Beteiligung Deutschlands zu erklären ist. Ich kann nur vermuten, daß die Ursache hierfür eine vorübergehende Sinnesverwirrung des Kaisers ist.“<sup>26</sup> Tscharykow jedoch, der bereits einiges um die politischen Vorbereitungen der deutschen Regierung wußte, begriff besser als der verwirrte Aoki, welches der Sinn der unerwarteten Wendung der deutschen Politik im Fernen Osten war. Auch er bestritt nicht den Einfluß des Kaisers, der in der Tat keine Gelegenheit vorübergehen lassen konnte, jemandem zu drohen oder irgend etwas an sich zu reißen. Aber Tscharykow sah auch die andere Seite der Angelegenheit, die den impulsiven Aktionen des Kaisers ernstere Bedeutung verlieh, als sie unter anderen Umständen hätten haben können. Vor allem war die deutsche Regierung „über die außerordentlichen Erfolge der japanischen verarbeitenden Industrie erschrocken, die die deutschen Manufakturwaren... von den Märkten des Fernen Ostens... zu verdrängen drohte“<sup>27</sup>.

Die ersten kriegerischen Erfolge des militaristischen Japans erregten in den deutschen imperialistischen Kreisen heftigen Neid und die Befürchtung, daß Japan, falls es ihm gelang, diese Erfolge zu festigen, zum gefährlichsten Konkurrenten im Fernen Osten werde.<sup>28</sup> In dem Bestreben,

<sup>25</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2307, Mumm an Bülow, 13. Juni 1907.

<sup>26</sup> Кикудзиро Исии, «Дипломатические комментарии», Moskau 1942, S. 18.

<sup>27</sup> Архив МИД, К. 18, Blatt 62, Brief Tscharykows an Lobanow-Rostowski (vertraulich), Berlin, 4. April (23. März) 1895.

<sup>28</sup> Siehe M. v. Brandt, „Die Zukunft Ostasiens. Ein Beitrag zur Geschichte

die nationalistischen Instinkte zu entfachen, griff der Alldeutsche Verband zu Losungen von einer neuen Gefahr, der „gelben Gefahr“, die Deutschland, Europa und die ganze Welt bedrohe. Diese minderwertige Losung erhielt Unterstützung von oben. Sie erschien um so bequemer, als sie eine Art ideologischen Vorhang schuf, hinter dem man diplomatische Manöver gegen die verschiedenen europäischen Staaten, die etwaigen Partner der imperialistischen Expansion im Fernen Osten, durchführen konnte. Sogar Marschall, der „Nichtpreuße“, der mit dem Liberalismus zu liebäugeln pflegte, hielt es nicht für unter seiner Würde, sich der billigen alldeutschen Losungen zu bedienen, um seinen Verzicht auf die Politik der „Zurückhaltung“ und seine Bereitschaft zu erklären, mit Rußland und dem verhaßten Frankreich zusammenzugehen. Er versuchte Tscharykow einzureden, die „gelbe Gefahr“ sei eine reale Gefahr und drohe allen europäischen Mächten, die sich deshalb zusammenschließen müßten.<sup>29</sup> Er sprach ferner über die Gefahr der japanischen Handels- und Industriekonkurrenz, eine Gefahr, die noch drohender werde, wenn man zulasse, daß Japan einen „Stützpunkt“ auf dem asiatischen Kontinent besetze. Anders würde es sein, wenn sich die deutsche Regierung dort eines „Stützpunktes“ bemächtigte. Dann könnte sie mit den Japanern eine entschlosseneren Sprache reden. Ferner hatte die deutsche Regierung begriffen, daß der Augenblick anbrach, der das künftige Kräfteverhältnis im Westteil des Stillen Ozeans bestimmte, und sie beschloß, ihn auszunutzen, um ihren Einfluß im Fernen Osten zu festigen. „Wenn diese Informationen stimmen“, schrieb Tscharykow, „so werden die an den Angelegenheiten des Fernen Ostens interessierten europäischen Mächte offenbar vor dem Dilemma stehen: entweder

und zum Verständnis der ostasiatischen Frage“, Stuttgart 1895. Der Verfasser, der ehemalige deutsche Gesandte in Peking, zeigte die Erfolge und die Stärke der japanischen Industrie als Konkurrent der europäischen Großmächte im Fernen Osten. Er rief dazu auf, den Kampf um die Verbesserung der Bedingungen für das Eindringen des deutschen Kapitals nach dem Fernen Osten zu verstärken. Sein Appell an die anderen kapitalistischen Mächte zur „gemeinsamen Verteidigung der gleichen Interessen“ wurde als ein Appell zur Einmischung in den japanisch-chinesischen Krieg aufgefaßt. Brandt wurde von Wilhelm empfangen, auf den dieses kleine Buch starken Eindruck gemacht hatte. Hinzuweisen ist ferner auf die Broschüre von Robert Jannasch, „Die Erschließung von China“, Charlottenburg 1895. Der Verfasser war der Vorsitzende des Zentralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande. Er propagierte die Pläne des Eisenbahnbaus in China. „Im Interesse des deutschen Kapitals liegt es“, so schrieb er, „sich sobald als tunlich an den chinesischen staatlich garantierten Anleihen zu beteiligen, um dadurch der deutschen Industrie Lieferungen zu sichern bzw. die Anlage größerer Industrie- und Verkehrsanlagen in China selbst in die Hand zu nehmen.“ (S. 24.)

<sup>29</sup> Архив МИД, К. 18, Blatt 70, Brief Tscharykows an Lobanow-Rostowski (geheim), Berlin, 8. April (27. März) 1895.



sich den erwähnten territorialen Abtretungen zu widersetzen oder das Prinzip der territorialen Kompensationen im eigenen Interesse anzuwenden.“<sup>30</sup> Aber die deutsche Regierung löste dieses Dilemma, den imperialistischen Kreisen zuliebe, auf eine eigene Art und Weise. Sie beschloß, territoriale Abtretungen Chinas an Japan zu verhindern, um auf diese Weise von China territoriale Kompensationen zum eigenen Nutzen zu erhalten. Sie war um so eher bereit, gemeinsam mit Rußland vorzugehen, als dies die isolierte Stellung Englands unterstrich. Bereits drei Tage nach dem gemeinsamen Schritt in Tokio zum Schutz der territorialen Integrität Chinas setzte Wilhelm Nikolaus II. auseinander, wie er die hohen Prinzipien der „territorialen Kompensation“ verstehe. Er hoffe, so schrieb er an den Zaren, „— ebenso wie ich Dir mit Freuden helfen werde, die Frage einer etwaigen Annexion von Gebietsteilen für Rußland zu lösen —, Du wirst gütigst darauf sehen, daß Deutschland ebenfalls irgendwo, wo es Dich nicht geniert, einen Hafen zu erwerben vermag“<sup>31</sup>. Wo, das wußte der Kaiser damals selbst noch nicht ganz genau.

Während die deutsche Regierung die konkreten Ziele ihrer Politik umriß und versuchte, durch diplomatische Besprechungen mit Rußland ihre Erfüllung zu sichern, wußte niemand, wie die Antwort Japans lauten würde. Ohne genaue Informationen aus Tokio, welchen Eindruck die Teilnahme Deutschlands an der diplomatischen Intervention auf die japanischen Kreise hinterlassen hatte, war schwer vorauszusehen, was weiter zu tun war. Aber Holstein fühlte offenbar als erster, daß der deutschen Diplomatie ihr rabiates und herausforderndes Benehmen in Tokio teuer zu stehen kommen konnte. Er beeilte sich deshalb, eine Linie der weiteren Politik festzulegen, die Japan nicht endgültig abstoßen und ihm zeigen sollte, daß Deutschland keinesfalls die Absicht habe, die Beziehungen zu Japan einseitig zu verschlechtern. „Vielleicht“, so schrieb Marshall nach dem Diktat Holsteins, „kann es uns nach Jahren mal erwünscht sein, uns für irgendeinen gemeinsamen Zweck mit Japan zu verständigen.“<sup>32</sup> Vorläufig aber wurde es als wünschenswert anerkannt, Japan durch Erhöhung der von China zu zahlenden Kontributionen zu befriedigen. Der Plan war folgender: Deutsche Banken sollten China für eine bestimmte Frist eine Anleihe aufzwingen, mit deren Erlös die Pekingener Regierung Japan bezahlen sollte, und dadurch China verpflichten, sich Deutschland gegenüber „besonders erkenntlich“ zu zeigen.

Es ist schwer zu sagen, wer der Urheber dieses Planes war: die deutsche

<sup>30</sup> Архив МИД, К. 18, Blatt 62, Brief Tscharykows an Lobanow-Rostowski (vertraulich), 4. April (23. März) 1895.

<sup>31</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 12.

<sup>32</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2253, Marshall an Kiderlen, 24. April 1895.

Regierung oder die deutschen Banken. Auf jeden Fall haben die Nachrichten darüber, daß Japan China eine Kontribution auferlegen würde, in deutschen Börsenkreisen starke Belebung hervorgerufen. Mehr noch, sie „riefen eine ganze Reihe durchaus geschäftlicher Kombinationen und vor allem das Anziehen des Kurses der Papiere verschiedener deutscher Kreditbanken hervor“<sup>33</sup>. Holstein und Marshall nahmen an, man werde zur Realisierung der Anleihe die deutschen Bankiers mobilisieren müssen. Aber diese konnten offenbar noch nicht davon träumen, aus eigenen Kräften eine Finanzoperation so großen Ausmaßes durchzuführen. Zunächst wären sie zufrieden gewesen, wenn es ihnen gelungen wäre, sich an einem internationalen Konsortium zu beteiligen, das die Anleihe, die durch chinesische Zolleinnahmen gesichert werden sollte, gewähren könnte.

Die Stimmung der deutschen Finanzwelt hob sich, als sie sah, daß die Politik der Regierung im Fernen Osten schon die ersten Vorteile zu bringen begann. Gerade in jenen Tagen, Ende April 1895, wandten sich die chinesischen Behörden, die dringend Mittel für die Bedürfnisse der Nankingprovinz brauchten, an eine Gruppe deutscher Banken mit der Bitte um eine Anleihe. Zwar waren das zweitrangige deutsche Banken (Nationalbank für Deutschland, das Bankhaus von der Heydt und Co. und L. Behrens & Söhne in Hamburg), und auch der Betrag der erbetenen Anleihe war nicht groß: alles in allem nur 30 Millionen Mark. Die Anleihe wurde sofort mit einem Zinsfuß von 6 Prozent abgeschlossen. Aber dieser Beginn erschien vielversprechend, und das um so mehr, als die Vertreter der chinesischen Regierung in Berlin zugleich die Besprechungen über eine Anleihe zur Bezahlung der Kriegskontributionen aufnahmen.<sup>34</sup> An diesen Besprechungen beteiligten sich deutscherseits Vertreter der größten Banken. Die Besprechungen gingen langsam voran, da die Bankiers sich nicht entscheiden konnten, welche Garantien sie von China fordern sollten, während die Chinesen ihre eigenen Gründe hatten, sich nicht allzusehr zu beeilen; sie führten auch gleichzeitig Besprechungen in anderen Hauptstädten: in London, in Petersburg und in Paris. Zur selben Zeit wurde in Berlin bekannt, daß auch die amerikanischen Bankiers von dem Wunsch beseelt waren, die Chinesen durch Knebelanleihen selig zu machen. Deshalb begann die deutsche Regierung einen Druck auf die Bankiers auszuüben, mit dem Ziel, die Besprechungen zu beschleunigen. Aber wie sehr sich die deutschen Anleihegeber auch beeilten, die Chinesen zeigten nach östlicher Sitte keine Eile. Trotzdem blieben die Finanzkreise weiterhin erfolgssicher.

<sup>33</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 119, Depesche Tscharykows (vertraulich), Berlin, 19. (7.) April 1895, Nr. 29.

<sup>34</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 124, Depesche Tscharykows, 26. (14.) April 1895, Nr. 32.

Das spiegelte sich in der Stimmung der gesamten bürgerlichen Presse wider, die sich fast begeistert über den Regierungskurs in den fernöstlichen Angelegenheiten äußerte. Die Regierung, die den imperialistischen Kreisen so gute Dienste geleistet hatte, spürte in dieser Frage keine Unterstützung durch das Junkertum. Nach eigenem Eingeständnis Marshalls beunruhigte ihn sehr der Standpunkt der Bismarck-Fronde.<sup>35</sup> Eine Zeitlang übergang die Bismarcksche Zeitung „Hamburger Nachrichten“ beharrlich die Frage der Fernostpolitik der Regierung. Schließlich, Ende April, brach sie das Schweigen. Sie billigte die Politik der Regierung, aber unter der Bedingung, daß diese im Interesse der Handels-, Industrie- und Finanzkreise betriebene Politik im Einverständnis mit Rußland betrieben werde. Marshall war offensichtlich darüber befriedigt, daß es ihm gelungen war, sowohl bei den einflußreichen Teilen der Großbourgeoisie, die ein so starkes Interesse für den Fernen Osten zeigten, als auch bei einflußreichen Kreisen des Junkertums Unterstützung zu finden.

Andere Kreise jedoch begannen starke Unzufriedenheit zu äußern. Die Sozialdemokratie beschuldigte die Regierung, daß sie durch ihre Einmischung in die japanisch-chinesischen Angelegenheiten lediglich das eine Ziel verfolgt habe, sich beim zaristischen Rußland lieb Kind zu machen. Mit dieser Agitation hätte die Regierung nicht zu rechnen brauchen, wenn sich nicht im gleichen Sinne die dem katholischen Zentrum nahestehende Presse<sup>36</sup> und eine Reihe anderer Zeitungen geäußert hätten. Diese Ausfälle verstärkten sich derart, daß die Regierung gezwungen war, ihre Politik zu verteidigen. Die nationalliberale „Kölnische Zeitung“<sup>37</sup>, die das Auswärtige Amt oftmals als halboffizielles Organ benutzte, brachte auf Anweisung Marshalls<sup>38</sup> einen Artikel, in dem sie behauptete, die deutsche Regierung habe sich ausschließlich im eigenen Interesse in den japanisch-chinesischen Konflikt eingemischt. Interessant ist es, daß als entscheidendes Argument für die Regierungspolitik im Fernen Osten auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß Japan durch England unterstützt werde. Hieraus mußte man die Schlußfolgerung ziehen, daß Deutschland im entgegengesetzten Lager sein müsse.

Da die Banken, die die Unterbringung der Anleihe und andere eventuelle Vorteile, wie etwa Eisenbahnkonzessionen, Rechte auf den Bau von Häfen in China usw., vorausahnten, der Regierungspolitik ihre volle Unter-

<sup>35</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 150, Depesche Tscharykows, Berlin, 2. Mai (20. April) 1895.

<sup>36</sup> „Mündener Allgemeine Zeitung“ vom 19. Mai 1895; Artikel „Zur Beurteilung der deutschen Handelsinteressen in China“.

<sup>37</sup> „Kölnische Zeitung“ vom 19. Mai 1895.

<sup>38</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 177, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 20. (8.) Mai 1895, Nr. 41.

stützung zuteil werden ließen. während das Bismarcklager ihr aus eigenen Erwägungen heraus nicht widersprach, konnte sich die Regierung an die frühere Linie halten. Anfang Mai wurde in Berlin bekannt, daß sich die chinesische Regierung, ohne ihre Besprechungen über eine große Anleihe mit den deutschen Bankiers abzuschließen, nach London gewandt und dort zwei Anleihen erhalten habe. Diese Anleihen waren nicht groß (eine Million Pfund Sterling mit 6 Prozent und 400 000 Pfund Sterling mit 7 Prozent), riefen jedoch unter den deutschen Bankiers starke Unzufriedenheit hervor.<sup>39</sup> Die Besprechungen in Berlin gingen jedoch weiter. Plötzlich kam die Meldung, die chinesische Regierung habe in Paris gegen eine Garantie Rußlands ein Abkommen mit französischen Banken (über eine Summe von 16 Millionen Pfund Sterling) unterzeichnet. Nach dem Zeugnis Osten-Sakens machte diese Nachricht in deutschen Finanz- und politischen Kreisen „den Eindruck eines völlig unvorhergesehenen Ereignisses“<sup>40</sup>. Die deutsche Presse, die ebenso überrascht war wie die ihre Einstellung bestimmenden Banken, änderte sofort den Ton. Während sie früher wohlwollend und selbstzufrieden ausmalte, welche Segnungen für China, Deutschland und die ganze Welt die Beteiligung deutscher Bankhäuser an der Unterbringung der Anleihe bringen werde, begann sie jetzt in gereiztem Tone der Regierung vorzuwerfen, diese habe es nicht verstanden, der russisch-französischen Anleihe durch diplomatische Mittel vorzubeugen und habe sich damit die Gelegenheit entgehen lassen, ein außerordentlich günstiges Finanzgeschäft abzuschließen. Noch kurz vorher hatte die Presse die Weisheit der deutschen Diplomatie gepriesen, die sich in Tokio rechtzeitig dem Schritt Rußlands und Frankreichs angeschlossen hatte. Jetzt empörte sie sich über diese Diplomatie und erklärte, nur finanzielle Vorteile könnten die Beteiligung Deutschlands an einer Kampagne Seite an Seite mit Rußland und Frankreich rechtfertigen. Die von interessierten Finanzkreisen ausgeschalteten Zeitungen begannen in diesem Zusammenhang bereits den allgemeinen außenpolitischen Kurs der Regierung anzugreifen.

Das Auswärtige Amt bemühte sich, die über den Mißerfolg der Bankiers so aufgebraachte Presse zu beruhigen. Aber die offiziöse Presse enthielt sich einer offenen Polemik. Das erklärte sich dadurch, daß Osten-Saken Marschall gebeten hatte, kein Öl ins Feuer zu gießen, solange die Frage der Pariser Anleihe in diplomatischen Besprechungen zwischen Deutschland und Rußland nicht erörtert sei. Marschall versprach, dieser Bitte nach-

<sup>39</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 155, Depesche Tscharykows, Berlin, 2. Mai (20. April) 1895, Nr. 36.

<sup>40</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 190, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 14. (2.) Juni 1895, Nr. 44.

zukommen<sup>41</sup>, aber er konnte nicht lange schweigen. Das Organ des „Königs“ Stumm<sup>42</sup> brachte einen inspirierten Leitartikel, der die Regierung von den gegen sie erhobenen Beschuldigungen reinigen sollte. Das war ein erstaunlicher Artikel. Er versuchte zu beweisen, Deutschland habe angeblich gar nicht die Absicht gehabt, sich an der soeben realisierten Anleihe zu beteiligen. Er behauptete ferner, die deutsche Industrie hätte nichts gewinnen können, wenn die deutschen Banken sich an dieser Anleihe beteiligt hätten, ja, sie hätte sogar verloren, weil die Beteiligung an einem Konsortium gemeinsam mit den französischen Bankhäusern zu einer Überschwemmung des deutschen Geldmarktes mit russischen Wertpapieren geführt hätte. Schließlich behauptete er, die deutsche Regierung habe es angesichts der ungünstigen Aussichten dieser Anleihe verstanden, aus ihr politische Vorteile zu ziehen, indem sie die Anleihe freiwillig Rußland überließ. Das war offensichtlich ein Manöver. Selbst die Londoner „Times“ gab zu, daß die Realisierung der chinesischen Anleihe in Paris einen Erfolg der russischen Politik darstellte.<sup>43</sup> Das begriffen auch die Leiter der deutschen Diplomatie, aber es blieb ihnen nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Im übrigen setzten sie nach dieser Niederlage den Kampf fort. Am gleichen Tage, als sie durch Vermittlung der offiziellen Presse zu beweisen versuchten, daß Deutschland an der chinesischen Anleihe nicht interessiert gewesen sei und sie freiwillig Rußland überlassen habe, wurden aus Berlin an Gutschmid in Tokio Instruktionen geschickt, er möge der japanischen Regierung raten, die Räumung des chinesischen Gebiets unter beliebigem Vorwand zu verzögern.<sup>44</sup> Die deutsche Diplomatie war bestrebt, auf diese Weise die russisch-französische Anleihe zu hintertreiben oder zumindest ihre Verwirklichung zu erschweren. Aber es war bereits zu spät, und alle ihre Versuche waren zum Scheitern verurteilt. Die Finanzkreise und ihre Presse setzten die Angriffe auf die Regierung fort, weil diese sich die Möglichkeit hatte entgehen lassen, an einem so günstigen Geschäft teilzunehmen. Die Angriffe nahmen allmählich auch politische Färbung an. Durch den Erfolg der russischen Politik gereizt, begannen diese Kreise sich für eine Annäherung an England auszusprechen.<sup>45</sup>

Unter dem Einfluß dieser Kreise hatte auch Marschall seinen Standpunkt etwas geändert. Er begann hinter den Kulissen eine Annäherung an

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> „Post“ vom 12. Juni 1895.

<sup>43</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 190, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 14. (2.) Juni 1895, Nr. 44.

<sup>44</sup> G. P., Bd. 9, Nr. 2280, Marschall an Gutschmid, 12. Juni 1895.

<sup>45</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 223, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 26. (14.) Juni 1895, Nr. 48.

Japan zu suchen und machte zugleich kein Hehl aus seiner Bereitschaft, sich England zu nähern. In Gesprächen mit Osten-Saken gab er zu verstehen, daß „das Bestreben einzelner Staaten, isoliert zu handeln“, Deutschland dazu veranlassen könne, eine Annäherung an England zu suchen. Er fand sogar eine materielle Grundlage für diese Annäherung. „Deutschland sieht ebenso wie England die Zeit voraus“, so sagte er, „da das besiegte China erneut seine Aufrüstung aufnimmt, da es sich mit Aufträgen an die europäischen Produktionszentren wenden muß, um eine neue Flotte und Munitionsvorräte zu schaffen. Die Verwirklichung dieser Absichten“, so schloß er, „erblickt die deutsche Regierung in ihren und in englischen Märkten.“<sup>46</sup> Diese Erwägungen wurden fast genau, aber noch ausführlicher in der Finanzpresse wiedergegeben.<sup>47</sup>

Die deutschen Industriellen und die mit ihnen verbundenen Bankkreise verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die Aufträge, die China und Japan

<sup>46</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 229, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 3. Juli (21. Juni) 1895, Nr. 50.

<sup>47</sup> Osten-Saken wurde auf den Artikel „Rußland und die chinesische Anleihe“ in „Das kleine Börsen- und Handelsjournal“ Nr. 177 aufmerksam. Der Verfasser des Artikels behauptete, die Großmächte, die sich an der Lösung der japanisch-chinesischen Frage beteiligten, seien überzeugt gewesen, daß jede von ihnen als Ergebnis der Einmischung gewisse Vorteile erhalten werde. Aber es kam etwas anders. Rußland beschloß, Vorteile nur in seinem Interesse zu ziehen. Die Zeitung verwies darauf, daß das deutsche Auswärtige Amt und das englische Foreign Office versucht hätten, Rußland und das französische Konsortium auf dem Wege der Einwirkung über Peking zu hindern, und behauptete, dieser Schritt sei nicht ohne Folgen gewesen. Ein Zeugnis dafür seien die Drohungen, die aus der russischen Presse ertönten. Aber, so behauptete die Zeitung, man fürchte sich weder in Berlin noch in London vor diesen Drohungen, da die englische Flotte bekanntlich stärker sei als die russische und Deutschland im Falle eines militärischen Zusammenstoßes zum Unterschied von Rußland keine finanzielle Unterstützung aus dem Ausland brauchen werde. Außerdem seien die Chinesen klug genug, um zu begreifen, daß England und Deutschland die größten, besten und günstigsten Lieferanten von Kriegsmaterial seien und daß diese Mächte die größten Geldmittel hätten, um sie anderen Mächten zur Verfügung zu stellen. Deshalb müsse und könne China in Zukunft nur auf England und Deutschland rechnen. Der Handel dieser beiden Mächte habe für China die größte Bedeutung. Nach offiziellen chinesischen Angaben werde die Rolle der deutschen Schiffe im chinesischen Handel auf 6,7 Prozent, die der französischen auf 1,18 Prozent, die der russischen nur auf 0,47 Prozent und die der englischen auf 69 Prozent berechnet. Abschließend schrieb die Zeitung: „Die Solidarität der größten Geldmärkte ist noch größer, als man sich das in Petersburg vorstellt. Die vereinigte Macht der großen englischen und deutschen Geldfirmen ist bereits ihrer Kraft nach recht imposant, sie kann von keinem ernststen Kapitalisten Frankreichs ignoriert werden, wenn auf ihrer Seite außerdem die Autorität der Regierung steht... Kein Staat soll mit leeren Händen ausgehen, aber jeder von ihnen muß sich mit der Beteiligung in dem Maße zufriedengeben, das seiner Lebenskraft entspricht.“

in Europa unterbrachten. Aber für Deutschland fiel von diesen Aufträgen nichts ab.<sup>48</sup>

Durch den Erfolg der russischen Politik in China verärgert, blickten diese Kreise mit Neid auch auf die Erfolge der englischen Politik. Im Herbst 1895 wurde bekannt, daß das englische Kapital eine Konzession für die Eisenbahn Schanghai–Nanking erhalten habe.<sup>49</sup> Als die allgemeine Erregung sich etwas gelegt hatte, tauchte vor den regierenden Kreisen der herrschenden Klassen die Frage auf: Was nun? Im Herbst 1895 wurde Brandt an der Spitze einer Handelsexpedition nach China entsandt. Nachdem sie es nicht verstanden hatten, einen großen selbständigen Erfolg zu erreichen, mußten sich die herrschenden Kreise Deutschlands Gedanken darüber machen, wie sie wenigstens einen Teilerfolg erzielen könnten. Es waren der politische Einfluß Rußlands und der noch immer vorherrschende finanziell-wirtschaftliche Einfluß des englischen Kapitals im Fernen Osten zu berücksichtigen. Das hat auch in den verschiedenen Tendenzen, die in Regierungskreisen zutage traten, seinen Ausdruck gefunden. Während Marschall im Gespräch mit Osten-Saken darauf hinwies, das in der Anleihe umgangene Deutschland müsse die Annäherung an die englischen Kapitalisten suchen, erklärte sich Hohenlohe für einen Anhänger der Annäherung an Rußland und brachte sogar sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß diese Annäherung „den an China interessierten Börsenspekulanten zuliebe“ erschüttert werden könnte.<sup>50</sup> Ende 1895 hatten sich diese Tendenzen endgültig herauskristallisiert. Einerseits nahmen deutsche Banken Besprechungen mit der Londoner City über gemeinsame Verwirklichung finanzieller Bestrebungen in China auf. Auf diesem Wege erreichten sie einen gewissen Erfolg: Am 23. März 1896 unterzeichnete das englisch-deutsche Syndikat mit China ein Abkommen über die Gewährung einer Anleihe (in Höhe von 16 Millionen Pfund Sterling).<sup>51</sup> Andererseits begann die deutsche Regierung, ihre Annäherung an das zaristische Rußland zu betonen, wobei sie weitgehende Ziele verfolgte.

Nachdem in Berlin die Pläne zur Besetzung eines „Stützpunktes“ oder sogar zweier „Stützpunkte“ in China endgültige Formen angenommen hatten, verstärkten sich deutscherseits die Versuche, Rußland unter dem Vorwand der Annäherung zur Expansion im Fernen Osten zu veranlassen. Mit echt deutscher Gründlichkeit hämmerte die deutsche Diplomatie ins

<sup>48</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 296, Depesche Tscharykows, Berlin, 6. September (25. August) 1895, Nr. 67.

<sup>49</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 312, Depesche Tscharykows, Berlin, 4. Oktober (22. September) 1895, Nr. 78.

<sup>50</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 229, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 3. Juli (21. Juni) 1895, Nr. 50.

<sup>51</sup> B. D., Bd. I, Nr. 1, Memorandum, 14. Januar 1905.

Hirn des russischen Zaren den Gedanken an die glänzenden Aussichten ein, die sich ihm eröffnen würden, falls er seine ganze Aufmerksamkeit nach dem Fernen Osten lenkte. Besonders aufdringlich war Wilhelm. „Dies ist“, so schrieb er an Nikolaus II., „offenbar in Zukunft die große Aufgabe für Rußland, seine Aufmerksamkeit dem asiatischen Kontinent zuzuwenden und Europa gegen die Eingriffe der großen gelben Rasse zu verteidigen. Darin wirst Du mich immer an Deiner Seite finden, bereit, Dir nach besten Kräften zu helfen.“ „Ich werde sicherlich alles tun, was in meiner Macht steht“, schrieb er in dem gleichen Brief, „um Europa ruhig zu halten, und auch den Rücken Rußlands decken, so daß niemand Deine Aktion in der Richtung des Fernen Ostens behindern wird.“<sup>52</sup> Er forderte den Zaren auf, dabei zu sein, wenn sich die europäischen Völker gegen die das Christentum bedrohende „gelbe Gefahr“ „im Widerstande gegen das Eingreifen des Buddhismus, des Heidentums und der Barbarei zur Verteidigung des Kreuzes vereinigen“<sup>53</sup>. Dabei betonte er besonders, daß der erfolgreiche Kampf gegen die „gelbe Gefahr“ nur in gemeinsamem Kampf „gegen unsere gemeinsamen inneren Feinde: Anarchismus, Republikanismus, Nihilismus“ geführt werden könne. Er redete auf Nikolaus ein, dieser innere Feind sei in Rußland besonders stark, weil der Zar ein widernatürliches Bündnis mit der französischen Republik eingegangen sei. Er behauptete, daß „die Republikaner Revolutionäre de natura“ seien „und – mit Recht – behandelt werden als Leute, die erschossen oder gehängt werden müssen... Nicky, nimm mein Wort darauf, der Fluch Gottes hat dieses“ (das heißt das französische. A. J.) „Volk für immer getroffen.“<sup>54</sup>

Natürlich erreichten diese halb hysterischen, halb berechneten Beschwörungen des deutschen Kaisers nicht ihr Ziel. Die Bündnisbeziehungen zwischen dem zaristischen Rußland und dem bürgerlichen Frankreich blieben bestehen. Man mußte auch noch andere Register ziehen. „Wenn Du“, so wandte sich Wilhelm an den Zaren, „auf Gedeih und Verderb mit den Franzosen verbündet bist, gut, dann rufe diese verdammten Schufte zur Ordnung und heiße sie stillsitzen.“ Sonst fürchtet er, daß „wir dann in Europa, anstatt für Europa gegen den Osten kämpfen müssen“<sup>55</sup>.

Diese Schlacht „für Europa gegen den Osten“ stellte Wilhelm als eine gemeinsame Aktion europäischer Mächte gegen die „gelbe Gefahr“ hin. Aber die Rolle Deutschlands in dieser „gemeinsamen Aktion“ bestand im Grunde lediglich darin, Rußland zu dieser Aktion anzuspornen. Wilhelm redete dem Zaren immer wieder ein, „daß ich, wenn Rußland im Fernen

<sup>52</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 12.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 22.



Osten ernstlich in Anspruch genommen sein würde, es als meine Pflicht ansähe, Dir den Rücken frei zu halten gegen irgend jemand in Europa und darauf zu sehen, daß alles ruhig bleibt, und daß nichts von meiner Seite aus gegen Frankreich geschehen würde, vorausgesetzt, daß man mich nicht angriffe“<sup>56</sup>. Wilhelm, der Rußland so großzügige Versicherungen gab, teilte zugleich den in Deutschland gefaßten Beschluß mit, „meine Armee bedeutend zu vergrößern“. Das waren die Garantien, die der Kaiser der Westgrenze des zaristischen Rußlands unbedingt und der Ostgrenze der französischen Republik bedingt gewährte. Es war nicht schwer zu begreifen, daß der Kaiser das Ziel verfolgte, Rußland in einen Konflikt mit Japan und möglicherweise auch mit England hineinzuhetzen und Deutschland gleichzeitig die Möglichkeit zu bieten, sich auf eine Auseinandersetzung mit Frankreich vorzubereiten. So sollte in Wirklichkeit die Teilnahme Deutschlands an der historischen „Schlacht für Europa gegen den Osten“ aussehen. Diese beispiellose Opferbereitschaft war so bedeutsam und unschätzbar, daß der Kaiser vom Zaren schon im voraus eine Entschädigung, natürlich auf Kosten Chinas, forderte.

Der Mißerfolg bei der Unterbringung der chinesischen Anleihe hatte das Bestreben des deutschen Kapitals, nach China einzudringen, keinesfalls gedämpft, sondern es vielmehr verstärkt. Im Frühherbst wurden von neuem die Forderungen laut, einen „Stützpunkt“ in China zu erobern. Viele Organe der deutschen Presse begannen lebhaft, die Frage zu erörtern, welcher „Stützpunkt“ in China am geeignetsten sei und wie man ihn am besten in deutsche Hände bekommen könnte. In der zweiten Hälfte des September forderte die deutsche Regierung durch ihr offizielles Organ („Post“), daß die Presse die Erörterung dieser Frage einstelle. Sie gab zu verstehen, daß die öffentliche Erörterung der Eroberungspläne in China es der Regierung erschwere, das gesteckte Ziel zu erreichen.<sup>57</sup>

Und in der Tat suchte die deutsche Regierung lediglich nach einem Vorwand, um zu handeln. In der zweiten Augushälfte erschienen Mitteilungen, daß in China englische und amerikanische Missionare ermordet worden seien. In Berlin hoffte man, daß die englische Regierung diese Gelegenheit ausnutzen werde, um irgendein Stück chinesischen Territoriums an sich zu reißen. Dann hätte man dem englischen Vorbild folgen können. Es stellte sich jedoch heraus, daß die englische Regierung „in diesem Falle“ nicht die Absicht hatte, eine „Aktion“ zu unternehmen.<sup>58</sup> „Das ist Phrase“, bemerkte Wilhelm und gab auf der Stelle den deutschen Kriegsschiffen den Befehl,

<sup>56</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>57</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 300, Depesche Tscharykows, Berlin, 20. (8.) September 1895, Nr. 69.

<sup>58</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3647, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 30. August 1895.

sich vorsorglich in den Raum Weihaiwei<sup>59</sup> zu begeben. Gleichzeitig wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß Rußland die Absicht habe, einen Hafen in Korea zu besetzen. Wilhelm war der Meinung, daß in diesem Fall der geeignetste Augenblick anbreche, um Weihaiwei unverzüglich zu besetzen, „damit uns nicht wie in Afrika der Engländer oder Franzose zuvor- komme“<sup>60</sup>. Er forderte, daß ohne jegliche vorherige Vereinbarung mit den Mächten gehandelt werde. Ein „fait accompli“ (vollendete Tatsache), betonte er damals, werde von den Mächten „stets mehr respektiert als Re- kriminationen“<sup>61</sup>.

Wie tief sinnig auch diese imperialistische Philosophie der „vollendeten Tatsachen“ war, so mußte die deutsche Regierung im vorliegenden Fall doch darauf verzichten, sie in der Praxis anzuwenden. Erstens boten weder Rußland noch England Deutschland einen Anlaß, in China eine Politik der Eroberungen einzuleiten. Zweitens befand sich Weihaiwei als Unterpfand für die chinesische Kontribution im gegebenen Augenblick in den Händen japanischer Militaristen. Es war schlecht möglich, Japan eine verzögerte Räumung des eroberten chinesischen Gebiets zu empfehlen und zugleich als „vollendete Tatsache“ die Eroberung des gleichen Gebiets in Angriff zu nehmen. Das würde so sehr nach einem Abenteuer ausgesehen haben, daß selbst die deutsche Regierung sich seiner enthalten mußte. Schließlich verzichtete der Kaiser, übrigens recht unwillig, auf die Pläne der Besetzung Weihaiweis. Er mußte der Meinung des Reichsmarineamts Gehör schenken, wonach Kiautschou in dem Sortiment der vorgesehenen Ziele der deutschen Eroberungspolitik in China der geeignetste „Stützpunkt“ sei. Damals wurde der Versuch unternommen, sich mit der Peking- er Regierung darüber zu verständigen, ob sie Deutschland nicht einen Hafen oder eine Kohlenstation ablassen wolle. Diese Besprechungen mit China endeten mit einem Mißerfolg. Die Peking- er Regierung begriff, wozu die Befriedigung deutscher Bemühungen führen könnte. Sie begriff, daß, wenn man einer der imperialistischen Mächte den Finger in den Rachen legte, zur Befriedigung der eifersüchtigen Forderungen der anderen die ganze Hand geopfert werden mußte. In der Sprache der hohen Diplomatie und des internationalen Rechts, in der sich die Chinesen notgedrungen ver- ständigen und vervollkommen mußten, wurde das als Bestreben bezeich- net, keinen Präzedenzfall für Vorrechte der einen ausländischen Macht vor der anderen zu schaffen.<sup>62</sup> Daher antworteten die Chinesen auf die deut- schen Bemühungen mit einer höflichen Ablehnung. Auch das Eingreifen

<sup>59</sup> Ebenda (Randbemerkung Wilhelms II.).

<sup>60</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3648, Hohenlohe an Marschall, 1. September 1895.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3659, Schenk an Hohenlohe, 15. Dezember 1895.

des vielerfahrenen Brandt blieb nutzlos. Die Wege zu einem „Stützpunkt“ mußten vom anderen Ende gesucht werden.

Anfang November 1895 kam das Marineamt erneut auf den Gedanken zurück, Tschusan zu besetzen. Aber nun tauchte die Frage auf: Wie wird sich England dazu verhalten? Hohenlohe sprach die Vermutung aus, daß man England an einer anderen Stelle entschädigen könnte. Aber wo? Admiral Knorr schlug vor, England Kamerun abzutreten, das ohnehin keine Einnahmen brachte. Zu dieser Zeit (Ende 1895) war die Aufmerksamkeit der regierenden Kreise jedoch auf Afrika konzentriert, und die deutsche Regierung konnte nicht daran denken, England irgendeinen Teil seines Kolonialbesitzes abzutreten. Im Gegenteil, sie hatte damals die Absicht, in Afrika neue Stücke an sich zu reißen. Deshalb hielt Hohenlohe den Vorschlag, Tschusan gegen Kamerun zu tauschen, für eine „akademische Konversation“<sup>63</sup>.

Die Transvaalkrise hatte die Aufmerksamkeit vorübergehend von den chinesischen Fragen abgelenkt, aber ihr Ausgang sowie das durch sie verursachte nationalistische und imperialistische Fieber verstärkte die Gelüste der herrschenden Klassen Deutschlands, ein Stück chinesischen Territoriums zu erobern. Für die Kampagne wurden alle Hauptorgane der junkerlichen und der bürgerlichen Presse<sup>64</sup>, die Kolonialvereine<sup>65</sup> und natürlich der Alldeutsche Verband eingespannt. Trotzdem vermochte die deutsche Regierung weder eine günstige diplomatische Situation zu schaffen noch die Ziele konkret zu umreißen. Zwar war es Wilhelm offenbar gelungen, die Zustimmung des Zaren dazu zu erhalten, daß China eine Kohlenstation an Deutschland abtrete, aber nur in der allgemeinsten und unbestimmtesten Form. Wann und wo, diese Fragen blieben unbeantwortet. Im Auswärtigen Amt war man der Auffassung, daß die Einstellung Rußlands zu den Bemühungen Deutschlands um so günstiger sein werde, je südlicher diese Bemühungen angesetzt wurden. Dort begriff man ferner, daß England umgekehrt diesen Bemühungen um so weniger widersprechen würde, je nördlicher der von den Deutschen gewählte „Stützpunkt“ gelegen sein würde. Zugleich hielt es die deutsche Regierung für notwendig, sich auch einer wohlwollenden Haltung Japans zu versichern.

<sup>63</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3656, Aufzeichnung Hohenlohcs, 11. November 1895.

<sup>64</sup> An dieser Kampagne beteiligten sich die junkerlichen Blätter „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“, die liberale „Frankfurter Zeitung“, die Zeitungen des katholischen Südens „Münchener Neueste Nachrichten“ und „Münchener Allgemeine Zeitung“, die Bismarckschen „Hamburger Nachrichten“ sowie die großen Provinzzeitungen „Hamburger Korrespondent“, „Hannoverscher Kurier“ und „Magdeburger Zeitung“. (Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3662, Notiz Klehmets, 18. März 1896.)

<sup>65</sup> Zum Beispiel „Verein für Handelsgeographie und Kolonialpolitik in Deutschland“.

Marschall, der noch vor kurzem zum Kampf gegen die „gelbe Gefahr“ aufgerufen hatte, begann öffentlich Komplimente an die Adresse Japans zu richten. In einer Reichtagsrede bezeichnete er es als eine „kräftig aufblühende Nation“, die „immer auf die Sympathie der deutschen Nation rechnen“ kann.<sup>66</sup> Die Versuche einer Annäherung an Japan fanden auch in den Besprechungen über die Bedingungen für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages ihren Ausdruck. Japan gelang es, sich einige wirtschaftliche Vorteile auszubedingen.<sup>67</sup> Der Standpunkt Chinas jedoch blieb der alte. Zwar erfreuten die deutschen Konsuln in China ihre Regierung durch Meldungen, wonach die Bevölkerung Chinas, falls Deutschland die Eroberung irgendeines Hafens anpacke, dies „mindestens gleichgültig“ aufnehmen würde. Aber diese Meldungen brachten die deutschen Imperialisten ihrem Ziel nicht näher. Die Versuche einer Verständigung mit der Pekinger Regierung dauerten an.

Im Sommer 1896 kam der einflußreiche Li Hung-tschang, der die europäischen Hauptstädte bereiste, auch nach Berlin. Hier erwartete den chine-

<sup>66</sup> Reichstag, 18. März 1896, Bd. II, S. 1540.

<sup>67</sup> Der Handelsvertrag mit Japan unterschied sich wesentlich von dem alten, im Jahre 1869 abgeschlossenen Vertrag. Nach den Bedingungen des neuen Vertrages erhielt Japan die Möglichkeit, die von den aus Deutschland eingeführten Waren erhobenen Zölle von 3—5 Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen. Deutschland verzichtete auf die Rechte der Extraterritorialität in Japan sowie auf das Recht, in Japan Grundbesitz zu erwerben. Die deutsche Bourgeoisie und ihre politischen Parteien erklärten sich schweren Herzens bereit, die neuen Bedingungen des japanisch-deutschen Vertrages anzunehmen. Der nationalliberale Abgeordnete Heyl zu Herrnsheim erklärte im Reichstag, daß Deutschland, das an der Gesamteinfuhr Japans mit 6,7 Prozent (gegen England mit 35 Prozent) beteiligt war, den japanischen Markt brauche, insbesondere, da es mit wachsenden Schwierigkeiten beim Vordringen auf dem amerikanischen Markt (MacKinley-Zoll) rechnen müsse. Die deutschen herrschenden Kreise und die Regierung mußten ferner damit rechnen, daß Japan soeben den Krieg gegen China siegreich beendet und damit seine wachsende militärische Macht gezeigt hatte. Ein Abgeordneter der Rechten, Münch-Färber, erklärte, der neue Vertrag mit Japan füge dem deutschen Handel Schaden zu, aber die Erfolge Japans seien so groß, daß die ausländischen Mächte die Interessen Japans berücksichtigen mußten. Er verwies darauf, daß der neue Vertrag besonderen Schaden deutschen Exportwaren wie Wollwaren, reinwollenen Flanellen, wollenen Garnen, Anilinfarben und verschiedenen Eisenartikeln zufügen könne. Vor allem bedauerte er aber, daß unter die im Tarif festgelegten Artikel der Alkohol nicht aufgenommen war. „Derselbe bildet“, so sagte er, „einen wichtigen und ausschließlich deutschen Exportartikel, welchem bei mäßigen Zöllen eine sehr gute Zukunft noch bevorsteht.“ Auch der Führer der extremsten Protektionisten des junkerlichen Lagers, Kanitz, setzte sich für die Annahme des Vertrages ein. Der japanisch-deutsche Vertrag wurde mit Stimmenmehrheit genehmigt, obwohl viele darauf hinwiesen, daß Deutschland, da man schwer voraussehen könne, wie er sich auswirken werde, in eine Lage gerate, bei der es, wie Heyl sich ausdrückte, „die Katze im Sack kaufen“ müsse. (Siehe Reichstag, 6. und 8. Juni 1896, Bd. IV, S. 2456—2466.)

sischen Würdenträger ein prunkvoller Empfang. Li Hung-tschang wollte für China das Recht durchsetzen, die Seezölle etwas zu erhöhen. Er wies nach, daß China andernfalls eine furchtbare finanzielle Zerrüttung drohe. Er bat die deutsche Regierung, seine Forderungen zu unterstützen. Eine Erhöhung der Seezölle in China hätte die englischen Kapitalisten am stärksten getroffen. Aber auch die deutschen Exporteure konnten an einer solchen Erhöhung nicht interessiert sein. Marshall antwortete Li Hung-tschang nicht mit einer einfachen Ablehnung. Er fragte ihn, was China dafür biete. Ehe der chinesische Würdenträger seine Vorschläge formulieren konnte, formulierte er selbst die „unabweisliche Forderung Deutschlands“: „Wir müssen“, so erklärte er, „in den chinesischen Gewässern eine Station besitzen mit einem geräumigen Hafen und einer Umgebung, welche die Anlage einer Kohlenstation, die Errichtung von Docks und von Befestigungen zu ihrem Schutze ermögliche.“ Kurzum, bei Li Hung-tschang sollte kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschland die Absicht hatte, sich auf chinesischem Gebiet bequem, fest und mit großen Annehmlichkeiten niederzulassen. Ferner forderte Marshall, daß die chinesische Regierung der Deutsch-Ostasiatischen Bank die Konzession für die Eisenbahn Schanghai–Nanking gewähre und das deutsche Kapital überhaupt zum Eisenbahnbau in China heranziehe. Li Hung-tschang tat so, als nehme er den Vorschlag über die Heranziehung deutschen Kapitals nach China mit großem Interesse auf. Zugleich aber wich er der Forderung nach einer Kohlenstation „mit einer Umgebung“ recht klar aus. Somit endete auch dieser Versuch mit einem Mißerfolg.<sup>68</sup>

Günstiger schienen die Besprechungen mit dem chinesischen Gesandten Hsü Tsching-tscheng (er war in Berlin und in Petersburg zugleich akkreditiert) auszulaufen. Zwar betonte dieser, daß er der Peking-Regierung nicht offen empfehlen könne, Deutschland nachzugeben und seine Ansuchen zu befriedigen — er könne es nicht, wie er zugab, aus Furcht, „von den Schreibern als Verräter betrachtet zu werden“. Aber er gab den Deutschen einen guten Ratschlag, wie sie handeln müßten, um einen Erfolg zu erreichen. Sie müßten, so erklärte er, in China „ein wenig Gewalt“ anwenden.<sup>69</sup> Diese Ratschläge entsprachen voll und ganz den Bestrebungen der deutschen Regierung. Durch dringliche Forderungen einflußreicher imperialistischer Gruppen angespornt, mußte sie ihre völlige Unfähigkeit eingestehen, China ihren Willen durch diplomatische Mittel aufzuzwingen. Der Gesandte in Peking, Freiherr von Heyking, teilte mit, daß alle seine Versuche, China die deutschen Forderungen aufzuzwingen, erfolglos blie-

<sup>68</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3663. Aufzeichnung Marshalls, 19. Juni 1896.

<sup>69</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3661, Radolin an Hohenlohe, 15. Februar 1896.

ben. Er hatte die höflichen chinesischen Zeremonien satt, mit deren Hilfe die Pekingener Regierung seinen aufdringlichen Forderungen so geschickt auswich, und bald darauf kam er zu der Schlußfolgerung (durch die er seinen eigenen Bankrott eingestand), daß er seine diplomatische Mission ohne Anwendung militärischer Gewalt nicht durchführen könne. Ende November 1896 sprach sich auch Hohenlohe dafür aus, die Besprechungen mit China und das Anbändeln mit dem Kaiser von China einzustellen (Wilhelm hatte die Absicht, diesem als Vorschuß den höchsten Orden vom Schwarzen Adler zu senden) und die Aktionen auf dem „Weg der Gewalt“ zu beginnen. Der Kaiser erklärte sich sofort einverstanden. „Verhandelt ist genug worden!“ schrieb er auf das Referat Hohenlohes. „*Verhandeln!* nachdem der *Chinesische* Gesandte *selbst* uns zur *Gewalt* rät und Heyking desgleichen! Das wäre geradezu lächerlich! Nein! Jetzt heißt es Schiffe konzentriert, Amoy oder Kiao-chou genommen, Flagge gehißt und dann verhandelt!“<sup>70</sup> Zu diesem Zeitpunkt war in Berlin bereits ein Bericht Tirpitz' über die „Stützpunkte“ in China eingegangen.<sup>71</sup> Tirpitz, der sich in Erwartung seiner hohen Ernennung im Fernen Osten befand, war nicht untätig gewesen. Ein deutsches Geschwader hatte unter seinem Kommando (ohne Genehmigung der chinesischen Regierung) die Buchten Tschifu und Kiautschou untersucht. Damals war Tirpitz zu der Schlußfolgerung gekommen, daß gerade Kiautschou der geeignetste Platz zur Schaffung eines Stützpunktes sei. Admiral Knorr, der die Flotte befehligte, stimmte ihm zu, um so mehr, als er erfuhr, daß im Hinterland von Kiautschou große Vorkommen an Kohle, Eisen und anderen Mineralien vorhanden waren.<sup>72</sup>

Das Eroberungsziel in China wurde auf einer besonderen Regierungsbesprechung beim Kaiser endgültig festgelegt.<sup>73</sup> Hier wurde beschlossen, irgendeinen Vorwand auszunutzen, um als Repressalie ein Stück chinesischen Territoriums zu besetzen, und erst dann, nachdem die ganze Welt vor die vollendete Tatsache gestellt war, Besprechungen mit der Pekingener Regierung aufzunehmen und sie zu zwingen, diesen Eroberungsakt durch eine formelle Abmachung zu decken. Die Teilnehmer der Beratung waren überzeugt, daß sie nicht lange auf den gewünschten Vorwand zu warten brauchten. Zur technischen Vorbereitung der Besetzung der Kiautschoubucht wurde als Tourist der Marineingenieur Franzius entsandt. Zugleich

<sup>70</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 281/282.

<sup>71</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3664, Heyking an Hohenlohe, 22. August 1896.

<sup>72</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3665, Aufzeichnung Knorrs, 9. November 1896.

<sup>73</sup> An dieser Beratung nahmen Hohenlohe, Marshall, der Chef des Marinekabinetts, Freiherr von Senden, Admiral Hollmann und ein Vertreter des Leiters des Militärkabinetts teil. (Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 282.)

wurden an Heyking Instruktionen geschickt, daß er „seine besondere Aufmerksamkeit auf die Ermittlung einer zu einem Vorgehen geeigneten Gelegenheit richtet“<sup>74</sup>. Dabei wurde in Berlin im voraus festgelegt, daß der erwünschte Vorwand für eine Aktion „zum Beispiel in den Verhältnissen unserer Missionare“ gefunden werden könne.<sup>75</sup> Das war eine erstaunliche Voraussicht. Sie zeugte davon, daß die deutsche Diplomatie zur Erreichung imperialistischer Ziele den Weg der Abenteuer und der Provokation großen Maßstabs beschritten hatte.

## 2

Das war die Politik des deutschen Imperialismus im Fernen Osten, als Bülow, der die Leitung des Auswärtigen Amtes übernommen hatte, die Erreichung der dort schon früher gesteckten Ziele sichern sollte. Da das Hauptziel – die Eroberung Kiautschous – festgelegt war, mußte Bülow die diplomatische Vorbereitung vom russischen Ende aus aufnehmen. Bereits vor seinem Dienstantritt konnte sich die deutsche Diplomatie davon überzeugen, daß die Zarenregierung ein gewisses Interesse für Kiautschou zeigte. Anfang 1896 stellte der deutsche Gesandte in Peking im Gespräch mit dem russischen Diplomaten Cassini fest, daß Kiautschou von Rußland als Winterstandort für seine Flotte benutzt wurde und daß die Zarenregierung auf diesen Anlegeplatz nicht zu verzichten beabsichtige, solange kein anderer geeigneter Hafen in Korea gefunden war.<sup>76</sup> Anfang Juli 1897 warf Radolin in Petersburg erneut die Frage Kiautschous auf, aber auch diesmal ohne besondere Ergebnisse.<sup>77</sup> Zwar versicherte Cassini (er war damals in Petersburg) Radolin, daß er das Bestreben der deutschen Regierung verstehe, einen „Stützpunkt“ in China zu erwerben, und sich sogar wundere, daß sich die Sache so in die Länge ziehe. Gleichzeitig aber zeigten weder Cassini noch Murawjow irgendwelche Bereitschaft, die deutschen Bemühungen um Kiautschou zu unterstützen. Bei Radolin entstand der Eindruck, daß die russische Flotte beabsichtige, den kommenden Winter in dieser chinesischen Bucht zu verbringen. Statt einer Unterstützung für die Besetzung dieser von den Deutschen ins Auge gefaßten Bucht erhielt Radolin den Ratsschlag, den „Stützpunkt“ „etwas weiter im Süden“ zu suchen und noch besser „abzuwarten“.

<sup>74</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3669, Aufzeichnung Klemets, 28. November 1896.

<sup>75</sup> Ebenda.

<sup>76</sup> «Красный архив», Bd. LII, S. 103, Notiz des russischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, 23. (11.) November 1897.

<sup>77</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3677, Radolin an Hohenlohe, 8. Juli 1897.

Die deutsche Regierung wollte jedoch nicht warten. In Regierungskreisen war man vielmehr der Meinung, daß man sich beeilen müsse. Die „Sammlungspolitik“ brauchte irgendeinen großen und effektvollen Erfolg auf dem Gebiet der „Weltpolitik“. Es wurde beschlossen, die Lösung der Frage zu beschleunigen und sich zu diesem Zweck mit Rußland zu verständigen. Anfang August stand die Gegenvisite des deutschen Kaisers beim Zaren bevor, und die herrschenden Kreise in Deutschland erwarteten, daß diese Visite nicht ergebnislos bleiben würde. Die deutsche Presse warnte vor übermäßig großen Erwartungen. Die nationalliberale „Nationalzeitung“ schrieb, daß „gegen solche Erwartungen ein wesentlicher Faktor spricht: . . . eine völlige Freundschaft . . . ist zwischen Slawen und Deutschen wohl kaum möglich“<sup>78</sup>. Aber auch diese Zeitung unterstrich wie alle anderen, daß die bevorstehenden russisch-deutschen Besprechungen praktische Ergebnisse gerade in Angelegenheiten des Fernen Ostens haben mußten.

Am 7. August traf Wilhelm in Begleitung Hohenlohes und Bülow in Peterhof ein. Hier begannen Besprechungen über eine Reihe von Fragen. Der Zar brachte die Befürchtung zum Ausdruck, daß die sich bessernden politischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland durch Unstimmigkeiten in wirtschaftlichen Fragen untergraben werden könnten. Witte sprach über dieses Thema noch bestimmter. Er erklärte, die russische Regierung werde sich in den Beziehungen zu Deutschland an die Politik der bestehenden Handelsverträge halten; denn ein Nachgeben könnte die deutschen Agrarier nur veranlassen, neue und immer neue Forderungen vorzubringen, die schließlich zu einem neuen Wirtschaftskrieg zwischen Rußland und Deutschland führen würden. Er schlug vor, die Regierungen der beiden Länder sollten künftig die von ihnen auf dem Gebiet der Handels- und der Zollpolitik vorgesehenen Maßnahmen im voraus miteinander abstimmen. Deutscherseits wurde der Versuch unternommen, Rußland für den Kampf gegen die Schutzzollpolitik der USA in Form der Schaffung einer „europäischen Zollunion“ zu gewinnen. Aber weder der Zar noch Murawjow zeigten besonderes Interesse für diese „Idee“. In Fragen des Nahen Ostens wurde der schon früher fixierte Standpunkt bestätigt: die Politik des Status quo und Widerstand gegen die englische Politik, die unter dem Vorwand von Reformen in der Türkei ihre besonderen Ziele verfolgte.<sup>79</sup> Aber die Hauptfrage der Besprechungen waren die fernöstlichen Angelegenheiten, genauer gesagt die Frage Kiautschous.<sup>80</sup> Die Initia-

<sup>78</sup> „Nationalzeitung“ vom 5. August 1897. (Siehe ferner Архив МИД, К. 21, Blatt 201, Depesche Palens, Berlin, 6. August [25. Juli] 1897.)

<sup>79</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3438, Bülow an das Auswärtige Amt, 10. August 1897.

<sup>80</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3679, Bülow an das Auswärtige Amt, 11. August 1897; Nr. 3680, Aufzeichnung Bülow, 17. August 1897.



tive ging von den Deutschen aus. Wilhelm fragte den Zaren, „ob Rußland Absichten auf Kiautschou habe“. Nikolaus antwortete, „Rußland habe“ in der Tat „ein Interesse daran, sich den Zutritt zu dieser Bucht so lange zu sichern, bis es über einen anderen, nördlicher gelegenen und schon ins Auge gefaßten Hafen... disponieren werde“. Nun fragte Wilhelm, ob der Zar widersprechen würde, falls „deutsche Kriegsschiffe... im Bedürfnisfalle und nach eingeholter Erlaubnis der russischen Marinebehörden in der Kiautschoubucht vor Anker gingen“. Auf diese Frage antwortete der Zar verneinend. Hohenlohe fixierte dieses Gespräch und zeigte seine Niederschrift Murawjow. Als Murawjow Einsicht in diese Niederschrift genommen hatte, bemerkte er, daß „Rußland nicht die Absicht habe, die Kiautschoubucht definitiv zu behalten, wenn er auch noch nicht sagen könne, wann dasselbe in der Lage sein werde, die Bucht zu räumen“. Murawjow soll angeblich hinzugefügt haben, „nach erfolgter Räumung wünsche Rußland uns die Kiautschoubucht zuzuwenden, schon damit England nicht Hand auf dieselbe lege“.

Auf diese Weise war es der deutschen Diplomatie in Peterhof nicht gelungen, die Zustimmung Rußlands zu der Besetzung Kiautschous zu erhalten. Das Höchste, was sie erreichen konnte, waren die Versprechen, ein vorübergehendes Einlaufen deutscher Schiffe in den chinesischen Hafen nicht zu verhindern. Immerhin war es ein kleines „Schlupfloch“<sup>81</sup>, und die deutsche Regierung beschloß, sich die Möglichkeit, es zu benutzen (und zwar nicht in ferner Zukunft, sondern auf der Stelle), nicht entgehen zu lassen. Ende September teilte sie bereits nach Petersburg mit, daß sie „in Gemäßheit der Peterhofer Besprechungen“ die Absicht habe, die chinesische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß sie im kommenden Winter „im Notfalle zeitweilig kaiserliche Kriegsschiffe in der Kiautschoubucht vor Anker gehen“ lassen werde. Als Radolin diese Mitteilung an Murawjow richtete, fügte er hinzu, „selbstverständlich würde dies jeweilig erst nach Benehmen mit dem dortigen russischen Befehlshaber geschehen“. Murawjow gab keine Antwort.<sup>82</sup> Einen Monat später, Ende Oktober, erschien Heyking im Tsungli-Yamen<sup>82a</sup> und warf die Frage einer deutschen Marinestation an der chinesischen Küste wieder auf. Aber diesmal sprach er bestimmter. Den Berichten chinesischer Würdenträger zufolge versuchte er beharrlich, „die Genehmigung für ein deutsches Geschwader zu erhalten, den Winter in Kiautschou zu verbringen“. Dabei weigerte er sich, die Frage zu beantworten, wie

<sup>81</sup> Б. А. Романов, «Россия в Маньчжурии (1892—1906)». Очерки по истории внешней политики самодержавия в эпоху империализма, Leningrad 1928, S. 181.

<sup>82</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3682, Radolin an Hohenlohe, 21. September 1897.

<sup>82a</sup> Amt für Auswärtige Angelegenheiten.

lange die deutschen Kriegsschiffe beabsichtigten, in Kiautschou zu bleiben. Er berief sich lediglich darauf, daß sich die deutsche Regierung darüber angeblich mit Rußland verständigt habe. Diese Mitteilung machte auf die Chinesen, wie Heyking hervorhob, „sichtlich tiefen Eindruck“. „Das geht doch aber die Russen gar nichts an“, rief Li Hung-tschang aus, „Kiautschou ist doch chinesisches Gebiet“. Heyking weigerte sich, dieses Thema zu erörtern und hielt seine Mission für erledigt. Er fragte nur, ob er während seiner Reise die Kiautschoubucht „in Form einer Spazierfahrt“ auf einem Kriegsschiff besuchen dürfe. Als er eine positive Antwort erhalten hatte, begab er sich „auf die Reise“<sup>83</sup>.

Während der Reise suchte Heyking offenbar nach einem Vorwand, um die Chinesen zu irgendeinem „Zwischenfall“ zu provozieren. Als er sich in Wutschang befand, suchte er den Generalgouverneur Tschang Tschin-dun auf und forderte von ihm plötzlich in schärfster und gröbster Form eine Erklärung, warum die chinesischen Behörden dem belgischen Kapital eine Konzession für die Eisenbahn Hankau–Peking gegeben hätten. Zu gleicher Zeit begannen die deutschen Matrosen und Offiziere von dem im Hafen von Wutschang liegenden Kreuzer „Kormoran“ die chinesische Menge auf der Straße zu provozieren. Die Bevölkerung der chinesischen Häfen hatte bereits mehr als einmal Gelegenheit gehabt, die wilden Sitten und das herausfordernde Benehmen der in Uniform der englischen, deutschen oder amerikanischen Marine gekleideten weißhäutigen Seeleute kennenzulernen. Sie war bereits vieles gewöhnt. Aber diesmal brachten die provokatorischen Ausfälle der deutschen Offiziere und Seeleute offenbar den Becher der Geduld zum Überlaufen, und irgend jemand aus der chinesischen Menge warf einige Dreckklumpen auf die Deutschen. Unter anderen Umständen hätte dieser ganze „Zwischenfall“ nicht mehr Bedeutung gehabt als jener Klumpen Dreck selbst, mit dem die deutschen Matrosen verdienstlicherweise beworfen wurden. Aber der offensichtlich sehr erfreute Heyking stellte diesen unbedeutenden Zwischenfall vorsätzlich als politisch bedeutsam hin und forderte von Tschang Tschin-dun Genugtuung, und zwar in der für China erniedrigendsten Form. Die chinesische Artillerie in den Forts von Wutschang mußte Salut zu Ehren der deutschen Flagge schießen. Heyking beruhigte sich jedoch nicht. Die deutschen Residenten gingen daran, diesen Zwischenfall eifrig breitzutreten, und viele ausländische Beobachter waren überzeugt, daß gerade dieses große Ereignis von Wutschang – der geworfene Dreckklumpen – von Deutschland bald als Vorwand ausgenutzt werden würde, um irgendeinen der chinesischen Häfen zu besetzen. Aber bald kam die Meldung von einem anderen „Zwischenfall“, der bedeutsamer und vor

<sup>83</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 35, Depesche Pawlows, Peking, 1. November (20. Oktober) 1897, Nr. 31.

allem geeigneter war, um von Deutschland zur Verwirklichung seiner Eroberungspläne in China ausgenutzt zu werden.<sup>84</sup>

Am 4. November wurden in der Nähe von Dsü-je, östlich von Tsaudschou-fu, im Süden der Schantungprovinz, zwei deutsche katholische Missionare getötet. Der Mord ging unter sehr verdächtigen Umständen vor sich: entweder durch die über die provokatorischen Ausfälle der Missionare aufgeregte Menge oder durch irgendeine Räuberbande.<sup>85</sup> Wie dem auch sei, der Mordfall selbst stimmte verblüffend mit der in Berlin schon vorher festgelegten Instruktion überein, den Vorwand „zum Beispiel in den Verhältnissen unserer Missionare“ zu suchen.<sup>86</sup> Als die Nachricht von diesem Mord in Peking eintraf, sagte der Sekretär der deutschen Mission, von Prittwitz, der offenbar nicht in alle Feinheiten der provokatorischen Pläne der deutschen Diplomatie eingeweiht war, ruhig zu Pawlow: „Dieser Fall steht in keinerlei Beziehung zu der eigentlichen Missionarfrage und stellt einen der üblichen Raubüberfälle in Verbindung mit Raubmord dar.“ In gleicher Weise wurde dieser Mord auch von den Ministern des Tsungli-Yamens eingeschätzt. Schließlich erkundigte sich das rangälteste Mitglied der katholischen Mission in Peking, Abbé Favier, beim Provikar der deutschen katholischen Mission in Schantung nach allen Einzelheiten des Mordes. Die von ihm erhaltene Antwort bestätigte die im Tsungli-Yamen und in der deutschen Mission vorliegenden Meldungen. Nichtsdestoweniger erklärte von Prittwitz zu Pawlow, daß „die Angelegenheit recht ernst erscheint und zu Komplikationen zwischen Deutschland und China führen kann“.

<sup>84</sup> Zu gleicher Zeit teilte der russische Geschäftsträger in Peking, Pawlow, der die Tätigkeit der deutschen Diplomatie in China scharf beobachtete, mit: „... Die ganze Handlungsweise des deutschen Gesandten in der letzten Zeit und vor allem in Fortsetzung seiner gegenwärtigen Reise durch die Häfen Chinas bringt unwillkürlich auf den Gedanken, daß Freiherr von Heyking gleichsam bewußt sich bemühte, einen Zwischenfall hervorzurufen, der Deutschland zum Vorwand für energische Handlungen feindseligen Charakters dienen könnte.“ (*«Красный архив»*, Bd. LXXXVII, S. 43, Meldung Pawlows, Peking, 14. [2.] November 1897, Nr. 32.) Ein anderer Zeitgenosse, der sich damals in Peking befand, der Sekretär der russischen Mission, Solowjow, schrieb in Erinnerung an die deutsche Politik in China: „Das ganze Jahr 1897 stand in Peking im Zeichen der Erwartung einer Aktion Deutschlands. Die Deutschen suchten nach dem geringsten Vorwand, um einen Zwischenfall hervorzurufen und ihn in ihrem Sinne auszunutzen, mit anderen Worten, wenigstens den Schein eines Rechts zu finden, um zur Politik der Eroberungen in dem sich ohnmächtig erweisenden China überzugehen... Endlich, im Oktober (November) 1897, hatten die Deutschen, wie die Pekingler Kollegen Heykings zynisch bemerkten, Glück.“ (Ю. Соловьев, *«25 лет моей дипломатической службы»*, S. 55/56.)

<sup>85</sup> Djang Feng-djen, „The Diplomatic Relations between China and Germany since 1898“, Shanghai 1936, S. 11.

<sup>86</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3669. Notiz Klehmets, 28. November 1896.

Er wurde erst so gescheit, nachdem er eine telegrafische Instruktion von dem deutschen Gesandten Freiherrn von Heyking aus Hankau erhalten hatte.<sup>87</sup>

Die Gefahr witternde Peking Regierung gab, kaum daß sie die Meldung von den Vorfällen in Schantung erhalten hatte, ihrem Gesandten in Berlin, Hsü Tsching-tscheng, eiligst die Anweisung, der deutschen Regierung tiefstes Mitleid auszusprechen und zu versichern, daß China bereit sei, weitgehende Genugtuung zu geben. Aber im Auswärtigen Amt wurde er „äußerst streng“ empfangen. Man erklärte ihm, „die deutsche Regierung, die dem Vorfall besonders große Bedeutung beimißt, könne sich mit der üblichen Genugtuung nicht zufriedengeben, sie habe entsprechende Instruktionen ihrem Gesandten in China gegeben, der unverzüglich nach Peking zurückkehren und Besprechungen aufnehmen soll; sollten diese Besprechungen zu keinem befriedigenden Resultat führen, werde der fragliche Zwischenfall für China die schwersten Folgen haben“<sup>88</sup>. In diesen Tagen war die deutsche Presse über die von der Regierung vorbereiteten Ereignisse offenbar noch nicht informiert. Die chinesischen Fragen fesselten ihre Aufmerksamkeit nicht mehr als sonst. Die alldeutsche Presse erörterte relativ ruhig die Frage, wie wichtig es sei, daß Deutschland in China einen Seehafen für die Flotte erwerbe, forderte jedoch, daß die Regierung die Sache nicht auf die lange Bank schiebe und „fest genug auftrete“. Den ersten Meldungen über die Vorfälle in Wutschang und Schantung wurde keine besonders große Bedeutung beigemessen, und erst etwas später schrieb das alldeutsche Organ: „So ist hinreichend Anlaß gegeben, mit den Herren Chinesen ein sehr ernstes Wort zu sprechen und diese Vorkommnisse zur Forderung einer Landabtretung zur Anlage einer deutschen Flotten- und Kohlenstation zu benutzen. Nur eine ernste Lehre, die man den bezopften Söhnen des Himmels zuteil werden läßt, wird imstande sein, Leben und Eigentum der in China wohnenden Deutschen auf die Dauer zu schützen.“<sup>89</sup> Im gleichen Sinne äußerte sich auch das Hauptorgan der reaktionär-junkerlichen Kreise, die „Kreuzzeitung“.<sup>90</sup>

<sup>87</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 42, Bericht Pawlows, Peking, 14. (2.) November 1897, Nr. 32.

<sup>88</sup> Ebenda.

<sup>89</sup> Siehe den Artikel „Eine deutsche Flottenstation in China. Nachschrift“ in den „Alldeutschen Blättern“ vom 14. November 1897, Nr. 46. Dieser Artikel wurde am gleichen Tage veröffentlicht, als die deutschen Landungstruppen Kiautschou bereits besetzt hatten.

<sup>90</sup> Einige Tage nach der Ermordung der Missionare in China schrieb die „Kreuzzeitung“: „Der Augenblick, eine feste Position auf chinesischem Boden zu gewinnen, wie wir sie längst schon hätten haben müssen, ist damit gegeben. Es wäre uns absolut unverständlich, wenn nicht endlich durch entschlossenes Zugreifen die Frage ein für allemal so erledigt wird, daß unser Handel und unsere

Die Regierung hatte jedoch schon vorher zu handeln begonnen. Als Wilhelm (er befand sich in diesem Augenblick auf der Jagd beim Fürsten Pleß in Schlesien) von dem Mord an den Missionaren erfuhr, gab er dem Kommandeur des pazifischen Geschwaders, Admiral Diederichs, den Befehl, Kiautschou unverzüglich zu besetzen. Er schrieb ihm vor: „Größte Energie geboten.“<sup>01</sup> Er forderte die „schwersten Repressalien“ gegen China und war besonders darüber zufrieden, daß man den in Vorbereitung begriffenen Eroberungsakt im Fernen Osten als einen Akt zur Verteidigung der katholischen Missionare darstellen konnte.<sup>02</sup> Damit hoffte er den deutschen Katholizismus auf die Seite der imperialistischen Politik zu ziehen. Seine Unterstützung brauchte er im Augenblick besonders notwendig, um das Tirpitzsche Flottenprogramm erfolgreich durchzuführen. Gerade zu dieser Zeit (wahrscheinlich war es kein bloßes Zusammentreffen) weilte der Chef der katholischen Mission in Schantung, Bischof Anzer, in Berlin. In seiner Person fanden die imperialistischen Gelüste des Kaisers die entschlossenste Unterstützung. Als er von den Ereignissen in Schantung erfuhr, zeigte Anzer nicht so sehr Trauer über das Ende seiner Missionare als vielmehr Freude darüber, daß endlich der Vorwand gefunden war, den man, wie er sagte, benutzen könne, „Kiautschou zu besetzen, weitaus den besten und am meisten entwicklungsfähigen Stützpunkt für uns in jeder Hinsicht“. Einige Tage später wurde Anzer von Wilhelm empfangen und erklärte ihm: „Es sei der letzte Augenblick gewesen für das Deutsche Reich, um in Asien überhaupt noch zu einem Besitz zu gelangen... Koste es, was es wolle, wir dürften unter

Missionare“ (zuerst der Handel! A. J.) „rechtzeitig wieder Schutz finden können, und unsere Handels- und Kriegsmarine in diesen östlichen Meeren sichere Stützpunkte findet. Man kann doch unmöglich erwarten, daß die Chinesen uns höflich ersuchen, doch endlich einmal zuzugreifen. Daß von russischer Seite kein Widerspruch zu erwarten steht, ist sicher und nach allem, was vorausgegangen ist, völlig undenkbar.“ (Zitiert nach der Rede Schönlanks im Reichstag; siehe Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 51.)

<sup>01</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3687, Chiffreur Franceson an das Auswärtige Amt, 6. November 1897.

<sup>02</sup> Diese Erwägungen spielten eine nicht geringe Rolle. „Es ist das energische Auftreten um so mehr geboten“, telegrafierte Wilhelm an das Auswärtige Amt, kaum daß er von der Ermordung der Missionare erfahren hatte, „als ich dadurch meinen katholischen Untertanen inklusive der Ultramontanen von neuem beweisen kann, daß mir ihr Wohl genauso am Herzen liegt und sie ebenso auf meinen Schutz rechnen können als meine übrigen Untertanen.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3686, Wilhelm an das Auswärtige Amt, 6. November 1897.) Siehe ferner sein Telegramm an Nikolaus II.: „I am under obligations to catholic party in Germany to show that their missions are really safe under my protectorate.“ (Ich habe die Verpflichtung, der katholischen Partei in Deutschland zu zeigen, daß ihre Missionen unter meinem Schutz tatsächlich sicher sind.) (Hier zitiert nach: G. P., Bd. 14, Nr. 3690, Wilhelm an Bülow, 7. November 1897.)

keinen Umständen Kiautschou aufgeben; dasselbe habe in wirtschaftlicher Beziehung sowohl wie in industrieller eine Zukunft, die noch größer und bedeutender sein werde, als es Schanghai jetzt schon sei.“<sup>93</sup> Was die Frage der Eroberungen anbetrifft, so erwies sich der fromme katholische Bischof als Sachverständiger ersten Ranges...

Aber der alte Hohenlohe war keineswegs so entschlossen gestimmt. Da er Komplikationen befürchtete, fragte er beim Kaiser schüchtern an, ob man nicht vorher in Petersburg in Erfahrung bringen sollte, welchen Standpunkt die russische Regierung zu den deutschen Absichten, Kiautschou zu besetzen, beziehen werde.<sup>94</sup> Wilhelm zeigte ihm triumphierend die Bereitschaft, daß er bereits selbst alles vorausgesehen und alles geklärt hätte. Er telegraphierte an den Zaren: „Ich muß diese Chinesen bestrafen. I trust you approve according to our conversation Peterhof my sending german squadron to Kiautschou, as it is the only port available to operate from as a base against marauders.“ (Ich verlasse mich darauf, daß Du entsprechend unserer Unterhaltung Peterhof Entsendung deutschen Geschwaders nach Kiautschou billigst, da es der einzige verfügbare Hafen ist, um von ihm als Stützpunkt aus gegen Marodeure zu operieren.)<sup>95</sup> Die Antwort, die von Nikolaus eintraf, klang eigentlich recht ausweichend: „Kann weder erlauben noch verhindern, daß Du deutsches Geschwader nach Kiautschou schickst, da ich erst kürzlich erfahren habe, daß dieser Hafen überhaupt nur zeitweise unser gewesen ist, und zwar von 1895—1896.“ Nikolaus brachte die Befürchtung zum Ausdruck, „daß vielleicht harte Strafen im Osten Chinas einige Aufregung und Unsicherheit verursachen werden und die Kluft zwischen Chinesen und Christen erweitern“<sup>96</sup>. Nachdem er eine solche Antwort erhalten hatte, legte sie Wilhelm so aus, wie er es wünschte, das heißt als Zustimmung des Zaren, während er dessen Warnung völlig unbeachtet ließ. „Tausende von deutschen Christen“, so schrieb er an Bülow, „werden aufatmen, wenn sie des Deutschen Kaisers Schiffe in ihrer Nähe wissen werden, Hunderte von deutschen Kaufleuten werden aufjauchzen in dem Bewußtsein, daß endlich das Deutsche Reich festen Fuß in Asien

<sup>93</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3694, Rotenhan an Bülow, 9. November 1897. (Siehe in der Anmerkung den Auszug aus der Aufzeichnung Rotenhans vom 7. November 1897 und aus dem Telegramm Wilhelms II. an das Auswärtige Amt vom 17. November 1897.)

<sup>94</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3688, Hohenlohe an Wilhelm II., 6. November 1897.

<sup>95</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3690, Wilhelm II. an Bülow, 7. November 1897. (Siehe «Переписка Вильгельма II с Николаем II», Nr. 17, S. 21, Telegramm Wilhelms ohne Datum.)

<sup>96</sup> «Переписка Вильгельма II с Николаем II», S. 21, Telegramm Nikolaus', 26. Oktober (alten Stils) 1897. (Vgl. G. P., Bd. 14, Nr. 3690, Wilhelm II. an Bülow, 7. November 1897.)

gewonnen hat. Hunderttausende von Chinesen werden erzittern, wenn sie die eiserne Faust des Deutschen Reichs schwer in ihrem Nacken fühlen werden.“<sup>97</sup>

Aber in den ersten Tagen hatte sich auch der regierenden Kreise Deutschlands ein gewisses Zittern bemächtigt. Es stellte sich heraus, daß die leitenden Kreise der russischen Diplomatie keinesfalls so gestimmt waren, wie Wilhelm dies aus dem Text des Antworttelegramms des Zaren herauszulesen beabsichtigte. Als man Murawjow vertraulich die deutschen Pläne für die Eroberung Kiautschous mitteilte, brachte er sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Deutschland diesen Weg eingeschlagen habe. Er erklärte, daß die Zarenregierung das Recht du premier mouillage (das erste Anlegerecht) habe. Dabei bekräftigte er seine unzweideutigen Anspielungen durch recht überzeugende Argumente. Falls das deutsche Geschwader in Kiautschou einlaufe, müsse ihm das russische Geschwader folgen. Mehr noch, Murawjow drohte an, daß, falls der deutsch-chinesische Zwischenfall nicht beigelegt werde, „die Einmischung anderer Mächte nicht unmöglich ist“<sup>98</sup>.

Die Erklärung Murawjows rief in Berlin offensichtliche Verwirrung hervor. Niemand wußte, was weiter zu tun sei. Wilhelm fragte Hohenlohe, der sich seinerseits nach der Meinung des Chefs des Marinekabinetts, Admiral Senden<sup>99</sup>, erkundigte (das persönliche Kabinett des Kaisers stellte gewöhnlich die Konzentration der aggressivsten und abenteuerlichsten Pläne auf dem Gebiet der Marinepolitik dar). Aber Admiral Senden, der nach einem Ausdruck von Osten-Saken „die Seele der ganzen Sache“<sup>100</sup> war, erklärte, daß das Geschwader sich nach Kiautschou begeben, „alles weitere sei Sache der Diplomatie“<sup>101</sup>. Aber auch die Diplomatie war im ersten Augenblick verwirrt. Im Auswärtigen Amt tauchten Besorgnisse auf, ob nicht eine Vereinbarung zwischen Rußland und Frankreich darüber bestehe, Deutschland im Fernen Osten entgegenzuwirken. Holstein war der Meinung, wenn man blindlings drauflosgehe, könne Deutschland in einen Zweifrontenkrieg, gegen Rußland und Frankreich zugleich, hineingerissen werden. Andererseits war er der Meinung, falls Deutschland seine Bemühungen in Kiautschou aufgeben und anfangs einen „Stützpunkt“ an der Südküste Chinas zu suchen, werde es dort auf England stoßen, das nicht zulassen werde, daß dort der deutsche Einfluß einzudringen beginne. Außerdem

<sup>97</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3690, Wilhelm II. an Bülow, 7. November 1897.

<sup>98</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 39, Murawjow an Palen, 9. November (28. Oktober) 1897.

<sup>99</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3696, Hohenlohe an Wilhelm II., 11. November 1897.

<sup>100</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 50, Brief Osten-Sakens an Murawjow, 22. (10.) November 1897.

<sup>101</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 411.

werde sich die französische Diplomatie bemühen, England auf Deutschland zu hetzen. „Sehr vorsichtig werden wir jetzt mit unserem Vorgehen in China sein müssen“<sup>102</sup>, schloß Holstein. Als der Kaiser bei Hohenlohe anfragte, was er tun solle, gab Holstein Hohenlohe den Ratschlag, sich mit der gleichen Frage an den Kaiser zu wenden: „Er wird allein wissen“, so schrieb Holstein, „ob er Krieg mit Rußland will oder nicht.“<sup>103</sup> Aber was dem Kaiser einfallen würde, wußte keiner. „Eine Gefahr liegt darin“, so meinte Hohenlohe, „daß S. M. sofort an den Zaren telegraphieren wird. Und was?“<sup>104</sup> Es wurde beschlossen, Tirpitz (er war verreist) möglichst rasch nach Berlin zu holen, denn er allein „kennt die Sache genau“. Aber Tirpitz sandte ein Telegramm, in dem er mitteilte, daß ihm die Sache nicht gefalle: sie sei zu einem falschen Zeitpunkt in Angriff genommen worden und könnte die Annahme seines Flottengesetzentwurfs gefährden. Nun beschloß Hohenlohe, sich hinter dem Rücken Tirpitz' zu verstecken und durch dessen Vermittlung zu versuchen, den Kaiser und die militante Clique, die sich um das Marinekabinett gruppierte, zu beeinflussen.<sup>105</sup> Wir wissen nicht, wie das Gespräch zwischen Wilhelm und Tirpitz verlief, aber seine Ergebnisse sind bekannt. Es wurde beschlossen, in China drauflos-zugehen, während die Frage nach der Einstellung Rußlands auf diplomatischem Wege geregelt werden sollte. Aber wie überheblich auch der Kaiser und sein persönliches Marinekabinett waren, wie sehr er sich auch durch die der alldeutschen Presse entnommenen Beschwörungen<sup>106</sup> ermunterte („ich befürchte nichts von China, nur fest bleiben und fest auftreten“<sup>107</sup>), weder er noch die regierenden Kreise überhaupt waren vom Erfolg überzeugt. Die Einstellung Rußlands blieb die große Unbekannte, die das gesamte geplante Unternehmen über den Haufen werfen konnte.

Das deutsche Geschwader unter dem Kommando von Admiral Diederichs näherte sich bereits dem Hafen Kiautschou, die deutsche Regierung aber war alles andere als sicher, daß es ihr gelingen würde, diesen Hafen in ihren Händen zu behalten. In jenen Tagen war das Marineamt der Meinung, daß man sich schlimmstenfalls, wenn man Kiautschou aufgeben müsse, an einer anderen Stelle, zum Beispiel irgendwo in der Nähe der Tschusaninseln niederlassen könne. Das bedeutete jedoch, daß man in die

<sup>102</sup> Ebenda.

<sup>103</sup> Ebenda.

<sup>104</sup> Ebenda, S. 412.

<sup>105</sup> Ebenda, S. 411.

<sup>106</sup> Die alldeutsche Presse forderte von Anfang an die Durchführung einer „festen“ Chinapolitik. (Siehe zum Beispiel „Alldeutsche Blätter“ vom 14. November 1897, Nr. 46.)

<sup>107</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3697, Hohenlohe an Wilhelm II., 11. November 1897 (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).



englische Interessensphäre eindringen mußte. Und da schickte Hohenlohe am 13. November ein dringendes und geheimes Telegramm nach London und schlug Hatzfeldt vor, zu sondieren, wie sich die englische Regierung zu neuen territorialen Ansprüchen Deutschlands verhalten würde.<sup>108</sup> In der Annahme, daß Rußland, wenn es den deutschen Eroberungsplänen in China entgegenträte, die Spannung der englisch-deutschen Beziehungen in Rechnung stellen würde, versuchte Hohenlohe, diese Beziehungen eiligst zu regeln. Er begriff natürlich, daß man die im Laufe der letzten Jahre angesammelten Gegensätze an einem einzigen Tage nicht abschwächen oder ganz beseitigen könne. Immerhin forderte er aber, Hatzfeldt solle sich bemühen, irgend etwas zu unternehmen. Andererseits richtete die Regierung mit Einverständnis Wilhelms einen dringenden Befehl an Admiral Diederichs, Kiautschou nicht früher zu besetzen, bis von der chinesischen Regierung eine Antwort vorliege, die man als unbefriedigend hinstellen könne. Die deutsche Regierung hatte aber noch keinerlei Anfrage oder Forderung an China gerichtet. Für den Fall, daß dieser Befehl zu spät käme, wurden an Diederichs Instruktionen geschickt, sich vorsichtig zu verhalten, um die diplomatischen Besprechungen Deutschlands nicht im voraus zu kompromittieren.<sup>109</sup>

Der an Diederichs geschickte Befehl bedeutete keineswegs, daß die deutsche Regierung bereit war, auf ihre Eroberungspläne zu verzichten. Die regierenden Kreise waren einfach im ersten Augenblick vor ihren eigenen räuberischen Maßnahmen erschrocken und unternahmen einen Versuch, sie zu tarnen. Die Aufgabe bestand darin, auch die eigene Feigheit zu verschleiern. Dies gelang zum großen Teil. Die Versuche der diplomatischen Tarnung der Eroberungsziele erwiesen sich jedoch als nutzlos. Überall – sowohl in Peking als auch in Petersburg und London – wurde man sich sofort über die aggressiven Absichten der deutschen Regierung klar. Kaum hatte die chinesische Regierung von den Schantung-Morden erfahren, so begriff sie, daß „Deutschland die Absicht hatte, diesen Vorwand zur Verwirklichung seiner Hafenpläne zu benutzen“<sup>110</sup>. Die Minister und die Mandarin des Tsungli-Yamen beschlossen sofort, höchstmögliche Zugeständnisse zu machen und Deutschland weitestgehende Genugtuung zu geben (Hinrichtung der Verbrecher, Entschädigung der Opfer und ihrer Familien, strenge Bestrafung der Behörden, die die Sicherheit der Missionare nicht gewährleisten konnten usw.), nur um den Deutschen den Vorwand zu nehmen, ihre Pläne zu verwirklichen. Die russische Regierung

<sup>108</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3698, Hohenlohe an Hatzfeldt, 13. November 1897.

<sup>109</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3696, Hohenlohe an Wilhelm II., 11. November 1897.

<sup>110</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 40/41, Telegramm Pawlows an Murawjow, 12. November (31. Oktober) 1897.

unterstützte die Chinesen in diesen Absichten und erinnerte ihrerseits in Berlin an die Peterhofer und andere Dokumente, die das „eventuelle Einlaufen der deutschen Schiffe in Kiautschou von einem vorherigen Übereinkommen mit russischen Marinebehörden abhängig machen“<sup>111</sup>. Die englische Regierung, die den deutschen Einfall in Kiautschou nicht behinderte, beobachtete mit Interesse und Befriedigung, wie sich die russisch-deutschen Beziehungen verschärften. Die Absichten Deutschlands wurden ganz klar, als die Welt erfuhr, was in Kiautschou vor sich ging.

Das an Diederichs abgesandte Telegramm kam zu spät. Am 14. November in der Frühe liefen drei deutsche Kriegsschiffe in die Kiautschoubucht ein und landeten 200 Mann, die unverzüglich die Telegrafienlinie zerstörten. Dann forderte Admiral Diederichs unter Androhung der Feuereröffnung vom Chef der chinesischen Garnison, daß er den Hafen und die Festung räume. Die chinesische Garnison zog sich zurück und überließ den Deutschen Geschütze, Lager, Munition usw.<sup>112</sup> Damit waren die Eroberungshandlungen des deutschen Imperialismus eigentlich beendet. Für diesen Zeitpunkt notierte W. I. Lenin: „1897: Deutschland bemächtigt sich Kiautschous.“<sup>113</sup> Nunmehr bestand die Aufgabe des deutschen Imperialismus darin, das eroberte Territorium zu halten und diese Eroberung auf diplomatischem Wege rechtskräftig zu machen.

## 3

Einen Tag nach der Besetzung Kiautschous suchte der Vertreter der deutschen Mission in Peking das Tsungli-Yamen auf, um sich nach dem Verlauf der Untersuchung in Sachen der Ermordung der Missionare zu erkundigen. Als er erfuhr, daß die an dem Morde Beteiligten bereits ergriffen seien, daß sie hingerichtet werden sollten und daß die chinesische Regierung im allgemeinen recht entschlossen und energisch handelte, fuhr er davon, ohne irgendwelche Forderungen zu erheben und ohne überhaupt irgend etwas zu sagen.<sup>114</sup> Die Chinesen waren sehr erstaunt und beunruhigt. Aber auch die Deutschen in Berlin waren beunruhigt (jene wenigen von den Regierungs- und Hofkreisen, die zu den sich entwickelnden Ereignissen in Verbindung standen). Ihre Unruhe hatte natürlich andere Ursachen.

<sup>111</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 41, Telegramm Murawjows an Osten-Saken, 13. (1.) November 1897.

<sup>112</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 46, Telegramm Pawlows an Murawjow, 16. (4.) November 1897.

<sup>113</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 630 (siehe ferner S. 458).

<sup>114</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 46, Telegramm Pawlows an Murawjow, 16. (4.) November 1897.

An diesem Tage traf von Murawjow die Mitteilung ein, daß die russische Regierung in der Kiautschoufrage weiterhin auf ihrem früheren Standpunkt beharre.<sup>115</sup> „Die russische Antwort zeigt kein Entgegenkommen“, teilte Hohenlohe dem Kaiser mit.<sup>116</sup> In der Annahme, daß sich dahinter eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Rußland verberge, mahnte der Reichskanzler Wilhelm, man müsse mit Rücksicht auf die allgemeine Verschärfung der Angelegenheit unverzüglich feststellen, ob die Land- und Seestreitkräfte für den Beginn der Kriegshandlungen bereit seien. Am Abend des gleichen Tages fand in Berlin im Neuen Palais eine Geheimberatung unter dem Vorsitz Wilhelms statt. Hier wurde ein sehr kühner Entschluß gefaßt: Draufloszugchen, wenn kein Widerstand geleistet werde. Der ausgearbeitete Plan war folgender: Zunächst fünf bis sechs Tage lang die Haltung der europäischen Mächte, vor allen: Rußlands, zu sondieren und dann, wenn sich herausstelle, das seitens Rußlands nichts Ernstes drohe, nach China zusätzlich zwei Kreuzer, einen Panzerkreuzer und eine Militäreinheit von 1200 Mann zu entsenden. Es wurde beschlossen, den besetzten Hafen zu behalten und dann von diesem „Stützpunkt“ aus die weitere Eroberung chinesischen Territoriums fortzusetzen.<sup>117</sup> Diesem Plan lag eine Berechnung zugrunde: Seine Verwirklichung durfte keinen kriegesischen Konflikt, weder mit Rußland und seinem Bundesgenossen Frankreich noch mit China, hervorrufen.

Indessen befürchteten die regierenden Kreise Deutschlands, falls die Zarenregierung sich selbst nicht entschlöße, wegen Kiautschou einen Krieg zu führen, könnte sie China auf diesen Weg stoßen. Der Kaiser und die ihn umgebende imperialistische Clique, die den Chinesen die „eiserne Faust“ in den Nacken zu setzen drohten<sup>118</sup>, fürchteten im Grunde einen richtigen Krieg gegen China. Sie fürchteten ihn nicht nur, weil der Kriegsschauplatz sehr weit entfernt war, sondern die Regierung sowohl wie die Aktionäre der Deutsch-Asiatischen Bank, wie die Industriellen und Exporteure, die mit dem chinesischen Markt verbunden waren oder dort einzudringen gedachten, zitterten bei dem Gedanken, daß China als Antwort auf die in Vorbereitung begriffene „Bestrafung“ einen Krieg anfangen. Sie begriffen, daß dieser Krieg, selbst wenn er nicht formell erklärt würde, das soeben

<sup>115</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 41, Telegramm Murawjows an Osten-Saken, 13. (1.) November 1897 (siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3699); «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 45/46, Telegramm Murawjows an Osten-Saken, 15. (3.) November 1897; Telegramm Osten-Sakens an Murawjow, 15. (3.) November 1897 (siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3700, Hohenlohe an Osten-Saken, 14. November 1897).

<sup>116</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 414.

<sup>117</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3701, Aufzeichnung vom 15. November 1897 (ohne Unterschrift).

<sup>118</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3690, Wilhelm II. an Bülow, 7. November 1897.

eingeleitete Vordringen des deutschen Kapitals nach dem Fernen Osten sofort zunichte machen würde. Ferner rechneten sie damit, daß, falls die Kriegshandlungen die deutschen Positionen in China erschütterten, dies nur für die englischen Kapitalisten von Vorteil sein würde, die unter Ausnutzung dieser Umstände ihre Monopolstellung auf dem chinesischen Markt wieder auf viele Jahre hinaus sichern könnten. Weder die deutsche Bourgeoisie noch die Regierung vermochten das zu ertragen.<sup>119</sup>

Aber auch die militärischen Kreise fürchteten einen Krieg gegen China. Einige Zeit später gestand der Kriegsminister, als er von dem Beschluß der Beratung erfuhr, daß er über die chinesische Geschichte keinesfalls entzückt gewesen sei. Insbesondere war er gegen die Entsendung von Truppeneinheiten nach China. „Denn wenn diese Truppen von den Chinesen hinausgeworfen würden“, so sagte er, „hätten wir den Krieg mit China.“ In einem Privatgespräch mit Hohenlohe gestand er sogar, daß er an einem Sieg der Chinesen nicht zweifle. Gerade im Raum von Tientsin standen chinesische Truppen, die von deutschen Instruktoren ausgebildet worden waren. Hätte man diese Truppen gegen die deutschen Militäreinheiten, die man nach China zu entsenden beabsichtigte, eingesetzt, dann hätten sie einen Erfolg erzielen können. Der preußische Kriegsminister rechnete ernstlich mit dieser Möglichkeit und war sogar davon überzeugt, daß, falls es zu einem Zusammenstoß komme, dieser einen für Deutschland ungünstigen Ausgang nehmen würde. „Eine Niederlage könne aber die preußische Armee“, so sagte er, „nicht ertragen. Es müsse dann zum Krieg mit China kommen, und dies werde Hunderte von Millionen kosten.“ In diesen Tagen herrschte im Kriegsministerium starke Beunruhigung. Hohenlohe schrieb in sein Tagebuch: „Nach den Äußerungen des Kriegsministers zu schließen, scheint die Stimmung in der Armee der chinesischen Unternehmung nicht günstig. Was werden die ‚Verbündeten Regierungen‘ dazu sagen? Wenn es in diesem Tempo fortgeht, kommen wir zu einem Krieg mit China. Dafür werden die Mächte schon sorgen.“<sup>120</sup> Es ist kaum anzunehmen, daß diese Stimmung der Militärkreise der Regierung unbekannt war. Aber die vom imperialistischen Drang besessenen Leiter des Marinekabinetts wollten sich nicht von den Generalen an der Durchführung ihrer umfassenden Pläne in China hindern lassen. Seit vielen Jahren war dies der erste Fall, in dem diese Clique, die die Unterstützung des Kaisers und gewisser finanzkapitalistischer und kolonialer Kreise besaß, eine selbständige Rolle unabhängig von den Stimmungen und Wünschen der alten preußischen Generalität spielen konnte. Jedenfalls wurde keiner von den Vertretern der Militärkreise — weder General Schlieffen, Chef des General-

<sup>119</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3697, Hohenlohe an Wilhelm II., 11. November 1897.

<sup>120</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 419/420.

stabs, noch der Kriegsminister – zu der Beratung in der Kiautschoufrage eingeladen.<sup>121</sup> General Waldersee verzeichnete in diesen Tagen fast mit Entsetzen: „Die einzigen militärischen Ratgeber sind bisher Admiral Knorr und Admiral Senden gewesen! ... Meine Ansicht ist, daß *sämtliche* Mächte sich freuen werden, wenn wir uns mit der Unternehmung tüchtig hineinlegen.“<sup>122</sup> Er meinte vor allem Frankreich, das gerade erst im Herbst 1897, während der Reise des Präsidenten Faure nach Petersburg, die Festigung seiner Bündnisbeziehungen zu Rußland demonstriert hatte.<sup>123</sup> Aber die Marinekreise, die die politische Initiative an sich gerissen hatten, wollten sie nicht mehr aus den Händen lassen. Sie beharrten auf ihrem Standpunkt, und selbst Hohenlohe, der ständig schwankte und im Falle kriegerischer Komplikationen um das Schicksal seines Gutes in Rußland mehr besorgt war als um das Schicksal irgendeiner Bucht in China, folgte ihnen gehorsam.

Es wurde somit beschlossen, vor der Klärung der politischen Situation in Europa, insgeheim marine-militärische Vorbereitungen zu treffen und dann rasch und energisch zu handeln, um die Chinesen zu überraschen und ihnen die Möglichkeit eines Widerstands zu nehmen. Es wurde ferner beschlossen, „die Forderungen an China so zu steigern“, daß die Pekingener Regierung sie nicht erfüllen könne, und folglich einen Anlaß zu schaffen, der die weiteren Eroberungen rechtfertigen würde.<sup>124</sup> Somit behielt in der

<sup>121</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3701, Aufzeichnung vom 15. November 1897 (ohne Unterschrift).

<sup>122</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 406.

<sup>123</sup> In seiner offiziellen Rede sprach Faure von den „beiden vereinigten und verbündeten Nationen“ und Nikolaus von den „beiden befreundeten und verbündeten Nationen“, die in gleicher Weise entschlossen seien, „mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens ... beizutragen“. Diese Demonstration des französisch-russischen Bündnisses erregte in Deutschland große Aufmerksamkeit. Die offizielle Presse versuchte einen ruhigen Ton anzuschlagen. So behauptete zum Beispiel die „Nationalzeitung“ (vom 2. September 1897) in dem Artikel „Zweibund und Dreibund“, daß das französisch-russische Bündnis keine Gefahr für Deutschland darstelle, da es lediglich gegen Friedensstörer gerichtet sei. Mehr noch, die Zeitung behauptete, da der Dreibund die gleichen Ziele – das Auftreten gegen Friedensstörer – verfolge, sei es nicht nur möglich, sondern auch erwünscht, daß diese beiden Gruppierungen sich nähern. Es handelte sich also um Versuche, England zu isolieren. In den regierenden Kreisen Deutschlands kommentierte man den Besuch Faures weniger ruhig, als das in der Presse zum Ausdruck kam, aber man war davon überzeugt, daß an der Demonstration des bestehenden Bündnisses mehr Frankreich interessiert sei und daß Rußland im eigenen Interesse eine Annäherung an Deutschland suchen werde, „solange wir unser Schwert scharf halten“. (G. P., Bd. 13, Nr. 3443, Radolin an Hohenlohe, 18. August 1897; siehe ferner Nr. 3444 bis 3450.)

<sup>124</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3701, Aufzeichnung vom 15. November 1897 (ohne Unterschrift).

Politik der herrschenden imperialistischen Kreise Deutschlands die aggressivste und abenteuerlichste Tendenz die Oberhand. Die Anhänger der „Weltpolitik“ aus dem Marineamt haben damals wohl zum erstenmal das Kriegsministerium, den Generalstab und überhaupt die militärischen Kreise vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die Politik der vollendeten Tatsachen wurde auch auf dem Gebiet der Außenbeziehungen durchgeführt. Wilhelm ging von Anfang an von der Überzeugung aus: „vor absoluten Fakten wird auch Rußland sich beugen“<sup>125</sup>. Diese und andere ähnliche Behauptungen zeugten jedoch nicht von einer Sicherheit, die auf Tatsachen beruhte, sondern nur von seiner Einbildung und Überheblichkeit oder einfacher gesagt von seiner Frechheit, wie sie Abenteurern stets eigen ist. In Wirklichkeit wich die Furcht vor Rußland keinen einzigen Augenblick, weder von ihm noch von der gesamten regierenden Oberschicht, die sich an der Provozierung des China-konflikts beteiligte. Das ist der Grund, weshalb die deutsche Diplomatie in jenen Tagen, als auf politischem Gebiet alles noch ungeklärt war und nur eine einzige Tatsache – die nackte Tatsache eines gewaltsamen Einbruchs in China – feststand, auf der Suche nach Unterstützung und Deckung jener Lage, die von ihr zu imperialistischen Zwecken geschaffen worden war, hin und herflatterte. Die deutsche Regierung übte den stärksten Druck auf China aus und betrieb zugleich ein doppeltes Erpressungsspiel sowohl gegen Rußland als auch gegen England, ein Spiel, das von der Furcht und der Hoffnung auf einen Erfolg durch Erpressung geboren war. In London erweckte sie den Eindruck, als beruhe der Einfall in China auf einem Abkommen mit Rußland, das eng genug sei, um Deutschland sein Ziel erreichen zu lassen, aber nicht so vollwertig, als daß Deutschland auf dieses Abkommen nicht verzichten könnte, wenn es von England irgendwelche geeigneten Kompensationen erhielte.<sup>126</sup> Hatzfeldt, der ein Gegner der russisch-deutschen Annäherung war (er war der Meinung, daß dies zum endgültigen Bruch mit England führen könnte), hatte ein kompliziertes Projekt ausgearbeitet, das auf der Erpressung aller Partner, Chinas, Rußlands und Englands zugleich, beruhte. Sein Projekt bestand in folgendem: Auf die Annäherung mit Rußland gestützt, sollte man vorübergehend das chinesische Territorium Kiautschou halten, dann England durch diese Annäherung einschüchtern und von ihm das Einverständnis zur Besetzung des chinesischen Hafens Amoy an Stelle von Kiautschou fordern. Ferner sollte man in Anbetracht dessen, daß Rußland über diesen Tausch nur zufrieden sein kann, in London durchblicken lassen, daß Deutschland, das

<sup>125</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3695, Rotenhan an Bülow, 11. November 1897.

<sup>126</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3702, Hohenlohe an Hatzfeldt, 16. November 1897.

auf die politische Annäherung an England Wert legt, selbst bereit ist, Zugeständnisse – natürlich auf fremde Kosten – zu machen. Hatzfeldt schlug vor, daß Deutschland auf die Unterstützung Transvaals verzichte, England sogar anheimestelle, den Südtteil von Portugiesisch-Moçambique zusammen mit der Delagoabai zu besetzen, um seinerseits den Nordteil von Moçambique an sich zu reißen. Dieses schlaue und komplizierte Projekt sah vor, daß Deutschland durch eine Geheimabmachung mit England mit einem Schlage zwei Hasen erlegen sollte. Indem es Kiautschou aufgibt, besetzt es Amoy und Nordmoçambique, das heißt, es erwirbt wertvolle Besitzungen in Ostasien und Südafrika zugleich.<sup>127</sup>

Dieser Plan gefiel Hohenlohe sehr. Der Unterstützung des Kaisers im voraus sicher, gab Hohenlohe Hatzfeldt die Anweisung, unverzüglich Besprechungen mit dem Londoner Kabinett aufzunehmen. Aber Salisbury brachte für diesen Entwurf keine Begeisterung auf. Sosehr auch Hatzfeldt auf ihn einredete und ihm zu beweisen versuchte, daß Deutschland mit der Einnahme Amoy's England keinerlei Schaden zufüge, zeigte Salisbury keine Neigung weder zu Tauschoperationen in China noch zur Teilung portugiesischer Kolonien in Afrika. Er widersprach aber in keiner Weise der Fortsetzung der deutschen Eroberungspolitik in Kiautschou. Er rechnete damit, daß dies lediglich zur Verstärkung der russisch-deutschen Reibungen führen würde.<sup>128</sup>

In den gleichen Tagen unternahm die deutsche Diplomatie, man kann schon sagen, krampfhaftige Bemühungen, auch mit Rußland irgendein Übereinkommen zu treffen. Murawjow bestand weiterhin darauf, daß der Zar „n'a nullement pensé se désintéresser de Kiautschou en constatant le fait, qu'à la suite des déclarations du Gouvernement Chinois nous devons considérer ce port comme étant actuellement fermé aux escadres étrangères“ (gar nicht daran gedacht hat zu erklären, er sei an Kiautschou nicht interessiert, als er die Tatsache feststellte, daß wir auf Grund der Erklärungen der chinesischen Regierung diesen Hafen als für ausländische Geschwader geschlossen betrachten müssen). Er bestätigte noch einmal, daß die russische Flotte in Kiautschou das erste Anlegerecht habe.<sup>129</sup> Hohenlohe beschloß, die Besprechungen mit Rußland fortzusetzen, selbst wenn man dazu dessen Recht anerkennen mußte. Der Kaiser stimmte ihm zu. Auf das Referat des Reichskanzlers schrieb er: „Das berühmte Recht du premier mouillage wird durch unsere Besetzung und spätere Besitzergreifung in keiner Weise geschädigt. Die Russen können ja solange da liegen und ankern bis sie

<sup>127</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3703, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 16. November 1897.

<sup>128</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3708, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 17. November 1897.

<sup>129</sup> „Красный архив“, Bd. LXXXVII, S. 45/46, Telegramm Murawjows an Osten-Saken, 16. (4.) November 1897 (siehe ferner G. P., Bd. 14, Nr. 3706).

schwarz oder gelb werden. Das kann uns aber nicht hindern dort eine Kohlenstation und Docks zu erbauen.“<sup>130</sup> Am 22. November wurde Osten-Saken eine „Deklaration“ überreicht, in der Wilhelm erklärte, daß er nicht die Absicht habe, die Marineexpedition nach Kiautschou abzurufen, und in der er seine gewaltsame Handlungsweise durch die Notwendigkeit erklärte, das Ansehen Deutschlands im Fernen Osten zu heben.<sup>131</sup> Die Deklaration war in recht kategorischen Tönen aufgesetzt, und Wilhelm beeilte sich, ihrem Verfasser (Hohenlohe) zu gratulieren, daß es ihm gelungen war, sie „gut deutsch“<sup>132</sup> zu redigieren. Aber Hohenlohe hatte bereits begonnen, auch „gut deutsch“ zu handeln. Im Gespräch mit Osten-Saken versuchte er die aggressiven Handlungen Deutschlands damit zu rechtfertigen, daß Deutschland sich mit China „im Kriegszustand befinde“. Osten-Saken lehnte jedoch diese Erklärung kategorisch ab und wies dabei warnend darauf hin, „daß das Berliner Kabinett eine recht ernste Verantwortung vor allen Seemächten für ein derart frappantes Abweichen von den allgemein anerkannten Gesetzen des Völkerrechts übernimmt“. Nikolaus vertrat bereits eine andere Meinung. Auf die Depesche Osten-Sakens schrieb er: „Mögen die Deutschen die von ihnen eingebrochte Suppe *selber* auslöffeln.“<sup>133</sup> Daß sich die Zarenregierung bereits diesem Standpunkt zuneigen begann, war den Deutschen vorläufig noch nicht bekannt.

Als die deutsche Regierung die Besprechungen mit Rußland aufnahm, hoffte sie, daß sie diese ausnutzen könne, um Zeit zu gewinnen und die Absichten Englands noch konkreter festzustellen. In London setzte Hatzfeldt die Besprechungen fort. Sein Mißerfolg rief in Berlin offensichtlich Unzufriedenheit und Unruhe hervor. Vor allem war Holstein darüber unzufrieden, daß bei Salisbury durch diesen Mißerfolg der Eindruck entstehen könnte, als habe Deutschland überhaupt kein Übereinkommen mit Rußland. Hatzfeldt mußte sich rechtfertigen. Er telegraphierte an Holstein, daß er im Gespräch mit Salisbury diesen so energisch mit dem russisch-deutschen Abkommen eingeschüchtert habe, daß jener „in ziemlich scharfem Tone“ gefragt habe, ob Hatzfeldt nicht ein gegen England gerichtetes Bündnis meine. Hatzfeldt teilte mit, er wäre angeblich einer Antwort ausgewichen. Er habe sich darauf berufen, daß Deutschland zunächst einzelne Fragen seiner allgemeinen Politik, zum Beispiel die der orientalischen An-

<sup>130</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3707, Hohenlohe an Wilhelm II., 18. November 1897 (Bemerkung Wilhelms).

<sup>131</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 47, Deklaration Wilhelms II., 20. (8.) November 1897.

<sup>132</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3711, Rotenhan an Osten-Saken, 22. November 1897 (siehe Anmerkung).

<sup>133</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 293, Depesche Osten-Sakens, 22. (10.) November 1897.



gelegenheiten lösen müsse. Darauf habe Salisbury erwidert, er glaube nicht, daß Nikolaus II. gewillt sei, eine offen englandfeindliche Politik zu betreiben. Hatzfeldt begriff, daß Salisbury weder an das Bestehen noch an die nahe Möglichkeit des Abschlusses eines russisch-deutschen Abkommens glaubte.<sup>134</sup> Aber in diesem Falle hatte die Erpressungspolitik Deutschlands keinerlei Aussichten. Um die Engländer richtig einzuschüchtern, mußte man irgendein starkes Mittel anwenden. Und die deutsche Diplomatie glaubte, ein solches Mittel zu besitzen.

In Berlin, im Archiv des Auswärtigen Amtes, wurde ein kleines, von Bülow Mitte September 1897 aufgesetztes Geheimdokument aufbewahrt: die Niederschrift seiner Unterredung mit dem Chef des russischen Generalstabes, General Obrutschew, die in Hamburg stattgefunden hatte. Bülow teilte mit, der mit Vollmachten Murawjows ausgestattete Obrutschew habe angeblich vorgeschlagen, daß die Kontinentalmächte auf der Grundlage der Erhaltung des Status quo in Europa einen allgemeinen defensiven und offensiven Bund abschließen, der gegen den „Hauptfeind“ England gerichtet sein sollte. Er versicherte, daß auch Frankreich bereit sein soll, sich an diesem Bündnis zu beteiligen. Bülow wollte jedoch diesen Vorschlag unter dem Vorwand abgelehnt haben, er möchte ihn unmittelbar von Murawjow hören.<sup>135</sup> Das war eine dunkle Geschichte, die außerdem nicht die geringsten Folgen hatte. Jetzt, nach dem mißlungenen Versuch, sich mit England unter solchen, für Deutschland günstigen Bedingungen zu verständigen, erinnerte sich Hatzfeldt an diese Niederschrift und kam zu dem Schluß, es würde nicht schlecht sein, dieses alte Schreckgespenst der „Kontinentalliga“ wieder hervorzuholen.<sup>136</sup> Holstein, ein großer Freund derartiger diplomatischer Methoden, stimmte seinem Londoner Platzhalter gern zu. Er erwirkte sofort bei Bülow (zu dieser Zeit befand sich Bülow in Rom, wo er, wie wir wissen, in Besprechungen mit dem Papst die Tirpitzschen Flottenangelegenheiten regelte) das Einverständnis, dieses Dokument zu benutzen, das Rußland in den Augen der englischen Regierung kompromittieren sollte. Bülow erklärte sich gern dazu bereit und bedingte sich lediglich aus, daß diese Genehmigung nur „im strengsten Vertrauen“ und gegen Salisburys „Zusicherung absoluter Diskretion“ gegeben werde.<sup>137</sup> Wir wissen nicht, wie Hatzfeldt sich dieser Genehmigung bediente. Wir wissen nur, daß Salisbury später die passende Gelegenheit fand, um diese deutsche Unterstellung oder diesen diplomatischen Verrat nach Petersburg mitzuteilen.

<sup>134</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3709, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 18. November 1897.

<sup>135</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3451, Bülow an das Auswärtige Amt, 13. September 1897.

<sup>136</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3709, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 18. November 1897.

<sup>137</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3452, Bülow an das Auswärtige Amt, 19. November 1897.

Auf jeden Fall blieb der Standpunkt der englischen Regierung trotz aller Ränke und Bemühungen Hatzfeldts unverändert. Salisbury hatte nicht die Absicht, die Deutschen in die Nähe der englischen Einflußsphäre in China zu lassen, hinderte sie aber nicht, sich in Kiautschou festzusetzen, da dies den Widerstand Rußlands reizte. Unter diesen Umständen mußte sich die deutsche Regierung erneut nach Petersburg wenden, um so mehr, als sie befürchtete, daß schon der diplomatische Widerstand Rußlands gegen die deutschen Bemühungen China veranlassen könnte, militärischen Widerstand zu leisten.

Gegenüber China hatte die deutsche Regierung vom Anfang des Konflikts an einen drohenden Ton angeschlagen, und das Benehmen ihrer Agenten in Peking und in Kiautschou war offensichtlich provokatorisch. Nachdem der deutsche Landungstrupp Kiautschou besetzt hatte, ging er sofort daran, Winterquartiere ausfindig zu machen. Die Peking-Regierung befahl dem General Tschang Kuao-yan, sich zwecks Aussprache zum Admiral Diederichs zu begeben. Der deutsche Admiral verhaftete jedoch ohne jegliche Erklärungen den chinesischen General und sein ganzes Gefolge.<sup>138</sup> Freiherr von Heyking, der deutsche Gesandte, lehnte, als er in Tientsin weilte, die Bitte des örtlichen Generalgouverneurs (ihm war die Schantung-provinz unterstellt), sich über die Ermordung der Missionare auszusprechen, kategorisch ab. Am 19. November kehrte Heyking nach Peking zurück und erschien am nächsten Tag im Tsungli-Yamen. Hier erwarteten ihn die Prinzen Kung und Tsching sowie sämtliche Minister. Heyking überreichte eine Note, die, wie wir wissen, in Berlin so aufgesetzt war, daß China sie nicht annehmen konnte.<sup>139</sup> Die Punkte der Note mit der Forderung, für die Ermordung der Missionare Genugtuung zu geben, waren gegenstandslos, weil die chinesische Regierung sich schon vorher bereit erklärt hatte, weitestgehende Genugtuung zu geben. Andere Punkte gingen offensichtlich darauf aus, China zu demütigen, und die Peking-Regierung beurteilte

<sup>138</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 53, Depesche Pawlows, Peking, 24. (12.) November 1897, Nr. 33.

<sup>139</sup> Die deutschen Forderungen waren folgende: 1. Entfernung des Gouverneurs von Schantung von seinem Posten und aus dem Dienst; 2. Ergreifung und strenge Bestrafung aller Schuldigen und geldliche Entschädigung für die Getöteten und für das Gut; 3. Gewährung von Vorzugsrechten beim Bau von Eisenbahnen und bei der Erschließung der Erzbergwerke in Schantung an Deutschland; 4. Ergreifung wirksamer Maßnahmen durch China, um den deutschen Missionaren Sicherheit und den Schutz der Behörden zu gewährleisten; 5. Abschluß des von Bischof Anzer begonnenen Baus einer Kathedrale in der Stadt Tsinan auf Kosten der chinesischen Regierung; 6. militärische Entschädigung für die durch die Besetzung Kiautschous verursachten Unkosten. (Siehe «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 48, Telegramm Pawlows an Murawjow, Peking, 21. [9.] November 1897; G. P., Bd. 14, Nr. 3712, Heyking an das Auswärtige Amt, 21. November 1897.)

sie mit Recht als eine „direkte Herausforderung“. Das galt vor allem für jenen Punkt der Note, in dem die Forderung enthalten war, China möge die „militärischen Unkosten“ für die Besetzung des chinesischen Hafens Kiautschou durch Deutschland bezahlen. Schließlich stand die Forderung nach Sonderprivilegien beim Bau von Eisenbahnen und bei der Erschließung der Bodenschätze der Schantungprovinz für die Deutschen überhaupt in keiner Beziehung zu der Ermordung der Missionare und deckte lediglich die wahren Ziele dieser ganzen Provokation auf.

Nachdem Prinz Kung die von Deutschland erhobenen Forderungen kennengelernt hatte, erklärte er Heyking, daß die Handlungen des Admirals Diederichs eine Beleidigung des chinesischen Reiches darstellen. Aber nichtsdestoweniger und trotz des provokatorischen Charakters der deutschen Forderungen sei die chinesische Regierung bereit, sie unter der Bedingung zu prüfen, daß die deutschen Truppen vom chinesischen Territorium abziehen. Heyking versprach zurückhaltend, diese Antwort nach Berlin weiterzugeben, und begab sich sofort nach seiner Visite im Tsungli-Yamen zur russischen Mission. Da er begriff, daß der Standpunkt Rußlands für die Politik Chinas ausschlaggebende Bedeutung haben konnte, versuchte er erneut, die Handlungen Deutschlands zu rechtfertigen, und begann zu diesem Zweck, die offizielle Version über das „Peterhofer Abkommen“ usw. zu wiederholen. In dem Versuch, die wahren, aber bereits genügend durchsichtigen Absichten des deutschen Imperialismus zu verschleiern, redete er auf Pawlow ein, die Besetzung Kiautschous sei angeblich die Folge unvorhergesehener Umstände. Die russische Diplomatie interessierte jedoch die Frage, wie lange die deutschen Kriegsschiffe und Truppen Kiautschou in ihren Händen halten wollten. Heyking gab eine fast klassische Antwort. Die Besetzung, so sagte er, sei „vorläufig nur vorübergehend“. Als Pawlow auf einer genaueren Fristsetzung bestand, konnte Heyking lediglich sagen, daß er persönlich „angesichts der durch die jetzigen Ereignisse in Deutschland verursachten Erregung annehme, die deutsche Regierung werde gezwungen sein, die Besetzung länger aufrechtzuhalten, als sie es selbst für wünschenswert betrachte“<sup>140</sup>.

Die überraschend schnelle Besetzung Kiautschous hatte in Deutschland in der Tat große Erregung ausgelöst. Die Kunde von der vollendeten Tatsache der Eroberung nahm die Berliner Presse mit „unverhohlenem Vergnügen“ auf<sup>141</sup>, und selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“ rutschte in den Morast des Opportunismus ab und beurteilte das Erscheinen der deutschen

<sup>140</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 54, Depesche Pawlows, 24. (12.) November 1897, Nr. 33.

<sup>141</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 55, Depesche Osten-Sakens, 25. (13.) November 1897, Nr. 83.

Truppen in Kiautschou als die Invasion der Träger des kapitalistischen Fortschritts in ein rückständiges Feudalland. Dieser Standpunkt, den das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in der Frage des Einfalls des deutschen Imperialismus in China bezog, war nicht etwa das Ergebnis zufälliger Umstände. Die Haltung des „Vorwärts“ spiegelte die Stimmungen des sich in der Partei bildenden opportunistischen Flügels wider, der die Politik der kolonialen Eroberungen überhaupt guthieß und die Teilnahme des deutschen Imperialismus an der Aufteilung Chinas im voraus zu rechtfertigen versuchte. So wagte es Cunow, damals ein noch junger, aber bereits vielversprechender Opportunist, noch vor der Besetzung Kiautschous zu behaupten, daß die imperialistische Expansion in China und die Teilnahme Deutschlands an ihr „im Interesse der sozialistischen Bewegung wäre“, da sie die Entwicklung der deutschen Schwerindustrie fördern würde. Cunow, der den allgemeinen Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie gegenüber Rußland teilte, war der Meinung, man sollte im Fernen Osten Japan als Gegengewicht Rußlands unterstützen. Seine Erwägungen resümierte er wie folgt: „Auf diese zwei Punkte: erstens Erhaltung unserer Absatzgebiete in Asien zur Förderung unserer großindustriellen Entwicklung, zweitens Schwächung der dominierenden Position Rußlands, konzentrieren sich meines Erachtens in der Hauptsache alle unsere Interessen in Ostasien.“<sup>142</sup> Als Reformist reinsten Wassers ging Cunow davon aus, man solle den Kapitalismus, dem noch eine große Zukunft bevorstehe, in jeder Weise unterstützen. Die Haltung Kautskys war auf den ersten Blick entgegengesetzt. „Ein kapitalistisches China“, so schrieb er, „macht den Kapitalismus in Europa unmöglich, stellt die europäische Gesellschaft vor die Alternative des Bankrotts oder des Sozialismus. Jeder Schritt, den der Kapitalismus in Asien vorwärts macht, ist in Europa ein Schritt vorwärts zum Sozialismus.“ Kautsky behauptete weiter, daß Japan die kapitalistische Entwicklung für China bringe, und folgerte: „Und darum, glauben wir, haben wir alle Ursache, Japan Erfolg zu wünschen.“<sup>143</sup> So begann Kautsky mit einer Polemik gegen Cunow, endete aber damit, daß er ihm bei der Einschätzung der imperialistischen Aggression im Fernen Osten eigentlich zustimmte und dabei die wichtigste Frage, die der Einstellung der Sozialdemokratie zu den expansionistischen Plänen des deutschen Imperialismus in China, umging.

In dem gleichen Sinne äußerte sich auch der „Vorwärts“. Als die deutsche Regierung ihre Eroberungspläne in China bereits durchzuführen begann, schreckte das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei die deutschen Arbeiter immer noch mit der „russischen Gefahr“ im Fernen

<sup>142</sup> „Die Neue Zeit“, XV. Jahrgang, Bd. I, S. 809/810.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 250.

Osten und stellte Kombinationen an über die Bildung eines gegen Rußland gerichteten Mächteblocks, der sich aus England, den USA und Japan zusammensetzen sollte. Über die Rolle Deutschlands in diesem Block ebenso wie über die Bedeutung seiner Eroberungspolitik in China zog der „Vorwärts“ vor, vorläufig noch bescheiden zu schweigen. Zwar kritisierte die sozialdemokratische Zeitung die herausfordernde und äußerst aggressive Rede, die Wilhelm in Kiel gehalten hatte, aber darin unterschied sie sich nur wenig von der Presse des katholischen Zentrums. Einige Pfeile seiner Kritik schoß der „Vorwärts“ auch gegen den Reichstag ab, dem er vorwarf, er lasse es an einer Kontrolle über die außenpolitische Tätigkeit der Regierung fehlen; damit befaßte sich aber auch die linksbürgerliche Presse der Freisinnigen. Im allgemeinen jedoch stellte die führende sozialdemokratische Zeitung zu der Zeit, als die deutsche Regierung den bewaffneten Einfall in China verübte, fest, daß sie keineswegs eine Gegnerin der Kolonialexpansion sei. Im Gegenteil, sie rief dazu auf, „die europäische Kultur in anderen Erdteilen zu verbreiten“. In diesen Tagen schrieb sie: „Nicht mit der Nilpferdpeitsche in der einen, mit dem Bambusrohr in der anderen Faust als gewalttätiger Konquistador soll der deutsche Michel seinen Fuß auf fremden Boden setzen, sondern mit der Fackel der Wissenschaft in der Hand und dem Wahlspruch im Herzen: ‚Gleiches Recht für alles, was Menschenantlitz trägt!‘“<sup>144</sup> Dieser Zug von Sentimentalität im Kolonialraub sollte eigentlich die Unterstützung verdecken, die die Opportunisten und Reformisten in der deutschen Sozialdemokratie der expansionistischen Politik des deutschen Imperialismus zu gewähren bereit waren. Über die konkrete Frage der Eroberung Kiautschous allerdings zog es die führende sozialdemokratische Presse vor, sich vorläufig nicht auszulassen, aber auch die ganze bürgerliche Presse übte in diesem Augenblick große Zurückhaltung. „Nichtsdestoweniger“, so bemerkte der russische Botschafter in Berlin, Osten-Saken, „behandeln die hiesigen Zeitungen diese Frage äußerst vorsichtig und lassen sich, wie auf Anweisung von oben, nicht in eine genauere Beurteilung der Ereignisse ein, sondern beschränken sich meistens auf die einfache Wiedergabe ihres Ablaufs.“<sup>145</sup> Diese Vorsicht erklärte sich, wie man annehmen muß, nur durch Erwägungen diplomatischer Art.

Im allgemeinen aber rief die Invasion in China in den Regierungskreisen und insbesondere unter den Großkapitalisten ein wahres Börsenfieber hervor. Sobald in dem chinesischen Hafen Truppen gelandet waren, tauchten in Berlin Pläne auf, unverzüglich unter Umgehung der Peking-

<sup>144</sup> „Vorwärts“ vom 19. Dezember 1897.

<sup>145</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 55, Depesche Osten-Sakens, 25. (13.) November 1897, Nr. 83.

Regierung den Abschluß von Pachtverträgen über diese oder jene Stücke des chinesischen Gebiets mit örtlichen Behörden oder sogar mit Dorfeinwohnern abzuschließen. Es wurde folglich angenommen, daß diese zahlreichen Verträge die Möglichkeit bieten würden, aus kleinen territorialen Flickens rings um Kiautschou ein großes deutsches Kolonialgebiet zu schaffen. Aber es gelang nicht, diese Methoden anzuwenden. Erstens war das feudale China, das damals eine schwere Krise durchmachte, doch noch etwas anderes als die Besitzungen afrikanischer Stammeshäuptlinge jener Zeiten, als die europäischen Kolonisatoren mit Feuerwaffen, Schnaps und einem zerbrochenen Spiegel „Pachtverträge“ abschließen konnten, die jede Eroberung legalisierten. Zweitens wären „Pachtverträge“ dieser Art weder von China noch, was wichtiger war, von anderen imperialistischen Mächten anerkannt worden. Schließlich war die Regierung nicht davon überzeugt, daß der Reichstag Mittel für solche Pachtverträge von zweifelhafter Rechtsgültigkeit bereitstellen würde.<sup>146</sup> Das bedeutete keineswegs, daß der Reichstag mit der Invasion in China unzufrieden war. Im Gegenteil, die meisten politischen — bürgerlichen und junkerlichen — Parteien unterstützten, nach ihrer Presse zu urteilen, vom Ausbruch des Konfliktes an die Regierung, und selbst das katholische Zentrum bezog unter dem Vorwand der Sorge um die Missionare einen Standpunkt, der für die imperialistischen Kräfte recht günstig war. Projekte von der Art, wie wir sie soeben angeführt haben, waren der Beweis für jene Hast und jenen Eifer, mit dem sich diese Kräfte auf China zu stürzen bereit waren. Die Erregung war so groß, daß Großfirmen und Großkaufleute, noch bevor die Antwort der chinesischen Regierung auf die provokatorische deutsche Note eingetroffen war, zu fordern begannen, die Regierung möge sie unverzüglich unterstützen, damit sie in China Konzessionen erhielten und irgendwelche anderen Geschäfte durchführen könnten. Am hitzigsten war der Direktor der großen Kölner Firma Wahl. Nachdem er sich telegrafisch der Empfehlung des deutschen Gesandten in Peking, Freiherrn von Heykings, versichert hatte<sup>147</sup>, erschien er beim Oberkommando der Flotte und bat, ihm die Möglichkeit zu gewähren, sein Kapital in den Bau einer Eisenbahn Kiautschou—Peking sowie in den Bau eines großen Docks in Kiautschou zu investieren. Wilhelm, der sich für seinen Vorschlag interessierte, war bereit, ihm Unterstützung angedeihen zu lassen. Aber nun mischte sich das Auswärtige Amt ein, das aus Erwägungen politischer und diplomatischer Art gegen die vorgeschlagenen Pläne Einspruch erhob. Das Auswärtige Amt kam zu der Schlußfolgerung, daß, falls die Regierung den Forderungen Wahls nachkomme und das Einverständnis zum Bau der Eisenbahn Kiautschou—Peking gebe, dies „nicht nur

<sup>146</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 415.

<sup>147</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3722, Heyking an das Auswärtige Amt, 4. Dezember 1897.

die Chinesen in Schrecken versetzen und direkt in russische Arme treiben, sondern auch den russischen Widerstand aufs äußerste reizen würde“. Rotenhan, der den abwesenden Bülow vertrat, wies ferner darauf hin, daß die russische Regierung auf Grund des Wahlschen Projekts die allgemeinen politischen Pläne Deutschlands in China enträtseln könne, und zwar „daß wir Kiautschou nicht als bloße Flottenstation haben wollen, sondern als Ausgangspunkt für kolonisatorische Pläne, die weit nach Norden, also direkt in die russische Interessensphäre zielten“. Im allgemeinen stand das Auswärtige Amt diesen Plänen keinesfalls ablehnend gegenüber. Es hielt sie nur für etwas verfrüht. Zunächst bestand die Aufgabe darin, Kiautschou zu behalten, während man die Verwirklichung weitergehender imperialistischer Pläne in China, nach einem Ausdruck Rotenhans, „auf spätere Zeit zu verschieben“ habe.<sup>148</sup>

Nach der Rückkehr Bülows aus Rom (Ende November) blieb die Lage weiterhin recht unbestimmt. Die chinesische Regierung gab noch immer keine Antwort und beharrte weiterhin darauf, daß die Evakuierung der deutschen Militäreinheiten aus Kiautschou die Voraussetzung für Besprechungen sein müsse. In Berlin war man davon überzeugt, daß diese Forderungen „von Murawjow und Hanotaux souffliert“ würden.<sup>149</sup> In Peking, am Hofe des Kaisers, verstärkte sich die Partei der alten Würdenträger, die „unverzügliche Kampfhandlungen zur Vernichtung der Handvoll ausländischer Barbaren forderte, die eigenmächtig in die Grenzen Chinas eingefallen waren“<sup>150</sup>. Dieser Partei stand eine andere Partei gegenüber, die der Meinung war, daß der militärische Kampf gegen Deutschland aussichtslos sei, daß man sich aber diplomatisch günstigere Bedingungen für die Kapitulation aushandeln müsse als jene, die die deutsche Regierung China aufzwingen wollte. Die russische Regierung hatte immer noch nicht auf ihr erstes Anlegerecht verzichtet, während alle Anbündelungsversuche mit England vergeblich blieben. In Deutschland selbst waren nur kleine Regierungskreise der Meinung, daß eine Verzögerung der formellen Lösung der Frage aus diplomatischen Erwägungen nur günstig sein könne. „Dadurch“, so sagte Hohenlohe, „werden wir der Notwendigkeit überhoben, unsere Karten früher aufzudecken, als es uns paßt.“<sup>151</sup> Der Kaiser, die Marine und die imperialistischen Kreise zeigten jedoch heftigste, kaum verhüllte Ungeduld. Im allgemeinen blieb die Lage gespannt. „Nach außen

<sup>148</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 418.

<sup>149</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3713, Hohenlohe an Wilhelm II., 21. November 1897 (siehe Randbemerkung Wilhelms).

<sup>150</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 54, Depesche Pawlows, 24. (12.) November 1897, Nr. 33.

<sup>151</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3713, Hohenlohe an Wilhelm II., 21. November 1897.

hin ist es in den höchsten Sphären Berlins durchaus ruhig“, berichtete in jenen Tagen der russische Militäragent in Berlin, P. Jengalytschew, „in Wirklichkeit aber ist die Lage äußerst gespannt, man befürchtet eventuelle ernste Komplikationen mit Rußland. Das Marineamt ist kriegerisch gestimmt. Die höchsten Militärkreise dagegen sind vorläufig zurückhaltend; aber die Meinung der militanten Partei, die glaubt, daß Deutschland jetzt in jeder Hinsicht bereiter sei als seine Nachbarn, kann unter den gegenwärtigen politischen Umständen gewissen Boden finden.“<sup>152</sup> Die Presse stand noch unter dem Eindruck der Rede Wilhelms, die er vor den Rekruten des Gardekörps in Berlin (18. November) gehalten hatte und die den Appell enthielt, „gegen einen Feind nach außen oder nach innen“ aufzutreten. Alle begriffen, daß diese Drohrede nicht so sehr gegen China als vielmehr gegen Rußland gerichtet war, und Hohenlohe machte sich Sorgen darüber, welchen Eindruck sie in Petersburg und in Paris machen werde.<sup>153</sup>

Unter diesen Umständen mußten die diplomatischen Bemühungen Bülow's wiederum darauf gerichtet sein, die Beziehungen zu Rußland zu regeln. Am 30. November traf sich Bülow mit Osten-Saken und gab sich die größte Mühe, ihn davon zu überzeugen, daß die russische Regierung ihren Standpunkt in der Kiautschoufrage ändern müsse. Er drohte vorsichtig, daß Deutschland notfalls auf ein Bündnis mit England ausgehen werde, und stellte als Lockmittel in Aussicht, daß Deutschland im Falle einer Verständigung mit Rußland dieses „gegen Japan und andere Gegner“ unterstützen könne. Etwa in dem gleichen Sinne sprach der deutsche Botschafter Radolin in Petersburg mit Witte. Schließlich gelangte Bülow zu der Überzeugung, daß Rußland sich wegen Kiautschou nicht mit Deutschland überwerfen werde. Die Einwände der zaristischen Regierung erklärte er einfach damit, daß Murawjow sich nicht mit dem Gedanken abfinden könne, daß „ihm der fette Bissen der Kiautschoubucht... von jemand anders vor dem Munde weggeschnappt“ worden sei.<sup>154</sup>

In den letzten November- und ersten Dezembertagen 1897 konnte man in der Kiautschou betreffenden Politik der Zarenregierung tatsächlich neue mildere Töne vernehmen. Bülow vernahm sie natürlich sofort und zog so gleich praktische Schlußfolgerungen. Er schlug der Zarenregierung vor, sich irgendwo anders in China schadlos zu halten. Nach einigen Tagen gab die Zarenregierung bekannt, daß sie nach Übereinkommen mit China eine

<sup>152</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 56/57, aus dem Bericht des Militäragenten Jengalytschew, Berlin, 4. Dezember (22. November) 1897, Nr. 27 (geheim).

<sup>153</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 417.

<sup>154</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3717, Aufzeichnung Bülow's, 30. November 1897.



Abteilung ihres pazifischen Geschwaders nach Port Arthur entsende.<sup>155</sup> Osten-Saken sollte ausrichten, daß „Rußland und Deutschland in Angelegenheiten des Fernen Ostens Hand in Hand gehen müssen und können“<sup>156</sup>. Als er davon erfuhr, schien Bülow „entzückt“ zu sein.<sup>157</sup> Die deutsche Regierung atmete erleichtert auf. Das Anbündeln mit England konnte sofort eingestellt werden. Auf das Telegramm Hatzfeldts, der mitteilte, daß die Londoner Regierung annehme, Deutschland, das in Kiautschou auf Rußland stoße, werde eine Annäherung an England suchen, und Salisbury würde möglicherweise unter gewissen Bedingungen dieser Annäherung nicht widersprechen, schrieb Wilhelm auf französisch: „Trop tard!“ (Zu spät!)<sup>158</sup>

Die Nachricht von der Bereitschaft der Zarenregierung, ihre Einstellung zur Eroberung Kiautschous durch Deutschland zu ändern, traf gerade in dem

<sup>155</sup> Dieser Beschluß wurde endgültig auf einer Beratung bei Nikolaus am 26. (14.) November angenommen. In der Beratung wurde eine Notiz Murawjows über die Lage im Fernen Osten und über die Ziele der russischen Politik erörtert. Murawjow schrieb, „Es besteht kein Zweifel darüber, daß auf die Handlungsweise der deutschen Regierung einen nicht geringeren Einfluß auch der Umstand hatte, daß wir seit 1895 uns der Kiautschoubucht gegenüber völlig gleichgültig verhielten, kein einziges Mal unsere Schiffe dorthin schickten und nach wie vor ausschließlich die Häfen der japanischen Küste benutzten. Wie dem auch sei, die Ereignisse in Schantung lassen keinen Zweifel mehr über die Ziele, die von Deutschland an dieser Küste verfolgt werden, und angesichts der entstandenen Umstände halten wir es jetzt für unpassend, unser Geschwader nach Kiautschou zu kommandieren. Übrigens hat sich auch unser Flottenamt, das von Beginn des Mißverständnisses mit Deutschland an unsere Rechte und Privilegien auf Kiautschou verteidigte, nunmehr in negativem Sinne in dieser Frage ausgesprochen, und zwar heißt es in der kürzlichen Mitteilung des Leiters des Marineministeriums, daß ‚die Kiautschoubucht von uns in Friedenszeiten nicht benötigt wird und selbst wenn es eine Möglichkeit gäbe, sie für immer zu erwerben, so ist sie zur Anlage unseres Hafens ungeeignet, sowohl wegen der Entfernung von Wladiwostok als auch wegen der völligen Abgeschnittenheit von Rußland‘. Eine so kategorische und bestimmte Meinung, die erst in der letzten Minute von einem durchaus maßgeblichen Amt in der Kiautschoufrage ausgesprochen wurde, weist somit auf die volle Unfruchtbarkeit und Ziellolosigkeit unserer weiteren Ansprüche auf diese Bucht hin. Aber wenn wir kraft dieser Erwägungen den von Deutschland an der Südküste der Schantungshalbinsel unternommenen Handlungen völlig gleichgültig gegenüberstehen können, so ist es für uns doch völlig unmöglich, uns mit der Tatsache abzufinden, daß uns im Stillen Ozean ein völlig geeigneter und ausgerüsteter Hafen für die Bedürfnisse unseres Geschwaders fehlt.“ (*«Красный архив»*, Bd. LII, S. 103/104, Notiz des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, 23. [11.] November 1897.)

<sup>156</sup> *«Красный архив»*, Bd. LXXXVII, S. 58, Telegramm Murawjows an Osten-Saken, Morenheim. Staal, Rosen, 11. Dezember (29. November) 1897.

<sup>157</sup> *«Красный архив»*, Bd. LXXXVII, S. 58, Geheimtelegramm Osten-Sakens an Murawjow, 14. (2.) Dezember 1897.

<sup>158</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3721, Hatzfeldt an Hohenlohe, 2. Dezember 1897 (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).

Augenblick ein, als in Kiel unter dem Befehl des Bruders des Kaisers, des Prinzen Heinrich, eine große militärische Expedition nach China ausgerüstet wurde. Um ihr das Geleit zu geben, waren Wilhelm und mit ihm zusammen auch Bülow eingetroffen, der ihm bereits berichtet hatte, daß es seitens der Zarenregierung keine Hindernisse in der Kiautschoufrage mehr gebe. Von dem ersten Erfolg der imperialistischen Eroberungspolitik be rauscht, hielt der leicht erregbare Wilhelm in Kiel eine Rede, die von allen seinen zahlreichen und geschwollenen Reden ganz besonders in der Erinnerung haften blieb. Allen, die Deutschland irgendwie anzutasten wagten, drohte er mit der „gepanzten Faust“. Alle — und am besten die Engländer<sup>159</sup> — begriffen, daß die Drohung diesmal nicht so sehr an die Adresse Chinas als vielmehr erneut an die Adresse Englands gerichtet war. „Reichsgewalt“, so erklärte Wilhelm, „bedeutet Seegewalt . . . , daß die eine ohne die andere nicht bestehen kann.“<sup>160</sup> Die Antwort des Prinzen Heinrich war in dem gleichen frechen und herausfordernden Ton gehalten. Heinrich erklärte, die Aufgabe des nach dem Fernen Osten auslaufenden Kriegsgeschwaders bestehe darin, „das Evangelium Eurer Majestät geheiligter Person im Auslande zu künden, zu predigen jedem, der es hören will, und auch denen, die es nicht hören wollen“<sup>161</sup>. Nach der berüchtigten Krüger-Depesche war dies eine neue offene, öffentliche Herausforderung an die „Beherrscherin der Meere“. Diesmal aber nahm die englische Presse die Rede des deutschen Kaisers und seines Bruders mit ironischen Kommentaren auf und belustigte sich über den plumpen preußischen Witz.<sup>162</sup> Auch in Deutschland hat der Kieler Dialog der beiden Hohenzollern nur in den äußersten imperialistischen alldeutschen Kreisen Begeisterung hervorgerufen, die gerade zu dieser Zeit die Propaganda zugunsten der „uferlosen Flottenpläne“ schürten und das Tirpitzsche Flottenprogramm förderten.<sup>163</sup> Die sozialdemokratische Presse stellte sich zu den Kieler Reden ausgesprochen ablehnend. „Was ist das wohl für ein rätselhaftes ‚Evangelium‘, das Prinz Heinrich auch denen, die nichts davon wissen wollen, zu predigen

<sup>159</sup> Siehe „Nineteenth Century“, Februar 1898, S. 336; „Contemporary Review“, Februar 1898, S. 193.

<sup>160</sup> Siehe „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1897, S. 166/167.

<sup>161</sup> Ebenda, S. 167.

<sup>162</sup> Die gesamte Londoner Presse wimmelte von ironischen Überschriften: „Mein lieber Heinrich“, „Rhapsodie des Kaisers“, „Mein einziger Bruder“. (Siehe O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 150.)

<sup>163</sup> Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß Prinz Heinrich vor der Abreise nach China Bismarck besuchte, um, wie man annahm, von ihm Unterstützung bei der Erfüllung seiner militärischen Mission zu erhalten. (Архив МИД, К. 21, Blatt 340, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 10. Dezember [28. November] 1897.)

gedenkt?“ fragte der sozialdemokratische „Vorwärts“ ironisch. „Ist es das ‚Evangelium‘ der Reichsgewalt und Seegewalt, das ‚Evangelium‘ . . . der ‚gepanzerten Faust‘? . . . Das deutsche Volk wünscht aber nicht seine Kraft und seine Gaben zu verschleudern in kriegерischen Experimenten und überseeischer Machtentfaltung.“<sup>164</sup> Selbst das katholische Zentrum, das so rasch in das Lager des Imperialismus abrutschte, war peinlich berührt, als es sah, daß Prinz Heinrich an der Spitze eines Kreuzergeschwaders, das Kolonialtruppen geladen hatte, sich annaßte, in der Rolle des Evangelisten aufzutreten. „Wir vermuten“, so beeilte sich das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania“, mitzuteilen, „daß unter dem ‚Evangelium‘, an das Prinz Heinrich in seiner Abschiedsrede gedacht haben mag, nichts Christliches zu verstehen ist, sondern die politische Proklamation des Kaisers: ‚Reichsgewalt bedeutet Seegewalt‘.“<sup>165</sup> Überhaupt bezog das katholische Zentrum in jenen Tagen, als wäre es ihm erst jetzt aufgefallen, daß die Unterstützung, die es der Regierung in der Frage des „Schutzes der Missionare“ in China gewährt hatte, vortrefflich im Interesse der Flottenpläne Tirpitz' ausgenutzt wurde, den Standpunkt größerer Zurückhaltung, während seine Presse den Rückzug antrat und sogar von der Regierung eine Information über ihre Politik in China zu fordern begann. Die gleichen Forderungen wurden auch in den Spalten der liberalen Presse erhoben. Anfang Dezember konnte die Regierung den Vorhang bereits etwas lüften. Seit Beginn des Konflikts stellte die offiziöse Presse die Landung der deutschen Truppen in Kiautschou als eine harmlose diplomatische Methode dar, von China die Wiedergutmachung der Schäden zu erreichen. Erst am 4. Dezember erschien in der „Kölnischen Zeitung“ erstmalig die Andeutung, daß Deutschland von China Konzessionen in Form der Verpachtung Kiautschous, der Eisenbahnkonzessionen und der Rechte auf Ausbeutung der Erzgruben in Schantung erwarte.<sup>166</sup> Aber zu der Zeit war „die kleine Wolke“, die nach einem Ausdruck Osten-Sakens<sup>167</sup> die russisch-deutschen Beziehungen umdüstert hatte, bereits verzogen, und man mußte sich beeilen, um China zu zwingen, die ihm vom deutschen Imperialismus diktierten Bedingungen endgültig anzunehmen. „Wir bleiben in Kiautschou“, telegrafierte Bülow nach Peking und forderte von Heyking, er möge sich beeilen, um die Eroberung durch eine Abmachung mit China rechtskräftig zu machen.<sup>168</sup> Aber hierbei entstanden einige zusätzliche Schwierigkeiten.

<sup>164</sup> Zitiert nach „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1897, S. 172.

<sup>165</sup> Ebenda.

<sup>166</sup> O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 147.

<sup>167</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3740, Aufzeichnung Bülows, 21. Dezember 1897.

<sup>168</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3729, Bülow an Heyking, 12. Dezember 1897.

## 4

Am 10. Dezember erschien in der Londoner „Times“ eine Mitteilung aus Peking, wonach die deutsche Regierung sich in Besprechungen mit China bereit erklärt habe, Kiautschou gegen den in der Provinz Fukien gelegenen Hafen Samsah zu tauschen. Salisbury machte Hatzfeldt sofort auf diese Meldung aufmerksam. Der englische Premierminister war offensichtlich gereizt und erinnerte sogar ohne jeglichen Anlaß an die Krüger-Depesche. „Wie kleinlich!“ reagierte darauf Wilhelm.<sup>169</sup> Er war genauso wie das ganze imperialistische Lager zu dieser Zeit völlig von größeren Plänen in China in Anspruch genommen. Aber Hatzfeldt teilte ferner mit, daß die deutschfeindlichen Kreise in England im Zusammenhang mit diesen Plänen bedeutende Aktivität entfalteten und sich bemühten, auch Salisbury in diesem Sinne zu beeinflussen. In der Tat gaben die chinesischen Minister, als sie sich darüber klar wurden, daß es ihnen nicht gelingt, die deutschen Truppen aus China zu vertreiben, in Besprechungen mit Heyking zu verstehen, daß sie bereit seien, die deutsche Eroberung anzuerkennen, daß sie aber vorschlugen, Kiautschou gegen einen anderen südlicher gelegenen Hafen zu tauschen.<sup>170</sup> Die Deutschen waren der Meinung, daß der tatsächliche Urheber dieses Vorschlags Murawjow war, der ihn in den Mund der chinesischen Mandarine legte. Es wurde beschlossen, in Besprechungen mit China gerade auf Kiautschou zu bestehen. „Die Festsetzung in Samsah“, so schrieb Bülow, „würde Deutschland wahrscheinlich in gespannte Beziehungen nicht nur zu Frankreich und England, sondern außerdem auch zu den jetzigen Besitzern von Formosa, den Japanern, gebracht haben.“<sup>171</sup> Hatzfeldt versicherte Salisbury, daß Deutschland keinesfalls die Absicht habe, ein Unterkommen im Süden Chinas zu suchen, und daß es in Kiautschou verbleibe. Bei diesem Gespräch mit dem englischen Premierminister versagte er sich nicht das Vergnügen zu betonen, daß Deutschland in Kiautschou „von Rußland keine Schwierigkeiten zu erwarten“ hätte.<sup>172</sup>

Aber wie würde der Standpunkt Japans sein? Die Regierung und die imperialistischen Kreise in Tokio brachten keinerlei Begeisterung dafür auf, daß Deutschland in seiner Chinapolitik ihrem Beispiel gefolgt war. Sie waren über die Handlungen Deutschlands stark beunruhigt und warteten ab, was nun folgen würde.<sup>173</sup> Bülow war stark beunruhigt, weil er

---

<sup>169</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3730, Hatzfeldt an Hohenlohe, 11. Dezember 1897 (Randbemerkung Wilhelms II.).

<sup>170</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3727, Heyking an das Auswärtige Amt, 7. Dezember 1897.

<sup>171</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3732, Bülow an Wilhelm II., 13. Dezember 1897.

<sup>172</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3730, Hatzfeldt an Hohenlohe, 11. Dezember 1897.

<sup>173</sup> B. D., Bd. I, Nr. 2, Satow an Salisbury, 1. Dezember 1897.

befürchtete, die Gegner Deutschlands und seine „zweifelhaften Freunde“ könnten versuchen, Japan auseinanderzusetzen, daß es sich mit Leichtigkeit für seine diplomatische Niederlage nach dem Chinakriege schadlos halten könne, wenn es sich die Mühe mache, die im Fernen Osten operierende deutsche Flotte zu zerschlagen und die deutschen Konkurrenten aus China zu vertreiben. Um diese, allein in seiner eigenen Phantasie bestehende Gefahr abzuwenden, arbeitete er einen Plan aus, der von der Bereitschaft zeugte, die Stellung, die von der deutschen Diplomatie in der letzten Etappe des japanisch-chinesischen Krieges bezogen worden war, einer entscheidenden Revision zu unterziehen. Dieser Plan sah den Abschluß eines Geheimabkommens mit dem japanischen Imperialismus vor.<sup>174</sup> Bülow beabsichtigte, den Japanern vorzuschlagen, ihre Expansion nach der französischen Interessensphäre zu verstärken.<sup>175</sup> Nur wenige Tage vorher, ehe er die Ausarbeitung dieses Planes in Angriff genommen hatte, versicherte er der russischen Diplomatie, daß Deutschland, nachdem es Kiautschou erhalten habe,

<sup>174</sup> Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß in Berlin gerade zu dieser Zeit, Ende November 1897, die Frage der Organisation einer deutschen Bank in Japan erörtert wurde. Interessierte Kreise des deutschen Kapitals wiesen darauf hin, daß sich der Handelsumsatz zwischen Deutschland und Japan in den letzten dreißig Jahren verzehnfacht habe und gute Aussichten für eine weitere Entwicklung besitze und daß deshalb für die Tätigkeit einer deutschen Bank in Japan ein günstiger Boden geschaffen sei. Sie wiesen ferner darauf hin, daß die nicht nur mit Japan, sondern auch mit China handelnden deutschen Firmen bisher gezwungen wären, sich vorwiegend englischer Banken zu bedienen, was nicht mehr nötig sein werde, wenn in Japan eine selbständige deutsche Bankanstalt erscheine. Sie wiesen schließlich auch noch darauf hin, daß die deutschen Firmen an der Gründung einer deutschen Bank in Japan auch als einer Stütze für die Konkurrenz mit den englischen Firmen auf dem japanischen und chinesischen Markt interessiert seien. (K. J. Stöpel, „Über japanisches Bankwesen und Deutschlands Anteil am Welt-handel und der Industrie Japans“, Halle 1898.)

<sup>175</sup> „Die Endaussichten eines deutsch-japanischen Konflikts“, so meinte Bülow, „sind hiernach so ungünstige, daß die deutsche Politik es als ihre Aufgabe ansehen muß, eine Störung der deutsch-japanischen Beziehungen, welche für alle unsere Gegner ein kaum gehoffter Glücksfall sein würde, nach Möglichkeit zu verhüten. *Diese Möglichkeit liegt vor.* Wir brauchen nur die Japaner merken zu lassen, daß wir nicht mehr wie im Jahre 1895 ihrer Festsetzung auf dem ostasiatischen *Kontinent prinzipiell* und *überall* entgegentreten, vielmehr geneigt sind, die Berechtigung des ‚Leben und leben lassen‘ auch für Japan anzuerkennen. Japan möchte um jeden Preis seine Grenzen erweitern; es zeigt sich aber nicht weiter wählerisch: Inseln oder Festland, Korea, Liaotung, Schantung oder die südlichen Formosa gegenüberliegenden Gebiete, alles das wäre ihm recht. Gerade diese südlichen Gebiete haben im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung von Formosa die öffentliche Meinung in Japan neuerdings in steigendem Maße beschäftigt. Für uns kann diese Tendenz, welche Japan in die *französische* Interessensphäre bringen würde, nur willkommen sein.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3732, Bülow an Wilhelm II., 13. Dezember 1897.)

im Fernen Osten mit Rußland den gemeinsamen Feinden entgegentreten könne, während Wilhelm dem Zaren sogar telegraphierte, Prinz Heinrich habe die Instruktion erhalten, mit seinen Kreuzern neben den russischen Kriegsschiffen herzufahren. Das hinderte jedoch die deutsche Diplomatie nicht, insgeheim zu der Schlußfolgerung zu kommen, daß man die japanische Expansion auch „in die Sphäre der russischen Interessen“ unterstützen könne, aber nicht so offen, als wenn sie gegen die französischen Interessen gerichtet wäre. Für den Fall, daß irgend jemand in Petersburg den Abschluß der beabsichtigten Abmachung zwischen dem deutschen und dem japanischen Imperialismus erriete oder irgend etwas darüber erführe, hatte sich der vorsorgliche Bülow im voraus eine Hintertür offen gelassen. Er behauptete, man werde die Unzufriedenheit Rußlands beheben können, wenn man in Petersburg erkläre, daß die deutsch-japanische Annäherung sich nicht auf Korea, sondern auf China erstrecke. Somit plante Bülow, unter der Flagge der Verhütung eines japanisch-deutschen Krieges, die Möglichkeit des Abschlusses eines japanisch-deutschen Bündnisses zu klären. Das Hauptziel seines bemerkenswerten Planes hat Bülow wie folgt formuliert: „Leben und leben lassen!“<sup>176</sup> In Wirklichkeit aber hatte dieser imperialistische Plan die Aufteilung Chinas und die Beschleunigung seines politischen Todes zum Ziel. Er zeugte ebenso davon, daß die deutsche Diplomatie in ihren Mitteln nicht wählerisch war, wie das von ihm gesteckte Ziel das ungemein rasche Anwachsen der Eroberungsgelüste des deutschen Imperialismus kennzeichnete. Noch ehe die deutsche Diplomatie Kiautschou endgültig geschluckt hatte, machte sie sich bereits darüber Gedanken, in welcher politischen Kombination es am günstigsten sei, die Aufteilung Chinas in Angriff zu nehmen mit der sicheren Aussicht, daß es gelinge, größere Happen zu erwischen.

Wilhelm bestätigte diesen Plan. Praktisch aber mußte seine Ausführung verschoben werden. Während man sich in Berlin Träumen über weitere, noch größere Eroberungen in China hingab, wurde es klar, daß auch die anderen imperialistischen Mächte nicht schliefen, sondern die Absicht hatten, auch für sich Happen zu ergattern. Die deutsche Regierung war erfreut, als sie von den Absichten Rußlands erfuhr, Port Arthur zu besetzen. Sie erblickte darin ein Zeichen, daß ihr die Hände in Kiautschou frei gemacht wurden.

Aber nunmehr machten sich Anzeichen bemerkbar, daß sowohl England als auch Japan von China Kompensationen erlangen wollten.<sup>177</sup> Die Engländer bestritten das, und die Deutschen taten so, als glaubten sie es. Andererseits waren die Deutschen, wie wir soeben festgestellt haben, bereit,

<sup>176</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3732, Bülow an Wilhelm II., 13. Dezember 1897.

<sup>177</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3735, Heyking an das Auswärtige Amt, 16. Dezember 1897.

neue japanische Ansprüche an China zu unterstützen. Aber sie hielten das natürlich streng geheim, und als die chinesische Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die neuen Anzeichen japanischer Bestrebungen hinlenkte, erklärten die deutschen Eroberer, daß sie dies angeblich nicht glaubten. Durch Berufung auf diese Ansprüche anderer Mächte hofften die chinesischen Minister, die Forderungen Deutschlands zu mildern. Die deutsche Regierung lehnte diese Hinweise ab und bestand auf ihren Forderungen.<sup>178</sup> Schließlich war die Pekingener Regierung nach langem ungleichem diplomatischem Kampf, ohne irgendwo militärische, ja nicht einmal politische oder einfach moralische Unterstützung erhalten zu haben, gezwungen zu kapitulieren. Aber bevor sie den letzten Schritt tat, versuchte sie noch, wenigstens einigermaßen das „Gesicht zu wahren“. Sie schlug Deutschland vor, Kiautschou ohne formellen Vertrag und ohne Festsetzung einer Frist in deutschen Händen zu belassen.<sup>179</sup> Diese Vorschläge wurden sofort abgelehnt. Nun baten die Würdenträger aus dem Tsungli-Yamen, Deutschland möge der Umwandlung Kiautschous in einen Freihafen zustimmen. Auch dieser Vorschlag wurde kategorisch abgelehnt.<sup>180</sup> Da erklärten die chinesischen Minister, daß sie bereit seien, die deutschen Forderungen anzunehmen und Kiautschou für die Zeit von 50 Jahren an Deutschland zu verpachten.<sup>181</sup> Die deutsche Regierung gab sich jedoch auch damit nicht zufrieden. Freiherr von Heyking forderte, daß die Pachtzeit auf 99 Jahre verlängert werde und daß die Chinesen ihr Einverständnis in schriftlicher Form bestätigten. Die chinesische Regierung kam auch dieser Forderung nach. Nun verlangte Heyking, daß China einer deutschen Gesellschaft die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Kiautschou in das Innere der Schantungprovinz gewähre. Den Chinesen wurde nicht einmal gesagt, bis zu welchem Punkt die Deutschen diese Bahn zu bauen beabsichtigten. Diese Frage sollte von der deutschen Gesellschaft entschieden werden. Dabei drohte Heyking, daß er den formellen Vertrag über Kiautschou nicht unterzeichnen werde, solange sich die chinesische Regierung mit dieser Forderung nicht einverstanden erklärt habe.<sup>182</sup> Aber auch in diesen Vertrag hatte die deutsche Regierung bereits neue Punkte eingefügt, die vor allem die sogenannte „neutrale Zone“ um das gepachtete Territorium bedeutend er-

<sup>178</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3736, Bülow an Heyking, 17. Dezember 1897.

<sup>179</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3735, Heyking an das Auswärtige Amt, 16. Dezember 1897.

<sup>180</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 59, Telegramm Pawlows an Murawjow, 24. (12.) Dezember 1897.

<sup>181</sup> Ebenda, S. 60, Geheimtelegramm Pawlows an Murawjow, 4. Januar 1898 (23. Dezember 1897).

<sup>182</sup> Ebenda, S. 59/60, Geheimtelegramm Pawlows an Murawjow, 4. Januar 1898 (23. Dezember 1897).

weiterten. Innerhalb dieser Zone erhielten die deutschen Truppen das Recht des freien Durchzugs, während die chinesischen Truppen sie nur mit Genehmigung der deutschen Regierung passieren durften.<sup>183</sup> Ferner stellte sich heraus, daß China für die gesamte Pachtzeit auf seine Oberhoheit über die von Deutschland gepachteten Territorien verzichten sollte. Und als der von der deutschen Regierung diktierte Vertrag schon fertig war, erfuhr die chinesische Regierung, daß von ihr Konzessionen nicht für eine, sondern für zwei Eisenbahnen (Kiautschou—Tsinan und Kiautschou—Tschifu) gefordert wurden.<sup>184</sup> Die Chinesen versuchten sich darauf zu berufen, daß die englische Regierung diesen Konzessionen an Deutschland widerspreche. Aber Heyking brachte sie rasch zum Schweigen. Er erklärte ihnen, daß sich die deutsche Regierung über diese Frage mit England bereits verständigt habe und daß die Chinesen sich nicht in „fremde“ Angelegenheiten einmischen sollten.<sup>185</sup> Die Pekingener Regierung war gezwungen, auch die Forderung nach den Eisenbahnkonzessionen zu akzeptieren. Die Würdenträger aus dem Tsungli-Yamen wagten lediglich die Bitte, Deutschland möge Kiautschou während der Pachtzeit keiner anderen Macht abtreten.<sup>186</sup> Mit diesem Punkt erklärte sich die deutsche Regierung einverstanden! Aber während es eine solche Bereitschaft zeigte, das eroberte chinesische Territorium 99 Jahre lang keinem abzutreten, bedingte es sich sofort das Recht aus, das Territorium und die Buchten von Kiautschou notfalls gegen ein anderes Territorium und eine andere Bucht auszutauschen, wobei China alle Bauten und Arbeiten bezahlen mußte, die Deutschland in seinem eigenen Interesse in Kiautschou durchzuführen für notwendig erachten würde.

Es handelte sich somit um einen typisch imperialistischen, ebenso harten wie zynischen Vertrag. Die chinesische Regierung wurde nicht nur gezwungen, seine Knebelbedingungen zu akzeptieren, sondern auch formell zu erklären, daß sie es für ihre Pflicht halte, durch diesen Vertrag „ihre aufrichtige Anerkennung für Dienste zu beweisen, die ihr bisher von Deutschland erwiesen wurden“<sup>187</sup>. Für seinen räuberischen Einfall in China hatte Deutschland es verstanden, von seinem Opfer noch einen moralischen Preis

---

<sup>183</sup> Ebenda, S. 62, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 4. Februar (23. Januar) 1898, Nr. 5.

<sup>184</sup> Ebenda, S. 83, Geheimtelegramm Pawlows an Murawjow, 9. März (25. Februar) 1898.

<sup>185</sup> B. D., Bd. I, Appendix, Memorandum Tilleys, 5. Januar 1905.

<sup>186</sup> «Красный архив», Bd. LXXXVII, S. 59/60, Geheimtelegramm Pawlows an Murawjow, 4. Januar 1898 (23. Dezember 1897).

<sup>187</sup> Siehe die Präambel des Vertrages zwischen Deutschland und China über die Abtretung Kiautschous, 6. März 1898. (Э. Д. Гримм, «Сборник договоров и других документов по истории международных отношений на Д. Востоке (1842—1925)», Moskau 1927, S. 116.)



zu erhalten.<sup>188</sup> Vor seinen Rivalen aber spielte es die Rolle der bescheidenen Unschuld. Hatzfeldt versuchte dem englischen Premierminister einzureden, China habe Deutschland viel mehr angeboten, als dieses zu nehmen geneigt gewesen sei. Natürlich glaubte Salisbury diesen Worten nicht, und wenn Hatzfeldt sie aussprechen mußte, so war dies lediglich ein Beweis dafür, wie stark der Wunsch der deutschen Diplomatie war, England keinen Anlaß zu geben, auch für sich eine „Kompensation“ zu fordern. Aber die englische Regierung rechnete bereits fest mit diesen Kompensationen und wartete lediglich den Augenblick ab, da sie ihre Forderungen so vorbringen konnte, daß Deutschland sie unterstützen mußte. Vorläufig spielte Salisbury den Deutschen Edelmut vor. Ohne gegen die Eroberung Kiautschous zu protestieren, tadelte er lediglich die deutsche Regierung wegen der Methoden, die sie dabei angewandt hatte.<sup>189</sup> Er ließ dabei nur eine Kleinigkeit aus dem Spiel, und zwar, daß der deutsche Imperialismus, der die aktive koloniale Eroberungspolitik wieder aufnahm, im vorliegenden Fall lediglich den in solchen Dingen erfahreneren Imperialisten Englands nacheiferte. Die Ermordung der Missionare, die Entsendung von Kriegsschiffen, die Landung von Truppen, militärische Expeditionen, diplomatischer Druck, Abschluß eines Knebelvertrages usw., alle diese Methoden sind, nach dem Ausspruch eines amerikanischen Historikers<sup>190</sup>, genauso wie Roastbeef oder Yorkshire-Pudding rein britischer Herkunft.

Die endgültige Unterzeichnung des Vertrages mit China verzögerte sich etwas, aber nicht etwa, weil die deutsche Regierung mit irgendeiner Gegenwirkung seitens Englands oder des zaristischen Rußlands rechnen konnte, und auch nicht, weil sie in Deutschland selbst ernste Opposition befürchtete. Im Gegenteil, schon die erste Rede Bülow's im Reichstag (6. Dezember 1897) zeigte, daß die Mehrzahl der politischen Parteien bereit war, die Politik der „gepanzten Faust“ zu unterstützen.

<sup>188</sup> Das alles zichen die Herausgeber des diplomatischen Briefwechsels des deutschen Auswärtigen Amtes vor zu verschweigen. Sie behaupten, „für die Große Politik der Europäischen Kabinette“ sei „das Detail dieser deutsch-chinesischen Verhandlungen ohne Bedeutung“. In gleicher Weise behaupten sie, daß die Anwesenheit des Prinzen Heinrich in China keinerlei Bedeutung gehabt habe. (Siehe G. P., Bd. 14, S. 141, Anmerkung.) Indessen ist bekannt, daß Heinrich, der das deutsche „Evangelium“ verbreitete, in China Morde an friedlicher Bevölkerung der Schantungprovinz verübte, Dörfer niederbrannte usw., zu gleicher Zeit, als Heyking den chinesischen Ministern mit neuen und immer neuen Ansprüchen zusetzte. Eine richtigere und anschaulichere Vorstellung von der Tätigkeit der deutschen Diplomatie in China vermitteln die russischen Dokumente. (Siehe «Красный архив», Bd. LXXXVII, „Eroberung Kiautschous durch Deutschland im Jahre 1897“.)

<sup>189</sup> B. D., Bd. I, Nr. 3. Salisbury an Lascelles, 12. Januar 1898.

<sup>190</sup> O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 151.

Man begann diese Politik nicht nur in China durchzuführen. Neben dem „Zwischenfall“ in Schantung schuf die deutsche Diplomatie einen weiteren „Zwischenfall“, der ebenfalls ausgenutzt werden konnte, um die Macht des Deutschen Reiches und seine Ansprüche auf Durchführung einer „Welt-politik“ zu demonstrieren. Im Herbst 1897 verhafteten die Behörden der Republik Haiti einen deutschen Kaufmann, einen gewissen Lüders, weil er in irgendwelche recht dunklen Geschäfte verwickelt war. Der deutsche Geschäftsträger in Haiti, Graf Schwerin, benahm sich derart provokatorisch, daß es in der Hauptstadt dieser exotischen Republik zu Demonstrationen kam. Nun entsandte die deutsche Regierung die Schiffe des Marinekadettenkorps nach Haiti und zwang die republikanische Regierung, alle ihr aufgezwungenen Forderungen (Entschädigung für Lüders, Salut für die Reichsflagge usw.) anzunehmen. Obwohl an der Marinedemonstration gegen Haiti Schiffe teilgenommen hatten, die der Kaiser selbst im Scherz als „schwimmende Gymnasien“ bezeichnete<sup>191</sup>, rief die Wirkung der militärischen Einmischung unter den herrschenden Klassen Deutschlands große Befriedigung hervor, um so mehr, als sie mit einer anderen Wirkung — in China — zusammenfiel. In seiner Rede im Reichstag sprach Bülow nicht nur von dem „Schutz“ der katholischen Missionare. „Wir müssen verlangen“, so erklärte er, „daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China gerade so geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte.“ Er erklärte ferner, Deutschland habe die Absicht, „in Ostasien wie in Westindien... ohne Schwäche unsere Interessen zu wahren“<sup>192</sup>. Das ganze Lager der bürgerlichen und der junkerlichen Parteien, die die „Sammlung“ anstrebten, geriet durch diese Rede in Begeisterung, und das katholische Zentrum schloß sich ihm hierbei offen und vorbehaltlos an. Nur die Sozialdemokratische Partei sprach sich gegen das „chinesische Abenteuer“ aus. Zu einer Kritik an der Regierungspolitik ergriff Schönlank das Wort. Seine Rede war sehr schwach. Er entlarvte diese Politik nicht vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse aus. Er beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Regierung durch jene internationalen Komplikationen einzuschüchtern, die infolge der Besetzung von Kiautschou entstehen könnten. Er behauptete, daß diese Okkupation zu einer Annäherung zwischen England und Rußland in chinesischen Fragen führen könne.<sup>193</sup>

Aber die deutsche Regierung, die es noch nicht für notwendig erachtete, die Endziele ihrer Politik in China vollständig aufzudecken, erschrak nicht

<sup>191</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 344, Depesche Osten-Sakens, 10. Dezember (28. November) 1897.

<sup>192</sup> Reichstag, 6. Dezember 1897, Bd. I, S. 60.

<sup>193</sup> Ebenda, S. 51/52.

vor Argumenten dieser Art. Hinter den Kulissen trieb sie, wie wir gesehen haben, auch weiterhin ihr übliches Spiel zwischen England und Rußland, lavierte zwischen ihnen hin und her und bemühte sich, die endgültige Erreichung ihres Eroberungszieles nach beiden Seiten zu sichern. Als bekannt wurde, daß die russischen Kriegsschiffe in Port Arthur vor Anker gegangen waren, atmete man in Berlin erleichtert auf. „Gott sei Dank!“ schrieb Wilhelm auf die eingegangene Meldung.<sup>194</sup> Man konnte wieder aufhören, vor England zu liebbedienern.

Doch schon vorher, als sich herausstellte, daß der Appetit des russischen Zarismus im Wachsen war, gelangte Bülow zu dem Schluß, man werde noch einen „fetten Happen“ versprechen müssen, wenn die Zarenregierung nur einen Druck auf China im Sinne raschesten Abschlusses des Kiautschouvertrages ausübte und die Vorzugsinteressen des deutschen Kapitals in der Schantungprovinz anerkannte.<sup>195</sup> Die deutsche Diplomatie war damals bestrebt, bei der Zarenregierung den Eindruck zu erwecken, daß sie in jeder Weise bereit sei, ihren Forderungen entgegenzukommen, um so mehr, als China dafür bezahlen mußte. Hinzu kam eine weitere nicht unwichtige Tatsache, die die deutsche Diplomatie veranlaßte, die Annäherung an Rußland zu suchen. Der kleine Kreis der in die fernöstlichen Angelegenheiten eingeweihten Geschäftsleute war alarmiert, als er erfuhr, daß Japan mit der Durchführung von Mobilisierungsmaßnahmen in der Armee und Flotte begonnen hatte.<sup>196</sup> Das schien so ernst zu sein, daß das Marineamt (im Januar 1898) die unverzügliche Entsendung bedeutender Flottenkräfte nach

<sup>194</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3739, Wilhelm II. an Nikolaus II., 19. Dezember 1897; siehe auch den Brief Wilhelms II. vom 28. März 1898: „Ich muß Dich sehr herzlich beglückwünschen zu dem erfolgreichen Ausgang Deiner Unternehmungen bei Port Arthur; wir beide werden ein gutes Paar Schildwachen am Eingange des Golfs von Petschili abgeben, die gebührend, insbesondere von den Gelben respektiert werden.“ Aber es stellte sich heraus, daß Wilhelm nicht nur die „Gelben“, sondern auch die weißgesichtigen Engländer meinte. „Die Idee, die man jetzt“, so schrieb Wilhelm, „von jenseits des Kanals in der Presse zu erörtern anfängt, chinesische Angelegenheiten sollten von einer internationalen Konferenz entschieden werden, ist hier scharf von mir zurückgewiesen worden, da ich bald herausfand, daß es ein maskierter Versuch war, Dir die Hände im Fernen Osten zu binden.“ Zum Schluß berichtete Wilhelm über die Begegnung des Prinzen Heinrich, der mit einem Flottengeschwader nach Kiautschou geschickt worden war, mit russischen Kriegsschiffen und schrieb: „Sie sind einige Tage in vollkommener Eintracht zum großen Erstaunen anderer Völker zusammen gefahren! Hm!“ („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 48/49.)

<sup>195</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3744, Aufzeichnung Bülows, 2. Januar 1898.

<sup>196</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3741, Bülow an Treutler, 25. Dezember 1897 (siehe ferner Anmerkung). Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Presse in dieser Zeit die Notwendigkeit der Erhaltung „solidarischer Ansichten“ Rußlands und Deutschlands in Angelegenheiten des Fernen Ostens betonte, weil sie den

den fernöstlichen Gewässern forderte.<sup>107</sup> Bülow jedoch hatte, wie wir bereits wissen, ein Projekt, wie man einen Zusammenstoß mit Japan vermeiden und eine Annäherung an dieses bewerkstelligen könnte. „Ein direktes Interesse, Japan zu schwächen oder gar zu zerschlagen, hätten wir nicht“, schrieb Bülow, „da wir dasselbe unter Umständen auch sehr wohl an unserer Seite gebrauchen könnten. Jedenfalls müßte in dieser wie in allen anderen Fragen das ‚Do ut des‘ unser Leitstern bleiben. Ohne angemessene Äquivalente dürfen wir weder materielle noch moralische Hilfe leisten. Die Russen würden sich um so mehr um unsere Unterstützung bemühen, je unangenehmer sich ihnen, bzw. Frankreich die Japanesen machten, und je kräftiger letztere wären.“<sup>108</sup>

Dieses Prinzip „Do ut des“ erlebte damals einen vollen Triumph, aber für seine Verwirklichung mußte China bezahlen. Die deutsche Diplomatie begann die Zarenpolitik in China zu unterstützen, aber als die englische Regierung das Bestreben zeigte, Weihaiwei zu besetzen, mußte sie auf Grund dieses imperialistischen Prinzips auch diese unterstützen. Die Petersburger Regierung versuchte sich der Unterstützung der deutschen Diplomatie zu versichern, um die Eroberung Weihaiweis durch England zu verhindern, aber vergeblich. Die deutsche Regierung hatte England ihr Einverständnis zu dieser Besetzung im voraus gegeben, nachdem sie im Austausch die Anerkennung der Vorzugsinteressen Deutschlands in Schantung durch England erhalten hatte. Zugleich verpflichtete sich England Deutschland gegenüber, keine Eisenbahn von Weihaiwei aus in Richtung der Schantungprovinz zu bauen. Englisch-deutsche Reibungen in der Frage der Schantungprovinz waren schon früher zu verzeichnen. Im Februar wurde den Deutschen bekannt, daß sich eine englische Kapitalistengruppe, gemeinsam mit einer amerikanischen, um Konzessionen für eine Eisenbahn von Tientsin nach Tschekiang durch die Schantungprovinz bemühte. Heyking legte Protest ein. Dabei erklärte er dem englischen Gesandten in Peking, MacDonald, formell, daß Deutschland die Absicht habe, Schantung in seine wirtschaftliche Provinz zu verwandeln. Die englische Regie-

---

Anfang der deutschen Erfolge in China gewährleistete. Nach einer Mitteilung Osten-Sakens wurde diese Notwendigkeit von fast allen Zeitungen unterstrichen, während die Beziehungen zu England widersprechende Beurteilung fanden. Während die offiziöse Presse den wahren Charakter dieser Beziehungen zu vertuschen versuchte, brandmarkte ein anderer Teil der Presse England auch weiterhin als einen Feind, der zusammen mit Japan handelte. (Архив МИД, К. 21, Blatt 372, Depesche Osten-Sakens, 7. Januar 1897 [26. Dezember 1896], Nr. 102.) Wir sehen, daß, während die Presse eine Kampagne gegen England und zum Teil gegen Japan führte, Bülow Pläne zur Annäherung an jede dieser Mächte schmiedete.

<sup>107</sup> G.P., Bd. 14, Nr. 3752, Bülow an Hatzfeldt, 23. Januar 1898.

<sup>108</sup> G.P., Bd. 14, Nr. 3744, Aufzeichnung Bülows, 2. Januar 1898.

rung hatte den Einfall Deutschlands in China stillschweigend beobachtet. Jetzt aber legte sie wegen der Schantungprovinz Protest ein. Alles endete jedoch für beide Rivalen günstig. Man kam überein, daß das englische und das deutsche Kapital die Eisenbahnlinie Tientsin-Tschekiang gemeinsam bauen sollten.<sup>199</sup> Ferner begann die deutsche Diplomatie, um die Engländer zu besänftigen, deren Forderungen an China in der Frage der Gewährung einer Anleihe an dieses zu unterstützen. In diesem Fall wurde die Unterstützung um so bereitwilliger gewährt, als zusammen mit der Hongkong-Schanghai-Bank erneut die Deutsch-Asiatische Bank auftrat.<sup>200</sup>

Die bürgerliche Presse begrüßte natürlich das China aufgezwungene Anleiheabkommen. Ihr schloß sich auch das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei an. Der „Vorwärts“ schrieb, er hätte von Anfang an einen solchen Verlauf der Dinge gewünscht, denn er sei annehmbarer, als wenn der russische Einfluß in China auch in dieser Frage Oberhand gewonnen hätte.<sup>201</sup>

Schließlich erreichte Deutschland am 6. März 1898 von China die Unterzeichnung des Vertrages über die „Verpachtung“ der Kiautschoubucht zur Schaffung eines Marinestützpunktes für 99 Jahre.<sup>202</sup> Zugleich erlangte es in Schantung eine Reihe von Eisenbahn- und Bergbaukonzessionen sowie andere wesentliche Privilegien.<sup>203</sup> Am 27. März setzte auch Rußland bei China einen Vertrag über die „Verpachtung“ von Port Arthur und Dalianwan (Talienwan) auf 25 Jahre durch.<sup>204</sup> Gleichzeitig meldete auch England seine Absicht an, Weihaiwei zu „pachten“, die es auch zwei Monate später durch Besetzung verwirklichte.<sup>205</sup> Auch Frankreich gelang es, wenn auch

<sup>199</sup> B. D., Bd. I, Appendix, Memorandum Tilleys, 5. Januar 1905.

<sup>200</sup> Das Abkommen über die englisch-deutsche Anleihe wurde am 1. März 1898 unterzeichnet. Die Anleihe wurde natürlich unter Knebelbedingungen gewährt, und zwar auf 45 Jahre bei 4,5 Prozent. Von den 16 Millionen Pfund Sterling des Nominalwertes der Anleihe erhielt China faktisch nur 13,3 Millionen Pfund Sterling.

<sup>201</sup> „Vorwärts“ vom 23. Februar 1898.

<sup>202</sup> Wortlaut des Vertrages siehe Э. Д. ГРИММ, а. а. О., S. 116–199, Nr. 38.

<sup>203</sup> Von den ökonomischen Privilegien, die Deutschland auf Grund des Vertrages erhielt, waren das Monopolrecht für den Eisenbahnbau in Schantung, für freie Ausbeutung der 30 Li beiderseits der Eisenbahn gelegenen Bodenschätze und viele andere Konzessionen in Schantung die wesentlichsten. Von den politischen Privilegien wäre auf das Recht der Besetzung eines Territoriums von 50 Kilometer längs der Kiautschoubucht zu verweisen.

<sup>204</sup> Э. Д. ГРИММ, а. а. О., Nr. 39, Konvention über Port Arthur, die zwischen Rußland und China am 27. (15.) März 1897 in Peking abgeschlossen wurde.

<sup>205</sup> Die Eroberung Weihaiweis wurde am 7. Juli 1898 durch einen Pachtvertrag rechtskräftig, und zwar für die gleiche Zeit, die Rußland Port Arthur in seinen Händen halten würde. Außerdem erweiterte England beträchtlich die Fläche des Territoriums von Hongkong durch „Pacht“ auf 99 Jahre. (Siehe Э. Д. ГРИММ,

um den Preis großer Mühen, ebenfalls ein Stück des chinesischen Territoriums Kuangtschou-wan als „Pacht“ zu erhalten.<sup>206</sup> So wurde China für den von Deutschen provozierten Mord an zwei katholischen Missionaren „bestraft“. W. I. Lenin hat bald darauf die wahre Bedeutung dieser Ereignisse aufgedeckt. „Eine nach der anderen“, so schrieb er in der „Iskra“, „gingen die europäischen Regierungen so eifrig daran, chinesisches Land zu rauben, zu ‚pachten‘, wie sie es nennen, daß nicht ohne Grund Gerüchte über eine Aufteilung Chinas aufgetaucht sind.“<sup>207</sup> Der Raubeinfall des japanischen und dann auch des deutschen Imperialismus in China leitete in der Tat die Aufteilung dieses riesigen Landes in „Einflusssphären“ ein.

## 5

Schon lange hatten die herrschenden Klassen in Deutschland keinen so starken chauvinistischen Auftrieb verspürt wie zu der Zeit, da sie nach dem Einfall in China und nach der Eroberung Kiautschous sahen, daß ihre imperialistische Politik der „gepanzten Faust“ so rasch und leicht, wie es schien, bedeutende Siege und Erfolge erreichte. Die deutschen Zeitungen gerieten, man kann wohl sagen, in einen Zustand der Exaltation, und selbst jene von ihnen, die gewöhnlich in nüchterner und alltäglicher Sprache über nüchterne Alltagsangelegenheiten schrieben, begannen sich plötzlich fast dichterisch auszudrücken, natürlich in dem Grade und in der jämmerlichen Form, in der sie ihre Gefühle der Befriedigung über den gelungenen Raub auszudrücken imstande waren. Die Zeitungsreptilien besangen diesen Erfolg als das Fanal der Zeit, als einen vielversprechenden Beginn und fast als eine Wende in der Weltgeschichte. „Wenn die Muse der Geschichte“, so schrieb eine von ihnen, „das ‚1897‘ überschriebene Blatt umschlagen wird, dann wird sie ihren Blick nachdenklich auf das Blatt heften, auf dem in leuchtenden Buchstaben ‚Landung der Deutschen an der Küste des Gelben Meeres‘ geschrieben steht... Die Reichsflagge stieg am Großmast hoch, und wie der legendäre Held der französischen Geschichte seine Mannen aufrief, ihm ins Schlachtgewühl zu folgen, so wird auch die Inschrift ‚Gott mit uns‘ auf dem Eisernen Kreuz den Weg zum Herzen aller Deutschen bahnen und die Flamme der Begeisterung in ihnen entfachen. Fort mit dem Kleinmut und mit dem schwachen Willen, der die deutsche

a. a. O., Nr. 44, Abkommen über die Verpachtung von Weihaiwei, das zwischen Großbritannien und China am 7. Juli 1898 in Peking abgeschlossen wurde.)

<sup>206</sup> Э. Д. Гримм, а. а. О., Nr. 41, französisch-chinesischer Notenaustausch, 9.—10. April 1898.

<sup>207</sup> В. И. Ленин, «Китайская война», Сочинения, Bd. 4, S. 348/349.

Seele belastete und fesselte!“<sup>208</sup> So schrieb eine Zeitung, die bereits seit langem, seit den ersten Tagen der Herrschaft Bismarcks vom Auswärtigen Amt Gage bezog. Aber sie stand mit ihrem hochtrabenden Ton nicht allein.

Die Finanzkreise und die Großindustriellen, die Kaufmannschaft und die Schiffsreeder, die katholische und die protestantische Kirche, die Kaste der Flottenoffiziere, kurzum, fast das gesamte bürgerliche Lager und selbst ein bedeutender Teil der junkerlichen Gutsbesitzer begrüßten die Militär-exekution an China und die Eroberung Kiautschous. Als Wilhelm auf dem Wege nach Kiel in Hamburg Aufenthalt nahm, erschien bei ihm vollzählig die Kaufmannschaft dieser Stadt, um ihrer „Freude über unser Vorgehen in Ostasien Ausdruck zu geben“. Der bekannte Hamburger Großkaufmann Adolf Woermann, einer der prominentesten Vertreter der Kolonialgesellschaft, hielt eine Rede, in der er „mit einer wahren Bärenstimme und unter begeistertem Beifall der Kaufmannschaft“ die Politik der Eroberungen in Ostasien begrüßte, „wo Hamburg und Deutschland große Zukunftsaussichten winkten“. „Mit seinen Hoffnungen und Wünschen“, so erklärte er, „stehe ganz Hamburg hinter dem Kaiser und seiner Regierung.“<sup>209</sup> Die Kolonialgesellschaft und der Alldeutsche Verband standen von Beginn des provozierten Konflikts an in den ersten Reihen der Anhänger der Politik militärischer Eroberungen in China.

Auf diese Weise erhielt die Regierung in ihrer neuen Zusammensetzung, nachdem sie einen aggressiven Ausfall nach China unternommen hatte, die volle und bedingungslose Unterstützung sowohl der Parteien der imperialistischen Bourgeoisie, der Nationalliberalen Partei und der Reichspartei, als auch eines großen Teils der Agrarier, die bereits davon träumten, spottbillige Arbeitskräfte – die chinesischen Kulis – einführen und auf ihren Gütern ausbeuten zu können. Zwar waren die Militärkreise, wie wir gesehen haben, von diesem Sprung nach dem Fernen Osten nicht begeistert, der ihnen unmittelbar nichts gab und ihrer Meinung nach lediglich zur Zersplitterung der Aufmerksamkeit und der Mittel sowie zur Schwächung der politischen Positionen Deutschlands in Europa führte. Selbst General Waldersee, der dem Kaiser so nahestand, verhielt sich zu diesem neuen Akt der „Weltpolitik“ recht zurückhaltend, da er annahm, daß der Einfall in China Deutschland „in Abenteuere“ stürzen könne. „Wir sollen Weltpolitik treiben“, schrieb er etwas später. „Wenn ich nur wüßte, was das sein soll; zunächst doch nur ein Schlagwort.“<sup>210</sup> Aber dieses „Schlagwort“ einigte in gewissem Maße die vielfältigen politischen Gruppierungen der herrschen-

<sup>208</sup> „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Dezember 1897 (zitiert nach O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 153).

<sup>209</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 203.

<sup>210</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 449.

den Klassen und im gegebenen Fall sogar solche, die sich aus verschiedenen Gründen nicht für Anhänger dieser Losung hielten. Daß der Einfall in China unter dem Vorwand der Verteidigung katholischer Missionen durchgeführt wurde, erleichterte es der Regierung und der politisch mit dem Finanzkapital verwachsenden Spitze der Zentrumsparterie, breite Kreise der Mittel- und Kleinbourgeoisie und sogar Arbeiter, die dieser katholischen Partei folgten, für die Unterstützung der Regierung und ihrer imperialistischen Politik zu gewinnen. Die beiden „freisinnigen“ Parteien waren der Regierung ebenfalls nicht gefährlich. Die eine von ihnen, mit Barth an der Spitze, unterstützte aktiv die Regierungspolitik in China<sup>211</sup>, die andere, die von Richter geführt wurde, bezog eine zurückhaltende Position. Richter forderte von der Regierung einen ausführlichen politischen Bericht.<sup>212</sup>

Die Regierung beeilte sich nicht, dem Reichstag einen Bericht vorzulegen. Zunächst stellte Bülow, der in der Budgetkommission sprach, die Sache so hin, als interessiere sich die Regierung in der Tat am meisten für die Missionarstätigkeit in China, während sie die Anwesenheit der Kriegsschiffe in Kiautschou als eine Mahnung für die Chinesen betrachtete, das Leben und das Gut der deutschen Staatsangehörigen zu achten. Selbst Anfang Februar 1898, als alles im Grunde bereits entschieden war, wickelte Bülow einem Bericht über die deutsche Politik in China aus. Die Version von der „Verteidigung der Missionare“ jedoch konnte er schon fast völlig aufgeben. Nachdem er dem Reichstag offiziell mitgeteilt hatte, daß die Regierung sich in China um die Schaffung eines „Stützpunktes“ bemühe, rückte er die ökonomischen und politischen Motive in den Vordergrund. „Gerade“, so sagte er, „weil die mächtig arbeitende deutsche Industrie auf vielen europäischen und nichteuropäischen Plätzen mit großen und wachsenden Schwierigkeiten kämpft, wo sich ihr leider manche Länder ganz oder teilweise verschließen, betrachten wir es doppelt als unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß uns für die Zukunft wenigstens der chinesische Markt erhalten blieb, nach welchem sich unsere Ausfuhr seit 10 Jahren verdreifacht hat.“<sup>213</sup> Auf diese Weise versuchte er, den aggressiven Einfall deutscher Streitkräfte nach China und die Besetzung chinesischen Territoriums als eine Maßnahme darzustellen, die eine erzwungene Antwort auf die Lösung des Handelsvertrags mit Deutschland durch England und eine Antwort auf die wachsende Schutzzollpolitik in den USA und anderen Ländern sei. Was aber die politischen Motive anbetrifft, so brachte Bülow, der auch weiterhin die „nationale Trommel“ rührte, die Interessen des imperialistischen Prestiges vor. Deutschland, so erklärte er, kann nicht in Ostasien eine Macht

<sup>211</sup> Reichstag, 8. Februar 1898, Bd. II, S. 906.

<sup>212</sup> Ebenda, S. 892.

<sup>213</sup> Ebenda, S. 894–897.



zweiten Ranges bleiben. Das reichte aus, um die junkerlich-bürgerliche Mehrheit des Reichstags zu veranlassen, ihre tiefe Befriedigung über die Politik der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Es blieb nur noch übrig, die diplomatische Seite der Angelegenheit in ein ansprechendes Licht zu rücken. Einem solchen Meister der Wortäquilibristik wie Bülow machte das keine Schwierigkeiten. Man mußte lediglich all die demütigenden Bitten, mit denen sich der Kaiser und die deutsche Diplomatie an Rußland gewandt hatten, ebenso unterschlagen wie die England gegenüber angewandten Erpressungsmanöver, man mußte die Furcht, die sich der Regierungskreise zu Beginn des Konflikts bemächtigt hatte, ebenso verheimlichen wie die Drohungen, die hinter den Kulissen nach verschiedenen Richtungen gemacht worden waren – dann konnte der Weg der deutschen Regierung zu dem Vertrag mit China über die Pacht von Kiautschou wie ein diplomatischer Triumphzug aussehen. So handelte Bülow denn auch. Er besang den „Einklang“ der Interessen Deutschlands und Rußlands in Europa und die Parallelität dieser Interessen in Ostasien. Er wies darauf hin, daß „alle maßgebenden Stellen“ in London, trotz allem, was die englische Presse schrieb, begriffen, daß Deutschland nur „im Interesse des Kulturfortschritts der Menschheit“ handle und auf diesem Gebiet bereit sei, „ein harmonisches Zusammenwirken auch mit Großbritannien“ aufzunehmen. Er fand das Streben Frankreichs nach Ausdehnung seines Einflusses über die Grenzen Tongkings hinaus ganz natürlich. Kurzum, er stellte die entstandene internationale Situation im rosigsten Lichte und den räuberischen Einfall des deutschen Imperialismus in China als einen recht geschickten Schritt hin, der zur rechten Zeit unternommen wurde und niemand berührte. Selbst China konnte, wie sich herausstellte, zufrieden sein, daß man es nicht aufzuteilen beabsichtigte. Bülow verheimlichte somit auch die Tatsache, daß die Eroberung Kiautschous als letzter Anstoß zur Aufteilung Chinas in Einflußsphären gedient hatte. Die Verständigung über diese Aufteilung war gerade die wichtigste politische Grundlage für den Erfolg des Eroberungsunternehmens des deutschen Imperialismus in China.

Die imperialistischen Kreise in Deutschland waren über diesen Erfolg sehr zufrieden. „Es ist wieder der alte Bismarcksche Geist, der durch diese Besitzergreifung geht“, erklärte Kardorff.<sup>214</sup> Den herrschenden Klassen imponierte alles: mit welcher Leichtigkeit es ihnen gelungen war, ein Stück Chinas zu erobern, und welche Methoden dabei angewandt wurden. Der „freisinnige“ Barth behauptete, in China sei das internationale Recht nicht anwendbar, und begrüßte, ganz junkerlich, die „Politik der realen Macht“, mit der Deutschland im Fernen Osten aufgetreten war. Er rief dazu auf,

<sup>214</sup> Ebenda, S. 904.

dort diese „Politik der realen Macht“, wenn es notwendig sei, auch in Zukunft anzuwenden.<sup>215</sup> Selbst Richter, der alte parlamentarische Kämpfer gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik, trat keineswegs als Gegner der Regierungspolitik in China auf. Er war ebenfalls der Meinung, daß Deutschland in Ostasien eine Flotten- und Kohlenstation brauche. Aber in noch höherem Maße interessierte ihn die Frage, welchen Einfluß die „chinesischen Angelegenheiten“ auf die allgemeine – innere und äußere – Politik Deutschlands haben könnten. Er empfahl, sich in den Fragen der Außenpolitik nicht auf Rußland, sondern auf England zu orientieren, sich aber im allgemeinen nicht von den inneren Angelegenheiten in Deutschland ablenken zu lassen, wo ebenfalls viele „chinesische“ Ereignisse im Gange seien. Er meinte das Vorgehen der Agrarier, die in den Regierungsinstanzen energisch den Weg zu protektionistischen Maßnahmen bahnten.<sup>216</sup> Im Namen der Industriellen versprach Kardorff, diese Aktionen der Agrarier zu unterstützen. „Wir denken“, so erklärte er, „daß, weil sich dort der deutschen Industrie ein Absatzgebiet eröffnet, die Industriellen davon absehen werden, wieder durch Verkürzung der landwirtschaftlichen Zölle in Zukunft einen Vorteil zu suchen.“ Auf diese Weise erschien der militärische Einfall in China nicht nur als eine Politik des Schutzes des „nationalen Prestiges“, sondern auch als Ausdruck allgemeiner „nationaler“ Interessen der herrschenden Klassen, der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums, als Ausdruck der „Sammlungspolitik“. Kardorff behauptete, daß dieser Politik, vor allem im Fernen Osten, der „Schutz der nationalen Arbeit“ zugrunde liege. Er polemisierte mit der Sozialdemokratie und versuchte zu beweisen, daß auch die Arbeiterklasse, zusammen mit der Bourgeoisie und dem Junkertum, die Früchte der expansionistischen Politik in China ernten werde, da die Vergrößerung des Exports deutscher Waren zu einer Erhöhung der Löhne führen könne.<sup>217</sup>

Das war die These, mit der sich die Anhänger der „Sammlungspolitik“ an die Arbeiterklasse wandten in der Hoffnung, es werde gelingen, ihre einzelnen Oberschichten für die Politik der imperialistischen Expansion zu gewinnen. Während die reaktionärsten Kreise der herrschenden Klassen innerhalb und außerhalb der Regierung verschiedene Varianten drakonischer antisozialistischer Gesetze ausarbeiteten, waren andere Kreise bestrebt, gewisse Schichten der Arbeiterklasse durch nationalistische Propaganda, demagogische Versprechungen und vielleicht auch kleine Almosen an der Politik des Imperialismus zu interessieren. Sie waren nicht nur bestrebt, diese Schichten dem Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu

<sup>215</sup> Ebenda, S. 906.

<sup>216</sup> Ebenda, S. 852.

<sup>217</sup> Ebenda, S. 904/905.

entziehen, sondern auch in der Sozialdemokratie selbst eine Stütze zu finden. Die Spekulation auf die opportunistische Ausartung der letzteren erschien ihnen schon damals vielversprechend. Die Haltung einer Reihe prominenter Vertreter und Organe der Sozialdemokratischen Partei bot hierfür allen Grund. Als die Kunde von dem imperialistischen Vertrag, der China von der deutschen Regierung aufgezwungen worden war, durch die ganze Welt eilte, wurde diese Kunde von der führenden sozialdemokratischen Presse mit der Ruhe eines abseits stehenden Beobachters und sogar mit Billigung aufgenommen. In einem Kommentar zu diesem überaus wichtigen Ereignis, das von den aggressiven Handlungen des deutschen Imperialismus zeugte, schrieb der „Vorwärts“ mit gespielter Gleichgültigkeit: „Die chinesische Regierung hat also dem Zwang der Verhältnisse nachgeben müssen... Allem Anschein nach scheint also diese Operation friedlich auszulaufen. Wollten andere Mächte die Festsetzung Deutschlands nicht dulden“, so beruhigte die Sozialdemokratische Partei ihre Arbeiterleser, „so hätten sie längst entsprechende Schritte getan... Eine andere Frage ist es, was die fernere Zukunft bringen wird.“<sup>218</sup> Diese Worte ebenso wie der politische Ton, in dem sie gesagt wurden, verfehlten jedoch ihr Ziel. Die einfachen Arbeiter unter den Sozialdemokraten erblickten darin mit Recht den Ausdruck der opportunistischen Haltung des „Vorwärts“. Als Sprachrohr der Arbeitermassen, die gegen das Abgleiten des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei in den Sumpf des Opportunismus protestierten, unterzog die sozialdemokratische Provinzpresse den Standpunkt des „Vorwärts“ einer scharfen Kritik.<sup>219</sup> So schrieb zum Beispiel die „Volksstimme“, eine in Frankfurt am Main erscheinende Zeitung an die Adresse des „Vorwärts“: „Also kein Wort davon, daß der ‚Zwang‘, dem China nachgeben mußte, die brutale deutsche Marinegewalt war, die ohne Parlament und mit Verletzung des Völkerrechts vorging und auf die Zukunft einen ganz akademischen Ausblick warf, als wenn nicht... Prinz Heinrich mit der ‚gepanzten Faust‘ in den chinesischen Gewässern führe.“<sup>220</sup> Die Sache nahm eine skandalöse Wendung, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mußte von dem Standpunkt des „Vorwärts“ abrücken und eine Erklärung veröffentlichen, daß sie „zu dem Eroberungszug nach China“ in der „entschiedensten Gegnerschaft“ stehe und daß „die Redner der Fraktion bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit dieser Anschauung Ausdruck geben werden“<sup>221</sup>.

<sup>218</sup> „Vorwärts“ vom 6. Januar 1898.

<sup>219</sup> Siehe Eckart Kehr, „Schlachtflottenbau und Parteipolitik“, S. 127; Paul Frölich, „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg“, Bd. I, Berlin 1924, S. 32.

<sup>220</sup> Zitiert nach dem „Vorwärts“ vom 9. Januar 1898.

<sup>221</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokrati-

Und in der Tat, die sozialdemokratische Fraktion war die einzige des Reichstags, die der Politik des Einfalls in China entschlossen entgegentrat. Zwar vermochte Schönlank, der im Reichstag sprach, die Triebkräfte dieser Ereignisse nicht aufzudecken und unterschätzte deshalb ihre Bedeutung. Aber Bebel war damals auf der Höhe.

In der Atmosphäre des nationalistischen Börsenspiels, das unter den herrschenden Klassen mit dem Erfolg der deutschen Politik der „gepanzerten Faust“ in China begonnen hatte, trat Bebel tapfer und leidenschaftlich dieser Politik entgegen. Indem er die Klassenziele dieser Politik entlarvte, führte er empfindliche Schläge nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen jene, in deren Interesse die Regierung handelte. Vor allem aber entlarvte er die provokatorischen Methoden, die die Regierung gegen China angewandt hatte. Er zeigte, daß die Regierung brutal, gewalttätig und herausfordernd in China gehandelt hatte. Er wußte vieles, erriet aber noch mehr. Er behauptete, die offizielle Version vom „Schutz der Missionare“ sei nur ein künstlich geschaffener Vorwand für den Überfall auf China gewesen, und die Regierung würde, falls sie diesen Vorwand nicht gehabt hätte, einen anderen vorbereitet haben. Den Einfall Deutschlands in China setzte er dem Jameson-Raid in Transvaal gleich. Es sei schade, so fügte er hinzu, daß die Chinesen sich gegenüber den Deutschen nicht so verhalten hätten wie die Buren gegenüber den Engländern. Diese Erklärung rief unter der junkerlich-bürgerlichen Mehrheit des Reichstags Empörung hervor, aber Bebel versetzte ihr weitere Schläge. Er verstand es, zu zeigen, daß die Politik Deutschlands in China trotz der offiziellen Version keinen friedlichen Charakter, sondern den Charakter eines bewaffneten Überfalls auf das wehrlose chinesische Volk trage und daß China das Kiautschou-Abkommen nicht aus freien Stücken, sondern unter dem Druck des deutschen Kommißstiefels unterzeichnet habe. Aber Bebel begnügte sich nicht damit. Indem er die Formen und die Methoden der deutschen Politik in China in scharfer Form tadelte, verstand er es, zu zeigen, daß dieser Politik, entgegen der offiziellen Version, nicht die nationalen Interessen des deutschen Volkes, sondern die materiellen Interessen der deutschen Kapitalisten zugrunde lagen. Er hatte sofort begriffen, daß die Regierung und die sie unterstützende Bourgeoisie bestrebt waren, die Besetzung von Kiautschou zur Durchführung neuer Flottenrüstungspläne auszunutzen, und daß diese Eroberung erst den Anfang der Eroberungspolitik im Fernen Osten darstellte. Und er setzte seiner Partei und der Arbeiterklasse auseinander, daß die Interessen des deutschen Proletariats in dieser Frage, wie überhaupt in der Frage des Militarismus und in den

schen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 139/140.

Angelegenheiten der Kolonialpolitik, den Interessen der Kapitalisten direkt entgegengesetzt sind. Er widerlegte kategorisch die Argumente, mit denen die kapitalistischen Kreise die Arbeiterklasse zur Unterstützung der Kolonialpolitik verlocken wollten, die angeblich auch ihr Vorteile bringen könnte. Er wies nach, daß das neue Kolonialunternehmen in China im Gegenteil bedeutende finanzielle Ausgaben erfordern werde, die die Steuerlast noch verstärken und die materielle Lage der deutschen Arbeiter verschlechtern würden. Mehr noch, er verstand es, die Beziehungen zwischen der Verstärkung der Kolonialpolitik der Regierung in China und der Verstärkung der reaktionären Politik in Deutschland selbst aufzuzeigen. Gerade kurz vorher (am 11. Dezember 1897) hatte der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, an die Regierungen der dem Deutschen Reich angehörenden deutschen Staaten eine Geheimdenkschrift über die Frage des Streikverbots und der Aufhebung der Versammlungs-, der Koalitionsfreiheit usw. versandt. Der Sozialdemokratischen Partei gelang es, sich in den Besitz dieses Geheimdokuments zu setzen und es zu veröffentlichen<sup>222</sup>, wodurch sie die von der Regierung ausgearbeiteten reaktionären Pläne entlarvte. Bebel, der sich auf das gegen die Gewerkschaften und sonstige Organisationen der Arbeiterklasse gerichtete Projekt des Grafen Posadowsky berief, zeigte, daß diesem Projekt das Bestreben zugrunde lag, die Offensive gegen die politischen Rechte und den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu verschärfen, den Lohn zu senken, die Preise auf dem Binnenmarkt zu steigern und damit den deutschen Kapitalisten die Möglichkeit zu geben, auf dem Wege des Dumpings den Kampf auf den Außenmärkten zu verstärken.<sup>223</sup>

Aber in der Position Bebels gab es eine Seite, die davon zeugte, daß selbst dieser Führer der deutschen Arbeiter, „vor dessen Kritik“ nach den Worten J. W. Stalins, „mehr als einmal ‚gekrönte Häupter‘ und patentierte Gelehrte wie vor Hammerschlägen zurückwichen“<sup>224</sup>, daß selbst er die neuen Erscheinungen, die der deutschen Eroberungspolitik zugrunde lagen, nicht begriffen hatte. Für die wichtigste Triebkraft dieser Politik hielt er die Händler und Industriellen, die Absatzmärkte für ihre Waren suchten, und erkannte nicht die gewachsene Kraft der Banken, der kapitalistischen Monopole, der Finanzoligarchie, die auf den junkerlichen Staat, auf die Macht seiner Rüstung gestützt und unter Mitwirkung seiner Diplomatie nach neuen Sphären der Kapitalinvestierung suchte. Ohne dieses

<sup>222</sup> „Vorwärts“ vom 15. Januar 1898.

<sup>223</sup> Reichstag, 8. Februar 1898, Bd. II, S. 899–902; Reichstag, 27. April 1898, Bd. III, S. 1988.

<sup>224</sup> J. W. Stalin, „August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter“; Werke, Bd. 2, S. 182.

neue, gerade erst im Entstehen begriffene imperialistische Stadium der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt und des deutschen Kapitalismus im besonderen zu begreifen, zog er einige Schlüsse, die der deutschen Arbeiterklasse in den großen Fragen der internationalen Politik eine falsche Orientierung gaben. So war er der Meinung, daß das Eindringen des europäischen Kapitals in China den Anstoß für die Entwicklung der chinesischen nationalen Industrie gegeben habe, was zur Verstärkung der Arbeitslosigkeit in Europa und insbesondere in Deutschland führen werde. Hieraus zog er den Schluß, daß sich die billige Arbeit und der Fleiß des chinesischen Arbeiters auf die Lage der deutschen Arbeiter verhängnisvoll auswirken würden. Das war, so kann man sagen, das Hauptargument seiner Kritik an der deutschen Politik im Fernen Osten. Insofern Bebel sich die Aufgabe stellte, die falschen Behauptungen der regierenden und der kapitalistischen Kreise zu zerschlagen, wonach ihre Politik im gesamt nationalen Interesse durchgeführt werde und, wie Kardorff sagte, das Ziel des „Schutzes der nationalen Arbeit“ verfolge, konnten seine Argumente in jenem Augenblick durchaus Eindruck machen. Aber auf der Ebene der allgemeinen historischen Interessen und Aufgaben der Arbeiterklasse zeugten sie davon, daß Bebel noch nicht begriffen hatte, welches die Folgen der imperialistischen Expansion nach den Ländern der Kolonialwelt sein konnten und folglich welche gewaltigen Reserven für die sozialistische Bewegung die nationale Befreiungsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker in den Ländern des erwachenden Ostens darstellen konnte. Zwei, drei Jahre später konnte er sich an Hand des Beispiels der in China aufblühenden Volksbewegung davon überzeugen.

Gleich Bebel, aber mit geringerem Glanz und geringerer Tiefe, kritisierte Wilhelm Liebknecht die deutsche Politik in China.<sup>225</sup> Ähnlich wie Bebel entlarvte auch er die Klasseninteressen der Kapitalisten und die Bedeutung ihrer Raubpolitik in den kolonialen Ländern. Zugleich unterließen ihm aber bei der Beurteilung der internationalen Politik ernste Fehler, die vom Standpunkt der gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung überaus große praktische Bedeutung hatten. Liebknecht kritisierte im Grunde nicht so sehr die deutsche Politik im Fernen Osten in ihrem Wesen, er verurteilte vielmehr ihre Orientierung. Er verurteilte sie, weil sie in China nicht zusammen mit England, sondern zusammen mit dem zaristischen Rußland gehe. Das war tatsächlich falsch. Die deutsche Regierung lavierte zwischen dem zaristischen Rußland und England und stieß sogar anfangs, als sie Kiautschou für sich zu sichern trachtete, auf den Widerstand Rußlands. Diese diploma-

<sup>225</sup> Reichstag, 27. April 1898, Bd. III, S. 1983.

tische, hinter den Kulissen sich abspielende Seite der Angelegenheit konnte Liebknecht damals noch nicht kennen. Aber er durfte nicht übersehen, daß Deutschland durch seine aggressive Eroberungspolitik eine selbständige Rolle in China zu spielen bestrebt war. Die Regierung und die herrschenden Klassen nahmen diese Tatsache mit Befriedigung zur Kenntnis. Indessen war Liebknecht auch weiterhin der Meinung, daß Deutschland fast ein Werkzeug in den Händen des zaristischen Rußlands darstellte, das sich, um eine Eroberungspolitik in China zu betreiben, freie Bahn zu schaffen interessiert war und sich deshalb bemühte, zunächst einmal Deutschland dort hineinzuhetzen. Rußland, so erklärte er, sei ein barbarisches Land, dessen Politik von Eroberungsinstinkt durchdrungen sei. Er war der Meinung, daß der russische Zarismus diesen Instinkt stets befriedigen könne, da der russische Bauer zu hungern gewöhnt und es ihm egal sei, ob er im Frieden oder im Kriege hungere. Aber weshalb ließ sich Deutschland in die Eroberungspolitik im Fernen Osten hineinreißen? Eine Antwort auf diese Frage suchte Liebknecht in gemeinsamen dynastischen Interessen, die Deutschland mit dem russischen Zarismus verbanden. Der Politik des zaristischen Rußlands stellte er die Politik Englands gegenüber, dem er, den Tatsachen zum Trotz, das Bestreben zuschrieb, die Aufteilung Chinas zu vermeiden, China durch Reformen zu beglücken und dessen materielle Hilfskräfte zu entwickeln.

Auf diese Weise hat Liebknecht die Bedeutung der aggressiven Politik des russischen Zarismus gewaltig überschätzt. Wie seinerzeit auch Engels, ignorierte er die neuen Erscheinungen und merkte nicht, „daß die Eroberungspolitik mit all ihren Gemeinheiten und ihrem Schmutz keinesfalls das Monopol der russischen Zaren war“<sup>226</sup>. Gerade gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen in noch stärkerem Maße als früher auch andere Mächte sich dieser Eroberungspolitik hinzugeben, unter denen England, in dem Bestreben, sein Kolonialmonopol zu erhalten und zu erweitern, mit die führende Rolle spielte. In den letzten Jahren dieses Jahrhunderts, als die Aufteilung der Welt bereits kurz vor ihrem Abschluß stand und die neuen jungen Mächte — Japan, Deutschland und die USA —, nachdem sie in die Weltarena eingetreten waren, sich bereits die Aufgabe der Vorbereitung zum Kampf um die Neuaufteilung der Erde stellten, war Liebknecht immer noch der Meinung, daß der alte Antagonismus zwischen dem zaristischen Rußland und England dominierend bleibe. Auf diese Weise ignorierte er einfach den neuen Antagonismus zwischen Deutschland und England und war der Meinung, daß dieser Antagonismus zum Beispiel in China keine selbständige Bedeutung habe. Natürlich wurde eine solche

<sup>226</sup> И. В. Сталин, «О статье Энгельса „Внешняя политика русского царизма“»; «Большевик», 1941, Nr. 9, S. 3.

Ansicht durch die Unterschätzung des Wesens der neuen deutschen Politik der letzten Jahre hervorgerufen. Liebknecht war der Meinung, daß diese Politik in China den Ausdruck der Handels- und Industrieinteressen der deutschen Kapitalisten darstelle, während ihr aggressiver Charakter die Widerspiegelung der dynastischen Interessen des Deutschen Reiches sei, die vom russischen Zarismus ausgenutzt würden. In Wirklichkeit waren gerade der Einfall in China und die Eroberung von Kiautschou durch den deutschen Imperialismus von dessen eigenen Interessen und seinem wachsenden Appetit diktiert. Die Flottenclique im persönlichen Marinekabinett des Kaisers, das Reichsmarineamt und das Auswärtige Amt nahmen diese Interessen wahr. Statt dessen kritisierte Liebknecht die Regierung, weil sie in China vorging, nachdem sie Rußland auf den Leim gekrochen war. „Hätten wir Staatsmänner in Deutschland gehabt, so hätten wir die überschüssigen Kräfte... nach Österreich, nach den fruchtbaren Donauländern geschickt – das alte Österreich hätte sich vorgeschoben nach Süden und Osten, und heute hätten wir das leitende Wort in Konstantinopel zu sprechen. Wir hätten in Europa unser Indien gehabt.“<sup>227</sup> Das wäre Weltpolitik gewesen...“<sup>228</sup> Liebknecht kritisierte die Politik der Regierung, weil sie, wie er behauptete, die nationalen Interessen Deutschlands in Österreich den dynastischen Interessen der Aufrechterhaltung der Beziehungen zum russischen Zarismus opferte. In Wirklichkeit aber hatte er selbst im vorliegenden Fall dem deutschen Nationalismus nachgegeben und hatte sich sogar, ohne es zu merken, mit jenen Plänen solidarisch erklärt, die von den Kreisen des Alldeutschen Verbandes propagiert wurden. In der Annahme, daß der deutschen Politik im Fernen Osten lediglich dynastische Interessen zugrunde lägen, forderte Liebknecht, daß die Regierung auf diese Politik im Interesse, wie er dachte, der deutschen nationalen Politik in den Donauländern verzichte. Aber wie wir gesehen haben, war die deutsche Politik in Österreich und im Nahen Osten eine ebenso imperialistische Politik wie in China, und bei ihrer Durchführung in Mitteleuropa hatten die nationalen Interessen des deutschen Volkes eine noch geringere Bedeutung als die dynastischen Interessen der Hohenzollern in Ostasien. Somit meinte Liebknecht, als er auf eine Expansion im Fernen Osten zu verzichten vorschlug, im Grunde die Konzentration der Expansion auf Mitteleuropa und den Nahen Osten. Er war der Meinung, daß, falls die deutsche Politik diesen Weg einschläge, sie auf die Zusammenarbeit mit dem zaristischen Rußland verzichten müsse und ihre Reibungen mit England beseitigen könne. Diese Reibungen betrachtete er als das Ergebnis

<sup>227</sup> An dieser Stelle der Rede Liebknechts ertönte von den Bänken der Rechten im Reichstag Gelächter, bei den Sozialdemokraten dagegen – Beifall.

<sup>228</sup> Reichstag, 27. April 1898, Bd. III, S. 1984/1985.



des Einflusses der Zarenpolitik auf die deutsche Politik. Das heißt, daß er selbst noch in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts das Wachsen der Widersprüche zwischen England und Deutschland außer acht gelassen hatte. Das waren Widersprüche imperialistischen Charakters.

Die gegen die deutsche Politik des Einfalls in China gerichteten Reichstagsreden Bebels und Liebknechts erregten allgemeine Aufmerksamkeit, brachten aber die Opportunisten keineswegs zum Schweigen. Später, auf dem Parteitag im Herbst 1898, rechnete sich die Parlamentsfraktion dieses Auftretens als hohes Verdienst an. Sie verwies darauf, daß „der sozialdemokratische Fraktionsredner auch gegen den ‚Einbruch in China‘ protestiert hatte, wie wir überhaupt der gesamten Kolonialpolitik Deutschlands ablehnend gegenüberstehen. Diese bringt nur neue Lasten, die, wie stets bisher, hauptsächlich von den Arbeitern getragen werden müssen, und der Gewinn kommt fast nur einigen großen Handelsherren zugute, während die Gefahr internationaler Verwickelungen und damit furchtbarer Opfer seitens der Volksmassen gesteigert wird.“<sup>229</sup> In der Debatte, die sich auf dem Parteitag entfaltete, unterzogen die Linken den Standpunkt der „Vorwärts“-Redaktion insbesondere in der Frage der Einstellung zu den Chinaereignissen einer scharfen Kritik. Clara Zetkin kritisierte die Redaktion zu Recht dafür, daß sie die Frage der Einstellung der Partei zur Kolonialpolitik umgehe oder entstelle. Gradnauer, der im Namen der „Vorwärts“-Redaktion sprach, versuchte in zweitrangigen Fragen sich zu rechtfertigen und die wichtigen Fragen mit Schweigen zu übergehen. Schließlich faßte der Parteitag in der Frage der opportunistischen Haltung des „Vorwärts“ keinen Beschluß. Das bedeutete, daß die Opportunisten neue Möglichkeiten für ihre zersetzende Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erhielten, die sie im Interesse der Bourgeoisie mit Hilfe verlogener Sophismen, theoretischer Entstellungen und durch direkte Revision des Marxismus zu begründen versuchten. Und in der Tat, einige Monate nach dem Parteitag trat Eduard Bernstein mit seinem Buch „Probleme des Sozialismus und Aufgaben der Sozialdemokratie“ hervor. Dieses Buch wurde zur Bibel des Revisionismus. Bernstein trat als Verherrlicher des Kapitalismus hervor und rief die Arbeiterklasse offen dazu auf, sich mit der Bourgeoisie auszusöhnen und auf die soziale Revolution zu verzichten. Dementsprechend behandelte Bernstein auch die Fragen der Außenpolitik. Er rechtfertigte die „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus und war der Meinung, daß die Eroberung Kiautschous in China erst der Anfang des deutschen Eindringens in China sein müsse. „Das deutsche Volk hat kein Interesse daran“, so schrieb er, „daß China aufgeteilt und Deutschland

<sup>229</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, S. 51.

mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird.“ Dieses „Stück“ hielt er für unzureichend, aber notwendig, damit „Deutschland ein entschiedenes Wort mitzusprechen habe“. „Insofern nun die Erwerbung der Kiautschoubucht ein Mittel ist, ihm dieses Einspruchsrecht zu sichern und es zu stärken“, so schrieb er, „...liegt meines Erachtens darin ein Grund für die Sozialdemokratie, sich nicht prinzipiell gegen sie aufzulehnen... Soweit“, so folgerte er, „lief und läuft die Pachtung der Kiautschoubucht auf den Erwerb einer Bürgschaft für die zukünftigen Interessen Deutschlands in China hinaus, als was sonst sie auch proklamiert wurde, und soweit könnte auch die Sozialdemokratie sie guthießen, ohne sich das geringste an ihren Prinzipien zu vergeben.“<sup>230</sup> So segnete der Apostel des Reformismus den Einfall des deutschen Imperialismus in China.

Wir haben gesehen, daß derartige opportunistische Ansichten in Fragen der Außen- und der Kolonialpolitik auch früher schon verbreitet wurden. Die herrschenden Kreise Deutschlands verfolgten aufmerksam, welche Ergebnisse das Eindringen des bürgerlichen Einflusses und die Tätigkeit der Reformisten in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei zeitigten, und zogen daraus ihre Schlüsse. „Der Sozialdemokrat“, so schrieb an Bülow sein Freund Graf Anton Monts, „wächst sich zum radikalen Philister aus, seine Führer sind nicht minder uneins wie die Koryphäen des Zentrums.“ Als ein Mann ohne großen Einfluß, aber mit Beobachtungsgabe hat Monts die damals in den Kreisen der Bourgeoisie bestehenden Stimmungen nicht schlecht erfaßt: „Man könnte *peu à peu* alles mittels *divide et impera* und ohne irgendwelche Konzession von den Leuten erreichen, und so macht man“, schrieb er gereizt an die Adresse der Regierungskreise, „immer das Umgekehrte von dem, was zum Ziele führt.“<sup>231</sup> Er meinte jene brutalen Polizeimaßnahmen, die die Arbeiterklasse und breite Schichten des Volkes noch mehr gegen den Regierungskurs aufbrachten und die Sozialopportunisten daran hinderten, die für sie vorgesehene Rolle zu spielen.

Unter diesen Umständen, als die herrschenden Klassen – die Großbourgeoisie und das Junkertum, die den Weg der reaktionären „Sammelpolitik“ eingeschlagen hatten – so offensichtlich daran interessiert waren, daß das Gift des Reformismus so tief wie möglich in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei eindringen und sie zerfressen möge, bestand die Aufgabe der wahren Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse und der marxistischen Theorie im entschlossenen Kampf gegen die Träger des Opportunismus, in deren politischer und organisatorischer Isolierung von der Partei.

<sup>230</sup> Eduard Bernstein, „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, Stuttgart 1920, S. 207/208.

<sup>231</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 42/43.

Man kann nicht sagen, daß dieser Kampf, insbesondere auch in Verbindung mit konkreten Fragen der Außen- und der Kolonialpolitik nicht geführt worden wäre. Aber er wurde nur mit halber Kraft geführt, und selbst die konsequentesten Vertreter des linken Parteiflügels ließen es nicht auf einen offenen Bruch mit den Opportunisten ankommen. So fiel zum Beispiel Franz Mehring, einer der markantesten Köpfe des linken Parteiflügels, der auch in die Diskussion über die Eroberung Kiautschous eingegriffen hatte, über die Politik der kaiserlichen Regierung her, indem er ihren aggressiven Charakter entlarvte und zeigte, welche schweren finanziellen Lasten sie den Schultern des deutschen Volkes aufbürdete. Er unterzog die bürgerlich-liberalen Ansichten der Freisinnigen, die im Grunde genommen die koloniale Politik der deutschen Regierung unterstützten und lediglich den Wunsch äußerten, daß sie Elemente der „Kultur“ und der „Mäßigung“ enthalten sollte, einer Kritik. Aber eine Entlarvung opportunistischer Ansichten unter den Vertretern der Sozialdemokratie wagte Mehring nicht. Vor der bürgerlichen Presse deckte und bagatellierte Mehring die bestehenden Reibungen und Meinungsverschiedenheiten, die dadurch ausgelöst worden waren, daß die opportunistischen Elemente die Eroberungspolitik der deutschen Regierung in China mehr oder minder offen zu unterstützen begannen. Er versuchte die Lage so hinzustellen, als ob es sich „bei jenen kleinen Reibungen . . . nicht um Unterschiede der Auffassung, sondern höchstens um Unterschiede des Tones und des Temperaments“ handele, „die nichts beweisen“.<sup>232</sup> Indessen handelte es sich um tiefgehende Unterschiede in den Ansichten über die größten und aktuellsten Fragen der Theorie und der Praxis der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterklasse. Wie W. I. Lenin später feststellte, der bereits damals, sobald er von dem Auftauchen des Bernsteinianertums erfuhr, einen unversöhnlichen Kampf gegen ihn aufnahm, stellen die Opportunisten „... den Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse dar, der vermittels der imperialistischen Extraprofite *bestochen* und in *Kettenhunde* des Kapitalismus und *Verderber* der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist“<sup>233</sup>.

Unter den Fragen der Außenpolitik gab es eine Frage, in der alle Strömungen der deutschen Sozialdemokratischen Partei den gleichen Standpunkt einnahmen. Das war die Frage der Beziehungen zum zaristischen Rußland. Sowohl jene Vertreter der Sozialdemokratie, die wie Bebel und Mehring die Regierung wegen des militärischen Einfalls in China heftig angriffen, wie auch solche Vertreter des opportunistischen Lagers, die wie Bernstein und Cunow mit Argumenten der Bourgeoisie diesen Einfall

<sup>232</sup> „Die Neue Zeit“, XVI. Jahrgang, Bd. I, S. 513.

<sup>233</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, S. 9.

rechtfertigten, sie alle behaupteten wie aus einem Munde, das zaristische Rußland spiele in den Fragen der internationalen Politik eine fast dominierende Rolle, und beschuldigten die deutsche Regierung, sie stehe unter dem Einfluß Rußlands und handele in seinem Interesse. Gleichzeitig forderten sie von der Regierung eine Annäherung an England, das sie als einen Vorkämpfer der Demokratie und als den Träger friedlicher und kultureller Methoden der kolonialen Expansion einschätzten. All das entsprach nicht im geringsten der Wirklichkeit. Das zaristische Rußland spielte nicht mehr die Rolle, die es ein halbes Jahrhundert vorher in der Periode der Revolution von 1848 besessen hatte. England dagegen, das sich in eine imperialistische Macht verwandelt hatte, begann mehr denn je seine reaktionäre Rolle als Würger der Freiheit der kolonialen Völker zu erfüllen. Anderseits hatte die deutsche Regierung überhaupt nicht die Absicht, ihre Pläne und Handlungen dem Einfluß des zaristischen Rußlands unterzuordnen. Ebenso wenig hatte sie die Absicht, ihrem englischen Rivalen zuliebe zu handeln. Sie strebte danach, zwischen England und Rußland zu manövrieren und, deren alte und neue Gegensätze schürend, die Verwirklichung der eigenen imperialistischen Ziele durchzusetzen. Der Einfall in China stellte eins dieser Ziele dar, und wenn als „Stützpunkt“ Kiautschou gewählt wurde, so zeugte das davon, daß die deutsche Regierung auch weiterhin bereit war, den vorgesehenen Weg zu beschreiten. Holstein, der sich besonders aktiv einmischte, sobald er merkte, daß diese oder jene Kolonialangelegenheit die Grundfragen der allgemeinen Orientierung der Außenpolitik Deutschlands berührte oder berühren könnte, betrachtete Kiautschou vom Gesichtspunkt der umfassenden Manöver der deutschen Diplomatie aus. Bereits Anfang Dezember 1897 behauptete er, daß Deutschland „nicht aus Kiautschou heraus und weiter nach Süden gehen“ sollte, „weil wir dann Verpflichtungen gegen England übernehmen und uns dadurch in Widerspruch mit unserer ganzen bisherigen Politik setzen müßten. Umgekehrt bleiben wir vollkommen in unserem bisherigen politischen Rahmen, wenn wir eine Stellung behaupten, wo wir als Rußlands Nachbarn die gleichen Interessen und die gleichen Gegner wie Rußland haben.“<sup>234</sup> Er fürchtete also am meisten, daß der Einfall in China Deutschland zu einem allgemeinpolitischen Übereinkommen mit Rußland gegen England führen könnte, und verwarf zugleich im voraus den Gedanken an ein allgemeinpolitisches Übereinkommen mit England, das gegen Rußland gerichtet wäre. Da er auch weiterhin davon überzeugt war, daß der Hauptfaktor der internationalen Politik die Gegensätze zwischen Rußland und England blieben, war er der Meinung, daß Deutschland in seinem „bis-

<sup>234</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3725, Holstein an Radolin, 6. Dezember 1897.

herigen politischen Rahmen“ bleiben und sich, diese Gegensätze geschickt ausspielend, zu neuen und immer neuen imperialistischen Zielen durchschlagen müsse. Er wußte nicht, daß die englische Politik gerade zu dieser Zeit hinter dem Rücken Deutschlands den ersten Versuch unternahm, mit Rußland über den Abschluß eines Abkommens, ja sogar eines Bündnisses einig zu werden. Das war eins der nächsten Ergebnisse des Einfalls des deutschen Imperialismus in China und des begonnenen Kampfes um die Aufteilung und Neuaufteilung der „Einflußsphären“ im Fernen Osten.

## KAPITEL VIII

Englisch-deutsche Besprechungen  
über das Bündnis gegen Rußland und das Abkommen  
über die portugiesischen Kolonien  
1898

## 1

Im Frühjahr und Sommer 1898, als das politische Leben in Deutschland anläßlich der Reichstagswahlen im Zeichen scharfer Parteikämpfe stand, konnte man in den diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und England gewisse neue Tendenzen bemerken, die jedoch selbst für die besser informierten Zeitgenossen bis zum Schluß unverständlich blieben. Es war lediglich klar, daß diese Tendenzen in enger Verbindung zu den Ereignissen standen, die sich im Fernen Osten nach dem Einfall des deutschen Imperialismus in China abspielten. Es war ferner klar, daß die ersten Stöße, die diese Tendenzen aufkommen ließen, von England ausgingen. Die Politik der imperialistischen Expansion, die von England in verschiedenen Richtungen betrieben wurde, begann gerade dabei ernste Schwierigkeiten zu spüren, da sie auf verstärkte Expansion der anderen imperialistischen Mächte stieß. Noch gar nicht so lange vorher, im Jahre 1897, anläßlich der prunkvollen Feiern des sechzigjährigen Regierungsjubiläums der Königin Viktoria, hämmerte die englische Presse in die Köpfe der Leser den Optimismus, die Überzeugung von der Überlegenheit Englands über die ganze Welt ein, und so wurde auch das in den Music Halls gesungene Liedchen populär, daß England keine Verbündeten brauche und bereit sei, allein gegen die ganze Welt zu kämpfen. „We've got the ships, we've got the men, we've got the money too!“ (Wir haben die Schiffe, wir haben die Menschen, wir haben das Geld dazu), so hieß es in dem Refrain des Liedes.<sup>1</sup>

Aber nun stellte sich heraus, daß dies noch nicht alles war, was unter den neuen Bedingungen des imperialistischen Kampfes gebraucht wurde.

<sup>1</sup> Daran erinnerte Wilhelm II. in seinem Brief an Nikolaus II. (Siehe „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 50—54.)

Erstens erkannte ein gewisser Teil der englischen Bourgeoisie, daß auf verschiedenen Schauplätzen, auf denen sie die Politik der imperialistischen Expansion zugleich betrieb, Schwierigkeiten entstanden, mit denen fertig zu werden nicht so leicht fallen würde, und daß die Politik der „Isolation“, an die man sich so lange hielt, keinesfalls glänzend war und in naher Zukunft sogar gefährlich zu werden drohte. Ernste Sorgen erweckte die Lage in Indien. An der nordwestlichen Grenze dieses Landes war eine Bewegung unter den örtlichen Stämmen ausgebrochen; man mußte eine große Strafexpedition dorthin entsenden. In Afghanistan verstärkte sich die englandfeindliche Bewegung, und die Londoner Regierung befürchtete, daß die russische Diplomatie das ausnutzen könnte. Im Sudan war der Krieg gegen die Mahdisten auf seinem Höhepunkt. Damals wurde endgültig klar, daß die Pläne der englischen Imperialisten, Ägyptisch-Sudan zu erobern und mit den britischen Besitzungen zu vereinigen, auf den Widerstand französischer Imperialisten stießen, die bestrebt waren, ihre eigenen Pläne zu verwirklichen: nach Besetzung eines gewaltigen Territoriums im Sudan ein riesiges Kolonialreich in Afrika zu schaffen, das sich vom Atlantischen Ozean bis zum Roten Meer erstrecken sollte. Nicht geringe Befürchtungen riefen in London auch Nachrichten hervor, wonach die andere englische Militärexpedition in Afrika, die am Ufer des Nigers entlang vorrückte, auf Rivalen in Gestalt der dort operierenden französischen Militäreinheiten stieß. Auf diese Weise drohte das Vorrücken der französischen Kolonialtruppen in Zentralafrika die umfangreichen Pläne der britischen „Erbauer des Empire“ zu durchkreuzen: ein Kolonialreich zu schaffen, das sich von Kapstadt bis Kairo erstrecken sollte. Die englisch-französische Kolonialrivalität näherte sich ihrem Höhepunkt. Schließlich stand das politische Barometer in Südafrika auf Sturm. Auch hier schlichen sich die gleichen imperialistischen „Erbauer“, wie wir bereits wissen, erneut an die Burenrepubliken heran und warteten lediglich auf einen günstigen Augenblick und stichhaltigen Vorwand, um den Krieg zu beginnen. Die deutsche Diplomatie verfolgte aufmerksam die Umtriebe der Agenten des englischen Imperialismus in Südafrika, während die deutsche Presse (und zwar nicht nur die alldeutsche) in diesem Zusammenhang von „britischem Egoismus“, „britischer Heimtücke“ und anderen traditionellen Eigenschaften der Außen- und Kolonialpolitik Englands zu schreiben fortfuhr.<sup>2</sup> Man mußte im voraus die Möglichkeit einer Wiederholung jener Unannehmlichkeiten ausschließen, die Deutschland zwei Jahre vorher im Zusammenhang mit dem mißlungenen Jameson-Raid nach Transvaal bereitet hatte. Im Nahen Osten war die Lage nicht so akut, wie während des

<sup>2</sup> O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 144.

griechisch-türkischen Krieges, aber sie blieb trotzdem unsicher, da sich die europäischen Mächte nicht über den politischen und administrativen Status Kretas einig werden konnten, hauptsächlich infolge der Gegenwirkung Deutschlands, das daran interessiert war, das reaktionäre Regime des türkischen Sultans zu unterstützen. Außerdem war die Londoner Regierung über das österreichisch-russische Abkommen in Balkanfragen beunruhigt, dessen Inhalt ihr offensichtlich unklar blieb. Jedenfalls hatten die englischen Imperialisten auf den verschiedenen Schauplätzen ihrer Expansion nicht nur mit der Expansion ihrer alten Rivalen — des zaristischen Rußlands und Frankreichs — zu rechnen, sondern auch der neuen: Deutschlands, Japans und schließlich der USA, die sich gerade zu jener Zeit offen zum Kriege gegen Spanien vorbereiteten.

Besondere Beunruhigung aber rief in den imperialistischen Kreisen Englands die Lage in China hervor. Die englische Bourgeoisie begann zu erkennen, daß für ihre fast monopolistische Herrschaft auf dem chinesischen Markt das Ende angebrochen war. Ihre Unruhe wuchs Ende Dezember 1897, nachdem bekannt wurde, daß russische Kriegsschiffe in Port Arthur vor Anker gegangen waren. Ein bedeutender Teil der englischen bürgerlichen Presse begann die Politik der Regierung einer scharfen Kritik zu unterziehen, und selbst jener Teil der Presse, der die Regierung stets und in allem zu unterstützen pflegte, brachte jetzt seine Unzufriedenheit über ihre Unentschlossenheit zum Ausdruck. „Unser Foreign Office, unser Kriegsministerium und unsere Admiralität“, so schrieb zum Beispiel die Zeitung „Standard“, „sind nur dazu da, mit leeren Augen wissenschaftlicher Neugier der Aufteilung Chinas zuzusehen.“<sup>3</sup> Zugleich tauschten Salisbury, der englische Premierminister, und Joseph Chamberlain, der Kolonialminister, Meinungen darüber aus, was zu tun sei, um die Interessen des britischen Imperialismus in China zu sichern. „Ich bin mit Ihnen der Meinung“, schrieb Salisbury, „daß ‚die Öffentlichkeit‘ irgendeinen territorialen oder kartographischen Trost in China verlangt. Das wird... etwas kosten; aber da es sich um eine Herzensangelegenheit handelt, werden wir es tun müssen. Ich nehme an, es wird Tschusan sein.“<sup>4</sup> Aber Chamberlain bestand darauf, daß die Politik Englands in China einen bestimmten und kategorisch rußlandfeindlichen Kurs nehmen sollte. Am letzten Dezembertag des Jahres 1897 schlug er den Entwurf eines Abkommens mit Japan vor.<sup>5</sup> In den ersten Tagen des Februars 1898 unterbreitete er Salisbury einen ausführlicheren Entwurf, der vorsah: erstens den unver-

<sup>3</sup> Ebenda, S. 152.

<sup>4</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, Empire and World Policy, S. 249, Salisbury an Chamberlain, 30. Dezember 1897.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 249, Chamberlain an Salisbury, 31. Dezember 1897.



züglichen Beginn von Besprechungen mit den USA über gemeinsame Chinapolitik, zweitens analoge Besprechungen mit Deutschland und drittens offene Verkündung der Forderung, daß jeder von einer fremden Macht in China besetzte Hafen für alle zu gleichen Bedingungen geöffnet wird. „Wenn sich Rußland“, so schrieb Chamberlain, „diesen Bedingungen widersetzt, müßten wir seine Flotte auffordern, Port Arthur zu räumen, und sie nötigenfalls zum Auslaufen zwingen.“<sup>6</sup> Von all diesen Plänen wußte vorläufig niemand außer einem enggespannten Kreis englischer Politiker des imperialistischen Lagers.

Aber nun verwies Arthur Balfour, der Lord des Schatzamtes, ein Neffe von Salisbury, zwei Monate später, am 5. April 1898, in einer Unterhausrede darauf, daß die Besetzung von Kiautschou durch Deutschland keinen englischen Einspruch hervorgerufen habe und daß zwischen England und Deutschland überhaupt eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen im Fernen Osten bestehe. Der russische Botschafter in London, Staal, machte auf diese Rede aufmerksam, da er in ihr die Äußerung irgendwelcher neuen Tendenzen der englischen Deutschlandpolitik erblickte.<sup>7</sup> Da er aber nicht vermochte, ihren Ursprung festzustellen, konnte er nicht sagen, wie ernst sie waren und welche allgemeine Bedeutung sie haben konnten. Anfang Juni machte Osten-Saken darauf aufmerksam, daß in der Englandpolitik Deutschlands ebenfalls irgend etwas im Gange war; was aber, das wußte er selbst nicht und vermutete es nicht einmal. „In der Luft schweben Symptome, die mir gar nicht gefallen“, so teilte er seiner Regierung nach Petersburg mit, „... aber das alles ist zu unbestimmt, zu unfassbar, ohne Beweise und Stützen, als daß es zum Thema für einen Bericht dienen könnte oder den klassischen Alarmruf rechtfertigen würde: Konsuln seid wachsam!“<sup>8</sup> In der Tat, nachdem die zaristische Regierung ihren Einspruch gegen die Besetzung Kiautschous durch Deutschland zurückgezogen hatte, schienen die russisch-deutschen Beziehungen in die alten Bahnen zurückzukehren. Sowohl der Kaiser als auch Bülow geizten an die Adresse des zaristischen Rußlands nicht mit Versicherungen der Freundschaft und der Bereitschaft, in der Sphäre der Außenpolitik gemeinsam zu handeln. „Nichtsdestoweniger läßt eine Reihe von Anzeichen befürchten“, so teilte Osten-Saken mit, „daß das Berliner Kabinett versuchen wird, in der neuen Lage eine neue Orientierung zu finden. In unsren vertraulichen Gesprächen bestreitet Herr Bülow nicht, daß sich angesichts der letzten Ereignisse

<sup>6</sup> Ebenda, S. 252, Chamberlain an Balfour, geheim, 3. Februar 1898.

<sup>7</sup> «Красный архив», Bd. LVI, S. 67, Anmerkung 4, Brief Staals an Murawjow, London, 26. (14.) April 1898.

<sup>8</sup> «Красный архив», Bd. LVI, S. 67, Brief Osten-Sakens an Murawjow, 10. Juni (29. Mai) 1898 (streng vertraulich und persönlich).

in Europa eine jener historischen Wendungen vollziehen könnte, die er als ‚Wendepunkt‘ bezeichnet . . . Es ist völlig unbestreitbar“, folgerte Osten-Saken ferner, „daß das, was die allgemeine Situation des gegenwärtigen Augenblicks beherrscht, die Rivalität zwischen Rußland und England im Fernen Osten ist, die offenbar das Schicksal der Kolonialpolitik Europas und die künftigen Mächtigegruppierungen vorausbestimmen wird.“<sup>9</sup>

In der Tat hatten die Ereignisse in China, die sich dort nach dem Einfall der japanischen und dann auch der deutschen Imperialisten abspielten, eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der internationalen Beziehungen im Fernen Osten hinausging. Anfang April, das heißt kurz nachdem Rußland mit China die Abmachung über die Verpachtung Port Arthurs rechtskräftig gemacht hatte, stellte die englische Presse die deutschfeindliche Kampagne, die nach Veröffentlichung der berüchtigten Krüger-Depesche eingesetzt hatte, plötzlich und recht diszipliniert ein, während aus einer Zeitung („Daily Chronicle“) Aufrufe zur engen Annäherung an die USA und gleichzeitig an Deutschland (gegen Rußland und Frankreich) zu ertönen begannen.<sup>10</sup> Dieser Wechsel wurde natürlich in Berlin sogleich bemerkt. „Das überraschte uns einigermaßen“, so schrieb der Kaiser später an Nikolaus II., „und wir waren um eine Erklärung verlegen.“<sup>11</sup> Das war eine Lüge, und zwar keineswegs eine fromme. Der Kaiser wußte nicht nur ganz genau, um was es sich handelte, sondern er hatte auch durch sein mehrfaches Eingreifen selbst versucht, diese Entwicklung vorzubereiten. Bereits Mitte Januar lud er den englischen Militärattaché Oberstleutnant Grieron zur Jagd ein und begann hier plötzlich, lange Tiraden gegen die englische Politik loszulassen. Dann fragte er seinen Gesprächspartner ebenso unerwartet: „Sagen Sie, haben Sie überhaupt irgendeine Politik? Und was

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Am 18. März 1898 schrieb die Zeitung: „Die Welt wird durch mächtige Vereinigungen regiert werden . . . Auf der einen Seite werden Rußland und Frankreich stehen, auf der anderen alle Völker der germanischen Sprache . . . Noch vor Ablauf des kommenden Jahrhunderts wird diese zweite Gruppe der Völker ein gemeinsames Banner haben.“ (Zitiert nach Э. Галеви, «История Англии в эпоху империализма», Bd. 1, S. 42.)

<sup>11</sup> „Anfang April“, so schrieb einige Zeit später Wilhelm an Nikolaus II., „haben die Angriffe auf mein Land und meine Person, die bis dahin von der britischen Presse und dem Volk auf uns hagelten, plötzlich nachgelassen, und es trat, wie Du bemerkt haben wirst, ein zeitweiliger Stillstand ein. Das überraschte uns einigermaßen, und wir waren um eine Erklärung verlegen.“ Wilhelm war geneigt, das durch persönliche Einmischung der Königin Viktoria zu erklären. „Das in dem Land der ‚freien Presse!‘“ ironisierte der Kaiser. („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 51.) „Selbst in England, wo die Presse absolut frei ist, hätte ein Wink von oben genügt, um wenigstens die anständigen Blätter zu einer korrekten Sprache zu bringen.“ (G. P., Bd. 13, Nr. 3522, Radolin an Hohenlohe, 2. August 1898.)

denken Sie über diese?“ Grierson antwortete, er sei kein Politiker und könne deshalb nur seine persönliche Meinung sagen: England sei stark genug, um notfalls entweder mit dem Dreibund oder mit der französisch-russischen Allianz ein Bündnis einzugehen, und auf jeden Fall könnten sich diese beiden Gruppierungen nicht gegen England vereinigen. „Sie irren“, erwiderte der Kaiser, „sie können sich vereinigen, und sie *werden* sich vereinigen (er legte starken Nachdruck auf dieses Wort). Der Sozialismus und andere Ursachen werden die Monarchen des europäischen Kontinents zwingen, sich zur gegenseitigen Unterstützung zu vereinigen, und die gelben Rassen des Ostens stellen die größte Gefahr für uns dar.“<sup>12</sup> Der Kaiser erklärte ferner, daß er die Kampagne der englischen Presse gegen Deutschland als Ausfälle gegen ihn selbst betrachte. Zwei Wochen später besuchte er den englischen Botschafter in Berlin, Frank Lascelles, und ließ sich lang darüber aus, daß die Londoner Presse, trotz seiner Bereitschaft, mit England zusammenzuarbeiten, die Propaganda gegen Deutschland und gegen ihn persönlich fortführe. Wilhelm bündelte offensichtlich mit England an, in dem Bestreben, dessen Unterstützung in chinesischen Angelegenheiten zu erhalten, und legte die Verantwortung für die gespannten Beziehungen zwischen England und Deutschland ausschließlich der Londoner Presse zur Last. Lascelles kostete es keine große Mühe, darauf hinzuweisen, daß sowohl die englische als auch die deutsche Presse gerade in den letzten Tagen den Ton in ihren Streitgesprächen etwas gemäßigt habe.<sup>13</sup> Das war in der Tat so. Die „unabhängige“ Presse in beiden Ländern bemühte sich sehr diszipliniert, die Besprechungen zwischen den englischen und deutschen Banken über die Gewährung einer Anleihe an China nicht zu stören.<sup>14</sup> Einige Wochen später begannen in London inoffizielle Besprechungen politischen Charakters, und die gegenseitigen Angriffe der englischen und der deutschen Presse verstummten vorübergehend.<sup>15</sup>

<sup>12</sup> B. D., Bd. I, Nr. 62, Grierson an Lascelles. 19. Januar 1898.

<sup>13</sup> B. D., Bd. I, Nr. 63, Lascelles an Salisbury, 1. Februar 1898.

<sup>14</sup> Pauline Relyea Anderson, „The Background of Anti-English Feeling in Germany 1890—1902“, S. 263. Ausführlicher über den Standpunkt, der von der englischen Presse bezogen wurde, siehe Karl Otto Herkenberg, „The Times und das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1898“, Berlin 1925.

<sup>15</sup> Anfang April 1898 gab das Auswärtige Amt auf Befehl Wilhelms der Presse die Anweisung, keine Kampagne gegen England im Zusammenhang mit der von diesem vorbereiteten Eroberung Weihaiweis sowie mit den über die Vorschläge Chamberlains begonnenen Besprechungen zu führen. (Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3764, Wilhelm an das Auswärtige Amt, 6. April 1898; Nr. 3766, Bülow an Wilhelm, 7. April 1898.) Ende April mußte Wilhelm erneut die Anweisung geben, „unserer dummen Presse“ die Ausfälle gegen England zu verbieten. (Siehe seine Randbemerkungen zum Bericht Hatzfeldts vom 26. April 1898, G. P., Bd. 14, Nr. 3793.)

## 2

Zu jener Zeit machten sich gewisse Kreise der britischen Finanzoligarchie, zum Teil innerhalb, meistens aber außerhalb des Kabinetts, mit dem Gedanken vertraut, eine Annäherung an Deutschland suchen zu müssen, um es gegen Frankreich und vor allem gegen Rußland aufzuhetzen. Dadurch, daß sie einige ihrer Rivalen gegen die anderen aufhetzten, glaubten sie, ihre Interessen in Afrika und im Fernen Osten sichern zu können. Eine große Rolle spielte dabei, allerdings hinter den Kulissen, der Herzog von Devonshire, das Haupt einer Gruppe der Liberal-Unionisten, einer der reichsten Männer Englands. Vertreter der alten Grundaristokratie, der durch seine deutsche Frau über große Beziehungen zu Deutschland verfügte. Das war einer jener typischen Grandseigneurs englischen Schlages, die sich für die Jagd und den Stall mehr interessieren als für jede politische Frage, wenn sie von dieser nicht persönlich betroffen wurden. Aber als König der englischen Textilindustrie, die ihre Waren in großem Maße nach dem Fernen Osten exportierte, beobachtete er ängstlich das stärker werdende Eindringen Rußlands in China.<sup>16</sup> Als Vermittler trat Lord Nathaniel Rothschild auf, ein einflußreicher Liberal-Unionist und bedeutender Vertreter des englischen Finanzkapitals, eine der Säulen der Bankierdynastie, die in Wien, Paris, London und Frankfurt am Main eine gleich große Rolle spielte. Der Londoner Rothschild stand in engen Geschäftsbeziehungen zur Bankwelt Deutschlands. Deutscherseits war Freiherr von Eckardstein, der als persönlicher Freund Wilhelms galt und in regem chiffriertem Briefwechsel mit Holstein stand, der Vermittler. Eckardstein hatte es verstanden, seinen bescheidenen Posten eines Ersten Sekretärs bei der deutschen Botschaft in London mit einem großen, durch Heirat erworbenen Vermögen zu verbinden, und hatte als Schwager des reichen englischen Fabrikanten und alten konservativen Parlamentariers John Blendel Maple Zutritt zu den einflußreichen politischen Salons Londons. Aber die Seele der ganzen Sache war Joseph Chamberlain. Dieser Großfabrikant stand in seiner Jugend am äußersten radikalen Flügel der Liberalen Partei und versetzte im heimatlichen Birmingham die ehrwürdigen Tories durch seine Reden, die die Aristokratie und die Reichen geißelten, in Bestürzung. Jetzt begann er selbst unter diesen Reichen eine wichtige Rolle zu spielen. Nachdem sie sich der Welt der englischen Plutokratie angeschlossen hatten, wurden er

---

<sup>16</sup> „Wenn die Panik, welche unsere Baumwollindustrie in Lancashire bezüglich ihres Absatzgebietes in China ergriffen hat, so fortfährt“, so schrieb der Herzog von Devonshire im März 1898, „dann wird sehr bald der größte Teil unserer Baumwollspinnereien stillstehen und ihre Arbeiter entlassen.“ (Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 292.)

und seine nächsten Freunde vom Schlage Cecil Rhodes' nach einem Ausspruch Lenins „in England die Helden des Tages... , die offen den Imperialismus predigten und mit dem größten Zynismus imperialistische Politik betrieben“<sup>17</sup>. Lord Salisbury, das Haupt des alten Geschlechts der Cecils, war gezwungen, diesen Emporkömmling für sein Kabinett zu gewinnen. Der Kolonialminister Chamberlain wurde zum Teilhaber eines engen Kreises von Geschäftsleuten, die ebenso wie der Prince of Wales (der spätere König Eduard VII.) an den Diamanten- und Goldfeldern der Burenrepubliken interessiert waren. Zusammen mit seinen vertrautesten Freunden war er Besitzer eines großen Aktienpakets der britischen „Niger Company“ in Afrika.<sup>18</sup> Somit hatte er allen Grund, das Vorrücken der Franzosen in Afrika als einen Anschlag auf seine eigene Tasche zu betrachten. Er wurde zu einem der energischsten und impulsivsten Vertreter der aggressiven imperialistischen Politik, die im Interesse der Finanzoligarchie betrieben wurde, der gleichen, die er einstmals so oft verflucht hatte. Er liebte es, stets in der Öffentlichkeit zu sein, und nahm jetzt auf der Suche nach Popularität seine Zuflucht ebensooft zur imperialistischen wie früher zur antiplutokratischen Demagogie. In seinen Urteilen war er ebenso schroff, wie er in allen Angelegenheiten entschlossen war. In den Jahren der Verschärfung der englisch-deutschen Gegensätze, besonders nach der Transvaalkrise, machte er aus seiner offen feindseligen Einstellung zu Deutschland und zur deutschen Politik kein Hehl. Damals kam der deutsche Botschafter in London, Hatzfeldt, ungern mit ihm zusammen in der Annahme, jedes Gespräch mit diesem einflußreichen Mitglied des englischen Kabinetts könne nur das eine Ergebnis haben: die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in noch schrofferer Form hervortreten zu lassen.<sup>19</sup> Jetzt, zwei Jahre später, wurde Chamberlain zum Hauptinitiator der Besprechungen mit Deutschland über ein Bündnis mit der Spitze gegen Rußland.

Die erste Begegnung zwischen Chamberlain und Hatzfeldt fand in der Villa Rothschilds am 29. März, einen Tag nach Unterzeichnung des russisch-chinesischen Abkommens über Port Arthur und nach Bestätigung des Flottengesetzentwurfs durch den Reichstag statt. Aber bereits vier Tage vor dieser Begegnung hatte Rothschild bei sich eine Begegnung zwischen Hatzfeldt und Balfour arrangiert, der den auf Urlaub weilenden engli-

<sup>17</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 830.

<sup>18</sup> Später verstand es Chamberlain, seine Aktien zu recht günstigen Bedingungen an die englische Regierung abzusetzen. (Siehe Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 157.)

<sup>19</sup> G. P., Bd. 11, Nr. 2639, Hatzfeldt an Hohenlohe, 15. März 1896.

schen Premierminister vertrat. Das Hauptthema dieses Gesprächs war der Stand der englisch-deutschen Beziehungen. Beide — sowohl Balfour wie auch Hatzfeldt — waren sehr zurückhaltend und vorsichtig und tasteten sich gleichsam ab. Nachdem Balfour sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht hatte, daß sich in den englisch-deutschen Beziehungen nicht wenig „Mißverständnisse“ angesammelt hätten, war er geneigt, das durch Zeitungsgeplänkel zu erklären. Er betonte, daß die englische Regierung sich wohlwollend zu der Besetzung von Kiautschou durch Deutschland verhalten habe, und sprach sich für eine englisch-deutsche Annäherung aus. Übrigens sprach er darüber in recht unbestimmtem Ton. Aber das reichte aus, damit Hatzfeldt England eine ganze Liste von Beschuldigungen präsentierte. In dieser Liste führte er die deutschfeindliche Propaganda der englischen Presse, die deutschfeindliche Politik in der Transvaalfrage und insbesondere die englische Politik im Nahen Osten auf. Hier sei die englische Politik, nachdem sie den Kurs auf Teilung der Türkei eingeschlagen hatte, bestrebt gewesen, die europäischen Mächte in einen Krieg zu hetzen. Natürlich verschwieg er, daß die deutsche Politik im Nahen Osten danach trachtete, England und Rußland aufeinanderzuhetzen. Balfour erinnerte ihn nicht daran, und zwar keineswegs aus Höflichkeit. Er suchte keinen Anlaß für Streitigkeiten, sondern eine Antwort auf die Frage, was Deutschland eigentlich wolle, und ob es möglich sei, Wege zu einem Abkommen mit ihm zu finden. Hatzfeldt erwähnte auch die kolonialen Angelegenheiten, aber Balfour ging über diese Frage mit völligem Schweigen hinweg. Was aber die Politik des englischen Kabinetts in Angelegenheiten des Nahen Ostens anbetraf, so bestritt Balfour das Bestreben Englands, einen Krieg zu entfesseln, und berief sich auf den Druck der gegen den Sultan eingestellten öffentlichen Meinung. Er wurde gesprächiger, als die Rede auf die Politik der Mächte in China kam, und als Hatzfeldt erwähnte, daß England dem deutschen Kapital in der Frage der Eisenbahnkonzessionen in Schantung entgegenwirke, erklärte sich Balfour zu einem Entgegenkommen in dieser Frage bereit, unter der Bedingung, daß auch die Deutschen die englischen Konzessionsansprüche in China unterstützten. Indessen machte er keinerlei konkrete Vorschläge, weder zu den allgemeinen Fragen der englisch-deutschen Beziehungen noch besonders zu der Frage der Chinapolitik. Später schrieb Hatzfeldt, er hätte damals den Eindruck gewonnen, daß Balfour ohne vorerst einmal etwas vorzuschlagen, die Besprechungen fortzusetzen beabsichtigte.<sup>20</sup> In Wirklichkeit hatte er nach dem Gespräch mit Balfour einen ganz anderen Eindruck. An diesem Tage herrschte in der City die Überzeugung, daß die Lage in China kritisch werde und daß in der ein-

<sup>20</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3788, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898.

berufenen Kabinettsitzung wichtige Beschlüsse gefaßt werden würden. Nach Informationen, über die Hatzfeldt an diesem Tage verfügte, hatte das englische Kabinett die Absicht, Besprechungen mit Rußland aufzunehmen.<sup>21</sup> Und nun hörte Hatzfeldt drei Tage später bei der Begegnung mit Chamberlain etwas ganz anderes.

Chamberlain erklärte Hatzfeldt offen, daß England bei der im Fernen Osten und in Afrika entstandenen Situation es sich nicht leisten könne, die traditionelle Politik der Selbstisolierung fortzusetzen, und Verbündete suchen müsse. England sehe voraus, daß die Besetzung Kiautschous durch Deutschland Eroberungen in China nach sich ziehen werde, die in noch größerem Maßstab von Rußland<sup>22</sup> und Frankreich durchgeführt werden würden. Nur aus diesem Grunde rufe die deutsche Expansion in China Unzufriedenheit in England hervor. Im allgemeinen aber könne Deutschland unter der Voraussetzung der Aufnahme naher Beziehungen und der politischen Annäherung an England auf volle Unterstützung durch Großbritannien rechnen. Chamberlain behauptete, daß „beide Länder... dieselben politischen Interessen hätten“, trotz der kommerziellen Rivalität und der „kleinen kolonialen Differenzen“. Er behauptete ferner, daß man diese Rivalität und diese Differenzen unschwer werde beseitigen oder ihnen einen friedlichen Charakter verleihen können, unter der Voraussetzung, daß es beiden Mächten gelinge, ein auf der Gemeinsamkeit der politischen Interessen beruhendes Abkommen abzuschließen. In diesem Fall, so erklärte Chamberlain, wird England Deutschland in China „mit seiner ganzen Macht unterstützen“. Darauf erwiderte Hatzfeldt, daß Deutschland gerade in China keinerlei Unterstützung brauche und erst recht keine Unterstützung, für die es zahlen müsse. Mehr noch, so sagte er, England sei selbst daran interessiert, Deutschland in China keine Hindernisse in den Weg zu legen, weil es anderenfalls nur erreichen würde, daß Deutschland auf eine Annäherung an Rußland ausgehen müsse. Nunmehr äußerte Chamberlain die Befürchtung, daß Deutschland selbst nach einer Annäherung an Rußland strebe. Chamberlain warf, wenn auch nur als Privatmann, die Frage nach dem Abschluß eines Bündnisses zwischen Deutschland und England auf. „Mit anderen Worten“, so teilte Hatzfeldt über diesen Vorschlag mit, „wenn wir jetzt auf seiten Englands stehen wollten, würde England, falls Deutschland angegriffen würde, auf unserer

<sup>21</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3781, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 25. März 1898.

<sup>22</sup> Ende März 1898 zeigte Salisbury äußerste Besorgnis darüber, daß Rußland, auf die transsibirische Haupteisenbahn und die Ostchinabahn gestützt, seine Handelsexpansion und seinen militärischen Druck nicht nur in der Mandschurei, sondern auch in ganz China verstärkte und ausdehnte. (B. D., Bd. I, Nr. 41, Salisbury an O'Connor, 28. März 1898.)

Seite stehen.“<sup>23</sup> Es war vom eventuellen Anschluß Englands an den Dreibund und vom formellen Abschluß eines Vertrages die Rede, dessen Bedingungen Deutschland formulieren sollte. Als Antwort auf diesen unerwarteten Vorschlag begnügte sich Hatzfeldt für den ersten Augenblick mit der Bemerkung, daß England es gewöhnlich vorziehe, andere ins Feuer zu stoßen und selbst abseits zu bleiben.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Chamberlain hatte die Absicht, auch Japan zu dem englisch-deutschen Bündnis heranzuziehen. (Siehe Count Tadasu Hayashi, „The Secret Memoirs“, London 1915, S. 89.) Hayashi teilt mit, daß Chamberlain im Gespräch mit dem japanischen Gesandten in London, Kato, Ende März 1898 „die Idee des Bündnisses entwickelt habe“. In der russischen Übersetzung der im Jahre 1913 in der japanischen Zeitung „Jiji“ veröffentlichten Notizen Hayashis wird eine etwas andere Version angeführt, und zwar: „Der englische Kolonialminister, Chamberlain, erwähnte im Gespräch mit dem japanischen Gesandten Kato, daß es für Japan und England nützlich wäre, sich über fernöstliche Fragen zu beraten, daß aber von den Regierungen beider Länder lange keine ernsthaften Besprechungen über den Abschluß eines Bündnisses geführt wurden.“ (»Записки графа Хаяси об англо-японском союзе«; »Известия Министерства иностранных дел«, 1913, Bd. IV, S. 322; siehe ferner O. Franke, »Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914«, Braunschweig-Hamburg 1923, S. 155.)

<sup>24</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3782, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 29. März 1898; Nr. 3789, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898. Nach der Behauptung des bekannten englischen konservativen Publizisten Garvin, der eine Biographie von Joseph Chamberlain verfaßt hat, ging die Initiative der Besprechungen von Eckardstein aus. Die englische Version des ersten Gesprächs mit Hatzfeldt war folgende: Zu Beginn des Gesprächs brachte Hatzfeldt die Rede auf die Teilung der neutralen Zone in Westafrika und auf die Eisenbahnen in Schantung. Chamberlain erklärte, daß England bereit sei, aber keinesfalls danach strebe, die Frage der Teilung der Zone zu erörtern, es sei durch die Neutralisierung der Zone vollkommen befriedigt. Dieser Teil des Gesprächs hatte die Form eines kleinen Zusammenstoßes. Hatzfeldt beharrte nicht auf seinen Fragen. Ferner erklärte Chamberlain, daß es zwischen England und Deutschland keine großen Unstimmigkeiten gäbe und daß die Interessen der beiden hinsichtlich der anderen Mächte übereinstimmten. Hatzfeldt stimmte zu: Vor dem Jameson-Raid sei diese Lage allseitig anerkannt worden. Dann sei eine Entzweiung eingetreten, aber jetzt sei der Augenblick für Besprechungen durchaus geeignet. Auf dem Kontinent sei die Überzeugung verbreitet gewesen, daß die Politik Englands eine Politik der Entfachung eines Krieges sei. In Deutschland habe das ein Mißtrauen gegen England hervorgerufen und Deutschland in Richtung auf Rußland gestoßen. Chamberlain erklärte, die Politik Englands sei seit vielen Jahren eine Politik der Isolierung gewesen, ebenso wie die Politik der USA seit den Zeiten Washingtons eine Politik der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten gewesen sei. Er fragte Hatzfeldt, ob das seiner Meinung nach fortdauern könne. Dieser verneinte. Dann, so erklärte Chamberlain, sei es doch möglich, daß die Politik Englands sich unter dem Einfluß der von ihm nicht abhängenden Umstände verändert. Hatzfeldt fragte, ob das Parlament und die englische öffentliche Meinung die Idee des Bündnisses billigen würden. Das Gespräch nahm bestimmtere Formen an. Es wurde (offenbar von Chamberlain) die Vermutung ausgesprochen, daß ein Ver-



Die leitenden Kreise der deutschen Diplomatie – Holstein und Bülow und später der Kaiser und der Reichskanzler – nahmen den Vorschlag Chamberlains mit Vorsicht auf. Sie hielten diesen Vorschlag für „zu phantastisch“ und „zu hinterlistig“.<sup>25</sup> Von den ersten Tagen der Besprechungen an machte sich die deutsche Diplomatie keine Gedanken darüber, wie man diese Vorschläge annehmen, sondern darüber, wie man sie letzten Endes ablehnen könne. Zugleich wurde beschlossen, daß man die beginnenden Besprechungen im eigenen – politischen und kolonialen – Interesse ausnutzen müsse.

Und nun begann die deutsche Diplomatie, zweifellos unter aktivster Mitwirkung Holsteins, eine Argumentation auszuarbeiten, die zunächst die Hauptaufgabe hatte, sich möglichst teuer zu machen und festzustellen, welche konkreten Vorteile England Deutschland für wohlwollende Einstellung zu den Vorschlägen Chamberlains bieten konnte. Zunächst machte es Bülow zur Bedingung, daß der von Chamberlain vorgeschlagene Bündnisvertrag vom englischen Parlament ratifiziert werde, weil England sonst der Erfüllung seiner Verpflichtungen ausweichen könne. Ferner mußte Hatzfeldt Chamberlain erklären, daß gerade England, da es an verschiedenen Stellen des Erdballs zugleich auf einige seine Interessen bedrohende Rivalen stoße, daran interessiert sei, ein Bündnis mit Deutschland zu suchen. Aber es sei recht zweifelhaft, ob der Schlag Rußlands in Ostasien zu gleicher Zeit mit den Aktionen Frankreichs am Niger und am Oberlauf des Nils erfolge. Die diplomatische Aufgabe Englands bestehe deshalb darin, diese Möglichkeit völlig auszuschalten und gleichzeitigen Aktionen Rußlands und Frankreichs gegen England vorzubeugen. Beim Abschluß eines englisch-deutschen Bündnisses habe diese Aufgabe der Neutralisierung eines der Hauptrivalen Englands keine großen Chancen auf erfolgreiche Erfüllung. Im Gegenteil, das Bündnis zwischen England und

---

trag oder ein Abkommen zwischen England und Deutschland, das einen defensiven Charakter tragen und auf einer vereinbarten Politik in China und anderen Punkten beruhen würde, für eine bestimmte Anzahl von Jahren möglich sei. Beide betonten, daß das Gespräch einen inoffiziellen Charakter trage. Hatzfeldt fragte nach den englischen Plänen in Weihaiwei. Chamberlain sagte, daß viele Gerüchte im Umlauf seien, sogar noch viel ernstere als die über Weihaiwei. Aber er weigerte sich, eine Information zu geben, und schwieg sich aus, als Hatzfeldt ihn fragte, ob die Besetzung Weihaiweis durch England der Anlaß zu einem Kriege gegen Rußland sein werde. (Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 259/260, Memorandum Chamberlains, 29. März 1898.)

<sup>25</sup> Gleich zu Beginn nahm Wilhelm die englischen Vorschläge als „theoretische und unklare Phantasien von Chamberlain“ auf. (G. P., Bd. 14, Nr. 3768, Wilhelm an das Auswärtige Amt, 8. April 1898.) Bülow schrieb seinerseits: „Auch ich meine, daß die Vorschläge von Chamberlain zu phantastisch oder vielleicht auch hinterlistig sind, als daß dieselben eine Basis für ernsthafte Negotiationen bilden könnten.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3769, Bülow an Wilhelm, 9. April 1898.)

Deutschland werde die Konsolidierung des Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland verstärken. Wenn diese beiden Mächte unter Ausnutzung einer für sie günstigen Situation versuchten, ihre Gegner einzeln zu schlagen und zunächst Deutschland zu überfallen — wo seien die Garantien dafür, daß England, das Deutschland den Schlägen aussetze, nicht abseits bleibe, sondern tatsächlich an der Seite seines Verbündeten eingreife? Das war die komplizierte Argumentation Bülow's, die zu folgendem Schluß führen sollte: Deutschland kann nicht ein Bündnis mit England abschließen, ohne sicher zu sein, daß der Vertrag durch das englische Parlament ratifiziert wird. Ohne dies würde sich das Bündnis als eine einseitige Abmachung erweisen, die nicht England, sondern nur Deutschland bindet.<sup>26</sup> Natürlich zogen es Bülow und später auch Hatzfeldt vor, zu verschweigen, daß Befürchtungen über die Nichterfüllung der Verpflichtungen auch in bezug auf Deutschland entstehen konnten, wo der Reichstag eine noch geringere Rolle spielte als das Unterhaus in England.

Am 1. April fand die zweite Begegnung zwischen Hatzfeldt und Chamberlain statt. Es ist schwer zu sagen, wie genau der deutsche Botschafter den Instruktionen Bülow's folgte und wie vollständig er dessen Argumentation wiedergab. Hatzfeldt war ein Anhänger der Annäherung an England, und man kann annehmen, daß er sich bemüht hat, die Schärfe dieser Argumentation zu mildern.<sup>27</sup> Trotzdem legte er Chamberlain die Bedenken Bülow's dar, vor allem in dem Teil, der das Verfahren für die formelle Bestätigung des Vertrages als Garantie für seine Gültigkeit betraf. Aber es stellte sich heraus, daß Chamberlain durch die Forderung, daß der Vertrag durch das Parlament bestätigt werde, keineswegs in Verlegenheit gebracht wurde. Mehr noch, er brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß das Parlament die Ratifizierung des Bündnisvertrages nicht ablehnen werde, natürlich unter der Bedingung, daß einige seiner Punkte geheim bleiben. Und er umriß auf der Stelle das Ziel des Vertrages. Er erklärte, daß er es für aussichtslos halte, sich die Aufgabe zu stellen, Rußland der Positionen, die es in China bereits erworben hatte, zu berauben. Er schlug vor, daß England und Deutschland ein Abkommen abschließen sollten, das weitere Erfolge Rußlands im Fernen Osten verhindern würde. In diesem Vorschlag erblickte Hatzfeldt ein neues Moment, das sich von dem, was Chamberlain ihm vor einigen Tagen gesagt hatte, wesentlich unterschied. Während man früher annehmen konnte, so teilte Hatzfeldt nach Berlin mit, daß der englische Kolonialminister unmittelbar die Schaffung eines englisch-deutschen Vertrages als Werkzeug einer aggressiven gegen Ruß-

<sup>26</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3783, Bülow an Hatzfeldt, 30. März 1898.

<sup>27</sup> Die von ihm nach diesen Gesprächen abgefaßten telegrafischen Berichte stimmen mit den ausführlicheren Berichten nicht ganz überein.

land gerichteten Politik meinte, habe er jetzt diese Absichten offenbar aufgegeben. Er strebe danach, mit Hilfe Deutschlands die englischen Positionen in den übrigen Teilen Chinas zu festigen, und sei bereit, Deutschland dafür die Möglichkeit zu bieten, seine Einflußsphäre im Hinterland von Kiautschou zu erweitern. Hatzfeldt interessierte sich dafür, inwieweit diese Vorschläge Chamberlains die Unterstützung des ganzen Kabinetts hatten. Die Eröffnung des Parlaments stand bevor, und es war für ihn wichtig, zu wissen, welche Haltung die Regierung bei der Beurteilung der Lage in China einnehmen würde. Chamberlain wich einer direkten Antwort auf diese Frage aus. Er bemerkte lediglich, daß die Regierung selbst noch nicht wisse, wie sie diese Ereignisse vor dem Parlament behandeln werde, und daß vieles von dem Verlauf der englisch-deutschen Besprechungen abhängen werde.<sup>28</sup>

Auf diese Weise versuchte Hatzfeldt seine Regierung davon zu überzeugen, daß als Ergebnis seiner zweiten Begegnung mit Chamberlain eine gewisse, eher annehmbare Basis gegeben sei, um die Besprechungen über den Abschluß eines englisch-deutschen Vertrages fortzusetzen. Erstens werde das englische Parlament, wenn es notwendig werden sollte, den von Chamberlain vorgeschlagenen Vertrag bestätigen, denn, so teilte er mit,

---

<sup>28</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3784, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 1. April 1898; Nr. 3789, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898. Nach der veröffentlichten Version Chamberlains hatte Hatzfeldt in diesem Gespräch das Telegramm Bülow's und alle seine Ausführungen dargelegt. „Ich sagte“, so teilt Chamberlain mit, „wenn wir eine klare Übereinkunft mit Deutschland und eine gemeinsame Politik hätten, dann könnten wir eine viel festere Haltung einnehmen, als wenn wir allein wären, und in diesem Falle könnten wir den Grund legen für eine Regelung in China, der sich wahrscheinlich weder Frankreich noch Rußland widersetzen könnten.“ Hatzfeldt fragte, warum England so heftig gegen das angehe, was Rußland bekommen habe. Chamberlain antwortete: „Wir widersetzen uns am stärksten dem, wovon wir annehmen, daß es es erst bekommen will und möchte.“ Ferner sagte Chamberlain, England müsse Rußland erklären: „Ihr habt alles bekommen, was ihr nach euren eigenen Worten wünscht. Wir sind bereit, eure Stellung anzuerkennen, aber ihr dürft nun nicht weitergehen. Das übrige China steht unter unserem gemeinsamen Schutz.“ Deutschland könne diesen Schutz über Schantung und die Provinzen im Hinterland ausdehnen, und Deutschland könne, nach Vereinbarung mit China, dort namens und im Auftrage Chinas eine Aufsicht über die Finanzverwaltung ausüben, England dagegen in den mittleren und Südprovinzen. Die Aggression Rußlands würde auf diese Weise auf den Widerstand zweier europäischer Mächte und der Verteidigungskräfte Chinas stoßen, die von europäischen Offizieren organisiert und geführt würden. Hatzfeldt fragte, ob die Kollegen Chamberlains seine Ansichten teilten, denn ihm sei zu Ohren gekommen, daß sie manchmal verschiedener Meinung wären. Chamberlain bestritt das und wiederholte, daß die von ihm begonnenen Besprechungen rein privaten Charakter trügen. (Siehe Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 263–266, Memorandum, 1. April 1898.)

selbst die Führer der Opposition, wie etwa der Liberale und Imperialist Rosebery und der Anhänger des „Klein-Englands“ Harcourt, würden ihre Stimme nicht gegen die Annäherung an Deutschland erheben<sup>29</sup>, und zweitens habe der vorgeschlagene Vertrag nicht mehr eine so aggressiv gegen Rußland gerichtete Spitze, wie man dies früher annehmen konnte. In dem Wunsch, seine Regierung von der Annehmbarkeit der neuen Vorschläge Chamberlains als Grundlage für die Besprechungen zu überzeugen, tat Hatzfeldt so, als merke er nicht, daß diese neuen Vorschläge eine diplomatische Tarnung des früheren Chamberlain-Plans darstellten, Deutschland und den Dreibund gegen Rußland und seinen Bundesgenossen Frankreich aufzuhetzen. Aber Holstein und Bülow bestanden auf ihren Forderungen. Sie holten immer neue Argumente hervor, mit deren Hilfe sie danach strebten, der deutschen Diplomatie „freie Hand“ zu belassen und zugleich die Hände der englischen Diplomatie nach Möglichkeit zu binden, um von dieser irgendwelche Konzessionen zu erreichen. Welche gerade — das hatten sie in jenen Tagen selbst noch nicht genau festgelegt. Aber durch die ersten Erfolge ihrer aggressiven Politik in China berauscht, waren sie davon überzeugt, daß sich die Lage Deutschlands in der Sphäre der internationalen Politik günstiger gestalte als die Lage Englands, das in dieser Sphäre immer neuen Schwierigkeiten begegnete. Sie beschlossen, diese Schwierigkeiten des Rivalen geschickt auszunutzen, und machten sich möglichst teuer.

Soeben erst hatte Bülow gefordert, daß Chamberlain als unerläßliche Bedingung für den Abschluß des Vertrages dessen Bestätigung durch das englische Parlament gewährleiste, jetzt, da Chamberlain bereit war, dazu seine Zustimmung zu geben, wurde deutscherseits erklärt, daß die öffentliche Diskussion dieses Vertrages an und für sich Deutschland kompromittieren und große Gefahren in sich bergen könnte. Wenn Rußland erfahre, daß Deutschland sich bereit erkläre, ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis mit England einzugehen, könne es seine Expansion im Fernen Osten vorübergehend einstellen und sich Mitteleuropa zuwenden, um mit Unterstützung Frankreichs in erster Linie mit Deutschland abzurechnen.<sup>30</sup> Die Lage Deutschlands werde besonders unerträglich, falls das englische Parlament die Ratifizierung des Bündnisvertrages ablehne, und das sei keineswegs ausgeschlossen, wenn man die langjährige Kampagne der englischen

<sup>29</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3788, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898.

<sup>30</sup> Diese Befürchtungen sprach in noch schärferer Form Wilhelm aus. „Der Niger und der Golf von Petschili bekümmern uns weniger als Elsaß-Lothringen. Die kolonialen Vorteile, welche uns England gewähren kann, obwohl nützlich, schlagen doch weniger ins Gewicht als der engere Zusammenschluß Frankreichs und Rußlands, welcher aus einem deutsch-englischen Bündnis wegen Ostasiens und des Niger notwendig erfolgen müßte.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3790, Wilhelm an das Auswärtige Amt, 10. April 1898.)

Presse gegen Deutschland berücksichtige. „Die deutsche Regierung“, so schlußfolgerte Bülow, „kann demnach, *während die Dinge so liegen, wie sie heute liegen*, der englischen Regierung keine Zusicherung machen.“<sup>31</sup> Gleichzeitig aber wollte Bülow die Besprechungen nicht endgültig abbrechen. Im Gegenteil, so meinte er, man müsse immer wieder den Eindruck schaffen, daß England in seinem künftigen unvermeidlichen Zusammenstoß mit den Teilnehmern des französisch-russischen Bündnisses keinen besseren Bundesgenossen als Deutschland finden kann. Für die Zukunft wäre die Wiederaufnahme dieser Besprechungen durchaus wahrscheinlich, und da England daran interessiert wäre, ihre günstige Aufnahme in der deutschen „öffentlichen Meinung“ vorzubereiten, so läge es jetzt schon in seinem Interesse, den deutschen Kolonialforderungen nachzugeben. So instruierte Bülow. In einer anderen Instruktion formulierte er diesen Gedanken noch klarer: „Das einzige, was wir verlangen müssen, ist, daß England bei der Ausbreitung seiner eigenen Herrschaft, welche in neuerer Zeit in immer beschleunigterem Tempo und in immer größerem Maßstabe betrieben wird, auch uns etwas gönnt und Kompensationen für Deutschland Raum läßt.“<sup>32</sup> Also sollte England jetzt schon Deutschland bezahlen – und zwar sofort bezahlen –, damit es sich in unbekannter Zukunft bereit erkläre, die Bündnisbesprechungen wieder aufzunehmen.

Aber das war noch nicht alles. Bereits zu Beginn der Besprechungen ging Bülow daran, folgende, für Chamberlain bestimmte Argumentation auszuarbeiten<sup>33</sup>: Außer der vorgeschlagenen Politik des Bündnisses mit England gäbe es für Deutschland noch eine andere Politik, die sich auch für England als reinste Wohltat erweisen kann, und zwar die Politik der Neutralität im Kriege, den England gegen Frankreich und Rußland, nach Möglichkeit aber gegen jeden dieser Staaten einzeln werde führen müssen. Wenn es England gelänge, Rußland zu neutralisieren, was durchaus möglich ist, wenn man die Frist in Betracht zieht, die letzteres braucht, um das in China Eroberte zu verdauen, dann werde der Erfolg Englands, nach Berechnungen des deutschen Generalstabs, in seinem Zweikampf gegen Frankreich gesichert sein: Frankreich werde gezwungen sein, eine große Armee an seiner Ostgrenze zu halten, selbst für den Fall, daß Deutschland nur die Neutralität wahrt. Für diese eventuelle deutsche Neutralität aber sollte England an Deutschland im voraus zahlen. Es sei noch eine andere Kombination möglich, bei der beide Partner des französisch-russischen Bündnisses gegen England vorgehen. Dann werde es, in Anbetracht der immer noch schlechten Vorbereitung Rußlands für den Krieg an den asiati-

<sup>31</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3785, Bülow an Hatzfeldt, 3. April 1898.

<sup>32</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3792, Bülow an Hatzfeldt, 24. April 1898.

<sup>33</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3783, Bülow an Hatzfeldt, 30. März 1898.

schen Grenzen, für England günstiger sein, das Schwert gegen das isolierte Rußland zu ziehen, nachdem es zugleich durch irgendwelche Zugeständnisse die Neutralität Frankreichs erkaufte hat. Aber Frankreich werde sich ohnehin nicht vom Fleck rühren, wenn es sieht, daß Deutschland, unter Wahrung der Neutralität gegenüber Rußland, seine Armee an der Westgrenze konzentriert. Wenn Deutschland, auf seine Armee gestützt, Frankreich zur Wahrung der Neutralität zwingt, werde England, wenn es in den Krieg gegen Rußland zieht, in einer recht günstigen Lage sein, möglicherweise einer noch günstigeren als in dem Falle, daß Deutschland gemeinsam mit England Krieg gegen Rußland und Frankreich zugleich führt. Wozu solle England also für die Neutralität Frankreichs zahlen, wenn es die so günstige deutsche Neutralität kaufen könne, und zwar, wie Bülow versicherte, „billiger als die französische“? „Die Neutralität Frankreichs“, so wurde Hatzfeldt von Bülow instruiert, „hängt also von der Neutralität Deutschlands, die Neutralität Deutschlands von der Politik Englands ab... Es gibt mehr als einen Punkt auf der Welt, wo England ... uns auf der Basis des *do-ut-des* beweisen kann, daß es Wert auf unsere Freundschaft legt.“<sup>34</sup> Auf diese Weise sollte die Londoner Regierung sowohl für die Neutralität Deutschlands im Falle eines englisch-russischen Krieges als auch für seine Neutralität im Falle eines englisch-französischen Krieges mit weitgehenden Zugeständnissen bezahlen. Die von Chamberlain Deutschland für das Bündnis mit England gebotene Bezahlung in Form von Zugeständnissen allein in China wurde als völlig unzureichend abgelehnt.

Mehr schien man sich von der Haltung Balfours versprechen zu können. Dieser traf sich mit Hatzfeldt am 5. April (dem gleichen Tage, da er in einer Unterhausrede so zuvorkommend eine Reverenz vor Deutschland gemacht hatte) und gab zu verstehen, daß er keineswegs den Optimismus Chamberlains in der Frage der Bereitschaft des Parlaments teile, den Bündnisvertrag mit dem Dreibund zu sanktionieren. Während dieses Gesprächs kam Hatzfeldt dahinter, daß Balfour sich den großtuerischen Vorschlägen Chamberlains überhaupt nicht anschließe, sondern es nicht ungern sehen würde, wenn die persönliche Initiative des Kolonialministers ein politisches Fiasko erlebte. Zugleich sprach er sich in dem Sinne aus, es wäre nicht schlecht, wenn es beiden Regierungen – sowohl der deutschen als auch der englischen – gelingen würde, die zwischen ihnen bestehende Verstimmung „in kleineren Fragen“ zu beseitigen „und die öffentliche Meinung

<sup>34</sup> „Hiernach liegt es auf der Hand, daß England nicht nötig hat, sich die Neutralität Frankreichs mit Opfern zu erkaufen, da dieselbe ohne weiteres durch die Neutralität Deutschlands bedingt wird. Letztere ist jedenfalls für England billiger zu erlangen als die französische.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3792, Bülow an Hatzfeldt, 24. April 1898.)

hier“ (d. h. in England. *A. J.*) „wie in Deutschland dadurch auf die Möglichkeit eines politischen Zusammengehens in der Zukunft vorzubereiten“<sup>35</sup>. Diese Vorschläge Balfours fanden in Berlin eine viel freundlichere Aufnahme als der Bündnisvorschlag Chamberlains. Bülow erblickte in ihnen die Basis für ernstere Besprechungen.<sup>36</sup> Was aber die „theoretischen und unklaren Phantasien“<sup>37</sup> Chamberlains anbetrifft, so wurden sie – da sie die Einbeziehung Deutschlands in ein Bündnis mit England zum Kriege gegen Rußland vorsahen – dazu noch als recht gefährlich betrachtet. Auf den Bericht Hatzfeldts über seine Geheimbesprechungen in der Rothschild-Villa schrieb Wilhelm: „Der p. Chamberlain“ (hier stand offenbar ein Epitheton, das sich nicht wiedergeben ließ. *A. J.*) „muß nicht vergessen, daß ich in Ostpreußen einem preußischen Armeekorps gegenüber 3 Russische Armeen und 9 Cavalleriedivisionen hart an der Grenze stehn habe, von denen mich keine Chinesische Mauer trennt, und die kein Englisches Panzerschiff mir vom Leibe hält!“<sup>38</sup> Trotzdem hielten es sowohl der Kaiser als auch Bülow und Holstein für zweckmäßig, die Besprechungen in London fortzusetzen, um in den offiziellen Kreisen Englands die Hoffnung auf ein Abkommen mit Deutschland aufrechtzuerhalten. Es wurde angenommen, man werde diese Besprechungen zu vielseitigen Erpressungen und Forderungen benutzen können. „Durch ein uns freundlich gesinntes England behalten wir eine Karte mehr gegen Rußland in der Hand und haben daneben Aussicht, von England koloniale und Handelsvertragsvorteile zu erringen“, so schrieb Wilhelm. Er fürchtete sich nicht davor, daß England, falls seine Besprechungen mit Deutschland ein Fiasko erleiden, sich Frankreich zuwenden könnte. Ein englisch-französisches Abkommen, so glaubte er, würde die Liquidierung des französisch-russischen Bündnisses bedeuten. Er fürchtete sich lediglich etwas davor, daß man in Petersburg von der Verstärkung der deutschfreundlichen Stimmungen unter den Mitgliedern des englischen Kabinetts erfahren könnte. Aber Bülow, Optimist von Beruf, beeilte sich, ihn zu beruhigen: „Schadet nichts“, schrieb Bülow, „wenn nur die Engländer nicht den Russen, und die Russen nicht den Engländern *pièces en main* beweisen können, daß wir falsches Spiel gespielt hätten.“<sup>39</sup>

Chamberlain, der selbst ein Falschspiel trieb, vermutete offenbar noch nicht, daß auch die Deutschen das gleiche Spiel trieben. Er bemühte sich immer noch um die Förderung seiner Pläne. Sein Komplize Eckardstein,

<sup>35</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3788, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898.

<sup>36</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3769, Bülow an Wilhelm II., 9. April 1898.

<sup>37</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3768, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 8. April 1898.

<sup>38</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3789, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898 (siehe Randbemerkung Wilhelms II.).

<sup>39</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3790, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 10. April 1898 (siehe Randbemerkungen Bülows).

der sich in jenen Tagen eifrig darum bemühte, daß die Besprechungen zwischen Chamberlain und Hatzfeldt fortgesetzt wurden, übernahm es, unter dem Vorwand des Besuches seines Wahlkreises in Homburg, den Kaiser aufzusuchen und sich seiner Zustimmung zu versichern. Anfang April wurde Eckardstein von Wilhelm empfangen, der sich seinen ausführlichen Bericht über die Londoner Besprechungen anhörte und mit dem raschesten Abschluß eines Bündnisvertrages mit England einverstanden zu sein schien.<sup>40</sup> Eckardstein war mit seiner Mission, mit seinem Erfolg und mit sich selbst äußerst zufrieden. Nach London zurückgekehrt, traf er sich mit Chamberlain und schilderte ihm die Dinge so, als wäre der Weg gegeben und als müsse man rasch auf das gesteckte Ziel losgehen.

Aber hier stellte sich heraus, daß auch Chamberlain keineswegs imstande war, rasch und in der Richtung, in der er es gern gemocht hätte, zu handeln. Er erinnerte daran, daß er die Besprechungen „absolut persönlich und inoffiziell“ führe, daß der erkrankte Premierminister Salisbury davon noch nicht informiert sei und daß die Besprechungen erst nach dessen Rückkehr aufgenommen werden könnten.<sup>41</sup> Hatzfeldt hatte noch immer nicht zu klären vermocht, ob der Plan Chamberlains die Unterstützung der Kabinettsmehrheit fand (Eckardstein hat übrigens dies weder damals noch später begriffen). Nachdem er aber seine Instruktionen aus Berlin erhalten hatte, war er sich darüber im klaren, daß dieser Plan auf jeden Fall nicht die Unterstützung der deutschen Regierung genoß. Bei der neuen, von Eckardstein arrangierten Begegnung sprach Hatzfeldt bereits von Schwierigkeiten des Vertragsabschlusses. „Ich fragte ihn“, so schrieb Chamberlain an diesem Tage nieder, „ob er meinte, daß unter diesen Umständen kein Vertrag oder Abkommen möglich sei. Er sagte: ‚Nein.‘ Das habe er nicht gemeint, sondern er habe gedacht, man werde an die Frage auf anderem Wege herangehen.“<sup>42</sup> Danach ging Hatzfeldt daran, Chamberlain vorsichtig auseinanderzusetzen, was er meinte. Er erinnerte daran, daß zwischen England, Österreich-Ungarn und Italien einstmals gutes Einvernehmen in Mittelmeerfragen geherrscht habe. Er erinnerte ferner daran, daß Italien und Österreich-Ungarn in der letzten Etappe des italienisch-abessinischen Krieges, der mit dem erneuten Aufflammen der Nahostkrise zusammenfiel, Besprechungen mit England über die Wiederaufnahme dieses Abkommens und sogar über ein Bündnis mit diesem geführt hätten. Kurzum, er erinnerte an die uns bereits bekannte Geschichte der Versuche, die Mittelmeerentente, deren Spitze gegen Rußland gerichtet sein sollte, zu erneuern. Chamberlain

<sup>40</sup> Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 295.

<sup>41</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 271/272, Memorandum, 22. April 1898.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 273, Memorandum, 25. April 1898.



antwortete, ihm sei darüber nichts bekannt. Aber für Hatzfeldt hatte dieser Ausflug auf das Gebiet der Geschichte der Diplomatie eine tiefe praktische Bedeutung. Statt des Abschlusses eines Bündnisvertrages mit Deutschland schlug er England vor, einen Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn und Italien abzuschließen.<sup>43</sup> Er handelte laut Instruktionen Bülows<sup>44</sup>, aber wenn man die Geschichte der Liquidierung der Mittelmeerrente kennt, kann man annehmen, daß dieser neue deutsche Plan den alten Stempel Holsteins trug.

Der neue deutsche Vorschlag stimmte mit den Vorschlägen Chamberlains nur darin überein, daß sie beide gegen Rußland gerichtet waren. Zugleich waren sie völlig unvereinbar und standen sogar zueinander in Widerspruch. Chamberlain suchte ein Bündnis mit Deutschland auf der Grundlage der chinesischen Angelegenheiten, und beabsichtigte mit dessen Hilfe Rußland aus dem Fernen Osten zu verdrängen und seine Kräfte an die westliche, an die deutsche Grenze zu fesseln.

Dagegen hatte die deutsche Diplomatie vor, die entgegengesetzte Situation auszunutzen: „Je weiter die Russen in Asien sich engagieren, desto stiller sitzen sie in Europa.“<sup>45</sup> Chamberlain baute darauf, mit Hilfe des englisch-deutschen Bündnisses nicht nur einen Keil zwischen Rußland und Deutschland zu treiben, sondern auch einen Konflikt zwischen den Kontinentalmächten hervorzurufen, während England unter Ausnutzung der Überlegenheit seiner Kriegsslotte die Politik der kolonialen Erweiterung auf Kosten seiner Gegner und auf Kosten seiner Bundesgenossen fortsetzen könnte. Aber die deutsche Diplomatie hatte keinesfalls die Absicht, zum Ruhme John Bulls die Kastanien aus dem Feuer zu holen: „Aber so aufs erste Pfeifen geht das nicht gleich“, beurteilte Holstein die Lage. Die deutsche Regierung erwartete irgendwelche großen wirtschaftlichen und kolonialen Zugeständnisse. Chamberlain hatte aber zunächst außer einer Koordinierung der Interessen in China überhaupt nichts versprochen. Dann versprach er, dem deutschen Kapital in der Schantungprovinz keine Hindernisse in den Weg zu legen. Als er erfuhr, daß die Deutschen auch ohne Unterstützung Englands sich in dieser Provinz breitzumachen beabsichtigten, versprach er, als Gegenleistung zwei koloniale Fragen zu regeln: Die Frage der neutralen Zone im Hinterlande von Togo<sup>46</sup> und die Frage von

<sup>43</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3793, Hatzfeldt an Hohenlohe, 26. April 1898. (Siehe ferner Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 274, Memorandum, 25. April 1898.)

<sup>44</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3790, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 10. April 1898 (siehe Randbemerkungen Bülows).

<sup>45</sup> Randbemerkung Wilhelms II. (siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3793, Hatzfeldt an Hohenlohe, 26. April 1898).

<sup>46</sup> Die deutsche Regierung war bestrebt, diese Zone ihren Besitzungen anzuschließen. (Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 266.)

Delagoa. Diese Versprechen fanden in Berlin eine recht scharfe Beurteilung: „Da ist also wohl der erste Preis zu suchen, den England uns für einen russischen Krieg zahlen würde. Billig“, definierte Holstein.<sup>47</sup> Hatzfeldt versuchte die Besprechungen auszunutzen, um die Frage der Erneuerung des Mittelmeerabkommens zwischen England einerseits und Österreich-Ungarn und Italien anderseits auf der Plattform ihres gemeinsamen Kampfes gegen Rußland im Nahen Osten aufzuwerfen. Aber Chamberlain wich diesem Projekt sofort aus und sagte, „die Schwierigkeit werde darin bestehen, mit Österreich irgendwelche Abmachungen über die Zukunft der Türkei zu treffen“<sup>48</sup>. Somit gab es auch in dieser Frage zwischen der Einstellung Chamberlains und der Einstellung Hatzfeldts keine Berührungspunkte. Chamberlain trachtete danach, Rußland auf dem Boden der fernöstlichen Angelegenheiten gegen Deutschland und dessen Bundesgenossen aufzuhetzen, während die deutsche Diplomatie bestrebt war, mit Hilfe der eigenen Bundesgenossen einen Zusammenstoß zwischen Rußland und England auf dem Boden der Nahostangelegenheiten herbeizuführen.

Danach blieb Chamberlain nichts anderes übrig als festzustellen, „daß er jeden Versuch, ein direktes Defensivbündnis zwischen Deutschland und England zu erzielen, für verfrüht halte“. Hatzfeldt stimmte dem zu, sagte aber, diese Möglichkeit werde sich vielleicht in Zukunft bieten.<sup>49</sup> Am nächsten Tage unternahm Eckardstein einen weiteren Versuch, die Besprechungen fortzusetzen. Er traf sich mit Chamberlain und versuchte ihn zu überzeugen, daß die Besprechungen angeblich durch Einmischung Hohenlohes gesprengt worden seien; er versicherte ihm, daß die Meinung Wilhelms völlig anders sei, und versuchte ihn bei dieser Gelegenheit mit der Behauptung einzuschüchtern, daß Rußland Deutschland angeblich vorschlage, sich dem französisch-russischen Bündnis anzuschließen, und Deutschland in seinem weiteren Vordringen nach China auf Kosten Englands zu unterstützen. Um diese Version glaubwürdig erscheinen zu lassen, erzählte er Chamberlain, ein „russischer Sonderagent“ befinde sich bereits in Homburg und mache dem Kaiser ausführliche Vorschläge. Diese Version machte jedoch auf Chamberlain offenbar keinen Eindruck. Er bestand darauf, daß den nächsten Schritt zur Wiederaufnahme der Besprechungen seine deutschen Partner tun müßten.<sup>50</sup>

Anfang Mai besuchte Hatzfeldt Salisbury, der inzwischen nach London zurückgekehrt war. Das Gespräch hatte einen ganz allgemeinen Charakter.

<sup>47</sup> Siehe seine Vermerke (G. P., Bd. 14, Nr. 3793, Hatzfeldt an Hohenlohe, 26. April 1898).

<sup>48</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 274, Memorandum, 25. April 1898.

<sup>49</sup> Ebenda.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 276, Memorandum, 26. April 1898.

Hatzfeldt erwähnte indirekt seine Besprechungen mit Chamberlain und Balfour, machte einige Bemerkungen über die Vorteile einer englisch-deutschen Annäherung, „war aber so vorsichtig, von Zeit zu Zeit immer wieder hinzuzufügen, man könne nichts überstürzen, und solange die Dinge nicht ausgereift seien, könne man nichts unternehmen“. Er deutete lediglich an, so teilte Salisbury mit, „daß, wenn wir“ (d. h. das englische Kabinett. A. J.) „ein Bündnis wünschten, wir den Boden hierfür durch Entgegenkommen in anderen Fragen vorbereiten müßten“. Salisbury teilte Chamberlain den Inhalt seines Gesprächs mit dem deutschen Botschafter mit und schrieb: „Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß engere Verbindung mit Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr erwünscht wäre, aber können wir sie bekommen?“<sup>51</sup> Das bedeutete: Werden wir dafür nicht zu teuer zahlen müssen? Am nächsten Tage nach der Sitzung des Kabinetts versuchte Chamberlain die Zustimmung Salisburys zur Wiederaufnahme der Besprechungen mit Deutschland auf der Grundlage eines „Defensivabkommens“ zu erhalten, das Deutschland Elsaß-Lothringen und England Afghanistan und Ägypten garantieren sollte. Salisbury widersprach im allgemeinen nicht, gab aber zu verstehen, daß die Initiative für die Erneuerung der Besprechungen von den Deutschen ausgehen müsse.<sup>52</sup> Als Salisbury jedoch am nächsten Tage vor der „Primrose League“ sprach, verteidigte er auch weiterhin die Politik der Isolation.<sup>53</sup> So waren die englisch-deutschen Besprechungen über ein Bündnis gegen Rußland in eine Sackgasse geraten.

## 3

Es waren noch keine zehn Tage nach der Rede Salisburys vergangen, als Chamberlain sich erneut in die Fragen der hohen Diplomatie einmischte, und zwar in einer Form, die davon zeugte, daß er beschlossen hatte, durch einen heftigen Coup die Aufmerksamkeit auf seine allgemeinen Pläne der radikalen Umstellung in der Außenpolitik Englands zu lenken. In seiner Heimatstadt Birmingham rief er England in einer Rede dazu auf, die Politik der Isolation aufzugeben, und besang geradezu den Krieg, in dem „das Sternenbanner Amerikas neben dem britischen Union Jack flattern wird“. Er rief dazu auf, ein Militärbündnis nicht nur mit den USA, sondern auch mit Deutschland abzuschließen und richtete eine Herausforderung an Rußland. „Wer mit dem Teufel frühstückt, braucht einen langen Löffel“,

<sup>51</sup> Ebenda, S. 279, Salisbury an Chamberlain, 2. Mai 1898.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 280, Memorandum, 3. Mai 1898.

<sup>53</sup> Э. Галеви, «История Англии в эпоху империализма», Bd. I, S. 46/47.

so sagte er, wobei er die Politik Rußlands meinte.<sup>54</sup> Diese Rede rief in der Presse und im Parlament einen wahren Sturm hervor. Die Liberalen benutzten die Rede Chamberlains für Angriffe gegen die Regierung. Auf die Frage der Opposition, was die Regierung von dieser Rede Chamberlains halte, antwortete Premierminister Salisbury, daß ihm der Wortlaut der Rede nicht vorliege.<sup>55</sup> Auf die gleiche Frage des russischen Botschafters in London, Staal, antwortete Salisbury, daß sich die Regierung nach englischen Traditionen wegen einer von einem Kabinettsmitglied außerhalb des Parlaments gehaltenen Rede nicht zu verantworten habe.<sup>56</sup> Das breite Publikum, dessen Unterrichtung in Sachen der Außenpolitik und der Diplomatie auch in diesem Fall nur auf die mageren Rationen der in solchen Fragen gewöhnlich vom Foreign Office gelenkten bürgerlichen Presse angewiesen war, vermutete nicht im geringsten, daß den lauten Worten des „alten Joe“ geheime Dinge — seine Besprechungen mit Deutschland — vorausgegangen waren. Die herrschenden Klassen der USA nahmen die streitbare Rede Chamberlains recht wohlwollend, die in Deutschland jedoch recht zurückhaltend auf. Die deutsche Presse hatte über die zwischen Chamberlain und Vertretern der deutschen Diplomatie geführten Geheimbesprechungen natürlich nichts mitgeteilt. Indessen wußten gewisse, sehr enge Kreise der herrschenden Klassen einiges über diese Besprechungen und nahmen die Vorschläge Chamberlains ablehnend auf. Damit mußte die deutsche Diplomatie rechnen.

Bereits Ende April 1898 erzählte man sich in konservativen Agrarkreisen, vor allem in den Kreisen der rechten Reichtagsfraktionen, daß England territoriale Zugeständnisse anbiete gegen das Zugeständnis, „Transvaal ganz den Rücken zu drehen und in die Gruppierung England-Amerika gegen Rußland-Frankreich einzutreten“. Als von England vorgeschlagene

---

<sup>54</sup> In dieser Rede sagte Chamberlain unter anderem folgendes: „In Zukunft werden wir mit Rußland in China ebenso wie in Afghanistan rechnen müssen. Großbritannien hätte Rußland den Krieg erklären müssen, aber wir können ohne einen Verbündeten Rußland keinen ernststen Schaden zufügen... Wenn man auch in Zukunft die Politik der Isolation beibehalten will, die bisher die Politik unseres Landes war, dann kann künftig und wird sogar wahrscheinlich das Schicksal des chinesischen Reiches ohne Rücksichtnahme auf unsere Wünsche und im Gegensatz zu unseren Interessen entschieden werden. Und wenn wir andererseits entschlossen sind, die Politik der offenen Tür und gleicher Handelsbedingungen mit allen unseren Rivalen zu erzwingen, dann dürfen wir nicht zulassen, daß uns unsere Jingos in Streit mit der ganzen Welt zugleich hineinreißen, und dürfen wir nicht die Idee eines Bündnisses mit jenen Mächten ablehnen, deren Interessen unseren eigenen Interessen am nächsten stehen.“ („Times“ vom 14. Mai 1898.)

<sup>55</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 284.

<sup>56</sup> G. P., Bd. 14, S. 229, Anmerkung. Hatzfeldt nahm trotzdem an, daß Chamberlain seine Rede, bevor er sie hielt, mit Salisbury vereinbart hatte.

Zugeständnisse wurden unter anderem Sansibar, Walfischbai und Samoa genannt, das heißt zum Teil das, was die deutsche Regierung selbst einige Zeit später so beharrlich und so vergeblich zu bekommen versuchte. Die junkerlichen Kreise hatten nichts dagegen, die kolonialen Zugeständnisse Englands anzunehmen, aber sie befürchteten, daß sie ihnen teuer zu stehen kommen würden. Diese Befürchtungen gingen so weit, daß die Regierung von dieser Seite einem recht starken Druck ausgesetzt war. Herbert Bismarck brachte die Besorgnis des gesamten konservativen Agrarlagers zum Ausdruck, als er sich an Bülow mit einem besonderen Brief wandte, in dem er schrieb, er glaube nicht, „daß Sie sich dem perfiden Albion zu Gefallen in eine antirussische Attitüde drängen lassen werden. Das Zentrum und seine Adepten wünschen natürlich nichts sehnlicher, als uns mit Rußland in Konflikt zu bringen. Dieses Ziel erstrebt sowohl Rom (d. h. das päpstliche) als wie England und Frankreich, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die oben genannten Konzessionen Englands wären ja sehr schön, aber doch *nie* eine mögliche Brouille (Zwist) mit Rußland wert.“<sup>57</sup>

Man muß darauf hinweisen, daß die geheimen diplomatischen Besprechungen über das englisch-deutsche Bündnis gegen Rußland in einer politischen Atmosphäre verliefen, die ihren Erfolg keinesfalls begünstigten. In Deutschland bereiteten sich die politischen Parteien auf die Reichstagswahlen vor, und die Regierung war aufs höchste daran interessiert, daß der Block der herrschenden Klassen – des Junkertums und der Großbourgeoisie – gefestigt werde. Das bedeutete keineswegs, daß Änderungen in dem Verhältnis der Parteikräfte im Reichstag den allgemeinen Kurs beeinflussen konnten, eingeschlagen von einer Regierung, die zum Unterschied von den Ländern der bürgerlichen Demokratie nicht verantwortlich, ja mehr noch, eigentlich unverantwortlich war. Aber die herrschenden Klassen und ebenso auch die Regierung berücksichtigten den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie und bemühten sich, ihren Wahlsieg zu verhindern. Zwar gelang es den politischen Parteien der Bourgeoisie und des Junkertums nicht, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze auszugleichen, aber sie waren in jeder Weise bemüht, das wenigstens auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Handelspolitik zu erreichen. Von diesem Standpunkt aus war es für sie besonders wichtig, das Schicksal der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Reich festzulegen. Am 31. Juli lief die Frist des englisch-deutschen Handelsvertrages ab, und die herrschenden Klassen waren darüber beunruhigt, was nun folgen sollte. Die Regierung führte in London Besprechungen über die Bedingungen des Handelsvertrages, aber Bülow

---

<sup>57</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 217.

weigerte sich, auf Anfragen im Reichstag irgend etwas Bestimmtes mitzuteilen.<sup>58</sup> Die Agrarier, die die Besorgnis der Finanz- und Industriekreise um die Möglichkeit des Eindringens deutscher Kapitalien und Waren in die Märkte des britischen Empire nicht voll zu teilen vermochten, beschlossen, die Situation auszunutzen, um der Regierung ihre Linie aufzuzwingen. Der Bund der Landwirte faßte dank den Bemühungen Kanitz' und seiner Junkerclique einen Beschluß mit der Forderung, daß die Regierung die Handelsverträge mit der Meistbegünstigungsklausel aufhebe.

Diese Herrschaften meinten in erster Linie die Verträge mit Rußland und mit Österreich-Ungarn. Aber im gegebenen Augenblick stand praktisch die Frage der Bedingungen des Handelsvertrages mit England auf der Tagesordnung. Die Inspiratoren der „Sammlungspolitik“, „König“ Stumm und andere Vertreter der reaktionären imperialistischen Bourgeoisie, mußten sich bereit erklären, den Agrariern gewisse Zugeständnisse zu machen. Stumm erklärte geradeheraus, daß man bei Abschluß der Zollverträge die Interessen der Agrarier, die die Geltungsdauer der Verträge auf ein Minimum zu kürzen bestrebt waren, mit den Interessen der Industriellen in Einklang zu bringen habe, die diese möglichst verlängern wollten.<sup>59</sup> Er rief dazu auf, die „Sammlungspolitik“ fortzusetzen. Aber wie konnte man diese Politik England gegenüber betreiben? Die Regierung versicherte, daß sie England das Meistbegünstigungsrecht nur in dem Falle einräumen werde, daß England „vollkommen ausreichende, gleichwertige Anerbietungen und Zugeständnisse“ mache.<sup>60</sup> Das gefiel allen Parteien der Rechten und dem katholischen Zentrum sehr, die die Verstärkung des politischen Druckes auf England forderten, um diese Zugeständnisse zu erreichen. Es war von einem Druck in erster Linie gerade auf England und nicht auf seine Kolonien die Rede. Interessierte Kreise forderten die Schaffung eines Regimes, unter dem Deutschland, falls England die deutsche Expansion über die Grenzen seiner einzelnen Besitzungen hinweg, zum Beispiel nach Kanada, erschwere, mit gewissen wirtschaftlichen Repressalien gegen England reagieren könnte. Die englandfeindlichen Stimmungen unter den herrschenden Klassen verstärkten sich auch weiterhin. Die mit der Industrie und den Banken verbundenen politischen Kreise forderten die Fortsetzung des Kampfes um die Expansion auf die Märkte der kolonialen Besitzungen Englands, denen sie größere Bedeutung beimaßen als dem Markt in England selbst. Den gleichen Standpunkt vertraten auch die Kreise des Bismarckschen Lagers, die der Verschärfung der

<sup>58</sup> Reichstag, 9. Februar 1898, Bd. II, S. 932.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 930.

<sup>60</sup> Siehe die Erklärung Posadowskys (Reichstag, 28. April 1898, Bd. III, S. 2007).

wirtschaftlichen Reibungen mit England vor allem politische Bedeutung beimaßen.<sup>61</sup>

Schließlich bestätigte der Reichstag am 30. April einen Gesetzentwurf, der den Bundesrat ermächtigte, den Handelsvertrag mit England um ein weiteres Jahr zu verlängern, aber unter der Bedingung, daß der deutsche Export nach den britischen Kolonien zu gleichen Bedingungen wie der englische Export zugelassen werde.<sup>62</sup> Auf die Macht des Staates gestützt, klammerte sich die deutsche Bourgeoisie an die Märkte des britischen Empire und genoß dabei die aktive Unterstützung jenes Teils des Junkertums, der ebenfalls am Export seiner Produkte interessiert war.<sup>63</sup> Der englisch-deutsche Kampf um die Kolonien, um Absatzmärkte insbesondere innerhalb des britischen Empire, kam keineswegs zum Stillstand. Im Gegenteil, er verstärkte sich ebenso wie der Kampf um die Sphären der Kapitalinvestitionen, vor allem in China.

In dieser Hinsicht war es recht kennzeichnend, daß, sobald die Besprechungen zwischen Chamberlain und Hatzfeldt ins Stocken geraten waren, konkrete Fragen der englisch-deutschen Gegensätze wieder an die Oberfläche des politischen Lebens kamen. So erklärte das Hauptorgan der Londoner City<sup>64</sup>, daß England an der Eisenbahnlinie Weihaiwei-Peking sowie an den Kohlengruben der Schantungprovinz in höchstem Grade interessiert sei. Diese Worte blieben in Berlin nicht unbemerkt. Dort erblickte man darin neue Ansprüche des englischen Kapitals in jenen Gebieten, die das deutsche Kapital für sich beanspruchte. Bülow schlug Hatzfeldt vor, er möge den Engländern zu verstehen geben, daß Ansprüche dieser Art Deutschland dazu veranlaßten, sich Gedanken darüber zu machen, wer die Interessen seiner Expansion in China mehr bedrohe – Rußland oder England.<sup>65</sup>

In der Tat wurde der Kampf um die „Einflußsphären“ in China zum neuen Faktor der englisch-deutschen Beziehungen. Chamberlain, der Herzog von Devonshire und ihre gesamte imperialistische Clique nahmen an, daß Deutschland zumindest in der ersten Zeit daran interessiert sein werde, sich in chinesischen Angelegenheiten völlig auf England zu stützen. Sie suchten, wie wir wissen, die deutsche Regierung durch die Gemeinsamkeit der Interessen in China zu locken und waren bestrebt, Deutschland auf diese Weise gegen Rußland auszuspielen. Auch Salisbury war nicht ab-

<sup>61</sup> Reichstag, 16. Juni 1898, Bd. III, S. 2589/2590.

<sup>62</sup> Das Gesetz, das am 11. Mai 1898 in Kraft trat, ist veröffentlicht in: Reichstag, 9. Legislaturperiode, III. Anlageband, Drucksache Nr. 243, S. 2260/2261.

<sup>63</sup> Deutschland führte insbesondere Zucker und Spirituosen nach den Märkten des britischen Empire aus.

<sup>64</sup> „Times“ vom 28. April 1898.

<sup>65</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3794, Bülow an Hatzfeldt, 30. April 1898.

geneigt, die Deutschen, wenn auch viel zurückhaltender als der Kolonialminister, auf diese „Gemeinsamkeit der Interessen“ hinzuweisen. „Der edle Lord kann es nicht verschmerzen“, reagierte darauf Wilhelm, „daß wir *ohne* ihn in China die ersten werden.“<sup>66</sup> Das klang zumindest selbstbewußt, war aber zugleich sehr charakteristisch, wenn man sich vor Augen hält, von welch heftigem Erwachen imperialistischer Gelüste der Einfall Deutschlands in China begleitet war.

Dieses riesige Land erwies sich sofort als ein Magnet für unzählige Rudel von Bankgeschäftsleuten und Konzessionären, Exporteuren. Unternehmern, Handelsagenten und einfachen Spekulanten, die wie Raben auf den Aasgeruch hin aus verschiedenen Ländern zusammenkamen. Es begann eine wilde, beispiellose Jagd nach Konzessionen – im Bergbau, Eisenbahnbau usw. Es erschloß sich ein unübersehbares Feld sowohl für die grandiosen Pläne zur wirtschaftlichen Ausbeutung Chinas als auch einfach für kleine Gaunereien und leichte Gewinne. Vertreter größter europäischer Syndikate, diplomatische Agenten und einfache Abenteurer, alle mischten sich unter die Menge, die sich in die Jagd nach Profit stürzte. Die einen bemühten sich um die in Mode gekommenen Eisenbahnkonzessionen, obwohl sie nicht wußten, ob sie technisch durchführbar waren. Andere bemühten sich um Bergbaukonzessionen, obwohl sie nur eine recht schleierhafte Vorstellung von ihrer geographischen Lage und von den geologischen Bedingungen hatten.<sup>67</sup> Zahlreiche Konzessionsanwärter gerieten, ohne die in den diplomatischen Kanzleien festgesetzten Grenzen zu kennen, in die Einflußsphäre eines anderen Staates. Dadurch bereiteten sie ihren Regierungen und den örtlichen diplomatischen Vertretern viel Sorge und Kummer. Diese widerspruchsvollen kapitalistischen Interessen riefen endlose diplomatische Reibungen hervor und zwangen die Regierungen, unverzüglich den Kampf um die Erweiterung der festgesetzten „Sphären“ aufzunehmen. Das waren die unmittelbaren Ergebnisse des Japanisch-Chinesischen Krieges 1894/1895 und der danach folgenden Ereignisse im Fernen Osten. Der japanische Imperialismus legte dabei, nach einem Ausspruch von W. I. Lenin, „einen sehr leckeren Bissen frei, nach dem sofort die Kapitalisten Englands, Deutschlands, Frankreichs, Rußlands und sogar Italiens mit beiden Händen griffen“. Und das hatte wiederum den stärksten Einfluß auf die ökonomische Lage der kapitalistischen Länder, in denen die Interessen des Monopolkapitals dominierend wurden. „Der Bau riesiger Eisenbahnen, die Erweiterung des Weltmarkts, das Wachstum des Handels“, so schrieb Lenin, „all das rief eine unerwartete Belebung der Indu-

<sup>66</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3797, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 15. Mai 1898, Schlußbemerkung Wilhelms II.

<sup>67</sup> O. Franke, „Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914“, S. 139.



strie hervor, das Entstehen neuer Unternehmungen, eine wilde Jagd nach Absatzmärkten, eine Jagd nach Profiten, die Gründung neuer Gesellschaften, das Hineinziehen von Massen neuer Kapitalien, die zum Teil auch aus den geringen Ersparnissen der kleinen Kapitalisten bestanden, in die Produktion.“<sup>68</sup> Nichts, so könnte man meinen, wäre imstande gewesen, diesen Strom von Kapitalien aufzuhalten, die neue Märkte für Investitionen, neue Sphären für die Ausbeutung der lebendigen Kräfte des Vielmillionenlandes suchten. Der Imperialismus nahm die „Erschließung“ Chinas in Angriff.

Der deutsche Imperialismus blieb nicht abseits. Es tauchten zahlreiche Projekte zur wirtschaftlichen Ausbeutung Chinas auf. Die größten deutschen Hüttenfirmen bemühten sich um Eisenbahnkonzessionen, sowohl um die schon vorgesehenen wie auch um neue. Unter Mitwirkung einer Gruppe deutscher Banken mit der Deutschen Bank an der Spitze wurden besondere Aktiengesellschaften mit Stammkapitalien von 100 bis 120 Millionen Mark<sup>69</sup> gebildet. Andere Gruppen des deutschen Kapitals wurden zur Ausbeutung der Bodenschätze Chinas herangezogen. Nachdem sich die Magnaten der Ruhrindustrie von der guten Qualität der Steinkohle in Kiautschou überzeugt hatten, begannen sie ihr Kapital in den chinesischen Gruben zu investieren. Die neugegründete Schantung-Eisenbahn-AG erhielt die Konzession für den Bau und den Betrieb der Eisenbahn Tsingtau-Tsinan sowie für einige andere Bahnen in der Schantungprovinz. Die deutschen Großkonzerne waren an der Lieferung der Ausrüstungen interessiert, die für die neue Eisenbahn benötigt wurden. Die deutsche Regierung bedingte sich aus, daß ein Teil der Dividende der Gesellschaft in einem Sonderfonds angesammelt wurde, der dazu bestimmt war, Zuschüsse für den Bau des Hafens zu leisten, ein großes Vorhaben, das den deutschen Industriellen wiederum vorteilhafte Aufträge verhielt. Ferner wurde die Schantung-Bergbau-AG gegründet, die sich mit der Schürfung und Förderung der Bodenschätze in der Zone der Eisenbahnstrecken befassen sollte. Die geförderte Kohle war dazu bestimmt, die deutsche Kriegs- und Handelsflotte in fernöstlichen Gewässern zu versorgen. In die Jagd nach der Ausbeutung der neuerworbenen Gebiete Chinas wurden auch die größten Schifffahrts-

<sup>68</sup> В. И. Ленин, «Уроки кризиса», Сочинения, Bd. 5, S. 74/75.

<sup>69</sup> Im Jahre 1898 wurde in Köln die Aktiengesellschaft Land- und Seekabelwerke mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark gegründet. Im darauffolgenden Jahr hat eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften ihre Existenz begonnen: In Berlin wurden die Schantung-Bergbau-Gesellschaft mit einem Kapital von 6 Millionen Mark und die Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft mit einem Kapital von 54 Millionen Mark geschaffen; in Köln wurde die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft mit einem Kapital von 24 Millionen Mark gegründet. (Siehe Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 345/346.)

gesellschaften einbezogen. Neben dem Norddeutschen Lloyd nahm auch die Hamburg-Amerika-Linie, diese größte der deutschen Schiffahrtsgesellschaften, regelmäßige Linien zwischen Hamburg und Singapur, Hongkong, Schanghai und Yokohama auf. Für diese Linien wurden neue größere Dampfer gebaut. Die größten Handelsfirmen bemühten sich durch das „Deutsche Exportbüro“ um die Einrichtung von Filialen in China usw.<sup>70</sup>

Der Beginn der Aufteilung Chinas und der Abgrenzung der „Einflußsphären“ hat die imperialistischen Gegensätze der Großmächte, insbesondere die zwischen England und Deutschland nicht gemildert, sondern im Gegenteil verschärft. Als Chamberlain in Besprechungen mit Hatzfeldt auf die sich verstärkende Expansion des zaristischen Rußlands im Fernen Osten hinwies und die Vermutung aussprach, daß Deutschland sich unter diesen Umständen nicht mit dem Erwerb eines unbedeutenden Territoriums in China abfinden könne, sondern größeres fordern werde, bemerkte Wilhelm: „Abwarten!“<sup>71</sup> Aber man kam nicht zum „Abwarten“. Der Erwerb von Kiautschou durch Deutschland und von Weihaiwei durch England zog einen neuen Ansturm der imperialistischen Expansion dieser Mächte nach sich. Die deutschen nationalistischen und insbesondere kolonialen Kreise begannen der Regierung mit neuen Forderungen und neuen Ansprüchen zuzusetzen, die so umfassend waren, daß selbst Bülow sie als überspannt bezeichnete.<sup>72</sup> Bereits Mitte März 1898 warf Tirpitz, der die allgemeinen Interessen dieser imperialistischen Kreise zum Ausdruck brachte, vor der Regierung die Frage der Notwendigkeit auf, „neben dem Festhalten und kommerziellen Ausbau von Kiautschou“ für Deutschland „ein Settlement am Yangtse zu erwerben“. Das sei notwendig, so führte Tirpitz aus, „weil die Zeit kommen müsse, wo bei noch verschärfter deutsch-englischer Handelskonkurrenz die deutschen Firmen in den englischen Niederlassungen nicht mehr ihres Bleibens finden und ihre Übersiedlung auf deutschen Grund und Boden suchen müßten“. Außerdem hielt es Tirpitz für notwendig, die deutsche Handelsflotte sooft wie möglich weiter in die Tiefe des Landes zu schicken, und forderte, daß dies den deutschen Handelsschiffen zur Pflicht gemacht werde.<sup>73</sup> Es handelte sich, kurz gesagt, darum, das Eindringen des deutschen Imperialismus in das Tal des Yangtsefflusses, eines großen und reichen Gebiets, wo die Engländer ihre

<sup>70</sup> Siehe M. v. Brandt, „Die politische und kommerzielle Entwicklung Ostasiens“, 1898; H. v. Bülow, „Der deutsche Besitz von Schantung“, Leipzig 1898; Ferdinand von Richthofen, „Schantung und seine Eingangspforte Kiautschou“, Berlin 1898.

<sup>71</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3793, Hatzfeldt an Hohenlohe, 26. April 1898.

<sup>72</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 187.

<sup>73</sup> Notiz des Beamten des Auswärtigen Amtes Klehmet vom 16. März 1898 anlässlich seines Gesprächs mit dem Admiral Tirpitz über die Kolonialtraktate. (Siehe Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 188/189.)

Konkurrenten nicht hereinzulassen beabsichtigten, zu sichern. Der Kampf zwischen einzelnen Gruppen des englischen und des deutschen Finanzkapitals nahm sofort so scharfe Formen an, daß auch die Regierungen der beiden Länder in ihn einbezogen wurden. Auf Verlangen der Hongkong-Schanghai-Bank erhielt die britische Regierung im Interesse einer Gruppe englischer Unternehmer<sup>74</sup> in Peking Konzessionen für den Bau der Eisenbahnlinie Schanghai–Nanking. Die Deutsch-Asiatische Bank, die sich bereits mit der Hongkong-Schanghai-Bank an einer Reihe von Finanzkombinationen beteiligt hatte, erhob die Forderung, daß auch deutsche Kapitalisten an der Konzession beteiligt werden sollten. Nachdem die englischen Unternehmer, die ihr Monopol nicht einbüßen wollten, offenbar aus taktischen Erwägungen auf ihre Konzessionsprojekte gänzlich verzichtet hatten, machte sich die Deutsch-Asiatische Bank dies zunutze und begann sich selbständig um die Konzession für diese überaus wichtige Eisenbahnhauptstrecke zu bemühen, nachdem sie sich dafür der energischen Unterstützung der deutschen Regierung versichert hatte.<sup>75</sup> In die Besprechungen, die in London zwischen Rehders, dem Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank, und Cameron, dem Direktor der Hongkong-Schanghai-Bank, vor sich gingen, griff der Direktor der Disconto-Gesellschaft, Hansemann, ein. Er drehte die Frage seinerseits so um: Lohnt es sich für die deutschen Kapitalisten, englische Banken zur Teilnahme heranzuziehen, oder ist es für sie nicht besser, auf diese überhaupt zu verzichten und selbständig aufzutreten?<sup>76</sup>

Diese ganze Geschichte mit den Eisenbahnkonzessionen in China rief in der City heftige Unzufriedenheit hervor. Nun mußte der englische Premierminister, Lord Salisbury, seinerseits energisch in den Kampf zwischen den englischen und den deutschen Gruppen des Finanzkapitals eingreifen. Salisbury forderte, daß die deutsche Regierung die Monopolstellung Englands im Raume des Yangtseflusses anerkenne und die deutschen Kapitalisten zwingt, ihre Eisenbahn- und sonstigen Konzessionspläne nicht auf dieses Gebiet auszudehnen. Als der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt ihn daran erinnerte, daß sich die Londoner Regierung selbst für das Prinzip der „offenen Tür“ in China ausgesprochen hätte, und versuchte, damit das Vordringen des deutschen Kapitals zum Yangtsefluß zu rechtfertigen, erwiderte Salisbury, wenn man schon von diesen Prinzipien spreche, dürfe niemand den englischen Kapitalisten die Tür verschließen, wenn sie nach Schantung vorzudringen versuchten.<sup>77</sup> Schließlich mußten

---

<sup>74</sup> Es wurde ein besonderes Syndikat unter Beteiligung der Hongkong-Schanghai-Bank organisiert.

<sup>75</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3771, Bülow an Hatzfeldt, 30. April 1898.

<sup>76</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3776, Hatzfeldt an Hohenlohe, 12. Mai 1898.

<sup>77</sup> Ebenda.

die deutsche Regierung und die Gruppe der deutschen Bank- und Industriemagnaten, um ihre ökonomischen und politischen Positionen in Schantung zu behaupten, in der Frage der Eisenbahnkonzession im Yangtsetal vorübergehend nachgeben.<sup>78</sup> Im Namen der Deutsch-Asiatischen Bank und anderer interessierter Bankinstitute schloß Hansemann in London mit Vertretern des englischen Kapitalmarktes ein Abkommen über die Abgrenzung der „Einflußsphären“ in der Frage des Eisenbahnbaus auf dem Territorium Chinas ab.<sup>79</sup> Es war nicht die Zeit, sich mit England über eine Frage zu streiten, deren günstige Lösung in diesem Augenblick sowieso wenig Chancen auf Erfolg hatte. Aber welche Schadenfreude herrschte bei den Deutschen, als ein „belgisches“ (und im Grunde genommen französisch-russisches) Syndikat trotz englischer Proteste die Konzession für den Bau der Eisenbahn Peking–Hankau erhielt!

Das war die Atmosphäre der englisch-deutschen Bündnisbesprechungen auf dem Boden der chinesischen Angelegenheiten. Aber es gab noch einen anderen Umstand, der die imperialistischen Kreise Deutschlands zwang, sich der Idee des Bündnisses mit England entschlossen zu widersetzen. Diese Kreise feierten soeben ihren Sieg anläßlich der erfolgreichen Verabschiedung des Flottengesetzes. Nachdem sie den Weg des eigenen großen Flottenbaus betreten hatten, wollten sie von diesem Weg nicht mehr abgehen. Das Reichsmarineamt mit Admiral Tirpitz an der Spitze erblickte in einem Bündnis mit England eine Selbstmordpolitik für die Pläne der Flottenrivalität. In wenigen Jahren, so argumentierte man in Berlin, wird Deutschland über eine so mächtige Flotte verfügen, daß sie gemeinsam mit den wachsenden Flotten der anderen Mächte für England eine beachtliche Gefahr darstellen wird. Man hatte in Berlin begriffen, daß Chamberlain durch seinen Bündnisvorschlag danach strebte, das Wachsen der deutschen Seerüstungen aufzuhalten. Man rechnete sogar damit, daß England sich äußerstenfalls nicht genieren würde, durch einen plötzlichen Schlag die wachsende Seemacht Deutschlands zu vernichten, wie das einstmals mit Holland der Fall gewesen war.<sup>80</sup> Mußten diese Kreise nicht ihren ganzen Einfluß geltend machen, um in Berlin einer wohlwollenden Aufnahme der heimtückischen Pläne Chamberlains vorzubeugen?

Aber auch unter breiteren Kreisen der deutschen Expansionisten war die Idee des Bündnisses mit England äußerst unpopulär. Der Alldeutsche

<sup>78</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3777, Bülow an Hatzfeldt, 15. Mai 1898.

<sup>79</sup> Ernst Loeb, „Die Berliner Großbanken in den Jahren 1895 bis 1902 und die Krisis der Jahre 1900 und 1901“. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, CX, Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., Bd. 6, Leipzig 1903, S. 261.

<sup>80</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3799, Aufzeichnung Wilhelms II. (ohne Datum).

Verband brachte dieser Idee Widerwillen entgegen, vor allem, weil er darin Überbleibsel des verhaßten und „in politischer Hinsicht grünen deutsch-radikalen Liberalismus des Vormärz“ (das heißt der Zeit, die der Märzrevolution 1848 vorausgegangen war) erblickte. Einige Monate nach den Vorschlägen Chamberlains, die als vertraulich nirgends offen erörtert wurden, trat der Alldeutsche Verband wie aus heiterem Himmel mit einer kategorischen Kritik an den Ideen des englisch-deutschen Bündnisses hervor. Die Kritik war nicht gegen Joseph Chamberlain, sondern gegen Friedrich List gerichtet, den die alldeutschen Imperialisten als den geistigen Vater dieser Ideen ansahen. Nachdem das Hauptorgan des Alldeutschen Verbandes einen Artikel von List „Wert und Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland“ analysiert hatte, behauptete es, daß dieses Bündnis unter den neuen Verhältnissen Deutschland nichts bringen könne außer großem Schaden. „Die heute herrschende Meinung in Deutschland erkennt vielmehr in England das, was es ist, ein modernes Karthago.“ Die Alldeutschen lehnten die alten Vorstellungen Lists von der „zivilisatorischen Rolle Englands in der Welt“ kategorisch ab. Sie bestanden darauf, daß diese Rolle ausschließlich Deutschland gebühre. Was aber Rußland anbetrifft, so überließen sie es diesem großzügig, diese Rolle in Sibirien zu spielen. Der Idee des englisch-deutschen Bündnisses stellten die alldeutschen Imperialisten eine andere Idee – die der „mitteleuropäischen Zollunion“ unter der Ägide Deutschlands – gegenüber. Die gleiche Idee setzten sie den Chamberlain-Plänen eines Bündnisses der angelsächsischen Länder als dem Weg zur Errichtung der Welthegeemonie des englischen und amerikanischen Imperialismus entgegen. „Aber das zum vollen Bewußtsein seines eigenen Werkes gelangte *germanische* Element hat die Macht“, so schrieben die „Alldeutschen Blätter“, „dies von vornherein und nötigenfalls auch *allein* zu verhindern.“ Aber wie? Die Antwort lautete: Ökonomischer und politischer Anschluß Hollands und Belgiens an Deutschland zwecks gemeinsamen Flottenbaus und gemeinsamen Kampfes; ferner, im Rahmen der Verwirklichung einer „Logik der Beziehungen“, Anschluß Frankreichs an die „mitteleuropäische Zollunion“ und zugleich Festigung und weitere Ausdehnung dieses „Mitteleuropas“ durch Schaffung eines riesigen Eisenbahnsystems, das sich von Belgien und Holland über Österreich und die Balkanhalbinsel nach Konstantinopel und weiter über Kleinasien zum Persischen Golf erstrecken sollte, und dies alles unter der Ägide der „wirtschaftlichen Herrschaft Alldeutschlands“<sup>81</sup>.

<sup>81</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 18. Dezember 1898, Nr. 51, Artikel „Randbemerkungen zu einem Aufsatz Friedrich Lists über Wert und Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland“.

Die alldeutschen Imperialisten traten also dem Bündnis mit England kategorisch entgegen. Sie waren auch gegen die von Chamberlain verkündeten Pläne des Anschlusses Deutschlands an das Bündnis der angelsächsischen Länder. Das panteutonische Programm Chamberlains stieß auf den entschlossensten Widerstand der Alldeutschen. Der deutsche Imperialismus steckte sich bereits selbständige Aufgaben und hatte keinesfalls die Absicht, die Rolle eines Juniorpartners im Bündnis mit England und den USA zu spielen. Diese beiden Mächte wurden von ihm als Konkurrenten auf dem Weltmarkt und Rivalen in der Sphäre der Weltpolitik betrachtet.

Einen anderen Standpunkt vertraten die Sozialdemokraten. Die Idealisierung der englischen bürgerlichen Demokratie dehnten sie voll und ganz auch auf die koloniale Politik des britischen Imperialismus aus und stellten sie dem deutschen Imperialismus als Vorbild hin. Etwas später schrieb Bernstein: „Dem Imperialismus in Deutschland fehlt das Stück Demokratie, das dem heutigen englischen Imperialismus innewohnt.“<sup>82</sup> Diese Vorstellungen waren auch schon früher, und zwar nicht nur in den Kreisen der Bernsteinianer verbreitet. Sowohl die Führer wie auch die Theoretiker der Partei priesen die englische Demokratie oder behaupteten, wie Kautsky, daß England und Deutschland in der Zivilisation führend seien.<sup>83</sup> Ob Liebknecht, Bebel oder Mehring — sie alle bagatellisierten offensichtlich die Bedeutung der wachsenden Rivalität zwischen diesen beiden Mächten oder bestritten sie gänzlich. Auf dem Parteitag in Stuttgart im Jahre 1898<sup>84</sup> und in der Presse<sup>85</sup> widersprach Kautsky energisch der Vorstellung, daß England der Hauptrivale Deutschlands werde. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei traten also der englandfeindlichen Propaganda, wie sie von der konservativen und großkapitalistischen Presse betrieben wurde, entgegen, teilten aber im Grunde genommen die unter den herrschenden Kreisen allgemein verbreitete Anschauung, daß der Hauptrivale Englands nach wie vor Rußland bleibe<sup>86</sup> und daß nichts auf eine Änderung dieser Situation oder irgendwelche neue politische Tendenzen hindeute. Aber während die Regierung, die die Interessen des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus wahrnahm, hieraus den Schluß zog, daß eine Politik der

<sup>82</sup> „Sozialistische Monatshefte“, 1900, Heft V, S. 248.

<sup>83</sup> „Die Neue Zeit“, XVIII. Jahrgang, Bd. I, S. 202.

<sup>84</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, S. 185.

<sup>85</sup> „Die Neue Zeit“, XVIII. Jahrgang, Bd. I, S. 780.

<sup>86</sup> So schrieb zum Beispiel der „Vorwärts“ am 1. März 1899: „... der Handel, die Industrie und die Kultur Englands beruhen auf seiner Herrschaft über das Meer. Sie ist Lebensbedingung für England. Und gegen diese Lebensbedingung wendet sich die russische Eroberungspolitik, deren Sieg die Vernichtung der englischen Seeherrschaft und damit der englischen Weltmachtstellung bedeutet.“

„freien Hand“ England wie auch Rußland gegenüber zweckmäßig sei, neigten die Sozialdemokraten offensichtlich dazu, eine Politik zu unterstützen, die zu einer Annäherung oder sogar zu einem Bündnis Deutschlands mit England gegen Rußland führen sollte. Mitte April 1898 rief der „Vorwärts“ fast offen zum Abschluß eines solchen Bündnisses auf.<sup>87</sup> Das wäre im Grunde genommen das Bündnis zwischen zwei imperialistischen Mächten gewesen. Aber die deutsche Regierung war keineswegs geneigt, derartigen Aufrufen zu folgen. Wir wissen bereits, welche Gründe sie dazu hatte.

Bei der Festlegung des Standpunkts der deutschen Regierung zu den Bündnisplänen mit England hatten jedoch Erwägungen gesamtpolitischen und strategischen Charakters vielleicht die entscheidende Bedeutung. In dieser Frage bestanden ebenso wie in einer Reihe anderer Fragen zwischen den Flotten- und den Militärkreisen gewisse Unstimmigkeiten. Wenn die Flottenkreise, die die allgemeinen Ziele des deutschen Imperialismus widerspiegeln, beharrliche Gegner der Idee eines Bündnisses mit England waren, so waren die Militärkreise wenigstens zu einem gewissen Teil in dieser Hinsicht weniger unversöhnlich gestimmt. So war Graf Waldersee, der nach wie vor die Meinung vertrat, daß Deutschland seinen ersten Schlag gegen Rußland führen müsse, sogar ein Anhänger der Annäherung an England. „Wir müßten immer danach streben“, so schrieb er, „mit England wieder auf einen besseren Fuß zu kommen. Daß es schwer ist, weiß ich wohl, und ebenso auch, daß es maßlos unbillig von England ist, uns unsere kommerzielle und industrielle Tüchtigkeit zu mißgönnen. Ich hoffe noch immer, daß in der Welt für den Handel beider Länder Raum genug ist.“<sup>88</sup> Wilhelm, der stark unter dem Einfluß Waldersees stand, war der Meinung, wenn England sich mit Deutschland vereinigte, wäre das „für die Zukunft ausgezeichnet“, weil dann ein „kolossaler Handel“ seiner

---

<sup>87</sup> „Englands Interessen in Ostasien... erfordern ein solches Bündnis mehr noch als die Lage Deutschlands; denn die russisch-französische Koalition richtet sich, da Rußlands Politik ihr die Richtung gibt, nicht weniger gegen England wie gegen Deutschland. Gewiß bestehen, hervorgerufen durch die Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, zwischen den deutschen und englischen Industriellen mancherlei Eifersüchteleien, gewiß auch bietet das jetzige persönliche Regiment in Deutschland, wie andererseits die schwächliche Unverlässlichkeit der englischen auswärtigen Politik seit Rosebery einen Hinderungsgrund; aber unüberwindlich sind diese Hindernisse nicht. Jedenfalls sind die Gegensätze zwischen Frankreich und Rußland noch weit schärfer, und doch sind beide zu einem Bündnis gelangt... Wo ein fester Wille ist, da findet sich allemal auch ein gangbarer Weg.“ Und dann wird behauptet, „daß es im eigenen Lebensinteresse Englands liegt, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen“. („Vorwärts“ vom 14. April 1898.)

<sup>88</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 409.

Meinung nach für Deutschland gesichert wäre.<sup>89</sup> Die gleichen Ansichten wurden auch von jenen Kreisen des deutschen Kapitals, insbesondere von Hamburger Kreisen geteilt, die immer noch gewaltige Profite aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem englischen Kapital schlugen. Aber für Wilhelm war das lediglich eine der möglichen „Kombinationen“. Bei der Ausarbeitung der zweiten „Kombination“ mußte man die entschlosseneren Forderungen der Flottenkreise und des Generalstabs berücksichtigen. Kein einziges englisches Panzerschiff würde ihm, wie Wilhelm hervorhob, bei Kriegooperationen an der russischen Grenze behilflich sein.<sup>90</sup>

Zu der Zeit wurde England von Schlieffen, dem Chef des Generalstabs, als ein ernster Faktor des Kontinentalkriegs überhaupt nicht in Betracht gezogen. Er arbeitete einen strategischen Plan des Zweifrontenkrieges, des gleichzeitigen Krieges gegen die stärksten Gegner auf dem europäischen Kontinent, gegen Frankreich und Rußland, aus. Aber auch von diesem Standpunkt aus konnte ein politisches Bündnis mit England gewaltige strategische Folgen haben. In dem Bündnis zwischen England und Deutschland, das heißt zwischen der englischen Flotte und der deutschen Armee, konnte man unschwer ein Bündnis zwischen Reiter und Pferd erblicken, wobei die Rolle des Pferdes Deutschland zufiel. In den regierenden Kreisen Deutschlands war das Mißtrauen zur Politik Englands ebenso stark wie die Geringschätzung der Rolle, die England in einem Kontinentalkrieg hätte spielen können. Gleich die ersten Schritte Chamberlains haben eine Reaktion in diesem Sinne hervorgerufen. Selbst Hatzfeldt, der, wie wir gesehen haben, geneigt war, ein Übereinkommen mit England zu suchen, selbst er befürchtete, daß sich England auch in diesem Falle bemühen würde, Deutschland in einen schweren Kontinentalkrieg gegen die eigenen Rivalen hineinzuhetzen, selbst aber abseits zu bleiben oder sich im letzten Augenblick einzumischen, um die Früchte des Sieges zu ernten.<sup>91</sup> Bei der Beurteilung der Folgen eines Bündnisses mit England kam Bülow zu folgendem Schluß: „Auch eine allgemeine Abmachung mit England“, so schrieb er an den Kaiser, „die keinen ausgesprochen aggressiven Charakter trüge, hätte bei der jetzigen Weltlage doch eine Spitze gegen Rußland und wäre also geeignet, die Sicherheit der deutschen Ostgrenze zu vermindern, oder vielmehr, wie die Verhältnisse liegen, die Sicherheit unserer Grenzen nach Osten und Westen. Andererseits ist es allerdings nicht denkbar, daß wir unter den gegenwärtigen europäischen Konjunkturen eine allgemeine oder auch eine spezifisch ostasiatische Abmachung mit Rußland

<sup>89</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3799, Aufzeichnung Wilhelms II. (ohne Datum).

<sup>90</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3789, Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms II.).

<sup>91</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3782, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 29. März 1898.



abschließen, welche nicht eine Spitze gegen England haben und insofern unsere Aussichten auf Kolonialerwerb vermindern würde. Deshalb haben Euere Majestät gewiß das Richtige mit dem Entschlusse getroffen, sich... vorläufig nach keiner Seite hin zu binden.“<sup>92</sup> Diese allgemein politischen Erwägungen, in denen sich die einander widersprechenden Interessen des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus widerspiegeln, waren es gerade, die der Annäherung an England einerseits und an Rußland andererseits bestimmte Schranken setzten. „Wir müssen“, so meinte Bülow, „die Zunge an der Waage sein, nicht der unruhig hin und her fahrende Pendel.“ Im Anschluß daran bestimmte er auch die Richtung und die Ziele der Bewegung der deutschen „Zunge“: „Je ruhigere Beziehungen wir zu Rußland haben, um so mehr wird England uns menagieren, bzw. choyieren“ (hät-scheln).<sup>93</sup> Das war seine Philosophie der Bettelei, der Forderungen und der Erpressungen.

## 4

Die öffentlichen Aufrufe Chamberlains zum Krieg gegen Rußland und zum Bündnis mit den USA und Deutschland bekräftigten unter den herrschenden Klassen Deutschlands endgültig die Vorstellung, daß England schwere Tage mache und daß man dies ausnutzen könne. Die deutsche offiziöse Presse antwortete auf diese Aufrufe mit Schweigen oder mit recht ausweichenden Kommentaren. Aber die Presse, die die Stimmungen der politischen Parteien der herrschenden Klassen, der Konservativen und der Nationalliberalen Partei, widerspiegeln, beurteilte die Birmingham-Rede Chamberlains als einen Hilfeschrei und als Offenbarung der englischen Ohnmacht. Diese Presse wies recht offen darauf hin, daß Deutschland, das in internationaler und politischer Hinsicht zwischen England und Rußland stehe, die Vorzüge seiner Stellung ausnutzen müsse.<sup>94</sup> Aber die Regierung hatte bereits selbst diesen Weg eingeschlagen. Als Kommentar zur Rede Chamberlains telegraphierte Hatzfeldt an Holstein: „Man hat nach meinem Eindruck die Hoffnung auf uns noch nicht ganz aufgegeben.“<sup>95</sup> Hatzfeldt schlug vor, abzuwarten, bis die Engländer selbst die Wiederaufnahme der Besprechungen erbitten würden. Dann könne man einen höheren Preis fordern. Andererseits wurde bekannt, daß das russische offi-

<sup>92</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3802, Bülow an Wilhelm II., 5. Juni 1898.

<sup>93</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3790, Wilhelm an das Auswärtige Amt, 10. April 1898 (siehe Randbemerkung Bülows).

<sup>94</sup> O. J. Hale, „Publicity and Diplomacy“, S. 172.

<sup>95</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3795, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt (privat für Baron von Holstein), 14. Mai 1898.

ziöse Blatt „Nowoje Wremja“ auf die herausfordernde Rede Chamberlains mit einem drohenden Artikel reagiert hatte. Diesen Artikel beurteilte die deutsche Presse als den Ausdruck der Bereitschaft Rußlands, die Herausforderung des englischen Ministers anzunehmen.<sup>96</sup> Somit trafen aus London und Petersburg Meldungen ein, die auf die Deutschen ermutigend wirken konnten. Holstein bereitete sich darauf vor, das Spiel zu beginnen.

Aber das Ausspielen der Gegensätze zwischen Rußland und England wäre beinahe schon zu Beginn vereitelt worden. Wir erinnern uns, wie beharrlich Hatzfeldt den Engländern den Vorschlag zur Wiedererneuerung der Mittelmeerentente, das heißt ein Abkommen mit Österreich-Ungarn und Italien aufdrängte. Salisbury verstand es aber, diese Frage gegen Deutschland selbst umzudrehen. Er fragte Hatzfeldt: Wie könne England ein Abkommen mit Österreich-Ungarn abschließen, wenn, wie er gehört habe, zwischen Österreich-Ungarn und Rußland seit etwa einem Jahr ein Geheimbündnis bestehe?<sup>97</sup> Die deutsche Diplomatie, die den englischen Premierminister in Verdacht hatte, daß er diese Frage nur vorbringe, um sie als einen Vorwand zum Abbruch der von Chamberlain eingeleiteten Besprechungen auszunutzen, beeilte sich, ihm zu versichern, daß es keinerlei österreichisch-russisches Bündnis gäbe. Und in der Tat, ein solches Bündnis gab es nicht. Nun erklärte Salisbury, Österreich-Ungarn habe seinen Informationen nach im Vorjahr ein Abkommen mit Rußland über die Aufteilung der „Einflußsphären“ auf dem Balkan abgeschlossen. Diese Informationen entsprachen der Wirklichkeit, aber die deutsche Diplomatie beeilte sich, sie zu dementieren. Am nächsten Tage jedoch brachte es eine deutsche Zeitung<sup>98</sup> auf irgendeine Weise fertig, den Inhalt dieses zwischen Österreich-Ungarn und der Zarenregierung als Ergebnis einer Reise Franz Josephs nach Petersburg (im Jahre 1897) abgeschlossenen Abkommens recht genau wiederzugeben. Die Ungarn schlugen aus diesem Anlaß Lärm und forderten vom Wiener Kabinett Erklärungen. Goluchowski mußte alles kategorisch bestreiten; ohne jegliche Verlegenheit erklärte er, daß die Zeitungsmeldungen „eine plumpe Erfindung“ seien.<sup>99</sup>

Die deutschen und die österreichischen Dementis konnten Salisbury kaum überzeugen. Jedenfalls setzte er Hatzfeldt auch weiterhin auseinander, daß die Freundschaft mit dem Dreibund für England keinen Wert haben könne, wenn der zweitwichtigste Partner dieses Bundes bereits eine bestimmte Abmachung mit Rußland über die Aufteilung der Interessensphären im Osten getroffen hätte. Nachdem er die Ausführungen des eng-

<sup>96</sup> „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1898, S. 123.

<sup>97</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3796, Bülow an Hatzfeldt, 15. Mai 1898.

<sup>98</sup> „Frankfurter Zeitung“ vom 16. Mai 1898.

<sup>99</sup> G. P., Bd. 14, S. 236, Anmerkung.

lischen Premierministers kennengelernt hatte, erklärte Wilhelm die Einstellung Salisburys damit, daß „durch die“ (österreichisch-russische. *A. J.*) „Verständigung die Tripelallianz der Aufgabe enthoben ist, sich für Englische Interessen gegen Rußland zu schlagen!“<sup>100</sup> Aber es war klar, daß auch England keine Absichten hatte, sich für deutsche Interessen gegen Rußland zu schlagen. Jetzt flog an Hatzfeldt nach London sofort eine Instruktion, die Besprechungen über das Abkommen zwischen England und Österreich-Ungarn nicht aufzunehmen<sup>101</sup>; dieses Thema wurde allzu gefährlich. Und nun erklärte Wilhelm nach einigen Tagen im Gespräch mit dem englischen Botschafter offen heraus, daß er keinesfalls die Absicht habe, sich wegen der englischen Schwierigkeiten im Fernen Osten in einen Krieg gegen Rußland verwickeln zu lassen. Wilhelm äußerte darüber hinaus Befürchtungen, ob England nicht überhaupt die Absicht habe, seine Flotte herauszuhalten, nachdem es ihm gelungen wäre, Deutschland in einen Zweifrontenkrieg – gegen Rußland und Frankreich – hineinzuhetzen.<sup>102</sup> Die deutsche Diplomatie verharrete bei ihrer Überzeugung, daß das Londoner Kabinett, da die alten Gegensätze zwischen England und Rußland sowie zwischen England und Frankreich unüberwindlich blieben und sogar eine Tendenz zur Vertiefung zeigten, ohnehin gezwungen sein werde, ein Abkommen mit Deutschland zu suchen. Dann werde dieses Ansprüche auf noch größere Kompensationen erheben können. Bülow war der Meinung, daß die Zeit gegen England arbeite.

Aber das englische Kabinett, und vor allem Salisbury selbst, war keinesfalls geneigt, die Schwierigkeiten seiner Außenpolitik zu überschätzen. Salisbury sah keine Veranlassung, den allgemeinpolitischen Kurs jäh zu ändern, und hatte erst recht keine Absicht, den Ausweg auf dem Wege zu suchen, zu dem der exzentrische Joe und seine Freunde aufriefen. Die Salisbury folgende Mehrheit des Kabinetts, die allgemeinere und entscheidendere Interessen des englischen Imperialismus repräsentierte, beschloß die Einstellung der von Chamberlain begonnenen Besprechungen über ein Bündnis mit Deutschland, um so mehr, als Deutschland, ohne etwas zu geben, in recht bestimmter Form „Kompensationen“ kolonialpolitischen Charakters forderte. Das ärgerte den englischen Premierminister und seine Kollegen offensichtlich. Als Hatzfeldt die Rede auf Kompensationen zu bringen versuchte, die die deutsche Regierung jetzt erhalten müsse, um ihre „öffentliche Meinung“ zu befriedigen und auf ein in der Zukunft mögliches politisches Abkommen mit England vorzubereiten, be-

<sup>100</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3797, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 15. Mai 1898 (Randbemerkung Wilhelms II.).

<sup>101</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3796, Bülow an Hatzfeldt, 15. Mai 1898.

<sup>102</sup> B. D., Bd. I, Nr. 53, Lascelles an Salisbury, 26. Mai 1898.

merkte Salisbury erregt, daß die Vorbereitung der „öffentlichen Meinung“ notwendig sei, daß aber daraus nichts werde, wenn „der eine Teil stets der *Gebende* und der andere immer nur der *Nehmende* sein solle“<sup>103</sup>. Das klang recht unzweideutig. Nun beschloß man in Berlin, die Widersprüche innerhalb des englischen Kabinetts auszunutzen und durch Besprechungen mit Chamberlain einen Druck auf Salisbury auszuüben. Diese Taktik war offenbar von Holstein ausgeklügelt worden. Aber auch daraus wurde nichts. Salisbury gab Hatzfeldt zu verstehen, daß er unmittelbare Besprechungen mit Chamberlain als „Mangel an Loyalität“<sup>104</sup> betrachten werde. Übrigens hatten auch die vorgeschlagenen Besprechungen mit Chamberlain keine allzu hoffnungsvollen Aussichten. „Ihre Frage“, so schrieb Hatzfeldt an seinen Patron Holstein, „ob ich glaube, daß durch Chamberlain mehr zu erreichen wäre, glaube ich nach bestem Wissen verneinen zu müssen. Wenn ich ihm eine politische Abmachung mit der Spitze gegen Rußland bieten könnte“, so fuhr Hatzfeldt fort, „würde er mir gewiß erhebliche koloniale Zugeständnisse machen, ohnedem aber nach meiner Überzeugung gewiß nicht.“<sup>105</sup> Da die deutsche Regierung aber nicht die geringsten Anzeichen wahrer Bereitschaft zeigte, den Chamberlain-Plan anzunehmen und ein Abkommen über ein Bündnis gegen Rußland abzuschließen, gab es infolgedessen zwischen Chamberlain und Salisbury trotz aller ihrer Meinungsverschiedenheiten völlige Übereinstimmung in einem nicht unbedeutenden Punkt, und zwar in dem Entschluß, den Deutschen nach Möglichkeit nichts zu geben. Das brachte den Standpunkt breiter Kreise der britischen imperialistischen Bourgeoisie voll und ganz zum Ausdruck. „Den Leuten hier, mit Einschluß von Salisbury und Chamberlain, ist es odios, uns einen fetten Bissen zuwenden zu sollen“, bedauerte Hatzfeldt in einem Brief an Holstein. Salisbury wich auch weiterhin allen Äußerungen über die deutschen Forderungen aus. Er zeigte nicht einmal Bereitschaft, darüber zu reden, ob England überhaupt Besprechungen mit Deutschland führen wolle. „Infolge dieser Haltung“, beklagte sich Hatzfeldt, „befindet er sich in der angenehmen Lage, 1. mir gegenüber in bezug auf jeden Punkt lediglich zu sagen, daß wir viel zuviel verlangen, und 2. uns, *wie auch eventuell anderen gegenüber*, geltend zu machen, daß er überhaupt nichts von uns verlangt und uns auch nichts angeboten, sondern lediglich unsere höchst unbeschei-

<sup>103</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3798, Hatzfeldt an Hohenlohe, 20. Mai 1898.

<sup>104</sup> Hatzfeldt teilte Holstein in seinem Brief vom 27. Juni 1898 mit, „in bezug auf Chamberlain“ fehle ihm „jede Möglichkeit, mit ihm in direkten geschäftlichen Verkehr zu treten, ohne mich mit Salisbury zu entzweien und meine weitere amtliche Tätigkeit hier vollständig nutzlos zu machen“. (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 277/278.)

<sup>105</sup> Ebenda, S. 276. Darüber berichtete Hatzfeldt nach Berlin auch früher. (Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3801, Hatzfeldt an Hohenlohe, 3. Juni 1898.)

denen Vorschläge angehört habe.“<sup>106</sup> So erlitten die von Chamberlain begonnenen Besprechungen über ein englisch-deutsches Bündnis gegen Rußland in der gegebenen Etappe den endgültigen Zusammenbruch. Die wahren Ursachen dieses Zusammenbruchs definierte W. I. Lenin später äußerst genau durch wenige Worte: „Sie waren sich nicht einig geworden!“<sup>107</sup>

Damals waren sich die Teilnehmer der Besprechungen darüber nicht sofort im klaren. Nachdem Chamberlain bei seinen Besprechungen mit Deutschland einen Mißerfolg erlitten hatte, setzte er die Propaganda für das „Bündnis der angelsächsischen Länder“ fort. Er verlor nicht die Hoffnung, daß auch Deutschland sich in Zukunft diesem Bündnis anschließen werde.<sup>108</sup> Mehr noch – er beschränkte sich nicht auf die Propaganda, sondern verstärkte seine politische und diplomatische Aktivität, wenn auch in einer anderen Richtung.

Es vergingen einige Monate, aber die Unruhe, die sich der englischen Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Sachlage in China bemächtigt hatte, legte sich nicht. Nachdem das englische Kapital fast 70 Prozent der gesamten Handelsumsätze in China an sich gerissen hatte, dachte es als einer der größten Investoren überhaupt nicht daran, seinen Löwenanteil an der Ausbeutung der viele Millionen zählenden Bevölkerung dieses Landes an irgendeinen seiner zahlreichen Rivalen abzutreten. Im Gegenteil, sein ganzes Trachten ging im vorliegenden Fall dahin, seinen Anteil weiter zu vergrößern und eine uncingeschränkte Monopolherrschaft in China zu erlangen. Insbesondere waren die Fabrikanten von Lancashire und Manchester beunruhigt, weil sie befürchteten, daß die Verstärkung des russischen Einflusses ihre günstigen, schon früher auf dem chinesischen Markt eroberten Positionen untergraben und die Verwirklichung ihrer weitgehenden Ziele äußerst erschweren würde. Sie schlugen großen Lärm

<sup>106</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 277.

<sup>107</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 474.

<sup>108</sup> In einer Rede vor dem Unterhaus (10. Juni 1898) erklärte Chamberlain: „Und wenn ich auch keinen Augenblick an absolut dauerhafte Bündnisse oder an absolut dauerhafte Feindschaften glaube... kann man denn, solange man isoliert ist, sagen, es sei unmöglich, oder kann man auch nur sagen, es sei unwahrscheinlich, daß man eines schönen Tages einer Kombination von mindestens drei Mächten gegenübersteht?... Ich glaube, Sie müssen mit den Möglichkeiten der nächsten zehn bis zwanzig Jahre rechnen, und jetzt ist es Zeit, sich zu entscheiden, wie Sie den Eventualitäten begegnen wollen. Wie ich in meiner“ (Birminghamer. A. J.) „Rede gesagt habe, empfehle ich kein Bündnis, ebensowenig wie ich ein solches abgelehnt habe. Ich wies lediglich auf die Folgen hin für den Fall, daß es abgelehnt wird, und auf die Vorteile, die aus seiner Annahme entspringen könnten.“ Ferner sprach Chamberlain erneut von einem englisch-amerikanischen Bündnis. (Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 302/303.)

über die „russische Gefahr“ und forderten, daß die Regierung rasche und aktive Maßnahmen ergreife. Sie forderten, daß die Regierung die „wahre Sachlage in China überhaupt und insbesondere die Unantastbarkeit der dortigen englischen Handelsinteressen“ kläre. Die Regierung antwortete, dazu liege keine Veranlassung vor. Aber bald darauf kamen der Kolonialminister Joseph Chamberlain unter Mitwirkung des Herzogs von Devonshire und des Bankiers Rothschild und mit Wissen der Regierung mit interessierten Bank- und Industriekreisen überein, einen Parlamentsvertreter nach China zu entsenden. Formal wurde mitgeteilt, daß diese Mission von dem Präsidenten der Vereinigung der englischen Handelskammern, Stafford Northcote, organisiert werde, und zwar ausschließlich, um die Lage auf dem chinesischen Markt zu studieren. Tatsächlich wurden der Mission Sonderaufgaben politischen und militärisch rekognoszierenden Charakters gestellt. Aber wer sollte diese Aufgaben übernehmen? Die Wahl fiel auf den Parlamentsabgeordneten des Wahlkreises York, Admiral Lord Charles Beresford. In aristokratischen und diplomatischen Kreisen genoß Lord Beresford einen zweifelhaften Ruf. „Dieser Habenicht“, so sprach von ihm der englische Gesandte in Tokio, „hat längst eine Gelegenheit gesucht, um auf fremde Kosten reich zu werden. Mit all seinen Projekten erlebte er ein Fiasko. Eine günstige Heirat mißlang, es blieb ihm nichts anderes übrig, als den Namen eines englischen Lords an die Krämer zu verkaufen. Das gelang ihm in glänzender Weise. Seine Popularität trat Mister Beresford für 10 000 an Manchester ab.“<sup>109</sup> Somit war er, wie ein englisches Sprichwort besagt, der rechte Mann am rechten Ort.

Nachdem er sich der Empfehlungsbriefe Rothschilds, des amerikanischen Ingenieurs Shockley, der zum Vertreter des englisch-italienischen Syndikats für die Erschließung der Bodenschätze in den Provinzen Schansi und Honan bestellt worden war, und anderer Finanzleute an chinesische Würdenträger versichert und vor allem Instruktionen von Chamberlain und seiner imperialistischen Clique sowie von den entsprechenden Regierungsorganen und -instanzen erhalten hatte, machte sich der vornehme Reisende auf den Weg. Vor der Abreise suchte er mehrere Male den deutschen Botschafter in London auf und führte lange Gespräche mit Vertretern der amerikanischen und der japanischen Diplomatie. Nach Mitteilungen des russischen Finanzagenten in London versuchte Beresford in diesen Gesprächen beharrlich zu beweisen, daß England, die USA, Deutschland und Japan „volle kommerzielle Solidarität .. gegen Rußland und Frankreich im Fer-

<sup>109</sup> Центральный Государственный Исторический Архив в Ленинграде, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 19—22, Brief Alexejew's an Romanow, 12. (1.) Oktober 1898. (In den folgenden Quellenangaben wird dieses Archiv nur mit ЦГИАЛ bezeichnet. *Die Red.*)

nen Osten erreichen müßten“<sup>110</sup>. Gleichzeitig gab er zu verstehen, daß er sich außer für „kommerzielle Solidarität“ auch für die Frage der strategischen Bedeutung des russischen Eisenbahnbaus, und zwar nicht nur in der Mandschurei, sondern auch im Küstengebiet interessiere. Er interessierte sich ferner für die Frage, inwieweit sich die Russen in Port Arthur befestigt hatten. Beresford suchte auch den russischen Botschafter in London auf. Das hinderte ihn nicht, vor dem Parlament „auf die unmöglichste und ungebührlichste Weise“<sup>111</sup> von Rußland zu sprechen.

Auf die Mission Beresfords reagierten als erste mit großer Lebhaftigkeit und Befriedigung die herrschenden Kreise Englands und insbesondere solche, die den Kurs auf den Krieg gegen Rußland eingeschlagen hatten und nach Wegen zu einem Bündnis mit Deutschland suchten. Chamberlain, der Bündnisbesprechungen mit Deutschland führte, knüpfte auch mit Japan analoge Besprechungen an, und einige Vertreter Japans nahmen ihrerseits Kontakt mit Deutschland auf in der Hoffnung, daß man auch Deutschland zum Kampf gegen Rußland heranziehen könnte. Wäre dieser Plan verwirklicht worden, so hätte das bedeutet, daß Rußland früher oder später ein Zweifrontenkrieg an der westlichen Grenze und zugleich im Fernen Osten aufgezwungen worden wäre. Es ist schwer zu sagen, ob die herrschenden Kreise Japans wußten, daß die englisch-deutschen Besprechungen über ein Bündnis gegen Rußland in eine Sackgasse geraten waren. Die Perspektive der Annäherung an England schien vielverheißend. Die japanische Presse als Sprachrohr der Ansichten und Absichten dieser Kreise jedenfalls begrüßte stürmisch, daß Beresford als Vermittler bei den Besprechungen mit England über das Bündnis gegen Rußland nach dem Fernen Osten kam. Sie rief die Regierung auf, sich die Gelegenheit nicht entgehen zu lassen, um diese Besprechungen zu Ende zu bringen.<sup>112</sup>

<sup>110</sup> ЦГИАЛ, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 7, Telegramm Romanows an Pokotilow, 7. Oktober (25. September) 1898.

<sup>111</sup> Архив МИД, Тих. ср. 60, Blatt 4, Auszug aus dem Bericht des russischen Marineagenten in England, London, 16. (4.) August 1898, Nr. 335.

<sup>112</sup> Hier ein Auszug aus einer japanischen Zeitung, der in einer der Meldungen des russischen Finanzagenten in Tokio zitiert wurde: „Wenn kein Zweifel darüber besteht, daß das englisch-japanische Bündnis beim Vorrücken Rußlands die unerläßliche Voraussetzung des politischen Gleichgewichts im Osten ist, so wird verständlich, wie man Lord Beresford behandeln soll. Leider wird der Lord wohl kaum unser Land besuchen, aber wenn dies geschehen sollte, raten wir nicht nur der Regierung, sondern auch Privatpersonen, Lord Beresford als einen Vermittler zwischen Staaten, die einer freundschaftlichen Verbindung nahe sind, zu betrachten.“ Ein anderer Auszug lautet: „Geschäfte werden Lord B(eresford) in China gewiß so lange aufhalten, als daß er, wenn auch nur auf der Durchreise, Japan besuchen könnte. In Anbetracht dessen muß die Regierung unserem Gesandten in Peking entsprechende Anweisungen geben, damit dieser die Situation ausnutzt

Nachdem Lord Beresford Anfang Oktober in China eingetroffen war, begab er sich vor allem nach Schanghai und Tientsin, den bedeutendsten Stützpunkten des englischen Imperialismus in China, und besuchte bei dieser Gelegenheit auch Weihaiwei, den Hafen, der erst vor kurzem von den Engländern annektiert worden war. Er kehrte bei den örtlichen Direktoren der Hongkong-Schanghai-Bank ein und traf sich zunächst weder mit chinesischen Behörden noch mit Amtspersonen ausländischer Mächte in China, sondern lediglich mit Vertretern der größten englischen Firmen, die der Handelskammer als Mitglieder angehörten. Auf diese Weise schuf er zunächst einmal den Eindruck, als habe seine Mission einen streng privaten Charakter und verfolge lediglich kommerzielle Aufgaben. Die Vertreter der englischen Diplomatie im Fernen Osten halfen ihm dabei. Sie behaupteten, seine Aufgabe bestünde darin, einen Plan für die Entwicklung des englischen Handels in China auszuarbeiten, die Voraussetzungen für eine Erweiterung dieses Handels zu klären und vor allem jene Garantien zu prüfen, „die die Anwesenheit englischen Kapitals im Lande ganz zuverlässig sichern könnten“. Sogar sich aber die englische Presse in London und die englische Diplomatie im Fernen Osten bemühten, den Eindruck zu schaffen, als sammelte der reisende Lord in China lediglich Handelsinformationen, begriffen doch einige interessierte Beobachter, daß sich hinter diesem Rauchschleier Absichten und Ziele ganz anderer Art verbargen.

Während seines dreimonatigen Aufenthalts in China legte Beresford große Aktivität, Beweglichkeit und Geschicklichkeit an den Tag. Er traf sich mit chinesischen Würdenträgern, vor allem mit den Vizekönigen einzelner Provinzen, insbesondere aber mit den zahlreichen englischen Beamten im chinesischen Dienst, mit Konsuln, Kaufleuten, Unternehmern und Bankiers. Auf Einladung Heinrichs von Preußen, der als kaiserlicher Evangelist immer noch Angst und Schrecken unter der chinesischen Bevölkerung der Provinz Schantung verbreitete, besuchte er den soeben von den Deutschen besetzten Hafen Kiautschou, wonach er es für richtig hielt, die Reise nach Port Arthur zu unterlassen. Wo Beresford auch war, immer wieder interessierte er sich für die „russische Gefahr“, insbesondere aber für den Zustand der Eisenbahnen von Sretensk bis Wladiwostok und in der Nordmandschurei sowie der Zweigbahn nach Port Arthur und Dalni. Am meisten aber interessierten diesen Vertreter der englischen Handelskammern die Einzelheiten der Stationierung russischer Truppen in Ostsibirien, in der Amurregion und in der Mandschurei. Damit nicht genug, begann

---

und sich nicht die Gelegenheit entgehen läßt, einen einigermaßen festen Boden für das künftige Bündnis Englands mit Japan zu schaffen.“ (ЦГИАИ, Fonds 560. Liste 28, Akte 809, Blatt 19/20, Brief vom 12. [1.] Oktober 1898.)



sich der Lord-Kundschafter kurz nach seiner Ankunft in China auch auf dem Gebiet der Politik zu betätigen. So ließ er sich bei einem diplomatischen Empfang in Peking, der von dem englischen Gesandten Claude MacDonald veranstaltet wurde, darüber aus, daß die Eisenbahn- und sonstigen Konzessionen ausländischer Mächte in China einen politischen Charakter annähmen, und erklärte sich daher, wenn auch ohne sichtbaren Zusammenhang, für einen Anhänger der Politik der „Einflußsphären“, nicht aber der Politik der „offenen Tür“. Hinter geschlossenen Türen dagegen, im Gespräch mit chinesischen Würdenträgern, sprach Beresford ganz anders.

Nachdem er den Tsungli-Yamen besucht hatte, begann er dem Prinzen Tsching und den anderen chinesischen Ministern eine weise Politik beizubringen, wie man China „reich und mächtig machen kann, wozu man Reformen in Angriff nehmen müsse“. Die chinesischen Würdenträger stimmten höflich zu, fragten aber nichts und versprachen ebensowenig. Nun gab ihnen Beresford bei der nächsten Begegnung zu verstehen, welche Reformen er meine. Er forderte, daß die chinesische Regierung englische Instrukteure engagierte, um das in Peking stationierte Elitekorps mandschurischer Truppen auszubilden. Offenbar blieb sein Vorstoß nicht ohne Erfolg, da er sich bereits am nächsten Tage mit dem Kommandeur der in der Provinz Tschili stationierten chinesischen Einheiten traf und mit ihm längere Besprechungen über die Einstellung englischer Instrukteure führte. Offenbar trachtete er danach, den englischen militärischen Einfluß in der Hauptstadt und in der gesamten Provinz Tschili zu verstärken. Li Hung-tschang, ein listiger und erfahrener chinesischer Würdenträger, der die Innenpolitik Chinas faktisch leitete, zwang Beresford rasch, die Maske zu lüften. Nachdem Beresford ihm die offizielle Version seiner Mission dargelegt hatte – er habe zu klären, „inwiefern englisches Kapital, das in chinesischen Staatsanleihen und Betrieben jeder Art investiert sei, als gesichert gelten könne“ –, warf Li Hung-tschang die chinesischen Zeremonien beiseite und fragte den ehrwürdigen Lord nicht ohne Bosheit gerade heraus, „wieso er, ein Vizeadmiral, die Ausführung irgendeines kommerziellen Auftrages übernommen habe, und ob dies seine Angelegenheit sei?“ Nun überschüttete Beresford Li Hung-tschang mit endlosen Vorwürfen wegen seines „übermäßigen Wohlwollens für Rußland und seiner Abneigung gegen England“. Anschließend unterbreitete ihm Beresford einen Teil des allgemeinen Programms des englischen Imperialismus in China. Er forderte, die chinesische Regierung solle Maßnahmen zur Verbesserung ihrer finanziellen Lage ausarbeiten. Das bedeutete, daß sie sich erneut an die englischen Bankiers wenden sollte, die auf diese Weise die finanzielle Knebelung Chinas in noch größerem Maßstab verwirklichen könnten. Fer-

ner forderte Beresford, die Peking-Regierung solle eine Verbesserung ihres Militärsystems in Angriff nehmen, worunter er seine Unterstellung unter englische Instrukteure verstand. Kurzum, er zwang China praktisch ein Protektorat auf und versuchte China in die Bahnen einer rußlandfeindlichen Politik zu lenken. Als der Abgesandte Chamberlains und Rothschilds sich davon überzeugt hatte, daß Li Hung-tschang nicht die geringste Begeisterung für diese Forderungen zeigte, griff er zu direkten Drohungen. Er machte Li Hung-tschang darauf aufmerksam, daß an den europäischen Börsen ein Fallen der chinesischen Werte zu verzeichnen sei, und erklärte das für eine Reaktion auf die unbeständige politische Lage in China. Die Börse und besonders die Londoner Börse befaßte sich jedoch wieder einmal nur mit Spekulation und übte einen Druck auf China aus. Was aber die Unbeständigkeit der politischen Lage in China betraf, so war sie auf die Politik der imperialistischen Mächte zurückzuführen, die untereinander rivalisierten und danach strebten, dieses Land in Stücke oder, wie man schon damals zu sagen pflegte, in Einflußsphären zu zerreißen. Die Drohung Beresfords bestand gerade darin, daß, falls China seinen Forderungen nicht entgegenkommen würde, „England als eine der interessierten Mächte gezwungen sein wird, für die Sicherung seiner Interessen zu sorgen, was . . . letzten Endes zur Aufteilung Chinas führen kann“.

Auf irgendeine Weise, sicherlich nicht ohne Mitwirkung Li Hung-tschangs, wurde das alles dem russischen Finanzagenten in China, Pokotilow, bekannt, der als ein im allgemeinen gut informierter Mann zu dem Schluß kam, daß die Mission Lord Beresfords im Zusammenhang mit der Mission des ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Marquis Ito stehen mußte, der in China die gleichen Ziele verfolgte. In seinem Bericht an Witte teilte er mit: „Diese beiden inoffiziellen Emissäre sollten sich wahrscheinlich in Peking treffen und hier die Verteilung der Rollen zwischen England und Japan bei der Verwirklichung verschiedener Reformen vereinbaren, die ein ‚mächtiges und reiches‘, vor allem aber ein rußlandfeindliches China zu schaffen bezwecken.“<sup>113</sup> Diese Vermutung war nicht unbegründet, allerdings mit der Korrektur, daß Lord Beresford und die hinter ihm stehenden Kreise die Absicht hatten, nicht nur die japanischen, sondern auch die deutschen und die amerikanischen Imperialisten in den Kampf gegen Rußland mit einzubeziehen.

Diese Seite der Tätigkeit Beresfords lenkte sofort die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf sich. Als Nikolaus II. die Bemühungen Beresfords in der Frage der Errichtung einer englischen Kontrolle in der chinesischen Armee erfuhr, beschloß er, daß man „die Chinesen an ihr Ver-

<sup>113</sup> ЦГИАЛ, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 30—34, Meldung Pokotilows, Peking, 24. (12.) Oktober 1898.

sprechen erinnern muß“<sup>114</sup>. Er meinte damit die früheren Versicherungen der Peking-Regierung, daß sie für Nordchina keine anderen Instrukteure als russische einstellen werde. Diese Erinnerung erfolgte.<sup>115</sup> Der französische Gesandte in Peking erklärte ebenfalls, „daß Frankreich sich das Recht vorbehalte, unter den von Lord Beresford ausgemachten Bedingungen Militärinstrukteure in China zu unterhalten“<sup>116</sup>. Das konnte nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die chinesische Regierung versuchte sich der neuen Schlinge, die ihr die offiziellen und inoffiziellen Vertreter imperialistischer Mächte von allen Seiten überwerfen wollten, zu entziehen.

Auf jeden Fall gab sich Beresford bei seinem Aufenthalt im Fernen Osten alle Mühe, Material zu sammeln, das Chamberlain und seiner Clique in London bei der Propagierung der Idee des „Bündnisses der angelsächsischen Länder“ und der Politik der „offenen Tür“ nützlich sein könnte. Das bezweckten insbesondere zahlreiche Petitionen, Memoranden und Resolutionen, die Beresford bei den englischen Handelskammern und sonstigen Organisationen englischer Staatsangehöriger in China sammelte. So forderte zum Beispiel das von Vertretern des englischen Kapitals in Tschouschan zusammengestellte Memorandum die englische Regierung auf, in China „die Gewährung der vollen Handels- und Industriefreiheit innerhalb des Landes“, „die Erschließung der Bodenschätze und die Nutzung derselben“ usw. durchzusetzen. Gleichzeitig erhob dieses Memorandum Forderungen, die die „große Politik“ der englischen Regierung in China betrafen: erstens, Verschärfung des Kampfes gegen Rußland und Frankreich, insbesondere in Mittel- und Westchina; zweitens, Stationierung ständiger britischer Seestreitkräfte auf dem Yangtse als Mittel zur Festigung und Stärkung des englischen Einflusses im Yangtsetal „in Anbetracht seiner riesigen und fast unbegrenzten Reichtümer“ und drittens, Abschluß eines politischen Abkommens mit den USA, damit England mit diesen gemeinsam vorgehen könnte, „um jene Türen zu öffnen, die etwa geschlossen sein sollten“.<sup>117</sup>

Analoge Forderungen stellten auch die englischen Staatsangehörigen in Niutschuang. Nachdem sie sich zu einer Kundgebung versammelt hatten, nahmen sie auf Vorschlag Beresfords eine Resolution an mit der Forderung,

<sup>114</sup> Архив МИД, Тих. стр. 60, Blatt 5, Geheimtelegramm Pawlows an Lambsdorff, Peking, 26. (14.) Oktober 1898, siehe Vermerk Nikolaus' II.

<sup>115</sup> Архив МИД, Тих. стр. 60, Blatt 50, Geheimtelegramm Lambsdorffs an Pawlow, Petersburg, 7. November (26. Oktober) 1898, Nr. 235.

<sup>116</sup> Архив МИД, Тих. стр. 60, Blatt 15, Geheimtelegramm von Girs an Lambsdorff, Peking, 14. (2.) Dezember 1898.

<sup>117</sup> ЦГИАЛ, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 47/48, Memorandum, das von englischen Staatsangehörigen in Tschouschan an Lord Beresford überreicht wurde.

daß die englische Regierung den rußlandfeindlichen Kurs ihrer Politik in China, insbesondere in der Südmandschurei verschärfen möge.<sup>118</sup> Somit sollte die Politik des englischen Imperialismus in China zwei Aspekte haben. Sie sollte versuchen, eine eigene große „Einflußsphäre“ zu schaffen und gleichzeitig, mit der Doktrin der „offenen Tür“ als Rammbock, beharrlich danach streben, in die „Einflußsphären“ der anderen Mächte, in erster Linie Rußlands und Frankreichs, einzudringen und sie zu erobern.

Später betätigte sich Beresford als wütender Propagandist dieser Doktrin, auf deren Grundlage, wie er behauptete, ein Bündnis zwischen England, Deutschland, Japan und den USA entstehen könne und müsse. Er setzte seine Tournee in Japan und später in den USA fort, hielt überall zahlreiche Reden, in denen er die Idee dieses Bündnisses propagierte, und sammelte, offenbar um die Politik Chamberlains zu unterstützen, Resolutionen, die diese Idee begrüßten. Er sprach in Osaka, Kioto<sup>119</sup> und mehrere Male in Tokio.

Wie der russische Gesandte in Tokio, Rosen, mitteilte, „bemühte sich Beresford bei den zahlreichen in Japan gehaltenen Reden zu ‚beweisen‘, daß für die, seiner Meinung nach, an dem Handel mit China meist interessierten Mächte, das heißt England, Deutschland, die USA und Japan, die Politik der sogenannten ‚offenen Tür‘ in China allgemein von erst-rangigem Interesse sei. Dagegen könne die Politik der Abgrenzung von ‚Einflußsphären‘ die einzelnen Mächte lediglich dazu verleiten, in der ihr zugesprochenen ‚Einflußsphäre‘ dem Handel aller anderen Mächte durch hohe Zölle ‚die Tür zu schließen‘, und folglich zu unvermeidlichen Zusammenstößen führen. Deshalb empfahl er, um dem eventuellen ‚Schließen der Türen‘ in China vorzubeugen, zwischen den obenerwähnten vier Mächten ein Handelsbündnis abzuschließen...“<sup>120</sup> Der über den Charakter der Beresford-Mission ungenügend informierte russische Diplomat übersah die militärisch-politischen Aspekte der Fernostpläne des englischen Imperialismus, als deren Verkünder sich der Abgesandte Joseph Chamberlains auf seiner Gastspielreise betätigte. Indessen rief Lord Beresford in seinen Reden in Tokio Japan, die USA und Deutschland recht unzweideutig auf, nicht nur die Türen in China aufzubrechen, sondern sich im voraus mit England über die Bedingungen und Ziele dieser Politik zu verständigen.

<sup>118</sup> Архив МИД, Тих. стр. 60, Blatt 13, Telegramm Posnejews an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Peking, 9. November (28. Oktober) 1898.

<sup>119</sup> ЦГИАЛ, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 12, Telegramm Posnejews an Witte, Peking, 19. (7.) Januar 1899.

<sup>120</sup> Архив МИД, яп. стол, 904, Brief Rosens an Lambsdorff, Tokio, 25. (13.) Januar 1899.

„Es hat keinen Sinn zu fordern“, so erklärte er, „daß die Türen offenstehen, wenn das Zimmer hinter diesen Türen nicht in Ordnung ist. Man muß dieses Zimmer in Ordnung bringen.“<sup>121</sup>

Als Beresford nach den Vereinigten Staaten kam und die Beachtung oder, genauer gesagt, die Neugierde spürte, die dem ehrenwerten englischen Lord von den Yankees aus der Provinz entgegengebracht wurde, ergriff er sowohl in der Presse als auch in den Klubs und vor Versammlungen der Handelskammern das Wort, um seine Leser und Zuhörer für großtuerische Pläne der Knebelung Chinas und des Kampfes gegen Rußland zu gewinnen. Schon bei seinen ersten Reden in San Franzisko (später setzte er sie in Chicago und in New York fort) umriß er diese Pläne fast mit äußerster Offenheit: Bündnis zwischen England, den USA, Deutschland und Japan, Errichtung des Protektorats dieser Mächte über China, „Finanzreform“ in China, das heißt die endgültige finanzielle Knebelung Chinas durch diese vier Mächte, die ferner die chinesische Armee zum Kampf gegen Rußland zu organisieren hätten. Außerdem, so behauptete Beresford, muß auch die chinesische Flotte im gleichen Sinne „reformiert“ werden. Beresford schürte die Gelüste der amerikanischen Krämer und Finanzleute und versuchte seine Zuhörer zu überzeugen, die englischen Interessen seien „in allem, was China anbetrifft, so identisch, daß er nicht daran zweifelt, daß sich die erwähnten Länder über ein kommerzielles Bündnis verständigen und daß Deutschland und Japan nicht zögern werden, sich diesem Bündnis anzuschließen“<sup>122</sup>.

Mit der Behauptung, daß die Verwirklichung dieses Planes eine Sicherung der Politik der „offenen Tür“ bedeuten würde, versuchte Beresford breite Kreise der amerikanischen Bourgeoisie, denen er reizvolle Aussichten auf Eroberung des ganzen riesigen chinesischen Marktes eröffnete, zu verführen. Er suchte zu beweisen, daß die USA an der Errichtung der Herrschaft in China und am Kampf gegen Rußland nicht weniger und sogar mehr als jede andere Macht interessiert seien.<sup>123</sup> So nutzte er die unter der amerikanischen Bourgeoisie wachsenden expansionistischen Stimmungen aus und popularisierte die Chamberlain-Pläne, die ein mächtiges Bündnis der angelsächsischen Länder unter Teilnahme Deutschlands und Japans vorsahen mit dem Ziel, den Kampf gegen Rußland und Frankreich um die Vorherrschaft in China aufzunehmen.

<sup>121</sup> „Japan Daily Herald“ vom 23. Januar 1899. Eine kurze Charakteristik Beresfords als Verfechter einer Annäherung Englands an Japan siehe А. Гальперин, «Англо-Японский союз», Moskau 1947, S. 70–72, 74.

<sup>122</sup> Архив МИД, Тих. ст. 60, Blatt 38–40, Depesche Cassinis, Washington, 3. März (19. Februar) 1899.

<sup>123</sup> ЦГИАЛ, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 29–60, Meldung des russischen Konsuls in San Franzisko, 14. (2.) Februar 1899, Nr. 40.

Wie der russische Botschafter in Washington, Graf Cassini, mitteilte, nahmen „gewisse amerikanische Gesellschaftskreise die übertriebenen Komplimente und die geschwollenen Lobpreisungen“, mit denen sich Beresford an sie wendete, begeistert auf, kühlten aber sofort ab, als es ihnen dämmerte, daß das vorgeschlagene gefährliche Chinaabenteuer von den USA große Aufwendungen erfordern würde, um den Triumph der expansionistischen Pläne des amerikanischen Imperialismus zu sichern. Cassini zog das Fazit der Beresford-Mission und kam zu der Schlußfolgerung, daß diese Mission des Abgesandten Chamberlains, ungeachtet der Beiträge der englischen und amerikanischen Presse, in den USA ein volles Fiasko erlebt habe.<sup>124</sup>

Diese Einschätzung der Ergebnisse der USA-Reise Lord Beresfords war keineswegs vollständig oder genau. Beresford ist es in der Tat nicht gelungen, in den führenden politischen Kreisen des amerikanischen Imperialismus eine Bewegung für den Abschluß eines Bündnisses mit England auszulösen, das die USA als einen seiner Juniorpartner in der Politik der Expansion und der Entfesselung des Krieges im Fernen Osten betrachtete. Selbst die Anhänger der engsten Annäherung an England hatten damals mit Gegenströmungen im Lande und im Senat zu rechnen. Die imperialistischen Kreise in den USA dagegen, die selbst unverhohlene Absichten auf China hatten, zogen es vor, mit dem englischen Kapital private Abmachungen über konkrete Fragen der Ausbeutung dieses Landes zu treffen. So schloß ein amerikanisches Syndikat in den ersten Tagen des Februar 1899 mit einer englischen Gesellschaft das Abkommen über die Aufteilung der Eisenbahnkonzessionen. Die von Beresford betriebene Propagandakampagne für die Politik der „offenen Tür“ kam den USA jedoch äußerst gelegen. Das State Department und die großkapitalistische Presse brauchten „hohe Prinzipien“, mit denen sie die expansionistischen Bestrebungen der amerikanischen Imperialisten in China tarnen konnten. Bald bekannte sich der Leiter des State Departments, John Hay, persönlich zum Prinzip der „offenen Tür“ in China. Hay verkündete 1899 diese Formel, die er dem ideologisch-politischen und diplomatischen Arsenal des englischen Imperialismus entlehnt hatte, als seine eigene Doktrin. Die Zukunft zeigte, daß diese Doktrin dazu berufen war, in den amerikanischen Plänen der Knebelung Chinas die gleiche Rolle zu spielen, wie sie die „Monroedoktrin“ und die Ideen des Panamerikanismus bei der Verwirklichung der Pläne zur Knebelung lateinamerikanischer Länder spielten. Die amerikanische Politik der „offenen Tür“ in China war von Anfang an eine interventionistische und aggressive Politik.

<sup>124</sup> Архив МИД, Тих. ст. 60, Blatt 38–40, Depesche Cassinis, Washington, 3. März (19. Februar) 1899, Nr. 16.

Nach England zurückgekehrt, veröffentlichte Lord Beresford ein Buch über seine Reise unter dem pompösen und langen Titel „Der Zerfall Chinas. Mit einer Übersicht über den gegenwärtigen Handel, über Finanzen, Wasserwege, Militärstreitkräfte, Eisenbahnen, Politik und Zukunftsaussichten“<sup>125</sup>. Dieses Buch stellte eine Anhäufung zahlreicher, aber oberflächlicher Angaben über die Lage in China dar, mußte aber trotzdem in den herrschenden Kreisen Aufmerksamkeit erregen, vor allem, weil es von der Idee durchdrungen war — man müsse alle Kräfte zum Kampf gegen Rußland mobilisieren. Beresford hob hervor, daß England trotz seiner bedeutenden wirtschaftlichen Positionen in China dort nur ungenügenden politischen Einfluß besitze, und wies den englischen Kapitalisten nach, daß sie den Kampf um China wie auch um die Mandschurei und um Korea verstärken mußten. Andernfalls drohte er mit der Verschärfung der „russischen Gefahr“ und umriß sogar ein phantastisches Bild des Einfalls russischer Truppen über China in Indien. Die zweite mit der ersten eng verbundene Idee seines Buches ging dahin, die Politik der „offenen Tür“ in China im Gegensatz zur „Abgrenzung von Einflußsphären“ zu begründen. „In allgemein verständliche Sprache übertragen“, so teilte hierzu der russische Finanzagent in London, Tatischtschew, mit, „bedeutet das einfach, daß... England es nicht nötig habe, in China irgend etwas mit irgend jemand zu teilen, sondern dieses ganze Riesenreich mit seiner 400 Millionen zählenden Bevölkerung an sich reißen sollte. Da Lord Charles sich bewußt ist, daß ein solches Unterfangen über die Kräfte Englands hinausgeht, weist er auf Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten als auf natürliche Verbündete und Komplizen hin und schließt auf diese Weise Rußland und Frankreich von der Einflußnahme auf die künftigen Geschicke des Reiches der Mitte aus. Wie Sie sehen“, so folgerte Tatischtschew, „ist das die gleiche Doktrin, wie sie von Chamberlain verkündet wurde.“<sup>126</sup>

Aber die Pläne Chamberlains, die unter den herrschenden Kreisen Englands bereits Meinungsverschiedenheiten ausgelöst und bei den Besprechungen Chamberlains mit Deutschland ein Fiasko erlebt hatten, wurden durch die Werbetätigkeit Beresfords ihrer Verwirklichung nicht nähergerückt. Nur eine kleine Gruppe radikaler Imperialisten brachte den marktschreierischen Projekten Beresfords Sympathien entgegen. Die englische Regierung behandelte sie sehr zurückhaltend, da sie diese Pläne für nicht zeitgemäß hielt. Das bedeutete jedoch keineswegs, daß sie beschlossen hatte,

<sup>125</sup> Admiral Lord Charles Beresford, „The Break-up of China. With an account of its present commerce, currency, waterways, armies, railways, politics and future prospects“, London-New York 1899.

<sup>126</sup> ЦГИАЛ, Fonds 560, Liste 28, Akte 809, Blatt 62—69, Brief Tatischtschews an Witte, London, 22. (10.) Mai 1899, Nr. 1923.

in ihrer expansionistischen Tätigkeit in China nachzulassen. In seiner Unterhausrede am 9. Juni 1899 lüftete der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Brodrick, etwas den Vorhang und ließ durchblicken, daß das englische Kabinett ein umfangreiches Programm für weitere Aktionen, vorwiegend im Yangtsetal, ausgearbeitet habe. „Wir werden von der chinesischen Regierung die Erfüllung des uns gegebenen Versprechens fordern“, so erklärte er, „keiner anderen Macht Territorien im Yangtsetal einzuräumen, sowie die Genehmigung, die burmanischen Eisenbahnen nach Yünnan bis Tschinkiangor fortzusetzen, wenn sich Kapitalisten finden, die das in Angriff nehmen wollen.“<sup>127</sup>

Auf jeden Fall nahmen die englischen Handels- und Finanzkreise den Bericht Beresfords recht kühl auf, während die Londoner Presse Beresford platonisch ihrer Sympathien versicherte, seine Pläne indessen fast einmütig als nicht durchführbar bezeichnete. So war es auch tatsächlich, da die englisch-deutschen Besprechungen über ein Bündnis gegen Rußland erst vor kurzem in eine Sackgasse geraten waren. In dieser Hinsicht hat die Mission Beresfords nach dem Fernen Osten nichts geändert. Die deutsche Diplomatie erblickte in ihr das Streben des englischen Imperialismus, die eigene Herrschaft in China mit fremden Händen zu errichten, und dementsprechend war auch die Einstellung der deutschen Presse scharf ablehnend.

Andererseits versuchte die deutsche Diplomatie, die im Interesse imperialistischer Kreise handelte, immer noch, ihre englischen Partner zu zwingen, wieder mit Vorschlägen über „laufende“ und „konkrete“ Fragen hervorzutreten. Man mußte eilig nach Methoden suchen, die es den Deutschen möglich machen würden, die Plätze mit den Engländern zu tauschen, „den Spieß“ nach einem Ausdruck Hatzfeldts „umzudrehen“, um die Engländer zu zwingen, von sich aus Vorschläge zu machen. Aus der deutschen diplomatischen Retorte wurde unverzüglich ein bewährtes, altes, aber immer noch wirksames Instrument hervorgeholt: die Drohung mit einer Annäherung an Rußland.

Gewiß hatte auch England zu dieser Drohung als einer Methode des Drucks auf Deutschland seine Zuflucht genommen. So gab Chamberlain im Laufe seiner Besprechungen mit den Deutschen zu verstehen, daß England, falls ein Abkommen mit Deutschland nicht zustande käme, Abkommen mit Frankreich und Rußland anstreben werde. Aber Wilhelm, Bülow und Holstein — alle in die Besprechungen Eingeweihten — nahmen diese Bemerkung als leere Drohung auf, die an Erpressung grenzte. Sie waren der Meinung, daß England bei der Schärfe seiner Gegensätze keinen Boden für ein Abkommen finden könne: mit Frankreich jetzt und in der nächsten Zukunft

<sup>127</sup> Архив МИД, Тих. ст. 60, Blatt 57—59, Meldung Lessarts, 21. (9.) Juni 1899, Nr. 39 (Kopie).



und mit Rußland überhaupt nie. Was aber Erpressung betrifft, so begann die deutsche Diplomatie, die sich die erste beste Möglichkeit zunutze machte, dieses Mal selbst ihr Können zu zeigen. Dieses Mal sollte jedoch Rußland, das gleiche Rußland, dem sich zu nähern England drohte, zum Opfer der Erpressung werden.

Die Berliner Regierung gab in London mehrfach zu verstehen, daß man in Petersburg nichts von den englisch-deutschen Besprechungen erfahren sollte. Aber kaum waren diese Besprechungen ins Stocken geraten, als Wilhelm zu dem Schluß kam, der Augenblick sei gekommen, da man aus der Not nicht ohne eigenen Nutzen eine Tugend machen könne. Am 30. Mai 1898 wandte er sich mit einem Brief an den russischen Zaren. Wilhelm berief sich auf seine „Loyalität“, die „über jedem Verdacht steht“, und berichtete in diesem Brief von den englischen Vorschlägen, die Deutschland „ein berühmter Politiker“ gemacht habe. Wilhelm berichtete ferner über die weitestgehenden und verlockendsten Kompensationen, mit denen England seine Bündnisvorschläge angeblich verknüpft hatte, und wandte sich an den „liebsten Nicky“ mit der Bitte um einen Rat, wie er handeln solle. Zugleich erkundigte er sich danach, welche Zugeständnisse Rußland anbieten könne, damit Deutschland nicht den englischen Lockungen erliege.<sup>128</sup> Bald danach versuchte die deutsche Diplomatie, nach allen Regeln des Erpresserhandwerks, den russischen Botschafter in Berlin, Osten-Saken, einzuschüchtern. Ihm wurde „aus zuverlässigen Quellen“ mitgeteilt, daß Wilhelm, als er von der Birmingham-Rede Chamberlains erfuhr, dem eng-

<sup>128</sup> Hier der Hauptinhalt dieses Briefes, der aus Lüge, Erpressungen und wiederum Lüge zusammengesetzt ist: „Jetzt aber ist das Ersuchen zum drittenmal in so unmißverständlicher Weise wiederholt worden, wobei ein bestimmter kurzer Termin für meine endgültige Antwort gestellt und so ungeheuerer Anerbietungen hinzugefügt wurden, die meinem Land eine weite und große Zukunft eröffnen, daß ich es für meine Pflicht gegen Deutschland halte, gehörig zu überlegen, bevor ich antworte. Ehe ich es aber tue, komme ich frei und offen zu Dir, mein geschätzter Freund und Vetter, um Dich davon zu unterrichten, da ich fühle, daß es sich um eine Frage sozusagen über Leben und Tod handelt. Wir beide haben dieselben Ansichten, wir wünschen den Frieden, und wir haben ihn bis heute erhalten und bewahrt! Was die Tendenz dieses Bündnisses ist, wirst Du gut verstehen, da ich unterrichtet bin, daß es sich um ein Bündnis mit der Tripel-Allianz und mit Einschluß von Japan und Amerika handelt, mit denen bereits Vorverhandlungen begonnen worden sind! Welche Chancen in der Ablehnung oder Annahme für uns liegen, magst Du selbst berechnen! Nun bitte ich Dich, als meinen alten und vertrauten Freund, mir zu sagen, was Du mir bieten kannst und tun willst, wenn ich ablehne. Bevor ich meine endgültige Entscheidung treffe und meine Antwort in dieser schwierigen Lage absende, muß ich imstande sein, klar zu sehen, und klar und offen ohne Hintergedanken muß Dein Vorschlag sein, so daß ich urteilen und in meinem Sinne vor Gott, wie ich das muß, abwägen kann, was dem Frieden meines Vaterlandes und der Welt zum Nutzen dient. Du brauchst keine Befürchtungen für Deinen Verbündeten zu hegen bei irgendeinem Vorschlag.

lischen Botschafter Lascelles gesagt habe: „Ich begreife sehr wohl alle Nachteile eurer Isolierung, aber man schreit über seine Bündnisse nicht von der Wahltribüne herab, sondern man schließt sie ab.“ Ferner vertraute Bülow Osten-Saken „plötzlich“ an („aber dies unter uns“), daß Wilhelm „von England aus sehr bearbeitet wird“. „Man versucht ihm auseinanderzusetzen“, führte Bülow weiter aus, „daß nur eine Annäherung an England die Kräfte Rußlands paralysieren und ihn zum Herrscher der Geschicke Europas machen würde.“ Alle diese „Symptome“ erregten bei Osten-Saken höchstes Mißfallen, er berichtete darüber nach Petersburg und betonte, daß sie „unserseits die größte Wachsamkeit erfordern“<sup>129</sup>. Aber in Petersburg lag bereits der Brief Wilhelms vor.

Die vom Zaren eingehende Antwort war voll von Überraschungen. Bei all seiner Beschränktheit durchschaute Nikolaus das plumpe Spiel der deutschen Erpresser und wich den aus Berlin erbetenen, so kostspieligen „Ratschlägen“ aus: „Du mußt natürlich selbst entscheiden“, so schrieb er an Wilhelm, „was für Dein Land das Beste und Notwendigste ist!“ Um die gezinkte Karte endgültig aus der Hand seines „ergebenen Freundes Willy“ zu schlagen, teilte Nikolaus mit, daß auch Rußland „verschiedene verlockende Vorschläge“ von England erhalten, aber sie sofort abgelehnt habe. Die Frage der von Wilhelm geforderten russischen Kompensationen übergang der Zar einfach mit vielsagendem Schweigen. Er erinnerte nur daran, daß die Geschichte mit der Eroberung von Kiautschou für Deutschland nur günstig ausgelaufen sei dank der Haltung, die Rußland damals eingenommen hatte. „Nicky“ schlug vor, daraus politische Lehren zu ziehen.<sup>130</sup>

den Du machst, falls er in eine von Dir gewünschte Kombination gebracht wird. Mit diesem Brief, lieber Nicky, setze ich mein volles Vertrauen auf Dein Stillschweigen und Deine Diskretion jedermann gegenüber. Und schreibe, wie in alten Zeiten mein Großvater an Deinen Großvater Nikolaus I. geschrieben haben würde. Möge Gott Dir helfen, die richtige Lösung und Entscheidung zu finden! Es geschieht für die folgende Generation! Aber die Zeit drängt, deshalb antworte bitte bald!“ („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 52—54.)

<sup>129</sup> „Красный архив“, Bd. LVI, S. 68/69. Brief Osten-Sakens an Murawjow (streng vertraulich und persönlich), Berlin, 10. Juni (29. Mai) 1898.

<sup>130</sup> Brief Nikolaus' II. an Wilhelm II., in der russischen Ausgabe nicht datiert, in G. P. mit dem 3. Juni 1898 bezeichnet: „Vor drei Monaten, mitten in unseren Verhandlungen mit China, überrichte uns England ein Memorandum, das verschiedene *verlockende* Vorschläge enthält, um uns möglichst dazu zu bewegen, zu einer vollständigen Übereinstimmung über *alle* die Punkte zu gelangen, in denen unsere Interessen mit den seinigen zusammenstießen. Diese Vorschläge hatten einen so neuen Charakter, daß ich sagen muß, wir waren sehr erstaunt und doch — ihre wahre Natur schien uns verdächtig, denn niemals vorher hat England solche Anerbietungen an Rußland gemacht. Das zeigte uns klar, daß England unsere Freundschaft zu jener Zeit brauchte, um in der Lage zu sein, unserer Entwicklung im Fernen Osten, in verschleieter Form, Einhalt zu tun. Ohne zum zweitenmal

In der Tat hatte die englische Diplomatie auf die Initiative Salisburys hin bereits im Januar 1898 Besprechungen über die Möglichkeit eines umfassenden Übereinkommens mit Rußland auf der Grundlage der Aufteilung der „Einflußsphären“ in China und in der Türkei geführt.<sup>131</sup> Es war beabsichtigt, dieses Abkommen gegen Deutschland zu richten. Bei den Petersburger Besprechungen war sogar das Wort „Bündnis“ gefallen.<sup>132</sup> Diese Besprechungen wurden jedoch bald darauf abgebrochen. Der russische Zar verhehlte nicht seine Unzufriedenheit über die eingegangene Nachricht, daß an China eine gemeinsame englisch-deutsche Anleihe gewährt wurde.<sup>133</sup> Aber wie sehr man in Petersburg auch durch diese Ab-

darüber nachzudenken, wurden seine Vorschläge abgelehnt. Zwei Wochen später war Port Arthur unser . . . Es ist sehr schwer für mich, wenn nicht ganz unmöglich, auf Deine Frage zu antworten, ob es für Deutschland nützlich ist oder nicht, diese oft wiederholten englischen Vorschläge anzunehmen, da ich nicht die geringste Kenntnis ihres Wertes gewonnen habe. Du mußt natürlich entscheiden, was für Dein Land das Beste und Notwendigste ist. Deutschland und Rußland haben seit alten Zeiten in Frieden als gute Nachbarn gelebt, und Gott gebe, daß sie in dieser Weise, in *enger* und loyaler Freundschaft, fortfahren mögen. Zwischen unseren Ländern bestehen glücklicherweise keine politischen Reibungen, und nirgends stoßen unsere Interessen zusammen. Die Geschichte von Kiautschou ist ein gutes Beispiel für das, was ich gerade sagte, und ich bin ganz sicher, daß es auch zukünftig so sein wird!“ (*Переписка Вильгельма II с Николаем II*), Nr. 22, Brief Nikolaus'; siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3803, Nikolaus II. an Wilhelm II., 3. Juni 1898.) (Hier nach der Übersetzung bei: Schwerdtfeger, B. „Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914“, Bd. 3, Berlin 1923, S. 266ff. *Die Red.*)

<sup>131</sup> „Wir streben keine Gebietsaufteilung an, sondern nur eine Verteilung des vorwiegenden Einflusses“, schrieb Salisbury an den englischen Botschafter in Petersburg, O'Connor, am 25. Januar 1898. „Es ist ganz klar, daß es sowohl in der Türkei wie auch in China bedeutende Gebiete gibt, die Rußland weitaus mehr interessieren als England und umgekehrt. Nur als Beispiel, und ohne mich zu binden, möchte ich sagen, daß der Teil der Türkei, der zum Einzugsgebiet des Schwarzen Meeres gehört, gemeinsam mit dem Flußsystem des Euphrat bis Bagdad Rußland in weitaus größerem Maße interessiert als England; indessen interessieren die türkischen Provinzen in Afrika und in Arabien sowie das Euphrattal von Bagdad abwärts England weitaus mehr als Rußland. Der gleiche Unterschied besteht in China zwischen dem Huanghotal mit dem Gebiet nördlich davon und dem Tal des Yangtseflusses.“ (B. D., Bd. I, Nr. 9, Salisbury an O'Connor, 25. Januar 1898; siehe ferner Nr. 16, O'Connor an Salisbury, 12. Februar 1898.)

<sup>132</sup> Nach einer Mitteilung O'Connors sprach sich Witte bei diesen Besprechungen für ein Bündnis aus. Witte brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, „das, was er praktische und Handelspolitik Englands nennt, zu unterstützen unter der Bedingung, daß England die russischen Ansprüche im Norden“ (Chinas. A. J.) „nicht behindere. Er betrachtet das Yangtsetal als die natürliche Einflußsphäre Englands, und wir könnten gemeinsam Deutschland in Schach halten.“ (B. D., Bd. I, Nr. 8, O'Connor an Salisbury, 23. Januar 1898.)

<sup>133</sup> B. D., Bd. I, Nr. 22, O'Connor an Salisbury, 3. März 1898.

machung hinter dem Rücken Rußlands beunruhigt war, dies war doch nicht das einzige Motiv für den Abbruch der Besprechungen. Diese Besprechungen, die in der Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens und scharfer Rivalität verliefen, stießen letzten Endes auf allgemeine, in jenem Augenblick unüberwindliche Gegensätze zwischen England und Rußland.<sup>134</sup> So endete der Versuch Salisburys, zu einem Abkommen mit Rußland zu gelangen, mit einem Mißerfolg. Ebenso erfolglos endete auch der Versuch Chamberlains, zu einem Abkommen mit Deutschland gegen Rußland zu kommen. Aber dieses Suchen nach Bündnissen oder umfassenden politischen Abkommen mit einer der Kontinentalmächte zeugte von neuen Tendenzen in der Außenpolitik des englischen Imperialismus. Es zeugte davon, daß das Ende der britischen Politik der „splendid isolation“ begonnen hatte. In das politische Bewußtsein der englischen Bourgeoisie, das sich langsam entwickelte und dem Einfluß selbst der beharrlichsten empirischen Tatsachen nicht immer nachgab, begannen Zweifel einzudringen, ob sich die traditionelle Politik der Isolation noch lohnte. Ist sie noch immer eine „splendid isolation“ oder beginnt sie bereits gefährlich zu werden? Und trotzdem haben die leitenden politischen Kreise Deutschlands in jenem Augenblick die Schwierigkeiten, die England in der Weltarena durchmachte, in gewissem Maße überschätzt. Sie hofften England in Kürze in einer noch schwierigeren Lage und in diesem Falle noch nachgiebiger, zu politischen Zugeständnissen und zu bedeutenden kolonialen Kompensationen noch bereiter zu erblicken. Die Antwort des russischen Zaren auf die vertrauliche Meldung Wilhelms änderte nichts an dem Beschluß, der von der deutschen Regierung über die von Chamberlain gemachten Vorschläge gefaßt worden war. Er peitschte lediglich ihr Bestreben noch mehr auf, die Lage Englands auszunutzen, um diesem wesentliche koloniale Zugeständnisse zu entreißen. Anfang Juni, vor der Abreise Lascelles nach London, fragte Bülow beharrlich, „warum England gerade uns in *allen Weltteilen* nie etwas gönnen wolle“. Er setzte dem britischen Botschafter auseinander, daß, falls England sich auch weiterhin an eine solche Politik halte, es einen „alten und bewährten Freund wie Deutschland“ endgültig abstoßen werde und daß es umgekehrt durch Nachgiebigkeit eine Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen für längere Zeit erreichen könne.<sup>135</sup>

In den deutschen Regierungskreisen herrschte große Verbitterung darüber, daß England keine besondere Neigung zeigte, für unbestimmte „Freundschaft“ mit großen Stücken des Kolonialkuchens zu bezahlen, sondern, nach einem Ausdruck Bülows, „uns ein paar schmale Bissen zuwerfen

<sup>134</sup> B. D., Bd. I, Nr. 24, Memorandum Berties, 14. März 1898.

<sup>135</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3805, Aufzeichnung Bülows, 11. Juni 1898.

will.<sup>136</sup> Die jungen deutschen Räuber beobachteten voll Neid, wie die alte Kolonialmacht ihre Besitzungen stetig erweiterte, und konnten sich gar nicht damit abfinden, daß für sie, die sie, nach einem treffenden Ausspruch W. I. Lenins, „an die Tafel des kapitalistischen Schmauses kamen, als die Plätze bereits besetzt waren“<sup>137</sup>, so wenig abfiel.

Die deutsche Diplomatie verknüpfte Drohungen mit Betteleien und drückte sich auch weiterhin in den Vorzimmern der englischen Regierungskanzleien herum in dem Bestreben, dort auf diese oder jene Weise koloniale Zugeständnisse zu „erpressen“.<sup>138</sup> Sie erinnerte in London unermüdlich und aufdringlich an ihre Forderungen, ohne sich jedoch die Mühe zu machen, ihren Inhalt aufzudecken. Sie fürchtete sich, ihre Karten aufzudecken, um nicht zu billig zu sein. Sie behauptete in London, die englische Regierung könne nur dank der wohlwollenden Haltung der deutschen Regierung weiterhin erfolgreich auf Kolonialraub ausgehen. Bülow erinnerte die Engländer ungeniert daran, daß eine solche Haltung „wie alles in der Welt einen Preis hat“<sup>139</sup>, und forderte, daß die englischen Imperialisten ihre deutschen Partner unverzüglich und in bar auszahlten. Unbedeutende Portionen in Form elender „schmaler Bissen“ konnten den erwachten Appetit des deutschen Imperialismus in keiner Weise befriedigen.

Zu dieser Zeit hatten einflußreiche deutsche kolonialimperialistische Kreise ein genügend umfangreiches Programm der von ihnen geforderten territorialen Erwerbungen in den außereuropäischen Ländern ausgearbeitet. Dieses der Regierung in Form bescheidener „Desiderata“ vorgelegte Programm war vom Kaiser selbst bestätigt.<sup>140</sup> Es war keineswegs das Generalprogramm einer allgemeinen Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus, aber als Skizze eines künftigen großen Gemäldes enthielt es bereits viele Ausgangselemente, die davon zeugten, in welcher Richtung und auf wessen Kosten dieses Generalprogramm zu wachsen versprach. Als Fragment enthielt es keineswegs alles. In ihm fehlten sogar so bedeutende Objekte wie der Nahe Osten, wo das deutsche Finanzkapital, wie wir sehen werden, in der damaligen Zeit neue Erfolge erzielte. Die von den kolonialimperialistischen Kreisen in ihrem Minimalprogramm vorgesehenen Hauptobjekte lagen in Afrika und im Stillen Ozean. Diese Objekte lagen sehr verstreut, aber in ihrer Gesamtheit glichen sie in keiner Weise einem Haufen „schmaler Bissen“. Sie waren eine Art „Stützpunkte“, und zwar solche, die nicht so sehr wirtschaftliche als vielmehr strategische

<sup>136</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3804, Bülow an Hatzfeldt, 8. Juni 1898.

<sup>137</sup> В. И. Ленин, «Война и революция», Сочинения, Bd. 24, S. 368.

<sup>138</sup> B. D., Bd. III, Appendix A, Memorandum Ire Croy, 1. Januar 1907.

<sup>139</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3804, Bülow an Hatzfeldt, 8. Juni 1898.

<sup>140</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3806, Bülow an Hatzfeldt, 8. Juni 1898, Anlage.

Bedeutung hatten. In Westafrika war vorgesehen, eine Kohlenstation auf den Kanarischen Inseln zu erwerben sowie sich in den alleinigen Besitz der Insel Fernando Poo zu setzen. Auf dem Kontinent selbst, in seinem Westteil, war vorgesehen, die Grenzen von Togo bedeutend zu erweitern, Angola, einschließlich des Südtails von Mossamedes und Benguela, sowie die Walfischbai zu erwerben. Außerdem hatten die Deutschen vor, die Goldküste und die Voltamündung zu erwerben. In Ostafrika sollte die deutsche Regierung den Erwerb von Sansibar und Pemba anstreben, das heißt von zwei Inseln, die England acht Jahre vorher unter der Capriviregierung im Austausch gegen Helgoland erhalten hatte. Außerdem war eine bedeutende Erweiterung von Deutsch-Ostafrika auf Kosten von Portugiesisch-Moçambique beabsichtigt. In Ostasien war vom Erwerb des portugiesischen Timor, des gesamten Suluarchipels und mindestens einer Insel der Philippinen (konkret war die Insel Mindanao gemeint) die Rede. Schließlich beabsichtigte man die Eroberung der Karolinen- sowie den alleinigen Besitz aller Samoainseln, die damals unter der gemeinsamen Verwaltung Englands, der USA und Deutschlands standen. Demnach sah der größere Teil dieses recht eingehend umrissenen Programms die Neuverteilung der Kolonialbesitzungen der schwächeren europäischen Staaten. Spaniens und Portugals, zugunsten des stärkeren und rasch wachsenden imperialistischen Staates, Deutschlands, vor. Aber zu einem gewissen Teil sah dieses Programm auch schon die Neuverteilung der Kolonialbesitzungen auf Kosten der größten imperialistischen Kolonialmacht, Englands, sowie auf Kosten des jungen imperialistischen Staates, der Vereinigten Staaten von Amerika, vor, der soeben die internationale Arena betreten hatte. Auch der Erwerb eines Teils der portugiesischen und der spanischen Kolonialbesitzungen ging unter anderem darauf aus, sich zum Kampf gegen England und gegen die USA vorzubereiten. Wäre es zum Beispiel Deutschland gelungen, sich in den Besitz des Nordteils von Angola und des Südtails von Moçambique zu setzen, dann wären die englischen Besitzungen in Südafrika in einen recht dichten Sack geraten, dessen einziger Ausgang Kapstadt gewesen wäre. Wäre es Deutschland gelungen, sich in den Besitz auch nur eines Teils der Philippinen zu setzen, so wäre es in eine Kolonialsphäre eingebrochen, nach der der amerikanische Imperialismus gerade damals seine Hand ausstreckte. Schließlich konnte Samoa zum Stützpunkt auf dem Wege nach den Ländern Südamerikas werden, wo sich bereits eine dreifache Rivalität – zwischen England, den USA und Deutschland – entfaltete.

Indessen waren England, die USA und sogar (in etwas geringerem Maße) auch Frankreich an dem Schicksal der spanischen und portugiesischen Kolonialbesitzungen interessiert, nach denen Deutschland jetzt

insgeheim die Hand ausstreckte. Einige dieser Besitzungen, wie die Philipinen und andere, waren selbst Gegenstand imperialistischer Ansprüche seitens einer oder mehrerer dieser Mächte. Andere, wie das Portugal gehörende Angola, versprachen früher oder später Gegenstand der monopolistischen Ausbeutung durch England zu werden, da dieses die wirtschaftlichen und diplomatischen Schlüsselstellungen in Portugal selbst besetzt hatte. Auf jeden Fall stellte jedes der einzelnen aufgezählten Objekte der neuen Kolonialansprüche Deutschlands einen wichtigen Stützpunkt dar, der die Möglichkeit einer weiteren Expansion, das tiefere Eindringen in die „Sphären“ der Expansion der Rivalen, vor allem Englands aber auch der USA, eröffnete.

Alle diese Objekte bedeuteten in ihrer Gesamtheit das Bestreben des deutschen Imperialismus, schon von den ersten Augenblicken seines Wachstums an, seine Kolonialbesitzungen in Afrika zu erweitern und solidere Grundlagen zur Schaffung eines großen Kolonialreiches auf dem schwarzen Kontinent vorzubereiten. Außerdem bedeuteten sie das Bestreben, an den Küsten Chinas und überhaupt im Stillen Ozean eine Art Inselkolonialreich zu schaffen.

Natürlich blieb dieses von deutschen kolonialimperialistischen Kreisen präzise formulierte Programm streng geheim. Seine Verwirklichung wurde der Diplomatie übertragen, die die allgemeine internationale Situation, die zutage tretenden imperialistischen Antagonismen und Reibungen ausnutzen sollte, um an irgendeinen Teil der ausersehenen Beute zu gelangen.

So mußte die deutsche Diplomatie nach dem jüngsten mißlungenen Versuch Wilhelms, vom zaristischen Rußland unter Androhung einer Annäherung an England irgendwelche „Kompensationen“ zu erhalten, erneut die Erpressung Englands in Angriff nehmen und diesem mit Annäherung an Rußland drohen. In Besprechungen mit Salisbury überzeugte sich Hatzfeldt davon, daß auf dem englischen Premierminister „die Besorgnis lastete“, ob Deutschland nicht endgültig „in das russische Lager“ getrieben werde. Aus einzelnen, von Salisbury hingeworfenen „vertraulichen Bemerkungen“ (zum Beispiel darüber, daß der deutsche Kanzler Hohenlohe, der ein großes Gut in Rußland besaß, von der russischen Regierung abhängig sei) entnahm Hatzfeldt, „wie groß das Mißtrauen gegen unsere Absichten ist“. Dieses „Mißtrauen“ der Engländer war gerade das, was die deutsche Diplomatie brauchte, um ein gutes kolonialpolitisches Geschäft zu machen. Es sah so aus, als könnte man hier aus diesem „Mißtrauen“ die Vorteile schlagen, die aus dem „Vertrauen Petersburgs“ zu schlagen noch nicht gelungen war. „Das hat auch seine gute Seite“, teilte Hatzfeldt optimistisch an Holstein mit, „denn die fragliche Besorgnis der Engländer

ist, wie die Dinge liegen, der *einzig* Druck, den wir hier ausüben können, um koloniale Zugeständnisse zu erreichen.“<sup>141</sup> Einer dieser Umstände war die englisch-russische Rivalität in China; der andere das unermüdliche Bestreben der englischen Imperialisten, Transvaal zu schlucken. Durfte man sich den Augenblick entgehen lassen, die russische Karte auszuspielen und dem reichen englischen Konkurrenten „Kompensationen“, einzelne Teile des vorgesehenen großen Programms, zu erpressen? In Berlin wurde beschlossen, daß die „Kompensationsobjekte für eventuelle englische Gebietserweiterungen in Afrika nicht notwendig in Afrika zu liegen brauchen“<sup>142</sup>. Aber ein neuer „Umstand“ rückte gerade die Frage der Kompensationen in Afrika in den Vordergrund. Hatzfeldt wollte sich, so teilte er mit, „auf den Standpunkt stellen, daß es jetzt seine“ (Salisbury. A. J.) „Sache sei, mir mitzuteilen, zu welchen Konzessionen man hier“ (in England. A. J.) „in bezug auf die portugiesischen Kolonien Afrikas uns gegenüber bereit sei“<sup>143</sup>.

## 5

Die Frage der Aufteilung der portugiesischen Kolonien tauchte Anfang Juni 1898 in unmittelbarem Zusammenhang mit der verstärkten Vorbereitung des Krieges gegen die Buren auf, der damals von der englischen imperialistischen Clique mit Cecil Rhodes und Joseph Chamberlain an der Spitze überlegt und durchdacht vorbereitet wurde. Aber dieser Clique war es noch immer nicht gelungen, das Portugal gehörende Lourenço Marques, den Hafen in der Delagoabai, durch den Transvaal einen Ausweg zum Meer hatte, endgültig in ihre Hände zu bekommen. Die Londoner Regierung erinnerte sich ebensogut wie die Chartered Company daran, wie die Deutschen die Frage der Delagoabai dazu ausgenutzt hatten, ihnen während des räuberischen Jameson-Raids nach Transvaal Schwierigkeiten zu bereiten. Schon im Juli 1896 versuchte die englische Regierung, Lourenço Marques zu kaufen, und Rothschild führte darüber Besprechungen mit der portugiesischen Regierung. Ein Jahr später wurden diese Besprechungen wieder aufgenommen, aber bereits unter unmittelbarer Beteiligung Chamberlains.<sup>144</sup> In dem Maße, wie unter der englischen Plutokratie endgültig der Beschluß heranreifte, den offenen Krieg gegen die Buren zu beginnen, wurde die Frage der Delagoabai für sie immer aktueller.<sup>145</sup> Schließlich

<sup>141</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 277.

<sup>142</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3806, Bülow an Hatzfeldt, 8. Juni 1898; siehe Nr. 3801, 3801.

<sup>143</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 277.

<sup>144</sup> B. D., Bd. I, Nr. 65, Memorandum Berties.

<sup>145</sup> Am 5. Juli 1898 schrieb Milner: „Ich bin der Meinung, daß der Besitz der



faßten die Organisatoren des Krieges den Beschluß, den englischen Einfluß in dieser Bucht durch finanziellen Druck auf Portugal zu festigen<sup>146</sup>, und Chamberlain forcierte die Besprechungen mit dem portugiesischen Gesandten in London, Soveral. Ein Erfolg schien um so leichter erreichbar, als Portugal, das seine politische Unabhängigkeit formell behalten hatte, sich faktisch in völliger finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit von England befand.<sup>147</sup> Unter solchen Umständen kostete es einer Handvoll Londoner Bankiers nicht viel Mühe, das kleine Portugal durch Finanzmachenschaften an den Rand des Finanzbankrotts zu bringen. Nachdem sie das vollbracht hatten, traten die gleichen Bankiers sofort als Anwärter auf die Rolle der Retter der portugiesischen Finanzen auf; sie stellten lediglich die Bedingung, daß die von ihnen angebotene Anleihe durch die Zolleinnahmen der portugiesischen Kolonien gesichert werde. Das war keine schlechte Berechnung, die darauf ausging, die vollständige wirtschaftliche und administrativ-finanzielle Kontrolle über die portugiesischen Kolonien zu errichten, Portugal zu zwingen, die von ihm eingestellte Auszahlung der Zinsen an die Gläubiger wieder aufzunehmen und zugleich den Gläubigern die Zinsen für die neuen Anleihen zu garantieren. Portugal sollte folglich die Ausgaben für die Verwaltung seiner Kolonien tragen, während die englischen Bankiers einen hohen garantierten Gewinn aus ihnen erhalten sollten. So sollte die „Arbeitsteilung“ sein. Konnten die deutschen Banken unter diesen Umständen gleichgültig bleiben, wenn sie sahen, wie englische Plutokraten in Portugal Finanzschwierigkeiten hervorriefen und dann versuchten, ebenso günstige „Rettungsmaßnahmen“ in Angriff zu nehmen?

Delagoabai die beste Garantie des Sieges in dem großen Wettbewerb zwischen uns und Transvaal um die Herrschaft in Südafrika ohne Krieg ist. Aber ehrlich gesagt, bin ich nicht sicher, daß wir jemals die Herrschaft ohne einen Krieg erreichen werden. Je mehr ich von Südafrika sehe, um so mehr zweifle ich daran.“ (Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 311.)

<sup>146</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3807, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 14. Juni 1898.

<sup>147</sup> „Portugal“, so schrieb Lenin, „ist ein selbständiger, souveräner Staat, aber faktisch steht Portugal seit mehr als 200 Jahren, seit dem spanischen Erbfolgekrieg (1701 bis 1714), unter dem Protektorat Englands. England verteidigte Portugal und dessen Kolonialbesitz zur Stärkung seiner eigenen Position im Kampfe gegen seine Gegner, Spanien und Frankreich. Dafür erhielt England Handelsprivilegien, bessere Bedingungen beim Warenexport und besonders Kapitalexport nach Portugal und seinen Kolonien, die Möglichkeit, die Häfen und Inseln Portugals, seine Kabel zu benutzen u. a. m. Derartige Beziehungen zwischen einzelnen großen und kleinen Staaten hat es immer gegeben, aber in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus werden sie zum allgemeinen System, bilden sie einen Teil der Gesamtheit der Beziehungen bei der ‚Teilung der Welt‘ und verwandeln sich in Kettenglieder der Operationen des Weltfinanzkapitals.“ (W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 837.)

Eine Gruppe von Besitzern großer Pakete portugiesischer staatlicher Wertpapiere, mit der Darmstädter Bank an der Spitze, zu deren Aktionären Kaiser Wilhelm selbst zählte<sup>148</sup>, meldete sofort ihre Rechte und ihre Ansprüche an. Die deutsche Regierung erklärte in London offiziell, wenn man dort nicht wolle, daß sich die Beziehungen zu Deutschland verschlechtern, dann müßten diese Rechte und Ansprüche berücksichtigt werden. Salisbury erwiderte, daß er die guten Beziehungen zu Deutschland schätze und nicht die Absicht habe, die Interessen der deutschen Gläubiger zu schmälern. Er fügte hinzu, er sei bereit, die deutsche Regierung über seine Besprechungen mit Portugal auf dem laufenden zu halten, wenn während dieser Besprechungen deutsche Interessen berührt würden. Er könne jedoch nicht formell anerkennen, daß die englische Regierung kein Recht habe, Portugal Anleihen ohne vorheriges Einverständnis Deutschlands zu gewähren. Außerdem, so bemerkte Salisbury, beträfen die englischen Interessen nicht Angola, sondern erstreckten sich lediglich auf die portugiesischen Kolonien in Ostafrika.

Eine solche Antwort konnte ebenso wenig die engere Gruppe des deutschen Finanzkapitals, die unmittelbar Besitzer portugiesischer Staatspapiere war, befriedigen wie die weiteren kolonialimperialistischen Kreise, die sich mit großen, umfassenden politischen Plänen in Afrika trugen.<sup>149</sup> Bei der Wendung, die Salisbury der Frage der portugiesischen Anleihen gegeben hatte, stürzten nicht nur die vorgesehenen territorial-kolonialen, sondern auch die finanzpolitischen Pläne des deutschen Imperialismus zusammen. Man mußte eiligst die Ellenbogen benutzen, um sich den Weg zur Futterkrippe der portugiesischen Anleihen und weiter zu den portugiesischen Kolonien zu bahnen. Dazu tauchten Befürchtungen auf, daß die Besprechungen zwischen Chamberlain und Soveral zum Abschluß gelangten, ehe Deutschland dies verhindern könne. Nun wurde beschlossen, in London unverzüglich zu erklären, daß Deutschland die Absichten Englands teile, den finanziellen Bankrott Portugals zu verhüten, dafür aber

<sup>148</sup> Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 159.

<sup>149</sup> Es ist interessant, wie stürmisch Wilhelm auf die Haltung reagierte, die England in dieser Frage einnahm. Auf das Telegramm Hatzfeldts, in dem das Gespräch mit Salisbury ausführlich dargelegt wurde, schrieb Wilhelm: „Aus diesem Bericht, hauptsächlich aber aus seinem Schlußpassus, geht zur Evidenz hervor, wie falsch und unzuverlässig L[ord] Salisbury uns gegenüber spielt; das ist nicht die Art, um uns zum Bündniß zu verlocken! Dieu nous en garde!“ (Gott behüte uns davor!) An den Rand der Meldung, an der Stelle, wo Hatzfeldt Zweifel darüber äußerte, daß England die portugiesische Anleihe nur mit vorherigem Einverständnis der deutschen Regierung realisieren würde, machte Wilhelm folgenden charakteristischen Vermerk: „Das verbitte ich mir aber! und das wäre illoyal und gegen die Abmachungen mit uns.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3807, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 14. Juni 1898.)

fordere, daß auch das deutsche Kapital zur Teilnahme an dieser finanziellen Rettungsoperation zugelassen werde. Das stellte lediglich den ersten, sozusagen den einleitenden Teil des Planes dar. Für später war vorgesehen, die Engländer auf den Gedanken zu bringen, daß die portugiesischen Kolonien in Afrika in Sphären wirtschaftlichen Einflusses zwischen England und Deutschland aufgeteilt werden sollten. Natürlich sollte diese Bereitschaft zur Aufteilung portugiesischer Kolonien wie ein „wertvolles Zugeständnis“ Deutschlands aussehen, das bereit war, sich in der Frage der Sicherheit bescheiden mit der Entgegennahme der Zolleinnahmen von Angola zufriedenzugeben und England das entsprechende Recht überlassen wollte, Delagoa als Sicherheit zu nehmen.<sup>150</sup>

Vorläufig aber flog nach Lissabon, um den Erfolg der Erfüllung des ganzen Planes zu gewährleisten, ein Protest gegen die separaten englisch-portugiesischen Besprechungen. „Die Angehörigen des Deutschen Reiches“, so wurde dem portugiesischen König erklärt, „sind... an der wirtschaftlichen Lage Portugals in so großem Maßstabe interessiert, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ... nicht würde unbeteiligter Zuschauer bleiben können.“ Die deutsche Regierung forderte „Garantien“ und erklärte drohend, daß sie zusammen mit anderen interessierten Mächten die Frage aufwerfen werde, „durch welche wirtschaftlichen oder anderen Druckmittel die sofortige Einrichtung einer internationalen Finanzkontrolle für Portugal herbeizuführen sein würde“<sup>151</sup>. Diese „anderen interessierten Mächte“, mit denen die deutsche Regierung Portugal drohte, war eigentlich nur Frankreich. Frankreich war es, das man für den gemeinsamen Druck einerseits auf Portugal und andererseits, in vorsichtigerer Form, auf England heranzuziehen beabsichtigte. Die deutsche Presse erhielt Instruktionen, die französischen Besitzer portugiesischer Wertpapiere an die Gefahren zu erinnern, die ihren Interessen drohten. Zugleich begann die deutsche Diplomatie die französische Regierung daran zu erinnern, daß es Punkte gebe, wo französische und deutsche Interessen völlig übereinstimmten, und daß, solange Frankreich wie hypnotisiert auf die „trouée des Vosges“ (das Vogesenloch) schaue, England überall in den Kolonien Erfolge habe, ohne die französischen Interessen in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Das Bündnis mit Rußland, so führte die deutsche Diplomatie weiter aus, könne die kolonialen Erfolge Englands auf Kosten

<sup>150</sup> Der Initiator dieses Aktionsplanes war offensichtlich Hatzfeldt. (Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3808, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 15. Juni 1898.) Nachdem er von der deutschen Regierung die Sanktion erhalten hatte, nahm er die Verwirklichung dieses Planes in Angriff. (G. P., Bd. 14, Nr. 3809, Bülow an Hatzfeldt, 17. Juni 1898; Nr. 3810, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 17. Juni 1898.)

<sup>151</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3811, Bülow an Tattenbach, 18. Juni 1898.

Frankreichs nicht verhindern. Wäre es nicht besser, wenn Frankreich über einzelne koloniale Fragen die Zusammenarbeit mit Deutschland aufnehme?<sup>152</sup> Aber all das blieb ohne Antwort. In Frankreich war wieder einmal eine Kabinettskrise fällig, auf den Posten des Außenministers kam an Stelle von Hanotaux Delcassé, ein Anhänger der Verständigung mit England; unter diesen Umständen hatte es keinen Sinn, die Anfrage zu wiederholen, um so weniger, als durch den diplomatischen Dienst in Petersburg festgestellt wurde, daß Rußland keinesfalls geneigt war, seinen französischen Bundesgenossen in seiner Kolonialpolitik in Afrika aktiv zu unterstützen.<sup>153</sup> Man mußte also erneut versuchen, über die englische Treppe zur portugiesischen Futterkrippe vorzudringen.

Aber hier entstanden zusätzliche Schwierigkeiten. Am 21. Juni beschloß das britische Kabinett, folgenden Standpunkt zu beziehen: Die Anleihe, mit der England Portugal zu retten beabsichtige<sup>154</sup>, habe rein finanziellen Charakter und gehe niemand außer diesen beiden Staaten etwas an; was aber die territoriale Frage anbetreffe, so müsse England, falls Portugal seine afrikanischen Kolonien abtreten wolle oder sie verlieren müsse, ein Abkommen mit Deutschland treffen, sofern dies deutsche Interessen berühren würde. Als Salisbury Hatzfeldt diesen Beschluß mitteilte, machte er die für Deutschland wenig tröstliche Bemerkung, daß allem Anschein nach kein Grund bestehe, auf eine kurzfristige Beendigung der Herrschaft Portugals in seinen Kolonien zu hoffen, und daß es folglich jetzt keinen Sinn habe, ein Abkommen über das zu schließen, was man erst in Hunderten von Jahren teilen könne.<sup>155</sup> Das klang wie eine versteckte Verhöhnung. Die Deutschen wußten sehr wohl, daß die englischen Bankiers an den portugiesischen Finanzen nur einige Machenschaften vorzunehmen brauchten, um Portugal auf der Stelle zu zwingen, seinen Kolonialbesitz herzugeben. Die Aufgabe bestand darin, die englischen Imperialisten, die einen Überfall auf die südafrikanischen Republiken vorbereiteten, zu zwingen, sich die wohlwollende Haltung des aufdringlichen deutschen Rivalen durch

<sup>152</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3813, Bülow an Münster, 18. Juni 1898.

<sup>153</sup> Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3820, Tschirschky an das Auswärtige Amt, 23. Juni 1898.

<sup>154</sup> Man muß darauf hinweisen, daß die Initiative zu der Anleihe von England ausging. Von den Bedingungen dieser Knebelanleihe, die dazu bestimmt war, Portugal zu „retten“, gibt das kurze, aber ausdrucksvolle Telegramm des portugiesischen Königs eine Vorstellung: „Bedingungen unannehmbar“. (Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3818, Bülow an Hatzfeldt, 22. Juni 1898.) Für die englischen Bankiers aber waren diese Bedingungen recht annehmbar und für die Häuptlinge der Südafrikanischen Gesellschaft sogar notwendig. Das war Grund genug, auf Portugal keine Rücksicht zu nehmen.

<sup>155</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3817, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 21. Juni 1898; B. D., Bd. I, Nr. 67, Salisbury an Gough, 21. Juni 1898.

Zugeständnisse auf Kosten Portugals zu erkaufen. Hatzfeldt widersprach kategorisch den Beschlüssen der britischen Regierung und bestand darauf, daß territoriale Fragen in diesem Fall von finanziellen untrennbar seien und daß Deutschland sowohl an den einen wie auch an den anderen in gleichem Maße interessiert sei.

Als Salisbury endlich „schlicht die Frage stellte“, was Deutschland eigentlich von den portugiesischen Kolonien verlange, beeilte sich Hatzfeldt (auf Grund einer solchen erhaltenen Instruktion Bülow's)<sup>156</sup> zu antworten, daß Deutschland „jedenfalls Angola und den Norden von Mosambique haben müßte. Damit“, so setzte Hatzfeldt ferner vielsagend auseinander, „würde England seinen größten Wunsch, Delagoabai, mit allem was sich in Transvaal daran schließe, erreichen, und wir würden auf große Interessen dort verzichten, für welche wir entsprechende Kompensationen verlangen könnten.“ Es war ganz klar, daß die deutsche Regierung trotz der lärmenden Kampagne der Alldeutschen für die Buren bereit war, hinter den Kulissen die Buren gegen koloniale „Kompensationen“ zu verschachern. Aber der geforderte Preis erschien Salisbury zu hoch. Er erklärte, daß Deutschland, das in Delagoa ganz unbedeutende Interessen aufgabe, zu hohe Forderungen stelle und offenbar überhaupt „ganz Afrika“ für sich verlangen wollte. Hatzfeldt antwortete, falls die deutschen Forderungen auf portugiesische Kolonien England übermäßig erscheinen, könne es Deutschland andere „Kompensationsobjekte“, zum Beispiel Sansibar, anbieten.<sup>157</sup>

Die führenden Kreise der deutschen Diplomatie waren sich darüber im klaren, daß dieser in London begonnene Kuhhandel um die portugiesischen Kolonien schließlich je nach dem realen Kräfteverhältnis der beiden rivalisierenden Mächte entschieden werde. „England ist zur See stärker als wir“, bedauerte Bülow.<sup>158</sup> Darin erblickte er einen ausreichenden Grund dafür, daß England Deutschlands Ansprüche bei der Teilung der portugiesischen Kolonien einfach ablehnen könnte. Mit dieser unbestreitbaren Tatsache mußte Deutschland, das vorläufig auf den Meeren fast ohnmächtig war, rechnen. Wenn die deutsche Diplomatie diese Tatsache auch nicht beseitigen konnte, mußte sie doch Wege finden, um sie zu umgehen. England konnte die Forderungen Deutschlands ignorieren, solange es

<sup>156</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3816, Bülow an Hatzfeldt, 20. Juni 1898.

<sup>157</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3817, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 21. Juni 1898.

<sup>158</sup> „Es handelt sich hierbei wie bei Kolonialfragen im allgemeinen“, so schrieb Bülow, „für uns sowohl wie für England nicht um eine nachweisbare Berechtigung, sondern um ein Interesse und um die Macht, welche zur Geltendmachung dieses Interesses nötigenfalls verfügbar ist.“ (G. P., Bd. 14, Nr. 3818, Bülow an Hatzfeldt, 22. Juni 1898.)

nicht nur seiner Überlegenheit zur See, sondern auch dessen sicher war, daß Deutschland in der Frage der Geschicke Südafrikas isoliert auftrat. Die Frage des Kräfteverhältnisses zur See war eine Frage der Zukunft. Etwas anders sei es, so meinte Bülow, wenn es gelinge, England zu zeigen, daß Deutschland auch Rußland und Frankreich gegen England aufbringen könne. Man brauchte nur die Frage Afrikas als Ganzes aufzuwerfen und schon würde, nach der Meinung Bülows, die Unterstützung Frankreichs, das in Ägypten einen langen Kampf gegen den vorherrschenden englischen Einfluß führte, sicher sein. Auch die Unterstützung Rußlands wäre gewiß, da dieses Interesse daran hätte, die englischen Positionen am Suezkanal zu schwächen. Die eigenen Verbündeten, Österreich-Ungarn und Italien, könnte man zwingen, sich überhaupt nicht in den Kampf der vereinigten europäischen Mächte gegen das isolierte England einzumischen. „England kommt deshalb“, so glaubte Bülow, „jedenfalls billiger davon, wenn es sich wegen seiner afrikanischen Ausbreitungspläne zunächst mit Deutschland verständigt.“<sup>159</sup> So wurde in allgemeinen Zügen die Taktik der deutschen Diplomatie umrissen. Aber die Sache beschränkte sich nicht darauf. Die deutsche Regierung war bestrebt, auch die lärmende Agitation zugunsten der Buren, wie sie mit dem Segen der Regierung von den alldeutschen Organisationen im Lande betrieben wurde, als ein Druckmittel gegen England auszunutzen. Die Engländer sollten begreifen, so führte Bülow aus, daß die deutsche Regierung nicht imstande sein werde, gegen diese „sentimentale Sympathie“ anzukämpfen, wenn sie nicht zeige, welchen realen und unmittelbaren Vorteil die Annäherung an England bringe. Deshalb müsse England es als für sich recht günstig betrachten, wenn es das deutsche Programm für die Aufteilung der portugiesischen Kolonien annehme.<sup>160</sup> Worin bestand dieses Programm?

Die deutsche Regierung forderte, daß ihr der Nordteil von Moçambique mit der Grenze längs des Sambesi-Schire überlassen werde. Den Südteil dagegen „mit seinen überreichen Bergwerken und dem direkten Weg ins Innere auf dem mächtigsten Strome Westafrikas, dem Sambesi“, war sie großzügig bereit, England zu überlassen. Im übrigen sollte die Londoner Regierung versprechen, die Aufnahme einer unmittelbaren Schiffsverkehrsverbindung zwischen den deutschen Kolonien in Ost- und Südwestafrika nicht zu behindern. Die deutsche Regierung hatte ferner nichts dagegen, daß England den für dieses wichtigen Punkt Blantyre besetze, forderte aber dafür Kompensationen. Erstens sollte England versprechen, daß es in Zukunft Deutschland unterstützen werde, wenn die Frage des Erwerbs des portugiesischen Teils von Timor akut werde, und zweitens

<sup>159</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3818, Bülow an Hatzfeldt, 22. Juni 1898.

<sup>160</sup> Ebenda.

sollte es Deutschland unverzüglich die in seinen Händen befindliche Wal-fischbai überlassen. Schließlich war Deutschland bereit, dem Erwerb eines Teils von Angola durch England nicht zu widersprechen, aber dafür forderte Deutschland mindestens den Südtel Angolas bis Benguela und auf jeden Fall die gesamte Provinz Mossamedes.

Wäre dieses Programm der kolonialen Erwerbungen verwirklicht worden, so wäre dies, wie auch Bülow zugab<sup>161</sup>, ein gewaltiger Erfolg der deutschen Diplomatie gewesen. In der Tat, Deutschland hätte für sich einen leichten Weg zur Eroberung riesiger Kolonien in Afrika eröffnet, die doppelt so groß waren wie das Territorium Deutschlands selbst; es hätte einen Weg von seinen großen Besitzungen in Ostafrika zum Sambesi und in Südwestafrika zur Tigerbai bekommen; es hätte sich ferner den Erwerb zweier wichtiger Stützpunkte am Kongo und auf dem Archipel im Raum Holländisch-Indiens gesichert. So wurde der Preis festgelegt, für den die deutsche Regierung von vornherein bereit war, auf die Unterstützung der Burenrepubliken zu verzichten und sie dem englischen Imperialismus auszuliefern. Sie hätte sich wohl kaum zu dem Entschluß durchgerungen, eine solche Haltung einzunehmen, wenn es sich nicht erwiesen hätte, daß die allmächtige Deutsche Bank zu dieser Zeit das Interesse für das Transvaal-gold bereits verloren hatte.<sup>162</sup> Aber die deutsche Diplomatie hielt es für günstiger, diesen Umstand vor den englischen Rivalen zu verheimlichen. Auf diese Weise konnte sie auch weiterhin die Drohung mit der Einmischung in die Transvaalangelegenheiten als ein Druckmittel gegen England ausnutzen, um Kompensationen für das zu erhalten, was sowieso verloren war.

Aber wie verlockend auch die Aussichten der Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes waren, ein bestimmter Teil der finanzkapitalistischen Kreise war über die in dem erwähnten Sinne vorgesehene Abmachung mit England nicht begeistert. Denn diese Abmachung bedeutete, daß Transvaal dem englischen Konkurrenten ausgeliefert wurde. Indessen hatte das deutsche Kapital in den Burenrepubliken gewisse wirtschaftliche und politische Positionen erkämpft. Außerdem hatte die Gruppe des deutschen Kapitals, die an Deutsch-Südwestafrika interessiert war, beschlossen, ihre Tätigkeit noch weiter auszudehnen. Mit der Disconto-Gesellschaft an der Spitze bemühte sie sich um eine Konzession für den Bau einer Eisenbahn, die durch Transvaal zu den Bergwerken Deutsch-Südwestafrikas verlaufen und die Küste des Atlantischen Ozeans erreichen sollte.<sup>163</sup> Des-

<sup>161</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3867, Bülow an Wilhelm II., 24. August 1898.

<sup>162</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. II, S. 288.

<sup>163</sup> Später hielt es Bülow für notwendig, davon den Engländern zu erzählen. (G. P., Bd. 14, Nr. 4104, Bülow an Hatzfeldt, 8. Oktober 1899.)

halb war die Regierung gezwungen, wenn sie sich auf eine Abmachung mit England auf Kosten der portugiesischen Kolonien einließ, den Appetit dieser Kapitalistengruppe einzudämmen. Dafür rechnete sie damit, daß die Teilnahme an der Aufteilung der portugiesischen Kolonien breitere Kreise des Finanzkapitals sättigen werde. Sie rechnete damit, diese nicht nur durch Zukunftsaussichten zu füttern, sondern ihnen schon jetzt etwas bieten zu können. Sie verhiess nicht nur die Durchführung eines Plans neuer bedeutender Kolonialerwerbungen, sondern konnte auch unverzügliche finanzielle Vorteile versprechen, wenn es zur Beteiligung der deutschen Banken an der Gewährung einer neuen Knebelanleihe für Portugal kam. Die Kapitalisten, die die notwendigen Mittel zur Durchführung dieser Finanzoperation mobilisierten, konnten damit rechnen, daß ihnen eine staatliche Garantie eingeräumt wurde. Bülow war der Meinung, daß der Reichstag zur Befriedigung eines derart „wichtigen nationalen Interesses“ nicht mehr davor zurückschrecken werde, für die Kredite zu stimmen. Zwar konnte man im Reichstag eine heftige Kritik an der Bereitschaft der Regierung erwarten, Delagoa England zu überlassen. Aber man war der Meinung, man werde diese Kritik umdrehen können. Möge der Reichstag in Zukunft noch größere Summen für den Flottenbau bewilligen, dann werde eine Wiederholung derartiger Zugeständnisse völlig ausgeschlossen sein.<sup>164</sup> Was aber die Agitation des Alldeutschen Verbandes anbetrifft, so drohte der Regierung von dieser Seite keine besondere Gefahr. Wenn die Grundinteressen der finanzkapitalistischen Gruppen befriedigt waren, würde diese Agitation, so konnte man annehmen, sofort gedämpftere Töne anschlagen. Gerade zu dieser Zeit schlug der Alldeutsche Verband Lärm über die Haltung, die die Regierung den Buren gegenüber einzunehmen bereit war. In der Presse und in der mündlichen Agitation behaupteten die alldeutschen Führer, keine von England zugestandene koloniale Kompensation könne eine ausreichende Rechtfertigung dafür bilden, daß „Stammesbrüder“ (die Buren) geopfert werden.<sup>165</sup> Insbesondere wurden viele entschlossene Worte über die von der Delagoabai nach Transvaal verlaufende Eisenbahn gesprochen: „Die Zukunft der von dieser Bahn erschlossenen Gebiete ist von hoher Bedeutung; mit der Delagoabahn fällt und steht da-

<sup>164</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3818, Bülow an Hatzfeldt, 22. Juni 1898. Bülow schrieb: „Indem wir den Engländern freie Hand in der Delagoabai und deren Hinterlande lassen, tun wir einen Schritt, welcher im ganzen deutschen Volke eine peinliche Mißempfindung erregen wird.“ Bei dieser Stelle schrieb Wilhelm an den Rand des Dokuments: „Ja, aber der Reichstag, das Volk selbst ist Schuld daran, welche mir 10 Jahre lang die Schiffe verweigerten!“

<sup>165</sup> In dieser Zeit des Alldeutschen Verbandes wird die Broschüre von F. Bley „Südafrika niederdeutsch“, München 1898, verstärkt vertrieben. (Siehe ferner Lothar Werner, „Der Alldeutsche Verband 1890–1918“, S. 144.)



her ein kaum zu schilderndes deutsches Interesse... Wir haben an der Delagoabucht wohlbegründete Ansprüche; die Bahn ist wesentlich mit deutschem Gelde gebaut“, solche Reden ertönten im Alldeutschen Verband.<sup>166</sup> Diese alldeutsche Agitation konnte für die Regierung vorläufig nur günstig sein. Die deutsche Diplomatie konnte sie zu ihren eigenen Zwecken benutzen. Bei Versuchen eines weiteren Drucks auf England berief sie sich auf diese als auf den Ausdruck der „öffentlichen Meinung“. Immerhin – solange die alldeutschen Kreise Lärm schlugen, mußte man damit ebenso rechnen wie mit dem Druck der Konservativen, die eine politische Annäherung an England befürchteten. Man mußte auch mit der Gruppe der Finanzleute und Industriellen rechnen, an deren Spitze Hansemann, der Direktor der Disconto-Gesellschaft, stand. Aus diesem Grunde war die deutsche Regierung bestrebt, solange die Abmachung über die portugiesischen Kolonien noch nicht getroffen war, den Inhalt ihrer Besprechungen mit England völlig geheimzuhalten. Außerdem befürchtete sie die Einmischung Frankreichs, das sie noch vor kurzem gegen England auf ihre Seite zu bringen versucht hatte. Aber hierbei entstanden neue Schwierigkeiten.

Es handelte sich darum, daß die unter dem Druck der Hauptparteien der herrschenden Klassen stehende Regierung Hohenlohe-Bülow sich bemühte, diesen keinen Anlaß zu geben, ihre Bereitschaft zur Annäherung an England zu erraten. Bei den Reichstagswahlen Mitte Juli 1898 erlitten diese Parteien (vor allem die Konservativen) trotz aller Bemühungen der Regierung, die Konservativen und die Nationalliberalen zu unterstützen, Verluste, während die Sozialdemokratie eine bedeutende Zahl von Stimmen und Mandaten erhielt. Es wuchs auch die Partei des katholischen Zentrums, aber nur deshalb, weil die Regierung ihr zum Zeichen ihrer Dankbarkeit für die Unterstützung des Gesetzentwurfs über die Verstärkung der Flotte ihrerseits bei den Wahlen geheime Unterstützung leistete. Die Regierung war der Meinung, daß man den politischen Katholizismus unbedingt als Damm gegen die sozialistische Bewegung ausnutzen müsse.<sup>167</sup> Auf diese Weise wuchs in dem neu zusammengesetzten Reichstag die Zahl der Anhänger einer Annäherung an England und verringerte sich die Zahl der Gegner dieser Annäherung.

Unter diesen Umständen bemühte sich die Regierung zu unterstreichen, daß sie keineswegs die Absicht habe, das neue Verhältnis der politischen Kräfte im Reichstag zu berücksichtigen. Die herrschenden Klassen mußten davon überzeugt sein, daß die „Sammlungspolitik“ der junkerlich-bürgerlichen Reaktion andauerte. Aus Erwägungen diplomatischen Charakters

<sup>166</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 18. September 1898, Nr. 38.

<sup>167</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 450.

jedoch mußte die Regierung die Bereitschaft zeigen, sich England zu nähern und in der Burenfrage diesem sogar behilflich zu sein. Dafür forderte sie eine Entlohnung, die aber vom Salisbury-Kabinet für allzu hoch gehalten wurde. Um aus dieser widerspruchsvollen Lage herauszukommen, brauchte die Regierung einen raschen und vielversprechenden diplomatischen Erfolg. Man mußte sich beeilen, um so mehr als die Manieren des imperialistischen Rivalen bekannt waren. Es war zu erwarten, daß England sich den Spanisch-Amerikanischen Krieg zunutze machen und einen Teil der portugiesischen und sogar der spanischen Kolonien als vollendete Tatsachen besetzen würde. Dann würde die deutsche Diplomatie auf dem trockenen sitzen. Auf jeden Fall verbreiteten die Franzosen recht eifrig das Gerücht, es sei England angeblich bereits gelungen, Portugal ein Militärbündnis aufzuzwingen, die formelle Kontrolle über die portugiesische Armee zu errichten und das Recht zu erwirken, im Notfall Lissabon zu besetzen.<sup>168</sup> Salisbury dementierte kategorisch diese Gerüchte, aber verdächtig war der Umstand, daß er den Abschluß der Besprechungen in dem von Deutschland geforderten Sinne auf jede Weise hinausschob.<sup>169</sup> Das Höchste, wozu sich Salisbury schließlich bereit erklärte, war, Deutschland den Anspruch auf den Südteil Angolas bis Egitto und auf den Nordteil von Moçambique mit Ausnahme von Blantyre zuzuerkennen.<sup>170</sup> Das rief in Berlin direkt Empörung hervor. Der Kaiser geriet in Wut und wollte gänzlich abwarten. „Sonst sieht es aus, als ob wir nur auf den Brocken warteten, den es ihm“ (Salisbury. *A. J.*) „passen wird, uns als Almosen hinzuwerfen.“<sup>171</sup> Aber was war da zu tun? Es blieb nur die Möglichkeit übrig, die Besprechungen mit England zu forcieren, und dabei tauchte noch die Gefahr auf, daß die berüchtigte Anleihe<sup>172</sup> Portugal von französischen Kapitalisten gewährt wurde, wodurch alle deutschen Karten und alle Pläne durcheinandergeworfen worden wären. Man mußte immer wieder die übliche diplomatische Taktik der Versprechungen und Drohungen anwenden. Selbst Balfour, der Lord des Schatzamtes, von dem man annahm, daß er am ehesten geneigt wäre, den deutschen Forderungen nachzugeben, konnte nicht mehr an sich halten und erklärte Hatzfeldt gereizt, die Engländer hätten es bereits satt, von Deutschland endlose Drohungen anzuhören, weil seine Forderungen

<sup>168</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3827, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 9. Juli 1898.

<sup>169</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4154, Richthofen an Hatzfeldt, 6. Juli 1898 (siehe B. D., Bd. I, Nr. 74, Salisbury an Gough, 9. Juli 1898).

<sup>170</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3837, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 20. Juli 1898 (siehe B. D., Bd. I, Nr. 78, Salisbury an Gough, 20. Juli 1898).

<sup>171</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3842, Richthofen an Eulenburg, 30. Juli 1898 (Bemerkung Wilhelms II.).

<sup>172</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3850, Richthofen an Hatzfeldt, 12. August 1898 (siehe ferner B. D., Bd. I, Nr. 72, Memorandum Berties, 30. Juni 1898).

nicht erfüllt würden.<sup>173</sup> Hatzfeldt versuchte mit dem zu drohen, was er selbst am meisten fürchtete: mit dem Abbruch der Besprechungen. Bülow drohte damit, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England kraß verschlechtern würden, falls dieses sich nicht zu Zugeständnissen bereit erkläre.<sup>174</sup> Mit der ihm eigenen Neigung zur Affektation erklärte Wilhelm dem englischen Botschafter, daß seine Geduld fast völlig erschöpft sei und daß er die diplomatischen Beziehungen zu England abbreche, wenn sich dieses in kolonialen Fragen nicht zu Zugeständnissen bereit erkläre. Er zürnte ganz besonders darüber, daß die englische Regierung es ablehnte, die Ansprüche Deutschlands auf Timor zu unterstützen. Die nach London gerichtete Bitte um diese Unterstützung stellte der Kaiser als Ausdruck seines ungewöhnlichen Entgegenkommens dar. Er sei nicht verpflichtet gewesen, die Engländer in einer Frage, die sie nichts angehe, zu befragen, und wenn er das trotzdem getan habe, so müsse das nach Gebühr gewürdigt werden. Überhaupt, so erklärte Wilhelm, sollten die Engländer begreifen, daß er sie nicht brauche und daß er ihnen, falls sie seine Kolonialforderungen nicht befriedigen, den Rücken kehren und es sofort fertigbringen werde, sich sowohl mit Rußland als auch mit Frankreich und mit den USA, kurzum, mit allen Rivalen Englands zu verständigen. Möge sich dann England selbst seine eigene Unnachgiebigkeit vorwerfen. Er, Wilhelm, habe für die Interessen Englands Verständnis und sei sogar bereit, ihm das portugiesische Blantyre zu überlassen, wenn es darauf bestehe; aber dafür möge England seinerseits die Rechte Deutschlands auf Timor anerkennen. Im übrigen sei er nicht bereit, sich mit England über diesen oder jenen einzelnen Punkt zu streiten, sondern fordere im allgemeinen eine wohlwollende Politik in Kolonialangelegenheiten. Deutschland habe gegenwärtig nicht die Absicht, das ihm ungünstige Bündnis mit England gegen Rußland abzuschließen, aber seine Unterstützung in einzelnen allgemeinpolitischen und kolonialen Fragen könne für England recht wesentliche Bedeutung haben. Das sei die Voraussetzung für eine Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen.

<sup>173</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3851, 3852, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 17. und 18. August 1898 (siehe B. D., Bd. I, Nr. 83, Balfour an Lascelles, 18. August 1898). Chamberlain lenkte die Aufmerksamkeit Balfours darauf, daß sich die Deutschen mit Erpressungen an England befaßten. Er schrieb: „Gewiß, wenn man dieses Abkommen als den Anfang einer freundschaftlichen Regelung mit Deutschland betrachten könnte, wäre ich der Meinung, daß der Preis, den wir gezahlt haben, nicht zu hoch war, aber ich fürchte, der ganze Ton der Besprechungen zeigt, daß wir ... in allen noch unge löst gebliebenen Fragen damit rechnen müssen, daß die Deutschen in Zukunft ebenso unvernünftig sein werden, wie sie es in der Vergangenheit waren. Aus diesen Erwägungen kann ich dem Abkommen keinen Enthusiasmus entgegenbringen.“ (Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 315, Chamberlain an Balfour, 23. August 1898.)

<sup>174</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3857, Bülow an das Auswärtige Amt, 20. August 1898.

Die Aktivität der deutschen Diplomatie beschränkte sich nicht auf Drohungen. Schon früher waren nach London Instruktionen gesandt worden<sup>175</sup>, den Engländern die rosigsten Aussichten zu verheißen, wenn sie sich nur bereit erklärten, das Abkommen über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien zu unterzeichnen. Die deutsche Diplomatie versuchte der englischen Regierung einzureden, daß sie sich durch ein solches Abkommen faktisch gegen einen Krieg mit Frankreich sichere. Wilhelm schlug sogar vor, ein Abkommen darüber abzuschließen, daß keine dritte Macht (er meinte Frankreich) zur Teilnahme an der bevorstehenden Aufteilung der portugiesischen Kolonien zugelassen werde.<sup>176</sup> Ferner sollte Hatzfeldt nach den Berliner Instruktionen die Engländer davon überzeugen, daß Frankreich, das in seinem Rücken das unzuverlässige oder gar eine drohende Haltung einnehmende Deutschland habe, es nicht wagen werde, wegen Südafrika einen Krieg gegen England zu beginnen. Auf diese Weise versuchte die deutsche Diplomatie die englischen Imperialisten davon zu überzeugen, daß man das von ihr vorgeschlagene Abkommen über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien als einen vielversprechenden Anfang betrachten müsse: Deutschland sei vorläufig nur an *dieser* Frage interessiert, aber es denke auch schon an andere Abkommen mit England über konkrete Fragen. In Erwartung dieser Möglichkeit binde es sich nicht die Hände durch ein Abkommen mit irgendeiner anderen Macht, aber es würde sich unter Umständen nicht genieren, sich den Gegnern Englands anzuschließen. Das war Erpressung in unverhülltester Form.

Aber auch die englische Diplomatie beschäftigte sich mit Erpressung ihres deutschen Partners. Sie war keineswegs geneigt, Deutschland einen Teil der portugiesischen Kolonien zu überlassen. Außerdem regten die Besprechungen über diese Frage lediglich den Appetit an, verstärkten die Aufdringlichkeit und erhöhten die Ansprüche des deutschen Imperialismus. Den einzigen Vorteil aus dem vorgesehenen Abkommen erblickte die englische Diplomatie in der Möglichkeit, auf diese Weise erreichen zu können, daß sich Deutschland einer weiteren Einmischung in Delagoa und Transvaal enthielt. „Mit anderen Worten“, so gestand Chamberlain, „wir lassen uns von Deutschland erpressen, um es zu veranlassen, sich dort nicht einzumischen, wo es eigentlich kein Recht zur Einmischung hat. Nun gut! Manchmal lohnt sich's auch, einen Erpresser zu spicken...“<sup>177</sup>

<sup>175</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3856, Richthofen an Hatzfeldt, 20. August 1898.

<sup>176</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3865, Aufzeichnung Wilhelms II., 22. August 1898; B. D., Bd. I, Nr. 87, Lascelles an Balfour, 22. August 1898; ferner Nr. 96, Lascelles an Salisbury, 2. September 1898.

<sup>177</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 315, Chamberlain an Balfour, 19. August 1898.

Schließlich gelang es Deutschland, nach einigem Hin und Her sowie dank beiderseitigem Nachgeben in Teilfragen ein Abkommen mit England zu erzielen. Am 30. August 1898 wurden zwei Konventionen unterzeichnet.<sup>178</sup> Die erste, nicht geheime, aber auch nicht veröffentlichte Konvention stellte die Bereitschaft beider Mächte fest, „Portugals Integrität und Unabhängigkeit zu erhalten“ und ihm eine Anleihe zu gewähren. Als Sicherheit für die Anleihe und die Zinsen waren Zolleinnahmen der portugiesischen Kolonien vorgesehen. Der Vertrag, der die Möglichkeit eines Bankrotts Portugals vorsah, räumte Deutschland das Recht ein, die Zölle im Südtteil Angolas und in dem nördlich vom Sambesi gelegenen Teil Moçambiques sowie in Timor zu vereinnahmen: das analoge Recht Englands erstreckte sich auf den Mittelteil Angolas und auf den südlich vom Sambesi gelegenen Teil Moçambiques. Die vorgesehene Anleihe der englischen und deutschen Bankiers sollte folglich „die Integrität und Unabhängigkeit“ Portugals etwa so halten, wie der Strick den Gehängten hält. Die zweite, absolut geheime Konvention sah die Bedingungen der Teilung oder, wenn man es anders nennen will, der Plünderung des Kolonialerbes des Gehängten vor: Falls es „als nicht möglich befunden werden könnte, die Integrität der südlich des Äquators liegenden afrikanischen Besitzungen Portugals wie auch die auf Timor aufrechtzuerhalten“, kamen England und Deutschland überein, sich in den erwähnten Gebieten die Handlungsfreiheit zu überlassen. Sie kamen ferner auf Vorschlag Deutschlands überein, keinen Fremden zur Aufteilung dieser Kolonien zuzulassen. Was aber Portugal anbetrifft, das nach der einen Konvention eine so mächtige Unterstützung seiner „Integrität und Unabhängigkeit“ erhielt, so büßte es nach der anderen Konvention seine „Integrität“ auf der Stelle ein und mußte sich mit „Unabhängigkeit“ allein begnügen. Die Wiedergabe dieser geheimen englisch-deutschen Abmachung würde unvollständig sein, wenn man nicht erwähnte, daß der Vertrag, der die Bedingungen der finanziellen und kolonialpolitischen Ausplünderung vorsah, auch die Formel des „Bedauerns“ an die Adresse Portugals enthielt, für den Fall, daß diese sorgfältig vorbereitete Operation an ihm vollzogen wurde.<sup>179</sup> Nach einer Charakteristik W. I. Lenins war das eine wahre „Perle!“<sup>180</sup>. Die im Entstehen be-

<sup>178</sup> Den Text der Verträge zwischen der deutschen und der englischen Regierung vom 30. August 1898 siehe G. P., Bd. 14, Nr. 3872 sowie B. D., Bd. I, Nr. 90 bis 91, Balfour an Lascelles, 31. August 1898.

<sup>179</sup> Hier der Text der Präambel der Geheimkonvention: „Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß es, ungeachtet der Bestimmungen der Konvention vom heutigen Datum, bedauerlicherweise als nicht möglich befunden werden könnte, die Integrität der südlich des Äquators liegenden afrikanischen Besitzungen Portugals wie auch die auf Timor aufrechtzuerhalten...“ usw.

<sup>180</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 475.

griffene Diplomatie des Imperialismus hat hier ihren klassischen Ausdruck gefunden. Der einzige in der Abmachung vorgesehene Tribut an die „öffentliche Meinung“ war das Gewand der ehrwürdigen Heuchelei, der übliche Tribut, den — wie bereits Dante bemerkte — das Laster der Tugend zu bringen pflegt. In diesem Fall konnte die dicke Schicht der Heuchelei kaum noch den beispiellosen Zynismus verdecken, mit dem zwei imperialistische Mächte das Ausschachten und Aufteilen der kolonialen Besitzungen einer dritten Macht, die einstmals durch Raub groß wurde und jetzt ihrerseits zum Gegenstand einer Raubabmachung wurde, in Angriff zu nehmen beabsichtigten. Das waren die ursprünglichsten Formen des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt in einer Situation, da ihre Aufteilung sich ihrem Abschluß näherte.

Das englisch-deutsche Abkommen blieb kein absolutes Geheimnis. Gerüchte darüber kamen von verschiedenen Seiten, und die europäische Diplomatie begann die Frage zu erörtern, ob hinter diesem Abkommen nicht ein geheimes Bündnis steckte. Mitte September kam Staal, der russische Botschafter in London, zu der kategorischen Schlußfolgerung: „Ein Bündnis ist natürlich nicht abgeschlossen.“ Aber die Petersburger Regierung hielt es für notwendig, festzustellen, wie weit das englisch-deutsche Abkommen ging.<sup>181</sup> Osten-Saken fiel es nicht schwer, den geschwätzigen Kaiser in ein Gespräch zu verwickeln. Der Kaiser gestand: „Es wurde ein Übereinkom-

<sup>181</sup> Die russische Regierung hatte eine recht umfangreiche Information über das englisch-deutsche Abkommen. Insbesondere erhielt sie ausführliche Mitteilungen von dem Botschafter in Madrid, Schewitsch. Auf Grund der Worte des portugiesischen Gesandten Macedo teilte Schewitsch mit, daß Balfour der portugiesischen Regierung gegenüber die Gerüchte über ein Abkommen mit Deutschland bestätigt und Portugal eine Anleihe für Lourenço Marques mit Sicherung durch die dortigen Eisenbahn- und Zolleinnahmen angeboten hatte. Außerdem zwang England Portugal eine riesige Anleihe in Höhe von 4500 Millionen Francs auf, die für die Staatsbedürfnisse Portugals bestimmt war und für die die Zoll- und Eisenbahneinnahmen „des gesamten Königreichs mit den Inseln und Kolonien“ als Garantie dienen sollten. Nach den Worten Macedos stellte England keinerlei politische Bedingungen. Das war nicht notwendig, da das „Einverständnis Portugals mit den englischen Vorschlägen seiner völligen Unterordnung unter die Oberhoheit Englands gleichbedeutend“ war. Was Deutschland anbetrifft, so hatte es nach der Meinung Macedos die Absicht, folgende Vorteile zu ziehen: 1. solche aus dem Abkommen mit England auf der Grundlage der Kolonialpolitik in Afrika, 2. solche aus der Teilnahme an Finanzoperationen, 3. solche aus einer stärkeren Annäherung an England. „Mit einem Wort“, so schloß Macedo, „besteht aller Grund zu der Annahme, daß die englische Regierung, wenn sie sich noch nicht ganz dem Dreibund angeschlossen hat, sich mindestens in den Hauptfragen, die dieses Bündnis begründete, verpflichtet hat, für Deutschland eine freundschaftliche Unterstützung zu schaffen, ebenso wie auch Deutschland sich seinerseits wahrscheinlich verpflichtete, der Entwicklung der Pläne Englands im Niltal und im Fernen Osten nicht zu widersprechen.“ (Архив МИД, П. А. 2117, Blatt 16, Depesche Schewitschs,

men erzielt“, so sagte er, „daß jeder Erwerb portugiesischer Kolonien durch England zwischen uns geteilt werden muß.“ „Das gibt mir gute Happen kolonialer Besitzungen und gute Kohlenstationen“, fuhr er schmunzelnd fort. „Wir haben unsere Einflusssphären in Afrika gegenseitig anerkannt. Da Deutschland der Besitzer einer großen Anzahl portugiesischer Wertpapiere ist, habe ich darüber hinaus ausbedungen, daß es keine englische Anleihe für Portugal geben wird, an der sich nicht auch Berliner Kapital beteiligt. Auf diese Weise“, so schloß er selbstzufrieden, „habe ich unsere zahlreichen Inhaber portugiesischer Staatspapiere vor allen neuen Eventualitäten gesichert.“ Nachdem er diese Seite der Angelegenheit geklärt hatte, nahm Osten-Saken die Klärung einer anderen wichtigeren Frage in Angriff, und zwar, ob Deutschland irgendwelche Verpflichtungen politischen Charakters gegenüber England übernommen hatte. „Niemals“, sagte der Kaiser mit Nachdruck. „Ich habe eindeutig erklärt, daß, falls England in einen Konflikt mit dem Kontinent gerät, ich die strikteste Neutralität wahren werde und nicht mehr.“ Die deutsche Diplomatie hat bei den Besprechungen mit England in der Tat ihre Neutralität angeboten, aber damals wurde diese Ware auf der Londoner Börse überhaupt nicht notiert und blieb deshalb unveräußert. Aber Osten-Saken, der das nicht wußte, schenkte Wilhelm Glauben und erschrak sehr, da er in der Erklärung des Kaisers „ein ernstes Symptom für eine Evolution der Politik des Berliner Kabinetts“ erblickte. Offenbar hatte der Kaiser mit einer solchen Wirkung gerechnet. Um noch mehr Eindruck zu machen, bemühte er sich, die Verantwortung für seine Annäherung an England Rußland zuzuschieben: „Sie haben meine früheren Befürchtungen in bezug auf England gekannt“, so erklärte er. „... Ich rief zur Wachsamkeit seinen Handlungen gegenüber auf. Ich rief Euch sogar zu: Gebt acht! Ich habe vergeblich versucht, Europa gegen diese allgemeine Gefahr zu einigen; mir, dem Abgewiesenen, blieb nichts anderes übrig, als mich mit England zu verständigen, wenn ich die Handelsinteressen, die Deutschland in allen fünf Erdteilen hatte, nicht opfern und vielleicht sogar das Schicksal meiner Kolonien aufs Spiel setzen wollte.“<sup>182</sup> Das einzige, was an diesen Worten der Wirklichkeit entsprach, war die Furcht, die der Kaiser und die deutschen Imperialisten stets verspürten, die Furcht, die bereits eroberten Kolonien zu verlieren. Ihrer Stärke nach war sie vielleicht nur noch mit der Gier zu vergleichen, neue Kolonien zu erobern. Alles andere ging darauf aus, durch das Ab-

Madrid, 20. [8.] Oktober 1898, Nr. 8.) Von den Erwägungen Maccos über das englisch-deutsche Bündnis kann man nur sagen, daß er vor lauter Angst übertrieben hat.

<sup>182</sup> «Красный архив», Bd. I.VI, S. 76/77, Brief Osten-Sakens an Murawjow (höchst persönlich und streng vertraulich), Berlin, 2. Dezember (20. November) 1898.

kommen mit England Rußland einzuschüchtern und es zu zwingen, für das deutsche Wohlwollen möglichst teuer zu bezahlen. Aber der Sinn des deutschen Erpresserspiels war in Petersburg auch diesmal durchschaut worden.<sup>183</sup>

In den eingeweihten politischen und diplomatischen Kreisen Deutschlands wurde der Abschluß dieses so sorgfältig ausgearbeiteten Abkommens über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien mit großer Befriedigung aufgenommen. Das schien ein Triumph jener Taktik der Drohungen und Erpressungen zu sein, die die deutsche Diplomatie Ende des 19. Jahrhunderts anzuwenden begann. Diese Taktik erhielt die laute Bezeichnung „freie Hand“. Besonders wohlgelaunt war Wilhelm. Er war einfach begeistert darüber, mit welchem, wie er meinte, Erfolg und Glanz diese Politik von Bülow<sup>184</sup>, dem Kandidaten für den Reichskanzlerposten, angewandt wurde. Aber Bülow hatte schon vorher seine Begeisterung darüber zum Ausdruck gebracht, wie glänzend diese Politik von Wilhelm selbst angewandt wurde, der bei Besprechungen -- nach Bülows Worten -- als *deus ex machina* auftrat, und zwar in dem geeignetsten Augenblick. In schmeicheľhaftesten Ausdrücken beilte er sich, die besondere Bedeutung dieser kaiserlichen Einmischung in die prosaische Aufteilung der portugiesischen Kolonien zu würdigen, die England nicht nur eine Lehre erteilen, sondern es auch „daran gewöhnen“ sollte, „Deutschland in allen Dingen auf dem Fuß der Gleichheit zu behandeln“<sup>185</sup>. Diese Taktik hat auch bei dem finsternen Holstein, den man gewöhnt war, für den Hort der preußischen diplomatischen Weisheit zu halten, und der der wahre Inspirator der Politik der „freien Hand“, des Ausspielens der Gegensätze vor allem zwischen Rußland und England war, die höchste Billigung gefunden. Nachdem er alles Für und Wider erwogen hatte, erklärte sich dieser „Hohepriester“ der deutschen Diplomatie und Außenpolitik bereit, die Vorteile des englisch-deutschen Abkommens anzuerkennen, wenn es sich nur auf die Fragen der Teilung und Neuaufteilung der Kolonien in Südafrika beschränke und wenn Rußland davon überzeugt sein werde, daß das Abkommen über diese Rußland unmittelbar gar nicht interessierende Frage nicht hinausgehe. In solchem Falle, so glaubte Holstein, wird sich Frankreich keiner Unterstützung Rußlands erfreuen, wenn es versuchen sollte, die Teilung Südafrikas zwischen England und Deutschland durch einen Krieg zu verhindern.

<sup>183</sup> «Красный архив», Bd. LVI, S. 77—79, Brief Murawjows an Osten-Saken, Liwadia, 12. Dezember (30. November) 1898.

<sup>184</sup> Anlaßlich des Abschlusses des englisch-deutschen Vertrages richtete Wilhelm an Bülow ein Danktelegramm, in dem er die diplomatische Kunst Bülows hervorhob, der es verstanden habe, England zum Nachgeben zu zwingen.

<sup>185</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3867, Bülow an Wilhelm II., 24. August 1898.



Die allgemeinpolitische Bedeutung des vorgesehenen Abkommens bestand für Deutschland folglich in der Möglichkeit, Frankreich zu isolieren. „Unter diesen Umständen“, so meinte Holstein, „kann Deutschland hoffen, ohne Kriegsgefahr seinen südafrikanischen Besitz zu erweitern.“ Es konnte jedoch eine ganz andere Lage entstehen, wenn mit England kein spezielles, sondern ein umfassenderes und allgemeineres Abkommen abgeschlossen wurde. Dann konnte Frankreich, das seinen Anteil an den südafrikanischen Kolonien forderte, den Krieg herbeiführen und dabei überzeugt sein, daß Rußland es unterstützen werde. In diesem Fall, so warnte Holstein, wird Deutschland vor dem Dilemma stehen: entweder Frankreich einen Teil der vorgesehenen Beute zu überlassen oder an zwei Fronten, gegen Frankreich und Rußland, zu kämpfen. In beiden Fällen, so folgerte Holstein<sup>186</sup>, wird dies ein völliges Fiasko der deutschen Politik bedeuten, die offensichtlich daran interessiert ist, die Erweiterung der Kolonialbesitzungen Deutschlands unter den Bedingungen der internationalen Isolierung eines jeden der möglichen Gegner anzustreben.

Da die englisch-deutsche Abmachung geheim blieb, konnte die Presse ihren Inhalt und ihre eventuellen allgemeinpolitischen Ergebnisse nicht erörtern. Aber nach dem Abschluß dieser Abmachung änderte die offiziöse Presse den Ton. Sie begann zu behaupten, daß die Delagoabai keine wesentliche Bedeutung für die Buren habe. Der Reichstag konnte die Bedingungen des Abkommens ebensowenig erörtern. Aber dafür wurde dieses Abkommen im Alldeutschen Verband einer gründlichen Prüfung unterzogen. Auf der Tagung des Alldeutschen Verbandes im September wurde die Regierungspolitik in dieser Frage der schärfsten Kritik ausgesetzt. Der Referent, ein gewisser Doktor Greismann, erklärte: „Also, es ist völlig klar: Wir haben die Buren verschachert.“ Die alldeutschen Imperialisten waren durch die eventuellen „Kompensationen“, von denen sie bereits als von ihnen wohlbekannten Dingen sprachen, nicht befriedigt. Sie behaupteten, das von der Regierung kürzlich mit England unterzeichnete Abkommen sei „um vieles schlechter als der berühmte Vertrag über Sansibar“, und ließen sich demagogisch über das Schicksal der „deutschen Stammesbrüder in Südafrika“ aus. Unter dem chauvinistischen Beifall der gesamten Tagung schrie Greismann: „Sollte es aber eintreten, so begraben wir wieder einmal eine Hoffnung auf die deutsche Zukunft eines herrlichen Stückes fruchtbarer Erde!“<sup>187</sup> Ferner beschloß die Alldeutsche Tagung, an den Reichskanzler Hohenlohe einen kategorischen Protest gegen das englisch-deutsche Abkommen zu richten. Dieser Protest enthielt wenig Tränen über das Schicksal der Buren, „der deutschen Stammesbrüder“, dafür aber eine Menge

<sup>186</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3868, Aufzeichnung Holsteins, 26. August 1898.

<sup>187</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 18. September 1898, Nr. 38.

Zahlen über die Förderung des Goldes in Transvaal, das in die englischen Taschen fließen würde, und viel Besorgnis darüber, daß es Deutschland nicht gelinge, in Südafrika ein eigenes Kolonialreich zu schaffen.<sup>188</sup> Die offiziöse Presse behauptete weiterhin, die Kritik an dem englisch-deutschen Abkommen sei gegenstandslos, da niemand seinen wahren Inhalt kenne. Sie forderte Vertrauen in die allwissende, allgütige und allschende Regierung.

Somit hatte die deutsche Diplomatie im Laufe der Besprechungen mit England alles über die Möglichkeit einer ungehinderten Eroberung der portugiesischen Kolonien erkundet, alles für die Methoden dieser Eroberung vorgesehen und alles gegen eventuelle internationale Komplikationen gesichert. Sie hatte nur das eine nicht vorausgesehen, nämlich, daß es ihr nie gelingen werde, dieses wunderschöne Abkommen zu verwirklichen. Die englisch-deutsche Geheimkonvention konnte nur dann in Kraft treten, wenn sich Portugal an die englischen und deutschen Bankiers mit der Bitte wandte, ihm eine Anleihe zu gewähren. Deutschland mußte lange und hoffnungslos auf diesen ersuchten Fall warten. Unter dem Einfluß der Einflüsterungen, die aus der nächsten Umgebung des Prince of Wales, des künftigen Königs Eduard VII., kamen, zeigte die Lissaboner Regierung keine Neigung, selbst anzustreben, daß die englischen und deutschen Bankiers eine goldene Schlinge über Portugal werfen. Mehr noch, sie enttäuschte ganz offensichtlich die deutschen Triumphatoren der Politik der „freien Hand“, als sie diese von ihrer Bereitschaft in Kenntnis setzte, ihre Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern zu regeln. Kaum ein Jahr nach dem Abschluß des Geheimabkommens mit Deutschland über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien schloß die englische Regierung mit Portugal einen Geheimvertrag (das sogenannte Windsor-Protokoll) ab, der die „Integrität“ des portugiesischen Kolonialbesitzes garantierte.<sup>189</sup> Natürlich warf dieser Vertrag die deutschen Pläne einer Neuaufteilung der Kolonien auf Kosten der portugiesischen Besitzungen im Grunde über den Haufen. Der englische Imperialismus war noch stark genug, die Übergabe der Kolonien, die dem von ihm abhängigen Portugal gehörten, in die Hände seines jungen und aufdringlichen Rivalen zu verhindern. Auf seine Flotten- und Finanzmacht gestützt, war er noch imstande, unter Zuhilfenahme allein der diplomatischen Mittel eine weitere Ausdehnung der deutschen Besitzungen in Südafrika zu verhindern, indem er Deutschland durch große Zugeständnisse auf fremde Kosten, und zwar nur auf dem Papier entschädigte. Der große diplomatische Sieg des einen „Platz an der Sonne“

<sup>188</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 25. September 1898, Nr. 39.

<sup>189</sup> Über die Umstände des Abschlusses des englisch-portugiesischen Vertrages siehe B. D., Bd. I, Nr. 111–121.

suchenden deutschen Imperialismus über den englischen erwies sich diesmal als ein Pyrrhussieg. Die deutsche Diplomatie hatte „freie Hand“ behalten, ohne zunächst zu merken, daß die Hand leer blieb. Das Interesse der englischen Imperialisten an Portugal und seinen Kolonien war zu groß, als daß die Regierung Salisbury es hätte wagen können, sie zugunsten seines neuen aufdringlichen Konkurrenten zu opfern. Deutschland dagegen konnte dem nichts entgegenstellen außer diplomatischen Kunststückchen und durch nichts bekräftigte Drohungen. Das Kräfteverhältnis war noch so, daß der englische Imperialismus, der bestrebt war, sein Kolonialmonopol zu erhalten und sogar zu erweitern, zwar mit den Ansprüchen seines wachsenden Rivalen rechnen mußte, aber immerhin nicht in dem Maße, das ihn zwang, ihm nachzugeben. Dadurch blieb die Teilnahme Deutschlands an der Neuaufteilung der portugiesischen Kolonien illusorisch. Das alles stellte sich erst später heraus. Einstweilen nahm die deutsche Diplomatie, befriedigt von dem diplomatischen Siege, dessen illusorischen Charakter sie vorläufig noch nicht erkannt hatte<sup>190</sup>, mit neuer Energie die Verwirklichung des anderen Teils des Planes in Angriff, der von den leitenden kolonialimperialistischen Kreisen umrissen war. Diesmal waren die Kolonialbesitzungen Spaniens im Stillen Ozean das Opfer.

<sup>190</sup> Die deutsche Regierung hat ihren Mißerfolg offenbar lange Zeit nicht einmal gehäht. Die Mitteilung Bülows, daß er von der Existenz des Windsor-Vertrages kurz nach seiner Unterzeichnung erfahren habe, ruft starke Zweifel hervor. Da sie durch keinerlei Tatsachen belegt ist, muß diese Mitteilung als gute Miene zum bösen Spiel angesehen werden. In dieser Kunst war Bülow zweifellos ein unübertroffener Meister. (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 274.)

---

 KAPITEL IX

Der Spanisch-Amerikanische Krieg,  
die Verstärkung der antislawischen Politik  
des deutschen Imperialismus,  
die deutsche Diplomatie und die Bagdadbahn  
1898–1899

I

Im Frühjahr und Sommer 1898, als sich die deutsche Diplomatie so eifrig um ein Abkommen mit England über die Aufteilung der einst von Portugal eroberten Kolonien bemühte, spielten sich im Stillen Ozean wichtige Ereignisse ab. Im April begannen die Vereinigten Staaten von Amerika einen imperialistischen Krieg gegen Spanien, einen Krieg, der, wie Lenin später bemerkte, einen der ersten und wichtigsten Marksteine „der neuen Epoche der Weltgeschichte“<sup>1</sup>, der Epoche der Herrschaft des Finanzkapitals, der Epoche des Imperialismus darstellte. Zu dieser Zeit war die territoriale Aufteilung der Welt im wesentlichen bereits abgeschlossen. Spanien, das einstmals die größte europäische Handels- und Kolonialmacht war, hatte sich jetzt, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in einen äußerst rückständigen Agrarstaat verwandelt, in dem die herrschenden feudalreaktionären Elemente und die katholische Kirche die Monarchie unterstützten, wo die Volksmassen in Armut lebten, wo das zahlreiche Offizierskorps der Armee und der Flotte durch Müßiggang und unerhörte Korruption demoralisiert war. Ein solcher Staat erwies sich als unfähig, an der allgemeinen Jagd nach Kolonien teilzunehmen, der sich die imperialistischen Mächte gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit einer beispiellosen Energie hingaben. Jetzt, um die Jahrhundertwende, mußte Spanien selbst die ersten Schläge des neuentstandenen Imperialismus verspüren. Seine Kolonien, Kuba und die Philippinen, wurden die ersten Opfer der imperialistischen Neuaufteilung der territorialen Besitzungen zugunsten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Lang war es her, da sich diese überseeische Republik mit der Beendigung des Bürgerkriegs und mit dem Siege des industriellen Nordens über

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, S. 4.

den Sklavenhaltersüden die Sympathien fortschrittlicher Menschen in der Welt erworben hatte. Es stellte sich bald heraus, daß dieser Sieg, der den Einfluß der Plantagenbesitzer und ihrer wilden Sitten auf das politische Leben des Landes keineswegs beseitigt hatte, den Weg für die rasche kapitalistische Entwicklung der USA ebnete. Wie J. W. Stalin bemerkte, brauchten die USA nach dem Bürgerkrieg „ganze 30–40 Jahre . . ., um ihre Industrie mit Hilfe von Anleihen und langfristigen Krediten von außen und durch Ausplünderung der anliegenden Staaten und Inseln aufzubauen“<sup>2</sup>. Und in der Tat verwandelten sich die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts bereits in eine der größten imperialistischen Mächte, die zur Expansion, zur Schaffung eines eigenen Kolonialreichs drängten. Schon damals begannen die Weltherrschaftspläne in den imperialistischen Kreisen der USA greifbare Formen anzunehmen. Unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie wurde die Herrschaft des Finanzkapitals – der Großbanken und der mit ihnen verbundenen Truste – errichtet. „Das amerikanische Volk, das“, nach den Worten W. I. Lenins, „der Welt das Vorbild eines revolutionären Krieges gegen die feudale Sklaverei gegeben hatte, geriet in die moderne, kapitalistische Lohnsklaverei unter einer Handvoll Milliardäre . . .“<sup>3</sup> Ihre Interessen waren es gerade, die eine entscheidende Rolle in der Politik des Weißen Hauses und insbesondere in der Politik des für die auswärtigen Angelegenheiten zuständigen State Departments zu spielen begannen. Das zeigte sich in vollem Maße bereits während der Wahlkampagne von 1896.

Im Laufe dieser Kampagne hatte die Republikanische Partei, die für den Posten des Präsidenten ihren Kandidaten MacKinley aufstellte, erstmalig ein Programm ausgearbeitet, dessen Inhalt ganz und gar von den Kräften des Imperialismus diktiert war. Diese Kräfte forderten weitere Ausdehnung des Schutzzollsystems und Einführung der Goldwährung. Sie forderten den raschesten Bau eines Kanals zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean. Sie forderten eine rechtskräftige Form für die Eroberung der Hawaii-Inseln. Besonders beharrlich aber forderten sie die Befreiung Kubas von spanischer Herrschaft.

Unter der Flagge des Kampfes für die Befreiung Kubas strebte der amerikanische Imperialismus danach, in Kuba einzufallen, um es sich, notfalls um den Preis eines Krieges gegen Spanien, unterzuordnen. Der Erwerb Kubas war eine alte Forderung der Politikaster aus den Reihen der

<sup>2</sup> J. W. Stalin, „Rede in der Versammlung der Arbeiter der Stalin-Eisenbahnwerkstätten der Oktober-Eisenbahn“, 1. März 1927; Werke, Bd. 9, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 151.

<sup>3</sup> W. I. Lenin, „Brief an die amerikanischen Arbeiter“; „Über den Kampf um den Frieden“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 201.

Plantagenbesitzer der Südstaaten. Jetzt begannen die amerikanischen Truste, die auf Kuba Zuckerrohr- und Tabakplantagen besaßen, die Großbanken, Eisenbahngesellschaften und Handelsfirmen von New York, Boston und Philadelphia diese Forderung noch energischer zu erheben.<sup>4</sup> Nachdem die Vereinigten Staaten (im Jahre 1894) einen hohen Zuckercoll eingeführt hatten, machten sich auf Kuba, das den Hauptabsatzmarkt für seine Produktion eingebüßt hatte, schwerste wirtschaftliche Störungen bemerkbar<sup>5</sup>, was die Bewegung für die Befreiung von der spanischen Herrschaft noch verstärkte. Unter diesen Umständen begann die Regierung des Präsidenten Cleveland, eines Repräsentanten der Demokratischen Partei, insgeheim die kubanischen Flibustiers zu unterstützen, die mit der Waffe in der Hand gegen die spanischen Behörden kämpften. Um die Bewegung auf Kuba abzuwürgen, griff der aus Madrid entsandte General Weyler zu Mitteln, die für die damalige Zeit in ihrer Grausamkeit unerhört waren. Die amerikanischen Monopolherren bemühten sich, seine Aktionen als einen bequemen Vorwand auszunutzen, um in den USA eine lärmende Kampagne zugunsten einer Einmischung in den spanisch-kubanischen Konflikt zu entfesseln. So wurde eine diplomatische Einmischung vorbereitet, die die wahren Ziele des amerikanischen Imperialismus tarnen sollte.

Als MacKinley nach dem Siege der Republikanischen Partei (im März 1897) in das Weiße Haus einzog, setzte er zunächst die allgemeine Linie seines Vorgängers fort. Die neuen, an Madrid adressierten Noten aus Washington strotzten ebenso wie die früheren Noten von laut tönenden Worten über Frieden und Gerechtigkeit für das kubanische Volk. Das hinderte die amerikanische Diplomatie jedoch nicht daran, in Madrid zugleich insgeheim den Vorschlag zu machen, den Aufstand auf Kuba gemeinsam niederzuschlagen unter der Bedingung, daß die spanische Regierung ihre Interessen in diesem Lande an die Vereinigten Staaten abtrete.

Nachdem die spanische Regierung der Annahme dieses heimtückischen Vorschlags ausgewichen war, schlug der amerikanische Imperialismus endgültig den Kurs auf einen Krieg ein. Im Januar 1898 wurde das Kriegsschiff „Maine“ nach Havanna geschickt; drei Wochen später explodierte es unter geheimnisvollen Umständen. Die Explosion kam gerade zur rechten

<sup>4</sup> Achille Vialatte, „Essais d'histoire diplomatique américaine“, Paris 1905, S. 219. Zu dieser Zeit betrug der Handel der USA mit Kuba rund 100 Millionen Dollar jährlich, und die Investitionen machten rund 50 Millionen Dollar aus. (A Schlesinger, „Political and Social History of the United States, 1829–1925“, New York 1927, S. 418.)

<sup>5</sup> Eine nicht geringe Rolle spielte bei der Verschärfung der Krise auf Kuba auch die Konkurrenz Spaniens, das in einem seiner Heimatgebiete, in Kastilien, den Zuckerrübenbau förderte.

Zeit. In den Vereinigten Staaten brach ein beispielloses nationalistisches Fieber aus. Der Kongreß beeilte sich, für Kriegskredite zu stimmen, während MacKinley, der sich nach wie vor in die Toga des Friedensstifters hüllte, an Spanien eine Note nach der anderen richtete, bis er es glücklich zum Kriege gebracht hatte. Es begann die Blockade von Kuba, aber zugleich schickte die amerikanische Regierung ein Geschwader auch nach den Philippinen.

Auf diese Weise brach auf dem Stillen Ozean, dieser gewaltigen Arena der imperialistischen Rivalität, in der sich soeben auch Deutschland festgesetzt hatte, ein Kriegsbrand aus. Mußten die deutschen Imperialisten, kaum daß sie den Brandgeruch verspürten, nicht aufhören und sich dorthin stürzen, wo man, wie es schien, das allgemeine politische Durcheinander ausnutzen konnte, um auch für sich ein Beutestück zu ergattern?<sup>6</sup> Vor allem war es aber wichtig, die Haltung der herrschenden Kreise Englands zu klären, die zunächst befürchteten, daß der Krieg nicht nur mit der Niederlage Spaniens, sondern auch mit dem Untergang der spanischen Monarchie enden könnte; diese Befürchtungen waren von den reaktionären Sympathien der alten englischen Aristokratie und Finanzoligarchie für die spanische Bourbonendynastie diktiert, in noch höherem Maße jedoch von der Sorge um die Unversehrtheit der britischen Kapitalinvestitionen auf der Pyrenäenhalbinsel.

Aber bald begannen sich die prospanischen Sympathien der konservativen Kreise Englands zu ändern. Die gesamte konservative Presse und vor allem die den Regierungskreisen nahestehende Presse stellte sich mit geringen Ausnahmen auf die Seite der USA. Die imperialistische Presse begann die Einheit der Interessen der angelsächsischen Welt zu besingen, und Joseph Chamberlain trat, wie wir wissen, als Verfechter des englisch-amerikanischen Bündnisses auf. Er verkündete den Anbruch jener Zeiten, da sich der englische, amerikanische und deutsche Imperialismus zum Kampf gegen Rußland und Frankreich vereinigen würden. Der Prophet hatte aber Pech. Als der amerikanische Imperialismus Spanien entgegentrat, stimmte die Einstellung Deutschlands und Englands zu diesem Konflikt keineswegs überein. Mitte April 1898 neigte sich die deutsche Regierung dem Plan einer diplomatischen Einmischung zugunsten Spaniens zu, während sich das englische Kabinett offensichtlich der Unterstützung der USA zuzuneigen begann.<sup>7</sup>

Der Krieg zwischen den USA und Spanien rief unter den politischen Parteien Deutschlands große Verwirrung hervor. Die Ausdehnung des

<sup>6</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 188, Notiz Klehmets, 16. März 1898.

<sup>7</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 299, Chamberlain an Balfour, 17. April 1898.

Schutzzollsystems in den USA und in Deutschland wirkte sich politisch so aus, daß sich die Beziehungen zwischen diesen jungen, zur Expansion drängenden imperialistischen Mächten wesentlich verschlechterten. Als der Krieg der USA gegen Spanien dicht bevorstand, sprachen sich die deutschen konservativen Parteien und ihre Presse offen für Spanien aus. Die in diesen Kreisen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rivalität mit den USA entstandenen amerikafeindlichen Stimmungen wurden durch Sympathien für die spanische Monarchie ergänzt. Die militärischen und junkerlichen Kreise konnten sich, vom Haß gegen die amerikanische „Demokratie“ erfaßt, nicht vorstellen, wie es eine überseeische Republik, die, wie sie sagten, von „Straßendemagogen“ geleitet wurde, wagen konnte, gegen eine monarchische Macht zu kämpfen, die sich in bedeutendem Maße auf ihre Armee stützte.<sup>8</sup> Die Frage der Einstellung zum Spanisch-Amerikanischen Krieg wurde um so akuter, als er mit dem Kampf der politischen Parteien in der Wahlkampagne für den Reichstag zusammenfiel. Der Krieg führte zur Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und brachte dadurch den deutschen Agrariern nicht geringe Vorteile. Das konnte jedoch ihre Sympathien für das monarchische Spanien nicht erschüttern. Die Agrarier stürzten sich mit amerikafeindlichen Lösungen in die Wahlkampagne. Die reaktionäre Presse der preußischen Gutsbesitzer tobte und wetterte gegen die „gemeinen Motive, von denen die Yankees besessen sind“, und entlarvte die „Interessen der Pfeffersäcke“<sup>9</sup> in Amerika, als ob ihr selbst derartige Motive und Interessen fremd gewesen wären. Die Presse, die die Ansichten der Nationalliberalen widerspiegelte, ließ sich über die amerikanische „Demokratie“ aus, in deren Politik, wie sie nicht ohne Grund behauptete, „ungebildete Emporkömmlinge und reine Spekulanten den Ton angeben“<sup>10</sup>. Im Grunde aber vermochte diese Presse, die sich in die Toga des auf deutschem Boden nur geheuchelten „europäischen Parlamentarismus“ hüllte, kaum noch die Verbitterung der deutschen Industriellen zu verbergen, die darauf zurückzuführen war, daß ihren Waren der Zutritt zum amerikanischen Markt äußerst erschwert wurde. Die amerikafeindlichen Stimmungen dehnten sich so weit aus, daß sie auch die Kreise des katholischen Zentrums erfaßten; die Sympathien dieser Kreise zum katholischen Spanien verbanden sich mit der Aufdeckung

<sup>8</sup> So behauptete zum Beispiel General Boguslawski, der Krieg werde mit einem Siege Spaniens enden. Der ehemalige preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorff war davon überzeugt, daß die Flotte der USA unfähig sein werde, in offener Schlacht gegen die spanische Flotte einen Erfolg zu erzielen. (Alfred Vagts, „Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik“, Bd. 2, London 1935, S. 1313.)

<sup>9</sup> „Kreuzzeitung“ vom 9. März 1898.

<sup>10</sup> „Kölnische Zeitung“ vom 8. März 1898.



der Rolle der berüchtigten „Zuckerfrage“ in der amerikanischen Politik. Die „Hofdemokraten“ beschränkten sich auf räsonierende Auslassungen über die „egoistischen Interessen der amerikanischen Großkapitalisten“ und über die „Kolonialsünden“ der spanischen Behörden. Nur die „freisinnigen“ „Demokraten“ begrüßten das Auftreten und den Sieg des amerikanischen Imperialismus über das halbfeudale Spanien als einen „Sieg der Kultur über ein morsches und rückständiges Staatsgebilde“. Eine Ironie des Schicksals wollte es, daß dieser Standpunkt am meisten den wahren, wenn auch geheimgehaltenen Interessen und Stimmungen der Magnaten des deutschen Finanzkapitals entsprach. In dem Auftreten des amerikanischen Imperialismus erblickten diese Magnaten das Vorbild ihrer eigenen Zukunft, während sie ihre unmittelbare Aufgabe darin erblickten, unverzüglich Nutzen herauszuschlagen. Zum 50. Jahrestag der Revolution von 1848 war eine derartige Haltung der Freisinnigen kein schlechter Ausdruck für das, wozu die Söhne der schöngeistigen bürgerlichen Märzdemokraten aus der Paulskirche von Frankfurt am Main entartet waren.

Aber auch die Sozialdemokraten begriffen nicht die historische Bedeutung dieses Krieges als eines Krieges, der den Anbruch der Ära des Imperialismus ankündigte. Im Grunde bezogen sie, besonders in der ersten Etappe des Krieges, eine Stellung, die sich von der der entarteten „freisinnigen“ bürgerlichen Demokraten in nichts unterschied. Die führende sozialdemokratische Presse war darüber gerührt, daß es einer jungen republikanischen Macht, die keine militaristische Grundlage hatte und nicht von den Plänen des uferlosen Flottenbaus schwärmte, gelungen war, so bedeutende Erfolge über die „alte aristokratische Militärmonarchie“ zu erringen.<sup>11</sup>

In der Wahlkampagne traten die Sozialdemokraten den preußischen „Kasernenhofpolitikern“ entgegen und forderten unter Berufung auf die amerikanischen Erfahrungen die Einführung eines Milizsystems, das auf der Grundlage der Freiwilligkeit beruhte, auch in Deutschland. Aber gerade diese Forderung zählte mit zu denen, die den Standpunkt der Sozialdemokraten so kraß von dem Standpunkt der politischen Parteien der herrschenden Klassen unterschieden. Mit Ausnahme vielleicht der Freisinnigen machten sich alle diese Parteien den spanisch-amerikanischen Konflikt zunutze, um die Wahlkampagne des Jahres 1898 in hohem Maße unter den Losungen einer weiteren Verstärkung der Armee und vor allem des Baus einer großen Kriegsflotte durchzuführen. Eine solche Richtung der sich entfaltenden Kampagne entsprach voll und ganz den Absichten der Regierung und, noch weiter genommen, auch den Absichten der finanz-

<sup>11</sup> „Vorwärts“ vom 19. Mai 1898.

kapitalistischen Kreise, deren Einfluß auf den politischen Kurs der Regierung immer ausschlaggebender wurde.

Aber anderseits war die außenpolitische Aktivität der Regierung in gewissem Grade gefesselt. Selbst jene, die einen wahren Zeitungskrieg gegen die amerikanische „Demokratie“ zum Schutz der spanischen Monarchie führten, forderten von der Regierung nicht, daß sie einen Kurs auf direkte Einmischung einschlagen möge. Aus Madrid ertönte ein Jammern, daß in Spanien eine Revolution unvermeidlich sei, falls man der Bewegung der Kubaner und den Forderungen der USA nachgebe.

Wilhelm war schon nahe daran, den Augenblick für gekommen zu erachten, da sich Deutschland auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der monarchischen Prinzipien an die Spitze einer diplomatischen Intervention aller europäischen Mächte zum Schutz der spanischen Monarchie stellen könnte. Aber dieser Plan einer Aktion zur Unterstützung monarchischer Prinzipien wurde sofort verworfen. Es war klar, daß man unter der Flagge der Verteidigung der *Monarchie* unmöglich die Unterstützung seitens der französischen *Republik* erhalten konnte. Noch stärker wurden diese Pläne Wilhelms, die von agrar-konservativen Kreisen inspiriert waren, durch die Einwirkung bürgerlich-imperialistischer Kreise und Interessen gestört. In diesen Kreisen forderte niemand (zum mindesten nicht in der Presse) eine Einmischung. Mehr noch, von allen Seiten, mit Ausnahme vielleicht nur der katholischen Presse, wurden Forderungen nach strenger Neutralität laut, trotz und sogar entgegen den offenen oder geheimen politischen Sympathien. „Ein großer Teil der Exportindustrie“, so schrieb damals die von Maximilian Harden redigierte „Zukunft“, „ist... für Spanien und würde dem transatlantischen Konkurrenten... gern eine schwere Niederlage gönnen. Unsere größten Banken stehen und fallen aber mit Amerika, und ihre Leiter, die zu klug sind, um einen dauernden Erfolg des zermorschten Spanierreiches überhaupt für möglich zu halten, wünschen nur, die Yankees möchten recht bald einen entscheidenden Sieg erringen. Dieser Zwiespalt findet seinen Ausdruck auch in einem Teil der politischen Presse, der zuerst in unbegreiflich senilem Marasmus oder unter dem Einflusse industrieller Exporteure, mit der üblichen Vollheit und Ganzheit für die edlen Spaniolen Partei nahm und nun allmählich, vielleicht unter dem Druck der Bankmeinung, nach Amerika abzuschwenken beginnt. Mit Humanität und Kreuzfahrerromantik ist heutzutage nichts mehr zu machen.“<sup>12</sup>

In der Tat, die monarchische Romantik wurde beiseite geworfen, unverhüllte bürgerliche Berechnung trat auf die Bühne. Es tauchten Befürch-

<sup>12</sup> „Die Zukunft“ vom 14. April 1898. (Zitiert nach Alfred Vagts, „Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik“, Bd. 2, S. 1315, Anmerkung 5.)

tungen auf, daß England und Frankreich Deutschland zu einer Aktion zum Schutz der spanischen Monarchie provozieren könnten, um im letzten Augenblick den Initiator der Aktion zu verraten und daraus Kapital für ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA zu schlagen. Im amerikanischen Außenhandelsumsatz mit den europäischen Ländern stand Deutschland an zweiter Stelle – nach England und vor Frankreich.<sup>13</sup> Diesen Platz seinen Konkurrenten und Rivalen abzutreten hätte bedeutet, die Demonstration der Unterstützung monarchischer Prinzipien zu teuer zu bezahlen. Lohnte es sich, die Interessen der wirtschaftlichen Beziehungen zu der überseeischen Republik im Namen einer Demonstration zu riskieren, die offensichtlich zum Scheitern verurteilt war? In die europäische Presse sickerten bereits Gerüchte über eine scharfe Note durch, die der deutsche Kaiser an die amerikanische Regierung zu richten beabsichtigte. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit mußte man befürchten, daß sich eine solche Demonstration als eine Zweitaufgabe der berüchtigten Krüger-Depesche erweisen würde. Das Risiko war also groß. Deshalb beschloß die deutsche Diplomatie, hinter dem Rücken ihres Bundesgenossen Österreich-Ungarn zu handeln.<sup>14</sup> Ebenso wie Rußland oder Italien hatte die Donaumonarchie im Grunde nur unbedeutende wirtschaftliche Beziehungen zu den USA, und sie hatte in dieser Hinsicht nichts zu riskieren. Zugleich hatte Österreich-Ungarn traditionelle katholische und dynastische Bindungen zur spanischen Monarchie. Aber die österreichisch-ungarische Regierung wollte es offensichtlich vermeiden, die Initiative in ihre Hände zu nehmen.<sup>15</sup>

Im Februar 1898, als man die Entfesselung des Krieges durch die USA von Tag zu Tag erwarten konnte, begann die spanische Diplomatie, die Berliner Regierung, die Initiatorin der diplomatischen Einnischung des „vereinigten Europas“ und Verteidigerin des Legitimismus, mit Bitten zu überhäufen, wobei sie um Hilfe und um Verhütung des Krieges flehte, der für sie die Niederlage mit sich bringen mußte. Die deutsche Regierung bemühte sich, der Verwirklichung ihrer eigenen Projekte auszuweichen. Sie

<sup>13</sup> Nach offiziellen Angaben, die von Bülow zitiert wurden, betrug der Export Englands nach den USA rund 170 Millionen Dollar – derjenige Deutschlands 94 Millionen Dollar, der Frankreichs 66 Millionen Dollar; der Export der USA nach England wurde auf 406 Millionen Dollar, nach Deutschland auf 97 Millionen Dollar und nach Frankreich auf 47 Millionen Dollar beziffert. Der Präsident hatte das Recht, einzelnen Staaten besondere Zollprivilegien einzuräumen. (G. P., Bd. 15, Nr. 4118, Rotenhan an Eulenburg, 29. September 1897.)

<sup>14</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4119, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 30. September 1897.

<sup>15</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4122, Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 15. Oktober 1897.

war bereit, die Initiative an Frankreich abzutreten<sup>16</sup>, indem sie sich auf dessen bedeutende finanzielle Interessen in Spanien berief. Daraus wurde nichts. Den gleichen Ausgang hatte ein erneuter Versuch der deutschen Diplomatie, hinter dem Rücken Österreich-Ungarns zu handeln.<sup>17</sup>

Offenbar hatte keiner die Absicht, für seine Bundesgenossen und erst recht nicht für seine Feinde oder Konkurrenten die Kastanien aus dem Feuer des heraufziehenden Spanisch-Amerikanischen Krieges zu holen. Jeder fürchtete, sich die Finger zu verbrennen. Am wenigsten konnte man damit rechnen, daß England sich an Aktionen europäischer Mächte gegen den zum Sprung auf die spanischen Kolonialbesitzungen ansetzenden amerikanischen Imperialismus beteiligte. Die englische Presse brachte ihre Sympathien für die „amerikanischen Brüder“ offen zum Ausdruck. Dahinter verbarg sich zweifellos eine Abmachung zwischen England und den USA. Indem die englischen Imperialisten den amerikanischen Imperialisten freie Hand ließen, mit Spanien abzurechnen, waren sie bestrebt, sich eine wohlwollende Haltung der USA für den Fall eines Krieges in Südafrika und in chinesischen Angelegenheiten zu sichern.<sup>18</sup> Deutschland stand vor der

---

<sup>16</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4123, Bülow an Radowitz, 15. Februar 1898. „Die Franzosen sind in Spanien finanziell viel stärker als wir engagiert“, schrieb Bülow am 30. September 1897, „dagegen besitzt Deutschland in Amerika weit erheblichere wirtschaftliche Interessen als Frankreich.“ (G. P., Bd. 15, Nr. 4120. Bülow an das Auswärtige Amt, 30. September 1897.)

<sup>17</sup> Graf Goluchowski, der österreichisch-ungarische Außenminister, war seinen Worten nach geneigt, den ihm aus Berlin und aus London eingeflüsterten Vorschlag anzunehmen und als Initiator der Organisation einer diplomatischen Einmischung der vereinigten europäischen Mächte zum Schutze der spanischen Monarchie aufzutreten. Aber in Wirklichkeit beeilte er sich, dieser Rolle auszuweichen unter Bezugnahme darauf, daß die diplomatische Einmischung nicht die notwendige Wirkung haben werde, wenn man sie nicht durch eine energische Demonstration der vereinigten Flotten der europäischen Mächte unterstütze. (G. P., Bd. 15, Nr. 4124, Eulenburg an Hohenlohe, 23. Februar 1898.)

<sup>18</sup> Kurz vor Ausbruch des Spanisch-Amerikanischen Krieges sagte Grey dem USA-Botschafter in London, John Hay: „Warum leihen die Vereinigten Staaten nicht unsere Flotte, um ein rasches Geschäft mit Kuba zu machen? Sie würden uns die Gefälligkeit ein anderes Mal wieder erweisen.“ Grey meinte die Burenfrage. Joseph Chamberlain äußerte sich mit einer noch größeren, ihm eigenen Schärfe und Bestimmtheit: „Schulter an Schulter könnten wir den Frieden in der ganzen Welt befehlen... Ich würde mich freuen über eine Gelegenheit, wo wir Seite an Seite kämpfen könnten.“ In seinen Meldungen über die Stimmungen der leidenden Kreise des englischen Imperialismus schrieb Hay am 4. April 1898, das heißt genau eine Woche vor der Erklärung des Krieges an Spanien durch die USA: „Wenn wir es wünschten, was wir natürlich nicht tun, so könnten wir den praktischen Beistand der“ (englischen. A. J.) „Flotte, selbstverständlich nach dem do-ut-des-Prinzip, haben.“ So versicherten sich die amerikanischen Imperialisten, als sie den Krieg gegen Spanien begannen, der wohlwollendsten Einstellung der damals

Wahl, für wen es sich einsetzen sollte: für die spanische Monarchie oder für die Burenrepublik, oder aber sowohl für die eine als auch für die andere. Das hätte bedeutet, auf die Verschärfung der Beziehungen zu den USA oder zu England oder zu beiden Mächten zugleich ausgehen. All das verwirrte unvorstellbar und durchkreuzte sogar das hinter den Kulissen betriebene Spiel der deutschen Diplomatie, in dem alles durcheinander ging: die Interessen der wachsenden wirtschaftlichen Rivalität mit England und den USA; die Interessen einzelner einflußreicher Kreise, die mit den Interessen amerikanischer Monopole verflochten waren: Hoffnungen auf neue koloniale Erwerbungen auf Kosten der Schwächsten; Traditionen monarchischer Sympathie und Furcht vor der Revolution, wo sie auch ausbrechen mochte. „Spanien“, sagte verbittert der spanische Botschafter in Berlin zu Bülow, „brauche den Krieg nicht zu fürchten, wohl aber Europa den Sturz der spanischen Monarchie und weitere Machterweiterung von Amerika.“<sup>19</sup> Aber „Europa“, zerrissen von den Gegensätzen zwischen den imperialistischen Mächten, aus denen es bestand, dachte nicht daran, dem amerikanischen Imperialismus als geeinte Front entgegenzutreten. Nur die schwache, von allen im Stich gelassene spanische Monarchie konnte in ihrer Furcht vor dem unvermeidlichen Krieg und der möglichen Revolution an die Gemeinsamkeit der Interessen „Europas“ appellieren. Deshalb vermochte sich die diplomatische Einmischung der sechs europäischen Großmächte nur zu einer jämmerlichen Parodie, aber zugleich auch zu einer recht genauen Widerspiegelung des wahren Charakters der europäischen „Einheit“ zu gestalten. Die Einmischung der europäischen Mächte lief auf blutarme Mahnungen hinaus, daß die Erhaltung des Friedens erwünscht sei, und wurde von frommen Wünschen zur Wiederherstellung der Ordnung auf Kuba gekrönt. Die amerikanische Regierung antwortete mit ironischem und zynischem Dank für die guten Wünsche, lehnte es aber ab, irgendwelche Verpflichtungen zum Verzicht auf den Krieg zu übernehmen.<sup>20</sup> Diese Antwort der USA zeugte davon, daß der amerikanische Imperialismus nicht weniger aggressiv war als seine europäischen Partner, und ferner davon, daß sich die Handlungsmethoden der USA in nichts von den Aktionen der kapitalistischen Mächte Europas unterschieden, die bereit waren, sich gegenseitig an die Gurgel zu springen.

Die deutsche Regierung, die sich noch vor kurzem mit dem Plan einer hinter den Kulissen organisierten gesamteuropäischen diplomatischen Inter-mächtigsten imperialistischen Seemacht, Englands. (E. Kimpfen, „Die Ausbreitungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika“, Stuttgart-Berlin 1923, S. 294.)

<sup>19</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4136, Aufzeichnung Bülows, 5. April 1898.

<sup>20</sup> Den Text der kollektiven Note vom 7. April 1898 und die Antwort des Präsidenten der USA siehe „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1898, S. 348/349.

vention zugunsten des monarchischen Spaniens getragen hatte, war jetzt am meisten darum besorgt, daß weder in England und noch weniger in den USA irgendein Verdacht in dieser Richtung aufkomme. In dieser Hinsicht ist der Standpunkt charakteristisch, der von der deutschen Diplomatie zu dem Plan einer neuen, entschlosseneren, kollektiven Intervention der europäischen Mächte in Washington bezogen wurde. Dieser Plan tauchte auf, kurz nachdem Präsident MacKinley, der sich der englischen Unterstützung versichert hatte, eine Botschaft an den Kongreß (am 11. April 1898) gerichtet hatte, in der er um Vollmachten bat, die See- und Landstreitkräfte der USA – natürlich „im Namen der Erhaltung des Friedens“ – einzusetzen. Die Initiative zu diesem Plan ging offensichtlich von England aus. Die Londoner Regierung hoffte, daß es ihr gelingen würde, die deutsche Diplomatie mit diesem Köder zu fangen und sie auf diese Weise zu kompromittieren: falls sie sich weigerte, vor „Europa“, und falls sie sich zur Teilnahme bereit erklärte, vor den Vereinigten Staaten von Amerika.<sup>21</sup> Alle diese hinter den Kulissen betriebenen Intrigen zerplatzten wie eine Seifenblase. Die russische Regierung lehnte es ab, diesen Plan anzunehmen, indem sie sich darauf berief, daß im Falle einer tatsächlichen Einmischung Europas in die Angelegenheiten der USA diese die Möglichkeit erhalten würden, sich in die europäischen Angelegenheiten einzumischen, was aber unzulässig sei. Die deutsche Diplomatie hatte es eilig, sich dem Standpunkt ihres östlichen Nachbarn anzuschließen, da es nicht so sehr darum ging, in der Rolle des Hüters der amerikanischen Monroedoktrin aufzutreten, als vielmehr darum, die englischen Intrigen zu durchkreuzen und zu entlarven. Das Doppelspiel Englands wurde offensichtlich. England suchte eine Annäherung an die USA und durch Chamberlain auch an Deutschland. Aber zugleich war es bestrebt, die Beziehungen zwischen den USA einerseits und Deutschland andererseits zu verschärfen. „England“, so schrieb damals Wilhelm gereizt, nachdem er den Sinn des britischen Spieles gut durchschaut hatte, „will eben dasselbe Spiel spielen, wie im vorigen Jahre als es den Ausbruch des Griech[isch]-Türk[ischen] Krieges

<sup>21</sup> Die Frage, wer der Initiator dieses Planes war, hat in den Spalten der englischen, amerikanischen und deutschen Presse eine hitzige Polemik hervorgerufen. Die Agentur Associated Press schrieb diesen Plan der deutschen Diplomatie zu, die ihrerseits trotz der offiziellen Proteste und Dementis des Londoner Kabinetts zu beweisen bestrebt war, daß dieser Plan ein Werk der Hände der englischen Diplomatie sei. Engländerseits wurde Deutschland sogar angeklagt, es habe diplomatische Dokumente gefälscht. Offenbar muß man trotzdem anerkennen, daß der Initiator des Planes England war, in dessen Händen er eine Art Waffe der politischen Provokation und der Kompromittierung des deutschen Rivalen war. (Siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4140, Bülow an Wilhelm II., 15. April 1898; Nr. 4144, Holleben an das Auswärtige Amt, 13. Februar 1902.)

eingestandenermaßen provozierte. Es regt Schritte aller Mächte an, nimmt scheinbar daran Theil, bis dieselben den Kriegführenden gegenüber sich kompromittiert haben sollen; dann tritt es zurück, schlägt pharisäisch an seine Brust, erklärt, sowas habe es nie mitgemacht, verbindet sich heimlich mit einem der Streitenden – natürlich immer mit dem stärksten – und hetzt diesen auf die Kontinentalmächte! Während es sich von ihm auf deren Kosten Handelsvorteile erbettelt.“<sup>22</sup> Aber Deutschland hatte nicht die Absicht, sich die Gelegenheit entgehen zu lassen, den ausbrechenden Spanisch-Amerikanischen Krieg zur Erweiterung des eigenen Kolonialbesitzes im Stillen Ozean auszunutzen.<sup>23</sup> Bald darauf erhielt die amerikanische Diplomatie die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen.<sup>24</sup>

Als der amerikanische Imperialismus den Krieg gegen Spanien entfesselte, begründete er seine aggressiven Handlungen mit dem Bestreben, den Frieden auf Kuba wiederherzustellen und ferner (was bereits den nächsten Schritt in der Evolution der Begründung des Krieges darstellte) dort die Unabhängigkeit aufzurichten. Faktisch aber hatte sich der amerikanische Imperialismus schon lange vor dem Kriege das Ziel gesetzt, die Reste der spanischen Kolonien im Karibischen Meer an sich zu reißen und die Philippinen, eine reiche spanische Kolonie, eine überaus wichtige wirtschaftliche und strategische Basis im Stillen Ozean, zu erobern und dann die Expansion in China zu verstärken.

Präsident MacKinley, der sich (übrigens ohne jeden Grund) für einen großen militärischen Organisator und Administrator hielt, kam zu der Schlußfolgerung, daß ein Erfolg der Eroberungspolitik der USA auf den Philippinen gesichert werden könne, wenn man sich die dort entfaltende nationale Befreiungsbewegung gegen die spanische Herrschaft zunutze mache. Eine Woche nach der Kriegserklärung überfiel die asiatische Flottille des Kommodore Dewey, die im voraus an die Gestade der Philippinen entsandt worden war, die in Manila vor Anker liegenden spanischen Kriegsschiffe und vernichtete sie. Die von der amerikanischen imperialistischen Presse jubelnd verkündeten Siege der USA waren nicht viel wert,

<sup>22</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4143, Holleben an Hohenlohe, 22. April 1898.

<sup>23</sup> „... der Kaiser“, so telegraphierte Bülow am 1. Juli 1898 an den deutschen Botschafter in Washington, „erachtet es für eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, keine infolge des spanisch-amerikanischen Konflikts sich etwa bietende Gelegenheit zur Erwerbung maritimer Stützpunkte in Ostasien unbenutzt zu lassen.“ (G. P., Bd. 15, Nr. 4151, Bülow an Holleben, 1. Juli 1898.)

<sup>24</sup> „Für deutsche Hirne“, so schrieb der amerikanische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Hay, am 27. Juli 1898, „ist es etwas Ungeheuerliches, daran zu denken, daß irgendwo ein Krieg vor sich geht, an dem Deutschland nicht verdient.“ (Alfred L. P. Dennis, „Adventures in American Diplomacy, 1896 to 1906“, New York 1928, S. 98.)

wenn man berücksichtigt, daß die veralteten spanischen Schiffe im Hafen liegenblieben, nicht einmal die Vorbereitungen zum Kampf treffen konnten und sich ohne jeden Widerstand vernichten ließen, während die aus allerlei Gesindel zusammengestellte spanische Armee noch schlechter organisiert war als die Abteilungen amerikanischer Freiwilliger, die mit Spazierstöcken und Schirmen die Gewehrgriffe erlernt hatten. Das letztere war eine große Leistung des USA-Kriegsministers, der, wie ein gutinformierter amerikanischer Zeitgenosse bezeugt, auf diesen Posten „vor allem deshalb ernannt wurde, weil er reich geworden war und große Beiträge zur Bezahlung der persönlichen Schulden und Ausgaben für die Wahlkampagne des Präsidenten geleistet hatte“<sup>25</sup>.

Nachdem die amerikanischen Militärbehörden Verbindungen zu Aguinaldo, einem der emigrierten Führer der philippinischen „patriotischen Junta“ aufgenommen hatten, brachten sie ihn im geeigneten Augenblick auf einem amerikanischen Schiff nach den Philippinen in der Hoffnung, daß er die Bewegung des philippinischen Volkes im Interesse des amerikanischen Imperialismus lenken werde. Aber die Ereignisse nahmen einen anderen Verlauf. Im Kampf gegen die spanischen Garnisonen schuf das philippinische Volk eine selbständige Republik und zeigte sich entschlossen, sie zu verteidigen. Solange die philippinischen Streitkräfte die spanische Herrschaft beseitigten, erkannten die amerikanischen Militärbehörden diese Republik faktisch an und hinderten sie nicht, für die Unabhängigkeit zu kämpfen. Zugleich pries die von der Wallstreet inspirierte amerikanische Presse Dewey (er war inzwischen Admiral geworden) als den Befreier des philippinischen Volkes. Aber in Wirklichkeit sah alles ganz anders aus. Wie Dewey später selbst eingestand, „hatte er nie davon geträumt, in einer solchen Rolle aufzutreten“. Noch weniger hatte er je die Absicht gehabt, den Philippinen die Unabhängigkeit zu geben: „Ich habe einfach“, so sagte er zynisch, „Aguinaldo und die Eingeborenen bei meinen Operationen gegen Spanien ausgenutzt.“<sup>26</sup> Der amerikanische Imperialismus wartete nur auf den Augenblick, um sich auf die philippinische Republik zu stürzen und sie abzuwürgen.

Als es klar wurde, daß Spanien nicht nur Kuba, sondern auch die Philippinen verlieren würde, meldeten sich sofort viele Anwärter auf das spanische Erbe an. Zu den eifrigsten zählte die deutsche Regierung. Auf Verlangen der Flotten- und Kolonialkreise<sup>27</sup> begann sie damit, daß sie ein

<sup>25</sup> Siehe A. A. Губер, «Филиппинская республика 1898 г. и американский империализм», Moskau 1948, S. 188.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 187.

<sup>27</sup> Schon gleich zu Beginn des spanisch-amerikanischen Konflikts war unter den „rabiaten Marinehelden“ das Bestreben zu spüren, „uns im Pazifik irgendeine



Geschwader unter dem Kommando Vizeadmiral Diederichs' an die Küsten der Philippinen entsandte. Dieser Sprung rief in den führenden Kreisen des amerikanischen Imperialismus starke Beunruhigung hervor.<sup>28</sup> Die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland verschärfen sich mit einem Schlage so sehr, daß Präsident MacKinley, wenn man dem Zeugnis Eckardsteins Glauben schenken soll, an den amerikanischen Admiral ein Telegramm folgenden Inhalts richtete: „Riskieren Sie kein einziges Schiff, Krieg mit Deutschland steht unmittelbar bevor.“<sup>29</sup>

In der damaligen Situation konnte Deutschland nicht an einen Krieg gegen die USA denken, da diese allen Grund hatten, auf die Unterstützung Englands zu rechnen. Die deutsche Regierung mußte sogar den Eifer ihrer Konsular- und Handelsagenten etwas dämpfen, die den Wunsch an die Stelle der Wirklichkeit setzten und eiligst nach Berlin meldeten, die philippinischen Aufständischen wünschten weder eine spanische noch eine amerikanische Herrschaft, sondern träumten lediglich davon, irgendeinem deutschen Prinzen untertan zu werden.<sup>30</sup> Den Kolonial- und Marinekreisen Deutschlands erschien die Aussicht, ein Protektorat über die Philippinen zu errichten, natürlich recht verlockend. Tirpitz bestand darauf, daß Manila in deutsche Hände kommen müsse. Als das deutsche Geschwader in Manila aufkreuzte, stellte die gesamte nationalliberale und sogar die konservative Presse, von der unmittelbar durch das Reichsmarineamt inspirierten Presse (zum Beispiel „Post“) nicht zu sprechen, ihre prospanischen Sympathien sofort beiseite und begrüßte stürmisch das Erscheinen der deutschen Flotte an den Küsten der Philippinen. Unter den damaligen Umständen bedeutete diese Aktion das Scheitern der letzten Hoffnungen Spaniens darauf, daß es ihm gelingen würde, seinen Kolonialbesitz auf den Philippinen zu behalten. Aber die gleiche Aktion schuf eine Bedrohung der annektionistischen Pläne des amerikanischen Imperialismus. Der Schutz des „Prestiges“ der deutschen Flotte führte zur Verstärkung der feindlichen Kampagne in der deutschen Presse. Dabei konnten die Agrarier die Gelegenheit wahrnehmen, um den USA die, von ihrem Standpunkt aus, unzulässige Billigkeit des amerikanischen Getreides zu vergelten. Eine Ausnahme bildete die Presse, die mit gewissen großen Schifffahrtsgesellschaften und anderen an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA interessierten kapitalistischen Kreisen verbunden war. Die eigentlich im Interesse der imperialistischen Politik und des mit ihr verbundenen Flottenabenteuerliche Suppe einzubrocken“. (Siehe den Brief des deutschen Botschafters in Paris, Münster, 14. April 1898 in Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 298.)

<sup>28</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4147, Holleben an das Auswärtige Amt, 13. Juni 1898.

<sup>29</sup> Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. I, S. 312.

<sup>30</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4145, Bülow an Wilhelm II., 14. Mai 1898.

haus betriebene Kampagne nahm einen gewaltigen Umfang an. Trotzdem berührte sie kaum die Arbeiterklasse. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei vermochte die Arbeiterklasse über die gewaltige politische Bedeutung der vor sich gehenden Ereignisse nicht richtig zu orientieren. Sie schob die Verantwortung für das „Spiel mit dem Feuer“<sup>31</sup>, das im Stillen Ozean begonnen wurde, lediglich dem Junkertum zu, dessen politische Parteien bei den Reichstagswahlen, wie wir wissen, gewisse Einbußen erlitten hatten. Durch ihren Wahlsieg berauscht, lenkten die Führer der Sozialdemokratie wenig Aufmerksamkeit darauf, daß im politischen Leben Deutschlands das Finanzkapital siegte, in dessen Interesse der Bau einer großen Kriegsflotte begonnen wurde und das der wahre Inspirator der Politik war, die darauf ausging, den Einfluß Deutschlands im Stillen Ozean und überhaupt in der ganzen Kolonialwelt zu festigen und zu erweitern. Aus der Wahlniederlage zogen die junkerlichen Parteien ihre Schlußfolgerungen. Sie schalteten sich noch stärker in die imperialistische Kampagne ein in dem Bestreben, hinter dem „Geist der Zeit“ nicht zurückzubleiben. Aber die führende Rolle lag in den Händen der finanzkapitalistischen Kreise. Sie waren es, die die Politik Admiral Tirpitz' in erster Linie unterstützten.

Ohne eine große Kriegsflotte war der Versuch, die Philippinen oder auch nur Manila zu erobern, im voraus zum Scheitern verurteilt. Die Idee des deutschen Protektorats über die Philippinen wurde verworfen. Die vereinigte anglo-amerikanische Flotte war im Kriege zu gefährlich. Nun tauchte die Idee einer Aufteilung der Philippinen oder als Minimalprogramm ihre Neutralisierung unter der Mandatsgarantie aller Seemächte auf.<sup>32</sup> Der Versuch, sich mit England über die Verwirklichung dieser Pläne zu verständigen, blieb ergebnislos.<sup>33</sup> Mehr noch, es war anzunehmen, daß die USA-Regierung durch die Londoner Regierung davon in Kenntnis gesetzt wurde. Die amerikanische Presse entfesselte sofort eine heftige Kampagne gegen die deutschen Ansprüche in der Philippinenfrage. Diese Kampagne wurde von England energisch unterstützt: die schärfsten deutschfeindlichen Korrespondenzen der amerikanischen Zeitungen kamen aus London. Da die deutsche Regierung es nicht fertiggebracht hatte, mit England gegen die USA übereinzukommen, unternahm sie einen Versuch, sich unmittelbar mit der überseeischen Republik zu verständigen. Aus Washington gab man zu verstehen, man sei dort bereit, offenerzigere Erklärungen und Vorschläge anzuhören. Die deutsche Diplomatie zögerte damit nicht. Sie bot ihre „Zusammenarbeit“ und „Freundschaft“ an und ließ zu-

<sup>31</sup> „Vorwärts“ vom 5. Juli 1898.

<sup>32</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4145, Bülow an Wilhelm II., 14. Mai 1898.

<sup>33</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4146, Bülow an Hatzfeldt, 18. Mai 1898.

gleich einen Versuchsballon steigen, um zu klären, wie die Einstellung zu den Bestrebungen Deutschlands wäre, Kohlenstationen auf den Philippinen und im Suluarchipel sowie die Karolinen zu erwerben. Die deutsche Regierung gab zu verstehen, daß sie auch die Samoainseln gern gänzlich besetzt hätte<sup>34</sup> als Kompensation dafür, daß die USA es fertiggebracht hatten, in der allgemeinen Verwirrung die Hawaii-Inseln zu besetzen.<sup>35</sup> Darauf erklärte die USA-Regierung von vornherein, und zwar in klarer Form, daß von einer Abtretung des amerikanischen Teils der Samoainseln an Deutschland nicht die Rede sein könne. Zugleich weckte die amerikanische Regierung die Illusion, daß sie in der Frage der Philippinen und der Karolinen zu Besprechungen bereit sei, forderte aber vor allem, daß das Geschwader Diederichs' abberufen werde. Die deutsche Regierung fürchtete jedoch, sich des einzigen gewichtigen Arguments im Kampf um die Aufteilung des spanischen Kolonialerbes zu begeben. Sie weigerte sich, das Geschwader abzubrufen.

Nun kam der Augenblick, da die amerikanische Regierung die provisorischen Friedensbedingungen mitteilte.<sup>36</sup> Diese Bedingungen besagten, daß der Augenblick der lang ersehnten Teilung des spanischen Besitzes angebrochen war. Es war klar, daß der amerikanische Imperialismus nicht die Absicht hatte, die Philippinen aus den Händen zu lassen, und erst recht nicht, sie den deutschen Rivalen abzutreten. „Die amerikanische Nation“, so erklärte der amerikanische Botschafter in Berlin. White, „sei noch jung und daher in mancher Beziehung einem Kinde gleich; wie ein solches würde es nach einem Apfel dann unbedingt greifen, wenn ihm das Zugreifen verboten würde.“<sup>37</sup> Zugleich sondierte White die Absichten Deutschlands und

<sup>34</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4156, Richthofen an Hatzfeldt, 10. Juli 1898.

<sup>35</sup> Formell wurde die Eroberung in Form eines Vertrages vollzogen, der am 16. Juni 1897 von den USA mit der „Regierung der Hawaii-Inseln“ abgeschlossen wurde. (G. P., Bd. 13, Nr. 3409, Hohenlohe an Hatzfeldt, 18. Juli 1897.)

<sup>36</sup> Die amerikanischen Bedingungen waren folgende: Verzicht Spaniens auf Kuba und auf alle seine Besitzungen in Westindien sowie auf eine der Marianeninseln, Besetzung Manilas durch amerikanische Truppen bis zur Lösung der Frage des Schicksals der Philippinen. Als Vermittler zwischen den USA und Spanien bemühte sich Frankreich. Die territorialen Erwerbungen der USA in Ostasien widersprachen offensichtlich der alten Monroedoktrin. Nun riefen die Apologeten des amerikanischen Imperialismus die heilige katholische Kirche zu Hilfe. In der Art, wie der fromme mittelalterliche Mönch an einem Fastentage ein Ferkel verspeiste, nachdem er es vorher in eine Karausche umgetauft hatte, wiesen diese Apologeten unter Berufung auf die Bulle des Papstes Alexander VI. nach, daß sich die Philippinen in der westlichen Hemisphäre befänden und deshalb im Namen der reinen Monroedoktrin vom amerikanischen Imperialismus geschluckt werden könnten. (Siehe E. Kimpen, „Die Ausbreitungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika“, S. 298.)

<sup>37</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4163. Aufzeichnung Richthofens, 30. Juli 1898.

gab zu verstehen, daß die USA äußerstenfalls nicht widersprechen würden, wenn sich auch Deutschland – ebenfalls auf Kosten Spaniens – an der Aufteilung beteiligte, aber an einer anderen Stelle.

Die deutsche Regierung klammerte sich sofort daran. Sie hatte soeben versucht, sich hinter dem Rücken Englands mit den USA in der Samoafrage zu verständigen, aber ohne Erfolg. Jetzt beeilte sie sich, hinter dem Rücken der USA England vorzuschlagen, den Plan der Neutralisierung der Philippinen gemeinsam zu verteidigen.<sup>38</sup> Dahinter verbarg sich die Hoffnung, einerseits die künftige Eroberung dieser Inseln durch Deutschland zu erleichtern und anderseits England im Austausch gegen seine Zugeständnisse in der Frage der Aufteilung der portugiesischen Kolonien zu einer gemeinsamen Aktion im Fernen Osten zu verführen. Daraus wurde nichts. Salisbury erklärte, daß England an dem künftigen Schicksal der Philippinen nicht interessiert sei<sup>39</sup> und daß es folglich die deutschen Pläne nicht unterstützen werde. Der deutschen Diplomatie gelang es nicht, die Annäherung zwischen England und den USA durch eine hinter den Kulissen abgeschlossene Abmachung mit jedem von ihnen zu hintertreiben. Nun wandte sie sich überstürzt an das bankrotte Spanien und schlug ihm vor, zu annehmbaren Preisen das abzulassen, was ohnehin früher oder später auf der diplomatischen Auktion der Friedensvertragsverhandlungen versteigert werden würde. Sie war bereit, alles zu erwerben, „sei es Philippinen- oder Sulu-Inseln, sei es Karolinen- oder sonstige Südsee-Inseln, sei es Fernando Poo oder Kanarische Inseln“<sup>40</sup>. Für die bevorstehenden Besprechungen mit den USA über die Teilung des spanischen Erbes wollte sich Deutschland also durch ein vorheriges, wenn auch nur mündliches Abkommen mit Spanien sichern.

Aber der Präliminarfriedensvertrag zwischen den USA und Spanien wurde (am 12. August 1898) unterzeichnet, und Manila blieb in den Händen der Amerikaner. Das bedeutete, daß die letzten deutschen Hoffnungen auf die Philippinen wie Rauch zerstoßen. Nachdem sie den Sieg errungen hatten, erhoben die Amerikaner mit Unterstützung Englands offen Anspruch auf die Philippinen. Nachdem sie sich über die Haltung der USA Gewißheit verschafft hatte, verzichtete die deutsche Diplomatie auf den Gedanken, die Philippinen eventuell zu erwerben. Das Hauptgewicht wurde nun auf die Eroberung der Karolinen gelegt. Die deutsche Diplomatie drängte die ratlose spanische Regierung energisch zu Geheimbesprechungen über den raschesten Verkauf dieser Inseln und schüchtelte sie damit ein, daß die Inseln sonst gewaltsam von irgendeiner „dritten Macht“ besetzt

<sup>38</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4165, Richthofen an Hatzfeldt, 5. August 1898.

<sup>39</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4166, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 9. August 1898.

<sup>40</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4168, Richthofen an Radowitz, 12. August 1898.

werden würden.<sup>41</sup> Dabei versprach sie der spanischen Regierung ihre Unterstützung gegen neue amerikanische Ansprüche, die bei der in Paris angesetzten Friedenskonferenz möglich seien. Gleichzeitig war sie bestrebt, in Washington den Eindruck zu erwecken, als wäre sie durchaus bereit, sich den USA zu nähern und ihnen sogar dienstbar zu sein.<sup>42</sup> Als die amerikanischen Delegierten auf der Friedenskonferenz endgültig ihre Forderung auf Übergabe der Philippinen formulierten (sie waren bereit, die Eroberung durch eine Geldkompensation zu tarnen), blieb die deutsche Diplomatie gegen die spanischen Hilferufe taub. Die spanische Regierung fühlte sich betrogen, versuchte zu protestieren und damit zu drohen, daß sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen würde, aber keiner maß dem ernstliche Bedeutung bei. So erreichte die deutsche Regierung für das Versprechen einer Unterstützung in der Philippinenfrage zunächst ein Abkommen mit Spanien, wonach dieses seinen Kolonialbesitz abtreten sollte. Jetzt aber erhielt Deutschland dafür, daß diese Unterstützung nicht gewährt wurde, das Einverständnis der USA zur Realisierung dieses Abkommens mit Spanien.

Der Realisierung des Pariser Vertrages stand jedoch die Philippinische Republik im Wege. Um sich das philippinische Volk völlig unterzuordnen, um es erbarmungslos ausbeuten und seine Territorien als Aufmarschraum für die Expansion nach China ausnutzen zu können, versuchten die amerikanischen Imperialisten sich auf die reaktionären Elemente der obersten Schichten der Republik zu stützen und bereiteten sich vor allem zu militärischen Aktionen gegen diese Republik vor. Andererseits befürchteten die imperialistischen Kreise, daß sie im Senat nicht die zwei Drittel Stimmen erhalten würden, die sie für die Ratifizierung des in Paris unterzeichneten annexionistischen Vertrages brauchten. Da beschloß MacKinley, zu einer Provokation zu greifen. In der Nacht zum 4. Februar 1899 griffen amerika-

<sup>41</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4171, Bülow an Radowitz, 3. September 1898.

<sup>42</sup> In dieser Hinsicht ist eine Episode charakteristisch, die mit der San-Domingo-Frage verknüpft ist. Der Präsident dieser Republik, der befürchtete, daß San Domingo vom amerikanischen Imperialismus geschluckt werden würde, versuchte gleich nach Beendigung des spanischen Krieges einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen und ihm das Recht der Errichtung einer Marinestation im Austausch gegen eine Garantie für die Souveränität der Republik einzuräumen. „O die liebe Unschuld!“ schrieb dazu Wilhelm. „Auf solchen Leim krieche ich nicht!“ Deutschland hatte offenbar nicht die Absicht, im Austausch gegen eine unbedeutende Kompensation, die man ihm anbieten konnte, einen Bruch mit den USA zu provozieren, mit denen gerade damals, wie wir sehen werden, ein Abkommen in der Frage der Teilung des Kolonialbesitzes auf Samoa geplant wurde. (Siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4201, Bülow an Holleben, 30. August 1898; Nr. 4202, Holleben an das Auswärtige Amt, 31. August 1898; Nr. 4203. Bülow an Wilhelm II., 2. September 1898; Nr. 4204, Metternich an das Auswärtige Amt, 3. September 1898.)

nische Truppen die Schützengräben der Filipinos an, während der amerikanische General Otis ein Telegramm fabrizierte und nach Washington abschickte, wonach die USA das Opfer der philippinischen Aggression geworden seien. Nachdem MacKinley dieses Telegramm erhalten hatte, erschien er mit diesem im Senat und, wie Aguinaldo später voll Bitterkeit schrieb, „erreichte mit diesem kriminellen Mittel die Ratifizierung des Vertrages mit ganzen drei Stimmen“<sup>43</sup>. Der amerikanische Imperialismus setzte die aggressiven Kampfhandlungen gegen das schlecht bewaffnete philippinische Volk fort, ging bestialisch gegen dieses vor, würgte schließlich die Philippinische Republik ab und errichtete dort sein Regime kolonialer Herrschaft. Das war ein Triumph der amerikanischen Imperialisten, die im Überschwang annexionistischer Gefühle schon damals von der Errichtung ihrer Weltherrschaft zu träumen begannen.<sup>44</sup> Zwar hat „der imperialistische Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 die Opposition der ‚Antiimperialisten‘ hervorgerufen; diese letzten Mohikaner der bürgerlichen Demokratie, die diesen Krieg ein ‚Verbrechen‘ nannten, hielten die Annexion fremder Länder für einen Verfassungsbruch, erklärten die Behandlung des Eingeborenenfürhrrs auf den Philippinen, Aguinaldo, für einen ‚chauvinistischen Betrug‘ (man hatte ihm erst die Freiheit seines Landes versprochen, dann aber amerikanische Truppen landen lassen und die Philippinen annektiert) . . . Aber solange diese ganze Kritik davor zurückscheute, die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit den Trüsten und folglich auch mit den Grundlagen des Kapitalismus zuzugeben, solange sie Angst hatte, sich den Kräften, die durch den Großkapitalismus und seine Entwicklung erzeugt werden, anzuschließen, solange blieb diese Kritik ein ‚frommer Wunsch‘.“<sup>45</sup>

Nach der Eroberung der Philippinen war der amerikanische Imperialismus bereit, das übrige den Abmachungen zwischen dem neutralen Deutschland und dem besiegten Spanien zu überlassen. Deutschland machte sich

<sup>43</sup> А. А. Губер, «Филиппинская республика 1898 г. и американский империализм», S. 283.

<sup>44</sup> So hat zum Beispiel Senator Beveridge, einer der typischsten Vertreter der amerikanischen imperialistischen Politik unmittelbar zu Beginn des Jahres 1900 behauptet: „Gott konnte die englisch sprechenden Völker nicht tausend Jahre lang . . . nur auf nichtsnützige und faule Selbstbetrachtung und Selbstbewunderung vorbereiten. Nein! Er hat uns zu geschickten Organisatoren gemacht, die dazu berufen sind, in der Welt Ordnung zu schaffen . . . Er hat uns Kenntnisse in der Führung gegeben, damit wir wilde und hilflose Völker leiten können. Von allen Rassen hat er die Amerikaner auserwählt, die letzten Endes zu einer Wiedergeburt der Welt führen müssen.“ (Albert Weinberg, „Manifest Destiny. A Study of Nationalist Expansionism in American History“, Baltimore 1935, S. 308.)

<sup>45</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I. S. 859/860.

die schwierige Lage, in die die spanische Regierung bei den Besprechungen mit den USA über die Abtretung der Philippinen geraten war, zunutze und übte seinerseits einen Druck aus, um folgende Abmachung zu erreichen. Es forderte, Spanien solle ihm die Karolinen zusammen mit Palau, die Marianeninseln (mit Ausnahme von Guam), Fernando Poo sowie eine Kohlenstation auf einer der Kanarischen Inseln abtreten. Die spanische Monarchie war allein für das unbestimmte Versprechen der deutschen Diplomatie, ihr „so rasch wie nur möglich entgegenzukommen“<sup>46</sup>, schon zu allem bereit. Wenn sie aber trotzdem die deutschen Ansprüche auf Fernando Poo und eine der Kanarischen Inseln ablehnte, so nur deshalb, weil sie befürchtete, daß England dann gleichfalls für sich irgendwelche Kompensationen auf Kosten dieser Gruppe von Kolonialbesitzungen fordern würde.<sup>47</sup> Diese Befürchtungen veranlaßten auch Deutschland, nicht auf der Befriedigung aller seiner Ansprüche zu bestehen.

Schließlich (am 12. Februar 1899) erreichte Deutschland ein Abkommen, wonach die spanische Regierung ihm gegen eine Kompensation in Höhe von 17 Millionen Mark die Karolinen, die Marianen (mit Ausnahme von Guam) und Palau abtrat. Auf diese Weise hatte Deutschland zunächst von Spanien territoriale, durch die kommerzielle Form des Kaufs kaum verhüllte Kompensationen als Gegenleistung für versprochene diplomatische Unterstützung gegen den vordringenden amerikanischen Imperialismus erhalten. Ferner erreichte Deutschland auch von diesem eine Sanktionierung seiner Eroberungsansprüche — als Entschädigung dafür, daß es dem besieigten Spanien die versprochene Unterstützung nicht geleistet hatte. Die

<sup>46</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4185, Radowitz an das Auswärtige Amt, 8. Dezember 1898.

<sup>47</sup> Diese Befürchtungen Spaniens hatten recht ernste Grundlagen. Der englische Imperialismus hatte die Absicht, die während des Spanisch-Amerikanischen Krieges entstandene Situation auszunutzen, um sich endgültig im Raum der Meerenge von Gibraltar festzusetzen und das Mittelmeer damit in ein englisches Binnenmeer zu verwandeln. Zu Beginn des Zusammenstoßes bemühte sich die britische Regierung um die Vermittlerrolle zwischen den USA und Spanien in der Hoffnung, nicht nur unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse, sondern auch bei den Friedensvorbereitungen gewisse Vorteile für sich herauschlagen zu können. „Das ehrliche Maklertum Albions“, so schrieb der russische Botschafter in Madrid, Schewitsch, Ende Mai 1898, „wird Spanien natürlich in natura recht teuer zu stehen kommen, aber in dem allgemeinen Prozeß der Zersetzung wird das unglückliche Opfer der eigenen ‚Donquichotterie‘ wohl kaum imstande sein zu handeln und vor allem nur darauf bedacht sein, daß man von ihm keine territorialen Kompensationen in Richtung auf das Hinterland von Gibraltar fordert.“ Die gar nicht ferne Zukunft hat gezeigt, daß der Botschafter des Zaren die wahren Ausmaße der englischen Raubpläne auf der Pyrenäenhalbinsel unterschätzt und zugleich aus offener klassenpolitischer Sympathie zu dem reaktionären monarchistischen Regime, das in Spanien herrschte, die politische Standhaftigkeit der Madrider Regierung überschätzt hatte. Infolge ihrer wachsenden Rivalität mit Frankreich hatte die

reaktionäre spanische Regierung, die nur eins, und zwar die Revolution<sup>48</sup> wirklich fürchtete, war bereit, hinter den Kulissen jegliche Abmachungen mit den imperialistischen Staaten zu treffen. Sie erlitt nicht nur im Kriege eine Niederlage, sondern auch beim Friedensschluß, und nicht nur durch ihren direkten Gegner, den amerikanischen Imperialismus, sondern auch durch ihren zweifelhaften „Freund“, das imperialistische Deutschland.

Einige Monate lang hielt die deutsche Regierung den Inhalt ihrer Besprechungen mit Spanien über den Erwerb eines Teils des spanischen Kolonialbesitzes geheim. Auf die Anfrage Richters im Reichstag verweigerte Bülow die Antwort<sup>49</sup>, obwohl das Abkommen unterzeichnet worden war. Er war bis zum letzten Augenblick nicht sicher, daß die spanischen Cortes die Abmachung bestätigen würden. Aber jedermann wußte, daß die Regierung den Erwerb der Karolinen anstrebte, und einer der alldeutschen Führer, Graf Arnim-Muskau, beeilte sich, der Regierung zu versichern, daß alle ihre Bemühungen auf dem Gebiet der Kolonialpolitik durch die Reichstagsmehrheit unterstützt würden.<sup>50</sup> Immerhin war man dieser Unterstützung offenbar nicht allzu sicher, und die Kolonialkreise, der Alldeutsche Verband und andere imperialistische Organisationen gingen daran, den billigen Kolonialkauf im voraus eifrig zu preisen und die exotischen Reize der Karolinen und der anderen neuerworbenen Inseln zu propagieren: Kokospalmen, Plantagen, von denen keiner wußte, was darauf wachsen könnte, und Urwälder, als ob die Junker Jagdgründe brauchten. Selbst Bülow genierte sich nicht, von der „großen wirtschaftlichen Bedeutung“

englische Regierung Spanien das Angebot gemacht, ein Bündnis einzugehen. Im Grunde war dies, wie Schewitsch richtig bemerkte, das englische Protektorat, das Spanien großmütig angeboten wurde. Dieses Zwangsbündnis, das die englischen Historiker als eine Äußerung des britischen Altruismus darstellen, sollte Spanien verpflichten, an der Seite des englischen Imperialismus am Kriege teilzunehmen, auf den Bau von Befestigungen im Raum von Gibraltar zu verzichten und England das Recht einzuräumen, „Truppen auf spanischem Territorium anzuwerben“. „Im Austausch“ hierzu schlug England großmütig vor, „die Verpflichtung zu übernehmen: 1. die Algecirasbucht gegen einen Überfall seitens einer anderen Macht zu verteidigen, 2. auch die Balearen und die Kanarischen Inseln zu schützen.“ Man erkennt unschwer, daß der englische Imperialismus durch dieses Bündnis danach strebte, die spanische Armee in seine Verfügungsgewalt zu bekommen, und gleichzeitig unter dem Vorwand der eigenen Gegenverpflichtungen in strategischer Hinsicht wichtige Positionen, die dem unglücklichen „Bundesgenossen“ gehörten, zu besetzen beabsichtigte. In dem Bestreben, die „Verteidigung der Kanarischen Inseln“ zu übernehmen, trat England vor allem analogen deutschen Plänen entgegen. («Красный архив», Bd. LX, „Der spanisch-britische Konflikt 1898/1899“; siehe Dokumente und den einleitenden Artikel des Verfassers.)

<sup>48</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4141, Bülow an Wilhelm II., 16. April 1898.

<sup>49</sup> Reichstag, 11. März 1899, Bd. II, S. 1490.

<sup>50</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 26. März 1899, Nr. 13.



der Karolinen zu sprechen. Indessen beschränkten sich die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf den neuerworbenen Inseln auf die Tätigkeit einer kleinen Hamburger Firma: der Jaluit-Gesellschaft, und auf das gelegentliche Anlegen der Dampfer des Norddeutschen Lloyds auf dem Wege von Australien nach Bremen. Auf diesen Inseln lebten genau 100 Deutsche, so daß, wie Richter ironisch bemerkte, Deutschland 170 000 Mark für jeden Deutschen zahlen mußte, der in den Schoß des Reiches zurückkehrte.<sup>51</sup> Insgesamt aber lebten auf den Karolinen 46 000 Menschen<sup>52</sup>, die natürlich keinen reichen Absatzmarkt für deutsche Waren darstellen konnten. Bismarck hatte erstmals die Karolinen einfach als „Lumperei“ bezeichnet.

Nichtsdestoweniger war das Kolonialfieber anlässlich der Neuerwerbung so groß, daß Münster, einer der altmodischen deutschen Diplomaten preußischen Schlages, nicht ohne Widerwillen bemerkte: „Kolonialschwärmer sind wie die hungrigen Raubtiere und gehen blind auf Raub aus.“<sup>53</sup> In der Tat, diese Raubtiere hatten die Absicht gehabt, sich der Philippinen zu bemächtigen, und als ihnen das mißlang, waren sie zufrieden, wenigstens noch die Karolinen und die anderen kolonialen „Lumpereien“ zu ergattern. Die Alldutschen priesen den neuen Erfolg der Regierung, den sie fast der Eroberung von Kiautschou gleichsetzten. Die Hauptbedeutung dieses Erfolges erblickten sie darin, „daß die Reichsregierung in folgerichtiger Weiterführung einer deutschen Weltpolitik uns auch hier einen Anteil bei der neuen Aufteilung der Welt gesichert hat, der in Verbindung mit unserem seitherigen Besitz im Großen Ozean uns ein wirtschaftlich und militärisch in sich geschlossenes Inselreich schafft.“<sup>54</sup> In gleicher Weise beurteilte auch Bülow die Bedeutung der Neuerwerbungen. „Beide Verträge“, so erklärte er, „der Vertrag mit China wie der Vertrag mit Spanien, sind Marksteine auf demselben Wege und Glieder einer Kette.“ Die Regierung behauptete, daß die Marianen „sich mit der Zeit zu Stützpunkten für den Schiffsverkehr zwischen Südostasien und Zentralamerika entwickeln“<sup>55</sup> könnten.

<sup>51</sup> Reichstag, 6. Juni 1899, Bd. III, S. 2344.

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 471.

<sup>54</sup> „Alldutsche Blätter“ vom 11. Juni 1899, Nr. 24. In seiner Rede vor dem Reichstag erklärte der Vorsitzende des Alldutschen Verbandes, Hasse: „Es ist ein konventioneller Irrtum, der aber für den Unternehmungsgeist unseres deutschen Volkes oft verhängnisvoll gewesen ist, daß die Welt verteilt sei. Die Welt ist niemals endgültig verteilt, sondern die überseeischen Gebiete wechseln ihre Herren; sie gehen aus der Hand des schwachen oder des schwach gewordenen Volkes allmählich über in die Hände der erstarkten Völker Europas.“ (Reichstag, 21. Juni 1899, Bd. III, S. 2699.)

<sup>55</sup> Reichstag, 21. Juni 1899, Bd. III, S. 2695/2696.

Als die Regierung dem Reichstag vorschlug, den Vertrag mit Spanien zu bestätigen, fühlte sie sich, als hätte sie soeben einen großen militärischen Sieg errungen: Die Helden des Tages waren Bülow und der alte Bismarck-Schüler Radowitz, der die Besprechungen in Madrid geführt hatte. Die Alldeutschen und die Freunde der Kolonialgesellschaft, die Nationalliberalen und der größere Teil der beiden konservativen Parteien sangen ihnen Lobeshymnen, übrigens nicht so sehr wegen der errungenen, wie sie begriffen, mehr als zweifelhaften wirtschaftlichen Vorteile, als vielmehr einfach wegen der aktiven Politik, die allein mit Hilfe diplomatischer Geschicklichkeit auch Deutschland gestattet hatte, einen kolonialen Happen im Stillen Ozean an sich zu reißen. Das katholische Zentrum, das seine reaktionäre politische Seele bereits dem Imperialismus verkauft hatte, freute sich ebenfalls darüber, daß es Deutschland gelungen war, sich in den Besitz eines Territoriums zu setzen, das in den Meeresweiten zwischen Kiautschou, Südostasien und Mittelamerika strategische Bedeutung hatte. Lieber war bereit, Bülow „die volle Palme des Triumphes zu reichen“<sup>56</sup>. Herbert Bismarck, der im junkerlichen Lager auch weiterhin Einfluß besaß, beeilte sich zu erklären, daß die verächtliche Einstellung seines Vaters zu der Karolinen-„Lumperei“ jetzt unter den neuen Verhältnissen nicht mehr begründet sei.<sup>57</sup> Ein anderer Teil des Junkertums verhielt sich jedoch zu dem Abkommen mit Spanien recht reserviert. Das war darauf zurückzuführen, daß die deutsche Regierung, neben dem Abkommen über den Verkauf der Karolinen und der anderen Inseln, mit Spanien einen Handelsvertrag mit gegenseitiger Meistbegünstigungsklausel unterzeichnet hatte.<sup>58</sup> Dieser Vertrag gewährte der deutschen Industrie gewisse Vorteile. Aber der Bund der Landwirte war von ihm nicht ganz befriedigt. Die billigen spanischen Weine erhielten Zutritt zum deutschen Binnenmarkt. Das war vom Standpunkt der Junker, die Besitzer von Weinbrennereien waren, und auch vom Standpunkt der Weingroßbauern aus ein zu hoher Preis für die Beteiligung Deutschlands an der Aufteilung des spanischen Kolonialerbes. Kanitz erklärte offen heraus, daß ihn die Kolonialpolitik und die Inseln im

<sup>56</sup> Ebenda, S. 2697.

<sup>57</sup> Reichstag, 22. Juni 1899, Bd. III, S. 2765.

<sup>58</sup> In den letzten Jahren war der deutsche Export nach Spanien bedeutend zurückgegangen (im Jahre 1889 betrug er 44 615 000 Mark, im Jahre 1898 nur noch 24 725 000 Mark). Im August 1893 weigerten sich die Cortes, den fertig ausgearbeiteten deutsch-spanischen Vertrag zu ratifizieren, was im folgenden Jahr zu einem Zollkrieg führte. Dieser Zollkrieg endete im Sommer 1896, als Deutschland und Spanien sich niedrigere Zölle, jedoch nicht das Meistbegünstigungsrecht gewährten. Der im Jahre 1899 unterzeichnete Vertrag über die Meistbegünstigung sollte fünf Jahre lang in Kraft bleiben. (Reichstag, 10. Legislaturperiode, III. Anlageband, Drucksache Nr. 397, S. 2510, Denkschrift.)

Stillen Ozean wenig interessierten, daß er aber über die frechen Spanier empört sei, die die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel für ewige Zeiten forderten. Man konnte leicht begreifen, daß seine Empörung an die Adresse der Regierung gerichtet war und das Ziel verfolgte, die Regierung zu zwingen, die Grundlagen der damaligen Politik der Handelsverträge zu ändern. Aber nachdem sich Kanitz ausgetobt hatte, sprach auch er sich für die Bestätigung der Verträge mit Spanien aus.<sup>59</sup>

Unter diesen Umständen war die Sozialdemokratie der einzige Gegner der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen. Nur die Freisinnigen sprachen sich gleichfalls gegen den Erwerb der Karolinen aus, aber sie gingen keinesfalls von irgendwelchen grundsätzlichen politischen Erwägungen in bezug auf die Kolonialpolitik aus, sondern hielten die Abmachung mit Spanien in wirtschaftlicher Hinsicht einfach für ungünstig. Außerdem befürchteten sie, daß dieser Erwerb einen Anstoß zur Propaganda für eine neue Verstärkung der Kriegsflotte geben werde. Am meisten aber befürchteten sie, daß die Erweiterung der deutschen Besitzungen im Stillen Ozean neue Reibungen mit den USA nach sich ziehen könnte.<sup>60</sup> Sie wünschten indessen, diese Reibungen zu vermeiden. Das lag im Interesse der deutschen Exporteure nach den USA und jener Gruppen des Finanzkapitals, die, mit den amerikanischen Monopolen liiert, ihr Geld in den USA investiert hatten.

Der Sozialdemokratie waren diese Interessen natürlich fremd. Sie benutzte die Karolinenfrage, um zu zeigen, daß die Kolonialpolitik auf Kosten des Volkes, aber nicht im Interesse des Volkes betrieben wurde. Bebel erhöhte die neue Karolinen-Heidentat und erklärte, sie sei nicht einmal das Geld wert, das man für sie aufwenden mußte. Es wäre besser, so sagte er, diese Gelder für irgend etwas Nützlicheres in Deutschland selbst auszugeben.<sup>61</sup> Bei der Erörterung dieser Frage im Reichstag war Liebknecht der Hauptredner der sozialdemokratischen Fraktion. Seine Rede zeigte, daß die alte Sozialdemokratische Partei, die keine theoretische Waffe geschmiedet hatte, die Bedeutung der Kolonialfrage unter den neuen Bedingungen des imperialistischen Kampfes um die Aufteilung und Neu-aufteilung der Welt nicht begriff. Ebenso wenig sah sie die neuen Erscheinungen, die sich gerade in der Periode des Spanisch-Amerikanischen Krieges mit gewaltiger Schnelligkeit und Anschaulichkeit zu offenbaren begannen und in die internationalen Beziehungen eine neue starke und wachsende Spannung hineinbrachten. Liebknecht kritisierte die deutsche Politik in scharfer Form. Er bewies, daß sie lediglich gewaltige Mittel ver-

<sup>59</sup> Reichstag, 21. Juni 1899, Bd. III, S. 2700.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 2703.

<sup>61</sup> Reichstag, 6. Juni 1899, Bd. III, S. 2344.

schlang, die doch so notwendig waren, um die materielle Lage und das kulturelle Niveau des Volkes auch nur ein wenig zu heben. Er behauptete, die Hauptaufgabe der neuen Kolonialabmachung bestehe darin, im Lande den Chauvinismus zu schüren, die Politik der Flottenrüstungen zu rechtfertigen und der Regierung die Durchführung des reaktionären Kurses auf dem Gebiet der Innenpolitik zu erleichtern.<sup>62</sup> Im gleichen Sinne wurde die Frage auch auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erörtert, der im Herbst in Hannover abgehalten wurde.<sup>63</sup> Das alles war richtig, und selbst die recht beschränkten linken bürgerlichen Liberalen aus dem Lager der Freisinnigen begriffen das. Aber ebenso wie diese Freisinnigen sah die Sozialdemokratie nicht die wahren Triebkräfte der Kolonialpolitik im allgemeinen und der deutschen Kolonialpolitik im besonderen. Liebknecht behauptete, die deutsche Kolonialpolitik werde im Interesse der Angehörigen der höheren Gesellschaft betrieben, für die es keinen Platz in Europa gebe und für die deshalb Posten in den Kolonien geschaffen würden.

Liebknecht war der Meinung, Kolonialpolitik könne segensreich oder verhängnisvoll sein, je nachdem wie die Ordnung des Staates sei, der sie betriebe. Er idealisierte bis zum äußersten die englische Kolonialpolitik und die berüchtigte englische „Demokratie“. Er behauptete, England erfülle in seinen Kolonien angeblich eine „Kulturmission“. Das zeitgenössische Deutschland verglich er mit dem alten Rom, wo ebenfalls in den auswärtigen Angelegenheiten der Chauvinismus und in den inneren Angelegenheiten der Despotismus geherrscht habe und wo panem et circenses die Hauptlösung gewesen sei. Aber in Deutschland, so erklärte Liebknecht ironisch, gibt es kein billiges Brot. Miquel, der Finanzminister, habe bereits versprochen, die Getreidezölle zu erhöhen, und um die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken, veranstalte die Regierung Zirkusspiele in Kiautschou und auf den Karolinen...<sup>64</sup>

Das war gewiß ein Rednertrick. Liebknecht wollte sich darüber lustig machen, wie die Regierung vor den Junkern liebedienerte, aber seine ganze Argumentation zeugte davon, daß sich die Sozialdemokratie des wahren imperialistischen Charakters der Politik der junkerlichen Hohenlohe-Bülow-Tirpitz-Regierung nicht bewußt war. Die Kritik, der diese Politik seitens der Sozialdemokratie ausgesetzt war, trug im Grunde einen halb-liberalen Charakter. So wurde auf dem Parteitag in Hannover gesagt,

<sup>62</sup> Reichstag, 21. Juni 1899, Bd. III, S. 2707.

<sup>63</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 39.

<sup>64</sup> Reichstag, 21. Juni 1899, Bd. III, S. 2707–2709.

die Kolonialpolitik der Regierung taugte deshalb nichts, weil sie Ausgaben erfordere, die den Gesamtwert der von Deutschland aus seinen Kolonien gezogenen wirtschaftlichen Vorteile übertreffe. Wie aber sollte die Einstellung der Arbeiterklasse zur Kolonialpolitik der Regierung in dem Falle sein, wenn diese Politik begonnen hätte, wirtschaftliche Vorteile zu bringen und die staatlichen Ausgaben für die Kolonien zu übertreffen? Auf diese Frage gab Liebknecht keine Antwort, aber die ihm eigene Idealisierung der Kolonialpolitik Englands zeugte davon, daß er keineswegs unter allen Umständen das Interesse der Arbeiterklasse an den Angelegenheiten dieser Politik ausschloß. Zu dieser Zeit nahm die Partei den Kampf gegen die Revisionisten der marxistischen Lehre auf, gegen den Opportunismus, an dessen Spitze Bernstein stand. Aber von den Positionen aus, die Liebknecht in den Fragen der Kolonialpolitik bezog, konnte die Aufgabe der Liquidierung dieser gefährlichen Strömung nicht gelöst werden. Man konnte nicht wirksam gegen den Opportunismus kämpfen und ihm zugleich Zugeständnisse machen.

Somit unterstützten die herrschenden Klassen gern das neuerliche Auftreten der Regierung in der Weltarena, weil sie darin eine Stärkung der Rolle Deutschlands als einer „Weltmacht“ erblickten, die es verstanden hatte, kolonialen Zuwachs als Ergebnis eines Krieges zu erreichen, den sie nicht selbst geführt hatte. Bülow argumentierte in dieser Weise und pries damit seine Politik der „freien Hand“. Der Zukunft zugewandt, umriß er noch umfassendere Perspektiven. Von der Tribüne des Reichstags aus bezeichnete Wilhelm Liebknecht diese Perspektiven als „kindische Phantastereien“. Er begriff nicht ihren Klassencharakter und unterschätzte ihre politische Bedeutung. Deutschland hatte zwar durch seine Einmischung in den Konflikt zwischen dem in die Weltarena tretenden amerikanischen Imperialismus und dem alten halbfeudalen Spanien nur koloniale Lumpereien in der Art der Karolinen zu erobern vermocht. Aber wichtig war der Umstand, daß es sich an diesem Wendepunkt der Weltgeschichte, selbst ohne große Flotte, bereits an der Neuaufteilung des Kolonialbesitzes beteiligt hatte. Und das bedeutete, daß der deutsche Imperialismus sich einem neuen Abschnitt seiner Entwicklung näherte.

## 2

Der aggressive Kurs des deutschen Imperialismus in der Außenpolitik und der reaktionäre Kurs in der Innenpolitik traten immer stärker zutage; das zeigte sich unter anderem in der Verschärfung des Kampfes gegen die slawischen Völker, nicht nur im eigenen Lande, sondern auch im verbün-

deten österreichisch-ungarischen Habsburger Staat. Die Verfolgung der polnischen Bevölkerung in Posen, Schlesien und anderen westpolnischen Gebieten hatte im Laufe der letzten Jahre keineswegs nachgelassen. Schon 1894 war auf dem Kongreß des Alldeutschen Verbandes ein umfangreiches Programm der polenfeindlichen Politik ausgearbeitet worden. Neben Maßnahmen, die auf Verfolgung der polnischen Sprache und der polnischen Kultur ausgingen, sah das Programm eine weitere Verstärkung der deutschen Besiedlung polnischer Länder, eine weitere Verdrängung und Ausrottung des polnischen Elements vor. Zu diesem Zweck wurde in Posen der Bund zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken geschaffen, der später auch Zweigstellen in den anderen Provinzen schuf. Diese Organisationen standen in engster Verbindung nicht nur zur preußischen Regierung und zur Siedlungskommission, sondern auch zu den Besitzern großer Güter, Gruben, Fabriken, Werke und Bergwerke.

Gerade in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkte sich der Prozeß der Bildung des polnischen landwirtschaftlichen und städtischen Proletariats. Die ruinierten polnischen Bauern gingen in die Städte und füllten dort die Reihen der Arbeiterklasse auf, die unter dem zweifachen – sozialen und nationalen – Druck der deutschen Großbourgeoisie und ihrer streitbaren chauvinistischen Organisationen stand, während die polnische Bauernschaft und die polnischen Landarbeiter einem nicht geringen Druck seitens der deutschen Grundbesitzer und der preußischen Siedlungskommission ausgesetzt waren. Die Siedlungskommission, die ihre Tätigkeit unter der Losung „Kampf des Deutschtums gegen das Polentum“ ausübte, erwarb von deutschen Gutsbesitzern, denen sie äußerst günstige Bedingungen bot, Grund und Boden, parzellierte ihn und verteilte die Parzellen ausschließlich an Deutsche. Aber bei weitem nicht alle deutschen Bauern hatten die Möglichkeit, auf Wunsch Parzellen zu erhalten. Bevorzugt wurden ausschließlich protestantische Bauern. Die preußische Regierung strebte danach, die religiöse Zwietracht zwischen der (im wesentlichen katholischen) polnischen und der (im wesentlichen protestantischen) deutschen Bevölkerung auszuspielen, und bemühte sich daher, die deutschen katholischen Bauern nicht in die polnischen Gebiete zu lassen. Das Wichtigste aber war, daß die Parzellen nur den wohlhabendsten deutschen Bauern, den Großbauern zugeteilt wurden, die vom Standpunkt des preußischen Junker- und Polizeistaates aus durchaus zuverlässig waren. Auf diese Weise bemühte sich die Siedlungskommission, in den polnischen Gebieten ein Bollwerk des Preußentums und des streitbaren „Deutschtums“ zu schaffen.

In dem Bestreben, das polnische Element aus den Dörfern zu verdrängen und die Städte mit deutschem Element „einzukreisen“, führten die herrschenden Klassen Deutschlands und ihre Regierung einen Kampf auch

gegen die polnische Bourgeoisie, die in der Industrie wie auch im Handel gewisse Positionen innehatte. Genauso wie unter anderen ähnlichen historischen Bedingungen war die grundlegende Frage des Kampfes der jungen polnischen Bourgeoisie die Frage des Marktes. Ihr Ziel war, um mit den Worten J. W. Stalins zu sprechen, „ihre Waren abzusetzen und aus dem Konkurrenzkampf gegen die Bourgeoisie anderer Nationalität als Sieger hervorzugehen. Daher ihr Wunsch, sich ihren ‚eigenen‘, ‚heimatlichen‘ Markt zu sichern.“<sup>65</sup> Die deutsche Großbourgeoisie, die sich auf den reaktionären preußisch-deutschen Staat, auf das bestehende Amts- und Polizeiregime sowie auf die von diesem geschaffenen nationalistischen, polenfeindlichen Organisationen stützte, führte einen harten Kampf gegen die polnischen Konkurrenten, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet. Der Bund der deutschen Ostmarken und andere Organisationen des streitbaren „Deutschtums“, die sich mit der Organisation eines Polenboykotts nicht begnügten, begannen von der Regierung zu fordern, daß sie neue Maßnahmen im Interesse der deutschen Besiedelung polnischer Länder ergreifen möge. Auf diese Forderungen hin brachte Hohenlohe im Januar 1898 im preußischen Landtag einen Gesetzentwurf ein, wonach die entsprechenden Fonds für Siedlungsausgaben um insgesamt 100 Millionen Mark vergrößert werden sollten. Die Partei der Konservativen und der Nationalliberalen, die im Landtag die Mehrheit bildeten, unterstützten mehr als cifrig die Initiative der Regierung, und ihre Redner benutzten die Gelegenheit, im Verlauf der Debatte ihren politischen Instinkten freien Lauf zu lassen und in aggressivster und hemmungslosester Weise gegen die Polen zu hetzen. Trotz der Proteste des polnischen Abgeordneten Jazdzewski, der auf die Teilnahme an der Debatte über den Gesetzentwurf verzichtete, bestätigte der preußische Landtag den von der Regierung eingebrachten Entwurf und verdoppelte somit den von Bismarck geschaffenen polenfeindlichen Siedlungsfonds. Der preußische Finanzminister, Miquel, einer der Hauptinspiratoren der Sammlungspolitik der preußisch-deutschen Reaktion, gab sich damit nicht zufrieden und forderte im Landtag die Durchführung neuer kategorischer polenfeindlicher Maßnahmen auch in den Städten. Dabei waren seine Forderungen von ganz unmißverständlichen politischen Drohungen gegen die nationale Befreiungsbewegung des polnischen Volkes begleitet. Die Polen, so sagte er, sollten die Hoffnungen begraben, „es könnten doch mal Ereignisse in Europa kommen, wo es möglich wäre, dieses alte Polenreich wiederherzustellen“. Mehr noch, er behauptete, „daß sie dauernd und auf immer zum preußischen Staat gehören, mit ihm unzertrennlich auf Gedeih und Verderb verbunden sind“. Miquel wandte sich an den preußischen Landtag und schlug

<sup>65</sup> J. W. Stalin, „Marxismus und nationale Frage“; Werke, Bd. 2, S. 279.

vor, außer dem Siedlungsfonds noch eine Reihe anderer Fonds zu benutzen, um den Kampf gegen die „polnische Gefahr“ erfolgreich zu gestalten. Unter anderem sollte auf den sogenannten Dispositionsfonds zurückgegriffen werden, über den die Oberpräsidenten von Posen, Pommern und Schlesien verfügten.<sup>65a</sup> Die preußischen Konservativen und National-liberalen unterstützten diesen Vorschlag ebenso gern, wie sie jede andere, gegen die nationalen Minderheiten, darunter auch gegen das polnische Volk, gerichtete reaktionäre Maßnahme unterstützt hätten.

Das war eine Zeit, da unter den herrschenden Klassen Deutschlands starke Erregung über den internen Kampf in der slawischen Frage herrschte, wie er sich in Österreich-Ungarn entfaltet hatte. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, welche schwerwiegenden Folgen die im Grunde wenig bedeutsamen Reformen des Ministerpräsidenten Badeni hatten, die in der Verwaltung der tschechischen Länder die tschechische und die deutsche Sprache gleichstellten. Wir hatten darauf hingewiesen, daß selbst diese geringfügigen Zugeständnisse an die Jungtschechen in den führenden Kreisen der deutschen Diplomatie starke Unzufriedenheit hervorgerufen hatten, weil sie mit dem österreichisch-russischen Abkommen in der Balkanfrage zusammenfielen. Aber auch die breiteren politischen Kreise des deutschen Imperialismus erblickten in dem allgemeinen politischen Kurs des verbündeten Österreich-Ungarns neue Tendenzen, die sie im Keime zu ersticken trachteten. Besonders aktiv waren die alldeutschen Kreise, die äußerst rasch und entschlossen auf die Ereignisse in Österreich reagierten. Es sah so aus, als hätten sie beschlossen, die Erlasse Badenis für ihre Zwecke, nämlich zur Propagierung ihres allgemeinen Programms, des Kampfes für die Schaffung „Mitteleuropas“ gegen die slawischen Völker, auszunutzen. Hasse, der Führer des Alldeutschen Verbandes, und Schönerer, der Führer der Deutsch-Nationalen Partei in Österreich, setzten eine wütende Kampagne in zwei untereinander vereinbarten Richtungen fort. Beide zeterten über die „Tschechisierung“ Österreichs und über die tödliche Gefahr, die angeblich dem „Deutschtum“ drohte.<sup>65b</sup>

In Wirklichkeit aber war diese Kampagne dazu bestimmt, den offensiven, aggressiven Kampf nicht nur gegen die mit den Erlassen Badenis „beglückten“ Tschechen, sondern auch gegen die anderen slawischen Völker zu tarnen. Zu dieser Zeit verstärkte der Alldeutsche Verband die Kampagne sowohl gegen die Polen, die die östlichen Provinzen Deutschlands bevölkerten, als auch gegen die Ungarn. Die deutsche Presse, und zwar nicht nur

<sup>65a</sup> „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der am 22. Dezember 1897 einberufenen beiden Häuser des Landtages“, Bd. I, Berlin 1898, S. 122.

<sup>65b</sup> André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 107 ff., besonders S. 111.



die Presse des Alldeutschen Verbandes, war voll von alarmierenden Mitteilungen über das Anwachsen der tschechischen Bewegung, über das Anwachsen der magyarischen Opposition in Österreich-Ungarn, offenbar zur Unterstützung der regierungsfeindlichen Partei Schönerers und anderer reaktionärer Kräfte in Österreich, die sich in den Kampf für das „Deutschtum“ stürzten. Der Alldeutsche Verband verlor jedes Gefühl des Anstands und begann sich immer bestimmter und immer offener in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen.<sup>66</sup> Hasse versuchte auch den Reichstag, auf dessen Bänken er viele offene und geheime Anhänger des Alldeutschen Verbandes wußte, auf diesen Weg zu locken. Das ging jedoch zu weit, und der Reichstag lehnte die alldeutsche Resolution ab, die einen Appell zur offenen Unterstützung des einen Teils der Bevölkerung Österreich-Ungarns gegen den anderen Teil enthielt.<sup>67</sup> Die alldeutschen Kreise setzten jedoch ihr Werk ungeniert fort. Sie stifteten ihre „deutsch-österreichischen Stammesbrüder“ energisch zu aktiven Aktionen gegen die Slawen und gegen die Ungarn, gegen die in der Regierung manövrierenden katholischen Klerikalen und selbstverständlich auch gegen die Juden an, wobei sie von ihren „Brüdern“ die Erfüllung der „deutschen Mission“ forderten. Der Alldeutsche Verband beschränkte sich nicht mehr auf die Ausnutzung der Deutsch-Nationalen Partei, sondern nahm die Schaffung von eigenen örtlichen Organisationen, von „Stützpunkten“, in Böhmen, in Mähren und Siebenbürgen und in anderen Ländern Österreich-Ungarns in Angriff.<sup>68</sup>

Im Sommer 1897 veröffentlichte der Kongreß des Alldeutschen Verbandes einen Aufruf, in dem er vielsagend behauptete, daß die Erlasse Badenis „geradezu eine Gefährdung des zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn zur Zeit noch bestehenden Bündnisses seien“<sup>69</sup>. Zu gleicher Zeit begann die alldeutsche Propaganda immer häufiger, politische Ausdrücke zu verwenden, die ebenfalls recht anschaulich von den wahren Zielen jener zeugten, die sie anwandten. So wurde Österreich immer häufiger als „Ostmark“ und seine Bevölkerung als die „deutsche Schranke“ gegen die slawischen Völker bezeichnet.<sup>70</sup>

Auf diese Weise mischte sich der Alldeutsche Verband aktiv in die

<sup>66</sup> In dem Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1897 behauptete der Alldeutsche Verband offen, daß er die österreichischen Angelegenheiten als seine eigenen betrachte. (Siehe „Alldeutsche Blätter“ vom 29. Mai 1898, Nr. 21.)

<sup>67</sup> Reichstag, 15. Dezember 1897, Bd. I.

<sup>68</sup> So wurden zum Beispiel die Gesellschaft der Südmark, der Bund der Deutschen in Böhmen usw. geschaffen. („Alldeutsche Blätter“ vom 19. Dezember 1897, Nr. 51.)

<sup>69</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 27. Juni 1897, Nr. 26.

<sup>70</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 5. Dezember 1897, Nr. 49.

inneren Angelegenheiten Österreich-Ungarns ein und machte nicht einmal davor halt, diesem offen mit der schließlichen Sprengung der Grundlagen seiner Außenpolitik, der Bündnisbeziehungen zu Deutschland, zu drohen.

Der von oben Schutz genießende Alldeutsche Verband handelte nach einem Plan, der zum Teil in Deutschland und zum anderen Teil von seinen Kreaturen in Österreich ausgeführt wurde. Sowohl dort wie auch hier wurden zugleich Kundgebungen durchgeführt, die gegen die Erlasse Badenis gerichtet waren, aber im Grunde die chauvinistischen Instinkte zum Ruhme des „Deutschtums“ als der Grundlage des künftigen „Mitteleuropas“ schürten. Sowohl hier wie auch dort ertönten Aufrufe zur aktiven Diskriminierung der Slawen. Unter anderem faßte der Alldeutsche Verband einen Beschluß, der alle Mitglieder seiner Organisation verpflichtete, alle Arbeiter und Angestellten tschechischer Herkunft unverzüglich zu entlassen.<sup>71</sup> Diese lärmende und unablässige Kampagne beschränkte sich keineswegs auf den Kampf gegen die Badeni-Erlasse. Sie hatte viel umfassendere politische Ziele, die bald darauf endgültig klar wurden. Am 10. Juli 1897 hißte die von Agenten der Deutsch-Nationalen Partei aufgewiegelte Menge in Wien in einer der zum Parlament führenden Hauptstraßen die Fahne des Deutschen Reiches. Das war eine offene Herausforderung seitens des streitbaren Pangermanismus.

Indessen blieb die österreichische Regierung untätig. Ihr Kleinmut war nicht so sehr auf die Angst vor der chauvinistischen Schreihalsbande aus der alldeutschen Filiale Schönerers als vielmehr darauf zurückzuführen, daß man sich fürchtete, den deutschen Bundesgenossen zu beleidigen. Für diesen Kleinmut und diese Feigheit mußte die Badeni-Regierung teuer bezahlen. Der von außen her durch den Alldeutschen Verband unterstützte streitbare Chauvinismus erhob sein Haupt. Ende 1897 kam es in Wien zu Unruhen, in den Straßen wurden Barrikaden errichtet, und die Regierung Badeni, die eine weitere Verschärfung der Krise befürchtete, mußte zurücktreten.

Die ganze deutsche Presse nahm die Meldung von diesem Rücktritt mit unverhohlener Freude auf. Der Alldeutsche Verband beurteilte den Sturz der Badeni-Regierung als „noch nicht in allen Einzelheiten übersehbare Verdienste“, die sich die Volksgenossen „um das gesamte mitteleuropäische Deutschtum erworben haben“<sup>72</sup>. Aber das preußische Junkertum war anders gesinnt. Es spürte, daß in den österreichischen politischen Wirren eine Gefahr für seine Herrschaft in Deutschland verborgen lag. Es fürchtete,

<sup>71</sup> André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 113.

<sup>72</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 5. Dezember 1897, Nr. 49.

daß die Verschärfung der Krise in Österreich-Ungarn in der Tat den Zerfall der Doppelmonarchie bewirken und die Annexion alter österreichischer Länder durch Deutschland auf die Tagesordnung setzen könnte. Die preussischen Junker waren nach wie vor Gegner dieses Planes und nahmen deshalb den Sturz der Badeni-Regierung recht zurückhaltend auf. Sie behaupteten, daß die Umstände dieses Sturzes (Straßendemonstrationen, Unruhen, Barrikaden) den Sieg der „Revolution“ über die „Autorität“ bedeuteten.<sup>73</sup> Was aber die Regierungskreise und die offizielle Diplomatie anbetrifft, so spiegelte ihre Einstellung zu den österreichischen Ereignissen lediglich die widerspruchsvollen Stimmungen und Interessen der herrschenden Klassen wider. Die Regierung verhinderte allerdings die politische Agitation der alldeutschen Imperialisten in bezug auf Österreich nicht und unternahm offenbar keinen Schritt, um von den Handlungen der Deutsch-Nationalen Partei in Österreich abzurücken.<sup>74</sup> Sie war offensichtlich unzufrieden, als sie sah, zu welchen Folgen die Tätigkeit der alldeutschen Kreaturen geführt hatte. Nach „aus sicheren Quellen stammenden“ Meldungen Osten-Sakens, beurteilte man den Sturz Badenis in den Berliner Regierungskreisen als eine Revolution, die von den österreichischen Sozialisten vorbereitet worden war. „Der letzte Umstand“, so berichtete Osten-Saken, „läßt viele von den deutschen Politikern ernsthaft nachdenken und den sogenannten ‚Sieg des Deutschtums‘ äußerst skeptisch aufnehmen.“ Daraus zog Osten-Saken folgenden Schluß: „In der Tat muß die Schwächung der Habsburger Monarchie, des Hauptelements, auf das sich Deutschland im Dreibund stützt, die hiesige öffentliche Meinung zwangsläufig zu wesentlichen Befürchtungen führen. Dazu sieht man in einer mehr oder weniger fernen Zukunft den Anschluß der deutschen Provinzen Österreichs an das föderative Deutschland voraus und verfolgt hier nicht ohne Beunruhigung die Erfolge der Wiener Sozialisten.“<sup>75</sup>

Der Rücktritt Badenis schwächte die innere Krise in Österreich-Ungarn nicht ab und verschlechterte die Wechselbeziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland noch mehr. An die Spitze der Regierung trat

<sup>73</sup> „Kreuzzeitung“ vom 29. November 1897.

<sup>74</sup> Die Redakteure der G. P. haben vorsorglich in ihre Sammlung die Dokumente, die die Einstellung der deutschen Diplomatie zu den Ereignissen in Österreich kennzeichneten, nicht aufgenommen. Aber auch aus den Dokumenten, die sich auf die spätere Zeit beziehen, geht hervor, daß die deutsche Diplomatie das Wiener Kabinett aktiv beeinflusste, um es zu veranlassen, die Erlasse Badenis aufzuheben. „Über das, was wir in Berlin denken, habe ich der Regierung niemals den geringsten Zweifel gelassen“, teilte der deutsche Botschafter in Wien mit. (G. P., Bd. 13, Nr. 3471, Eulenburg an Hohenlohe, 1. März 1898.)

<sup>75</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 320. Depesche Osten-Sakens, Berlin, 4. Dezember (22. November) 1897, Nr. 88.

Freiherr Gautsch von Frankenthurn, ein alter erfahrener Beamter, der die Wege für einen vorsichtigen Rückzug der Regierung und irgendein Kompromiß zwischen den sozialen Spitzen der kämpfenden nationalen Elemente finden sollte, um die Doppelgrundlage der österreichisch-ungarischen Habsburger Monarchie zu erhalten. Das war eine Regierung vom Übergangstyp, die sich ebenso sehr fürchtete, die Erlasse Badenis offen außer Kraft zu setzen, wie auch zu erklären, daß sie in Kraft blieben. Sie berieth endlos über die Frage, wie man aus dieser Lage herauskomme, und war dabei von seiten Deutschlands einem ständigen starken Druck ausgesetzt.

Diesen Druck übte nicht nur die alldeutsche Propaganda, sondern auch die offizielle Diplomatie aus. Eulenburg, der deutsche Botschafter in Wien, war bemüht, sich - nicht immer geschickt - in Besprechungen einzumischen, die die österreichische Regierung bald in Wien, bald in Budapest führte. Bei ihren Manövern mußte die Regierung einmal die Unterstützung der polnischen, dann wieder die der tschechischen Agrarier suchen, und das mißfiel Eulenburg sehr. „Ich glaube“, so teilte er nach Berlin mit, „daß die Waage“ (in Österreich-Ungarn. *A. J.*) „zugunsten der Slawen bereits gesunken ist.“ Auf diese Mitteilung reagierte Wilhelm sehr bestimmt: „*Finis tripliciae*“ (Ende des Dreibunds), schrieb er an den Rand der Meldung Eulenburgs. Graf Goluchowski, der bei dem Regierungswechsel in Wien seinen Posten als Außenminister behalten hatte, redete seinen deutschen Bundesgenossen zu, sie möchten nicht nervös werden, keine überflüssige Hast zeigen und schließlich begreifen und sich an den Gedanken gewöhnen, daß Österreich-Ungarn eine ernste innere Krise durchmache und daß noch viele Jahre erforderlich seien, bis man diese Krise überwunden habe. Aber ebenso wie die alldeutschen Kreise forderte auch die Berliner Regierung von der Regierung Gautsch, sie solle die Erlasse Badenis aufheben und einen offen antitschechischen und antislawischen Kurs einschlagen. Die Wiener Regierung fühlte sich dazu außerstande, was wiederum in den herrschenden Kreisen Deutschlands starke Unruhe oder genauer gesagt Unzufriedenheit hervorrief. Eulenburg war der Meinung, Gautsch bereite neue Zugeständnisse an die Spitzen der tschechischen und der polnischen Bevölkerung vor. Diese Mitteilung rief bei Wilhelm eine stürmische Reaktion hervor. Selbst die geringsten Zugeständnisse an die slawische Bevölkerung betrachtete er als den Anfang vom Ende der Habsburger Monarchie und als eine Bedrohung seiner eigenen Germanisierungspolitik in den polnischen Gebieten Preußens. Hieraus zog er den Schluß: „Wir müssen uns beizeiten eine feste Brücke zu Rußland bereitstellen!“<sup>76</sup>

<sup>76</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3471, Eulenburg an Hohenlohe, 1. März 1898.

Aber diese Brücke in Richtung des zaristischen Rußlands beschreiten, um die Herrschaft Preußens in den Westgebieten Polens zu festigen und die eventuelle Annexion österreichischer Länder vorzubereiten, hieß die Grundlagen der traditionellen Politik der preußischen Herrschaft in Deutschland und der Herrschaft Deutschlands im Dreibund mit eigenen Händen untergraben. Zugleich bedeutete es auch, die Politik der Anbändelung mit England, eine Politik, die Erpressung und Forderungen tarnte und eine Erweiterung des Kolonialbesitzes zum Ziel hatte, im Keime ersticken. So bedeutsame soziale, politische und diplomatische Verwirrungen wollte die deutsche Regierung nicht riskieren, und auch Wilhelm selbst hätte das gewiß nicht gewagt. Ausschlaggebend war jedoch, daß eine radikale Umgestaltung der Grundlagen der deutschen Außenpolitik überhaupt nicht notwendig war. Die österreichische Regierung dachte gar nicht daran, der slawischen Bevölkerung irgendwelche wesentlichen Zugeständnisse zu machen. Das bedeutete, daß sie ebensowenig die Absicht hatte, die Grundlagen ihrer Innenpolitik umzugestalten, und daß folglich auch die Grundlagen der österreichisch-deutschen Beziehungen die alten bleiben konnten. Aber die deutsche Regierung verzichtete keineswegs auf die Möglichkeit, die innerpolitische Krise in Österreich-Ungarn im eigenen Interesse, im Interesse der Stärkung ihres Einflusses innerhalb der Grenzen der verbündeten Habsburger Monarchie, auszunutzen. In dieser Hinsicht wurde sie von den Umständen begünstigt.

Nach langen Erwägungen und Schwankungen kam die Wiener Regierung zu der Schlußfolgerung, daß man die Badeni-Erlasse nicht in Kraft belassen, aber ebensowenig außer Kraft setzen könne: deshalb wurden sie abgewandelt.<sup>77</sup> Dieser salomonische Schiedsspruch befriedigte jedoch weder die Jungtschechen noch die Deutsch-Nationale Partei, noch die deutsche Regierung. Das neue, unter Leitung von Graf Thun, dem prominentesten Vertreter der tschechischen Aristokratie und ehemaligen Statthalter von Böhmen, gebildete Wiener Kabinett änderte nichts an der Sachlage. Es erblickte seine Hauptaufgabe darin, die Verlängerung des ablaufenden österreichisch-ungarischen Abkommens durch irgendeine Abmachung mit den ungarischen Magnaten zu sichern.<sup>78</sup> Mit einem Wort, er versuchte das auseinanderfallende Boot der Doppelmonarchie auf irgendeine Weise zu retten. Aber der sich in der Doppelmonarchie abspielende innere Kampf hörte nicht auf, und die Kräfte des alldeutschen Imperialismus machten

<sup>77</sup> Diese Abänderungen bestanden in folgendem: Die tschechischen Länder waren hinsichtlich des Sprachgebrauchs bei den Verwaltungsämtern in Kreise eingeteilt, und zwar in tschechische, deutsche und gemischte Kreise. Diese Teilung blieb vorübergehend bis zur endgültigen Lösung der Frage auf gesetzgeberischem Wege bestehen.

<sup>78</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3473, Lidnowsky an Hohenlohe, 31. Mai 1898.

sich die Bresche zunutze, um in diesen Kampf einzugreifen. Durch die in Österreich von der Deutsch-Nationalen Partei Schönerers entfaltete Tätigkeit unbefriedigt, verstärkte der Alldeutsche Verband seine Ausfälle gegen die österreichisch-ungarische Regierung und beschuldigte sie, übrigens völlig unbegründet, unzulässiger Zugeständnisse an die Ungarn und Slawen. Die deutsche Regierung ermunterte zu diesen Ausfällen und schloß sich ihnen sogar offen an. Die preußische Regierung kam den Forderungen des Alldeutschen Verbandes nach und begann österreichische Polen aus Schlesien auszuweisen. Das rief die Empörung der polnischen und tschechischen Delegationen hervor. Da Goluchowski die Beziehungen zu seinen deutschen Bundesgenossen nicht verderben wollte, versuchte er die Angelegenheit zu vertuschen. Durch diesen übermäßigen Dienstfeifer erreichte er nichts und spornte die politischen Kreise Deutschlands lediglich zu einer neuen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des verbündeten Österreich-Ungarns und zur Verstärkung des Druckes auf das Wiener Kabinett an.

Die alldeutschen Imperialisten, denen durch die Unterstützung der Regierung der Rücken gesteuert wurde, entfalteten die Kampagne mit neuer Kraft, mit noch größerem Schwung und mit noch weniger verhüllten Zielen. Anfang September beriefen sie einen großen Kongreß des Alldeutschen Verbandes ein. Zu diesem Kongreß, der in München, dem Zentrum der Propaganda gegen Österreich-Ungarn, eröffnet wurde, trafen auch Delegationen der deutschen „Stützpunkte“ in Böhmen, in Siebenbürgen und in anderen Teilen der Doppelmonarchie ein. Die Tagesordnung wies drei aktuelle Fragen auf: 1. der Kampf Deutschlands um Marine- und Kohlenstationen, 2. der Kampf gegen das Slawentum in Österreich-Ungarn und in Deutschland, 3. der Kampf um den Zusammenschluß des „Deutschtums“ in Europa.<sup>79</sup> Der Kongreß stand im Zeichen eines allgemeinen chauvinistischen Aufschwungs. Hier, in Anwesenheit der Delegation von den Krupp-Werften, ertönten kriegерische Reden über die Notwendigkeit, „Stützpunkte und Kohlenstationen“ in allen Erdteilen für den Kriegsfall zu erwerben. Hier wurden auch schon Wahnreden gehalten, daß „das deutsche Volk ein Herrenvolk“ sei und daß die Deutschen im Ausland die „Vorposten“ des „Alldeutschen Reiches“ seien. Besonders aktiv waren die Vertreter dieser Vorposten in Österreich-Ungarn.<sup>80</sup> Der Kongreß verlief unter offenen Losungen des Kampfes des „Deutschtums“ gegen das Slawentum und unter getarnteren Losungen des Kampfes für die Einbeziehung Österreichs in den Verband des Deutschen Reiches und für die Schaffung eines alldeutschen „Mitteleuropas“ auf dieser Grundlage.

<sup>79</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 7. August 1898, Nr. 32.

<sup>80</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 18. September 1898, Nr. 38.

In dieser Atmosphäre unternahm Deutschland einen neuen provokativen Schritt gegen Österreich-Ungarn. Im November 1898 wies die preußische Regierung eine große Anzahl österreichischer slawischer Arbeiter aus. Sie handelte so ohne jeglichen Anlaß, allein auf Verlangen alldeutscher Kreise.<sup>81</sup> Die Wiener Regierung konnte diese neue Herausforderung beim besten Willen nicht hinunterschlucken. Der Ministerpräsident Graf Thun, der, ganz allgemein gesagt, lediglich davon träumte, „möglichst ohne Krach“<sup>82</sup> zu lavieren, mußte die Krallen zeigen und einige verschwommene Worte der Unzufriedenheit an die preußischen Behörden richten. Am Schluß seiner Rede erklärte er, falls die preußische Regierung die durch nichts gerechtfertigten Repressalien gegen Staatsangehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie fortsetze, werde die Wiener Regierung möglicherweise gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das war das wenigste, was Thun unter den gegebenen Umständen sagen konnte. Darüber hinaus beeilte sich Goluchowski, Eulenburg zu versichern, daß Thun keinesfalls die Absicht habe, der preußischen Regierung zu drohen und erst recht nicht, seine Worte in die Tat umzusetzen.<sup>83</sup> Aber alles war vergeblich. Der „Furor teutonicus“ der deutschen Imperialisten war bereits erwacht, und in den Spalten der deutschen Presse erhob sich, wie das Eulenburg Goluchowski vorausgesagt hatte, eine beispiellose Kampagne gegen die Regierung der verbündeten Macht. Ganz außer Rand und Band geriet die alldeutsche Presse, die offen mit der Lösung des Dreibunds drohte. Sie behauptete, da Italien „sich vor wenigen Jahren von einem halbbarbarischen Gegner“ (gemeint war Abessinien. *A. J.*) „in einem einzigen Schlage schmachlich hat besiegen lassen“, und man mit der österreichischen Armee, nachdem sich in der Doppelmonarchie „die deutschfeindlichen Umtriebe von Madjaren, Tschechen und anderen halbzivilisierten Völkerspittern“ verstärkt haben, nicht rechnen könne, müsse man die Beziehungen Deutschlands zu den beiden verbündeten Staaten einer Revision unterziehen. „Sagen wir es doch offen heraus: Italien und Österreich sind keine wirklichen Bundesgenossen für uns mehr, sie stehen nur auf dem Papier!“<sup>84</sup> Das waren die Stimmungen der alldeutschen Kreise, die bereits recht starke Verbreitung gefunden hatten. Schon früher, gleich zu Beginn der Krise, hatte sich Graf Waldersee, der die junkerlichen Interessen stets über alles stellte, ebenfalls dem Gedanken zuzuneigen begonnen, daß es

<sup>81</sup> André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 126.

<sup>82</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3473, Lichnowsky an Hohenlohe, 31. Mai 1898.

<sup>83</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3476, Eulenburg an das Auswärtige Amt, 30. November 1898.

<sup>84</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 11. Dezember 1898, Nr. 50.

aus diesem verworrenen Knäuel der nationalen Widersprüche Österreich-Ungarns und der komplizierten österreichisch-deutschen Beziehungen schließlich nur einen Ausweg geben könne: die Katastrophe Österreich-Ungarns. „Tritt diese ein“, schrieb Waldersee in sein Tagebuch, „so müssen wir, auch mit Gewalt, ein Großdeutschland schaffen.“<sup>85</sup>

Die deutsche Regierung beschloß, die neue, in den Beziehungen zu dem österreichisch-ungarischen Verbündeten entstandene Krise entschlossen, rasch, und zwar ausschließlich im eigenen Interesse zu liquidieren. Gestützt auf die alldeutsche Kampagne, die gegen die Regierung Thun sowohl in Deutschland selbst wie auch in Österreich mit gleicher Kraft betrieben wurde, unternahm sie eine diplomatische Offensive gegen den Bundesgenossen, um ihn zu zwingen, auf selbständige Handlungen in Angelegenheiten der nationalen Politik zu verzichten. Die genügend eingeschüchterte österreichische Presse bemühte sich zu beweisen, daß Thun in Deutschland falsch verstanden wurde, daß die entstandenen Reibungen auf ein Mißverständnis zurückzuführen seien usw. Alles war vergeblich. In Berlin war man fest entschlossen, den Vorwand auszunutzen, um der Wiener Regierung eine Lehre zu erteilen und sie an stärkeren Gehorsam zu gewöhnen. Wilhelm richtete an Franz Joseph einen Drohbrief, in dem er darauf hinwies, daß Worte, wie sie Thun an die Adresse der preußischen Regierung zu richten gewagt hatte, die Existenz des Dreibunds gefährdeten.<sup>86</sup>

Zugleich wurde im Reichstag eine Art politische Demonstration gegen Österreich-Ungarn inszeniert. Die Hauptrollen waren unter drei Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes verteilt. Der erste von ihnen, der Nationalliberale Bassermann, sprach über die österreichisch-ungarischen Beziehungen und schlug vor, zu „vertrauen auf die Festigkeit unseres Auswärtigen Amtes in der Wahrung der deutschen Interessen, aber auch des deutschen Anschens“. Immerhin benutzte er die Gelegenheit, um die österreichisch-ungarischen Bundesgenossen daran zu erinnern, daß Deutschland sich „nötigenfalls“ auch stark genug fühle, „allein und auf eigenen Füßen zu stehen“. Der zweite, der Führer der Freikonservativen, der Industrielle Kardorff, erklärte sich für einen Anhänger der Festigung des Dreibunds und drohte Österreich-Ungarn mit der Kündigung des Handelsvertrages. Der dritte schließlich, Liebermann von Sonnenberg, entfaltete das alldeutsche Programm für Österreich in seinem ganzen Umfang. Er zeigte nicht das geringste Interesse für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn, das er nicht ganz delikats als einen „Kadaver“ bezeichnete. Er erinnerte daran, daß Deutschland „weitaus der stärkere

<sup>85</sup> Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 407.

<sup>86</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3482, Wilhelm II. an Franz Joseph, 12. Dezember 1898.



Partner und als Bundesgenosse zweifellos gesuchter als das heutige Österreich“ sei. Damit kein Zweifel darüber bestehe, welches die Ziele der alldeutschen Politik in Österreich letzten Endes seien, verkündete er schließlich als eine der Hauptaufgaben des kommenden Jahrhunderts die Erweiterung Deutschlands: „Das ganze Deutschland soll es sein vom Belt bis zur Adria.“<sup>87</sup>

Obwohl der Anlaß zu dieser Demonstration im Reichstag die Antwort Thuns auf die unrechtmäßige Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen war, gab die alldeutsche Presse unzweideutig zu verstehen, daß man auf den allgemeinen Kurs der Innenpolitik Österreich-Ungarns Einfluß nehmen wolle. Graf Thun sollte begreifen, so warnte sie, daß man „ein ebenso frevelhaftes wie gefährliches Spiel mit dem deutschen Recht in Österreich“<sup>88</sup> nicht spielen dürfe. Gegen den Hintergrund dieser politischen Demonstration erschien der von Bülow bezogene Standpunkt als der Gipfel der Mäßigung. Er berief sich auf die Souveränität des Deutschen Reiches und verweigerte Österreich-Ungarn das Recht, der Ausweisung seiner Untertanen aus Preußen zu widersprechen. Den zwischen Deutschland und Österreich entstandenen Reibungen maß er rein diplomatische Bedeutung bei und sprach die Überzeugung aus, daß man sie durch diplomatische Mittel beheben könne. Schließlich bestätigte er, daß der Dreibund unerschütterlich wie eine „Festung“ bleibe.<sup>89</sup> In Wien sollten keine Zweifel darüber bestehen, daß der Herr dieser Festung die deutsche Regierung war. Die herrschenden Kreise der österreichisch-ungarischen Monarchie waren bereit, dies anzuerkennen. Die offizielle österreichische Presse erhielt die Anweisung, mitzuteilen, daß die zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland entstandenen Mißverständnisse bereits behoben seien.<sup>90</sup>

In Berlin war man jedoch der Meinung, daß die Thun-Regierung sich zu langsam zurückziehe. Deshalb war man dort bereit, jeden Anlaß zu einer neuen Offensive gegen die eigenen Bundesgenossen auszunutzen. Ein solcher Anlaß war leicht gefunden. Eine tschechische Persönlichkeit, Kramář, veröffentlichte in einer französischen Zeitschrift einen Artikel, in dem der Wunsch ausgesprochen wurde, Österreich solle auf sein Bündnis mit Deutschland verzichten und ein Bündnis mit Rußland und Frankreich eingehen.<sup>91</sup> Rufe zur Lösung des österreichisch-deutschen Bündnisses waren

<sup>87</sup> Reichstag, 13. und 15. Dezember 1898.

<sup>88</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 25. Dezember 1898, Nr. 52.

<sup>89</sup> Reichstag, 12. Dezember 1898.

<sup>90</sup> In diesem Sinne schrieben die „Wiener Abendpost“ und das „Fremdenblatt“ vom 25. Dezember 1898. (Siehe G. P., Bd. 13, Nr. 3494, Eulenburg an Hohenlohe, 25. Dezember 1898.)

<sup>91</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3499, Münster an das Auswärtige Amt, 1. Februar 1899.

soeben im Reichstag wie auch in der deutschen Presse laut geworden, und Wilhelm selbst hatte in einem persönlichen Brief an Franz Joseph mit dieser Möglichkeit gedroht. Jetzt aber wurden in Berlin die Rufe von Kramář als ein „Symptom“ und als „geradezu eine Provokation“<sup>92</sup> bewertet, die man ausnutzen sollte, um das Wiener Kabinett an die Wand zu drücken und zur völligen Kapitulation zu zwingen. Sosehr auch Goluchowski auf Eulenburg einredete, daß dieser Artikel von Kramář keine Bedeutung für die Festlegung des allgemeinen politischen Kurses Österreich-Ungarns haben könne, gab sich die deutsche Diplomatie nicht zufrieden.<sup>93</sup> Sie forderte irgendwelche Garantien und gab sogar vorsichtig zu verstehen, daß sie gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der Wiener Regierung meine.<sup>94</sup>

Nach längeren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die deutsche Diplomatie die sowohl in Deutschland als auch in Österreich in Bewegung gesetzten alldeutschen Kräfte erfolgreich einsetzen konnte, gaben die herrschenden Kreise der österreichisch-ungarischen Monarchie in allen Hauptfragen nach. Die Thun-Regierung hob die Erlasse Badenis auf und liquidierte somit die Überreste der illusorischen Zugeständnisse an die Jungtschechen. Sie versuchte ihre Beziehungen zur österreichischen Bourgeoisie in Ordnung zu bringen, die im Kampf gegen das Slawentum die Parteien des streitbaren „Deutschtums“ gern zu unterstützen begann. Sie bemühte sich, die Beziehungen auch zu dem mächtigen deutschen Bundesgenossen zu regeln, der selbst den Dreibund mißachtete, von Österreich-Ungarn aber die Bündnistreue forderte. Schließlich brachte Thun im Oktober 1899 den letzten Beweis für seine Bereitschaft, Deutschland entgegenzukommen: Er trat zurück. Danach verstärkte sich der deutsche Einfluß auf die österreichische Politik beträchtlich. Um Franz Joseph zu beruhigen, veranstalteten die Alldeutschen eine Kundgebung ihrer Loyalität zur Dynastie. Der alte Franz Joseph fiel auf diesen Köder herein.<sup>95</sup> Als Ergebnis erhielten die Alldeutschen volle Handlungsfreiheit in Österreich. Die herrschenden Kreise in Berlin segneten den Kleinmut der österreichischen Regierung, ihre Aussöhnung mit dem „Deutschtum“. Indem sie den Kampf der österreichischen Regierung gegen das Slawentum unterstützten, erreichten sie eine Verstärkung des Gehorsams ihres Bundesgenossen.

All das war für die deutsche Regierung sehr wichtig, weil sie keineswegs die Absicht hatte, den radikalen Forderungen der alldeutschen Kreise

---

<sup>92</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3500, Bülow an Wilhelm II., 3. Februar 1899 (siehe Bemerkungen Wilhelms).

<sup>93</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3501, Eulenburg an Hohenlohe, 13. Februar 1899.

<sup>94</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3505, Eulenburg an Hohenlohe, 27. März 1899.

<sup>95</sup> André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 128.

nach Liquidierung des Dreibunds und nach Anschluß der österreichischen Länder bis zur adriatischen Küste ernstlich nachzukommen. Die Pläne zur Aufteilung Österreich-Ungarns und zur Schaffung „Mitteleuropas“ waren Zukunftsmusik. Zu jener Zeit, um die Jahrhundertwende, war der deutsche Imperialismus bestrebt, das Bündnis mit Österreich-Ungarn auf der Grundlage der Verstärkung seines Einflusses zu festigen. Er strebte das an, weil sich vor ihm noch weitergehende Perspektiven des Vorrückens nach dem Osten – nach Vorderasien, an die Küsten des Persischen Golfs und an die Grenzen des Märchenlandes Indien – erschlossen. Der Alldeutsche Verband, seine politischen Organisationen und Zweigstellen, seine Ideologie und Propaganda, waren eine große Stütze in der Politik der deutschen Regierung gegenüber Österreich-Ungarn.<sup>96</sup> Ohne seine radikalen Forderungen zu befriedigen, hatte die im Nahen Osten tätige deutsche Diplomatie seine „Mitteleuropa“-pläne um ein riesiges Kolonialanhängsel in Form des asiatischen Teils des Ottomanischen Reiches beträchtlich erweitert. Von diesem Augenblick an beginnen in der alten, vom verpreußten Deutschland gegenüber Österreich-Ungarn betriebenen Politik neue, immer klarer ausgeprägte imperialistische Züge hervorzutreten.

## 3

Im Frühjahr 1898 erörterten die alldeutschen Kreise lebhaft die Frage nach dem künftigen Schicksal der Balkanhalbinsel. Sollte man Österreich-Ungarn in seinem Kampf um den vorherrschenden Einfluß im Westteil der Balkanhalbinsel unterstützen und es dem russischen Einfluß überlassen, sich im Ostteil zu verstärken, oder war es bereits an der Zeit, den selbständigen Kampf um die Einbeziehung der Balkanländer in „Mitteleuropa“ aufzunehmen? Diese Frage blieb in der Schwebe<sup>97</sup>, offenbar in Erwartung der Ergebnisse jener praktischen Schritte, die damals von Re-

<sup>96</sup> Hier einige Beispiele dieser alldeutschen Propaganda, die sich um die Jahrhundertwende entfaltete: „Was dem Hause Habsburg ursprünglich nur halb gelang und später völlig mißlang, die Germanisierung der früher zum Deutschen Bund gehörigen Länder, das müssen und können die Hohenzollern im Bunde mit den anderen deutschen Herrscherfamilien ganz zu Ende führen.“ (Siehe die Broschüre „Österreichs Zusammenbruch und Wiederaufbau“, München 1899.) In einer anderen Broschüre „Die deutsche Politik der Zukunft“ (München 1900, S. 9) wurde folgende Behauptung aufgestellt: „Aber selbst wenn die Tschechen nicht ihrer Natur nach Todfeinde und Angreifer des Deutschen Reiches wären, müßten wir trotzdem eine Wiedererwerbung Deutsch-Österreichs erstreben aus dem einfachen Grunde, weil uns Österreich von der Adria trennt.“ (Siehe André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, S. 73, 92.)

<sup>97</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 8. Mai 1898, Nr. 19.

gierungskreisen und von Kreisen des Finanzkapitals bereits vorbereitet wurden.

Nach dem griechisch-türkischen Krieg hatte sich der deutsche Einfluß im Ottomanischen Reich offensichtlich verstärkt. Die deutsche Diplomatie, die eine günstige politische Situation für das weitere Eindringen des deutschen Imperialismus in das Ottomanische Reich vorbereitete, trachtete danach, in Konstantinopel zu unterstreichen, daß ihre wahren Sympathien – zum Unterschied von England, Rußland und anderen Mächten – dem Halbmond gelten würden und nicht dem christlichen Griechenland, ungeachtet der engen dynastischen Beziehungen. Die Kretafrage blieb ungelöst. Die russische Regierung schlug vor, die Kandidatur des griechischen Kronprinzen Georg für den Posten des provisorischen Gouverneurs von Kreta zu unterstützen. Aber die deutsche Regierung weigerte sich, diesen Vorschlag anzunehmen. Bülow begründete diese Weigerung damit, daß Zugeständnisse an griechische Hoffnungen die Begierden der Balkanvölker heben und zum allgemeinen Aufstand gegen die türkische Herrschaft führen würden. Im Gespräch mit dem russischen Botschafter Osten-Saken „rückte er mit besonderer Beharrlichkeit die Gefahr einer solchen Wendung der orientalischen Frage in den Vordergrund. Das durch seine Mißerfolge kompromittierte europäische Konzert würde nach seinen Worten nicht mehr imstande sein, bei den vorauszusehenden unvermeidlichen Komplikationen, die leicht zum endgültigen Sturz des Ottomanischen Reiches unter ungünstigsten Umständen führen könnten, die Führung zu behalten.“<sup>98</sup> Nachdem er diese Erwägungen Bülows zur Kenntnis genommen hatte, gab der russische Zar ihnen eine sehr einfache Einschätzung: „Geschwätz, um die eigene Ablehnung zu verschmieren.“<sup>99</sup> Das war in der Tat Geschwätz, aber Nikolaus II. ahnte in seiner Beschränktheit nicht, was sich dahinter verbarg. Bald darauf weigerte sich Deutschland, sich an der Lösung der Kretafrage zu beteiligen, trat aus dem europäischen Konzert aus („legte die Flöte auf den Tisch“<sup>100</sup>, nach einem Ausspruch Bülows), wobei es auch den öster-

<sup>98</sup> Архив МИД, К. 21, Blatt 364, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 26. (14.) Dezember 1897, Nr. 100.

<sup>99</sup> Архив МИД, К. 22, Blatt 501, Geheimtelegramm Osten-Sakens, Berlin, 25. (13.) Dezember 1897 (siehe den Vermerk Nikolaus' II.).

<sup>100</sup> Um den Standpunkt der deutschen Regierung zu rechtfertigen, erklärte Bülow in seiner Rede vor dem Reichstag, daß nicht alle Teilnehmer des europäischen Konzerts die gleichen Instrumente spielen müßten: In der Kretafrage schlage einer die Trommel, der andere stoße in die Posaune, ein dritter halte die große Pauke in der Hand. Deutschland dagegen habe sich damit begnügt, in Konstantinopel Beschwichtigungen zu flöten, und zwar umsonst. Mehr könne die deutsche Regierung nicht tun. „Wenn Streit entsteht“, so schloß Bülow unter dem Beifall der Reichstagsmehrheit, „treten wir ruhig beiseite, und wenn Differenzen

reichisch-ungarischen Bundesgenossen mitnahm, und überließ es den anderen Mächten, die Interessen Griechenlands und Kretas zu verteidigen. Das war eine demonstrative Unterstützung des Sultans und des Islams, eine keineswegs uneigennützige Unterstützung. Die Rivalen des deutschen Kapitals im Ottomanischen Reich bemühten sich, das den Türken klarzumachen. Sie sagten: „Die Deutschen wollen die Türkei wirtschaftlich ausnutzen, um möglichst viel Geld zu verdienen, sie haben schöne Worte und gute Ratschläge, wenn aber ernste Komplikationen eintreten, werden sie für die Erhaltung der Türkei keinen Finger rühren.“<sup>101</sup> Das war eine Propaganda, die die Ergebnisse der wachsenden Expansion des deutschen Imperialismus nach dem Ottomanischen Reich unterschätzte. Indessen zeichneten sich dort, neben der Verstärkung wirtschaftlicher Interessen des deutschen Kapitals in der Türkei, auch Interessen strategischen Charakters ab, und das verlieh dem imperialistischen Kampf um den Einfluß im Ottomanischen Reich besonders große Wucht.

Die deutsche Diplomatie bereitete sich aktiv auf diesen Kampf vor. Ihr Vertreter, der zum Botschafter in Konstantinopel ernannte Baron Marschall von Bieberstein schrieb, nachdem er die Lage der Dinge an Ort und Stelle kennengelernt hatte: „In der Türkei sind ‚Politik‘ und ‚Intrige‘ so untrennbar verbunden, daß sie fast identische Begriffe geworden.“<sup>102</sup> Nachdem er also in eine Atmosphäre geraten war, die der Atmosphäre in den „höchsten Kreisen Berlins“ sehr ähnlich war, nahm er die Ausführung seiner Mission sofort in Angriff. Bereits in der ersten großen Meldung nach Berlin teilte er mit, welche gewaltigen Möglichkeiten das Ottomanische Reich als Markt für die Investition deutschen Kapitals, für den Bau von Eisenbahnen, Häfen, Brücken, Kraftwerken, Straßenbahnen bieten kann, „ganz abgesehen von speziell militärischen Anschaffungen“<sup>103</sup>. Seit dem Eintreffen der Mission des Generals von der Goltz in der Türkei hörte der Kampf um den militärischen Einfluß des deutschen Generalstabes nicht auf. Jetzt hatte man vor, dieses Spiel fortzusetzen und sogar zu verstärken. In dieser Frage konnte Marschall Hand in Hand mit dem Militärattaché Hauptmann Morgen handeln, der große Beziehungen nicht nur im deutschen Generalstab, sondern auch am Hofe hatte. Zunächst gelang es ihnen, vom Sultan einen recht großen Auftrag auf Gewehre und Munition zu erhalten, der der deutschen Rüstungsindustrie übergeben wurde.<sup>104</sup> Dann

---

laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Konzertsaal.“ (Reichstag, 8. Februar 1898, Bd. II, S. 908.)

<sup>101</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3339, Marschall an Hohenlohe, 5. März 1898.

<sup>102</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3341, Marschall an Hohenlohe, 6. August 1898.

<sup>103</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3339, Marschall an Hohenlohe, 5. März 1898.

<sup>104</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3340, Marschall an Hohenlohe, 24. Mai 1898.

gelang es ihnen, eine Reise türkischer Offiziere nach Deutschland zu organisieren, was sehr wichtig war für „die Erhaltung und Stärkung des deutschen Geistes in der türkischen Armee“<sup>105</sup>. Besonders große Bedeutung aber maß Marschall dem Umstand bei, daß sich Deutschland die „Verbindung des bisherigen Interessengebiets der Anatolischen Bahn mit dem Flußgebiete des Euphrat und Tigris und damit dem Persischen Golfe“ sichere. „Unbedingt“, reagierte Wilhelm darauf. Marschall hielt es für notwendig, die Handlungen eventueller Konkurrenten aufmerksam zu verfolgen, damit „uns hier kein anderer dazwischenkommt“<sup>106</sup>.

Aber Marschall mußte sich bald davon überzeugen, daß der Vertreter der Deutschen Bank, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Anatolischen Bahn, Zander, keineswegs ein Anhänger des Planes war, die anatolische Linie bis nach Bagdad zu verlängern. Zander war der Meinung, die Ausführung dieses Planes berge technische Schwierigkeiten in sich und sei in wirtschaftlicher Hinsicht ungünstig. Marschall jedoch bestand auf dieser Variante, weil diese Linie vom Standpunkt der deutschen Militärkreise aus strategische Bedeutung hatte. Zander, der unter gewissen finanziellen Schwierigkeiten zu leiden hatte, sprach sich sogar dafür aus, auch englisches Kapital zur Teilnahme an dem Unternehmen heranzuziehen. Marschall widersprach diesen Absichten kategorisch und bestand darauf, daß sowohl die Anatolische wie auch die geplante Bagdadbahn ausschließlich in den Händen des deutschen Kapitals bleibe. Wenn finanzielle Schwierigkeiten auftauchten, so erklärte er, solle man den Bau lieber in langsamerem Tempo durchführen, aber auf keinen Fall ausländisches Kapital und ausländischen Einfluß zulassen. Schließlich kamen Marschall und Zander zu dem Schluß, daß die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft von der staatlichen Preußischen Seehandlung finanzielle Unterstützung erhalten könne. Zander begab sich nach Berlin, um die Besprechungen fortzusetzen.

Aber es stellte sich heraus, daß der Plan Marschalls zur Einbeziehung des staatlichen preußischen Finanzunternehmens in die türkischen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt keineswegs vorbehaltlose Unterstützung fand. Bülow schwankte offenbar, da er begriff, welche gewaltigen Folgen die Verwirklichung der vorgesehenen Pläne des Baus einer Eisenbahn in Richtung auf Bagdad und zum Persischen Golf haben konnte. Die Tätigkeit des Hauptmanns Morgen in der Türkei zeugte davon, daß diese Pläne auch für die Frage der Meerengen von unmittelbarer Bedeutung waren. Die Lage an den Meerengen, so teilte Morgen mit, entspräche in keiner Weise den Interessen Deutschlands. Die türkischen Befestigungen an den Dardanellen und an der Tschataldschalinie hielt er für „Kulissen,

<sup>105</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3341, Marschall an Hohenlohe, 6. August 1898.

<sup>106</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3339, Marschall an Hohenlohe, 5. März 1898.

hinter denen die russische Diplomatie manövriert“. Er hätte es gern gesehen, wenn die Türken Befestigungen am Bosphorus errichtet hätten, und bestand darauf, daß Deutschland in der Türkei eine aktivere Politik betreiben solle. Seine Argumente waren folgende: „Wir haben unter allen Umständen Ursache, die Erhaltung des Osmanischen Reiches zu wünschen, von dem wir materielle Vorteile bereits ziehen und noch militärische in der Zukunft ziehen können. Mein ceterum censeo ist daher immer wieder: „Die Türkei muß militärisch gestärkt werden.“<sup>107</sup> Als ersten Schritt zur Erfüllung seiner militärisch-politischen Vorschläge hielt es Morgen für notwendig, die alten Befestigungen zu verbessern und neue unter Anleitung deutscher Offiziere zu bauen.

In den führenden diplomatischen Kreisen Berlins rief der Morgen-Plan offensichtlich Verwirrung hervor. Man erblickte darin den Appell zu einer aktiven Politik im Osten. Richthofen, der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, erinnerte daran, daß Österreich-Ungarn mehr als einmal den Versuch gemacht habe, Deutschland auf diesen Weg zu zerren. Die Versuche hatten das Ziel, „durch uns in Balkanfragen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen“. Richthofen erinnerte daran, daß Deutschland stets, vor allem aus strategischen Erwägungen, es für sich als gefährlich angesehen habe, eine aktive Politik im Osten zu betreiben: Man müßte berücksichtigen, daß Deutschland zwischen Frankreich und Rußland gelegen ist. Er gab zu, daß Deutschland, von der Erkenntnis seiner ökonomischen Vorteile ausgehend, an der Unterstützung des Ottomanischen Reiches interessiert sei. Aber er lehnte kategorisch den Morgen-Plan ab, der die aktive Teilnahme Deutschlands an der militärischen Festigung der Türkei gegen Rußland vorsah. Er war der Meinung, dieser Plan berücksichtige nicht die „Bedeutung, welche in einem europäischen Konflikte die *wohlwollende* Neutralität Rußlands für uns hat“. Die von Morgen für die Zukunft in Aussicht gestellten Vorteile bezeichnete er als „Phantasmagorie“, die „die Kompromittierung unseres Verhältnisses zu Rußland“ in keiner Weise aufwiegen könnte. Mit Rücksicht darauf, daß Hauptmann Morgen hohe Gönner, insbesondere im persönlichen Militärkabinett des Kaisers hatte, redete Richthofen Bülow zu, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwirklichung des Morgen-Plans zu verhüten, da er dem allgemeinen Kurs der deutschen Politik radikal widerspreche. Der Kampf um diesen berüchtigten Plan nahm so scharfe Formen an, daß Richthofen Bülow den Rat gab, im äußersten Fall mit dem Rücktritt zu drohen. Bülow griff ein und richtete an Wilhelm einen ausführlichen Brief, in dem er die Gefahren auseinandersetzte, die entstehen könnten, wenn Deutschland am

<sup>107</sup> G. P., Bd. 12, S. 571, Anmerkung.

Bosporus Befestigungen gegen Rußland zu bauen beginne. Wilhelm stimmte Bülow zu. Er schrieb auf den Bericht Morgens: „Dieser Plan ist unausführbar. Wir wollen uns dort nicht einmischen, vor allem *nicht gegen Rußland*... Morgen soll sich ruhig verhalten...“<sup>108</sup> Aber trotz der Forderungen der offiziellen Diplomatie setzte Morgen seine Tätigkeit fort. Das Auswärtige Amt konnte mit ihm nicht fertig werden. In der deutschen Nahostpolitik begannen bereits einige neue Tendenzen eine Rolle zu spielen. Sie offenbarten sich sehr bald, während und insbesondere nach der Türkeireise Wilhelms.

Bereits seit dem Frühjahr 1898 trafen die deutsche Diplomatie und die im Osten geschaffenen örtlichen alldeutschen Organisationen lärmende Vorbereitungen, um den Kaiser in Konstantinopel, in Syrien und in Palästina zu empfangen.<sup>109</sup> Die Reise fand im Oktober, das heißt in dem Augenblick statt, als England, wie W. I. Lenin feststellte, nur um Haaresbreite von einem Kriege gegen Frankreich entfernt war<sup>110</sup>, da ihre kolonial-imperialistischen Interessen in Zentralafrika (Faschoda) aufeinandergestoßen waren. Das erleichterte die Erfüllung der Aufgabe, die sich die deutsche Politik im Zusammenhang mit der Reise des Kaisers nach der Türkei stellte. Die Reise erregte allgemeines Aufsehen.

Während die Auslandspresse, die die Beunruhigung in den interessierten herrschenden Kreisen widerspiegelte, versuchte, die Ziele der Orientreise des Kaisers zu erraten, übte die deutsche Presse aus begreiflichen Gründen Zurückhaltung, die notwendig war, um diese Ziele zu tarnen. Eine Ausnahme bildeten die Organe des Alldeutschen Verbandes, die recht offen die Vorteile der Kolonisation der Tigris- und Euphratufer sowie anderer Gebiete der asiatischen Türkei ausmalten. Was die führenden Organe der sozialdemokratischen Presse anbetrifft, so verzichteten auch sie darauf, in diesem Zusammenhang die expansionistischen Pläne des deutschen Imperialismus im Osten zu entlarven. Im Gegenteil, der „Vorwärts“ zum Beispiel bestritt sogar, daß solche Pläne überhaupt vorhanden seien. „Der ganze Lärm“, so behauptete die Zeitung, „ist durch die ‚Findigkeit‘ der Presse gestiftet, welche es liebt, Reisen ‚höchster‘ Personen stets eine ganz wunderbare, epochemachende Bedeutung zuzuschreiben und nach unendlich weitausschauenden Plänen forscht, die gar nicht vorhanden sind.“<sup>111</sup> Die Zeitung versuchte ihre Leser davon zu überzeugen, daß das einzige Motiv, das den Kaiser zu der weiten Reise veranlaßte, die Neigung Wil-

<sup>108</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3342, Schlözer an Hohenlohe, 4. August 1898; Nr. 3343, Richthofen an Bülow, 9. August 1898.

<sup>109</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 26. Juni 1898, Nr. 26.

<sup>110</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 620.

<sup>111</sup> „Vorwärts“ vom 27. August 1898.



helms zur Romantik sei. Aber schon sehr bald spürte der „Vorwärts“, daß die Arbeiterklasse die ganze Propaganda für die Kolonisation, die Expansion und den allgemeinen Drang nach dem Osten, wie sie von den Kreisen alldeutscher Imperialisten entfaltet wurde, sehr wohl mit der Reise des Kaisers nach der Türkei in Verbindung bringt, und beeilte sich, seine Position zu ändern. Die deutschen Arbeiter, so gab die Zeitung zu, hätten allen Grund, das Vorrücken nach dem Bosphorus und in das Heilige Land mit dem Mißtrauen zu verfolgen, das sie bisher den Unmäßigkeiten und dem Tatendrang der Weltpolitik entgegengebracht hätte. Offenbar war das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, das dem Opportunismus Tribut zollte, ein Gegner lediglich der „Unmäßigkeiten“ der „Weltpolitik“, aber nicht ihres Wesens.

Am 18. Oktober traf Wilhelm in Begleitung Bülow's in Konstantinopel ein. Hier führte er Besprechungen über die Rolle, die das deutsche Kapital und die deutsche Industrie im Wirtschaftsleben der Türkei spielen könnten, sowie über die Rolle Deutschlands bei der Neuausrüstung und Stärkung der türkischen Armee. Dann begab er sich nach Jerusalem und von da aus nach Damaskus, wo er das Grab Saladins aufsuchte und eine Rede hielt, in der er sagte: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde zerstreut lebend in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“<sup>112</sup> Diese Rede enthielt ferner die entschiedene Unterstützung des Regimes des blutigen Sultans und betonte klar das Interesse der deutschen Politik an der Aufrechterhaltung des Ottomanischen Reiches. Außerdem bedeutete diese Rede, daß der Kaiser die panislamische Propaganda unterstützte, die von Abdul Hamid durch Emissäre in Transkaukasien, auf der Krim, an der Wolga, in Turkestan usw. betrieben wurde.<sup>113</sup> Aus Damaskus kehrte Wilhelm über Beirut nach Deutschland zurück. Seine Mission versuchte er als die Wallfahrt eines armen Pilgers zu den heiligen Stätten darzustellen.<sup>114</sup>

Diese etwas ungewöhnliche Metamorphose hatte recht bestimmte Grund-

<sup>112</sup> Zitiert nach G. P., Bd. 12, S. 575, Anmerkung.

<sup>113</sup> Hugo Grothe, „Deutschland, die Türkei und der Islam“, Leipzig 1914, S. 12.

<sup>114</sup> „Ich bin höchst erstaunt über die Menge von unsinnigem Geschwätz, das in den Zeitungen Europas über meinen Besuch in Jerusalem verbreitet wird!“ schrieb Wilhelm an Nikolaus II. am 18. August 1898. „Es ist höchst entmutigend, festzustellen, daß Gefühle wahrer Gläubigkeit, die einen Christen treiben, das Land aufzusuchen, in dem unser Erlöser lebte und litt, in den sogenannten besseren Klassen des 19. Jahrhunderts nahezu völlig erloschen sind, so daß sie die Pilgerfahrt in gewöhnlicher Weise mit politischen Motiven erklären müssen! Was für Tausende Deiner niedrigsten Bauern Recht ist, ist für mich auch Recht!“ („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 56.)

lagen, wenn man die Rolle der Kirche als eines Werkzeugs des politischen Einflusses im Osten berücksichtigt. Die „heiligen Stätten“ hatten schon seit langem und durchaus zu Recht den Ruf eines internationalen Jahrmarkts der christlichen Glaubensbekenntnisse und der Sekten, den Ruf des Brennpunkts der politischen Intrigen der rivalisierenden Kirchen und der dahinter stehenden Regierungen erworben. Das prunkhafte Auftauchen des deutschen gekrönten Pilgers in Begleitung nicht nur lutherischer Pastoren, sondern auch des eigens eingeladenen Kölner katholischen Bischofs Schmitz war eine Demonstration, die besagen sollte, daß der deutsche Kaiser darum besorgt sei, auch seinen katholischen Untertanen im Ausland Schutz zu erweisen. Ebenso wie durch die auf die Katholiken berechneten Gesten, von denen die Eroberung Kiautschous begleitet war, suchte der Kaiser auch durch diese neue Geste die Unterstützung der katholischen Zentrumspartei, die im Reichstag die zahlenmäßig stärkste und außerhalb des Reichstags eine recht einflußreiche Partei war, für seine Politik zu gewinnen. Mehr noch, er war bestrebt, den deutschen Katholizismus in den Dienst der außenpolitischen Bestrebungen des deutschen Imperialismus zu stellen. Bis dahin war Frankreich, einerlei ob katholisch oder freisinnig, im Osten in der Rolle des traditionellen Beschützers der Christen aufgetreten. Während der Besprechungen mit dem Vatikan über die Errichtung des Postens eines Nuntius beim Sultan in Konstantinopel hatte die deutsche Regierung vergeblich versucht, diesen Einfluß Frankreichs zu untergraben. Papst Leo XIII. bestätigte die Vorrechte Frankreichs, wodurch er scharfe Proteste nicht nur der allgemeinpolitischen und protestantischen, sondern auch der katholischen deutschen Presse hervorrief. Auf dem Kongreß der deutschen Katholiken in Krefeld ertönten laute Aufrufe, den Einfluß des gotteslästerlichen republikanischen Frankreichs im Osten auszuschalten, ihm das Recht der Schirmherrschaft über den Katholizismus zu entziehen und dieses Recht dem Deutschen Reich zu übertragen, das zwar protestantisch, aber gottesfürchtig und stark genug sei, auch die Interessen des Katholizismus zu verteidigen. Das war gerade das, was die deutsche Regierung brauchte. Wenn die einflußreiche Zentrumspartei die Kolonial- und Flottenpolitik unterstützte, könnte die deutsche Regierung den Katholizismus zu einer mächtigen Waffe der sich entfaltenden Expansion im Nahen Osten machen.<sup>115</sup> Auf der Ebene des außenpolitischen Kampfes bedeutete dies,

<sup>115</sup> Ein französischer Publizist kleidete diesen Gedanken in folgende Worte: „Deutschland“, so schrieb er, „ist eine Militärmacht. Es hat auch eine Wirtschaftsmacht. Es wird bald auch eine Seemacht werden, aber es braucht immer noch eine gewisse moralische Unterstützung. Es träumt davon, in den Augen der Welt der Repräsentant eines bestimmten Prinzips zu sein, den Schutz des Christentums seiner Weltherrschaft zugrunde zu legen, die verstreuten Zentren des deutschen

daß der Kaiser bestrebt war, den Katholizismus als Werkzeug zur Verdrängung des bedeutenden Einflusses des verhaßten Frankreichs zu benutzen. Er hatte den Eindruck, als hätten das innerpolitische Fieber im Zusammenhang mit dem Fall Dreyfus<sup>116</sup> und die diplomatische Niederlage Frankreichs in der Fashodakrise dem französischen Ansehen und Einfluß im Osten unerhörten Schaden zugefügt.<sup>117</sup> Und dies mußte Deutschland ausnutzen. Das wichtigste der politischen Wunder aber, die er zu vollbringen trachtete, bestand darin, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Englands im Osten zu verdrängen und dem jungen deutschen Imperialismus den Weg zu bahnen. „Der Haß gegen die Engländer ist stark und nimmt immer mehr zu“, schrieb Wilhelm aus Damaskus<sup>118</sup>, und er war bestrebt, diesen Haß der unterdrückten Völker des Ostens gegen das impe-

Einflusses mit Hilfe eines Doppelprotektorats mit den christlichen Gebieten zu verbinden und auf diese Weise in allen Ländern Massen von Personen zu erwerben, die das religiöse Prestige Deutschlands stützen und seine Waren kaufen, die zusammen mit dem Glauben an das Evangelium Christi das „Evangelium der Persönlichkeit des Kaisers“ preisen, das sind die Hauptbestrebungen der Politik Wilhelms II.“ („Revue des Deux Mondes“ vom 1. September 1898.)

<sup>116</sup> Die deutsche Regierung kannte natürlich sämtliche Hintergründe der „Affäre Dreyfus“, sie wußte, daß der angeworbene Spion Major Esterhazy war und daß Hauptmann Dreyfus völlig unschuldig war. Aber sie bezog einen Standpunkt, der den Kampf zwischen den „Dreyfusards“ und den „Anti-Dreyfusards“ noch mehr entfachen konnte. Zunächst verharrte sie überhaupt in Schweigen über diese Affäre. Dann erklärte Bülow als Antwort auf eine Anfrage des Führers der Freisinnigen in der Budgetkommission des Reichstags, Eugen Richters (am 24. Januar 1898), daß die deutsche Regierung keinerlei Beziehungen zu Dreyfus unterhalten habe. „Ich hatte keine Veranlassung, Esterhazy zu denunzieren“, schrieb Bülow später, „schon weil eine Regierung, die ihre Agenten oder Spione preisgibt, schwerlich wieder solche findet.“ (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 240.) Natürlich teilt Bülow nichts darüber mit, daß das junkerlich-bürgerliche Deutschland an der Stärkung der französischen Reaktion und an der Verschärfung des innerpolitischen Kampfes interessiert war, der die außenpolitischen Positionen Frankreichs schwächte.

<sup>117</sup> „... während gleichzeitig zusehends in ihnen offene Verachtung Frankreichs erwächst, das alle Hochachtung, die es früher besaß, eingebüßt hat“, schrieb Wilhelm an Nikolaus II. aus Damaskus am 9. November 1898. „Das ist die unvermeidliche Folge des schrecklichen Sumpfs, in dem die Franzosen jetzt mit ihren inneren Angelegenheiten herumtappen, wobei sie den Schmutz nach rechts und links spritzen, bis ganz Europa von dem Gestank raucht! Das zeigt, wie weit die Korruption, die Lüge und Ehrlosigkeit in der Nation und vor allem in der Armee schon um sich gegriffen hat. Hier sieht man sie als ein sterbendes Volk an, besonders seit dem letzten höchst schimpflichen Rückzug der Franzosen aus Fashoda! ... Die Moslemin nennen es Frankreichs zweites Sedan...“ („Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 67.) Man braucht wohl kaum darauf hinzuweisen, daß in diesen Worten des Kaisers einer seiner charakteristischen Züge hervortrat: Er nahm seinen eigenen Wunsch als Wirklichkeit an.

<sup>118</sup> „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“, S. 66.

realistische England auszunutzen, um sie unter die deutsche Herrschaft zu bringen. In seiner Rede in Damaskus, in der er sich weit vernehmlich zum Freund von 300 Millionen Mohammedanern erklärte, meinte er nicht nur die Untertanen des Sultans, sondern auch die Bewohner des britischen Empire. Noch kurz vorher hatte Wilhelm den russischen Zaren aufgerufen, im Fernen Osten „für das Christentum“ gegen den „Buddhismus“ zu „kämpfen“. Jetzt, im Nahen Osten, war er bereit, für den „Islam“ zu kämpfen. Aus Damaskus schrieb Wilhelm, daß er, „wenn ich ohne Religion dorthin gekommen wäre“ (an die „heiligen Stätten“. A. J.) „sicherlich Mohammedaner geworden wäre“<sup>119</sup>. Das war die Zauberwirkung des deutschen Finanzkapitals, das sich den Weg nach dem Nahen Osten bahnte!

In der Tat hatte die Reise Wilhelms nach der Türkei bedeutende Ergebnisse. „Der deutschen Industrie und dem deutschen Handel eröffnen sich große Horizonte“, teilte Bülow mit.<sup>120</sup> Im vorliegenden Fall war der Erfolg gewährleistet, weil mit Wilhelm und Bülow zugleich der Direktor der Deutschen Bank, Siemens, in Konstantinopel eintraf. Hier wurde die Frage des Baus der Bagdadbahn erneut aufgeworfen. Zunächst verstand es Siemens, Bülow von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß das preußische Finanzinstitut, die Seehandlung, zu dem Vorhaben heranzuziehen sei.<sup>121</sup> Dann wurde deutscherseits ein Angriff auf den Sultan unternommen, um diesem das Einverständnis zur Konzessionserteilung für den Bau dieser Bahn zu entreißen. Die Besprechungen mit dem Sultan wurden von Siemens und von Wilhelm, von jedem einzeln, geführt. Als erzielte Ergebnisse zählte Bülow kurze Zeit später folgende auf: „die Erteilung einer Konzession zum Bau eines Hafens in Haidar-Pascha, die Konzession eines deutschen Kabels zwischen Konstanz und Konstantinopel, die Befestigung der zwischen der türkischen Regierung und großen deutschen Firmen bestehenden geschäftlichen Beziehungen. Durch die Kabelkonzession gelangen wir in Besitz einer direkten telegrafischen Verbindung mit Konstantinopel, die voraussichtlich den Anfang zu einer neuen Weltlinie bilden wird. Hier ist auch zu verzeichnen der Plan einer Weiterführung der anatolischen Bahnen nach Bagdad, wodurch hoffentlich die Grundlage gelegt werden wird zu weiterer wirtschaftlicher Erschließung Kleinasiens.“<sup>122</sup> So begann als Ergebnis der Reise Wilhelms II. nach Konstantinopel, Jerusalem und Damaskus ein neuer Abschnitt nicht nur der wirtschaftlichen Expansion, sondern auch, wie W. I. Lenin feststellte, der Kolonialpolitik<sup>123</sup> des deut-

<sup>119</sup> Ebenda, S. 65.

<sup>120</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3347, Bülow an Müller, 15. November 1898.

<sup>121</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 88/89.

<sup>122</sup> G. P., Bd. 12, Nr. 3347, Anmerkung, Bülow an Mirbach, 26. März 1899.

<sup>123</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 632.

schen Imperialismus im Nahen Osten. Das bedeutete die Verschärfung der englisch-deutschen Gegensätze auch auf diesem Schauplatz der Weltpolitik.

Ende Januar 1899 gab der Sultan ein Irade (Erlaß) heraus, wonach der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft eine Konzession für die Errichtung eines großen Hafens in Haidar-Pascha erteilt wurde. Diese Konzession erschloß, wie Marshall hervorhob, große Perspektiven für das weitere Eindringen des deutschen Handels und des deutschen Kapitals in Kleinasien. Das Irade des Sultans bedeutete ferner eine wesentliche Stärkung des politischen Einflusses Deutschlands in der Türkei.<sup>124</sup> Zu gleicher Zeit erörterten in Berlin die Leiter der Deutschen Bank und des Auswärtigen Amtes die Frage der Verwirklichung der für den Bau der Bagdadbahn vorgesehenen Pläne. Die Besprechungen gingen in sehr raschem Tempo vor sich. Bülow widersprach diesen Plänen nicht mehr, sondern er trat im Gegenteil als ihr aktiver Verfechter auf. Siemens war ebenfalls der Meinung, daß man die Verwirklichung der vorgesehenen Pläne rascher in Angriff nehmen sollte. Die Hauptschwierigkeit erblickte er darin, daß die kapitalistischen Kreise, auf deren Mitwirkung er gerechnet hatte, mit großen Börsenspekulationen beschäftigt, nicht gewillt sein würden, ihr Kapital auf längere Frist der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Deshalb hatte er vor, zum Teil auch ausländisches Kapital in das Unternehmen einzubeziehen. Aber es tauchte noch eine weitere Gefahr auf. Der Militärattaché in der Türkei, Morgen<sup>125</sup>, hatte, berauscht durch die Erfolge seiner ersten Projekte, einen neuen Plan ausgearbeitet. Diesmal handelte es sich darum, von der Türkei zu fordern, daß die Tigris- und Euphratniederung Deutschland als ausschließliche Einflußsphäre überlassen werde. Für den Anfang schlug er vor, eine deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft auf dem Tigris zu schaffen. Aber es gab dort bereits eine englische Gesellschaft<sup>126</sup>, deren Aktien sich in den Händen der anglo-indischen Regierung befanden. Es war folglich zu erwarten, daß sich England der Schaffung der deutschen Gesellschaft widersetzen und auf alle Fälle bemühen werde, die Umwandlung Mesopotamiens in eine deutsche Einflußsphäre zu verhindern. Bülow hielt es aus diplomatischen Erwägungen für ungünstig, das Morgen-Projekt zu unterstützen. Dieses Projekt könnte England gegen die deutschen Pläne aufbringen und damit die Konzession für die Bagdadbahn scheitern lassen. Siemens teilte diese Ansichten

<sup>124</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3978, Marshall an das Auswärtige Amt, 29. Januar 1899; Nr. 3979, Marshall an das Auswärtige Amt, 3. Februar 1899.

<sup>125</sup> Während der Reise Wilhelms nach der Türkei hatte er es fertiggebracht, Major und Flügeladjutant des Kaisers zu werden.

<sup>126</sup> Euphrates and Tigris Steam Navigation Company; sie betrieb eine Linie zwischen Basra und Bagdad.

vollkommen, um so mehr, als er damit rechnete, auch englisches Kapital für das Unternehmen heranzuziehen.<sup>127</sup> Schon während seiner Reise nach dem Osten führte er Besprechungen mit einigen Vertretern der englischen Finanzwelt und stand in ständigem Kontakt mit dem englischen Kolonialminister, Joseph Chamberlain.<sup>128</sup> Im Februar 1899 konnte Siemens bereits die konkreten Besprechungen mit Vertretern der City über die Bedingungen ihrer Teilnahme am Bagdadunternehmen beginnen. Die deutsche Diplomatie war der Meinung, daß diese Besprechungen auch in politischer Hinsicht günstig sein könnten.<sup>129</sup> England bereitete sich vor, den Krieg gegen die Buren zu beginnen, und es sah so aus, als wäre dies für die deutsche Regierung ein recht günstiger Moment, um unter dem Vorwand einer Annäherung an England nicht nur eine finanzielle und folglich auch diplomatische Unterstützung in der Türkei, sondern auch koloniale Kompensationen in anderen Teilen der Erde zu erhalten.

Im März wurden diese Besprechungen in Berlin fortgesetzt, wo, „wie der Sturmvogel dem Unwetter vorauszieht“<sup>130</sup>, Cecil Rhodes erschien. Angesichts des von ihm vorbereiteten Krieges in Südafrika wollte er sonderieren, wie die Einstellung der politischen Kreise Deutschlands zu dem Schicksal Transvaals sein würde, und bei dieser Gelegenheit auch einige Fragen regeln, die die englische und die deutsche Politik in Afrika betrafen. Im Gespräch mit Cecil Rhodes legte Wilhelm seine umfassenden Pläne für das Eindringen in Kleinasien, aber natürlich nur in ihrem wirtschaftlichen Aspekt ausführlich dar. Cecil Rhodes entfaltete seinerseits seinen grandiosen Plan des Eisenbahnbaus Kapstadt–Kairo und bemerkte, falls Deutschland ihn nicht am „Aufbau“ eines neuen britischen Kolonialreichs in Afrika hindere, würde er bereit sein anzuerkennen, daß die Zukunft Deutschlands in Kleinasien und an den Ufern des Tigris und Euphrat liege.<sup>131</sup> Eine solche Einstellung zu den deutschen Bagdadprojekten war im gegebenen Augenblick in jenen Kreisen des britischen Imperialismus, die in erster Linie an dem südafrikanischen Abenteuer interessiert waren, recht verbreitet. Balfour, Lord des Schatzamtes, versicherte den Deutschen, daß England nicht die Absicht habe, Deutschland Schwierigkeiten in Kleinasien zu machen. Er versicherte ihnen ferner, daß England nicht widersprechen werde, falls die deutschen Kapitalisten die Konzession für den

<sup>127</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3980, Bülow an Wilhelm II., 17. März 1899.

<sup>128</sup> Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß Siemens die Reise nach der Türkei in Begleitung seiner Tochter und Ethel Chamberlains, der zweiten Tochter des englischen Ministers, unternahm. (Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 91.)

<sup>129</sup> Ebenda, S. 92.

<sup>130</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 289.

<sup>131</sup> Ebenda.

Bau der Bagdadbahn erhielten. Chamberlain, den Cecil Rhodes mit den deutschen Plänen für das Eindringen nach dem Nahen Osten vertraut gemacht hatte, ging noch weiter. Er kam einige Zeit später auf den Gedanken, diese Pläne in eine der Grundlagen der gegen Rußland gerichteten englisch-deutschen Annäherung zu verwandeln. Das Eindringen des deutschen Kapitals nach Kleinasien stellte seiner Meinung nach ein geringeres Übel dar als das Eindringen französischen oder russischen Kapitals. Chamberlain war bereit, die ökonomischen und sogar die kolonialen Ansprüche Deutschlands in Kleinasien gegen eine wohlwollende Haltung Deutschlands zu den englischen Monopolansprüchen „in zwei Punkten“ anzuerkennen. Er meinte die Verstärkung der Positionen Englands in Marokko und insbesondere die Eroberung Tangers. Auf diese Weise suchte er die Unterstützung Deutschlands auch, um Frankreich aus Nordafrika zu verdrängen. Andererseits strebte der britische Kolonialminister danach, daß englische Kapitalisten zu Teilhabern des deutschen Eisenbahnunternehmens in Kleinasien würden, und trat zu diesem Zweck mit dem Direktor der Deutschen Bank, Siemens, in persönlichen Kontakt.<sup>132</sup>

Derartige Pläne fanden jedoch in den herrschenden Kreisen Englands keine allgemeine Unterstützung. In London gab es eine Bankgruppe, die in Konstantinopel einen scharfen Kampf gegen die Deutsche Bank führte. Um die Übergabe der Konzession auf die Bagdadbahn in die Hände des deutschen Kapitals zu verhindern, stellte sich diese Gruppe englischer Banken hinter den ungarischen Finanzmann Rechnitzer, der sich in der Türkei um eine Konzession für die Eisenbahn Alexandrette–Aleppo–Bagdad–Basra bemühte.<sup>133</sup> Das hatte seine politischen Hintergründe. Indem England die Vertreter ungarischer großkapitalistischer Interessen auf seine Seite zog, rechnete es damit, gegen Deutschland im Nahen Osten seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn auszuspielen. Der Kampf zwischen der deutschen Siemens-Gruppe und der englisch-ungarischen Gruppe endete mit dem Siege der Deutschen Bank. Der Widerstand der englisch-ungarischen Gruppe Rechnitzer wurde gebrochen. Nachdem die englische Regierung in den Krieg gegen die Buren eingetreten war, konnte sie dieser Gruppe in der Türkei keine aktive Förderung mehr zuteil werden lassen. Die englischen Versuche, Österreich-Ungarn als Schranke gegen den Drang Deutschlands nach dem Nahen Osten auszunutzen, offenbarten ihre Schwäche: Die österreichisch-ungarische Diplomatie stützte sich in dieser

<sup>132</sup> G. P., Bd. 15, S. 4398, Aufzeichnung Bülows, 24. November 1899.

<sup>133</sup> In dem von ihm herausgegebenen Prospekt behauptete Rechnitzer, daß, falls sein Projekt verwirklicht werde, der britische Einfluß sich in der Türkei, am Persischen Golf, in Persien und in Afghanistan wesentlich verstärken wird. (Siehe Edward Mead Earle, „Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway“, S. 83.)

Frage noch einige Zeit auf England<sup>134</sup>, aber zugleich gewannen unter den österreichischen finanzkapitalistischen Elementen der Doppelmonarchie Stimmungen zugunsten der Unterstützung der deutschen Politik in der Türkei die Oberhand. Die den finanzkapitalistischen Kreisen nahestehende österreichische Presse begann Betrachtungen über die günstigen Perspektiven anzustellen, die sich der Monarchie auf dem Balkan im Zusammenhang mit den neuen Tendenzen der deutschen Nahostpolitik eröffneten.

Somit gelang es Deutschland, den Plan einer englischen Konzession in der Türkei zu durchkreuzen, aber es gelang ihm nicht, sich der englischen finanziellen Unterstützung bei der Verwirklichung der eigenen Konzessionspläne zu versichern. Die englische Regierung legte Deutschland keine ernstlichen Hindernisse in den Weg, als es sich um die Konzession auf die Bagdadbahn bemühte, obwohl sie es anderseits nicht unterließ, Maßnahmen (zum Beispiel in Koweit) zu ergreifen, um dieser Konzession den Ausgang zum Persischen Golf zu verschließen. Einen weitaus günstigeren Abschluß fanden die Besprechungen Siemens' mit einer französischen Finanzgruppe. Bereits Mitte April 1899 schlug der französische Botschafter in Konstantinopel, Constans, Marshall vor, eine „Entente“ zwischen den Gruppen des deutschen und des französischen Kapitals für eine gemeinsame wirtschaftliche Tätigkeit in der Türkei zu schließen.<sup>135</sup> Der französische Botschafter vertrat unmittelbar die Gruppe der Pariser Großfinanziers Öttinger und Malet, der Hauptaktionäre der Bank „L'Union Parisienne“, und Vitali, der an der Spitze des größten französischen Hüttenkonzerns stand.<sup>136</sup> Aber Constans behauptete, daß auch der französische Außenminister, Delcassé, seinen Vorschlag unterstütze.<sup>137</sup> Zwei Wochen später wandte sich der französisch-belgische Finanzmann Nagelmaker mit einem analogen Vorschlag an Marshall.<sup>138</sup> Die französischen Vorschläge überraschten die Deutschen nicht. Man wußte in Berlin, daß die an der Ottomanischen Bank interessierte französische Finanzgruppe nach einer Gelegenheit suchte, sich für die Verluste schadlos zu halten, die sie kürzlich durch un-

<sup>134</sup> Im Januar 1900 teilte Eckardstein mit, daß die österreichisch-ungarische Regierung nach seinen Informationen Befürchtungen hegte, ob die weitgehenden deutschen Pläne des Eisenbahnbaus in Kleinasien nicht die Unzufriedenheit Englands hervorrufen würden. Diese Meldung trägt den Vermerk Wilhelms: „Daher wohl die Unterstützung Rechnitzers, *um in London auf unsre Kosten zu gefallen*.“ (G. P., Bd. 17, Nr. 5212, Eckardstein an Bülow, 22. Januar 1900.)

<sup>135</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 94.

<sup>136</sup> М. Павлович, «Империализм и борьба за великие железнодорожные и морские пути будущего», Leningrad 1925, S. 50.

<sup>137</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3983, Marshall an das Auswärtige Amt, 12. April 1899.

<sup>138</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3985, Marshall an das Auswärtige Amt, 3. Mai 1899.



glückliche Spekulationen in südafrikanischen Bergbaupapieren erlitten hatte.<sup>139</sup> Sowohl Siemens wie auch Bülow kamen zu dem Schluß, daß man den französischen Vorschlag benutzen müsse, um französisches Kapital in das Unternehmen einzubeziehen. Außerdem maßten sie der Beteiligung französischen Kapitals auch große politische Bedeutung bei. Sie nahmen an, daß sie auf diese Weise auf der Grundlage der Nahostpolitik einen Keil zwischen Frankreich und Rußland treiben könnten. Die in Berlin zwischen der Deutschen Bank und den Vertretern der französischen Kapitalistengruppe aufgenommenen Besprechungen endeten mit einem Erfolg. Indem das deutsche Kapital den Franzosen nur 40 Prozent der Aktien der Bagdadbahn überließ, vermochte es den vorherrschenden Einfluß in diesem Unternehmen in seinen Händen zu behalten.<sup>140</sup> Anders gestalteten sich jedoch die Beziehungen zu Rußland.

Die Leiter der deutschen Außenpolitik mußten sich darüber im klaren sein, daß die neue Etappe der aktiven Politik Deutschlands im Nahen Osten unvermeidlich zur Zerrüttung der Grundlagen für die Politik der Annäherung an das zaristische Rußland führt und einen neuen mächtigen Antrieb zur Verschärfung des Gegensatzes zu diesem schafft. Aber sie hofften, daß die russische Politik in Persien und im Fernen Osten Ausichten auf einen Zusammenstoß zwischen Rußland und England in Asien erschließen würde. Sie hofften ferner darauf, daß die Nahostangelegenheiten zu einer Schwächung des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich in Europa führen würden. All das schien die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen Osten nur zu begünstigen. Da die wirtschaftlichen Interessen des zaristischen Rußlands in der Türkei (Handelsumsatz, Kapitalinvestitionen, Schifffahrt usw.) verschwindend gering waren, äußerten die Deutschen zunächst ihr Erstaunen darüber, weshalb sich die Zarenregierung eigentlich über den beginnenden Zustrom des deutschen Kapitals in Kleinasien und Syrien beunruhigte. Holstein zum Beispiel war der Meinung, daß es im Nahen Osten keinen Anlaß für einen Zusammenstoß zwischen den russischen und den deutschen Wirtschaftsinteressen gebe. Er war geneigt, die Beunruhigung der Zarenregierung über das deutsche Eindringen im Nahen Osten nur mit dem Druck von seiten Frankreichs zu erklären, das Gründe hatte, die stärker werdende deutsche Expansion in der Türkei zu fürchten.<sup>141</sup> Die französischen Kapitalisten standen unter den Besitzern ottomanischer Schuldverschreibungen an erster Stelle, ihre Handels- und

<sup>139</sup> Heinrich Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus, 1884–1914“, Bd. I, Berlin 1919, S. 250.

<sup>140</sup> Karl Helfferich, „Georg von Siemens“, Bd. III, S. 96; Edward Mead Earle, „Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway“, S. 60.

<sup>141</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4016, Aufzeichnung Holsteins, 17. April 1899.

Wirtschaftsinteressen in der Türkei waren recht bedeutend. Da russische Wirtschaftsinteressen in der Türkei nicht unmittelbar betroffen wurden, konnten die neuen Wölkchen, die sich an den Nahostabschnitten der Beziehungen zu Rußland zusammenzogen, nach der Meinung Holsteins relativ leicht vertrieben werden. Aber in Petersburg kamen ganz berechtigte Befürchtungen auf, daß nach dem wirtschaftlichen Festsetzen Deutschlands in der Türkei unvermeidlich auch die Errichtung seiner politischen Vorherrschaft folgen würde.<sup>142</sup> Als Bülow von diesen Befürchtungen erfuhr, beeilte er sich, Osten-Saken zu versichern, daß Deutschland in der Türkei lediglich rein wirtschaftliche Ziele verfolge und nicht im geringsten daran denke, sich in die Balkanangelegenheiten oder in das Schicksal Konstantinopels einzumischen, oder irgendwann seine Kontrolle an den Meerengen zu errichten. All das waren leere Worte. Als Osten-Saken den Vorschlag machte, ein schriftliches Abkommen abzuschließen, das die russische Regierung in der Frage der Meerengen „beruhigen“ und Deutschland andererseits die ersuchte Freiheit des wirtschaftlichen Eindringens in Kleinasien gewähren würde, versuchte Bülow, sich dieser geschickt geworfenen Schlinge zu entziehen.<sup>143</sup> Aber die russische Diplomatie ließ nicht locker. Anfang Mai 1899 kam Osten-Saken auf diese Frage zurück und versuchte Bülow davon zu überzeugen, daß Deutschland bei seinen sich verschärfenden Gegensätzen zu England gezwungen sein werde, sich „in allen Fragen zu Rußland und Frankreich zu halten und gegen England zu stellen“. Nun machte sich Bülow den Verlauf der Besprechungen zunutze und sprach die Bereitschaft aus,

<sup>142</sup> Im gleichen Sinne sprach Osten-Saken mit Bülow. (G. P., Bd. 14, Nr. 4017, Aufzeichnung Bülows, 18. April 1899.) „In politischer Hinsicht begann sich Deutschland für den Osten erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu interessiren“, schrieb später Osten-Saken. „Es betrat diesen Weg fast unwillkürlich, indem es zunächst nur der Entwicklung der Privatinitiative folgte, die danach strebte, im Osten ein neues Betätigungsfeld für das deutsche Kapital zu finden. Dabei wurde die Festigung der wirtschaftlichen Interessen in der Türkei durch den gleichzeitigen Verfall des französischen Einflusses im Osten nicht wenig gefördert... Von dem Augenblick an jedoch, da Deutschland Konzessionen zur Verbindung des anatolischen Bahnnetzes mit dem Hafen von Haidar-Pascha und zum Bau der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf erhält, verfällt es in Kombinationen, die nicht mehr in den Rahmen wirtschaftlicher Erwägungen allein passen; die ursprüngliche Schirmherrschaft über Privatbetriebe und die Notwendigkeit, die Finanzinteressen seiner Untertanen zu schützen, führen es zu der politischen Rolle, die man seit der Reise Wilhelms nach dem Orient als bereits umrissen betrachten kann... Die vom Berliner Kabinett in Konstantinopel verfolgten Ziele stimmen mit unserem historischen Weg im Orient nicht überein und schließen unerwünschte Komplikationen nicht aus.“ (Архив МИД, К. 17, Blatt 41, Depesche Osten-Sakens, 16. [3.] März 1900, Nr. 11.)

<sup>143</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4018, Aufzeichnung Bülows, 26. April 1899 (vgl. G. P., Bd. 14, Nr. 4015, Bülow an Radolin, 24. März 1899).

gemeinsam mit Rußland und Frankreich jedes Abkommen und jeden Bündnisvertrag zu unterzeichnen, wenn Frankreich und Rußland sich bereit erklärten, die bestehenden Grenzen der Bündnis Teilnehmer zu garantieren. Das war ein einfacher Trick. Bülow wußte im voraus, daß sein Vorschlag völlig unannehmbar war; denn er bedeutete nicht nur, daß das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland faktisch gelöst wurde, sondern auch, daß Frankreich formell unter der Garantie Rußlands die Hoffnungen auf eine Rückkehr Elsaß-Lothringens aufgab. Und in der Tat, Osten-Saken forderte nicht einmal Instruktionen aus Petersburg an, sondern antwortete, daß der deutsche Vorschlag für Frankreich unannehmbar sein werde. Nunmehr schlug Bülow vor, ein Abkommen nur mit Rußland unter den gleichen Bedingungen abzuschließen. Osten-Saken wich den Besprechungen über dieses Thema aus.<sup>144</sup>

Das war es gerade, was die deutsche Diplomatie anstrebte. Nach London gingen sofort Instruktionen ab, der englischen Regierung anzudeuten, daß bei ihrem diplomatischen Sieg über Frankreich während der Fashoda-Krise „schon Deutschlands Neutralität für England von entscheidender Bedeutung“ gewesen sei und daß die weitere Politik Deutschlands von der Bereitschaft Englands zu Konzessionen und milden Gaben abhängen werde.<sup>145</sup> Die Politik der „freien Hand“ wurde fortgesetzt. Als Außenminister Murawjow nach knapp zwei Monaten, über die deutschen Erfolge beunruhigt, erneut die Frage der Lage in der Türkei aufwarf, wandte die deutsche Diplomatie die gleiche Methode wie früher an. Sie schlug vor, einen Bündnisvertrag auf der Grundlage einer Garantie der Grenzen des Deutschen Reiches einschließlich Elsaß-Lothringens abzuschließen.<sup>146</sup> Das bedeutete die Lösung des zwischen Frankreich und Rußland bestehenden Bündnisses. Angesichts der sich verstärkenden Expansion des deutschen Imperialismus in der Türkei, der Beharrlichkeit und Wendigkeit der deutschen Diplomatie, war die Zarenregierung, den Tatsachen Rechnung tragend, gezwungen, nach einer neuen Grundlage für ein eventuelles Abkommen mit Deutschland zu suchen. Der russische Zar, der nach Potsdam kam, mußte fast wie ein Bittsteller auftreten. Er drückte die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung die Traditionen der russischen Balkanpolitik berücksichtigen werde.<sup>147</sup> Der in seiner Begleitung befindliche Murawjow sprach sich konkreter aus: „Rußland begreift vollkommen, daß der unge-

<sup>144</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4020, Aufzeichnung Bülows, 5. Mai 1899.

<sup>145</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4021 und 4072, Bülow an Hatzfeldt, 6. Mai 1899.

<sup>146</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4022, 4023, Radolin an Hohenlohe, 29. Juni 1899; Nr. 4024, Aufzeichnung Tschirschkys, 3. Juli 1899; Nr. 4025, Bülow an Wilhelm II., 4. Juli 1899; Nr. 4026, Richthofen an Radolin, 17. Juli 1899.

<sup>147</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 302.

heure Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels Deutschland zwingt, sich neue Märkte nicht nur in überseeischen Ländern, sondern auch in Kleinasien zu eröffnen. Daß deutsche Kapitalisten dort Eisenbahnen anlegen wollen, ist Rußland an und für sich nicht unsympathisch, da es in Anatolien die Deutschen lieber sieht als z. B. die Engländer. Rußland würde nur gern sehen, wenn nicht gerade solche Linien ausgeführt würden, welche den russischen strategischen oder finanziellen Interessen direkt widersprächen.“ Falls Deutschland, so betonte Murawjow, nicht den Eindruck des Bestrebens hervorrufe, „die Türkei gegen Rußland zu mobilisieren“, könne es Reibungen mit Rußland in der Frage des Eisenbahnbaus vermeiden. Auf die Frage der Meerengen ging Murawjow überhaupt nicht ein. Das einzige, was er jetzt von Deutschland haben wollte, war das Versprechen, Rußland über seine Eisenbahnbaupläne in Kleinasien auf dem laufenden zu halten.<sup>148</sup> Ein solches Versprechen erhielt Rußland. Mehr noch, Wilhelm versicherte, daß Deutschland keinerlei politische Ziele im türkischen Orient verfolge, daß es lediglich danach strebe, neue Märkte für seine Industrie zu erhalten. Um sein Bestreben zu unterstreichen, mit Rußland nahe Beziehungen aufrechtzuerhalten, erklärte er sogar, daß er „ausschließlich Rußland das Recht auf eine politische Rolle am Bosphorus und in der Nachbarschaft des Schwarzen Meeres zubillige.“<sup>149</sup> Das alles waren Worte, die lediglich auf Zeitgewinn ausgingen.

Am 24. Dezember 1899 unterschrieb die deutsche Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft mit der türkischen Regierung einen Vorvertrag über den Bau der Eisenbahnstrecke bis Bagdad und Basra.<sup>150</sup> Die versprochene Information über die geplante Richtung der Bagdadbahn erhielt Rußland jedoch von der deutschen Regierung nicht. Die russische Regierung streckte ihrerseits nicht die Waffen und söhnte sich mit dem verstärkten Eindringen des deutschen Kapitals in die Türkei nicht aus.

In der ersten Zeit war die russische Regierung in jeder Weise bestrebt, „die Garantie für die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft zu erschweren“, die für die Verwirklichung des vorgesehenen Eisenbahnbaus notwendig war. Sie versuchte zu unterbinden, daß die Kilometergarantien für die

<sup>148</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3548, Aufzeichnung Bülow's, 8. November 1899.

<sup>149</sup> Архив МИД, К. 37, Blatt 1, Entwurf eines Briefes des russischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter in Berlin, Osten-Saken (ohne Datum, wurde von Nikolaus II. am 7. März [23. Februar] 1900 gebilligt).

<sup>150</sup> Man muß darauf hinweisen, daß außerdem im Jahre 1899 von dem Berliner Bankhaus von der Heydt und Co. die Deutsch-palästinensische Bank gegründet wurde, die das Eindringen des deutschen Kapitals in Palästina und in der Levante förderte. Bereits im nächsten Jahr wurden nicht schlechte Dividenden ausgeschüttet (5 Prozent). (Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration“, S. 342.)

künftige Bagdadbahn durch eine Zehntenabgabe in den Kreisen und Wilajeten aufgebracht wurden, durch die die Strecke verlaufen sollte. Zu diesem Zweck wirkte sie auf den Beamtenapparat der Ottomanischen Bank ein und errichtete durch deren Agenten eine besondere Kontrolle sowohl über den Eingang wie auch über den Verbrauch der Einnahmen der Wilajete.<sup>151</sup> Über die Arbeit der deutschen technischen Kommission, die an der künftigen Strecke Forschungen durchführte, wurde eine Geheimkontrolle errichtet, um die bei der Kommission auftauchenden Schwierigkeiten rechtzeitig im eigenen Interesse auszunutzen.<sup>152</sup> Zugleich begann die Zarenregierung einen Druck auf die Türkei auszuüben, um den endgültigen Abschluß der Konzession nach Möglichkeit zu unterbinden oder aufzuschieben. Aber auch die deutsche Regierung setzte ihrerseits die Türkei unter Druck, um den Abschluß der Abmachung zu beschleunigen.<sup>153</sup>

Ohne ihr Ziel erreicht zu haben, beschloß die Zarenregierung, ihre Interessen in der Türkei auf eine andere Art und Weise zu sichern. Sie begann sich beim Sultan um Vorzugsrechte für Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen in Kleinasien zu bemühen.<sup>154</sup> Das stieß hinter den Kulissen

<sup>151</sup> Архив МИД, П. А. 53, Blatt 8; K. 27, Blatt 68, Entwurf des Telegramms des russischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter in Konstantinopel Sinowjew (ohne Datum) Nr. 12; Depesche Sinowjews, Konstantinopel, 2. Februar (21. Januar) 1900.

<sup>152</sup> Sinowjew teilte nach Petersburg mit, die Kommission habe sich davon überzeugt, daß „der Bau der Bagdadbahn auf große Schwierigkeiten stoßen wird, welche die Kosten der Arbeit zumindest bedeutend erhöhen“ werden. (Архив МИД, K. 27, Blatt 291, Depesche Sinowjews, Konstantinopel, 30. [17.] März 1900, Nr. 57.) Sinowjew war bestrebt, den Bericht der deutschen Sonderkommission zu erhalten, die die Frage des Baus der Eisenbahn von Konia über Bagdad bis Koweit studierte. Zunächst erhielt Sinowjew jenen Teil des Berichts, der „die Bedeutung der künftigen Bagdadbahn als eines neuen Transitweges zwischen Europa und Indien“ betraf. (Siehe Архив МИД, K. 28, Blatt 263, Depesche Sinowjews, Konstantinopel, 19. [6.] Juli 1900, Nr. 139 mit dem Vermerk „Streng vertraulich.“)

<sup>153</sup> Архив МИД, K. 27, Blatt 68, Depesche Sinowjews. Konstantinopel, 2. Februar (21. Januar) 1900, Nr. 10.

<sup>154</sup> „Wenn wir das Entstehen deutscher Eisenbahnunternehmen in der Nähe des russischen Grenzbesitzes zulassen, müssen wir jedoch dafür sorgen, uns gegen das Vordringen irgendeiner fremden Macht auf die Südküste des Schwarzen Meeres einschließlich des Bosphorus, wo Rußland erstrangige staatliche Interessen hat, zu schützen. Von diesem Standpunkt aus . . . wird Herr Sinowjew beauftragt, mit dem Sultan ein Übereinkommen über die Abgrenzung eines bestimmten Bezirks an der Südküste des Schwarzen Meeres zu treffen, innerhalb dessen, falls die türkische Regierung den Eisenbahnbau für notwendig erachtet, die Konzession für einen solchen Bau russischen Konzessionären erteilt wird.“ (Архив МИД, П. А. 53, Blatt 34, Entwurf eines Telegramms des russischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter in Berlin, Osten-Saken, 2. März [18. Februar] 1900, Nr. 37 und 38.)

auf den Widerstand Deutschlands. Durch Druck auf die türkische Regierung bemühte es sich, den Einfluß Rußlands zu verdrängen. Die in Petersburg eintreffenden diesbezüglichen Meldungen riefen dort Empörung hervor.<sup>155</sup> Ende Februar erklärte die Zarenregierung der türkischen Regierung, sie sei bereit, auf die Forderung nach dieser Konzession zu verzichten, wenn die deutschen Bemühungen um die Bagdadbahn von der Türkei abgewiesen würden.<sup>156</sup> Auch dies half nichts. Die Unruhe in Rußland verstärkte sich auch noch deshalb, weil hinter der begonnenen wirtschaftlichen Expansion des deutschen Imperialismus in der Türkei bereits klar der wachsende politische und militärische Einfluß hervortrat.<sup>157</sup> Die türkische Armee wurde durch deutsche Offiziere ergänzt<sup>158</sup>, die militärische Ausrüstung wurde von deutschen Werken geliefert. In den türkischen Ministerien und anderen Dienststellen tauchten deutsche Berater auf.<sup>159</sup> Der Kaiser selbst empfahl der Türkei, den Bosphorus zu befestigen, die türkische Flotte zu verstärken und sie in Kampfbereitschaft zu halten.

In diesen vertraulichen, vom Kaiser erteilten Ratschlägen war die Spekulation enthalten, nicht nur neue Aufträge für Krupp und die großen Hamburger Werften zu erhalten, sondern auch den deutschen politischen Einfluß in der Türkei als Gegengewicht gegen Rußland zu verstärken. Die ganze Presse und alle, sowohl bürgerliche wie auch junkerliche, Parteien

---

<sup>155</sup> Архив МИД, К. 37, Blatt 1, Entwurf des Briefes des russischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter in Berlin, Osten-Saken (ohne Datum, wurde von Nikolaus II. am 7. März [23. Februar] 1900 gebilligt).

<sup>156</sup> G. P., Bd. 17, Nr. 5217, Marschall an das Auswärtige Amt, 26. Februar 1900.

<sup>157</sup> Der russische Zar war der Meinung, daß durch eine eventuelle Vereinbarung über Fragen des Eisenbahnbaus in der Türkei „die Beseitigung anderer eventueller Ursachen für ernste Unstimmigkeiten mit Deutschland keineswegs erschöpft“ werden. „Wir müssen“, so sagte er, „völlig klar und kategorisch den Zweck der mehr als freundschaftlichen Verbindung des deutschen Kaisers mit der türkischen Armee klären.“ (Архив МИД, II. А. 53, Blatt 34, Vermerk auf dem Entwurf des Telegramms des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter in Berlin, Osten Saken, 2. März [18. Februar] 1900, Nr. 37 und 38.)

<sup>158</sup> Von den elf deutschen Offizieren, die in der türkischen Armee dienten, verblieben sieben gleichzeitig im aktiven Dienst der deutschen Armee (darunter von Kampenhönerer, Generalleutnant in deutschen Diensten, Grumbkow, Oberst in deutschen Diensten, und andere). (Liste der deutschen Militärs im türkischen Dienst, Архив МИД, К. 28, Blatt 34, Depesche des Geschäftsträgers Schtscherbatschew, Konstantinopel, 22. [9.] Mai 1900, Nr. 93, Anlage.)

<sup>159</sup> Deutsche Berater gab es bei den Hauptverwaltungen für Zoll, Post und Telegrafwesen, beim Ministerium für Finanzen, beim Ministerium für Bergbau und Forstwirtschaft. (Архив МИД, К. 28, Blatt 34, Liste der deutschen Zivilbeamten im türkischen Dienst.) Die deutsche Regierung versuchte zu unterbinden, daß die Türkei Berater aus anderen fremden Staaten heranzog.

unterstützten unbedingt den „neuesten Kurs“ der Nahostpolitik, an dem sich die einflußreichsten Kreise des deutschen Finanzkapitals als interessiert erwiesen. Aber diese Presse der verschiedenen politischen Richtungen verkündete noch nicht laut die umfassenden politischen und militärischen Pläne des deutschen Imperialismus in der Türkei. Offenbar fürchtete sie sich, wie das damals Osten-Saken hervorhob, „angesichts der europäischen öffentlichen Meinung unvorsichtige Worte fallenzulassen“<sup>160</sup>. Dafür rührte die alldeutsche Presse gleich bei den ersten Anzeichen der neuen Tendenzen der deutschen Politik im Nahen Osten die „nationale Trommel“ und deckte die aggressivsten Ziele dieser Politik auf. Sie bezeichnete diese Ziele als „groß“ und behauptete, daß, um sie zu erreichen, „die ganze Macht des Deutschen Reiches in die Waagschale geworfen werden muß“. Sie war der Meinung, daß das Hauptergebnis der Türkeireise Wilhelms „die Einbeziehung dieses Landes in die Sphäre der deutschen Interessen“ war. Noch vor Abschluß des Abkommens über die Bagdadbahn forderte sie, daß der deutsche Einfluß in Kleinasien, in Mesopotamien und in Arabien ebenso ausschließlich werde wie der englische Einfluß in Ägypten.

Die einzige politische Kraft in Deutschland, die den neuen kolonialen Bestrebungen nach dem Osten entgegentrat, war die Sozialdemokratie. Um ihre Einstellung zu diesen Bestrebungen zu demonstrieren, stimmte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gegen die Bewilligung der Mittel für die Ausgaben der Türkeireise Wilhelms. Aber einen realen Kampf gegen diese imperialistischen Bestrebungen führte sie nicht. Mehr noch, in ihren Reihen gab es opportunistische Elemente, die durch hochtrabende Worte von der Kulturträgermission des Imperialismus getarnt, als Verfechter sowohl der Politik des „Dranges nach Osten“ wie auch der Bagdadbahn auftraten. „Deshalb ist denn auch der Bau der Anatolischen Bahn und ihrer Ausläufer“, so schrieb Ernst Frei, einer dieser Verfechter in dem revisionistischen Hauptorgan der Sozialdemokratie „kulturell viel wichtiger für uns wie all die lärmenden Erfolge unserer Überseepolitik.“ Und kurz vorher erklärte er, weshalb die deutschen Sozialdemokraten als Gegner der „Überseepolitik“ die imperialistischen Bestrebungen nach dem Osten unterstützen mußten: „Wir sollten endlich davon ablassen, auf dem Ozean unsere Zukunft zu suchen“, so schrieb er. „Denn unsere ganzen Verhältnisse, namentlich unsere geographische Lage weist uns nach anderer Richtung. Es winkt uns auch Exportgelegenheit in Kleinasien, und es drängt uns, aus der Liquidationsmasse der Habsburgischen Monarchie, Deutsch-

---

<sup>160</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 54, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 16. (3.) März 1900.

Osterreich in unseren deutschen Staatenverband aufzunehmen.“<sup>161</sup> Das war die Ideologie und Phraseologie des Alldeutschen Verbandes.

Gleich von den ersten Schritten der Politik des Dranges nach dem Osten an betrachteten die alldeutschen Kreise das Ottomanische Reich nicht nur als ein riesiges Kolonialanhängsel Deutschlands und in Zukunft des deutschen „Mitteleuropas“, sondern auch als einen gewaltigen strategischen Aufmarschraum für den Kampf gegen den wichtigsten Marine- und Kolonialrivalen – England. Sie erklärten offen, daß „das heeresgewaltige Deutsche Reich seine aufgespeicherte Kraft ... auch einmal fruchtbringend zur Geltung bringen“ sollte. Und sie erklärten, was sie meinten: „Hier handelt es sich um einen Schauplatz, wo das überragende deutsche Landheer im Falle der äußersten Not wirklich zur Geltung kommen könnte und man nicht auf die Ebenbürtigmachung unserer Flotte zu warten brauchte.“ Die alldeutschen Kreise waren der Meinung, daß man diesen neuen riesigen Aufmarschraum erst dann zu militärischen Zwecken verwenden konnte, wenn Deutschland nach Beendigung des Baus der Bagdadbahn seinen militärischen Einfluß bis zum Persischen Golf ausdehnen konnte. Sie begriffen, daß man hierzu nicht nur Zeit, sondern auch die Geschicklichkeit haben mußte, mit diplomatischen Mitteln die Gefahr zu bannen, die sich mit der Verwirklichung des Baus der neuen Eisenbahnhauptlinie – dazu bestimmt, Berlin mit Bagdad und darüber hinaus mit dem Persischen Golf zu verbinden – vergrößern würde. „In Kleinasien ...“, so behaupteten sie, „wird eine geschickte deutsche Diplomatie sich leicht zum freudigen Dritten machen können.“<sup>162</sup> In gleicher Weise faßte auch der Leiter der deutschen Diplomatie, Bülow, nach Vereinbarung mit dem Direktor der Deutschen Bank, Siemens, seine Aufgabe auf, nur daß er sie etwas später und etwas anders formulierte: „Es gilt also, die asiatische Rivalität Englands und Rußlands so für uns auszunutzen, daß wir bald mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen, bald mit einem Knix vor dem russischen Bären unsere Bahn bis Kueit am Persischen Golfe hindurchschlängeln.“<sup>163</sup> Das war die Methode, die die deutsche Diplomatie sowohl im Fernen wie auch im Nahen Osten und auf den anderen Schauplätzen ihrer „Weltpolitik“ anwandte. Was aber die allgemeinen Ziele der neuen Tendenzen anbelangt, die in der deutschen Politik im Nahen Osten zutage traten, so definierte sie der Alldeutsche Verband schon, als das erste Fazit der Orientreise Wilhelms gezogen wurde: „Also Volldampf vorwärts nach dem Euphrat und Tigris und nach dem Persischen Meer und damit der Landweg nach Indien wieder in die Hände, in die er allein gehört, in die kampf- und ar-

<sup>161</sup> „Sozialistische Monatshefte“, 1900, Heft I, S. 38.

<sup>162</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 6. November 1898, Nr. 45.

<sup>163</sup> G. P., Bd. 17, Nr. 5213, Mühlberg an Eckardstein, 31. Januar 1900.



beitsfreudigen deutschen Hände.“<sup>164</sup> So formulierten die aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus um die Jahrhundertwende die Aufgabe der Politik des „Dranges nach Osten“.

## 4

Fast zur selben Zeit, als die deutsche Regierung den Weg einer neuen Politik in Vorderasien einschlug, den Weg der imperialistischen Politik des „Dranges nach Osten“, gelang es ihr, einen weiteren Erfolg im Stillen Ozean zu erzielen. Das war ein Erfolg etwa von der gleichen Bedeutung wie die Eroberung der Karolinen-„Lumperei“. Außerdem war dies überhaupt der letzte territoriale Erfolg des deutschen Imperialismus auf den Wegen zum Weltkrieg. Bis zum Beginn dieses Krieges gelang es ihm nicht mehr, neue Eroberungen zu verwirklichen. Aber damals, unmittelbar am Ende des 19. Jahrhunderts, maßen die Regierung und die herrschenden Klassen in Deutschland dem Neuerwerb sehr große Bedeutung bei. Sie erblickten in ihm nicht das Ende, sondern den Anfang einer weiteren kolonialen Ausdehnung, einen vielversprechenden Beginn an der Grenze eines neuen Jahrhunderts. Diese Ausdehnung beabsichtigten sie auf dem Wege der „Erpressung von Zugeständnissen“ bei ihren Rivalen zu verwirklichen, wobei sie deren Schwierigkeiten und die zwischen ihnen entstehenden Reibungen und Gegensätze auszuspielen gedachten. Auf diese Weise dachten sie geschickt die Zeit zu nutzen, die für den Bau einer großen Kriegsflotte notwendig war.

Mit dem Heranrücken des von England vorbereiteten Krieges gegen die Burenrepubliken brachten die herrschenden Kreise Deutschlands immer neue Forderungen vor, die England gestellt und von diesem unverzüglich erfüllt werden sollten. Die Wahl fiel auf die Samoainseln, die an den wichtigsten Verbindungswegen Ozeaniens gelegen waren. Das auf den Inseln seit langem errichtete Kondominium Englands, Deutschlands und der USA stellte eine Kompromißform der Herrschaft dieser drei Mächte dar, konnte aber der seit vielen Jahren sich verstärkenden Rivalität nicht standhalten. Jede der Mächte hatte ihre Schützlinge, die exotischen Anwärter auf den Königsthron, und schürte die Kriege und die Zwietracht zwischen ihnen. Endlose Aufstände der einen Anwärter gegen die anderen waren im Grunde genommen bewaffnete Zusammenstöße zwischen den am Kondominium beteiligten Mächten. Die häufigen Aderlasse an der örtlichen Bevölkerung, die von den Konsularagenten mit Hilfe ihrer Schützlinge vor-

<sup>164</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 6. November 1898, Nr. 45; siehe ferner „Alldeutsche Blätter“ vom 17. Dezember 1899, Nr. 51.

genommen wurden, wirkten sich schließlich auch auf die Tätigkeit der Kolonialfirmen auf Samoa verhängnisvoll aus. Die Partner des Kondominiums schürten aber auch weiterhin die blutige Zwietracht. Jeder von ihnen strebte danach, mit allen Mitteln, einschließlich des Einsatzes der Artillerie der eigenen Kriegsmarine, seinem Schützling, das heißt letztlich sich selbst, die Herrschaft zu sichern.

Im Herbst 1898 hatte sich die Lage auf Samoa stark verschärft, weil Deutschland sich entschlossen hatte, die Inselbewohner mit einem neuen Anwärter auf den vakanten Königsthron zu beglücken. Der neue Anwärter wurde auf einem deutschen Kreuzer nach Apia gebracht. Das reichte aus, um es der deutschen Regierung zeitgemäß erscheinen zu lassen, in den Besprechungen mit England über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien auch die Frage der erwünschten Aufteilung der Samoainseln aufzuwerfen.<sup>165</sup> Die englische Regierung dagegen lehnte es ab, diesen Vorschlag anzunehmen, wobei sie sich auf die Einwände Australiens berief.<sup>166</sup> Die USA bedienten sich noch gewichtigerer Argumente sowohl gegen die Machtergreifung durch den deutschen Protegé auf Samoa als auch gegen die deutschen Pläne für die Aufteilung der Insel. Ihre politischen Agenten organisierten einen großen Aufstand gegen den auf einem deutschen Kreuzer eingetroffenen König. Kaum war dieser Aufstand niedergeschlagen, als sich ein amerikanisches Geschwader in die Angelegenheiten einmischte, indem es Apia und unter anderem auch das Gebäude des deutschen Konsulats beschoß. Die gelandeten amerikanischen Seeleute, denen sich auch eine englische Abteilung anschloß, vertrieben den deutschen Schützling und setzten einen amerikanischen Schützling auf den Königsthron. Die deutschen Behörden beschlossen, sich zu revanchieren, und auf den Inseln brach die blutige Zwietracht mit neuer Kraft los, da die interessierten Mächte sich nicht bereit erklärten, die Kampfhandlungen einzustellen und die herangereiften Gegensätze friedlich beizulegen.<sup>167</sup> Am meisten daran interessiert war England, da es den Kurs auf die Entfesselung des Krieges in Südafrika eingeschlagen hatte. Während seines Aufenthalts in Berlin mußte sich Cecil Rhodes unzweideutige Forderungen anhören, England solle Samoa an die Deutschen abtreten. Der Organisator des imperialistischen Krieges in Südafrika versprach, die englische Regierung im Sinne der Befriedigung der deutschen Ansprüche zu beeinflussen.<sup>168</sup>

Die Ereignisse, die sich auf Samoa abspielten, riefen in den herrschen-

---

<sup>165</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4028, Bülow an Hatzfeldt, 31. August 1898.

<sup>166</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4034, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 8. September 1898.

<sup>167</sup> Einzelheiten siehe Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 288–300.

<sup>168</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4047, Bülow an Hatzfeldt, 16. März 1899.

den Kreisen Deutschlands, insbesondere unter den Alldeutschen und in kolonialen Kreisen, so gewaltige Erregung hervor, als würde auf diesen entfernten Inseln, die sich inmitten der endlosen Weiten des Stillen Ozeans verloren, die historischen Geschicke Deutschlands entschieden.

Zunächst war die Presse zurückhaltend, und selbst das alldeutsche Organ versicherte, es wünsche nicht, durch eine gedruckte Wiedergabe seiner wirklichen Stimmung die Regierung bei ihren schwierigen diplomatischen Besprechungen zu behindern.<sup>169</sup> Aber während des Aufenthalts von Cecil Rhodes in Berlin konnten die Alldeutschen, ihrem eigenen Eingeständnis nach, nicht an sich halten und schlugen gegen die USA eine Sprache an, der gegenüber die berüchtigte englandfeindliche Krüger-Depesche direkt harmlos zu nennen war. Sie forderten, daß sich Deutschland als Vorbild die USA nehme, die es unter dem Vorwand der Befreiung Kubas verstanden hätten, die Philippinen zu erobern, und die gezeigt hätten, „daß die Welt dem Mutigen, fast möchte man sagen, dem Frechen gehört“. „Warum“, so erklärten die Alldeutschen, „schaffen nicht auch die deutschen Kriegsschiffe Tausenden, mit denen die anderen Mächte doch auch rechnen werden, ohne uns den Krieg zu erklären, ebenso wie wir weder wegen Kuba noch wegen Manila den Yankees den Krieg erklärt haben.“ Die Alldeutschen forderten, daß die Kriegsschiffe, die von den Amerikanern aus Manila hinausgedrängt worden waren, an die Küste von Samoa geschickt würden, und hatten sogar einen passenden Kandidaten für den Posten des Befehlshabers des deutschen Geschwaders ausgesucht: den Prinzen Heinrich. Dieser bereits berühmte Prediger des deutschen „Evangeliums“ sollte ihrer Meinung nach auf Samoa den angelsächsischen Onkels verkünden: „Hier bin ich, hier bleibe ich.“ Es näherte sich der Tag, so behaupteten sie, da man zeigen müsse: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt.“<sup>170</sup>

Einen Monat später, Mitte April, brachten einige Abgeordnete rechter Parteien eine Interpellation zu den Ereignissen auf Samoa ein. Und nun kam es zu einem Parlamentsskandal, den Bülow sehr geschickt zu seinen diplomatischen Zwecken auszunutzen verstand. Der Hauptredner Lehr, einer der Leiter des Alldeutschen Verbandes, richtete das ganze Feuer seiner Beredsamkeit nicht gegen die USA, sondern fast ausschließlich gegen England. Er warf diesem vor, daß es der Verwirklichung der deutschen Pläne in der Kolonialpolitik entgegenwirke und daß es die Zwietracht zwischen Deutschland und den USA schüre. Er rief dazu auf, die Engländer für ihren „bewundernswerten nationalen Egoismus“ zu strafen und zu diesem Zweck die Erweiterung des deutschen Flottenbauprogramms in Angriff zu nehmen.

<sup>169</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 12. Februar 1899, Nr. 7.

<sup>170</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 12. März 1899, Nr. 11.

Er pries dieses Programm so an, als wäre er bestrebt, sich bei Krupp, Stumm und Tirpitz beliebt zu machen. Und er war in der Tat bemüht, die lautesten Worte zu finden, um die Interessen der aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus auszudrücken. Aber die politische Atmosphäre war bereits mit solchen Worten gesättigt, und es blieb Lehr nichts anderes übrig, als sie zu wiederholen. Er erklärte, Deutschland sei von der europäischen, eng kontinentalen Politik zur Weltpolitik übergegangen und seine Tagesparole laute: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Von diesem Standpunkt aus, so behauptete er, wäre die Samoafrage zu betrachten.<sup>171</sup>

Die aggressive Rede dieses Führers des alldeutschen Imperialismus wurde von chauvinistischen Rufen auf den Bänken der Rechten und von scharfen Protesten der Sozialdemokraten begleitet. Es erhob sich ein unvorstellbarer Lärm, und Bülow bemühte sich, die Wogen der Leidenschaft zu glätten. Natürlich dachte er nur an die diplomatische Seite der Angelegenheit. Bülow gab zu verstehen, daß die deutsche Regierung keinesfalls die Absicht habe, die Samoafrage nach der Methode der vollendeten Tatsachen, sondern nur auf dem Wege der Besprechungen zwischen den drei interessierten Mächten zu lösen. Er machte Mitteilung von dem Projekt zur provisorischen Regelung der Frage<sup>172</sup>, betonte aber, die deutsche Regierung werde nur einer solchen Lösung zustimmen, die ihren Interessen entspreche. Dies seien, so versicherte Bülow, lediglich Handels- und Rechtsinteressen. Die strategischen Interessen verschwieg er vorsorglich.

Der Reichstag begriff sofort, was die Regierung von ihm forderte. Dieselben Abgeordneten verschiedener Parteifractionen (von der äußersten Rechten nach der Art von Levetzows bis zu den Freisinnigen beider Gruppierungen), die die Interpellation unterzeichnet hatten, begannen gegen Lehr aufzutreten und warfen ihm vor, er habe das Recht des Interpellanten für seine politische Propaganda mißbraucht. Vor der Regierung liebebedienernd, versicherten sie Bülow, daß sie durch seine erschöpfende Erklärung völlig befriedigt seien. Somit konnte sich die deutsche Diplomatie in den Besprechungen mit London darauf berufen, daß sie eine „gemäßigte“ Haltung einnehme und zugleich die Unterstützung der Reichstagsmehrheit genieße, und anderseits darauf, daß die Unnachgiebigkeit Englands den Einfluß der aggressivsten alldeutschen Kreise verstärken könne und die Regierung dann vielleicht nicht mehr imstande sein werde, mit diesen radikalen Forderungen der „öffentlichen Meinung“ fertig zu werden. Lieb-

<sup>171</sup> Reichstag, 14. April 1899, Bd. II, S. 1754–1756.

<sup>172</sup> Dieser Entwurf bestand in der Schaffung einer besonderen dreiseitigen Kommission, die die Provisorische Regierung Samoas darstellen sollte. Den drei Kommissaren dieser Kommission sollte die gesamte administrative Macht auf Samoa gehören, bis die Kommission die Empfehlungen über das künftige Statut Samoas ausgearbeitet hätte. (Reichstag, 14. April 1899, Bd. II, S. 1757.)

knecht hatte recht, als er sagte, daß es keine Samoafrage gebe, es gebe lediglich den Mißbrauch der Ereignisse auf Samoa zu bestimmten Zwecken.<sup>173</sup>

Die englische Regierung, die sich soeben erst zusammen mit den USA am Sturz des deutschen Schützlings auf Samoa beteiligt hatte, zog es vor, in diesem Augenblick eine abwartende Stellung zu beziehen. Das brachte Wilhelm in Wut. Als er von der Königin Viktoria die Einladung zu einem Besuch in England erhielt, antwortete er zunächst nicht. Dann forderte Wilhelm auf wiederholte erstaunte Anfrage hin als Voraussetzung für seine „Freundschaftsvisite“ die Aufnahme von Besprechungen über die Aufteilung von Samoa. Unter Ausnutzung ihrer politischen Beziehungen zu einigen Kreisen der Londoner City erhielt die deutsche Regierung sozusagen aus erster Hand Informationen über die Beschlüsse der britischen Regierung, den Krieg gegen die Buren zu beginnen.<sup>174</sup>

Mit dem Heranrücken dieses Krieges wurden die deutschen Forderungen in bezug auf Samoa immer dringlicher. Ende August gab Bülow unter Bezugnahme auf die Interessen des deutschen Handels die Instruktion aus, die unverzügliche Aufteilung Samoas zu fordern, so daß Sawaii von England, Tutuila von den USA und Upolu von Deutschland besetzt werde.<sup>175</sup> In England faßte man dies so auf, daß Deutschland eine erneute Bezahlung für seine Neutralität in dem bevorstehenden englisch-burischen Kriege forderte, obwohl die deutsche Diplomatie so tat, als seien ihr derartige Gedanken fremd.<sup>176</sup> Ein solcher Standpunkt wurde diktiert nicht so sehr

<sup>173</sup> Reichstag, 14. April 1899, Bd. II, S. 1759.

<sup>174</sup> Der deutsche Botschafter in London, Hatzfeldt, berief sich gewöhnlich auf Informationen, die er von dem Bankier Rothschild erhielt, den er in dem Telegrammwechsel als „mein Gewährsmann“ bezeichnete: „In der City“, so teilte Hatzfeldt am 31. August 1899 mit, „soll heute wieder eine etwas zversichtliche Stimmung bestehen. Während aber dort bisher der Wunsch nach Frieden entschieden vorherrschte, verlangen die Geschäftsleute jetzt vor allem eine baldige Lösung nach irgendeiner Seite.“ (G. P., Bd. 15, Nr. 4377, Bülow an Brincken, 31. August 1899.) „Aus der City wird mir gemeldet“, telegrafierte Hatzfeldt am 15. September, „daß dort heute allgemein an Krieg geglaubt wird und daß infolgedessen alle Werte an der Börse bedeutend gefallen sind... Rothschild, den ich eben gesehen habe, hat noch keinerlei Nachricht über eine ablehnende Antwort der Transvaalregierung erhalten.“ (G. P., Bd. 15, Nr. 4381, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 15. September 1899.) Hatzfeldt erhielt ferner politische Informationen durch den Besitzer der Londoner Firma Goerz, die Vertreter in Johannesburg hatte. (G. P., Bd. 15, Nr. 4370, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 9. August 1899.)

<sup>175</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4081, Bülow an Hatzfeldt, 29. August 1899.

<sup>176</sup> Einige Zeit später, am 21. September 1899, bestimmte Bülow die Taktik Deutschlands wie folgt: „Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Transvaalkrise dürfen wir nicht den Anschein erwecken, als ob wir die (effektive oder ver-

von dem Wunsch, die Engländer nicht zu reizen, als vielmehr, sich nicht der Möglichkeit zu berauben, in Zukunft neue Forderungen zu erheben. Deshalb bestand die deutsche Diplomatie nachdrücklichst darauf, die Besprechungen zu beschleunigen und ihre Pläne der Aufteilung Samoas zu verwirklichen, bevor der Krieg in Südafrika ausbrach. Indessen zogen die Engländer die Besprechungen mit Deutschland in die Länge, versuchten es über die Lage in Südafrika irrezuführen und den Eindruck zu erwecken, als hätten sie in der nächsten Zeit nicht die Absicht, den Krieg gegen die Burenrepubliken zu beginnen.<sup>177</sup> Was die aufdringlichen deutschen Rivalen forderten, wollten die englischen Imperialisten gern für sich behalten. Unter diesen Umständen, so meinte Salisbury, waren die Forderungen Deutschlands, man möge ihm Upolu mit Apia überlassen, übermäßig. „England“, so empörte sich der neidische Bülow, „habe hundert Kolonialschafe in seinem Stalle, wir deren nur sehr wenige, die aber darum dem deutschen Volke um so teurer wären.“<sup>178</sup> Bülow berief sich dabei auf die Forderungen der deutschen „öffentlichen Meinung“.

In der Tat, die gesamte von den Kolonialkreisen, vom Alldeutschen Verband und vom Flottenverein, inspirierte bürgerliche Presse verstand es, eine große Kampagne anlässlich der faktisch geringen, aber angeblich geschmälernten Interessen des deutschen Handels auf Samoa zu entfachen. Indem diese Presse völlig phantastische Meldungen über die Naturschätze und die Aussichten der wirtschaftlichen Ausbeutung Samoas veröffentlichte, war sie bestrebt, die Kolonialgelüste unter breiteren Schichten zu entfachen, die Zahl der Anhänger der uferlosen Kolonialpolitik zu vergrößern und eine Atmosphäre des Kolonialfiebers zu schaffen, was die Verabschiedung des bereits in Vorbereitung befindlichen Flottenbaugesetzes begünstigen sollte. Außerdem war diese Politik für die Regierung eine Stütze in ihrer Politik der neuen kolonialen Erpressungen. Unter Berufung auf diese „öffentliche Meinung“ bestand Bülow auf der Befriedigung der deutschen Ansprüche bei der Aufteilung Samoas. Er war nur dann bereit, auf seine

meintliche) Zwangslage der Engländer für uns ausnutzen wollten. In Wirklichkeit würde es uns aber als Mangel an diplomatischem Geschick ausgelegt werden, wenn wir nicht mancherlei zwischen uns und England schwebende Angelegenheiten — und vor allem die Samoafrage! — jetzt zu einem befriedigenden Abschluß brächten.“ (G. P., Bd. 15, S. 396, Anmerkung, Bülow an das Auswärtige Amt, 21. September 1899.)

<sup>177</sup> Bereits im September versicherte Salisbury Hatzfeldt, „er glaube auch heute noch nicht an Krieg“. Aber in Berlin machten diese Versicherungen keinen Eindruck. Man glaubte dort fest daran, daß England in nächster Zukunft den Krieg beginnen werde. „Wozu dann alle Truppentransporte aus Indien?“ schrieb Wilhelm auf die Meldung Hatzfeldts. (G. P., Bd. 15, Nr. 4380, Richthofen an Wilhelm II., 13. September 1899 und Randbemerkung Wilhelms.)

<sup>178</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4083, Bülow an das Auswärtige Amt, 11. September 1899.

Forderungen zu verzichten, wenn man Deutschland Kompensationen von „entsprechendem Wert“ gewährte: Sansibar sowie den britischen Teil von Neuguinea oder die Salomoninseln.<sup>179</sup> Als im Laufe der Besprechungen das Projekt auftauchte, die Frage der Teilung Samoas einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wollte man in Berlin nichts davon hören. Wilhelm erklärte, daß er sich nur dann dem Schiedsspruch unterwerfen würde, wenn Deutschland für den Verzicht auf den Erwerb Upolus außer Sawaii „ein wirklich ausreichendes Äquivalent in Asien, Afrika oder Polynesien erhielte“<sup>180</sup>. England zeigte jedoch keine merkliche Neigung, irgendwelche „Äquivalente“ und erst recht keine „ausreichenden“ aus seinen Händen zu lassen. Zum Teil wirkten sich hier offenbar die Befürchtungen aus, daß sich die deutsche Diplomatie mit der für die wohlwollende Neutralität erhaltenen Bezahlung nicht zufriedengeben und eine neue Bezahlung fordern würde. Jedenfalls hielt es Bülow, um die Besprechungen vorwärtszutreiben, für notwendig, zu versichern, daß die Haltung Deutschlands im südafrikanischen Konflikt, zum Unterschied von der Haltung Rußlands und Frankreichs gegen England, „eine streng neutrale und absolut loyale“<sup>181</sup> sei, während Eckardstein in London noch bestimmter sprach: „Alle vernünftigen Politiker in Deutschland“, so teilte er Chamberlain mit, „betrachten es als eine historische und kommerzielle Notwendigkeit, daß Transvaal von England geschluckt wird.“<sup>182</sup> Gleichzeitig gab Bülow zu verstehen, daß sich diese Haltung unter dem Einfluß der deutschen „öffentlichen Meinung“ ändern könne, die man nur durch englische koloniale Zugeständnisse besänftigen könne. Chamberlain durchschaute den Sinn dieses Spiels. „Die Politik des Deutschen Reiches seit Bismarck“, so schrieb er an Salisbury, „war stets eine Politik offener Erpressung. Ich habe erwartet, daß sie in der gegenwärtigen Situation Samoa fordern würden.“ Um für den imperialistischen Einfall in Transvaal rascher freie Hand zu haben, war er bereit, den Deutschen unverzüglich Zugeständnisse zu machen. Er versuchte Salisbury zu überzeugen, daß diese Zugeständnisse nur zeitweilig seien und daß es nach zehn bis zwanzig Jahren ohnehin gelingen werde, Deutschland seine Besitzungen im Stillen Ozean fortzunehmen.<sup>183</sup> Aber Salisbury wußte, daß die Befriedigung deutscher Ansprüche das Vorbringen neuer Ansprüche beschleunigen würde. Deshalb ließ er sich Zeit.

Nachdem der Krieg gegen die Buren ausgebrochen war, wurde die englische Regierung nachgiebiger. In London tauchte ein Projekt auf, Deutsch-

<sup>179</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4081, Bülow an Hatzfeldt, 29. August 1899.

<sup>180</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4083, Bülow an das Auswärtige Amt, 11. September 1899.

<sup>181</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4098, Bülow an das Auswärtige Amt, 2. Oktober 1899.

<sup>182</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 334, Eckardstein an Chamberlain, 12. September 1899.

<sup>183</sup> Ebenda, S. 334/335, Chamberlain an Salisbury, 18. September 1899.

land für Samoa in Afrika (Vollamündung) zu entschädigen.<sup>184</sup> Deutschland wurden zwei alternative Lösungen der Frage vorgeschlagen: 1. Deutschland verzichtet ganz und gar auf die gesamte Gruppe der Samoainseln gegen Kompensationen, vor allem an der Mündung des Vollflusses; 2. Deutschland erhält Upolu und Sawaii, überläßt aber England jenen Teil der Samoagruppe, der sich unter seinem Einfluß befindet, sowie die Tongainseln und die neutrale Zone zwischen dem deutschen Togo (in Afrika) und der englischen Goldküste.<sup>185</sup> Das deutsche Kolonialamt sprach sich für die Annahme des ersten Vorschlags aus: für den völligen Verzicht Deutschlands auf seinen Einfluß auf Samoa im Austausch gegen territoriale Kompensationen in Afrika. Bülow war geneigt, sich im gleichen Sinne zu äußern.<sup>186</sup> Auch die Deutsche Handels- und Plantagengesellschaft, die die deutschen „Interessen“ auf Samoa unmittelbar vertrat, forderte keinen Schutz, sondern hielt es im Gegenteil für nützlicher, die Inseln England zu übergeben.<sup>187</sup> Aber am wenigsten Rücksicht wurde auf diese „Interessen“ von denen genommen, die ihren Schutz am lautesten forderten und die entsprechende Kampagne in der Presse schürten. Es mischten sich die einflußreicheren Kolonialkreise des deutschen Imperialismus ein. Sie waren allmächtig im Reichsmarineamt, das bereits ein gewaltiges politisches Gewicht erworben hatte. Das letzte Wort sprach das Haupt dieses Amtes, Tirpitz. Er forderte kategorisch, unter Berufung auf die strategische Bedeutung Samoas, diese Inseln, die eine „wichtige Etappenstation auf dem Wege von Kiautschou über unsere Besitzungen in der Südsee nach Süd-

<sup>184</sup> Die Initiative zu diesem Projekt ging offensichtlich von Chamberlain aus, bei dem auch diesmal Meinungsverschiedenheiten mit Salisbury entstanden. Der englische Premierminister hielt es für ausreichend, Deutschland Sawaii anzubieten, wenn es auf die Ansprüche auf Upolu verzichtete. Er erklärte sich bereit, Deutschland die Vollamündung zu überlassen, wenn Deutschland überhaupt jegliche Ansprüche auf die Samoainseln aufgebe. Chamberlain hielt es für möglich, größere Zugeständnisse zu machen: Deutschland das Delta des Vollflusses in Afrika zu überlassen und von der Gruppe der Samoainseln Sawaii und einige andere. Deutschland sollte sich damit einverstanden erklären, daß England Upolu sowie die neutrale Zone zwischen Togo und der englischen Goldküste an sich nehme. (Siehe G. P., Bd. 14, Nr. 4089, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 20. September 1899; Nr. 4090, Richthofen an Bülow, 21. September 1899; Nr. 4091, Bülow an das Auswärtige Amt, 22. September 1899; Nr. 4092, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 22. September 1899; siehe ferner Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 337, Memorandum Chamberlains, 10. Oktober 1899.)

<sup>185</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4106, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 10. Oktober 1899.

<sup>186</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4109, Bülow an Hatzfeldt, 18. Oktober 1899.

<sup>187</sup> Die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft auf Samoa war bereit, ihr Tätigkeitsgebiet zu günstigen Bedingungen an eine englische Firma abzutreten. (Siehe Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 298 und 299.)



amerika“ darstellen, nicht aus den Händen zu lassen.<sup>188</sup> Danach beeilte sich Bülow, nach London mitzuteilen, daß der Kaiser „aus Rücksicht auf die Gefühle seines Volkes“ auf Samoa nicht verzichten könne.<sup>189</sup>

Anderseits übte Cecil Rhodes einen starken Druck auf die englische Regierung aus. Er forderte Zugeständnisse an Deutschland in der Samoafrage, da davon in gewissem Maße die Frage abhing, ob es ihm gelingen würde, seine Pläne in Afrika zu verwirklichen. Von den gewaltigen Projekten der Schaffung einer Eisenbahnlinie besessen, die die nördlichen und die südlichen Räume Afrikas verbinden sollte, bemühte er sich damals um die Möglichkeit, den ersten Teil seiner Projekte zu verwirklichen und eine transafrikanische Telegrafienlinie zu bauen. Sie sollte durch Deutsch-Ostafrika verlaufen. Deshalb bemühte sich Cecil Rhodes beharrlich um ein Abkommen mit Deutschland. Bald darauf umriß Eckardstein gemeinsam mit Chamberlain bereits den endgültigen Entwurf eines Abkommens über Samoa. Die deutsche Diplomatie versuchte zwar, im letzten Augenblick neue Forderungen zu erheben, aber ohne Erfolg. Am 14. November wurde die englisch-deutsche Abmachung über Samoa abgeschlossen<sup>190</sup>, und am nächsten Tag unterschrieb die deutsche Regierung das Abkommen mit der Afrikanischen Transkontinentalen Telegraphenkompanie.<sup>191</sup>

Dieses Abkommen hatte besondere Bedeutung, weil einige deutsche Kreise von Kolonial- und Finanzleuten damals die Absicht hatten, sich mit dem Eisenbahnbau in Afrika zu befassen. Hansemann, der Direktor der Disconto-Gesellschaft, war bereit, Kapital zur Verfügung zu stellen, aber dieses reichte nicht aus. Nun übernahm es Hartmann, ein naher Verwandter des Hamburger Kaufmanns und Schiffsreeders Woermann, die fehlenden Millionen zu mobilisieren.<sup>192</sup> In Dessau bestand bereits seit langem das

<sup>188</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4107, Tirpitz an Bülow, 11. Oktober 1899. In Flottenkreisen wurde die Überzeugung geäußert, daß die Samoainseln nach der Eröffnung des Panamakanals im Stillen Ozean die Bedeutung von Singapur erwerben würden. (Siehe „Nauticus“, „Beiträge zur Flottennovelle“, Berlin 1900, S. 51/52.)

<sup>189</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4108, Bülow an Hatzfeldt, 13. Oktober 1899.

<sup>190</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4110, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 20. Oktober 1899.

<sup>191</sup> Die englische Gesellschaft, die die Möglichkeit erhielt, die Linie durch die deutschen Besitzungen zu bauen, erklärte sich bereit, die Verwaltung der Linie auf diesem Gebiet den deutschen Behörden zu überlassen. Nach 40 Jahren konnte dieser Teil der Linie in vollen Besitz Deutschlands übergehen. Etwas später, am 28. Oktober 1899, unterzeichnete die „British South African Company“ mit der deutschen Regierung ein Abkommen auch über die Frage des Eisenbahnbaus. Diese Abkommen wurden von der deutschen Kolonialpresse als recht günstig eingeschätzt. (Siehe Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 232/233.)

<sup>192</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 496/497.

Komitee der Deutsch-Ostafrikanischen Zentralbahn, dessen Tätigkeit darin bestand, daß es bis dahin keinen einzigen Meter Strecke gebaut hatte. Aber jetzt, als bekannt wurde, mit welchem Eifer Cecil Rhodes sein Projekt der transafrikanischen Eisenbahn vorantrieb, war dieses Komitee über das Schicksal seiner Projekte äußerst beunruhigt.<sup>193</sup> Nach dem Projekt von Cecil Rhodes konnte die Eisenbahnstrecke, die den Süden und den Norden des afrikanischen Kontinents verbinden sollte, entweder durch das Territorium Deutsch-Ostafrikas oder etwas westlicher durch Belgisch-Kongo gebaut werden. Beide Projekte waren für die Deutschen ungünstig, besonders auch deshalb, weil Cecil Rhodes, nach den Informationen Hartmanns, in Lissabon einige Tausend Pfund Sterling an Bestechungsgeldern ausgegeben und auf diese Weise Konzessionen für den Bau eines Hafens in der Tigerbai und für Eisenbahnen in Angola erhalten hatte. Und wenn er auch nie die Absicht hatte, diese Bahn zu bauen, durchkreuzte seine Konzession doch die deutschen Pläne, eine transafrikanische Strecke vom Westen nach dem Osten zu bauen.

Unter diesen Umständen erblickten die interessierten deutschen kapitalistischen Kreise ihre Aufgabe darin, die weniger ungünstige Variante zu wählen und sie in eine noch günstigere zu verwandeln. Würde Cecil Rhodes seine Bahn vom Süden nach dem Norden über Belgisch-Kongo zu bauen beginnen, könnte er die deutschen Pläne für den Bau einer Bahn (vom Westen nach dem Osten) durchkreuzen und außerdem unabhängig von Deutschland handeln. Es wurde deshalb für weniger ungünstig befunden, sich damit einverstanden zu erklären, daß Cecil Rhodes seine Bahn durch Deutsch-Ostafrika baute unter der Voraussetzung, daß die durch dieses Territorium verlaufende Strecke mit deutschem Kapital und unter deutscher Kontrolle erbaut wurde. Bevor aber Hartmann mit Cecil Rhodes „in Company ging“, wollte er „alle Kräfte zusammenfassen“, um sich, auf diese gestützt, Cecil Rhodes auch widersetzen zu können. Er schlug vor, möglichst rasch mit der Verwaltung von Belgisch-Kongo und mit den portugiesischen Kolonien übereinzukommen, eine Eisenbahn zu bauen, die Afrika vom Osten nach dem Westen überqueren würde, und zwar bevor Cecil Rhodes die praktische Verwirklichung seines Projekts der transafrikanischen Bahn in Angriff nahm.<sup>194</sup> Dann könnte das deutsche Kapital, selbst „in Company“ mit Cecil Rhodes, ihm *seine* Bedingungen diktieren. Unter diesen Umständen war

<sup>193</sup> Wilhelm Oechelhäuser, „Die Deutsch-Ostafrikanische Zentralbahn“, Berlin 1899. Der Verfasser ist der Präsident des Komitees für die Deutsch-Ostafrikanische Zentralbahn.

<sup>194</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 497.

auch der Alldeutsche Verband bereit, das Abkommen mit England zu unterstützen.<sup>195</sup>

Gerade in den Tagen des Aufenthalts von Cecil Rhodes in Berlin erörterte der Reichstag die Frage des Eisenbahnbaus in Afrika. Am Vorabend hatte die Budgetkommission den Vorschlag abgelehnt, einen staatlichen Zuschuß für den Bau der Eisenbahn in Ostafrika zu gewähren. Cecil Rhodes besuchte den Reichstag in dem Augenblick, da dort hitzige Debatten entbrannt waren und einige alldeutsche Abgeordnete kräftige Worte an seine Adresse richteten.<sup>196</sup> Bemerkenswert war aber, daß selbst Hasse, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, trotzdem zu verstehen gab, daß er keineswegs ein Gegner des Abkommens mit Cecil Rhodes sei.<sup>197</sup> Das waren neue Worte. Ein anderer Alldeutscher, ein glühender Enthusiast des Eisenbahnbaus in den deutschen Kolonien, Graf Stolberg-Wernigerode, unterstützte energisch einen umfassenden deutschen Plan für die transafrikanische Eisenbahn und forderte den Reichstag auf, möglichst rasch Mittel für den Bau einer Eisenbahn zunächst in Ostafrika anzuweisen. Buchka, der neue Direktor der Kolonialabteilung<sup>198</sup>, folgte dem Vorbild eines seiner Vorgänger, des Dr. Kayser, und versuchte den Reichstag damit zu verlocken, daß, falls in Ostafrika eine neue Bahn gebaut werde, Deutschland sich mit eigenem Kaffee versorgen könne.<sup>199</sup> Es kostete Richter keine große Mühe zu beweisen, daß eine Vergrößerung der Produktion deutschen Kaffees in Anbetracht der Konkurrenz Brasiliens, Javas und Sumatras absolut unrentabel sei. Indessen handelte es sich darum, 60–70 Millionen Mark aufzuwenden. Die Deutsche Bank war bereit, sich am Bau einer beliebigen Eisenbahn zu beteiligen, aber nur unter der Bedingung, daß ihr ein Gewinn von 3,5 Prozent vom Staat garantiert wurde. Die Budgetkommission wagte nicht, eine solche Garantie zu gewähren, und nun schlug Buchka vor, die Bahn auf Staatskosten zu bauen. Richter betrachtete diesen Vorschlag als eine Frechheit.<sup>200</sup> Und in der Tat, wirtschaftlich gesehen, konnte diese Bahn lediglich die Lieferung von Elefanten für die Zoologischen Gärten in Berlin und in Hamburg gewährleisten. Nichtsdestoweniger hatte das Projekt dieser Bahn im Reichstag recht einflußreiche Anhänger,

<sup>195</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 2. April 1899, Nr. 14.

<sup>196</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 19. März 1899, Nr. 12.

<sup>197</sup> Reichstag, 11. März 1899, Bd. II, S. 1488.

<sup>198</sup> Sein Vorgänger als Direktor dieser Abteilung, Richthofen, war zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes (an Stelle von Rotenhan) ernannt worden. Osten-Saken hielt Richthofen für einen überzeugten Anhänger der Politik der Handelsverträge im allgemeinen und mit Rußland im besonderen. (Архив МИД, К. 21, Blatt 352, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 19. [7.] Dezember 1897, Nr. 96.)

<sup>199</sup> Reichstag, 10. März 1899, Bd. II, S. 1444/1445.

<sup>200</sup> Ebenda, S. 1446–1448.

und zwar vorwiegend im alldeutschen Lager (Hasse, Graf Arnim und andere). Sie alle vertraten die Finanzgruppe der Disconto-Gesellschaft und des Komitees der Deutsch-Ostafrikanischen Zentralbahn. Das reichte aus, um sich im Reichstag über die „nationalen Interessen“ und über die Aufrechterhaltung des „deutschen Prestiges“ in Afrika auszulassen.<sup>201</sup> Offenbar hatte Cecil Rhodes mit dieser alldeutschen Gruppe hinter den Kulissen Besprechungen geführt, und zwar nicht ohne Erfolg.<sup>202</sup> Auf jeden Fall garantierte das Abkommen über die Anlage der englischen Telegrafienlinie über das Territorium Deutsch-Ostafrikas ihrer Meinung nach in gewissem Grade, daß auch die Eisenbahnprojekte von Cecil Rhodes zu einem gewissen Teil unter ihrer Mitwirkung und unter ihrer Kontrolle verwirklicht würden. Vor allem aber nahmen sie an, daß sie seine Projekte ausnutzen könnten, um die eigenen zu verwirklichen.

Die deutsche Presse, vor allem soweit sie der Regierung, dem Alldeutschen Verband, dem Flottenverein und dem Kolonialverein nahestand, triumphierte über die beiden Abmachungen: über die afrikanischen Angelegenheiten und über Samoa. Die alldeutsche Presse behauptete, Deutschland habe auf Samoa angeblich eine Filiale des Himmels auf Erden erworben. Indessen erinnerten die von den neuen Besitzern auf den Inseln geschaffenen Verhältnisse am wenigsten an ein exotisches Idyll. Die eingetroffenen deutschen Unternehmer begannen mit dem Raubbau sowohl an den Naturschätzen als auch an der Arbeitskraft der örtlichen Bevölkerung. Auf den beiden Inseln, Upolu und Sawaii, waren zu jener Zeit nicht mehr als 33 000 der eingeborenen Bevölkerung am Leben geblieben. Die neugeschaffene „Deutsche Samoa-Gesellschaft“ begann chinesische Kulis für ihre Plantagen einzuführen. Alle Ausgaben für die kostspielige Verwaltung des neuen Kolonialbesitzes mußten von der Bevölkerung bestritten werden. Zu diesem Zweck wurde eine hohe Kopfsteuer eingeführt, aber der Unterhalt der Kolonialbürokratie war so teuer, daß die örtlichen Einnahmen nicht ausreichten, und ein Teil der Ausgaben mußte aus der Tasche des deutschen Steuerzahlers bestritten werden.<sup>203</sup> Die eingeborene Bevöl-

<sup>201</sup> Reichstag, 10. März 1899, Bd. II, S. 1443/1444; 11. März 1899, S. 1488.

<sup>202</sup> In der Presse erschienen Mitteilungen, daß auch Lieber, der Führer des katholischen Zentrums, der Versuchung durch Cecil Rhodes erlegen sei, aber Lieber dementiierte das kategorisch. (Reichstag, 11. März 1899, Bd. II, S. 1489.)

<sup>203</sup> Siehe Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, S. 300–302. In welchem Maße diese Ausgaben, die von den deutschen Arbeitern und von den Kolonialsklaven bestritten werden mußten, anwuchsen, zeigen folgende Zahlen: Im Jahre 1900 – 252 000 Mark, im Jahre 1901 – 490 000 Mark, im Jahre 1903 – 670 000 Mark, im Jahre 1905 – 750 000 Mark usw. Die Ausgaben für den Unterhalt des Apparats der kolonialen Unterdrückung erreichten bald etwa 25 bis 35 Prozent des Wertes der von den Samoainseln ausgeführten Waren.

kerung, die die Begeisterung der deutschen Kolonialpresse über das Samoa-paradies offenbar nicht teilte, erhob sich mehrfach zum Aufstand. Aber bald überzeugten sich auch die deutschen Kapitalisten, daß die sie einzig und allein interessierenden Früchte des irdischen Paradieses – die Profite – hier trotz des eingeführten Systems der grausamen Ausbeutung der örtlichen Bevölkerung sehr langsam oder überhaupt nicht wuchsen. Das war der Grund, weshalb die in Deutschland gegründete Dampfschiffahrtsgesellschaft, die die Linie nach Honolulu befuhr, bald wieder geschlossen wurde. Auch die Versuche des Norddeutschen Lloyds und der Hamburger Aktiengesellschaft für die Küstenschiffahrt, eine regelmäßige Verbindung mit Samoa aufzunehmen, führten zu nichts. Die großsprecherischen Pläne, über Samoa ein transkontinentales Kabel zu legen, wurden niemals verwirklicht. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Inseln beschränkte sich darauf, daß Deutschland von dort nur Kopra und Kokosnüsse einfuhrte und Waren für die verschwindend kleine Summe von zwei bis drei Millionen Mark jährlich alles in allem nach dort ausführte. Somit ließ die Enttäuschung über das Samoa-paradies nicht lange auf sich warten.

Aber selbst in dem Augenblick, da die deutsche Presse, vor allem die junkerliche sowie die nationalliberale Presse, von dem diplomatischen Erfolg berauscht war, blies sie ihre englandfeindliche Kampagne nicht ab. Trotz der Mahnungen der Regierung, sie möge eine zurückhaltendere Haltung zu dem in Südafrika begonnenen Krieg einnehmen<sup>204</sup>, applaudierte sie unzweideutig bei jedem Mißerfolg Englands und sagte ihm noch größere Mißerfolge voraus. Darin fand vor allem das Bestreben der äußersten rechten und der gemäßigt konservativen Kreise seinen Ausdruck, die eventuelle, auf Kosten der Beziehungen zu Rußland erfolgende Annäherung der deutschen Regierung an die englische vorzubeugen; aber in noch stärkerem Maße offenbarten sich die Stimmungen der breitesten Kreise der deutschen Bourgeoisie, die zu diesem Zeitpunkt bereits von Haß gegen England als ihren Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten und ihren Hauptrivalen auf dem Gebiet der Kolonialpolitik durchdrungen war. Natürlich blieben die imperialistischen Kreise in England nichts schuldig. Mit dem Erwerb neuer Besitzungen beschäftigt, wollten sie zugunsten des deut-

---

<sup>204</sup> Schon vor Beginn des Burenkrieges, am 20. September 1899, gab Bülow folgende Instruktion: „Gegenüber der Transvaalkrisis sollte unsere Presse sich einer ruhigen, sachlichen und kühlen Sprache befleißigen.“ Er verlangte von den ausgesprochen offiziellen Presseorganen, sie sollten es sorgfältig vermeiden, „durch auffällige Parteinahme für England oder gehässige Ausfälle gegen die Boeren die Gefühle weiter deutscher Kreise zu verletzen“, aber andererseits verlangte er auch, daß die Presse der deutschen Diplomatie keine Schwierigkeiten bei ihrem Manövrieren mache. (G. P., Bd. 15, Nr. 4384, Bülow an das Auswärtige Amt, 20. September 1899.)

schen Konkurrenten nichts aus den Händen lassen. Sie verliehen ihrer deutschfeindlichen Propaganda eine recht eigenartige Form. So setzte zum Beispiel die „Times“, dieser – nach einem Ausdruck von Marx – Eunuche der Londoner City, ihren Lesern täglich in der Frühe zahlreiche ausführliche Auszüge aus der deutschen Presse vor.<sup>205</sup> Das genügte, um klarzumachen, welche tiefe politische Kluft sich zwischen England und Deutschland auf dem Boden ihrer wirtschaftlichen und kolonialen Rivalität auftrat. (Die Flottenrivalität beunruhigte in jenem Augenblick weder die englische Regierung noch die breiteren Kreise der englischen Bourgeoisie ernstlich.) Bülow war bestrebt, die Engländer damit zu beruhigen, daß die in Deutschland entstandenen englandfeindlichen Stimmungen nicht sofort verschwinden könnten.<sup>206</sup> Diese Stimmungen wuchsen aber weiter. Die englischen Versuche, die „Freundschaft“ Deutschlands durch illusorische (wie in der Frage der portugiesischen Kolonien) oder tatsächliche Zugeständnisse (wie in der Samoafrage) zu kaufen, hatten zu nichts geführt. Es kam keine „Freundschaft“ zustande. Ende 1899 mußte Bülow selbst zugeben, daß die deutsche „öffentliche Meinung“ in weitaus stärkerem Maße gegen England gestimmt war als die englische „öffentliche Meinung“ gegen Deutschland.<sup>207</sup> Im Dezember 1899 teilte Bülow dem Reichstag den Inhalt der Abmachung über die Samoafrage mit, bat aber darum, keine Debatte zu eröffnen. Der Reichstag kam dieser Bitte natürlich nach. Nur Graf Limburg-Stirum, einer der größten Agrarier, brachte der Regierung den Dank für Samoa zum Ausdruck, gab aber zu verstehen, daß er die politische Bedeutung des erzielten Abkommens nicht überschätzte.<sup>208</sup> Der Appetit des deutschen Raubtiers war offensichtlich im Wachsen begriffen.

<sup>205</sup> Bülow beklagte sich mehrfach bei der englischen Regierung darüber und bat sie, auf die Redaktion der „Times“ einzuwirken, damit sie das Nachdrucken von Auszügen aus der deutschen Presse unterlasse. Dieses recht ungewöhnliche Ansinnen versuchte Bülow damit zu erklären, daß die Auswahl der deutschen Presse recht tendenziös erfolge. (Siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4397, Bülow an Hatzfeldt, 15. November 1899; Nr. 4398, Aufzeichnung Bülows, 24. November 1899.) Das Studium der deutschen Presse aus jener Zeit führt zu der Schlußfolgerung, daß die tendenziöse Auswahl der „Times“ diesmal nicht über den Rahmen der üblichen Praxis der bürgerlichen Presse hinausging. Die Artikel der deutschen Presse trugen tatsächlich einen derart englandfeindlichen Charakter, daß sich die „Times“ ihren politischen Zielen zuliebe lediglich auf die Auswahl der markantesten Stellen und der größten Äußerungen des Hasses und des Neides gegen England beschränken konnte.

<sup>206</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4397, Bülow an Hatzfeldt, 15. November 1899.

<sup>207</sup> Das stellte auch Balfour fest, wenn er den Standpunkt der englischen und der deutschen Presse verglich. Bülow versuchte zu widersprechen, aber nicht sehr überzeugend. (Siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4398, Aufzeichnung Bülows, 24. November 1899.)

<sup>208</sup> Reichstag, 12. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3310.

## KAPITEL X

## An der Schwelle des 20. Jahrhunderts

## I

So unbedeutend auch die Ergebnisse des Abkommens über Samoa waren, so wurden sie doch von der deutschen Diplomatie sehr hoch eingeschätzt. Da mit dem Abschluß der Abmachung über Samoa zugleich auch in der Frage der Bagdadbahnkonzession Fortschritte zu verzeichnen waren, konnte die deutsche Diplomatie diese Erfolge als die Früchte der von ihr betriebenen Politik der „freien Hand“, der Politik des Manövrierens zwischen England und Rußland, des Ausspielens der Gegensätze zwischen diesen betrachten. Und sie strebte danach, ihren Einfluß auf Österreich-Ungarn, wenn es sein mußte durch Drohungen, zu festigen, den Dreibund unter ihrer Hegemonie zu konsolidieren<sup>1</sup> und diese Politik auch weiterhin zu betreiben, ohne sich durch ein umfassendes politisches Abkommen mit Rußland oder mit England die Hände zu binden. Holstein, der ein ausgesprochener Anhänger dieser Politik war, glaubte, die internationale Situation habe sich für Deutschland außerordentlich günstig gestaltet und es gebe keine Anzeichen, aus denen man hätte schließen können, daß gegen Deutschland eine starke Mächtekoalition geschaffen wurde. „Ob man uns haßt oder liebt“, so schrieb er im April 1899, „darauf kommt nicht viel an, denn bei der heutigen komplizierten Weltpolitik möchte keine von den beiden großen Interessengruppen Deutschland gegen sich haben — weder die Engländer noch die Russen.“<sup>2</sup>

Die ständigen Behauptungen der deutschen Presse über die Feinde, die Deutschland von allen Seiten bedrohen, waren die üblichen Waffen der Propaganda, die von der Regierung und den herrschenden Klassen betrieben wurde, um das alljährliche Anwachsen der Rüstungen und die

<sup>1</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 433.

<sup>2</sup> Friedrich von Holstein, „Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau“, S. 193.

Festigung des Militarismus zu rechtfertigen. Rußland war damals vorwiegend im Fernen Osten und im Iran beschäftigt; die Aufmerksamkeit Frankreichs war zum Teil durch die kolonialen Angelegenheiten in Afrika und zum Teil auch in der Türkei gefesselt, wo sich das französische Kapital, wie wir wissen, um die Teilnahme an der deutschen Konzession auf die Bagdadbahn bemühte; England hatte alle Hände voll zu tun, um seine Expansion in China, im Iran, in der Türkei und in Ägypten sowie in Zentral- und Südafrika zu sichern. Die deutsche Diplomatie, die die wachsende Rivalität zwischen den Großmächten beobachtete, war von dem unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen diesen überzeugt. Zwar hatte die Fashodakrise nicht zu einem Kriege zwischen England und Frankreich geführt, aber Frankreich hatte in dieser Krise eine politische Niederlage erlitten, und die deutsche Diplomatie bemühte sich, insbesondere, wie wir gesehen haben, im Nahen Osten, hieraus alle möglichen Vorteile zu ziehen. „*Fachoda!!!* das wirkt Wunder!“ bemerkte einmal Wilhelm mit Befriedigung.<sup>3</sup> Aber nichts konnte die Überzeugung der Deutschen erschüttern, daß der Zusammenstoß zwischen England und Rußland unvermeidlich sei. „Dieser Krieg“, so schrieb Bülow im August 1898, „wird mit elementarer Notwendigkeit doch einmal kommen, und zwar wohl um so eher, je weniger beide Teile glauben, daß wir einen solchen wünschten.“<sup>4</sup>

Aber nun wurde im Frühjahr 1899 bekannt, daß England und Rußland ein Abkommen über die Sphären der Eisenbahnt Interessen in China abgeschlossen hatten.<sup>5</sup> Im ersten Augenblick war man in Berlin wie vor den Kopf gestoßen. „Wir stehen politisch dort“ (in China. A. J.) „isoliert“, jammerte Tirpitz, „und das merken die Chinesen.“ Einen Augenblick bedauerte er sogar, daß Deutschland so rasch und so energisch in China eingefallen war. Das konnte sowohl England wie auch Rußland erschrecken. Aber ein Rückzug war nicht mehr möglich, „wie wir überhaupt“, so erläuterte er, „in unserer Weltstellung nicht stehenbleiben, sondern stets vorwärtsgen müssen.“ Nunmehr schlug er als Antwort auf das englisch-russische Abkommen der Regierung vor, folgende Schlüsse zu ziehen: erstens die Flotte zu verstärken und zu diesem Zweck dem Reichstag ein neues, umfangreicheres Programm für den Flottenbau vorzulegen; zweitens die Annahme dieses Programms durch den Reichstag zu sichern und dazu im voraus ein Übereinkommen mit dem katholischen Zentrum zu

---

<sup>3</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 4025, Bülow an Wilhelm II., 4. Juli 1899 (siehe Randbemerkung Wilhelms.)

<sup>4</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3867, Bülow an Wilhelm II., 24. August 1898.

<sup>5</sup> Dieses Abkommen wurde in Form eines Notenaustauschs vom 28. (16.) April 1899 vollzogen. (Siehe Э. Д. Гримм, «Сборник договоров и других документов по истории международных отношений на Д. Востоке», Nr. 51.)



treffen; drittens der deutschen Flotte und der deutschen Armee günstige strategische Positionen gegen England zu sichern und zu diesem Zweck mit Holland vorher einen Zollverein und eine Militär- und Marinekonvention abzuschließen.<sup>6</sup> Auf diese Weise würde die deutsche Regierung keineswegs mit den Händen im Schoß dasitzen und warten, bis ihr der kriegerische Zusammenstoß zwischen England und Rußland die Möglichkeit bieten würde, als „lachender Dritter“ aufzutreten. Sie war bestrebt, die für den Bau einer großen Kriegsflotte notwendige Zeit zu gewinnen und zugleich durch weiteres Ausspielen der Gegensätze zwischen England und Rußland mal von der einen, mal von der anderen Seite Zugeständnisse zu erpressen, um den wachsenden Appetit der herrschenden Klassen zu befriedigen. Sie handelte in dieser Hinsicht ungeniert, grob und oft herausfordernd und verstand es keineswegs immer, ihre provokatorischen Ziele zu verbergen.

Bald tauchte eine Reihe von Symptomen auf, die davon zeugten, daß die englische Regierung trotz des jüngsten Abkommens über die chinesischen Angelegenheiten ihren rußlandfeindlichen Kurs sowohl im Fernen Osten wie auch im Iran fortsetzte, und das stimmte die deutsche Diplomatie optimistisch. Das machte es der deutschen Diplomatie möglich, erneut zu der Überzeugung zu gelangen, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen, zu einer Zeit, da sich die Aufteilung der Welt ihrem Ende näherte, durch weiteres Lavieren zwischen England und Rußland alle Vorteile aus ihrer Lage ziehen und dabei die Gefahr eines Mißerfolges vermeiden könne. „Ich habe keine Besorgnis“, so schrieb Hatzfeldt an seinen Patron Holstein, „daß wir uns dabei zwischen zwei Stühle setzen könnten, da man uns, was auch kommen möge, auf beiden Seiten nötig brauchen wird.“<sup>7</sup> Hatzfeldt brauchte Holstein davon nicht zu überzeugen. Er wiederholte einfach die holsteinischen Thesen, die sich die deutsche Diplomatie der damaligen Zeit zu eigen gemacht hatte. Die Besprechungen mit dem russischen Zaren und mit Murawjow in Potsdam über Fragen des Nahen Ostens und die Abmachung mit England in der Samoafrage schienen diese Thesen soeben bestätigt zu haben.

Das Samoaabkommen, mit dem die englischen Imperialisten zu Beginn des Krieges in Südafrika ihren aufdringlichen deutschen Rivalen den Mund zu stopfen gehofft hatten, erreichte keineswegs das Ziel, von dem beide Parteien bei der Vorbereitung des Abkommens so viel gesprochen hatten. Zwar erließ der Kaiser einen Befehl, der den Soldaten und Offizieren der deutschen Armee nach Transvaal zu gehen verbot, aber die englischen Behörden beklagten sich, daß dieser Befehl in Wirklichkeit nicht allzu strikt

<sup>6</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 498.

<sup>7</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4396, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 15. November 1899.

befolgt werde.<sup>8</sup> Die deutsche Presse setzte die englandfeindliche Kampagne nach wie vor fort, als hätte sie ihre eigenen Behauptungen vergessen, daß nur ein Abkommen über Samoa die Atmosphäre der englisch-deutschen Beziehungen verbessern könne. Die rein diplomatische „Atmosphäre“ war jedoch tatsächlich bereinigt. Nachdem Wilhelm Samoa geschluckt hatte, erklärte er, daß er jetzt keine Veranlassung habe, den Englandbesuch abzulehnen. Ende November begab er sich in Begleitung Bülow's nach Windsor.

Die englische Presse tat so, als hätte sie die Krüger-Depesche vergessen. Dafür nahm die deutsche Presse die Idee des Englandbesuches sehr kritisch auf, insbesondere in einem so unpassenden Augenblick, da England gegen die deutschen „Stammesbrüder“ — die Buren — Krieg führte. Was aber die deutsche Diplomatie anbetrifft, so befürchtete sie nicht so sehr englische Fallen als vielmehr irgendwelche überraschende Streiche oder einfach gesagt Dummheiten des Kaisers, die er in der ihm eigenen großtuerischen Manier machen konnte. Deshalb wurde der Kaiser vor seiner Englandreise mit einem besonderen Zettel „zur Orientierung und als Direktive“ versehen. Diese von Holstein aufgesetzte und von Hohenlohe gebilligte Notiz enthielt eigentlich nur einen Rat: sich auf politische Gespräche nicht einzulassen und am besten überhaupt zu schweigen.<sup>9</sup> Wenn die Engländer Deutschland tatsächlich auf ihre Seite bringen wollten, dann müßten sie „mehr als Lord Salisburys bisher beliebtes Linsengericht anbieten“.

<sup>8</sup> So teilte der englische Konsul in Lourenço Marques nach London mit, daß 12 deutsche Offiziere und 29 Unteroffiziere (vor allem Reservartilleristen) auf einem Dampfer eingetroffen seien und sich nach Pretoria begeben hätten. Der empörte Chamberlain erzählte Eckardstein davon. Als er von dieser Beschwerde des englischen Kolonialministers erfuhr, reagierte Wilhelm wie folgt: „Hätten wir eine Flotte, so würde Chamberlain das nicht gewagt haben.“ (G. P., Bd. 15, Nr. 4402, Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 20. Dezember 1899, Schlußbemerkung Wilhelms II.)

<sup>9</sup> Hier ein Auszug aus diesem großartigen Memorandum, dessen Verfasser durch seine süßliche Schmeichelei die recht geringe Einschätzung der intellektuellen Fähigkeiten des Kaisers kaum tarnte: „Eure Majestät sind zweifellos begabter als Ihre ganze Verwandtschaft, männlich und weiblich. Eure Majestät flößen aber Ihrer Verwandtschaft nicht den Respekt ein, der Ihrer hervorragenden Persönlichkeit — auch abgesehen von der Machtstellung des Deutschen Kaisers — entsprechen würde. Dies kommt davon, daß Eure Majestät Ihren Verwandten offen und ehrlich entgegengekommen sind, sie in Ihre Pläne und Hoffnungen eingeweiht und dadurch zur Durchkreuzung dieser letzteren die Möglichkeit geboten haben. Denn auch der geschickteste Hieb kann, wenn vorher angesagt, durch einen schwächeren Fechter leicht pariert werden. Die bevorstehende englische Reise bietet Eurer Majestät die Gelegenheit, diese verschobene Lage zurechtzurücken und Eurer Majestät mit einem Schlag diejenige Autorität zu verschaffen, auf welche Allerhöchstdieselben als geistiger und als Machtfaktor Anspruch haben. Dazu brauchen Eure Majestät gar nichts weiter zu tun, als daß Sie allen politischen Unterhaltungen ausweichen.“ (Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 311.)

Aber es stellte sich heraus, daß die Engländer nicht einmal dieses bescheidene Gericht anzubieten gedachten. Die englische Regierung, die den Krieg gegen die Buren soeben begonnen hatte, zeigte noch keine ernste Sorge um seinen Verlauf und seinen Ausgang. Bülow mußte mit Bedauern feststellen, daß dieser Krieg in Berlin weitaus mehr Gerede hervorrief als in London.<sup>10</sup> Die englischen herrschenden Kreise waren offenbar bestrebt, den Kampf gegen Rußland sowohl im Nahen wie auch vor allem im Fernen Osten fortzusetzen, und suchten ebenso offen nach einer Unterstützung. Balfour, der Vertrauensmann Salisburys, sagte Bülow, daß in politischen Kreisen Englands ein starker Wunsch nach einer Annäherung an Deutschland sowie an die USA bestehe. Aber er formulierte weder die Ziele dieser Annäherung noch die Bedingungen, unter denen diese Annäherung erreicht werden könne. Er sagte lediglich, England beabsichtige, Deutschland in Kleinasien keine Hindernisse in den Weg zu legen. Aber diese Aussicht machte auf Bülow nicht den geringsten Eindruck; er hatte allen Grund zu der Annahme, daß die Konzession auf die Bagdadbahn ohnehin bald in der Tasche des Direktors der Deutschen Bank liegen würde.

Es gab noch eine andere Frage, die sowohl die deutsche Bourgeoisie als auch das Junkertum in gleicher Weise bewegte: die Frage nach dem Schicksal des gekündigten englisch-deutschen Handelsvertrages. Diese Frage wurde erneut im Reichstag beraten, wo die Vertreter der Großagrarier ebenso wie die Vertreter des Großkapitals in gleicher Weise eine offensive Politik gegen England und sogar den vollständigen Abbruch der Handelsbeziehungen zu ihm forderten.<sup>11</sup> Man ging aber über Drohungen nicht hinaus, und der Reichstag bestätigte erneut das Gesetz über die Verlängerung des Handelsvertrages mit England (und mit allen seinen Besitzungen mit Ausnahme Kanadas) um ein weiteres Jahr.<sup>12</sup> Jetzt behauptete Balfour, die wirtschaftliche Rivalität zwischen England und Deutschland, die sich in den letzten Jahren verstärkt hatte, könne kein Hindernis für eine Annäherung sein. Er erinnerte daran, daß ein gewisser Teil des deutschen Kapitals in Zusammenarbeit mit dem englischen nicht schlecht abschneide. Was aber die Frage des Kampfes um die Kolonialmärkte anbetraf, so hatte diese Frage seiner Meinung nach keine entscheidende Bedeutung, da das englische Kapital in die deutschen Kolonien und das deutsche Kapital in die Kolonien eindringe, die England gehörten. Offenbar war er bereit, die Frage des Handelsvertrages auf der Grundlage der bestehenden Sachlage zu lösen. Das alles erinnerte so sehr an ein „Linsengericht“, daß Wilhelm bei der Begegnung mit Balfour am nächsten Tage sagte, er sei keineswegs nach Eng-

<sup>10</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4398, Aufzeichnung Bülows, 24. November 1899.

<sup>11</sup> Reichstag, 16. Juni 1899, Bd. III, S. 2575–2582.

<sup>12</sup> Reichstag, 10. Legislaturperiode, III. Anlageband, S. 2203.

land gekommen, um hier in der Rolle eines „bittenden Vetters“ aufzutreten.<sup>13</sup>

Chamberlain sprach weitaus schärfer und bestimmter. Mit der ihm eigenen Mißachtung der diplomatischen Reserve legte er wie ein Kaufmann seine politische Ware gleich auf den Tisch und begann mit ihr zu handeln. Gleich bei der ersten Begegnung mit Wilhelm erklärte er, er wünsche „eine generelle Verständigung zwischen Deutschland, England und Amerika“. Gegen wen? Zwei Tage später gab er in einem Gespräch mit Bülow eine erschöpfende Antwort auf diese Frage. Er sprach von der russischen Gefahr in Asien, insbesondere im Falle einer Annäherung zwischen China und Rußland. Diesen beiden „habe England“, so sagte er, „als Landarmee nichts entgegenzustellen; es sei also auf die Unterstützung von Deutschland und Amerika angewiesen“. Er gab zu, daß er sehr gern im Raum des Yangtsefflusses „ein zweites Indien“ geschaffen hätte, aber hierzu, so meinte er, sei England nicht mehr imstande. Er gab jedoch zu verstehen, daß England die Absicht habe, um seinen vorherrschenden Einfluß nicht nur in China, sondern auch im Iran und in der Türkei entschlossen zu kämpfen, und zwar überall gegen Rußland. Chamberlain teilte den Deutschen nicht mit, auf welcher Grundlage er Amerika in den Krieg gegen Rußland einzubeziehen gedenke. Dafür nannte er ihnen ganz offenherzig den Preis, den er Deutschland anzubieten bereit war. Das war erstens die Teilnahme englischer Kapitalisten an der Bagdadbahnkonzession und zweitens die Beteiligung deutscher Kapitalisten an der Aufteilung Marokkos. Er war bereit, Deutschland die atlantische Küste dieses großen Landes zu überlassen unter der Bedingung, daß Tanger England zufalle.<sup>14</sup>

Für die Deutschen waren diese beiden Bedingungen unannehmbar. Die erste, weil Siemens bereits das französische Kapital heranzuziehen verstanden hatte, die zweite, weil ihre Verwirklichung nur als Ergebnis eines Krieges gegen Frankreich möglich war, und beide zusammen waren sie keinesfalls eine geeignete Bezahlung für die Teilnahme Deutschlands an einem Zweifrontenkrieg. Deutschland hätte gegen Rußland und gegen Frankreich zugleich Krieg führen müssen, während England mit den USA als Juniorpartner seine Herrschaft in China, in der Türkei, im Iran und in den wichtigsten Teilen Marokkos errichtet hätte. Nachdem er diese Pläne kennengelernt hatte, antwortete Bülow Chamberlain sehr höflich, daß

<sup>13</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4398, Aufzeichnung Bülows, 24. November 1899.

<sup>14</sup> Weder die englische offizielle Publikation (B. D.) noch die Biographie Chamberlains, die auf Grund seines persönlichen Archivs geschrieben wurde (Garvin, III), enthalten Material, das diesen zweiten Versuch Chamberlains, Besprechungen mit Deutschland und Amerika über die Schaffung eines Bündnisses gegen Rußland, beleuchtet.

Deutschland sich mit Rußland nicht entzweien könne, während der Kaiser schon vorher geäußert hatte, daß es „eine Menge Punkte gäbe, über welche sich Deutschland und England von Fall zu Fall verständigen könnten“. Auf diese Weise platzte der Chamberlain-Plan eines Bündnisses zwischen dem englischen, amerikanischen und deutschen Imperialismus, das gegen Rußland und zum Teil gegen Frankreich gerichtet sein sollte, wie eine Seifenblase. Während der Besprechungen in Windsor im November 1899 waren sich England und Deutschland genauso wie bei den Londoner Besprechungen im März 1898 „über den Preis nicht einig geworden“<sup>15</sup>. Zugleich deckten diese Besprechungen die wachsenden Gegensätze zwischen den beiden Mächten auf. Damals zog Bülow für sich die Schlußfolgerung, daß es notwendig sei, die deutsche Flottenstärke so rasch wie möglich zu vergrößern.<sup>16</sup> Einige Tage später erschien in der offiziellen Presse ein inspirierter Artikel über die bevorstehende Verstärkung der deutschen Flotte.<sup>17</sup>

Bald darauf nahm die englandfeindliche Kampagne der deutschen Presse einen neuen Aufschwung. Der Anlaß war eine Rede Chamberlains, die er am 30. November, einen Tag nach der Abreise der deutschen Gäste, in Leicester hielt. Der Kolonialminister sprach sich erneut öffentlich für die Schaffung eines neuen Dreibunds zwischen England, Deutschland und Amerika aus, aber diesmal bemühte er sich, diesem Bündnis nicht so sehr eine politische als vielmehr eine rassische Begründung zu geben. „Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit darauf“, erklärte er, „daß sich der Charakter, der Hauptcharakterzug der teutonischen Rasse im Grunde sehr wenig von dem Charakter der angelsächsischen unterscheidet..., und wenn das Bündnis zwischen England und Amerika einen mächtigen Faktor für die Sache des Friedens darstellt, so wird der neue Dreibund zwischen der teutonischen Rasse und den beiden großen Zweigen der angelsächsischen Rasse einen noch stärkeren Einfluß auf die Zukunft der Welt ausüben.“<sup>18</sup> Diese Rede Chamberlains rief sowohl in England als auch in Deutschland und in den USA Proteste hervor. Die englische Presse warf Chamberlain das Wort „Bündnis“ vor, die amerikanische Presse tadelte ihn wegen des Vorschlags, ein Bündnis mit Deutschland, die deutsche Presse wegen des Vorschlags, ein Bündnis mit England und Amerika einzugehen. Die ausgebrochene Polemik zeigte, wie gekünstelt das politische Schema des britischen Ko-

<sup>15</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 474.

<sup>16</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4398, Aufzeichnung Bülows, 24. November 1899; siehe ferner Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 330/331.

<sup>17</sup> „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. November 1899 (siehe „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1899, S. 156).

<sup>18</sup> Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 508, Rede Chamberlains in Leicester, 30. November 1899.

lonialministers war.<sup>19</sup> Ganz besonders tobte die alldeutsche Presse. Sie hielt es für eine Beleidigung, die Frage eines Bündnisses mit England – dem Würger der Buren, der „Stammesbrüder“ – auch nur zu erörtern.<sup>20</sup> Die dem Reichsmarineamt nahestehende bürgerliche Presse benutzte die Gelegenheit, die Kampagne für den Flottenbau erneut zu entfalten. Die linksliberale und die sozialdemokratische Presse waren von dieser Kampagne nicht erfaßt, aber auch sie lehnten die von einem der Hauptorganisatoren des Krieges gegen die Buren ausgehende Bündnisidee kategorisch ab. Aus den Spalten dieser Presse wurde Chamberlain zugerufen: „Henker!“ Die konservativen Kreise erinnerten in ihrer Presse erneut daran, daß Chamberlain mit seinem Bündnisvorschlag lediglich danach strebe, Deutschland die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Es erschienen zahlreiche politische Streitschriften, voll mit Entlarvungen über das „perfidie Albion“. In einer der Streitschriften, die offenbar aus den Regierungskreisen inspiriert waren, bezeichnete man die Leicesterrede Chamberlains als dumm und seine Politik als frech.<sup>21</sup> Kurzum, es gab keine mehr oder minder einflußreiche politische Gruppierung, die den Vorschlag Chamberlains nicht für herausfordernd, gefährlich oder einfach sinnlos gehalten hätte.<sup>22</sup>

Einige Tage nach der Leicesterrede Chamberlains hielt Bülow vor dem Reichstag eine große Rede. Alle warteten darauf, daß Bülow eine Antwort auf den Appell zur Schaffung eines neuen Dreibunds zwischen England, Deutschland und Amerika geben werde. Aber Bülow ging mit keinem Wort auf diese Frage ein. Seine Antwort lautete ganz anders. „Jedenfalls können wir nicht dulden“, so sagte er, „daß irgendeine fremde Macht, daß

<sup>19</sup> Später versuchte Chamberlain seine Rede in Leicester damit zu erklären, daß ihr Inhalt mit Bülow vorher vereinbart gewesen sei. „Mir kommt es so vor“, schrieb Chamberlain, „als hätte er mich für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen lassen.“ (Garvin, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. III, S. 512, Chamberlain an Lascelles, 12. Dezember 1899.)

<sup>20</sup> „Wir wissen jetzt, daß wir trotz des englisch-deutschen Abkommens über die Afrikafrage, trotz der transafrikanischen Telegrafienlinien und trotz des Eisenbahnbaus in Afrika nichts Gutes von England erwarten können... Wir Deutschen haben es dank Fürst Bismarck gelernt, unsere Politik ohne jegliche Sentimentalität zu betreiben. Und genauso, wie wir viele unfreundliche Akte, die wir in den letzten Jahren von England erdulden mußten, nicht vergessen können, genauso wenig haben wir Lust, die Angelegenheiten Englands gegen Rußland zu betreiben, denn trotz der schönen Worte des Herrn Chamberlain wird die Geschichte zeigen..., daß Deutschland die Möglichkeit geboten wird... seine Kriege selbst zu führen...“ („Alldeutsche Blätter“ vom 10. Dezember 1899, Nr. 50.)

<sup>21</sup> Erwin Bauer, „England und das Deutsche Reich. Eine Abrechnung zur Jahrhundertwende“, Leipzig 1900, S. 39 ff.

<sup>22</sup> Willy Becker, „Fürst Bülow und England 1897–1909“, S. 142.

irgendein fremder Jupiter zu uns sagt: „Was tun? Die Welt ist weggegeben.“<sup>23</sup> Bülow forderte die Schaffung eines „größeren Deutschlands“, eine Verstärkung der Armee und vor allem der Kriegsflotte. „Wir“, so sagte er, „werden uns nur dann auf der Höhe erhalten, wenn wir einsehen, daß es für uns ohne Macht, ohne ein starkes Heer und eine starke Flotte keine Wohlfahrt gibt... In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Hammer oder Amboß sein.“<sup>23</sup>

So wurde an der Schwelle des 20. Jahrhunderts die Forderung nach einer Neuaufteilung der Welt erhoben. Zusammen mit Bülow trat auch Tirpitz, der die Geister der Magnaten des deutschen Finanzkapitals beherrschte und ihre politischen Hoffnungen auf einen siegreichen Kampf gegen England verkörperte, für die Forderung nach Vergrößerung der Kriegsflotte ein.

Eine bewaffnete Aktion gegen England konnte eine Angelegenheit der mehr oder minder fernen Zukunft sein. Die Lehre, die man nach der Krüger-Depesche erhalten hatte, war ebenso wenig von Nutzen wie der Zusammenbruch der Holsteinschen Pläne zur Schaffung einer gegen England gerichteten „Kontinentalliga“. In den Jahren, die seit dieser Lehre vergangen waren, hatten sich die imperialistischen Gegensätze zwischen England und Deutschland noch mehr verschärft, ebenso wie auch im allgemeinen die Gegensätze zwischen allen Mächten, die sich am Kampf um die endgültige Aufteilung der Welt beteiligten und bereits den Weg des Kampfes um ihre Neuaufteilung eingeschlagen hatten. Das bestimmte schließlich auch den Standpunkt, den die deutsche Regierung zum Burenkrieg bezog. Der Alldeutsche Verband entfesselte im Lande eine große und lärmende Kampagne für die Buren und gegen England. Das war für die Regierung nur günstig, die in Anbetracht des Mangels an realen Kräften für einen Seekrieg gegen England auf ihre frühere Transvaalpolitik verzichtete. Das war ein erzwungener Verzicht, und die englischen Imperialisten bezahlten für ihn nur mit einigen kolonialen Abfällen von ihrem reich gedeckten Tisch. Nunmehr hielt sich die deutsche Regierung an die Politik der formellen Neutralität und wartete den Augenblick ab, da sie das „Erpressen“ neuer kolonialer Zugeständnisse von England wieder aufnehmen konnte.

Indessen hatte die Verwirklichung der englischen Pläne zur Schaffung eines großen Kolonialreichs in Afrika den Haß der herrschenden Klassen Deutschlands gegen England nur noch verstärkt. Aber was konnten sie tun? Als der französische Botschafter in Berlin, Marquis de Noailles, Wil-

---

<sup>23</sup> Reichstag, 11. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3292—3295. Diese herausfordernde und drohende Rede kühlte sogar Chamberlain ab, der selbst ein Freund starker Geste und derber Worte war. (Siehe Hermann Freiherr von Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, Bd. II, S. 125.)

helm darauf aufmerksam machte, daß England mit der Entfesselung des Krieges gegen Transvaal ganz Afrika in seine Faust zu bringen bestrebt sei, antwortete ihm Wilhelm gereizt: „Jetzt sei... Englands Flotte jeder Koalition gewachsen. Deutschland so gut wie ohne Flotte. Ich sei also nicht in der Lage, aus der strengsten Neutralität hervorzutreten, und müsse mir erst eine Flotte besorgen. Nach zwanzig Jahren, wenn dieselbe fertig sei, werde ich eine andere Sprache führen.“<sup>24</sup>

Indessen wirkte die Sprache der Diplomatie weiter. Aus Windsor zurückgekehrt, begannen Wilhelm und Bülow, die die Chamberlainschen Pläne des Krieges gegen Rußland kennengelernt hatten, Rußland erneut aktiv zum Krieg gegen England anzustiften. Wilhelm versicherte dem russischen Botschafter Osten-Saken, daß nur Rußland „die Macht Englands paralisieren und ihm notfalls den Todesstoß versetzen kann“ und daß nur Rußland durch die Bedrohung Indiens imstande sei, „die Überlegenheit Großbritanniens auf den Meeren zu neutralisieren“<sup>25</sup>. Das war kein zufälliges, episodisches Gespräch. Einige Tage später kehrte Wilhelm erneut zu diesem Thema, und zwar in bestimmterer Form zurück. „Meine Flotte“, so sagte er zu Osten-Saken, „ist nicht imposant genug, um die Kräfte mit England zu messen. Im Falle eines Konfliktes mit England riskiere ich, meine Kolonien einzubüßen. Nur Rußland kann sich dem Ansturm des perfiden Albions widersetzen, ohne die eigenen Interessen zu kompromittieren, nur Rußland ist imstande, den verwundbarsten Punkt Englands – Indien – zu bedrohen. Alles, was Sie in dieser Richtung unternehmen werden, ist meiner Sympathie sicher, und ich garantiere Ihnen die absolute Neutralität Europas.“<sup>26</sup> Das gleiche Spiel führte die deutsche Diplomatie auch an anderen Schauplätzen fort. Nach der Eroberung von Kiautschou versicherte sie der Zarenregierung mehrfach, daß sie bereit sei, deren Politik im Fernen Osten zu unterstützen und im Falle eines Zusammenstoßes mit England das russische Hinterland in Europa zu verteidigen. Mehr noch, Wilhelm brachte sogar seine Bereitschaft zum Ausdruck, seine Flotte zur Unterstützung Rußlands im Falle dessen Zusammenstoßes mit Japan einzusetzen. Man hat den Eindruck, als wären alle diese Versicherungen eine Provokation reinsten Wassers. Zu gleicher Zeit stiftete die deutsche Diplomatie Japan zu einem Zusammenstoß mit Rußland an.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4394, Wilhelm II. an Bülow, 29. Oktober 1899.

<sup>25</sup> Архив МИД, П. А. 2121, Blatt 31, Brief Osten-Sakens an Murawjow, Berlin, 19. (7.) Januar 1900.

<sup>26</sup> Ähnliche Vorschläge, wenn auch in zurückhaltenderer Form, entwickelte auch Bülow. (Архив МИД, П. А. 840, Blatt 27, Brief Osten-Sakens an Murawjow [streng vertraulich], Berlin, 30. [18.] Januar 1900.)

<sup>27</sup> „Nach Informationen, die uns aus einer zuverlässigen Quelle erreichen“, so schrieb Murawjow, „setzt das Berliner Kabinett alles daran, auf koreanischem



So endete ein neuer Versuch der aggressivsten Kreise des englischen Imperialismus, mit Deutschland ein Bündnis abzuschließen und es somit in einen Krieg gegen Rußland hineinzuhetzen, mit einem Fiasko. Dieses Bündnis scheiterte an den überaus scharfen englisch-deutschen imperialistischen Gegensätzen. J. W. Stalin weist darauf hin, daß in den Wechselbeziehungen zwischen England und Deutschland schon früher ein sehr wichtiges Moment entstanden war, „das dann eine entscheidende Rolle gespielt hat, und zwar das Moment des *imperialistischen* Kampfes um Kolonien, um Absatzmärkte, um Rohstoffquellen, das schon damals von sehr ernster Bedeutung war“<sup>28</sup>. Um die Jahrhundertwende wurde dieses Moment bereits zum Hauptfaktor, der die internationale Situation bestimmte. Die von dem größeren Teil der deutschen Presse ständig betriebene englandfeindliche Kampagne war keinesfalls, wie die offizielle Version Bülow's lautete, lediglich eine Antwort auf die Kampagne, die von dem größeren Teil der englischen Presse einige Jahre lang gegen Deutschland geführt wurde, sie war der Ausdruck der wachsenden, tiefen und im wesentlichen unversöhnlichen Widersprüche zwischen dem in Deutschland entstandenen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus und dem englischen Imperialismus, der, wie Wilhelm eines Tages empört erklärte, „einen großen Teil Afrikas, Asiens, ganz Australien, Kanada, vieles andere besitze und fortwährend Neues zu dem Alten erwerbe“<sup>29</sup>. Unter diesen Umständen wurde die Frage des neuen erweiterten Programms des Flottenbaus in Deutschland erneut zu einer der zentralen Fragen des Kampfes zwischen den Klassen und den politischen Parteien.

## 2

Die politische Kampagne für eine weitere Verstärkung der deutschen Flotte begann etwa ein halbes Jahr nach der Bestätigung des ersten Tirpitzschen Flottenprogramms. Bereits im Dezember 1898 begannen der

Boden Mißverständnisse zwischen uns und Japan zu schaffen: der Tokioter Regierung wird die Überzeugung eingeflößt, daß die japanische Flotte die Flottenstreitkräfte Rußlands im Stillen Ozean wesentlich übertreffe und daß Japan deshalb ohne jegliche Befürchtungen eine aktivere Rolle auf der Koreahalbinsel übernehmen könne. Das ist“, so schloß Murawjow, „die Solidarität Deutschlands mit Rußland im Fernen Osten.“ (Архив МИД, К. 37, Blatt 1, Entwurf des Briefes von Murawjow an Osten-Saken, ohne Datum.)

<sup>28</sup> J. W. Stalin, „Über Engels' Artikel ‚Die auswärtige Politik des russischen Zarentums‘“, Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1211.

<sup>29</sup> G. P., Bd. 14, Nr. 3865, Aufzeichnung Wilhelms II., 22. August 1898.

Flottenverein, der Alldeutsche Verband und die Kolonialgesellschaft das Publikum mit Hilfe der bürgerlichen Presse an den Gedanken zu gewöhnen, daß man eine noch stärkere Flotte schaffen müsse als die, die auf den Werften gebaut wurde. Die von den Magnaten der Schwerindustrie finanzierten Zeitungen beriefen sich auf das Schicksal Chinas und Spaniens, die das Fehlen einer starken Kriegsflotte mit der Niederlage bezahlen mußten.<sup>30</sup> Andere Zeitungen beriefen sich auf die gleichen Erfahrungen und forderten die Verstärkung der Landarmee. Nur die Sozialdemokratie sowie ein Teil der Freisinnigen<sup>31</sup> agitierten gegen die Rüstungen sowohl zu Lande wie auch zu Wasser. Die Annahme des neuen Flottengesetzes wäre äußerst erschwert gewesen, wenn die Regierung nicht vor allem Maßnahmen zur Festigung der Armee ergriffen hätte. Die Militärkreise und das Junkertum waren der Flotte gegenüber eifersüchtig eingestellt, und die Regierung, die sich auf die konservativen Agrarparteien stützte, durfte gar nicht daran denken, die neuen Bewilligungen für das Militärbudget zu verweigern. Aber sie hatte auch gar nicht die Absicht, das zu tun. Bereits Ende 1898 beeilte sie sich, im Reichstag einen neuen Gesetzentwurf einzubringen, der eine Erhöhung der Friedensstärke der Armee, eine Verstärkung der Artillerie, der Kavallerie usw. vorsah. Der Entwurf wurde sowohl von den junkerlichen wie auch von den bürgerlichen Parteien unterstützt, und es sah so aus, als sei seine Bestätigung gesichert. Aber plötzlich stellte sich heraus, daß das katholische Zentrum, um irgendwelche Konzessionen zu erpressen, damit zu drohen begann, es würde den Gesetzentwurf nicht unterstützen. Der Kaiser wollte als Vergeltung den Reichstag auflösen, aber Hohenlohe übernahm es, mit dem Zentrum einig zu werden. Die Führer des katholischen Zentrums erklärten sich bereit, ein Kompromiß einzugehen, und der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen und junkerlichen Parteien an die Budgetkommission weitergeleitet. Um die Regierung zu zwingen, mit ihr zu rechnen, beschloß diese, den Gesetzentwurf zwar zu bestätigen, aber nur unter der Bedin-

<sup>30</sup> Siehe zum Beispiel die „Kölnische Zeitung“ vom 3. Dezember 1898.

<sup>31</sup> „Was beweis überhaupt der Spanisch-Amerikanische Krieg?“ so fragte Richter, der Führer der Freisinnigen, im Reichstag. Richter polemisierte gegen jene, die unter Berufung auf die Erfahrungen der schlechten amerikanischen Armee eine Verstärkung der deutschen Armee forderten, sowie gegen jene, die unter Berufung auf die Erfahrungen der schlechten spanischen Flotte eine Verstärkung der deutschen Flotte forderten, und sagte, solche Argumente dürfe man überhaupt nicht benutzen. „Man kann sich“, so sagte er, „ja schließlich in jedem Krieg auf eine Partei berufen, denn eine Partei muß immer unterliegen bei einem Kriege, das liegt in der Natur der Sache.“ (Reichstag, 14. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3367.) Etwas Größeres als fromme Wünsche hinsichtlich einer „beschränkten“ Kolonialpolitik, eines „beschränkten“ Militarismus und eines „beschränkten“ Flottenbaus vermochten die Freisinnigen aber nicht vorzuschlagen.

gung, daß die Vergrößerung der Armee in etwas geringeren Ausmaßen vor sich gehe. Die Regierung wollte die Armee in der Friedenszeit auf eine halbe Million Mann bringen, die Kommission aber schlug 7000 Mann weniger vor.<sup>32</sup> Das hatte praktisch keinerlei Bedeutung, aber der Kaiser, darüber empört, daß irgend jemand sich in die Angelegenheiten „seiner“ Armee einzumischen gedachte, und durch die Clique aus seinem persönlichen Militärkabinett aufgewiegelt, war wiederum bereit, den Reichstag aufzulösen.

Bei den im Lande herrschenden politischen Stimmungen konnte man jedoch annehmen, daß die Reichstagswahlen zu einer Verstärkung der Sozialdemokratie und des katholischen Zentrums, der beiden Parteien mit dem stärksten Einfluß unter den Massen, führen würden. Unter diesen Umständen wären die Chancen für die Annahme des neuen Flottengesetzes nicht groß gewesen, und die Regierung bemühte sich, die Angelegenheit durch Verhandlungen mit den Parteien zu regeln. Es stellte sich heraus, daß das Zentrum zu einem Kompromiß bereit war, aber die mit dem Zentrum verbundenen bayrischen Partikularisten, die der gesamtdeutschen Regierung nicht nachgeben wollten, hätten das Zentrum auf ihre Seite ziehen können. Das geplante Manöver Hohenlohes, die bayrischen Abgeordneten unter einem Vorwand in München zurückzuhalten, erwies sich als nicht mehr notwendig, denn am 16. März wurde ein Kompromiß erzielt. Der Reichstag billigte mit der Mehrheit der Parteien den Gesetzentwurf. Nur die Sozialdemokratische Partei stimmte dagegen.<sup>33</sup> Kurz zuvor war nach längerem Kampf auch das Gesetz über den Flottenbau endgültig verabschiedet worden. In Regierungskreisen schätzte man dieses Gesetz als Zeichen einer Stärkung der deutschen Macht vor der Welt ein.<sup>34</sup> Der wachsende Militarismus lastete auf den breiten Massen des deutschen Volkes und vor allem auf der Arbeiterklasse als schwere Bürde. Im letzten Jahr des 19. Jahrhunderts verschlang er bereits über die Hälfte des gesamten Staatshaushalts.<sup>35</sup> Nachdem die deutsche Regierung die Forderungen der Militärclique befriedigt hatte, konnte sie die Prüfung und Förderung der von den Flottenkreisen vorgebrachten Pläne in Angriff nehmen. Aber auch hier ging es nicht ohne verborgene Klippen ab.

<sup>32</sup> Genauer gesagt, forderte der Gesetzentwurf der Regierung, daß die Friedensstärke der Armee auf 502 506 Mann gebracht werde, während die Budgetkommission eine Stärke von 495 500 Mann vorschlug.

<sup>33</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 489/490.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 486.

<sup>35</sup> Siehe Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, S. 36/37.

Im August 1898 machte die Zarenregierung den Vorschlag, eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, die, wie es in dem offiziellen Rundschreiben hieß, „serait, Dieu aidant, d'un heureux présage pour le siècle qui va s'ouvrir“ (mit Gottes Hilfe zu einem glücklichen Omen für das beginnende Jahrhundert werden sollte)<sup>36</sup>. Indem sie die Friedenskonferenz einberief, war die Zarenregierung bestrebt, eine Verringerung der relativen Stärke der englischen Kriegsslotte zu erreichen sowie die wachsende Aufrüstung ihrer westlichen Nachbarn, Deutschlands und seines Bundesgenossen Österreich-Ungarns, auf dem Festland aufzuhalten; sie ging schließlich darauf aus, eine gegen England gerichtete politische und diplomatische Kombination europäischer Mächte zu organisieren und sich an die Spitze dieser Kombination zu stellen. „Ist es denn nicht wahnsinnig“, so redete der russische Finanzminister, Witte, auf Radolin, den deutschen Botschafter in Petersburg, ein, „daß die kontinentalen Mächte ihre ganze pekuniäre Kraft vergeuden, um sich gegeneinander zu rüsten? Inzwischen sieht England (und eventuell auch Amerika und Japan) zu, wie der Kontinent sich verzehrt, reibt sich die Hände darüber und beschränkt sich darauf, die einzig wichtige Waffe für die künftige Weltherrschaft, seine *Flotte* zu vermehren und sie zu einer Stärke zu entwickeln, die ohnegleichen und imstande sein wird, im gegebenen Moment ganz Europa in Schach zu halten und die Weltherrschaft zu begründen.“ Die Kontinentalmächte, so entwickelte Witte seine Pläne weiter, müssen angesichts der gemeinsamen Gefahr, die ihnen von seiten Englands (und später auch von seiten Amerikas und Japans) droht, durch die Einstellung der gegenseitigen Feindseligkeiten antworten und müssen die großen Einsparungen, die durch höchstmögliche Verkleinerung der Landarmeen erzielt werden, dazu benutzen, die Flottenrüstung zu verstärken und sie der englischen anzugleichen. Die Pläne Wittes stießen in Berlin auf keinerlei Sympathie. Man nahm sie im Gegenteil eher gereizt auf. „Jetzt, wo England mobil, fertig, kampfsgerüstet und stärker dasteht als je“, schrieb Wilhelm Ende Dezember 1898, „will er“ (Witte. A. J.) „eine *antienglische* liga zusammenbringen! ... Des Pudels Kern ist, er hat kein Geld mehr! ... Too late Sir! (Zu spät, Herr!) Jetzt will *ich* nicht!“<sup>37</sup>

In den herrschenden Kreisen der westeuropäischen Mächte rief der Vorschlag der Zarenregierung kaum verhohlene Verärgerung hervor<sup>38</sup>, aber

<sup>36</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4215, Radolin an Hohenlohe, 24. August 1898, Anlage.

<sup>37</sup> G. P., Bd. 13, Nr. 3530, Radolin an Hohenlohe, 20. Dezember 1898 (Schlußbemerkung Wilhelms II.).

<sup>38</sup> Nach der Veröffentlichung des Zarenrundschreibens über die Einberufung der Konferenz schrieb der russische Kriegsminister, Kuropatkin, in sein Tagebuch: „Wie haben die Mächte das Rundschreiben aufgenommen? 1. Die Völker begeistert; 2. die Regierungen mißtrauisch... Das Mißtrauen der Regierungen ist

niemand wagte es, die Teilnahme an der Konferenz abzulehnen. Auch die deutsche Regierung, die soeben das Gesetz über die Verstärkung der Armee durchgebracht hatte und bereits ein neues Gesetz über eine bedeutende Verstärkung der Flotte ausarbeitete, sagte schweren Herzens zu. Gerade zu der Zeit, so betonte J. W. Stalin, „legen die Generalstäbe Deutschlands und Österreichs den Plan fest und arbeiten die Bedingungen aus, nach denen Österreich und Deutschland koordiniert ihre Nachbarn im Westen und Osten angreifen sollen“<sup>39</sup>.

verständlich, aber seine Quellen und Ursachen sind unterschiedlich. Es gibt einzelne Herrscher, wie Wilhelm, denen eine solche Erklärung nur unangenehm ist; er ist gierig nach Effekten, nach Popularität. Man hat ihn übersehen. Er muß die Träume aufgeben, in Palästina den Christus nachzumachen.“ Die letzte Bemerkung Kuropatkins bezog sich auf die Reise Wilhelms nach Palästina zu den „heiligen Stätten“. («Красный архив», Bd. LIV–LV, „Neues Material über die Haager Friedenskonferenz. Aus dem Tagebuch Kuropatkins“, S. 60.) Die Aktion des Zarismus rief auch in Frankreich große Unzufriedenheit hervor. Dort befürchtete man, die Verwirklichung des Zarenprojekts könnte das Wachsen der französischen Rüstungen erschweren. Die Pariser Presse beilte sich, das Ganze als eine von Wilhelm II. angezettelte Intrige hinzustellen mit dem Ziel, die militärische Macht des französisch-russischen Bündnisses zu schwächen. Um die recht beunruhigten Bundesgenossen zu beschwichtigen, beschloß man in Petersburg, den Kriegsminister Kuropatkin nach Paris zu entsenden, eigens mit dem Ziel, die Aufgaben der russischen Politik zu erläutern. In Gesprächen mit dem Präsidenten der Republik Faure, mit dem Kriegsminister General Chanoine und anderen prominenten militärischen und politischen Persönlichkeiten Frankreichs sollte er das gerczte Erstaunen der französischen Bourgeoisie zerstreuen. Auf soldatisch rauhe kategorische Art, ohne jegliche diplomatische Schliche, sagte General Kuropatkin seinen Pariser Gesprächsgegnossen unter vier Augen das, was vor dem breiten Publikum in jeder Weise verheimlicht wurde, und zwar „daß von irgendeiner Abrüstung nicht die Rede sein kann; daß die Aufgaben der Konferenz die bestehende Militärkonvention keinesfalls berühren werden, daß sie die in der französischen Armee bereits erreichten technischen Erfolge ebensowenig betreffen werden wie die Frage des in Frankreich angenommenen Schnellfeuergeschützes“. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß General Chanoine, nachdem er derartige Versicherungen angehört hatte, meinte: „Jetzt habe ich begriffen, worum es geht und bin völlig beruhigt.“ Präsident Faure hatte natürlich ebenfalls begriffen, worum es sich handelte, und empfahl dem russischen Kriegsminister, in die vorbereitenden Arbeiten des französischen Generalstabs, insbesondere in die Mobilisierungsarbeiten Einblick zu nehmen. Zum Abschluß des Gesprächs erklärte Faure direkt, daß es wichtig sei, sich „gemeinsam mit uns auf den Fall des Krieges vorzubereiten“. Und um die erzielte Übereinstimmung in den Auffassungen von der bevorstehenden Abrüstungskonferenz zu verankern, schlug die französische Regierung vor, unverzüglich die Revision der französisch-russischen Militärkonvention in Angriff zu nehmen und sie durch einige neue Artikel hinsichtlich der Ausmaße der Streitkräfte zu ergänzen, die im Falle eines Krieges gegen Deutschland aufzustellen seien. (Siehe «Красный архив», Bd. L–LI, „Zur Geschichte der ersten Haager Konferenz“, S. 65–96.)

<sup>39</sup> J. W. Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“; Werke, Bd. 7, S. 240.

Das von der Zarenregierung vorgeschlagene Programm der Haager Konferenz umfaßte nicht nur Punkte über die Einschränkung der Rüstungen, sondern auch über die Normen zur Regulierung des Krieges sowie über ein Schiedsgerichtsverfahren als Mittel einer friedlichen Regelung von Konflikten. Es war von Anfang an klar, daß die technische Form der gestellten Fragen einen bestimmten politischen Sinn enthielt. Zwar versicherte Murawjow in Berlin, die Konferenz „dürfte unter keinen Umständen einen politischen Charakter tragen“, sie müsse „einen rein technischen Charakter haben“, aber niemand, nicht einmal die Initiatoren der Konferenz selbst nahmen diese Versicherung für bare Münze. Jede Regierung war der Meinung, daß, wenn man schon an der Konferenz teilnehmen mußte, diese für die eigenen Zwecke ausgenutzt werden sollte. Den gleichen Standpunkt nahm auch die deutsche Regierung ein. Graf Münster, der zum Chef der deutschen Delegation auf der Konferenz ernannt wurde, war im voraus davon überzeugt, daß die Konferenz keinerlei praktische Ergebnisse zeitigen würde. „Wir können nichts zugeben“, schrieb er am Vorabend der Konferenz, „was unsere Wehrkraft schwächen könnte, können auch auf bindendes Schiedsgericht uns niemals einlassen. Das ganze diplomatische Spiel wird sich darum drehen, uns die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz zuzuschieben und uns dadurch mit Rußland zu entzweien.“<sup>40</sup> Und in der Tat strebte die englische Diplomatie, die zunächst im Hintergrund blieb, danach, die deutsche Delegation auf der Konferenz gegen die russische auszuspielen. Sie hätte es gern gesehen, wenn die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz auf Deutschland gefallen wäre.

Die Konferenz wurde im Haag am 18. Mai 1899 eröffnet. Aber schon nach wenigen Tagen umriß Münster die entstandene Lage mit folgenden Worten: „Alle fühlen, daß die öffentliche Meinung ein Resultat der Konferenz erwartet, wenn auch niemand an die allgemeine Abrüstung glaubt.“<sup>41</sup> Die russische Delegation brachte einen Vorschlag über ein verbindliches Schiedsgerichtsverfahren zur Prüfung der zwischen Staaten entstehenden Konflikte ein. Um diesen Vorschlag entspann sich sofort ein komplizierter diplomatischer Kampf. Die deutsche Diplomatie war entschieden gegen diesen Vorschlag eingestellt.<sup>42</sup> Im Falle eines Krieges wollte die deutsche

<sup>40</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 499.

<sup>41</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4276, Münster an Hohenlohe, 28. Mai 1899.

<sup>42</sup> „Für den Staat“, so schrieb Bülow einige Tage vor dem Beginn der Konferenzarbeiten, „gibt es keinen höheren Zweck als die Wahrung *seiner* Interessen. Letztere werden aber bei Großmächten nicht notwendig identisch mit der Erhaltung des Friedens, sondern viel eher mit der Vergewaltigung des Feindes und Konkurrenten durch eine richtig zusammengesetzte stärkere Gruppe sein. Deshalb“, so folgerte Bülow, „liegt die Vermutung nahe, daß in den Gedanken der russi-

Führung die Möglichkeit ausnutzen, den ersten Schlag zu führen. Ihr stand eine große Armee, ein weitverzweigtes Eisenbahnnetz, die Möglichkeit einer raschen Mobilisierung der Reserven und einer raschen strategischen Entfaltung zur Verfügung. Das waren Vorzüge, wie sie die Regierung nicht opfern wollte, um im Falle eines heraufziehenden Konflikts die langwierige Prozedur einer internationalen Untersuchung durchzuführen. Der deutsche Imperialismus war der Meinung, daß die Wahl des Augenblicks, um dem Gegner einen Schlag zu versetzen, sein eigenes Vorrecht bleiben müsse.

Während die deutsche Diplomatie manövrierte und überlegte, wie sie sich aus der Affäre ziehen und welche Linie sie einschlagen sollte, um nicht die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz zu übernehmen, trat die englische Delegation in den Vordergrund. Sie schlug ein eigenes Projekt zur Prüfung der Konflikte durch ein Schiedsgericht vor.<sup>43</sup> Taktisch könnte dies so aussehen, als hätte sich England dem russischen Vorschlag angeschlossen, aber im Grunde verfolgte die englische Diplomatie eigene Ziele. Das Manöver war ungefährlich, da die Engländer im voraus zu verstehen gaben, daß solche Fragen, wie zum Beispiel ihre Beziehungen zu den Kolonien, etwa zu Ägypten, keinesfalls Gegenstand eines Schiedsgerichtsverfahrens sein könnten.

Aber die Hauptaufgabe des englischen Manövers bestand darin, die deutsche Delegation in eine schwierige Lage zu bringen. Das gelang den Engländern. Da sie den russischen Vorschlag plötzlich unterstützten, war die deutsche Delegation gezwungen zu erklären, die obligatorische Unterwerfung unter einen Schiedsspruch sei für sie unannehmbar.<sup>44</sup> Nun stellte die zuständige Kommission zur allgemeinen Befriedigung aller Konferenzteilnehmer fest, daß es keinerlei Grundlage gäbe, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Der Entwurf über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren fiel zur großen Befriedigung seiner Autoren durch. Die englische Diplomatie konnte einen diplomatischen Sieg feiern, sie hatte sich der Verantwortung für das Scheitern der Konferenz entzogen. Unter geschickter Ausnutzung pazifistischer Losungen hatte England diesmal die Deutschen gezwungen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Um aber die Lage zu retten und sich nicht endgültig zu entlarven, faßte die Konferenz einen unverbindlichen Beschluß, wonach ein Schiedsverfahren

schen Diplomatie, falls diese überhaupt auf dem Boden der Wirklichkeit steht, der Arcopag von Großmächten mehr ein Machtmittel als ein Friedensmittel darstellt.“ (G. P., Bd. 15, Nr. 425b, Bülow an Münster, 12. Mai 1899.)

<sup>43</sup> Über den Standpunkt der englischen Delegation siehe B. D., Bd. I, Nr. 272 bis 284.

<sup>44</sup> Siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4275—4349.

bei einigen zwischen einzelnen Staaten entstehenden Streitfragen erwünscht sei. Aber auch das rief beim Kaiser die gereizte Reaktion hervor: „... werde in meiner Praxis auch für später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen und berufen! Und sch... auf die ganzen Beschlüsse!“<sup>45</sup>

Noch größere Verwirrung brach auf der Konferenz aus, als die russische Delegation einen Entwurf einbrachte, der das Verbot einer Vergrößerung des Truppenbestandes und des Militärbudgets für die Dauer von fünf Jahren sowie ein Verbot der Vergrößerung des Flottenbudgets für die Dauer von drei Jahren vorsah. Da dieser Vorschlag darauf ausging, das Anwachsen der Rüstungen zu Lande vor allem Deutschlands und Österreich-Ungarns sowie das Anwachsen der Flottenrüstungen Großbritanniens aufzuhalten, ist es klar, daß die interessierten Mächte versuchten, ihn scheitern zu lassen. Die russische Delegation wurde lediglich von Vertretern einiger kleiner Staaten wie Schweden und Dänemark unterstützt. Die englische Delegation blieb diesmal im Schatten. Beim Angriff auf die russischen Entwürfe übernahm die deutsche Delegation die Initiative. Sie erklärte ganz unzweideutig, daß der russische Vorschlag, der das Anwachsen der Rüstungen zu hemmen vorsah, für Deutschland völlig unannehmbar sei.<sup>46</sup>

Es ist interessant, daß die französische Delegation sich beeilte, die deutsche Delegation in dieser Frage voll und ganz zu unterstützen. Der französische Delegierte, der den recht passenden Namen Bourgeois trug, schloß sich der deutschen Resolution an und versicherte, die Volksmassen litten weder in Frankreich noch in Deutschland unter dem Anwachsen der Rüstungen. Immerhin schlug er um des „pazifistischen“ Anscheins willen vor, folgende zusätzliche Formel anzunehmen: „La commission estime que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde est grandement désirable pour l'accroissement du bien-être matériel et moral.“ (Die Kommission ist der Meinung, daß die Begrenzung der Militärlasten, die gegenwärtig auf die Welt drücken, in höchstem Grade erwünscht ist, um den materiellen und moralischen Wohlstand zu heben.)<sup>46a</sup> Der Konferenz blieb nichts anderes übrig, als diese Formel widerspruchsfrei anzunehmen. Mit guten Vorsätzen war bekanntlich auch der von Dante beschriebene Weg zur Hölle gepflastert!

<sup>45</sup> Siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4320, Bülow an Wilhelm II., 21. Juni 1899 (siehe Schlußbemerkung Wilhelms).

<sup>46</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4258–4263; B. D., Bd. I., Nr. 274. Auszug aus dem Schreiben der Admiralität an das Foreign Office, 16. Mai 1899; Nr. 282, Notiz über die Beschränkung der Rüstungen, 29. Juli 1899.

<sup>46a</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4261, Münster an das Auswärtige Amt, 30. Juni 1899.



Auf diese Weise waren die im Haag versammelten Vertreter der herrschenden Klassen von 26 Staaten glücklich beim Finale angelangt. Das Ergebnis ihrer mühseligen, fleißigen Arbeit waren einige unverbindliche Wünsche und Deklarationen über die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten während des Krieges, über die Unantastbarkeit des Privateigentums bei der Seekriegführung usw. Ferner wurde die Menschheit durch das Bewußtsein beglückt, daß die Seestreitkräfte von nun an Städte, Häfen und Dörfer während des Krieges nach allen von der Haager Konferenz festgesetzten Regeln beschießen würden, daß der Krieg in Zukunft überhaupt nach Gesetzen geführt werden müßte, die auf Wunsch der kriegführenden Parteien befolgt werden konnten, und daß die imperialistischen Regierungen, wenn sie keinen Krieg zu führen wünschten, die Möglichkeit hatten, dies zu unterlassen und sich zur Lösung des Konfliktes an ein eigens geschaffenes Gericht zu wenden...

Nachdem die Haager Konferenz alle diese guten Wünsche (und zwar einstimmig) angenommen hatte, unterzeichnete sie die entsprechenden Akte und beendete am 29. Juli 1899 in einer feierlichen Atmosphäre ihre Existenz. Ein Berg hatte eine Maus geboren.<sup>47</sup> Später schätzte J. W. Stalin diese Konferenz ein, als ein „Muster der beispiellosen Heuchelei bürgerlicher Diplomatie, die durch Friedenslärm und Friedenshymnen die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verbergen sucht“<sup>48</sup>.

<sup>47</sup> „Wenn man die Bedeutung der Haager Konferenz ermessen will“, so schrieb damals Alfred Fried, einer der bedeutendsten Vertreter der pazifistischen Bewegung der damaligen Zeit, „muß man sich darüber klarwerden, daß wir hier den Beginn und nicht die Krönung der Schöpfung vor uns haben. Von diesem Standpunkt aus bedeutet die erste Haager Konferenz in der Tat einen Wendepunkt in der Geschichte der Völker.“ Der bürgerliche Pazifist hat wohl kaum vermutet, wie richtig, wenn auch in einem ganz anderen Sinne, sich seine Einschätzung der ersten Abrüstungskomödie erweisen würde. Die Haager Konferenz bedeutete in der Tat in gewissem Sinne einen Wendepunkt in der Geschichte des neuesten Kapitalismus, der bereits in das imperialistische Stadium seiner Entwicklung eingetreten war. Sie bedeutete, daß die imperialistischen Staaten begannen, im Kampfe um die Behauptung ihrer Herrschaft auch zu pazifistischen Methoden ihre Zuflucht zu nehmen. Sie bedeutete auch die Aufdeckung weitgehender Möglichkeiten auf der Suche nach solchen neuen Formen der Vergrößerung der Rüstungen, die als eine Einschränkung der Rüstungen dargestellt werden konnten. Sie stand unmittelbar an der Schwelle einer bis dahin unerhörten Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und kündigte die unmittelbare Kriegsgefahr an. In diesem Sinne war die Haager Konferenz 1899 in der Tat erst der Anfang der imperialistischen „Schöpfung“. Es vergingen nur wenige Wochen nach der Haager Konferenz, einige Delegierte waren möglicherweise noch nicht heimgekehrt, als in Südafrika ein Krieg ausbrach, den die englischen Imperialisten seit langem vorbereitet hatten.

<sup>48</sup> J. W. Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“; Werke, Bd. 7, S. 240.

## 3

Die Teilnahme Deutschlands an der Haager Konferenz hatte die offene Propaganda für neue Rüstungen etwas gehemmt, nachdem diese Konferenz aber glücklich gescheitert war, begann man die neuen Flottenpläne verstärkt vorwärtszutreiben. Das 1893 angenommene Septennat lief am 31. März 1899 ab. Unter Berufung darauf, daß die Nachbarn Deutschlands aufrüsteten, beschloß die Regierung, eine neuerliche Vergrößerung der deutschen Armee zu fordern und vor allem die Verwirklichung der Pläne ihrer Reorganisierung in Angriff zu nehmen. Nach diesen Plänen waren drei neue Armeekorps zu schaffen, und auf diese Weise stieg die Zahl der Korps in den letzten zehn Jahren von 18 auf 23. Erstmals wurde in der Armee eine neue Waffengattung, das Maschinengewehr, eingeführt und jeder Division wurde Feldartillerie zugeteilt.<sup>49</sup> Besonders bedeutungsvoll war der neue Plan des Flottenbaus. Der Urheber dieses Planes, Tirpitz, glaubte zunächst, es werde ihm nicht gelingen, das Gesetz vor 1901 durchzubringen.<sup>50</sup> Aber schon im Frühjahr 1899 bereiste er die Großindustriellen, die Schiffbaugesellschaften und überhaupt alle an einer Verstärkung der Flotte Interessierten und machte sie mit seinem Entwurf vertraut. Diese Herrschaften waren restlos begeistert. Die „Geschäftspatrioten“<sup>51</sup>, wie sie Richter bezeichnete, gingen daran, eine Atmosphäre der Erregung und „Begeisterung“ zu schaffen, wobei sie a conto der künftigen Profite riesige Mittel für die Propaganda verbrauchten, dem Flottenverein Unterstützungen zahlten und Redaktionen der großen Zeitungen kauften. Krupp erwarb die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und unterstellte sie Schweinburg, einem der Hauptleiter des Flottenvereins. Bald darauf war Schweinburg Besitzer der „Berliner Politischen Nachrichten“, einer Zeitung, die das Sprachrohr des preußischen Finanzministers, Miquel, war. Das war von gewisser Bedeutung, da Miquel, unter den Agrariern und der preußischen Bürokratie eine recht einflußreiche Person, in der Flottenfrage zunächst einen recht unbestimmten Standpunkt bezog.

Die neuen Pläne der „Flottenschwärmer“ riefen bei den Agrariern keinerlei Sympathien wach, um so weniger, als sie wußten, daß auch die Regierung die Flotte zu verstärken wünschte. Ihre Beziehungen zur Regierung hatten sich von dem Augenblick an stark verschlechtert, als im preußischen Landtag der Gesetzentwurf über den Bau eines großen Kanals eingebracht wurde, der den Rhein mit der Elbe verbinden sollte. An dem Bau des

<sup>49</sup> Freiherr Ludwig Rüdiger von Collenberg, „Die deutsche Armee von 1871 bis 1914“, Berlin 1922, S. 57.

<sup>50</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 498.

<sup>51</sup> Reichstag, 14. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3363.

Kanals waren die Industriekreise Westdeutschlands interessiert. Außerdem konnte der Kanal auch von gewisser strategischer Bedeutung sein.<sup>52</sup> Das Projekt stieß jedoch auf entschlossenen Widerstand ostpreußischer Gutsbesitzer, die ein Sinken der Getreidepreise als Folge des Kanalbaus befürchteten. Damit würde ein von ihrem Standpunkt aus unzulässiger Luxus für das Volk geschaffen. Das im preußischen Landtag überaus starke junkerliche Lager bereitete sich darauf vor, den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf durchfallen zu lassen. Dabei genossen die Junker hinter den Kulissen die Unterstützung Miquels und des preußischen Ministeriums.<sup>53</sup> Aber Wilhelm, ein eifriger Anhänger des Kanals, befahl Miquel, den Gesetzentwurf mit allen Kräften zu verteidigen. Miquel hielt eine große Rede, in der er den Kanal so verteidigte, daß die Agrarier begriffen: Der preußische Minister wäre lieber dem Gesetzentwurf der Regierung entgegengetreten.<sup>54</sup> Die Agrarier schöpften noch mehr Mut und traten zu einer Offensive gegen die Regierung an, um sie zu einem Verzicht auf den Kanalbau zu zwingen.

Bald darauf wurde die Lage der Regierung noch komplizierter, weil sich der größere Teil des Zentrums unter dem Einfluß der Vertreter Schlesiens ebenfalls gegen den Kanal zu äußern begann. Der Abgeordnete Lieber aber beeilte sich bereits, Hohenlohe mitzuteilen, daß das Zentrum seinen Standpunkt ändern würde, falls die Regierung ihm in anderen Fragen Zugeständnisse mache (besonders in der Frage eines für das Zentrum günstigeren Gemeindewahlgesetzes). Die Regierung war der Meinung, daß dieser Preis zu hoch sei, und der Kaiser neigte sich erneut dem Gedanken zu, den Landtag aufzulösen. Diesmal war auch Reichskanzler Hohenlohe für die Auflösung. Im Grunde konnte die Auflösung des Landtags bei dem in Preußen damals bestehenden Dreiklassen-Wahlssystem weder die Herrschaft noch den politischen Einfluß der preußischen Agrarier gefährden. Hohenlohe aber wollte der Konservativen Partei eine Lehre erteilen und sie den Forderungen der Regierung gegenüber nachgiebiger machen. Hätte die Regierung nachgegeben, wären die Agrarier, wie sich sein Sohn (und inoffizieller politischer Berater) Alexander Hohenlohe ausdrückte, „schließlich zu frech“ geworden.<sup>55</sup> Und nichtsdestoweniger hatten nicht nur die Regierung, sondern auch die bürgerlichen Kreise Angst, die Auflösung des Landtags, dieser politischen Domäne des preußischen Junkertums, zu wagen. Erstens würde das preußische Beamtentum in der Provinz,

<sup>52</sup> Die Kanalvorlage verteidigte im Landtag der Vertreter des Generalstabs, Oberst Budde. (Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 517.)

<sup>53</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 501.

<sup>54</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 294.

<sup>55</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 522.

in den Agrarbezirken, wo es das Werkzeug in den Händen der Junker und des Bundes der Landwirte war, auch weiterhin die von den Junkern aufgestellten Kandidaten, die Gegner des Kanalbaus, unterstützen. Zweitens konnte jede Spaltung zwischen den Organen der Staatsgewalt und der Konservativen Partei in den Industriebezirken lediglich zu einer Verstärkung der Sozialdemokratie führen. Die Verstärkung aber fürchteten sowohl die Regierung als auch die Bourgeoisie. Mehr noch, gerade zu diesem Zeitpunkt bereitete die Regierung auf Verlangen des Zentralverbandes deutscher Industrieller drakonische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung vor. Trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Belebung forderten die Magnaten des Finanzkapitals völlige Liquidierung der Fabrikgesetzgebung und Unterdrückung jeglicher Versuche der Arbeiterklasse, eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen.

Indessen antwortete die Arbeiterklasse auf die Offensive der Monopole und auf die von den Kapitalisten betriebene Politik der Aussperrungen mit einer Streikwelle. Im Juni 1899 brach ein großer Bergarbeiterstreik aus, der in den breitesten Arbeitermassen ganz Deutschlands Unterstützung fand. Die kapitalistischen Organisationen flehten um Hilfe. Als Wilhelm II. von diesen Ereignissen erfuhr, geriet er in Wut: „Der deutsche Bürgerstand *versagt* vollkommen! Die Regierung muß *handeln*, sonst geht alles verloren. Wenn bei einem ersten Konflikt nach außen die Möglichkeit gegeben ist, daß die Hälfte der Armee durch einen Generalstreik im Lande gefesselt ist, so sind wir *verloren*... Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und fusiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen. Wir brauchen ein Gesetz, wonach es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um nach den Karolinen verbannt zu werden.“<sup>56</sup> Die Regierung schickte Truppen in die Streikgebiete, es kam zu Zusammenstößen, und viele Arbeiter wurden getötet. Unter diesen Umständen wagte es die Regierung nicht, den Landtag aufzulösen, sondern vertagte lediglich seine Sitzungen. Zugleich begann sie, die vorbereitete „Zuchthausvorlage“, die gegen das Streikrecht der Arbeiter gerichtet war, eiligst voranzutreiben. Dieser reaktionäre Gesetzentwurf, der durch die Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller geboren worden war, erhielt natürlich sofort stärkste Unterstützung durch alle einflußreichen Teilnehmer dieser Kampforganisation der Industriemagnaten. In der allgemeinen Versammlung des Verbandes ertönten laute Rufe, die Sozialdemokratie zu zertreten und den Kampf gegen die Arbeiterklasse zur Behauptung der „Rechte“ der Industriellen auf Aussperrungen und sonstige drakonische Maßnahmen wirtschaftlichen und polizeilichen Charakters zu verschärfen. Als Hauptredner trat in dieser Versammlung

<sup>56</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 349.

Kirdorf, der Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, auf. Danach sprach der Vertreter der Elsässer Industriellenvereinigung Frey, der nachzuweisen versuchte, daß der „Zuchthausvorlage“ die menschenfreundlichsten Motive zugrunde liegen. Im gleichen ebenso aggressiven wie demagogischen Sinne sprachen der Direktor der Firma Krupp und andere Vertreter der westdeutschen Schwerindustrie.

Graf Posadowsky, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, erklärte im Reichstag, der Gesetzentwurf habe das Ziel, das Volk von der polizeilichen Unterdrückung durch die Sozialdemokratie zu befreien.<sup>57</sup> In Wirklichkeit stellte dieser Gesetzentwurf mit der harmlosen Bezeichnung („Zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“) eine in ihrer Grausamkeit ungeheuerliche Maßnahme dar, die von dem Militär-Polizeiregime gegen die Arbeiter gerichtet war und die Großbourgeoisie sowie die von dieser gedungenen Streikbrecher schützte. Gerade die Großbourgeoisie in der Person Stumms und Kardorffs, die Syndikate und Kartelle waren die wahren Inspiratoren des Entwurfs, der den Arbeitern das Koalitionsrecht raubte, während die Bourgeoisie unter Ausnutzung der von ihr geschaffenen Organisationen in ihrem Kampf weitgehend Aussperrungen anwandte.<sup>58</sup>

Im Herbst 1899 wurde die allgemeine politische Lage noch komplizierter. Die Agrarier machten sich die Schwierigkeiten der Regierung zunutze und verstärkten ihre Angriffe auf das Kanalprojekt. Um diesen ständig wachsenden Widerstand der Agrarier zu brechen, gaben die Anhänger des Kanalbaus aus den kapitalistischen und Regierungskreisen zu verstehen, daß das Projekt vom Kaiser selbst unterstützt werde. Das hatte jedoch eine gegenteilige Wirkung. Graf Limburg-Stürum, einer der Führer

<sup>57</sup> Reichstag, 19. Juni 1899, Bd. III, S. 2638.

<sup>58</sup> Der gemäßigt liberale, außerhalb der Parteien stehende („Wilde“) Roesicke, der Berliner Brauerkönig, erklärte im Reichstag, die Urheber dieser Gesetzesvorlage seien Schüler Stumms und der großen Werksbesitzer vom Zentralverband deutscher Industrieller. (Reichstag, 21. Juni 1899.) Selbst Bassermann, der Führer der Nationalliberalen, gab zu, daß es gerade die großkapitalistischen Kreise waren, die den Junkerstaat zum Kampf gegen die Arbeiterklasse hetzten. Er bestritt nicht, daß es gewisse Unternehmerekreise gab, die auf dem Standpunkt dieser Vorlage standen. Es seien dies die gleichen Kreise, die dem Volk das allgemeine Wahlrecht nehmen wollten und die die Behörden stets auf Übeltäter hetzten, die die alte patriarchalische Ordnung nicht als die Krönung der menschlichen Entwicklung betrachteten. „Es kann doch nicht geleugnet werden“, so sagte er, „daß wir in eine neue Phase unserer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse eintreten: es ist die Phase der großen Arbeitgeberkoalitionen.“ Unter Bezugnahme auf die damaligen großen Arbeiteraussperrungen folgerte Bassermann: „Da zeigt sich doch auch, welche Macht die Koalition der Arbeitgeber an und für sich hat.“ (Reichstag, 20. Juni 1899.)

des Bundes der Landwirte, genierte sich nicht, öffentlich zu erklären, der Thron könne sich nur dann auf die Junker stützen, wenn die Junker sich auf den Thron stützen könnten. Das war eine ungeheuerliche „Rebellion“ der Junkerklasse gegen den ersten Junker auf dem Thron. Die Liste der „Rebellen“ wurde durch eine Reihe großer und einflußreicher Namen erweitert.<sup>59</sup> Der Kaiser tobte und wetteuerte, vermochte aber gegen die „rebellierenden“ Junker nichts auszurichten. Er kühlte sein Mütchen, indem er Limburg-Stürum den Titel des Geheimrats entzog und Bülow befahl: „Lassen Sie Ihre Presshunde alle los“, um gegen die Junkerfronde zu hetzen.<sup>60</sup> Aber das half nichts. Die Regierung, in der sich die Unstimmigkeiten verstärkten, war gezwungen, die bittere Pille zu schlucken und ein Kompromiß mit den Agrariern zu suchen, die nach einem Ausdruck Hohenlohes „so unverschämt geworden sind, daß man sie durch nichts befriedigen kann“. Man mußte ihnen sogar einige Zugeständnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik machen. Die Regierung, die gegen die Arbeiterklasse kämpfte, konnte nicht zugleich auch die Agrarier, die Grundlage des Regimes, gegen sich aufbringen.

Die „Sammlungspolitik“, die Politik des Zusammenschlusses des Junkertums mit der monopolistischen Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und zur Entfaltung der „Weltpolitik“ erschien wieder auf der Tagesordnung. Mit Unterstützung der einflußreichsten Kreise des Finanzkapitals arbeitete Tirpitz eifrig das neue Flottenprogramm aus. Diese Kreise hatten es eilig, neue riesige Aufträge zu erhalten. Werftbesitzer, Magnaten der Schwerindustrie, Kanonenkönige, die unter der Aufsicht und allgemeinen Anleitung einiger der größten Banken handelten, hatten vorsorglich einen Ring geschaffen, um der Regierung bei der Unterbringung der Aufträge hohe Preise zu diktieren.<sup>61</sup> Tirpitz hatte es aus eigenen Erwägungen heraus ebenfalls eilig. Er war der Meinung, daß man das zweite Flottengesetz leichter werde durchbringen können (nicht später als im Herbst 1900), solange England mit dem Krieg in Südafrika beschäftigt war. Aber Hohenlohe war nicht geneigt, so rasch zu handeln. Er war der Meinung, daß man unbedingt „Ordnung im Lande schaffen“ müsse, bevor man die Durchbringung des neuen Flottengesetzes in Angriff

<sup>59</sup> Zu ihnen zählten von Jagow, von Dallwitz und andere. General Waldersee teilte ebenfalls den Standpunkt der Agrarier und empörte sich über das Verhalten des Kaisers, der sich als so eifriger Verfechter der Interessen der Ruhrmagnaten erwies. (Siehe Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 431, 435, 438.)

<sup>60</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 296.

<sup>61</sup> Bebel entlarvte diese Tatsache im Reichstag. (Siehe Reichstag, 12. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3320; siehe ferner Wolfgang Hallgarten, „Vorkriegsimperialismus“, S. 161.)

nehme. Er meinte die Liquidierung der Streikbewegung und die endgültige Regelung der Beziehungen zu den Agrariern in der Kanalffrage. Er befürchtete, daß die Regierung eine ernste Krise im Lande hervorrufen würde, wenn sie die Frage der neuen bedeutenden Erweiterung der Flottenrüstungen offen aufwerfe.<sup>62</sup>

Aber die Meinung des Reichskanzlers wurde von niemand mehr berücksichtigt. Am 18. Oktober hielt Wilhelm in Hamburg eine große Rede, in der er verkündete, daß Deutschland eine starke Flotte brauche. Zehn Tage später veröffentlichte Tirpitz einen offiziellen Artikel über die Flotte. Das war ein Versuchsballon. Die Reaktion blieb nicht aus. Schon vorher hatten die Agrarier in den Spalten ihres Leiborgans, der „Kreuzzeitung“, die „Flottenschwärmerei“ verhöhnt, die durch geheime Subsidien der Großkapitalisten gespeist wurde.<sup>63</sup> Jetzt erklärten sie offen, daß sie nicht die Absicht hätten, diese neue kostspielige Idee zu unterstützen. „Diese nicht zu unterschätzende Gegnerschaft“, so schrieb Tirpitz, „wird verstärkt durch militärische Kreise, welche in der Entwicklung der Flotte einen Schaden für die Armee erblicken.“<sup>64</sup> Auf jeden Fall war er fest entschlossen, weder vor den einen noch vor den anderen zu kapitulieren. Er schlug der Regierung vor, sich durch irgendwelche Zugeständnisse der Unterstützung des katholischen Zentrums und der liberalen Parteien aller Schattierungen zu versichern. Insbesondere empfahl er, die Regierung solle das Zentrum mit der Aufhebung des Gesetzes gegen die Jesuiten kaufen. Dieser Vorschlag fand keine Gegenliebe, aber die Regierung nahm Besprechungen mit den Führern des Zentrums auf.

Nun wurden die Konservativen unruhig. Sie wurden es, weil sie Gegner von Zugeständnissen an das Zentrum waren, vor allem aber darum, weil sie nicht wünschten, daß die Regierung ohne sie auskomme. Aber auch die Regierung wollte (und konnte) sich nicht endgültig mit den Junkern entzweien, deren Unterstützung sie brauchte, um an der Macht zu bleiben. Miquel trat als Vermittler auf. Die Regierung nahm hinter den Kulissen Besprechungen mit den Führern der Konservativen auf. Während die Regierung mit den Konservativen um die Höhe der Bezahlung für die Unterstützung des Flottengesetzes schachtelte, intrigierte Lieber unter seinen Anhängern, um sie in dieser Frage auf die Seite der Regierung zu bringen. Als er jedoch von den Umtrieben Miquels erfuhr, begriff er, daß die Regierung ein Abkommen mit den Konservativen auf Kosten des

<sup>62</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 534.

<sup>63</sup> Bebel verlas im Reichstag Auszüge aus den Artikeln der „Kreuzzeitung“, die im Juni 1899 gedruckt wurden. (Siehe Reichstag, 12. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3321.)

<sup>64</sup> Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 536.

katholischen Zentrums suchte. „Das habe ich nicht verdient“, sagte er zu Hohenlohe in einem tragischen Ton.<sup>65</sup> Er befürchtete, daß alle seine Bemühungen, sich um die Regierung verdient zu machen, und alle seine Hoffnungen auf Gegenleistungen für die Unterstützung der imperialistischen Pläne zur Erweiterung der Flottenrüstungen zunichte werden könnten.

Somit hatte sich der Kampf der Klassen und Parteien gegen Ende 1899 so verschärft, daß die Regierung auf der Suche nach Unterstützung von einem zum andern schwankte. Sie versuchte immer noch, die Kanalvorlage durch den Landtag zu bringen, stieß aber nach wie vor auf den Widerstand der Agrarier. Sie beeilte sich, die Flottenvorlage im Reichstag durchzubringen, hatte aber auch hier keine stabile Stütze. Bei der komplizierten Situation, wie sie im Lande entstanden war, konnte sie den Reichstag und den Landtag nicht zugleich auflösen. Sie versuchte das Junkertum und die Bourgeoisie auf der Basis eines offenen Kampfes gegen die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, aber im Reichstag fiel die „Zuchthausvorlage“ mit Pauken und Trompeten durch. Sie hatte einen so starken Widerstand der Arbeiterklasse hervorgerufen, daß auch die Freisinnigen, das Zentrum und sogar die Hälfte der Nationalliberalen gegen sie stimmten. Die bürgerlichen Parteien befürchteten offenbar, daß die durch den Gesetzesentwurf der Regierung hervorgerufene Unzufriedenheit die Sozialdemokratie und vor allem die Empörung unter der Arbeiterklasse verstärken würde.<sup>66</sup>

Andererseits setzten die herrschenden Klassen große Hoffnungen auf die Verstärkung des Einflusses der opportunistischen Elemente in der deutschen Sozialdemokratie. „Aufgemuntert durch den industriellen Aufschwung und die verhältnismäßig leichten wirtschaftlichen Siege, begannen die gemäßigten Elemente in der Sozialdemokratie die Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution zu verneinen... Damit untergruben die Gemäßigten die Grundlagen des wissenschaftlichen

<sup>65</sup> Ebenda, S. 546.

<sup>66</sup> Darüber sprach in recht offener Form der Führer der Nationalliberalen, Bassermann, der daran zweifelte, „ob diese Vorlage geeignet ist, den sozialdemokratischen Führern das Wasser abzugraben, ob nicht gerade dieser Gesetzesentwurf neues Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen führen wird“. Diese Vorlage sei geeignet, bei den evangelischen, katholischen und anderen nicht-sozialistischen Arbeitern Solidarität zur Sozialdemokratie auf dem Boden des Hasses und des Mißtrauens gegenüber den bestehenden Einrichtungen hervorzurufen. Eine einzige solche Vorlage trage mehr zum Zusammenschluß der radikalen Arbeiterpartei und zum Überwiegen radikaler Ansichten in ihr bei als Tausende von Broschüren und Reden von Agitatoren. (Reichstag, 19. Juni 1899, Bd. III, S. 2665.)



Sozialismus, die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie.“<sup>67</sup> Viele bürgerliche Politiker setzten auf diese opportunistische Entartung der Sozialdemokratie. Die gesamte deutsche Presse – die konservative ebenso wie die nationalliberale und die klerikale – verfolgten mit angespannter Aufmerksamkeit die Diskussion, die sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover um die revisionistischen Theorien Bernsteins entfaltete.<sup>68</sup> Die junkerliche und die bürgerliche Reaktion betrachteten ebenso wie die Regierungs- und die Militärkreise die Sozialdemokratie immer noch als eine Partei des Umsturzes der Staatsordnung. Ein so typischer Vertreter der preußischen Militärclique wie General Waldersee blieb Anhänger der härtesten Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeiterklasse, Anhänger einer gewaltsamen Liquidierung der Sozialdemokratie. Was aber die Führer der Sozialdemokratie betrifft, so sollten sie nach der Meinung Waldersees bestochen werden.<sup>69</sup> Zugleich begannen die bürgerlichen und die Regierungskreise besondere Hoffnungen auf die reformistische Strömung in der Sozialdemokratie zu setzen. Sie begriffen, daß die Frage der Einstellung der Sozialdemokratie zu der revolutionären Theorie des Marxismus die wichtigste Frage der Arbeiter- und der sozialistischen Bewegung ist und daß die Revision dieser Theorie für den allgemeinen politischen Kurs der Sozialdemokratie von überaus großer Bedeutung war. Das ist der Grund, weshalb sie den opportunistischen Theorien Bernsteins und dem Wachstum des Reformismus und Opportunismus in den Reihen der Sozialdemokratie überhaupt soviel Wohlwollen entgegenbrachten. Man habe mit Freuden beobachtet, so erklärte der Führer der nationalliberalen Bourgeoisie Bassermann, wie die Phantasien über den Zukunftsstaat in der letzten Zeit von Ideen der allmählichen und langsamen Entwicklung des bestehenden Staates abgelöst worden seien, wie die alten Losungen, ja die Grundthesen des orthodoxen Marxismus von hervorragenden Vertretern dieser Partei kritisiert worden seien. Bassermann rief dazu auf, die praktischen Folgen dieses theoretischen Streits abzuwarten.<sup>70</sup>

<sup>67</sup> J. W. Stalin, „August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter“; Werke, Bd. 2, S. 186.

<sup>68</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, S. 116 ff.

<sup>69</sup> General Waldersee verhöhnte die „Masse der sogenannten Gebildeten“, die der Meinung waren, daß sich die Sozialdemokratie zu einer Reformpartei „gemausert“ habe, und schrieb: „Ich halte die Leiter der sozialdemokratischen Bewegung für auch nicht um ein Haar besser als die Anarchisten, sie sind nur klug genug einzusehen, daß mit Gewalt zur Zeit nichts zu machen ist.“ (Waldersee, „Denkwürdigkeiten“, Bd. II, S. 419.)

<sup>70</sup> Reichstag, 20. Juni 1899, Bd. III.

Mitte Dezember erklärte die Regierung offen, sie werde dem Reichstag ein neues Gesetz vorlegen, das eine bedeutende Steigerung der Flottenrüstung vorsehe. Bülow rechtfertigte diesen Schritt durch die Notwendigkeit, „Weltpolitik“ zu betreiben. Bebel, der erst kurz vorher, im Oktober, auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Hannover den Gemäßigten, nach einem Ausspruch J. W. Stalins, „den unversöhnlichen Krieg“ angesagt hatte<sup>71</sup>, stürzte sich jetzt in den Kampf gegen die Regierung. Er hielt eine zweistündige Rede, eine der besten Reden, die er je im Reichstag gehalten hat. Er zeigte, daß an der Durchführung des neuen Flottenprogramms nicht das Volk interessiert war, sondern lediglich Krupp und achtzig andere kapitalistische Firmen, die nach Festsetzung hoher Monopolpreise mit der Regierung einig geworden waren. Er zeigte ferner, daß die Versuche, die neuen Flottenrüstungen durch die Verteidigung des Handels Deutschlands mit seinen Kolonien zu rechtfertigen, völlig unbegründet waren, weil die deutschen Kolonien unrentabel waren und die Flotte teurer zu stehen kam als jene „Interessen“, die sie angeblich verteidigen sollte. Bebel entlarvte jene, die diese „Interessen“ repräsentierten. Er zeigte, daß die „Flottenschwärmerci“ von Leuten, die dem Ring angehörten, von Leuten aus den Trusten geschaffen wurde, die alles in ihren Händen hielten und die Presse machten. Er entlarvte die verlogenen Appelle dieser Leute an den Patriotismus und warf den herrschenden Klassen zornig die Worte ins Gesicht: „Wer in so ausgezeichnete Weise von diesem Vaterland groß und dick gefüttert wird, hat allerdings das größte Interesse an diesem Vaterlande.“<sup>72</sup> Bebel wies darauf hin, daß die Verwirklichung des neuen Flottengesetzes zu einer Verstärkung der Reibungen mit England führen würde. Aber dieses Mal sprach er über England zurückhaltender und gab im Zusammenhang mit der Chamberlain-Rede zu verstehen, daß er keineswegs ein Anhänger des Bündnisses mit England sei. Er erklärte, die Sozialdemokratische Partei lehne den neuen Plan der Flottenrüstungen, der für die Kapitalisten günstig sei und dessen Lasten der Arbeiterklasse aufgebürdet werden sollen, entschieden ab.

Und in der Tat. Mit Rücksicht auf die Stimmungen breiter Massen der Arbeiterklasse begann die deutsche Sozialdemokratie dem neuen Flottengesetz aktiver entgegenzutreten. Während sich ihr Kampf gegen das erste Flottengesetz auf Parlamentsreden und Pressebeiträge beschränkte, organisierte sie jetzt, nachdem sie die Gefahr der neuen, noch bedeutenderen Vergrößerung der Flotte erkannt hatte, eine Massenprotestkampagne der Arbeiterklasse. Auf den Appell der Partei hin fanden in vielen

<sup>71</sup> J. W. Stalin, „August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter“; Werke, Bd. 2, S. 187.

<sup>72</sup> Reichstag, 12. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3320–3322.

deutschen Städten stark besuchte Versammlungen statt, in denen Reden gehalten und Resolutionen mit der Forderung gefaßt wurden, die Regierung möge auf die Pläne einer neuen Verstärkung des Kriegsflottenbaus verzichten. Selbst Bernstein, ein qualifizierter Opportunist, war gezwungen, sich vorsichtig gegen das neue Flottengesetz zu äußern. Aber seine Motive hatten keineswegs einen prinzipiell antimilitaristischen Charakter. Er war lediglich damit unzufrieden, daß die in Deutschland betriebene Propaganda zugunsten der Flotte mit ihrer Spitze gegen England gerichtet war, „gegen diejenige Seemacht, die“, wie er weiter behauptete, „in ihrer Handels- und Kolonialpolitik die liberalsten, fortschrittlichsten Prinzipien vertritt“<sup>73</sup>. Aber einige seiner Freunde aus dem Lager der offenerzigsten Opportunisten gingen auf dem Wege der Verbreitung bürgerlicher Ideen in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei noch weiter. So forderte ein gewisser Rother zur Schaffung eines deutschen Kolonialreiches die militärische Auseinandersetzung mit England und versuchte zu beweisen, daß die aggressive Kolonial- und Flottenpolitik des deutschen Imperialismus den Interessen des Sozialismus und der Arbeiterklasse entspricht.<sup>74</sup> Ähnliche Ansichten vertraten Schippel und andere Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, offene und geheime Anhänger des Tirpitzschen Flottenbauprogramms. Diese opportunistischen Elemente wurden natürlich von den bürgerlichen Politikern ausgenutzt, während sie in der Sozialdemokratischen Partei nicht auf die gebührende Abfuhr stießen.

Aber auch die Agrarier weigerten sich vorläufig, die neuen Flottengesetze von Tirpitz zu unterstützen. Roesicke, einer der Führer des Bundes der Landwirte<sup>75</sup> kritisierte die Regierung, weil sie in den Angelegenheiten der Außenpolitik Nachgiebigkeit zeige, aber dem Junkertum keine Zugeständnisse machen wolle. Er meinte dabei nicht nur die Frage des Kanalbaus, sondern auch die allgemeinen Fragen der Handels- und der Außenpolitik. Das Junkertum beobachte besorgt, so erklärte er, daß in der Außenpolitik der Regierung eine Tendenz zur Annäherung an andere Mächte auf Kosten von Zugeständnissen in Fragen der Handelspolitik zutage trete. „Wenn wir tatsächlich in der auswärtigen Politik“, so spottete er, „derartig nachgiebig sind, wie kann man dann sagen: Wir brauchen hierfür eine große

<sup>73</sup> „Sozialistische Monatshefte“, 1900, Heft V, S. 249.

<sup>74</sup> Rother erklärte, er sei für eine große Kriegsflotte zur Kriegführung gegen England und schrieb: „... gerade Deutschland würde vielleicht am ehesten durch den Gang der Entwicklung gezwungen sein, mit dem Schwerte in der Hand seine Stellung aufrechtzuerhalten. Denn von allen großen Völkern sind die Deutschen ... am schlechtesten daran. Wir brauchen ein großes Produktionsgebiet, aber wir beherrschen kein solches, wie die Engländer, Franzosen, Russen, Amerikaner.“ („Sozialistische Monatshefte“, 1899, Heft XII, S. 643.)

<sup>75</sup> Der Bruder des oben erwähnten Brauereikönigs Roesicke.

Flotte! Denn nachgeben kann man auch ohne große Flotte.“ Das war ein plumper preußischer Scherz. Im allgemeinen aber lehnte Roesicke die neuen Flottenpläne keineswegs ab, unter der Voraussetzung, daß die Regierung den Forderungen der Junkerklasse nachkomme.<sup>76</sup>

Andere Agrarier äußerten sich noch entschiedener gegen die Flotte in dem Bestreben, die Regierung zu einem Verzicht auf den Kanalbau und zur Erfüllung ihrer Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu zwingen. Die äußersten rechten Kreise erklärten, sie müßten unerhörte Leiden ertragen und zusehen, wie die deutschen Industriellen vorwärtskämen, indem sie die Preise unter anderem für landwirtschaftliche Maschinen ohne Ende steigerten.<sup>77</sup> Sie weigerten sich zu begreifen, wozu da noch diese „Weltpolitik“ notwendig sei, für die man eine so kostspielige große Kriegsflotte zu bauen beabsichtigte.

In der Budgetkommission des Reichstags mußte Bülow eigens erklären, was dieses neue Wort „Weltpolitik“ bedeutete.<sup>78</sup> Aber die Agrarier antworteten, dies alles erscheine ihnen noch nicht überzeugend genug. Nun begann Bülow die Agrarier damit zu schrecken, daß England künftig einmal Deutschland überfallen könne. Aber die Agrarier wiederholten, Deutschland sei eine Kontinentalmacht, und man solle deshalb alle vorhandenen Mittel lieber zur Stärkung der Armee verwenden.

In der Generalversammlung des Bundes der Landwirte erklärte Wangenheim, einer der einflußreichsten Vertreter der Großagrarier, daß er die Notwendigkeit von Maßnahmen einsehe, die die Interessen der Entwicklung der deutschen Industrie gegen die gefährliche Konkurrenz Englands und Amerikas schützten; er erklärte sogar die deutsche Industrie für die „jüngere Schwester der Landwirtschaft“. Aber er widersprach den Forderungen der „Flottenschwärmer“: „Niemals... darf durch die Ausdehnung unserer Seemacht unser Landheer geschwächt werden in seiner Macht und Bedeutung. Auf deutscher Erde, nicht auf oder jenseits der See liegt unsere Stärke.“<sup>79</sup> Das war ein getarnter Ausfall eines untertänigen Junkers gegen den Kaiser. In der Versammlung der Kampforganisation der Großagrarier wurden Stimmen laut, die „Weltpolitik“ sei nicht für die deutsche Landwirtschaft, sondern nur für das „internationale Kapital“ günstig. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der vorgeschlagen wurde, einen Ausweg nicht durch die Schaffung einer Flotte und nicht auf den Wegen der „Weltpolitik“ zu suchen, sondern auf den Wegen des Schutzes der

<sup>76</sup> Reichstag, 14. Dezember 1899, Bd. IV, S. 3385.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 3391.

<sup>78</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 414/415.

<sup>79</sup> Zitiert bei Jürgen Kuczynski, „Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus“, Bd. I, S. 327.

Landwirtschaft in Form von Abschaffung der bestehenden Handelsverträge und Erhöhung der Zolltarife zugunsten der Agrarier.<sup>80</sup> Anfang Februar sagte einer der Agrarier, Liebermann von Sonnenberg, bereits offen, falls die Regierung die „Unterstützung der Landwirte“ zur Durchführung des Flottengesetzes haben wolle, müsse sie neue große Zugeständnisse an die Agrarier machen. „Die Regierung“, so erklärte er, „würde geradezu mit Zaubermacht in großen Kreisen die Stimmung ändern, wenn sie erklärte, daß das Kanalprojekt, sagen wir einmal, für zwanzig Jahre von der Bildfläche verschwinden solle.“<sup>81</sup> Für nicht minder wichtig hielt er auch Zugeständnisse auf dem Gebiet des Handels und der Politik. Als Vorschuß forderte er, daß die Regierung ein Gesetz annehme, das die Einfuhr von Fleisch aus den USA erschwere. Die Regierung beschloß, dieser Forderung der Agrarier zu entsprechen. Das rief in Handelskreisen Unzufriedenheit hervor. Das wäre noch nicht so schlimm gewesen. Aber unzufrieden waren auch einflußreiche Kreise der Hanse-Exporteure und die großen Reedereien, weil sie befürchteten, daß die USA mit harten Repressalien antworten würden, die den deutschen Außenhandel und die deutsche Schifffahrt schädigen könnten. Vertreter dieser Kreise warnten Reichskanzler Hohenlohe, falls zwischen Deutschland und den USA ein Zollkrieg ausbreche, würden die amerikanischen Monopole imstande sein, der deutschen Schifffahrt empfindliche Schläge zu versetzen.<sup>82</sup> Die Regierung versprach, keinen Zollkrieg gegen die USA zu entfesseln, aber das Gesetz, das die Fleischeinfuhr nach Deutschland erschwerte, wurde verabschiedet.<sup>83</sup> Die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Freisinnigen unterstützten dieses Gesetz. Die Sozialdemokratische Partei stimmte gegen das Gesetz, da sie begriff, daß dieses für die Junker günstig war, die mit seiner Hilfe die Preise auf dem Binnenmarkt auf Kosten des Massenverbrauchers hochzutreiben versuchen würden.

Das war ein weiteres Almosen, das den Agrariern und dem Bund der Landwirte zugeworfen wurde. Der Appetit der herrschenden Klassen war bereits angeregt. Wenn die Kreise der imperialistischen Bourgeoisie die rascheste Durchführung des Gesetzes über den Bau einer großen Flotte forderten, so bestanden die Agrarkreise darauf, daß die Regierung ihre Forderungen, die eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte garantieren würden, restlos erfüllte. Einige Zeit vorher hatte einer

<sup>80</sup> Reichstag, 20. Januar 1900, Bd. IV, S. 3625.

<sup>81</sup> Reichstag, 9. Februar 1900, Bd. V, S. 4003.

<sup>82</sup> Die Vertreter der Reedereien lenkten die Aufmerksamkeit Hohenlohes darauf, daß allein die deutschen Schiffe, die die Amerikalinie befuhren, 20 Millionen Mark kosteten, die Einnahmen aber, die sie brachten, auf 76 Millionen Mark berechnet wurden.

<sup>83</sup> „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1900, S. 47.

der Führer des Bundes der Landwirte, Hahn, versucht, den Vertreter der Zentrumspartei davon zu überzeugen, daß das Zentrum den Flottengesetz-entwurf ablehnen müsse. Das war ein parlamentarisches Spiel, darauf berechnet, das Zentrum seiner vorteilhaften Position im Reichstag zu berauben. Die Konservativen wollten sich offenbar möglichst teuer machen. Indem sie für das Flottengesetz stimmten, waren sie bestrebt, ihre führende politische Rolle zu behaupten, und wollten zugleich als Gegenleistung für die Teilnahme an der „Sammlungspolitik“ von der Regierung die Befriedigung ihrer Forderungen erreichen. „Der Kanal und die Flotte zugleich, das geht über alle unsere Kräfte“, schrieb die ultrakonservative „Kreuzzeitung“. „Warum kann man die Summen, die der Kanal verschlingen würde, nicht der Flotte geben?“ So wurde der Regierung ein Ausweg aus der schwierigen Lage, in die sie geraten war, souffliert. Die Regierung war ihrerseits bereit, alles auszunutzen, was irgendwie die Annahme des neuen Tirpitzprogramms fördern konnte.<sup>84</sup>

Gerade in diesen Tagen traf eine Meldung ein, daß englische Kriegsschiffe einige der „Deutschen Ostafrika-Linie“ gehörende Schiffe<sup>85</sup> angehalten hätten, da diese der Schmuggelei zugunsten der Buren verdächtigt wurden. Für die Regierung war diese Mitteilung ein gefundenes Fressen. Bülow las diese Mitteilung dem Kaiser vor und schloß mit den Worten Shakespeares: „Kein Wind ist so schlecht, daß er nicht irgend jemand etwas Gutes brächte.“ Tirpitz fügte hinzu: „Jetzt haben wir den Wind, den wir brauchen, um unser Schiff in den Hafen zu bringen; das Flottengesetz geht jetzt durch. Euer Majestät müßten dem englischen Kommandanten noch einen Orden verleihen zum Dank für die Durchbringung des Flottengesetzes.“ Aus Freude tranken alle drei Sekt auf die englische Marine, deren Maßnahmen die Annahme des neuen deutschen Gesetzes so sehr erleichtert hatten.<sup>86</sup> Sofort wurde auf Anweisung der Regierung und auf ein direktes Signal des Kaisers selbst<sup>87</sup> in der Presse eine entsprechende

<sup>84</sup> So wurde zum Beispiel der Stapellauf des großen Dampfers „Deutschland“ auf der Vulkanwerft ausgenutzt. Aus diesem Anlaß hielt Bülow eine Rede, in der er auf das Wachsen der deutschen Industrie und des Schiffbaus hinwies und die Idee der Vergrößerung der Flotte Deutschlands propagierte. (Архив МИД, К. 17, Blatt 3, Depesche Osten-Sakens vom 19. [7.] Januar 1900, Nr. 1.)

<sup>85</sup> In den letzten Tagen des Dezembers 1899 wurde der Dampfer „Bundesrath“ und in den ersten Januartagen wurden die Dampfer „General“ und „Herzog“ angehalten.

<sup>86</sup> Johannes Zickursch, „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches“, Bd. III, S. 127.

<sup>87</sup> Wilhelm wandte sich zum Beispiel öffentlich an den König von Württemberg mit einem Telegramm, in dem er darauf hinwies, daß die „Vorgänge der letzten Tage immer weitere Kreise davon überzeugt haben, daß nicht nur Deutschlands Interessen, sondern auch Deutschlands Ehre in fernen Meeren geschützt

Kampagne für die Verstärkung der deutschen Kriegslotte gestartet. Die Schiffsreeder und die ganze ihnen hörige Presse heulten im wahrsten Sinne des Wortes auf und forderten von der Regierung „Ergreifung von Maßnahmen“<sup>88</sup>. Man setzte voraus, daß England mit seinen Maßnahmen gegen den „Schmuggel“ bestrebt sei, nicht so sehr die Buren zu schädigen als vielmehr „dem konkurrierenden deutschen Handel einen Schlag zu versetzen“<sup>89</sup>. Im Reichstag brachten die Nationalliberalen — die typischen Vertreter imperialistischer Interessen —, von allen linken bürgerlichen Fraktionen und von der Partei des Zentrums unterstützt, eine offizielle Interpellation ein. An die englische Regierung wurden Proteste gerichtet, die in schärfsten Ausdrücken abgefaßt waren.<sup>90</sup> Die englische Regierung beeilte sich, ein Blaubuch zu veröffentlichen. Die hier angeführten deutschen Dokumente machten den Eindruck einer Art Neuauflage der „Krüger-Depesche“.<sup>91</sup> In deutschen Regierungskreisen befürchtete man, daß England vielleicht die Absicht haben könnte, seine Mißerfolge im Landkrieg gegen die Buren durch einen erfolgreichen Seekrieg gegen Deutschland auszugleichen.<sup>92</sup> Als die zurückgehaltenen Dampfer endlich freikamen, wurde dies benutzt, die Kampagne für die in Vorbereitung befindliche Flottenvorlage und zugleich gegen England mit neuer Kraft zu entfachen.<sup>93</sup>

werden und daß hierzu Deutschland auch zu Wasser stark und mächtig dastehen muß“. Der russische Botschafter in London, Staal, zitierte dieses Telegramm und fügte hinzu: „Nach all den Hoffnungen, die hier die öffentliche Meinung auf die Freundschaft Deutschlands setzte, konnte diese krasse Erklärung nicht umhin, zu einer Quelle der Enttäuschung zu werden.“ (Архив МИД, II. А. 2121, Blatt 17, Depesche StaaIs, London, 16. [4.] Januar 1900, Nr. 4.)

<sup>88</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4412, Bülow an Hatzfeldt, 30. Dezember 1899; Nr. 4413, Bülow an Hatzfeldt, 31. Dezember 1899.

<sup>89</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4426, Bülow an Hatzfeldt, 6. Januar 1900.

<sup>90</sup> Den Text der beiden Noten vom 4. und 5. Januar 1900 siehe G. P., Bd. 15, Nr. 4421 und 4422.

<sup>91</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4456, Metternich an Bülow, 19. März 1900.

<sup>92</sup> G. P., Bd. 15, Nr. 4457, Bülow an Metternich, 28. März 1900.

<sup>93</sup> Am 19. Januar, nachdem die Dampfer bereits freigegeben waren, gab Bülow im Reichstag eine Erklärung in einem scharfen und fast herausforderndem Tone ab. „Es ist den stolzen Briten peinlich“, so schrieb der russische Botschafter in London, Staal, „eine solche Abfuhr zu erhalten, besonders nach der Erklärung Chamberlains über das ‚Bündnis‘ der beiden Staaten. Es ist noch peinlicher, in Betracht dessen, daß sie selbst erkennen, daß der Vorfall durch ihre eigene Ungeschicklichkeit hervorgerufen wurde. Gewiß glaubte keiner an ein Bündnis Englands mit Deutschland. Aber für England war es unter den gegenwärtigen Umständen wichtig, auf dem Kontinent die Überzeugung zu verbreiten, daß freundschaftliche Beziehungen, wenn auch nur zu Deutschland, bestehen. Die ungeschickte, unüberlegte Handlungsweise ihrer Seeleute reichte aus, um den wirklichen Charakter der Beziehungen zu zeigen, um zu zeigen, wie wenig Wert ihnen Deutschland beimißt, das sich nicht geniert, sie in Frage zu stellen, um die Agitation

So wurde die politische „Atmosphäre“ geschaffen, die notwendig war, damit der Reichstag für die riesigen Flottenbaukredite stimmen konnte.

Am 12. Juni 1900 wurde das neue Flottenprogramm endgültig verabschiedet. Die imperialistischen Kreise erhielten ein Gesetz, das eine Verdoppelung der deutschen Flotte und ihre Umwandlung in die nach England zweitstärkste Flotte der Welt vorsah. Sie erhielten von den Agrariern „freie Hand“ in ihrer Politik der wirtschaftlichen und kolonialen Expansion in weiten Räumen der „Weltpolitik“. Die Abgeordneten der National-liberalen Partei und der Reichspartei stimmten mit großer Begeisterung für den Gesetzentwurf. Auch die Konservativen unterstützten das Gesetz. Damit vertagten sie die Frage des Kanalbaus und erschlossen sich außerdem die reale Aussicht auf eine Revision der Handelsverträge und auf die ersehnten hohen Getreidezölle. Sie hatten ihre soziale und politische Herrschaft im Staat behauptet und sogar gefestigt. Unter dem Druck der Forderungen der katholischen Arbeiter, der kleinbürgerlichen und der bayrisch-partikularistischen Elemente stimmte die Zentrumspartei gegen den Gesetzentwurf. Ihre Führer aber, die diesmal keine Zugeständnisse bekommen hatten, waren bestrebt, ihre parlamentarische Hegemonie zu behaupten, indem sie zwischen den Parteien des junkerlich-bürgerlichen Blocks und der Arbeiterklasse manövierten.

Die katholische Zentrumspartei rechnete weiterhin auf den Erfolg, um so mehr, als der eine ihrer Flügel mit den Kreisen der Schwerindustrie Westdeutschlands verbunden war, während der andere, der großbäuerliche Flügel die Partei in den Fragen der Wirtschafts- und Handelspolitik zu einem potentiellen Verbündeten der Konservativen Partei machte. „Die Regierung ist gezwungen, sich auf das Zentrum zu stützen“, schrieb Osten-Saken im Herbst 1900. „Schon heute erklären sich die Führer dieser Partei gegen die Erneuerung der Handelsverträge. Sie sind davon überzeugt, daß, falls die Regierung es für notwendig befindet, die gegenwärtige Finanzpolitik weiter zu betreiben, die Entscheidung in ihren Händen liegen wird. Sie erinnern schon jetzt an ihre Bedeutung... und laden die Regierung gleichsam ein, sich ihrer Stimmen in der Zukunft zu versichern, aber um welchen Preis?“<sup>94</sup> Zugleich schloß sich das Zentrum stets dem Block aller Parteien der herrschenden Klassen (von der äußersten rechten Konservativen bis zur Freisinnigen Vereinigung einschließlich) an, wenn die Regierung die Frage der Vergrößerung der Stammkader der Armee

zugunsten der Annahme eines Gesetzes über die Vergrößerung der Flotte zu unterstützen.“ (Архив МИД, П. А. 2121, Blatt 39, Depesche Staals, London, 31. [19.] Januar 1900, Nr. 9.)

<sup>94</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 159, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 28. (15.) September 1900, Nr. 53.



und der Verstärkung der Artillerie aufwarf, kurzum, wenn es galt, das militaristische System zu festigen.

Die Sozialdemokratische Partei stimmte entschieden gegen die Flottengesetze. Aber in ihren Reihen trat bereits damals die Strömung zutage, die die Idee der völligen Übereinstimmung der Interessen der Arbeiterklasse mit denen der Bourgeoisie verteidigte. Diese Zersetzer des proletarischen Bewußtseins begannen schon damals mit der offenen Verteidigung des Militarismus, des Flottenbaus sowie der kolonialen Eroberungen und der imperialistischen Politik im allgemeinen aufzutreten.<sup>95</sup>

Der deutsche Imperialismus war an der Entwicklung des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung interessiert. Indem er die Arbeiteraristokratie schuf, war er bestrebt, ihr Bewußtsein durch seine eigenen nationalistischen Ideen zu vergiften. Das Anwachsen der opportunistischen Strömungen in der Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Bewegung um die Jahrhundertwende blieb nicht unbemerkt. Osten-Saken, der die sich in Deutschland abspielenden politischen Ereignisse oftmals mit den Augen der ihm geistig verwandten deutschen Agrarier betrachtete, teilte nach Petersburg mit: „In den letzten zwei, drei Jahren machte der Charakter der Sozialdemokratischen Partei ... eine wesentliche Veränderung durch und büßte seine scharfe Schattierung und internationale Prägung ein. Gegenwärtig hat sich diese Partei endgültig in eine radikale Arbeiterpartei verwandelt und schließt sich recht nahe an die Freisinnigen der Richterschen Richtung an.“<sup>96</sup>

So waren die herrschenden Klassen mit Hilfe der Reformisten in den Reihen der Sozialdemokratie bestrebt, ihre Positionen im Lande zu festi-

<sup>95</sup> Zu dieser Frage schrieb ein Organ, das die Ansichten der offen opportunistischen und revisionistischen Elemente der Sozialdemokratie widerspiegelte: „Daß Deutschland ... in voller Rüstung dasteht, gewappnet bis an die Zähne, daß es über das wichtigste Instrument jenes zukünftigen großen Handelskrieges, eine starke Flotte, verfügen kann, das ist auch für die deutsche Arbeiterklasse von eminentester Wichtigkeit ... Was die Exportindustrie trifft, trifft auch sie“ (die Arbeiterklasse. A. J.), „und sie hat das dringendste Interesse, selbst mit Waffengewalt das weitere Prosperieren des Außenhandels und der Exportindustrie sicherzustellen. Und gerade Deutschland würde vielleicht am ehesten durch den Gang der Entwicklung gezwungen sein, mit dem Schwerte in der Hand seine Stellung aufrechtzuerhalten ... Den Markt beherrscht nur *der* gesichert, der ihn unter dem Schutz seiner Kanonen weiß; und wenn eines Tages ... im Kampfe um die Märkte ... Völker dazu schreiten, den Markt der von ihnen besetzten Länderstriche ausschließlich für sich und ihre eigenen Industrien zu reservieren, dann hieße es für die deutsche Exportindustrie und damit für die deutsche Arbeiterklasse: Gehe zugrunde oder erzwingen dir den Eingang mit der Waffe in der Hand!“ („Sozialistische Monatshefte“, Dezember 1899.)

<sup>96</sup> Архив МИД, К. 17, Blatt 159, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 28. (15.) September 1900, Nr. 53.

gen und ihren ständig wachsenden Appetit sowohl in den Fragen der Handelspolitik als auch in den Fragen der Kolonialpolitik und der imperialistischen Expansion im allgemeinen zu befriedigen. Für die „Sammelpolitik“ des Finanzkapitals und des Junkertums mußte das deutsche Volk, in erster Linie die Arbeiterklasse, bezahlen. Das war die Politik der Verstärkung der sozialen Reaktion, der Verstärkung des Militarismus, während der Kurs auf die Schaffung einer großen Flotte auch die Verstärkung der imperialistischen Expansion sowohl in Europa als auch außerhalb seiner Grenzen bedeutete.

## 4

Der alte Streit der Bismarckschen Zeiten – ob Deutschland „Kontinental“- oder „Kolonial“-<sup>97</sup> Politik betreiben sollte – lag weit zurück. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts war diese Frage bereits entschieden. Wenn der Alldeutsche Verband sie wieder aufwarf („Europäische Politik oder Weltpolitik?“), so erblickte er darin keine Alternative mehr. Seine Antwort lautete: „Nur wenn wir stark zur See sind, werden es uns übelwollende seemächtige Staaten gestatten, einen mitteleuropäischen Wirtschaftsbund zu begründen... Und nur wenn wir uns auf eine breite mitteleuropäische Grundlage stellen, können wir in fremden Erdteilen die Weltstellung gewinnen und festhalten.“<sup>98</sup> Das war in der allgemeinsten Form ausgedrückt das Programm des Kampfes des deutschen Imperialismus um die Herrschaft in Europa und in der ganzen Welt. Der Alldeutsche Verband war keine Massenorganisation, aber er war alles andere als eine Gemeinschaft politischer Sonderlinge, Phantasten und Dilettanten. Er wurde von den prominentesten Vertretern und recht einflußreichen Politikern des Finanzkapitals, des Junkertums und der Militärelite geleitet und finanziell unterstützt, während sein Eroberungsprogramm gleichsam die Hauptziele der aggressivsten Kreise des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus in sich aufnahm. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts wuchs sein Einfluß beträchtlich, und ein Zeitgenosse konnte feststellen, daß der „Alldeutsche Verband, der die erfolgreiche Vorbereitung des Bodens für die Annahme des neuen Flottengesetzes durch den Reichstag förderte, sich die Billigung der herrschenden Kreise verdiente“<sup>99</sup>. Die nationale Demagogie, mit einer starken Dosis teutonischen Rassenwahns gewürzt, war lediglich ein Mittel seiner Propaganda; das Ziel war die politische und

<sup>97</sup> Siehe zum Beispiel Friedrich Fabri, „Bedarf Deutschland der Kolonien?“, Gotha 1884.

<sup>98</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 11. Juni 1899, Nr. 24.

<sup>99</sup> «Красный архив», Bd. XCII, S. 218, Depesche Osten-Sakens, Berlin, 4. Januar 1901 (22. Dezember 1900), Nr. 70, Bericht van der Fleets.

ideologische Vorbereitung der Durchführung seines umfassenden Annexionsprogramms „Mitteleuropas“ und der „Weltpolitik“.

Da die alldeutschen Imperialisten noch nicht wagten, ihre Pläne der Aufteilung Österreich-Ungarns und der Annexion seiner Länder laut zu verkünden, sprachen sie von der wirtschaftlichen Einbeziehung Österreichs in das deutsche Zollsystem. Sie trugen sich mit Plänen, Belgien, Holland, Luxemburg sowie Rumänien und andere Balkanstaaten in dieses Wirtschaftssystem einzubeziehen. Natürlich war dies lediglich eine Vorbereitung zur territorialen Annexion einiger dieser Länder und zur politischen Hegemonie über die anderen. Auf diese Weise strebte der deutsche Imperialismus, der zum Unterschied vom englischen oder französischen Imperialismus kein reiches Kolonialreich besaß, danach, über Triest unmittelbar an die Schätze des Mittelmeerraumes und über Rumänien an das Schwarze Meer vorzudringen. Über die Balkanländer führte der Weg nach der Türkei, wo sich vor allem im Zusammenhang mit der Konzession für die Bagdadbahn weite Aussichten auf die Expansion des deutschen Imperialismus an die Küste des Persischen Golfes und an die Grenzen Indiens erschlossen. Die deutsche Diplomatie rechnete darauf, auf diesem Wege die Gegensätze zwischen England und Rußland auszuspielen, aber kaum hatte der deutsche Imperialismus diesen Weg eingeschlagen, als sich die ersten Anzeichen seiner eigenen wachsenden Gegensätze zu jeder dieser Mächte, vor allem zu England, bemerkbar machten. Die imperialistische Politik „Drang nach Osten“ bedeutete die Verschärfung des Kampfes um den deutschen Einfluß am Bosphorus. Die deutsche Diplomatie behauptete, sie sei bestrebt, dort lediglich wirtschaftliche Interessen zu sichern, eine größere Rolle hierbei aber spielten politische und strategische Interessen. Der Alldeutsche Verband war offener. Sein Projekt zum Bau einer Brücke über den Bosphorus, die von Krupp mit drehbaren Geschütztürmen ausgestattet werden sollte<sup>100</sup>, hatte für die Einschätzung seiner „Mitteleuropa“-pläne und für den Drang nach Osten eine fast symbolische Bedeutung.

Aber damit erschöpften sich seine Annexionspläne nicht. Die alldeutschen Kreise propagierten in starkem Maße auch Pläne zur Expansion nach dem Osten Europas. Sie forderten laut eine verstärkte Germanisierung nicht nur der im Verband des Deutschen Reiches befindlichen polnischen Länder, sondern auch der slawischen und der ungarischen Länder, die dem Verband des Habsburger Reiches angehörten. Zu gleicher Zeit begannen sie, erhöhtes Interesse für die Eroberung nicht nur der polnischen Provin-

<sup>100</sup> Sigmund Schneider, „Die deutsche Bagdadbahn und die projektierte Überbrückung des Bosphorus in ihrer Bedeutung für Weltwirtschaft und Weltverkehr“, Wien-Leipzig 1900

zen Rußlands zu zeigen, sondern auch der baltischen und ukrainischen Länder, die dem Verband Rußlands angehörten. Bereits 1889 schrieb der nicht unbekannte deutsche Philosoph E. Hartmann, der sich Träumen über die Zukunft der deutschen Politik hingab: „Finnland wäre an Schweden, Bessarabien an Rumänien zu geben. Estland, Livland, Kurland und die Gouvernements Kowno und Wilna wären zu einem selbständigen Baltischen Königreich zu vereinigen und das Stromgebiet des Dnjepr und Pruth als Königreich Kiew zu konstituieren. Schweden und das Baltische Königreich erhielten von Deutschland, Rumänien und das Königreich Kiew von Österreich die Garantie ihres Besitzstandes gegen Rußland und träten in ein Schutz- und Trutzbündnis mit den betreffenden Mächten, durch welches ihre militärischen Kräfte deren Führung im Kriege unterstellt würden.“ Später nahmen diese Träume die Form bestimmter politischer Anschauungen gewisser Kreise des Junkertums an, die auf Eroberung neuer Länder im Osten aus waren, gewisser Kreise der imperialistischen Bourgeoisie, die Rußland oder große Teile desselben in ein koloniales Anhängsel Deutschlands verwandeln wollten, sowie gewisser Militärkreise, die ihre Annexionspläne durch strategische Motive zu tarnen versuchten. Die Brut- und Pflanzstätte derartiger politischer Pläne war der Alldeutsche Verband. So umriß zum Beispiel der sich hinter dem Pseudonym „Alldeutscher“ verbergende Verfasser des Buches, das im Jahre 1895 unter dem vielsagenden Titel „Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950“ herausgegeben wurde, eine weitgehende Perspektive auf „Vereinigung“ aller in Österreich, in der Schweiz, in Ungarn und sogar an der Wolga und in Nordamerika lebenden Deutschen unter der Ägide des Deutschen Reiches, das auf Kosten einer Reihe europäischer Staaten erweitert werden sollte. Der „Alldeutsche“ schrieb ferner, der unvermeidliche Krieg zwischen Deutschland und Rußland werde die Sache der Vereinigung krönen. Wenn er günstig ende, dann werde sich Deutschland die baltischen Gouvernements, Estland, Livland und Kurland, eingliedern sowie einen Polnischen Staat und ein Königreich der Ruthenen (der Ukrainer) schaffen. Diesen Marionettenstaaten hatte der „Alldeutsche“ bereits damals die besondere Rolle zugewiesen, „Juden und Slawen aufzunehmen“, die aus dem Territorium „Großdeutschlands“ zwangsweise deportiert werden sollten.<sup>101</sup> So entfaltete sich das Annexionsprogramm der alldeutschen Imperialisten in bezug auf Rußland.

<sup>101</sup> „Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950“. Von einem Alldeutschen, S. 37–40; siehe Akademiemitglied Ф. А. Ротштейн, «Из истории прусско-германской империи», S. 217–220. (Vgl. Eduard von Hartmann, „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik und die gegenwärtige Weltlage“, Leipzig o. J., S. 322. *Die Red.*)

Andererseits wurde der alte junkerliche Haß gegen Frankreich durch die imperialistischen Bestrebungen verstärkt, es aufzuteilen und seine Industriedepartements sowie seinen Kolonialbesitz in Afrika an sich zu reißen. Die deutschen Imperialisten träumten davon, Frankreich zu „zähmen“, zu entmachten, und waren bereit, wenn sie sich des Löwenanteils bemächtigt hätten, Dünkirchen dem hörigen Belgien sowie Nizza, Savoyen und Korsika den von ihnen verachteten Italienern zu überlassen. Aber für ihren meistgehaßten Hauptfeind hielten sie England. Sie waren aktive Anhänger der Schaffung einer mächtigen Flotte, in der sie eine Waffe des Kampfes gegen das Kolonialmonopol der „Beherrscherin der Meere“ erblickten. Überall, sowohl in Europa als auch in den außereuropäischen Ländern, waren sie bestrebt, Stützpunkte der deutschen Expansion zu schaffen. Durch unlösbare Klassenbindungen und politische Fäden mit den herrschenden Kreisen verknüpft, pflegte der Alldeutsche Verband in seiner praktischen Tätigkeit mit ihnen Hand in Hand auf dem Wege aggressiver Maßnahmen zu gehen. Er trat stets mit viel Lärm auf, eilte oft voraus und war stets bemüht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Deshalb war die Regierung und insbesondere das Auswärtige Amt aus taktischen Erwägungen bestrebt, ihre Beteiligung an der Propaganda des Alldeutschen Verbandes für derart umfangreiche Eroberungspläne des deutschen Imperialismus nicht zu betonen und zuweilen sogar abzustreiten.

Diese Pläne wuchsen in allen Richtungen, und als die Welt bereits aufgeteilt war, brachte jeder Schritt auf dem Wege zu ihrer Verwirklichung die Gefahr der Reibungen und Zusammenstöße mit anderen imperialistischen Mächten. An diesem Wendepunkt der Weltgeschichte, als der Kapitalismus bereits endgültig in das letzte, imperialistische Stadium seiner Entwicklung trat, begann sich das Kräfteverhältnis zwischen den Hauptmächten in der Weltarena zu verschieben. Auch das Kräfteverhältnis in den bereits entstandenen militärisch-politischen Gruppierungen dieser Mächte änderte sich. Durch die militärischen Mißerfolge Italiens in seinem Kolonialkrieg gegen Abessinien ebenso gereizt wie durch das Wachstum der nationalen Bewegung der slawischen Völker in Österreich-Ungarn, behaupteten die alldeutschen Imperialisten, daß Deutschland bei künftigen Zusammenstößen nicht auf den Dreibund, sondern nur auf die eigene Kraft rechnen dürfe. „Was hilft alles Versteckenspielen?“ erklärten sie... „Der einzige Bundesgenosse, den Deutschland hat, ist seine eigene Tüchtigkeit!... Darum heißt es:... Deutschland halte dein Pulver trocken!“<sup>102</sup> Das wurde gesagt, um die Bundesgenossen einzuschüchtern und die Stärke des „Furor teutonicus“ einmal mehr zu demonstrieren. Aber die Tendenz

---

<sup>102</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 11. Dezember 1898, Nr. 50.

war derart, daß sich vor Deutschland bereits die Aussicht auf eine international-politische Isolierung abzeichnete.

Die deutsche Diplomatie begriff das noch nicht. Durch die Erfolge ihrer Politik der „freien Hand“ berauscht, blickte sie optimistisch in die Zukunft, überzeugt davon, daß andere Mächte, durch die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze zerrissen, sie brauchen würden und daß sie diese Umstände im eigenen Interesse werde ausnutzen können. In einer Rede vor dem Reichstag erklärte Bülow am 12. Dezember 1899, daß die Außenpolitik Deutschlands auf den festen Grundlagen des Dreibunds und der Freundschaft mit Rußland beruhe. So antwortete er auf den Appell Chamberlains, ein englisch-deutsches Bündnis abzuschließen. Die Versuche einer Annäherung an England waren lediglich ein diplomatisches Manöver, darauf berechnet, von England koloniale Zugeständnisse zu erpressen und die eigenen Positionen für den weiteren Kampf gegen England zu verbessern. Diese Manöver konnten auch weiterhin andauern, aber da der deutsche Imperialismus den Weg der „Weltpolitik“ eingeschlagen hatte, konnte eine reale und dauernde Annäherung an seinen neuen Konkurrenten und Rivalen, England, nicht zustande kommen. Zwischen den Interessen des deutschen Imperialismus und den Interessen des englischen Imperialismus tat sich eine immer breiter werdende Kluft ihrer wirtschaftlichen, politischen und später auch der Flottenrivalität auf. Diplomatische Brücken konnten diese Kluft nicht schließen, um so weniger, als auch sie mit Zielen geschlagen wurden, die zu den Zielen der Gegenpartei in Gegensatz traten.

In noch geringerem Maße war irgendeine dauernde Annäherung an Frankreich möglich. Mehr noch, sie war von vornherein ausgeschlossen. Als Preußen-Deutschland im Augenblick seiner Einigung Elsaß und Lothringen eroberte, stieß es Frankreich mit eigenen Händen in das Lager seiner Feinde. Später, mit dem Wachstum des deutschen Imperialismus, verstärkten sich unter den herrschenden Klassen die Eroberungsgelüste, die bereits zu den Zeiten Bismarcks von den Industriepartements Ost- und Nordfrankreichs geweckt wurden. Zu jener Zeit waren die Gegensätze zwischen den beiden Staaten noch nicht durch ihre Rivalität in der Sphäre der Kolonialpolitik kompliziert — diese Rivalität entfaltete sich erst so richtig zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die von Delcassé stammenden Projekte, Elsaß-Lothringen gegen ein großes Kolonialgebiet in Afrika einzutauschen, erwiesen sich als eine Schimäre.<sup>103</sup> Sosehr auch die deutschen Imperialisten nach „fetten Bissen“ gierten, konnten sie Elsaß-Lothringen nicht

<sup>103</sup> Im Februar 1899 sondierte Delcassé in dieser Frage in Berlin durch Vermittlung eines großen Straßburger Schiffseigners Rey. (Siehe Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten“, S. 483/484.)

an Frankreich zurückgeben, ohne die militaristische Grundlage des junkerlichen preußisch-deutschen Staates zu untergraben. Die herrschenden Klassen in Deutschland brauchten, so kann man sagen, den französischen Revanchegeist, er war für sie die historische und politische Rechtfertigung einer ständigen Verstärkung der Armee, der Hauptstütze des halbabsolutistischen Regimes und der Junkerherrschaft im verpreußten Deutschland. Die Versuche einer Annäherung an Frankreich konnten lediglich taktische Schritte sein, um dieses oder jenes finanzwirtschaftliche oder diplomatische Ziel zu erreichen. Frankreich konnte aber trotz aller damals bestehenden Gegensätze zu England kein Partner und noch weniger eine Stütze des deutschen Imperialismus in seinem bevorstehenden Kampf gegen England sein. Um so mehr mußte man darauf bauen, daß es gelingen würde, Frankreich aus seinem Bündnis mit Rußland herauszulösen. Insbesondere hatte man damals vor, die Nahostfrage auszunutzen, um das französisch-russische Bündnis wenigstens etwas zu schwächen. Viel mehr Hoffnungen wurden in dieser Hinsicht auf Rußland gesetzt, genauer gesagt, auf seinen Zusammenstoß mit England.

In der Annahme, daß Rußland der Hauptrivale Englands sei, hatte die deutsche Diplomatie zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen eine Annäherung an dieses gesucht. Eine dauernde und enge Annäherung an Rußland gab es nicht und konnte es auch nicht geben, da gewisse Interessen des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus in dieser Frage in Gegensatz zu anderen Interessen traten. Das zaristische Rußland, mit seiner schwach entwickelten Industrie, mit seinen riesigen und fast ungenutzten Rohstoffquellen, erschien der deutschen Bourgeoisie als ein Riesennmarkt für ihre Waren, als eine Rohstoffquelle und eine große Sphäre für die Anlage ihres Kapitals. Auf diesem Markt mußte sie, wie auf jedem anderen, von ihr nicht monopolisierten Markt, gegen starke Konkurrenten, in diesem Fall gegen das französische sowie gegen das englische und belgische Kapital, kämpfen. Aber gewisse Positionen waren bereits erkämpft, zum Teil dank dem politischen Einfluß der Deutschen und ihrer Agenten aus den Reihen der baltischen Barone am Zarenhof, zum Teil dank den alten Beziehungen zur Petersburger Finanzwelt und Bürokratie. Die Aufrechterhaltung guter politischer Beziehungen konnte dem deutschen Finanzkapital bei seinem Eindringen in den russischen Markt nur nützlich sein.

Aber diese Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie stießen auf egoistische Interessen des Junkertums, das jeden Anlaß benutzte, um den bestehenden Handelsvertrag mit Rußland zu sprengen und dem russischen landwirtschaftlichen Export nach Möglichkeit den Zutritt zum deutschen Markt zu versperren. Die Frage des weiteren Schicksals dieses Vertrages verwandelte sich in einen der Hauptfaktoren des politischen und Partei-

kampfes zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem Junkertum sowie zu einem der Faktoren, die die politischen Beziehungen zu Rußland bestimmten. Aber auch andere, rein politische Erwägungen zwangen damals die deutsche Bourgeoisie, die Aufrechterhaltung naher Beziehungen zu Rußland anzustreben. Nur ein geringer Teil der Bourgeoisie aus dem Lager der Freisinnigen blickte auch weiterhin auf England als auf das Bollwerk seiner gestützten konstitutionellen Hoffnungen. Der erdrückende Teil der deutschen Bourgeoisie, die nie, nicht einmal in der Periode ihrer frühesten Jugend, republikanische Passionen gekannt hatte, stellte ein Bollwerk der Monarchie dar und erblickte im russischen Zarismus das Bollwerk des bestehenden reaktionären Regimes im eigenen Lande. Auch darin verflochten sich ihre Interessen mit den Interessen des preußischen Junkertums, das in den alten Traditionen und politischen Sympathien zum russischen Zarentum erzogen war. Hierhinein flochten sich auch die dynastischen Interessen der Hohenzollern. Wilhelm hielt es für angängig, seinem „teuren Cousin Nicky“ etwas gönnerhaft und fast schulmeisterlich entgegenzutreten, er konnte dessen geistige Beschränktheit in dem gleichen Maße überschätzen, wie er seine eigene Borniertheit unterschätzte. Aber die Hohenzollern erblickten in der Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu den Romanows stets eine der unerläßlichen Waffen im Kampfe gegen die Revolution sowie gegen die nationale Bewegung in Polen. In der Unterdrückung dieser Bewegung erblickte das Junkertum eine der Grundlagen seiner Herrschaft in Preußen und in Deutschland. Konservative Agrarierkreise waren stets beunruhigt, wenn sie sahen, daß die Regierung einigen Kreisen des Finanzkapitals zuliebe zu einer Annäherung an England bereit war. Sie befürchteten, daß die Beziehungen zu Rußland auf diese Weise den Vorteilen der kolonialimperialistischen Politik geopfert werden könnten. Indessen verstärkten sich in der Politik des deutschen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus aggressive Tendenzen mit dem Ziel, einige Gebiete Rußlands zu erobern, sowie die Tendenz, Rußland in ein halbkoloniales Anhängsel Mitteleuropas zu verwandeln.

So schrieb einer der angesehenen Publizisten, die die Ansichten und die politischen Wünsche der alldeutschen Imperialisten widerspiegeln, Karl Jentsch, gegen Ende der neunziger Jahre: „Kolonien in Kleinasien und Syrien erwerben, mit der heimlichen Absicht, nach Norden umzuschwenken, um das Zarenreich von innen her zu zersetzen oder es durch einen Krieg zu zerschlagen; die gewaltsam vom deutschen Volkskörper losgerissenen deutschen Provinzen Österreichs mit uns zu vereinigen und dem deutschen Volk auf diese Weise die Herrschaft über ganz Mittel- und Osteuropa zu gewährleisten und ein großes Gebiet zu schaffen, das heute Wüste, aber für die kulturelle Erschließung, für die Nutzung durch unser



Volk und zur Zivilisierung seiner halb barbarischen Bewohner in höchstem Maße geeignet ist — das ist eine große herrliche und lohnende Arbeit.“<sup>104</sup>

Die offizielle deutsche Diplomatie rückte diese Raubforderungen der alldeutschen Imperialisten einstweilen noch nicht in den Vordergrund, aber sie mußte das Vorhandensein derartiger Tendenzen in manchen Kreisen des Junkertums und des Finanzkapitals berücksichtigen. Das Aufkommen dieser Tendenzen stellte keineswegs eine dauernde Annäherung zwischen Deutschland und Rußland in Aussicht.

Aber es gab noch eine andere Seite der russisch-deutschen Beziehungen. Bismarck konnte den Abschluß des französisch-russischen Bündnisses, das das Ergebnis der Schaffung des Dreibunds unter der Ägide Deutschlands darstellte, nicht verhindern. Später war es der deutschen Diplomatie trotz aller ihrer Versuche nicht gelungen, das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zu sprengen. Dieses Bündnis bestand weiter, und Schlieffen, der Chef des Generalstabs, nahm die Ausarbeitung neuer Pläne für einen Zweifrontenkrieg in Angriff. Gleichzeitig war die deutsche Diplomatie bestrebt, die Aufgabe der Strategie zu erleichtern, indem sie dieses französisch-russische Bündnis zu schwächen trachtete. In den herrschenden Klassen Deutschlands hegte man keine Hoffnungen auf die Vernichtung des französischen Revanchegeistes, ja, man wünschte es nicht einmal richtig. Dagegen bestanden immer noch Hoffnungen, daß es gelingen werde, Frankreich zu isolieren, wenn die politischen oder militärischen Anstrengungen Rußlands in eine andere Richtung gelenkt würden. Früher waren diese Hoffnungen mit der Politik im Nahen Osten verknüpft.

Ohne damals unmittelbare politische und strategische Interessen im Ottomanischen Reich zu besitzen, unterstützte die deutsche Diplomatie gern die russische Politik im Nahen Osten, soweit man diese dadurch zu einem Zusammenstoß mit England führen konnte. Es wäre ein voller Bankrott ihrer Pläne gewesen, wenn Rußland und England ein Abkommen in Fragen des Nahen Ostens erreicht hätten. Die Welt mit den Augen des selbstzufriedenen preußischen Junkertums der damaligen Zeit, als es in ganz Deutschland die leitende Rolle zu spielen begann, betrachtend, glaubte die deutsche Diplomatie nicht an die Möglichkeit eines solchen Abkommens. Selbst an der Schwelle des 20. Jahrhunderts begriff sie nicht, daß das Anwachsen des deutschen Imperialismus, dessen Interessen sie wahrnahm, an und für sich schon diese Möglichkeit schuf. In weit höherem Maße befürchtete sie ein Separatabkommen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn, das sie für möglich hielt, wenn in der Politik der Doppelmonarchie der Block der Klerikalen und der slawischen Elemente siegte.

<sup>104</sup> Siche Akademiciemitglied Ф. А. Ротштейн, «Из истории прусско-германской империи», S. 220.

Das wäre ein Fiasko sowohl der alten „kleindeutschen“ Traditionen des preußischen Junkertums wie auch der neuen alldeutschen Bestrebungen des deutschen Imperialismus gewesen. Im April 1899 hielt es Holstein für angebracht, Österreich-Ungarn zu drohen, daß, falls es den antislawischen Kurs in seinen inneren Angelegenheiten nicht verstärke und etwa versuche, selbständig die Annäherung an Rußland zu suchen, die Hohenzollern sich rasch mit den Romanows verständigen und mit diesen den Besitz der Habsburger einfach teilen könnten.

Aber das war nur eine Drohung. Ihr realer Aspekt brachte das Bestreben des deutschen Imperialismus zum Ausdruck, durch alldeutsche Losungen getarnt, österreichische Länder bis zum Adriatischen Meer zu annektieren und die übrigen in ihr „Mitteleuropa“ einzubeziehen. Realer und praktisch leichter durchführbar war das Bestreben, Österreich-Ungarn als militärisch-politischen Bundesgenossen und als Sphäre der wirtschaftlichen Expansion des deutschen Imperialismus auszunutzen. Unmittelbar gegen Ende des 19. Jahrhunderts, man kann sagen im letzten Augenblick, stellte sich der deutsche Imperialismus die Aufgabe, seinen Einfluß in der Doppelmonarchie zu festigen, um so mehr, als diese zu einem notwendigen Bindeglied für seine aktive Politik im Nahen Osten wurde. Und hier tauchten, von den ersten Schritten dieser Politik an, Symptome der Gegensätze zu Rußland auf. Das waren neue Gegensätze, und zwar nicht so sehr wirtschaftlicher, als vielmehr politischer und strategischer Art. In früheren Zeiten spürte Deutschland den Einfluß der Gegensätze, der Reibungen und der Rivalität, die im Nahen Osten zwischen Rußland und Österreich bestanden. Als aber die großen imperialistischen Mächte in die Weltarena traten, begann die österreichisch-russische Rivalität einen noch bescheideneren Platz einzunehmen als den, den sie bisher eingenommen hatte.

Seit der Zeit, da im Nahen Osten die selbständigen Interessen des deutschen Imperialismus zu wachsen begannen, traten seine Antagonismen gegen England und Rußland auch auf diesem Schauplatz zutage. Unter diesen Umständen erblickte die deutsche Diplomatie ihre Aufgabe darin, die Gegensätze zwischen England und Rußland auf dem Boden der Nahostangelegenheiten auszunutzen und das eine gegen das andere im eigenen Interesse auszuspielen. Eine ähnliche Politik beabsichtigte sie auch im Fernen Osten zu betreiben, wo der Zusammenstoß zwischen Rußland und England für sie noch günstiger gewesen wäre, weil dies die Aufmerksamkeit der beiden Rivalen von den europäischen und Nahostangelegenheiten abgelenkt und die Bande des zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Militärbündnisses geschwächt hätte. Aber auch im Fernen Osten waren in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts bereits selbständige Interessen des deutschen Imperialismus aufgetaucht.

Auf diese Weise konnten die herrschenden Klassen Deutschlands ihre wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zu Rußland ebenso wenig beseitigen wie ihre wachsenden Gegensätze zu England. Das beruhte auf der Klassenstruktur Deutschlands, wo das an der Macht befindliche Junkertum auf dem Gebiet der Außenpolitik die Interessen des Finanzkapitals wahrnahm. Als man Bülow auf den Posten des Reichskanzlers an Stelle des alten und bereits völlig ohnmächtigen Hohenlohe vorschlug, hielt er es für notwendig, als „Agrarkanzler“ aufzutreten. Anders hätte er den Sieg über den gefährlichsten seiner Rivalen, Herbert Bismarck, den die Agrarier als „ihren“ Kanzler vorschlugen, nicht davontragen können. Er erblickte deshalb seine Hauptaufgabe darin, durch die Handelsvertragspolitik die Klasseninteressen der Agrarier zu befriedigen und gleichzeitig dem Finanzkapital „freie Hand“ in seiner Politik der imperialistischen Expansion zu lassen. So versicherte Bülow seinem Kaiser, daß er, wie er bestimmt hoffe, „auch bei stärkerem Schutz der Landwirtschaft gute Handelsverträge mit Rußland, Österreich, Italien, Rumänien, der Schweiz zustande bringen würde. Wir müßten den Weg zwischen den beiden Leuchttürmen finden: wirksamer Schutz für die Landwirtschaft auf der einen, Handelsverträge, mit denen sich unsere Industrie gedeihlich entwickeln könne, auf der anderen Seite.“<sup>105</sup> Eine solche Doppelorientierung in der Innenpolitik mußte unvermeidlich ihre Fortsetzung auch auf dem Gebiet der Außenpolitik haben. „Also ähnlich wie in der auswärtigen Politik“, bemerkte Wilhelm, „wo wir auch zwischen England und Rußland unseren Weg finden sollen.“ In diesen Worten kam, wenn auch in der elementarsten Form, die Bülowsche Politik der „freien Hand“ zum Ausdruck.

Die deutsche Diplomatie, die sich von alten preußischen Traditionen nährte, war davon überzeugt, daß sie bei Durchführung der Politik der „freien Hand“ zwischen Rußland und England noch lange die Möglichkeit der letzten Wahl haben werde. Und sie war der Meinung, daß diese Politik der Ausnutzung von Gegensätzen ihr nicht nur gestatten werde, die „gefährliche Zone“ der Verstärkung der Flottenrüstungen zu durchlaufen, sondern ihr auch die Möglichkeit bieten werde, starke Positionen für den künftigen Kampf um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Die Politik der „freien Hand“ kam ihr sehr geschickt und vielversprechend vor. In Wirklichkeit führte diese Politik zur Isolierung Deutschlands. Dieser Politik lag nicht die freie Wahl der deutschen Diplomatie, sondern die Natur des in Deutschland entstandenen junkerlich-bürgerlichen Imperialismus, lagen die widerspruchsvollen Interessen des zwischen dem Finanzkapital und dem Junkertum entstandenen Blocks zugrunde.

<sup>105</sup> Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 383.

Der deutsche Imperialismus trat in das 20. Jahrhundert mit einem „ganz kleinen Gebiet und wenig Kolonien“<sup>106</sup> ein, vor allem im Vergleich zu England und Frankreich. Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1900 bis 1903, die „gänzlich im Zeichen der Kartelle stand“<sup>107</sup>, verschärfte die Widersprüche des deutschen Imperialismus und verstärkte seine Expansion. Die „Sammlungspolitik“, die eine Änderung der Handelspolitik im Interesse des Junkertums vorsah, und die Politik der Flottenrüstungen im Interesse des Finanzkapitals bedeuteten eine Stärkung der Reaktion in der Innenpolitik und eine Stärkung der imperialistischen Expansion in der Außenpolitik. Diese Politik mußte Deutschland zwangsläufig zu einer weiteren Verschärfung seiner imperialistischen Gegensätze zum zaristischen Rußland und in noch stärkerem Maße zu England führen.

Darin fand die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus ihren Ausdruck, eine Ungleichmäßigkeit, die sich mit dem Übergang des Kapitalismus in die Phase des Imperialismus verstärkte. „... schon Ende des 19. Jahrhunderts war das ganze Territorium des Erdballs unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt. Nun verläuft die Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus äußerst ungleichmäßig und sprunghaft: einige Länder, die früher an erster Stelle gestanden haben, entwickeln ihre Industrie verhältnismäßig langsam, andere, früher rückständige, holen sie in schnellen Sprüngen ein und überholen sie. Das ökonomische und militärische Kräfteverhältnis der imperialistischen Staaten änderte sich. Das Streben nach einer Neuaufteilung der Welt trat zutage.“<sup>108</sup> In Deutschland war dieses Bestreben bereits am Ende des 19. Jahrhunderts aufgetreten. Es führte zu einer weiteren Isolierung Deutschlands – auf den Weg zum Weltkrieg.

<sup>106</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“  
Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 846.

<sup>107</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 40.

<sup>108</sup> „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 201/202.

## Schluß

### 1

In der Geschichte der Völker und der Staaten gibt es Augenblicke, deren ganze Bedeutung sich erst offenbart, wenn ihre Ergebnisse in vollem Maße klarwerden. Das gilt insbesondere für jene historischen Etappen, die neue, noch nicht endgültig ausgebildete Züge und Tendenzen zum Inhalt haben, die sich als Wendepunkte erweisen und von der Geburt einer neuen sozial-ökonomischen Formation oder deren Eintritt in ein neues Entwicklungsstadium zeugen. Bei weitem nicht allen Zeitgenossen ist es gegeben, sich über diese Züge und Tendenzen und gar über ihre Endergebnisse klarzuwerden. Als Goethe, den Verlauf der Schlacht bei Valmy, die mit dem Siege des Revolutionsheeres der französischen Sansculottes über die preußische Armee vom alten Typ endete, beobachtend, sagte: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen“, begriff er im Grunde nicht, daß die französische Revolution des 18. Jahrhunderts die Ära der Herrschaft der bürgerlichen Ordnung eingeleitet hatte. Die prophetische Gabe des Dichters konnte die fehlende Erkenntnis und das Wissen um die Entwicklungsgesetze der im Entstehen begriffenen bürgerlichen Gesellschaft, die den Feudalismus ablöste, nicht ersetzen. Erst als im Schoße dieser Gesellschaft das Proletariat als die neue Kraft entstanden war, dazu berufen, nicht nur zum Totengräber des Kapitalismus zu werden, sondern auch die welthistorische Rolle des Aufbaus der sozialistischen und der kommunistischen Gesellschaft zu erfüllen, erst dann bot sich die Möglichkeit, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen und sie in den Dienst der führenden, fortschrittlichsten und bewußt handelnden Klasse, der Arbeiterklasse, zu stellen.

Karl Marx und Friedrich Engels entdeckten die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft, die Gesetze der Weltgeschichte, und verwandelten den Sozialismus aus einer Utopie in eine Wissenschaft. Erst Marx „wies den

Weg zum wissenschaftlichen Studium der Geschichte als eines einheitlichen, in all seiner gewaltigen Mannigfaltigkeit und Gegensätzlichkeit gesetzmäßigen Prozesses“<sup>1</sup>, deckte die Gesetzmäßigkeit des Kampfes der Klassen in den verschiedenen sich ablösenden sozialökonomischen Formationen auf und erleuchtete mit hellem Licht die weiteren Wege des Klassenkampfes und der fortschrittlichen Bewegung der Völker in Richtung auf die neue Formation – die klassenlose Gesellschaft – in Richtung auf den Kommunismus. Das Leben und die Tätigkeit der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus fiel in die Epoche der Behauptung des Kapitalismus auf allen Gebieten: in der Produktion, in der Politik, in der Ideologie, und es war die gewaltige Kraft ihres Genies notwendig, um schon damals die Unvermeidlichkeit des Untergangs des Kapitalismus wissenschaftlich zu beweisen. Sie bewiesen das nicht mit der kühlen Analyse von Stubengelehrten, sondern mit der ganzen Leidenschaftlichkeit der Führer der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der sie erstmalig ihre historische Berufung zeigten.

In jener Epoche konnten Marx und Engels noch nicht voraussehen, daß der Kapitalismus im Laufe seiner historischen Entwicklung in das neue, monopolistische Stadium, in das letzte Stadium vor seinem Tode tritt, das der Menschheit schwerste wirtschaftliche Krisen, beispiellose Reaktion auf allen Gebieten des politischen und kulturellen Lebens, äußerste Verschärfung der kolonialen Unterdrückung, Verstärkung des Expansionismus und das unersättliche Streben nach neuen Eroberungen, krasse Verschärfung der Gegensätze zwischen den Mächten und als Ergebnis eine Serie neuer, verheerender Kriege mit dem Ziel einer Neuaufteilung der Welt – Kriege von Weltmaßstab – bringen wird. Aber schon damals, nachdem sie die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft erforschten, haben sie unter Benutzung der dialektischen Methode erstaunlich richtig vorausgeahnt, daß selbst in der freien Konkurrenz des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts die Tendenz zum Monopol verborgen lag. So schrieb Marx bereits im Jahre 1847: „In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten... Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt.“<sup>2</sup> Im „Kapital“ hat Marx eine Analyse der gesamten Struktur und der Trieb-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Karl Marx, Friedrich Engels. Eine Einführung in den Marxismus“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 19.

<sup>2</sup> Karl Marx, „Das Elend der Philosophie“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 172.

kräfte der kapitalistischen Gesellschaft gegeben, eine Analyse, die in der Tiefe und Breite der theoretischen Voraussetzungen und Schlußfolgerungen unübertroffen ist. Die historischen Arbeiten von Marx und Engels bleiben bis auf den heutigen Tag das Vorbild für die Präzision der von ihnen geschaffenen materialistischen Methode, der tiefen parteilichen Leidenschaftlichkeit und der Kraft ihrer wissenschaftlichen Schlußfolgerungen und politischen Einschätzungen. Sie beide, sowohl Marx wie auch Engels, studierten bis zu ihren letzten Lebenstagen die Politik der herrschenden Klassen, insbesondere die Außenpolitik und die Diplomatie, auf das sorgfältigste, stets unter dem Gesichtswinkel der Interessen der Arbeiterklasse. „Es ist mir lieb“, so schrieb Marx am 2. November 1853, „daß ich durch den Zufall dazu gekommen bin, die auswärtige Politik — die diplomatische — seit zwanzig Jahren mir in der Nähe anzusehn... Man muß wissen, mit wem man es zu tun hat.“<sup>3</sup> Insbesondere hatten die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus oft mit der Geschichte Preußens und Deutschlands, mit der Geschichte ihrer Außenpolitik und Diplomatie „zu tun“. Es war die Zeit, da die Frage nach dem Weg zur Einigung Deutschlands, dem revolutionär demokratischen oder dem reaktionären Weg, entschieden wurde, eine Frage, deren praktische Lösung gewaltigen Einfluß nicht nur auf die Geschehnisse Deutschlands selbst, sondern, wie die Erfahrung gezeigt hat, auch auf die Geschehnisse Europas und der ganzen Welt hatte. Seit den Zeiten der Revolution von 1848, mehr als hundert Jahre lang, bleibt das deutsche Problem nach wie vor eins der aktuellsten Probleme der Geschichtswissenschaft und Politik.

Marx und Engels haben die Zeit nicht erlebt, als der Kapitalismus in das neue imperialistische Stadium seiner Entwicklung trat, als der alte klassische, auf freier Konkurrenz beruhende Kapitalismus sich endgültig in Monopolkapitalismus verwandelte. Einige Jahre vor seinem Tode war Engels, der die Ereignisse der internationalen Beziehungen der Hauptmächte stets aufmerksam verfolgte, über die sich klar abzeichnende Annäherung zwischen dem zaristischen Rußland und Frankreich beunruhigt, eine Annäherung, die den Beginn des französisch-russischen Bündnisses bedeutete. In dieser Annäherung, die sich als Folge des zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zustande gekommenen Bündnisses ergab, erblickte Engels die endgültige Spaltung Europas in zwei Lager und damit die Verstärkung der Gefahr eines gesamteuropäischen Krieges. Diese Einschätzung war historisch richtig und politisch weitsichtig. Aber Engels erblickte in der Schaffung des französisch-russischen Bündnisses auch eine Äußerung des verstärkten Einflusses des russischen Zarismus. In dem Be-

<sup>3</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, I. Band, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 620.

streben, die Außenpolitik des Zarismus vor der öffentlichen Meinung Europas und Englands zu kompromittieren, veröffentlichte Engels einen Artikel, in dem er den russischen Zarismus als die „letzte starke Festung der gesamteuropäischen Reaktion“<sup>4</sup> charakterisierte. Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts war dies bereits eine Überschätzung der reaktionären Rolle der Zarenmacht in der internationalen Arena. Eine ebenso klare Überschätzung war die Behauptung Engels', daß das zaristische Rußland in seinem Drang nach Konstantinopel die führende Rolle bei der Vorbereitung des Weltkrieges spiele. Im Vergleich zu diesem Drang, rückte Engels die Frage der Rolle der französisch-deutschen Gegensätze, die besonders mit der Annexion Elsaß-Lothringens verknüpft waren, in den Hintergrund. Das Wichtigste ist aber, daß er einen noch größeren Faktor völlig außer acht ließ, der sich bereits damals auswirkte und später die Entstehung und den Charakter des Weltkrieges bestimmte: den Faktor der in der Welt bereits entstandenen *imperialistischen* Gegensätze, in erster Linie zwischen Deutschland und England. Diese Mängel des Artikels von Engels waren Mängel nicht nur theoretischer Natur, die davon zeugten, daß die neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus damals noch nicht Gegenstand der marxistischen Analyse geworden waren. Später deckte J. W. Stalin die theoretische Grundlage dieser Mängel auf und betonte: „Sie haben auch eine sehr wichtige praktische Bedeutung oder müßten sie haben.“

„In der Tat“, so schrieb J. W. Stalin, „*wenn* der imperialistische Kampf um Kolonien und Einflußsphären als Faktor des herannahenden Weltkrieges außer acht gelassen wird, *wenn* die imperialistischen Widersprüche zwischen England und Deutschland ebenfalls außer acht gelassen werden. *wenn* die Annexion Elsaß-Lothringens an Deutschland als Kriegsfaktor in den Hintergrund geschoben wird, der Drang des russischen Zarismus nach Konstantinopel als der wichtigste und sogar bestimmendste Kriegsfaktor aber in den Vordergrund, wenn schließlich der russische Zarismus die letzte Stütze der gesamteuropäischen Reaktion ist – ist es dann nicht klar, daß ein Krieg – sagen wir – des bürgerlichen Deutschlands gegen das zaristische Rußland kein imperialistischer, kein räuberischer, kein volksfeindlicher Krieg, sondern ein Befreiungskrieg oder fast ein Befreiungskrieg ist?“

Es ist kaum zu bezweifeln, daß ein analoger Gedankengang den Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie am 4. August 1914 erleichtern mußte, als sie beschloß, für die Kriegskredite zu stimmen und die Losung der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes gegen das zaristische Rußland, gegen die ‚russische Barbarei‘ usw. verkündete... Es ist verständlich, daß

<sup>4</sup> Friedrich Engels, „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“; siehe Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1211.



bei einem solchen Gedankengang kein Raum ist für den revolutionären Defätismus, für die Leninsche Politik der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.“<sup>5</sup>

Friedrich Engels beendete seinen Lebensweg, als die 1890 ausgebrochene Wirtschaftskrise durch einen neuen industriellen Aufschwung, vor allem in Deutschland, abgelöst wurde und als die deutsche Sozialdemokratie, nach der Abschaffung der Ausnahme Gesetze organisatorisch erstarkt, zum stärksten Faktor des Klassenkampfes in Deutschland wurde. Engels wußte bei seinem Ableben nicht, daß sich das Zentrum der revolutionären Bewegung bereits nach Rußland verlagerte, wo in dieser Zeit die Grundlagen der revolutionären Arbeiterpartei neuen Typus gelegt wurden. Engels war es nicht beschieden zu erfahren, daß in dem ihm fernen Rußland damals das junge Genie W. I. Uljanow-Lenins erstarkte und sich bildete. Im Jahre 1895 war Lenin gerade erst 25 Jahre alt geworden, aber er hatte bereits seine erste Arbeit über die Aufgaben des revolutionären Marxismus und der sozialistischen Bewegung in Rußland geschrieben. Dieses großartige Werk schloß der junge Uljanow mit folgenden wahrhaft prophetischen Worten: „Wenn die fortgeschrittenen Vertreter der Arbeiterklasse sich die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, die Idee der geschichtlichen Rolle des russischen Arbeiters zu eigen gemacht, wenn diese Ideen eine weite Verbreitung erlangt, die Arbeiter feste Organisationen gegründet und diese den heutigen zersplitterten Wirtschaftskampf der Arbeiter in den bewußten Klassenkampf verwandelt haben — dann wird sich der russische *Arbeiter* erheben, an die Spitze aller demokratischen Elemente treten, den Absolutismus stürzen und das *russische Proletariat* (Schulter an Schulter mit dem Proletariat *aller Länder*) auf dem direkten Wege des offenen politischen Kampfes der siegreichen kommunistischen Revolution entgegenführen.“<sup>6</sup>

Diese im Sommer 1894 geschriebenen Worte bedeuteten, daß die Sache von Marx und Engels in sichere Hände übergegangen war und die Lehre der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus bereits damals ihren wahren Fortsetzer gefunden hatte. Ende 1894 wies Lenin auf die Frage der ungleichmäßigen Verteilung hin, die den wirtschaftlichen Fortschritt aufhält, wobei er auf ein wichtiges Moment einging, „auf die Erhöhung der Ungleichmäßigkeit der Verteilung durch den Kapitalismus“<sup>7</sup>, ein Ge-

<sup>5</sup> J. W. Stalin, „Über Engels' Artikel ‚Die auswärtige Politik des russischen Zarentums‘“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1212/1213.

<sup>6</sup> W. I. Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 211.

<sup>7</sup> В. И. Ленин, «Экономическое содержание народничества и критика его в книге Г. Струве», Сочинения, Bd. 1, S. 426.

danke, der später ausgearbeitet wurde und sich in einen der Bestandteile der marxistisch-leninistischen Lehre von der Entwicklung des Kapitalismus, vor allem seines gegenwärtigen, letzten Stadiums verwandelte. Von den ersten Schritten seiner revolutionären Tätigkeit an verfolgte Lenin aufmerksam, mit den Augen eines Teilnehmers, die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Selbst in der fernen sibirischen Verbannung, in dem entlegenen Dorfe Schuschenskoje, beobachtete er die Ereignisse, die sich damals in Deutschland abspielten, und insbesondere den Verlauf des Kampfes zwischen den verschiedenen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Er wußte bereits, daß der Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie seinen Einfluß verstärkte, daß dort sein neuer Apostel Bernstein seine Jünger warb, daß der Reformismus auch nach Rußland einzudringen begann. Lenin trat dem Bernsteinianertum und seinen russischen Anhängern entschlossen entgegen. Es vergingen einige Jahre, und um die Jahrhundertwende wurde es klar, daß der Revisionismus als internationale Strömung ideologisch und politisch endgültige Formen angenommen hatte. In Deutschland war dies das Bernsteinianertum, auf russischem Boden der „Ökonomismus“. Von den Zentren des politischen Kampfes weit entfernt, stellte Lenin doch sofort fest, daß diese Strömung eine neue, äußerst gefährliche Erscheinung des bürgerlichen Einflusses auf die Bewegung und die Ideologie der Arbeiterklasse ist. Mit der ganzen ihm eigenen unerschütterlichen Kraft stürzte er sich in den Kampf gegen die Anhänger dieser Strömung, zur Verteidigung des revolutionären Marxismus, einen Kampf, in dem er den revolutionären Marxismus unter den neuen, in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts in der Welt entstandenen Bedingungen behauptete und entwickelte.

Es war dies die Zeit, als der Kapitalismus, der in das monopolistische Stadium seiner Entwicklung trat, zu einer immer reaktionärer Kraft wurde. Die reaktionäre imperialistische Bourgeoisie war bestrebt, ihren ideologischen Einfluß in der Arbeiterklasse zu verstärken. Das Nietzscheanertum, das bei den herrschenden Klassen Deutschlands damals Mode wurde, sein Individualismus und Snobismus, konnten in dieser Hinsicht keine Erfolgchancen haben. Desto stärker begann man damals die reaktionären Ideen Kants zu neuem Leben zu erwecken. In Deutschland tauchte eine ganze Schule neokantianischer Wichte auf, und zwar nicht nur in der offiziellen Wissenschaft, sondern auch in gewissen Kreisen der Sozialdemokratie. Die einen von diesen Wichten — vom Schläge Rudolf Stammers, des Verfassers des damals bekannten Buches „Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung“ — versuchten offen, die marxistische Lehre zu „stürzen“, andere versuchten, sie durch Verquickung mit den modernisierten idealistischen Theorien Kants zu entmannen.

„Zurück zu Kant“, das war die Losung des Tages, und Karl Kautsky, in dem die deutsche Sozialdemokratie damals den orthodoxesten Ideologen des Marxismus erblickte, war stark geneigt, das Neokantianertum mit dem Marxismus „auszusöhnen“. Das war ebenfalls eine der Abarten des Revisionismus, dem Lenin, um seinen eigenen Ausdruck zu benutzen, sofort den Krieg erklärte. In unversöhnlichem Kampf gegen den Revisionismus vollzog Lenin die Weiterentwicklung der revolutionären Marxschen Lehre. Ende des 19. Jahrhunderts und insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts erschien eine umfangreiche bürgerliche Literatur, die – zuweilen sogar unter der Flagge der Kritik – die neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus zu erklären oder, genauer gesagt, zu rechtfertigen versuchte. In jenen Jahren wurden diese Erscheinungen als „Imperialismus“ definiert, aber die Aufgabe einer wahrhaft wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus blieb für alle unlösbar. Nur Lenin vermochte später diese Aufgabe zu lösen. „Das Verdienst Lenins und folglich das Neue bei Lenin“, stellte J. W. Stalin fest, „besteht hier darin, daß er, gestützt auf die grundlegenden Thesen des ‚Kapitals‘, eine tiefbegründete marxistische Analyse des Imperialismus als der letzten Phase des Kapitalismus gab, seine Eiterbeulen und die Bedingungen seines unvermeidlichen Untergangs enthüllte.“<sup>8</sup>

## 2

Schon auf Grund der Vorbereitungsarbeiten („Hefte über den Imperialismus“) kann man folgern, welch eine komplizierte Apparatur W. I. Lenin in seinem schöpferischen Laboratorium benutzte, als er das Studium des Imperialismus in Angriff nahm. Ein tiefer Einblick in dieses Laboratorium stellt an und für sich eine Aufgabe von gewaltiger Wichtigkeit dar. Insbesondere für den Historiker, der die Außenpolitik der imperialistischen Mächte studiert, ist die Leninsche Methode der Sammlung, Klassifizierung, Ausarbeitung und Verallgemeinerung des Tatsachenmaterials, das zur Beleuchtung irgendeines historischen Problems notwendig ist, überaus lehrreich. Seitdem sich die Geschichte aus einer Erzählerkunst in eine Wissenschaft verwandelt hat, kann das Sammeln von Tatsachen, so fesselnd oder interessant sie auch sein mögen, kein Selbstzweck bleiben. Bereits W. G. Belinski, der große russische Kritiker und Denker, hob hervor, daß „die Kenntnis der Tatsachen nur deshalb kostbar ist, weil in den Tatsachen eine Idee steckt, Tatsachen ohne Ideen – sind Müll für den Kopf und für das Gedächtnis“. Die „Hefte über den Imperialismus“ zeigen, daß selbst die

<sup>8</sup> J. W. Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation“; Werke, Bd. 10, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 82/83.

Vorbereitungsarbeit Lenins der wissenschaftlichen und politischen Idee untergeordnet wurde, die der Lehre über den Imperialismus zu Grunde gelegt wurde. Von diesem Standpunkt aus ist für den Historiker an den „Heften“ alles wichtig: angefangen von der reichen Fundgrube der Tatsachen und statistischen Berechnungen, die von Lenin auf das sorgfältigste ausgewählt wurden, bis zu den allgemeinen Urteilen und der ausdrucksvollen Zeichensetzung, mit der er seine Vermerke an den Rändern der durchgelesenen Bücher begleitete. Besonders lehrreich aber ist sein „Versuch einer Zusammenstellung der wichtigsten Daten der Weltgeschichte nach 1870“.

Selbst in den vorbereitenden Stadien seiner Arbeit über den Imperialismus betrachtete Lenin die historischen Ereignisse, die sich in den verschiedenen Ländern der Welt abspielten, und erst recht die verschiedenen Ereignisse des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens in einem Lande, in der engsten Wechselbeziehung und Abhängigkeit voneinander; selbst bei Gegenüberstellung einzelner Tatsachen verschiedenen Charakters, Tatsachen auf verschiedenen Ebenen und verschiedener Herkunft, fand er in ihnen eine gemeinsame Tendenz, die für die Epoche des Monopolkapitalismus, für die Epoche des Imperialismus charakteristisch war. „Die Marxsche Dialektik“, so lehrte Lenin, „erfordert die konkrete Analyse der jeweiligen historischen Lage.“<sup>9</sup>

Zum Unterschied von den wissenschaftsfeindlichen Theorien Kautskys und seiner heutigen Nachfolger, der Rechtssozialisten, die als Verteidiger des Imperialismus auftreten, betrachtet die Lehre Lenins den Imperialismus nicht nur und nicht einfach als die Politik des Expansionismus, sondern als das höchste und letzte Entwicklungsstadium des Kapitalismus. „Der Imperialismus“, so schrieb Lenin, „ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft, aber nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welcher politischen Ordnung, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiete — das ist das Resultat dieser Tendenzen. Insbesondere wird auch die nationale Unterdrückung und der Drang nach Annexionen, d. h. nach Verletzung der nationalen Unabhängigkeit... verschärft.“<sup>10</sup> Es würde daher ein überaus großer Fehler sein, den Imperialismus als eine der Formen der Außenpolitik zu betrachten, die von einigen Staaten in verschiedenen Perioden ihrer Geschichte betrieben wurde.<sup>11</sup> Ein nicht geringerer Fehler

<sup>9</sup> W. I. Lenin, „Über die Junius-Broschüre“; siehe Rosa Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 131.

<sup>10</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; *Ausgewählte Werke in zwei Bänden*, Bd. I, S. 868.

<sup>11</sup> So hat zum Beispiel M. N. Pokrowski behauptet, daß „Rußland in der ersten

und eine Simplifizierung wäre es, die Außenpolitik des kapitalistischen Staates als einfache Funktion seiner wirtschaftlichen Beziehungen und der Außenhandelspolitik zu betrachten. Noch stärker verbreitet ist in der bürgerlichen Literatur die Vorstellung, die Außenpolitik werde von „gesamtstaatlichen“, über den Klassen stehenden Motiven und Interessen bestimmt. Was aber die Diplomatie betrifft, so zählt man sie gewöhnlich ganz und gar zur Sphäre der Kunst und des Könnens, dessen Grad vielleicht nur durch die persönlichen Eigenschaften einzelner auf diesem Gebiet tätiger historischer Persönlichkeiten zu messen ist. Selbst Engels<sup>12</sup> erlag einmal in seiner Streitschrift gegen den russischen Zarismus dieser Versuchung. „Man könnte danach annehmen“, so schrieb hierzu J. W. Stalin, „daß in der Geschichte Rußlands für seine Außenpolitik die Diplomatie alles, die Zaren, die Feudalherren, die Kaufleute und die anderen sozialen Gruppen nichts oder fast nichts bedeuteten.“<sup>13</sup>

Die Diplomatie, die lediglich eins der Werkzeuge der Außenpolitik darstellt, bietet wohl ein gewisses Feld, das Talent oder die Talentlosigkeit jener, die dieses Werkzeug beherrschen müssen, zu offenbaren. Aber dieses Instrument hat einen anderen sozialen und politischen Klang, je nachdem, welche Klasse es in dem betreffenden Lande geschaffen hat und im eigenen Interesse benutzt.

In Deutschland befand sich das Instrument der Diplomatie, wie wir gesehen haben, in den Händen der Junkerklasse, einer Klasse, der die Be-

---

Hälfte des 19. Jahrhunderts den Imperialismus in seiner wahrsten Form gekannt hat“. An einer anderen Stelle sprach er von dem „Fehlen aggressiver Tendenzen in der deutschen Politik dieser“ (d. h. der imperialistischen. *A. J.*) „Periode“. Über den deutschen Imperialismus schrieb er ferner folgendes: „Deutschland stand am Anfang des 20. Jahrhunderts, wie es sich herausstellt, seinen Interessen nach dem England der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr nahe. Für Deutschland war, wie damals für England, wie es sich herausstellt, nicht ‚ein möglichst weites wirtschaftliches Territorium‘ notwendig, das vor der ausländischen Konkurrenz durch ‚Zollmauern‘ geschützt war, sondern die Vernichtung jeglicher ‚Zollmauern‘ und ‚offene Türen‘ überall. Und dieser ökonomischen Lage entsprach am besten die deutsche Politik in den letzten vierzig Jahren; das Ziel dieser Politik war keinesfalls eine Erweiterung des Territoriums, sondern der Abschluß von Handelsverträgen.“ (М. Н. Покровский, «Империалистская война», Sammlung von Artikeln aus den Jahren 1915 bis 1927, Moskau 1929, S. 13, 35, 70; siehe А. Ерусалимский, «Происхождение мировой империалистической войны 1914 до 1918 гг. в освещении М. Н. Покровского», Sammlung von Artikeln „gegen die historische Konzeption М. Н. Pokrowskis“, Teil I, Moskau-Leningrad 1939.)

<sup>12</sup> Friedrich Engels, „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ in „Die Neue Zeit“, 1890, Achter Jahrgang, Heft 5, S. 203.

<sup>13</sup> И. В. Сталин, «О статье Энгельса „Внешняя политика русского царизма“»; «Большевик», 1941, Nr. 9, S. 3.

sonderheiten der Entwicklungswege der Landwirtschaft in Preußen einen spezifischen Stempel aufgeprägt hatten. Diese Besonderheiten bestanden, wie Lenin feststellte, darin, daß die „fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüberwächst, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtung verurteilt werden.“ Somit ist „Hauptinhalt der Evolution . . . das Hinüberwachsen der Fronherrschaft in Schuldknechtschaft und kapitalistische Ausbeutung auf dem Boden der Feudalherren, der Gutsherren, der Junker“<sup>14</sup>. Nach den alten preußischen Traditionen, die auch im Deutschen Reich fortbestanden, bildete diese Junkerklasse das ständige Reservoir, aus dem der Offiziers- und der Beamtenadel rekrutiert wurde, eine „Gevatterschaft“, die nach einer sarkastischen Bemerkung von Engels „jeder Gemeinheit in wirklichem oder vermeintem Kasteninteresse fähig ist“<sup>15</sup>. Ende des 19. Jahrhunderts mußte diese „Gevatterschaft“, die im diplomatischen „Laden“ schaltete und waltete, auf dem Gebiet der Außenpolitik eine neue „Gemeinheit“ begehen. Zu dieser Zeit zeichneten sich die imperialistischen Ziele, die nicht nur und nicht so sehr von den Interessen des Junkertums wie von den Interessen der monopolistischen Bourgeoisie diktiert wurden, klar genug ab.

Auf diese Weise muß man die Außenpolitik und die Diplomatie des imperialistischen Deutschlands genauso wie jeder anderen imperialistischen Großmacht nicht als eine gewisse exklusive Sphäre betrachten, die außerhalb der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes steht, sondern als eine Sphäre, die diesen Gesetzmäßigkeiten voll und ganz untergeordnet ist. Der Kampf der Klassen und Parteien, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der herrschenden Klassen, ihrer einzelnen Gruppen und einflußreichen Cliquen bestimmen ebenso die Außenpolitik und die diplomatische Tätigkeit der imperialistischen Mächte, wie sie auch auf dem Gebiet der Innenpolitik zutage treten. Der Unterschied besteht darin, daß die Klassenmotive und -interessen auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Diplomatie häufiger durch geschickte Manöver und feine Tricks getarnt, häufiger durch verlogene Propaganda und durch ideologische Verbrämung verschleiert werden. Ferner hat der Historiker bei weitem nicht immer das konkrete Dokumentenmaterial zur Verfügung, das ihm die Möglichkeit böte, die eng egoistischen — wirtschaftlichen, politischen oder strategischen — Interessen der herrschenden Klassen oder der

<sup>14</sup> W. I. Lenin, „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905—1907“, S. 29.

<sup>15</sup> Friedrich Engels, Brief an Bebel, 18. August 1886; siehe Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1310.

einzelnen die außenpolitische Linie bestimmenden Finanzgruppen oder gar die Ausnutzung dieses oder jenes diplomatischen Kanals zur Wahrnehmung dieser Interessen mit erschöpfender Vollständigkeit aufzudecken. Wir müssen hier an das erinnern, was gleich am Anfang des Buches gesagt wurde: Die Archive der Banken, der Truste, der Monopole, der wirtschaftlichen und politischen Vereinigungen der herrschenden Klassen jeder Art bleiben noch immer geschlossen. Aber trotzdem haben wir dort, wo es möglich war, versucht, diese Motive und Interessen der herrschenden Klassen, ihre Offenbarung auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Diplomatie des deutschen Imperialismus, aufzudecken. Mit den Worten von Thomas More kann man sagen: „Überall sehe ich die Verschwörung der reichen Leute, die unter dem Vorwand des gesellschaftlichen Wohlergehens eigene Vorteile suchen.“ In Deutschland, wo bereits Ende des 19. Jahrhunderts der aggressive junkerlich-bürgerliche Imperialismus entstanden war, bestand eine Verschwörung der herrschenden Klassen mit dem Ziel, die Reaktion zu verstärken, die für sie günstige wirtschaftliche und politische Expansion zu sichern, sich aktiv am Abschluß der Aufteilung der Welt zu beteiligen und sich noch aktiver zum Kampf um ihre Neuaufteilung vorzubereiten. Das war die Verschwörung gegen die Arbeiterklasse und gegen den Frieden. Im Laufe der Darlegung haben wir gesehen, daß es sich in einer Reihe von Fällen um eine Verschwörung im wahrsten Sinne des Wortes handelte.

Der Lauf der Darlegung kann mit dem Lauf der Forschung nicht übereinstimmen, aber in beiden Fällen ist es sehr wichtig, die historischen Perspektiven nicht zu verlieren und die Ereignisse und Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung des Klassenkampfes, der nationalen Bewegungen und der Außenpolitik in ihrer dialektischen Verbindung und gegenseitigen Abhängigkeit zu betrachten. Wie oben festgestellt wurde, bieten die Erfahrungen bei der Zusammenstellung der wichtigsten Daten der Weltgeschichte nach 1870 durch Lenin ein großartiges Vorbild für den Historiker. Auf die Geschichte der Außenpolitik und der Diplomatie des deutschen Imperialismus angewandt, hat das besondere Bedeutung. Die gleichzeitige, sozusagen synchrone Betrachtung der Tatsachen des inneren Lebens Deutschlands und seiner Politik in allgemeiner Verbindung mit seiner Kolonialpolitik und der Politik der anderen imperialistischen Mächte bietet nicht geringe Schwierigkeiten, schließt aber gleichzeitig auch eine Reihe großer Vorzüge ein. Erstens muß der Historiker danach streben, daß sich das historische Panorama vor dem Leser konsequent und in Übereinstimmung mit dem objektiven Ablauf der historischen Ereignisse entfaltet; das fordert von dem Historiker die Einhaltung der „geschichtlich-chronologischen Reihenfolge bei der Darlegung historischer Ereignisse“.

nisse“<sup>16</sup>; zweitens darf der Historiker die Innen- und Außenpolitik des betreffenden Staates nicht losgelöst von dem ganzen System der Staaten betrachten<sup>17</sup>; man muß, so betonte Lenin, die gesamte Politik des ganzen Systems der Staaten in ihrer ökonomischen und politischen Wechselbeziehung nehmen<sup>18</sup>; drittens muß bei einer solchen Betrachtung der historischen Ereignisse eine der wichtigsten sich in der Periode des Eintretens in die monopolistische Phase verschärfenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus genauer und konkreter hervortreten: die äußerste Verschärfung der Ungleichmäßigkeit seiner Entwicklung. „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist“, wie Lenin feststellte, „ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus.“<sup>19</sup>

Dieses Gesetz begann sich mit großer Kraft gegen Ende des 19. Jahrhunderts auszuwirken, als der industrielle Aufschwung der kapitalistischen Länder bereits Elemente einer neuen Krise und kriegigerischer Zusammenstöße in sich barg. J. W. Stalin faßte die gesamten gewaltigen Erfahrungen aus der Geschichte des Kapitalismus und insbesondere der Geschichte des Imperialismus zusammen und erklärte diese These mit folgenden Worten: „Die Sache ist nämlich die, daß die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder im Laufe der Zeit gewöhnlich zu einer jähen Störung des Gleichgewichts innerhalb des Weltsystems des Kapitalismus führt, wobei die Gruppe kapitalistischer Länder, die sich mit Rohstoffen und Absatzmärkten für weniger gut versorgt hält, gewöhnlich Versuche unternimmt, die Lage zu ändern und die ‚Einflußsphären‘ zu ihren Gunsten neu aufzuteilen, und zwar durch Anwendung von Waffengewalt. Das Ergebnis ist die Spaltung der kapitalistischen Welt in zwei feindliche Lager und der Krieg zwischen ihnen.“<sup>20</sup>

Die Spaltung der kapitalistischen Mächte in zwei feindliche Lager in Europa ging bereits Ende der siebziger bis Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts vor sich. Aber erst nachdem die jungen imperialistischen Räuber – Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika – in die Weltarena eingetreten waren, begann diese Spaltung

<sup>16</sup> Beschluß des Rates der Volkskommissare und des ZK der KPdSU(B) über den Geschichtsunterricht in den Schulen der UdSSR vom 16. Mai 1936 (siehe Sammelband «К изучению истории», Moskau 1946, S. 17).

<sup>17</sup> Siehe В. И. Ленин, Письмо к Инессе Арманд, 19 января 1917 г.; «Большевик», 1949, Nr. 1, S. 49.

<sup>18</sup> В. И. Ленин, «Война и революция», Сочинения, Bd. 24, S. 365.

<sup>19</sup> W. I. Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 753.

<sup>20</sup> J. Stalin, „Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau am 9. Februar 1946“, „Reden in Wählerversammlungen“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 11/12.



Weltmaßstab anzunehmen. Das Erscheinen dieser Mächte in der Weltarena gegen Ende des 19. Jahrhunderts bedeutete eine weitere Verschärfung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus, um so mehr, da auch eine so alte imperialistische Kolonialmacht wie England, nachdem sie das Industriemonopol eingebüßt hatte, nicht nur ihr Kolonialmonopol wütend verteidigte, sondern auch gierig bestrebt war, es zu erweitern. So fand die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus ihren Ausdruck in der wirtschaftlichen und kolonialen Rivalität zwischen England und Deutschland, die sich bereits in den achtziger Jahren abzeichnete, zehn Jahre später zum wichtigsten imperialistischen Gegensatz wurde und das erste Donnergerollen — als Vorankündigung des Weltkrieges — verursachte.

Einige Monate vor dem ersten scharfen Aufflackern des imperialistischen Gegensatzes zwischen England und Deutschland verstarb am 5. August 1895 Friedrich Engels in London.

### 3

Die Transvaalkrise, die um die Jahreswende 1895/1896 ausbrach, war das erste akute Aufflackern der imperialistischen Rivalität zwischen England und Deutschland. Es war die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, der einige Jahre später, unmittelbar zu Beginn des 20. Jahrhunderts, von einer neuen Wirtschaftskrise abgelöst wurde, die Zeit, da „die Kartelle zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens werden“<sup>21</sup>. Es ist äußerst charakteristisch, daß dieses Aufflackern, das erstmalig die Gefahr eines englisch-deutschen militärischen Zusammenstoßes aufzeigte, auf der Grundlage der Kolonialpolitik in Afrika erfolgt war. Die ökonomische Rivalität zwischen Deutschland und England ging wesentlich weiter zurück. Die Handelsrivalität wuchs rasch und wurde durch die Rivalität der entstehenden und zur Expansion drängenden einflußreichen Gruppen des Finanzkapitals kompliziert. Zu englisch-deutschen Reibungen in Kolonialfragen war es bereits in der Mitte der achtziger Jahre gekommen, aber sie hatten nie so große und, man kann sagen, so bedrohliche Ausmaße angenommen wie zu den Zeiten der Transvaalkrise.

Diese diplomatische Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland und England legte mit der ganzen Wucht der Plötzlichkeit bloß, daß im Zusammenhang mit der Frage nach dem Schicksal Transvaals mächtige Interessen der imperialistischen Rivalen zusammengestoßen waren, deren

<sup>21</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 781.

eine Gruppe von der englischen Chartered Company, der Clique Cecil Rhodes' und Joseph Chamberlains, und die andere durch die Deutsche Bank und einige mit dieser verbundene Magnaten der Schwerindustrie und des Finanzkapitals vertreten wurde. Aber wie relativ bedeutend auch die wirtschaftlichen Interessen der beiden Gruppen in Transvaal waren, die Krise hätte eine solche Schärfe nicht erreicht, wenn sich in ihrem Verlauf nicht herausgestellt hätte, daß hier tiefere Motive zugrunde lagen. Hier kam es zu einem Zusammenstoß zweier umfangreicher Eroberungsprogramme: des englischen und des deutschen. Die Clique um Cecil Rhodes träumte davon, ein englisches Kolonialreich in Afrika zu schaffen, das sich von Kapstadt bis Kairo erstrecken sollte. Die alldeutschen Imperialisten waren bestrebt, ein eigenes Kolonialreich, das „neue Großdeutschland in Südafrika“, zu schaffen. Die offen aggressiven Handlungen der englischen Imperialisten gegen Transvaal (Jameson-Raid) boten ihren deutschen Rivalen die Möglichkeit, die Position der „Verteidiger“ der kleinen Völker – im gegebenen Falle der „Stammesbrüder“, der Buren – zu beziehen. Diese Position war von Anfang bis zu Ende heuchlerisch, und den herrschenden Klassen Deutschlands gelang es nicht, diese Position lange zu halten. In Wirklichkeit waren die deutschen Imperialisten bereit, ihre „Stammesbrüder“, die Buren, abzuwürgen, wie das auch die englischen Imperialisten anstrebten. Für den Anfang hätten sie sich mit der Ausrufung des deutschen Protektorats über Transvaal begnügt. Eine solche Politik barg die Gefahr eines Krieges gegen die Engländer in sich. Aber der deutsche Imperialismus besaß keine Kriegsflotte. Andererseits konnte der englische Imperialismus keinen Krieg gegen Deutschland beginnen. Wie Bismarck sich bei einem anderen Anlaß äußerte, verfügte England auf dem europäischen Kontinent nicht über einen „großen Dummkopf“<sup>22</sup>, der es übernommen hätte, Englands Absichten zu verwirklichen.

Somit war die Krise der englisch-deutschen Beziehungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Transvaal nicht bis zum Kriege fortgeführt worden, aber ihre Folgen waren recht bedeutsam. Die Krise zeigte, daß sich hier schon nicht wenig Zündstoff angesammelt hatte, und zwar keineswegs nur in unmittelbarer Verbindung mit der verstärkten Rivalität in Transvaal. Sie zeigte ferner, daß der Politik des jungen deutschen Imperialismus abenteuerliche Züge in nicht geringerem Maße eigen waren als der Politik der alten, vielerfahrenen und selbstsicheren englischen Kolonialwölfe. Was aber die Innenpolitik Deutschlands betrifft, so diente die Krise als Anstoß zur Stärkung der chauvinistischen und aggressiven Stimmungen in allen Kreisen der herrschenden Klassen, in den mit

---

<sup>22</sup> Zitiert nach dem Buch В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 69.

ihnen verbundenen politischen Parteien und anderen politischen Organisationen.

Eine besonders starke Aktivität entfaltete die Organisation des aggressivsten Flügels des deutschen Imperialismus, der Alldeutsche Verband. Die Sozialdemokratische Partei trat mit einer Kritik an der Regierungspolitik und ihr Führer August Bebel auch mit Entlarvungen der Pläne der deutschen Bourgeoisie hervor. Die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit aber hatte die neuen, in der deutschen Politik entstandenen Erscheinungen noch nicht begriffen und vermochte deshalb die Arbeiterklasse in politischer Hinsicht nicht richtig zu orientieren. Zugleich verstanden es die Magnaten des Monopolkapitals, eine lärmende Kampagne in imperialistischem Sinne im Lande zu entfachen, aber ihr Versuch, diese Kampagne auszunutzen, um mit Hilfe des Kaisers Wilhelm II. einen Beschluß über den Bau einer großen Kriegsflotte durchzusetzen, war nicht von Erfolg gekrönt.

Ebenso erfolglos war der Versuch der deutschen Diplomatie, die Transvaalereignisse auszunutzen, um ihren neuen imperialistischen Rivalen, England, durch die Schaffung der sogenannten Kontinentalliga international zu isolieren. Die Verwirklichung dieses Planes mißlang, weil seine Urheber, unter anderem Holstein, der faktische Leiter des Auswärtigen Amtes des verpreußten Deutschlands, die Hoffnung nicht aufgaben, daß es ihnen künftig unter bestimmten Bedingungen gelingen werde, England auf die Seite des Dreibunds zu bringen. Eine solche Ansicht über die Dinge zeugte davon, daß Holstein und seine Umgebung nach Junkerart weder den Charakter noch die Tiefe und erst recht nicht die Perspektive der heranreifenden imperialistischen Gegensätze zu England begriffen. Andererseits war der Einfluß der imperialistischen Kreise in Deutschland bereits so bedeutend, daß auch Holstein gezwungen war, mit ihnen zu rechnen und sogar, darüber hinaus, diesen Einfluß auf dem Gebiet der Diplomatie geltend zu machen. Seinen Plänen zur Schaffung der „Kontinentalliga“ legte er die Idee zugrunde, daß es möglich sein müßte, ihre Teilnehmer durch Teilung einer Reihe kolonialer Gebiete heranzuziehen. Später offenbarten diese Pläne, die immer wieder neu geboren und abgewandelt wurden, stets ihre imperialistischen Züge. So verfolgten die Pläne der „Kontinentalliga“, der „Vereinigung Europas“, „Mitteleuropas“ usw. das Ziel der Errichtung der deutschen Hegemonie in Europa. Genauso wie die Pläne der „Vereinigten Staaten von Europa“ oder „Pancuropas“, die viele Jahre später entstanden, waren die Pläne der „Kontinentalliga“, da sie auf die Aufteilung der Welt unter den Kolonialmächten ausgingen, um einen Ausdruck von W. I. Lenin zu benutzen, „entweder unmöglich oder reaktionär“. „Natürlich“, schrieb Lenin später, „sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Ka-

pitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Übereinkommen der *europäischen* Kapitalisten... worüber? Lediglich darüber, wie man mit vereinten Kräften den Sozialismus in Europa unterdrücken, mit vereinten Kräften die geraubten Kolonien... verteidigen könnte...“<sup>23</sup>

Der Plan der „Kontinentalliga“ war ein Plan der Vereinigung der europäischen imperialistischen Mächte auf der Grundlage einer aktiven Teilnahme an der Aufteilung und Neuaufteilung der kolonialen Beute, wobei der damals mächtige englische Rivale isoliert werden sollte. Darüber hinaus verfolgte dieser Plan offen erpresserische Ziele. Indem die deutsche Diplomatie Besprechungen zur Schaffung der „Kontinentalliga“ führte, hatte sie die Absicht, England einzuschüchtern und zu zwingen, ihr irgendwelche fetten Brocken in Form kolonialer Kompensationen anzubieten. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß dieser aggressive und reaktionäre Plan des Zusammenschlusses der europäischen imperialistischen Mächte auf dem Boden einer geheimen Verschwörung über die Teilung und Neuverteilung gewisser Stücke der kolonialen Welt nicht verwirklicht werden konnte angesichts der Gegensätze, die sich zwischen den europäischen Mächten verschärften. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich blieben infolge der Frage Elsaß-Lothringens gespannt, und anderseits hatte Rußland nicht die Absicht, seine Englandpolitik den imperialistischen Interessen Deutschlands unterzuordnen. Gegensätze bestanden aber nicht nur zwischen den beiden in Europa entstandenen Koalitionen, sondern auch innerhalb einer jeden Koalition. Infolgedessen gelang es der deutschen Diplomatie nicht, England zu isolieren. Mehr noch, bei der Verwirklichung ihres Plans einer „Kontinentalliga“ entdeckte die deutsche Diplomatie, daß sie selbst vor der Gefahr stand, isoliert zu bleiben. Selbst die Bundesgenossen Deutschlands (Österreich-Ungarn und Italien), die mit ihren eigenen inneren Angelegenheiten und mit der Sicherung ihrer aggressiven Ziele und Absichten auf dem Gebiet der Außenpolitik beschäftigt waren – selbst diese waren keineswegs geneigt, Deutschland in allem und stets unbedingte Unterstützung zu gewähren.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und jedem der übrigen Partner des Dreibunds (Österreich-Ungarn und Italien) waren nie auf der Grundlage der Gleichberechtigung aufgebaut. Mit dem Wachstum der Expansion des deutschen Imperialismus verschärften und komplizierten sie sich noch mehr. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkte sich die deutsche Expansion sowohl nach Österreich-Ungarn als auch nach Italien. Unter diesen Umständen begannen die Kreise der alldeutschen Imperialisten

<sup>23</sup> W. I. Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 752.

annexionistische Pläne für die Schaffung „Großdeutschlands“ und „Mitteleuropas“ auszuarbeiten. Eine der Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Pläne erblickten sie in dem ökonomischen und später auch im politischen Verschlingen der österreichischen Länder bei gleichzeitiger Unterwerfung aller übrigen Teile des Habsburger Reiches.

Mit Hilfe ihrer Agentur, der antislawischen, antikatholischen und antisemitischen Partei Schönerers, hatte sie die Möglichkeit, sich aktiv in das innere Leben dieses verbündeten Reiches einzumischen, um die Vorbereitungen zum Siege des „Deutschtums“ zu fördern. Die tiefe innere Krise, von der das aus vielen Nationen bestehende Österreich-Ungarn erfaßt war, bestimmte in diesem Augenblick zu einem großen Teil auch seine Balkanpolitik, die sich die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung der slawischen Völker zum Ziel setzte.

Eine noch tiefere innere Krise erlebte das Ottomanische Reich. Damals stellte die alte Türkei, nach den Worten J. W. Stalins, „ein Konglomerat von Nationalitäten dar und eine kompakte türkische Bevölkerung war nur in Anatolien vorhanden“<sup>24</sup>. Der Beginn der Jungtürkenbewegung, das Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung anderer, vor allem der slawischen (Serben, Bulgaren) und der christlichen Völker (Armenier, Griechen) riefen nicht nur bei den herrschenden Elementen der feudalen Türkei starke Beunruhigung hervor, sondern auch in den imperialistischen Kreisen Europas, die daran interessiert waren, die türkische Reaktion zu unterstützen und die nationalen Bewegungen für ihre eigenen politischen oder strategischen Ziele auszunutzen. Um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten und sein reaktionäres Regime zu festigen, nahm der türkische Sultan Abdul Hamid seine Zuflucht zu Repressalien, die noch grausamer und noch blutiger waren als sonst. So entstand auf dem Boden des Kampfes gegen die nationale Befreiungsbewegung, vor allem auf dem Balkan, die stillschweigende reaktionäre Verschwörung zwischen dem Flickenstein Österreich-Ungarn und dem anderen multinationalen Reich, der Türkei. Die herrschenden Klassen in Deutschland und ihre Diplomatie unterstützten voll und ganz den antislawischen Kurs ihres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen und hielten gewöhnlich selbst diesen Kurs für nicht scharf und entschlossen genug.

Gleichzeitig war die deutsche Diplomatie infolge der Verschärfung der englisch-deutschen imperialistischen Gegensätze in Afrika gezwungen, auf dem Balkan und in der Türkei in den Fragen, in denen Österreich-Ungarn Rußland entgegentrat, eine zurückhaltendere Position zu beziehen. Österreich-Ungarn machte sich die Vorgänge, die sich in der Türkei im Zusam-

<sup>24</sup> J. W. Stalin, „Eine Besprechung mit Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität“; Werke, Bd. 9, S. 223.

menhang mit den armenischen Pogromen abspielten, zunutze und begann im November 1895 ein enges Abkommen mit England gegen Rußland zu suchen. Es handelte sich um die Wiederherstellung der sogenannten Mittelmeerentente, einer im Jahre 1887 gegen Rußland geschaffenen Gruppierung, bei der die Bismarcksche Diplomatie hinter den Kulissen mitgewirkt hatte. Jetzt, acht Jahre später, nahm die deutsche Diplomatie eine heuchlerische Haltung ein. Sie war bereit, die Erneuerung dieser Gruppierung nicht zu verhindern, aber nur unter der Voraussetzung, daß England sich mit festen Verpflichtungen binde, Rußland entgegenzutreten. Die englische Diplomatie jedoch verfolgte die gleichen Ziele in bezug auf Österreich-Ungarn, in der Hoffnung, daß dieses, wenn es den Krieg gegen Rußland beginne, auch Deutschland unbedingt in diesen Krieg hineinreißen werde. So traten bereits in der Anfangsphase der Besprechungen über die Erneuerung der Mittelmeerentente, in Zusammenhang mit der orientalischen Frage, gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zutage, die sich vor dem allgemeinen Hintergrund der englisch-deutschen Gegensätze entfalteten. Schon damals begannen sich diese Gegensätze im Nahen Osten ebenso wie in Afrika entscheidend auszuwirken. Die englisch-deutschen Gegensätze waren es, die schließlich den endgültigen Zusammenbruch der von England mit den beiden Bundesgenossen Deutschlands, mit Österreich-Ungarn und Italien, geführten Besprechungen über die Erneuerung der Mittelmeerentente bedingten.

Der Zusammenbruch des Abenteuers des italienischen Imperialismus in Abessinien schwächte den Dreibund in noch stärkerem Maße und legte in ihm neue Risse bloß. Die Lage wurde dadurch kompliziert, daß der englische Imperialismus sich die Situation zunutze machte und an die Verwirklichung seiner früher ausgearbeiteten Pläne eines militärischen Feldzugs nach Dongola ging, die deutsche Regierung aber, in dem Bestreben, die Lage Italiens in Ostafrika zu erleichtern, in diesem Falle beschloß, ihren englischen Rivalen zu unterstützen, um so mehr, als sich sowohl in Italien wie auch im Habsburger Reich Tendenzen zeigten, eine Politik der Abkehr vom Dreibund zu betreiben. Schließlich gelang es dem deutschen Imperialismus durch wirtschaftlichen Druck, offene Drohungen, durch die Politik des Aufeinanderhetzens der beiden Bundesgenossen und durch Anwendung anderer starker Mittel, diese Tendenzen vorübergehend zu unterdrücken, und der Vertrag über den Dreibund, dessen Frist im Jahre 1897 ablief, wurde automatisch verlängert. Aber die Umstände, unter denen dieser Vertrag verlängert wurde, zeugten von neuen Rissen, die sich am Gebäude des Dreibunds zeigten. Sie zeugten davon, daß der deutsche Imperialismus danach strebte, jeden seiner Bundesgenossen, die er mißhan-

delte und lediglich als Werkzeuge zur Durchführung seiner Expansionspläne wirtschaftlicher, politischer und strategischer Art betrachtete, seinem Einfluß zu unterwerfen. Sie zeugten auch davon, daß die im Verlauf der Transvaalkrise aufgedeckten imperialistischen Gegensätze auch den Beziehungen zwischen den Mächten des vorher entstandenen Dreibunds ihren Stempel aufdrückten. Ganz allgemein deckt die Geschichte der Erneuerung des Dreibunds im Jahre 1897 die Natur des unter der Ägide Deutschlands geschaffenen militärisch-politischen Blocks auf, der seiner Form nach defensiv und seinem Wesen nach aggressiv war. Sie deckt die imperialistische Natur dieses Blocks auf, seinen vorübergehenden, unbeständigen und widerspruchsvollen Charakter, wie er gewöhnlich allen imperialistischen Blocks und Koalitionen eigen ist. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts zeigte der Dreibund als Ganzes neue ihm innewohnende Widersprüche.

Ungeachtet der Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur im Jahre 1896 und der Unterstützung, die den englischen Eroberern in Ägyptisch-Sudan durch die deutsche Regierung zuteil wurde, blieben die Beziehungen zwischen Deutschland und England gespannt. Angesichts der wachsenden deutschen Konkurrenz versuchten die imperialistischen Kreise in England eine Atmosphäre des „nationalen Alarmzustandes“ zu schaffen. Zu gleicher Zeit verstanden es die imperialistischen Kreise in Deutschland, eine starke englandfeindliche Kampagne auf der Grundlage kolonialpolitischer Fragen zu entfesseln. Aus dem Lager der bürgerlichen Parteien trat nur die Partei der Freisinnigen der Aktivierung der deutschen Kolonialpolitik entgegen. Aber der Kampf, den diese Partei in Fragen der Kolonialpolitik führte, beschränkte sich im wesentlichen auf parlamentarische Diskussion. Zu der gleichen, im Grunde genommen bürgerlichen Einstellung glitt in Fragen der Kolonialpolitik auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei ab. Den Aktionen dieser Partei gegen die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus in den Kolonien fehlte der kämpferische Geist. Den Worten folgten keine, in solchen Fällen unerläßlichen, eindrucksvollen politischen Taten.

Selbst August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter, mit seinen großen Verdiensten um die sozialistische Bewegung Deutschlands hatte, als er die Klasseninteressen der Inspiratoren der deutschen Kolonialpolitik entlarvte, ihr imperialistisches Wesen nicht begriffen.

Andererseits begannen in den Reihen der Sozialdemokratie jene opportunistischen Elemente ihr Haupt zu erheben, die schon damals zur Rechtfertigung der Kolonialpolitik bereit waren und sie bald darauf offen zu unterstützen begannen. Eine solche Haltung der offiziellen Kreise der Sozialdemokratie machte dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus die Hände frei, der im gleichen Maße vom Drang nach neuen kolonialen

Eroberungen wie von der Furcht, den früher eroberten Kolonialbesitz zu verlieren, besessen war. Die kolonialen Angelegenheiten des deutschen Imperialismus in Afrika beeinflussten damals in gewissem Maße auch die Politik seiner Expansion auf anderen Schauplätzen, vor allem im Nahen Osten.

Das ökonomische Eindringen des deutschen Kapitals in den europäischen und kleinasiatischen Teil der Türkei (insbesondere durch Erwerb von Eisenbahnkonzessionen) war bereits recht bedeutend. Dem Eindringen folgte auch eine Verstärkung des politischen Einflusses in der Türkei; das trat während der Nahostkrise 1896–1897 klar genug zutage. Was die vom Sultan organisierten armenischen Pogrome in der Türkei anbetrifft, so bezog die deutsche Regierung die Position der formalen „Nichteinmischung“, was faktisch eine Ermunterung des Sultans zu seiner blutigen Tätigkeit bedeutete. Diese Position wurde von den offensichtlich reaktionären Sympathien der herrschenden Klassen Deutschlands, von ihrem Streben diktiert, die Politik des Sultans zu unterstützen und in der Perspektive günstige Voraussetzungen für die im Entstehen begriffenen Pläne der weiteren Expansion des deutschen Imperialismus nach dem Nahen Osten zu sichern. Aber die unmittelbaren und näheren Ziele der deutschen Diplomatie während der Nahostkrise bestanden darin, die Bande des französisch-russischen Bündnisses zu lockern, Reibungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Rußland hervorzurufen und noch stärker dahin zu wirken, daß eine Verständigung zwischen Rußland und England verhindert und nach Möglichkeit ein Zusammenstoß zwischen diesen beiden Mächten herbeigeführt werden könnte. Die Umstände schienen hierfür günstig zu sein. Mit dem Wachstum der Gegensätze zwischen Deutschland und England demonstrierte die deutsche Regierung ihre Annäherung an das zaristische Rußland.

Die reaktionären Stimmungen der herrschenden Klassen Deutschlands, der Kampf der deutschen Regierung gegen die Arbeiter und die sozialistische Bewegung, ihre Politik der Polenverfolgungen und schließlich die dynastischen Bindungen zwischen den Hohenzollern und den Romanows — all das schuf den Boden für eine Annäherung des kaiserlichen Deutschlands an das zaristische Rußland. Zu gleicher Zeit verschärfen sich zwischen den herrschenden Klassen Deutschlands und Rußlands Gegensätze sowohl ökonomischen als auch politischen Charakters. Nach Abschluß des russisch-deutschen Handelsvertrages im Jahre 1894 steigerte die deutsche Bourgeoisie ihre Handels- und Finanzexpansion nach dem Binnenmarkt des zaristischen Rußlands. Andererseits verstärkten die deutschen Agrarier die Angriffe gegen den Handelsvertrag mit dem Ziel, den russischen Export landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland zu verhindern. Schließlich



setzten sie bei der deutschen Regierung eine Reihe von Maßnahmen durch, die diesen Export erschwerten. Der neu ausbrechende wirtschaftliche Kleinrieg zwischen Deutschland und Rußland mußte zwangsläufig auch die politischen Beziehungen zwischen den herrschenden Klassen der beiden Mächte trüben.

Zu gleicher Zeit versuchte die deutsche Regierung den Besuch Nikolaus' II. in Breslau auszunutzen, um die Annäherung an das zaristische Rußland zu demonstrieren und eine weitere Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu verhindern. Hierzu sollte insbesondere die von deutscher Seite vorgebrachte wirtschaftliche Variante der „Kontinentalliga“ dienen, die natürlich ebenso rasch ein Fiasko erlitt wie ihr kolonialpolitisches Vorbild. Die nachfolgende demonstrative Annäherung zwischen Rußland und Frankreich enthob die herrschenden Klassen Deutschlands aller Zweifel über das Bestehen des französisch-russischen Bündnisses, das bei ihnen, insbesondere in militärischen und junkerlichen Kreisen natürlich die ernstesten Befürchtungen hervorrufen mußte. Mit Ausnahme einzelner Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes begriffen alle, daß das Bestehen des französisch-russischen Bündnisses für Deutschland einen künftigen Zweifrontenkrieg bedeutete. Da neue imperialistische Gegensätze zu England erwachsen, entfaltete sich unter den herrschenden Klassen und politischen Parteien Deutschlands eine scharfe Diskussion darüber, welche Wege die deutsche Außenpolitik einschlagen und auf welche Mächte oder Mächtegruppierungen sich diese Politik stützen mußte. Der Anstoß zu diesen Diskussionen ging von den Enthüllungen Bismarcks aus, der Mitteilungen darüber veröffentlichte, daß er in den letzten Jahren seiner Amtszeit trotz des bestehenden Dreibunds einen geheimen „Rückversicherungsvertrag“ mit Rußland abgeschlossen hatte, der von seinen Nachfolgern nicht erneuert worden war.

Die in der ersten Zeit recht stürmischen Charakter annehmende Diskussion zeigte, daß die herrschenden Klassen — nicht nur die imperialistische Bourgeoisie (die mit Ausnahme einzelner Gruppen enge Finanz- und Handelsbeziehungen zum englischen Kapital unterhielt), sondern auch ein bedeutender Teil des Junkertums — von recht starken englandfeindlichen Stimmungen bereits erfaßt waren. Das spiegelte sich in der Haltung der wichtigsten politischen Parteien der Bourgeoisie und des Junkertums wider. Die Diskussion zeigte ferner, daß der in Deutschland entstandene junkerlich-bürgerliche Imperialismus bei der Ausarbeitung eines umfassenden Programms seiner Expansion auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Diplomatie den Kurs auf Festigung des Dreibunds eingeschlagen hatte, wobei er seine führende Rolle in diesem behauptete und die übrigen Partner dieses Bundes faktisch den Interessen seiner Politik in Europa und

nicht nur in Europa allein unterordnete. Gleichzeitig mit der Verschärfung seiner Gegensätze zu England begann der deutsche Imperialismus aus taktischen Erwägungen die diplomatische Annäherung an das zaristische Rußland zu suchen.

Die deutsche Sozialdemokratie kritisierte diese Annäherung als einen Kurs, den die deutsche Regierung angeblich nur den dynastischen Interessen des Hohenzollern-Deutschlands und des zaristischen Rußlands zuliebe einschläge, und verstand es nicht, den wahren Charakter, die Richtung und die Ziele der Außenpolitik der herrschenden Klassen und ihrer Regierung vor der Arbeiterklasse zu entlarven. Indessen war die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts bereits eine imperialistische Politik, was die grundsätzliche Einstellung und die Taktik der Arbeiterklasse in der neuen Situation hätte bestimmen müssen. Die deutsche Sozialdemokratie erwies sich als blind, sie sah nicht die gewaltigen Veränderungen, die in der Wirtschaft und in der Politik des Kapitalismus, insbesondere des deutschen Imperialismus vor sich gingen. Sie hielt sich an die alten Ansichten, die der Sozialdemokratie in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus eigen waren, und betrachtete Rußland als das einzige Bollwerk der Reaktion, was angesichts der Tatsache, daß eine Reihe kapitalistischer Staaten sich in imperialistische Mächte verwandelt hatten, der Sachlage nicht mehr entsprach. Sie rief die deutsche Regierung auf, die Politik der Annäherung an England zu betreiben, und schloß die Augen davor, daß dieses sich ebenso wie Deutschland in eine imperialistische Macht verwandelt hatte und sogar früher als Deutschland danach zu streben begann, seine kolonialen Eroberungen weiter auszudehnen und seine Welt-hegemonie zu behaupten. Schließlich ignorierte sie einfach das Anwachsen der englisch-deutschen Gegensätze. Ihre Appelle zur Festigung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Bundesgenossen bedeuteten die politische Unterstützung des Dreibunds, einer Kombination, die von den Junkerhänden Bismarcks geschaffen worden war und sich schon kurz darauf in ein Werkzeug der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus verwandelte.

Die weitere Entwicklung der Nahostkrise zeigte, welche Ziele der deutsche Imperialismus verfolgte, als er die Politik der „Annäherung“ an Rußland betrieb. Es war das Bestreben, erstens, die Beziehungen zwischen Rußland und dem eigenen österreichisch-ungarischen Bundesgenossen nach Möglichkeit unter Kontrolle zu nehmen, und zweitens, die Bemühungen fortzusetzen, um durch Vertiefung der Unstimmigkeiten zwischen der Zarenregierung und dem französischen Kapital in der Türkei das französisch-russische Bündnis zu schwächen oder überhaupt zu sprengen. Das Wichtigste aber war das Bestreben, eine Verständigung zwischen England

und Rußland in Angelegenheiten des Nahen Ostens zu verhindern, um sie auf diesem Schauplatz aufeinanderzuhetzen, falls dies im Fernen Osten mißlingen sollte, wo man einen militärischen Konflikt zwischen ihnen auszulösen bemüht war. Kurzum, das war „die deutsche Politik des Spiels mit den Gegensätzen“<sup>25</sup>.

Da dieses Spiel von keinem Erfolg gekrönt war, brachte die deutsche Diplomatie den in der österreichisch-ungarischen Politik zutage tretenden Bestrebungen zur Annäherung an Rußland Wohlwollen entgegen, obwohl sie in der Praxis von verschiedenen und sogar widerspruchsvollen Klasseninteressen beeinflußt wurde. Die einflußreichen Kreise der Agrarier setzten die Kampagne für die Verstärkung des ökonomischen Krieges gegen Rußland fort, sprachen sich aber zugleich für die politische Annäherung an dieses aus. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die militärischen Kreise. Was aber die Großbourgeoisie anbetrifft, so traten auch in diesen Kreisen widerspruchsvolle Interessen zutage. Die Magnaten der Schwerindustrie gingen in einer Reihe von Fragen der Innen- und Außenpolitik mit dem reaktionären Junkertum zusammen. Einige Gruppen des Finanzkapitals mit der Deutschen Bank an der Spitze sowie Krupp entfalteten ihre Expansion im Nahen Osten, sie waren an der Unterstützung des Ottomanischen Reiches und zugleich an einer gewissen Annäherung an Rußland interessiert, um die imperialistische Rivalität mit England zu verstärken. Andere Kreise des deutschen Finanzkapitals, vorwiegend die mit der Londoner City verbundenen Banken sowie hanseatische Kreise und Schiffsreeder, die an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu England und zum Britischen Reich interessiert waren, erwiesen sich als Gegner einer Annäherung an Rußland. Diese und andere widerspruchsvolle Interessen der herrschenden Klassen fanden ihre Widerspiegelung im Kampf der politischen Parteien um die Frage der Orientierung der deutschen Diplomatie in den auswärtigen Beziehungen. Der immer schärfer werdende Kampf der Klassen und Parteien beschleunigte zweifellos das Heranreifen der Regierungskrise, die zum Teil durch die neuen Ereignisse, die sich im Nahen Osten abspielten, etwas aufgeschoben wurde. Im Frühjahr 1897 brach der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei aus.

Die deutsche Regierung hatte am Ausbruch dieses Krieges in nicht geringem Maße schuld. Sie betrieb ihren reaktionären Kurs auf Unterstützung der Sultanherrschaft zur Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegung der Balkanvölker sowie zur Sicherung der Expansion des deutschen Imperialismus nach der Türkei und blieb nicht bei der Politik der „Zurückhaltung“ gegenüber den griechisch-türkischen Gegensätzen. Indessen verschärfen sich diese Gegensätze durch den Aufstand der griechi-

<sup>25</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 21.

schen Bevölkerung auf Kreta, die eine Wiedervereinigung mit Griechenland forderte. Andererseits trachtete der englische Imperialismus danach, Griechenland zur Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen im Nahen Osten auszunutzen. Mehr noch, seine expansionistischen Ziele tarnte er geschickt durch großsprecherische Phrasen über „Hilfe“ an Griechenland. So wurde der heranreifende griechisch-türkische Konflikt von den imperialistischen Mächten geschürt. Er spiegelte die tiefen imperialistischen Antagonismen wider, vor allem zwischen Deutschland und England.

Anfang 1897 zeigten sich in der Politik der deutschen Regierung militärisch-interventionistische Tendenzen, die gegen Griechenland gerichtet waren. Diese Tendenzen riefen selbst unter einem bedeutenden Teil der herrschenden Klassen und ihrer politischen Parteien Unzufriedenheit hervor. Da die deutsche Regierung ohne bedeutende Flottenkräfte im Mittelmeer keine Möglichkeit hatte, diese Tendenzen offen zu verwirklichen, schlug sie den Kurs auf Entfaltung eines griechisch-türkischen Krieges ein. Als sich der militärische Sieg der Türkei endgültig abzeichnete, bemühte sich die deutsche Diplomatie, die neue Situation auszunutzen, um Griechenland Forderungen zu stellen, deren Erfüllung die Finanzinteressen der deutschen Besitzer griechischer Anleihen garantieren sollte. Die Erfüllung dieser Forderungen bedeutete zugleich auch eine gewisse Schwächung des englischen Einflusses in Griechenland. Das Hauptergebnis des griechisch-türkischen Krieges aber erblickte die deutsche Diplomatie in der Verstärkung ihres Einflusses in der Türkei und im Nahen Osten überhaupt. Diese Tatsache rief in England ernste Befürchtungen hervor.

Andererseits rief die Aktivität der englischen Politik in Südafrika neue Befürchtungen in den kolonialimperialistischen Kreisen Deutschlands wach. Der in diesem Zusammenhang in diplomatischen Kreisen Deutschlands entstandene neue Plan, von England einige koloniale Zugeständnisse zu erpressen, sogar durch Verzicht auf Einmischung in die Geschicke Transvaals, hatte keinen Erfolg. Die englischen Imperialisten zeigten noch keine Bereitschaft, in der Kolonialpolitik Zugeständnisse zu machen.\*Mehr noch, sie gaben sich Mühe, ihren deutschen Rivalen einen heftigen Schlag zu versetzen. Ein solcher war die Kündigung des englisch-deutschen Handelsvertrages.

Obwohl die wirtschaftliche Expansion des deutschen Imperialismus nach den Märkten des britischen Empire in ihrem Umfang und ihrer Bedeutung hinter der Expansion nach den Ländern Europas und Amerikas zurückstand, war sie trotzdem erheblich und zeigte die Tendenz zum weiteren raschen Wachstum. Außerdem hatte sie vom Standpunkt der künftigen Verwirklichung der Annexionspläne des deutschen Imperialismus auch

politische Bedeutung. Das ist der Grund, weshalb die Regierung und die herrschenden Klassen in Deutschland die Lösung des Handelsvertrages mit England als eine überaus wichtige Tatsache aufnahmen. Diese Tatsache wurde dadurch noch bedeutsamer, daß verschiedene Kreise der herrschenden Klassen in Deutschland – des Monopolkapitalismus und des Junkertums – auch durch die Verschärfung der Schutzzollpolitik des amerikanischen Imperialismus recht stark betroffen wurden. In diesen Kreisen entfaltete sich sofort ein recht scharfer Kampf um die Frage, wie man auf die Politik Englands und der USA reagieren und welche Schlüsse wirtschaftlichen und politischen Charakters Deutschland als Antwort auf diese Politik vorbereiten sollte. Der Verlauf und der Ausgang dieses Kampfes zwischen den herrschenden Klassen Deutschlands um das Schicksal der Handelsverträge mit England und den USA zeigten neue Tendenzen, die für die Gruppierung der Klassenkräfte in Deutschland und für die Richtung seiner Außenpolitik am Ende des 19. Jahrhunderts charakteristisch sind.

Die Ereignisse haben gezeigt, daß in dem Kampf, der sich zwischen Deutschland und England ebenso wie zwischen Deutschland und den USA um die Frage des Freihandels und der Schutzzölle entspann, ihre wachsende wirtschaftliche Rivalität, ihre koloniale Rivalität, zu einer Zeit, da die Aufteilung der Welt sich ihrem Ende näherte und in der Perspektive die Aufgabe ihrer Neuaufteilung auftauchte, zum Ausdruck kam. Kurzum, dieser Kampf um die Handelsverträge war ein Teil des allgemeinen imperialistischen Kampfes zwischen den Großmächten, den alten wie England, und den jüngeren wie Deutschland und die USA, die zur Expansion und zur Sicherung ihrer wachsenden wirtschaftlichen und politischen Ansprüche drängten. Ferner hat der Verlauf des englisch-deutschen wirtschaftlichen und politischen Kampfes, insbesondere im Zusammenhang mit dem Handelsvertrag, gezeigt, daß der Inhalt dieses Kampfes nicht der Zusammenstoß zwischen den Prinzipien des Freihandels und den Prinzipien des Protektionismus war, sondern die Tatsache, daß der deutsche Imperialismus nach einer Definition von W. I. Lenin, „frischer, kräftiger, organisierter ist und höher steht als der englische“<sup>26</sup>.

Auf diese Weise war die Frage des englisch-deutschen und des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages ein Ausdruck des Kampfes zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus, zwischen den deutschen und den amerikanischen Monopolen. Das bedeutet nicht, daß alle Gruppen des Finanzkapitals in Deutschland in diesem Kampf den gleichen Standpunkt einnahmen. Keineswegs! Einige Gruppen dieses Kapitals, einige deutsche

<sup>26</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 862.

Monopole waren – mit dem Finanzkapital Englands und der USA in bestimmter Weise verbunden – daran interessiert, den Kampf um die Frage der Handelsverträge nicht zu verschärfen und auch die politischen Beziehungen zu diesen Mächten nicht auf die Spitze zu treiben. Gleichzeitig stellte sich heraus, daß einige politisch recht einflußreiche Kreise des Junkertums, die am Schicksal dieser Verträge stark interessiert waren, sich aktiv in den imperialistischen Kampf gegen England und die USA einschalteten und diesem Kampf sogar einen aggressiven, militanten Charakter verliehen. Die Appelle zur Entfaltung der „Weltpolitik“ riefen auch zur Sammlung der reaktionären Elemente des Junkertums und der monopolistischen Bourgeoisie auf. Die sich abzeichnende „Sammlungspolitik“ bedeutete eine Verschärfung des Kampfes gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus, eine Stärkung der Reaktion auf dem Gebiet der Innenpolitik und weitere Entfaltung der Expansion und Aggression auf dem Gebiet der Außenpolitik. Unter diesen Verhältnissen wurde sowohl die politische als auch die ideologische Rolle des Alldeutschen Verbandes immer bedeutender. Die annexionistischen Pläne des aggressivsten Flügels des deutschen Imperialismus wurden immer umfassender. Diese Pläne gingen darauf aus, ein „Mitteleuropa“, das bereits das ganze Südosteuropa und sogar einen Teil der asiatischen Türkei mit einschließen sollte, sowie ein umfangreiches Kolonialreich in Afrika zu schaffen. Die „Sammlungspolitik“ bildete sich endgültig als Ergebnis der Regierungskrise aus, die durch die Verschärfung des Klassenkampfes im Jahre 1896 und insbesondere im Jahre 1897 herbeigeführt wurde.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung strebte danach, die Bedeutung dieser Krise zu bagatellisieren und stellte sie vorwiegend als bloße Äußerung des persönlichen Kampfes verschiedener politischer Gestalten oder als Ergebnis der Intrigen einzelner Hofcliquen dar. In Wirklichkeit aber wurde die Regierungskrise durch tiefgehende politische Verschiebungen verursacht, die in Deutschland als Folge davon eintraten, daß der junkerlich-bürgerliche Imperialismus – nachdem er sich formiert hatte – von der Regierung die Verwirklichung seiner Politik forderte, sowohl hinsichtlich bestimmter Formen des Kampfes gegen die Arbeiterklasse als auch hinsichtlich der Vorbereitung zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Es verging einige Zeit, bevor sich diese Politik endgültig herauskristallisiert hatte.

Der Kaiser und die ihn umgebende Clique hofften, daß es ihnen gelingen werde, einen Staatsstreich durchzuführen und auch noch das jämmerliche Schattenbild konstitutioneller Ordnung zu beseitigen, das im militaristischen, polizeilich-bürokratischen, junkerlich verpreußten Deutschland bestand. Aber selbst im Lager der reaktionären Bourgeoisie und des

Junkertums waren im gegebenen Augenblick bei weitem nicht alle Kreise bereit, die abenteuerlichen Pläne des Kaisers und seiner Umgebung zu unterstützen. Sie fürchteten, die Arbeiterklasse selbst werde imstande sein, diese Pläne zu durchkreuzen und im Verlauf des politischen Kampfes, der sich in einem solchen Fall unvermeidlich mit aller Kraft und Schärfe entfaltet hätte, ihre Positionen zu festigen. Die deutsche Bourgeoisie und das Junkertum sowie ihre politischen Parteien hatten in gleichem Maße Angst vor dieser Perspektive. Anderseits bestanden unter den herrschenden Klassen ernste Meinungsverschiedenheiten sowohl in der Frage der Formen des Kampfes gegen die Arbeiterklasse und gegen die erstarkende sozialistische Bewegung als auch in einer Reihe anderer Fragen der Innen- und Außenpolitik. Dabei stellte das von den imperialistischen Kreisen vorgebrachte Flottenbauprogramm, das von Admiral Tirpitz endgültig formuliert wurde, das Hauptproblem dar.

## 4

Der Kampf der Klassen um die Frage der Schaffung einer großen Kriegsflotte stellte eins der wichtigsten Momente der Geschichte Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts dar, und die Analyse der wichtigsten Phasen dieses Kampfes hat unserer Meinung nach wesentliche Bedeutung für das Verständnis der Gruppierung der parteipolitischen Kräfte, die sich zusammenschlossen, um die Reaktion auf allen Gebieten des Lebens, um die Expansion und die aktive Vorbereitung zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt, für die künftige Errichtung der Weltherrschaft des deutschen Imperialismus zu verstärken. Die Umstände, unter denen die Regierungskrise entstand, der Charakter der inneren Kräfte, die ihre Entwicklung und Beendigung durch teilweise Umstellung der an der Spitze einzelner Ämter stehenden Persönlichkeiten bestimmten, insbesondere die Umstände, unter denen solche Figuren wie Tirpitz und Bülow in die leitenden politischen Stellungen aufrückten, schließlich die für die damalige Zeit beispiellose von Krupp und anderen Vertretern des Monopolkapitals organisierte Kampagne für die „uferlosen Flottenpläne“ und in diesem Zusammenhang der Standpunkt der deutschen politischen Parteien, die die Interessen der besitzenden Klassen und ihrer einzelnen Gruppen repräsentierten – all das ist für das halbabsolutistische junkerliche und bürgerliche Deutschland, das den Weg der imperialistischen Entwicklung betreten hatte, äußerst charakteristisch und typisch.

Die Analyse der Regierungskrise und der um das imperialistische Tirpitzprogramm entfaltete Kampf der Klassen und Parteien bieten die Möglichkeit, am Beispiel Deutschlands die allgemeine, von W. I. Lenin

festgestellte, dem Imperialismus eigene historische Tendenz konkret darzustellen. „Auf der einen Seite die gigantischen Dimensionen des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals“, so schrieb Lenin, „das sich ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich nicht nur die mittleren und die kleinen, sondern selbst die kleinsten Kapitalisten und Besitzer unterwirft; auf der andern Seite der verschärfte Kampf mit den anderen national-staatlichen Finanzgruppen um die Verteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder – all das führt zum allgemeinen Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus. ‚Allgemeine‘ Begeisterung für seine Perspektiven, wütende Verteidigung des Imperialismus, seine Beschönigung in jeder nur möglichen Weise – das ist das Zeichen der Zeit. Die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein.“<sup>27</sup>

Diese von Lenin aufgedeckte historische Tendenz äußerte sich in den Ereignissen, die die Verstärkung der inneren Reaktion und die Entfaltung der äußeren Aggression des deutschen Imperialismus in den allerletzten Jahren des 19. Jahrhunderts kennzeichneten. Das waren die Jahre, als die deutsche Regierung und die herrschenden Klassen in der Atmosphäre des industriellen Aufschwungs die Offensive gegen die Werktätigen und in erster Linie gegen die Arbeiterklasse verschärften und darauf ausgingen, die Einführung einer neuen Variante der reaktionären Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten vorzubereiten. Das waren auch die Jahre der ideologischen Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Gerade damals begann die Bourgeoisie, unter Ausnutzung der Reformisten und Opportunisten vom Schlage Bernsteins, ihren Einfluß in der Sozialdemokratischen Partei und in der oberen Schicht der Arbeiterklasse zu verstärken, um sie in die Politik des Imperialismus einzubeziehen. Das waren Jahre des chauvinistischen Fiebers und der Entfaltung einer aktiven kolonialen Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus. Das waren schließlich Jahre, in denen sich in der äußerst aggressiven Außenpolitik des deutschen Imperialismus endgültig die Züge des Abenteuerturns abzeichneten, die dadurch vertieft wurden, daß das wachsende Finanzkapital und die Großmonopole – unter den Verhältnissen der Beendigung des Kampfes um die Aufteilung der Welt und bei den ersten Anzeichen des Kampfes um ihre Neuaufteilung – in ihrem Streben, möglichst rasch und möglichst viel „fette Bissen“ zu ergattern, durch die alten preußisch-militaristischen Traditionen starke Impulse erhielten.

Gestützt auf eine starke Armee, ohne jedoch schon eine starke Flotte erbaut zu haben, stürzte sich der deutsche Imperialismus in die „Welt-

<sup>27</sup> Ebenda, S. 857/858.



politik“ mit dem Ziel, seine Rivalen einzuschüchtern, sie zu trennen, ihre Gegensätze auszuspielen, sie zu erpressen und bei jedem von ihnen eine übertriebene Vorstellung von seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht zu erwecken. Die von der junkerlich-bürgerlichen Geschichtsschreibung und von der reaktionären nationalistischen Publizistik geschaffene Vorstellung von der deutschen „Machtpolitik“ stellte eine zusätzliche ideologische Waffe zur Einwirkung auf die Welt dar, die zum Objekt des Eroberungsdranges des deutschen Imperialismus wurde. Seine Kräfte überschätzend, strebte der deutsche Imperialismus an, daß seine Rivalen und eventuellen Gegner ihre eigenen Kräfte in gleichem Maße unterschätzen sollten. In diesem Streben, die Rolle der Kraft und der Gewalt in den Vordergrund zu rücken, offenbarte sich nicht nur der Faktor, der, wie Engels hervorhob<sup>28</sup>, so große Bedeutung in der Geschichte des alten Preußens und in der Geschichte der Entstehung Großpreußens, das heißt Deutschlands, gehabt hat. Darin offenbarte sich auch ein qualitativ neuer Umstand, der gerade dem monopolistischen Kapitalismus eigen war. „Denn unter dem Kapitalismus“, so erklärte W. I. Lenin, „ist eine andere Grundlage für die Verteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. als die *Stärke* der Beteiligten, ihre allgemein-wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke aber der Beteiligten ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Truste, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben.“ In diesem Sinne ist die kapitalistische Stärke Deutschlands im Vergleich zu der Stärke Englands gegen Ende des 19. Jahrhunderts bedeutend gewachsen. Später schrieb Lenin aus diesem Anlaß: „Ist die Annahme ‚denkbar‘, daß das Kräfteverhältnis unter den imperialistischen Mächten... *unverändert* geblieben sein wird? Absolut undenkbar.“<sup>29</sup>

Die Veränderungen im Kräfteverhältnis, die sich in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts abzeichneten, traten mehr oder minder in einer Reihe von Ereignissen zutage, die damals die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus bestimmten. Als Anfang diente der Einfall des deutschen Imperialismus in China. Dieser aggressive Akt, der seit langem, schon seit den Zeiten des Japanisch-Chinesischen Krieges 1894 bis 1895, vorbereitet wurde, stellte keineswegs eine Antwort auf ähnliche aggressive Handlungen anderer imperialistischer Mächte dar. Wenn die deutschen bürgerlichen Plutarchen das Gegenteil behaupten, dann lügen

<sup>28</sup> Friedrich Engels, „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, S. 1053 ff.

<sup>29</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 867.

sie ganz einfach. In dem Bestreben, die Forderungen bestimmter Gruppen des deutschen Kapitals, die zur Expansion nach dem chinesischen Markt drängten, zu befriedigen, in dem Bestreben, die sich aus der Regierungskrise ergebende günstige politische Situation in Deutschland sowie die Situation im Fernen Osten, die durch die japanische Aggression in China verursacht worden war, auszunutzen, beschloß die in Deutschland regierende Clique, ihren Eroberungsplan zu verwirklichen, und zwar in größter Hast, um die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nicht einmal diplomatisch war dieser Aggressionsakt ausreichend getarnt. Er war ein Abenteuer reinsten Wassers, das jedoch günstig auslief und die imperialistischen Gelüste der herrschenden Klassen und ihrer politischen Parteien in Deutschland nur noch stärker entfachte. Nur die Sozialdemokratische Partei trat der Eroberungspolitik der deutschen Regierung in China entgegen. Besonders stark und überzeugend wurde diese Politik von Bebel entlarvt. Aber selbst dieser hervorragende Führer der deutschen Arbeiter unterschätzte sowohl den Charakter als auch die Bedeutung und die Folgen des räuberischen deutschen Einfalls in China. Noch weniger wurden die Ereignisse, die sich im Fernen Osten abspielten, von Wilhelm Liebknecht begriffen. Er vertrat auch in diesem Fall die bereits veraltete Auffassung, wonach die deutsche Politik angeblich den Interessen des russischen Zarismus untergeordnet wurde. Somit wurde die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratischen Partei nicht durch richtige Lösungen zum Kampf gegen die sich entfaltende Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus mobilisiert.

Im vorliegenden Fall diente diese Politik auch als Anstoß für die anderen imperialistischen Mächte, die gleichfalls beschlossen hatten, sich auf das aktivste an der Aufteilung Chinas zu beteiligen. Nachdem die deutsche Diplomatie mit Hilfe des Lavierens zwischen Rußland und England einen Erfolg erreicht hatte, beschloß sie, auch künftig diese Politik der „freien Hand“ fortzusetzen, die im Grunde eine Politik der Schürung der Gegensätze zwischen diesen Mächten darstellte.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung versuchte beharrlich nachzuweisen, daß die Politik der „freien Hand“, unabhängig davon, wie man ihre praktischen Ergebnisse beurteilt, die Haupttendenzen der deutschen Diplomatie, die durch die geographische Lage Deutschlands in Mitteleuropa und durch das historisch entstandene Lavieren zwischen Rußland und England – zunächst in Angelegenheiten der europäischen und dann der „Weltpolitik“ – hervorgerufen worden seien, zum Ausdruck gebracht habe. Dabei maß sie der diplomatischen Kunst der preußisch-deutschen Politiker – Bismarcks und seiner Nachfolger – besondere Bedeutung bei. Von diesem Standpunkt aus betrachtete sie sowohl die englisch-deutschen Besprechungen

über ein Bündnis gegen Rußland im Jahre 1898 als auch ihr schwaches Rezidiv im Jahre 1899.

Indessen hatte der Mißerfolg dieser Besprechungen nicht nur diplomatische, sondern auch weitaus tiefere Gründe: wirtschaftliche, politische und ideologische. Die auf Anregung englischer Imperialisten vom Schlage Joseph Chamberlains aufgenommenen Besprechungen legten das Wachstum der englisch-deutschen imperialistischen Gegensätze auf verschiedenen Schauplätzen der „Weltpolitik“, damals unter anderem in China, bloß. Obwohl es unter den herrschenden Klassen in Deutschland ebenfalls einzelne Gruppen gab, die aus verschiedenen Motiven geneigt waren, ein engeres Abkommen mit dem englischen Imperialismus zu suchen, betrachteten die einflußreichsten, die leitenden Elemente des Junkertums und des Finanzkapitals England bereits als ihren Feind und traten der Idee des militärisch-politischen Bündnisses mit diesem entschlossen entgegen.

Eine nicht geringe Rolle spielten dabei solche Momente wie erstens das Bestreben, ein eigenes umfassendes Eroberungsprogramm auf dem Gebiet der „Weltpolitik“ durchzuführen, zweitens das Bestreben, das von imperialistischen Kreisen diktierte Flottenbauprogramm zu verwirklichen, und drittens die Furcht vor einem militärischen Zusammenstoß mit Rußland, der sich für Deutschland unvermeidlich in einen Zweifrontenkrieg verwandelt hätte. In diesem Fall hätte sich Deutschland in einen Landsknecht des englischen Imperialismus verwandelt.

Trotz der wachsenden Gegensätze zum zaristischen Rußland war die deutsche Regierung damals aus einer Reihe von Gründen bestrebt, einen militärischen Zusammenstoß mit diesem zu vermeiden. Unter dem Vorwand einer Politik der Annäherung an Rußland war sie bestrebt, dieses in einen Krieg gegen England zu stoßen, das französisch-russische Bündnis damit zu schwächen oder gänzlich zu sprengen und zugleich die günstigsten Voraussetzungen für die Entfaltung der Expansion des deutschen Imperialismus zu schaffen. Aber die Klassenstruktur des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus, seine widerspruchsvollen Interessen auf dem Gebiet der Außenpolitik setzten der Annäherung an Rußland oder an England Grenzen, die von der deutschen Diplomatie nicht überschritten werden durften. Dafür rechnete die deutsche Diplomatie darauf, durch Androhung einer Annäherung an eine der Parteien von der anderen Partei diese oder jene Zugeständnisse zu erpressen. Auf diese Weise stellte die Politik der „freien Hand“ eine Politik des einfachen Betrugs und der Erpressung dar.

Die Politik des Lavierens zwischen England und Rußland war das übliche deutsche Spiel mit den Gegensätzen, das nicht durch die geographische Stellung Deutschlands oder durch begabte oder unbegabte Leiter seiner

Diplomatie bestimmt wurde, sondern durch die widerspruchsvollen Interessen seiner herrschenden Klassen und Parteien, durch die Interessen des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus.

Um diese Interessen zu befriedigen, erreichte die deutsche Diplomatie ein Abkommen mit England über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien. Späterhin unternahm sie einen energischen Versuch, den Überfall des amerikanischen Imperialismus auf den Kolonialbesitz des wirtschaftlich rückständigen, halbfeudalen, reaktionären Spaniens auszunutzen, um der Welt die Absicht des deutschen Imperialismus zu verkünden, sich an dem beginnenden Kampf um die Neuaufteilung der Welt auf das aktivste zu beteiligen. Dieses Eingreifen des deutschen Imperialismus in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt geschah an dem historischen Wendepunkt, als eine neue Kraft, ein neuer Räuber, der junge amerikanische Imperialismus, die Weltarena betrat und ebenfalls gierig danach strebte, seine stürmisch erwachten Eroberungsgelüste zu befriedigen. Der erste politische Zusammenstoß zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Imperialismus führte zu keiner kriegerischen Auseinandersetzung, da es gelang, die zwischen ihnen zutage tretenden kolonialen Gegensätze durch Aufteilung spanischen Besitzes zu lösen. Aber dieser Zusammenstoß im Stillen Ozean weckte die expansionistischen Gelüste Deutschlands und der USA in noch größerem Maße.

Was Deutschland anbetrifft, so äußerten sich die Gelüste seiner imperialistischen Kreise gleichzeitig in verschiedenen Richtungen. Das fand seinen Ausdruck erstens in der aktiven Einmischung der alldeutschen Imperialisten und der offiziellen deutschen Diplomatie in die inneren Angelegenheiten des verbündeten Österreich-Ungarns mit dem Ziel, die nationale Bewegung der slawischen Völker zu unterdrücken, zweitens in dem verstärkten Vordringen des deutschen Imperialismus nach dem Balkan und insbesondere nach Kleinasien in Richtung zum Persischen Golf (Konzession auf die Bagdadbahn) und drittens in der Aufteilung der Samoainseln sowie im Erwerb ihres englischen Teils. In den inneren Angelegenheiten fand die „Sammlungspolitik“ der herrschenden Klassen – des Junkertums und des Monopolkapitals – ihren Ausdruck im Kampf gegen die Streikbewegung, in der Vorlage neuer reaktionärer Gesetze gegen die Arbeiterklasse und gegen die nationalen Minderheiten (insbesondere gegen die Polen), in der Annahme des Gesetzes über den Bau einer großen Kriegsflotte und in der Schaffung des Flottenvereins mit dem Ziel, ein neues erweitertes Gesetz vorzubereiten. Seinerzeit vermerkte W. I. Lenin die enge wechselseitige Verbindung und die wechselseitige Abhängigkeit dieser Ereignisse der inneren und äußeren Politik der herrschenden Klassen Deutschlands voneinander.

So notierte Lenin in dem „Versuch einer Zusammenstellung der Hauptdaten der Weltgeschichte nach 1870“, als er die Hauptereignisse des Jahres 1898 hervorhob, die den Anfang einer „neuen Epoche der Weltgeschichte“<sup>30</sup> bedeuteten, folgende Daten: „Spanisch-Amerikanischer Krieg, Faschoda (England und Frankreich teilen sich Afrika, 21. 3. 1899), Wilhelm II. in Jerusalem, zweiter Gesetzentwurf über die Polen (Deutschland), Bewegung ‚Los von Rom‘ in Österreich, erstes Gesetz über die Flotte (Deutschland) (am 30. 4. 1898 der Flottenverein gegründet)“. Für die folgenden Jahre – 1899 und 1900 – hob Lenin in der Geschichte Deutschlands folgende Ereignisse hervor: 1. „Deutschland nimmt sich die Karolinen, Sawaii und andere Inseln“, 2. „Das zweite Flottengesetz in Deutschland“.<sup>31</sup> In unserer Forschung haben wir versucht, die historische Bedeutung dieser Ereignisse der Innen- und Außenpolitik des deutschen Imperialismus an der Schwelle des 20. Jahrhunderts aufzudecken.

Das war ein Wendepunkt nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern auch in der ganzen Weltgeschichte, der Augenblick, da „der Kapitalismus endgültig in die letzte Phase seiner Entwicklung hinüberwuchs“, da die Welt sich als unter den kapitalistischen Hauptmächten restlos aufgeteilt erwies, da vor diesen die Aufgabe stand, den Kampf um die Neu-aufteilung der Welt aufzunehmen. In Deutschland war diese Aufgabe, genauso wie in einigen anderen imperialistischen Ländern, unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes, der verstärkten Reaktion in der Innenpolitik, des verstärkten Einflusses der Bourgeoisie auf einige Schichten der Arbeiterklasse, unter den Bedingungen der Formierung des Opportunismus und Reformismus in der Sozialdemokratischen Partei, unter den Bedingungen einer verstärkten außenpolitischen Expansion und einer verstärkten Rivalität mit dem englischen Imperialismus zu lösen. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts wurde die englisch-deutsche Rivalität zu der wichtigsten imperialistischen Rivalität, die zum Weltkrieg führte.

## 5

Es ist äußerst wichtig, darauf hinzuweisen, daß die englisch-deutschen imperialistischen Gegensätze schon in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts wahrhaft Weltmaßstab angenommen hatten. Schon damals begannen die Fragen der „Weltpolitik“ in der Außenpolitik und in der Diplomatie des deutschen Imperialismus eine immer dominierendere Rolle zu spielen, und zwar nicht nur in der Ideologie, sondern auch in der All-

<sup>30</sup> W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, S. 4.

<sup>31</sup> В. И. Ленин, «Тетради по империализму», S. 632/633.

tagspraxis. Die bürgerliche Geschichtsschreibung der deutschen Außenpolitik und Diplomatie pflegt europäische Probleme, darunter die Balkanprobleme, in den Vordergrund zu rücken. Dabei befaßt sie sich gewöhnlich damit, vorwiegend die diplomatische Äquilibriumistik Deutschlands zwischen Rußland und England im System der *europäischen* diplomatischen Kombinationen zu betrachten. Ein solches Vorgehen der bürgerlichen Geschichtsschreibung entspringt zwei Motiven. In ihm offenbaren sich erstens die Traditionen der alten junkerlichen Ansichten über die Rolle Preußens und Deutschlands auf dem europäischen Kontinent und zweitens das Bestreben der herrschenden Klassen, den räuberischen Charakter der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus zu vertuschen und die Bedeutung des Kolonialproblems überhaupt zu bagatellisieren. All das hat eine Art „Europazentrismus“ der bürgerlichen Geschichtsschreibung hervorgebracht, die die Vorstellung aufzuzwingen versucht, als sei nur „die große Politik der *europäischen* Kabinette“ der Demiurg der neuzeitlichen Geschichte. In der vorliegenden Forschung haben wir nachzuweisen versucht, daß schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als sich Deutschland endgültig in eine imperialistische Macht verwandelte, die außereuropäischen und kolonialen Probleme in der deutschen Außenpolitik und Diplomatie in engster wechselseitiger Abhängigkeit zu den kontinentaleuropäischen Problemen standen. Genauso war auch die historische Haupttendenz. Deshalb hält der „Europazentrismus“ der bürgerlichen Geschichtsschreibung in wissenschaftlicher Hinsicht keinerlei Kritik stand, während er vom politischen Standpunkt aus einfach eine der Abarten der Verteidigung des deutschen Imperialismus und seiner Diplomatie darstellt.

Die deutsche bürgerliche Geschichtsschreibung und ihre reaktionären Nachfolger im Ausland haben sich nicht wenig Mühe gegeben, um zu beweisen, daß die historische Hauptaufgabe der Außenpolitik und der Diplomatie des Deutschen Reiches angeblich darin bestanden habe, die mit der geographischen Lage Deutschlands im Zentrum Europas verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden. Sie versuchte zu behaupten, daß diese Aufgabe einen rein defensiven Charakter trug. Mehr noch, sie brachte es fertig, sogar die Politik der kolonialen Eroberungen als eine zweitrangige Hilfsaufgabe darzustellen, die von der Notwendigkeit diktiert war, erstens den innerhalb der Grenzen Deutschlands selbst unzureichenden „Lebensraum“ zu ergänzen und zweitens die Aufmerksamkeit der rivalisierenden Mächte von den europäischen Grenzen Deutschlands abzulenken. Im allgemeinen wurde gewöhnlich die These vorgebracht, Deutschland habe nur durch die Errichtung seiner „Machtpolitik“ in der Welt die Unantastbarkeit seiner Reichsgrenzen in Europa gewährleisten können. Daraus folgte dann die Rechtfertigung des deutschen Militarismus und der Not-

wendigkeit der ständigen Festigung einer starken autoritären Macht in Deutschland.

Diese reaktionäre apologetische Konzeption erwies sich als so verbreitet, daß sie selbst nach den Erfahrungen der beiden vom deutschen Imperialismus entfesselten Weltkriege diesmal in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Wiedergeburt erlebte. So erklärte Professor Gooch, der Präsident des Instituts für Soziologie, in seinen Vorlesungen über das Thema „Der deutsche Geist und die deutsche Denkweise“, die er 1945 in London hielt: „Wenn Deutschland ebenso wie alle anderen Staaten ein Nationalstaat werden sollte, so konnte es dies nur dadurch erreichen, daß es eine starke Vollzugsgewalt, eine furchtgebietende Armee und ein diszipliniertes Volk besaß. Ein Land, das offene Grenzen hat und von feindlichen Nachbarn umgeben ist, spürte die ihm drohenden Gefahren in einem Maße, wie es sich die Engländer schwerlich vorstellen können.“

Noch aktiver trat Churchill, eine der Säulen der aggressiven Politik des englischen Imperialismus, als Verteidiger der reaktionären Elemente auf. In seinem Buch „Der zweite Weltkrieg“, das 1948 herausgegeben wurde, bedauert Churchill, daß nach der Niederlage Deutschlands im Jahre 1918 „alle die starken militärischen und feudalen Elemente, die sich um eine konstitutionelle Monarchie geschart hätten . . . , zunächst einmal zerrüttet waren“. In der Unterstützung dieser reaktionären und aggressiven Elemente erblickt er eine der historischen und politischen Hauptaufgaben des englischen und amerikanischen Imperialismus. Es ist klar, daß diese Konzeption die Wiedergeburt des militaristischen und imperialistischen Deutschlands zum Ziel hat und daß, wie W. M. Molotow hervorhob, die Folge davon wäre, „daß die Revancheidee wieder ihr Haupt erhebt, der Chauvinismus, für den der Boden in Deutschland so günstig ist, aufblüht und die Voraussetzung für das Aufkommen neuer Bismarcks oder gar neuer Hitlers geschaffen würde“<sup>32</sup>.

In unserer Untersuchung haben wir zu zeigen versucht, daß der deutsche Imperialismus schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts in gleichem Maße eine Brutstätte der Kriegsgefahr darstellte wie der englische Imperialismus, der bekanntlich gewöhnt ist, sich von fremden Händen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Schon damals verfolgte die Außenpolitik des deutschen Imperialismus keine defensiven, sondern offen aggressive Ziele. Was aber seine Diplomatie anbetrifft, so löste sie, wie wir gesehen haben, auf den wachsenden Militarismus und Marinismus gestützt, die Aufgabe, diese Ziele zu sichern. Schon in den ersten Etappen seiner Bildung und seines Wachstums erblickte der deutsche Imperialismus seine Eroberungsziele in gleichem Maße in den Kolonien wie auf dem euro-

<sup>32</sup> W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, S. 425.

---

päischen Kontinent. Andererseits strebte er danach, eine Reihe europäischer Länder, darunter auch die riesigen Gebiete Rußlands, in ein Kolonialanhängsel des sogenannten Mitteleuropas zu verwandeln. In den aggressiven Kreisen des deutschen Imperialismus ebenso wie in den Kreisen des englischen und des amerikanischen Imperialismus kam die Idee der Weltberrschaft um die Jahrhundertwende auf. Das war eine Idee, die historisch zum Scheitern verurteilt war. Gerade zu gleicher Zeit trat eine neue, wachsende, antiimperialistische Kraft in die Weltarena. Im Jahre 1900 glühte erstmalig die „Iskra“ Lenins auf. Ihr Motto waren die großen prophetischen Worte: „Aus dem Funken wird die Flamme schlagen.“





## Register

## Quellen- und Literaturhinweise

### *I. Klassiker des Marxismus-Leninismus*

- Marx, Karl*, „Zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953. 413
- „An den Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, 1. September 1870; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband, Dietz Verlag, Berlin 1954. 39 176
- Brief an Friedrich Engels, 2. November 1858; Karl Marx/Friedrich Engels, *Briefwechsel*, I. Band, Dietz Verlag, Berlin 1949. 760
- „Das Elend der Philosophie“, Dietz Verlag, Berlin 1952. 759
- „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I. 21
- „Das Kapital“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953. 482
- „Kritik des Gothaer Programms“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953. 39
- Engels, Friedrich*, „Die Armeen Europas“; К. Маркс и Ф. Энгельс, *Сочинения*, Bd. X. (Artikel in „Putnam's Monthly“, 1855.) 82 83 91
- Brief an Bebel. 20./23. Januar 1886; Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Teil I, Moskau 1933. 43
- Brief an Bebel, 18. August 1886; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband. 767
- Brief an Wilhelm Liebknecht, 4. Februar 1885; Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Teil I. 76
- „Einleitung zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich““; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I. 81
- „Kann Europa abrüsten?“, Separatabdruck aus dem „Vorwärts“, Nürnberg 1893. 40
- „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ in „Die Neue Zeit“, Achter Jahrgang, Heft 5. 766
- ebenda, siehe auch Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband. 313 761
- „Prinzipien des preußischen Militärsystems“; К. Маркс и Ф. Энгельс, *Сочинения*, Bd. XIII, Teil II. (Artikel in „Pall Mall Gazette“ Nr. 1764 vom 8. Oktober 1870.) 82
- „Rede in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin am 22. September 1893“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband. 50/51
- „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband. 36 119 413 786
- „Der Sozialismus des Herrn Bismarck“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband. 47

- „Was nun?“; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband.
- „Zur Wohnungsfrage“, Vorwort zur zweiten Auflage; Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I. 49
- Lenin, W. I.*, „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905—1907“, Dietz Verlag, Berlin 1952. 48 767
- „August Bebel“; Lenin/Stalin, „Über August Bebel“, Dietz Verlag, Berlin 1948.
- „Brief an die amerikanischen Arbeiter“; „Über den Kampf um den Frieden“, Dietz Verlag, Berlin 1951. 638
- „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953. 41 42 48 49 51 52/53 54 57 58 67 74 76 122 393 409 566 618 655 757 765 770 782 785 786
- „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1954. 74 483 556 637 790
- „Über die Junius-Broschüre“; siehe Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951. 765
- „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I. 769 773
- „Karl Marx, Friedrich Engels. Eine Einführung in den Marxismus“, Dietz Verlag, Berlin 1953. 759
- „Sozialismus und Krieg“, Dietz Verlag, Berlin 1951. 22
- „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, Dietz Verlag, Berlin 1950. 762
- „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, Dietz Verlag, Berlin 1951. 77
- Ленин, В. И., «Война и революция», Сочинения, т. 24. 22 23 47 67 614 769
- «Защита империализма, прикрытая добренькими фразами», Сочинения, т. 24. 170
- «Капитализм и „парламент“», Сочинения, т. 18. 283
- «Китайская война», Сочинения, т. 4. 543
- «О карикатуре на марксизм», Сочинения, т. 23. 23
- «О „левом“ ребячестве и о мелкобуржуазности», Сочинения, т. 27. 80
- «О сепаратном мире», Сочинения, т. 23. 22
- Письмо к Инессе Арманд, 19 января 1917 г.; «Большевик», 1949, № 1. 769
- «Под чужим флагом», Сочинения, т. 21. 356
- «Против бойкота», Сочинения, т. 13. 81
- «Развитие капитализма в России», Сочинения, т. 3.
- «Социальное значение сербско-болгарских побед», Сочинения, т. 18. 358
- «Тайны внешней политики», Сочинения, т. 24. 21
- «Тетради по империализму», Москва 1939. 18 21—23 41 54 58 61 68 268 270 305 393 481 515 598 630 681 685 718 757 771 790
- «Уроки кризиса», Сочинения, т. 5. 43 482 586
- «Экономическое содержание народничества и критика его в книге Г. Струве», Сочинения, т. 1. 762
- Stalin, J. W.*, „Antwort des Genossen Stalin auf den Brief des Obersten Professor Dr. Rasin“ siehe in „Neue Welt“, Heft 7/1947. 93
- „August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter“, Werke, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1953. 24 550 738 739

- „Eine Besprechung mit Studenten der Sun-Yat-sen-Universität“; Werke, Bd. 9, Dietz Verlag, Berlin 1953. 774
- „Über Engels' Artikel „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums““; Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 2. Halbband. 24 313 354 722 761/762
- ebenda, siehe «Большевик», 1941, № 9. 552 766
- „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1952. 24
- „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, Dietz Verlag, Berlin 1952. 14 24 780
- „Marxismus und nationale Frage“, Werke, Bd. 2. 352 664
- „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“, 18.—31. Dezember 1925, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, 18. Dezember; Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1952. 24 40 176 726 730
- „Rede in der Versammlung der Arbeiter der Stalin-Eisenbahnwerkstätten der Oktober-Eisenbahn“, 1. März 1927; Werke, Bd. 9. 638
- „Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau“, 9. Februar 1946, Dietz Verlag, Berlin 1952. 769
- „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation“, Werke, Bd. 10, Dietz Verlag, Berlin 1953. 764
- Сталин, И. В., «Об оппозиций», Статьи и речи 1921—1927 гг., Москва/Ленинград 1928.
- „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1953. 24 757

## *II. Quellen*

### 1. Архив внешней политики России Министерства иностраннных дел СССР

(Archiv der Außenpolitik Rußlands beim Ministerium  
für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR)

#### а) Фонд Канцелярии министра (Akten der Kanzlei des Ministers)

- 1894, Nr. 17. 257 378 483
- Nr. 70, Portatifs Expédition.
- Nr. 109.
- 1895, Nr. 17, Berlin, Ambassade Impériale. 121 125 129 152 153 156 199 204 483 487 491—496 498
- Nr. 18, Berlin, Ambassade Impériale. 488—490
- Nr. 19, Berlin, Ambassade Impériale.
- Nr. 80.
- Nr. 81.
- Nr. 82.
- Nr. 112.
- 1896, Nr. 17. 297
- Nr. 19, Berlin, Ambassade Impériale, Réception. 161 164 227 238 241 271 274 301 305—308 326 334 346 416 420
- Nr. 20, Berlin, Expédition. 306 315 326 359
- Nr. 115, Berichte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

- Nr. 128, Londres, Ambassade Impériale, Réception. 160 165 228 239 251  
 253 254 257 271 306  
 Nr. 129, Paris, Telegramme. 240  
 Nr. 139, Paris, Réception.  
 Nr. 140, Paris, Morenheim, Expédition.  
 Nr. 149, Portatifs Expédition.  
 Nr. 169, Vienne, Réception. 236 238 240 245 306 307 316  
 Nr. 170, Vienne, Réception. 238  
 Nr. 220, Instruktionen an Nelidow.  
 1897, Nr. 21, Berlin, Ambassade Impériale, Réception I. 287 344 379 380 401 410  
 417 418 420 421 436 440 449 454—456 472 505 521 531 539 541 668 677 708  
 Nr. 22, Berlin, Ambassade Impériale, Réception II. 677  
 Nr. 23, Berlin, Ambassade Impériale, Réception III. 107 373 422 455  
 Nr. 74, Londres, Ambassade Impériale.  
 Nr. 75, Londres, Ambassade Impériale.  
 Nr. 87, Portatifs Expédition.  
 Nr. 116, Berichte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.  
 1898, Nr. 69.  
 Nr. 82.  
 Nr. 117, Berichte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.  
 1899, Nr. 118, Berichte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.  
 1900, Nr. 17, Berlin, Ambassade Impériale. 691 696 743 745  
 Nr. 18, Berlin, Ambassade Impériale.  
 Nr. 27, Constantinopol. 694  
 Nr. 28, Constantinopol. 694 695  
 Nr. 37, Berlin. 693 695 722  
 Nr. 64, Londres, Ambassade Impériale.  
 Nr. 88, Rome, Ambassade Impériale.  
 Nr. 103, Portatifs Expédition.  
 Nr. 119, Berichte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.  
 Nr. 120, Berichte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.  
 Nr. 166, Vienne, Ambassade Impériale.

b) Фонд Политического архива  
 (Akten des politischen Archivs)

- 1896, Nr. 894, Allgemeiner Schriftwechsel.  
 Nr. 895, Kreta, Telegramme.  
 1897, Nr. 896, Kreta, Berichte und Briefe des Konsuls.  
 Nr. 897, Kreta, Allgemeiner Schriftwechsel.  
 Nr. 898, Kreta, Allgemeiner Schriftwechsel.  
 1897—1898, Nr. 2117, Verschiedene Dokumente und allgemeiner Schriftwechsel.  
 170 631/632  
 1896—1913, Nr. 5318, Chronik der diplomatischen Geschichte Kretas.  
 1897, Nr. 5319, Kretafrage.  
 1900, Nr. 53. 694 695  
 Nr. 78.  
 Nr. 840. 721  
 Nr. 2121. 721 744 745  
 Nr. 3622, Über die Konzession Kapnists.  
 Nr. 3623, Aufzeichnungen Maximows.

c) Фонд Секретного архива  
(Akten des Geheimarchivs)

1895—1896, Nr. 154, Türkei, die armenischen Ereignisse. 323

1897, Nr. 161, Das österreichisch-russische Abkommen.

d) Фонд Тихоокеанского стола  
(Akten der Abteilung Stillen Ozean)

Nr. 60. 600 604—607 609

e) Фонд Японского стола  
(Akten der Abteilung Japan)

605

2. Центральный Государственный Исторический Архив  
(в Ленинграде) Фонд 560, опись 28

(Zentrales Staatliches Historisches Archiv in Leningrad, Fonds 560, Liste 28)

Akte Nr. 809. 599 600 601 603—606 608

3. Veröffentlichte Dokumente

«Красный архив», Bd. I, 1922, „Russisch-deutsche Beziehungen. Geheimabkommen zwischen Rußland und Deutschland im Jahre 1887“. 178

— Bd. I, „Projekt der Inbesitznahme des Bosphorus im Jahre 1897“. 329

— Bd. XVIII, „Die zaristische Diplomatie über die Aufgaben Rußlands im Osten im Jahre 1900“.

— Bd. XLVII—XLVIII, „Auslandsreise M. N. Murawjows im Jahre 1897“, Bericht des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, M. N. Murawjow, 4. Februar (23. Januar) 1897. 342—345

— Bd. XLVII—XLVIII, „Projekt der Inbesitznahme des Bosphorus im Jahre 1896“, Notiz A. I. Nelidows vom 30. (18.) November 1896. 320 325 326 329 332 334

— Bd. L—LI, „Zur Geschichte der ersten Haager Konferenz“. 726

— Bd. LII, „Die ersten Schritte des russischen Imperialismus im Fernen Osten, 1888—1903“. 504 529/530

— Bd. LIV—LV, „Neue Materialien über die Haager Friedenskonferenz.

— Bd. LVI, „Die englisch-deutsche Annäherung im Jahre 1898“. 562 563 611 632 633

— Bd. LX, „Der spanisch-britische Konflikt 1898/1899“. 657

— Bd. LXXXVII, „Eroberung Kiautschous durch Deutschland im Jahre 1897“. 507—509 512 514—516 520 521 523 524 526 528—530 536—538

— Bd. XCII, „Bericht van der Fleets“. 747

Гримм, Э. Д., «Сборник договоров и других документов по истории международных отношений на Д. Востоке (1842—1925)», М. 1927. 537 542 543 713

«Переписка Вильгельма II с Николаем II», Центрархив, М. 1928. 511 611/612

Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik, 1896.

„Annual Statement of Trade of the United Kingdom with Foreign Countries and British Possessions“, 1899. 397

„Bericht der Handelskammer“, 1896. 322

- „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894–1914“. Herausgegeben und eingeleitet von Professor Dr. Walter Goetz, Berlin 1920. 94 136 155 286 288 292 307 356 490 497 498 540 559 563 610/611 682 684 685
- „British Documents on the Origins of the War, 1898–1914“. Edited by G. P. Gooch and Harold Temperley. 19 121 124 132 143 149 173 227 533 537 538 542 564 568 596 612–614 617 628 630 635 728
- „Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95“. Reichstagsdrucksachen 1896, Nr. 88. 260
- „Denkschrift des Reichsmarineamtes. Die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern“, 1900. 58
- „Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“. Zusammen- gestellt im Reichsmarineamt, Reichstag 1905–1906, Zweiter Anlageband, Akten- stück Nr. 67. 58–60 182 210
- „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“, Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme, Berlin. 18
- Bd. 3. 176
- Bd. 4. 173/174 178
- Bd. 7. 212
- Bd. 8. 214 215
- Bd. 9. 480 484–488 490 494
- Bd. 10. 174 189–193 195–207 214–221 223
- Bd. 11. 127 128 130–142 144–148 150–152 154–162 169 189 224–243 246 bis 249 271–273 280 290 293 295–298 300–303 566
- Bd. 12. 187 265 272 274–279 281 282 301 323–327 329–332 335–341 349–355 357–367 371–373 375–380 382 383 678–682 685
- Bd. 13. 264 307 316 318 321 322 341 343 345 349 383 384 386–389 400 406 407 505 518 522 563 652 668 669 672 673–675 693 725
- Bd. 14. 269 270 480 487 498–500 502–506 508 510–514 516–523 527–530 532–536 540 541 557 564 567–576 578 579 581 584 585 587–589 593–597 612–614 617–625 627–630 633 634 686 687 689–692 699 702–706 713 722
- Bd. 15. 627 644–648 650–654 656 657 688 702 703 710 711 714–718 721 725 727–729 744
- Bd. 17. 689 695 697
- „The Parliamentary Debates“, Nr. 12, Bd. XLI, Fifth volume of Session 1896. 251
- „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895, Ber- lin 1895.
- „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896, Ber- lin 1896.
- „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Ber- lin 1898. 548/549 554 591
- „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899. 661 724 738
- „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, 1896–1900. 146 148 249 444 457 531 532 595 646 718 742



- „Die Sowjetunion und die Frage der Einheit Deutschlands und des Friedensvertrages mit Deutschland“, Dietz Verlag, Berlin 1952. 10
- „Statistical Tables and Cards relating to the British and Foreign Trade and Industry 1854—1908“, Bd. CII.
- „Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages“.
- 1876, Bd. I. 266
- 1890, Bd. II. 267
- 1896, Bd. II. 125 162—164 168 257—262 357 422—427 501
- Bd. III. 263 292
- Bd. IV. 263 264 292 501
- Bd. V. 292 308—312 314—317 424
- 1897, Bd. VII. 357 363 367 368 371 374 375 392 440—443
- Bd. VIII. 389 391 393—395
- Bd. I. 439 470—474 480 510 539 666
- 1898, Bd. II. 545—547 550 583 678
- Bd. III. 475—477 550 551 553 583 584 674
- 1899, Bd. II. 657 701 702 708 709
- Bd. III. 658—661 716 734 737 738
- Bd. IV. 711 720 723 731 735 736 739 741 742
- 1900, Bd. V. 742
- 1905/1906, Zweiter Anlageband, Berlin 1906. 291
- 9. Legislaturperiode, III. Anlageband. 584
- 10. Legislaturperiode, III. Anlageband. 659 716
- „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der am 22. Dezember 1897 einberufenen beiden Häuser des Landtages“, Bd. I, Berlin 1898. 665
- „Der Weltkrieg 1914—1918“. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I, Berlin 1925. 89
- 99 101 103 104

### III. Zeitungen und Zeitschriften

#### 1. Zeitungen

- „Alldeutsche Blätter“, 1896—1900. 363 385 403—405 426 428 440 442 445 461 463
- 464 475 478 480 509 513 590 626 634 635 657 658 666 667 671 672 674 676 681
- 697 700 708 719 747 750
- „Berliner Börsen-Courier“, 1895—1896. 197 306
- „Berliner Lokalanzeiger“, 1897. 436
- „Frankfurter Zeitung“, 1898. 500 595
- „Freisinnige Zeitung“, 1897. 451
- „Fremdenblatt“, 1896. 316 674
- „Hamburger Nachrichten“, 1896—1897. 244 305 308 360 373 382 500
- „Japan Daily Herald“, 1899. 606
- „Kölnische Zeitung“, 1895—1898. 147 241 426 465 492 641 723
- „Kreuzzeitung“, 1896—1898. 264 500 509/510 641 668
- „Münchener Allgemeine Zeitung“, 1895. 492 500
- „Nationalzeitung“, 1896—1897. 346 440 505 518
- „Neue Freie Presse“, 1896—1897. 244 316 353
- „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 1896—1897. 237 544 718
- „Post“, 1895. 426 494
- „Le Temps“, 1896. 155
- „The Times“, 1895—1899. 132 138 140 232 318 581 584

„Uorwärts“, 1896—1899. 56 260 354 368—370 374 421 526 542 548 550 591 592 642 651 682

## 2. Zeitschriften

„Die Bank“, 1913. 61

„Berliner Monatshefte“, 1929; Artikel von Gustav Roloff, „Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und England 1898—1901“. 18

„Das kleine Börsen- und Handelsjournal“, Nr. 177; Artikel „Rußland und die chinesische Anleihe“. 495

„Contemporary Review“, Artikel von Barth, Th., „England and Germany“, 1900, Bd. LXXVII; Lawson, W. R., „German Intrigues in the Transvaal“, 1896, Bd. LXIX. 132 531

„Economic Journal“, 1897, Bd. VII; Artikel von Flux, A. W., „British Trade and German Competition“.

„Economic Review“, 1898, Bd. VIII; Artikel von Flux, A. W., „Our Foreign Trade Rivals“.

„Fortnightly Review“, Artikel von Dillon, E. J., „Germany's Foreign Policy“, 1896, Bd. LX; Findlay, J. J., „The Genesis of the German Clerk“, 1899, Bd. LXXII; Gibbins, H. B., „Made in Germany and How to stop it“, 1899, Bd. LXXI; Greswell, W. H. P., „The Germans in South Africa“, 1896, Bd. LIX; Hallett, H. S., „British Trade and the Integrity of China“, 1898, Bd. LXIX; Taylor, B., „The Struggle for Industrial Supremacy“, 1900, Bd. LXXXIII; Vindex (Malcolm MacColl), „A Plot against British Interests in the Levant“, Juni 1896. 360 381

„National Review“, Artikel von Magnus, Ph., „Trade and Training in Germany“, 1897, Bd. XXIX; Williams, E. E., „The Economic Revolution in Germany“, 1900, Bd. XXXV; X., „The German in the Far East“, 1900, Bd. XXXVI.

„Die Neue Zeit“, 1897—1900. 406 525 556 591

„New Review“, 1896. 252

„Nineteenth Century“, Artikel von Birkenough, II., „The Expansion of Germany“, 1898, Bd. XLIII; Clarke, G. S., „Germany as a Naval Power“, 1899, Bd. XLV; Hallett, H. S., „Western Nations and Eastern Markets“, 1894, Bd. XXXV; Thwaite, B. H., „The Commercial War between England and Germany“, 1896, Bd. XL; Tripp, C., „German versus British Trade in the East“, 1898, Bd. XLIII. 531

„Revue des Deux Mondes“, 1898. 684

„Saturday Review“, 1897; Artikel „Germaniam esse delendam“. 410

„Sozialistische Monatshefte“, 1899—1900. 591 696 740 746

„Süddeutsche Monatshefte“, 1917; Artikel von Johannes Haller. 17

„Westminster Review“, 1896, Bd. XLVI; Artikel von Rose-Soley, J. J., „English and German Interests in Samoa“.

„Die Zukunft“, 1898, Nr. 14; Artikel von Adolph Wagner „Flotte und Finanzen“. 462 642

## IV. Sonstige Literatur

(Memoiren, Biographien u. a.)

Abusch, Alexander, „Der Irrweg einer Nation“, Berlin 1946. 33

Adam, Juliette Lambert, „Guillaume II (1890—1899)“, Paris 1917.

Anastasoff, Christ, „The Tragic Peninsula. A History of the Macedonian Movement for Independence since 1878“, St. Louis 1938.

- Anderson, Pauline Relyea*, „The Background of Anti-English Feeling in Germany, 1890—1902“, Washington 1939. 31 129 564
- Andler, Charles*, „Le Pangermanisme colonial sous Guillaume II“, Paris 1916.
- „Le Pangermanisme continental sous Guillaume II (de 1888 à 1914)“, Paris 1915.
- Andrillon, Henri*, „L'Expansion de l'Allemagne et la France“, Angoulême 1909.
- Andt, Paul*, „Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England und den englischen Kolonien“, Berlin 1899. 397 413
- Ashley, Percy*, „Modern Tariff History; German, United States, France“, London 1920. 284
- Banze, Angelika*, „Die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen 1897—1907“, Berlin 1935. 254 409
- Barrière, Marcel*, „Guillaume II et son temps“, Paris 1934.
- Bauer, Erwin*, „England und das Deutsche Reich. Eine Abrechnung zur Jahrhundertwende“, Leipzig 1900. 719
- Baumont, Maurice*, „L'Essor industriel et l'impérialisme colonial (1878—1904)“, Paris 1937.
- Bebel, August*, „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!“, Stuttgart 1898. 85 87
- Becker, Willy*, „Fürst Bülow und England 1897—1909“, Greifswald 1929. 18 719
- Benignus, Siegfried*, „Deutsche Kraft in Südamerika. Historisch-wirtschaftliche Studien von der Konquista bis zur Gegenwart“, Berlin 1917.
- Benton, Elbert J.*, „International Law and Diplomacy of the Spanish-American War“, Baltimore 1908.
- Benzley, R. C.*, „The Road to Ruin in Europe 1890—1914“, London 1932.
- Berard, Victor*, „La France et Guillaume II“, Paris 1907.
- Bresford, Admiral Lord Charles*, „The Break-up of China. With an account of its present commerce, currency, waterways, armies, railways, politics and future prospects“, London-New York 1899. 608
- Bergsträsser, Ludwig*, „Geschichte der politischen Parteien“, Mannheim-Berlin-Leipzig 1921.
- Bernstein, Eduard*, „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, Stuttgart 1920. 555
- Billot, A.*, „La France et l'Italie. Histoire des années troubles 1881—1899“, Bd. II, Paris 1905. 246
- Bismarck, Otto Fürst von*, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 1—3, Stuttgart-Berlin 1922. 176 180 287 453
- Bley, Fritz*, „Südafrika niederdeutsch!“, München 1898.
- Blondel, Georges*, „Les embarras de l'Allemagne“, Paris 1912.
- Bornhak, Konrad*, „Deutsche Geschichte unter Kaiser Wilhelm II.“, Leipzig 1922. 453
- „Die Kriegsschuld. Deutschlands Weltpolitik 1890—1914“, Berlin 1929.
- Brandenburg, Erich*, „Von Bismarck zum Weltkrieg. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege“. Dargestellt auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924. 18
- Brandt, M. von*, „China und seine Handelsbeziehungen zum Auslande, mit besonderer Berücksichtigung der deutschen“, Berlin 1898.
- „Drei Jahre ostasiatischer Politik 1894—1897. Beiträge zur Geschichte des chinesisch-japanischen Krieges und seiner Folgen“, Stuttgart 1897.
- „Dreißig Jahre in Ostasien. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten“, Leipzig 1901.
- „Die politische und kommerzielle Entwicklung Ostasiens“, 1898. 587

- „Zeitfragen. Die Krisis in Südafrika. China; Commercielles und Politisches. Kolonialfragen“, Berlin 1900.
- „Die Zukunft Ostasiens. Ein Beitrag zur Geschichte und zum Verständnis der ostasiatischen Frage“, Stuttgart 1895. 488/489
- Brokhoye, B., „Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapitalexports“ in „Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen“, Heft 148, Leipzig 1910.
- Bronsart von Schellendorf, „Der Dienst des Generalstabes“, 4. Auflage, 1905. 92
- Bülów, Bernhard Fürst von, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I—IV, Berlin 1930. 30 55 bis 56 72 76 108 110 288 347 428 434 444 457 462 464 467 471 478 544 555 582 587 597 598 617 636 640 684 687 692 715 718 732 733 735 741 756
- Bülów, Fürst von, „Deutsche Politik“, Berlin 1916.
- Bülów, H. v., „Der deutsche Besitz von Schantung“, Leipzig 1898. 587
- Butterfield, Paul K., „The Diplomacy of the Bagdad Railway 1890—1914“, Göttingen 1932.
- Cambon, Jules, „Le Prince Bülów et ses mémoires“ in „Revue des Deux Mondes“, 15. April 1931.
- Carroll, E. Malcolm, „Germany and the Great Powers, 1866—1914. A Study in Public Opinion and Foreign Policy“, New York 1938. 31 353 354 485
- Cartellieri, Alexander, „Deutschland in der Weltpolitik“, Jena 1923.
- Chamberlain, Houston Stewart, „Briefe 1882—1924 und Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm II.“, Bd. 1—2, München 1928.
- „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, München 1899. 68
- Chéradame, André, „L'Allemagne. La France et la question d'Autriche“, Paris 1902.
- „La colonisation et les colonies allemandes“, Paris 1905.
- „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle“, Paris 1901. 183 bis 186 220 665 667 672 675 676
- „La question d'Orient. La Macédoine. Le chemin de fer de Bagdad“, Paris 1903.
- Clapham, J. H., „The Economic Development of France and Germany 1815 to 1914“, Cambridge 1921.
- Clausewitz, Karl von, „Vom Kriege“, 15. Auflage, Berlin 1937. 93
- Collenberg, Freiherr Ludwig Rüdiger von, „Die deutsche Armee von 1871 bis 1914“, Berlin 1922. 731
- Crispi, Francesco, „Questioni internazionali“, Milano 1913. 219
- Croce, Benedetto, „Geschichte Italiens 1871—1915“, Berlin 1928.
- Darmstädter, Paul, „Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas“, Bd. 2, Berlin-Leipzig 1920. 130
- Delbrück, Hans, „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte“, Teil 4 (Neuzeit), Berlin 1900—1936. 80
- Dennis, Alfred L. P., „Adventures in American Diplomacy, 1896—1906“, New York 1928. 648
- Deritz, Franz, „Bebel, v. Boguslawski, Bleibtreu. Neuere Betrachtungen über Deutschlands Heer und Wehr“, Berlin 1899. 87
- „Die deutsche Politik der Zukunft“, München 1900. 676
- „Deutschland und der Weltkrieg“ (Sammelband), Leipzig-Berlin 1915. 17
- „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“, Schriftleitung Dr. Philipp Zorn, Herbert von Berger, herausgegeben von S. Körte, Bd. 1—3, Berlin 1914.
- Dieckhoff, Luise, „Deutschland-England und das Orientproblem in den neunziger Jahren“, Münster 1926.

- Dietrich, R.*, „England und Italien, 1887—1902“ in „Historische Vierteljahrsschrift“, XXIX. Jahrgang, Heft 4. 224
- Dillon, E. J.*, „The Eclipse of Russia“, London 1918. 329
- Diouritch, Georges*, „L'expansion des banques allemandes à l'étranger, ses rapports avec le développement économique de l'Allemagne“, Paris-Berlin 1909. 62 481
- Djang Feng-djen*, „The Diplomatic Relations between China and Germany since 1898“, Schanghai 1936. 508
- Domeratzky, I.*, „Tariff Relations between Germany and Russia (1890—1914)“, Washington 1918. 284
- Dörzbadier, Erwin*, „Die deutsche Sozialdemokratie und die nationale Machtpolitik bis 1914“, Gotha 1920. 471
- Earle, Edward Mead*, „Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway. A Study in Imperialism“, New York 1923. 272 688 690
- Eckardstein, Hermann Freiherr von*, „Diplomatische Enthüllungen zum Ursprung des Weltkrieges“, Berlin 1918.
- „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“, Bd. I—III, Leipzig 1919—1921. 17 144 145 217 232 565 577 650 720
- „Persönliche Erinnerungen an König Eduard aus der Einkreisungszeit“, Dresden 1927.
- Einem, Generaloberst von*, „Erinnerungen eines Soldaten, 1853—1933“, Leipzig 1933. 91 92
- Eisenmann, Louis*, „L'évolution intérieure de l'Allemagne de 1871 à 1914“, Paris 1936.
- Esslen, Joseph B.*, „Die Politik des auswärtigen Handels. Ein Lehrbuch“, Stuttgart 1925.
- Eulenburg-Hertefeld, Philipp zu*, „Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlaß.“ Herausgeber Johannes Haller, Berlin 1923.
- „Erlebnisse an deutschen und fremden Höfen“, Leipzig 1934.
- „Mit dem Kaiser als Staatsmann und Freund auf Nordlandreisen“, Bd. 1—2, Dresden 1931.
- Eyck, Erich*, „Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914“, Erlenbach-Zürich 1948. 18 112 410 452
- Fabri, Friedrich*, „Bedarf Deutschland der Kolonien?“, Gotha 1884. 747
- Fay, Sidney Bradshaw*, „The Origins of the World War“, Bd. 1—2, New York 1928. 13
- Fcis, Herbert*, „Europe, the World's Banker 1870—1914“, New Haven 1930. 58
- Fischer, Ernst*, „Hoch die Führer der Sozialdemokratie!!“, Berlin 1899. 87
- „Im Kampf mit den Führern der Sozialdemokratie“, Berlin 1898. 87
- „Der Wert der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft“, Berlin 1897. 87
- Fischer, Eugen*, „Holsteins großes Nein. Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898—1901“, Berlin 1925. 18
- Franke, O.*, „Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914“ in „Deutschland und der Weltkrieg“, Berlin 1915. 17
- Franke, O.*, „Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges“, Braunschweig-Hamburg 1923. 569 585
- Friedjung, Heinrich*, „Das Zeitalter des Imperialismus, 1884—1914“, Bd. I, Berlin 1919. 690
- Frölich, Paul*, „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg“, Bd. I, Berlin 1924. 548

- „Front wider Bülow“, Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten, München 1931. 30 288
- „Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftlichen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte“, Berlin 1918. 402
- Fürstenberg, Carl*, „Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870—1914“. Herausgegeben von Hans Fürstenberg, Berlin 1931. 453
- Gardiner, A. G.*, „The Life of Sir William Harcourt“, Bd. 2, London 1923. 255
- Garvin, J. L.*, „The Life of Joseph Chamberlain“, Bd. I—III, London 1932—1933. 27 561 562 569/570 572 577—581 598 617/618 628 629 640 704 705 717—719
- Gerloff, Wilhelm*, „Die deutsche Zoll- und Handelspolitik von der Gründung des Zollvereins bis zum Frieden von Versailles“, Leipzig 1920. 284
- „Geschichte der Diplomatie“, Bd. II, „Die Diplomatie der Neuzeit (1872—1919)“, Moskau 1947. 350
- „Geschichte der Diplomatie“, Bd. III, „Die Diplomatie in der Periode der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1919—1939)“, Moskau 1947. 137
- Giffen, Morrison Blall*, „Fashoda, the Incident and its Diplomatic Setting“, Chicago 1930.
- Good, G. P.*, „Before the War. Studies in Diplomacy“, Bd. 1—2, London-New York 1936—1938.
- „Franco-German Relations 1871—1914“, London 1923.
- „Germany“, London 1925.
- „History of Modern Europe 1871—1919“, London 1923.
- „Recent Revelations of European Diplomacy“, London-New York 1927.
- „Studies in Modern History“, London 1931. 13
- Grabau, Albert*, „Das Festungsproblem in Deutschland und seine Auswirkung auf die strategische Lage von 1870—1914“, Berlin 1935. 102
- Gratz, Gustav und Richard Schüller*, „Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. Mitteleuropäische Pläne“, Wien 1926.
- Grey*, „Twenty-five Years 1892—1916“, Bd. 1—2, London 1925.
- Groener, Wilhelm*, „Das Testament des Grafen Schlieffen. Operative Studien über den Weltkrieg“, Berlin 1927. 245
- „Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950“. Von einem Alldeutschen, Berlin 1895. 183 749
- Grothe, Hugo*, „Deutschland, die Türkei und der Islam“, Leipzig 1914. 682
- Hagen, M. von*, „Die Bündnispolitik des Deutschen Reiches“ in „Preussische Jahrbücher“, Bd. 186, X—XII, Berlin 1921. 19
- Hale, O. J.*, „Publicity and Diplomacy. With special Reference to England and Germany, 1890—1914“, New York-London 1940. 31 147 254 409 531 532 538 544 560 561 594
- Haller, Johannes*, „Die Ära Bülow. Eine historisch-politische Studie“, Stuttgart-Berlin 1922. 18
- „England und Deutschland um die Jahrhundertwende“, Leipzig 1929.
- „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld“, Berlin 1924.
- Hallgarten, Wolfgang*, „Vorkriegsimperialismus. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte bis 1914“, Paris 1935. 57 63 124 bis 126 128 129 450 464 477 566 619 735
- Hallmann, Hans*, „Krüger-Depesche und Flottenfrage“, Stuttgart 1927. 165 167 427 428 432 435—437 443 457 470
- „Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau“, Stuttgart 1933. 466

- Hammann, Otto*, „Bilder aus der letzten Kaiserzeit“, Berlin 1922.
- „Der mißverständene Bismarck. Zwanzig Jahre deutscher Weltpolitik“, Berlin 1921. 16
- „Deutsche Weltpolitik 1890—1912“, Berlin 1925. 16 165
- „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“, Bd. 2, Berlin 1914.
- „Der neue Kurs“, Berlin 1918. 16 448
- „Zur Vorgeschichte des Weltkriegs“, Berlin 1919. 16
- Harms, Bernhard*, „Deutschlands Anteil am Welthandel und Weltschiffahrt“, Stuttgart Berlin-Leipzig 1916. 60
- Harris, Frank*, „Jahre der Reife“, Berlin 1930.
- Hartmann, Eduard von*, „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik und die gegenwärtige Weltlage“, Leipzig o. J. 749
- Hartung, Fritz*, „Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles (1871—1919)“, Bonn-Leipzig 1924. 14
- Hashagen, Justus*, „Umrisse der Weltpolitik“, Bd. 1 (1871—1907), Leipzig-Berlin 1916.
- Hauser, Henri*, „Histoire Diplomatique de l'Europe, 1871—1914“, Paris 1929.
- „Les méthodes allemandes d'expansion économique“, Paris 1916—1917.
- Hayashi, Count Tadasu*, „The Secret Memoirs“, London 1915. 17 569
- Hegel, G. W. F.*, „Grundlinien der Philosophie des Rechts“, Stuttgart 1938. 80
- Helferich, Karl*, „Auslandswerte“ in „Bankarchiv“ vom 15. April 1911, Nr. 14.
- „Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913“, Berlin 1915. 50
- „Georg von Siemens“, Bd. I—III, Berlin 1923. 267—269 346 357 358 378 390 464 624 685 687 689 690
- „Die deutsche Türkenpolitik“, 1921. 267
- „Die Vorgeschichte des Weltkrieges“, Berlin 1919.
- Hennig, Richard*, „Die deutschen Bahnbauten in der Türkei, ihr politischer, militärischer und wirtschaftlicher Wert“, Leipzig 1915.
- Herkenberg, Karl Otto*, „The Times und das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1898“, Berlin 1925. 564
- Herzfeld, Hans*, „Johannes von Miquel“, Bd. 1—2, Detmold 1938. 453
- Hoernigk, Rudolf*, „Italien zwischen Frankreich und dem Dreibund. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien 1890—1906“, Berlin 1931.
- Hoetzsch, Otto*, „La politique extérieure de l'Allemagne de 1871 à 1914“, Genf-Berlin 1933.
- Hoffmann, R. J. S.*, „Great Britain and the German Trade Rivalry, 1875—1914“, Philadelphia-London 1933. 44—46 253 291
- Hohenlohe, Alexander von*, „Aus meinem Leben“, Frankfurt am Main 1925. 448
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu*, „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit“. Herausgegeben von Karl Alexander von Müller, Stuttgart-Berlin 1931. 30 165 166 168 190 193—196 200 201 205 207 229 234—239 276 278 281 293 294 305 308 316 318 347 349 366 371 437—439 444—447 450 455 465 467 469 474 478 503 512 513 516 517 527—529 626 658 706 707 712 714 724 727 731 732 736 737 751
- „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst“. Im Auftrage des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst herausgegeben von Friedrich Curtius, Bd. 1—2, Stuttgart-Leipzig 1906.
- Hohlfeld, Johannes*, „Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, 1849—1934“, Berlin und Leipzig 1927—1934.
- „Geschichte des Deutschen Reiches, 1871—1924“, Leipzig 1924.

- Hoiningen, Heinrich, Freiherr von, genannt Huene*, „Untersuchungen zur Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1898—1901“, Breslau 1934. 19
- Holborn, Hajo*, „Deutschland und die Türkei, 1878—1890“, Berlin 1926.
- Holstein, Friedrich von*, „Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau“. Eingeleitet und herausgegeben von H. Rogge, Berlin 1932. 99 712
- Hubert, Lucien*, „L'effort allemand. L'Allemagne et la France au point de vue économique“, Paris 1911.
- Huldermann, Bernhard*, „Albert Ballin“, Berlin 1922.
- Ibbeken, Rudolf*, „Das außenpolitische Problem Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1880—1914. Untersuchungen über Kolonialpolitik, internationale Finanzpolitik, Handelsverträge und die Bagdadbahn“, Schleswig 1928.
- Ibitch, A.*, „Le chemin de fer de Bagdad au point de vue politique, économique et financière ou l'expansion de l'Allemagne en Orient“, Bruxelles-Leipzig 1913.
- Irmer, Georg*, „Völkerdämmerung im Stillen Ozean“, Leipzig 1915. 64
- Israel, L.*, „England und der orientalische Dreibund. Eine Studie zur europäischen Außenpolitik 1887—1896“, Stuttgart 1937. 218 224 225
- Italicus*, „Italiens Dreibundpolitik 1870—1896“, München 1928. 212
- Jaekch, Ernst*, „Deutschland, das Herz Europas“, Berlin 1928. 11
- Jannasch, Robert*, „Die Erschließung von China“, Charlottenburg 1895. 489
- Jeidels, Otto*, „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie“, Leipzig 1905. 58 61
- Junk, August*, „Die Mächte auf der ersten Haager Friedenskonferenz (1899)“, Leipzig 1928.
- Kayser, Alwine*, „Aus den Anfängen unserer Kolonien“, Berlin 1912. 143
- Kehr, Eckart*, „Der Kampf um das erste Flottengesetz“ in „Historische Studien“, Heft 197, Berlin 1930.
- „Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus“, Berlin 1930. 425 459 461 463 464 467 468 475 548
- Keller, Karl*, „Deutschlands auswärtige Politik von Caprivi bis Bethmann Hollweg“, Detmold 1921.
- Kimpen, E.*, „Die Ausbreitungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika“. Stuttgart-Berlin 1923. 646 652
- Kloster, Walter*, „Der deutsche Generalstab und der Präventivkriegsgedanke“, Stuttgart 1932. 95 99
- Kremer, Willy*, „Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871—1918“, Emsdetten 1934.
- Kuczynski, Jürgen*, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. I, Berlin 1949. 49/50 58 75
- „Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952. 73 741
- Kuczynski, J., und G. Wittkowski*, „Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren“, Berlin 1947. 284
- Kürenberg, Joachim von*, „Fritz von Holstein, die graue Eminenz“, Berlin 1934.
- Lagarde, Paul de*, „Deutsche Schriften“, München 1934. 183 184
- Lair, Maurice*, „L'impérialisme allemand“, Paris 1902.



- Lambach, Walther*, „Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland“, Hamburg-Berlin 1926. 463
- Landen-Wakenitz, Oscar Freiherr von der*, „Meine dreißig Dienstjahre 1888 bis 1918“, Berlin 1931. 116
- Langer, William L.*, „The Diplomacy of Imperialism, 1890–1902“, Bd. 1–2, New York-London 1935. 13 126 147 153 329 367
- Legge, Joseph*, „Kapital und Verwaltungsüberfremdungen bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands von 1800 bis 1923/1924“, Halberstadt 1924.
- Lemonon, Ernest*, „L'Europe et la politique britannique (1882–1909)“, Paris 1910. 42
- Lenz, Max*, „Deutschland im Kreis der Großmächte, 1871–1914“, Berlin 1925.
- Leupolt, Erich*, „Die Außenpolitik in den bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands 1890–1909“, Leipzig 1933.
- Leusser, Hermann*, „Ein Jahrzehnt deutsch-amerikanischer Politik (1897–1906)“, München-Berlin 1928.
- Lewin, Evans*, „The Germans and Africa“, London 1939.
- Lewinsohn, Richard*, „Das Geld in der Politik“, Berlin 1930. 78 79 105
- Lichtenberger, Henri et Petit Paul*, „L'Impérialisme économique allemand“, Paris 1918.
- Liefmann, Robert*, „Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation“, Stuttgart 1910.
- Limburg-Stürm, F. W.*, „Aus der konservativen Politik der Jahre 1890–1905“, Berlin 1921.
- Lindow, Erich*, „Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897–1902“, Danzig 1934. 115
- Loeb, Ernst*, „Die Berliner Großbanken in den Jahren 1895 bis 1902 und die Krisis der Jahre 1900 und 1901“. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. CX, Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900ff., Bd. 6, Leipzig 1903. 589
- Lohmeyer, Hans*, „Die Politik des Zweiten Reiches, 1870–1918“, Bd. I–II, Berlin 1939. 89 90 95 99 101
- Lorentzen, Theodor*, „Die Flotte und der Reichstag“. Eine volkstümliche Erläuterung der Marinefrage im Anschluß an die Tabellen des Kaisers von Theodor Lorentzen, Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel, Kiel-Leipzig 1897. 461
- Lotz, Walter*, „Die Handelspolitik des Deutschen Reiches unter Graf Caprivi und Fürst Hohenlohe (1890–1900)“, Leipzig 1901.
- Lovell Reginald Ivan*, „The Struggle for South Africa, 1875–1899. A Study in Economic Imperialism“, New York 1934. 126 127
- Ludwig, Emil*, „Wilhelm II.“, Berlin 1926. 18
- Mach, R. von*, „Aus bewegter Balkanzeit, 1879–1918“, Berlin 1928.
- Mahan, A. T.*, „The Influence of Sea-Power upon History“, Bd. 1–3, London 1889 bis 1905. 428
- McDonald, J. G.*, „Rhodes. A Life“, London 1928.
- Meinecke, Friedrich*, „Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890 bis 1901“, München-Berlin 1927. 20
- „Zur Geschichte der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901“ in der Delbrück-Festschrift „Am Webstuhl der Zeit“, 1928.

- „Die deutsche Katastrophe“, Wiesbaden 1946. 32
- „Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und politische Aufsätze“, München-Berlin 1918.
- Menne, Bernhard*, „Krupp, Deutschlands Kanonenkönige“, Zürich 1937. 266 268 346 477 481
- Michalik, Bernhard*, „Probleme des deutschen Flottenbaues“, Breslau 1931.
- Michell, Lewis*, „The Life of the Rt. Hon. Cecil John Rhodes 1853—1902“, Bd. 1—2, London 1910.
- Michon, Georges*, „L'Alliance Franco-russe 1891—1917“, Paris 1927. 329
- Miller, William*, „The Ottoman Empire, 1801—1913“, Cambridge 1913.
- Millin, Sarah Gertrude*, „Rhodes“, London 1933.
- Molotow, W. M.*, „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949. 11 792
- Moltke, Feldmarschall Graf*, „Kriegslehren. Die operativen Vorbereitungen zur Schlacht“, Teil I, Berlin 1911. 81 84 96 104
- Moltke, Helmuth von*, „Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916“, Stuttgart 1922.
- Morris, Henry C.*, „The History of Colonization“, Bd. 1—2, New York 1900.
- Moukthar-Pacha*, „La Turquie, l'Allemagne et le Europe. Depuis le Traité de Berlin jusqu'à la Guerre Mondiale“, Paris 1924.
- Münz, Sigmund*, „Fürst Bülow, der Staatsmann und Mensch. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Erwägungen“, 1930.
- Muscher, Reinhold Konrad*, „Philipp zu Eulenburg. Sein Leben und seine Zeit“, Leipzig 1930. 193
- „Nauticus“, „Beiträge zur Flottennovelle“, Berlin 1900. 706
- Norden, Albert*, „Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker“, Dietz Verlag, Berlin 1950. 33
- „Die Notizbücher des Botschafters Georges Louis“, Berlin 1926. 70
- Oechelhäuser, Wilhelm*, „Die Deutsch-Ostafrikanische Zentralbahn“, Berlin 1899. 707
- Oncken, Hermann*, „Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges“, Bd. 1—2, Leipzig 1933. 12
- „Das alte und das neue Mitteleuropa. Historisch-politische Betrachtungen über deutsche Bündnispolitik im Zeitalter Bismarcks und im Zeitalter des Weltkrieges“, Gotha 1917. 11 17
- „Die Vorgeschichte des Weltkrieges“ in „Deutschland und der Weltkrieg“, Berlin 1915. 17
- „Österreichs Zusammenbruch und Wiederaufbau“, München 1899. 676
- Pagès, G.*, „Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre“, Bd. I. 154 232
- Pascal, Roy*, „Deutschland — Weg und Irrweg“, Berlin 1947. 33
- Penzler, Johannes*, „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“, Bd. 7, Leipzig 1898. 305 308 354
- Peters, Karl*, „Die deutsche Emin-Pascha-Expedition“, München-Leipzig 1891. 258
- „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“, Berlin 1906.
- „Lebenserinnerungen“, Hamburg 1918. 461
- „Zur Weltpolitik“, Berlin 1912.

- Pfister, Albert*, „Freiheit des Rückens, allgemeine Wehrpflicht, Öffentlichkeit des Strafgerichts“, Stuttgart-Leipzig-Berlin-Wien 1896. 420
- Pinon, René*, „France et Allemagne 1870—1913“, Paris 1913.
- Preller, Hugo*, „Salisbury und die türkische Frage im Jahre 1895. Eine Einzeluntersuchung zur Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen der Vorkriegszeit“, Stuttgart 1930.
- Pribram, Alfred Francis*, „England and the International Policy of the European Great Powers 1871—1914“, Oxford 1931.
- „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914“, Wien-Leipzig 1920. 213 246 248 249 350
- Raab, Alfons*, „Die Politik Deutschlands im Nahen Orient von 1878 bis 1908“, Wien 1936. 118
- Radowitz, Joseph Maria von*, „Aufzeichnungen und Erinnerungen“, Bd. 2, Berlin-Leipzig 1925. 115
- Rathgen, K.*, „Die Kündigung des englischen Handelsvertrags und ihre Gefahr für Deutschlands Zukunft“ in „Schmollers Jahrbuch“ 1897.
- „Über den Plan eines britischen Reichszollvereins“ in „Preußische Jahrbücher“, 1896, Bd. LXXXVI.
- Reventlow, Graf Ernst zu*, „Deutschlands auswärtige Politik, 1888—1914“, Berlin 1918. 14
- „Politische Vorgeschichte des großen Krieges“, Berlin 1919.
- Richthofen, Ferdinand von*, „Schantung und seine Eingangspforte Kiautschou“, Berlin 1898. 587
- Riesser, Dr.*, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland“, Jena 1910. 41 52 60 63 127 211 268/269 390 481 586 693
- Ritter, Gerhard*, „Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des ‚neuen Kurses‘“, 1924. 19
- „Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898—1901“. Beleuchtet aus der neuen englischen Aktenveröffentlichung, Freiburg 1929. 19
- Robinet de Cléry, A.*, „La Politique douanière de l'Allemagne depuis l'avènement de Caprivi jusqu'à nos jours (1890—1925)“, Paris 1935.
- Rohrbach, Paul*, „Die Bagdadbahn“, Berlin 1911.
- Rosen*, „Forty Years of Diplomacy“, Bd. 1, London 1922. 329
- Rosen, Friedrich*, „Aus einem diplomatischen Wanderleben“, Bd. 1—2, Berlin 1931.
- Rosendorff, Richard*, „Die deutschen Banken im überseeischen Verkehr“ in „Schmollers Jahrbuch“, 1904, Heft 4.
- Sartorius von Waltershausen, A.*, „Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1815—1914“, Jena 1920.
- Sass, Johann*, „Die deutschen Weißbücher zur auswärtigen Politik 1870—1914. Geschichte und Bibliographie“, Berlin-Leipzig 1928.
- Schäfer, Dietrich*, „Deutschland zur See. Eine historisch-politische Betrachtung“, Jena 1897. 462
- Schinner, Walter*, „Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria von seinen Anfängen bis zur Dreibundkrise 1876—1896“, Stuttgart 1936. 216 220
- Schlesinger, Arthur Meier*, „Political and Social History of the United States, 1829—1925“, New York 1927. 639

- Schmidt, Hermann*, „Das Eisenbahnwesen in der asiatischen Türkei“, Berlin 1914. 268.
- Schmidt-Pauli, Edgar von*, „Fürst Bülow's Denk-Unwürdigkeiten. Ein Protest“, Berlin 1931.
- „Der Kaiser. Das wahre Gesicht Wilhelms II.“, Berlin 1928.
- Schmoller, Gustav*, „Zwanzig Jahre deutscher Politik (1897—1917). Aufsätze und Vorträge“, München-Leipzig 1920.
- Schneider, Siegmund*, „Die deutsche Bagdadbahn und die projektierte Überbrückung des Bosphorus in ihrer Bedeutung für Weltwirtschaft und Weltverkehr“, Wien-Leipzig 1900. 748
- Schoeler, Hermann*, „Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow“, Detmold 1931.
- Schröder, Wilhelm*, „Das persönliche Regiment. Reden und sonstige öffentliche Äußerungen Wilhelms II.“, Berlin 1907. 56
- Schulze-Gävernitz, Gerhart von*, „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts“, Leipzig 1906. 123
- Schüssler, Wilhelm*, „Deutschland zwischen Rußland und England. Studien zur Außenpolitik des Bismarckschen Reiches“, Leipzig 1940.
- Schwertfeger, Bernhard*, „Der Weltkrieg der Dokumente. 10 Jahre Kriegsschuldforschung und ihr Ergebnis“, Berlin 1929.
- Scyfert, Gerhard*, „Die militärischen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab“, Leipzig 1934. 226 245
- Shdanow, A.*, „Über die internationale Lage“, Vortrag, gehalten auf der Informationsberatung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947, Dietz Verlag, Berlin 1951.
- Singer, Arthur*, „Geschichte des Dreibundes“, Leipzig 1914. 307
- Sitki, Bekir*, „Das Bagdadbahn-Problem 1890—1903“, Freiburg 1935.
- Smith, Munroe*, „Militarism and Statecraft“, New York-London 1918.
- Sontag, R. J.*, „The Cowes Interview and the Kruger Telegramm“ in „Political Science Quarterly“, Juni 1925.
- „European Diplomatic History, 1871—1932“, New York 1933.
- Spectator*, „Fürst Bülow und der Kaiser. Mit einer Wiedergabe aus ihrem geheimen Briefwechsel“, Dresden 1930.
- Spellmeyer, Hans*, „Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag“, Stuttgart 1931
- Spickernagel, W.*, „Fürst Bülow“, Hamburg 1921.
- Stein, Hermann von*, „Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges“, Leipzig 1919. 98
- Stieve, Friedrich*, „Deutschland und Europa 1890—1914. Handbuch zur Vorgeschichte des Weltkrieges mit den wichtigsten Dokumenten“, Berlin 1926.
- Stillich, Dr. Oscar*, „Geld- und Bankwesen“, Berlin 1907. 54
- Stöpel, K. T.*, „Über japanisches Bankwesen und Deutschlands Anteil am Welt-handel und der Industrie Japans“, Halle 1898. 534
- Stresemann, Gustav*, „Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland“, Stuttgart-Berlin 1915.
- Supan, Alexander*, „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien“, Gotha 1906.
- Tardieu, André*, „Le prince de Bülow. L'homme et le milieu. La politique extérieure. La politique intérieure“, Paris 1909.
- Thimme, F.*, „Die Krüger-Depesche“ in „Europäische Gespräche“, 1924, Nr. 3. 139 141 142 144 145 147 165
- Tirpitz, Alfred von*, „Erinnerungen“, Leipzig 1919. 429 433 469

- Tischert, G.*, „Zollpolitische Interessenkämpfe“, Berlin 1900.
- Townsend, Mary Evelyn*, „Origins of Modern German Colonialism 1871—1885“, New York 1921.
- „The Rise and Fall of the Germany's Colonial Empire 1884—1918“, New York 1930.
- Treitschke, Heinrich von*, „Historische und politische Aufsätze“, Bd. II, Leipzig 1903. 81
- „Politik“. Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin, Bd. I—II, Leipzig 1898. 39 81
- Trotha, Adolf von*, „Großadmiral von Tirpitz. Flottenbau und Reichsgedanke“, Breslau 1932.
- Trotha, Friedrich von*, „Fritz von Holstein als Mensch und Politiker“, Berlin 1931. 118
- Trützschler von Falkenstein, Heinz*, „Die Denkwürdigkeiten des Freiherrn von Eckardstein im Lichte der großen Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes“ in „Archiv für Politik und Geschichte“, 1924, Heft 5/6. 19
- Uagts, Alfred*, „Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik“, Bd. 2, London 1935. 641 643
- „Mexico, Europa und Amerika unter besonderer Berücksichtigung der Petroleumpolitik“, Berlin 1928.
- Valentin, Ueit*, „Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges“, Berlin 1921.
- Viallate, Adille*, „Essais d'histoire diplomatique américaine“, Paris 1905. 639
- „L'Imperialisme économique et les relations internationales pendant la dernier demi-siècle (1870—1920)“, Paris 1923.
- Villard, Heinrich Hilgard*, „Lebenserinnerungen. Ein Bürger zweier Welten 1835 bis 1900“, Berlin 1906. 390
- Voigt*, „Deutschland und der Weltmarkt“ in „Preußische Jahrbücher“, 1898. Bd. 91. 408
- Wagner, Adolf*, „Die Flottenverstärkung und unsere Finanzen“ in „Handels- und Machtpolitik“, Reden und Aufsätze im Auftrage der „Freien Vereinigung für Flottenvorträge“, Stuttgart 1900, Bd. 2. 462
- Wahl, Adalbert*, „Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkriegs (1871—1914)“, Bd. 1—4, Stuttgart 1925—1936.
- „*Waldersee* in seinem militärischen Wirken“. Herausgegeben von H. Mohs, Berlin 1929, Bd. II. 97
- Waldersee, Alfred von*, „Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee“. Herausgegeben von Heinrich Otto Meisner, Bd. I, Stuttgart-Berlin 1928.
- „Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee“. Bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Otto Meisner, Bd. I—III, Stuttgart-Berlin 1922/1923. 30 96—98 111 114 166 167 202 347 348 372 373 382 423 425 438 439 449 518 544 592 673 735 738
- Weber, Adolf*, „Depositbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens“, München-Leipzig 1922. 53
- Wegener, Wolfgang*, „Die Seestrategie des Weltkrieges“, Berlin 1929. 430/431
- Weinberg, Albert K.*, „Manifest Destiny. A Study of Nationalist Expansionism in American History“, Baltimore 1935. 655
- Wermuth, Adolf*, „Ein Beamtenleben. Erinnerungen“, Berlin 1923. 453

- Werner, Lothar*, „Der Alldeutsche Verband 1890—1918. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges“ in „Historische Studien“, Heft 278, Berlin 1935. 128 148 625
- Wertheimer, Mildred*, „The Pan-German League 1890—1914“, New York 1924.
- Wiedenfeld, Kurt*, „Die nordwesteuropäischen Welthäfen in ihrer Verkehrs- und Handelsbedeutung“, Berlin 1903. 60
- Wilhelm II.*, „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918“, Leipzig-Berlin 1922. 35 144 450
- Williams, Basil*, „Cecil Rhodes“, London 1921. 123
- Williams, Ernest Edwin*, „Made in Germany“, London 1896. 252
- Williamson*, „British Industries and Foreign Competition“, 1894. 45
- Wohlers, Günther*, „Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes in Preußen und dem Deutschen Reich. Geschichtliche Entwicklung bis zum Versailler Frieden“, Bonn-Leipzig 1921. 89 93
- Wolf, John B.*, „The Diplomatic History of the Bagdad Railroad“, Columbia 1936.
- Wolf, Marie Luise*, „Botschafter Graf Hatzfeldt“, Speyer am Rhein 1935.
- Wolff, Theodor*, „Das Vorspiel“, München 1925. 17
- Walker, E. A.*, „A History of South Africa“, London 1928. 122
- Woodward, E. L.*, „Great Britain and the German Navy“, Oxford 1935.
- Wright, M. J.*, „Wright's Official History of the Spanish-American War“, Washington 1900.
- Wüd, Johannes Andreas*, „Die Rolle der Burenrepubliken in der auswärtigen und kolonialen Politik des Deutschen Reiches in den Jahren 1883—1900“, Nürnberg 1927. 126 128 134/135
- Zuch, Lorenz*, „50 Jahre Zentrum. Wirtschafts- und Sozialpolitik im Reichstag 1871 bis 1921“, Berlin 1921.
- Zapp, Manfred*, „Deutsch-französische Annäherungsversuche und ihr Scheitern in den Jahren 1890—1898“, Weida i. Thür. 1929.
- Zeppelin*, „Die Heere und Flotten der Gegenwart“, Bd. I, 1896. 92
- Zickursch, Johannes*, „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs“, Bd. III, „Das Zeitalter Wilhelms II. (1890—1918)“, Frankfurt am Main 1930. 122 165 454 743
- Zimmermann, Alfred*, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik“, Berlin 1914. 143 262 399 578 699 705 706 709
- „Die Handelspolitik des Deutschen Reichs vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart“, Berlin 1901. 290
- Zims, Bernhard*, „Die Großmächte und der Spanisch-Amerikanische Krieg“, Quakenbrück 1929.
- Zühlke, Herbert*, „Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895—1905“, Berlin 1929. 19
- Блондель, Ж., «Торгово-промышленный подъем Германии», Übersetzung aus dem Französischen unter Redaktion von М. И. Туган-Барановски mit einem beigelegten Artikel von Г. Чернявского «Результаты промышленной переписи Германской империи», St.-Petersburg 1900.
- Варга, Е., «Мировые экономические кризисы 1848—1935», Bd. I, Vergleichsmaterial über die Geschichte der Krisen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern, Moskau 1937. 50 51/52
- Витте, С., «Воспоминание», т. 1, 1924. 329
- Воронов, Л., «Иностранный капитал в России», М. 1901. 284

- Галеви, Э., «История Англии в эпоху империализма», т. 1, М. 1937. 46 306 395 563 580
- Гальперин, А., «Англо-Японский союз», М. 1947. 606
- Герцен, А. И., «Сочинения», т. III, XIX. 36 37
- Гобсон, «Империализм», Übersetzung aus dem Englischen mit einem Vorwort von W. Belenko, Leningrad 1927.
- Гольдштейн, И., «Германские синдикаты и русский экспорт», М. 1914.
- Губер, А. А., «Филиппинская республика 1898 г. и американский империализм», М. 1948. 649 655
- Ерусалимский, А., «Проблемы внешней политики Бисмарка в послевоенной германской историографии»; «Историк-марксист», 1929, т. XII. 15
- «Вопрос об ответственности за войну». (Документы мировой войны как орудие политической борьбы); «Историк-марксист», 1932, № 1—2. 28
- «Происхождение мировой империалистической войны 1914—1918 гг. в освещении М. Н. Покровского», Sammlung von Artikeln „Gegen die historische Konzeption M. N. Pokrowskis“, Teil I, Moskau-Leningrad 1939. 766
- «Бисмарк как дипломат», М. 1940. 173
- Зомбарт, В., «Народное хозяйство Германии в XIX и начале XX века», М. 1934.
- «К изучению истории», Сборник, М. 1946. 769
- Иоллос, «Письма из Берлина», СПб. 1904. 419
- «История Чехии». Unter Redaktion des Akademiestitglieds W. J. Pitscheta, Moskau 1947. 352
- Кикудзиро Исии, «Дипломатические комментарии», Übersetzung aus dem Englischen unter Redaktion und mit einem Vorwort von A. Trojanowski, Moskau 1942. 488
- Кюльман, Ф., «Стратегия», М. 1939. 100—102
- Лависс и Рамбо, «История XIX века», Übersetzung aus dem Französischen unter Redaktion von Akademiestitglied E. W. Tarlé, Bd. VII, Moskau 1939.
- Леви, Г., «Германские монополии», Übersetzung aus dem Englischen von M. M. Mawrina, Moskau 1936.
- Лихтенберже, А., «Современная Германия», СПб. 1914.
- Луи, Ж., «Записки посла», с приложением переписки Ж. Луи с Пуанкаре, Сазонова с Извольским и писем Пуанкаре, Пишона, Палеолога, Камбона и других по поводу появления «Записок посла», Übersetzung aus dem Französischen, mit einem Kommentar von C. Lotomow sowie einem Vorwort von Adamow, Moskau 1925. 70
- Лященко, П. И., «Зерновое хозяйство и хлеботорговые отношения России и Германии в связи с таможенным обложением», Петроград 1915. 283
- «История народного хозяйства СССР», т. II, М. 1947. 283—285
- Макшеев, Ф., «Генеральный штаб». Сравнительный очерк современного устройства его в армиях: русской, германской, французской и австрийской. СПб. 1899. 88/89 91 92
- Молок, А., «Германская интервенция против Парижской Коммуны», М. 1939. 84

- Мун, П., «Империализм и мировая политика», Übersetzung aus dem Englischen von St. Wolski, Moskau-Leningrad 1928.
- Мэхэн, А. Г., «Влияние морской силы на французскую революцию и империю (1793—1812)», Bd. I—II, mit einem Vorwort von Professor A. I. Molok, Moskau-Leningrad 1940. 428
- Нарочницкий, А. Л., «Значение письма И. В. Сталина „О статье Энгельса „Внешняя политика русского царизма““, 1950.
- Недзевецкий, «О развитии военного духа у населения иностранных государств»; «Военный сборник» 1907, № 2. 86
- Оль, П. В., «Иностранные капиталы в хозяйстве довоенной России», 1922. 284
- «Оперативно-тактические взгляды германского флота», Artikelsammlung aus der deutschen Kriegsschlottenliteratur, 1941. 430/431
- Павлович, М., «Империализм и борьба за великие железнодорожные и морские пути будущего», Л. 1925. 689
- Покровский, М. Н., «Империалистская война», Sammlung von Artikeln aus den Jahren 1915 bis 1927, Moskau 1929. 765/766
- Покровский, С. А., «Внешняя торговля и внешняя торговая политика России», М. 1947. 283/284
- Попов, А., «Дальневосточная политика царизма в 1894—1901 гг.»; «Историк-марксист», т. XI, 1935.
- Романов, Б. А., «Россия в Маньчжурии (1892—1906)». Очерки по истории внешней политики самодержавия в эпоху империализма, Л. 1928. 506
- «Очерки дипломатической истории русско-японской войны 1895 до 1907», М.-Л. 1947.
- Ротштейн, Ф. А., «Из истории прусско-германской империи», М.-Л. 1948. 185 749 754
- «Гитлеризм и прусско-германский империализм»; «Исторический журнал», 1942, № 6. 183
- Салтыков-Щедрин, М. Е., «За рубежом», Л. 1939. 38 88
- Сказкин, С. Д., «Конец австро-русско-германского союза», т. I, 1879 до 1884. М. 1928. 179
- Соболев, М. Н., «История русско-германского торгового договора», Птгр. 1915. 283
- Соловьев, Ю., «25 лет моей дипломатической службы (1893—1917)», М. 1927. 481 508
- Тарле, Е. В., «Европа в эпоху империализма, 1871—1919», М.-Л.
- Грахтенберг, И., «Денежные кризисы (1821—1938)», «Мировые экономические кризисы», т. III, М. 1937. 50 54
- Успенский, Г., «Большая совесть», Полн. собр. соч. изд. Б. Фукса, т. I. 83
- Хвостов, В. М., «Ближневосточный кризис 1895—1897 гг.»; «Историк-марксист», т. XIII, М. 1929. 188 193 323
- «Проблема захвата Босфора в 90-х годах XIX века»; «Историк-марксист», 1930, т. XX. 328 329 333
- Шванебах, «Денежные преобразования и народное хозяйство», 1901. 284



## Personenverzeichnis<sup>1</sup>

- Abdul Hamid II.* (1842—1918) Sultan der Türkei (1876—1909). 189 191 200 206 267 269—271 275—278 296 320 324 326 329 335 336 343 346 355 357 359 361 366 369 371 372 376 378 561 567 678 682 683 685 686 694 774 777
- Aguinaldo, Emilio* (geb. 1870) Führer der gegen Spanien aufständischen Bevölkerung der Philippinen (1898). 649 655
- Albrecht.* Herzog von Mecklenburg, einer der Leiter der deutschen Kolonialgesellschaft. 464
- Alexander VI.* (1431—1503) Papst (1492 bis 1503). 652
- Andrássy, Gyula (Julius), Graf* (1823 bis 1890) ungarischer Staatsmann, österreichisch-ungarischer Außenminister (1871—1879). 175
- Anzer, Johann Baptist von* (1851—1903) deutscher Bischof, Haupt der katholischen Mission in Schantung, Anhänger der Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus in China. 510 511 523
- Aoki Shuzo, Viscount* (1844—1914) japanischer Gesandter in Berlin (1892 bis 1897) Außenminister (1898 bis 1900). 485 488
- Arenberg, Franz Ludwig, Prinz von* (1849—1907) Reichstagsabgeordneter der katholischen Zentrumsparlei (seit 1890). 259
- Arnim, Harry, Graf von* (1824—1881) deutscher Diplomat, Botschafter in Paris (1872—1874). 116
- Arnim-Muskau, Hermann, Graf von* (1839—1919) Großagrarier, einer der Führer des Alldeutschen Verbandes, Reichstagsabgeordneter der Reichspartei (1887—1907). 77 262 264 385 445 657 709
- Badeni, Kasimir Felix* (1846—1909) österreichisch-ungarischer Ministerpräsident und Innenminister (1895 bis 1897). 352 665—670 675
- Balfour, Arthur James, Earl of* (1848 bis 1930) englischer Diplomat, Konservativer, erster Lord des Schatzamtes und Mitglied des Unterhauses (1895—1902). 160 227 562 566 567 575 576 580 627 628 631 687 711 716
- Ballestrem, Franz, Graf von* (1834 bis 1910) einer der Führer des katholischen Zentrums, Reichspräsident (1898—1906). 78
- Ballin, Albert* (1857—1918) Direktor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag). 35 459 460
- Baratieri, Oreste* (1841—1901) italienischer General. 231
- Baring, Edward Charles* (1828—1897) Londoner Bankier. 268
- Barth, Theodor* (1849—1909) Führer der Freisinnigen Vereinigung (gegr. 1893), Reichstagsabgeordneter, Herausgeber der „Nation“. 311 347 394 425 467 468 545 546
- Bassermann, Ernst* (1854—1917) Führer der Nationalliberalen, Mitglied des Alldeutschen Verbandes, Reichstagsabgeordneter (seit 1893). 673 734 737 738
- Bebel, August* (1840—1913). 83 85—88 163 164 259 260 313 374 426 427 476 477 549—551 554 556 591 660 735 736 739 772 776 787

<sup>1</sup> Die Angaben beziehen sich auf die im Buch behandelte Periode (1895—1900).

- Beck, Friedrich, Baron* (1830—1920) Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs (1881—1906). 225—227 245
- Becker, Willy* deutscher bürgerlicher Historiker. 18
- Belinski, Wissarion Grigorjewitsch* (1811 bis 1848) großer russischer revolutionärer Demokrat, Literaturkritiker und Publizist. 764
- Belmont* amerikanischer Finanzmann. 390
- Bennigsen, Rudolf von* (1824—1902) nationalliberaler Parteiführer (bis 1898) Reichstagsabgeordneter. 166 423 441 443 476
- Beresford, Charles William de la Poer* (1846—1919) Lord, englischer Admiral. 599—609
- Bernhardt, Sarah* (1843—1923) französische Schauspielerin. 293
- Bernstein, Eduard* (1850—1932). 369 554—556 591 662 738 740 763 785
- Bernstorff, Johann Heinrich, Graf* (1862 bis 1939). 257
- Berthelot, Marcellin* (1827—1907) bekannter französischer Chemiker, Außenminister (1895—1896). 155
- Beveridge, Albert Jeremias* (1862 bis 1927) reaktionärer amerikanischer Politiker, Republikaner, Senator (seit 1899). 655
- Bishford* Korrespondent englischer Zeitungen. 147
- Bismarck, Herbert, Fürst von* (1849 bis 1904) ältester Sohn des Fürsten Otto von Bismarck, Diplomat, Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1886 bis 1890). 105 107 173 305 444 582 659 756
- Bismarck, Otto, Fürst von* (1815—1898). 10—12 16 35—40 63—65 75 79 84 85 89 90 95—97 100 105—109 112 115 bis 119 121 150 152 153 173 175—181 184 bis 186 192 208 210 211 230 243 244 250 266 267 269 278 283 287 294 303 bis 320 322 327 334 347 368 373 379 385 408 412 419 422 444 445 448—453 455 467 469 473 476 479 480 492 493 531 544 546 583 658 659 664 704 719 747 751 754 771 775 778 779 787 792
- Bismarck, Wilhelm, Graf von Bismarck-Schönhausen* (1852—1901) zweiter Sohn des Fürsten Otto von Bismarck, Oberpräsident von Ostpreußen (seit 1895). 107
- Blanc, Alberto, Baron* (1835—1904) italienischer Diplomat und Außenminister in der Crispi-Regierung (1893 bis 1896). 157 158 174 213—215 217 bis 221 225 231
- Bleibtreu, Karl* (1859—1928) Militärschriftsteller. 87
- Bleidröder, Gerson von* (1822—1893) Berliner Bankier. 79 211 267 481
- Boguslawski, Albert von* (1834—1905) preußischer General und Militärschriftsteller. 641
- Bohlen und Halbach, Gustav von* (geb. 1870) jetzt Krupp von Bohlen und Halbach (seit 1906). 79
- Boris III.* (1894—1943) Sohn Ferdinands I. (des Koburger), König von Bulgarien (1918—1943). 236
- Bötticher, Karl Heinrich von* (1833 bis 1907) preußischer Minister und Staatssekretär des Innern (1880—1897), Reichstagsabgeordneter (seit 1878). 113 451—453
- Bourgeois, Léon* (1851—1925) Vertreter Frankreichs auf der ersten Haager Konferenz (1899). 297 729
- Brandenburg, Erich* (geb. 1868) deutscher bürgerlicher Historiker. 18
- Brandt, Max August von* (geb. 1835) deutscher Diplomat, Gesandter in Peking (1875—1893), Verfasser vieler Bücher über China. 485—489 496 500
- britischer Botschafter* in Berlin (1893) siehe Malet
- Brodrick, William Saint John Fremantle, Viscount* (geb. 1856) englischer Staatsmann, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium (1895 bis 1898), Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt (1898—1900), Kriegsminister (1900—1903). 609
- Bronsart von Schellendorff, Walter* (1833 bis 1914) preußischer General, Kriegsminister (1893—1896). 641

*Buchka, Gerhard von* (geb. 1851) Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes (1898—1900), Reichstagsabgeordneter (seit 1893), Konservativer. 708

*Budberg, Andrei Andrejewitsch* russischer Diplomat, zeitweilig Geschäftsträger in Berlin (1899). 415

*Budde, Hermann von* (1851—1906) Oberst. 732

*Bülów, Bernhard Ernst von* (1815 bis 1879) Vater des Reichskanzlers Fürst von Bülów, Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1873—1879). 450

*Bülów, Bernhard, Fürst von* (1849 bis 1929) deutscher Botschafter in Rom (1893—1897), Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1897—1900), Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident (1900—1909). 30 55 56 157 158 174 214 218—222 246 247 288 449 bis 451 455 466—469 471—473 478 479 504 505 511 522 528—535 538 bis 541 545 546 555 562 570—576 578 582 bis 584 587 593 594 596 609 611 613 614 622—626 628 633 636 644—646 648 657—659 661 662 674 677 679 bis 682 684—686 690—692 697 700—706 710 711 713 715—722 727 735 739 741 743 744 751 756 784

*Calwer, Richard* deutscher Sozialdemokrat, Reformist. 405 406

*Cambon, Paul* (1843—1924) französischer Botschafter in Konstantinopel (1891—1898). 199 328

*Cameron* Direktor der Hongkong-Schanghai-Bank. 588

*Caprivi, Leo, Graf von* (1831—1899) preußischer General und Staatsmann, Reichskanzler (1890—1894) und preußischer Ministerpräsident (1890 bis 1892). 64 85 97 99 108 287 290 311 391 421 451 453 615

*Carnegie, Andrew* (1835—1919) amerikanischer Milliardär. 68

*Carnot, Marie François Sadi* (1837 bis 1894) Präsident von Frankreich (1887 bis 1894). 211

*Cassel* Londoner Bankier. 268

*Cassini, Artur Pawlowitsch* russischer Diplomat, Gesandter in Peking (1896 bis 1897), Botschafter in Washington. 504 607

*Cato, Marcus Porcius* (234—149 v. u. Z.). 410

*Cavaignac, Louis Eugène* (1802—1857) französischer General, Kriegsminister der Provisorischen Regierung nach der Februarrevolution 1848, Henker des Pariser Proletariats in den Juni-tagen 1848. 348

*Chamberlain, Ethel* Tochter des englischen Kolonialministers Joseph Chamberlain. 687

*Chamberlain, Houston Stewart* (1855 bis 1927) englisch-deutscher Schriftsteller, Ideologe des Rassismus, Verfasser des Buches „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ (1899) und anderer Werke über den Rassismus. 68

*Chamberlain, Joseph* (1836—1914) Kolonialminister in den konservativen Kabinetten Salisbury und Balfour (1895—1903), eifriger Imperialist und Anhänger der Erweiterung der Kolonialbesitzungen des britischen Empire, einer der Hauptorganisatoren des Burenkrieges. 8 27 29 46 132 135 140 141 159 228 367 387 395 408 561 562 564—566 568—581 584 587 589 bis 591 593—600 603—610 613 617 bis 619 628 629 640 645 647 687 688 704 bis 706 715 717—721 739 744 751 771 788

*Chanoine, General*, französischer Kriegsminister. 726

*Chirol, Valentin* (geb. 1852) englischer Journalist, Berliner Korrespondent der „Times“ (1892—1899), Redakteur der Auslandsabteilung der „Times“ (1899—1900). 147

*Churchill, Winston* (geb. 1874). 792

*Chwostow, Wladimir Michailowitsch* sowjetischer Historiker. 25

*Cicero, Marcus Tullius* (106—43 v. u. Z.). 450

*Clausewitz, Karl von* (1780—1831) preußischer General, Militärschriftsteller, einer der Stammväter der reaktionä-

- ren Kriegsideologie des preußisch-deutschen Militarismus. 93
- Cleveland, Grover* (1837–1908) Präsident der USA (1884–1888 und 1892 bis 1896), Repräsentant der Demokratischen Partei. 639
- Constans, Jean Antoine Ernest* (1833 bis 1913) französischer Diplomat, Botschafter in Konstantinopel (1898 bis 1909). 689
- Corti, Luigi, Graf* (1823–1888) italienischer Diplomat, Botschafter in London (1886–1887). 173
- Courcel, Alphonse Baron de* französischer Botschafter in Berlin (1882 bis 1886), in London (1894–1898). 155 159
- Cowston* einer der Leiter der Chartered Company. 263
- Crispi, Francesco* (1819–1901) italienischer Ministerpräsident (1893–1896), Anhänger des Dreibunds und der aktiven Kolonialpolitik. 157 209 211 bis 213 218 219 221 224
- Cunow, Heinrich* (geb. 1862) deutscher Sozialdemokrat, Reformist. 525 556
- Curzon, George Nathaniel* (1859–1925) englischer Diplomat, Konservativer, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt (1895–1898), Vizekönig von Indien (1899–1905). 382
- Dallwitz, Johann von* (1855–1919) preußischer Konservativer, „Kanalarbeller“. 735
- dänischer König* siehe Friedrich VII.
- Dante, Alighieri* (1265–1321). 631 729
- Delcassé, Théophile* (1852–1923) französischer Kolonialminister (1894 bis 1895), Außenminister (1898–1905). 621 689 751
- Demosthenes* (384–322 v. u. Z.) größter Redner des Altertums. 450
- Denhardt, Klemens* (1852–1929) und *Gustav* (1856–1917) deutsche Kolonisatoren, Plantagenbesitzer in Witu und Sansibar. 262 263
- deutscher Botschafter* in Washington siehe Thielmann
- Devonshire, Spencer Compton Caven-*
- dish, Herzog* (1833–1908) Vertreter der alten englischen Grundaristokratie, König der Textilindustrie von Lancashire, Liberal-Unionist. 565 584 599
- Dewey, George* (1837–1917) amerikanischer Admiral, der die amerikanische Flotte im Stillen Ozean während des Spanisch-Amerikanischen Krieges befehligte. 648–650
- Deym, Franz, Graf* österreichisch-ungarischer Botschafter in London (1888 bis 1903). 202 227 340
- Diederichs, Otto von* (1843–1918) deutscher Admiral, Kommandeur des pazifischen Geschwaders, das Tsingtau besetzte (1897). 510 513–515 523 524 650 652
- Dingley, Nelson* (1832–1899) amerikanischer Jurist und Journalist, Verfasser des Schutzzollgesetzes (Dingley-Tariff-Bill). 389 390 393
- Dreyfus, Alfred* (1859–1935) französischer jüdischer Offizier, der verleumderischerweise des Landesverrats beschuldigt wurde. 684
- Eckardstein, Hermann, Freiherr von* (geb. 1864) deutscher Diplomat, Sekretär und später Botschaftsrat in der deutschen Botschaft in London (1899 bis 1901). 17–19 77 232 565 569 576 577 579 650 689 704 706 715
- Eduard VII.* (1841–1910) früher Prince of Wales, Sohn der Königin Viktoria, König von Großbritannien und Irland (1901–1910). 566 635
- Einem, Karl von* (geb. 1853) General, Mitarbeiter der zweiten Abteilung des Generalstabs, preußischer Kriegsminister (1903 bis 1909). 92
- Engels, Friedrich* (1820–1895). 11 21 24 36 39 43 47 49 50 76 80 82 91 119 312 313 413 552 758–762 766 767 770 786
- englischer Botschafter* in Petersburg siehe O'Connor
- Erlanger* Londoner Bankier. 268
- Ernst II.* (1818–1893) Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha. 78
- Esterházy Major, Spion.* 684

*Eulenburg-Hertefeld, Philipp, Graf zu* (1847—1921) deutscher Diplomat, preußischer Botschafter in München (1891—1894), Botschafter in Wien (1894—1902), naher Freund und ständiger Berater Wilhelms II. 107 110 115 116 189—191 193—196 198 206 225 226 228—230 233 237 242 265 280 281 331 337 339 428 438 446 448 449 457 462 668 669 672 675

*Eyck, Erich*, deutscher bürgerlicher Historiker. 18

*Faure, Felix* (1841—1899) Präsident von Frankreich (1895—1899). 153 518 726

*Favier, Abbé*, rangältestes Mitglied der katholischen Mission in Peking. 508

*Feis, Herbert* amerikanischer Wirtschaftler. 58

*Ferdinand I.* (geb. 1861) Prinz von Sachsen-Koburg, bulgarischer Fürst (1887—1908), König von Bulgarien (1908—1918). 236 377

*Ferrero*, General, italienischer Botschafter in London. 227

*Fischer, Eugen* (geb. 1892) deutscher bürgerlicher Historiker. 18

*Franke, Otto* (geb. 1863) deutscher bürgerlicher Historiker, Übersetzer und Konsul in China (1888—1901). 17

*Franz Joseph I.* (1830—1916) Kaiser von Österreich (1848—1916), König von Ungarn (1867—1916). 189—191 207 226 279 282 349 350 354 595 673 675

*Franzius* Marineingenieur. 503

*Frei, Ernst* deutscher Sozialdemokrat, Reformist. 696

*Frey* Vertreter der Elsässer Industriellenvereinigung. 734

*Fried, Alfred* (1864—1921) bürgerlicher Pazifist, Organisator der pazifistischen Bewegung in Deutschland und in Österreich-Ungarn. 730

*Friedrich II.* (1712—1786) König von Preußen (1740—1786), zifriger Vertreter der preußischen Eroberungspolitik. 79 80 82 111 179

*Friedrich VII.* (1808—1863) König von Dänemark (1848—1863). 450

*Friedrich Wilhelm von Brandenburg* (der sogenannte „Große Kurfürst“) (1620—1688) Kurfürst von Brandenburg (1640—1688). 111

*Friedrich Wilhelm* (1819—1904) Großherzog von Mecklenburg-Strelitz. 450

*Fritzen, Alois* (1840—1916) einer der Führer der katholischen Zentrums-  
partei, Reichstagsabgeordneter (1869 bis 1911), Führer der Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus (seit 1900). 166

*Fürstenberg, Carl* (geb. 1850) deutscher Bankier, Leiter der Berliner Handelsgesellschaft. 56

*Galib Bey* türkischer Botschafter in Berlin (1896—1897). 271 335 372

*Garibaldi, Giuseppe* (1807—1882) italienischer revolutionärer Demokrat, Führer der italienischen nationalen Revolution und hervorragender General eines Freischärlertrupps im Kampf für die Unabhängigkeit Italiens. 209

*Garvin, James Louis* (1868—1947) englischer Journalist, Schriftsteller und Verleger, Biograph Joseph Chamberlains, Leiter des konservativen „Observer“ (1908—1942). 27 569 717

*Gautsch von Frankenthurn, Paul, Freiherr* (1851—1918) österreichisch-ungarischer Ministerpräsident (November 1897 bis März 1898). 669

*Georg* (geb. 1869) griechischer Prinz, Sohn des Königs Georg I., Gouverneur von Kreta (1898—1906). 677

*Georg I.* (1845—1913) König von Griechenland (1863—1913). 191 376

*Giffen, Robert* (1837—1910) englischer bürgerlicher Wirtschaftler und Statistiker. 45

*Gladstone, William Ewart* (1809—1898) Führer der Liberalen Partei, Haupt der liberalen Regierung Englands (letztes Kabinett 1892—1894). 253

*Gobineau, Joseph Arthur* (1816—1882) französischer Diplomat und Schriftsteller, Gründer der anthropologi-

- schen Richtung in der bürgerlichen Soziologie, Ideologe des Rassismus. 68
- Goerz, Adolf* Chef der deutschen Aktiengesellschaft Adolf Goerz & Co., die die Bergbaubetriebe in Transvaal finanzierte. 127 702
- Goethe, Johann Wolfgang von* (1749 bis 1832). 71 758
- Goltz, Colmar, Freiherr von der* (1843 bis 1916) preußischer General und türkischer Pascha, Leiter der deutschen Militärmission in der Türkei, Mitarbeiter im Generalstab der türkischen Armee (1885–1895). 101 266 359 678
- Goluchowski, Agenor, Graf* (1849–1921) polnischer Großmagnat, österreichisch-ungarischer Diplomat, Außenminister (1895–1906). 158 174 189 bis 200 203 206 207 219 224 226 bis 230 236–238 240 244 245 248 265 271 280 296 301 306 331 336 337 339 340 343 349 350 352 354 361 379 595 645 669 671 672 675
- Good, George* (geb. 1873) englischer bürgerlicher Historiker. 27 792
- Goschen, William Edward* (1847–1924) englischer Diplomat, Geschäftsträger in Petersburg (1894–1898), Gesandter in Belgrad (1898–1900), in Kopenhagen (1900–1905). 325
- Gradnauer, Georg* (geb. 1866) deutscher Sozialdemokrat, Reformist, Redakteur im „Vorwärts“ (1897–1905). 554
- Greismann* einer der Führer des Alldeutschen Verbandes. 634
- Grey, Edward, Viscount of Fallodon* (1862–1933) englischer Diplomat, Liberal-Imperialist, Unterstaatssekretär im Außenministerium in den liberalen Regierungen (1892–1895), Außenminister (1905–1916). 645
- griechischer König* siehe Georg I.
- Grierson, James* (1859–1914) englischer Militärattaché in Berlin (1896–1900). 337 338 563 564
- Großer Kurfürst* siehe Friedrich Wilhelm von Brandenburg.
- Großherzog von Mecklenburg-Strelitz* siehe Friedrich Wilhelm.
- Großherzog von Sachsen-Weimar* siehe Karl Alexander.
- Grumbkow, Viktor von* (1849–1901) deutscher Offizier in türkischen Diensten. 695
- Gutschmid, Freiherr von* deutscher Diplomat, Gesandter in Tokio (1891 bis 1897). 488 494
- Hagen, Louis* (geb. 1855) Kölner Bankier. 57
- Hagen, Maximilian von* (geb. 1886) deutscher bürgerlicher Historiker. 19
- Hahn, Diederich* (1859–1918) Direktor des Bundes der Landwirte (seit 1897), nationalliberaler Reichstagsabgeordneter (seit 1893), später konservativer. 743
- Halle, Ernst* Leiter der Informationsabteilung des Reichsmarinamts, Herausgeber des „Nauticus“. 464
- Haller, Johannes* (geb. 1865) deutscher bürgerlicher Historiker. 17 18
- Hammacher, Friedrich* (1824–1904) deutscher Industrieller, Vorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Dortmund, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter (1881–1898). 162 437 472
- Hammann, Otto* (1852–1928) deutscher Publizist, Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. 16
- Hammerstein, Ernst von* (1827–1914) preußischer Landwirtschaftsminister (1894–1901). 416
- Hanley* Herausgeber der Zeitschrift „New Review“. 252
- Hanotaux, Albert Auguste Gabriel* (1853–1944) französischer bürgerlicher Historiker, Außenminister (1894 bis 1895 und 1896–1898). 272 297 300 328 329 333 334 342 343 367 528 621
- Hanse, Adolf* (1826–1903) Direktor der Disconto-Gesellschaft. 56 79 143 464 588 589 626 706
- Harcourt, William George Granville Vernon* (1827–1904) Schatzkanzler (1892–1895), Führer der Liberalen im Unterhaus (1894–1898). 255 573

- Harden, Maximilian* (1861–1927) deutscher Publizist und Literaturkritiker, Gründer der politischen Wochenschrift „Die Zukunft“ (gegr. 1892). 467 643
- Harris, Frank* (1856–1931) englischer Schriftsteller und Journalist. 410
- Hartmann, Eduard von* (1842–1906) deutscher Philosoph. 749
- Hartmann, Gustav* deutscher Bankier, Verwandter Woermanns. 56 706 707
- Hartung, Fritz* (geb. 1883) deutscher bürgerlicher Historiker. 14 15
- Hasse, Ernst* (1846–1908) einer der Gründer und Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei (1893–1903). 149 263 352 356 363 367 368 426 658 665 666 708 709
- Hatzfeldt, Paul, Graf von* (1831–1901) deutscher Diplomat, Botschafter in London (1885–1901). 118 121 134 139–142 147 148 159 161 162 215 216 232 233 236 242 274 321–324 326 327 330 331 337 360–362 364 373 384–388 514 519–523 530 533 538 566–581 584 587 588 593–597 599 609 616–622 627–629 702 703 714
- Hauffmann, Konrad* (1857–1922) Führer der (süddeutschen) Fortschrittlichen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter (seit 1890). 163 312
- Hay, John* (1838–1905) amerikanischer Diplomat, Botschafter in London (1897–1898), Staatssekretär (Außenminister) der USA (1898–1905). 607 645 648
- Hayashi, Tadasu* (1850–1913) japanischer Diplomat, Botschafter in London (1900–1905). 17 569
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich* (1770 bis 1831). 80
- Heine, Heinrich* (1797–1856). 81
- Heinrich, Prinz* (1862–1929) Bruder Wilhelms II., Befehlshaber der Militärexpedition in China (1897). 531 532 535 538 540 548 601 700
- Henckel von Donnersmarck*, fürstliches und gräfliches Geschlecht in Schlesien. 78
- Herbette, Jules Gabriel* (1839–1911) französischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1886–1896). 154 232
- Herff, von* deutscher Generalkonsul in Pretoria (1895–1896). 128 130 137 139
- Hertling, Georg* (1843–1919) deutscher Politiker, Reichstagsabgeordneter des katholischen Zentrums (1896–1912), das die Interessen Bayerns vertrat. 437 475
- Herzen, Alexander Iwanowitsch* (1812 bis 1870) hervorragender russischer Demokrat, Philosoph, Schriftsteller und Publizist. 36 37
- Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha* siehe Ernst II.
- Heyden, von der*, Kolonialgeschäftsmann. 143
- Heyking, Edmund, Freiherr von* (1850 bis 1915) deutscher Diplomat, Gesandter in Peking (1896–1899). 502 bis 504 506–509 523 524 527 532 533 536–538 541
- Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm, Freiherr von* (1843–1915) Lederfabrikant und Großgrundbesitzer in Worms, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Alldeutschen Verbandes 393 394 501
- Hilgard, Heinrich* siehe Villard, Henry.
- Hirsch, Moritz, Baron von* (1831–1896) österreichischer Bankier. 268
- Hitler, Adolf* (1889–1945). 10 11 792
- Hobrecht, Artur* (1824–1912), einer der Führer der Nationalliberalen Partei, Reichstagsabgeordneter (1881–1893). 419
- Hobson, John Atkinson* (geb. 1858) englischer Ökonom und Politiker, Sozialdemokrat. 68
- Hohenlohe-Öhringen, Prinz von* deutscher Geschäftsträger in London (1896). 322/323
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Alexander* (1862–1924) Sohn des Fürsten Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst, Reichs-

- tagsabgeordneter (1893–1903). 112  
293 447 732
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst zu* (1819–1901) Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident (1894–1900). 30 112–114 134–136 142 143 145 148 150 151 153 154 158 165–169 189 190 194 195 198 200–202 205–207 216 222–224 226 227 229 230 233–235 256 263 276 277 281 282 287 289 291 293 295 bis 297 300 307 308 312 316 334–336 338 340 343 344 346–348 366 386 400 406 407 414 417–420 435–440 444–447 449 450 452–455 457 465 467 468 470 474 496 500 503 505 506 511–514 516–518 520 521 528 529 570 579 616 626 634 661 664 715 723 724 732 735–737 742 756
- Hoiningen, Heinrich, Freiherr von, genannt Huene* deutscher bürgerlicher Historiker. 19
- Holleben, Theodor von* (1838–1913) deutscher Diplomat, Botschafter in Washington (1897–1903). 648
- Hollmann, Friedrich von* (1842–1913) deutscher Admiral (1896), Staatssekretär im Reichsmarineamt (1890 bis 1897). 142 426 427 434–441 443 444 446 449 464 487 503
- Holstein, Friedrich von* (1837–1909) einer der einflußreichsten Leiter der deutschen Diplomatie nach der Verabschiedung Bismarcks, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt (1876–1906). 98 99 116–118 151–153 157–159 169 bis 171 193–198 200 205 206 215 bis 217 223 229 232 233 235 241 247 271–274 281 293–298 302 321 322 327 340 341 349 354 361 364 366 383 385 411 446–449 490 491 512 513 521 522 557 558 565 570 573 576 578 579 594 595 597 609 616 633 634 690 691 712 714 715 720 755 772
- Hompesch, Alfred* (1826–1909) Politiker der katholischen Zentrumsparlei, Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag (1893–1909). 308 475
- Hsü Tsching-tscheng* chinesischer Gesandter in Berlin und in Petersburg (1898). 502 509
- Hugenberg, Alfred* (1865–1950) Vorsitzender der Direktion der Firma Krupp, einer der Gründer des Alldeutschen Verbandes, später Mitglied der NSDAP. 68
- italienischer König* siehe Umberto.
- Ito, Hirobumi, Fürst* (1841–1909) japanischer Staatsmann, Ministerpräsident (1886–1888, 1892–1896, 1898 und 1900–1901). 603
- Jagow, Gottlieb von* (1863–1935) deutscher Diplomat, Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1913–1916). 735
- Jameson, Leander Starr* (1853–1917) nächster Kampfgefährte Cecil Rhodes, Anführer der Banden der englischen Chartered Company, die in Transvaal einfielen (Dezember 1895). 128 138–140 142 146–148 153 160 549 560 569 617 771
- Jazdzewski* Leiter der polnischen Fraktion im Deutschen Reichstag. 474 664
- Jedels, Otto* deutscher bürgerlicher Ökonom. 57 61
- Jengalytschew, Nikolai Nikolajewitsch, Fürst* Militäragent bei der russischen Botschaft in Berlin (1897). 529
- Jentsch, Karl* (1883–1917) deutscher Publizist, einer der Ideologen des Pangermanismus. 753
- Joseph, Pater* (1577–1638) Berater von Richelieu. 117
- Kaiser von China* siehe Kuang-sü.
- Kampenhönerer, von* Generalleutnant, deutscher Offizier in türkischen Diensten. 695
- Kanitz, Hans von* (1841–1913) Großagrarier, einer der Führer der Konservativen Partei, Reichstagsabgeordneter (seit 1889). 167 291 292 391 394 400 415 425 465 501 583 659 660
- Kant, Immanuel* (1724–1804). 763 764
- Kapnist, Pjotr Alexejewitsch, Graf* (1839–1904) russischer Botschafter in Wien (1895–1904). 228 236 238 240 245 293 306 307



- Kardorff, Wilhelm von* (1828—1907) deutscher Großindustrieller, Gründer des Zentralverbands deutscher Industrieller, einer der Gründer und Führer der Reichspartei, Reichstagsabgeordneter (1868—1906). 163 261 292 315 346 373 391 424 434/435 441 445 462 546 547 551 673 734
- Karl I.* (1863—1908) König von Portugal (1889—1908). 620 621
- Karl Alexander* (1818—1901) Großherzog von Sachsen-Weimar. 78
- Károlyi, Aloys, Graf* (1825—1889) österreichisch-ungarischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1871—1878), in London (1878—1888). 173
- Kato, Taka-akira* (1860—1926) japanischer Staatsmann, Gesandter in London (1894—1899). 569
- Kaulla, Alfred* Direktor der Württembergischen Vereinsbank, einer der Agenten Georg Siemens' für die Erwerbung von Konzessionen in der Türkei. 269 270
- Kautsky, Karl* (1854—1938) Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, bedeutendster Vertreter des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie und in der II. Internationale. 369 370 406 525 591 764 765
- Kayser, Paul* (1845—1898) Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes (1890—1896). 121 139 143 144 259—264 398 708
- Kiderlen-Wächter, Alfred von* (1852 bis 1912) deutscher Diplomat, Gesandter in Kopenhagen (1895), in Bukarest (1900—1910), Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1910—1912). 447
- Kimberley, John Wodehouse, Lord* (1826—1902) Staatssekretär des Auswärtigen im liberalen Kabinett Rosebery (1894—1895). 121
- Kipling, Rudyard* (1865—1936) englischer Schriftsteller, Ideologe des britischen Imperialismus und des angelsächsischen Rassismus. 68 413
- Kirdorf, Emil* (geb. 1847) deutscher Großindustrieller, Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, einer der Führer der Reichspartei. 55 57 79 458 733/734
- Kitchener, Horatio Herbert, Lord* (1850 bis 1916) englischer General, Eroberer des Sudans (1896—1898), Generalstabschef der englischen Armee in Südafrika (1899), Oberbefehlshaber im Kriege gegen die Buren (1900). 251
- Klehmets Beamter im Auswärtigen Amt.* 587
- Klopstock, Friedrich Gottlieb* (1724 bis 1803) deutscher Dichter. 413
- Knappe, Wilhelm* Berliner Bankier. 126
- Knorr, Ernst Wilhelm Eduard von* (1840—1920) deutscher Admiral, Chef des Stabes der Marine, kommandierender Admiral (1895—1899). 142 500 503 518
- König von Württemberg* siehe Wilhelm II.
- Kopp, Georg von* (1837—1914) Bischof von Breslau, eng verbunden mit den pangermanistischen Kreisen, persönlicher Freund Wilhelms II. 186
- Kramář, Karl* (1860—1937) tschechischer Politiker. Führer der jungtschechischen Bewegung für die Schaffung eines Dreierstaates, bestehend aus Österreich, Ungarn und den tschechischen Ländern (bis 1908). 674 675
- Krüger, Stephanus Johannes Paulus* (1825—1904), Präsident in Transvaal (1883—1900). 124 130 139 140 144 bis 146 148—150 154 155 159 160 163 165 167 169 256 531 533 563 644 700 715 720 744
- Krupp, Friedrich Alfred* (1854—1902) Großmagnat der Stahl- und Rüstungsindustrie, Reichstagsabgeordneter (1893—1898). 55 56 62 68 79 126 266 346 445 459 462 463 472 473 477 480 481 671 695 701 731 734 739 748 780 784
- Kuang-sü* (1872—1908) Kaiser von China (1876—1908). 483 503
- Kuczynski, Jürgen* (geb. 1904) fortschrittlicher deutscher Ökonom. 49 58

- Kühlmann, Richard von* (geb. 1873) deutscher Diplomat. 79
- Kung* (1833—1898) chinesischer Prinz, Präsident des Tsungli-Yamen (1861 bis 1884 und 1894—1895). 523 524
- Kuropatkin, Alexei Nikolajewitsch* (1848 bis 1925) russischer General, Kriegsminister (1898—1904). 725 726
- Kusserow, Heinrich von* (1836—1900) einer der Leiter der deutschen Kolonialgesellschaft, die mit der Disconto-Gesellschaft eng verbunden war. 464
- Lagarde, Paul Anton de* (eigentlich Bötticher) (1827—1891), deutscher Publizist, einer der Ideologen des Alldeutschen Verbandes. 68 183
- Lascelles, Frank* (1841—1920) englischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1895 bis 1908). 138 206 234 235 239 278 279 307 317 318 339 340 564 596 611 613 628
- Lassalle, Ferdinand* (1825—1864) einer der Führer der Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren in Deutschland, der Ahnherr des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie. 118
- Law* Major. 270 271
- Lehr, Adolf* einer der Leiter des Alldeutschen Verbandes, Reichstagsabgeordneter. 404 700 701
- Lenin, Wladimir Iljitsch* (1870—1924). 18 20—23 41—43 47—49 52—54 57 61 66—68 74 76 77 80 81 122 170 268 270 283 305 356 358 392 393 481 bis 483 515 543 556 566 585 598 614 618 630 637 638 681 685 718 757 762—765 767—769 772 782 785 786 789 790 793
- Lenz* 56 126
- Leo XIII.* (1810—1903) Papst (1878 bis 1903). 469 522 683
- Lessar, Pawel Michailowitsch* russischer Geschäftsträger in London (1896). 251
- Lessing, Gotthold Ephraim* (1729 bis 1781) deutscher Dichter und Dramaturg. 36
- Levetzow, Albert von* (1827—1903) preußischer Junker, Konservativer, Präsident des Reichstags (1881—1884 und 1888—1895), Führer der konservativen Reichstagsfraktion (seit 1897). 166 167 701
- Leyds, Wilhelm Johann* Staatssekretär der Südafrikanischen Republik (1888 bis 1897), Gesandter Transvaals, akkreditiert für die europäischen Staaten (1897—1902). 145 152 156
- Lidnowsky, Karl Max* (1860—1929) deutscher Diplomat, Erster Sekretär bei der Botschaft in Wien, Rat des Auswärtigen Amtes (1899—1904), Botschafter in London (1912—1914). 230 351 353
- Lieber, Ernst* (1838—1902) Führer der katholischen Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter (seit 1871). 163 168 261 263 309 310 371 419 426 436 437 445 474 659 709 732 736
- Liebermann von Sonnenberg, Max* (1848—1911) Gründer und Führer der konservativen Deutschsozialen Partei, Reichstagsabgeordneter (seit 1890). 309 315 673 742
- Liebknicht, Wilhelm* (1826—1900) einer der Gründer und Führer der deutschen Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter (1874—1900). 76 313 314 369 370 374 551—554 591 660—662 701/702 787
- Li Hung-tschang* (1823—1901) Vizekönig von Tschili, faktisch der Leiter der Außenpolitik Chinas Ende des 19. Jahrhunderts. 486 501 502 507 602 603
- Limburg-Stürum, Friedrich Wilhelm, Graf* (1835—1912) preußischer Großagrarier, einer der Führer des Bundes der Landwirte, Reichstagsabgeordneter (1893—1906), Konservativer. 292 391 416 471 711 734 735
- Lippert* 126
- List, Friedrich* (1789—1846) deutscher bürgerlicher Volkswirtschaftler, bedeutender Vertreter der protektionistischen Schule der deutschen politischen Ökonomie. 181 265 590
- Lobanow-Rostowski, Alexei Borisso-witsch* (1824—1896) russischer Diplo-

- mat, Botschafter in Berlin (1895), Außenminister (1895—1896). 155 bis 157 160 193 205 228 233 241 242 272 279—281 293 295
- Loter* Major, Administrator einer der Kongoprovinzen. 257
- Lucanus, Friedrich Karl Hermann von* (1831—1908) Chef des Zivilkabinetts Wilhelms II. 111 447
- Lüderitz, Franz Adolf Eduard* (1834 bis 1886) Bremer Kaufmann, Gründer von Deutsch-Südwestafrika. 265
- Lüders* deutscher Kaufmann. 539
- Ludwig, Emil* (geb. 1881) deutscher Schriftsteller und Publizist. 18
- MacDonald, Claude* (1852—1915) englischer Diplomat, Gesandter in Peking (1896—1900). 541 602
- Macedo* portugiesischer Gesandter in Madrid (1898). 631 632
- MacKinley, William* (1843—1901) Präsident der USA (1896—1901), Repräsentant der Republikanischen Partei. 299 389 501 638—640 647 648 650 654 655
- Maffei die Boglio, Karlo, Marquis* (1834 bis 1897) italienischer Botschafter in Petersburg (1895—1897). 332
- Mahan, Alfred* (1840—1914) amerikanischer Admiral und Schriftsteller. Ideologe des amerikanischen Imperialismus, Teilnehmer des Spanisch-Amerikanischen Krieges (1898) und der ersten Haager Konferenz (1899). 68 428
- Malet* Pariser Großfinanzier, Hauptaktionär der Bank L'Union Parisienne. 689
- Malet, Edward Baldwin* (1837—1908) englischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1884—1895). 120 125 130 bis 136 270
- Mann, Heinrich* (1871—1950) deutscher Schriftsteller. 77
- Mann, Tom* (1856—1941) Führer der englischen Arbeiterbewegung. 317
- Manteuffel, Otto Karl Gottlob, Freiherr von* (1844—1913) preußischer Junker, Vorsitzender der konservativen Reichstagsfraktion (1892—1897). 163 262 314 446
- Maple, John Blendel* englischer Fabrikant und konservativer Parlamentarier. 565
- Maria Theresia* (1717—1780) römisch-deutsche Kaiserin (1740—1780). 179
- Marschall von Bieberstein, Adolf Hermann* (1842—1912) deutscher Diplomat, Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1890—1897), Botschafter in Konstantinopel (1897—1912). 107 113 115 116 120 124 125 129—133 135 138 bis 144 147 148 150 154 156 157 162 bis 165 168 192 197 203—206 224 233 235 238 248 256 270 271 274 281 292 296 298 299 308 312 315 316 321 324 326 334 343—345 347—349 353 357 365 371 372 375 377 382 384 387 390 422 437—439 441 442 444 446—449 451 454 487 489—494 496 501—503 678 679 686 689
- Marx, Karl* (1818—1883). 11 21 38 39 110 413 452 482 711 758—760 762 764 765
- Mehring, Franz* (1846—1919) einer der Vertreter des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, Historiker, Publizist, Literaturkritiker und Politiker. 556 591
- Meinecke, Friedrich* (geb. 1862) deutscher bürgerlicher Historiker. 20 32
- Méline, Felix Jules* (1838—1925) Ministerpräsident in Frankreich (1896 bis 1898). 297 370
- Mikado* siehe Mutsuhito.
- Milan, Fürst* (1854—1901) König von Serbien. 188
- Milner, Alfred* (1854—1925) englischer Staatsmann, Oberkommissar von Südafrika und Gouverneur der Kapkolonie (1897—1905), einer der Organisatoren des Burenkrieges. 617
- Miquel, Johannes von* (1828—1901) preußischer Finanzminister (1890 bis 1901). 20 452 453 465 466 661 664 731 732 736
- Molkenbühr, Hermann* (1851—1927) deutscher Sozialdemokrat, Opportu-

- nist und Sozialchauvinist, Reichstagsabgeordneter (1890—1924). 473
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch* (geb. 1883). 792
- Moltke, Helmuth Karl Bernhard, Graf von* (1800—1891) Feldmarschall, Generalstabschef der deutschen Armee (seit 1857). 38 81 84 89 94—96 99 bis 102 104 434 444
- Mommsen, Theodor* (1817—1903) deutscher bürgerlicher Historiker. 353
- Monroe, James* (1758—1831) Präsident der USA (1817—1825). 391 607 647 652
- Monts, Anton, Graf von* (1852—1930) preußischer Gesandter in Oldenburg (1894), in München (1895). 72 76 555
- More, Thomas* (1478—1535) einer der Ahnherrn des utopischen Sozialismus. 768
- Morgan, John Pierpont* (1837—1913) einer der größten Finanzmänner der USA, Besitzer des Bankhauses J. P. Morgan & Co. 390
- Morgen, Kurt Ernst von* (1858—1928) deutscher Militärattaché in der Türkei (1897). 678—681 686
- Moy, Lucie, Gräfin* Tochter Radolins. 288
- Müller-Fulda, Richard* (geb. 1851) deutscher Fabrikant, Reichstagsabgeordneter (1893—1918). Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums (seit 1899). 443
- Münch-Färber* konservativer Reichstagsabgeordneter. 501
- Münster, Georg Herbert, Graf zu* (1820 bis 1902) deutscher Diplomat, Botschafter in Paris (1885—1900), Chef der deutschen Delegation auf der ersten Haager Konferenz (1899). 118 119 153 154 243 272 297 302 342 343 367 650 658 727
- Murawjow, Michail Nikolajewitsch, Graf* (1845—1900) russischer Außenminister (1897—1900). 342—345 350 365 372 504—506 512 516 520 522 528—530 533 692 693 714 721 722 727
- Mutsuhito* (1852—1912) Kaiser von Japan (1868—1912). 486
- Nagelmaker* französisch-belgischer Finanzmann. 689
- Napoleon I. Bonaparte* (1769—1821) Kaiser der Franzosen (1804—1814 und 1815). 111 123 381
- Nelidow, Alexander Iwanowitsch von* (1838—1910) russischer Diplomat, Botschafter in Konstantinopel (1883 bis 1897), in Rom (1897—1903), in Paris (1903—1910). 326 328—330 332 bis 334 336 359
- Nietzsche, Friedrich* (1844—1900) deutscher Philosoph, einer der Ideologen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus. 68 413 414 763
- Nigra, Costantino, Graf* (1828—1907) italienischer Diplomat, Botschafter in Wien (1885—1904), Vertreter Italiens auf der ersten Haager Konferenz (1899). 353
- Nikolaus I., Pawlowitsch* (1796—1855) russischer Zar (1825—1855). 266 611
- Nikolaus II., Alexandrowitsch* (1868 bis 1918) russischer Zar (1894—1917). 136 155 160 199 220 240 279 285 286 288 293—296 298 300—304 307 315 323 326 328 342 343 345 356 369 490 497 498 500 505 506 510—513 518 520—522 529 535 540 539 563 603 610—613 677 682 684 685 692 693 695 714 753 778
- Noailles, Emmanuel, Marquis de* (1830 bis 1909) französischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1896—1902). 720
- Northcliffe, vorher Alfred Charles William Harmsworth, Lord* (1865—1922) Haupt des mächtigen englischen Konzerns, Gründer der imperialistischen „gelben Presse“, Gründer der reaktionären „Daily Mail“ (1896) u. a. 68
- Northcote, Stafford Henry* (1846 bis 1911) englischer Staatsmann. 599
- Obrutschew, Nikolai Nikolajewitsch* (1830—1904) russischer General, Generalstabschef (1881—1897). 522

- O'Connor, Nicholas Roderick* (1844—1908) englischer Diplomat, Botschafter in Petersburg (1895—1898), in Konstantinopel (1898—1908). 329 330 612
- Onken, Hermann* (1869—1946) deutscher bürgerlicher Historiker. 11 12 15 17 20
- Osten-Saken, Nikolai Dmitrijewitsch, Graf* (1831—1912) russischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1895 bis 1912). 28 29 107 152 156 160 161 169 199 204 238 241 242 273 274 287 301 305 308 315 333 334 340 344 364 379 380 401 416 421 422 455 456 471 493 495 496 512 521 526 529 530 532 541 562 563 610 611 631 632 668 677 691—693 695 696 708 721 745 746
- Otis* amerikanischer General. 655
- Uttinger* Pariser Großfinanzier, Hauptaktionär der Bank L'Union Parisienne. 689
- Paasche, Hermann* (1851—1925) einer der Führer des Alldeutschen Verbandes, Reichstagsabgeordneter (1893 bis 1918), Nationalliberaler. 292 315 317 423 424
- Papst* siehe Leo XIII.
- Pawlow, Alexander Iwanowitsch* Erster Sekretär bei der russischen Mission in Peking (1897). 508 524
- Pearson* Baufirma. 268
- Pellé* Oberst, französischer Militärattaché in Berlin. 70
- Peters, Karl* (1856—1918) Gründer der Gesellschaft für deutsche Kolonisation, die Ostafrika Deutschland anschloß (1885), Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Gründer d. Alldeutsch. Verbandes. 128 143 258—262 265 461 467
- Pfeil, Joachim, Graf von* (1857—1924) deutscher Konsul in Lourenço Marques. 128
- Pleß, Fürst* fürstliches Geschlecht in Schlesien. 78 510
- Pobedonoszew, Konstantin Petrowitsch* (1827—1907) Oberprokurator des Heiligen Synods im zaristischen Rußland (1880—1905) extremer Reaktionär. 235 286 332
- Podbielski, Wiktor von* (1844—1916) deutscher General, Reichstagsabgeordneter (seit 1893), Konservativer, Staatssekretär im Reichspostamt (1897 bis 1901). 79 454
- Pokotilow* russischer Finanzagent in China. 603
- portugiesischer König* siehe Karl I.
- Posadowsky-Wehner, Artur, Graf von* (1845—1932) Großagrarier, Staatssekretär im Reichsschatzamt (1893 bis 1897), Staatssekretär im Reichsamt des Innern (1897—1907). 416 442 453 454 470 550 583 734
- Prittwitz, von* Sekretär der deutschen Mission in Peking (1896—1899). 508
- Putbus, Fürst*. 77
- Radolin, Hugo, Fürst von* (1841—1917) deutscher Diplomat, Botschafter in Konstantinopel (1892—1895), in Petersburg (1895—1900), in Paris (1900—1910). 119 155 157 233 270 288 289 295 296 329 330 332 504 506 529 725
- Radowitz, Joseph Maria von* (1839 bis 1912), deutscher Diplomat, Botschafter in Konstantinopel (1882—1892), in Madrid (1892—1908). 269 659
- Rathenau, Emil* (1838—1915) deutscher Großindustrieller, Gründer und Vorsitzender der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) (gegr. 1887). 56
- Ratibor, Herzog*. 77
- Rednitzer* ungarischer Bankier. 688 689
- Recke, Eberhard, von der* (1847—1911) preußischer Innenminister (1895 bis 1899). 418
- Rehders* Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank. 588
- Reuß, Prinz*. 78
- Reventlow, Ernst, Graf von* (geb. 1869) deutscher Geschichtsschreiber und Politiker des deutschen Imperialismus, Mitglied des Alldeutschen Verbandes und später der NSDAP. 13 14 15
- Rhodes, Cecil* (1853—1902) englischer Imperialist, Gründer und Direktor der Chartered Company (bis 1896), Chef des de-Beers-Syndikats, Mini-

- sterpräsident der Kaprepublik (1890 bis 1896), Hauptinitiator des Burenkrieges. 122—125 128 129 131 132 136 138—142 148 155 159 255 410 566 617 687 688 699 700 706—709 771
- Richelieu, Armand Jean du. Plessis, duc de* (1585—1642) französischer Staatsmann, Kardinal (seit 1622) und leitender Minister unter Ludwig XIII. (seit 1624). 117
- Richter, Eugen* (1838—1906) Führer der Deutschen freisinnigen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter. 163 259 262 311 312 347 356 357 368 375 417 425 439 442 452 465 467 468 473 545 547 657 658 684 708 723 731 746
- Ridthofen, Ferdinand von* (1833—1905) deutscher Geograph und Forschungsreisender. 480 484
- Ridthofen, Oswald von* (1847—1906) Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes (1896—1898), Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt (1898—1900), später Staatssekretär (1900—1906). 398 399 680 708
- Rickert, Heinrich* (1833—1902) Führer der Freisinnigen Vereinigung, Reichstagsabgeordneter. 311 347 417 467 468
- Riesser, Jakob* (1853—1932) deutscher bürgerlicher Wirtschaftler, Direktor der Darmstädter Bank (1888—1905). 41 52 61
- Ritter, Gerhard* (geb. 1888) deutscher bürgerlicher Historiker. 19
- Robinson, Herakles* (1824—1897) Oberkommissar von Südafrika und Gouverneur der Kapkolonie (1895—1897). 140
- Rockefeller, John Davison* (1839—1937) amerikanischer Milliardär, Besitzer des mächtigen Trusts Standard Oil Company. 392 393
- Roesicke, Gustav* (1856—1924) einer der Führer des Bundes der Landwirte, Reichstagsabgeordneter (1898—1903), Konservativer. 740 741
- Roesicke, Richard* (1845—1903) Besitzer der größten deutschen Bierbrauerei, Reichstagsabgeordneter (1890—1903). 734 740
- Roloff, Gustav* (geb. 1866) deutscher bürgerlicher Historiker, Herausgeber des „Europäischen Geschichtskalenders“ (1894—1908). 18
- Roon, Albrecht Theodor Emil, Graf von* (1803—1879) preußischer Feldmarschall und Kriegsminister (1859 bis 1873). 88 89 91 102 318
- Rosebery, Archibald Philip Primrose* (1847—1929) englischer Imperialist, Haupt der liberalen Regierung (1894 bis 1895) und Führer der liberalen Opposition (1895—1905). 45 251 253 573 592
- Rosen, Roman Romanowitsch* (1847 bis 1922) russischer Diplomat, Gesandter in Belgien (1895), in Tokio (1897 und 1903), in München (1900), in Athen (1901), Botschafter in Washington (1905—1911). 605
- Rotenhan, Wulfram, Freiherr von* deutscher Diplomat, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt (1890 bis 1897), preußischer Gesandter beim Vatikan (1898—1908). 339 483 511 528 708
- Rother* deutscher Sozialdemokrat, Reformist. 740
- Rothschild, Nathaniel, Lord* (1840 bis 1915) Chef des Bankhauses in London 268 565 566 576 599 603 617 702
- Rougcot, de* Bankier. 79
- Rudini, Antonino* (1839—1908) italienischer Ministerpräsident (1896 bis 1898). 231 245—249
- Russell* einer der Leiter der Disconto-Gesellschaft. 57
- russischer Botschafter* in Konstantinopel siehe Nelidow
- Salisbury, Robert Arthur Gascoyne-Cecil, Lord* (1830—1903) Führer der Konservativen Partei Englands, Premierminister (1895—1902). 46 134 bis 136 140—142 145 147 159 161 170 173 196 197 200—203 205 215—217 227 228 235 237 239 241 242 251 255 273 274 279 281 317 318 323 324 326 327 330 331 337 338 340 359—362 364 367 372 373 375 384 386—388 395 411

- 520—523 530 533 538 561 562 566  
568 577 579—581 584 585 588 595 bis  
597 612 613 616 617 619 621 622 627  
636 653 703—705 715 716
- Saltykow-Schtschedrin, Michail Jewgra-  
lowitsch* (1826—1889) großer russi-  
scher Schriftsteller. 38 88
- Saurma-Jeltsch, Anton, Freiherr von*  
deutscher Diplomat, Botschafter in  
Washington (1893—1895), in Kon-  
stantinopel (1895—1897), in Rom  
(1897—1899). 198 275—277 336
- Schaedler, Franz* (1852—1913) einer der  
Führer der katholischen Zentrums-  
partei, Reichstagsabgeordneter (seit  
1890), Haupt der Opposition der süd-  
deutschen Abgeordneten in der  
Reichstagsfraktion des Zentrums. 476
- Schaffgotsch, Graf* schlesisches. Adels-  
geschlecht. 78
- Scharnhorst, Gerhard Johann David*  
von (1755—1813) preußischer Gene-  
ral. 91
- Schele, Friedrich Rabod, Freiherr von*  
(1847—1904) deutscher Oberst, Gou-  
verneur von Deutsch-Ostafrika (1893  
bis 1895). 144—146
- Schewitsch, Dmitri Jegorowitsch* russi-  
scher Botschafter in Madrid (1896 bis  
1900). 631 656 657
- Schünkel, Max* einer der Leiter der  
Disconto-Gesellschaft. 57
- Schüppel, Max* (1859—1928) deutscher  
Sozialdemokrat, Reformist. 740
- Schischkin, Nikolai Pawlowitsch* russi-  
scher Diplomat, stellvertretender  
Außenminister (1891—1896), Außen-  
minister (1896—1897). 293—296 298  
299 325 328 342
- Schlicffen, Alfred von* (1833—1913) Ge-  
neralstabschef der deutschen Armee  
(1891—1906). 30 98—100 102—104  
116 225—227 238 245 431 517 518  
593 754
- Schmidt* Reichstagsabgeordneter. 367
- Schmitz* katholischer Bischof in Köln.  
683
- Schnübele* französischer Grenzbeamter.  
448
- Schönerer, Georg von* (1842—1921) Füh-  
rer der antislawischen und antisemi-  
tischen Deutsch-Nationalen Partei in  
Österreich-Ungarn, eng verbunden  
mit dem Alldeutschen Verband. 185  
186 352 353 665—667 671 774
- Schönlanck, Bruno* (1859—1901) deut-  
scher Sozialdemokrat, Schriftleiter  
des „Vorwärts“ (1890), Chefredak-  
teur der „Leipziger Volkszeitung“  
(1894), Reichstagsabgeordneter (1893  
bis 1901). 470 471 473 476 479 480  
539 549
- Schuwalow, Pawel Andrejewitsch* (1830)  
bis 1908) russischer Diplomat und  
General, Botschafter in Berlin (1885  
bis 1894), Generalgouverneur in  
Warschau (1895—1897). 256
- Schweinsburg, Viktor* Leiter des Flotten-  
vereins, Redakteur der „Berliner  
Neuesten Nachrichten“ (Organ Krupps)  
und der „Berliner Politischen Nach-  
richten“ (Organ Miquels). 477 731
- Schwerin, Ulrich, Graf von* deutscher  
Geschäftsträger in Haiti (1897). 539
- Sekendorff, Freiherr von* deutscher Di-  
plomat, Konsul in Sarajewo und in  
Prag. 185
- Senden-Bibran, Gustav, Freiherr von*  
(1847—1909) deutscher Konteradmi-  
ral, Chef des Militärkabinetts (1890  
bis 1906). 111 142 426 435 436 503  
512 518
- Seymour, Hamilton* englischer Bot-  
schafter in Petersburg. 266
- Shakespeare, William* (1564—1616). 743
- Shockley* amerikanischer Ingenieur. 599
- Siemens, Georg von* (1839—1901) Di-  
rektor der Deutschen Bank, die von  
ihm 1870 gegründet wurde, Reichs-  
tagsabgeordneter, Mitglied der Frei-  
sinnigen Vereinigung. 56 127 267 bis  
270 357 358 390 394 464 468 685 bis  
690 697 716 717
- Siemens, Werner von* (1816—1892)  
Großmagnat der Elektroindustrie,  
Gründer der Firma Siemens & Halske  
(1847). 52 56 57 126 390
- Sinowjew, Iwan Alexejewitsch* (1835

- bis 1917) russischer Diplomat, Gesandter in Stockholm (1891—1897), Botschafter in Konstantinopel (1897 bis 1909). 694
- Solowjow, Juri Jakowlewitsch* Zweiter Sekretär bei der russischen Mission in Peking (1897). 508
- Sophie* (1870—1923) preußische Prinzessin, Schwester Wilhelms II., Frau des griechischen Thronfolgers Konstantin. 378
- Soveral, Louis* portugiesischer Gesandter in London (1897—1910). 618 619
- Spitz, von* deutscher General, Vorsitzender der militaristischen Organisation Bund ehemaliger Krieger. 86
- Staal, Jegor Jegorowitsch* russischer Diplomat, Botschafter in London (1884 bis 1903), Vorsitzender der ersten Haager Konferenz (1899). 159 160 170 253 254 323 562 581 600 631 744
- Stalin, Joseph Wissarionowitsch* (1879 bis 1953). 10 14 21 23—25 40 93 176 313 352 354 550 638 664 722 726 730 739 761 764 766 769 774
- Stammler, Rudolf* (1856—1938) deutscher Philosoph, Neukantianer. 763
- Stanley, Henry Morton* (1841—1904) englischer Afrikareisender. 68
- Stead, William Thomas* (1849—1912) englischer Journalist. 122
- Stoecker, Adolf* (1835—1909) Hofprediger, Gründer der Christlich-Sozialen Partei (1878). 109
- Stokes* englischer Staatsangehöriger. 257
- Stolberg-Wernigerode, Udo, Graf zu* (1840—1910) Großagrarier, Reichstagsabgeordneter (seit 1871), Konservativer, Mitglied des Alldeutschen Verbandes. 708
- Stosch, Albrecht von* (1818—1896) Chef der deutschen Admiralität (1872 bis 1883). 431
- Stumm-Halberg, Karl Ferdinand, Freiherr von* (1836—1901) Großmagnat der Stahlindustrie im Saargebiet, einer der Gründer und Führer der Reichspartei, Reichstagsabgeordneter. 55 79 115 317 346 391 392 410 421 439 445 446 459 462 473 475 494 583 701 734
- Swaine, Leopold Viktor* Oberst, britischer Militärattaché in Berlin (1882 bis 1889 und 1891—1896). 133 134 205 206
- Szövényi, Emmerich* (1825—1898) österreichischer Diplomat, österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin (1878—1892). 192 194 197 340
- Tarlè, Jewgeni Wiktorowitsch* sowjetischer Historiker. 7 25
- Tatitschtschew* russischer Finanzagent in London. 608
- Tausch* deutscher Polizeiagent und Provokateur. 447 448
- Temperley, Harold* (1879—1939) englischer bürgerlicher Historiker. 27
- Thielmann, Max von* (1846—1929) deutscher Botschafter in Washington (1895—1897), Staatssekretär im Reichsschatzamt (1897—1903). 390 454 470
- Thumayan* armenischer Professor und Geistlicher. 276
- Thun, Franz Anton, Graf von* (1847 bis 1916) prominenter tschechischer Aristokrat, Ministerpräsident in Österreich-Ungarn (1898—1899). 670 672 bis 675
- Thyssen, August* (1842—1926) Großmagnat der deutschen Schwerindustrie. 55 56 79
- Tirpitz, Alfred von* (1849—1930) deutscher Admiral, Chef des Stabes im Oberkommando der Marine (1892 bis 1895), Kommandeur des Geschwaders in Ostasien (1895—1897), Staatssekretär im Reichsmarineamt (1897 bis 1917). 20 166 427—436 443 449 451 454 456—458 464—472 474 477 bis 479 503 510 513 522 531 532 587 589 650 651 661 701 705 713 720 722 731 735 736 740 743 784
- Tornquist, Ernesto* Bankhaus in Buenos Aires. 62
- Treitschke, Heinrich von* (1834—1896) preußisch-deutscher reaktionärer Historiker. 39 81



- Trützschler von Falkenstein, Heinz* deutscher bürgerlicher Historiker. 19
- Tschang Kuao-yan* chinesischer General. 523
- Tschang Tschin-dun* Generalgouverneur von Wutschang. 507
- Tscharykow, Nikolai Walerianowitsch* (1855—1930) russischer Diplomat, Botschaftsrat in Berlin (1895—1896), Botschafter in Konstantinopel (1909 bis 1912). 28 29 120 125 483 486 488 489
- Tsching* chinesischer Prinz. 523 602
- Umberto* (1844—1900) König von Italien (1878—1900). 231 238
- Uspenski, Gleb Iwanowitsch* (1843 bis 1902) hervorragender russischer Schriftsteller. 83
- Uassos* griechischer Oberst. 365 366
- Uespucci, Amerigo* (1451—1512) italienischer Seefahrer. 259
- Uiktoria* (1819—1901) Königin von Großbritannien und Irland (1837 bis 1901), Kaiserin von Indien (seit 1876). 127 201 159 563 702
- Uiktoria Adelheid Marie Luise* (1840 bis 1901) „Kaiserin Friedrich“, Mutter Wilhelms II. 201
- Uillard, Henry* (1835—1900) bedeutender amerikanischer Finanzmann, Direktor der Edison Electric Light Company. 390
- Vincent, Howard* Gründer der Vereinigten Empire-Handelsliga, Anhänger der Schaffung einer Empire-Zollunion. 45 46 395
- Vindex* (Pseudonym = Malcolm Mac-Coll) englischer Publizist. 381
- Visconti-Venosta, Emilio* (1829—1914) italienischer Außenminister (1896 bis 1898 und 1899—1901). 323
- Vitali* französischer Großindustrieller. 689
- Völderndorff-Waredein, Otto, Freiherr von* (1825—1899) Staatsrat in Bayern, äußerster Reaktionär. 467
- Vollmar, Georg Heinrich von* (1850 bis 1922) deutscher Sozialdemokrat, einer der Ideologen des Revisionismus und Opportunismus, Reichstagsabgeordneter (1890—1918) und bayrischer Landtagsabgeordneter. 442 443
- Wagner, Adolph* (1835—1917) deutscher bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler. 462
- Wahl, Rudolf* deutscher Industrieller, Direktor einer großen Kölner Firma. 527 528
- Waldersee, Alfred, Graf von* (1832 bis 1904) enger Freund Wilhelms II., Generalstabschef der deutschen Armee (1882—1891), Generalfeldmarschall (1900), Oberkommandierender der Truppen der europäischen Mächte zur Niederwerfung des Boxeraufstands in China (1900—1901). 30 64 96—98 100—102 114—116 202 347 348 371 382 423 439 444 448 449 455 518 544 592 673 735 738
- Wangenheim, Konrad, Freiherr von* (1849—1926) deutscher Großagrarier, einer der Gründer des Bundes der Landwirte, Reichstagsabgeordneter (1898—1903) und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. 741
- Wegener* deutscher Vizeadmiral, Verfasser des Buches „Die Seestrategie des Weltkrieges“ (1929). 430 431
- Wehlan* Beamter der deutschen Kolonialverwaltung in Afrika, Teilnehmer der Strafexpedition gegen die eingeborene Bevölkerung. 258
- Welsersheimb, Rudolf, Graf von* Abteilungsleiter im österreichisch-ungarischen Außenministerium (1895 bis 1900). 229 230
- Werner* Mitglied der Deutschsozialen Reformpartei, rechter Reichstagsabgeordneter. 261
- Weyler* spanischer General, der an der Unterdrückung des Aufstands auf Kuba teilnahm (1895). 639
- White, Andrews Dickson* (1832—1918) amerikanischer Diplomat, Botschafter in Berlin (1897—1902). 652
- Wied, Wilhelm, Prinz zu* (geb. 1876) Präsident des Flottenvereins (1898),

- später König von Albanien (1914). 477
- Wilde, Oscar* (1856—1900) englischer Dichter. 410
- Wilhelm I.* (1797—1888) König von Preußen (1861—1888), deutscher Kaiser (1871—1888). 38 79 86 94 176 307 444
- Wilhelm II.* (1859—1941) König von Preußen und deutscher Kaiser (1888 bis 1918). 10 18 30 38 56 65 68 70 79 88—90 93—95 97—99 105 109—117 124 127 130 132—137 139 141—151 154 155 160 161 164—166 168 169 186 189 190 192—195 197—201 205 206 214 216 218 220 222 230 232—235 238 239 243 263 264 269 274 275 bis 282 285 286 288 292—294 296 298 bis 300 302—305 307 308 311 316—318 321 325 332 335 337—341 343—345 347—350 354 356 365—367 371 372 375 376 378 379 381—383 387—389 399 400 402 407 411 414 418 420 bis 422 427 428 434 436—439 443—452 455—457 462 465—467 470 478 484 486 488—490 497—500 503 505 506 510—514 516 517 519—521 526—533 535 539 540 544 546 559 562 563 bis 565 570 573 576 577 579 585 587 592 593 596 609—611 613 614 616 619 620 625 627—629 631—633 643 644 647 648 654 669 670 673 675 679—687 689 691 693 695—697 702—704 706 713—718 720—726 729 732—736 741 743 753 755 756 772 783 784 790
- Wilhelm II.* (1848—1921) König von Württemberg (1891—1918). 78 743
- Wilhelms Mutter* siehe Viktoria Adelheid Marie Luise.
- Williams, Ernest Edwin* englischer Publizist, Verfasser von Artikeln und Flugschriften über die Gefahr der deutschen Handelskonkurrenz. 252
- Winterfeld* einer der Direktoren der Berliner Handelsgesellschaft, Generalkonsul Transvaals in Berlin. 126
- Witte, Sergei Juljewitsch* (1849—1915) Finanzminister im zaristischen Rußland. 332 345 505 529 603 612 725
- Wocrmann, Adolf* (1847—1911) einer der Führer der Kolonialgesellschaft, Haupt der Dampfschiffahrtsgesellschaft Hamburg-Westafrika, Mitglied des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. 129 143 461 544 706
- Wolkenstein-Trostburg, Anton, Graf von* (geb. 1832) österreichisch-ungarischer Botschafter in Paris (1894 bis 1903). 195 212
- Zander* Vorsitzender des Aufsichtsrats der Anatolischen Bank, Vertreter der Deutschen Bank. 679
- Zetkin, Clara* (1857—1933). 554
- Zöpfl* Alldeutscher. 183
- Zühlke, Herbert* deutscher bürgerlicher Historiker. 19

## Geographisches Verzeichnis

- Abessinien* 151 213—215 218 221 224  
 231 232 235 238 362 672 750 775  
*Adriatisches Meer (Adriatische Küste, Adria)* 183 189 216 219 342 351 353  
 442 674 676 755  
*Adua* 231 232 234 236 237 247  
*Afghanistan* 560 580 581 688  
*Afrika (afrikanischer Kontinent)* 63 64  
 123 129 131 135 136 143 144 155 173  
 189 192 196 201 209 213 225 227 234  
 238 240 243 255—257 259 262—265  
 280 289 295 298 321 322 337 368 385  
 386 388 396 399 409 410 479 485 499  
 500 520 560 565 566 568 612 614 616  
 617 619—624 630 631 687 704—709  
 713 719—722 750 751 770 771 774  
 775 777 783 790  
*Ägypten* 58 131 133 136 152—154 156  
 169 173 190 204 227 232 233 235 239  
 240—242 251 278 280—282 293 295  
 298 325 328 344 360 580 623 696 713  
 728  
*Ägyptisch-Sudan* 399 560 776  
*Aidin* 271  
*Albanien* 201 215 216 320 350 351 355  
 362 477  
*Alcppo* 688  
*Alexandrette* 688  
*Algécirasbucht* 657  
*Altona* 97  
*Amatongoland* 131  
*Amerika* (siehe auch USA) 65 76 299  
 303 393 398 580 581 610 641 643 645  
 646 717—719 725 741 781  
*Amoy* 482 487 503 519 520  
*Amurregion* 601  
*Anatolien* 268 693 774  
*Anatolische Bahn* 679 685 691 696  
*Angola* 615 616 619 620 622 624 627  
 630 707  
*Ankara* 268—270  
*Apia* 699 703  
*Arabien (Arabische Halbinsel)* 58 612  
 696  
*Arabischer Golf* 189  
*Argentinien* 63  
*Armenien* 155 317  
*Aschanti* 121 160  
*Asien (asiatischer Kontinent)* 189 202  
 322 409 485 487 489 497 510 511 525  
 578 690 697 704 717 722  
*Athen* 365 372 376  
*Atlantischer Ozean* 128 429 433 442 560  
 624 638  
*Australien* 58 396 480 658 699 722  
  
*Baden* 115  
*Bagdad* 161 269 612 679 685 686 688  
 693 694 697  
*Bagdadbahn* 28 268 270 679 685—691  
 693—697 713 716 717 748 789  
*Balcaren* 657  
*Balkan (Balkanhalbinsel)* 151 173 178  
 182 183 186—193 195—199 205—207  
 216 217 219 220 223 227—230 233  
 236 237 244 265 268 269 280 314 331  
 336 339 341 342 344 350—353 355  
 358 360 362 363 370 372 377 378 381  
 383 411 429 438 472 561 590 595 665  
 676 677 680 689 691 692 748 774 789  
 791  
*Balmoral* 296 323 325  
*Baltikum* 285  
*Baltisches Königreich* 749  
*Basra* 321 686 688 693  
*Bayern* 49 82 89 106 183 395 420 442  
*Beirut* 682  
*Belgien* 63 103 104 266 394 404 590 748  
 750  
*Belgisch-Kongo* (siehe auch Kongo) 707  
*Belgrad* 340  
*Belt* 674

*Benguela* 615 624

*Berlin* 20 28 38 46 50 52 70 83 88 95 101  
105 115 120 121 126 130 132 134 bis  
137 139—142 145 152 154 156 158  
164 169 183 186 194 197—200 202 bis  
204 211 214—216 218 220—222 226  
227 232 236—242 244 245 248 252  
256 263 268 270 271 275 277 281 287  
289 296 297 301 305 307 323 324 329  
330 332 333 338—340 342 345 350 355  
359 360 362 364 376—380 382 387 401  
415 416 460 465 473 475 484 485 488  
491 493—496 498 501—504 508—510  
512 513 515 516 521—524 526 528  
529 534 535 540 563 564 571 576 577  
579 584 586 589 597 610 611 617 627  
645 646 650 652 668 669 673—675 678  
bis 680 686 687 689 690 693 695 697  
699 700 703 704 708 713 716 720 725  
727 751

*Bessarabien* 749

*Betschuanaland* 122

*Birmingham* 46 565 580 594 598 610

*Bitlis* 189

*Blantyre* 623 627 628

*Bodum* 51 126

*Böhmen* (siehe auch tschechische Länder)  
312 352 666 670 671

*Bosnien* 350

*Bosporus* 204 265 273 279 325 329 333  
334 342 379 680—682 693—695 748

*Boston* 639

*Brasilien* 62 708

*Bremen* 62 459 658

*Breslau* 186 295 296 298 307 315 778

*Brest-Litowsk* 100

*Britisches Reich* (*britisches Empire*) 45  
69 108 122 126 127 142 252 255 346  
395—398 400 401 405 406 408 409  
582—584 685 780 781

*Britisch-Indien* 58 396

*Britisch-Ostafrika* 121

*Britisch-Westindien* 396

*Brüssel* 257

*Budapest* 185 669

*Buenos Aires* 62

*Bukarest* 340 450

*Bulgarien* 173 174 188—192 227 236 351  
358 377 378

*Cattaro* 190

*Chicago* 606

*Chile* 62 299

*China* 8 62 151 289 386 479—487 489  
bis 493 495 496 498—504 507—514  
516—521 523—559 561—565 567 568  
570—575 578 579 581 584—589 598  
bis 609 611 612 616 617 648 654 658  
713 717 723 786—788

*City* 148 432 496 567 584 588 687 702  
711 780

*Creta* siehe Kreta

*Cyrenaika* 70 173

*Dalanwan* 542

*Dalmatien* 182

*Dalni* 601

*Damaskus* 682 684 685

*Dänemark* 62 103 346 729

*Dardanellen* 133 194 199 201 218 273  
277—279 327 339 679

*Delagoa* (*Delagoabai*, *Delagoabucht*)  
121 123—126 129—132 137 139 144  
150 162 382 520 579 617 618 620 622  
625 626 629 634

*Dessau* 706

*Deutschland* (*Deutsches Reich*) 8—21 23  
bis 26 28—33 35—53 55—65 67 69 72  
bis 86 88—92 96 97 99—112 115 116  
118—121 124—138 141—154 156—170  
172 174—187 191—204 206—214 216  
bis 239 241 242 244—253 255—257  
259 261—267 270—276 279—310 312  
bis 318 320—323 325—327 330—332  
334—346 351—354 356 357 359—364  
366—369 371—373 375—392 394—400  
403—406 408—418 420 421 423—425  
428—434 436—438 440—444 449—451  
455 457 459—462 464 467 469 470  
472 475—502 505 507—526 528—534  
536—555 557—576 578—585 587 589  
bis 600 605 606 608—613 615 616 619  
bis 624 627—636 640—645 647 648  
650—663 665—677 679 680 682—684  
686—693 695—713 715—722 725—727  
729 731 733 736 739—744 746—757  
760—763 766—779 781—792

*Deutsch-Ostafrika* 121 144 258 399 615  
706 707 709

*Deutsch-Südwestafrika* 262 263 384 399  
624

*Diyarbakir* 189 198 199

*Dnjepr* 749

*Donau (Donauraum)* 183 188 404

*Dongola* 239—244 251 280 775

*Dortmund* 51

*Dsü-je* 508

*Duisburg* 55

*Dünkirchen* 750

*Düsseldorf* 51 474

*Egito* 627

*Elbe* 183 449 731

*Elbing* 459

*Elsaß* 37 39 751

*Elsaß-Lothringen* 39 100 112 154 169  
230 337 573 580 692 751 761 773

*England* 8 12 13 16—21 23 24 26 28 29

42—47 49 58—60 64 65 69 74 87 104

108 118 120—125 129—138 140—165

167 169—174 178 190 193—198 200

bis 207 214—244 246—249 251—256

261—266 270—274 277—282 289—291

294—299 301 302 306 307 310 311 313

314 317 318 321—325 327—331 333

334 336—344 346 349 350 354 355 360

361 364—370 373 374 376 381—388

394—401 403—406 408—412 423—425

429—434 442 457 459 466 472 473 476

bis 478 482 484—486 490 492 494 495

498—501 506 512 513 518—522 526

528—531 533 535 537—542 545—547

551—554 557 559—585 587—597 599

bis 613 615—635 637 640 644—647

650 651 653 656 657 661 662 670 677

681 684—692 697—705 708 710—722

725 728 735 739—741 744 745 748

750—757 761 766 770—773 775—783

786—792

*Epinal* 101

*Epirus* 376

*Erserum* 189 198 199

*Eskischehir* 268—270

*Essen* 51 472

*Estland* 749

*Etsch* 40

*Euphrat (Euphratniederung)* 330 612  
679 681 686 687 697

*Europa (europäischer Kontinent, euro-  
päische Staaten)* 10—12 33 35—41 48

52 62—67 70 75 76 83 85 92 95 104

119 120 137 144 145 149 152 160 168

171 174 176—178 189 202 213 250 264

274 279 298—304 312 314 323 327 334

339 341 343 354 362 363 369 370 372

383 386 388 394 397 398 405 409 424

429 432 478 483 486 489 496—498

518 522 525 544 546 551 553 563 564

578 593 611 632 644 646 647 658 661

664 671 682 684 690 694 721 725 747

748 750 760 761 769 771—774 778 779

781 791 793

*Faschoda* 681 684 692 713 790

*Fernando Poo* 615 653 656

*Ferner Osten* 19 62 196 200 222 272 273

288 290 336 339 341 345 355 368 383

386 388 433 434 441 443 479—481 483

484 486—489 491 492 496—498 503

bis 505 510 512 517 521 525 530 531

534 535 540 544 546 547 549 551 bis

553 558 559 562 563 565 568 571 573

578 585 587 596 599—601 604 607 609

611 632 653 685 690 697 713 714 716

721 722 755 780 787

*Finnland* 62 749

*Flandern* 40

*Florenz* 63 211

*Formosa* 484 533 534

*Frankfurt am Main* 481 548 565 642

*Frankreich* 17 28 37—40 47 58—60 63

64 75 83 84 87 93—96 98—104 118 119

133 134 138 143 145 150 151 153 bis

161 163 169 173 177—179 182 186 194

bis 196 199—201 208—212 214—216

221 222 224 227 232—235 241—243

245—248 251 266 270 272—274 277

278 282 286 289 294—297 300—306

310 312 321 322 324 325 327—330 332

bis 334 337 338 342 343 349 354 361

364 367 370 374 387 399 411 423 425

429 431—433 444 448 450 459 484 485

488 489 493 495 497 498 512 516 518

522 533 541 542 546 561 563 565 568

570—576 581 582 585 590 592 593 596

599 604—606 608 609 615 618 620 621

623 626 628 629 633 634 640 644 645

652 656 674 680 681 683 684 688 690

- bis 692 704 713 717 718 726 729 750  
 bis 752 754 755 757 760 773 777 778  
 790  
*Friedrichstraße* 473  
*Fukien* 533
- Galizien* 100 180  
*Gallien* 337  
*Gelbes Meer* 151  
*Genua* 63 211  
*Gibraltar* 234 657  
*Gibraltar, Meerenge von* 656  
*Goldküste* 615 705  
*Golf von Petschili* 540 573  
*Griechenland* 236 355—360 362—365 367  
 bis 369 371—383 677 678 780 781  
*Großbritannien* 138 173 394 396 404  
 405 546 568 581 590 721 729  
*Großer Ozean* siehe *Stiller Ozean*  
*Großpreußen* 39 106 176  
*Guam* 656
- Haag* 27 727 730  
*Haidar-Pascha* 268 685 686 691  
*Haiti* 539  
*Hamburg* 35 62 65 97 126 257 306 307  
 317 318 347 459 461 481 491 522 544  
 587 708 736  
*Hankau* 507 509 589  
*Hannover* 661 724 738 739  
*Havanna* 639  
*Hawaii-Inseln* 638 652  
*Helgoland* 64 457 615  
*Herzegowina* 350  
*Holland* 40 63 103 128 182 266 393 404  
 589 590 714 748  
*Holländisch-Indien* 393 624  
*Homburg* 577 579  
*Honan* 599  
*Hongkong* 436 542 587  
*Honolulu* 710  
*Huanghotai* 612
- Indien* 133 152 161 234 270 481 553 560  
 608 676 694 697 703 717 721 748  
*Indischer Ozean* 128 131  
*Indochina* 481  
*Iran* (siehe auch *Persien*) 713 714 717  
*Ismid* 268 269
- Italien* 26 28 40 62 63 70 101 151 157  
 158 170 172—175 179 194—196 200  
 bis 202 206 208—218 220—224 227  
 228 230—232 235—239 241 244 246  
 bis 248 250 266 272 273 305 307—310  
 312 318 324 325 330 331 333 341 342  
 349 351—355 360 362 367 385 394 411  
 459 577—579 585 595 623 644 672 750  
 756 773 775
- Japan* 8 17 29 59 80 433 481—492 495  
 498—501 525 526 529 533—535 540  
 541 552 561 569 599—601 603 605 606  
 608 610 721 722 725 769
- Java* 708  
*Jerusalem* 682 685 790  
*Johannisburg* 123 127 128 137 138 142  
 702
- Kairo* 123 233 560 687 771  
*Kaiseri* 269 270  
*Kamerun* 257 500  
*Kanada* 58 396 401 583 716 722  
*Kanal* (Ärmelkanal) 146  
*Kanarische Inseln* 234 615 653 656 657  
*Kap der Guten Hoffnung* 122  
*Kapkolonie* 140  
*Kaprepublik* 122 138  
*Kapstadt* 123 560 615 687 771  
*Karibisches Meer* 648  
*Karolinen* (*Karolineninseln*) 615 652  
 653 656—662 698 733 790
- Karput* 189  
*Karthago* 410 430 590  
*Kassala* 239  
*Kastilien* 639  
*Kaukasus* 284  
*Khartum* 251
- Kiautschou* (*Kiautschoubucht*) 29 484  
 487 499 503—507 509—516 518—521  
 523—540 542—546 549 551 553—557  
 562 567 568 572 586 587 601 611 612  
 658 659 661 683 705 721
- Kiel* 56 459 461 526 531 544  
*Kiew* 749  
*Kioto* 605  
*Kleinasien* 189 265 268 270 271 275 346  
 356 360 404 590 685—691 693 694 696  
 697 716 753 789

- Köln* 456 481 586  
*Köln-Deutz* 126  
*Kongo* 151 169 257 624  
*Konia* 269 270 694  
*Konstantinopel* (siehe auch *Stambul*) 24  
     28 118 190 192—194 197 199 201 204  
     205 207 268—271 278 320 324 326 328  
     bis 330 332—334 336 339—342 350  
     356 359 362 364 372 449 553 590 677  
     678 681—683 685 688 689 691 761  
*Konstanz* 685  
*Korea (Koreahalbinsel)* 151 206 499 504  
     534 535 608 722  
*Korsika* 750  
*Koweit (Kucit)* 689 694 697  
*Kowno* 749  
*Krakau* 190  
*Krefeld* 683  
*Kreta* 320 355 356 358 360—376 378 383  
     438 451 561 677 678 781  
*Krim* 285 682  
*Kuangtschou-wan* 543  
*Kuba* 8 637—640 645 646 648 649 652  
     700  
*Kumasi* 160  
*Kurland* 749  
*Kyffhäuserberg* 86  
*Kwamoy* 482  
  
*Lancashire* 565 598  
*Larissa* 377  
*Lateinamerika* 62 63  
*Leipziger Straße* 91  
*Leicester* 718 719  
*Leningrad* 8 29  
*Levante* 357 360 381 693  
*Liaotung* 534  
*Liautunghalbinsel* 488  
*Lissabon* 125 145 620 627 707  
*Livland* 749  
*London* 17 28 61 62 118 120—123 127  
     129 131 132 134 138—141 147 149 155  
     156 159 160 173 197 198 201—206 214  
     215 222 227 232—236 241 242 251 bis  
     254 271 273 274 276 279 281 296 306  
     318 322 323 326 330 337 340 364 372  
     379 385 395 486 491 493—495 514 519  
     521 546 560 562 564—566 569 575 bis  
     577 579 581 582 588 589 595 596 599  
     601 604 608 610 613 614 618 619 622  
     628 629 631 645 647 651 688 689 692  
     701 704 706 715 716 744 770 792  
*Lothringen* 37 39 102 751  
*lothringisch-luxemburgisches Gebiet* 51  
*Lourenço Marques* 123 124 128 137 139  
     145 149 150 382 617 631 715  
*Luxemburg* 104 748  
  
*Madagaskar* 153  
*Madrid* 631 632 639 643 656 659  
*Mähren* 666  
*Mailand* 63 211  
*Main* 183  
*Majuba Hill* 131  
*Manchester* 46 598 599  
*Mandschurei* 486 568 600 601 608  
*Manila* 648 650—653 700  
*Marianeninseln* 652 656 658  
*Marokko* 216 234 688 717  
*Massaua* 234  
*Mazedonien* 201 206 268 320 358 359  
     361 376 377  
*Mekong* 156  
*Memel* 40  
*Merwa* 146  
*Mesopotamien* 265 320 325 686 696  
*Metz* 101  
*Mindanao* 615  
*Mirsbai* 487  
*Mittelamerika* 58 148 658  
*Mitteldchina* 482 604  
*Mitteleuropa* 11 12 15 175 183 184 354  
     394 404 405 407 408 442 472 553 573  
     590 665 667 671 676 697 748 749 755  
     755 772 774 783 787 793  
*Mittelmeer (Mittelländisches Meer)* 146  
     161 173 189 212 214 218—220 222 234  
     246 272—274 278 294 327 338 354 367  
     374 381 442 577—579 595 656 781  
*Mittelmeerraum* 172 174 217 368 748  
*Mittlerer Osten* 288 433  
*Moçambique (Mosambique)* 520 615  
     622 623 627 630  
*Mombassa* 121  
*Monastir* 268  
*Montebello* 487  
*Montenegro* 201 236 358  
*Moskau* 7  
*Mossamedes* 615 624  
*München* 72 76 185 481 671 724

- Naher Osten* 28 190 192 196 201 206  
 207 222 243 264 265 267 272 274 278  
 282 288 290 294—296 314 320 334 336  
 339 341—346 349 359 365 368 370 380  
 bis 384 411 429 433 438 446 479 505  
 553 560 567 579 614 676 683 685 686  
 688 690 696 697 713 714 716 752 754  
 755 775 777 780 781  
*Nanking* 496 502 588  
*Nankingprovinz* 491  
*Narew* 225  
*Neapel* 63 231  
*Neuguinea* 704  
*New York* 606 639  
*Niederdeutsch-Afrika* 405 407  
*Niederösterreich* 184  
*Niger* 121 133 399 560 570 573  
*Nil* 295 570  
*Nittal* 632  
*Niutschuang* 604  
*Nizza* 234 750  
*Nordafrika* 58 173 212 218 220 688  
*Nordamerika* 398 749  
*Nordchina* 604  
*Nordfrankreich* 751  
*Nordlothringen* 103  
*Nordmandschurei* 601  
*Nordsee* 90 183 432 442 458  
*Nordtschechoslowakei* 182  
*Norwegen* 59 60 62 346  
*Nürnberg* 460  
  
*Oberösterreich* 184  
*Oberschlesien* 292  
*Oder* 183  
*Orient* 174 179 192 197 198 219 225 267  
 272 296 325 341 354 362 691  
*Osaka* 605  
*Osmanisches Reich* siehe Türkei  
*Ostafrika* 58 120 129 133 137 145 212  
 214 220 239 242 244 423 615 619 623  
 624 708 775  
*Ostasien* 58 196 242 280 298 345 354  
 451 483 520 525 534 539 544—547 553  
 570 573 592 615 648 652  
*Österreich* 40 93—95 97 98 100 101 174  
 bis 176 180—186 190 194 195 200 201  
 203 216 219 223—226 244 273 279 305  
 311 326 327 336—338 340 343 351 bis  
 354 366 404 405 438 553 579 590 665  
 bis 668 671—676 697 726 748 749 753  
 755 756 790  
*Österreich-Ungarn* 12 26 28 62 63 108  
 115 151 158 169 172—198 200—202  
 204—207 209 212—214 216—221 223  
 bis 231 234 236 237 243 244 246 248  
 250 265 266 272 279 281 282 289 292  
 305—310 314 316 323—325 327 330  
 331 333 336—342 344 346 349—353  
 355 359—362 367 378 385 389 394 404  
 411 429 456 459 470 472 577—579 583  
 595 596 623 644 645 665—678 680 688  
 712 725 729 748 750 754 755 760 773  
 bis 775 789  
*Osteuropa* 753  
*Ostfrankreich* 751  
*Ostgalizien* 225  
*Ostpreußen* 100 102 225 245 292 576  
*Ostsee* 90 183  
*Ostseeprovinzen* 40 285  
*Ostsibirien* 601  
*Ottomanisches Reich* siehe Türkei  
*Ozeanien* 698  
  
*Palästina* 265 681 693 726  
*Palau* 656  
*Palermo* 63  
*Panamakanal* 706  
*Paris* 28 96 116 118 153—155 159 195  
 212 243 271—273 283 296—298 300  
 bis 304 328 329 333 342 370 379 450  
 491 493 494 529 565 650 654 726  
*Pazifik* siehe Stiller Ozean.  
*Peking* 485 489 495 502 504 507—509  
 514 515 523 527 528 532 533 541 542  
 584 588 589 600 602—604  
*Pemba* 64 615  
*Persien* (siehe auch Iran) 152 222 688  
 690  
*Persischer Golf* 321 322 590 676 679 688  
 689 691 697 748 789  
*Persischer Meerbusen* siehe Persischer  
 Golf  
*Peru* 105  
*Pescadoresinseln* 484 487  
*Peterhof* 505 506 511 524  
*Petersburg* 95 116 119 136 155 159 161  
 193 199 203—206 227 233 234 241 243  
 266 271 272 281 288 293 297 306 315



- 326 329—332 334 338 349 350 354 355  
 379 421 450 455 486 491 495 502 504  
 506 511 514 518 522 523 529 535 562  
 576 595 610—612 616 621 631 633 691  
 692 694 695 725 726 746  
*Philadelphia* 639  
*Philippinen* 8 615 616 637 640 648—656  
 658 700  
*Philippopel* 268  
*Piräus* 365—368 374  
*Polen* 62 92 283 664 670 749 753  
*Polynesien* 58 704  
*Pommern* 292 665  
*Port Arthur* 486 530 535 540 542 561  
 bis 563 566 600 601 612  
*Portugal* 20 21 124 125 131 615—622  
 625—627 629—632 635—637  
*Posen* 663 665  
*Potsdam* 98 111 139 692 714  
*Prag* 184 185  
*Pretoria* 123 124—126 128 130 138 139  
 141 145 715  
*Preußen (preussischer Staat)* 35—37 39  
 65 79—82 85 87—90 94 95 105 106 175  
 176 179 180 182 195 210 287 348 389  
 413 418 437 450 480 669 670 674 732  
 751 753 760 767 786 791  
*Pruth* 749  
*Pyrenäenhalbinsel* 640 656  
  
*Rhein* 50 101 731  
*rheinisch-westfälisches Gebiet* 51  
*Rheinland* 103  
*Rhodesien* 122 131  
*Rom* 28 112 154 157 186 200 214 222  
 224 235 239 246 247 353 410 449 450  
 522 528 582 661 790  
*Rotes Meer* 234 560  
*Ruhrgebiet* 51 458  
*Rumänien* 62 63 236 358 391 393 748  
 749 756  
*Rußland* 8 12 13 16—18 20 21 24 26 28  
 29 40 58 62—64 94—97 99—104 108  
 112 115 116 118 119 127 133 134 136  
 138 147 150 151 155 157—159 161 163  
 164 169 172 173 177 178 186 189 bis  
 207 216—218 220—231 233 234 237  
 238 240 241 243—245 248 265 266 270  
 bis 274 278—299 301—316 321—334  
 336—347 349—355 360—362 364 366  
 bis 370 372 374 378 379 384—387 391  
 bis 394 408 411 423 425 429 431—433  
 438 451 455 456 459 470 482 483 485  
 bis 490 492—500 504—507 512—514  
 516 518—525 529 530 533 535 538 bis  
 540 542 546 547 551—553 556—558  
 561—563 565—585 587 590—600 602  
 bis 606 608—613 616 620 621 623 628  
 632—634 640 644 669 670 674 677 680  
 681 688 690—695 697 704 708 710 712  
 bis 714 716—719 721 722 727 748 749  
 751—757 760—763 765 766 773—775  
 777—780 787 788 791 793  
*Russisch-Polen* siehe *Polen*  
  
*Saargebiet* 51 103  
*Sachsen* 82 89 418  
*Sachsenwald* 35 108 305 455  
*Sadowa* 95  
*Salanga* 121  
*Salomoninseln* 704  
*Saloniki* 188 201 216 268 350 351  
*Sambesi* 623 624 630  
*Samoa (Samoa Inseln)* 582 615 652—654  
 698—703 705 706 709—712 714 715  
 789  
*Samsah* 533  
*Samsun* 189  
*San Domingo* 654  
*Sandschak Nowibazar* 350  
*Sandwich* 288  
*San Franzisko* 606  
*Sansibar* 64 263 582 615 622 634 704  
*Sarajewo* 185  
*Savoyen* 750  
*Sawaii* 702 704 705 709 790  
*Schanghai* 496 502 511 587 601  
*Schansi* 599  
*Schantung (Schantunghalbinsel, Schantungprovinz)* 484 508—510 514 523  
 524 530 532 534 536 538—542 567 569  
 572 578 584 586 588 589 601  
*Schatt-el-Arab* 321  
*Schimonoseki* 486—488  
*Schire* 623  
*Schlesien* 49 78 225 454 510 663 665 671  
 732  
*Schleswig-Holstein* 242  
*Schuschenskoje* 763

- Schwarzes Meer* 174 274 284 294 332  
 612 693 694 748  
*Schweden* 62 346 729 749  
*Schweiz* 40 63 124 394 404 749 756  
*Sedan* 95 684  
*Serbien* 187—189 191 201 236 351 358  
 377  
*Siam* 105 156  
*Sibirien* 590  
*Siebenbürgen* 666 671  
*Singapur* 587 706  
*Sizilien* 209  
*Skandinavien* 394  
*Skutari* 206  
*Smyrna* 270 271  
*Solingen* 466  
*Sowjetunion* siehe UdSSR  
*Spanien* 8 63 234 561 615 618 636—643  
 645—650 652—660 662 723 789  
*Sretensk* 601  
*Stambul* (siehe auch Konstantinopel)  
 277 278 282 338  
*Stettin* 459  
*Stiller Ocean* 482 489 530 614 616 636  
 bis 638 640 648 649 651 658—660 698  
 700 704 706 722 789  
*Stuttgart* 591  
*Südafrika* 58 123 126 128—130 132 133  
 136 137 149 153 159 207 227 255 263  
 295 322 381—386 399 442 461 520 560  
 615 618 623 629 633—635 645 687 699  
 703 710 713 714 730 735 771 781  
*Südamerika (südamerikanische Länder,  
 südamerikanischer Kontinent)* 58 62  
 63 148 398 441 461 615 705—706  
*Sudan* 235 239 241 251 293 295 328 560  
*Südchina* 482  
*Süddeutschland* 195 347 353 476  
*Südmandschurei* 605  
*Südostafrika* 121  
*Südostasien* 68 658  
*Südosteuropa* 265 360 405 783  
*Südsee* 61 705  
*Südseeinseln* 62 653  
*Südwestafrika* 262 264 382 384 385 461  
 623 624  
*Suezkanal* 241 280 623  
*Suluarchipel (Sulu-Inseln)* 615 652 653  
*Sumatra* 708  
*Syrien* 219 265 681 690 753  
*Tanger* 688 717  
*Themse* 432 457  
*Thessalien* 377 379  
*Thüringen* 86  
*Tientsin* 517 523 541 542 601  
*Tigerbai* 624 707  
*Tigris* 679 681 686 687 697  
*Tilsit* 460  
*Timor* 615 623 628 630  
*Togo* 133 161 257 399 578 615 705  
*Tokio* 488 490 493 494 533 599 600 605  
*Tongainseln* 705  
*Tongking* 546  
*Toul* 101  
*Trabzon* 189  
*Transkaukasien* 189 682  
*Transvaal* 25 120—124 126—132 135 bis  
 141 143—149 151—165 169 170 172  
 223 230 233 235 238 252 256 263 381  
 bis 383 385—388 399 408 409 411 446  
 451 500 520 549 560 566 567 581 617  
 618 622 624 625 629 635 687 702 704  
 710 714 720 721 770—772 776 781  
*Triest* 220 748  
*Tripolis* 219  
*Tripolitanien* 70 173 213 215  
*Tsaudschou-fu* 508  
*Tschataldscha* 679  
*tschedische Länder* 187 352 670  
*Tschekiang* 541 542  
*Tschifu* 503 537  
*Tschili* 602  
*Tschinkiangor* 609  
*Tschouschan (Tschusan)* 151 480 484 487  
 500 513 561 604  
*Tsiman* 523 537 586  
*Tsingtau* 586  
*Tunis* 212 216  
*Türkei (Türkisches Reich)* 63 70 95 173  
 187—189 191 198 200—202 204 207  
 213 215 219 232 233 242 264—270 272  
 275—282 288 296 317 320 323—325  
 328 330 331 333—336 338 341 342 344  
 bis 346 355—363 365 368—372 375 bis  
 377 379—381 411 481 505 567 579 612  
 676—682 685—697 713 717 748 754  
 774 777 779—781 783  
*Turkestan* 682  
*Tutuila* 702

*UdSSR* 9 10 28

*Ukraine* 285

*Ungarn* 179 182 351 391 749

*Upolu* 702–705 709

*Urfa* 189

*Uruguay* 299

*USA (Vereinigte Staaten von Amerika)*

8 26 29 31 42 58–60 62 69 87 127

160 299 300 389–392 394 395 400 406

459 473 483 505 526 545 552 561–563

569 580 581 591 594 599 604–608 615

616 628 637–641 643–656 660 698

bis 700 702 716–718 742 769 782 783

789 792

*Usambara* 121

*Valmy* 758

*Vatikan* 112 186 469 683

*Venedig* 211

*Venezuela* 62 105 155

*Vereinigte Staaten von Amerika* siehe  
USA

*Vereinigte Staaten von Europa* 772 773

*Versailles* 15 18 38

*Viktoriassee* 121

*Villafranca* 223

*Voges* 620

*Volta* 615 705

*Vorderasien* 321 405 472 676 698

*Wadsagga* 258

*Walfischbai* 582 615 623/624

*Washington* 390 391 454 607 639 647

648 651 654 655

*Weihaiwei* 499 541 542 564 570 584 587  
601

*Weißenfels* 86

*Werki* (Gut des Grafen Hohenlohe) 112

*Westafrika* 58 120 133 569 615 623

*Westchina* 604

*Westdeutschland* 10 33 49 101 103 292

347 407 442 476 732 745

*Westeuropa* 40 293 312 369

*Westindien* 58 539 652

*Westpreußen* 291 292

*Wien* 28 154 157 183–185 189 190 193

bis 196 198 200 202 204 206 214 225

228–230 233 236 238 240 245 248 268

271 279 280 293 306 307 315 338 339

340 345 349 351 353 355 383 450 565

667–670 672 674

*Wilhelmstraße* 91 105 121

*Wilna* 749

*Windsor* 635 636 715 718 721

*Witu* 64 263

*Wladiwostok* 530 601

*Wolga* 682 749

*Württemberg* 82

*Wutschang* 507 509

*Yangtse* 482 587 588 604 612 717

*Yangtsetal* 589 604 609 612

*Yokohama* 587

*York* 599

*Yunnan* 609

*Zarskoje Selo* 332 334

*Zeila* 214 215 221

*Zentralafrika* 560 681 713

*Zentralamerika* siehe Mittelamerika

*Zürich* 269

*Zypern* 325 360

## I n h a l t

Vom Verfasser . . . . .	7
Einleitung . . . . .	9
<i>Kapitel I:</i> Der deutsche Imperialismus, der Militarismus und die Diplomatie Ende des 19. Jahrhunderts. (Allgemeine Charakteristik)	35
<i>Kapitel II:</i> Die Transvaalkrise 1895–1896 und die deutschen Pläne der „Kontinentalliga“ . . . . .	120
<i>Kapitel III:</i> Die deutsche Diplomatie und der Dreibund in den Jahren 1895–1896 . . . . .	172
<i>Kapitel IV:</i> Kolonialfragen, die russisch-deutschen Beziehungen und die Nahostkrise 1896 . . . . .	251
<i>Kapitel V:</i> Die Nahostkrise, die englisch-deutschen Beziehungen und die kolonialen Angelegenheiten im Jahre 1897 . . . . .	320
<i>Kapitel VI:</i> Die Regierungskrise und das Flottenprogramm 1897–1898	415
<i>Kapitel VII:</i> Die Invasion des deutschen Imperialismus in China in den Jahren 1897–1898 . . . . .	479
<i>Kapitel VIII:</i> Englisch-deutsche Besprechungen über das Bündnis gegen Rußland und das Abkommen über die portugiesischen Kolonien 1898 . . . . .	559
<i>Kapitel IX:</i> Der Spanisch-Amerikanische Krieg, die Verstärkung der antislawischen Politik des deutschen Imperialismus, die deutsche Diplomatie und die Bagdadbahn 1898–1899 . . . . .	637
<i>Kapitel X:</i> An der Schwelle des 20. Jahrhunderts . . . . .	712
Schluß . . . . .	758
<i>Register</i>	
<i>Quellen- und Literaturhinweise</i> . . . . .	797
<i>Personenverzeichnis</i> . . . . .	819
<i>Geographisches Verzeichnis</i> . . . . .	837

---

*Kartenbeilage*

Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts

Aufteilung des nordöstlichen Chinas durch die imperialistischen Mächte

Ende des 19. Jahrhunderts

Deutsche Kolonien in Afrika Ende des 19. Jahrhunderts

Deutsche Kolonien im Stillen Ozean Ende des 19. Jahrhunderts

Bagdadbahn (deutsche Konzession 1899)

लाल बहादुर शास्त्री राष्ट्रीय प्रशासन अकादमी, पुस्तकालय  
Lal Bahadur Shastri National Academy of Administration Library

## नासुरी

**MUSSOORIE**

यह पुस्तक निम्नांकित तारीख तक वापिस करनी है ।

**This book is to be returned on the date last stamped.**

[illegible]

327.43 LIBRARY 9531  
Jen LAL BAHADUR SHASTRI  
National Academy of Administration  
MUSSOORIE

---

*Accession No.* \_\_\_\_\_

1. Books are issued for 15 days only but may have to be recalled earlier if urgently required.
2. An over-due charge of 25 Paise per day per volume will be charged.
3. Books may be renewed on request, at the discretion of the Librarian.
4. Periodicals, Rare and Reference books may not be issued and may be consulted only in the Library.
5. Books lost, defaced or injured in any way shall have to be replaced or its double price shall be paid by the borrower.